Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

:: :: Abgehalten in Jena :: ::
vom 14. bis 20. September 1913



Berlin 1913
Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H.
(Hans Weber, Berlin)

X 1275



Tagesordnung des Parteitages.

Sonntag, den 14. September 1913, abends 6 Uhr:

Vorversammlung

Konstituierung des Parteitags. Begrüßungsansprachen. Wahl der Mandatsprüfungskommission.

Montag, den 15. September 1913 und folgende Tage:

1. Geschäftsberichte des Parteivorstandes:
   a) Allgemeines. Referent: Genosse Scheidemann.
   b) Kassenbericht. Referent: Genosse Braun.
2. Bericht der Kontrollkommission. Referent: Genosse Brühne.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Genosse H. Schulz.
4. Arbeitslosenfürsorge. Referent: Genosse Joh. Timm.
5. Steuerfrage. Referenten: Genossen Wurm und Dr. Südekum.
6. Maifeier. Referent: Genosse Ebert.
7. Anträge.
8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der Parteitag 1914 stattfinden soll.

Sitzung des Parteitages:
vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 3 bis 6 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Ebert-Berlin — Bock-Gotha

Schriftführer:

Dürr-München	Kilian-Kassel	Reitze-Vegesack
Hanisch-Stettin	Lehmann-Friedrichsfelde	Rudolph-Jena
Husemann-Bochum	Leuthold-Dresden	Weinheber-Hamburg

Mandatsprüfungs-Kommission:

Blume-Hamburg	Kaßner-Magdeburg	Seel-Mainz
Graupe-Zwickau	Roßmann-Ulm	Sollmann-Köln
Hörsing-Beuthen	Schadow-Kottbus	Wedemeyer-Göttingen

Beschwerde-Kommission:

Agnes-Düsseldorf	Kröger-Rostock	Rindfleisch-Kiel
Gottschalk-Königsberg	Maier-Heidelberg	Ryssel-Leipzig
Hutterer-Frankfurt a. M.	Paulick-Dessau	Scholz-Neukölln

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Jena 1913.

Allgemeines.

Seit einer Reihe von Jahren wird Deutschland nahezu regelmäßig im Spätsommer oder Herbst von einem Aufstieg der Preise für Lebensmittel, besonders für Fleisch, heimgesucht, der — ganz abgesehen von der tief einschneidenden volkswirtschaftlichen Bedeutung der Frage — die schwersten Gefahren für die Volksgesundheit mit sich bringen muß. Im Vorjahre war die Preissteigerung höher als je zuvor. Es war selbstverständlich, daß der Chemnitzer Parteitag sofort Stellung zu dieser Tatsache nahm. Es geschah das in sehr eindrucksvoller Weise. Von einer Diskussion des Referats über die Teuerung wurde abgesehen, die in Vorschlag gebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen. In dieser Resolution wurden nicht nur die offen zutage liegenden Ursachen der Lebensmittelteuerung angeführt, sondern auch bestimmte Abhilfsmaßnahmen verlangt und die sofortige Einberufung des Reichstags gefordert, damit gesetzgeberisch eingegriffen werden könne. Der Parteitag forderte schließlich die arbeitende Klasse auf, den Kampf gegen das herrschende Ausplünderungssystem mit aller Wucht fortzuführen.

So begann das Berichtsjahr, wie das vorausgegangene geendet hatte: eine wuchtige Bewegung gegen die herrschende Agrarpolitik durchflutete das ganze Reich. Die Bewegung gestaltete sich so machtvoll, daß die Verbündeten Regierungen nicht umhin konnten, kleine Konzessionen zu machen. Es wurden bestimmte Erleichterungen für die Einfuhr von Fleisch und Vieh provisorisch eingeräumt, die später auch vom Reichstag sanktioniert worden sind.

Mitten in diese große Volksbewegung hinein traf die Nachricht vom Ausbruch des Balkankrieges, der sich sofort zu einer großen europäischen Gefahr auswuchs und den Ausbruch eines Weltkrieges in greifbare Nähe rückte. Selbstverständlich erhob das klassenbewußte Proletariat alsbald seine Stimme gegen den Krieg. Zahlreiche Flugschriften, in denen die Ursachen des Krieges bloßgelegt und die Reichsregierung aufgefordert wurde, alles zu tun, was zu tun ihr möglich sei, um den Krieg auf seinen Herd zu beschränken, wurden im ganzen Reich in vielen Millionen Exemplaren verbreitet. Bis in die kleinsten Dörfer hinein wurden Versammlungen abgehalten, um die Bevölkerung zum Protest gegen die Kriegshetze und den Militarismus aufzurufen. In den großen Städten kam es zu machtvollen Kundgebungen für den Völkerfrieden. Da Oesterreich, Italien, Frankreich und England in gleicher oder doch nahezu gleicher Weise bedroht waren, wie Deutschland, wurden in den westeuropäischen Hauptstädten große Demonstrationen mit internationalem Redneraustausch veranstaltet.

Den Höhepunkt der Bekundung proletarischer Solidarität stellte der Internationale Kongreß in Basel dar, der am 24. und 25. November abgehalten wurde. Der Eindruck, den dieser Kongreß auf die öffentliche Meinung ge-

macht hat, war ein so großer, daß die bürgerliche Presse geradezu sprachlos war. Sie begnügte sich, von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, mit kleinen Notizen, die aber über den Verlauf der Tagung so gut wie nichts berichteten. Dieses Verhalten wird begreiflich, wenn man sich vergegenwärtigt, unter welchen ungewöhnlichen Umständen der Kongreß getagt hat. Die Teilnehmer des Kongresses wurden nach einem Demonstrationszug, der von einem Kasernenhofe aus sich in Bewegung gesetzt hatte, durch den schweizerischen Regierungspräsidenten Blocher im Baseler Münster begrüßt! Es ist durchaus verständlich, daß ob dieser „unerhörten Tatsachen" die gutgesinnten Philister aus aller Fassung gerieten. Aber was den meisten unserer Gegner als die Hauptsache an dem Kongreß erschienen ist, war doch für das Proletariat das minder wichtige. Für die klassenbewußte Arbeiterschaft liegt die Bedeutung des Baseler Kongresses in der erneut dokumentierten unerschütterlich feststehenden Solidarität des Proletariats der gesamten Kulturwelt.

„Droht der Ausbruch des Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

So heißt es, wie schon in Stuttgart und Kopenhagen, auch wieder an der Spitze des Baseler Manifests der Internationale. Daß es dem Proletariat und seinen berufenen Vertretern ernst ist mit solchen Beschlüssen, das haben die weiteren Kundgebungen des Volkes und die Verhandlungen in den Parlamenten klar bewiesen. —

Den Imperialisten waren die Vorgänge auf dem Balkan willkommener Vorwand zu weiteren Rüstungstreibereien. Unter dem unwahrhaftigen Hinweis auf die „Machtverschiebung" auf dem Balkan brachte die Reichsregierung denn auch im Reichstage eine Militärvorlage ein, die alles übertraf, was selbst militärbegeisterte Kreise für möglich gehalten hatten. Im parlamentarischen Bericht der Reichstagsfraktion ist näher geschildert worden, was die ungeheuerlichen Forderungen zu bedeuten haben und was für Kämpfe im Reichstag seitens unserer Fraktion wider sie geführt worden sind. Die Bekanntgabe der Vorlage wirkte auf das Volk zunächst geradezu aufpeitschend — die Militaristen aber jubelten! Bald änderte sich jedoch das Bild ein wenig. Nachdem bekannt geworden war, daß die Regierung die besitzende Klasse durch Besitzsteuern zu den Kosten heranziehen wollte, ließ der Jubel der „Patrioten" erheblich nach. Angesichts der immer mächtiger anschwellenden Zahl des sozialdemokratischen Millionenheeres hatte es die Regierung nicht gewagt, abermals mit neuen Steuern auf Lebensmittel und unentbehrliche Gebrauchsgegenstände zu kommen. Diese und die weitere Tatsache, daß die Annahme der Militärvorlage absolut sicher stand, nachdem alle bürgerlichen Parteien sich dafür ausgesprochen hatten, ließen leider die Protestbewegung ein wenig abflauen.

War dem Internationalen Sozialistenkongreß in Basel die besondere Aufgabe zugefallen, zum Balkankrieg Stellung zu nehmen, so sollte eine von schweizerischen Volksvertretern der verschiedensten Parteirichtungen zu Pfingsten 1913 nach Bern einberufene „Verständigungskonferenz", zu der die Parlamentarier aller Parteien aus Deutschland und Frankreich eingeladen waren, der Förderung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland dienen. Direkter Anlaß zur Einberufung dieser Konferenz waren die neuen Militärvorlagen in Frankreich und Deutschland. Es nahmen an der Konferenz 156 französische und deutsche Abgeordnete teil; während aber aus Frankreich auch 83 bürgerliche Parlamentarier, darunter verschiedene ehemalige Minister, erschienen waren, hatten sich aus Deutschland nur 6 bürgerliche Abgeordnete eingefunden. Davon waren 4 Volksparteiler und 2 Elsässer. Die geringfügige Anzahl Bürgerlicher aus Deutschland war kennzeichnend für den Liberalismus, der bis auf einen kleinen Rest dem Imperialismus vollständig verfallen ist. Das Ergebnis der Konferenz darf man nicht überschätzen, man darf es aber auch nicht unterschätzen. Das Bekenntnis einer so großen gemischten Parlamentarierschar zur unbedingten Friedensliebe, sowie die unbedingte Anerkennung des Prinzips der Schiedsgerichte, wie sie in unserem sozialdemokratischen Programm gefordert werden, sind immerhin erfreuliche Tatsachen. Es wurde eine permanente deutsch-französische Verständigungskommission eingesetzt, der neben Jaurès-Paris und Haase-Berlin, auch die beiden Vorsitzenden der „Schiedsgerichtsgruppen" der französischen Kammern, aus Deutschland außerdem der Volksparteiler Konrad Haußmann und der Elsässer Dr. Ricklin angehören. In der einstimmig angenommenen Resolution hieß es unter anderem:

„Die erste Konferenz der deutschen und französischen Parlamentarier, versammelt zu Bern am 11. Mai 1913, wendet sich mit aller Entschlossenheit gegen die verwerflichen chauvinistischen Hetzereien jeder Art und gegen die sträflichen Treibereien, die auf beiden Seiten der Grenze den gesunden Sinn und die Liebe der Bevölkerung zum Vaterlande irrezuführen drohen.

Sie weiß und verkündet, daß die beiden Völker in ihrer ungeheuren Mehrheit den Frieden wollen, diese oberste Bedingung jeden Fortschrittes. . .

Sie lädt ihre Mitglieder ein, mit aller Kraft auf die Regierungen der Großmächte zu wirken, daß sie eine Beschränkung der Ausgaben für Heer und Flotte herbeiführen. Die Konferenz tritt warm ein für den von dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten Bryan in der Schiedsgerichtsfrage gemachten Vorschlag. Sie fordern demgemäß, daß Konflikte, die zwischen den beiden Staaten entstehen könnten und die auf diplomatischem Wege nicht zu schlichten sein sollten, dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werden. . . .

Sie ist überzeugt, daß eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich die Verständigung zwischen den großen Mächtegruppen erleichtern und damit die Grundlage für einen dauernden Frieden schaffen werde. . . ."

Die deutsche und französische sozialdemokratische Parlamentsfraktion, sowie die Parteivorstände der deutschen und französischen Sozialdemokratie hatten vor Eintritt in die Tagesordnung eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der die prinzipielle Stellung des klassenbewußten internationalen Proletariats zum Krieg und zum Militarismus präzisiert und zum Schlusse gesagt wurde:

„. . . Die französische und die deutsche Sozialdemokratie begrüßt deshalb aufs wärmste den Zusammentritt der Konferenz zu Bern und spricht den Wunsch aus, daß durch sie, auch über die Kreise der Arbeiter hinaus, die Einsicht in die Zusammengehörigkeit der beiden großen Kulturvölker zum Wohle der Menschheit gefördert werde."

Die vollkommene Einmütigkeit des klassenbewußten Proletariats Deutschlands und Frankreichs in der Bekämpfung des Militarismus war übrigens schon vorher eindrucksvoll dokumentiert worden durch ein von den sozialdemokratischen Fraktionen der französischen Deputiertenkammer und des Reichstags gemeinsam unterzeichnetes Manifest gegen den Rüstungswahnsinn. Das Manifest wurde in beiden Ländern in deutscher und französischer Sprache gedruckt und am 1. März 1913 verbreitet. —

In den Kreisen der deutschen „Patrioten" hatte man der Hoffnung gelebt, durch immer neue, mit viel Lärm im ganzen Reiche inszenierte Jahrhundertfeiern das Volk in einen großen nationalen Rausch versetzen zu können. Es ist ganz anders gekommen. Und die Art und Weise, wie das 25jährige Regierungsjubiläum Wilhelms II. offiziell in Szene gesetzt wurde, wirkte ernüchternd auf viele, die noch bei irgendeiner der Jahrhundertfeiern in „nationaler" Stimmung mitgemacht hatten. Als Gegenstück zu der mehr als dürftigen Amnestie gelegentlich des Regierungsjubiläums wirkte die neue Ehrung des Herrn Krupp v. Bohlen-Halbach, des Chefs der Firma, gegen die im Reichstag so schwere Anklagen erhoben worden sind, in weitesten Kreisen geradezu verblüffend. Unsere Gegner treiben uns fleißig Wasser auf unsere Mühlen. —

Gegen den Schluß des Berichtsjahres zogen unsere preußischen Genossen erneut in den Wahlkampf. Darüber wird an anderer Stelle berichtet. An Arbeit hat es der Partei im verflossenen Jahre nicht gefehlt und man kann wohl sagen, daß es ein Jahr des Kampfes gewesen ist, vorzugsweise freilich ein Jahr des Abwehrkampfes. An die aktiven Parteigenossen sind außerordentlich hohe Anforderungen gestellt worden. Wenn trotzdem die Organisationen nicht den Fortschritt gemacht haben, den alle Parteigenossen wünschen, so muß versucht werden, die Ursachen dieser Erscheinung festzustellen. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir den größten Teil dieser Ursachen auf die wirtschaftliche Lage, die sich schon wieder erheblich verschlechtert hat, zurückführen. Weiter aber sollten die Genossen überall festzustellen suchen, ob in den öffentlichen Versammlungen die Aufnahme neuer Mitglieder in unsere Organisationen wirklich immer zweckentsprechend vorbereitet war. Wir wissen aus Erfahrung, daß auf diesem Gebiete nicht immer geschieht, was unter allen Umständen geschehen müßte. Dann ist aber auch die Frage aufzuwerfen, ob unsere Parteipresse ihre propagandistische Aufgabe nicht vernachlässigt hat. Unsere Presse wendet sich ersichtlich immer mehr fast ausschließlich an den organisierten und geschulten Parteigenossen, bei dem sie vieles voraussetzen darf, was dem Indifferenten, der erst aufmerksam gemacht, zum Nachdenken veranlaßt und für uns gewonnen werden soll, zumeist vollkommen unbekannt ist. Hier handelt es sich um ein Problem, das ernsthaft erörtert werden muß.

Unsere Presse soll nicht nur den bereits klassenbewußten Arbeiter unterrichten über das, was in der Welt vorgeht, soll nicht nur ihm Belehrung und Anregung bieten, sie soll auch die uns noch Fernstehenden gewinnen.

Das neue Jahr stellt uns vor neue und voraussichtlich schwere Aufgaben, es wird Arbeit in Hülle und Fülle bringen. Möge jeder Parteigenosse seine Pflicht tun.

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

Der Chemnitzer Parteitag hat eine größere Anzahl unerledigt gebliebener Anträge dem Parteivorstand überwiesen, so die Anträge 3, 4, 5, 6, 7, die sich auf die Agitation in den Kreisen der Privatangestellten beziehen. Nach Aussprache mit dem Parteiausschuß und führenden Genossen aus den erwähnten

Kreisen glaubte der Parteivorstand den in den Anträgen ausgesprochenen Wünschen am besten zu genügen, wenn er die Parteipresse ersuchte, den Verhältnissen der Privatbeamten noch mehr Beachtung zu schenken als seither. Die in Betracht kommenden Organisationen sind gebeten worden, die Parteipresse durch geeignetes Material zu unterstützen. — Der Antrag 143, der die „Privatangestellten-Frage" als besonderen Punkt der Tagesordnung auf einem Parteitag behandelt wissen will, kann nach dem vorher Gesagten wohl als erledigt angesehen werden. — Der Antrag 170,2 will den Genossen eine Pflicht auferlegen (Betätigung in den Genossenschaften), die vom Magdeburger Parteitag schon klar ausgesprochen worden ist. Danach dürfte der Antrag erledigt sein. — Die Anträge 175 und 206 finden ihre Berücksichtigung durch die Tagesordnung des diesjährigen Parteitags (Steuerfrage). — Dem Antrag 205 ist Rechnung getragen worden durch eine besondere Schrift. Außerdem werden nunmehr in der „Partei-Correspondenz" regelmäßig charakteristische Urteile zusammengestellt. — Der Antrag 8 ist als erledigt anzusehen, nachdem der Parteiausschuß die Frage, ob alljährlich ein Frauentag abgehalten werden soll, verneint hat. — Die Anträge 85,2, 179, 213, 215, 217 betreffen den Maifonds. Die Erledigung dieser Frage ist Aufgabe des diesjährigen Parteitages, dem der Parteivorstand einen entsprechenden Antrag zur Annahme empfiehlt. — Der Antrag 123, der das Samariterwesen betrifft, verdient die Beachtung aller Arbeiter. Er darf als erledigt angesehen werden, nachdem er durch die Bekanntmachungen in der Presse zur allgemeinen Kenntnis gebracht worden ist. —

Ueber den Antrag 219, der geeignete Veranstaltungen zur Bildung der Jugendlichen im Alter von 18 bis 21 Jahren verlangt, hat der Parteivorstand mit dem Bildungsausschuß und dem Parteiausschuß verhandelt. Die beteiligten Körperschaften waren mit der Tendenz des Antrages grundsätzlich einverstanden. Ein Plan der im einzelnen den Organisationen zu unterbreitenden Vorschläge soll der nächsten Sitzung des Parteiausschusses vorgelegt werden.

Eine Aenderung des Organisationsstatuts in diesem Jahre schon wieder vorzunehmen, kann der Parteivorstand nicht empfehlen. Er beabsichtigt, nach Beratung mit dem Parteiausschuß zu der Frage des Delegationsrechts zum Parteitag, die durch den Antrag 195 wieder aufgerollt worden ist, einem der nächsten Parteitage geeignete Vorschläge zu machen. — Antrag 207 verlangte eine neue Bezirkseinteilung. Die Neuabgrenzung von Bezirken ist bereits im Gange. Thüringen ist vereinigt, Mecklenburg und Lübeck werden demnächst vereinigt werden. Zwischen Magdeburg und Anhalt schweben noch Verhandlungen. — Die Angelegenheit des Genossen Radek ist leider noch immer nicht zum Abschluß gebracht worden. Da die Parteiorganisation in Bremen den von einer Bruderpartei Ausgeschlossenen als Mitglied aufgenommen, seine vom Parteivorstand geforderte Streichung abgelehnt hat, so unterbreitet der Parteivorstand dem diesjährigen Parteitag einen entsprechenden Antrag. Auf dem Chemnitzer Parteitag hatte der Berichterstatter der Beschwerdekommission unter Hinweis auf einen Bremer Protest gegen die Aufnahme Radeks in die Parteiorganisation u. a. ausdrücklich betont, daß die Frage geprüft werden müsse, „ob ein von einer ausländischen Organisation ausgeschlossener Genosse ohne weiteres (in eine deutsche Organisation. D. Ver.) aufgenommen werden könne". Der Parteivorstand verneint diese Frage.

Organisation.

Die Organisation hat in dem abgelaufenen Geschäftsjahre, was die Mitgliederzahl anlangt, nicht die Fortschritte gemacht, die erwartet wurden. Die Mitgliederzahl, die am 1. Juli 1912 970 112 betrug, ist bis zum 31. März

d. Js. nur auf 982 850 Mitglieder gestiegen, eine Zunahme um 12 738 Mitglieder oder 1,3 Proz. Das Hauptkontingent zu dem Mitgliederzuwachs stellten die weiblichen Mitglieder, die um 10 744 zugenommen haben.

Seit Bestehen der Vereinsorganisation entwickelte sich die Mitgliederzahl wie folgt:

	Mitgliederzahl	Steigerung		Mitgliederzahl	Steigerung
1906 . . .	384 327	—	1910 . .	720 038	13,6 Proz.
1907 . . .	530 466	38,0 Proz.	1911 . .	836 562	16,1 „
1908 . . .	587 336	10,7 „	1912 . .	970 112	15,9 „
1909 . . .	633 309	7,8 „	1913 . .	982 850	1,3 „

Danach haben wir im letzten Geschäftsjahr, das sich allerdings nur auf neun Monate erstreckt, eine so geringe Mitgliederzunahme zu verzeichnen wie nie zuvor, eine Zunahme, die in ihrer Geringfügigkeit an Stagnation grenzt. Die Zahl der männlichen Mitglieder hat sich fast gar nicht erhöht. Zweifellos hat ja die Organisation in der inneren Festigung und der Durchbildung ihrer Mitglieder in der verflossenen Berichtsperiode erhebliche Fortschritte gemacht. Gleichwohl dürfen wir uns dabei nicht beruhigen, sondern müssen alles daran setzen, auch die numerische Entwickelung der Parteiorganisation wieder auf das altgewohnte Tempo zu bringen.

In 15 Bezirken und 164 Wahlkreisorganisationen hat die Mitgliederzahl absolut abgenommen. Dort müssen die Ursachen jener ungewöhnlichen Erscheinung bloßgelegt und mit allen Kräften dahin gewirkt werden, die Scharte auszuwetzen.

Nach der Größe der Wahlkreisorganisationen gruppierten sich die Mitglieder wie folgt:

Zahl der Wahlkreise		Mitglieder-Staffel	Mitgliederzahl		Prozent der gesamt. Mitgliederzahl	
1912	1913		1912	1913	1912	1913
122	129	Unter 300	13 205	15 046	1,36	1,53
38	24	301 bis 500	14 341	9 540	1,48	0,98
53	58	501 „ 1000	37 692	40 493	3,89	4,13
37	38	1001 „ 1500	45 016	45 741	4,64	4,67
24	26	1501 „ 2000	41 267	45 076	4,25	4,58
17	15	2001 „ 2500	35 254	33 886	3,63	3,45
19	14	2501 „ 3000	51 651	38 308	5,33	3,94
14	16	3001 „ 3500	45 796	51 257	4,72	5,22
6	9	3501 „ 4000	22 332	33 103	2,30	3,43
12	10	4001 „ 4500	50 732	42 452	5,23	4,14
5	5	4501 „ 5000	23 716	23 884	2,45	2,43
7	9	5001 „ 6000	38 316	51 030	3,95	5,19
11	8	6001 „ 7000	71 047	51 556	7,33	5,28
5	7	7001 „ 8000	36 394	52 467	3,75	5,33
4	4	8001 „ 9000	32 853	33 397	3,39	3,39
5	7	9001 „ 10000	47 247	56 851	4,87	5,78
8	5	10001 „ 12000	33 821	65 281	3,49	6,64
2	0	12001 „ 14000	26 418	—	2,72	—
8	1	14001 „ 16000	45 122	15 823	4,65	1,61
0	2	16001 „ 18000	—	34 106	—	3,47
4	4	18001 „ 20000	73 363	56 362	7,56	5,75
1	2	20001 „ 25000	20 218	43 892	2,08	4,47
1	0	25001 „ 30000	25 267	—	2,60	—
8	8	30001 „ 35000	96 512	98 890	9,95	10,06
1	1	40001 „ 45000	42 532	44 459	4,38	4,53
897	897	Summa	970 112	982 850	100,00	100,00

Nach dieser Zusammenstellung sind 51,3 Proz. der gesamten Mitglieder in den 36 größten Kreisorganisationen mit über 7000 Mitgliedern organisiert. Ist diese Erscheinung auch vornehmlich auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der beteiligten Kreise zurückzuführen, so ist sie doch bis zu einem gewissen Grade auch durch die große Ungleichheit der Reichstagswahlkreise zu erklären.

Unter dem Druck der sich stetig steigernden Anforderungen an die Finanzen der Organisation hat, wie nachstehende Zusammenstellung zeigt, auch die Erhöhung der Beiträge wiederum Fortschritte gemacht.

Männliche Mitglieder.

Beitragshöhe	Zahl der Wahlkreise		Zahl der Mitglieder		Prozent der gesamt. Mitgliederzahl	
	1912	1913	1912	1913	1912	1913
Monat 20 Pf.	8	—	240	—	0,03	—
„ 30 „	205	198	196259	164087	23,37	19,49
„ 35 „	5	2	23517	19607	2,80	2,34
„ 40 „	45	50	264070	279191	31,45	33,17
„ 50 „	5	6	36364	46120	4,33	5,47
„ 20—30 „	2	4	4718	4925	0,56	0,59
„ 25—30 „	1	—	1361	—	0,16	—
„ 30—40 „	4	2	10151	7800	1,21	0,92
Woche 10 „	118	118	277910	284382	33,09	33,79
„ 10 „ Monat . 30 Pf.	12	14	21670	31558	2,58	3,74
„ 10 „ „ 30—40 „	2	3	3481	4065	0,42	0,49
	397	397	839741	841735	100,00	100,00

Weibliche Mitglieder.

Beitragshöhe	Zahl der Wahlkreise		Zahl der Mitglieder		Prozent der gesamt. Mitgliederzahl	
	1912	1913	1912	1913	1912	1913
Monat 10 Pf.	8	4	2249	179	1,72	0,15
„ 15 „	169	172	46898	51587	35,97	36,55
„ 20 „	98	104	37421	41393	28,70	29,33
„ 25 „	6	4	2933	2814	2,25	1,99
„ 30 „	25	16	12340	12475	9,47	8,84
„ 10—15 „	2	2	698	490	0,54	0,35
„ 15—20 „	2	1	420	370	0,32	0,26
„ 15—25 „	1	1	132	141	0,10	0,10
„ 20—30 „	2	—	977	—	0,75	—
Woche 5 „	58	62	23141	26750	17,75	18,95
„ 10 „	19	21	1563	1749	1,20	1,24
„ 5 „ Monat . 15 Pf.	6	8	1361	1856	1,05	1,30
„ 5 „ „ 15—20 „	1	2	238	1311	0,18	0,94
	397	397	130371	141115	100,00	100,00

Nach dem Vorstehenden gibt es keine Kreisorganisation mehr, die von den männlichen Mitgliedern einen geringeren als den im § 5 des Organisations-

statuts der Partei festgesetzten Mindestbeitrag von 30 Pf. pro Monat erhebt. Im Vorjahre waren es noch drei Kreise. Mit dem Beitrag für weibliche Mitglieder bleiben noch vier Kreise mit zusammen 179 weiblichen Mitgliedern unter dem statutarischen Mindestbeitrag von 15 Pf. pro Monat zurück. Es sind das die Kreise: Schlochau-Flatow, Deutsch-Krone, Wittenberg-Schweinitz, Sangerhausen.

Die Zahl der Wahlkreise, die einen Beitrag von 40 Pf. pro Monat oder 10 Pf. pro Woche und darüber von den männlichen Mitgliedern erheben, ist von 177 mit 603 495 Mitgliedern im Jahre 1912 auf 191 mit 645 316 Mitgliedern gestiegen. Von 77,66 Proz. der männlichen Mitglieder wird dieser Beitrag bereits gezahlt.

Im Bestand der Landes- und Bezirkssekretäre ist insofern eine Aenderung eingetreten, als dem Bezirk Breslau die Genossin Wulff aus Berlin als Sekretärin beigegeben ist, und sonach 50 Genossen in diesen Aemtern tätig sind. Die Sekretärin hat ihre Tätigkeit in allen vier schlesischen Bezirken auszuüben. Im Bezirk Oldenburg wurde für den nach Berlin verzogenen Genossen Schulz der Genosse Meyer aus Rüstringen, in Frankfurt a. M. für den nach Jena verzogenen Genossen Rudolph der Genosse Dißmann aus Hanau und in Posen für den nach Halle verzogenen Genossen Lepitz der Genosse Hartwig aus Königsberg als Bezirkssekretär angestellt. In den Kreisorganisationen sind zurzeit 100 Sekretäre tätig, gegen 84 im Vorjahre.

Bildungsausschüsse bestehen an 791 Orten gegen 575 im Vorjahre, Jugendausschüsse an 655 Orten gegen 574 im Vorjahre und Kinderschutzkommissionen an 200 Orten gegen 125 im Vorjahre.

Anträge auf Ausschluß aus der Partei wurden bei den Bezirksvorständen 287 gegen 233 im Vorjahre anhängig gemacht. Das ist eine Steigerung um 54, obwohl die Berichtsperiode nur 9 Monate umfaßt. 140 Anträge bezogen sich auf die Nichtabführung des Tageslohnes am 1. Mai. In 96 Fällen wurde auf Ausschluß erkannt, in 29 Fällen der Ausschluß abgelehnt, in 10 Fällen traten die Angeschuldigten vorher aus der Organisation aus, in 27 Fällen wurde der Antrag zurückgezogen und 72 Fälle wurden durch Vergleich erledigt. Auf Rüge und Verweis wurde in 22 Fällen, auf Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung von Ehrenämtern in 6 Fällen erkannt und in 4 Fällen wurde das Verfahren eingestellt. 8 Sachen waren bei Abschluß des Berichts noch nicht erledigt.

Berufungen kamen 27 gegen 26 im Vorjahre an uns, während zwei Sachen aus dem Vorjahre noch zu erledigen waren. Die Schiedsgerichte erkannten auf Ausschluß in 13 Fällen, auf zeitweilige Ausschließung von Vertrauensämtern in 3 Fällen und auf Rügen in 2 Fällen. Der Ausschlußantrag wurde in 3 Fällen von dem Schiedsgericht abgelehnt und in 2 Fällen von den Antragstellern zurückgezogen. In zwei Fällen wurde das Verfahren eingestellt. In der Schwebe sind am Ende des Berichtsjahres 4 Sachen.

Agitationsbezirke	Zahl der Wahlkreise, die zum Bezirke gehören	Zahl der Ortsvereine	Mitgliederzahl der Parteiorganisation 1912 überhaupt	1912 weibliche	1913 überhaupt	1913 weibliche	Mitgliederzunahme od. Abnahme in Prozenten	Auf 100 sozialdemokratische Stimmen kommen Mitgl.
Ostpreußen	17	29	8909	1457	9181	1617	+ 3,0	17,8
Westpreußen	13	35	3768	805	3472	359	— 7,8	12,2
Groß-Berlin	8	83	119769	20039	118828	21105	— 0,7	21,0
Brandenburg	18	198	29086	3305	28842	3565	— 0,8	17,7
Pommern	14	93	11804	1715	12429	1998	+ 5,2	16,0
Posen	15	23	1235	112	1069	146	— 13,4	8,2
Breslau	13	36	19610	2944	19191	3003	— 2,1	21,4
Görlitz	6	76	7825	1036	8283	1559	+ 18,0	16,5
Oberlangenbielau	7	87	12625	2596	11918	2594	— 5,6	20,5
Kattowitz	9	32	2064	197	2327	367	+ 12,7	6,0
Magdeburg	8	119	24054	4220	23969	3982	— 0,3	20,6
Halle a. S.	8	179	25432	3775	23818	3720	— 6,3	21,7
Erfurt	4	48	7368	1085	7383	1220	+ 0,2	18,3
Schleswig-Holstein	10	141	50634	8721	50441	8981	— 0,3	39,6
Hannover	12	174	31246	4767	30754	4621	— 1,5	23,2
Oestl. Westfalen	9	118	12176	844	12882	1191	+ 5,8	26,9
Westl.	8	201	21750	4586	21802	4590	+ 0,2	15,4
Frankfurt a. M.	11	259	26899	3180	27765	3292	+ 3,1	24,6
Kassel	6	104	6094	142	6421	317	+ 5,3	14,1
Oberrhein	19	75	14781	1563	15001	1607	+ 1,4	17,6
Niederrhein	14	113	40932	6387	41390	6860	+ 1,1	15,5
Saargebiet	3	5	749	133	777	93	+ 3,7	11,2
Nordbayern	21	279	44673	3327	44724	3802	+ 0,1	29,9
Südbayern	21	134	29036	2564	28425	2723	— 2,1	22,6
Pfalz	6	148	11856	1225	11547	968	— 2,6	20,4
Dresden	9	173	55885	5295	59274	6314	+ 6,0	33,5
Chemnitz	7	235	36128	3405	37046	4630	+ 2,2	24,7
Leipzig	4	106	41171	6078	43323	6898	+ 5,2	37,0
Zwickau	3	80	17466	3278	18270	3326	+ 4,6	26,1
Württemberg	18	363	36150	2679	38856	3264	+ 7,4	25,2
Baden	14	219	21017	1897	21311	2119	+ 1,4	18,1
Hessen	9	275	20495	1489	21447	1854	+ 4,6	21,8
Mecklenburg	7	75	10067	1796	9891	1093	— 6,7	16,5
Thüringen I	5	106	8004	712	8735	1233	+ 9,1	17,7
" II	3	83	11402	1590	11800	1793	+ 3,4	30,8
Sachsen-Altenburg	1	40	6719	803	6344	768	— 5,4	29,6
Gotha	1	55	2795	145	2926	157	+ 4,6	14,4
Oldenburg-Ostfriesl.	5	40	8810	1502	8741	1512	— 0,7	25,6
Braunschweig	3	80	11842	1806	12243	1918	+ 3,3	25,4
Sachsen-Meiningen	2	62	2953	205	2988	251	+ 1,1	11,3
Anhalt	2	22	9264	2964	10118	3157	+ 9,2	32,1
Hamburg	3	—	60849	8004	61823	9335	+ 1,6	44,6
Nordwest	5	53	31218	5039	33545	6048	+ 7,4	40,4
Lübeck	1	9	5446	644	5801	720	+ 6,5	43,4
Elsaß-Lothringen	15	113	6496	320	6229	445	— 4,1	5,6
Zusammen	397	4978	970112	130371	982850	141115	+ 1,3	23,1

Die Polnisch-sozialistische Partei Deutschlands (P. P. S.) gibt für den 31. März 1913 eine Mitgliederzahl von 2163 an.

Frauenbewegung.

Das politisch so überaus bewegte Berichtsjahr hat die Frauenbewegung mächtig gefördert. Eine starke Beteiligung der Frauen an den Volks- und Wählerversammlungen wurde aus allen Gegenden des Landes gemeldet. Außerdem fanden viele Frauenversammlungen statt, in denen eigens die Frauen zur eifrigen Teilnahme am preußischen Wahlkampfe aufgerufen wurden. Und in dem Bewußtsein, daß dieser Wahlkampf mehr bedeutet als einen Kampf um einige Mandate, haben die Genossinnen begeistert dem Rufe Folge geleistet. Sie haben sich nicht nur an den Versammlungen, sondern auch bei der so wichtigen Kleinagitation und bei allen wahltechnischen Arbeiten sehr rege und fleißig beteiligt. An den erfochtenen Siegen haben also auch sie guten Anteil. Von der preußischen Parteileitung wurde ein Flugblatt, das sich an die Frauen wandte, und in der Sozialdemokratischen Frauenbibliothek eine Broschüre: „Die Frauen und der preußische Landtag" zur Unterstützung des Wahlkampfes herausgegeben.

In die Zeit des preußischen Wahlkampfes, gleichsam als Auftakt seines Ringens, fielen auch die Frauenversammlungen, die anläßlich des internationalen sozialdemokratischen Frauentages in Deutschland stattfanden. Auch sie haben dem Wahlkampf neue Impulse gegeben. Da mehrere Tage für diese Versammlungen vorgesehen waren, konnte man diesmal eigentlich von einer Frauenwahlrechtswoche reden. Von Jahr zu Jahr ist die Zahl der Frauen größer geworden, die mit klarem, starkem Wollen und hoher Begeisterung den Kampf um das volle Bürgerrecht des Weibes führen. Die große Revolutionärin, die unaufhaltsam fortschreitende wirtschaftliche Entwickelung, die Scharen um Scharen proletarischer Frauen dem kapitalistischen Arbeitsprozeß einreiht, hämmert durch die Wandlung ihrer Existenzbedingungen den Frauen immer stärker die Erkenntnis ein, daß ihre politische Rechtlosigkeit ein bitteres Unrecht, eine schwere Schädigung und eine empörende Demütigung zugleich für sie bedeutet. Und unsere nie ermüdende Agitationsarbeit schmiedet alsdann diese Erkenntnis zu einem zielklaren festen Wollen, das zu einem mutigen Handeln innerhalb unserer Bewegung sich gestaltet.

Nachdem Parteivorstand und -Ausschuß sich über die Abhaltung der Versammlungen zum Frauentag geeinigt, erfolgte wie seither die Propaganda durch Zirkular an die Bezirksleitungen, durch Artikel in der Partei- und Gewerkschaftspresse und durch die Verbreitung eines besonderen Flugblattes. Eine reich illustrierte 16seitige Wahlrechtszeitung brachte neben einem Artikel, der die Bedeutung des Tages würdigte, vorwiegend Arbeiten, in denen Leben und Wirken einer Anzahl deutscher und ausländischer Vorkämpfer und Vorkämpferinnen für das Frauenwahlrecht beleuchtet wurde. Daß den Versammlungen des internationalen Frauentages vor allem auch eine starke Werbekraft für unsere Parteiorganisation innewohnt, wird nur zum kleinen Teil erwiesen durch die Zahlen neugewonnener Mitglieder. Der reiche Samen sozialistischer Anschauungen, der überall auf fruchtbaren Boden fiel, kann eben nicht statistisch erfaßt werden. In recht vielen Kreisen waren die Veranstaltungen zu prächtigen sozialdemokratischen Demonstrationen geworden. War auch die Zahl der Versammlungen kleiner als in den Vorjahren, weil beschlossen worden, daß nur in den Städten und größeren Industrieorten solche stattfinden sollten, so waren doch die Wucht der Demonstration und die Zahl der Teilnehmer nicht geringer als seither und das, obgleich im letzten Jahr eine politische Veranstaltung die andere drängte und schier eine Ueberlastung mit Versammlungen eingetreten war.

Eine sehr gute Beteiligung der Frauen an der Maifeier wurde im letzten Jahr gemeldet. Diese trat besonders stark hervor in den Orten, die ihre Feier durch einen Demonstrationszug krönten. Als besondere Frauengruppen der Partei und Gewerkschaften nahmen sie teil.

Außerdem haben natürlich noch sehr viele Versammlungen stattgefunden, die ganz allgemein der Aussaat sozialistischer Ideen unter den Frauen und ihrer Gewinnung für die Partei dienten. Im ganzen wurden vom Vorstand für 42 Agitationstouren und einige hundert Einzelversammlungen Referentinnen vermittelt. Diese Zahlen geben natürlich bei weitem kein Gesamtbild der entfalteten Agitation unter den Frauen. Es fehlt die Angabe über die sehr umfangreiche agitatorische Tätigkeit der Genossinnen in ihren eigenen Bezirken und es fehlen die Touren, zu denen die Bezirks- und Kreisleiter selbst die rednerischen Kräfte gewonnen haben.

In der ersten Sitzung des Parteiausschusses ist die Frage der Frauenagitation eingehend behandelt worden. Nach lebhafter Diskussion stimmte der Ausschuß den Vorschlägen des Vorstandes zu, daß nach wie vor das Hauptgewicht unserer Agitation ganz allgemein auf die Gewinnung des weiblichen Proletariats zu legen sei, daß daneben aber auch, je nach dem Stande der Bewegung in den einzelnen Bezirken, eine besondere Agitation zur Gewinnung sozialer Frauengruppen, die bisher zwar nicht absichtlich übergangen, jedoch von der allgemeinen Agitation nicht so recht erfaßt, von Nutzen sein werde. Agitationsmaterial wird nach Bedarf vom Vorstand zur Verfügung gestellt werden.

Empfohlen wurde ferner, zur Schulung der Frauen für ihre ehrenamtliche Tätigkeit in den Gemeinden möglichst Kurse einzurichten. In einem Bezirk ist seitdem bereits so verfahren. Die Zahl der in den Gemeinden tätigen Frauen nimmt langsam, jedoch stetig zu.

Die erfolgte Aussprache beschäftigte sich außerdem noch mit dem Frauentag, mit der Anstellung von Parteisekretärinnen und mit den Aufgaben der Bezirksfrauenkonferenzen.

Im verflossenen Jahre haben 16 Bezirksfrauenkonferenzen getagt, die sämtlich vom Vorstand beschickt waren. Sie haben wesentliches zur Förderung der Frauenbewegung beigetragen. Einberufen und geleitet von den Bezirksvorständen, fügen sie sich fest ein in den Rahmen der Organisation und befestigen bei Männern und Frauen der Partei das Bewußtsein von der Notwendigkeit der gemeinsamen Arbeit in der Organisation und für sie. Ueberall, wo die Konferenzen stattgefunden, sind Leitung und Teilnehmer restlos darin einig, daß sie ein sehr wirksames Mittel sind, leichter und gründlicher alle die Hemmnisse zu überwinden, die der Gewinnung und Schulung der Proletarierinnen zur politischen Betätigung entgegenstehen. Werden hier die Agitations- und Schulungsmethoden unter weitestgehender Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse besprochen, so erhalten die weiblichen Funktionäre Richtlinien für ihre Tätigkeit, und indem ihrer Initiative ein gewisser Spielraum gelassen wird, erhöht sich in weitem Maße ihre Arbeitsfreudigkeit. Erfreulicherweise waren die Konferenzen meistens außer von den Bezirksleitungen und den weiblichen Delegierten von den Kreisvorsitzenden besucht, so daß alle Kreisleitungen sofort informiert waren und natürlich auch lebhaft an den Debatten sich beteiligten. Wo im Anschluß an die Konferenzen Agitationstouren stattfanden, unter Beobachtung der hier besprochenen Methoden, haben die Erfolge ihren Wert erwiesen.

Die Bedeutung, die fast überall den Diskussions- und Leseabenden beigemessen wird, geht hervor aus dem fast allerorts vorhandenen

Bestreben, die bestehenden Einrichtungen auszubauen, ferner aus der Tatsache, daß ihre Zahl beständig wächst. Zu Hunderten wurde im letzten Jahr der Leitfaden verlangt, den der Parteivorstand vor zwei Jahren herausgegeben hat, und ein Broschürchen, in dem Leitung und Methode des Unterrichts besprochen wird, ist in Arbeit. Es wird gewiß nie allen oder auch nur dem größten Teil der Teilnehmerinnen möglich werden, die dort gewonnene Erkenntnis — einerlei, ob es sich um politische Tagesfragen handelt, oder um den Ueberblick über die wirtschaftliche Entwickelung und der hier am Werke schaffenden und treibenden Kräfte — mündlich oder schriftlich klar zum Ausdruck zu bringen. Sicher ist jedoch, daß die in den Schulungsabenden vermittelte Erkenntnis uns innerlich gefestigte Anhängerinnen schafft, deren Tätigkeit in der Bewegung der Ausfluß ihrer Anschauungs- und Erkenntnisweise sein wird. In dieser Tatsache beruht der große Wert der Leseabende, deren wir gegenwärtig 162 besitzen. Daneben mehrt sich erfreulicherweise die Zahl der Orte, die besondere Kurse zur Schulung der fortgeschrittenen Genossinnen und der weiblichen Funktionäre einrichten. Zwei Genossinnen besuchten mit gutem Erfolg die Parteischule.

Der besonderen schriftlichen Agitation unter den Frauen dienen neben den Artikeln und den Frauenbeilagen der Parteipresse die Artikel und Notizen der Agitationskalender, insbesondere jedoch die „Gleichheit". Da diese als Obligatorium für die weiblichen Mitglieder der Partei in den meisten Bezirken eingeführt ist, so steigt die Zahl der Leser in eben dem Maße, in dem sich unsere weiblichen Mitgliedschaften vergrößern. Gegenwärtig ist die Abonnentenzahl 112 000.

An Flugblättern sind im Berichtsjahre verbreitet:

„Frauen heraus! — Auf zum Kampf für Eure Staatsbürgerrechte!"

„Preußische Frauen heraus! — Hinein in den Wahlkampf!"

„Frauen und Männer des arbeitenden Volkes! — Auf zum Kampfe gegen die Teuerung!"

„An die deutschen Frauen! — Eine Polemik gegen ein Reichsverbandsflugblatt."

Außerdem wurden zwei Bezirken auf ihren Wunsch besondere, die örtlichen Verhältnisse berücksichtigende Flugblätter geliefert.

Die Sozialdemokratische Frauenbibliothek hat eine erfreuliche Erweiterung erfahren. An Broschüren sind bis jetzt erschienen und im Berichtsjahre abgesetzt:

1. Die Frauen und der politische Kampf.
2. Die Frauen und die Gemeindepolitik.
3. Kinderarbeit, Kinderschutz und die Kinderschutzkommissionen.
4. Die Entwickelung der Frauenarbeit in Württemberg.
5. Die Frauen und der preußische Landtag.
6. Die Frauen und die Gewerkschaftsbewegung.

Außerdem ist eine kleine Agitationsbroschüre: Bist Du eine der Unserigen? in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet und besonders bei der Hausagitation verwendet worden.

Die planmäßige Mitarbeit der Genossinnen in der Organisation ist als eine gute zu betrachten. In 228 Kreisen nehmen Frauen als Vorstandsmitglieder an der Leitung teil und in den meisten Bezirksleitungen sind sie gleichfalls vertreten.

Von besonderer Bedeutung ist die Tätigkeit der Frauen in den Kinderschutzkommissionen. Nachdem die vom Vorstand herausgegebene Broschüre über die Aufgaben der Kinderschutzkommissionen allen Bezirksleitungen zugegangen, haben viele der Kommissionen ihre Tätigkeit nach den dort gegebenen Anleitungen erweitert und außerdem sind erfreulicherweise in 67 Orten Neugründungen erfolgt, so daß zurzeit in 202 Orten Kommissionen bestehen. Da die erwähnte Broschüre alles Wesentliche über die Tätigkeit dieser Kommissionen enthält, ist hier von einem näheren Eingehen auf sie abgesehen. Notwendig ist jedoch, daß in noch erhöhterem Maße als seither das gesammelte Material propagandistisch und legislativ nutzbar gemacht wird.

Dringend erwünscht ist auch eine stärkere Beteiligung der Genossinnen an der Jugendbewegung. Die Anteilnahme der weiblichen Jugend an der Bewegung bleibt noch weit hinter jener der männlichen zurück. Der Einfluß der Frauen wird sicherlich recht vieles vermögen, um sowohl der wirtschaftlichen Hemmnisse, die zu überwinden sind, Herr zu werden, als auch jene philisterhaften Anschauungen auszurotten, die heute in hohem Maße dazu führen, die weibliche Jugend von unseren Bestrebungen fernzuhalten. Auf diesem Gebiete gilt es noch manches Vorurteil auszurotten. In Schlesien ist die Anstellung der ersten Sekretärin durch den Vorstand erfolgt. Am Niederrhein erfolgte die Anstellung durch die Bezirksleitung. Am Oberrhein ist eine agitatorisch befähigte Genossin als Hilfskraft im Bezirksbureau tätig und in Harburg wirkt eine Genossin im Kreissekretariat. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg von 130 371 auf 141 115. Im Jubiläumsjahr kann also die Partei von einer kräftig aufblühenden Frauenbewegung berichten.

Jugendbewegung.

Mit einer Schärfe und Skrupellosigkeit wie nie zuvor wurde in der Berichtszeit der Kampf der bürgerlichen Parteien um die heranwachsende Generation der Arbeiterklasse geführt. Er wurde geschürt von den Organen des Staates und der Gemeinde, die in unerhört ungerechter und maßloser Weise die bürgerlichen Jugendvereine mit Mitteln aus dem Allgemeinbesitz unterstützten und förderten. Wurden so die bürgerlichen Vereine auf Kosten der Steuerzahler gekräftigt und ausgerüstet, um den Jugendlichen größere materielle Vorteile bieten zu können, als die proletarische Jugendbewegung es vermöchte, die von allen behördlichen Vergünstigungen ausgeschlossen ward, so bemühten sich überdies die Behörden, die mühsam getroffenen Veranstaltungen der freien Jugendbewegung mit brutalen Mitteln zu zerstören. Versammlungen wurden für politisch erklärt und verhindert, ehe sie begonnen hatten. Gesellige Veranstaltungen und Feste wurden zu politischen Versammlungen umgedichtet, um in Auslegung des „liberalen" Reichsvereinsgesetzes den Jugendlichen die Beteiligung verbieten zu können. Selbst an den Pforten der Jugendheime, die von bürgerlichen Kritikern als mustergültig bezeichnet wurden, machte die Zerstörungswut der „Ordnungs"organe nicht Halt. In dem Kriege zur Vernichtung der von der Arbeiterschaft errichteten Einrichtungen für die Jugend haben sich den Polizeiorganen auch die Schulbehörden freundschaftlichst an die Seite gestellt. Mit Hilfe der Schulordnungen wurde Fortbildungsschülern die Teilnahme an Vereinen und Versammlungen, auch unpolitischen, sowie an Festen verboten.

So war die Situation, in der die Funktionäre der proletarischen Jugendbewegung zu arbeiten hatten. Trotzdem können wir freudig konstatieren: die proletarische Jugendbewegung hat sich in dem Kampfe gegen ihre zahlreichen und mächtigen Widersacher glänzend behauptet!

Der Fortschritt läßt sich am deutlichsten an dem Abonnentenstande der „Arbeiter-Jugend" ermessen. Er ist von 80 086 auf 89 409 gestiegen. In mehr als 560 (471)*) Orten hat die Zeitung Eingang gefunden.

Jugendausschüsse bestehen in 655 (574) Orten. Ueber ihre Tätigkeit haben 409 (341) an die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands berichtet. Aus ihrem ausführlichen Jahresbericht entnehmen wir die folgenden Angaben:

Jugendheime existieren in 291 (208) Orten. 196 (170) Heime haben nur einen Raum, 61 (45) zwei, 21 (16) drei, 17 (9) vier, 1 (3) fünf, 2 (0) sechs und 2 (0) sieben Räume. 186 Heime stellen Vereinszimmer von Wirtschaften dar. In allen Heimen, auch in denen der Wirtschaften, ist der Genuß von Alkohol und Tabak nicht erlaubt. Die jährliche Miete beträgt in 176 (167) Orten 45 010,60 Mk. (40 227,60 Mk.) In 171 (143) Heimen sind Bibliotheken vorhanden, die insgesamt 36 681 (31 852) Bände umfassen.

Bildungsveranstaltungen wurden getroffen:

Art der Veranstaltung	Anzahl	Teilnehmer		Insgesamt
		Jugendliche	Erwachsene	
Einzelvorträge	3309	119 787	14 549	134 286
im Vorjahr	(3474)	(133 080)	(9 898)	(142 978)
Künstler. Veranst. u. Feste	2405	89 347	59 471	148 818
im Vorjahr	(1648)	(126 381)	(62 494)	(188 875)
Führung d. Museen usw.	672	16 919	2 993	19 912
im Vorjahr	(390)	(10 410)	(1 064)	(11 474)
Wanderungen	3630	78 317	—	—
im Vorjahr	(4830)	(153 616)	—	—

Außerdem fanden 206 (103) Vortragsreihen und Kurse statt. Ihre Dauer schwankte zwischen 3 und 20 Abenden. An den Kursen, die von den örtlichen Bildungsausschüssen abgehalten wurden, durften sich die Jugendlichen fast überall unentgeltlich beteiligen.

Eigene Jugendbibliotheken bestehen außer den in den Jugendheimen in 76 (69) Orten, die zusammen 18 090 (8891) Bände aufweisen. Einschließlich der 171 Bibliotheken in den Jugendheimen gibt es somit 274 (212) Jugendbibliotheken mit 54 771 (40 703) Bänden.

Zur Pflege des wirtschaftlichen Jugendschutzes, die überall in Gemeinschaft mit den Arbeitersekretariaten und Gewerkschaften betrieben wurde, sind in 49 (30) Orten besondere Jugendschutzkommissionen eingesetzt worden.

Die Bezirksleitungen, deren Aufgabe es war, die Jugendausschüsse in ihrer Agitations- und Bildungsarbeit zu unterstützen, haben sich von 26 auf 30 vermehrt. 25 (16) Bezirksleitungen haben über ihre Tätigkeit der Zentralstelle berichtet. Sie veranlaßten 328 Versammlungen, vermittelten 438 (252) Vorträge, hielten 198 (155) Sitzungen und 44 (22) Konferenzen ab. 6 (6) Bezirksleitungen gaben 8 (6) verschiedene Flugblätter heraus, die in 131 200 (77 200) Exemplaren verbreitet wurden. Für die Ausbildung von Funktionären fanden 19 Konferenzen und Kurse statt.

Die Zentralstelle war eifrigst bestrebt, die Funktionäre der proletarischen Jugendbewegung mit Rat und Tat zu unterstützen. Ihr schriftlicher Verkehr mit den Ausschüssen zeitigte 4245 (4032) Post-

*) Die Ziffern in Klammern sind die des Vorjahres.

ausgänge. Es wurden vier neue Flugblätter herausgebracht. Ein Flugblatt dient der Propaganda für die „Arbeiter-Jugend", ein anderes wendet sich gegen den Bund „Jung-Deutschland", den Kriegerverein der Jungen, das dritte richtet sich im besonderen an die junge Arbeiterin und das vierte: „Die wahren und die falschen Freunde der arbeitenden Jugend" klärt die Jugendlichen über die wahren Zwecke der sogenannten staatlichen Jugendpflege auf. Die vier Flugblätter wurden in 414 000 Exemplaren verlangt. Ferner wurden von den sechs älteren Flugblättern noch 277 000 Exemplare verteilt. Insgesamt wurden also 691 000 (466 000) Flugblätter abgegeben. Außerdem gelangten von der Agitationsbroschüre „Gehörst Du zu uns?" 23 575 Exemplare und von der „Arbeiter-Jugend" 32 000 Probenummern zur Verteilung. Der Jugendalmanach „Jungvolk" hat eine gute Aufnahme gefunden. 27 120 Exemplare wurden abgesetzt. „Jungvolk" soll in jedem Jahre als eine Weihnachtsgabe an die Jugend in neuer Ausgabe erscheinen. Von der bekannten Schrift: Lamszus, „Das Menschenschlachthaus", wurde eine billige aber ungekürzte Ausgabe in 20 000 Exemplaren zum Preise von 30 Pf. das Stück (in der gewöhnlichen Ausgabe kostet die Schrift 1 Mk.) veranstaltet. Auch die Schriften, die in den früheren Jahren erschienen sind, wurden viel verlangt, allein das Jugendliederbuch in 22 223 Exemplaren.

Eine besondere Aufmerksamkeit ist der Ausbildung von Funktionären geschenkt worden. Außer der schriftlichen Belehrung durch das nach Bedarf herausgegebene Rundschreiben und die selbständigen Schriften, hat die Zentralstelle einen Ausbildungskursus für Jugendliche eingerichtet. Er fand zum ersten Male im Oktober in Berlin statt. 32 Funktionäre aus verschiedenen Bezirken Deutschlands wurden in einer Woche in allen Fragen der Jugendbewegung theoretisch und praktisch unterwiesen. Dem einmütigen Wunsche der Teilnehmer folgend, hat die Zentralstelle den Kursus zu einer ständigen Einrichtung gemacht. Die erste Wiederholung fand im Mai dieses Jahres statt.

Die Ausgaben der Zentralstelle betrugen 13 929,34 Mk. (8612,20 Mk.), für Führung von Prozessen wurden 896,97 Mk. (3619 Mk.) ausgegeben, der Kursus erforderte 4523,40 Mk., Bezirksleitungen wurden Zuschüsse in Höhe von 2300 Mk. (2500 Mk.) gewährt.

Agitation.

Zu Beginn des Berichtsjahres wurde eine allgemeine Agitation gegen die Urheber der unerträglichen Lebensmittelteuerung eingeleitet. Der Parteivorstand gab drei Musterflugblätter heraus, die vor den Versammlungen, die im ganzen Reiche stattfanden, verbreitet wurden. In Flugblättern und Versammlungen wurde die schleunige Einberufung des Reichstags gefordert, von dem Oeffnung der Grenzen, Suspendierung der Futtermittelzölle und Erleichterung der Fleischeinfuhr verlangt wurde. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter brachten die Ursachen der Teuerung in den städtischen Körperschaften zur Sprache, wurde doch auch der Armenetat der Städte durch die Lebensmittelteuerung außerordentlich stark in Anspruch genommen.

Gegen die angeblich unpolitischen Kriegervereine, die die Sozialistenhetze immer mehr als Spezialität betreiben, gab der Parteivorstand ein Flugblatt: „Meidet die Kriegervereine!" heraus.

Im Oktober lag Gefahr vor, daß der Balkankrieg auf die Länder der benachbarten Großmächte und damit auf ganz Europa übergriff. Das

deutsche Proletariat nahm deshalb in imposanten Massenkundgebungen für die Erhaltung des Friedens und gegen den Imperialismus Stellung. Ueber das Thema: „Krieg dem Kriege" gab der Parteivorstand ein Flugblatt und zwei Broschüren zur Massenverbreitung heraus. Ferner beauftragte er den Genossen Otto Bauer in Wien mit der Abfassung einer aufklärenden Broschüre über: „Der Balkankrieg und die deutsche Weltpolitik". Vor und nach dem außerordentlichen internationalen Sozialistenkongreß in Basel fanden dann erneut Massenmeetings für die Erhaltung des Friedens statt. Die Zahl der Teilnehmer an der Riesendemonstration, die am 20. Oktober in Treptow stattfand, wurde auf eine Viertelmillion geschätzt.

Im März setzte die Agitation gegen die Heeresvorlage der Reichsregierung ein. Schon bevor die Einzelheiten der Vorlage bekannt waren, wurde ein Flugblatt gegen die Kriegshetze und gegen die geplante Heeresvorlage herausgegeben. Ferner wurde das mit der französischen Bruderpartei vereinbarte Manifest vom 1. März: „Gegen den Rüstungswahnsinn" gleichzeitig in Deutschland und in Frankreich verbreitet. Zwischen Ostern und dem 6. April, dem Termin des Wiederzusammentretens des Reichstags, fand im ganzen Reiche eine lebhafte Versammlungskampagne statt, zu deren Einleitung nach Veröffentlichung der Regierungsvorlage ein neues Flugblatt: „Auf zum Kampfe gegen die Militärvorlage" erschien. Nach den Enthüllungen über den Rüstungstrust erschien im Mai als weiteres Flugblatt: „Ein ernstes Wort in ernster Zeit. Militärvorlage und internationale Rüstungsindustrie."

Gegen die Ausnutzung der Jahrhundertfeier zu volksfeindlichen Zwecken erschien das Flugblatt: „1813—1913" und gegen den Reichsverband, der die Sozialdemokratie in einem seiner Machwerke des Napoleonkultus beschuldigte, das Flugblatt: „Napoleonkultus und Sozialdemokratie".

Zum 50jährigen Parteijubiläum gab der Parteivorstand als Rednermaterial eine Broschüre über die Gründung der sozialdemokratischen Partei heraus.

Die Agitationsarbeit für den Wahlkampf in Preußen leistete der Parteivorstand gemeinsam mit dem geschäftsführenden Ausschuß der Landeskommission der preußischen Sozialdemokratie. Es wurden während des Wahlkampfes insgesamt zehn Flugblätter und eine Broschüre herausgegeben.

In der Serie sozialdemokratischer Flugschriften, die ohne Umschlag das Tausend zu 10 Mk. abgegeben werden, erschienen im Berichtsjahre neu: Nr. 12: „Imperialismus oder Sozialismus?", Nr. 13: „Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie vor Gericht", Nr. 14: „Die Greuel des Krieges", Nr. 15: „Krieg dem Kriege", Nr. 16: „Der Wahlrechtskampf vor dem Reichstag", Nr. 17: „Weckruf zur Preußenwahl", Nr. 18: „Das Wahlrecht und die Parteien", Nr. 19: „Dichtung und Wahrheit über 1813".

Die vierzehntägig erscheinende „Sozialdemokratische Parteicorrespondenz", die zu allen aktuellen Fragen den Sammelmappen der agitatorisch tätigen Genossen reichlich Material lieferte, erscheint jetzt in einer Auflage von 5100 Exemplaren.

Außerdem gibt das speziell gegen das Zentrum, die rheinisch-westfälischen Scharfmacher der Schwerindustrie und die christlichen Gewerkschaften arbeitende „Sozialdemokratische Bureau für Rheinland-Westfalen" zur Erfüllung seiner besonderen Aufgabe geeignetes Agitationsmaterial heraus, das jetzt in 6000 Exemplaren erscheint. An die Presse sendet das Bureau nach Bedarf informatorische Briefe. Außerdem unterstützte das Bureau

die Agitation der Partei durch Herausgabe von zwei Broschüren und einem Flugblatt, das die Bergarbeiter über die Bedeutung der Landtagswahl aufklärte.

Agitationskalender, zu denen die Zentralkasse zum Teil Zuschüsse leistete, geben 30 Bezirksvorstände heraus.

Zur Agitation unter den Schiffern und Fischern wurde wieder der „Schiffer- und Fischerkalender" in einer Auflage von 60 000 Exemplaren gratis abgegeben. Für die Binnenschiffer und Flößer erschien ferner anläßlich der preußischen Landtagswahl noch ein besonderes Flugblatt.

Zur Agitation unter der ländlichen Bevölkerung wurden von 23 Bezirks- und Landesvorständen Zeitungen herausgegeben, wovon 1 viermonatlich, 3 dreimonatlich, 4 zweimonatlich, 12 monatlich, 1 monatlich zweimal und 2 wöchentlich erscheinen. Die Blätter werden in großer Auflage fast alle gratis verbreitet.

Ueber die Zahl der im Berichtsjahre veranstalteten Versammlungen und unentgeltlich verteilten Flugblätter, Flugschriften und Kalender gibt die angefügte Tabelle Auskunft, die ein Beweis für die emsige Kleinarbeit der Genossen und Genossinnen des ganzen Reichs ist und von der Gesamttätigkeit der sozialdemokratischen Partei ein übersichtliches Bild gibt.

Die Nachwahlen zum Reichstag.

Die Ergebnisse der Reichstagsnachwahlen zeigen fast überall schwächere Wahlbeteiligung. Infolgedessen wird auch von unserer Partei die bei den Hauptwahlen erzielte Stimmenzahl selten erreicht. Diese Erscheinung ist nicht neu, sie wird immer nach den allgemeinen Wahlen beobachtet, wenn nicht ganz besondere politische Ereignisse die öffentliche Meinung aufpeitschen. Ganz naturgemäß tritt ein Stimmenrückgang im ersten Jahre nach der Hauptwahl ein, weil weniger Wähler vorhanden sind. Es werden die alten Listen benutzt. Die Lücken, die der Tod gerissen, sind nicht durch Zuwachs und die durch Wegziehen von Wählern entstandenen Lücken nicht durch Zuzug ausgefüllt. Bei den Nachwahlen fehlt die allgemeine politische Erregung, die bei allgemeinen Wahlen bis in die äußersten Winkel bringt und jeden denkenden Wähler antreibt, auch in den Kreisen, wo keine Aussicht auf Erfolg ist, durch Stimmabgabe zu demonstrieren.

Finden Nachwahlen in solchen Kreisen statt, die als sicherer Besitz bestimmter Parteien betrachtet werden, dann ist schwache Wahlbeteiligung die Regel. Bei den ersten sieben in untenstehender Tabelle aufgeführten Wahlen wurde auf Grund der alten Listen gewählt. Die alten Listen sind aber nicht der einzige Grund des Stimmenrückganges. Um die Unkosten für Versammlungen, Flugblätter und Stimmzettel zu sparen, beteiligten sich unsere Genossen in Pfarrkirchen, wo sie bei der Hauptwahl 1228 Stimmen aufgebracht hatten, gar nicht an der Nachwahl. In Schleiitadt war unsere Stimmenzahl bei der Hauptwahl unverhältnismäßig hoch, weil nur ein Sozialdemokrat neben dem Elsässer Dr. Will aufgestellt war. Bei der Nachwahl stellte auch die Fortschrittliche Volkspartei einen eigenen Kandidaten auf, der 2315 Stimmen erhielt.

Ein heftiger Wahlkampf entbrannte in Reuß ä. L. Hier glaubten die Gegner uns ein Mandat entreißen zu können. Mit riesigem Geldaufwand wurde für die Kandidaturen Stresemann (Natl.) und Lattmann (Antis.) gekämpft. Obwohl sich das Reichsamt des Innern durch die Verfügung

einmischte, daß die Wähler, die aus der Gemeinde verzogen sind, nicht wählen dürfen, behaupteten wir das Mandat mit einer ähnlichen Mehrheit wie bei den Hauptwahlen.

In Zauch-Belzig wurde der Wahlkampf unter dem frischen Eindruck der Annahme der Heeresvorlage geführt. In Flugblättern und Reden überboten sich Konservative und Freisinnige in „Patriotismus". Vielfach wurde es so dargestellt, als solle das Volk abstimmen über die Heeresvorlage. Alle Gründe, die für die Vorlage angeführt werden konnten, wurden von Freisinnigen und Konservativen angeführt. Nicht an allen Orten hatten unsere Genossen Gelegenheit, die Gegengründe vorzuführen, weil es an Lokalen und Versammlungsplätzen fehlte. Bei der Hauptwahl hatten die Parteien, die für die Vorlage eintraten, 20 336 Stimmen und die Sozialdemokratie 13 778 Stimmen. Gewiß wurden alle Kräfte angespannt, die durch die Hundertjahrfeier und das 25jährige Regierungsjubiläum erzeugte Stimmung gegen unsere Partei auszunutzen. Der Erfolg war, daß Konservative, Zentrum und Liberale nur 19 161 Stimmen erhielten, also 1175 Stimmen weniger als im Jahre 1912, während unsere Stimmen von 13 367 auf 13 778 stiegen und bei der Stichwahl eroberten wir das Mandat.

Folgende Tabelle zeigt das Verhältnis der Ergebnisse der Nachwahlen zu den Ergebnissen der Hauptwahl:

	Hauptwahlen 1912			Nachwahlen		
	abgegebene Stimmen	für Sozialdemokr.	Prozent	abgegebene Stimmen	für Sozialdemokr.	Prozent
Pfarrkirchen	18 909	1 228	6,5	14 450	—	—
Schleitstadt	13 105	4 065	32,6	12 197	2 769	22,7
Berlin I	11 206	4 408	39,5	9 505	3 840	40,4
Stichwahl . . .	11 295	5 579	50,0	—	—	—
Greifenberg-Kammin .	15 667	1 188	7,6	13 567	750	5,5
Reuß ä. Linie . . .	15 758	8 542	54,5	14 717	7 874	53,5
Stolp-Lauenburg . .	28 397	2 781	9,8	24 545	2 397	9,8
Schwetz	17 044	161	1,0	15 983	33	0,2
Bamberg	24 300	5 026	20,8	21 587	3 284	11,5
Ost- und Weststernberg	16 585	3 333	20,2	14 418	2 364	16,4
Waldeck	11 758	1 600	13,7	11 612	1 017	8,9
Zauch-Belzig	33 808	13 367	39,6	32 933	13 778	41,6
Stichwahl . . .	34 312	16 652	49,6	33 467	17 151	51,2
Salzwedel-Gardelegen	24 330	2 407	9,7	23 735	1 929	8,1

Die preußischen Landtagswahlen.

Die Erbärmlichkeit des preußischen Wahlsystems ist den tätigen Parteigenossen des ganzen Reichs so bekannt, daß wir an dieser Stelle mit keinem Wort darauf einzugehen brauchen.

Während die Beteiligung an den Landtagswahlen in Preußen von der Sozialdemokratie früher direkt abgelehnt worden ist, war sie seitens der bürgerlichen und bäuerlichen Kreise lächerlich gering. Die Wahlmänner wurden geradezu ernannt. Ihre „Wahl" war eine Farce. Die Wahl der Abgeordneten, der „Volksvertreter", durch die Wahlmänner war dann nur noch Formsache. Erst seitdem die Sozialdemokratie an den Wahlen teilnimmt, kann von einer

Wahlbewegung in Preußen gesprochen werden. Früher nahmen die meisten bürgerlichen Zeitungen von der bevorstehenden Landtagswahl beiläufig Notiz, wie sie auch von einem Hunde Notiz nehmen, der von einem Möbelwagen überfahren worden ist, und über die vollzogene Wahl pflegten sie zu berichten, wie über Hagelschlag im Juli oder einen Redaktionsmaikäfer im Dezember. Das alles hat sich geändert, seitdem im Jahre 1903 mehr als dreimalhunderttausend Preußen öffentlich sozialdemokratisch stimmten. Dieses überraschende Resultat der vorausgegangenen Agitation hatte auch die bürgerlichen Parteien und ihre Presse auf die Beine gebracht. Von da an wurde dem Landtag, seiner Wahl sowohl, wie auch seinem Tun und Treiben, ein viel größeres Interesse entgegengebracht. Geradezu aufgeschreckt wurden dann alle „echten Preußen", als die Sozialdemokratie im Jahre 1908 ihre Stimmenzahl verdoppelte und einige Mandate eroberte.

Als nächste Folge dieser Tatsache mußte die Thronrede angesehen werden, in der die Reform des Wahlrechts als eine der „wichtigsten Aufgaben" angekündigt wurde. Es ist hier nicht der Platz, auf jene inzwischen oft zitierte und viel erörterte Thronrede und die Wahlrechtsvorlage, die ihr folgte, näher einzugehen. Es kann nicht bestritten werden, daß es der sozialdemokratischen Partei gelungen ist, die Wahlrechtsfrage in Preußen in Fluß zu bringen, ja mehr noch: daß es ihr gelungen ist, die preußische Wahlrechtsfrage zur Kernfrage der inneren deutschen Politik zu machen. Uns allen geht es natürlich zu langsam voran in Preußen. Hier und da wird die Frage erörtert, ob nichts geschehen könne, um schneller zum allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht zu kommen. Es wäre um die Partei schlimm bestellt, wenn es anders wäre. Bevor aber ein gangbarer Weg gewiesen werden kann, der wirklich schneller zum Ziele führt, muß unverdrossen weiter gearbeitet werden wie bisher: es müssen die Massen, die noch uninteressiert beiseite stehen, aufgeklärt, aufgerüttelt und für die Sozialdemokratie gewonnen, es muß am Ausbau der Organisationen eifrig weiter gearbeitet werden.

Es war schon im Jahre 1908 deutlich zutage getreten, daß der Reaktion eine Anzahl Mandate hätte mehr abgenommen werden können, wenn es zwischen der Sozialdemokratie und der Fortschrittlichen Volkspartei zu einer taktischen Vereinbarung gekommen wäre. Vor den Stichwahlen im Juni d. J. haben beide Parteien die logische Konsequenz aus dieser Erkenntnis gezogen; es konnten infolgedessen der Reaktion mehrere Mandate abgenommen werden. Die Fortschrittliche Volkspartei fand die Unterstützung der Sozialdemokratie in folgenden Kreisen: Brandenburg-Westhavelland, Frankfurt a. O.-Lebus, Guben-Sorau-Forst, Torgau-Liebenwerda, Haynau-Goldberg-Liegnitz, Breslau-Stadt und Flensburg-Stadt und Land.

Die Sozialdemokratie gewann infolge der Stimmenthaltung der fortschrittlichen Wahlmänner die drei Mandate in Ober- und Niederbarnim. Da sie neben der Behauptung ihres alten Besitzstandes von 6 Mandaten das Mandat in Neukölln-Schöneberg aus eigener Kraft gewann, verfügt sie jetzt über 10 Mandate.

An den Machtverhältnissen im Abgeordnetenhause hat die kleine Verschiebung nach links freilich so gut wie nichts geändert. Bedeutungslos ist der Gewinn für die Linke deshalb aber doch nicht. Zunächst ist der Plan der Konservativen, für sich allein die absolute Mehrheit zu erlangen, vereitelt worden. Sodann ist den 6 Sozialdemokraten, die bisher den Kampf im Abgeordnetenhause allein zu führen hatten, der Zuwachs von weiteren 4 Genossen gewiß zu gönnen.

Der Parteivorstand und der Geschäftsführende Ausschuß der Landeskommission der Sozialdemokratie Preußens haben in allen Phasen des Wahl-

kampfes gemeinsam gehandelt, und zwar unter der ausdrücklichen Billigung der Landeskommission, die vor den Stichwahlen nach Berlin berufen worden war.

Der preußische Parteitag hatte im Januar d. Js. in einer Resolution die Richtlinien abgesteckt, nach denen der Wahlkampf geführt werden sollte:

„Wo es gelingt — und sei es auch nur in einem Orte eines Landtagswahlkreises — sozialdemokratische Wahlmänner aufzustellen, müssen sich die Genossen an den Urwahlen in allen drei Wählerklassen beteiligen; sie dürfen in diesem Falle nur für die sozialdemokratischen Wahlmänner stimmen."

So lautet der erste Satz der Resolution. Mit einer Disziplin, die den berechtigten Neid unserer Gegner immer wieder geweckt hat, haben die preußischen Genossen den Wahlkampf, besser gesagt: den Wahlrechtskampf, geführt.

Der Kampf um den Mandatsgewinn kam ja, abgesehen von 10 bis 12 Kreisen, nirgends ernstlich in Frage. Die aufreizenden Tatsachen des Wahlunrechts den preußischen Wählern immer wieder vor Augen zu führen, den Unwillen der werktätigen Bevölkerung auszulösen, immer neue Hunderttausende zum Sturmlauf gegen die Preußenschande zu veranlassen, das war das eigentliche Ziel aller bisherigen Wahlrechtskämpfe in Preußen.

Noch ist die Bresche, die in die preußische Junkerfeste gelegt werden konnte, klein; das kann für uns aber nur der Ansporn zu noch eifrigerer Agitation sein.

Wahlen in anderen Bundesstaaten.

Außer in Preußen haben in Schwarzburg-Sondershausen, Württemberg, Lippe, Hamburg und Altenburg allgemeine Landtagswahlen stattgefunden. — In Schwarzburg-Sondershausen, einem der wenigen Länder mit bisher sozialistenreinem Landtag, eroberten unsere Genossen am 23. August ein Mandat. Mit Genosse Bärwinkel zog der erste Sozialdemokrat in den Landtag dieses reaktionären Fürstentums ein. — Am 16. und 29. November sowie am 18. Dezember fanden die Landtagswahlen in Württemberg statt. Ein genaues Bild über die Stärke der Partei gibt die am 16. November vollzogene erste Wahl. Eingeschriebene Wähler gab es 527 700, also 20 715 weniger als bei den Reichstagswahlen, wo alle über 25 Jahre alten Deutschen, also auch die Deutschen, die keine Württemberger sind, eingetragen waren. Auch war die Wahlbeteiligung schwächer als bei den Reichstagswahlen. Während bei der Reichstagswahl 473 825 = 86,4 Proz. abstimmten, beteiligten sich an der Landtagswahl nur 413 269 = 78,3 Proz. Vergleicht man das Ergebnis der Hauptwahl von 1912 mit dem Ergebnis von 1906, dann gibt es folgendes Bild:

	1912		1906	
	Stimmen	Proz.	Stimmen	Proz.
Sozialdemokraten	119 758	29,0	91 448	24,9
Volkspartei	68 342	16,9	79 810	21,8
Nationalliberale	62 646	15,5	57 096	15,6
Zentrum	90 270	22,2	89 260	24,3
Konservative und Bund der Landwirte	65 459	16,2	49 012	13,4
Zersplittert	6 794	—	—	—
Zusammen	413 269	—	366 626	—

Im ersten Wahlgang wurden gewählt 10 Sozialdemokraten, 7 Volkspartei, 4 Nationalliberale, 19 Zentrum und 11 Konservative und Bund der Landwirte. Bei den engeren Wahlen am 29. November wurden gewählt 3 Sozialdemokraten, 8 Volkspartei, 5 Nationalliberale, 2 Zentrum und 6 Konservative. Es wurden dann am 18. Dezember im Landesproporz noch 17 Abgeordnete gewählt, und zwar 4 Sozialdemokraten, 4 Volkspartei, 1 Nationalliberaler, 5 Zentrum und 3 Konservative. Der neue Landtag ist im Vergleich zum alten Landtage wie folgt zusammengesetzt:

	frühere Stärke	im neuen Landtage
Sozialdemokraten	16	17
Volkspartei	23	19
Nationalliberale	13	10
Zentrum	25	26
Konservative und Bund der Landwirte	15	20

Der prozentuale Anteil an Stimmen ging für die Volkspartei und Nationalliberalen von 86,4 auf 32,4 zurück, wodurch die beiden Parteien 7 Mandate verloren. Die Sozialdemokraten steigerten ihren Stimmenanteil um 4,1 Proz. und gewannen 1 Mandat, während das Zentrum, die Konservativen und der Bund der Landwirte nur eine Steigerung des Stimmenanteils von 0,7 Proz. hatten, gewannen sie doch 6 Mandate. — In Lippe, wo am 20. Januar Landtagswahlen stattfanden, sind die Resultate mit früheren Wahlen nicht ganz vergleichbar. Das Ländchen ist jetzt in sieben Wahlkreise eingeteilt. Es gilt jetzt das Dreiklassenwahlrecht. In jedem der sieben Kreise wählt jede Klasse einen Abgeordneten. Von den 30 500 Wählern gehören 27 000 zur dritten Klasse. Die Wahlen der dritten Klasse kann man daher als allgemeine Wahlen bezeichnen. Unsere Genossen, die 1904 2571 Stimmen erhalten hatten, steigerten 1908 ihre Stimmenzahl auf 3715 und 1913 auf 7101 Stimmen. Sie erhielten aber nur ein Mandat, wie sie es auch im früheren Landtag besessen hatten. — In Hamburg, wo ein recht kompliziertes Wahlverfahren besteht, hatte die Hälfte der Bürger 40 Bürgerschaftsmitglieder zu wählen. Bei den Bürgerschaftswahlen wählt immer nur eine Hälfte der Bürger der Republik. Und zwar einmal die Bürger, die östlich, drei Jahre später die Bürger, die westlich der Alster wohnen. Der weitaus größte Teil der Hamburger Einwohner setzt sich aus — „Nichtbürgern" zusammen. Denn um das Bürgerrecht zu erwerben, muß der Hamburger Staatsangehörige fünf Jahre hintereinander ein Einkommen von mindestens 1200 Mk. versteuert und den bekannten Bürgereid geschworen haben. Die Bürger wählen nur die Hälfte der aus 160 Köpfen bestehenden Gesetzgebung. 40 werden von den sogenannten Notabeln, Richtern, höheren Beamten usw. und 40 werden von den Hausagrariern ernannt. Die Bürger sind in zwei Klassen eingeteilt. Um aber das ominöse Wort Klasse zu vermeiden, nennt man sie offiziell Gruppen. Von den drei Gruppen haben die Einwohner mit weniger als 1200 Mk. Jahreseinkommen gar kein Wahlrecht, die Bürger mit einem Einkommen von 1200 bis 2500 Mk. Jahreseinkommen wählen 24, die mit einem Jahreseinkommen von mehr als 2500 Mk. wählen 48 Gesetzgeber. Acht Gesetzgeber werden in dem Landgebiet gewählt. Jetzt waren 4 in dem Landgebiete, 12 in der Gruppe II, 24 in der Gruppe I, 20 von den Notabeln und 20 von den Hausagrariern zu wählen. Zehn Mandate hatten unsere Genossen zu verteidigen, diese wurden gehalten. Es wurden neun Mitglieder von der Gruppe II gewählt. Durch das Proportionalwahlrecht erlangten die Gegner drei Mandate der Gruppe II und wir ein Mandat der Grundeigentümer. — In Altenburg verdoppelten

unsere Genossen in vielen Bezirken gegenüber der Zahl von 1910 ihre Stimmen. Es gelang aber nicht, mehr Mandate wie sieben, die sie im vorigen Landtage auch besessen hatten, zu erobern. Immerhin war der Stimmenzuwachs ein so gewaltiger, daß die Genossen den 6. Februar als Siegestag feierten. — In Gotha, im Kreise Ohrdruf, hatte eine Nachwahl stattzufinden, weil das Mandat des Genossen Fischer für ungültig erklärt war. Jetzt unterlagen unsere Genossen.

Die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten ist im Laufe des Berichtsjahres auf 231 gestiegen. In den beiden Mecklenburg, wo es keine gewählten Landtage gibt, sowie in Waldeck, Braunschweig und Coburg haben wir keine Vertreter. Die 231 Abgeordneten verteilen sich auf folgende Landtage:

Bayern	30	Schwarzburg-Rudolstadt	9
Sachsen	26	Gotha	8
Baden	20	Hessen	8
Hamburg	20	Sachsen-Altenburg	7
Württemberg	17	Reuß j. L.	5
Bremen	16	Reuß ä. L.	3
Lübeck	12	Sachsen-Weimar	4
Oldenburg	12	Anhalt	1
Elsaß-Lothringen	11	Schaumburg-Lippe	1
Preußen	10	Lippe	1
Sachsen-Meiningen	9	Schwarzburg-Sondershausen	1

Die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen.

In den deutschen Gemeindevertretungen kommt die Sozialdemokratie in steigendem Maße zur Geltung. Selbst die Gegner müssen anerkennen, wie sachverständig die sozialistischen Gemeindevertreter auf kommunalem Gebiete für die Arbeiter eine segensreiche Tätigkeit entfalten. Von der Stärke der Vertretung der Sozialdemokratie in den deutschen Gemeinden legt folgende Tabelle Zeugnis ab:

Agitationsbezirke	Vertreter der Partei: in Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen, Zahl der: Städte	Vertr.	Landg.	Vertr.	im Magistrat, Stadtrat und Gemeindevorstand, Zahl der: Städte	Vertr.	Landg.	Vertr.
Ostpreußen	4	17	2	2	—	—	—	—
Westpreußen	1	11	8	11	—	—	—	—
Groß-Berlin	11	169	96	283	—	—	—	—
Brandenburg	30	154	87	257	—	—	1	2
Pommern	4	34	20	44	—	—	1	1
Posen	—	—	—	—	—	—	—	—
Breslau	6	32	63	164	—	—	—	—
Görlitz	5	24	51	151	—	—	—	—
Oberlangenbielau	1	2	67	149	—	—	—	—
Kattowitz	—	—	3	7	—	—	—	—
Magdeburg	17	79	71	125	—	—	—	—
Halle a. S.	21	70	149	344	—	—	—	—
Erfurt	6	24	28	79	—	—	—	—
Schleswig-Holstein	22	79	89	207	—	—	2	2
Hannover	9	13	53	123	—	—	—	—
Oestl. Westfalen	11	47	52	125	—	—	—	—
Westl.	5	9	69	135	—	—	—	—
Frankfurt a. M.	13	60	85	239	2	2	9	10
Kassel	5	14	54	149	—	—	2	2
Oberrhein	3	10	11	16	—	—	—	—
Niederrhein	22	144	25	60	—	—	—	—
Saargebiet	—	—	2	8	—	—	—	—
Nordbayern	35	181	104	324	16	29	15	12
Südbayern	9	40	12	66	7	9	2	—
Pfalz	18	110	50	181	—	—	18	21
Dresden	18	64	414	948	—	—	—	—
Chemnitz	34	138	222	630	1	1	2	3
Leipzig	14	68	136	278	—	—	1	1
Zwickau	15	46	87	207	1	1	—	—
Württemberg	80	153	142	551	9	36	12	23
Baden	36	452	151	1554	24	49	53	97
Hessen	11	51	113	318	1	1	—	—
Mecklenburg	8	41	—	—	—	—	—	—
Thüringen I	18	65	59	112	—	—	1	1
II	8	57	48	173	—	—	—	—
Sachsen-Altenburg	9	45	82	162	1	1	—	—
Gotha	4	17	33	121	2	2	4	4
Oldenburg-Ostfriesland	3	35	13	35	1	2	2	4
Braunschweig	10	39	63	111	—	—	—	—
Sachsen-Meiningen	5	5	31	95	—	—	1	1
Anhalt	12	68	35	95	—	—	—	—
Hamburg	1	8	11	29	—	—	2	2
Nordwest	4	35	50	170	—	—	1	1
Lübeck	1	12	3	11	—	—	1	1
Elsaß-Lothringen	10	36	29	79	—	—	—	—
Zusammen	509	2753	2973	8928	65	133	120	187

Maifeier.

Die Maifeier fand in diesem Jahre unter ganz außergewöhnlich starker Beteiligung der Genossinnen und Genossen statt, was freilich mit darauf zurückzuführen war, daß der 1. Mai in diesem Jahre auf einen gesetzlichen Feiertag fiel. In den Jahren, in denen der 1. Mai auf einen Sonntag oder einen Feiertag fällt, nimmt die Maifeier leicht zu sehr den Charakter eines Volksfestes an und dadurch verliert die Mafeier als eine Demonstration

gegen die Rüstungs- und Arbeitertrutzpolitik des Klassenstaats an Bedeutung. In diesem Jahre sorgte die gespannte internationale Situation, die monatelang Europa in einen Weltkrieg zu stürzen drohte, und die dem deutschen Volke ein neues Milliardenopfer für den bewaffneten Frieden auferlegte, dafür, daß die Maifeier sich wiederum zu einer wuchtigen Demonstration für den Völkerfrieden und den Arbeiterschutz gestaltete.

Zu einem blutigen Zwischenfalle kam es am 1. Mai in dem Nachbargebiete von Rüstringen-Wilhelmshaven. Als dort die zahlreichen Maifeiernden, wie in früheren Jahren, in losen Gruppen das Versammlungslokal verließen, um sich nach einigen Gartenlokalen in dem oldenburgischen Rüstringen zu begeben, wollten sie, weil das der nächste Weg war, die preußische Grenze passieren. Die Grenzstraßen waren von Schutzleuten gesperrt. Als die friedlich dahingehenden Gruppen sich auf Aufforderung des kommandierenden Polizeibeamten nicht schnell genug rückwärts konzentrierten, ging die Polizei mit blanker Waffe gegen die wehrlose Menge vor, die keinerlei aggressive Absicht bekundet hatte, und brachte sechs Personen ernstere Verletzungen bei. Die offiziösen Telegraphenbureaus verbreiteten die Nachricht, daß in Rüstringen ein Umzug stattgefunden hätte, wobei die Demonstranten versucht hätten, mit Gewalt die preußische Grenze zu überschreiten. Das war ein nachträglich zur Rechtfertigung der unerhörten Polizeiattacken ersonnener Schwindel. Daß die bedauerliche Affäre noch ein gerichtliches Nachspiel für die Opfer des Polizeisäbels haben soll, nimmt in Preußen nicht wunder.

Auch in Halle wurden Genossen, die sich am 1. Mai von den Gewerkschaftslokalen in losen Gruppen nach dem „Volkspark" begeben wollten, von der Polizei auseinandergetrieben. Nach Schluß der Versammlung im „Volkspark" hatten die in kleineren Gruppen nach der Stadt zurückwandernden Genossen stürmische Auftritte mit der Polizei zu bestehen, die eine Anzahl Verhaftungen vornahm. Ferner ging die Polizei in Essen und Recklinghausen mit blanker Waffe gegen die demonstrierende Masse vor. — In einer größeren Anzahl von Städten verbot die Polizei Umzüge, die am 1. Mai stattfinden sollten, mit einer Begründung, die zu den bei Erlaß des Reichsvereinsgesetzes gegebenen Erklärungen in schroffstem Widerspruch stand und mit dem Wortlaut des Reichsvereinsgesetzes nicht vereinbar war.

Parteipresse.

Die Zahl der täglich erscheinenden Parteizeitungen betrug am Ende des Geschäftsjahres 90. Es sind im Laufe des Jahres neu hinzugekommen: „Volkszeitung" in Arnstadt, „Volkszeitung" in Eisenach, „Weimarsche Volkszeitung" in Jena, „Abendpost" in Osnabrück und „Dziennik Robotnicza" in Kattowitz. Eingegangen ist das früher in Erfurt für die Weimarschen Wahlkreise herausgegebene Kopfblatt „Thüringen" und die in Kattowitz erschienene „Gazeta Robotnicza". Neben den Tageszeitungen erscheinen das „Bayerische Wochenblatt" und die „Volkswacht" in Danzig zweimal wöchentlich.

Neue Parteidruckereien sind in Duisburg, Jena und Rostock errichtet worden; im ganzen sind jetzt 62 Parteidruckereien im Betriebe. Sieben Parteizeitungen werden noch in Privatdruckereien hergestellt.

Eine Umfrage über das an der Parteipresse beschäftigte Personal hatte folgendes Ergebnis:

Festangestellte Redakteure	267	Festangestellte Inseratenakquisiteure	85
Geschäftsführer	89	Technisches Personal	2646
Kaufmännisches Personal	273	Zeitungsausträgerinnen	7589
Sonstige Verwaltungsangestellte	140		

Am 25. Oktober 1912 tagte eine Konferenz von Vertretern der Parteigeschäfte, die sich mit einer Reihe wichtiger geschäftlicher Angelegenheiten beschäftigte. Wegen der Revision der Parteigeschäfte wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

„Die Konferenz empfiehlt dringend, daß alle Parteigeschäfte in jedem Jahre mindestens einmal von dem Revisor des Parteivorstandes revidiert werden."

Wir haben diesem Beschluß zugestimmt und zu seiner Durchführung einen weiteren Revisor, den Genossen Adolf Schulz, Rüstringen, angestellt, der zu Beginn des neuen Geschäftsjahres seine Stelle angetreten hat. Im letzten Jahre sind 24 Parteigeschäfte revidiert worden, und zwar 15 einmal und 9 zweimal.

Die Zahl der Abonnenten der Parteipresse betrug unter Hinzurechnung der „Gleichheit" am 31. März 1913 1 465 212 gegen 1 478 042 am 30. Juni 1912. Die Abonnentenzahl hat sich also um 12 830 verringert. Durch Veränderung des Geschäftsjahres mußte zum ersten Male die Abonnentenfeststellung am 31. März erfolgen. Erfahrungsgemäß ist der Abonnentenstand an diesem Termin immer am ungünstigsten. Es haben aber auch die verschlechterten Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, die sich im Baugewerbe besonders bemerkbar machten, auf den Abonnentenstand ungünstig eingewirkt. An dem Abonnentenrückgang sind 43 Parteiblätter beteiligt, während 47 Zunahme zu verzeichnen haben.

Pressebureau.

1. Juli 1912 bis 31. März 1913.

	Juli bis Septbr. 1912	Okt. bis Dezbr. 1912	Jan. bis März 1913	Summa für 1912/13	Im Vorjahre 1911/12
Einnahmen:	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Aus der Hauptkasse erhalten	10000,—	8000,—	8000,—	26000,—	48600,—
Im Umlageverfahren erhoben	4520,—	8725,—	15562,—	28807,—	34565,—
Rückvergütung von Telephongebühren	244,50	419,—	1129,—	1792,50	3303,60
Sonstige Einnahmen	—	39,90	4500,—	4539,90	4368,—
Summa	14764,50	17183,90	29191,—	61139,40	85836,60
Ausgaben:					
Gehälter	7212,87	7319,31	7250,90	21783,08	30326,11
Korrespondenten:					
a) Politische	2464,71	5826,69	4042,76	12334,16	9864,95
b) Gewerkschaftliche	1163,75	945,60	1018,75	3128,10	5795,57
Telephongebühren	475,50	1058,35	934,60	2468,45	4357,05
Telegrammgebühren	38,25	66,15	70,80	175,20	9679,80
Porti	716,61	926,68	908,55	2551,84	2953,15
Laufende Ausgaben	2351,60	1898,10	1876,57	6126,27	7534,02
Kranken-, Inv.- u. Angest.-V.	287,47	266,84	520,35	1074,16	813,75
Diverse	—	840,—	799,08	1139,08	418,10
An die Hauptkasse	—	—	9000,—	9000,—	13500,—
Summa	14710,76	18647,22	26422,36	59780,34	85242,50

Bilanz des Pressebureaus:

Bestand am 30. Juni 1912		4 534,18 Mk.
Einnahmen 1. Juli 1912 bis 31. März 1913		61 139,40 „
		65 673,58 Mk.
Ausgaben 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 .		59 780,34 „
Kassenbestand am 1. April 1913		5 893,19 Mk.

* * *

Ueber den Stand des „Vorwärts", der „Neuen Zeit", des „Wahren Jakob" und der „Gleichheit" geben folgende von der Kontrollkommission geprüfte Jahresabrechnungen Auskunft.

* * *

„Vorwärts".

1. Juli 1912 bis 31. März 1913.

	Mk.	Mk.
Eingänge:		
Zeitung	1 009 339,22	
do. Post	48 781,27	
Inserate	475 976,25	
Speditionen	53 165,58	
Broschüren	5 696,70	
Diverse	444,80	1 593 353,82
Ausgänge:		
Diverse	70 579,26	
Mitarbeiter: Politik	28 231,35	
do. Soziales und Gerichtliches . . .	7 375,93	
do. Gewerkschaftliches	6 148,30	
do. Versammlungen	1 870,10	
do. Lokales	8 048,50	
do. Vorort	3 955,25	
Feuilleton	11 826,55	
Redakteure	54 007,39	
Depeschen und Parlamentsberichte	2 992,—	
Neue Welt	57 465,90	
Expedition	26 378,—	
Gerichtskosten	2 418,55	
Redaktions-Bibliothek	1 191,05	
Speditionen	55 355,87	
Herstellung der Zeitung	1 059 504,90	1 397 288,88
Gewinn vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 Mk. . .		196 064,94

Der Abonnentenstand des „Vorwärts" betrug am 31. März 1913 157 100.

* * *

„Der Wahre Jacob".

1. Januar bis 31. Dezember 1912.

		Mk.	Pf.
A. Eingänge:			
Abonnements und Inserate netto		398 231	64
B. Ausgänge:			
Satz, Druck, Stereotypie usw.		135 400	80
Papier		144 823	80
Reproduktionen, Aetzungen	9 300,12		
Galvanos	5 210,89	14 511	01
Redaktion		12 500	—
Mitarbeiter, Zeichner usw.		29 920	07
		337 155	68
Gewinn-Saldo		61 075	96
		398 231	64

Der Abonnentenstand des „Wahren Jacob" betrug

Ende 1911	307 000
1. Juli 1912	380 500
31. März 1913	371 000

* * *

„Die Neue Zeit".

1. Januar bis 31. Dezember 1912.

		Mk.	Pf.
A. Eingänge:			
Abonnements netto		70 037	85
B. Ausgänge:			
Satz, Druck usw.		22 263	85
Papier		11 910	25
Buchbinder		5 174	45
Redaktion		15 000	—
Mitarbeiter		13 541	87
		67 890	42
Gewinn-Saldo		2 146	98
		70 037	85

Der Abonnentenstand der „Neuen Zeit" betrug

Ende 1911	10 500
1. Juli 1912	10 300
31. März 1913	10 500

* * *

„Die Gleichheit".

1. Januar bis 31. Dezember 1912.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements netto	85 168	25
B. Ausgänge:		
Satz, Druck usw.	25 915	—
Papier	33 271	20
Redaktion	8 500	—
Mitarbeiter	5 459	74
	73 145	94
Gewinn-Saldo	12 022	31
	85 168	25

Der Abonnentenstand betrug:

Ende 1911	94 500
1. Juli 1912	107 000
31. März 1913	112 000

Buchhandlung Vorwärts.

In dem Geschäftsjahr vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 hat die Buchhandlung Vorwärts über folgende Neuerscheinungen zu berichten:

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek" wurden folgende Hefte neu herausgegeben: Heft 30, „Die Berufswahl" von Dr. Zadek (10 000); Heft 31, „Die Berufskrankheiten der Buchdrucker" von Dr. Silberstein (10 000); Heft 32, „Die Arzneimittel und ihre Verwendung" von Dr. Lipschütz (10 000); Heft 33, „Das Auge und seine Erkrankungen" von Dr. Seeligsohn (10 000).

Nachgedruckt wurden: Heft 7, „Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten" von Dr. Gebert (10 000); Heft 18, „Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege" von Dr. Munter (5000).

In der Serie „Sozialdemokratische Flugschriften" sind neu erschienen: Heft 12, „Imperialismus oder Sozialismus (90 000); Heft 13, „Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie vor Gericht" (25 000); Heft 14, „Die Greuel des Krieges" (220 000); Heft 15, „Krieg dem Kriege" (95 000); Heft 16, „Der Wahlrechtskampf vor dem Reichstage" (37 500).

In der Sammlung „Sozialdemokratische Frauen-Bibliothek" sind neu erschienen: Heft 2, „Die Frauen in der Gemeindepolitik" (12 000); Heft 3, „Kinderarbeit, Kinderschutz und die Kinderschutz-Kommissionen" von Luise Zietz (11 000).

Führer durch die Reichsversicherungsordnung: Heft 2, „Führer durch die Krankenversicherung" (5000); Heft 3, „Führer durch die gewerbliche Unfallversicherung (5000); Heft 4, „Führer durch die landwirtschaftliche Unfallversicherung" (5000).

Sonstige Gesetzesführer sind erschienen: „Der gewerbliche Arbeitsvertrag" (10 000); „Führer durch das Versicherungsgesetz für Angestellte" (10 000); „Führer durch die Technik der preußischen Landtagswahlen" (25 000).

Nachgedruckt wurden: „Führer durch das Gewerbe- und Kaufmannsgericht" (5000); „Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben?" (2000); „Führer durch das preußische Einkommensteuergesetz" (2000).

Im Rahmen der „Vorwärts-Bibliothek" ist neu erschienen: „Das Land der Zukunft" von Leo Kolisch; „Verschrobenes Volk" von Robert Grötzsch; „Der Prinzipienreiter" von Wilhelm Blos; „In den Tod getrieben" von Ernst Preczang. Nachgedruckt wurde: „Erweckt" von A. Ger.

Von den „Einführungen in Theaterstücke" ist neu erschienen: Rosenow, „Die im Schatten leben", von Dr. Max Alberti Poensgen (5000). Nachgedruckt wurden: Schiller, „Kabale und Liebe" von Franz Mehring (5000); Rosenow, „Kater Lampe" von Hermann Wendel (5000); Max Halbe, „Jugend" von Hermann Wendel (5000); Gerhart Hauptmann, „Die Weber" von Franz Diederich (5000).

In der Serie „Sozialdemokratische Theaterstücke" ist neu erschienen: „Rotkoller" von Ludwig Lessen (1000).

„Der „Arbeiter-Notiz-Kalender" wurde in einer Auflage von 28 000 Exemplaren gedruckt.

Ein neues Unternehmen ist unter dem Titel „Internationales Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung" ins Leben gerufen worden. Es erscheinen jährlich vier Hefte zum Jahresabonnementspreis von 10 Mk.

Das „Protokoll vom Parteitag in Chemnitz" erschien in einer Auflage von 29 000 Exemplaren; das „Protokoll des preußischen Parteitages in Berlin" in einer Auflage von 5000 Exemplaren. Vom „Protokoll des Internationalen Kongresses zu Basel" wurden 9000 Exemplare hergestellt.

Klassiker: Neu herausgegeben wurden „Reuters Werke", Auflage 15 000 Exemplare.

Außerdem sind folgende Schriften neu herausgegeben worden: „Der Balkankrieg" von Otto Bauer (9000); „Mann der Arbeit, her zu uns!" von Paul Göhre (30 000); „Entwickelungsgeschichte der Erde" von Engelbert Graf (5000); „Die Akkumulation des Kapitals" von Rosa Luxemburg (2000); „Der preußische Landtag"; Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler (2500); „Unterm Brennglas" von Adolf Glaßbrenner, herausgegeben von Franz Diederich (3000); „Der kleine Stadtbaumeister" von Heinrich Pralle (2000).

In neuer Auflage resp. Nachdruck wurden folgende Schriften herausgegeben: „Nieder mit den Sozialdemokraten" von Bracke (22 500); „Die Parteien in der großen französischen Revolution" von Heinrich Cunow (2000); „Grundsätze und Forderungen" (75 000); „Herr Bastiat-Schulze" von Ferdinand Lassalle (2000); „Lohnarbeit und Kapital" von Karl Marx (6000); „Das Kommunistische Manifest" (11 000); „Programm und Organisation der Partei" (10 000); „Bist Du eine der Unsrigen?" von Luise Zietz (80 000); „An den Einzelnen, auf den es nicht ankommt" (100 000); „Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturentwickelung" von Kampffmeyer (5000); „Gehörst Du zu uns?" von Heinrich Schulz (55 000), (herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands).

Der Warenumsatz der Buchhandlung Vorwärts betrug

im letzten Geschäftsjahr	623 245,64 Mk.
„ Vorjahr	790 709,64 „
mithin weniger	167 464,— Mk.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß das letzte Geschäftsjahr nur 9 Monate umfaßt.

Die „Kommunale Praxis" hatte für die Zeit vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 folgendes Ergebnis:

a) Eingänge:

Abonnements	23 553,20 Mk.
Inserate und Beilagen	300,50 „
	23 853,70 Mk.
Zuschuß der Buchhandlung Vorwärts	1 058,66 „
	24 912,36 Mk.

b) Ausgänge:

Redaktion	4 861,58 Mk.
Mitarbeiter	4 194,92 „
Druck und Buchbinderei	13 190,05 „
Expedition und Agitation	2 665,81 „
	24 912,36 Mk.

Die Abonnentenzahl betrug am 31. März 1913 3530 Exemplare.

Parteischule.

(Siebenter Jahresbericht 1912/13).

Der siebente Kursus der Parteischule dauerte vom 1. Oktober 1912 bis 29. März 1913. Es haben 29 Genossen und 2 Genossinnen, also im ganzen 31 Personen, an dem Kursus teilgenommen. Von den Teilnehmern waren 23 Genossen und 2 Genossinnen von den Bezirksorganisationen der Partei, 6 Genossen von den Gewerkschaften entsandt. Der Bauarbeiterverband hatte wie in früheren Jahren 2 Mitglieder geschickt, der Bergarbeiterverband und der Transportarbeiterverband, die auch schon früher die Parteischule beschickt hatten, stellten je 1 Mitglied, der Textilarbeiter- und der Holzarbeiterverband entsandten zum ersten Male je 1 Mitglied auf die Parteischule.

Der Lehrplan war im wesentlichen der gleiche wie in früheren Kursen. Geschichte und Nationalökonomie standen mit insgesamt 543 Stunden an der Spitze. Davon entfielen im einzelnen auf Wirtschaftsgeschichte und Nationalökonomie 242, auf Deutsche Geschichte 100, auf Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung 102, auf Geschichte des Sozialismus 80, auf materialistische Geschichtsauffassung 28 Stunden. Auf die juristischen Fächer entfielen insgesamt 104 Unterrichtsstunden, davon 70 auf Arbeiterrecht und 34 auf Strafrecht und Strafvollzug. Für die Behandlung des Erfurter Programms waren 52 Stunden vorgesehen, auf die formalen Unterrichtsfächer entfielen 70 Stunden.

Leider konnte der diesmalige Kursus nicht ungehindert verlaufen. Die Polizeibehörde stellte die für den preußischen Staat bedenkliche Tatsache fest, daß einer der Lehrer, der schon seit einigen Jahren über Geschichte des Sozialismus vorgelesen hatte, von Geburt Oesterreicher ist. Die Polizei verlangte deshalb von ihm, daß er seine Lehrtätigkeit an der Parteischule aufgebe, widrigenfalls er aus Preußen ausgewiesen werden würde. Natürlich erreichte die Behörde mit dieser kleinlichen Nadelstichpolitik nicht ihren Zweck. An die Stelle des bisherigen Lehrers für Geschichte des Sozialismus trat Genosse Dr. Hermann Duncker.

Zur Erledigung der Schulangelegenheiten haben 5 Lehrerkonferenzen stattgefunden.

Mit dem Ergebnis des diesjährigen Kursus waren das Lehrerkollegium wie auch die Schüler in vollem Maße zufrieden.

Um eine Uebersicht über die von den Lehrern behandelten Unterrichtsstoffe zu erlangen, haben die Lehrer am Ende jeder Stunde den an dem betreffenden Tage behandelten Stoff kurz skizziert. Diese Uebersicht über die einzelnen Unterrichtsgebiete wird in Kürze veröffentlicht werden.

Zentralbildungsausschuß.

(Siebenter Jahresbericht 1912/13).

1. Allgemeines.

Im verflossenen Jahre wurde die Bildungsarbeit im Gegensatz zu den beiden vorhergegangenen Jahren nicht durch große politische Aktionen beeinflußt. So sehr unter Umständen wichtige politische Vorgänge die Bildungsarbeit schnell und stark in einer besonderen Richtung vorwärts treiben können, so ist es doch andererseits wiederum notwendig, daß Jahre ruhiger Entwickelung kommen, in denen die Bildungsausschüsse ungehindert von aktuellen politischen Angelegenheiten für die systematische Aufklärung der organisierten Arbeiter wirken können. Die Kurse des Berichtsjahres entnahmen ihre Stoffe deshalb fast allen Gebieten des Wissens. Ihre Hauptaufgabe sahen die Bildungsausschüsse allerdings nach wie vor in der Veranstaltung von Kursen über Nationalökonomie und wissenschaftlichen Sozialismus. Aber daneben haben im vergangenen Jahre viele Kurse über Naturwissenschaft, über Technik, über Literaturgeschichte, über Kunst, über Vortragswesen stattgefunden. Auch künstlerische Veranstaltungen haben die Bildungsausschüsse mehr als im vorhergegangenen Jahre eingerichtet.

2. Organisatorisches.

Der Ausbau der Bildungsorganisation hat im Berichtsjahre erfreuliche Fortschritte gemacht. Fast alle Orte, in denen es politische und gewerkschaftliche Organisationen gibt, haben auch einen örtlichen Bildungsausschuß zur Erfüllung der gemeinsamen Bildungspflichten eingesetzt. Ebenso haben fast alle Parteibezirke einen Bezirksbildungsausschuß. In Hannover, wo formell ein Bezirksbildungsausschuß noch nicht besteht, werden die Aufgaben vom Sekretariat des Bezirksvorstandes der Partei erledigt. In Baden und Braunschweig ist je ein Bezirksbildungsausschuß in Vorbereitung, in Dresden versieht die örtliche Bildungsorganisation vorläufig noch in Verbindung mit dem Bezirksvorstande der Partei die Funktionen des Bezirksbildungsausschusses. In allen anderen Bezirken sind Bezirksbildungsausschüsse eingerichtet, die zum Teil schon auf eine mehrjährige Tätigkeit zurücksehen können und zur Ausbreitung und zweckmäßigen Vorbereitung und Einrichtung der Bildungsarbeit je länger je nützlicher zu wirken vermögen. Der Zentralbildungsausschuß vermittelt Kräfte für Kurse und Veranstaltungen an die örtlichen Bildungsausschüsse fast nur noch durch die Bezirksbildungsausschüsse, weil dadurch die Arbeit für beide Teile zweckmäßiger und einfacher eingerichtet werden kann.

Noch nicht vollständig ausgebildet ist die Organisation der Bildungsarbeit in den Wahlkreisen. In solchen Wahlkreisen, in denen selbst die politische Organisation noch mit den Schwierigkeiten des Anfangs zu kämpfen hat, ist ein Kreisbildungsausschuß auch noch kaum am Platze. In einer Reihe von Wahlkreisen, in denen die Vorbedingungen vorhanden wären, hat man dagegen die Aufgabe eines Kreisbildungsausschusses noch nicht richtig erkannt und aus diesem Grunde von der Einsetzung eines Kreisbildungsausschusses bisher noch abgesehen. Wo aber bei guter Parteiorganisation eines

Wahlkreises bisher auch schon ein Kreisbildungsausschuß im Einverständnis mit den leitenden Genossen geschaffen worden ist, leistet er der Bildungsarbeit vortreffliche Dienste. Ein Wahlkreis vermag besser als die Bezirksleitung zu übersehen, an welchen Orten des Kreises eine bestimmte Art von Bildungsarbeit vonnöten ist. Der Kreisbildungsausschuß vermag auch durch unmittelbare Einwirkung auf die Wahlkreisinstanzen unter Umständen eine Ermäßigung der Kosten für Wanderkurse und andere Bildungsarbeiten noch über die Ermäßigungen des Zentralbildungsausschusses hinaus aus den Mitteln des Kreises herbeizuführen.

Zur besseren Verständigung des Zentralbildungsausschusses mit den Bezirks-, Kreis- und Ortsbildungsausschüssen hat die Zentrale ein Mitteilungsblatt geschaffen, von dem bisher zwei Nummern erschienen sind. Der Zentralbildungsausschuß hat vorläufig noch davon abgesehen, ein selbständiges Organ für die Arbeiterbildung zu schaffen, wie es ein vom Chemnitzer Parteitag dem Bildungsausschusse überwiesener Antrag verlangte. Das neugegründete Mitteilungsblatt soll lediglich dem Zwecke der Verständigung und den technischen Aufgaben der Bildungsorganisation dienen.

Die Zahlen über den Geschäftsverkehr des Zentralbildungsausschusses beziehen sich nur auf einen Zeitraum von 9 Monaten, weil auch der Zentralbildungsausschuß dem Vorbilde der Partei entsprechend, das Geschäftsjahr jetzt am 1. April beginnen läßt. Trotz der Verkürzung um ein Vierteljahr ergeben die Zahlen ein Mehr des Geschäftsverkehrs. An Postsendungen sind eingegangen: 1473 Karten (gegen 1020 Karten im Vorjahre), 2045 (1586) Briefe, 633 (849) Drucksachen, 93 (196) Pakete, 25 (7) Telegramme. In gleicher Zeit gingen aus 295 (379) Karten, 3009 (2284) Briefe, 3146 (5150) Drucksachen, 143 (189) Pakete, 67 (73) Geldsendungen, 15 Telegramme.

Der Bildungsausschuß hat im verflossenen Jahre 3 Vollsitzungen abgehalten.

Mit der Zentrale für die arbeitende Jugend arbeitet der Zentralbildungsausschuß in Bildungsfragen nach wie vor Hand in Hand. Seine Wanderredner, besonders die naturwissenschaftlichen, stehen auch den Jugendausschüssen zur Verfügung.

3. Konferenzen.

Im März 1913 hat zum ersten Male eine Reichskonferenz der Bezirksbildungsausschüsse in Berlin stattgefunden. Nachdem in fast allen Bezirken Bezirksbildungsausschüsse eingerichtet waren, ergab sich die Notwendigkeit, eine Aussprache und Verständigung der Bezirksbildungsausschüsse über die Hauptgebiete und die Methoden ihrer Arbeit herbeizuführen. Die Konferenz war besucht von 49 Teilnehmern, die 35 Bezirksbildungsausschüsse vertraten, ferner von 6 Mitgliedern des Zentralbildungsausschusses, einem Vertreter des Parteivorstandes und vier Wanderlehrern. In eingehenden Diskussionen ist im wesentlichen über die Organisation der Bildungsarbeit, ferner noch über die Wanderkurse und über die Jugendschriftenfrage verhandelt worden. Aus der Debatte selbst, sowie aus den Berichten, die auf den inzwischen stattgefundenen Konferenzen in den einzelnen Bezirken erstattet worden sind, hat sich ergeben, daß die Konferenz in Berlin ihren Zweck vollständig erfüllt und die Bildungsarbeit in erwünschter Weise angeregt hat.

Es haben ferner in den meisten Bezirken Bezirkskonferenzen der Bildungsausschüsse stattgefunden. Auch diese Konferenzen haben sich überall so bewährt, daß sie zu ständigen Einrichtungen geworden sind. Die örtlichen Bildungsausschüsse verständigen sich auf diesen Konferenzen über die

Art und Weise ihrer Arbeit für das nächste Jahr und setzen zugleich den Bezirksbildungsausschuß in den Stand, rechtzeitig für geeignete wissenschaftliche und künstlerische Kräfte zu sorgen.

Endlich haben im verflossenen Jahre eine Reihe von Verständigungskonferenzen in Berlin stattgefunden, in denen die Richtlinien für den vom Bildungsausschuß zu schaffenden Wegweiser für Bibliothekare besprochen und die Arbeiten für die einzelnen Gebiete des Wegweisers verteilt worden sind. Konferenzen dieser Art werden voraussichtlich im Laufe der nächsten Jahre ebenfalls häufiger stattfinden.

4. Die statistischen Erhebungen 1912/13.

So lange noch in vielen Orten örtliche Bildungsausschüsse nicht bestanden, wandte sich der Zentralbildungsausschuß mit seinen Fragebogen für die alljährliche Statistik über die örtliche Bildungsarbeit nicht nur an die örtlichen Bildungsausschüsse, sondern auch an eine Reihe anderer Arbeiterorganisationen, besonders an die Gewerkschaftskartelle. Seitdem aber fast überall örtliche Bildungsausschüsse bestehen, ist es unzweckmäßig geworden, die Fragebogen auch noch an die Gewerkschaftskartelle zu schicken, weil in den meisten Fällen die notwendigen Mitteilungen doch von den örtlichen Bildungsausschüssen gemacht werden, durch die doppelten Fragebogen aber häufig Mißverständnisse entstanden sind. Der Zentralbildungsausschuß wird deshalb in Zukunft die Fragebogen grundsätzlich nur noch an die örtlichen Bildungsausschüsse versenden. Die diesmalige Erhebung wird dadurch allerdings etwas ungünstig beeinflußt, weil alle Orte ausscheiden, in denen ein Ortsbildungsausschuß noch nicht besteht, und weil nicht die gewerkschaftliche Bildungsarbeit mitverzeichnet worden ist, die nur durch die Gewerkschaft geleistet wird, und die bei den früheren Erhebungen häufig durch die Gewerkschaftskartelle für unsere Statistik mitgemeldet wurde. Andererseits ist aber das jetzige Verfahren vorzuziehen, weil dadurch die gemeinsam von Partei und Gewerkschaft durch die örtlichen Bildungsausschüsse geleistete Tätigkeit bestimmter zur Darstellung gelangt.

Es wurden 531 Fragebogen (gegen 631 im Vorjahre) verschickt. Bis zum Abschluß der Statistik sind 364 (339)*) Fragebogen zurückgekommen.

Von den bestehenden 364 örtlichen Bildungsausschüssen, die den Fragebogen beantworteten, sind 287 (244) von den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen gemeinsam eingesetzt.

Es haben 331 (244) Orte über ihre Einnahmen und Ausgaben genaue Mitteilungen gemacht. Die Summe ihrer gesamten Einnahmen betrug 761 202,42 Mk. (647 139,48 Mk.), die Gesamtsumme der Ausgaben 732 479,98 Mk. (618 390,52 Mk.). In der Gesamtsumme der Einnahmen befindet sich auch der Gesamtbetrag der Zuschüsse, die die örtlichen Bildungsausschüsse von den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen erhalten haben. Ueber diese Zuschüsse haben 237 (164) Orte Angaben gemacht; die Gesamtsumme der Zuschüsse beträgt 129 325,22 Mk. (105 088,98 Mk.). Von den Zuschüssen sind 55 653,90 Mk. (47 169,39 Mk.) von den Parteiorganisationen, 60 77,97 Mk. (51 814,59 Mk.) von den Gewerkschaftsorganisationen, 12 893,35 Mk. von Konsumvereinen und von anderer Seite gestiftet worden.

In 215 (127) Orten wurden 420 (243) Vortragskurse mit 2519 (1857) Vorträgen vor 44 146 (34 336) Teilnehmern gehalten. Die Verteilung der Kurse auf die einzelnen Wissensgebiete und die Zahl der Teilnehmer ergibt die folgende Tabelle: (da nicht alle Orte Angaben über die Zahl der Teilnehmer gemacht haben, bleiben die Zahlen hinter der Wirklichkeit zurück.)

*) Die eingeklammerten Zahlen sind die des Vorjahres.

Wissensgebiet	Zahl der Kurse	Vorträge	Teilnehmer
Nationalökonomie	28 (13)	199 (146)	2696 (1125)
Wirtschaftsgeschichte	33 (12)	188 (72)	3490 (8277)
Geschichte (allgemeine)	32 (25)	222 (307)	3485 (4186)
Parteigeschichte	17 (3)	102 (16)	1827 (1708)
Literatur und Kunstgeschichte	22 (8)	113 (47)	2549 (1505)
Sozialismus	43 (8)	267 (52)	4433 (627)
Erfurter Programm	22 (39)	120 (236)	2061 (5842)
Politik, Verfassung	40 (9)	185 (65)	3636 (705)
Bürgerliche Parteien	10 (31)	41 (130)	632 (3460)
Gewerkschaftsbewegung	11 (9)	67 (62)	1136 (1030)
Genossenschaftsbewegung	1 (—)	8 (—)	65 (—)
Sozialpolitik	2 (23)	18 (137)	191 (1862)
Rechts- und Gesetzeskunde	20 (1)	96 (10)	2069 (87)
Naturwissenschaft	64 (20)	285 (109)	12818 (5061)
Erziehung	11 (1)	44 (6)	1882 (76)
Rede und Stillehre	11 (7)	64 (58)	1434 (857)
Elementarfächer	40 (24)	459 (377)	1244 (666)
Technik	13 (10)	41 (37)	2480 (2262)
Insgesamt	420 (243)	2519 (1857)	44146 (34836)

Ueber ihre Einnahmen und Ausgaben bei wissenschaftlichen Kursen haben 181 (113) Orte Angaben gemacht. Die Gesamteinnahmen betrugen 27 674,47 Mk. (20 857,77 Mk.), die Ausgaben 41 769,38 Mk. (28 859,60 Mk.). Es zeigt sich bei dieser Gesamtübersicht wieder die auch früher schon festgestellte Tatsache, daß bei wissenschaftlichen Kursen die Ausgaben durch die Einnahmen nicht gedeckt werden. Aber die Bildungsausschüsse haben sich durch diesen Umstand nicht davon zurückhalten lassen, die wissenschaftlichen Kurse als den Hauptteil ihrer Tätigkeit zu betrachten und Ausgaben und Zuschüsse hierfür nicht zu scheuen. Die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, die etwaige Defizite der Kurse zu decken haben, tun dies gleichfalls gern in dem Bewußtsein, daß die in den Kursen geleistete Aufklärungsarbeit ihren organisatorischen und agitatorischen Zwecken unmittelbar und restlos zugute kommt.

Aus 188 (154) Orten wird über 599 (342) wissenschaftliche Einzelvorträge, darunter 188 (225) Lichtbildervorträge, berichtet, an denen sich insgesamt 117 962 (92 179) Besucher beteiligt haben. Die gesamten Einnahmen für diese Einzelvorträge betrugen 17 592,01 Mk. (16 116,76 Mk.), die Ausgaben 22 142,24 Mk. (20 682,37 Mk.). Aus 39 (28) Orten wird mitgeteilt, daß im ganzen 67 (65) Führungen durch Museen und industrielle Unternehmungen stattgefunden haben.

Ueber künstlerische Veranstaltungen berichten 254 (192) Orte, und zwar haben 668 (451) stattgefunden. Hiervon waren

a) Dichterabende, darunter: Busch, Hebbel, Heine, Keller, Krille, Liliencron, Reuter, Rosenow, Schiller, Thoma; insgesamt 28 (22) Abende mit 8556 (11 572) Besuchern.

b) Musikalische Veranstaltungen, darunter: Beethoven, Mozart, Wagner, Vokal- und Instrumentalkonzerte, Liederabende; insgesamt 159 (97) Veranstaltungen mit 84 513 (58 115) Besuchern.

c) Rezitations- und Kunstabende ohne bestimmtes Programm (Rezitationen, Lieder zur Laute, Balladen, Bunte Abende, Heitere Abende, Familienabende); insgesamt 297 (212) Abende mit 104 271 (94 825) Besuchern.

d) Feiern im künstlerischen Rahmen (März-, Mai-, Jugend-, Frühlings-, Sommer-, Herbst- und Winterfeiern, Weihnachts-, Oster-, Stiftungs- und Gewerkschaftsfeste, Marx- und Rousseaufeiern) insgesamt 66 (74) Veranstaltungen mit 225 470 (40 669) Besuchern.

e) Lieder- und Märchenabende für Kinder 99 (42) mit 33 240 (22 343) Besuchern.

f) Verschiedenes 19 (4) mit 10 853 (1433) Besuchern.

Ueber ihre Einnahmen und Ausgaben bei künstlerischen Veranstaltungen vorstehender Art haben 234 (174) Orte Angaben gemacht. Die Gesamteinnahmen belaufen sich auf 76 594,60 Mk. (67 687,98 Mk.), die Gesamtausgaben auf 82 357,98 Mk. (76 272,05 Mk.).

Ueber Volksvorstellungen und Theaterabende berichten 165 (133) Orte, und zwar verzeichnen sie insgesamt 848 (781) Vorstellungen. Davon waren in 29 (16) Orten 52 (20) Kindervorstellungen. An sämtlichen Theatervorstellungen waren 559 199 (598 671) Besucher beteiligt. Aus 149 Orten (123) liegen Angaben über Einnahmen und Ausgaben bei den Theatervorstellungen vor. Die Einnahmen betrugen 409 057,35 Mk. (408 782,43 Mk.), die Ausgaben 464 642,49 Mk. (394 640,06 Mk.).

Die vom Bildungsausschuß herausgegebenen Einführungen in Opern und Dramen wurden in 25 (14) Orten in einer Gesamtauflage von 8418 (4385) Exemplaren benutzt.

Ueber kinematographische Aufführungen berichten 27 (17) Orte, und zwar über 62 (40) Vorführungen.

In 108 (71) Orten wurden Jugendschriften- und Wandschmuckausstellungen veranstaltet.

In 294 (239) Orten befinden sich Zentralbibliotheken; außerdem berichten noch 73 (53) Orte über 240 (366) Einzelbibliotheken.

5. Die wissenschaftlichen Wanderkurse.

Die wissenschaftlichen Wanderkurse haben in der Berichtsperiode eine Zunahme erfahren. Aber auch innerlich ist eine Verschiebung insofern eingetreten, als die Kurse über theoretische Gebiete, gegenüber den mehr praktischen politischen Kursen, wie sie die vorjährige Wahlbewegung verlangte, bevorzugt wurden. Leider sind dem Bildungsausschuß einige seiner alten und bewährten Wanderredner ganz oder zum Teil verloren gegangen. Einen ausreichenden und vollgültigen Ersatz zu schaffen ist eine ständige und wichtige Aufgabe des Zentralbildungsausschusses.

Für die Finanzierung der Wanderkurse hat der Zentralbildungsausschuß einen neuen Modus beschlossen. Die Kosten für alle Kurse sind in Zukunft gleich hoch berechnet, unabhängig von der Person des Vortragenden und unabhängig von dem Orte, an dem er vorträgt. Da durch die Bemessung der Sätze, die für große Orte berechnet sind, kleine Orte benachteiligt würden, bewilligt der Zentralbildungsausschuß mittleren und kleineren Orten Ermäßigungen der Kosten, wenn solche Ermäßigungen von den Bezirksvorständen der Partei befürwortet werden. Die Höhe der Ermäßigungen richtet sich nach der vom Bezirksvorstand festzustellenden Leistungsfähigkeit der Orte.

Aus den statistischen Feststellungen über die Wanderkurse teilen wir einige der wichtigsten Ergebnisse mit.

Ueber die behandelten Stoffgebiete, die beteiligten Orte und die Zahl der Teilnehmer an den einzelnen Orten gibt die folgende Zusammenstellung Aufschluß:

Die wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialismus (Erfurter Programm) wurden behandelt in 48 Kursen (267 Vorträgen)

vor 4833 Teilnehmern, davon vom Genossen Duncker in 19 Kursen (132 Vorträgen) vor 2301 Teilnehmern, und zwar in Arnstadt (78 Teilnehmer), Berlin 3. Kreis (216), Chemnitz (381), Erfurt (141), Eschwege (68), Hann.-Münden (73), Harburg (145), Kassel (219), Kaufbeuren (61), Kempten (66), Limbach (247), Marienborf (103), Marienfelde (50), Mörs (69), M.-Gladbach (119), Neuß (77), Potsdam (71), Tempelhof (49), Vegesack (68). Vom Genossen Rühle wurde das Thema behandelt in 2 Kursen (12 Vorträgen) vor 522 Teilnehmern, und zwar in Neukölln (398) und in Wiesbaden (124). Genosse Borchardt behandelte das Thema in 2 Kursen (10 Vorträgen) vor 154 Teilnehmern in Pankow (85) und in Trebbin (69). Vom Genossen Reimes wurde das gleiche Thema behandelt in 18 Kursen (104 Vorträgen) vor 1654 Teilnehmern in Apolda (120), Blankenburg in Th. (44), Bockwitz (63), Eilenburg (67), Eisenach (44), Hannover (140), Jeßnitz (80), Koburg (66), St. Ludwig (44), Mellenbach (86), Mülhausen i. Els. (108), Plauen (228), Rudolstadt (72), Saalfeld (82), Schiltigheim (101), Schmölln (165), Sonneberg (71), Steinach (73). Von zwei aushilfsweise beschäftigten Rednern wurde das Thema in 2 Kursen (9 Vorträgen) vor 202 Teilnehmern in Bohnsdorf (124) und Sömmerda (78) behandelt.

Ueber die Entwickelungsstufen des Wirtschaftslebens wurden 7 Kurse (40 Vorträge) vor 816 Teilnehmern abgehalten, davon vom Genossen Rühle 4 Kurse (22 Vorträge) vor 484 Teilnehmern, und zwar in Dresden (86), Landsberg (153), Pulsnitz (101), Schöneberg (144). Genosse Reimes trug über das gleiche Thema in 3 Kursen (18 Vorträgen) vor 332 Teilnehmern vor, und zwar in Celle (170), Eisenberg (88), Suhl (74).

Ueber Volkswirtschaftliche Grundbegriffe wurde in 4 Kursen (30 Vorträgen) vor 765 Teilnehmern vorgetragen, und zwar vom Genossen Duncker in 3 Kursen (24 Vorträgen) vor 321 Teilnehmern in Gotha (85), Hannover (126), München (110). Genosse Rühle behandelte das Thema in Jena (6 Vorträge) vor 444 Teilnehmern.

Ueber den historischen Materialismus sprach Genosse Borchardt in 6 Kursen (18 Vorträgen) vor 822 Teilnehmern, und zwar in Karlsruhe (110), Langensalza (65), Mühlhausen i. Th. (282), Roßlau (80), Schönebeck (177), Staßfurt (108).

Die Geschichte des Sozialismus bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts behandelte der Genosse Duncker in Döbeln (8 Vorträge) vor 51 Teilnehmern.

Ueber die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie trug Genosse Rühle in 4 Kursen (22 Vorträgen) vor 874 Teilnehmern vor, und zwar in Altenburg (330), Fechenheim (107), Hanau (167), Hohenstein-Ernstthal (270).

Die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung wurde von einem aushilfsweise beschäftigten Redner in Küstrin (4 Vorträge, 51 Teilnehmer) und in Neudamm (4 Vorträge, 158 Teilnehmer) behandelt.

Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters bis zur französischen Revolution wurde in 8 Kursen (48 Vorträgen) vor 1533 Teilnehmern behandelt, davon vom Genossen Rausch in 7 Kursen (42 Vorträgen) vor 1249 Teilnehmern in Flensburg (97), Friedrichsort (135), Halle (105), Kiel (356), Kiel-Gaarden (271), Neumünster (237), Rendsburg (48). Von einem aushilfsweise beschäftigten Redner wurde das Thema in Fürstenwalde in 6 Vorträgen vor 284 Teilnehmern behandelt.

Ueber Deutsche Dichtung im Zeitalter der Klassiker wurde in 6 Kursen (30 Vorträge) vor 1176 Teilnehmern vorgetragen. Davon

vom Genossen Poensgen-Alberty in 5 Kursen (25 Vorträgen) vor 1132 Teilnehmern in Hartha (193), Kaiserslautern (291), Ludwigshafen (421), Olbernhau (103), Schwarzenberg (124). Ein aushilfsweise beschäftigter Redner behandelte das Thema in Friedrichshagen (5 Vorträge) vor 44 Teilnehmern.

Geschichte, Theorien und Programme der bürgerlichen Parteien in Deutschland wurde in 14 Kursen (42 Vorträgen) vor 1054 Teilnehmern behandelt. Davon vom Genossen Borchardt in 6 Kursen (18 Vorträgen) vor 372 Teilnehmern, und zwar in Bruchsal (58), Durlach (48), Offenburg (66), Pforzheim (98), Rastatt (67), Schmargendorf (35). Genosse Reimes trug über das gleiche Thema in 8 Kursen (24 Vorträgen) vor 682 Teilnehmern vor, davon in Falkenstein (107), Friedrichsgrün (88), Hameln (192), Hohenstein-Ernstthal (65), Treuen (48), Werdau (111), Zwickau-Stadt (46), Zwickau-Land (25).

Ueber Verfassungsfragen wurde in 12 Kursen (39 Vorträgen) vor 1161 Teilnehmern vorgetragen. Darunter vom Genossen Reimes in 11 Kursen (33 Vorträgen) vor 1133 Teilnehmern in Aken (42), Britz (101), Finsterwalde (88), Forst (145), Frankfurt a. O. (220), Gassen (103), Guben (174), Kottbus (60), Sangerhausen (37), Spremberg (114), Uelzen (49). Außerdem wurde das Thema noch von einem aushilfsweise beschäftigten Redner in Spandau (6 Vorträge) vor 28 Teilnehmern behandelt.

Ueber die Reichsversicherungsordnung trug ein aushilfsweise beschäftigter Redner in Neu-Ruppin (4 Vorträge) vor 66 Teilnehmern vor.

Die Grundfragen der Erziehung behandelte Genosse Rühle in 11 Kursen (44 Vorträgen) vor 2129 Teilnehmern, und zwar in Bamberg (97), Bochum (205), Brandenburg (636), Dortmund (120), Erlangen (121), Frankfurt a. M. (323), Gelsenkirchen (145), Johannisthal (130), Nürnberg (122), Rathenow (157), Schweinfurt (73).

Die Technik der Rede des Vortrages wurde in 3 Kursen (24 Vorträgen) vor 116 Teilnehmern behandelt, darunter vom Genossen Poensgen-Alberty in Chemnitz (7 Vorträge) vor 45 Teilnehmern, in Jena (8 Vorträge) vor 38 Teilnehmern. Ein aushilfsweise beschäftigter Redner behandelte das gleiche Thema in Neukölln (9 Vorträge) in einem Unterrichtskursus vor 33 Teilnehmern.

Ueber die Hauptziele der bildenden Kunst (mit Lichtbildern) trug Genosse Poensgen-Alberty in Frankenthal (3 Vorträge) vor 239 Teilnehmern und in Weimar (5 Vorträge) vor 42 Teilnehmern vor.

Naturwissenschaftliche Kurse mit Lichtbildern wurden 69 (272 Vorträge) mit 9344 Teilnehmern abgehalten. Darunter vom Genossen Graf über „Die Geschichte des Entwicklungsganges in der Naturwissenschaft" in 23 Kursen (76 Vorträgen) vor 3737 Teilnehmern, und zwar in Apenrade (300), Barmstedt (71), Bredstedt (102), Bromberg (107), Bünde (198), Danzig (193), Detmold (161), Eisenach (122), Elbing (232), Gotha (80), Hemelingen (221), Husum (151), Kiel-Gaarden (327), Kuxhaven (111), Lauenburg (200), Mühlhausen i. Th. (323), Nordhausen (95), Neustadt (93), Oldesloe (82), Segeberg (75), Stade (103), Uetersen (287), Vlotho (90). — Eine Einführung in die Biologie wurde in 11 Kursen (61 Vorträgen) vor 1564 Teilnehmern gegeben. Darunter vom Genossen Drucker in 7 Kursen (41 Vorträgen) vor 888 Teilnehmern in Charlottenburg (173), Köslin (91), Lankwitz (142), Magdeburg (258), Pößneck (52), Stettin (147), Stolp (25). Von einem aushilfsweise beschäftigten Redner wurde das Thema in 3 Kursen (16 Vorträgen) vor 344 Teilnehmern in Aschersleben (178), Fermersleben (81) und Lemsdorf (85), von einem anderen Redner

in Leipzig (4 Vorträge) vor 332 Teilnehmern behandelt. Genosse Graf behandelte das Thema vom Urtier zum Menschen in je 6 Vorträgen in Goldlauter (309) und Meiningen (124), ein anderer Redner behandelte das Thema in Reinickendorf (4 Vorträge) vor 180 Teilnehmern. — Ueber Menschenkunde sprach Genosse Drucker in 17 Kursen (65 Vorträgen) vor 3563 Teilnehmern, und zwar in Bamberg (73), Berlin 6. Kreis (575), Brake (318), Delmenhorst (123), Glauchau (167), Kassel (198), Lichtenstein (188), Meerane (296), Melsungen (80), Neukölln (232), Nordenham (56), Nürnberg (494), Oldenburg (110), Rüstringen (264), Schmalkaden (192), Varel (71), Würzburg (126). — Deutschlands Schicksale in den verschiedenen Perioden der Erdgeschichte behandelte Genosse Graf in 12 Kursen (36 Vorträgen) vor 2419 Teilnehmern, darunter in Brake (138), Breslau (758), Brieg (126), Delmenhorst (136), Hainau (132), Leer (96), Liegnitz (264), Nordenham (113), Ohlau (120), Oldenburg (150), Rüstringen (286), Striegau (100). — Ueber Krankheit und Proletariat trug Genosse Drucker in 3 Kursen (18 Vorträgen) vor 300 Teilnehmern vor, und zwar in Bremen (123), Verden (127), Wittenberge (50).

Technische Kurse mit Lichtbildern wurden vom Genossen Woldt 13 (37 Vorträge) mit 1820 Teilnehmern abgehalten; darunter über das Thema Die Entwicklung zur Industrieherrschaft 5 Kurse (14 Vorträge) vor 413 Teilnehmern in Bayreuth (144), Diedrichsdorf (70), Hadersleben (45), Marne (90), Sonderburg (64). Den modernen Industriebetrieb behandelte Genosse Woldt in 4 Kursen (12 Vorträgen) vor 746 Teilnehmern in Bamberg (60), Dresden (321), Nürnberg (282), Schweinfurt (83). Ueber „Technische Wanderungen durch die deutsche Großindustrie" sprach Genosse Woldt in 4 Kursen (11 Vorträgen) vor 661 Teilnehmern, und zwar in Adlershof (162), Bremerhaven (211), Hemelingen (260), Schmargendorf (28).

Ueber die Gesamtzahl der von den einzelnen Wanderrednern abgehaltenen Kurse und der Teilnehmer, sowie über die Altersverhältnisse der Teilnehmer und den Schriftenverkauf gibt die nachfolgende Tabelle Aufschluß:

Redner	Zahl der		Zahl der Teilnehmer		Alter der Teilnehmer						Schriftenverkauf		
	Kurse	Vorträge	insgesamt	darunter Frauen	15—20	21—30	31—40	41—50	über 50	ohne Angabe	Zahl	Preis M	Preis ₰
Duncker	23	164	2678	256	277	1118	877	315	60	26	12164	4451	52
Rühle	22	106	4453	1025	852	1690	1497	495	119	800	1308	1284	15
Borchardt	14	46	1348	96	74	494	490	179	28	83	309	138	75
Reimes	40	179	3801	364	389	1490	1262	437	110	113	4902	1273	51
Rausch	7	42	1249	185	151	482	359	97	27	133	93	175	75
Poensgen-Alberty	9	48	1496	137	170	513	428	125	37	223	64	12	80
Graf	37	124	6589	1222	880	2849	1816	661	128	625	1405	839	30
Drucker	27	124	4751	1051	552	1886	1481	557	173	152	645	384	95
Woldt	13	37	1820	193	166	475	355	109	26	689	456	134	80
Zusammen	192	870	28180	4529	2961	10947	8565	2975	708	2344	21341	8696	08
Aushilfsweise beschäftigte Redner	14	71	1656	225	148	429	402	126	27	524	1117	181	55
Zusammen	206	941	29836	4754	3109	11376	8967	3101	735	2868	22458	8877	58

Die Zahl der Kurse ist gegenüber dem Vorjahre ganz außerordentlich gewachsen. Wenn die diesjährige Berichtsperiode so lang sein würde wie die vorjährige, so würden in dem Bericht noch 16 Kurse mit 86 Vorträgen Aufnahme gefunden haben, die gegenwärtig noch im Gange sind, so daß in der gleichen Zeit wie im Vorjahre 94 Kurse mit 373 Vorträgen mehr abgehalten worden sind.

Außerdem wurden noch 42 Einzelvorträge für 39 Orte vermittelt. Davon hielt Genosse Woldt 26, Poensgen-Alberty 6, Rühle 4, Rausch 4 und Graf 2 Vorträge ab.

Die durch den Zentralbildungsausschuß vermittelten Vortragskurse und Einzelvorträge verursachten eine Ausgabe von 33 685,76 Mk., von den Orten wurden eingezahlt 25 660,51 Mk., vom Parteivorstande wurde ein Zuschuß von 9473,40 Mk. geleistet.

6. Der Wegweiser für Bibliothekare.

Der Chemnitzer Parteitag hat dem Zentralbildungsausschuß zwei Anträge übergeben, die eine Förderung des Bibliothekwesens der Arbeiterschaft verlangen. Der Zentralbildungsausschuß hat dem Wunsche des Parteitages dadurch Folge zu leisten versucht, daß er zunächst einen für die Arbeiterbibliothekare berechneten Wegweiser durch die verschiedenen Literaturgebiete schafft. Das Verzeichnis soll den Bibliothekaren ein sachkundiger Ratgeber sein, wenn sie ihren Bücherbestand ergänzen oder vergrößern wollen.

Der Zentralbildungsausschuß hat eine große Zahl von wissenschaftlich tätigen Männern und Frauen der Partei zur Mitarbeit an diesem Werke vereinigt. Die Mitarbeiter sind nach verschiedenen Wissensgebieten zu Gruppen zusammengezogen. Sie haben die Arbeitsgebiete unter sich aufgeteilt und sind zurzeit dabei, die Bücher nebst einer kurzen Beurteilung festzustellen. Bisher haben 4 Gruppen Konferenzen abgehalten, in denen sie die ersten Vorarbeiten für ihr Gebiet geleistet haben. Der Verlauf der Konferenzen läßt einen guten Fortgang des Unternehmens erwarten. Zwar ist das große Werk nicht in wenigen Wochen oder Monaten fertigzustellen. Doch soll versucht werden, den Wegweiser in Jahresfrist für die Hand der Bibliothekare bereitzustellen.

7. Eine Leihzentrale für Lichtbilder.

Unter den Anträgen, die dem Zentralbildungsausschuß zur Erledigung vom Parteitage überwiesen worden sind, befand sich auch ein Antrag, der im Hinblick auf die zunehmende Verbreitung von Lichtbilderaufführungen die Schaffung einer Zentralstelle zur Lieferung des nötigen Lichtbildermaterials verlangt. Der Zentralbildungsausschuß hat diesem Antrage zugestimmt und die Vorbereitung für die Schaffung einer solchen Lichtbilderzentrale sofort eingeleitet. Es soll danach gestrebt werden, für die meisten Wissensgebiete über die wichtigsten Fragen Lichtbilderreihen zu schaffen, soweit das betreffende Wissensgebiet sich überhaupt für die Unterstützung durch Lichtbilder eignet.

Es sollen aber nicht nur die zu einem Vortrage notwendigen Lichtbilder geliefert werden, sondern zu jeder Serie soll auch der Grundriß eines Vortrages gehören, der durch die Lichtbilder anschaulicher gemacht werden soll. Es sind eine Reihe von wissenschaftlich tätigen Genossen zurzeit dabei beschäftigt, solche Vortragsgrundrisse auszuarbeiten und die dazugehörigen Lichtbilder auszusuchen und zusammenzustellen. Der Zentralbildungsausschuß hofft, daß die Lichtbilderzentrale schon zum nächsten Herbst in Benutzung genommen werden kann.

Der Zentralbildungsausschuß ist im Berichtsjahre auch dem Plane nähergetreten, zur Förderung guter belehrender kinematographischer Aufführungen geeignete Schritte zu tun. Er wird versuchen, die Arbeiter von den

heute grassierenden Kinoseuche zu heilen, zugleich aber doch auch den Kinematographen als ein außerordentlich anschauliches Lehrmittel für die Bildungsarbeit nutzbar zu machen.

8. Sonstige Arbeiten.

Das Jugendschriftenverzeichnis ist im vergangenen Jahre nicht neuaufgelegt, sondern nur durch ein Nachtragsverzeichnis erweitert worden. Auch in diesem Jahre wird voraussichtlich nur ein Nachtragsverzeichnis herausgegeben werden.

Das Wandschmuckverzeichnis ist im Frühjahr 1913 in neuer Auflage erschienen. Verschiedene Verlage sind neuaufgenommen, einige weniger geeignete Verlage ausgeschieden worden.

9. Schlußbemerkung.

Alles in allem kann das verflossene Jahr als eine Periode rüstigen Vorwärtsschreitens der Bildungsarbeit auf allen Gebieten betrachtet werden. Es ist ein erfreuliches Zeichen der Zeit, daß fast kein Jahresbericht einer Parteiorganisation, handele es sich um die Organisation eines Wahlkreises, Bezirkes oder Landes, mehr erscheint, in dem nicht ein wesentlicher Teil des Berichtes der Bildungsarbeit gewidmet ist. Noch erfreulicher sind aber in der Regel die Mitteilungen, die in diesen Berichten gemacht werden, Mitteilungen, aus denen der starke Drang der Arbeiter nach Bildung spricht. In erster Linie wünschen die Arbeiter Bildung, die sie in den Stand setzt, ihre Aufgaben als kämpfende Arbeiter noch besser zu erkennen. Aber sie beschränken sich nicht auf diese Arbeiterbildung im engeren Sinne des Wortes, sie scheuen weder Kosten noch Mühen, um sich auch Kulturgenüsse zu verschaffen, wie sie jede ernsthafte Beschäftigung mit wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen bereitet.

Es ist hier nicht der Ort, auch über die von den Gewerkschaften im besonderen geleistete Bildungsarbeit zu berichten. Aber die kurze Bemerkung ist auch in diesem Zusammenhange mit am Platze, daß von einigen Gewerkschaften eine überaus gründliche Bildungsarbeit für die besonderen Zwecke der gewerkschaftlichen Organisation geleistet wird. Wir verweisen in dieser Beziehung auf den Geschäftsbericht des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands Seite 83—91. Auch die Bestrebungen des Bildungsausschusses des Gewerkschaftsvereins München verdienen eine besondere Erwähnung; man hat in München im Winter 1912/13 an Wochentagen vormittags für die Arbeitslosen besondere Veranstaltungen eingerichtet. Bei einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 52 Personen haben 31 Veranstaltungen populärwissenschaftlicher und künstlerischer Art stattgefunden. Der Zutritt war kostenlos, Rauchen und Trinken war nicht gestattet.

Die Arbeiterschaft geht ihren Weg weiter und läßt sich auf ihrem Marsche auch nicht von den Hindernissen zurückhalten, die die bürgerliche Gesellschaft ihr in den Weg rollt. Eine engherzige parteiische Auslegung von Gesetzesbestimmungen sucht in manchen Orten den Bildungsausschüssen das Leben schwerzumachen, in anderen Orten reiht man die ernsten Bildungsarbeiten des Proletariats unter die sogenannten Vergnügungen und erhebt von ihnen Lustbarkeitssteuer; in einer württembergischen Stadt griff sogar der Militarismus in die Bildungsbestrebungen der Arbeiter ein, indem dem Theater die Militärkapelle entzogen wurde, als Arbeiter eine Opernaufführung in dem Theater veranstalten wollten.

Die Bildungsausschüsse werden derartige kleine Schwierigkeiten zu überwinden wissen. Sie haben schon viel größere Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt. Eine der größten Schwierigkeiten, die der planmäßigen Bildungspflege im Wege stand, war das mangelnde Interesse und, was noch wichtiger war, die mangelnden Mittel. In dem kurzen Zeitraume weniger Jahre ist es der deutschen Arbeiterklasse möglich geworden, mit einem Bildungsetat von mehr als 700 000 Mark zu wirtschaften. Diese große Summe ist nicht etwa anderen organisatorischen Aufgaben der Arbeiterklasse entzogen worden, es steckt in dieser Summe auch nicht eine Mehreinnahme der Arbeiter, weil von einer solchen keine Rede sein kann; die mehr als 700 000 Mark, die die deutschen Arbeiter jetzt für wertvolle Bildungsarbeit ausgeben, haben sie minderwertigen Vergnügungen und Zwecken entzogen. Es dokumentiert sich in dieser Summe zahlenmäßig der kulturelle Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse.

Vom Kampfe der Behörden gegen die Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterbewegung wäre längst abgetan, wenn man sie zu Tode schikanieren oder prozessieren könnte. Immer noch gibt es strebsame Staats- und Ordnungsstützen, die der merkwürdigen Einbildung leben, daß sie sich verdient um das Vaterland machen, wenn sie möglichst viele Verordnungen und Paragraphen gegen die Sozialdemokratie und ihre Veranstaltungen in Bewegung setzen. In der Auslegung des Begriffs „Veranstaltungen der Sozialdemokratie" sind diese Herrschaften dann ebenso weitherzig, wie sie im übrigen engherzig sind. Wissenschaftliche Vorträge, künstlerische Veranstaltungen, Arrangements vollkommen unpolitischer Art für Gewerkschaften und jugendliche Arbeiter — das alles ist unterschiedslos schon als „politisches" oder „sozialdemokratisches" Unternehmen denunziert, schikaniert und verurteilt worden. Man müßte Folianten vollschreiben, wollte man auch nur einigermaßen verzeichnen, was Tag für Tag auf diesem wenig erbaulichen Gebiete geleistet wird. Uebrigens kommt man nicht nur dem Lohnarbeiter „preußisch", man verschont auch die studierende Jugend nicht mit der kleinlichsten Nadelstichpolitik, wenn sie sich nicht darauf beschränkt, ihre freie Zeit nach den Vorschriften der Kneip- und Paukkomments totzuschlagen. An den meisten Universitäten bestehen jetzt sogenannte Freie Studentenschaften. Diese sind bemüht, nach den Grundsätzen der Neutralität auch Vorträge über alle politischen Parteien halten zu lassen. Sie berufen zu diesem Zwecke Angehörige aller Parteien als Referenten. In vielen Fällen sind die Universitätsbehörden gegen die Freien Studentenschaften eingeschritten, sobald diese auch Sozialdemokraten zu Vorträgen eingeladen haben. Es ist deshalb wiederholt zu Relegationen gekommen. Ende Juni d. J. wurde wieder aus Königsberg berichtet, daß dort der Prorektor Prof. Dr. Gerlach einen Vortrag verboten hat, den unser Genosse Stadtverordneter Seemann über die Freien Gewerkschaften halten sollte. Es wäre ja auch schrecklich, wenn zukünftige Richter und Staatsanwälte einigermaßen unterrichtet sein würden über die moderne Arbeiterbewegung. Was sie wissen sollen, können sie wohl alles erfahren aus den tiefgründigen Schriften des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie — wenigstens nach Ansicht gewisser Rektoren. — Hin und wieder hat die Parteipresse den Versuch gemacht, für bestimmte Zeitabschnitte festzustellen, wie oft die sozialdemokratische Presse vor den Kadi geschleppt und bestraft worden ist. So hat ein Parteiblatt für das erste Halbjahr 1913 104 Urteile gegen parteigenössische Redakteure ermitteln können, die zu insgesamt 39 Monaten 8 Wochen Gefängnis und 10 745 Mk. Geldstrafe verurteilt worden sind. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese Zusammenstellung auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben kann. In manchen Provinzen werden Sozialdemokraten,

denen man mit irgend einem Paragraphen hat zu Leibe rücken können, immer noch behandelt wie Kapitalverbrecher. Ein besonders krasses Beispiel wurde im April d. J. aus Breslau berichtet. Der dortige Parteisekretär Srowig verbüßte in Wohlau 4 Monate Gefängnis, die über ihn verhängt worden waren, weil er sich als Wahlkontrolleur des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben sollte. In einem Breslauer Prozeß sollte Srowig nun während seiner Strafverbüßung als Zeuge vernommen werden. Aus diesem Anlaß wurde er mit dem Gefangenentransportwagen von Wohlau nach Breslau befördert. Bei der Ankunft in Breslau mußten seine auf dem Bahnsteig anwesende Frau und einige Genossen sich davon überzeugen, daß Srowig wie ein gemeiner Verbrecher mit einem anderen Gefangenen zusammengefesselt durch Polizisten vom Bahnsteig nach dem Gefangenentransportwagen abgeführt wurde. —

In schreiendem Mißverhältnis zu der Behandlung ehrenhafter Arbeiter und ihrer Vertrauensmänner steht die liebenswürdige Behandlung der angeblich dem „Staate besonders nützlichen Elemente", die von klassenbewußten Arbeitern mit dem durchaus zutreffenden, aber streng verpönten Namen „Streikbrecher" belegt werden. Diese Burschen hantieren immer mehr mit Messer und Revolver gegenüber streikenden Arbeitern, finden aber fast durchweg sehr milde Richter. Das meiste Aufsehen erregte im Berichtsjahre die Freisprechung des berufsmäßigen Arbeitswilligen Jos. Ruppert, der im September 1912 zu Burg bei Magdeburg einen Arbeiter namens Fritsche niedergeschossen hatte. Der Fall ist auf dem vorigen Parteitag in Chemnitz bereits besprochen worden, während der Freispruch erst später, am 9. November, zu Magdeburg erfolgte. — Zu geradezu drakonischen Strafen werden die Arbeiter verurteilt, die sich sogenannter Streikvergehen schuldig machen. Nichtsdestoweniger erheben die Scharfmacher im Reichstag immer wieder den Ruf nach noch schärferen Strafbestimmungen, indem sie auf angeblich terroristische Handlungen streikender Arbeiter hinweisen. — Die Sozialdemokratie hat schon gewußt, warum sie die programmatische Forderung aufgestellt hat: „Rechtsprechung durch vom Volke gewählte Richter." Im Klassenstaate ist auch die Klassenjustiz selbstverständlich.

Internationales.

Da die internationale Situation im Berichtsjahre dauernd außerordentlich gespannt blieb, waren die Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie zu den ausländischen Bruderparteien sehr lebhaft. Im September wurde ein gemeinsamer deutsch-englischer Aufruf veröffentlicht, der die Unterschriften der Mitglieder der sozialistischen Fraktionen des englischen Unterhauses und des Deutschen Reichstags trug. Der Aufruf richtete sich gegen die Kriegshetzer und Rüstungstreiber diesseits und jenseits des Kanals und betonte den unerschütterlichen Friedenswillen der Arbeiterklasse der beiden Kulturnationen. Die deutsch-englische Spannung trat stark in den Hintergrund, als sich die Ereignisse auf dem Balkan im Herbst schnell zuspitzten. Als sicher schien, daß die Orientwirren zu einer kriegerischen Lösung führten, beantragte der Parteivorstand, daß das Internationale Sozialistische Bureau früher, als beabsichtigt war, zusammentreten sollte. Das Bureau tagte vom 28. bis 30. Oktober in Brüssel und erließ am 30. Oktober an die Arbeiter aller Länder ein Manifest gegen den Krieg. Das Internationale Sozialistische Bureau beschloß angesichts der internationalen Lage möglichst bald einen außerordentlichen Sozialistenkongreß einzuberufen. Der für 1913 in Wien geplante Internationale Sozialistenkongreß sollte dann erst 1914 abgehalten werden. Noch vor dem Kongreß fanden in den europäischen Hauptstädten am 17. November Massen-Meetings gegen die Kriegshetzer statt. In Berlin sprachen die Genossen Dr. Renner-Wien, O'Grady-London und Jaurès-Paris, dem Jagow verbot, in seiner Muttersprache zu reden, während die Genossen Scheidemann und Pernerstorfer-Wien am gleichen Tage und zum gleichen Zwecke in Paris deutsch reden konnten. Von deutschen Genossen sprachen noch am 17. November Dr. Frank in London, Silberschmidt in Leeds und Molkenbuhr in Amsterdam.

Der Außerordentliche internationale Sozialistenkongreß fand am 24. und 25. November in der „Burghalle" zu Basel statt. Diese einzigartige Demonstration des internationalen sozialistischen Proletariats ist in der allgemeinen Uebersicht eingangs unseres Berichts bereits gewürdigt. Vor dem Kongreß war vereinbart worden, daß Partei und Gewerkschaften je 40 Delegierte nach Basel entsenden sollten. Am Kongresse nahmen insgesamt 74 Delegierte aus dem Deutschen Reiche teil.

Als gegen Ende des Balkankrieges die deutsche und die französische Regierung mit Rüstungsplänen, die in gleichem Umfange noch nicht dagewesen sind, hervortraten, verständigten sich die sozialistischen Parteileitungen und Parlamentsfraktionen Frankreichs und Deutschlands auf ein gemeinsames Manifest gegen den Rüstungswahnsinn, das am 1. März in Paris und Berlin gleichzeitig veröffentlicht wurde. Auf dieses Manifest und auf die Berner Pfingstkonferenz ist an anderer Stelle des Berichts bereits näher eingegangen.

Als am 13. und 14. April unser französischer Genosse Compère-Morel in Magdeburg und Braunschweig auf Einladung unserer dortigen Genossen über den Kampf unserer französischen Bruderpartei gegen die französischen Chauvinisten reden wollte, wurde er in brutaler Weise daran gehindert. Das Vorgehen der Berliner Polizei gegen Jaurès am 17. November vorigen Jahres wurde damit noch weit übertrumpft.

Mehreren ausländischen Bruderparteien haben wir, weil sie besonders schwere Wahlkämpfe zu führen hatten, oder weil ihre Preßorgane unter besonders schwierigen Verhältnissen zu kämpfen hätten, im Berichtsjahre unsere tatkräftige Sympathie zuteil werden lassen.

An das Internationale Sozialistische Bureau in Brüssel zahlt die deutsche sozialdemokratische Partei jährlich 2500 Frank.

Unsere Toten.

In die Reihen der Genossen, denen es vergönnt war, in hervorragendem Maße für die sozialistischen Ideale tätig zu sein, hat der Tod auch im abgelaufenen Jahre wieder große Lücken gerissen.

Am 21. September starb in Berlin der Maurer Karl Weiße, der politisch und gewerkschaftlich unermüdlich tätig war. Unter dem Ausnahmegesetz hat er Tüchtiges für die Unterstützung der Familien der Ausgewiesenen geleistet.

Wenige Tage später starben die Genossen Härger in Jena und Goßmann in Bremen, denen die Partei für ihre Arbeit unter dem Ausnahmegesetz ein ehrendes Andenken bewahren wird.

Ein tragisches Ende war dem Genossen Rollwagen am 28. September beschieden. Rollwagen stürzte in den Algäuer Bergen ab und war sofort tot. Rollwagen war Redakteur der „Schwäbischen Volkszeitung" und gehörte dem Augsburger Gemeindekollegium wie auch dem bayerischen Landtag an.

Am 17. Oktober schied Genosse Bömelburg aus unseren Reihen. Er ist nur 50 Jahre alt geworden. Bömelburg hat die schweren Lohnkämpfe des Maurerverbandes mit großem Geschick und gutem Erfolg geführt. Die Verschmelzung des Maurer- und Bauarbeiterverbandes war im wesentlichen sein Werk. Neben seiner umfangreichen gewerkschaftlichen Tätigkeit erfüllte Bömelburg in rastloser Arbeit auch die parteigenössischen Pflichten. Als ihm im Jahre 1903 die Dortmunder Genossen das Mandat zum Reichstag antrugen, zauderte er nicht einen Augenblick, die ihm aus dem Mandat erwachsende vermehrte Arbeit auf sich zu nehmen. Das Leitmotiv seiner vielseitigen Tätigkeit als Politiker und Gewerkschaftsführer hat er selbst auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß in den knappen Satz gekleidet, „Partei und Gewerkschaft sind eins". Daß diese Erkenntnis heute in Partei- und Gewerkschaftskreisen eine unbestrittene ist, dazu hat Bömelburg, solange er wirken konnte, unermüdlich beigetragen.

Schwerer Krankheit erlag am 13. November in Leipzig Genosse Günther. Seine rastlose Tätigkeit unter dem Ausnahmegesetz hat ihm die Anerkennung der Genossen gesichert.

Nach langer Krankheit starb am 16. November Genosse W. Herzberg, erst 43 Jahre alt, an Herzlähmung. Genosse Herzberg war nacheinander in Mannheim, Braunschweig, Ludwigshafen und Nürnberg als Redakteur tätig und geschätzt. In den letzteren drei genannten Städten gehörte Herzberg auch den Stadtverordnetenkollegien an.

Am 25. des gleichen Monats verschied Genosse Hermann Förster in Hamburg. Förster ist 59 Jahre alt geworden. Schon als Siebzehnjähriger schloß er sich der Partei an, der er unter dem Ausnahmegesetz die besten Dienste leistete. Förster gehörte der Bürgerschaft Hamburgs an und vertrat den Wahlkreis Reuß ä. L. im Reichstag. Noch zwei Monate vor seinem Tode führte er eine vierwöchige Agitationstour in seinem Wahlkreis aus.

In Nürnberg starb am 7. Dezember im Alter von 74 Jahren der Genosse J. Faaz. Er war 1871 der erste sozialdemokratische Kandidat in Nürnberg. Er vereinigte damals 340 Stimmen auf sich.

Im gleichen Alter starb in Fürth am 27. Dezember Genosse Zick, von Beruf Drechsler, später Gastwirt. Ueber drei Jahrzehnte gehörte er als Magistratsrat der Stadtverwaltung an.

Am 9. Januar d. J. starb in Langebrück bei Dresden der 59 Jahre alte Genosse W. Radestock. Seine Hauptverdienste lagen auf dem Gebiete der Konsumvereinsbewegung. Radestock war 27 Jahre Geschäftsführer des Konsumvereins Pieschen und wurde 1903 der erste Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Oskar Peukert, von Beruf Schriftsetzer, starb in München am 11. Januar im Alter von 72 Jahren. Peukert war in Leipzig als Setzer und Redakteur tätig, bis ihn als einen der Ersten 1881 die Ausweisung traf und er Leipzig den Rücken kehren und sich eine neue Stätte des Wirkens suchen mußte, die er in München fand.

57 Jahre alt starb am 8. Februar Genosse H. Heitmann in Mülheim a. Rh. Ein Herzschlag setzte seinem Leben ein Ziel. Als langjähriger Leiter der Wahlbewegung, bewahren ihm die Genossen für seine treuen Dienste ehrende Anerkennung.

Genosse Ernst Gutekunst, von Beruf Schreiner, starb am 13. Februar in Stuttgart im Alter von 69 Jahren. Unter dem Ausnahmegesetz war er einer der Tätigsten, was ihn oft in Kollision mit den Behörden und der Polizei brachte.

In Leipzig-Stötteritz starb am 15. Februar Genosse Emil Richter. Er erreichte ein Alter von 62 Jahren. Unerschrocken arbeitete er unter dem Ausnahmegesetz. Später gehörte er dem Gemeinderat an.

Nur 43 Jahre alt ist der Genosse Johann Götte geworden, der am 20. Februar in Halle starb. Seine Haupttätigkeit leistete er dem Bergarbeiterverband.

Im Alter von 53 Jahren starb am 25. Februar in Dresden Genosse Emil Kaltofen. Siebzehn Jahre war er Geschäftsführer des Konsumvereins „Vorwärts" in Dresden.

Ebenfalls am 25. Februar starb in Hamburg wohl der älteste Genosse der Partei. Der „alte Nagel", wie er allgemein genannt wurde, erreichte ein Alter von 94 Jahren. Er gehörte der Partei von Anbeginn an, und stellte eine kleine in seinem Besitz befindliche Druckerei der Partei zur Verfügung, in der verschiedene Propaganda- und Streitschriften hergestellt wurden. Seinen Lebensabend beschloß Nagel als Angehöriger des Personals unserer Hamburger Druckerei.

Anfangs März schied in Hannover Heinrich Rudolph, der Gründer der dortigen Partei, im Alter von 76 Jahren aus unseren Reihen. Von Beruf Schneider, dankte er es seiner beruflichen Tüchtigkeit, sich der Leitung der Partei in den 60er Jahren widmen zu können, ohne die Maßregelung fürchten zu müssen. Oft war seine bescheidene Wohnung in der Schillerstraße der Sammelpunkt der tätigen Genossen.

Im fast vollendeten 70. Lebensjahr starb am 25. März in Dresden Genosse Wilhelm Höppner. Von Beruf Bäcker, mußte er, durch widrige Verhältnisse gezwungen, Beschäftigung mannigfacher Art aufnehmen, bis er als Lagerhalter eine gesicherte Existenz erhielt. Unter dem Sozialistengesetz war er der Verläßlichsten einer. Höppner gehörte auch dem Stadtverordnetenkollegium an.

Der in der „Volksstimme" in Magdeburg als Kassierer tätige Genosse A. Lichtenberg fiel am 27. März einem tragischen Geschick zum Opfer. Bei Ausübung seines Berufs wurde er von einem Auto überfahren und so schwer verletzt, daß er kurz nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus verstarb.

64 Jahre alt starb in Gotha am 31. März Genosse Helmig, ein tüchtiger und fleißiger Mensch, der jahrelang das Amt eines Arbeitersekretärs versah.

Anfang April starb in Hamburg Genosse R. Seiffert im Alter von 72 Jahren. Zuerst als Setzer und Korrektor am „Volksstaat" tätig, wurde er 1881 aus Leipzig ausgewiesen. Seiffert hat 27 Jahre im Hamburger Geschäft gewirkt.

Nach 23jähriger Tätigkeit in der Parteiorganisation Schweinfurt starb am 10. April Genosse Fetzler. Wegen seiner Gewissenhaftigkeit und eifrigsten Pflichterfüllung war er allgemein beliebt und geachtet.

Als einer von der alten Garde, erprobt im Feuer des Sozialistengesetzes, starb am 17. April Genosse Ernst Streune in Lunzenau im Alter von 51 Jahren.

Am 20. April starb in Chemnitz Genosse Hermann Lißner, Tischler von Beruf. Er arbeitete über 20 Jahre in der Eisenbahnwerkstätte, wo er im Jahre 1911 gemaßregelt wurde, weil er einem ergangenen Verbot zum Trotz eine Versammlung der Eisenbahner besucht hatte.

Am 20. April verstarb im Krankenhause zu Reinickendorf Genosse Max Kiesel. Er war auf seinem Lebenswege von vielen Widerwärtigkeiten verfolgt, aber das hinderte ihn nicht in seiner unermüdlichen Tätigkeit für die Partei- und Gewerkschaftsorganisation. Er war langjähriger Leiter der Organisation des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises. Kiesel erreichte ein Alter von 49 Jahren.

Der „rote Apotheker", Genosse Th. Lutz, starb am 25. April im Alter von 66 Jahren in Baden-Baden, dessen Stadtrat er angehörte. Als Student in Tübingen mit Vaillant bekannt geworden, gab ihm das Sozialistengesetz die äußere Veranlassung, sich offen zur Partei zu bekennen. Die Schikanen des Ausnahmegesetzes sind ihm nicht erspart geblieben.

Der „rote Brinkmann" ist am 5. Mai in Kassel verstorben. Er hatte sich gute Kenntnisse auf den Gebieten des sozialen Rechts erworben, die er als Gewerbegerichtsrichter und Beisitzer des Reichsversicherungsamtes für seine Klassengenossen nutzbringend anzuwenden wußte.

Im Alter von 75 Jahren starb in Berlin Genosse Karl Butry, von Beruf Tabakarbeiter. Er bewährte sich besonders in den schweren Kämpfen gegen die Erhöhung der Tabakbesteuerung.

Genosse Paul Friedrich in Breslau, der am 2. Juni verstarb, gehörte zu den Gründern der Partei in Breslau. Schwer hatte der Genosse unter dem Ausnahmegesetz zu leiden, das ihm eine längere Gefängnisstrafe eintrug und ihn zwang vorübergehend ins Ausland zu gehen, um den Lebensunterhalt erwerben zu können.

Nach schwerem Leiden ist in Kaufbeuren Genosse Angerhofer im Alter von 61 Jahren gestorben. Vor 1½ Jahren war ihm noch die Freude beschieden, in das Gemeindekollegium gewählt zu werden.

Im 65. Jahre verstarb in Gablenberg der Genosse Moritz Schröter, der schon im Jahre 1868 in Leipzig wegen seines Eintretens für die Buchdruckergehilfen gemaßregelt worden war. Seine eifrige Tätigkeit für Partei und Gewerkschaft trug ihm 1881 die Ausweisung aus Leipzig ein. 1882 fand Schröter in Stuttgart einen neuen Wirkungskreis, in dem ihm erst während der letzten Jahre Kränklichkeit Zurückhaltung auferlegte.

Einen Gehirnschlag erlag im Alter von 56 Jahren am 7. Juni Genosse Hermann Sonnenburg, der seit Ende der 80er Jahre zu den rührigsten Genossen im Kreise Niederbarnim gehörte. 1896 wurde Sonnenburg in die Gemeindevertretung von Friedrichshagen gewählt, der er 15 Jahre angehörte.

Ein Alter von nur 36 Jahren erreichte Genosse Zietsch, der unerwartet am 6. Juli verschied. Obwohl längere Zeit kränkelnd, ließ es sein Pflichteifer nicht zu, sich Schonung aufzuerlegen. Bis zum Reichstagsschluß widmete er sich mit Hingabe der Verwaltung des Fraktionssekretariats. Zietsch war von Beruf Porzellanarbeiter. 1900 trat er in die Redaktion des „Saalfelder Volksblatt" ein und wurde 1902 in den Meininger Landtag gewählt. Ein Jahr später übernahm er die Redaktion der „Ameise", des Verbandsorgans des Porzellanarbeiterverbandes. Bei der Nachwahl 1909 im Koburger Wahlkreis eroberte Zietsch das Reichstagsmandat, das bei den Wahlen 1912 leider nicht zu halten war.

Am 21. Juni erlag August Kaden dem schweren Leiden, das ihn seit zwei Monaten ans Krankenlager gefesselt hatte. Kaden hatte sich bereits als junger Mensch der Sozialdemokratie angeschlossen. Nach Abschluß seiner Wanderjahre kehrte er in die sächsische Heimat zurück und ließ sich 1874 in Dresden nieder. In Sachsen, wo die Wiege der Sozialdemokratie gestanden hatte, machten die Behörden unter dem Sozialistengesetze verzweifelte Anstrengungen zur Vernichtung der Partei. Wenn alle diese oft kleinlich-gehässigen Versuche einer niederträchtigen Kampfmethode völlig wirkungslos blieben, so war das das Verdienst jener tapferen Schar, in deren vorderster Reihe in Dresden August Kaden kämpfte. Das Vertrauen der Genossen sandte ihn bereits 1885 in den sächsischen Landtag, dem er bis 1897 angehörte. Seit 1898 vertrat Kaden Dresden-Neustadt im Deutschen Reichstage. Kaden erreichte ein Alter von nur 62 Jahren, aber mehr als vier Jahrzehnte davon waren dem erfolgreichen Kampfe für die sozialdemokratische Partei und für den Tabakarbeiterverband gewidmet. Nach dem Falle des Sozialistengesetzes berief der Haller Parteitag Kaden in die Kontrollkommission, deren Vorsitzender er nach Heinr. Meisters Tod wurde. Aber Kaden war nicht nur ein erprobter Kämpe, sondern auch ein prächtiger Mensch und all denen, die ihm näher treten konnten, ein lieber Freund. Sein Andenken wird in der Geschichte der Dresdener, der sächsischen und der deutschen klassenbewußten Arbeiterbewegung fortleben.

Kassenbericht.

Das Ergebnis des Kassenabschlusses ist nicht ungünstig. Der Kassenbestand am Schluß des Geschäftsjahres war 79 118,30 Mk. höher als im Vorjahre und 315 048,45 Mk. konnten dem Vermögen zugeführt werden. Es ist sonach ein Ueberschuß von 394 166,75 Mk. erzielt worden. Im Hinblick auf die schweren Kämpfe, die der Partei in Zukunft bevorstehen, und die auch die finanzielle Aufrüstung zur gebieterischen Notwendigkeit machen, ist das nicht viel.

Die Einnahme an Beiträgen aus den Organisationen ist nicht befriedigend. Sie ist unter Berücksichtigung der kürzeren Berichtsperiode gegen das Vorjahr nur um 0,9 Proz. gestiegen, während die Mitgliederzahl eine Steigerung um 1,3 Proz. erfuhr und obgleich eine Anzahl Kreisorganisationen ihren Mitgliederbeitrag erhöht haben. Der günstige Abschluß ist vorwiegend auf den Ueberschuß der Parteigeschäfte zurückzuführen, der insgesamt 579 787,34 Mark ergab. Bei der Position „Vorwärts-Ueberschuß" ist im Berichtsjahre noch der Betrag für das letzte Quartal 1911/12 zur Verbuchung gelangt, so daß die Summe in unserem Abschluß erheblich höher ist als in dem des Vorwärts-Verlages.

Die Ausgaben weisen eine normale Entwickelung auf. Die erheblich höhere Summe bei dem Posten „Parteischule" erklärt sich dadurch, daß im Vorjahre wegen der Reichstagswahl der Kursus ausgefallen war. Da aus dem gleichen Grunde im Vorjahre auch die Bildungsarbeit zeitweise unterbrochen war, ist es erklärlich, daß für den Bildungsausschuß in den neun Monaten des Berichtsjahres mehr aufgewendet worden ist. Der Posten „Darlehnskonto" weist eine erhebliche Steigerung auf, da einigen Parteiblättern zum Ausbau ihrer Betriebe die ihnen vor der Reichstagswahl zugesicherte Hilfe gewährt werden mußte. Preßzuschuß erhielten folgende Blätter:

Arnstadt, „Volkszeitung für Schwarzburg-Sondersh."	1 000,— Mk.
Berlin, „Blindenorgan"	250,— „
Danzig, „Volkswacht"	4 288,70 „
Freiburg, „Volkswacht"	6 000,— „
Kassel, „Volksblatt"	1 508,90 „
Kattowitz, „Gazeta Robotnicza"	8 266,32 „
Königsberg, „Königsberger Volkszeitung"	6 000,— „
Krefeld, „Volkstribüne"	4 580,— „
Landsberg a. W., „Neumärkisches Volksblatt"	8 000,— „
Lörrach, „Volkszeitung"	520,— „
Lüdenscheid, „Volksstimme"	2 250,— „
Mülhausen i. E., „Mülhauser Volkszeitung"	10 646,— „
Mühlhausen i. Th., „Volksblatt"	1 000,— „
Nordhausen, „Nordhäuser Volkszeitung"	8 500,— „
Ausländische Parteiblätter	15 000,— „

Im übrigen geben die nachfolgenden Tabellen über den Abschluß der Hauptkasse, wie über die Finanzen der Bezirks- und Kreisorganisationen Auskunft.

Agitations-Bezirke	Zahl der Abgiftrefle	Weiterlage an die Hauptkasse ab- geführt	Von der Haupt- kasse erhalten	Verwendungszweck: Zur allgem. Agitation	Zur Wahl- agitation	Unterstützung	Prozeßkosten	Darlehen	Presse	Agitations- material
		Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Ostpreußen	17	6373,64	12581,32	5821,78	—	—	167,—	—	6000,—	592,54
Westpreußen	18	1874,21	11433,90	4500,—	—	—	675,50	—	4283,70	1969,70
Stadt-Berlin	8	125000,—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brandenburg	18	10978,89	28327,95	19815,—	—	—	—	500,—	8000,—	12,95
Pommern	14	5528,82	10921,40	3886,90	3000,—	—	—	—	—	4034,50
Posen	15	325,03	4596,80	3961,30	—	—	266,70	—	—	368,80
Schlesien	13	8701,98	10019,80	5210,—	—	200,—	4000,—	—	—	608,80
Sachsen-Stadt	6	3300,54	236,—	—	—	—	—	13000,—	—	236,—
Westerlausitz	7	4720,85	15790,—	2540,—	—	150,—	—	—	—	852,—
Leipzig-Stadt	9	1192,20	10829,60	9875,—	—	—	102,60	—	—	—
Magdeburg	8	15499,20	2000,—	2000,—	—	—	—	—	—	—
Anhalt	8	13545,38	105,—	—	—	—	105,—	—	—	—
Halle-Merseburg	4	4526,66	6928,—	2100,—	—	—	106,90	—	4500,—	221,70
Schleswig-Holst.	10	37871,36	9263,20	8900,—	—	—	—	—	—	363,20
Hannover	12	13705,41	642,89	417,64	—	150,—	—	—	—	75,25
Südwestfal.	9	5956,08	34529,70	4460,—	—	—	—	30000,—	—	69,70
Hessen-Nassau	8	5589,10	555,—	555,—	—	—	—	—	—	—
Frankf. a. M.	11	17159,07	6178,—	6178,—	—	—	—	—	—	41,80
Kiel	6	2082,30	6219,80	1090,—	—	100,—	—	—	1503,90	—
Niederrhein	19	7664,60	2593,90	2593,90	—	—	—	—	—	—
Oberrhein	14	27365,68	9308,—	8298,50	—	—	—	—	—	900,50
Stadt Berlin	3	443,27	91712,78	2430,—	3000,—	—	—	79141,53	6330,—	311,20
Stadt Chemnitz	3	—	2637,60	2550,—	—	—	—	—	—	87,60
Stadt Ges.-B.	21	22736,49	15000,—	15000,—	—	—	—	—	—	—
Südbayern	21	16973,46	56624,50	2610,—	—	—	—	57000,—	—	14,50
Südbahern	6	7063,10	322,80	—	—	—	—	—	—	322,80
Thüringen	9	41580,79	1073,—	—	—	—	—	—	—	1073,—
Dresden	7	26176,24	70787,40	—	—	—	—	70000,—	—	787,40
Erzgebirg	4	35779,45	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwickau	3	10246,05	350,—	350,—	—	—	—	—	—	45,20
Württemberg	18	23803,54	495,20	450,—	—	—	—	—	—	1084,60
Baden	14	12085,10	105694,60	—	40000,—	—	—	64660,—	6520,—	369,20
Hessen	9	11037,93	15674,90	—	—	—	—	9000,—	—	54,90
Kgl. Sächs.	7	1044,96	4912,10	4710,—	—	—	—	—	—	202,10
Thüringen I	5	2918,63	17981,40	2050,—	1200,—	—	—	15500,—	1006,—	2481,40
Thüringen II	3	7431,58	39420,25	—	8344,25	—	130,—	31078,—	—	388,40
Altenbg.	1	3522,37	—	—	—	—	—	—	—	—
K.-Gotha	1	740,40	98,—	—	—	—	—	—	—	98,—
Lauenburg	5	4657,76	490,—	490,—	—	—	—	—	—	—
Braunschweig	3	6540,11	1077,10	—	—	1000,—	—	—	—	77,10
Meiningen	2	1956,63	240,20	200,—	—	—	—	—	—	40,20
Reuß	2	3623,49	—	—	—	—	—	—	—	—
Lübeck	3	86000,—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	5	22037,92	1844,—	1575,—	—	—	—	—	—	269,—
Nordwest	1	3413,30	—	—	—	—	—	—	—	—
Sachs.-Koburg	15	2800,17	41633,30	2880,—	—	—	—	26666,—	10646,—	1441,30
Zentrale		—	41552,22	6152,72	18500,—	1900,—	—	—	15000,—	—
Sonstige		665,80	11671,32	3405,—	—	—	—	—	8266,32	—

Abschluß der Hauptkasse für die Zeit vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913

mit Zahlen des Vorjahres zum Vergleich.

Einnahme.	1911/12 Mark	Pf.	1912/13 Mark	Pf.
Beiträge a) der Organisat.	890 797	53	674 242	73
„ b) sonstige	65 463	84	59 556	85
„Vorwärts“	281 451	80	279 787	84
Buchhandl. „Vorwärts“	50 000	—	20 000	—
„Wahre Jakob“, Neue Zeit“ und „Gleichheit“	67 866	50	100 000	—
Nord. Wasserkante u. X. Y. Z.	52 133	50	180 000	—
Darlehnskonto	203 653	10	99 242	80
Zinsen	81 871	53	53 740	93
Diverse	4 393	05	3 147	98
Gesamteinnahme	1 697 680	85	1 469 718	63
Dem Vermögen entnommen	233 957	45	—	—
Bestand am Jahresbeginn	39 626	22	217 558	26
Summa	1 971 214	52	1 687 276	89

Ausgabe.	1911/12 Mark	Pf.	1912/13 Mark	Pf.
Allgemeine Agitation	321 641	82	284 405	48
Parteischule	4 067	95	42 824	90
Pressebureau	30 149	80	17 000	—
Partei-Correspondenz	37 506	95	31 001	70
Soz. Bur. f. Rheinl.-Westf.	34 550	—	17 388	15
Archiv	6 120	76	9 856	06
Bildungsausschuß	23 051	06	25 990	47
Pressezuschüsse	70 684	27	72 804	92
Wahlagitation	910 977	82	74 044	25
Prozeß- u. Gefängniskosten	4 760	50	5 676	03
Unterstützungen	7 650	88	4 150	—
Darlehnskonto	225 600	—	896 543	53
Gehälter und Verwaltung	71 558	55	83 363	25
Diverse	5 336	40	10 503	14
Gesamtausgabe	1 753 656	26	1 075 551	88
Dem Vermögen zugeführt	—	—	315 048	45
Bestand am Jahresschluß	217 558	26	296 676	56
Summa	1 971 214	52	1 687 276	89

Berlin, den 23. Mai 1913.

Revidiert und richtig befunden

Die Kontrollkommission.

Fr. Brühne. Kl. Hengsbach. Clara Zetkin. W. Bock. Ad. Geck. H. Stubbe. J. Timm. Eugen Ernst.

Wahlkreisorganisationen nach Agitationsbezirken geordnet.

1. Juli 1912 bis 31. März 1913.

Lfd. Nummer	Organisationen	Ortschaft. im Kreise insgesamt	Ortschaft. im Kreise mit Mitgliedern	Zahl der Ortsvereine	Mitglieder insgesamt am 30. Juni 1912	Mitglieder insgesamt am 31. März 1913	Mitglieder insgesamt darunter weiblich	Zunahme oder Abnahme Proz.	Zahl der Mitglieder pro 100 leg. Stimmen	Höhe der Beiträge p. Woche männl.	Höhe der Beiträge p. Woche weibl.	Höhe der Beiträge p. Monat männl.	Höhe der Beiträge p. Monat weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 an Mitgl.-Beitr. eingenommen Mk.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 an die Hauptkasse abgeführt Mk.	Zahl der Flugbl. Broschüren und Kalender, die im Jahre verbreitet wurden	Zahl der Versammlungen Mitgl.	Zahl der Versammlungen öffentl.	Zahl der Versammlungen Frauen
	Ostpreußen.																		
1	Memel-Heydekrug	440	2	1	281	210	15	— 25,2	5,4	—	—	30	15	312,10	115,92	3000	9	4	3
2	Labiau-Wehlau	443	38	7	576	582	64	+ 1,0	19,6	—	—	30	15	834,40	339,57	4600	9	6	3
3	Königsberg Stadt	1	1	1	4701	4905	1142	+ 4,3	24,8	—	—	40	15	12348,75	3894,65	310500	27	7	2
4	„ Land-Fischhausen	502	200	11	1534	1561	272	+ 1,7	24,8	10	—	30	15	3345,90	1044,70	38500	51	6	5
5	Heiligenbeil-Pr.-Eylau	474	6	—	28	29	1	+ 3,5	4,1	—	—	30	15	43,80	17,85	750	—	—	—
6	Braunsberg-Heilsberg	301	3	—	53	51	1	— 3,7	12,8	—	—	30	15	105,60	24,22	400	12	—	—
7	Pr.-Holland-Mohrungen	396	1	—	15	3	—	— 80,0	0,6	—	—	30	—	8,40	7,80	250	—	—	—
8	Osterode-Neidenburg	471	4	1	51	63	2	+ 23,5	14,9	—	—	30	15	83,55	28,11	1500	6	2	1
9	Allenstein-Rössel	317	7	—	25	27	—	+ 8,0	6,6	—	—	30	15	29,10	11,22	550	—	—	—
10	Rastenburg-Gerdauen	504	14	2	187	199	2	+ 6,4	11,6	—	—	30	15	319,65	98,87	6300	6	2	1
11	Tilsit-Niederung	502	—	1	626	612	92	— 2,2	9,7	10	—	—	20	1067,60	344,71	17000	6	7	3
12	Ragnit-Pillkallen	666	—	—	312	488	23	+ 56,4	16,4	—	—	30	15	602,55	202,59	950	3	1	—
13	Gumbinnen-Insterburg	544	—	2	310	268	—	— 13,5	8,3	—	—	30	15	515,20	173,72	12450	8	6	—
14	Stallupönen-Goldap	679	10	—	27	25	3	— 7,4	3,5	—	—	30	15	43,95	13,12	600	—	—	—
15	Angerburg-Lötzen	396	4	—	5	9	—	+ 80,0	3,1	—	—	30	15	21,90	5,46	500	—	—	—
16	Oletzko-Lyck	594	12	3	166	92	—	— 44,5	9,7	—	—	30	15	114,75	41,91	1850	5	4	—
17	Sensburg-Ortelsburg	426	8	—	12	57	—	+375,0	23,1	—	—	30	15	32,70	8,22	1130	3	—	—
	Summa	7656	310	29	8909	9181	1617	+ 3,0	17,8	—	—	—	—	19829,90	6372,64	400830	145	45	18
	Westpreußen.																		
1	Elbing-Marienburg	249	6	6	672	704	137	+ 4,7	8,6	—	—	30	15	1509,40	392,56	31000	11	6	5
2	Danzig-Land	170	13	10	656	544	77	— 17,0	10,3	10	—	—	15	1557,30	311,46	28700	34	25	4
3	„ -Stadt	1	1	1	1740	1568	63	— 10,1	19,4	10	—	—	15	4525,75	905,18	114500	66	14	6
4	Neustadt-Karthaus	353	1	1	39	33	—	— 15,3	10,4	10	5	—	—	56,40	15,76	8020	5	3	—
		1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*	*8*	*9*	*10*	*11*	*12*	*13*	*14*	*15*	*16*	*17*	*18*
5	Berent-Pr.-Stargard	365	1	2	16	19	—	+ 18,7	5,0	10	—	—	—	22,40	4,48	6200	3	—	—
6	Stuhm-Marienwerder	286	5	1	113	97	8	— 14,1	8,6	—	—	30	15	159,05	31,81	4000	5	6	1
7	Rosenberg-Löbau	288	1	1	5	4	—	— 20,0	1,3	—	—	30	—	39,90	7,98	900	3	—	—
8	Graudenz-Strasburg	307	1	1	207	152	30	— 26,5	10,5	10	—	—	20	326,35	89,97	14000	8	4	—
9	Thorn-Kulm	405	4	4	152	179	13	+ 17,7	16,1	—	—	30	30	267,15	53,43	9500	31	15	2
10	Schwetz	233	3	1	18	19	—	+ 5,5	11,8	—	—	30	—	86,—	7,20	4700	8	1	—
11	Konitz-Tuchel	194	2	2	15	5	—	— 66,6	1,7	10	—	—	—	11,30	2,26	5070	4	3	—
12	Schlochau-Flatow	291	8	4	37	62	5	+ 67,5	7,7	—	—	30	10	104,80	20,93	10000	17	5	3
13	Deutsch-Krone	151	1	1	98	91	26	— 7,1	10,5	—	—	30	10	156,20	31,24	7900	8	3	1
	Summa	3288	47	35	3768	3472	359	— 7,8	12,2	—	—	—	—	8772,—	1874,21	244490	203	85	22
	Groß-Berlin.																		
1	Berlin I	—	—	—	898	978	116	+ 8,9	22,1	—	—	40	20	2563,80	—	185100	6	13	2
2	„ II	—	—	—	5773	5919	719	+ 2,5	15,5	—	—	40	20	15488,40	—	743000	6	9	2
3	„ III	—	—	—	3121	3258	440	+ 4,3	21,6	—	—	40	20	7258,40	—	230000	6	4	2
4	„ IV	—	—	—	25267	23341	4426	— 7,6	26,0	—	—	40	20	62306,80	—	1870000	31	27	8
5	„ V	—	—	—	2300	2350	334	+ 2,1	12,9	—	—	40	20	6550,40	—	353100	6	6	2
6	„ VI	—	—	—	31408	31666	5129	+ 0,8	22,2	—	—	40	20	80953,60	—	2683900	117	39	12
7	Teltow-Beeskow-Charlottenburg	503	87	52	32885	33283	6693	+ 1,2	20,3	—	—	40	20	87125,60	—	2600000	291	167	60
8	Nieder-Barnim	171	107	30	18117	18033	3248	— 0,4	19,4	—	—	40	20	31236,79	—	1283520	242	140	25
	Summa	674	194	82	119769	118828	21105	— 0,7	21,0	—	—	—	—	293478,79	125000,—	9948620	705	405	113
	Brandenburg.																		
1	Westprignitz	191	15	7	898	925	89	+ 3,0	18,2	—	—	40	20	1612,33	352,21	19500	23	11	2
2	Ostprignitz	221	4	4	82	73	10	— 10,9	3,4	—	—	30	20	110,05	12,04	10100	20	5	—
3	Ruppin-Templin	371	26	17	586	578	63	— 2,2	7,1	—	—	30	20	1183,20	30,—	19300	87	18	2
4	Prenzlau-Angermünde	315	10	9	648	659	45	+ 1,6	12,5	—	—	30	20	1111,01	210,95	—	—	—	—
5	Oberbarnim	156	14	9	1090	982	138	— 9,9	11,4	—	—	40	20	2579,—	450,98	73000	71	25	—
6	Potsdam-Osthavelland	82	16	16	3334	3356	397	+ 0,6	25,8	10	—	—	20	8316,60	1844,74	186800	109	39	6
7	Brandenb.-Westhavelland	139	13	5	5256	5239	881	— 0,3	40,3	—	—	30	20	8008,47	2447,84	134800	37	—	—
8	Zauch-Belzig-Luckenwalde	337	61	22	3130	3050	280	— 2,5	22,7	—	—	30	20	4458,47	997,40	81700	151	65	2
9	Arnswalde-Friedeberg	244	19	4	318	248	21	— 22,0	5,5	—	—	30	20	548,40	99,72	13400	50	8	—
10	Landsberg-Soldin	277	25	5	1141	1056	105	— 7,4	11,6	—	—	40	20	3056,20	484,26	95000	41	15	1
11	Königsberg, Nm.	175	15	10	495	518	31	+ 3,6	9,4	—	—	30	20	1082,90	—	49000	64	29	—
12	Frankfurt-Lebus	210	27	13	2190	2235	506	+ 2,0	14,9	—	—	40	20	3108,98	618,19	—	—	—	—

Lfd. Nummer	Organisationen	Ortschaft. im Kreise insgesamt	Ortschaft. im Kreise mit Mitgliedern	Zahl der Ortsvereine	Mitglieder insgesamt am 30. Juni 1912	Mitglieder insgesamt am 31. März 1913	Mitglieder insgesamt darunter weiblich	Zunahme oder Abnahme Proz.	Zahl der Mitglieder pro 100 lok. Stimmen	Höhe der Beiträge p. Woche männl.	Höhe der Beiträge p. Woche weibl.	Höhe der Beiträge p. Monat männl.	Höhe der Beiträge p. Monat weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 am Mitgl.-Beitr. eingenommen Mk.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 an die Hauptkasse abgeführt Mk.	Zahl der Flugbl., Broschüren und Kalender, die im Jahre verbreitet wurden	Zahl der Versammlungen Mitgl.	Zahl der Versammlungen öffentl.	Zahl der Versammlungen Frauen
13	Ost- und Weststernberg	145	12	7	286	215	7	— 24,8	6,4	10	5	—	—	229,—	43,60	12550	24	2	—
14	Züllichau-Krossen	304	18	5	625	717	105	+ 14,7	13,5	10	5	—	—	1356,79	267,40	29700	34	16	2
15	Guben-Lübben	298	18	10	1531	1534	132	+ 0,1	20,3	10	5	—	—	5346,60	1087,02	94000	78	12	—
16	Sorau-Forst	144	15	13	2912	2712	315	— 6,8	21,4	10	5	—	—	4753,19	1328,76	29000	98	25	2
17	Kottbus-Spremberg	214	25	23	2464	2593	186	+ 5,2	23,1	—	—	30	20	6161,10	—	54000	183	26	2
18	Kalau-Luckau	481	28	19	2100	2162	304	+ 2,9	18,3	—	—	30	20	3523,68	758,78	56000	48	14	2
	Summa	4304	347	198	29086	28842	3565	— 0,8	17,7	—	—	—	—	57020,97	10978,39	957850	1118	310	21
	Pommern.																		
1	Anklam-Demmin	294	4	4	160	177	21	+ 1,0	10,8	—	—	30	15	377,10	74,67	10500	13	4	1
2	Ueckermünde-Wollin	203	—	18	1054	1068	107	+ 1,3	11,9	—	—	30	15	2365,20	463,20	40500	72	9	—
3	Randow-Greifenhagen	302	30	27	4443	4468	897	+ 0,5	21,5	—	—	30	20	9768,80	1851,09	178000	135	58	12
4	Stettin	1	1	1	2704	3181	578	+ 17,6	17,6	10	5	—	—	8687,80	1690,71	149700	53	10	4
5	Pyritz-Saatzig	336	3	3	105	108	13	+ 2,8	4,5	—	—	30	15	243,30	50,10	11000	14	4	1
6	Naugard-Regenwalde	369	3	3	137	123	5	— 10,2	6,9	—	—	30	15	254,40	52,02	5140	28	4	1
7	Greifenberg-Kammin	318	5	3	62	106	8	+ 70,9	8,9	—	—	30	15	211,95	36,—	17000	25	—	—
8	Stolp-Lauenburg	503	2	2	187	292	31	+ 56,1	10,5	—	—	30	15	521,—	92,85	28000	22	6	1
9	Bütow-Rummelsburg	397	5	3	56	60	—	+ 7,1	3,0	—	—	30	15	152,40	31,80	17000	25	—	—
10	Kolberg-Köslin	358	5	4	561	520	74	— 7,3	11,4	—	—	30	15	1150,15	145,08	23400	19	15	2
11	Belgard-Dramburg	346	6	3	77	75	6	— 2,4	3,8	—	—	30	15	155,55	30,21	4850	23	4	—
12	Neustettin	125	4	4	182	171	32	— 6,0	12,1	—	—	30	15	262,35	63,15	12500	39	6	1
13	Stralsund-Rügen	491	—	12	1302	1328	142	+ 1,9	22,5	—	—	30	15	3069,60	625,56	27500	39	21	1
14	Greifswald-Grimmen	379	12	6	774	752	84	— 2,8	17,7	—	—	30	15	1644,45	322,38	60000	41	14	3
	Summa	4422	80	93	11804	12429	1998	+ 5,2	16,0	—	—	—	—	28864,05	5528,82	585090	548	155	27
	Posen.																		
1	Stadt und Kreis Posen	71	1	1	305	217	32	— 28,8	6,0	—	—	30	15	270,20	54,26	31400	8	5	1
2	Samter-Obornik	197	11	6	77	85	1	+ 10,4	7,8	—	—	30	15	126,80	24,72	16880	24	5	1
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18

3	Meseritz-Bomst	166	1	1	4	5	—	+ 20,0	1,1	—	—	30	15	11,90	2,38	1700	2	—	—
4	Buk-Kosten	134	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5	Rawitsch-Gostyn	95	3	1	110	55	10	— 50,0	9,6	—	5	30	—	118,45	23,73	10150	12	4	1
6	Fraustadt-Lissa	65	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500	—	—	—
7	Schrimm-Schroda	143	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	580	—	—	—
8	Wreschen-Pleschen	123	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1100	—	—	—
9	Krotoschin-Koschmin	62	1	1	9	2	—	— 77,7	1,8	—	—	30	15	4,50	—,90	1150	—	—	—
10	Adelnau-Ostrowo	98	3	2	48	26	—	— 45,8	12,3	—	—	30	15	39,60	7,92	1100	3	1	—
11	Czarnikau-Kolmar-Filehne	243	7	5	324	356	85	+ 9,8	12,9	—	—	30	15	469,50	97,78	53900	21	15	2
12	Wirsitz-Schubin	136	3	3	63	101	7	+ 60,3	26,3	—	—	30	15	122,80	26,73	7800	12	5	—
13	Bromberg	110	3	2	278	204	11	— 26,6	6,8	10	5	30	15	406,15	81,20	42550	19	11	2
14	Hohensalza-Strelnow	125	2	1	6	18	—	+ 20,0	6,9	—	—	30	15	17,40	3,41	1180	3	—	—
15	Gnesen-Wongrowitz	98	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summa	1866	35	23	1235	1069	146	— 13,4	8,2	—	—	—	—	1586,80	323,03	169940	104	46	7
	Breslau.																		
1	Goldberg-Haynau	386	82	5	2838	3079	447	+ 8,4	28,8	—	—	40	15	6523,05	1304,57	66000	30	8	4
2	Guhrau-Steinau	535	—	4	71	108	15	+ 52,1	6,6	—	—	30	15	210,90	26,22	20500	27	6	1
3	Militsch-Trebnitz	519	—	4	367	423	27	+ 15,2	24,6	—	—	30	15	637,35	93,16	23200	18	10	2
4	Gr.-Wartenberg-Oels	431	4	4	245	236	24	— 3,6	10,0	—	—	30	15	363,30	47,48	34500	26	16	2
5	Breslau-Land	506	131	—	4026	3631	615	— 9,8	33,0	—	—	30	15	6790,80	1188,42	142900	224	207	17
6	„ Ost	1	1	1	10024	9609	1572	— 4,1	20,2	—	—	40	20	27484,10	5496,86	490100	8	6	4
7	„ West																		
8	Ohlau-Nimptsch	436	13	8	674	715	84	+ 6,0	17,6	—	—	30	15	1372,50	180,60	81600	46	22	4
9	Namslau-Brieg	210	18	2	685	657	55	— 4,0	16,7	—	—	30	15	1283,70	172,52	56600	14	13	3
10	Neustadt	165	4	2	225	247	35	+ 9,8	11,3	—	—	30	15	433,35	61,66	42000	19	9	2
11	Falkenberg-Grottkau	305	3	—	28	20	—	— 28,5	3,5	—	—	30	15	34,80	4,02	4800	4	2	—
12	Neiße	176	5	3	144	154	38	+ 6,9	10,4	—	—	30	15	291,80	35,38	30500	20	7	3
13	Glogau	280	—	3	283	312	41	+ 10,2	11,1	—	—	30	15	632,55	91,04	30500	26	7	2
	Summa	3949	261	36	19610	19191	3003	— 2,1	21,4	—	—	—	—	46057,70	8701,93	1023200	462	313	44
	Görlitz.																		
1	Görlitz-Lauban	330	111	24	3298	3672	831	+ 11,3	13,0	—	—	30	15	8388,—	1620,08	13000	117	55	9
2	Rothenburg-Hoyerswerda	358	43	15	1096	1182	203	+ 7,8	18,0	10	—	—	20	2570,10	479,19	44000	85	9	10
3	Sagan-Sprottau	324	57	8	800	1052	212	+ 31,5	16,5	—	—	30	10/20	2171,20	413,48	23000	60	19	6

Lfd. Nummer	Organisationen	Ortschaft. im Kreise: insgesamt	mit Mitgliedern	Zahl der Ortsvereine	Mitglieder insgesamt: am 30. Juni 1912	am 31. März 1913	darunter weiblich	Zunahme oder Abnahme Proz.	Zahl der Mitglieder pro 100 lpz. Stimmen	Höhe der Beiträge p. Woche: männl.	weibl.	p. Monat: männl.	weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913: an Mitgl.-Beitr. eingenommen Mk.	an die Hauptkasse abgeführt Mk.	Zahl der Flugbl., Broschüren und Kalender, deren Jahre verbreitet wurden	Zahl der Versammlungen: Mitgl.	öffentl.	Frauen
4	Löwenberg	75	14	6	144	190	25	+ 31,2	7,7	—	—	30	20	410,10	79,44	28000	30	10	2
5	Bunzlau-Lüben	104	9	9	1104	1112	176	+ 0,7	19,6	—	—	30	15	2598,—	347,14	10200	49	10	3
6	Grünberg-Freistadt	297	22	14	883	1075	112	+ 21,7	12,5	—	—	30	15	2525,55	361,21	71200	68	25	3
	Summa	1488	256	76	7325	8283	1559	+ 13,0	16,5	—	—	—	—	18662,95	3800,54	184400	409	128	33
	Oberlangenbielau.																		
1	Reichenbach-Neurode	169	50	6	2752	2607	278	— 5,2	21,7	—	—	20/30	10/15	4749,35	940,86	116000	50	26	—
2	Glatz-Habelschwerdt	118	11	6	44	71	3	+ 61,3	2,9	—	—	20/30	20	142,30	29,10	4200	14	—	—
3	Frankenstein-Münsterberg	164	5	2	—	47	—	+ 47,0	4,3	—	—	30	15	96,90	19,38	7650	6	2	—
4	Waldenburg	94	90	26	3566	3010	1030	— 15,6	17,0	—	—	30	15	6881,75	1368,16	44000	77	24	18
5	Schweidnitz-Striegau	226	103	14	3133	3067	628	— 3,6	31,3	—	—	30	15	6547,20	1309,43	65680	110	46	13
6	Landeshut-Hauer	148	63	14	1803	1833	438	+ 1,6	26,9	—	—	30	15	2508,05	495,80	18000	113	39	8
7	Hirschberg-Schönau	106	39	19	1277	1283	217	+ 0,4	15,6	—	—	30	15	2745,60	549,12	19700	126	37	1
	Summa	1025	361	87	12625	11918	2594	— 5,6	20,5	—	—	—	—	23621,15	4720,85	275230	496	174	40
	Kattowitz.																		
1	Kreuzburg-Rosenberg	190	3	1	32	44	—	+ 37,5	12,8	—	—	30	15	119,40	23,88	6500	12	—	—
2	Oppeln	168	1	1	60	175	—	+191,6	7,6	—	—	30	15	866,30	73,26	16500	12	6	—
3	Kosel-Gr.-Strelitz	210	11	3	125	80	—	— 36,0	6,4	—	—	30	15	181,80	36,36	22000	21	2	—
4	Gleiwitz-Lublinitz	205	5	2	155	140	32	— 9,6	6,3	—	—	30	15	590,70	118,14	25000	19	—	—
5	Beuthen-Tarnowitz	122	19	7	725	866	150	+ 19,4	7,5	—	—	30	15	2202,15	440,43	150000	63	21	—
6	Kattowitz-Zabrze	65	17	6	677	670	152	— 1,0	4,5	—	—	30	15	1638,30	327,66	145000	54	31	—
7	Pleß-Rybnik	272	11	3	68	98	—	+ 44,1	4,0	—	—	30	15	207,90	41,58	32000	12	—	—
8	Ratibor	150	4	1	170	180	33	+ 5,9	7,4	—	—	30	15	479,40	95,88	29000	12	6	—
9	Leobschütz	119	6	3	52	74	—	+ 42,3	8,2	—	—	30	15	175,50	35,10	19000	16	4	—
	Summa	1496	77	27	2064	2327	367	+ 12,7	6,0	—	—	—	—	5961,45	1192,29	445000	221	70	—
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18

	Magdeburg.																		
1	Salzwedel-Gardelegen	318	8	5	370	505	88	+ 36,5	20,9	10	5	—	—	1259,25	567,59	18100	27	6	—
2	Osterburg-Stendal	327	12	7	959	1012	89	+ 5,5	13,6	10	5	—	—	2970,65	591,99	36000	48	14	4
3	Jerichow I und II	209	51	18	4072	4174	579	+ 2,5	34,8	10	5	—	—	13007,35	2601,47	63700	49	52	4
4	Magdeburg	1	1	1	7266	7098	1262	— 2,3	22,9	10	5	—	—	24168,20	4833,64	385000	48	8	2
5	Wolmirstedt	127	29	27	1773	1690	230	— 4,6	15,5	10	5	—	—	5401,90	1058,43	56430	96	36	—
6	Wanzleben	62	30	28	2640	2601	493	— 1,4	23,4	10	5	—	—	8262,35	1652,57	96000	128	26	6
7	Aschersleben-Kalbe	89	41	20	4053	4002	667	— 1,2	16,5	10	5	—	—	12084,55	2416,92	181500	140	43	4
8	Oschersleben-Halberstadt	102	30	13	2921	2887	574	— 1,2	16,6	10	5	—	—	8882,95	1776,59	54000	120	40	3
	Summa	1235	202	119	24054	23969	3982	— 0,3	20,6	—	—	—	—	76037,70	15499,20	885730	646	225	23
	Halle.																		
1	Torgau-Liebenwerda	204	52	21	1821	1774	273	— 2,5	19,8	—	—	30	20	3866,60	500,—	78000	199	29	8
2	Schweinitz-Wittenberg	228	42	13	832	879	102	+ 5,6	15,1	10	—	—	10	2292,30	241,50	51000	80	24	—
3	Bitterfeld-Delitzsch	157	25	18	3154	3059	247	— 3,0	23,6	10	5	—	—	5863,80	2623,39	139000	122	54	10
4	Halle und Saalkreis	144	73	24	8045	7961	986	— 1,0	29,1	10	—	—	20	24610,60	4922,12	321500	91	49	12
5	Mansfelder See- und Gebirgskreis	189	54	23	1619	1119	404	— 30,8	8,3	10	—	—	15	1831,80	365,96	52000	86	28	5
6	Sangerhaus.-Eckartsberga	159	13	13	442	493	46	+ 11,5	6,1	10	—	—	10	1276,90	240,—	29500	101	25	2
7	Merseburg-Querfurt	284	160	21	2714	3032	468	+ 11,7	27,2	10	5	—	—	6471,39	1294,28	100000	195	46	9
8	Naumburg-Zeitz	377	164	46	6805	5501	1194	— 19,0	25,1	10	—	—	15	16790,65	3358,13	215225	331	24	30
	Summa	1742	583	179	25432	23818	3720	— 6,3	21,7	—	—	—	—	63004,04	13545,38	986225	1205	274	76
	Erfurt.																		
1	Nordhausen, Grafschaft Hohenstein	80	18	13	1648	1502	168	— 8,8	20,1	10	5	—	—	4451,25	1095,97	109150	85	29	4
2	Heiligenstadt-Worbis	110	4	3	47	74	3	+ 57,4	5,7	—	—	30	15	93,—	24,60	11000	26	1	—
3	Mühlhausen-Langensalza	117	14	8	1407	1555	227	+ 10,5	18,7	—	—	30	25	2209,54	846,05	54800	109	21	5
4	Erfurt-Schleusingen	128	42	24	4266	4252	827	— 0,3	18,2	10	5	—	—	6530,04	2560,07	62000	246	44	3
	Summa	435	78	48	7368	7383	1220	+ 0,2	18,3	—	—	—	—	13283,83	4526,69	236950	466	95	12
	Schleswig-Holstein.																		
1	Hadersleben-Sonderburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1856,—	—	—	—	—
2	Apenrade-Flensburg	443	8	6	2257	2318	343	+ 2,7	25,5	—	—	40	20	6790,95		96300	54	13	9

Lfd. Nummer	Organisationen	Ortschaft. im Kreise insgesamt	Ortschaft. im Kreise mit Mitgliedern	Zahl der Ortsvereine	Mitglieder insgesamt am 30. Juni 1912	Mitglieder insgesamt am 31. März 1913	Mitglieder insgesamt darunter weiblich	Zunahme oder Abnahme Proz.	Zahl der Mitglieder pro 100 soz. Stimmen	Höhe der Beiträge p. Woche männl.	Höhe der Beiträge p. Woche weibl.	Höhe der Beiträge p. Monat männl.	Höhe der Beiträge p. Monat weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 an Mitgl.-Beitr. eingenommen Mk.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 an die Hauptkasse abgeführt Mk.	Zahl der Flugbl., Broschüren und Kalender, die im Jahre verbreitet wurden	Zahl der Versammlungen Mitgl.	Zahl der Versammlungen öffentl.	Zahl der Versammlungen Frauen
3	Tondern-Husum	247	7	6	450	333	36	— 26,0	15,5	—	—	40	15	1111,45	335,10	15800	59	13	2
4	Schleswig-Eckernförde	242	7	7	1349	1377	234	+ 2,0	20,1	—	—	40	15	2245,05	977,94	45832	62	16	5
5	Nord-u.Süd-Dithmarschen	458	60	15	2608	2738	368	+ 4,9	22,4	—	—	40	15	8247,65	1649,53	68650	114	37	—
6	Pinneberg	200	40	28	11897	12204	2338	+ 2,6	53,9	10	—	—	15	35972,55	9545,09	308000	136	90	10
7	Kiel	422	27	16	15168	15828	3320	+ 4,3	40,8	—	—	50	15	53964,20	14114,52	594000	192	26	10
8	Altona	111	68	23	14232	12904	1997	— 9,3	46,6	—	—	40	15	38582,47	7900,—	363400	89	33	7
9	Lauenburg	179	35	10	882	898	63	+ 1,8	23,5	—	—	40	15	—	—	106000	64	15	1
10	Oldenburg-Plön	487	21	10	511	527	39	+ 3,1	12,2	—	—	40	15	908,82	424,95	35450	78	26	—
11	Fürstentum Lübeck	109	39	10	1280	1319	243	+ 3,0	—	10	—	—	15	2510,20	1568,23	19050	98	26	5
	Summa	2898	312	181	50634	50441	8981	— 0,3	39,6	—	—	—	—	150333,34	37871,36	1652482	946	295	49
	Hannover.																		
1	Osnabrück-Bersenbrück	202	17	4	1157	1160	141	+ 0,2	14,4	—	—	40	15/25	3483,05	461,80	55500	25	3	2
2	Melle-Diepholz	141	20	6	178	196	3	+ 10,1	9,5	—	—	40	15	655,60	147,85	8000	38	12	1
3	Nienburg	246	10	10	459	595	49	+ 29,6	11,2	—	—	40	15	1702,50	393,76	27000	32	4	4
4	Hannover-Linden	34	32	1	18184	17698	2923	— 2,6	40,4	—	—	40	15	45855,15	6130,—	369000	117	27	2
5	Hameln	213	73	37	3237	2969	355	— 8,2	20,6	—	—	40	15	8658,45	1749,—	166000	139	51	6
6	Hildesheim	177	43	22	2044	1975	307	— 3,3	17,3	—	—	40	15	5214,60	1416,83	138000	85	18	7
7	Einbeck-Osterode	142	41	27	1150	1017	107	— 11,5	12,3	—	—	40	15	2620,75	1098,88	32000	68	13	4
8	Göttingen	147	25	15	1085	1056	222	— 2,7	13,2	—	—	40	15	2810,90	367,30	46000	79	21	6
9	Goslar-Zellerfeld	98	25	21	642	729	125	+ 13,5	7,3	—	—	40	15	1808,20	448,81	40000	45	25	8
10	Gifhorn-Zelle	804	—	10	1351	1424	191	+ 5,4	12,6	—	—	40	15	3824,35	507,09	—	60	18	6
11	Lüchow-Uelzen	664	43	11	632	612	87	— 3,1	20,5	—	—	40	15	1482,55	395,72	3460	69	10	2
12	Lüneburg	493	62	10	1227	1323	111	+ 7,8	19,0	—	—	40	15	4265,15	588,37	39500	44	15	1
	Summa	2861	391	174	31246	30754	4621	— 1,5	23,2	—	—	—	—	82381,25	13705,41	924460	801	215	49
	Oestliches Westfalen.																		
1	Minden-Lübbecke	128	40	27	1398	1420	108	+ 1,5	19,4	—	—	30	15	2942,15	588,43	20400	234	15	4
2	Herford-Halle	106	39	34	2113	2009	72	— 4,9	20,2	—	—	30	15	4712,95	942,60	25800	353	27	11
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
3	Bielefeld-Wiedenbrück	68	24	20	7142	7789	896	+ 9,0	45,0	—	—	30	15	18851,25	3770,25	44000	154	29	5
4	Paderborn-Büren	81	1	1	19	9	—	— 52,6	5,4	—	—	30	15	32,40	6,48	2000	—	—	—
5	Warburg-Höxter	125	8	—	14	17	—	+ 21,4	3,0	—	—	30	15	39,—	7,80	2500	9	—	—
6	Lippstadt-Brilon	121	4	—	91	86	3	— 5,5	12,4	—	—	30	15	144,—	28,80	3400	14	—	—
7	Bentheim-Lingen	164	1	1	18	21	—	+ 16,6	3,2	—	—	30	15	44,80	8,90	2700	6	—	—
8	Schaumburg-Lippe	67	8	8	337	356	25	+ 5,6	10,4	—	—	30	15	693,15	138,65	15100	41	14	3
9	Lippe-Detmold	208	36	27	1044	1175	87	+ 12,5	15,0	—	—	30	15	2321,05	464,17	122700	255	86	11
	Summa	1068	156	118	12176	12882	1191	+ 5,8	26,9	—	—	—	—	29780,75	5956,08	238100	1066	171	84
	Westliches Westfalen.																		
1	Dortmund-Hörde	91	85	74	9304	9322	1764	+ 0,2	19,0	—	—	40	20	23936,—	1152,68	453000	302	52	13
2	Bochum-Gelsenkirchen	59	58	48	6368	5820	1263	— 8,6	10,9	10	5	—	—	16537,35	2064,80	443800	404	60	—
3	Borken-Recklinghausen	77	38	34	2706	3225	942	+ 19,1	15,1	10	—	—	15	8690,65	1090,24	162500	157	28	5
4	Hamm-Soest	184	38	25	2168	2056	407	— 5,1	22,6	—	—	30	15	4409,05	875,88	96345	156	12	3
5	Arnsberg-Olpe	147	5	3	159	104	4	— 34,6	5,9	—	—	30	20	230,80	27,74	1000	20	3	—
6	Münster-Coesfeld	57	6	4	308	241	27	— 25,7	9,4	10	5	—	—	563,40	125,86	—	31	2	—
7	Lüdinghausen-Warendorf	67	11	8	594	879	171	+ 47,9	28,3	—	—	30	15	1804,50	180,90	34500	67	3	—
8	Tecklenburg-Steinfurt	60	5	5	148	155	12	+ 4,7	6,2	—	—	30	15	369,75	71,—	—	—	—	—
	Summa	742	246	201	21750	21802	4590	+ 0,2	15,4	—	—	—	—	56541,50	5589,10	1191145	1637	155	21
	Frankfurt a. M.																		
1	Höchst-Usingen	151	84	67	4718	4719	375	+ 0,02	22,2	—	—	30/40	20	9824,25	2441,32	81000	366	63	3
2	Wiesbaden-Rheingau	107	45	25	1913	2626	280	+ 37,2	17,2	10	—	—	30	6429,40	534,66	83000	68	27	14
3	Limburg-Diez	153	21	16	136	242	7	+ 77,9	6,7	10	—	40	—	256,54	22,86	6000	68	9	1
4	St. Goarshausen	204	17	11	414	400	108	— 3,3	16,8	—	—	30	20	624,—	105,—	6000	33	8	3
5	Dillkreis	282	31	15	198	180	—	— 9,0	8,7	—	—	30	—	178,—	55,02	8000	27	—	—
6	Frankfurt a. M., Stadt	4	4	4	9539	9553	947	+ 0,1	26,7	—	—	50	30	34697,50	6540,60	500000	89	33	5
7	Marburg	199	8	—	101	108	7	+ 6,9	9,8	—	—	30	30	177,90	13,80	15000	12	2	1
8	Fulda	239	17	10	122	144	5	+ 18,0	8,8	—	—	30	30	165,30	11,04	3000	29	7	—
9	Hanau-Gelnhausen-Orb	133	83	83	9109	9081	1531	— 0,4	40,2	10	5	—	—	15690,17	7159,01	32000	475	152	53
10	Wetzlar-Altenkirchen	227	30	15	414	510	23	+ 23,1	11,4	—	—	30	20	976,50	192,66	9900	64	9	3
11	Siegen-Wittgenstein	247	29	13	235	202	9	— 14,0	7,8	—	—	40	20	418,60	83,70	17000	46	5	2
	Summa	1896	369	259	26899	27765	3292	— 3,1	24,6	—	—	—	—	69438,16	17159,67	760900	1277	315	85

Lfd. Nummer	Organisationen	Ortschaft. im Kreise: insgesamt	mit Mitgliedern	Zahl der Ortsvereine	Mitglieder insgesamt: am 30. Juni 1912	am 31. März 1913	darunter weiblich	Zunahme oder Abnahme Proz.	Zahl der Mitglieder pro 100 Einw.	Höhe der Beiträge p. Woche: männl.	weibl.	p. Monat: männl.	weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913: an Mitgl.-Beitr. eingenommen Mk.	an die Hauptkasse abgeführt Mk.	Zahl der Flugbl. Broschüren und Zeitschr. die im Interesse der Kreisorganisation vertrieben wurden	Zahl der Versammlungen: Mitgl.	öffentl.	Frauen
	Kassel.																		
1	Kassel-Melsungen	120	56	48	4114	4196	297	+ 1,9	19,2	10	—	—	20	13134,40	1703,04	177000	298	187	—
2	Rinteln-Hofgeismar	220	16	12	405	468	—	+ 15,5	7,4	—	—	30	—	—	—	500	86	12	—
3	Fritzlar-Homberg	231	7	5	125	143	—	+ 14,4	13,9	—	—	30	—	—	—	—	15	3	—
4	Eschwege-Schmalkalden	219	41	35	1185	1340	20	+ 13,0	11,8	10	—	—	20	2052,30	379,26	26150	167	62	4
5	Hersfeld-Rotenburg	271	6	2	140	130	—	— 7,1	2,4	—	—	30	—	—	—	—	8	3	—
6	Waldeck-Pyrmont	120	6	2	125	144	—	+ 15,2	9,0	—	—	30	—	—	—	—	15	11	—
	Summa	1181	132	104	6094	6421	317	+ 5,3	14,1	—	—	—	—	15186,70	2082,30	203650	589	228	4
	Oberrhein.																		
1	Köln, Stadt	62	35	7	8159	8216	1057	+ 0,7	19,1	10	10	—	—	29562,60	5912,52	721425	266	35	9
2	„ Land																		
3	Aachen, Stadt	28	1	1	636	538	61	— 15,4	10,1	10	10	—	—	1730,80	346,14	42000	10	6	1
4	„ Land	29	18	9	687	667	49	— 2,9	12,0	10	10	—	—	1655,—	331,—	56500	55	13	2
5	Düren-Jülich	135	12	5	123	130	6	+ 5,5	6,7	10	10	—	—	426,70	20,—	12000	22	6	1
6	Bergheim-Euskirchen	150	7	1	92	103	4	+ 11,9	11,5	10	10	—	—	229,40	46,60	10000	8	1	1
7	Rheinbach-Bonn	150	25	8	372	468	67	+ 24,4	11,1	10	10	—	—	1847,70	269,54	114000	71	12	2
8	Siegkreis-Waldbroel	59	18	6	—	87	2	+ 87,0	9,3	10	5	—	—	59,80	11,96	—	20	2	—
9	Mülheim-Wipperfürth	92	—	28	3328	3460	233	+ 4,1	29,0	10	10	—	—	11152,10	—	240450	124	28	4
10	Neuwied	190	19	1	245	188	18	— 25,3	10,3	10	10	—	—	404,80	80,96	10000	9	2	1
11	Koblenz-St. Goar	115	9	5	246	248	18	+ 0,8	6,9	10	10	—	—	640,20	128,04	9000	39	6	1
12	Kreuznach-Simmern	97	7	2	143	150	30	+ 4,9	9,7	10	5	—	—	454,30	60,20	5200	24	6	1
13	Mayen-Ahrweiler	57	11	4	262	189	14	— 27,8	9,2	10	10	—	—	428,10	88,40	15000	22	12	3
14	Schleiden-Malmedy	Daten über Rheinprovinz																	
15	Heinsberg-Geilenk.																		
16	Adenau-Cochem	1008	9	—	—	88	1	+ 38,0	2,6	10	5	—	—	246,80	73,74	58000	14	—	—
17	Daun-Prüm-Bitburg																		
18	Wittlich-Bernkastel																		
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
19	Trier	140	5	1	119	128	8	+ 7,5	9,5	10	10	—	—	300,30	58,—	7000	10	5	1
20	Fürstentum Birkenfeld	73	4	2	374	401	39	+ 7,2	—	10	10	—	—	1196,50	237,50	12000	10	7	—
	Summa	2386	175	75	14781	15001	1607	+ 1,4	17,6	—	—	—	—	49835,10	7664,60	1312575	704	186	27
	Niederrhein.																		
1	Lennep-Mettmann	442	19	17	4217	3971	675	— 5,5	15,0	—	—	40	30	11765,95	3701,10	415200	122	62	9
2	Elberfeld-Barmen	2	2	2	6501	6923	984	+ 6,4	20,5	—	—	40	30	19257,35	4150,—	588380	158	8	4
3	Solingen	23	22	22	4458	4235	899	— 5,0	17,2	—	—	40	15	13560,37	2714,05	185000	197	72	2
4	Düsseldorf	44	22	—	7116	7388	1495	+ 3,8	20,1	—	—	50	15	25933,55	5185,42	545000	338	37	8
5	Essen	22	28	28	4892	5139	1238	+ 5,0	12,6	—	—	50	30	17363,40	3208,24	448800	448	22	6
6	Mülheim-Ruhr, Duisburg	11	9	9	4464	4565	785	+ 2,2	13,3	—	—	50	30	15444,45	2961,30	356000	168	25	6
7	Moers-Rees	110	17	11	862	894	186	+ 3,7	16,7	10	—	—	15	2148,10	429,62	71300	97	9	1
8	Cleve-Geldern	36	4	1	100	95	5	— 5,0	9,7	10	—	—	15	304,25	76,77	18000	7	3	—
9	Kempen	21	8	1	331	244	4	— 26,2	8,6	10	—	—	15	899,80	179,99	50000	12	6	—
10	M.-Gladbach	14	8	3	652	789	70	+ 21,0	13,4	10	—	—	15	2213,—	430,98	81000	19	10	1
11	Krefeld	10	4	—	1652	1677	251	+ 1,5	16,5	10	—	—	15	4818,75	963,75	155000	8	4	2
12	Neuß-Grevenbroich	128	12	6	677	668	109	— 1,3	17,2	10	—	—	30	1650,30	360,58	38000	28	9	3
13	Hagen-Schwelm	37	27	—	3946	3635	501	— 7,8	15,6	—	—	40	15	10598,18	2121,56	260000	222	49	5
14	Altena-Iserlohn	121	15	13	1064	1167	158	+ 9,6	6,6	10	—	—	30	3562,70	882,32	137100	96	33	5
	Summa	1021	197	113	40932	41390	6860	+ 1,1	15,5	—	—	—	—	129520,15	27365,68	3348780	1920	349	52
	Saargebiet.																		
1	Saarburg-Merzig	400	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	Saarbrücken	—	8	1	596	642	82	+ 7,7	15,4	10	5	—	—	1277,60	341,92	600	39	5	1
3	Ottweiler-St. Wendel	193	9	4	153	135	11	— 11,7	8,3	10	5	—	—	425,75	101,35	4000	16	6	—
	Summa	593	17	5	749	777	93	+ 3,7	11,2	—	—	—	—	1703,35	443,27	4600	55	11	1
	Nordbayern.																		
1	Amberg	188	20	6	265	299	3	+ 12,8	13,0	—	—	30	20	227,92	105,—	26300	21	18	—
2	Neumarkt	241	9	3	120	105	4	— 12,5	15,6	—	—	30	20	82,81	38,22	10600	26	7	—
3	Neustadt a. W.	227	16	9	526	537	38	+ 2,0	21,9	—	—	30	20	457,72	207,96	43200	58	26	3
4	Hof	240	39	29	2892	3047	612	+ 5,3	20,6	—	—	30	20	4761,51	1279,10	144750	96	74	8
5	Bayreuth	151	72	36	2699	2690	98	— 0,3	24,5	—	—	30	20	5110,56	1328,58	72000	98	46	4
6	Forchheim	250	37	11	1055	937	50	— 11,1	19,6	—	—	30	20	993,64	453,38	27500	89	23	2
7	Neuburg v. W.	242	7	3	37	20	—	— 45,9	1,6	—	—	30	20	16,51	7,62	6500	10	2	—

Lfd. Nummer	Organisationen	Ortschaft im Kreise: insgesamt	Ortschaft im Kreise: mit Mitgliedern	Zahl der Ortsvereine	Mitglieder insgesamt: am 30. Juni 1912	Mitglieder insgesamt: am 31. März 1913	Mitglieder insgesamt: darunter weiblich	Zunahme oder Abnahme Proz.	Zahl der Mitglieder pro 100 Einwohner Stimmen	Höhe der Beiträge p. Woche: männl.	Höhe der Beiträge p. Woche: weibl.	Höhe der Beiträge p. Monat: männl.	Höhe der Beiträge p. Monat: weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913: an Mitgl.-Beitr. eingenommen Mk.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913: an die Hauptkasse abgeführt Mk.	Zahl der Flugbl., Broschüren und Kalender, die im Jahre verbreitet wurden	Zahl der Versammlungen: Mitgl.	Zahl der Versammlungen: öffentl.	Zahl der Versammlungen: Frauen
8	Kronach	206	49	28	796	958	12	+ 20,3	14,4	—	—	30	20	1599,83	381,52	34500	222	57	1
9	Bamberg	250	18	18	1179	880	18	— 29,6	16,5	—	—	30	20	1807,72	496,36	28200	187	24	1
10	Nürnberg	45	23	1	20218	20551	1991	+ 1,6	48,2	—	—	35	25	58475,20	11579,79	230000	227	58	21
11	Erlangen-Fürth	397	112	37	6105	6036	398	— 1,1	33,2	—	—	30	20	10974,21	2904,18	111500	209	54	12
12	Ansbach-Schwabach	400	40	14	2047	1909	114	— 6,7	28,7	—	—	30	20	3257,20	994,90	35000	64	40	5
13	Eichstätt	233	8	4	209	209	6	—	11,4	—	—	30	20	385,29	103,06	12050	26	3	—
14	Dinkelsbühl	175	6	4	333	274	10	— 17,7	18,6	—	—	30	20	714,90	145,56	10200	18	4	—
15	Rothenburg o. T.	255	14	6	302	217	3	— 28,1	7,4	—	—	30	20	250,51	115,48	14600	44	15	—
16	Kitzingen	185	14	10	313	313	1	—	13,7	—	—	30	20	401,19	104,66	20450	66	14	—
17	Neustadt a. S.	255	15	9	255	274	—	+ 7,4	10,7	—	—	30	—	518,40	93,30	9500	64	14	—
18	Schweinfurt	208	14	12	1513	1732	180	+ 14,4	30,8	—	—	30	20	3818,60	745,94	62040	67	37	1
19	Würzburg	47	25	19	2463	2436	236	— 10,9	34,0	—	—	30	20	4038,02	1116,58	58200	136	35	1
20	Aschaffenburg	154	35	32	1079	1125	78	+ 4,2	16,0	—	—	35	25	2251,67	454,58	48000	158	46	2
21	Lohr a. M.	158	13	7	267	225	—	— 15,7	9,2	—	—	30	—	313,26	81,72	10700	47	16	—
	Summa	4507	586	298	44673	44724	3802	+ 0,1	29,9	—	—	—	—	100456,67	22736,49	1015770	1933	610	61
	München.																		
1	München I	108	25	18	18456	18348	2124	— 0,5	26,9	—	—	40	20	54741,20	10948,24	236600	326	86	71
2	„ II																		
	Summa	108	25	18	18456	18348	2124	— 0,5	26,9	—	—	40	20	54741,20	10948,24	236600	326	86	71
	Südbayern.																		
1	Aichach	250	17	3	967	988	48	+ 2,1	26,1	—	—	30	20	2325,70	623,50	49800	80	9	4
2	Ingolstadt	192	10	3	336	364	18	+ 8,3	16,9	—	—	30	20	776,50	202,50	37250	47	4	2
3	Wasserburg	174	9	3	155	156	3	+ 0,7	11,0	—	—	30	20	178,50	59,14	17220	10	4	1
4	Weilheim	207	21	9	1101	1020	18	— 7,3	26,8	10	—	30	20	1840,10	521,38	49900	104	13	2
5	Rosenheim	156	42	24	1747	1496	106	— 14,3	21,9	—	—	30	20	2994,80	768,52	81600	227	25	4
6	Traunstein	166	18	7	440	424	15	— 3,6	14,5	—	—	30	20	900,20	232,64	44000	59	8	3
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18

		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
7	Landshut	134	9	3	571	515	10	— 9,8	27,5	—	—	30	20	1266,40	323,58	28800	33	5	1
8	Straubing	178	8	32	220	253	—	+ 15,0	12,8	—	—	30	—	440,40	111,48	22950	12	1	1
9	Passau	147	6	2	175	143	—	— 18,2	5,7	—	—	30	—	328,50	71,88	28780	29	2	1
10	Pfarrkirchen	143	21	6	108	91	4	— 15,7	7,5	—	—	30	20	195,70	53,04	12600	20	2	1
11	Deggendorf	148	17	5	101	115	—	+ 13,8	5,8	—	—	30	—	226,50	56,28	17800	25	2	1
12	Kelheim	208	12	3	21	11	—	— 47,6	1,4	—	—	30	—	34,80	10,62	8600	6	1	—
13	Augsburg	112	8	6	2162	2164	237	+ 0,09	19,9	10	5	—	—	7137,50	1639,58	25000	3	16	2
14	Donauwörth	231	9	2	135	135	—	—	9,4	—	—	30	—	252,—	67,20	16000	32	6	1
15	Dillingen	187	12	5	169	108	4	— 36,1	10,2	—	—	30	20	191,40	49,64	9600	63	7	—
16	Illertissen	206	16	3	310	316	19	+ 1,9	11,1	—	—	30	20	672,70	187,32	23200	56	10	2
17	Kaufbeuren	178	11	7	261	214	—	— 18,0	10,6	—	—	30	20	219,—	77,40	23900	57	7	2
18	Immenstadt	96	18	4	792	806	62	+ 1,7	22,4	—	—	30	20	1950,50	495,58	36600	61	9	2
19	Regensburg	202	21	7	809	758	55	— 6,3	17,2	—	—	30	20	1609,80	473,94	33400	71	8	2
	Summa	3315	285	134	10580	10077	599	— 4,7	17,5	—	—	—	—	28541,—	6025,22	567000	995	139	32
	Pfalz.																		
1	Speyer-Ludwigshafen	72	52	41	6342	6249	564	— 1,4	28,6	—	—	30	20	21013,60	3946,10	190000	303	69	4
2	Landau	90	37	25	1784	1690	111	— 2,5	20,0	—	—	30	20	5338,25	1066,32	100000	206	39	4
3	Germersheim	187	31	13	376	439	18	+ 16,7	16,2	—	—	30	20	1177,65	286,34	73000	87	16	3
4	Zweibrücken	137	30	23	1768	1478	180	— 16,4	17,2	—	—	30	20	3201,30	833,68	123000	170	45	5
5	Homburg	181	25	14	371	513	20	+ 38,2	14,1	—	—	30	20	1074,40	278,70	96000	91	44	3
6	Kaiserslautern	139	28	20	1265	1178	75	— 6,9	10,4	—	—	30	20	3031,95	701,96	108000	171	75	3
	Summa	806	203	136	11856	11547	968	+ 2,6	20,4	—	—	—	—	34837,15	7063,10	690000	1028	288	22
	Dresden.																		
1	Zittau	72	58	37	1877	1949	155	+ 3,8	15,1	10	5	—	—	6146,40	1229,28	60000	217	27	2
2	Löbau	132	69	31	2060	2238	161	+ 8,6	18,1	10	5	—	—	6951,05	1390,21	117500	244	34	—
3	Bautzen	556	68	15	1375	1549	59	+ 12,6	13,5	10	—	—	25	5165,30	1033,06	116000	132	20	7
4	Dresden, rechts	117	117	12	13061	13487	1183	+ 3,2	43,2	10	—	40	30	51812,30	10360,—	312800	122	47	7
5	„ links	1	1	—	5810	5961	566	+ 2,6	25,8	10	—	—	30	21050,—	4600,—	300000	95	2	1
6	„ Land	200	160	21	18606	19981	2610	+ 6,9	50,0	10	—	—	30	68033,60	14000,—	464700	233	97	29
7	Meißen	370	178	21	6413	6539	901	+ 1,9	38,1	10	5	—	—	20360,20	4080,—	180800	160	36	1
8	Pirna	218	146	16	5356	5882	537	+ 9,8	34,3	10	—	—	25	19401,10	3882,18	139800	199	58	4
9	Freiberg	95	20	20	1327	1688	142	+ 27,2	15,2	10	—	—	10	5040,30	1006,06	125000	125	15	2
	Summa	1761	817	173	55885	59274	6314	+ 6,0	33,5	—	—	—	—	203960,25	41580,79	1816600	1527	336	53

Lfd. Nummer	Organisationen	Ortschaft. im Kreise insgesamt	Ortschaft. im Kreise mit Mitgliedern	Zahl der Ortsvereine	Mitglieder insgesamt am 30. Juni 1912	Mitglieder insgesamt am 31. März 1913	Mitglieder insgesamt darunter weiblich	Zunahme oder Abnahme Proz.	Zahl der Mitglieder pro 100 Einwohner	Höhe der Beiträge p. Woche männl.	Höhe der Beiträge p. Woche weibl.	Höhe der Beiträge p. Monat männl.	Höhe der Beiträge p. Monat weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 an Mitgl.-Beitr. eingenommen Mk.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 an die Hauptkasse abgeführt Mk.	Zahl der Flugbl., Broschüren und Kalender, die im Jahre verbreitet wurden	Zahl der Versammlungen Mitgl.	Zahl der Versammlungen öffentl.	Zahl der Versammlungen Frauen
	Chemnitz.																		
1	Roßwein-Döbeln	338	119	16	3367	3498	704	+ 3,8	28,8	10	5	—	—	11271,70	2254,34	95800	199	39	16
2	Mittweida	104	81	39	4580	4779	374	+ 4,3	22,4	10	5	—	—	17197,05	3439,41	54000	233	82	7
3	Chemnitz	31	30	30	15722	16408	2201	+ 4,3	39,0	10	5	—	—	54653,80	12000,—	315000	271	62	12
4	Glauchau-Meerane	80	58	32	3686	3792	603	+ 2,8	19,6	10	5	—	—	13875,75	2755,79	90000	249	42	7
5	Stollberg-Schneeberg	72	63	43	4316	4176	567	— 3,2	18,7	10	5	—	—	15116,10	3023,22	46000	334	75	13
6	Zschopau	89	42	35	1940	2017	108	+ 3,9	14,1	10	—	—	20	6892,85	1124,88	38850	253	39	8
7	Annaberg	70	44	40	2517	2376	73	— 5,6	14,7	10	—	—	20	8348,60	1579,10	83000	294	42	3
	Summa	779	437	235	36128	37046	4630	+ 2,2	24,7	—	—	—	—	127350,85	26176,24	722650	1883	381	61
	Leipzig.																		
1	Oschatz	364	—	25	2540	2530	499	— 0,3	22,5	10	5	—	—	8228,15	1846,23	148900	136	44	14
2	Leipzig, Stadt	1	1	1	4212	4352	532	+ 3,3	24,8	10	—	—	30	15206,70	3041,34	37500	3	30	2
3	„ Land	158	152	58	32219	33941	5467	+ 5,3	44,3	10	5	—	—	108128,—	30000,—	1112600	549	131	28
4	Borna	316	95	22	2200	2500	400	+ 13,6	21,6	10	5	—	—	6959,40	1391,88	132900	145	48	13
	Summa	889	248	106	41171	43323	6898	+ 5,2	37,0	—	—	—	—	138522,25	85779,45	1431900	833	253	57
	Zwickau.																		
1	Zwickau	95	58	33	6534	6658	1528	+ 1,8	23,9	10	—	—	15	20828,45	4084,51	191850	292	81	46
2	Reichenbach	188	54	17	4091	4247	858	+ 3,8	19,9	10	—	—	15	11119,40	2213,94	170100	127	49	22
3	Plauen	181	57	30	6841	7365	940	+ 7,6	35,3	10	—	—	15	19738,50	3947,60	19000	191	32	21
	Summa	464	169	80	17466	18270	3326	+ 1,6	26,1	—	—	—	—	51186,35	10246,05	374950	610	162	89
	Württemberg.																		
1	Stuttgart	26	26	26	11900	12831	1167	+ 7,8	40,3	10	5	30	15/20	20767,66	10342,20	720000	177	159	29
2	Cannstatt	99	54	54	6418	7281	560	+ 13,4	35,5	10	5	30	15	12014,35	3967,95	236000	—	180	10
3	Besigheim	100	37	31	3203	3288	471	+ 2,6	26,4	10	5	30	15	5237,47	1180,17	198800	278	189	6
4	Böblingen	102	45	38	1750	1939	75	+ 10,8	21,6	10	5	30	15	3126,34	892,98	75700	238	198	3
		1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*	*8*	*9*	*10*	*11*	*12*	*13*	*14*	*15*	*16*	*17*	*18*
5	Eßlingen	124	51	46	3299	3632	268	+ 10,1	23,4	10	5	30/40	15	7240,94	2383,11	95000	393	272	7
6	Reutlingen	85	36	25	1222	1410	110	+ 15,4	19,4	10	—	30	15	2025,67	801,85	180000	238	205	3
7	Calw-Nagold	114	31	26	876	1054	4	+ 20,3	16,8	10	5	30	15	2833,20	487,51	63000	—	173	—
8	Freudenstadt	144	20	16	406	569	29	+ 40,1	9,2	10	5	30	15	966,34	406,95	138800	—	145	2
9	Balingen	109	24	16	1464	1493	65	+ 1,9	17,0	—	—	30	15	2383,90	715,17	80000	119	158	1
10	Göppingen-Gmünd	132	35	35	2580	2379	339	— 7,7	19,9	10	5	30	15	3978,89	448,55	250800	337	313	13
11	Backnang-Schwäb.-Hall	128	13	13	437	476	10	+ 8,9	9,9	10	5	30/40	—	791,48	266,72	100000	116	181	2
12	Crailsheim-Künzelsau	164	7	5	86	66	—	— 23,2	2,1	—	—	30	—	97,—	17,22	—	30	6	1
13	Aalen-Ellwangen	102	4	3	277	260	3	— 6,1	0,7	10	—	30	15	410,—	170,17	24000	26	24	—
14	Ulm-Geislingen	131	18	15	1716	1676	144	— 2,3	17,7	10	5	30	15/30	3058,53	1356,30	172000	178	119	10
15	Blaubeuren	168	12	5	127	143	—	+ 12,6	9,9	10	—	30	—	268,74	114,06	71000	40	72	—
16	Biberach-Leutkirch	135	6	4	123	149	1	+ 21,1	15,1	10	5	30	—	261,18	86,02	50500	37	10	—
17	Ravensburg	150	4	4	232	200	18	— 13,8	12,4	10	5	—	—	393,87	156,09	58600	33	17	—
18	Hohenzollern	127	1	1	34	10	—	— 70,6	1,8	10	—	—	—	71,80	15,52	5000	12	4	—
	Summa	2140	424	363	36150	38856	3264	+ 7,4	25,2	—	—	—	—	65926,86	23808,54	2519200	2292	2425	87
	Baden.																		
1	Konstanz-Ueberlingen	176	14	13	853	769	66	— 9,8	24,2	10	5	—	—	1327,07	512,81	—	111	17	5
2	Bonndorf-Donauesching.	175	14	9	535	616	24	+ 15,1	15,6	10	5	—	—	1396,48	400,37	50	68	26	3
3	Neustadt-Schopfheim	220	24	17	477	594	80	+ 24,5	10,6	10	5	—	—	1163,66	338,42	2000	145	26	8
4	Breisach-Lörrach	129	15	15	590	536	35	— 8,4	10,7	10	5	—	—	1164,58	426,50	4000	—	6	1
5	Freiburg-Waldkirch	106	12	7	933	994	244	+ 6,5	14,0	10	5	—	—	1592,94	461,47	500	66	11	2
6	Ettenheim-Lahr	82	19	12	455	416	30	— 8,5	12,0	10	5	—	—	956,21	275,11	—	70	12	1
7	Kehl-Offenburg	87	23	12	603	540	43	— 10,4	14,5	10	5	—	—	1225,17	352,48	24000	—	15	3
8	Achern-Baden	110	19	13	593	563	68	— 5,0	10,7	10	5	—	—	1223,97	470,56	—	80	15	1
9	Durlach-Pforzheim	91	43	39	3342	3222	208	— 3,5	16,5	10	5	—	—	7106,29	2037,78	—	160	40	4
10	Karlsruhe-Bruchsal	44	20	21	2527	2488	261	— 3,5	15,1	10	5	—	—	5869,22	1690,28	20000	142	27	3
11	Mannheim	34	32	29	8237	8863	985	+ 7,6	28,1	10	5	—	—	17977,87	3977,48	70000	330	87	15
12	Heidelberg	104	20	16	1442	1320	75	— 8,4	16,2	10	5	—	—	3090,08	893,18	3000	145	50	5
13	Bretten-Eppingen	102	14	13	363	379	—	+ 4,4	8,4	10	—	—	—	814,10	248,42	—	120	25	—
14	Adelsheim-Buchen	173	5	3	67	61	—	— 8,9	4,4	10	5	—	—	114,58	—,24	—	—	—	—
	Summa	1633	274	219	21017	21311	2119	+ 1,4	18,1	—	—	—	—	45022,22	12085,10	123550	1437	357	51
	Hessen.																		
1	Gießen-Nidda	139	32	26	1070	1009	48	— 5,7	12,7	—	—	30	15	2486,40	497,28	87765	156	16	1
2	Friedberg-Büdingen	112	70	65	2817	2724	209	— 3,3	29,3	—	—	30	15	4974,90	1296,30	33000	344	18	—

Lfd. Nummer	Organisationen	Ortschaft. im Kreise insgesamt	Ortschaft. im Kreise mit Mitgliedern	Zahl der Ortsvereine	Mitglieder insgesamt am 30. Juni 1912	Mitglieder insgesamt am 31. März 1913	Mitglieder insgesamt darunter weiblich	Zunahme oder Abnahme Proz.	Zahl der Mitglieder pro 100 Einw. Stimmen	Höhe der Beiträge p. Woche männl.	Höhe der Beiträge p. Woche weibl.	Höhe der Beiträge p. Monat männl.	Höhe der Beiträge p. Monat weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 an Mitgl.-Beitr. eingenommen Mk.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 an die Hauptkasse abgeführt Mk.	Zahl der Flugbl., Broschüren und Kalender, die im Jahre verbreitet wurden	Zahl der Versammlungen Mitgl.	Zahl der Versammlungen öffentl.	Zahl der Versammlungen Frauen
3	Alsfeld-Lauterbach	168	5	5	99	178	11	+79,8	5,8	—	—	30	15	240,—	90,—	10500	33	12	—
4	Darmstadt-Gr. Gerau	48	43	38	3305	3507	142	+ 6,1	19,1	—	—	30	15	7917,75	1578,69	72000	328	46	6
5	Offenbach-Dieburg	102	67	63	7600	8313	860	+ 9,3	33,6	—	—	40	20	16811,73	5411,52	181500	450	240	34
6	Erbach-Bentheim	182	62	34	1001	1011	38	+ 0,9	11,8	—	—	30	15	1330,60	400,62	40500	265	49	—
7	Worms-Heppenheim	66	17	14	1198	1242	134	+ 3,6	18,6	—	—	30	15	1673,—	484,52	68000	83	18	4
8	Bingen-Alzey	96	20	9	543	514	42	— 5,3	22,2	—	—	30	15	550,—	124,—	34000	64	26	2
9	Mainz-Oppenheim	43	26	21	2862	2949	370	+ 3,0	17,0	—	—	30/40	15/20	4620,—	1155,—	108000	92	74	6
	Summa	956	342	275	20495	21447	1854	+ 4,6	21,8	—	—	—	—	40604,38	11037,93	585265	1810	499	53
	Mecklenburg.																		
1	Hagenow-Grevesmühlen	10	13	12	835	835	67	—	13,6	—	—	30	15	965,30	255,57	18000	77	12	8
2	Schwerin	420	12	8	2627	1990	291	—24,2	16,7	—	—	30	15	4827,75	318,72	89600	44	19	5
3	Parchim-Ludwigslust	452	30	14	855	870	40	+ 1,7	13,1	—	—	30	15	1003,05	95,—	14000	168	54	12
4	Malchin-Waren	282	10	10	667	615	72	— 7,7	11,5	—	—	30	15	1269,05	82,56	8000	82	7	—
5	Rostock-Doberan	345	37	10	3511	3425	497	— 2,4	23,3	—	—	30	15	5632,09	—	53000	52	17	1
6	Gülstrow-Ribnitz	448	12	9	886	1029	65	+16,1	18,4	—	—	30	15	2344,05	293,13	24900	56	12	8
7	Mecklenburg-Strelitz	509	12	12	686	627	61	— 8,6	9,6	—	—	30	15	1055,35	—	35500	—	—	—
	Summa	2466	126	75	10067	9391	1093	— 6,7	16,5	—	—	—	—	17096,64	1044,98	243000	479	121	34
	Thüringen I.																		
1	Weimar I	166	32	20	1969	1966	294	— 0,1	13,8	—	5	30	—	3860,—	717,16	67000	103	17	3
2	„ II (Eisenach-D.)	136	29	26	1588	1765	285	+11,1	16,6	—	—	30	15	2297,20	864,66	47800	231	86	12
3	Schwarzburg-Rudolstadt	174	69	46	2331	2756	520	+18,2	27,1	—	—	20/30	20	4778,30	486,20	44000	382	77	17
4	„ -Sondershausen	95	—	27	1447	1596	116	+10,3	19,9	—	—	30	15	2198,97	424,92	60750	215	54	6
5	Coburg	129	18	14	669	652	18	— 2,5	10,5	—	—	30	20	962,80	426,69	66000	127	51	2
	Summa	700	148	133	8004	8735	1233	+ 9,1	17,7	—	—	—	—	14097,27	2919,63	285550	1058	285	40
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18

		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
	Thüringen II.																		
1	Reuß ä. L.	72	42	19	1707	1909	247	+11,8	22,3	—	—	30	15	4396,—	881,64	178000	84	49	2
2	Reuß j. L.	167	40	38	6001	6136	1036	+ 2,2	36,0	—	—	30	15	12265,65	4274,34	113500	187	67	14
3	Weimar III (Reuß.-Jena)	336	66	26	3694	3755	510	+ 1,6	29,5	10	5	—	—	7967,60	2275,60	125000	188	47	1
	Summa	575	148	83	11402	11800	1793	+ 3,4	30,8	—	—	—	—	24629,25	7431,58	411500	459	163	17
1	**Altenburg**	472	97	40	6719	6344	768	— 5,4	29,6	—	—	40	20	17611,85	3522,37	313600	330	80	35
1	**Gotha**	161	56	55	2795	2926	157	+ 4,6	14,4	—	—	30	20	3762,—	740,40	80000	511	113	3
	Oldenburg.																		
1	Oldenburg, Stadt	25	6	6	1528	1524	448	— 0,2	14,9	10	5	—	—	3922,70	893,83	17000	54	4	2
2	Varel	367	24	17	4825	4916	862	+ 1,8	37,7	10	5	—	—	9128,81	2685,89	35000	168	18	4
3	Delmenhorst	37	12	9	1325	1325	94	—	37,3	10	5	—	—	2949,60	569,92	22500	65	6	2
4	Leer-Emden	141	9	5	685	599	49	—12,5	13,1	10	5	—	—	1599,—	281,76	22000	76	11	1
5	Aurich-Wittmund	175	5	3	447	377	59	—15,6	14,0	10	5	—	—	—	226,36	11000	24	4	—
	Summa	745	56	40	8810	8741	1512	— 0,7	25,6	—	—	—	—	17600,11	4657,76	107500	387	43	9
	Braunschweig.																		
1	Braunschweig, Stadt	117	49	37	9390	9927	1681	+ 5,7	38,2	—	—	30	15	15231,20	5187,71	44075	172	60	—
2	Helmstedt	192	18	12	1284	1161	127	— 9,2	11,6	—	—	40	15	3218,65	820,92	—	60	31	3
3	Holzminden	152	59	31	1168	1155	110	— 1,1	9,3	—	—	30	15	2657,40	531,48	75200	165	52	11
	Summa	461	126	80	11842	12243	1918	+ 3,3	25,4	—	—	—	—	21107,25	6540,11	119275	397	143	14
	Sachsen-Meiningen.																		
1	Meiningen-Hildburgh.	231	26	23	658	880	51	+26,1	8,4	—	—	30	15	2274,30	477,48	33000	12	13	—
2	Sonneberg-Saalfeld	203	55	39	2295	2158	200	— 5,9	12,9	—	—	30	15	2222,76	1479,15	82000	—	25	3
	Summa	434	81	62	2953	2988	251	+ 1,1	11,3	—	—	—	—	4497,06	1956,63	115000	12	38	3

Lfd. Nummer	Organisationen	Ortschaft. im Kreise insgesamt	Ortschaft. im Kreise mit Mitgliedern	Zahl der Ortsvereine	Mitglieder insgesamt am 30. Juni 1912	Mitglieder insgesamt am 31. März 1913	Mitglieder insgesamt darunter weiblich	Zunahme oder Abnahme Proz.	Zahl der Mitglieder pro 100 lok. Einwohner	Höhe der Beiträge p. Woche männl.	Höhe der Beiträge p. Woche weibl.	Höhe der Beiträge p. Monat männl.	Höhe der Beiträge p. Monat weibl.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 an Mitgl.-Beitr. eingenommen Mk.	Die Kreisorganisation hat vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 an die Hauptkasse abgeführt Mk.	Zahl der Flugbl. Broschüren und Kalender, die im Jahre verbreitet wurden	Zahl der Versammlungen Mitgl.	Zahl der Versammlungen öffentl.	Zahl der Versammlungen Frauen
	Anhalt.																		
1	Dessau-Zerbst	176	44	7	5335	5768	1864	+ 8,1	37,8	—	—	30	15	12276,80	2443,08	109000	109	41	10
2	Bernburg-Ballenstedt	161	49	15	3929	4350	1293	+10,7	27,1	—	—	30	15	6023,40	1180,41	78000	160	28	14
	Summa	337	93	22	9264	10118	3157	+ 9,2	32,1	—	—	—	—	18299,70	3623,49	187000	269	69	24
	Hamburg.																		
1	Hamburg I	—	—	—	8412	8005	947	— 3,6	38,8	—	—	40	15	24974,50	13000,—	310700	16	6	2
2	„ II	—	—	—	9905	9359	1185	— 5,5	35,6	—	—	40	15	27874,70	13000,—	304000	18	6	2
3	„ III	37	22	—	42582	44459	7208	+ 4,5	48,6	—	—	40	15	136524,75	60000,—	1454330	165	151	93
	Summa	37	22	—	60849	61823	9385	+ 1,6	44,6	—	—	—	—	189373,95	86000,—	2069030	199	163	37
	Nordwest.																		
1	Bremen	16	12	1	13357	13855	2418	+ 3,7	38,6	—	—	50	20	52911,15	9607,24	100000	13	14	2
2	Verden-Hoya	222	16	11	1751	1926	269	+ 9,9	35,2	10	5	—	—	5970,05	2476,61	25000	72	18	5
3	Harburg	301	32	10	7270	7585	1293	+ 4,3	39,4	—	—	40	15	16127,75	4686,15	156000	169	19	5
4	Stade-Bremervörde	258	60	16	3500	3508	618	+ 0,2	40,8	—	—	40	15	9527,85	1900,83	91000	93	30	15
5	Geestemünde-Neuhaus	112	18	15	5340	6671	1450	+24,9	48,4	—	—	30/40	15	16885,45	3367,09	98000	97	24	8
	Summa	909	138	53	31218	33545	6048	+ 7,4	40,4	—	—	—	—	101372,25	22037,92	470000	444	105	30
1	**Lübeck**	53	22	9	5446	5801	720	+ 6,5	43,4	10	—	—	15	17002,85	3413,30	79000	67	26	6
	Elsaß-Lothringen.																		
1	Colmar	61	17	11	427	421	27	— 1,4	6,8	—	—	30	20	979,—	195,88	27000	58	25	—
2	Rappoltsweiler	32	4	4	412	400	10	— 2,9	12,6	—	—	30	15	928,20	300,27	10000	28	14	—
3	Schlettstadt	63	4	7	232	286	11	+23,2	7,0	—	—	30	15	533,70	105,72	140000	67	54	3
		1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*	*7*	*8*	*9*	*10*	*11*	*12*	*13*	*14*	*15*	*16*	*17*	*18*
4	Erstein-Molsheim	132	14	12	305	268	8	—12,1	3,6	—	—	30	15	596,41	103,89	20000	92	8	—
5	Straßburg, Stadt	7	8	—	1253	1170	70	— 6,6	7,1	—	—	30	15	3064,50	612,90	38000	45	15	1
6	„ Land	101	14	11	638	627	23	— 1,7	7,9	—	—	30	20	939,30	288,24	30000	35	15	2
7	Zabern	134	5	3	129	92	—	—28,6	2,6	—	—	30	—	126,90	25,38	15800	9	10	—
8	Hagenau-Weißenburg	141	2	3	126	150	12	+19,0	4,2	—	—	30	15	230,02	59,95	18400	—	8	—
9	Salzburg-Saarburg	250	3	1	37	28	2	—24,3	0,8	—	—	30	20	40,40	5,07	15000	10	—	—
10	Altkirch-Thann	168	9	8	120	128	—	+ 6,6	2,2	—	—	30	—	280,01	50,46	1000	50	20	—
11	Mülhausen i. E.	76	31	29	1645	1604	231	— 2,5	7,9	—	—	30	15	4844,—	717,46	146000	256	67	15
12	Gebweiler	45	6	4	207	190	12	— 8,2	4,0	—	—	30	15	410,10	82,02	10000	39	25	—
13	Diedenhofen-Bolchen	382	12	4	236	143	3	—39,4	2,0	—	—	30	15	213,—	42,60	28400	26	14	—
14	Metz	152	12	7	397	385	15	— 3,0	3,4	—	—	30	15	712,45	60,—	28000	52	5	—
15	Saargemünd-Forbach	250	15	8	332	337	21	+ 1,5	5,3	—	—	30	15	626,20	150,33	89000	20	11	—
	Summa	1994	156	112	6496	6229	445	— 4,1	5,6	—	—	—	—	14474,19	2800,17	566600	787	291	21
	P. P. S.	—	55	—	2060	2163	—	+ 5,0	—	—	—	—	—	1331,78	665,80	119000	697	39	3

Sonstige Beiträge.

Ort oder sonstige Bezeichnung	Vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913 Mk.
Altona f. Binnenschiffer	49,10
Antwerpen, Deutsch. Arb.-V.	40,—
Argentinien, Hennig	60,—
Barcelona	1,—
Berlin, Diverse	3546,—
Berlin f. Binnenschiffer	78,40
Bern	450,—
Breslau Ost u. West, Wahlzuschuß zurückgezahlt	2000,—
Britz	320,—
Charlottenburg	275,—
Dresden f. Binnenschiffer	10,—
Falkenberg O.-Schl., A. L.	42,—
Hamburg	15150,—
Hamburg f. Binnenschiffer	330,80
Kattowitz f. Binnenschiffer	141,15
Kaulsdorf, A. B. C.	10,—
Köln a. Rh., Reg. B.	180,—
Köln a. Rh. f. Binnenschiff.	446,70
Lichtenberg	20,—
Luckenwalde	3,—
Lübeck f. Binnenschiffer	12,—
Lyck	30,—
Magdeburg f. Binnenschiffer	24,—
Müllrose, Heilstätte	2,—
München	25,—
Neukölln	4,30
Posen f. Binnenschiffer	6,60
Rotes Schloß	2000,—
Schlachtensee, Meske	140,—
Schöneberg	10,—
Spandau f. Binnenschiffer	7,60
Steglitz	10,—
Stettin f. Binnenschiffer	113,20
Sidney	3,55
Toluco, Mexiko	145,80
Von der Reichstagsfraktion	19000,—
Wilmersdorf	50,—

Bericht
über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Zweiter Abschnitt der 1. Session der 13. Legislaturperiode 1912/13.

Inhalts-Uebersicht.

Seite

Einleitung . . . 75

Die Zusammensetzung des Reichstags . . . 76
I. Die sozialdemokratische Fraktion . . . 76
II. Die Präsidentenwahl . . . 76
III. Wahlprüfungen . . . 77
1. Allgemeines . . . 77
2. Einzelne Wahlprüfungen . . . 77
3. Einheitliche Wahlurnen . . . 80

Die Etatsberatung . . . 80
I. Reichshaushaltsetat für 1913 . . . 80
II. Die erste Lesung des Etats . . . 82
1. Die auswärtige Politik . . . 82
2. Die innere Politik . . . 84
3. Etatsnotgesetz . . . 86
III. Die zweite Lesung des Etats . . . 86
1. Reichsamt des Innern . . . 86
a) Generaldiskussion . . . 86
b) Resolutionen . . . 88
c) Allgemeine Fonds . . . 89
Seefischerei 89 — Seemannsheime 89 — Reblauskrankheit 89 — Zentralstelle für Volkswohlfahrt 90 — Reichsversicherungsordnung 90 — Reservistenunterstützung 91 — Aufwendungen für Handel und Gewerbe 91 — Arbeitsnachweise 91.
d) Reichsschuldkommission . . . 92
e) Kaligesetz . . . 92
f) Seeunfälle . . . 93
g) Statistisches Amt . . . 93
h) Reichsgesundheitsamt . . . 93
i) Reichsversicherungsamt . . . 94
k) Privatversicherung . . . 95
l) Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit . . . 95
m) Bekämpfung der Tuberkulose . . . 95
n) Wohnungsfürsorge . . . 95
2. Reichsjustizverwaltung . . . 96
3. Postverwaltung . . . 97
a) Generaldiskussion . . . 97
b) Einzelberatung . . . 99
c) Denkschrift . . . 99
4. Reichseisenbahnamt . . . 100
5. Reichseisenbahnen . . . 101

Seite

6. Marine . . . 102
a) Generaldiskussion . . . 102
b) Einzelberatung . . . 102
7. Kolonialamt . . . 103
a) Generaldiskussion . . . 103
b) Einzelberatung . . . 104
8. Reichstag . . . 105
9. Auswärtiges Amt . . . 105
10. Reichskanzler . . . 106
11. Rechnungshof . . . 107
12. Allgemeiner Pensionsfonds . . . 108
13. Heeresverwaltung . . . 108
a) Generaldiskussion . . . 108
b) Der Fall Krupp . . . 109
c) Abstimmungen . . . 110
d) Einzelberatung . . . 110
e) Einsetzung einer Untersuchungskommission . . . 112
14. Reichsschatzamt . . . 113

IV. Die dritte Lesung des Etats . . . 114
1. Generaldiskussion . . . 114
2. Einzelberatung . . . 114

Initiativanträge . . . 116
I. Allgemeines . . . 116
II. Der sozialdemokratische Wahlrechtsantrag . . . 117
III. Die bürgerlichen Initiativanträge . . . 118
Zentrum (Jesuitengesetz) 118 — Nationalliberale (Submissionswesen) 119 — Konservative (Schaffung kleiner Garnisonen, Ernteurlauber) 119 — Fortschrittliche Volkspartei (Familienfideikommisse) 119.

Interpellationen . . . 119
I. Die Beschlußfassung bei Interpellationen . . . 119
II. Die sozialdemokratischen Interpellationen . . . 120
1. Die Teuerungsverhältnisse . . . 120
2. Der Wagenmangel . . . 122
3. Die Ausnahmegesetze für Elsaß-Lothringen . . . 123
III. Die bürgerlichen Interpellationen . . . 124
1. Die Koalitionsfreiheit der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter . . . 124
2. Die Enteignung polnischer Gutsbesitzer . . . 126

Kurze Anfragen . . . 127

Petitionen . . . 130

Gesetzentwürfe . . . 135
1. Verkehr mit Leuchtöl (Petroleummonopol) . . . 135
2. Aenderung des Handelsgesetzbuches (Konkurrenzklausel) . . . 137
3. Zollerleichterungen bei der Fleischeinfuhr . . . 138
4. Reichs- und Staatsangehörigkeit . . . 140
5. Postscheckgesetz . . . 141
6. Abänderung des Besoldungsgesetzes . . . 141
7. Kindersaugflaschen . . . 141
8. Das Verfahren gegen Jugendliche . . . 142
9. Aenderung zweier Reichstagswahlkreise . . . 143
10. Aenderung des Schutzgebietsgesetzes . . . 143
11. Entschädigung der Schöffen und Geschworenen . . . 143
12. Wechsel- und scheckrechtliche Handlungen im Ausland . . . 144
13. Seenotgesetz . . . 144
14. Vereinheitlichung des Wechselrechts . . . 145
15. Beihilfen an Kriegsteilnehmer . . . 145
16. Kleinere Gesetzesvorlagen . . . 146
Schutz von Werken der Literatur und Kunst 146 — Privatlehrer 146 — Schutz des gewerblichen Eigentums 146.

Seite

Die Wehrvorlagen von 1913 . . . 146
I. Die Vorlagen und ihre Begründung . . . 146
II. Die erste Lesung der Vorlagen im Plenum . . . 147
1. Die Wehrvorlagen . . . 147
2. Die Deckungsvorlagen . . . 149
III. Die Vorlagen in der Budgetkommission . . . 150
1. Taktisches . . . 150
2. Die Wehrvorlagen . . . 151
3. Die Deckungsvorlagen . . . 152
IV. Die zweite Beratung im Plenum . . . 153
1. Die Generaldiskussion der Wehrvorlagen . . . 153
2. Die Einzelberatung der Wehrvorlagen . . . 155
a) Die Verkürzung der Dienstzeit und das Einjähr.-Freiw.-Vorrecht . . . 155
b) Die Abschaffung des Burschenwesens . . . 157
c) Die Beseitigung des Gardevorrechts . . . 157
d) Die Freiheit der politischen und religiösen Gesinnung . . . 158
e) Der Militärboykott . . . 159
f) Die Beförderung in der Armee . . . 160
g) Soldaten als Polizeigehilfen und Streikbrecher . . . 161
h) Aenderungen des Militärstrafrechts . . . 161
i) Turnunterricht und Wehrpflicht . . . 162
k) Der Ergänzungsetat . . . 163
3. Die Einzelberatung der Deckungsvorlagen . . . 164
a) Der einmalige außerordentliche Wehrbeitrag . . . 164
b) Die Aenderung des Reichsstempelgesetzes . . . 166
c) Das Besitzsteuergesetz und die Aenderungen im Finanzwesen . . . 166
V. Die Stellung der Fraktion zu den Abstimmungen . . . 169
VI. Die dritte Lesung der Vorlagen . . . 172
1. Die Generaldiskussion . . . 172
2. Das Erfurter Urteil . . . 172
3. Die letzten Abstimmungen . . . 173

Schluß . . . 175

Einleitung.

Der Bericht umfaßt den zweiten Sessionsabschnitt der 13. Legislaturperiode des Deutschen Reichstages. Der auf Grund der Januarwahlen 1912 neugewählte Reichstag war am 22. Mai 1912 nicht geschlossen, sondern nur vertagt worden, so daß er beim Zusammentritt am 26. November 1912 die parlamentarischen Arbeiten wieder dort aufnehmen konnte, wo er sie bei der Vertagung hatte liegen lassen müssen. Der erste Sessionsabschnitt hatte 69 Sitzungen erfordert. Der zweite Teil der Session hat erheblich länger gedauert; er hat in der Zeit vom 26. November 1912 bis zum 30. Juni 1913 104 Sitzungen beansprucht. Auch dieses Mal ist die Session nicht geschlossen, sondern wiederum vertagt worden.

Der Bericht spiegelt lediglich die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wider, also nicht die Tätigkeit des Reichstages überhaupt. Die bürgerlichen Parteien werden im Bericht nur dann erwähnt, wenn dies zum Verständnis der Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion notwendig ist. Die Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion sucht der Bericht dagegen auf allen Gebieten der parlamentarischen Tätigkeit aus der Gesamtarbeit des Reichstags herauszuheben. Doch geschieht dies überall nur in referierender, nicht in kritischer Weise. Der Bericht überläßt es den Parteigenossen, sich über die Tätigkeit der Fraktion an der Hand der Tatsachen ein selbständiges Urteil zu bilden.

Da die Mitglieder der Fraktion nicht immer im Auftrage der Fraktion sprechen und die Fraktion daher auch für die Aeußerungen der einzelnen

Mitglieder nicht die Verantwortung übernimmt, nennt der Bericht die Namen der Abgeordneten, die zu einer bestimmten Sache das Wort genommen haben. Es geschieht das außerdem aus praktischen Erwägungen und im Interesse der Unmittelbarkeit und Lebendigkeit des Berichts.

Die Gliederung des Berichts richtet sich nach der Gliederung der Reichstagsarbeit, nur daß die durch den parlamentarischen Geschäftsgang oft auseinandergerissenen und über die ganze Dauer der Tagung verstreuten Einzelgebiete in dem Bericht zu einheitlichen Gruppen zusammengefaßt sind.

Die Zusammensetzung des Reichstags.

I. Die sozialdemokratische Fraktion.

Als der Reichstag im November 1912 zusammentrat, fehlte ein Mitglied unserer Fraktion: unser alter Genosse Förster, der seit Jahrzehnten den Kreis Reuß ä. L. vertreten hatte, war während der Sommerferien des Reichstages durch den Tod aus einem arbeitsamen, der Arbeiterbewegung aufopferungsvoll gewidmeten Leben abberufen worden. An die Stelle Försters wurde in der Nachwahl Genosse Cohen gewählt.

Kurz vor Schluß der Tagung traf die Fraktion abermals ein herber Verlust durch den Tod des Genossen Kaden. Er war gleichfalls einer von den Alten, der sein langes Leben unermüdlich und voller Begeisterung in den Dienst des arbeitenden Volkes gestellt hatte.

Einige Tage nach Beendigung der Tagung griff die harte Hand des Todes noch einmal nach der sozialdemokratischen Fraktion. Zwar traf das Geschick diesmal kein eigentliches Mitglied der Fraktion, aber der Genosse Zietsch stand der Fraktion nicht nur nahe als ein ehemaliges Mitglied, sondern er war zurzeit ihr treuer, gewissenhafter und umsichtiger Sekretär. In dem Genossen Zietsch wurde der Fraktion einer der Jungen genommen, von dem sie und die Partei noch viel hätte erwarten dürfen.

In der Nachwahl Zauch-Belzig wurde an Stelle des Freikonservativen von Oertzen Genosse Ewald gewählt; seit 1890 stand der sozialdemokratische Kandidat in diesem Kreise zur Stichwahl; dieses Mal hat die zähe Arbeit unserer Genossen endlich zum Siege geführt.

Wenn der Kreis des Genossen Kaden wiedererobert wird — was nach der Struktur des Kreises zu erwarten ist —, so besteht die Fraktion aus 111 Mitgliedern.

II. Die Präsidentenwahl.

(71. Sitzung vom 27. November 1912.)

Da der sozialdemokratische Protest gegen die Wahl des Reichstagspräsidenten Kaempf im ersten Berliner Reichstagswahlkreis einen sicheren Erfolg zu erwarten hatte, war Kaempf der offiziellen Ungültigkeitserklärung seines Mandats durch die Niederlegung zuvorgekommen. In der Nachwahl wurde Kaempf wiedergewählt. Dennoch war durch die Niederlegung seine Präsidentenwürde erloschen, so daß der Reichstag bei seinem Zusammentritt eine Neuwahl vornehmen mußte. Von der Fortschrittlichen Volkspartei wurde Kaempf abermals aufgestellt. Da sich das Zentrum und die Polen der Stimme enthielten, wurde Kaempf mit 190 gegen 60 Stimmen, die auf den konservativen Kandidaten fielen, gewählt.

Unsere Fraktion hat wieder für Kaempf gestimmt. Sie hat damit lediglich eine politische Pflicht erfüllt, die ihr schwer genug geworden ist, denn die Handhabung der Geschäfte durch den Präsidenten läßt viel zu wünschen übrig. Besonders bei sozialdemokratischen Rednern ist der Präsident so nervös und intolerant, daß es häufig zu Zusammenstößen kommt.

III. Wahlprüfungen.

1. Allgemeines.

Die Wahlprüfungen haben auch in der Berichtsperiode wieder zu lebhaften und in der Regel wenig erbaulichen Erörterungen geführt. Die Sozialdemokratie geht von dem Grundsatz aus, daß bei den Wahlen der wahre Wille der Wähler zum Ausdruck gelangen muß, und daß insbesondere die Freiheit in der Ausübung des Wahlrechts sowie die Geheimhaltung der Wahl in jedem Falle gesichert sein müssen. Wahlbeeinflussungen durch Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses staatlicher, kommunaler, kirchlicher oder wirtschaftlicher Natur sind deshalb stets von ihr bekämpft worden, ebenso alle sonstigen Maßnahmen, die es verhindern, daß der wahre Wille der Wähler zum Ausdruck gelangt.

Von nationalliberaler Seite wurde bei dem Etat des Reichstages (siehe S. 105) der Vorschlag gemacht, die Wahlprüfungen einer gerichtlichen Behörde zu übergeben. Durch Annahme dieses Antrages würde die Autonomie des Reichstages auf diesem Gebiet ohne Garantie für eine unparteiischere Wahrung der Rechte der Wähler beseitigt werden.

Die Beratung des Vorschlages wurde zuerst der einfachen, später der erweiterten Geschäftsordnungskommission überwiesen. Ein Ergebnis ihrer Beratungen liegt noch nicht vor. (149. Sitzung vom 25. April 1913.)

2. Einzelne Wahlprüfungen.

Gelegentlich der Prüfung der Wahl des freikonservativen Abgeordneten von Halem (Marienwerder-Schwetz) hatte die Wahlprüfungskommission unerhörte Ungesetzlichkeiten des Wahlkommissars festgestellt. Die Tatsachen waren so arg, daß sich die Wahlprüfungskommission veranlaßt sah, dem Plenum folgende Resolution vorzuschlagen:

„den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den Wahlkommissar dieses Kreises auf das Ungesetzliche seiner Handlungsweise hinzuweisen."

Die Regierung teilte mit, daß auf Grund angestellter Ermittelungen der preußische Minister bereits das Nötige veranlaßt habe. Der Reichstag ließ sich trotz dieser beruhigenden Erklärung und trotz der inzwischen erfolgten Wiederwahl des Abgeordneten von Halem, dessen Mandat der Reichstag für ungültig erklärt hatte, dennoch nicht davon zurückhalten, die unerhörten Vorgänge in diesem Wahlkreise bei der Hauptwahl 1912 nochmals gründlich zu beleuchten. Dadurch, daß der Herr Wahlkommissar aus eigener Machtvollkommenheit bei der Feststellung des Wahlresultats zwei Stimmen für ungültig erklärt hatte, war der polnische Kandidat nach der Hauptwahl nicht als gewählt erklärt, sondern in die Stichwahl gedrängt worden, in der er dann unterlag. Genosse Stadthagen verlangte, daß das Reichsjustizamt eingreife, damit die Wahlfälscher vom Staatsanwalt zur Rechenschaft gezogen würden. Die Resolution wurde vom Reichstage mit großer Mehrheit angenommen. (86. Sitzung vom 9. Januar 1913.)

Die Wahl des antisemitischen Abgeordneten Bruhn war angefochten worden, weil durch eine amtliche Wahlbeeinflussung das Wahlresultat beeinträchtigt worden war. Es war ein Flugblatt verbreitet worden, das von elf höheren Beamten, die eine Polizeigewalt ausüben, und einer großen Anzahl

anderer Beamten unterschrieben worden war. Das Flugblatt trat für den konservativen Kandidaten und gegen die Liberalen und Sozialdemokraten ein. Gegen den Kandidaten der Reformpartei wandte es sich mit keinem Wort, unterstützte also indirekt dessen Wahl. Die Wahlprüfungskommission berücksichtigte lediglich die amtliche Wahlbeeinflussung zugunsten der Konservativen, nicht aber die ausdrücklich gegen die Liberalen und die Sozialdemokraten gerichtete amtliche Beeinflussung. Hätte die Wahlbeeinflussung nicht vorgelegen, so wäre möglicherweise der liberale oder der sozialdemokratische Kandidat statt des Kandidaten der Reformpartei in die Stichwahl gelangt. Genosse Stadthagen begründete den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Wahl des Abgeordneten Bruhn, entgegen dem Antrage der Wahlprüfungskommission, für ungültig zu erklären. Genosse Richard Fischer erinnerte die Mehrheit daran, daß sie in früheren Fällen, wenn es gegen sozialdemokratische Abgeordnete ging, in diesem Sinne entschieden habe. Trotzdem stimmte die Mehrheit für die Gültigkeit der Wahl Bruhns. (81. Sitzung vom 9. Dezember 1912.)

Bei der Wahl des Abgeordneten Meyer (Herford), die die Wahlprüfungskommission für gültig erklärt hatte, handelte es sich ebenfalls um amtliche Wahlbeeinflussung. Der Wahlkommissar des Kreises hatte in einer konservativen Vertrauensmännerversammlung zur Wahl des nationalliberalen Kandidaten in der Stichwahl aufgefordert. Genosse Stücklen wies hierbei auf die früheren Fälle Braun und Buchwald hin; damals sei amtliche Wahlbeeinflussung gegen die sozialdemokratischen Kandidaten betrieben worden, die trotzdem den Sieg errungen hätten. Aber der Reichstag habe die Mandate für ungültig erklärt. Dann müsse es auch in diesem Falle geschehen. Sonst beschließe der Reichstag ein Ausnahmerecht zugunsten bürgerlicher Kandidaten gegen sozialdemokratische. Unser Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl Meyers wurde abgelehnt. (115. Sitzung vom 18. Februar 1913.)

Bei der Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Kölsch, deren Ungültigkeit die Wahlprüfungskommission beantragte, wünschten die Nationalliberalen Zurückverweisung an die Wahlprüfungskommission, weil diese gewisse Beschwerdepunkte nicht berücksichtigt hatte, in der Meinung, daß damit an dem rechnerischen Ergebnis nichts geändert werden könnte. Unsere Fraktion ließ durch den Genossen Stadthagen hierzu erklären, daß sie sich dem nationalliberalen Antrage anschließe, weil ein Urteil nicht gefällt werden könne, bevor nicht über eine Reihe erheblicher Punkte Beschluß gefaßt worden sei. Mit knapper Mehrheit wurde die Wahl an die Wahlprüfungskommission zurückverwiesen. (119. Sitzung vom 25. Februar 1913.)

Eine lange Debatte entfesselte die Prüfung der Wahl des Abgeordneten Becker (Hessen). Die Wahlprüfungskommission beantragte Ungültigkeit, das Zentrum dagegen Gültigkeit der Wahl. Bei der Wahl des Abgeordneten Becker hatte sein Gegenkandidat Korell in Wirklichkeit die Mehrheit der Stimmen. In dem Orte Sprendlingen war aber am Wahltage ein formaler Verstoß gegen das Wahlreglement vorgekommen. Deswegen sollten die gesamten Stimmen in diesem Orte für ungültig erklärt werden, wodurch Korells Mehrheit in eine Minderheit verwandelt wurde. Unsere Genossen Stadthagen, Fischer und David traten mit Entschiedenheit gegen die vom Zentrum befürwortete sogenannte „Kassationstheorie" auf. Wenn durch einen formalen Verstoß des Wahlvorstandes eine tatsächliche Mehrheit in eine Minderheit verwandelt werde, könne die Wahl eines auf diese Weise gewählten Abgeordneten unmöglich für gültig erklärt werden. Es müsse vielmehr den Wählern die Möglichkeit gegeben werden, ihren Willen noch einmal zum Ausdruck zu bringen. In namentlicher Abstimmung wurde der Zentrumsantrag mit 159 gegen 158 Stimmen angenommen. Der Abgeordnete Becker, ein bekannter Reichsverbändler,

den selbst die Nationalliberalen von sich abgeschüttelt hatten, bleibt also mit einer Stimme Mehrheit Mitglied des Reichstags. (119. Sitzung vom 25. Februar 1913.)

Die Wahl unseres Genossen Haupt beantragte die Wahlprüfungskommission für ungültig zu erklären. Unsere Fraktion beantragte die Gültigkeit, eventuell die Zurückverweisung an die Wahlprüfungskommission. Die Kommission hatte die Kassationstheorie bei unserem Genossen Haupt in einer besonders raffinierten Weise angewandt. Genosse Reißhaus, der den Antrag unserer Fraktion begründete, wies an der Hand des Aktenmaterials zweifelsfrei nach, daß sich die Mehrheit der Wahlprüfungskommission in mehreren Fällen schwere Ungerechtigkeiten gegen Haupt hatte zuschulden kommen lassen. Genosse Schmidt-Meißen trat den Einwänden von Zentrumsrednern und Konservativen entgegen und verlangte die Annahme unseres Antrages als einen Akt der Gerechtigkeit. In namentlicher Abstimmung wurde die Zurückverweisung mit 170 gegen 152 Stimmen beschlossen. (119. Sitzung vom 25. Februar 1913.)

Die Wahl des freikonservativen Abgeordneten v. Oertzen hatte die Wahlprüfungskommission auf einstimmigen Beschluß für ungültig erklärt, weil die 412 Insassen der Lungenheilanstalt Beelitz nicht in die Wählerlisten eingetragen worden waren. Der Freikonservative Arendt nahm sich in einer an Provokationen reichen Rede heraus, die Insassen der Heilstätte als Empfänger von Armenunterstützung zu verdächtigen. Genosse Schmidt-Meißen trat diesen Verdächtigungen und den Angriffen Arendts auf die Wahlprüfungskommission entgegen und ersuchte um Zustimmung zu dem wohlerwogenen Beschlusse der Wahlprüfungskommission. Das Zentrum beantragte Zurückverweisung. Die Genossen Stadthagen und Richard Fischer traten gleichfalls den Herausforderungen Arendts entgegen und rechtfertigten den Beschluß der Wahlprüfungskommission. Wer die Wahl von Oertzen für gültig erkläre, treibe Schindluder mit den Grundsätzen des Wahlgesetzes und Wahlreglements. Bei der Abstimmung wurde durch Hammelsprung mit 155 gegen 151 Stimmen der Antrag auf Zurückverweisung abgelehnt und gleichfalls durch Hammelsprung die Ungültigkeit der Wahl mit 160 Stimmen gegen 140 Stimmen beschlossen. (131. Sitzung vom 3. April 1913.)

Bei der Prüfung der Wahl des Abgeordneten Vietmeyer (Wirtsch. Vereinigung) suchten die Konservativen durch ein Geschäftsordnungsmanöver die sichere Entscheidung zu verschleppen. Diesem Versuche traten die Genossen Haase und Bebel entgegen. Der konservative Vorstoß wurde mit 163 gegen 137 Stimmen zurückgewiesen. Der Wahlkommissar hatte Stichwahlen zwischen „Vietmeyer und Nutschke aus Steglitz bei Berlin" angeordnet und die Bekanntmachung dieser Anordnung den Kreisamtmännern und Bürgermeistern aufgegeben. Ein Kreisamtmann und ein Bürgermeister haben jedoch diese amtliche Bekanntmachung dahin abgeändert, daß sie an Stelle „Steglitz bei Berlin" „Berlin" setzten. Diese unzulässige Aenderung muß einen Zweck gehabt haben. Man muß annehmen, daß dieser darin bestanden hat, Vorkommnisse beim Wahlkampf und Voreingenommenheit eines Teils der Wähler gegen Berlin zuungunsten des freisinnigen Kandidaten auszunutzen. Somit lag amtliche Wahlbeeinflussung vor. Der in der Kommission mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnte Antrag auf Ungültigkeit der Wahl wurde von der freisinnigen Volkspartei im Plenum wiederholt. Unsere Fraktion stimmte für die Ungültigkeit, die auch von der Mehrheit des Reichstags beschlossen wurde. (142. Sitzung vom 17. April 1913.)

Das Mandat des Konservativen v. Kröcher beantragte die Wahlprüfungskommission für ungültig zu erklären, weil amtliche Wahlbeein-

flussungen vorgekommen waren. Die Sachlage war so klar, daß der Reichstag nach kurzer Debatte, in der die Konservativen für Zurückverweisung eintraten, die Ungültigkeit beschloß. (142. Sitzung vom 17. April 1913.)

3. Einheitliche Wahlurnen.

(149. Sitzung vom 25. April 1913.)

Dem steten Drängen des Reichstages auf Einführung einheitlicher Wahlurnen, besonders dem einstimmigen Beschlusse des Reichstages vom 21. Mai 1912, den Reichskanzler zu ersuchen, die Einführung einheitlicher und das Wahlgeheimnis sichernder Wahlurnen alsbald zu veranlassen, sah sich die Regierung schließlich doch genötigt, trotz des Widerstandes des preußischen Polizeiministers (siehe Generaldebatte zum Reichsamt des Innern, Seite 87) Rechnung zu tragen.

Sie unterbreitete dem Reichstag den Entwurf einer Bekanntmachung über die Aenderung des Wahlreglements, wonach § 11 Abs. 2 des Wahlreglements vom 28. Mai 1870 in der Fassung der Bekanntmachungen vom 28. April 1903 die folgende Fassung erhält:

> Auf diesen Tisch wird ein verdecktes Gefäß (Wahlurne) zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Die Wahlurne muß viereckig sein. Im Innern gemessen muß ihre Höhe mindestens 90 Zentimeter und der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden Wand mindestens 35 Zentimeter betragen. Im Deckel muß die Wahlurne einen Spalt haben, der nicht breiter als 2 Zentimeter sein darf und durch den die Umschläge mit den Stimmzetteln hineingesteckt werden müssen. Vor dem Beginne der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß die Wahlurne leer ist. Von da ab bis zur Herausnahme der Umschläge mit den Stimmzetteln nach Schluß der Abstimmung darf die Wahlurne nicht wieder geöffnet werden.

Die Etatsberatung.

I. Reichshaushaltsetat für 1913.

Der Reichshaushaltsetat, der dem Reichstage bei seinem Zusammentritt im November vorlag, wurde durch die Beschlüsse des Reichstags in zweiter und dritter Lesung in einer Reihe von Titeln abgeändert. Nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Lesung beläuft sich der ordentliche Etat in Ausgabe und Einnahme auf 3 042 701 506 Mk. Im einzelnen stellen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

A) Ordentlicher Etat.

I. Einnahmen:

Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung	Mk.	842 369 000
Reichsdruckerei	„	12 130 000
Reichs-Eisenbahnverwaltung	„	153 779 000
Verschiedene Verwaltungseinnahmen	„	79 850 024
Allgemeine Finanzverwaltung	„	1 954 573 482
Summe	Mk.	3 042 701 506

In dem Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung finden sich die folgenden einzelnen Posten:

Zölle	Mk.	703 470 000
Tabaksteuer	„	11 325 000
Zigarettensteuer	„	33 469 000
Zuckersteuer	„	157 600 000
Salzsteuer	„	59 660 000
Branntweinsteuer	„	203 455 000
Essigsäureverbrauchsabgabe	„	825 000
Schaumweinsteuer	„	10 685 000

Leuchtmittelsteuer	Mk.	13 346 000
Zündwarensteuer	„	19 601 000
Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier	„	124 780 000
Spielkartenstempel	„	1 899 950
Wechselstempel	„	18 622 500
Reichsstempelabgaben von Wertpapieren	„	57 820 000
„ Kauf- usw. Geschäften	„	20 580 000
Lotterielose	„	49 488 000
Frachturkunden	„	17 444 000
Personenfahrkarten	„	22 344 000
Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge	„	3 430 000
Vergütungen an Mitglieder von Aufsichtsräten	„	5 880 000
Schecks	„	3 136 000
Grundstücksübertragungen	„	39 200 000
Zuwachssteuer	„	18 000 000
Erbschaftssteuer	„	44 000 000
Statistische Gebühr	„	1 822 450
Ausgleichungsbeträge für Zölle und Steuern	„	32 453 522
Andere Ausgleichungsbeträge	„	21 976 607
Bankwesen	„	16 300 000
Sonstiges	„	190 347 406
Matrikularbeiträge	„	51 940 794

II. Ausgaben.

a) Fortdauernde Ausgaben.

Bundesrat	Mk.	2 235 838
Reichstag	„	318 620
Reichskanzler und Reichskanzlei	„	18 975 192
Auswärtiges Amt	„	95 888 032
Reichsamt des Innern	„	726 319 796
Verwaltung des Reichsheeres	„	534 303
Reichsmilitärgericht	„	197 171 343
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	„	2 829 005
Reichs-Justizverwaltung	„	40 682 050
Reichsschatzamt	„	2 930 727
Reichs-Kolonialamt	„	471 045
Reichs-Eisenbahnamt	„	237 783 130
Reichsschuld	„	1 323 563
Rechnungshof	„	142 542 052
Allgemeiner Pensionsfonds	„	699 334 869
Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung	„	8 862 251
Reichsdruckerei	„	108 238 340
Reichs-Eisenbahnverwaltung	„	108 548 518
Allgemeine Finanzverwaltung	„	
Summe	Mk.	2 394 938 669

b) Einmalige Ausgaben.

Auswärtiges Amt	Mk.	379 750
Reichsamt des Innern	„	58 440 000
Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung	„	30 199 015
Reichsdruckerei	„	87 084
Verwaltung des Reichsheeres	„	154 997 288
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	„	230 207 551
Reichs-Justizverwaltung	„	78 000
Reichsschatzamt	„	3 343 825
Reichs-Kolonialamt	„	24 471 672
Reichsschuld	„	5 774 236
Reichs-Eisenbahnverwaltung	„	14 148 771
Allgemeine Finanzverwaltung	„	125 635 695
Summe	Mk.	647 762 837
Hierzu Summe der fortdauernden Ausgaben	„	2 394 938 669
Summe der Ausgaben des ordentlichen Etats	Mk.	3 042 701 506

Hierzu kommen noch die Summen des **außerordentlichen Etats**, die in Einnahme und Ausgabe mit 118 634 509 Mk. abschließen, sodaß sich die Endziffer des ordentlichen und des außerordentlichen Etats auf 3 161 336 006 Mk. stellt.

Der durch die Wehrvorlage notwendig gewordene

Nachtrag zum Etat

verzeichnet die folgenden Einnahmen und Ausgaben:

I. Einnahmen.

Verschiedene Verwaltungseinnahmen	Mk.	71 927
Zölle, Steuern und Gebühren	"	13 000 000
Stempelabgaben von Gesellschaftsverträgen und Versicherungsquittungen, sowie Einnahmen aus dem Erbrecht des Staates	"	14 500 000
Aus dem Wehrbeitrage	"	416 786 994
Andere Ausgleichungsbeträge	"	8 535
Sonstiges	"	90 129 753
Summe der Einnahmen	Mk.	534 497 209

II. Ausgaben.

a) Fortdauernde Ausgaben.

Reichsamt des Innern	Mk.	620 000
Verwaltung des Reichsheeres	"	49 065 490
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	"	225 000
Allgemeine Finanzverwaltung	"	4 709 968
Summe	Mk.	54 620 458

b) Einmalige Ausgaben.

Verwaltung des Reichsheeres	Mk.	425 602 719
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	"	3 000 000
Allgemeine Finanzverwaltung	"	51 274 032
Summe	Mk.	534 497 209

II. Die erste Lesung des Etats.

(75. bis 79. Sitzung vom 2. bis 6. Dezember 1912.)

Als der Reichstag zusammentrat, tobten die Stürme des Krieges auf dem Balkan noch mit kaum verminderter Heftigkeit. Die Regierung hatte es nicht für notwendig gehalten, den Reichstag der Balkanwirren wegen besonders oder auch nur früher einzuberufen, wie sie überhaupt mit Vorliebe ihre auswärtige Politik ungehindert und unbeaufsichtigt von der Kontrolle des Reichstages führt. Aber nachdem der Reichstag endlich wieder zusammengetreten war, fühlte der Reichskanzler die Verpflichtung, möglichst bald eine Erklärung über die auswärtige Lage abzugeben. Um die wichtigen auswärtigen Angelegenheiten in besserem Zusammenhange zu erörtern, wurden sie aus der Generaldebatte herausgehoben und an zwei Tagen für sich allein erörtert.

1. Die auswärtige Politik.

Was der Reichskanzler über die Ereignisse auf dem Balkan zu sagen wußte, war dem Umfange und dem Inhalte nach außerordentlich dürftig. Der Ausbruch der Feindseligkeiten sei zu erwarten gewesen, man habe ihn aber hintanzuhalten versucht. Als das nicht mehr möglich war, habe man die Streitigkeiten zu lokalisieren versucht. Deutschland sei ökonomisch am türkischen Problem interessiert. Sollten sich bei der endgültigen Regelung der Kriegsergebnisse für unsere Bundesgenossen Schwierigkeiten ergeben, „dann würden wir unserer Bündnispflicht getreu, fest und entschlossen an ihre Seite zu treten haben".

Unser erster Redner war Genosse **Ledebour**. Er wies einleitend auf die Dürftigkeit der Rede des Reichskanzlers hin, der nichts über die Dinge selbst, sondern um sie herum geredet habe. Ledebour gab dann einen umfassenden Ueberblick über die gesamte auswärtige Lage, wobei er die jüngste imperialistische Phase der deutschen Auslandspolitik bis zur Besetzung von Kiautschou zurückverfolgte und ihre zahlreichen Mißgriffe und Fehler aufdeckte. „Ich führe alle diese Tatsachen an, meine Herren, weil sie zeigen, wie gering das Vertrauen ist, das wir zu den Leitern unserer Reichsregierung in bezug auf die Beurteilung der auswärtigen Verhältnisse haben, und wenn wir uns darauf verlassen müßten, daß der Friede Europas bewahrt bliebe wegen der Aktion der europäischen, insbesondere der deutschen Diplomatie, so würden wir von allen guten Geistern verlassen sein. Wenn jetzt, was wir alle mit Freuden begrüßen, in dem Balkankrieg eine Wendung eingetreten ist, die die ziemlich sichere Aussicht auf Herstellung des Friedens eröffnet, so bin ich fest überzeugt, daß darauf sehr viel, wenn nicht in der Hauptsache, eingewirkt hat das internationale Proletariat." Ledebour untersuchte sodann die Berechtigung der Erklärung des Reichskanzlers, daß Deutschland Oesterreich die Bündnispflicht zu halten habe. Wir seien danach Oesterreich und auch Italien geradezu ausgeliefert, ohne aber auf deren Entscheidungen einen Einfluß zu haben. Ein wesentlicher Teil der Schuld an den Wirren liege an der Unfähigkeit der Diplomatie. Darauf behandelte der Redner die albanische und die südslawische Frage, er verlangte Gleichberechtigung aller Sprachen und Nationalitäten. Der asiatischen Türkei könne nur durch Reformen geholfen werden. Eine wichtige Bürgschaft für den Weltfrieden sei eine Verständigung Deutschlands mit England. Die eigentliche Hoffnung der Zukunft aber beruhe auf dem an Kraft und Einfluß wachsenden Friedenswillen des Proletariats, wie er sich jüngst wieder auf dem internationalen Kongreß in Basel machtvoll geäußert habe.

Auf die Aeußerungen der bürgerlichen Redner, die alle mehr oder weniger gegen Ledebour und die sozialdemokratische Auffassung Stellung genommen hatten, antwortete am zweiten Tage Genosse **David**. Er ging davon aus, daß die Rede des Reichskanzlers, wie Preßstimmen bereits beweisen, geeignet sei, die Kriegsstimmung in Wien zu beleben, denn sie scheine eine Erweiterung unserer Bündnispflichten gegen Oesterreich zu enthalten. Der Dreibundvertrag stelle aber lediglich ein Defensivbündnis gegen russische Drohungen dar. Wenn aber etwa Oesterreich Serbien angreife und Rußland dann Serbien beispringe, so seien wir nach dem Dreibundvertrage nicht verpflichtet, zu den Waffen zu greifen. David rechnete dann mit den Kriegshetzern ab, die in Deutschland und in anderen Großstaaten ihr verbrecherisches Unwesen treiben. Demgegenüber müsse auf eine Entspannung zwischen Deutschland und England und zwischen Deutschland und Frankreich hingearbeitet werden, um dadurch den beherrschenden Einfluß Rußlands zu brechen. Die Zwietracht der europäischen Westmächte habe die Situation herbeigeführt, wo Rußland ungehindert nach allen Richtungen hin neue Ländermassen an sich reißen und auch in der Balkanfrage eine so drohende Stellung einnehmen könne. Es sei das erfreulichste Moment in der gestrigen Debatte, daß der Staatssekretär von Kiderlen-Waechter die Mitteilung machte, daß es zwischen England und Deutschland zu einer „erfreulichen Intimität" gekommen sei. Auf dem Balkan habe Deutschland nur wirtschaftliche Interessen zu vertreten. Was in der Türkei jetzt zusammengebrochen sei, sei ein Junkerregiment, ähnlich dem, das

wir in Ostelbien haben. Der neue Balkanbund könne ein großer Fortschritt sein, wenn dort ein einheitliches Wirtschaftsgebiet geschaffen werde. Genosse David schloß mit einer eindrucksvollen Rechtfertigung und Würdigung des Baseler Friedenskongresses und des unwiderstehlichen Friedenswillens der erwachenden Massen.

Als dritter Fraktionsredner sprach Genosse Haase, der die Einwände der Gegner gegen Davids Ausführungen kritisch zerpflückte und vor allen Dingen eine „hochnotpeinliche" Frage des Zentrumsfürsten Löwenstein klar und präzis beantwortete: ob die Sozialdemokratie einen etwaigen Krieg durch eine Revolution verhindern wolle. Haase zitierte Lassalles Wort, daß Revolutionen überhaupt nicht willkürlich „gemacht" werden können, und eine Auslassung Kautskys in seiner Schrift „Die soziale Revolution", „daß heute wohl nur noch militärische Fanatiker den traurigen Mut auftreiben können, mit kaltem Blut nach Krieg zu verlangen". Auch die von dem Herrn Löwenstein wieder einmal aufgewärmte Legende von den Greueln der Pariser Kommune wies Haase als verlogene Geschichtsfälschung nach.

Den Ausklang der Debatte über das Auswärtige, durch die sich auch zugleich eine von uns eingebrachte Interpellation erledigte, bildete eine scharfe persönliche Erklärung Scheidemanns, durch die er eine freche Fälschung einer von ihm in Paris gehaltenen Rede und die denunziatorische Ausnutzung dieser Fälschung in der Presse und im Reichstage brandmarkte.

2. Die innere Politik.

Die Generaldebatte über die innere Politik leitete der Staatssekretär des Reichsschatzamts mit einer Darlegung der finanziellen Lage Deutschlands in den letzten drei Jahren ein. Es sei möglich gewesen, auch in dem laufenden Jahre die feste Grundlage unseres Finanzwesens zu erhalten, trotz der hohen Ausgaben für militärische Rüstungen. Aber wenn ein Rückfall in frühere ungesunde Verhältnisse vermieden werden solle, müsse „sorgliche Pflege der Einnahmen, Einschränkung des Bedarfs, Zurückstellung aller Ausgaben, für die keine Deckung vorhanden ist, auch wenn es sich um an sich erwünschte und dringliche Aufwendungen handelt", für alle Zeit unser Streben sein.

Genosse Frank sprach als erster Redner. Er erteilte dem Reichsschatzamt die Zensur: „Fleiß recht gut, Leistungen ungenügend." Die Einnahmen seien wieder wie immer zum größten Teile aus Steuern, Zöllen und Gebühren geflossen, und besondere Steigerungen wiesen wiederum die Posten auf, die die breiten Massen belasten. Mehr als die gesamten reinen Einnahmen des Reichs ausmachen, werde aber allein für die unproduktiven Ausgaben des Heeres, der Marine, des Pensionsfonds und der Reichsschuldenverwaltung ausgegeben. „Aus den toten Zahlen des Etats spricht für den, der lesen will, die Wahrheit, daß diejenigen Massen, die Mehrheit des deutschen Volkes, die heute von eigener Arbeit leben müssen, zwar die Hauptlasten des Reiches zu tragen haben, daß aber zu ihrem Besten nur ein ganz, ganz verschwindend kleiner Teil dieser Milliarden verwendet wird. Soweit die Besitzlosen ihre Lage verbessern wollten und wollen, werden und sind und bleiben sie angewiesen im wesentlichen auf die eigene Kraft, vor allen Dingen auf ihre Organisationen. Es wird das ja von vielen Leuten nicht gern zugegeben; wenn man davon spricht, woher das viele Geld kommt, sagt man nicht gern: die Massen, die Arbeiter, die Angestellten bringen das auf. Man drückt sich lieber etwas abstrakter aus. Man sagt: die Industrie bringt es auf, das Gewerbe bringt es auf. Aber wenn sie dann fragen: wäre die Entwicklung der deutschen Industrie denkbar ohne die Organisation der Arbeiter? — dann, glaube ich, wird die Antwort nicht schwer fallen." Unser Redner stellte dieser wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der deutschen Arbeiterklasse die Behandlung gegenüber, die sie sich heute noch von den herrschenden Faktoren gefallen lassen müsse. Er wies die Notwendigkeit der Arbeiterorganisationen, der gewerkschaftlichen, der genossenschaftlichen und der allgemein kulturellen wie der freien Volksbühnen nach und forderte für alle das uneingeschränkte Koalitionsrecht. Frank forderte ferner noch ausdrücklich ein Reichswohnungsgesetz und den unbedingten Schutz des Wahlrechts. Zum Schluß ging er auf die Jesuitenwünsche des Zentrums ein.

Wenn es nach dem Willen des Zentrums gegangen wäre, hätte sich die weitere Debatte lediglich um die Jesuitenfrage gedreht. Die beiden Zentrumsredner Spahn und Gröber sprachen in stundenlangen Reden nur über diese Angelegenheit. Die übrigen bürgerlichen Redner gingen zwar kurz auf die Zentrumswünsche ein, verließen das für sie unangenehme Gebiet aber bald wieder.

Unser zweiter Redner, Genosse Lensch, deckte die Taktik des Zentrums auf, durch Entfesselung der Jesuitenleidenschaften Zwistigkeiten im eigenen Lager, wie sie gegenwärtig besonders in dem Gewerkschaftsstreit zutage träten, zu verhüllen. Die päpstliche Enzyklika bedeute einen Eingriff in die Koalitionsfreiheit, wozu sich der Reichskanzler einmal äußern möge. Im Anschluß an das Verbot des Berliner Polizeipräsidiums gegen zwei ausländische Sozialdemokraten, in Berlin in ihrer Muttersprache zu reden, entwickelte Lensch den Gedanken der internationalen Brüderlichkeit und in Verbindung damit die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Begriff Nation. Heute gebe es noch keine wirkliche nationale Kulturgemeinschaft. „Der Klassenkampf, den gerade die nationalen Parteien so verwünschen, ist es, der erst aus den Völkern bewußte, geschlossene Nationen mit einheitlicher Kulturgemeinschaft macht, — jener Klassenkampf, der Ihnen so unangenehm ist, dessen Konsequenzen Sie ablehnen. . . . Nicht so stehen die Dinge, wie man es fälschlich so vielfach auf gegnerischer Seite ausgeführt hat, als ob die Sozialdemokratie einen wirren Völkerbrei herstellen wolle. Das ist nicht Ziel und Ideal der sozialdemokratischen Partei. Hier wissen wir — und die Tendenz der geschichtlichen Entwickelung geht immer mehr darauf hinaus —, daß die Nationen ihre besonderen Eigentümlichkeiten, ihre besonderen nationalen Gaben immer mehr und schärfer herausarbeiten. Die Differenzierung der Nationen ist es, was uns die Geschichte lehrt, und auch in dieser Hinsicht befindet sich die Sozialdemokratie völlig in Uebereinstimmung mit den Tendenzen der geschichtlichen Entwickelung." Im zweiten Teil seiner Rede ging Lensch auf die wirtschaftliche Entwickelung Deutschland ein. Er stellte der ungeheuren Bereicherung der herrschenden Klassen auf der einen Seite das Elend der breiten Masse gegenüber. Der Schutzzoll habe in erster Linie die gewaltige Kapitalskonzentration herbeigeführt und dadurch den allgemeinen Revolutionsprozeß der Welt gefördert. Wenn aber die Entwickelung der Dinge zu einem Weltkriege führen sollte, so werde das zugleich der Beginn der sozialen Revolution sein.

Unser dritter Redner, Genosse Liebknecht, verspottete die nicht nach Wunsch geglückte Jesuitenpaukerei des Zentrums. Scharf wies er darauf hin, daß von den beiden Rednern des Zentrums nicht mit einem einzigen Worte über all die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Nöte des deutschen und preußischen Volkes, nicht mit einem Worte über die Wahlrechtsfrage gesprochen worden sei. „Alle anderen Interessen des Volkes, und wenn es die wichtigsten Elementarinteressen des Volkes sind, treten bei Ihnen zurück hinter jenem Interesse des Klerikalismus, des Römischen Stuhles." Freilich sei das Zentrum gegenwärtig um seine Situation in der Gewerkschaftsfrage nicht zu beneiden. Auch die Wahlrechtsfrage wurde von Liebknecht erörtert. Eine Bemerkung Liebknechts, daß die Kommission, die der Reichstag zur Beratung der Teuerungsangelegen-

heit eingesetzt habe, augenscheinlich eine Verschleppungstaktik verfolge, entfesselte am Schluß der dreitägigen Generaldebatte noch eine längere Erörterung, in der auch Genosse Hoch die Berechtigung des Liebknechtschen Vorwurfes eingehend nachwies.

Wenn die Generaldebatte auch kein unmittelbares Ergebnis zutage förderte, da das bei der ersten Lesung des Etats parlamentarisch nicht möglich ist, so hat sie doch erheblich zur Klärung der politischen Situation beigetragen, und eine eingehende Darlegung der sozialdemokratischen Auffassung über die innere und äußere politische Lage ermöglicht und damit mittelbar zur Erleichterung der späteren Entscheidungen beigetragen.

3. Etatsnotgesetz.

(129. Sitzung vom 8. März 1913.)

Wegen der späten Einberufung des Reichstages konnte der Etat nicht rechtzeitig fertiggestellt werden. Infolgedessen mußte ein Notgesetz eingebracht werden.

Von unserer Fraktion nahm dazu Genosse Haase das Wort, der in entschiedener Weise dagegen Stellung nahm, daß durch die Schuld der Regierung, infolge der späten Einberufung des Reichstages, die Etatsberatungen nicht rechtzeitig zu Ende geführt werden konnten. Das laufe letzten Endes auf eine Verkürzung der Rechte des Parlaments und des Volkes hinaus. Wenn die Tagung sich zu weit in den Sommer hinein erstrecke, so höre die Arbeitslust im Parlamente auf. Ueber wichtige Petitionen und Initiativanträge, sowie über wichtige Gesetzesvorlagen werde eilig hinweggegangen. Auch das in seinen Grundlagen völlig verfehlte Diätengesetz sei schuld an diesem Zustande. Man müsse erwarten, daß der Reichstag in Zukunft früher einberufen würde.

III. Die zweite Lesung des Etats.

(89. bis 149. Sitzung.)

1. Das Reichsamt des Innern.

a) Generaldiskussion.

(89. bis 93. Sitzung vom 13. bis 17. Januar 1913.)

Die Generaldiskussion zu diesem Etatsabschnitt knüpft an Titel 1, Staatssekretär, an. Unser Genosse Richard Fischer eröffnete die Diskussion mit einer Kritik der Sozialpolitik des Deutschen Reiches. Man sei mit der Zeit sehr bescheiden geworden. Von dem jetzigen Reichsamt des Innern sei auf dem Gebiete der Sozialreform und des Arbeiterschutzes nichts Besonderes zu erwarten. Mit den vielgerühmten Februarerlassen des Kaisers sei es gegangen wie mit dem Wahlrechtsversprechen des Königs von Preußen. Die königstreuen Parteien spielen geradezu Fußball mit den königlichen Versprechungen. Gesetzliche Gleichberechtigung habe der Kaiser den Arbeitern versprochen, heute würden den Arbeitern in den Staatswerkstätten Reverse zur Unterschrift zugemutet, durch die sie sich verpflichten, von dem Koalitionsrecht keinen Gebrauch zu machen. Musterbetriebe sollten die Staatsbetriebe sein, dabei betrachtete es die Regierung seit Jahren als ihre Aufgabe, in ihren Betrieben die Arbeitslöhne möglichst niedrig zu halten. Der Einfluß des Scharfmacherverbandes habe sich im Reichsamt des Innern immer mehr durchgesetzt. Daran tragen die bürgerlichen Parteien die Hauptschuld. Ganze Berge von Resolutionen würden alljährlich bei der Etatsberatung eingebracht. Aber

die Regierung kümmere sich nicht darum, weil sie solche Gleichgültigkeit den bürgerlichen Parteien zumuten könne. Besonders kraß sei es, daß zum Schutze der in der Großeisenindustrie beschäftigten Arbeiter und zum Schutze der Bergarbeiter durch ein Reichsberggesetz noch immer nichts geschehen sei. Gegen alle Reformen stemme sich der in der Reichsregierung allein entscheidende Einfluß Preußens. Fischer führte an der Hand zuverlässiger Belege den Beweis, daß der vom Reichstag einstimmig beschlossene Wunsch auf Einführung einheitlicher Wahlurnen bisher an dem Widerspruch des preußischen Polizeiministers gescheitert sei. Es sei ein schreiendes und schweres Unrecht, daß die staatlichen Betriebe nicht der Gewerbeaufsicht unterstellt seien, und daß der Staat kraft der wirtschaftlichen Uebermacht den Arbeitern das Vereins- und Koalitionsrecht, unter Umständen auch noch das Wahlrecht rauben könne. Wie stelle sich das Zentrum zu diesen Tatsachen? Es sei unerhört, daß die Arbeiterabgeordneten des Zentrums einem solchen Minister noch zujubeln, weil er nebenbei die christlichen Gewerkschaften gegen die freien Gewerkschaften auszuspielen suche. Vielleicht sei diese Liebeserklärung des Staatssekretärs Delbrück für die christlichen Gewerkschaften die Folge der päpstlichen Enzyklika. Dieses Dokument sei den christlichen Gewerkschaften sehr unangenehm. Es sei im Kerne eine Umschreibung des bekannten Wortes des Bischofs von Regensburg: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben! Wir bedauern die Enzyklika, weil sie die Sache der Arbeiterschaft, wenn auch nur vorübergehend, schädigt. Aber andererseits würde dadurch auch den katholischen Arbeitern der Blick für die Klassengegensätze geschärft und ihr Weg zum Sozialismus verkürzt.

Dem Staatssekretär Delbrück waren die Enthüllungen des Genossen Fischer über seine Bittgänge zu dem preußischen Polizeiminister sehr unangenehm, und er suchte sie mit dem bekannten Hinweis auf „Vertrauensbruch" zu entwerten. Genosse Fischer antwortete ihm aber sofort, daß eine Regierung, die ein Heer von Spitzeln unterhalte, um durch Vertrauensbrüche Material über die Arbeiterbewegung zu erhalten, kein Recht auf Entrüstung über einen angeblichen Vertrauensbruch habe. Auch in der weiteren Diskussion spielte die Fischersche Enthüllung eine erhebliche Rolle, daneben die päpstliche Enzyklika und ein Rückblick auf die letzten Reichstagswahlen.

Unser zweiter Redner war Genosse Quarck. Er setzte sich zunächst mit dem konservativen Grafen Westarp auseinander, der den Mut gehabt hatte, eine Beschränkung des Koalitionsrechts der deutschen Arbeiter durch ein Streikpostenverbot zu fordern. Das sei um so ungeheuerlicher, als schon durch die Deduktion des Staatssekretärs dem großen Heere der Staatsarbeiter das Koalitionsrecht völlig geraubt werden solle. Quarck kritisierte ferner die Vernichtung des Koalitionsrechts, die sich die Handwerksarbeiter des Bäckerei- und Fleischereigewerbes durch Innungsbeschlüsse haben gefallen lassen müssen. Das Zentrum sehe auch hier wieder ruhig zu. Um so unerhörter seien weitere Verschlechterungen des Koalitionsrechts, als heute schon von den Polizeibehörden massenhaft gegen die einfachsten Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes gesündigt werde. Unser Redner ging dann näher auf die Mißstände im Bäckereigewerbe, in der chemischen Industrie und im Bühnenwesen ein. Der Entwurf des Reichsamts des Innern über Schutzbestimmungen für Schauspieler und Künstler des Bühnengewerbes sei leider das einzige sozialpolitische Produkt der letzten Jahre von nennenswerter Bedeutung. Die Rückständigkeit der deutschen Sozialpolitik rühre vor allen Dingen auch daher, daß es bei dem Geiste unserer Bureaukratie unmöglich sei, daß von unten herauf, von der Arbeiterschaft her, tüchtige Kräfte in die Verwaltung gelangen könnten.

Unser dritter Redner war Genosse Hoch, der dem Versuch des Staatssekretärs entgegentrat, die mangelhafte Sozialpolitik des Deutschen Reiches zu rechtfertigen. Das sei ein unmögliches Beginnen. Der Staatssekretär habe sich auf die Reichsversicherungsordnung berufen. Aber selbst die bürgerlichen Parteien hätten zugeben müssen, daß das, was erreicht worden ist, ihren Wünschen nicht entspricht. Am Arbeiterschutz werde zwar herumgeflickt, aber es werde nichts Genügendes erreicht, weil die Grundlagen einer zweckmäßigen Regelung fehlen. Man habe gerade für den jetzigen Sessionsabschnitt des Reichstages wichtige sozialpolitische Vorlagen erwarten müssen. Aber bis jetzt sei noch keine gekommen. Gerade die Entwickelung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, die Verschärfung der wirtschaftlichen Gegensätze hätte dem Reichsamt des Innern ein Ansporn sein müssen. In den Banken sammeln sich immer riesenhaftere Kapitalien, während Arbeiterschaft und Mittelstand immer mehr ausgebeutet würden. Gesetze seien für die Handwerker wohl gemacht worden, aber sie seien unzulänglich gewesen. Der Mittelstand in der Landwirtschaft leide unter dem landwirtschaftlichen Großkapital. Der Rückgang der Bevölkerung sei ein mahnendes Zeichen für die Verschlechterung der Lebenshaltung weiter Kreise des Volkes. Die Fleischnot der letzten Zeit habe das Elend sehr verschärft. Und in dieser Zeit wagten die Konservativen noch die bescheidenen gesetzlichen Mittel der Arbeiterschaft zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung anzutasten. In der Budgetkommission habe der Staatssekretär in einem unbewachten Augenblick verraten, daß Preußen die Anregungen des Reiches verschleppe. Mit dem Junkerregiment in Deutschland müsse aufgeräumt werden.

Unser letzter Redner bei der Generaldiskussion war Genosse Brühne. Er behandelte besonders die Handwerker- und Mittelstandsfrage. Nicht die Sozialdemokratie reibe das Handwerk auf, sondern das Großkapital. Gewiß habe das Handwerk schwer zu kämpfen. Aber gerade dem Zentrum, das sich so gern mit seiner angeblichen Mittelstandspolitik brüste, müsse unter die Nase gerieben werden, daß es durch seine Reichspolitik, besonders durch die Schutzzollpolitik, das Handwerk sehr geschädigt habe. Die freien Hilfskassen, in denen zahlreiche kleine Gewerbetreibende versichert waren, sind durch das Reichsversicherungsgesetz zugrunde gerichtet worden. Das Borgsystem sei ein schwerer Schaden für das Handwerk; aber meistens seien es reiche Leute, die den Handwerker lange auf Bezahlung warten ließen. Neuerdings werde zur Rettung des Handwerks die Aufhebung des § 100q der Gewerbeordnung (Festsetzung der Preise für die Arbeiten, die Handwerker anfertigen) gefordert; aber wenn es geschehe, würden gerade die kleinen Handwerker unter die Räder kommen, und junge Anfänger würden nicht mehr aufkommen können. Von den Zwangsinnungen werde ein unerhörter Terror ausgeübt.

b) Resolutionen.

(95. Sitzung vom 23. Januar 1913.)

Unsere Fraktion hatte 12 Resolutionen eingebracht. Angenommen wurden davon sechs. In diesen Resolutionen wurde verlangt: Ein einheitliches Privatangestelltenrecht; Regelung der rechtlichen und sozialen Verhältnisse der in Theater-, Lichtspiel-, Zirkus-, Konzert-, Singspiel- und ähnlichen Unternehmungen beschäftigten Personen; Bestimmungen zum Schutze der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter; der Entwurf eines Reichsberggesetzes; eine Erweiterung der Bundesratsverordnung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glashütten und ähnlichen Betrieben; Bestimmungen zum Schutze der bei Herstellung von Ziegelsteinen beschäftigten Arbeiter. Abgelehnt wurden sechs Resolutionen,

in denen verlangt wurde: Ein Gesetzentwurf für die Sicherheit der Bauausführungen; ein Gesetzentwurf zur Festsetzung der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen auf längstens 8 Stunden und Freigabe des Sonnabendnachmittags; Regelung der Rechts- und Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner; Aufhebung der landesgesetzlichen Gesindeordnungen und reichsgesetzliche Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern; Bestimmungen zum Schutze der in der Großeisenindustrie beschäftigten Arbeiter; Regelung der Arbeitszeit und Ruhepausen für alle Angestellten im Gastwirtsgewerbe unter besonderer Berücksichtigung der Jugendlichen und Freigabe eines Wochentages für entgangene Sonntagsruhe.

Die konservative Resolution auf Verbot des Streikpostenstehens wurde in namentlicher Abstimmung mit 283 gegen 52 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen abgelehnt.

c) Allgemeine Fonds.

Bei diesem Etatsabschnitt brachten unsere Genossen bei verschiedenen Titeln Wünsche im Interesse einzelner Arbeiterkategorien und verschiedener Zweige der Arbeiterbewegung an.

Genosse Noske wies bei dem Punkte **Seefischerei** darauf hin, daß die Fischnahrung eine so große Bedeutung gewonnen habe, weil durch die agrarische Wirtschaftspolitik die Fleischpreise so enorm in die Höhe getrieben worden seien. Um so weniger sei es zu billigen, wenn jetzt von schutzzöllnerischer Seite eine weitere Erhöhung der Fischzölle gefordert werde. Für weite Volkskreise sei der Hering so ziemlich die einzige Fleischnahrung; unerhört sei es daher, daß der Heringszoll nicht schon längst aufgehoben worden sei.

Genosse Körsten trat für die Interessen der Fischer ein, die großenteils noch unter Ausnahmegesetzen stehen. Durch Verwarnungen und Bestrafungen werde den kleinen Fischern das Leben schwer gemacht. Bei der Vergebung der Fischerei in fiskalischen Gewässern kämen starke Ungerechtigkeiten vor. (94. Sitzung vom 21. Januar 1913.)

*

Beim Punkte **Seemannsheime** im Auslande kritisierte Genosse Henke die heutige Verwaltung der Seemannsheime. Sie würden nicht neutral geleitet, sondern ständen unter dem Einfluß der Kirche und wären in vielen Fällen nur Hilfsmittel des Reedereikapitals zur Bekämpfung der Arbeiter geworden. Wenn die Seemannsheime paritätisch verwaltet würden und die organisierten seemännischen Arbeiter darauf den gleichen Einfluß hätten wie die Kirche und die Unternehmer, so könnte man gegen solche Arbeitsnachweise nichts haben. Jetzt müsse man aber große Bedenken haben. (94. Sitzung vom 21. Januar 1913.)

*

Für eine Abänderung des Reblausgesetzes trat Genosse Weill ein. Das bisherige System zur Bekämpfung der Reblaus sei erfolglos gewesen. Eine reichsgesetzliche Regelung und damit eine Bekämpfung der Reblausschäden nach einheitlichen Grundsätzen sei notwendig. Auch Genosse David empfahl unsere Anregung, eine Kommission von Sachverständigen zur Prüfung der Frage einzusetzen, damit das drohende Verhängnis für unsere weinbautreibende Bevölkerung zum Stillstand gebracht werde. Unsere Resolution wurde abgelehnt; eine nicht so weitgehende Resolution der Nationalliberalen gelangte zur Annahme. (94. Sitzung vom 21. Januar 1913.)

*

Bei der **Zentralstelle für Volkswohlfahrt** nahm Genosse Schulz das Wort. Die Zentralstelle habe eine Reihe wertvoller Publikationen herausgegeben. Aber mehr oder weniger dienten diese Publikationen doch alle der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Eine solche politische Organisation könne aber nicht aus Reichsmitteln unterstützt werden. Neuerdings widme sich aber die Zentralstelle besonders der Jugendpflege. Sie sei eine Sammelstelle aller bürgerlichen Jugendbestrebungen und damit eine Zentralstelle zur Bekämpfung der proletarischen Jugendbewegung geworden. Man unterstelle der Sozialdemokratie, daß sie die Jugendlichen für den politischen Parteikampf schulen wolle. Das sei eine Unwahrheit. Eine Erziehung zum politischen Denken sei noch kein Eindrillen auf politische Parteigrundsätze. Dagegen scheue sich die bürgerliche Jugendbewegung nicht, Politik zu treiben. Das gelte besonders auch für den von der Zentralstelle unterstützten Jungdeutschlandbund. — Von bürgerlicher Seite wurde die Zentralstelle für Volkswohlfahrt in Schutz genommen. — Genosse Davidsohn trat den bürgerlichen Rednern entgegen. Wir wenden uns nicht gegen die Zentralstelle an sich, sondern nur dagegen, daß eine Organisation der bürgerlichen Parteien zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und der proletarischen Jugendbewegung aus den Mitteln der Gesamtheit, also auch aus den Steuergroschen der Arbeiter, subventioniert werde.

Genosse Peus brachte bei dem Punkte Zentralstelle für Volkswohlfahrt die innere Kolonisation zur Sprache. Er verlangte, daß von Reichs wegen mehr für die Versorgung von Arbeitslosen durch Schaffung von Kulturarbeitsstätten, die von allem Anstaltsmäßigen fernzuhalten seien, getan werde. Durch die Kolonisierung von Oedland werde die Beschäftigung von Arbeitslosen, die Kolonisierung öder Landstrecken und die Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion erreicht. (95. Sitzung vom 22. Januar 1913.)

*

Zum Titel **Reichsversicherungsordnung** schlug die Budgetkommission die folgende Resolution vor:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, neue Berechnungen über die Belastung des Reiches und der Versicherten aus der Hinterbliebenenversorgung aufstellen zu lassen. Bei dieser Berechnung sind die bis 1913 gemachten Erfahrungen über Häufigkeit der Rentenbewilligung, die Höhe der ersparten Beitragserstattungen und der Erträge aus der zur Durchführung der Hinterbliebenenversorgung herbeigeführten Beitragserhöhungen mit zu berücksichtigen.

Sollte sich ergeben, daß aus der Summe, die bei Schaffung der Versicherung als Belastung des Reiches angenommen ist, und den Erträgen, die den Versicherungsträgern durch Wegfall der Beitragserstattung erspart werden und aus der Erhöhung der Beiträge für die Hinterbliebenenversorgung zufließen, höhere Renten gewährt werden können, als in den §§ 1285,1292, 1294 und 1296 der Reichsversicherungsordnung vorgesehen sind, dann dem Reichstage schleunigst eine Vorlage zugehen zu lassen, durch welche die Renten so weit erhöht werden, wie sie aus den verfügbaren Mitteln gezahlt werden können."

Diese Resolution war in der Budgetkommission von dem Genossen Molkenbuhr eingebracht und begründet worden. Man habe bei der sozialen Gesetzgebung öfter die Erfahrung gemacht, daß die rechnerischen Unterlagen der Regierungsvorlagen sich nachträglich als unrichtig herausgestellt hätten. So seien auch die rechnerischen Grundlagen für die Bemessung der Hinterbliebenenbezüge nicht richtig. Genosse Molkenbuhr wies seine Behauptung durch eine Reihe genauer Rechnungen nach und stellte fest, daß der Durchschnittsbetrag der Renten, die durch die Gesetzgebung jetzt vorgesehen sind, weit zurückbleibe hinter demjenigen Betrage, den die Versicherungsanstalten bezahlen könnten, wenn man ihre Leistungsfähigkeit nach den für den Reichstypus maßgebenden Verhältnissen berechnet. Die überraschenden Feststellungen des Genossen Molkenbuhr machten auf die Budgetkommission einen solchen Eindruck, daß sie die Resolution einstimmig annahm, und daß sich auch die Regierung genötigt sah, eine Prüfung der beanstandeten Berechnungen zu versprechen. Auch der Reichstag in seiner Gesamtheit nahm die Resolution einstimmig an. (95. Sitzung, 22. Januar 1913.)

*

Zu der **Unterstützung der Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften** nahm Genosse Rauch das Wort. Die Unterstützungssätze, die heute gezahlt würden, reichten nicht aus. Davon ließen sich kaum die notwendigsten Lebensmittel bestreiten. Der ortsübliche Tagelohn, nach der die Unterstützung berechnet werde, sei stets erheblich niedriger als der wirkliche Verdienst der Arbeiter. Selbst wenn ein Tagelohn von 3 Mk. zugrunde gelegt würde, könnte die Unterstützung im Höchstfalle nur 1,80 Mk. pro Tag betragen. Dadurch werde ein Notstand bei den Familien der Einberufenen erzeugt, der noch lange über die Zeit der Einberufung hinaus anhalte. Eine Reform der Unterstützung und eine Erhöhung der Sätze sei dringend notwendig. Genosse Brühne unterstützte diese Anregung. In dieser Frage sei Sparpolitik nicht am Platze. Unser Antrag auf Vorlegung einer Novelle behufs Erhöhung der Unterstützungssätze wurde angenommen. (96. Sitzung vom 23. Januar 1913.)

*

Beim Titel **Aufwendungen für Handel und Gewerbe** brachte Genosse Thöne die Notwendigkeit zur Sprache, durch geeignete Maßnahmen in den industriell zurückgebliebenen Gegenden die Industrie zu fördern. Es müßten billige Fracht und Verkehrsmöglichkeiten geschaffen werden, besonders durch Ausbau vorhandener Schiffahrtsstraßen und Anlegung neuer. Eine Reihe thüringischer Staaten würden durch die Schiffbarmachung der Werra sehr gewinnen. Genosse Krätzig ging bei diesem Punkte auf einen Antrag des kolonialwirtschaftlichen Komitees ein, zum Zweck der Baumwollkultur eine Million Mark zu bewilligen. Gegen den Antrag ließe sich manches einwenden, doch würden wir einverstanden sein, daß er der Budgetkommission überwiesen werde. Leider wurde Genosse Krätzig bei der Begründung seiner Anregungen fortgesetzt durch den Vizepräsidenten Paasche unterbrochen, weil die Angelegenheit bei diesem Etatstitel nach seiner Auffassung nicht behandelt werden könne. Genosse Krätzig konnte aber doch seine Ausführungen zu Ende bringen, soweit er für eine Hebung der Zustände in der Textilindustrie eintrat. Man fördere Handel und Industrie, wenn man bessere wirtschaftliche Zustände schaffe und die Lage der arbeitenden Klasse hebe. (96. Sitzung vom 23. Januar 1913.) (Siehe auch Seite 104.)

*

Zum Titel **Arbeitsnachweis** hatte Graf Posadowsky mit Unterstützung aller bürgerlichen Parteien, aber unter Ausschluß der sozialdemokratischen Fraktion den Antrag eingebracht, den Betrag für die Arbeitsnachweise im nächstjährigen Etat angemessen zu erhöhen. Genosse Thöne sprach die Zustimmung der Fraktion zu diesem Antrage aus, trotzdem man sie ignoriert habe. Keine Partei besitze auf diesem Gebiete so viel Erfahrungen wie die sozialdemokratische. Genosse Thöne ging auch auf das Wanderarbeitsstättengesetz für Preußen ein; er verlangte reichsgesetzliche Regelung dieser Frage. (Siehe auch unter Petitionen.) (96. Sitzung vom 23. Januar 1913.)

d) Reichsschulkommission.

Zum Titel Reichsschulkommission begründete Genosse Schulz die schon im vorigen Jahre von uns eingebrachte und damals vom Reichstage abgelehnte Resolution auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die Reichsschulkommission in ein selbständiges Reichsamt für das Schul- und Bildungswesen des Deutschen Reiches umgewandelt werden soll. Im vorigen Jahre sei den bürgerlichen Parteien der Antrag zu unerwartet gekommen, man habe wohl ihn auch verwechselt mit unserem Initiativantrag auf Schaffung eines Reichs-Schulgesetzes. Die jetzige Reichsschulkommission habe gar keinen Wert. Es sei notwendig sie zu einer Zentralstelle für alle Schul- und Bildungsangelegenheiten im Deutschen Reiche umzuwandeln. Soweit sich das Reich um Kulturaufgaben überhaupt bekümmere, seien die Etatstitel über den ganzen Etat verstreut. Es wäre zweckmäßig, sie unter einem Sammeltitel zusammenzufassen. Durch ein Reichsschulamt könne auch allmählich der heutigen Zerrissenheit im Schulwesen des Deutschen Reiches ein Ende bereitet werden. Ein solches Schulamt hätte der deutsche Lehrerverein des öfteren, zuletzt noch auf der Dortmunder Lehrerversammlung im Jahre 1906 verlangt.

Von den bürgerlichen Parteien wurde unser Antrag bekämpft. Genosse Schulz trat den verschiedenen Einwänden entgegen. Die Annahme unserer Resolution nehme den Einzelstaaten nichts von ihren Hoheitsrechten. Es sei auch irrtümlich, anzunehmen, daß eine solche Zentralstelle das Schulwesen schablonisieren würde.

Unsere Resolution wurde von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Nur ein freisinniger Lehrer stimmte für unseren Antrag, die übrigen Lehrerabgeordneten stimmten gegen unseren Antrag, also auch gegen den Beschluß des deutschen Lehrervereins. (96. und 97. Sitzung vom 23. und 24. Januar 1913.)

e) Kaligesetz.

Das Kaligesetz führte zu einer längeren Debatte. Das Gesetz sollte eigentlich bis zum 31. Dezember 1925 Geltung haben. Aber jetzt nach kaum 2½jähriger Dauer erklärt die Regierung, daß mit dem heutigen Gesetz nicht mehr auszukommen sei. Genosse Sachse gab unserer Genugtuung über diese Tatsache Ausdruck, weil die sozialdemokratische Fraktion schon bei der ersten Beratung des Gesetzes auf seine schweren Mängel hingewiesen habe. Wir hätten schon damals die Verstaatlichung des ganzen Kalibergbaues verlangt. Aber weder Regierung noch bürgerliche Parteien wären damals dafür zu haben gewesen. Nunmehr aber stellten sich die Schwierigkeiten heraus, die durch Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge (Verbot von Abteufungen und Einschränkung der weiteren Niederbringung von Schächten) entstanden seien. Im Interesse der Allgemeinheit, der Produzenten und Konsumenten dieses Artikels, im Interesse des ganzen Deutschen Reiches wollen wir, daß vom Reiche diese Produktion in die Hand genommen wird.

Die bürgerlichen Redner gaben die Notwendigkeit einer völligen Reform der Kaligesetzgebung zu. Nur in Preußen scheine man, wie unser zweiter Redner, Genosse Cohn ausführte, günstigere Ansichten über die Kaliindustrie zu haben. Man habe seinerzeit eine Verminderung der Werke im Auge gehabt. Aber das Gegenteil sei eingetreten: eine ganz wüste und unheimliche Vermehrung der Werke. Eine der schlimmsten Wirkungen des Gesetzes sei die Quotenjagd gewesen, die statt zu einer Konzentration, zu einer Zerstückelung und Zerteilung des Bergwerkbesitzes geführt habe. In sinnloser Weise sei Geld und Kraft verschwendet worden, weil man Kaliwerke gebaut habe, nicht um

Kali zu produzieren, sondern um Schächte in die Erde zu senken und Quoten zu erlangen. Auch die Börsenspekulation habe sich auf die Kaliindustrie geworfen. Unter diesen bedauerlichen Zuständen hätten besonders die Arbeiter leiden müssen. Bei einer Neuordnung des Kaligesetzes müsse besonders auf eine Verbesserung der Stellung der Arbeiter Rücksicht genommen werden. (97. Sitzung vom 24. Januar 1913.)

f) Seeunfälle.

Zum Titel Seeunfälle nahm Genosse Schumann das Wort. Er besprach die rechtliche und soziale Lage der seemännischen Arbeiter und verlangte eine gründliche Reform der Seemannsordnung. Notwendig sei auch die Schaffung eines Reichsschiffahrtsamtes, einer Aufsichtsinstanz, die unabhängig von den Unternehmern den Schiffsbau, die Ausrüstung und den Schiffahrtsbetrieb unter ständiger Kontrolle hielte. Die internationale Konferenz, die zur Untersuchung der Schäden und Mängel im transatlantischen Passagierverkehr eingesetzt worden sei, habe keine Vertreter der beteiligten Arbeitergruppen unter ihren Mitgliedern. Der Vorstand der Seeberufsgenossenschaft befinde sich in einem bedauerlichen Abhängigkeitsverhältnis von den Reedern. Die beste Garantie für die Sicherheit des Schiffsdienstes werde durch Erfüllung der berechtigten Wünsche der seemännischen Arbeiter gegeben. (98. Sitzung vom 25. Januar 1913.)

g) Statistisches Amt.

Zum Kapitel Statistisches Amt brachte Genosse Bender die Erhebungen des Statistischen Amts über die Arbeitszeit in den Fuhrwerksbetrieben und in dem Binnenschiffahrtsgewerbe zur Sprache. An der Hand von reichem Zahlenmaterial wies er nach, daß eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Fuhrwerksgewerbe, vor allem eine Mindestruhezeit von 10 Stunden, die Freigabe jedes dritten Sonntags, 8stündige Arbeitszeit für alle unter 18 Jahren beschäftigten Personen dringend notwendig sei. Auch für die Binnenschiffahrt seien reichsgesetzliche Bestimmungen über Sonntags- und Nachtruhe notwendig. (Siehe auch Seite 130.)

Genosse Spiegel wandte sich den Zuständen in der Schwerindustrie zu. Er bekämpfte das Verlangen der Unternehmer, die die dringend notwendigen Bundesratsverordnungen zur Beseitigung der ärgsten Mißstände verschleppen wollten, indem sie erst noch weitere statistische Erhebungen verlangen. Wenn aber noch Erhebungen gemacht werden sollten, so müßten auch die gewerkschaftlichen Organisationen mit herangezogen werden.

Genosse Feldmann verlangte statistische Erhebungen über die Lage der Steinarbeiter. Die schlimmste Berufskrankheit der Steinarbeiter sei die Lungentuberkulose. Die bestehende Bundesratsverordnung genüge nicht. Die Erhebungen würden auch zeigen, daß noch zahlreiche jugendliche Arbeiter, Kinder und Frauen zehn Stunden täglich beschäftigt würden. (98. Sitzung vom 25. Januar 1913.)

h) Reichsgesundheitsamt.

Zum Titel Reichsgesundheitsamt ging Genosse Käppler auf das von dieser Behörde erstattete Gutachten über die Arbeitsverhältnisse im Müllergewerbe ein. Auf Grund der darin festgestellten Tatsachen über die schweren gesundheitlichen Folgen der Tätigkeit im Müllereibetriebe müsse das Gesundheitsamt für eine Verbesserung der Bundesratsverordnung von 1899 sorgen. Vor allen Dingen sei volle Sonntagsruhe notwendig. (98. Sitzung vom 25. Januar 1913.)

Genosse Antrick behandelte die schlechte Lage des Krankenpflegepersonals. Die Mißstände in unseren Heilanstalten seien hauptsächlich zurückzuführen auf die unzulängliche Ausbildung, auf die zu lange Arbeitszeit, auf die schlechte Bezahlung, Beköstigung und Behausung des Pflegepersonals. Redner führte im einzelnen den Nachweis, daß in allen diesen Punkten heute noch nicht viel Besserung gegen die Zustände vor 12 Jahren, als er sie zum ersten Male kritisiert habe, eingetreten sei. Wir verlangen, daß durch eine reichsgesetzliche Regelung der Dienst- und Arbeitsverhältnisse des Dienst- und Pflegepersonals dem Raubbau an Leben und Gesundheit der Krankenpfleger Einhalt getan werde.

Genosse Jäckel machte das Reichsgesundheitsamt auf mehrere gesundheitliche Mißstände in der Textilindustrie aufmerksam. Er wies auf das sogenannte „Schiffchenküssen" in der Baumwollweberei hin. Auch bei der Kunstwollfabrikation, bei der alte Lumpen verarbeitet würden, kämen viele gesundheitliche Schädigungen der Arbeiter vor. (99. Sitzung vom 28. Januar 1913.)

Genosse Dittmann verlangte zur Reinhaltung der Flüsse den Erlaß eines Flußschutzgesetzes. Er bezog sich dabei besonders auf die Verseuchung der Wupper durch Fabrikabwässer und durch die Fäkalienabwässer großer Städte. (103. Sitzung vom 1. Februar 1913.)

Unsere Resolution zur Besserung der Arbeitsverhältnisse in der Krankenpflege wurde mit 190 gegen 118 Stimmen abgelehnt. Unsere Resolution, die eine Untersuchung der gesundheitlichen Verhältnisse der Bergarbeiter verlangt, wurde angenommen. (103. Sitzung vom 1. Februar 1913.)

i) Reichsversicherungsamt.

Zum Reichsversicherungsamt nahm Genosse Körsten das Wort. Es habe einmal eine Zeit gegeben, in der sich das Reichsversicherungsamt eines gewissen Vertrauens bei den Versicherten erfreut habe. Die Zeiten seien aber vorbei. Jetzt erfreue sich das Reichsversicherungsamt nur des Wohlwollens der Berufsgenossenschaften, aber nicht mehr des der Versicherten. Unser Genosse führte eine große Anzahl von Fällen aus der Praxis an, aus denen sich die Mangelhaftigkeit unserer Gesetzgebung ergab. Heute sei unsere Versicherung nichts anderes als eine zentralisierte Armenpflege. Mit den Beiträgen der Versicherten würde aber von der Verwaltung ein gutes Geschäft gemacht. Die Verletzten bekommen nicht einmal so viel zurück, wie jährlich einkommt. Die Ueberschüsse würden dadurch erzielt, daß man den Rentenempfängern die Renten möglichst zu kürzen versuche. (104. Sitzung 5. Februar 1913.)

Genosse Taubadel wies darauf hin, daß in den Landesversicherungsanstalten ungeheure Summen aufgestapelt werden, während auf der anderen Seite die Klagen über Erschwerung des Rentenbezugs und rigorose Entziehung von Renten fortgesetzt zunehmen. Daran trage die Regierung die Schuld, weil sie an den Zuschüssen zu den Alters- und Invalidenrenten zu sparen suche. (104. Sitzung vom 5. Februar 1913.)

Genosse Silberschmidt erkundigte sich nach dem Stand der Verhandlungen über die Verhütungsvorschriften für Eisenbaubeton-Hochbauten. Seit Jahren kämen die Verhandlungen nicht vom Fleck. Die berufsgenossenschaftlichen Revisionen der Bauten erfolgten nicht im genügenden Maße. Die Folge sei eine nicht unerhebliche Zunahme der Bauunfälle. Das Reichsversicherungsamt müsse die Berufsgenossenschaften veranlassen, mehr Aufsichtsbeamte zu stellen. (104. Sitzung vom 5. Februar 1913.)

k) Privatversicherung.

Beim Titel Privatversicherung behandelte Genosse Taubadel an der Hand einer Denkschrift über die Abonnentenversicherung die Notwendigkeit, die Abonnentenversicherung gesetzlich zu verbieten. Durch die heutige Rechtsprechung sei den Mißständen auf diesem Gebiete schwer beizukommen. (104. und 105. Sitzung vom 5. und 6. Februar 1913.)

Genosse Giebel unterzog den Erlaß des preußischen Handelsministeriums in Sachen des Heilverfahrens einer Kritik. Das Gesetz lasse es nicht zu, die Angestellten mit den ärztlichen Gebühren für Begutachtungen bei Heilverfahrenanträgen ganz oder teilweise zu belasten. Bei der Durchführung der ersten Wahlen habe das Reichsamt des Innern die nötige Unparteilichkeit vermissen lassen. Die Kruppsche Pensionskasse setze sich zuungunsten der Versicherten über die Bestimmungen des Gesetzes hinweg. Dagegen müsse der Reichstag Stellung nehmen. (105. Sitzung vom 6. Februar 1913.)

l) Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.

Zum Titel Säuglingssterblichkeit trat Genosse Büchner für vermehrten Säuglingsschutz ein. Es müsse für vermehrten Mutterschutz, für Stillprämien, für Schwangerschaftsunterstützung, für verbesserten Hebammendienst gesorgt werden. Die Hauptursache der Säuglingssterblichkeit seien die schlechten sozialen Verhältnisse, die wiederum durch die unerhörte Lebensmittelverteuerung verschlechtert würden. Die sozialdemokratische Fraktion verlange die Errichtung einer Reichsanstalt zur Bekämpfung und Erforschung der Säuglingssterblichkeit. Der Antrag wurde abgelehnt. (105. Sitzung vom 6. Februar 1913.)

m) Bekämpfung der Tuberkulose.

Beim Titel Bekämpfung der Tuberkulose verlangte Genosse Rühle die Aufwendung reicherer Mittel für vorbeugende Maßnahmen, besonders gegen die Kindertuberkulose. Der Kampf gegen die Tuberkulose könne Erfolg haben, wenn er konsequent durchgeführt werde. Die Zahlen über die Tuberkulosesterblichkeit, besonders im ersten Lebensjahre seien erschreckend hoch. (105. Sitzung vom 6. Februar 1913.)

n) Wohnungsfürsorge.

Zum Titel Wohnungsfürsorge wies Genosse Göhre auf die unbefriedigenden Verhandlungen der Budgetkommission über die Wohnungsfrage hin. Seinerzeit habe der Reichstag einmütig ein Reichs-Wohnungsaufsichtsgesetz verlangt. Die Regierung habe schon einen dieser Forderung günstigen Standpunkt eingenommen, bis von Preußen der übliche Einspruch gegen diese wie gegen jede wirkliche Reform gekommen sei. Die preußische Regierung sei in Wirklichkeit die Reichsregierung. Allerdings habe sich Preußen durch den Druck der öffentlichen und der Meinung des Reichstages inzwischen genötigt gesehen, ein eigenes Wohnungsgesetz einzubringen. Aber der preußische Entwurf sei ungenügend. Wir brauchen nach wie vor ein Reichswohnungsamt, den Ausbau des Erbbaurechts, einen organisierten Wohnungsnachweis, die Regelung des Kreditwesens für Kleinwohnungen und eine Reihe anderer reichsgesetzlicher Reformen. Der Reichstag tue deshalb gut, seine Wohnungskommission beizubehalten.

Von den konservativen Parteien wurde versucht, die Wohnungsdebatte zu einer Sozialistendebatte umzuwandeln und Preußen gegen das Reich aufzuputschen. Diesen Bestrebungen trat Genosse Ledebour entgegen. Gerade die Wohnungsfrage eigne sich zur gesetzlichen Regelung durch das Reich.

Der Reichstag nahm die Anträge der Budgetkommission, wonach in dem nächsten Etat die Summe zur Förderung der Herstellung von Kleinwohnungen erhöht werden soll und das Reich in Verbindung mit den einzelstaatlichen Regierungen unter gewissen Bedingungen die Bürgschaft für die zweiten Hypotheken der Kleinwohnungsbauten gemeinnütziger Baugesellschaften in dem Bereiche von 50 bis 90 Proz. des Gesamtwertes von Boden und Bauwerk übernimmt, einstimmig an. (106. Sitzung vom 7. Februar 1913.)

*

Kurz vor der Vertagung des Reichstags (171. Sitzung vom 27. Juni 1913) legte die Wohnungskommission dem Plenum eine Resolution (Drucksache 1020) vor, die einstimmig angenommen wurde. Von unserer Fraktion nahm dazu wieder Genosse Göhre das Wort; er bemerkte, daß die Kommission zum Unterschied gegen das Vorjahr die Forderung auf Einführung eines Reichswohnungsaufsichtsgesetzes habe fallen lassen. Um so mehr müsse der Reichstag erwarten, daß den übriggebliebenen bescheideneren Forderungen von der Regierung mehr Beachtung geschenkt würde, damit die Wohnungsfrage durch den Reichstag endlich einer Regelung entgegengeführt werde.

2. Reichsjustizverwaltung.

(107., 108. und 109. Sitzung am 8., 10. und 11. Februar 1913.)

Als erster Redner aus dem Hause nahm Genosse Cohn das Wort. Die sozialdemokratische Fraktion lehne selbstverständlich das Gehalt des Staatssekretärs ab, ebenso die im Etat geforderte neue Stelle eines Reichsanwalts beim Reichsgericht. Wir seien grundsätzliche Gegner des Instituts der Staatsanwaltschaft. Im übrigen sähen wir auch nicht die Notwendigkeit dieser neuen Forderung ein. Der Redner ging dann in ausführlicher Weise unter Anführung zahlreicher Einzelfälle und an der Hand des Aktenmaterials auf die Klassenjustiz ein. Besonders schroff äußere sich die Klassenjustiz, wenn es sich um die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter handele. Eine besondere Seite der Klassenjustiz sei die unbewußte Neigung, Interessen der Rechtspflege mit Interessen der Staatsräson zu vermischen. Daraus entstünden die schweren Strafen bei Beamtenbeleidigungen. Auch beim Strafvollzuge zeige sich die Klassenjustiz, wie der krasse Fall aus dem Ruhrrevier, als eine Mutter mit ihrem Säugling ins Gefängnis mußte, in besonders beschämender Weise gezeigt habe. Auch die Untersuchungshaft werde von der Klassenjustiz beeinflußt. In ihrer jetzigen Gestalt sei die Untersuchungshaft überhaupt nicht aufrechtzuerhalten. In der Frage der Entschädigung wegen unschuldig erlittener Untersuchungshaft sei der Justizfiskus im höchsten Maße unsozial. Unerhört sei die Spitzelwirtschaft in der Rechtspflege.

Unser zweiter Redner war Genosse Landsberg. Die Belastung des Reichsgerichts könne für uns kein Grund sein, von unserer Stellung zum neuen Reichsanwalt abzugehen. Der von konservativer Seite vorgetragene Wunsch, für Kuppler und Zuhälter die Prügelstrafe einzuführen, würde von uns selbstverständlich abgelehnt. Daß das mangelhafte Gesetz über die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft durch die Praxis noch hätte verschlechtert werden können, wäre bei der Schaffung des Gesetzes wohl kaum für möglich gehalten worden. Den freundlichen Ratschlägen bürgerlicher Redner, der deutschen Justiz mehr Vertrauen entgegenzubringen, könnten wir nicht Folge leisten. Es liege uns bei dem Vorwurf der Klassenjustiz fern, dem einzelnen Richter Beugung des Rechts vorzuwerfen. Der Sinn unseres Vorwurfs sei immer nur der, daß die Richter unfähig seien, sich von Anschauungen, von Vorurteilen freizumachen, die sie mit der Muttermilch eingesogen haben. Die große Gefahr der Rechtsbeugung aus politischer Voreingenommenheit habe auch der bekannte Reichsgerichtsrat Mittelstädt zugegeben. Der Redner zeigt an einigen krassen Fällen, wie sich die Klassenjustiz in der Praxis äußert. Solche Fälle geben uns das Recht, ja machen es uns zur Pflicht, von Klassenjustiz zu sprechen.

Als unser dritter Redner nahm Genosse Heine das Wort. Unsere Ablehnung des neuen Reichsanwalts entspringe nicht wie beim Zentrum einer Bosheitspolitik. Wir hätten noch nicht vergessen, daß die Reichsanwaltschaft unseren Kollegen Liebknecht wegen seiner Ueberzeugung habe ins Zuchthaus bringen wollen. Die sozialdemokratische Fraktion sei gegen alle Versuche, auf gesetzgeberischem Wege gegen die Unsittlichkeit und die Schundliteratur vorzugehen. Der preußische Handelsminister habe die Berggewerbegerichte in einer Weise organisiert, daß sowohl das aktive als das passive Wahlrecht der Bergarbeiter auf das schlimmste eingeschränkt, stellenweise geradezu aufgehoben worden sei. Der Reichstag müsse dem Handelsminister zu verstehen geben, daß er sich solche preußischen Uebergriffe nicht gefallen lasse. Natürlich gebe es weite Gebiete der Rechtspflege, die im großen und ganzen sachlich frei sind von dem, was wir Klassenjustiz nennen. Um so mehr herrsche sie auf den Gebieten, wo die Interessen der aufstrebenden Klassen mit denen der herrschenden Klassen zusammenstoßen, und bei denen der Richter beeinflußt werde durch seine Unkenntnis der sozialen Verhältnisse der anderen Stände und durch die Vorurteile, die Antipathien und Sympathien, die er aus seiner Klassenstellung oder Berufstätigkeit mitbringt. Auch Heine führte eine Reihe von Fällen an der Hand von Aktenmaterial an. Zum Schluß ging der Redner auf die Schwierigkeiten ein, die den Arbeiterturnvereinen in den Verwaltungsgerichten bereitet werden. Aus allen diesen Gründen bringen die Sozialdemokraten dem Justizwesen auf allen Gebieten, wo es sich um die politischen und sozialpolitischen Bestrebungen und Kämpfe handelt, das tiefste Mißtrauen entgegen.

Der von unserer Fraktion eingebrachte Antrag, den von der Regierung gewünschten sechsten Reichsanwalt zu streichen, wurde mit den Stimmen unserer Fraktion und des Zentrums angenommen.

3. Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung.

(111. bis 117. Sitzung vom 13. bis 18. Februar 1913.)

a) Generaldiskussion.

Genosse Ebert eröffnete die an den Titel Staatssekretär anknüpfende allgemeine Debatte. Der finanzielle Abschluß des Postetats sei zwar günstig wie auch in den früheren Jahren, aber zu Lobeshymnen auf die Verwaltung liege kein Anlaß vor. Der Ueberschuß werde zum großen Teil unter Mißachtung der Beschlüsse des Reichstages und im Gegensatz zu allen Grundsätzen einer vernünftigen Sozialpolitik geradezu systematisch auf Kosten des Personals, besonders der unteren Schichten, herausgewirtschaftet. Im übrigen sei der Ueberschuß auf die Verkehrssteigerung, die wiederum eine Folge der stürmischen wirtschaftlichen Entwickelung sei, zurückzuführen. Aber an dieser Entwickelung sei der Postfiskus unschuldig; eher müsse man sich wundern, daß sich die Verkehrssteigerung trotz der Abneigung der Postverwaltung gegen Verkehrswünsche durchgesetzt habe. Unser Redner trug dann eine Reihe von Verkehrswünschen vor. Den heftigsten Widerspruch fordere die Personalpolitik der Reichspostverwaltung heraus, die Beförderungsverhältnisse,

die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der gehobenen Unterbeamten und die der Schaffner und Postboten seien völlig ungenügend. Es sei unerhört, daß der Normaltagegeldsatz für Postboten nur 2 bis 3 Mk., also 2,50 Mk. durchschnittlich betrage. Das seien reine Hungerlöhne, mit denen aber heute noch 34 000 Postboten abgespeist würden. Eine Erhöhung der Bezüge der Postboten um 10 Proz. sei das Mindeste, was geschehen müsse, um wenigstens die schlimmste Notlage zu beseitigen. Einer Resolution der Budgetkommission, die die Einführung von Kinderzulagen für Reichsbeamte wünscht, stimme die sozialdemokratische Fraktion zu. Wenden sich die Beamten mit Petitionen an die Verwaltung, würdige man sie nicht einmal einer Antwort. Die Ostmarkenzulage lehnen wir ab. Dagegen verlangen wir, daß die staatsbürgerlichen Rechte der Postarbeiter und Beamten von der Verwaltung nicht mit Füßen getreten werden.

Der zweite Redner der sozialdemokratischen Fraktion war Genosse Wendel. Unsere Politik beim Postetat sei darauf gerichtet, die Postverwaltung von den Wegen bureaukratischen Drills und kapitalistischer Erwerbsgier abzudrängen. Der Beschluß der Budgetkommission, für die Unterbeamten eine höhere Summe in den Etat einzustellen, würde von der Regierung mit staatsrechtlichen Tüfteleien bekämpft, aber davon könnten die Beamten nicht satt werden. Den Damten müsse sofort geholfen werden. Die Konservativen stellten für die Beamten das Prinzip der Staatsleibeigenschaft auf. Wir verlangten demgegenüber die grundsätzliche Freigabe der politischen Ueberzeugung für die Beamten. In Frankreich wüßten sich die Postbeamten ihr Vereinigungsrecht zu wahren, die deutschen Beamten seien leider weniger selbstbewußt, hätten sie doch die Möglichkeit eines Beamtenstreiks sogar für eine Beleidigung erklärt. Bureaukratie und Drill seien im Postwesen nicht am Platze. Das hindere den notwendigen Fortschritt. Gewiß könne sich die deutsche Reichspost in manchen Dingen sehen lassen, aber in vielen anderen Dingen hinke sie hinter der Post anderer Länder her. Das Welteinheitsporto müsse gefordert werden, ferner die Internationalisierung der Post. Eine Ermäßigung der Telephongebühren für die Presse im Inlands- und Auslandsverkehr sei dringend notwendig. Die Ostmarkenzulage sei eine politische Korruptionsprämie und würde energisch von uns bekämpft.

Als dritter Redner unserer Fraktion nahm Genosse Zubeil das Wort. Die Forderungen, die die Budgetkommission und der Reichstag zugunsten der Postbeamten stellten, seien das Minimalste, was verlangt werden könne. Die sozialdemokratische Fraktion warte ab, ob die bürgerlichen Parteien zwischen der zweiten und der dritten Lesung festbleiben oder wie üblich umfallen. In ausführlicher Weise trug unser Redner sodann zahlreiche Beschwerden aus dem Postdienste vor. Das Material gehe uns alljährlich in großen Massen aus allen Teilen Deutschlands und aus allen Kreisen der Beamten zu. Die Löhne der Beamten und Arbeiter hätten mit der Steigerung der Lebensmittelpreise nicht Schritt gehalten, vor allen Dingen müßten ihnen die Sonn- und Feiertage bezahlt werden. Die Lage der Postbausekretäre bedürfe dringend einer Besserung. Unter den Reichspostbeamten seien die Post- und Telegraphengehilfinnen die einzigen, die nach ihrer langen Dienstzeit nicht lebenslänglich angestellt würden. Der Zustand müsse beseitigt werden. Die Markenverkäuferinnen würden zu schlecht bezahlt. Bei Ausschüttungen von Gratifikationen erhielten die hohen Beamten immer den größten Anteil. Die Krankenkassen seien in der Hand der Reichspostverwaltung nicht gut aufgehoben. Es bestehe keine Spur von Selbstverwaltung. Der Redner ging dann auf eine Reihe von Mißständen in verschiedenen Postbezirken und Postämtern

ein. Es sei keine angenehme Aufgabe, alljährlich so viele Beschwerden vorzutragen. Aber im Interesse der Postbeamten müsse er sich dieser Pflicht unterziehen.

b) Einzelberatung.

In der Einzelberatung brachte Genosse Antrick **Mißstände** in der Oberpostdirektion Braunschweig zur Sprache; Genosse Böhle rügte Mißstände in den Straßburger Postämtern; Genosse Sachse stellte fest, daß entgegen einer von ihm im Vorjahre geäußerten Vermutung, Postbeamte des Ruhrreviers sich nicht zu Denunziantendiensten gegen den Steigerverband hätten mißbrauchen lassen.

Beim Titel **Ostmarkenzulage** bekämpfte Genosse Ledebour diese politische Korruptionszulage. Preußen habe sie im Gegensatz zur Politik des Reichstages eingeführt. Wenn jetzt Unannehmlichkeiten für die Beamten entständen, müßten sie sich bei den preußischen Hakatisten bedanken. Wenn neuerdings eine Verschärfung der Gegensätze in den Ostprovinzen eingetreten sei, so trage daran auch wieder die preußische Enteignungspolitik die Schuld. Gerade die Sozialdemokraten verträten den echt nationalen Gedanken, wenn sie nicht Gelder zur Bekämpfung fremder nationaler Völkerschaften, die in Deutschland einverleibt seien, bewilligten. Wenn Fichte, der große Patriot, die heutige Ostmarkenpolitik erlebt hätte, würde er sich solcher Sorte Patriotismus schämen. Genosse Wendel trat den Fortschrittlern entgegen, die aus früheren Gegnern der Korruptionszulage langsam zu ihren Befürwortern geworden seien. In zwei namentlichen Abstimmungen wurden Anträge, die die Wiederherstellung der Ostmarkenzulage verlangten, abgelehnt.

Genosse Haberland wünschte eine **Reform des Krankenkassenwesens**; vor allen Dingen müsse Selbstverwaltung gewährt werden, ferner seien die Leistungen zu erhöhen. Er und Genosse Taubadel brachten außerdem noch eine Reihe örtlicher Wünsche zur Sprache.

Die Genossen Zubeil und Noske wiesen an der Hand von Petitionen die Notwendigkeit nach, daß die **Lage der Telegraphenarbeiter und Handwerker** dringend einer Aufbesserung bedürfe.

Bei der Abstimmung wurden die von der Budgetkommission vorgeschlagenen Anträge und Resolutionen angenommen. Besonderer Erwähnung verdient eine Resolution, durch die die Regierung aufgefordert wird, noch bis zur dritten Lesung einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Besoldung der Postassistenten und Unterbeamten vorzulegen. (Siehe auch Seite 141.)

c) Denkschrift über die Beamtenorganisation der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

(86. und 87. Sitzung vom 9. und 10. Januar.)

Außerhalb des Rahmens der Etatsberatung äußerte sich der Reichstag zu einer von der Reichspostverwaltung auf Wunsch des Reichstages vorgelegten Denkschrift über eine Neuorganisation des Beamtenkörpers der Reichspost. Es handelt sich also nicht um den Begriff Organisation im Sinne der modernen Arbeiterorganisation, zu welcher irrtümlichen Auffassung die Ueberschrift Anlaß geben könnte, sondern um die technische Organisation der Beamtenschaft innerhalb des Postdienstes.

Die Stellung unserer Fraktion zur Denkschrift brachte Genosse Ebert zum Ausdruck. Er erklärte die Vorschläge der Denkschrift für durchaus ungenügend. Die dringend notwendige Neuorganisation lehne die Denkschrift kurzerhand ab, da sich die alte Organisation angeblich bewährt habe. Der

Archiv der Sozialen Demokratie Bonn

leitende Gedanke der Denkschrift sei, wie am besten die Personalausgaben zugunsten des Reichssäckels eingeschränkt werden könnten. Besonders die Unterbeamten müßten deshalb enttäuscht sein, sie kämen bei den geplanten Aenderungen am schlechtesten weg. Die Einrichtung der sogenannten gehobenen Stellen habe sich nicht bewährt; die vielen Befähigten in dem großen Heere der 120 000 Unterbeamten hätten keine Möglichkeit, jemals vorwärts zu kommen. Es müßten Maßnahmen getroffen werden, die das Aufrücken bis in die höchsten Stellen des Postdienstes nach der Befähigung ermöglichten. Mindestens müßte allen Unterbeamten durch bessere Vorbildung die Möglichkeit zum Aufstieg in die mittleren Beamtenstellen möglich gemacht werden. Daneben seien die Besoldungsverhältnisse zu bessern. Gegen die in der Denkschrift angekündigte vermehrte Heranziehung von weiblichem Personal hätten wir zwar nichts, verlangten aber, daß die Frauen bei gleichen Leistungen auch gleiche Bezahlung erhielten, nicht aber sollte durch das weibliche Personal nur an Besoldung gespart werden. Ersparnisse solle man lieber bei der Organisation des höheren Dienstes machen. Vollbefriedigt von der Denkschrift könne nur das Reichsschatzamt sein, da durch die vorgesehene Ersparung von Personalausgaben der Ueberschuß der Postverwaltung erhöht werde. Genosse Ebert beantragte die Ueberweisung der Denkschrift an die Budgetkommission, welchem Antrage sich die bürgerlichen Parteien anschlossen.

4. Reichseisenbahnamt.

(117. und 118. Sitzung vom 20. und 21. Februar 1913.)

Das Reichseisenbahnamt, das eigentlich als Kontrollinstanz des Reiches über das einzelstaatliche Bahnwesen dienen soll, erfüllt diese Aufgabe nur in ganz ungenügender Weise. Der preußische Eisenbahnfiskus ist viel zu selbstherrlich, als daß er sich von dem Reichsamt in seine Angelegenheiten dreinreden ließe. Dennoch benützt unsere Fraktion diese Etatsposition, um ihre Wünsche über das Eisenbahnwesen vor dem Reichstage und damit vor der Oeffentlichkeit zur Sprache zu bringen.

Genosse Hasenzahl bemängelte, daß ein Wunsch des Reichstages im Vorjahre auf Vorlegung einer Denkschrift über die Ergebnisse des Staatswagenverbandes noch nicht erfüllt sei. Es scheine in dieser Lässigkeit die Abneigung gewisser Kreise gegen eine weitere Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens zum Ausdruck zu kommen. Vor allem wolle der preußische Eisenbahnminister von einer weiteren Vereinheitlichung nichts wissen. Die Sozialdemokratie verlange demgegenüber Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich. Der heutige Partikularismus im Eisenbahnwesen sei dem Verkehr hinderlich. Der Reichstag habe im vorigen Jahre durch eine Resolution auch eine reichsgesetzliche Dienst- und Ruhezeit des deutschen Eisenbahnpersonals verlangt. Der Bundesrat habe sich dagegen ausgesprochen. Es sei aber angesichts der schlechten Löhne und Arbeitsverhältnisse im Eisenbahndienst dringend notwendig, daß durch Reichsgesetz Minimalbestimmungen geschaffen würden.

Genosse Stolle schärfte dem Reichseisenbahnamt die Pflicht ein, sich mehr als bisher als Aufsichtsbehörde über sämtliche deutsche Eisenbahnen zu fühlen. Dazu sei es nach der Reichsverfassung verpflichtet. Redner schildert die schweren Verkehrsstockungen, die im vorigen Jahre in Sachsen aus Anlaß des Kaisermanövers eingetreten seien. Es müßten mehr Betriebsmittel eingestellt werden, die Tarife seien herabzusetzen, die Sicherheit auf den Bahnen müsse erhöht werden; es kämen noch viele Unfälle vor, die meistens auf die Ueberbürdung des Personals zurückzuführen seien.

Genosse Fischer-Hannover regte an, daß auf allen deutschen Eisenbahnen in den Schnell- und Eilzügen Wagen vierter Klasse geführt würden. Die vierte Klasse bringe große Einnahmen, werde aber stiefmütterlich behandelt.

5. Verwaltung der Reichseisenbahnen.

(121. und 122. Sitzung vom 27. und 28. Februar 1913.)

Die Eisenbahnen Elsaß-Lothringens befinden sich in der Verwaltung der preußischen Eisenbahnen, unterstehen aber nicht dem preußischen Landtag, sondern dem Reichstage, so daß die besonderen Eisenbahnwünsche der Reichslande alljährlich im Reichstage zur Sprache gebracht werden. Da der preußische Eisenbahnminister zu diesem Etat im Reichstage zu erscheinen hat, kann ihm bei der Kritik der elsaß-lothringischen Bahnen zugleich auch manches nützliche Wort über die preußischen Verhältnisse gesagt werden.

Genosse Fuchs stellte fest, daß der Etat der Reichseisenbahnen ähnlich dem der Post seit Jahren immer größere Ueberschüsse abwerfe. Aber die Ueberschüsse würden zum größten Teil durch eine Sparpolitik herbeigeführt, bei der Leben und Gesundheit der unteren Beamten und Arbeiter die Kosten zu tragen hätten. Die Pflege einer wirklichen Sozialpolitik und die Achtung vor den staatsbürgerlichen Rechten der Arbeiter suche man in der Verwaltung der Eisenbahnen vergebens. Die wichtigsten und berechtigtsten Forderungen des elsaß-lothringischen Volkes in bezug auf den Verkehr blieben unberücksichtigt. Die Erbauung neuer Bahnen gehe nur in langsamem Tempo vor sich. Im einzelnen schildert Redner die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Betriebe der Reichseisenbahnen. Ueber die Wünsche des Personals gehe man rücksichtslos hinweg. Von der Akkordarbeit könne sich die Verwaltung nicht trennen, die Rechte der Arbeiterausschüsse seien zu gering. Das Koalitionsrecht werde den Arbeitern, Beamten und technischen Angestellten vorenthalten.

Der preußische Eisenbahnminister ging in der ihm eigenen selbstbewußten Art über die Beschwerden hinweg. Nach seiner Meinung geschehe alles mögliche zum Nutzen und zur Freude der Arbeiterschaft.

Ihm antwortete Genosse Peirotes. Es sei preußischer Geist, der das elsaß-lothringische Bahnwesen leite, aber diesen Geist liebe man in Elsaß-Lothringen nicht. Die Rentenberechnung der Reichseisenbahn würde erheblich günstiger sein, wenn nicht die kostspieligen strategischen Bahnen in die Berechnung mit einbezogen würden. Man möge in Zukunft den Etat ohne diese Verschleierung aufstellen. Dringend notwendig sei ein Ausbau des Bahnnetzes. Ferner wünsche man die Einlegung von Wagen vierter Klasse in die Eilzüge und eine Verbesserung der Wagen vierter Klasse. Den Forderungen der Arbeiter und Beamten müsse mehr Rechnung getragen werden. Der Minister, der bei den Arbeitern keine Politik dulden wolle, habe nichts dagegen, wenn von bürgerlichen Parteien in den Werkstätten politische Agitation getrieben würde. Auch der Minister selbst treibe politische Agitation, wenn auch leider nur eine antisozialdemokratische, innerhalb der Arbeiterschaft.

Unsere Resolution, in den nächstjährigen Etat für die nichtetatsmäßigen Beamten und sämtliche Arbeiter der Reichseisenbahnen eine Erhöhung ihrer Bezüge von 10 bis 15 Proz. einzustellen, wurde abgelehnt, eine zweite Resolution unserer Fraktion, die den Wunsch ausspricht, daß den Arbeitern der Verwaltung der Reichseisenbahn für die Wochenfeiertage der Lohn gezahlt wird, wurde angenommen.

6. Marine.

(123. bis 125. Sitzung vom 1., 3. und 4. März 1913.)

a) Generaldiskussion.

Unser erster Redner war Genosse Vogtherr. Er ging aus von dem vom Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz in der Budgetkommission aufgestellten Verhältnis der deutschen zur englischen Marine, das in den Zahlen 10 zu 16 seinen Ausdruck findet. Die frohen Hoffnungen, die man daran geknüpft habe, als ob nun endlich ein Stillstand in den Flottenrüstungen eintreten würde, werden sich leider nicht erfüllen. Das Verhältnis von 10 zu 16 ermögliche in beiden Ländern nach wie vor eine unbegrenzte Steigerung der Rüstungsausgaben. Wenn gegenwärtig keine neue Flottenvorlage vorgelegt werde, so liege das daran, daß zurzeit andere Militärforderungen im Vordergrunde ständen, so Forderungen für die Luftflotte und die angekündigte Heeresvorlage. Daß auch die Diplomatie jetzt endlich dahinter gekommen sei, daß uns mit England gleiche Interessen verbinden, sei an sich erfreulich. Die Arbeiter beider Länder wüßten das schon lange und legten Wert darauf, daß die gemeinsamen Kulturinteressen mehr in den Vordergrund gestellt würden. Durch die Flottentreibereien in Deutschland seien die beiden Völker in das bisherige feindselige Verhältnis hineingedrängt worden. Scharf wandte sich der Redner gegen die zum Bau eines Ersatzschiffes für das Kaiserschiff „Hohenzollern" geforderte erste Rate von 5 Millionen Mark. In der heutigen Zeit solle man dem Volke nicht solche überflüssigen Luxusausgaben zumuten. Zum Schluß wandte sich unser Redner gegen die Maßregelungen von sozialdemokratischen Arbeitern durch die Marineverwaltung.

Als unser zweiter Redner sprach Genosse Noske. Die Ausgaben für die Flotte seien im letzten Jahrzehnt in einem geradezu rasenden Tempo gestiegen. Die bedauerliche Folge sei, daß für sozialpolitische Zwecke in Deutschland immer weniger Geld zur Verfügung stehe. Gewiß seien Mehrausgaben durch technische Fortschritte notwendig geworden. Doch die Kapitalisten der verschiedenen Länder sorgten immer schnell dafür, daß ein technischer Fortschritt in einem Lande schnellstens auch in den anderen Ländern bekannt werde. Das erhöhe den beiderseitigen Profit. Für das deutsche Volk stellt der gegenwärtige Flottenetat mit seiner Ausgabe in Höhe von weit über 400 Millionen Mark eine kolossale Belastung dar. Im einzelnen wandte sich unser Redner gegen die auf verschiedenen Kriegsschiffen veranstalteten Sammlungen für die Nationalflugspende, gegen die hohen Kosten, die das Reich für Betriebsmaterial und Panzerplatten zahlt, gegen den hier und da verhängten Marineboykott, gegen die Beeinträchtigung der Deckoffiziere, gegen die Mißbräuche in der Frage der Bordabzüge und der Tafel- und Messegelder. Ihren Protest gegen die Rüstungstreiberei, die der imperialistischen Raubsucht der herrschenden Klassen entspringe, bringe die sozialdemokratische Fraktion dadurch zum Ausdruck, daß sie wie immer den Flottenetat ablehne.

b) Einzelberatung.

Bei den **Bekleidungsämtern** trug Genosse Albrecht erneut Beschwerden darüber vor, daß die Bekleidungsstücke in der Heimindustrie von Frauen zu sehr niedrigen Löhnen hergestellt würden. Aber auch auf den Bekleidungsämtern herrschen schlechte Zustände. Von 70 gelernten Arbeitern auf dem Bekleidungsamt in Kiel hätten in den letzten vier Jahren 18 Mann auf Grund der Invalidenversicherung in die Lungenheilstätten geschafft werden müssen.

Beim Kapitel Werften übte Genosse Brandes wie im Vorjahre Kritik an den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der großen Zahl von Arbeitern, Angestellten und Beamten der Werften. Man habe die von ihm mitgeteilten Tatsachen zu bestreiten versucht. Aber sein Material sei unantastbar. Unser Redner brachte wieder eine große Zahl von Mißständen zur Sprache. Arbeiterausschußmitglieder würden gemaßregelt. Gegen die jugendlichen Arbeiter, die die „Arbeiterjugend" abonniert hätten, würde mit Tagesbefehlen vorgegangen. Den Beamten seien Kollektiveingaben verboten, die Reduzierung der Akkordpreise veranlasse die Leute zu noch größerem Kräfteverbrauch als bisher und steigere die Krankenziffer. Sehr viel würde über Ueberarbeit geklagt, die Urlaubserteilung sei ungenügend, die Feiertage würden nicht bezahlt. Wenn die kaiserlichen Werftbetriebe Musteranstalten werden sollten, müßten noch viele Verbesserungen durchgeführt werden.

Gegen die Antwort des Staatssekretärs auf diese Kritik und die Auslassungen bürgerlicher Redner wandte sich Genosse Legien. Wenn dem Staatssekretär die Kritiken unangenehm seien, so gäbe es ein einfaches Mittel, sie zu vermeiden: er brauche nur für gute Arbeitsverhältnisse zu sorgen. Gewiß sei manches im Laufe der Jahre besser geworden, aber das sei gerade eine Folge der fortgesetzten Kritik der Sozialdemokraten. Wenn der Staatssekretär „sozialdemokratische Agitatoren" von der Werft fernhalten wolle, so werde ihm das nicht gelingen. Wie komme er überhaupt dazu, sozialdemokratische Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung zu Staatsbürgern zweiter Klasse zu machen? Verständige Privatunternehmer seien längst zu der Ueberzeugung gekommen, daß sozialdemokratische Arbeiter die besten seien. Die Verordnung wegen der Jugend sei vollkommen unangebracht. Gerade die Sozialdemokraten wollten, daß die jugendlichen Arbeiter sich nicht vor der Zeit mit politischen Dingen beschäftigten. Im übrigen werde gerade in bürgerlichen Vereinen politische und religiöse Verhetzung getrieben. Die Löhne seien trotz gelegentlicher Lohnsteigerungen noch viel zu niedrig. Wenn trotzdem die Arbeiter sich nach Arbeit auf den Werften drängen, so sei daran die große Arbeitslosigkeit schuld.

7. Reichskolonialamt.

(125. bis 129. Sitzung vom 4., 6., 7., 8. März 1913.)

a) Generaldiskussion.

Genosse Henke nahm als unser erster Redner das Wort. Er ging von der Ansiedelungsfrage aus. Die Hoffnungen, die auf die Ansiedelung gesetzt worden seien, hätten sich nicht erfüllt. Es liege im Wesen der kapitalistischen Kolonialpolitik, die Eingeborenenkulturen zu zertrümmern und die Ackerbauer zu enteignen. Die sozialdemokratische Fraktion sei im Gegenteil für die Förderung der Eingeborenenkultur. Auch die ungesunden Verhältnisse in Ostafrika sprechen gegen die Besiedelungsmöglichkeit durch Europäer. Daß richtig geförderte Eingeborenenkulturen gut gedeihen, berichte auch die neueste Denkschrift des Kolonialamts. Gegen die angebliche Arbeitsscheu der Eingeborenen könne man eine Reihe von Urteilen sachverständiger Leute anführen. Das schlimmste sei die Ausrottung der Eingeborenen durch die ewigen Kämpfe. In der Budgetkommission sei mitgeteilt worden, daß in den letzten zwanzig Jahren nicht weniger als 150 000 Menschen in den Kolonien erschossen oder infolge von Krankheiten zugrunde gegangen seien. Demgegenüber sei durch Einführung von chinesischen oder indischen Kulis die Arbeiterfrage in den Kolonien nicht zu lösen, sondern in erster Linie durch eine vernünftige Eingeborenenkultur. In der Mischehenfrage müsse sich der Reichstag die Kritik verbitten, die der Staatssekretär gelegentlich seiner Reisen in den Kolonien

an der Stellung des Reichstages geübt habe. Die kapitalistische Kolonialpolitik werde von der Sozialdemokratie nach wie vor auf das schärfste bekämpft werden.

Unser zweiter Redner war Genosse Noske. Er wies zunächst dem bekannten Reichsverbändler und Generalleutnant von Liebert nach, daß er sich an faulen Kolonialgründungen beteiligt habe. Die Periode der Kolonialphantasterei des Bürgertums habe anscheinend ihr Ende erreicht. Die Hoffnungen auf eine glänzende Entwickelung der Kolonien seien zuschanden geworden. Wenn die Einnahmen einzelner Schutzgebiete sich erhöht hätten, sei das auf die steigende Leistungsfähigkeit der Eingeborenen zurückzuführen. Für die Förderung der Baumwollkultur in den Kolonien sei die Sozialdemokratie von jeher eingetreten. Die Not an Arbeitskräften in den Kolonien könne man nur durch wohlwollende Erziehungsmethoden, nicht durch eine Art Halbsklaverei beseitigen. In Südwestafrika habe sich das Verbrechen, das durch die Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung verübt worden ist, empfindlich gerächt. Aus diesen und ähnlichen Gründen sei es begreiflich, daß sich die Rassengegensätze in Südwestafrika zugespitzt hätten. Die Justizpflege in den Kolonien lasse noch viel zu wünschen übrig. Ebenso der Strafvollzug. Für Kulturaufgaben, Eisenbahnbau, Selbstverwaltung, Schulzwecke und ähnliche Aufgaben müsse noch viel mehr getan werden als bisher.

Genosse Weill ging auf die Frage der Konzessionsgesellschaften ein. Er konnte interessante Materialien über die Beziehungen der Gesellschaften Deutschlands und Frankreichs zueinander mitteilen und aufdecken, wie das große Finanzkapital mit den politischen Agenten und den Beamten der Regierungen zusammenarbeitet. Die deutsche Regierung hätte diese Bestrebungen, die im Gegensatz zu der Haltung der Parteien des Reichstages und zu den Erklärungen der Regierung stehen, nicht unterstützen dürfen. Besonders interessant sei es, daß ein eifriger Fürsprecher dieser Bestrebungen in Deutschland und Paris der deutsche Reichstagsabgeordnete Semler gewesen sei. Dabei habe sich Herr Semler noch besonders auf seine Eigenschaft als Berichterstatter des Etats des Reichskolonialamts berufen.

b) Einzelberatung.

Beim Titel **Ostafrika** ging Genosse Krätzig auf die Baumwollfrage ein. Es sei das eine Frage von großer Kompliziertheit, dennoch würde mit staunenswerter Oberflächlichkeit darüber geredet. Die Sozialdemokratie bringe der Baumwollkultur in den Kolonien lebhaftes Interesse entgegen, namentlich, wenn es dadurch gelinge, der eingeborenen Bevölkerung durch eigene Kulturen eine unabhängige Existenz zu schaffen. Gerade der Baumwollbau eigne sich zur Förderung der Eingeborenenkultur. Dadurch würden auch die Preise für Rohbaumwolle ermäßigt werden. (Siehe auch Seite 91.)

Beim Etat für **Kamerun** kam Genosse Weill noch einmal auf die Konzessionsgesellschaften zurück. Der Staatssekretär habe zwar in der Theorie seine Antipathie gegen die Konzessionsgesellschaften zum Ausdruck gebracht, aber er solle sich zum entschiedenen Kampf gegen diese Gesellschaften aufraffen. Wenn der Abgeordnete Semler sich von dem Referat über den Etat des Reichskolonialamts freiwillig nicht trennen könne, so habe der Reichstag die Pflicht, ihm dabei zu Hilfe kommen. Genosse Ledebour unterstützte diese Ansicht. Herr Semler habe seine Stellung hier im Hause und in der Budgetkommission dazu benutzt, um Maßregeln zu befürworten, deren Durchführung seiner Gesellschaft Südkamerun zugute kommen mußten. Wir Sozialdemokraten würden Herrn Semler als Referenten des Kolonialamts in Zukunft aufs schärfste bekämpfen.

Beim Etat für **Südwestafrika** ging Genosse Quessel auf die Redner ein, die einen von ihm in den „Sozialistischen Monatsheften" veröffentlichten Aufsatz gegen die Partei ausgenutzt hätten. Gewiß gingen bei uns die Meinungen darüber auseinander, ob die Möglichkeit zivilisatorischer Kolonialpolitik schon jetzt vorliege. Sein Freund Henke beurteile diese Möglichkeit pessimistisch, während er selbst zum Optimismus geneigt sei. Aber in der Frage: Eingeborenenkultur oder Plantagenbetriebe? gäbe es keine Differenzen bei uns. Genosse Quessel ging dann auf die südafrikanische Viehzucht, auf die Frage des Fleischexports und eine Reihe anderer Einzelfragen der Kolonialpolitik ein. Sehr bedauerlich sei der vollständige Mangel jeder sozialen Fürsorge für die weißen Arbeiter in den Kolonien.

Genosse Hoch ging auf die Diamantenfrage in Südwestafrika ein, Genosse Schöpflin sprach für den Schutz wertvoller Vögel in den Kolonien.

In einem Nachtragsetat wurden 10 Millionen Mark für die Begründung einer Landwirtschaftsbank in Deutsch-Südwestafrika verlangt. Genosse Noske erklärte dazu, daß es bei der Finanzlage des Reiches scharf zu mißbilligen sei, wenn über die Tatsache im Reichstag glatt hinweggegangen werde, daß schon wieder Millionen von Mark für einen unsicheren Zweck hinausgeworfen werden sollten. Die Sozialdemokratie mache eine solche unverantwortliche Finanzgebarung nicht mit.

8. Etat des Reichstags.

(132. Sitzung vom 5. April.)

Von nationalliberaler Seite wurden bei diesem Etat die unwürdigen Verhältnisse zur Sprache gebracht, die für die Reichstagsabgeordneten in dem heutigen Modus der Freikarten liege. Ferner befürwortete die nationalliberale Partei eine Resolution, wonach die Wahlprüfungen dem Reichstage entzogen und einem Gerichtshof überwiesen werden sollen.

Von unserer Fraktion äußerte sich Genosse Stücklen zu den Anregungen. Auch er kritisierte die unwürdige Lage, in der sich der Reichstag dem Bundesrate gegenüber befinde. Die Schuld an der Behandlung des Reichstages liege aber bei den bürgerlichen Parteien. Im weiteren sprach sich Genosse Stücklen gegen die nationalliberale Resolution wegen der Wahlprüfungen aus. Die Verfassung des Reiches bestimme: „Der Reichstag prüft die Legitimationen seiner Mitglieder selbst." Dieses außerordentlich wichtige Recht dürfe sich der Reichstag nicht verkürzen lassen. Der Reichstag möge lieber die Methode der Wahlprüfungen bessern.

Auch die Genossen Richard Fischer und Bernstein sprachen sich dagegen aus, daß der Reichstag seine Rechte preisgäbe und sie einem Juristenkollegium übertrage. Bei der „Unabhängigkeit" unserer heutigen Richter würde der Reichstag nur vom Regen in die Traufe kommen.

9. Auswärtiges Amt.

(139. bis 141. Sitzung vom 14., 15., 16. April 1913.)

Zur Eröffnung der Debatten über die auswärtige Lage gab der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Jagow eine kurze Erklärung ab, aus der zur Beurteilung der politischen Lage nicht allzuviel zu entnehmen war. Im wesentlichen beschäftigte sich die Erklärung mit der Balkanfrage.

Unser erster Redner, Genosse Bernstein, knüpfte an diese Darlegung des Staatssekretärs an und gab eine Uebersicht über die Orientpolitik vom Standpunkte der Sozialdemokratie. Daß es jetzt zum Balkankrieg ge-

kommen sei, hätte Oesterreich durch die Annexion Bosniens und Italien durch die Eroberung von Tripolis bewirkt. Dagegen hätten die Sozialdemokraten der Balkanstaaten gegen den Krieg protestiert. Die Türkei könne sich jetzt nur regenerieren, wenn nicht die Mächte mit ihrer Interessenpolitik von neuem das Spiel verdürben. Die Türkei müsse dringend angehalten werden, die armenische Frage zu regeln. Rumänien müsse gezwungen werden, endlich den Artikel 44 des Berliner Vertrages zu respektieren und den jüdischen Landesangehörigen die Gleichberechtigung zu geben. Zur Republik China solle Deutschland möglichst schnell in ein gutes Verhältnis zu gelangen versuchen. Daß endlich gute Beziehungen zwischen England und Deutschland hergestellt seien, sei erfreulich. Um so unberechtigter seien die wahnsinnigen Flottenrüstungen. Auch mit Frankreich müßten wir zu einem ehrlichen Frieden gelangen. Die etwaigen Gegensätze zwischen Germanentum und Slaventum würden durch unsere Ostmarkenpolitik genährt. Ebenso falsch sei unsere Politik in den Nordmarken und in Elsaß-Lothringen. Unerhört seien die polizeilichen Eingriffe gegen sozialdemokratische Friedensdemonstrationen in Deutschland. Gerade die Arbeiterdemokratien in allen Ländern wollten den ehrlichen Frieden.

In die Beratungen über das Auswärtige Amt fielen die Vorgänge in Nancy. Unser zweiter Redner, Genosse Ledebour, bemerkte dazu, daß diese bedauerlichen Ausflüsse von Chauvinismus in erster Linie auf die deutsche Heeresvorlage zurückzuführen seien. Eine schlimme Sorte von Chauvinismus gäbe es auch in Deutschland. Viel unverantwortlicher als die Roheiten einiger chauvinistischer Schreier in Frankreich seien die Maßnahmen, die sich der preußische Polizeiminister gegen unseren französischen Parteigenossen Compère-Morel, der als Redner für die Verständigung der beiden Nationen nach Deutschland gekommen sei, herausgenommen habe. Unser auswärtiger Dienst sei recht mangelhaft. Der Konsulardienst müsse ausgebaut werden und allmählich den diplomatischen Dienst ersetzen. In der Balkanpolitik müsse Deutschland auf Reformen in Armenien drängen. Dagegen könne die Abtretung von Silistria, das zum größten Teil bulgarisch sei, an Rumänien nicht gebilligt werden. Die russische Auslandspolitik, besonders ihr Eingreifen in die Balkanwirren, sei nach wie vor eine Gefahr für den Frieden. Deutschland müsse für Nationalitätentoleranz in der ganzen Welt eintreten. Wenn nicht früher, so werde dieser Grundsatz mit dem Siege des Sozialismus zum Durchbruch gelangen.

Genosse Weill ging gleichfalls noch einmal auf die Vorgänge in Nancy ein. In dieser französischen Grenzstadt sei der Nationalismus allerdings besonders lebendig. Die Ursache sei hauptsächlich die elsaß-lothringische Politik Deutschlands. Man solle Elsaß-Lothringen volle Selbstverwaltung gewähren.

In der Einzelberatung brachte der Abgeordnete Liebert einen Fall unglaublicher Behandlung deutscher Schiffsjungen durch den Kapitän und später durch deutsche Konsulate zur Sprache. Genosse Molkenbuhr nahm hierzu das Wort, um festzustellen, daß unsere Konsuln bei einem Streit zwischen Schiffsleuten und Reedern in der Regel sich auf die Seite des Reeders stellten. Daß Schiffsjungen noch in solcher unglaublichen Weise behandelt werden könnten, liege an der Mangelhaftigkeit der deutschen Seemannsordnung.

10. Reichskanzler.

(141. Sitzung vom 16. April 1913.)

Genosse Gradnauer benutzte den Etat des Reichskanzleramts, um eine kritische Uebersicht über die innere Politik Deutschlands zu geben. Der Reichskanzler allein sei natürlich nicht schuld an der Stagnation unserer politischen Zustände. Die Hauptschuld trügen die bürgerlichen Parteien, besonders die Nationalliberalen. Man wisse noch nicht, wie der Reichskanzler in der Jesuitenfrage zu handeln gedenke. Vermutlich sei angesichts der kommenden Wehrvorlage ein Handelsgeschäft im Gange: Soldaten gegen Jesuiten. Daß wir endlich in der Frage der Wahlurnen einen Schritt vorwärts gekommen seien, sei in erster Linie der Sozialdemokratie, besonders den Enthüllungen über den Bittgang Delbrücks zu Dallwitz, zu danken. Auch einige andere Fortschritte kleinerer Art seien zu verzeichnen. Aber wirkliche ernsthafte, wertvolle Reformen, besonders solche sozialpolitischer und politischer Art kämen nicht zustande. Die Altersgrenze bei der Altersversicherung sei noch immer nicht herabgesetzt, das Koalitionsrecht werde nach wie vor mißhandelt, das Versammlungs- und Vereinigungsrecht werde fortgesetzt von den Polizeibehörden bedroht. Für die Erleichterung der schweren wirtschaftspolitischen Lasten des Volkes geschähe nichts, die Regierung halte krampfhaft an der Zoll- und Grenzsperrpolitik fest, Deutschland werde nach wie vor von der in Preußen herrschenden Junkerkaste regiert. Das preußische Volk befinde sich in der Rechtlosigkeit des preußischen Dreiklassenwahlsystems. Der Reichstag werde nur als Bewilligungsmaschine betrachtet, die Initiativanträge behandele die Regierung mit der denkbar größten Nichtachtung, der Reichstag werde möglichst spät einberufen. Notwendig sei vor allen Dingen eine Verbesserung des Reichstagswahlrechts im Sinne des Verhältniswahlsystems mit einer entsprechenden Neuordnung der Wahlkreise.

Unser zweiter Redner, Genosse Hüttmann, begründete unseren Antrag auf Aenderung des Reichstagswahlrechts. Er wies besonders die Neuordnung der Wahlkreise durch Zahlenmaterial über die Verschiebung der Bevölkerung nach. Durch die Verhältniswahl sollten auch die Minderheiten der Wählerschaft im Reichstag eine Vertretung finden. Wenn der Reichskanzler in seiner Erwiderung auf Gradnauers Ausführungen die Sozialdemokratie als religionsfeindlich hingestellt habe, so beweise er damit nur, daß er die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion von ihrer Stellung zur Kirche nicht zu unterscheiden wisse. Unser Redner behandelte sodann den Fall Sohst, des vom Kaiser „hinausgeschmissenen" Gutspächters, und schloß mit einer Kritik der unzulänglichen Sozialpolitik Deutschlands.

Unsere Resolution

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der für die Reichstagswahlen zum Schutze der Minderheiten und zum Zwecke der wirklichen Durchführung des gleichen Wahlrechts die Verhältniswahl und eine diesem Wahlverfahren entsprechende Gestaltung der Wahlkreise einführt,

wurde im Hammelsprung mit 139 gegen 140 Stimmen abgelehnt.

11. Rechnungshof.

(148. Sitzung vom 24. April 1913.)

Genosse Rauch stellte aus den Rechnungen und Quittungen fest, daß bei außerordentlichen Vergütungen und Unterstützungen mit zweierlei Maß gemessen werde. Hochbezahlte Beamte hätten für eigene Kuren, zum Teil auch für ärztliche Operationen, die an ihren Frauen vorgenommen worden seien, besondere Entschädigungen erhalten. Die Vergütungen seien mit dem „regen Diensteifer" begründet worden. Hätten die übrigen Beamten, die keine Unterstützung erhielten, keinen genügenden Diensteifer gezeigt? Solche Unterstützungen leisteten der Streberei Vorschub.

12. Allgemeiner Pensionsfonds.

(148. Sitzung vom 24. April 1913.)

Genosse Hugel machte darauf aufmerksam, daß der Pensionsfonds zwar immer mehr steige, obwohl die Militärbehörde hier und da zu sparen versuche. Allerdings spare sie am unrechten Orte, nämlich, wenn es sich um gemeine Soldaten handele. Genosse Hugel wies dies an der Hand einiger charakteristischer Einzelfälle nach. Bei den einfachen Soldaten solle man nicht sparen, sondern bei den hohen Unterstützungen und Pensionen der Offiziere.

Genosse Sachse begründete einen Antrag unserer Fraktion, der verlangte, daß die den Kriegs- und Militärinvaliden bewilligten Renten nach erfülltem 60. Lebensjahr nicht mehr gekürzt und entzogen werden dürfen und daß die Renten der Militär- und Kriegsinvaliden, der Unteroffiziere und Gemeinen mindestens der erfolgten Teuerung entsprechend erhöht werden.

Dieser Antrag wurde angenommen.

13. Heeresverwaltung.

(142. bis 147. Sitzung vom 17. bis 23. April 1913.)

a) Generaldiskussion.

Zum Militäretat nahm als unser Redner Genosse Schöpflin das Wort. Neben den fast alljährlichen Militärvorlagen und der ungeheuren Vorlage dieses Jahres enthalte der Militäretat immer noch in sich selbst kleine Militärvorlagen. Die Forderungen der Heeresverwaltung seien unerschöpflich, während umgekehrt die Wünsche der Volksvertretung von der Heeresverwaltung recht wenig beachtet würden. Die Duellfrage sei noch nicht erledigt. Jüdische Soldaten und Soldaten aus den eigentlichen Volkskreisen könnten noch immer keine Reserveoffiziere werden. An Sanitätsoffizieren fehle es noch immer trotz der fortwährenden Kritik des Reichstages. Die Bezirkskommandeure nehmen sich bei Kontrollversammmlung noch immer heraus, die Mannschaft zu beschimpfen und zu gleicher Zeit für die Kriegervereine Stimmung zu machen. Der Skandal des Militärboykotts sei noch immer nicht beseitigt, selbst künstlerische Bestrebungen der Arbeiterbildungsausschüsse würden durch den Militärboykott geschädigt. Noch immer würden die Soldaten zu Streikbrecherdiensten gezwungen. Das düstere Kapitel der Soldatenmißhandlungen sei im verflossenen Jahre wiederum durch einige böse Blätter vermehrt worden.

Genosse Stücklen äußerte sich zu den Resolutionen, die zu diesem Titel gestellt waren. Eine fortschrittliche Resolution verlange, daß bei Besetzung militärischer Stellen allein die militärische Tüchtigkeit maßgebend sei. Es sei schlimm, daß solche Selbstverständlichkeiten erst noch gefordert werden mußten. Einer Resolution auf Reform des gesamten Militärstrafrechts stimmten wir gleichfalls zu. Wir stimmten auch der Forderung zu, daß die Soldaten jedes Jahr einmal eine freie Fahrt in die Heimat haben sollen. Genosse Stücklen ging dann auf Einzelheiten des Militäretats und auf die Antwort des Kriegsministers auf die Rede des Genossen Schöpflin ein. Der Kriegsminister habe gesagt, eine nationale Armee könne nur nationale Führer brauchen. Das sei eine Phrase für einen Kriegerverein. Der Kriegsminister verwechsele nationales Bewußtsein mit den Unterdrückungsgelüsten der herrschenden Klasse. Mit dem Militärboykott, den der Kriegsminister zu rechtfertigen versucht habe, würde er nicht verhindern, daß immer mehr Sozialdemokraten in die Kasernen kämen. Im übrigen sei es dringend notwendig, daß die Offiziere es unterließen, Politik zu treiben. Denn wenn sie die Sozialdemokratie bekämpften, so wäre das auch politische Betätigung. Zum Schluß verlangte unser Redner größere Ersparnisse beim Militäretat.

b) Der Fall Krupp.

Der zweite Teil der Generaldebatte stand ausschließlich unter dem Eindrucke der aufsehenerregenden Enthüllungen, die unser Genosse Liebknecht über die Praktiken und Schleichwege unserer Militärlieferanten machte. Er verwies auf die Mitteilungen des Schriftstellers Martin über die Verhältnisse auf den Dillinger Werken; er forderte ferner den Kriegsminister auf, sich einmal die Akten über einen Fall Schöps geben zu lassen, die interessantes Material über die Deutsche Munition- und Waffenfabrik enthielten. Besonders wichtig sei ein Brief, der an einen Agenten dieser Gesellschaft nach Paris gerichtet war und in dem der Agent aufgefordert wurde, einen Artikel in einer der gelesensten französischen Zeitungen, möglichst im „Figaro", durchzusetzen, der folgenden Wortlaut haben sollte:

> Die französische Heeresverwaltung hat sich entschlossen, die Neubewaffnung der Armee mit Maschinengewehren erheblich zu beschleunigen und die doppelte Anzahl als zuerst beabsichtigt, zu bestellen.

Diese falsche Nachricht sollte lanciert werden, um damit in Deutschland für neue Rüstungen Stimmung zu machen und daran Geld zu verdienen. Aber dieser Fall sei keineswegs vereinzelt. Auch unsere größte deutsche Waffenfabrik arbeite mit ähnlichen verwerflichen Mitteln: „Der Vorstand der Gußstahlfabrik Friedrich Krupp, Essen an der Ruhr, unterhielt — darf ich jetzt sagen — in Berlin bis vor wenigen Wochen einen Agenten namens Brandt, einen früheren Feuerwerker, der die Aufgabe hatte, sich an die Kanzleibeamten der Behörden, der Armee und der Marine heranzumachen und sie zu bestechen, um auf diese Weise Kenntnis von geheimen Schriftstücken zu erhalten, deren Inhalt die Firma interessiert. Was sie interessiert, sind besonders Absichten der Behörden in Bewaffnungsfragen, Angaben über Konstruktion der Behörden, sowie der Konkurrenz, Ergebnisse von Versuchen, namentlich aber die Preise, welche andere Werke fordern oder die ihnen bewilligt werden. Herrn Brandt sind zu diesem Zwecke große Mittel zur Verfügung gestellt. Die berühmte Firma nutzt ihre Geldmacht systematisch dazu aus, um höhere und niedere preußische Beamte zum Verrat militärischer Geheimnisse zu verleiten. Dieser Zustand besteht seit Jahren. In den Geheimschränken eines Herrn von Dewitz in Essen, eines hohen Beamten der Firma Krupp, liegen — oder lagen! — diese geheimen Berichte sämtlich aufgestapelt." Genosse Liebknecht wies darauf hin, daß es sich bei seinen Mitteilungen nicht um Vermutungen, sondern Tatsachen handele, von denen er dem Kriegsminister Mitteilung gemacht habe. Die Untersuchung sei im wesentlichen abgeschlossen und habe alles bestätigt, was er vorgetragen habe. Es sei eine zwingende Notwendigkeit, daß mit solchen Zuständen ein Ende gemacht werde und solche Sorte Patrioten den gebührenden Denkzettel bekämen. Die Regierung dürfe mit solchen Firmen keinerlei Beziehungen unterhalten. Ferner ergebe sich daraus die Notwendigkeit, die gesamte Rüstungsindustrie so schnell wie möglich zu verstaatlichen, um eine Interessentenklasse auszumerzen, deren Existenz eine ständige Kriegsgefahr für die ganze Welt bedeutet.

Der Kriegsminister suchte über diese für ihn peinlichen Enthüllungen zunächst mit einigen Witzen hinwegzukommen. Den Fall Krupp glaubte er damit abtun zu können, daß er die Schuld auf einen „unteren Beamten" der Firma abzuschieben versuchte, der „einige Feldwebel" des Zeug- und Feuerwerkspersonals zu Mitteilungen verleitet habe, die „gegen ihre Dienstpflicht" waren. Im übrigen hielt er es für geschmackvoll, ausdrücklich zu betonen, „daß das deutsche Heer mit der Firma Krupp ein Jahrhundert lang zusammengearbeitet hat und daß sich diese Firma sehr viele Verdienste um die deutsche Armee, insbesondere um die deutsche Artillerie und damit auch

um das deutsche Vaterland erworben hat. Losgelöst von dieser Sache müssen wir dies dankbar anerkennen".

Den bürgerlichen Parteien war bei den Enthüllungen Liebknechts weniger wohl zumute gewesen, sie suchten teils mit Ausreden, teils mit einer Kritik der enthüllten Zustände darüber hinwegzukommen.

Um so energischer rechnete Genosse Liebknecht in einer zweiten Rede mit dem Kriegsminister ab. Es seien Geheimnisse intimster Art verraten worden, und zwar auf Bestechung durch Kruppsche Angestellte. Er habe eine Anzahl von Abschriften von diesen Geheimschriften in seinen Händen. Einige der Papiere habe er loyalerweise dem Kriegsminister zur Verfügung gestellt. Jetzt scheine man die Verantwortung auf untere Beamte abwälzen zu wollen. Das sei weder ritterlich noch richtig. Der Herr v. Dewitz gehöre nicht zu den Kleinen der Firma Krupp. Die bürgerliche Rüstungspresse suche ihn wegen der Enthüllungen in schnoddriger Weise zu verhöhnen, und der Kriegsminister widme der patriotischen Firma Krupp noch einen Lorbeerkranz, während er ihn (Liebknecht) herabzusetzen versuche. Er habe es aber im Interesse des Gemeinwohls für seine Pflicht gehalten, die gemeingefährlichen Praktiken der Rüstungsinteressenten aufzudecken. „Diese Leute, wie sie in der Firma Krupp, wie sie in der Waffen- und Munitionsfabrik, wie sie in dem Werke Dillingen das große Wort führen und diese Geschäftspraktiken ausführen, das sind dieselben Leute, denen der größte Teil der jetzt neu geforderten Milliarden aus den Taschen des Volkes gezahlt werden sollen . . . und die als die schlimmsten Scharfmacher die Massen der Bevölkerung gewalttätig niederhalten, das sind die Rufer zum Streit in der Unterdrückung der Bevölkerung, die Hauptschreier nach Zuchthaus und Ausnahmegesetzen. Das sind dieselben Leute, die der Sozialdemokratie den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit zu machen sich erdreisten. Diese Musterpatrioten dürften gerichtet sein mit ihrem Gebaren, das an Hoch- und Landesverrat mindestens grenzt . . . Wir wollen abwarten, ob auch die Mehrheit dieses Reichstages die erforderlichen Schlußfolgerungen ziehen wird, die im Interesse des europäischen Friedens gezogen werden müssen."

c) Abstimmungen.

Neben einer Reihe von Resolutionen, die teils von der Budgetkommission, teils von den bürgerlichen Parteien eingebracht worden waren, und die sämtlich angenommen wurden, gelangten auch die folgenden drei Resolutionen der sozialdemokratischen Fraktion zur Annahme:

bei allen bundesstaatlichen Regierungen dahin zu wirken,

1. daß die Jugend durch eine bessere geistige und körperliche Ausbildung in Volksschulen und Fortbildungsschulen, unter Ausschluß jeder politischen Beeinflussung, zur Wehrhaftigkeit erzogen wird;
2. daß kein Angehöriger des Heeres wegen seiner religiösen oder seiner politischen Ueberzeugung irgendwelche Zurücksetzung erfährt;
3. die Nachweisungen der Kriminalstatistik für Heer und Marine auszudehnen durch Veröffentlichung statistischen Tatsachenmaterials über nachstehende Punkte: Haft und disziplinarisch verhängte Arreststrafen, Ausschluß der Oeffentlichkeit bei der Hauptverhandlung, Einjährig-Freiwillige, Angehörige der dem Militärrecht unterstellten Gendarmerie, Summe der Freiheitsstrafen innerhalb jeder einzelnen Strafart sowie Gesamtsumme aller Freiheitsstrafen, Selbstmorde und Selbstmordversuche.

d) Einzelberatung.

(144. bis 148. Sitzung vom 19. bis 24. April 1913.)

Zur Militärjustiz nahm Genosse Kunert das Wort. Es sei schlimm, daß selbst in Friedenszeiten fast eine Million, in Kriegszeiten weit über fünf

Millionen Deutscher unter dem krassen Ausnahmerecht der Militärgerichtsbarkeit stehen. Ungeheuerliche Strafen würden von den Kriegsgerichten verhängt. In den vier Jahrzehnten seit der Begründung des Deutschen Reiches seien über 400 000 Militärpersonen mit einem Vierteljahr im Durchschnitt bestraft worden, insgesamt sei also in diesem Zeitraum auf 100 000 Strafjahre erkannt worden. An der Hand eines reichen Materials wies unser Redner im einzelnen die Ungeheuerlichkeit der Militärgerichtsbarkeit nach. Genosse Stadthagen zeigte an einem Einzelfall, wie ein Mann, der frisch, gesund, lebens- und militärfreudig ins Heer eingetreten war, hier durch einen Justizirrtum so mißhandelt wurde, daß er vollständig gebrochen, erwerbsunfähig und nervös bis an die Grenze der Geistesgestörtheit die Kaserne verlassen hat.

Beim Titel Generalstab und Landesvermessungswesen brachte Genosse Pinkau Beschwerden der Lithographen über Konkurrenz, die ihnen durch außeramtliche Tätigkeit von Arbeitern der kartographischen Abteilung der preußischen Landesvermessung gemacht werde, zur Sprache.

Beim Titel Militärmusik trat Genosse Zubeil gegen die Konkurrenz auf, die die Militärkapellen den Zivilberufsmusikern machen, und die teilweise zur Vernichtung der Existenz der Zivilmusiker geführt habe. Es müsse ein Verbot des gewerblichen Spieles in Uniform verlangt werden.

Genosse Jäckel verlangte, daß für die zahlreichen und gewinnbringenden Aufträge, die die Militärverwaltung für Tuche, Leinen und Baumwollstoffe zu vergeben habe, nur solche Firmen berücksichtigt würden, die anständige Löhne zahlten. Jetzt würden Aufträge an Fabriken gegeben, die ihre Arbeiter mit Hungerlöhnen abspeisten.

Genosse Schmidt-Meißen forderte, daß bei den Manöverübungen Rücksicht auf das bürgerliche Erwerbsleben genommen und nicht durch wochenlange Verkehrsstockungen auf den Eisenbahnen Handel und Verkehr geschädigt werde. Er kritisierte ferner die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den sächsischen Remontedepots.

Genosse Hoch ging auf die Typhusepidemie ein, die im November 1912 im Eisenbahnregiment in Hanau ausgebrochen war. Die Herren, denen die Gesundheitspflege im Heere anvertraut sei, müßten eine gewissenhaftere Kontrolle ausüben. (Siehe auch Seite 128.)

Genosse Noske bekämpfte die Bewilligung der Gelder für die sogenannten blinden Rationen, das sind Pferdegelder für Offizierspferde, die gar nicht gehalten werden, für die aber doch der Betrag gezahlt wird. Es sei unerhört, daß der Kriegsminister selbst diesen bescheidenen Versuch der Budgetkommission zur Sparsamkeit wieder zu durchkreuzen versuche. Bei den Reise- und Umzugsgebühren wandte sich Genosse Noske gegen die überflüssigen Informationsreisen, gegen die kostspielige Organisierung des Intendanturwesens, gegen die Verwendung der Soldaten zu höfischen Privatzwecken.

Beim Kapitel Artillerie und Waffenwesen gab Genosse Büchner den vielen Wünschen der in den Militärwerkstätten beschäftigten Angestellten und Arbeiter Ausdruck. Das Lohnklassensystem, bei dem es nicht nach der Kunst des Arbeiters, sondern nach der Gunst des Vorgesetzten gehe, sei eins der schlimmsten Uebel der Staatsbetriebe. Geradezu fluchwürdig sei das System der Akkordarbeit. Mit den Ueberstunden werde viel gesündigt. Die Arbeitsordnung sei ganz unzureichend. Die Arbeiterausschüsse seien in ihrer heutigen Organisation ein unzureichendes Mittel zur Vertretung der Arbeiterinteressen.

Genosse Böhle brachte die schlechte Behandlung, die sich Zeug-, Feuerwerk- und Festungsbauoffiziere in Straßburg gefallen lassen müßten, zur Sprache. Auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Straßburger Militärbetriebe seien vollständig ungenügend. Den Militärarbeitern werde die Ausübung des Koa-

litionsrechts unmöglich gemacht. Genosse Böhle trug ferner die Klagen der Arbeiter in den **Bekleidungsämtern** des Heeres vor.

Beim Titel Festungswesen brachte Genosse Hofrichter die großen Nachteile zur Sprache, denen die **Festungsstädte** auf Grund ihres Charakters als Festungen ausgesetzt seien. Sie führten zu fortwährenden Reibungen zwischen Stadt- und Militärverwaltungen und verschärften die allgemeinen Mißstände im Wohnungswesen in den Festungen noch in besonderem Maße. Bei Veräußerungen von Festungsgelände kehre die Militärbehörde lediglich das militärfiskalische Interesse hervor. Der Redner weist die von ihm gekennzeichneten Schwierigkeiten im einzelnen an den Schwierigkeiten in Köln nach.

Genosse Weill forderte die Militärverwaltung auf, der Preistreiberei des Zementsyndikats entgegenzutreten.

Genosse Liebknecht brachte einen Fall krassen **militärischen Terrorismus** gegenüber einem Molkereibesitzer in Potsdam zur Sprache, der sich das schwere Verbrechen hatte zuschulden kommen lassen, den Sozialdemokraten seinen Garten zu Versammlungen zur Verfügung zu stellen.

Genosse Davidsohn machte auf eine Forderung von 147 000 **Mk.** aufmerksam, die dem Zwecke dienen sollte, um einen der bekanntesten **Berliner Exerzierplätze** eine 2½ Meter hohe Mauer zu ziehen und Baumpflanzungen auf dem Exerzierplatze anzulegen. Angeblich solle das auf polizeiliche Anordnung geschehen, besonders zur Abwehr von Störungen der Truppenübungen durch Zuschauer. Dabei werde dieser Exerzierplatz seit Jahren kaum noch zu Truppenübungen benutzt. Statt dessen tummelten sich dort junge Leute im Sport und Spiel. Wahrscheinlich solle die Umzäunung des Platzes den Zweck haben, einen Sportplatz für den Jungdeutschlandbund zu schaffen. Dafür seien aber die Mittel der Gesamtheit nicht da. Den Berliner Arbeitern wird der Platz sicherlich nicht zur Verfügung gestellt.

Genosse Südekum verlangte Verbilligung und erleichterten Vertrieb der **Generalstabskarten.** Dabei solle die Militärverwaltung aber den deutschen Buchhandel nicht ausschalten.

Eine längere Debatte entspann sich über die von der Budgetkommission beantragte Streichung mehrerer **Festungskommandanten.** Unsere Genossen Schöpflin und Noske traten energisch für die Streichung ein und beantragten über den Antrag der Kommission hinaus noch die Streichung des Kommandanten in Königstein in Sachsen. Der Reichstag schloß sich diesen Anträgen an.

e) Einsetzung einer Untersuchungskommission.

Die Enthüllungen Liebknechts über die Rüstungsindustrie veranlaßten die Budgetkommission, einen Antrag einzubringen, wonach vom Reichskanzler zur Prüfung der gesamten Rüstungslieferungen eine Kommission berufen werden sollte, zu der vom Reichstag zu wählende Mitglieder des Reichstages und Sachverständige zugezogen werden sollten. Die sozialdemokratische Fraktion war mit diesem Antrage nicht zufrieden und beantragte statt dessen, daß der Reichstag selber eine Kommission von 21 Mitgliedern einsetzen sollte, der durch einen besonderen Gesetzentwurf die Rechte ordentlicher Gerichte für die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen sowie für die Anordnung der Durchsuchung und Beschlagnahmung eingeräumt werden sollten.

Genosse Ledebour begründete unseren Antrag. Es müsse eine rein parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt werden, weil die Regierung bis zu einem gewissen Grade in dieser Sache Partei sei. Eine gründliche Erforschung der üblen Machenschaften und Einflüsse der Rüstungsinteressenten sei nur möglich, wenn der Kommission zugleich die Rechte der Zeugenvernehmung eingeräumt würden. Die Regierung habe sich in der Frage der Rüstungsinteressenten schwere Unterlassungssünden zuschulden kommen lassen und besitze daher nicht das nötige Vertrauen.

Der Staatssekretär Delbrück trat sowohl dem Antrage der Kommission als auch dem sozialdemokratischen Antrage entgegen. Das Verlangen der Anträge sei verfassungswidrig, der Reichstag greife mit den Anträgen über seine Rechte hinaus. Dieser Auffassung traten einige bürgerliche Redner und von unserer Fraktion Genosse Frank entgegen. Die vom Reichstag geforderte Kommission sei zwar in der Reichsverfassung nicht vorgesehen, aber sie sei auch durch die Verfassung nicht verboten. Also habe der Reichstag das Recht, Kommissionen zu berufen, falls er sie für notwendig halte. Die Regierung besitze keineswegs die Autorität und das Vertrauen im Reiche, um die Zusammensetzung einer solchen Kommission zu bestimmen. Das von uns verlangte Recht der Kommission, Zeugen zu vernehmen, sei eine notwendige Fortbildung des Verfassungsrechts.

Unser Antrag wurde abgelehnt. Der Antrag der Kommission, mit dem sich die Regierung schließlich abfand, nachdem ihr das Recht der Berufung der Mitglieder uneingeschränkt eingeräumt worden war, wurde angenommen.

14. Reichsschatzamt.

(148. und 149. Sitzung vom 24. und 25. April.)

Genosse Stolle nahm zu diesem Etat das Wort und verlangte die Einlösung des Versprechens, daß über die Wirkung der Einfuhrscheine eine Untersuchung angestellt und gegebenenfalls die Einfuhrscheine aufgehoben werden sollen. Durch das System dieser Scheine werde einseitig der Börsenspekulation Vorschub geleistet und zugleich den Großagrariern die Taschen gefüllt. Durch die Aufhebung der Einfuhrscheine würde die Regierung zu einer Einnahme kommen, die sie in den Stand setze, die Zölle auf Futtermittel aufzuheben. Unter den teuren Futtermitteln leiden die kleinen Landwirtschaften, deren Viehstand in den letzten fünf Jahren zurückgegangen sei. Zum Schluß kritisierte der Redner die Steuerpolitik des Deutschen Reiches, die der Armut das tägliche Brot besteuere, den Reichen aber schone. In einer späteren Rede ging Genosse Stolle ausführlich auf die Getreidezölle ein und führte den Nachweis, daß mit Ausnahme des Großgrundbesitzes die deutsche Landwirtschaft kein Interesse an den Schutzzöllen habe. Eine Revision des Zolltarifs sei notwendig, um mit England und Amerika in ein freundschaftliches Vertragsverhältnis zu kommen.

Genosse Emmel kritisierte einen Erlaß des Reichsschatzamts an die Bundesregierungen, durch den den Gemeinden Schwierigkeiten in ihrer Finanzwirtschaft gemacht würden. Es werde so hingestellt, als ob die Gemeinden für Luxusausgaben Anleihen aufnähmen, ein Vorwurf, der sich gerade im Munde der Reichsregierung in der Zeit der wahnsinnigen Rüstungsausgaben sehr sonderbar ausnähme. Es sei nicht Sache des Reichsschatzamts, in die Angelegenheiten der Gemeinden einzugreifen.

Genosse Hoffmann-Kaiserslautern begründete einen Antrag unserer Fraktion auf Vorlegung eines Gesetzes, durch das die besonders in Baden, Württemberg und Elsaß-Lothringen stattfindende steuerliche Benachteiligung der Inlandsweine gegenüber den Auslandsweinen dadurch beseitigt werden soll, daß auch auf die ersteren Landes- oder Gemeindesteuern nicht mehr erhoben werden dürfen. Unser Antrag wurde abgelehnt.

Die Genossen Schöpflin und Raute brachten die **Veteranenfürsorge** zur Sprache. Der Reichsschatzsekretär kündigte bei dieser Gelegen-

heit die Neuregelung der Veteranenfürsorge an. Genosse Raute machte aber sofort darauf aufmerksam, daß die in Aussicht genommene Erhöhung der Bezüge völlig unzureichend sei. An der Hand einiger Fälle legte Genosse Raute die Dürftigkeit der Veteranenfürsorge dar. (Siehe auch Seite 145.)

Ein süddeutscher Agrarier nahm sich bei dieser Gelegenheit heraus, das Vorgehen der Sozialdemokratie in der Veteranenfrage „gemeinen Schwindel" zu nennen. Der Präsident erteilte ihm einen Ordnungsruf. Außerdem gab ihm noch Genosse Schöpflin eine derbe Antwort.

IV. Die dritte Lesung des Etats.

(150. und 151. Sitzung vom 26. und 28. April 1913.)

1. Generaldiskussion.

Bei der Eile, mit der die dritte Lesung des Etats in der Regel erledigt wird, und die den bürgerlichen Parteien wegen der bevorstehenden langen Beratungen über die Wehrvorlage in diesem Jahre besonders erwünscht war, verzichteten sie auf jegliche Beteiligung an der Generaldebatte, so daß unser Redner, Genosse Keil, der einzige Redner war. Genosse Keil gab in knapp zusammengefaßter Form einen Rundblick auf die politische und parlamentarische Lage. Der Eindruck sei kein sonderlich trostreicher. In den zwei Sessionsabschnitten seit den letzten Reichstagswahlen habe der Reichstag im wesentlichen die Wünsche der Regierung erfüllt, auf die Entfaltung der eigenen Initiative zur Erfüllung berechtigter Volksforderungen aber verzichtet. Für Heeresrüstungen habe er ungeheure Summen bewilligt, auf dem wichtigen Gebiete der Sozialpolitik aber so gut wie gar nichts geleistet. Die vielen Resolutionen, über die der Reichstag wochenlang heiß debattiere, verschwänden auf Nimmerwiedersehen in dem Papierkorb des Bundesrats. Das preußische Dreiklassenwahlrecht, das den reaktionären Junkern die Vorherrschaft garantiere, sei die Wurzel alles Uebels. Daneben spielten die Rüstungsfanatiker eine wichtige Rolle in Deutschland. Wie es aber mit deren Patriotismus aussehe, hätte die jüngste Vergangenheit enthüllt. Das Deckungsprogramm der Regierung sei geeignet, das Durcheinander des finanziellen Verhältnisses zwischen dem Reiche und Einzelstaaten zu vergrößern und zu verschlimmern. Der Sozialdemokratie bange es trotz alledem nicht vor den kommenden Dingen, sie werde nach wie vor ihre Schuldigkeit für die materiellen und ideellen Interessen des Volkes tun.

2. Einzelberatung.

Beim Titel **Auswärtiges Amt** zwang Genosse Bernstein den Staatssekretär, eine bis dahin von ihm unbeantwortet gelassene Anfrage des Genossen Keil wegen Skutari und Montenegro zu beantworten. Der Staatssekretär antwortete, daß nach dem Uebereinkommen der Mächte Skutari zu Albanien gehören solle, eine Auskunft, die nicht sonderlich neu und überraschend war.

Beim **Reichsamt des Innern** ging Genosse Bernstein auf den Streik im oberschlesischen Kohlenrevier ein und verlangte, daß nicht wieder mit Hilfe des Militärs eine sogenannte Beruhigung herbeigeführt werde. Man solle sich an der englischen Gesetzgebung ein Muster nehmen und auf die preußische Regierung einwirken, daß sie den berechtigten Forderungen der Arbeiter zu ihrem Rechte verhelfe.

Genosse Schulz kam beim Titel **Zentralstelle für Volkswohlfahrt** noch einmal auf die proletarische Jugendbewegung zurück und zeigte durch Schilderung eines persönlichen Erlebnisses am vorhergehenden Tage, in welcher unerhörten Weise die Polizei die proletarische Jugendbewegung störe. Genosse Cohn schloß sich auf Grund eines ähnliches Erlebnisses der Kritik an und betonte, daß durch die Methoden der Polizei gegenüber den jungen Arbeitern von vornherein Verbitterung und Mißtrauen in ihnen erzeugt werde.

Beim Titel **Reichsversicherungsamt** verlangte Genosse Giebel, daß das Reichsversicherungsamt bei der Fertigstellung der Dienstordnung für die Angestellten der Berufsgenossenschaften auf eine Verbesserung der materiellen Anstellungsbedingungen bedacht sein möge. Die vom Reichsversicherungsamt herausgegebene Musterdienstordnung lasse sehr viel zu wünschen übrig.

Zum **Militäretat** nahm Genosse Stücklen das Wort. Er wandte sich gegen die Erklärung des Kriegsministers in der zweiten Lesung, daß unsere Armee durch die sozialdemokratische Kritik vor dem Auslande herabgesetzt werde. Wenn das wahr wäre, dürfe man überhaupt nicht mehr kritisieren. Das würde den Herren in der Militärverwaltung zwar passen, liege aber nicht im Interesse des Volkes. Genosse Stücklen ging sodann auf die Stellung des Militärkabinetts zum Kriegsministerium ein. Der Chef des Militärkabinetts habe ständig das Ohr des Kaisers, der Kriegsminister dagegen werde nur gelegentlich gehört, habe aber vor dem Reichstage zu vertreten, was das Militärkabinett eingebrockt habe. Das Militärkabinett müsse aufgelöst werden. Unser Redner kritisierte ferner die luxuriösen Dienstwohnungen der kommandierenden Generäle. Eine besonders arge Verschwendung und zugleich ein Verstoß gegen das Budgetrecht des Reichstages sei bei einer geplanten Dienstwohnung für den Chef des Militärkabinetts in einer der feinsten und teuersten Gegenden Berlins vorgekommen. Die Militärverwaltung hätte noch eine Reihe anderer interessanter Grundstücksgeschäfte auf dem Kerbholz.

Genosse Liebknecht setzte sich mit den Angriffen auseinander, die innerhalb und außerhalb des Reichstages gegen ihn wegen seiner Enthüllungen erhoben worden sind. Es liege im Interesse des deutschen Volkes, wenn in der Frage der Rüstungslieferungen mit voller Strenge durchgegriffen und nichts vertuscht wird. Die Rüstungsinteressenten seien international organisiert und arbeiteten sich gegenseitig in die Tasche.

Eine Antwort, die der Kriegsminister den sozialdemokratischen Rednern gab, schloß er mit den Worten: „Jeder Angriff der Sozialdemokratie ehrt das Kriegsministerium." Gegen diese unerhörte Herausforderung legte namens unserer Fraktion Genosse Haase den entschiedensten Protest ein: „Der Herr Kriegsminister überschreitet den Rahmen seiner verfassungsmäßigen Befugnisse, wenn er die Kritik, die von einer Seite des Hauses geübt ist, in dieser verächtlichen, beleidigenden Weise abtut. Es ist seine Aufgabe nach der Verfassung, sich die Kontrolle des ganzen Hauses, also sämtlicher Mitglieder dieses Hauses, gefallen zu lassen. Er hat kein Recht, mit einer hochfahrenden Gebärde diejenige Kritik, die schon oft genug zum Segen seiner Verwaltung gereicht hat, zurückzuweisen. Wir überlassen dem Volk das Urteil, darüber zu entscheiden, ob diese Verwaltung stets eine ehrenvolle gewesen ist oder nicht."

Genosse Zubeil sprach sich abermals gegen die Konkurrenz der **Militärmusikkapellen** aus. Der Reichstag werde im nächsten Jahre endlich zu dem Mißbrauch der Uniform zu privatgewerblichen Zwecken Stellung nehmen müssen. Genosse Albrecht hielt gegenüber den Ausreden der Marineverwaltung seine Kritik an den Bekleidungsämtern in Kiel und Wilhelmshaven aufrecht. Er wandte sich ferner gegen einen Boykott, den das Marineamt gegen Arbeitergenossenschaften verhängt hat.

Bei der Reichsjustizverwaltung griff Genosse Lensch auf eine Aeußerung des Reichskanzlers zurück, wonach die „Leipziger Volkszeitung"

wegen Verhöhnung des Gottesglaubens auf Veranlassung des Reichskanzlers strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden solle. Er fragte den Staatssekretär des Reichsjustizamts, was für eine Antwort er auf die merkwürdige Zumutung des Reichskanzlers, gegen die „Leipziger Volkszeitung" strafrechtlich vorzugehen, gegeben habe.

Der Staatssekretär Lisco erklärte, daß er mit der Angelegenheit nicht befaßt worden sei. So viel er wisse, habe der Abgeordnete Lensch aus der Reichskanzlei die Nachricht erhalten, daß der Reichskanzler sich im Namen der Zeitung geirrt habe.

Genosse Lensch gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden. Der Reichskanzler habe in öffentlicher Sitzung die Behauptung aufgestellt, mit dem Staatssekretär des Reichsjustizamts eine Unterredung wegen der Sache gehabt zu haben. Der Staatssekretär wisse aber nichts davon. Das sei ein sonderbarer Widerspruch. Die Erklärung der Reichskanzlei könne ihm nicht genügen. Es sei eine Anstandspflicht des Reichskanzlers, den unberechtigten Vorwurf, den er in öffentlicher Sitzung erhoben habe, auch in öffentlicher Sitzung zurückzunehmen.

Die Genossen Heine und Haase traten der Behauptung des Reichskanzlers und einiger bürgerlicher Redner entschieden entgegen, daß die Sozialdemokraten die religiöse Ueberzeugung anderer Menschen angreifen. Aus irgendeiner Aeußerung eines einzelnen könne man aber nicht den Schluß ziehen, daß die sozialdemokratische Partei als solche religionsfeindlich sei.

Genosse Heine legte außerdem noch einmal die Gründe dar, die die sozialdemokratische Fraktion veranlasse, gegen den sechsten Reichsanwalt zu stimmen.

Beim **Reichseisenbahnamt** brachte Genosse Baudert die Eisenbahnschwierigkeiten der thüringischen Kleinstaaten und Genosse Ulrich die Nachteile der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft für Hessen zur Sprache.

Beim **Postetat** trug Genosse Zubeil noch eine Reihe von Bitten und Beschwerden aus den Kreisen der Unterbeamten vor. Genosse Baudert wünschte Verbesserung des Postverkehrs in Thüringen.

*

Bei der dritten Lesung fanden noch 4 namentliche Abstimmungen statt. Drei davon bezogen sich auf die Ostmarkenzulagen, die bei verschiedenen Etats zur Abstimmung standen. Die vierte betraf den sechsten Reichsanwalt. Sowohl die Ostmarkenzulage wie der Reichsanwalt wurden abgelehnt. (Der Etat nach den Beschlüssen dritter Lesung ist in Nr. 28, Jahrgang 1913, des „Reichsgesetzblattes" veröffentlicht.)

Initiativanträge.

I. Allgemeines.

Für die Beratung der der eigenen Initiative des Reichstags entspringenden Anträge ist nach einem alten Brauche der Mittwoch jeder Woche bestimmt. Im ersten Sessionsabschnitt der gegenwärtigen Legislaturperiode, über den der vorjährige Parteitag den Bericht entgegengenommen hat, ist es dem Reichstag leider nicht ein einziges Mal möglich gewesen, sein Recht der Initiative auszunutzen. In der diesmaligen Berichtsperiode ist dagegen der Mittwoch einige Male seinem eigentlichen parlamentarischen Zwecke zur Verfügung gestellt worden.

Freilich verlaufen die Erörterungen der Initiativanträge immer recht einseitig. Die Reichsregierung, die den Reichstag fortgesetzt für die ihrer eigenen mangelhaften und falsch gerichteten Initiative entsprungenen Gesetzesvorlagen in Bewegung setzt, mißachtet die Initiative der Volksvertretung in der verletzendsten Weise: sie ignoriert sie vollständig, sie tut ihr nicht einmal die Ehre an, sich über den Verlauf der Beratungen durch persönliche Anwesenheit von Vertretern der Regierung und des Bundesrats zu unterrichten. Es ist ein Gebot der Selbstachtung des Reichstags, sich auch auf diesem Gebiete eine andere Behandlung zu erzwingen.

II. Der sozialdemokratische Wahlrechtsantrag.

(110. Sitzung vom 12. Februar 1913.)

Die Initiativanträge werden in der Reihenfolge der Größe der Fraktionen zur Beratung gestellt. Die sozialdemokratische Fraktion hatte also auch hierbei den Vortritt. Sie wußte diesen kleinen parlamentarischen Vorteil richtig auszunutzen, indem sie eine Grundfrage des parlamentarischen Lebens zur Erörterung stellte. Von den zahlreichen Initiativanträgen, die unsere Fraktion beim Zusammentritt des Reichstags im Februar 1912 eingebracht hatte, wählte sie den Wahlrechtsantrag:

Der Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reichs erhält folgenden Zusatz: In jedem Bundesstaat muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben.

Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts-Etats erforderlich.

Genosse Wels begründete den Antrag. Er geißelte mit scharfen Worten die Schande des preußischen Dreiklassenwahlrechts, ohne im übrigen mit der Aufzählung und Kritik der zahllosen Schändlichkeiten dieses Wahlsystems viel Zeit zu verlieren. Das seien politische Tatsachen, über die niemand mehr im Zweifel sei. Selbst die preußische Regierung habe sie in ihrer Thronrede und in ihrer Wahlreformvorlage zugegeben. Aber

„trotz der Keulenschläge auf das Wahlsystem von allen Seiten lebt der Feind noch, er lebt und zeigt sich zäher als je; denn, meine Herren, stärker als Vernunft, stärker als die Gerechtigkeit, stärker als jede Autorität haben sich von jeher die Interessen der einen Klasse erwiesen, die auf alle diese schönen Dinge pfeift, wenn es gilt, festzuhalten, was sie hat. Das preußische Wahlrecht, gänzlich veraltet, erledigt als Gegenstand der öffentlichen Diskussion, existiert heute nur noch als eine Machtfrage, und als solche, meine Herren, muß sie behandelt und gelöst werden."

Und als eine Machtfrage behandelte der Redner auch die Wahlrechtsfrage. Eingehend legte er die Stellung der bürgerlichen Parteien und der Regierung zur Wahlrechtsfrage dar. Mit ernsten Worten warnte er sie vor den Gefahren, die ein hartnäckiges Festhalten an dem überlebten und volksfeindlichen Wahlrecht im Gefolge haben müsse. Wenn sie einen ruhigen Fortgang der politischen Entwicklung wollten, so müßten sie dem gewaltigen Drängen des Volkes in der Wahlrechtsfrage nachgeben.

„Meine Herren, Sie ahnen nicht, welche Summe von Haß und Erbitterung in den Massen bereits aufgespeichert ist. Nur Polizeihirne können glauben, daß der Haß und die Erbitterung auf sozialdemokratische Agitation, auf sozialdemokratische Verhetzung zurückzuführen ist. Nein, diese leidenschaftliche Bewegung der Massen draußen ist eine naturnotwendige

Erscheinung. . . . . Sich ihr aber entgegenzustellen, auf die brutale Gewalt pochen, diese Bewegung ohne Rücksicht auf Recht und Logik zurückzudrängen, das heißt: nicht an der Erhaltung, sondern an der Zerstörung und Zertrümmerung des Staates arbeiten nach dem Grundsatz: nach uns die Sündflut!"

Die großen bürgerlichen Parteien, das Zentrum, die Konservativen und die Nationalliberalen, beschränkten sich darauf kurze Erklärungen abzugeben, in denen sie ihren ablehnenden Standpunkt zu rechtfertigen versuchten, nur die Freisinnigen schickten einen Redner vor, der aber auch im wesentlichen gegen die meisten Forderungen des sozialdemokratischen Antrages sprach. Ein Redner der Polen dagegen stimmte dem sozialdemokratischen Antrage in mehreren Punkten zu. In der zweiten Beratung unseres Gesetzentwurfes, die sich der ersten sofort anschloß, sprachen von unserer Seite noch die Genossen Liebknecht, Herzfeld, Hofmann-Rudolstadt und Wurm, die die Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung des Wahlrechts der Bundesstaaten durch ein Reichsgesetz aus den besonderen Verhältnissen der einzelnen Bundesstaaten nachwiesen.

Unser Antrag wurde abgelehnt. Für unsere besonderen Wünsche über das Wahlrecht, die Verleihung des aktiven und passiven Wahlrechts an alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts stimmte nur die sozialdemokratische Fraktion. Ueber diese Sonderforderung wurde getrennt abgestimmt, so daß die grundsätzliche Forderung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts noch einmal zur Abstimmung stand. Für diese Forderung stimmten außer den Sozialdemokraten nur die Fortschrittliche Volkspartei und die Polen.

III. Die bürgerlichen Initiativanträge.

Der Initiativantrag des **Zentrums** verlangte die Aufhebung des Jesuitengesetzes. Den Standpunkt unserer Fraktion vertrat Genosse Hoffmann-Kaiserslautern. Er ging von der besonderen politischen Lage in Bayern aus und von den Bestrebungen des Ministerpräsidenten Hertling, das Jesuitengesetz auf Umwegen aufzuheben. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß das Vorgehen Hertlings eine Verletzung eines bestehenden Reichsgesetzes war; aber ebenso bestimmt sprach er die unbedingte Bereitwilligkeit der Sozialdemokratie aus, auf geradem Wege die Ausnahmegesetzgebung gegen die Jesuiten aufzuheben. Das Jesuitengesetz sei ein Tendenzgesetz, ein Ausnahmegesetz schlimmster Art nicht nur gegen die Jesuiten, sondern gegen die katholische Kirche. Die Sozialdemokratie sei grundsätzlich gegen alle Ausnahmegesetze. Der Redner kennzeichnet aber auch die Heuchelei des Zentrums, das zwar gegen Ausnahmegesetze sei, unter denen es selbst leide, Ausnahmegesetzen und Unterdrückungsmaßregeln gegen unbequeme politische Gegner aber zustimme. Im übrigen aber sei die Jesuitenfrage nicht eine so weltbewegende Frage, wie es das Zentrum gern der Oeffentlichkeit einreden möchte.

Als zweiter sozialdemokratischer Redner sprach Genosse Erdmann, der dem Zentrum in kurzen aber deutlichen Worten die bittere Wahrheit zu kosten gab, daß das Zentrum schon längst seine geliebten Jesuiten hätte, wenn es nur die Hälfte der Energie, die es seinerzeit gegen die Erbschaftssteuer aufgebracht habe, gegen das Jesuitengesetz in Bewegung gesetzt hätte. Aber es sei dem Zentrum nicht ernst mit seinem Kampfe, ihm sei das Jesuitengesetz in Deutschland politisch wertvoller als die Jesuiten. (116. Sitzung vom 19. Februar 1918.)

* * *

Die **Nationalliberalen** stellten die reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens zur Erörterung. Genosse Hüttmann, der als Gauleiter der Bauarbeiter und als langjähriger Stadtverordneter für diese Frage besonders zuständig ist, sprach für unsere Fraktion. Er legte den Nachdruck darauf, daß bei einer Regelung des Submissionswesens durch ein Reichsgesetz vor allen Dingen die Rechte der Arbeiter und eine Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen berücksichtigt werden müßten. Zur Rettung des Handwerks dagegen sei das geforderte Gesetz nicht geeignet. (120. Sitzung vom 26. Februar 1913.)

* * *

Die **Konservativen** forderten in ihrem Initiativantrage die Schaffung kleiner Garnisonen, freie Fahrt für Militärurlauber, Bewilligung von Ernteurlaub, schnellere Abschätzung von Ernteschäden und ähnliche agrarische Nützlichkeiten. Genosse Noske legte dar, daß die meisten dieser Forderungen schon öfter vom Reichstage erhoben worden seien, die Konservativen sich also nur mit Rücksicht auf die bevorstehenden preußischen Landtagswahlen mit fremden Federn schmückten. Die Hauptforderung aber, die Schaffung kleiner Garnisonen, nütze der Wehrhaftigkeit des Reiches nicht, sondern diene lediglich konservativ-agrarischen Sonderwünschen. (126. Sitzung vom 5. März 1913.)

* * *

Der Initiativantrag der **Fortschrittlichen Volkspartei** verlangte ein Verbot der Errichtung und Erweiterung von Familienfideikommissen und Auflösung bestehender Familienfideikommisse. Der sozialdemokratische Redner, Genosse Hierl, erklärte die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem Antrage. Aber der Antrag gehe der Sozialdemokratie nicht weit genug; der Boden, der die Nahrungsmittel für die gesamte Bevölkerung liefern solle, dürfe nicht ein Spekulationsobjekt und damit ein Instrument zur Verteuerung der Lebensmittel sein, er müsse dem Besitzer einzelner entzogen und zum Besitze der Gesamtheit gemacht werden. (130. Sitzung vom 2. April 1913.)

Interpellationen.

I. Die Beschlußfassung bei Interpellationen.

Die Interpellationen sind ein wertvolles parlamentarisches Mittel, um wichtige politische Angelegenheiten, die plötzlich in den Vordergrund des öffentlichen Interesses getreten sind, im Reichstage außerhalb der üblichen Tagesordnung zur Sprache zu bringen. Die meisten Interpellationen werden von den oppositionellen Parteien eingebracht. Es ist das ein Beweis dafür, daß sie ein lebhafteres Interesse an den politischen Vorgängen des Tages haben als die Regierungsparteien, daß sie vor allen Dingen aber wünschen, daß die berufene Vertretung des deutschen Volkes möglichst bald zu neu auftauchenden Fragen von größerer politischer Tragweite Stellung nimmt.

Früher gingen die Interpellationsdebatten leider stets ergebnislos aus, da eine Beschlußfassung am Ende einer solchen Debatte nach der Geschäftsordnung nicht zulässig war. Der neue Reichstag hat in dieser Beziehung einen kleinen Fortschritt erzielt: es kann jetzt als Abschluß einer Interpellationsdebatte darüber abgestimmt werden, ob die Erklärung des Reichskanzlers den Anschauungen des Reichstages entspricht oder nicht entspricht. Die der Form

nach schärfere Wendung „billigen" oder „mißbilligen" hatten die bürgerlichen Parteien nicht zu beschließen gewagt, obwohl in der Sache eine jede derartige Abstimmung auf ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum hinausläuft.

Freilich ist auch damit im heutigen halbabsolutistischen Deutschland noch nicht viel erreicht, da noch jede Regierung es wagen darf, dem Votum des Reichstages zu trotzen. Als in einem Falle dem Reichskanzler mit überwiegender Mehrheit ein unzweideutiges Mißtrauensvotum ausgesprochen worden war (siehe Interpellation über die Enteignung polnischer Gutsbesitzer), dachte dieser Herr in seiner „gottgewollten Abhängigkeit" von einem „Höheren" nicht im Traume daran, um seine Entlassung nachzusuchen. Er hat vielmehr weiter „regiert", als ob nichts geschehen wäre. Und der Reichstag hat sich diese Mißachtung schweigend gefallen lassen.

Ueber die formelle Gestaltung des Antrages am Schlusse einer Interpellationsdebatte ist es gleich zu Beginn des neuen Sessionsabschnittes anläßlich einer sozialdemokratischen Interpellation zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte gekommen. Die Sozialdemokratie hatte sich bei ihrem Antrag nicht nur auf die kurze Formel „entspricht nicht den Anschauungen des Reichstages" beschränkt, sondern ihr Antrag stellte eine Reihe von Punkten auf, für die das Mißtrauen ausgesprochen werden sollte, während eine Reihe anderer zur Sache gehöriger Punkte nicht mit aufgezählt worden waren, für sie also auch kein Mißtrauen ausgesprochen wurde. Die Sozialdemokratie hielt es für richtig, bei Regierungserklärungen, die zu einer Frage mit ihren verschiedenen Einzelheiten Stellung nehmen, bei dem Beschluß des Reichstages gleichfalls nach der verschiedenartigen Stellungnahme der Regierung zu den einzelnen Punkten zu differenzieren, weil sich nicht jede Frage zu einer Vertrauensfrage für die Gesamtpolitik der Regierung eignet. Die kurze Formel zur Bekundung des Vertrauens oder Mißtrauens zur Gesamtpolitik der Regierung wollte die Sozialdemokratie daneben selbstverständlich auch, und zwar in erster Linie, beibehalten. Die bürgerlichen Parteien wollten aber nur die kurze Formel anerkennen aus Besorgnis darüber, daß sie sonst leichter in Gefahr kommen könnten, der Regierung in Einzelheiten ihr Mißtrauen aussprechen zu müssen. Die sozialdemokratische Fraktion mußte sich für den besonderen Fall zunächst mit der Auslegung der Geschäftsordnung durch die Mehrheit abfinden. Sie verlangte aber, daß die Angelegenheit noch einmal in der erweiterten Geschäftsordnungskommission beraten und klargestellt werde. Diesem Verlangen wurde entsprochen. Eine Entscheidung liegt noch nicht vor.

II. Die sozialdemokratischen Interpellationen.

Von den sieben Interpellationen, die in der Berichtsperiode im Reichstag eingebracht worden sind, sind vier von der sozialdemokratischen Fraktion ausgegangen; außerdem haben noch die Nationalliberalen, die Freisinnigen und die Polen je eine Interpellation eingereicht. Eine sozialdemokratische und die nationalliberale Interpellation betrafen die auswärtige Politik; sie wurden nach Beendigung der Etatsdebatten über die auswärtige Lage (siehe Seite 82 bis 84) als erledigt erklärt.

1. Die Teuerungsverhältnisse.

(71. bis 73. Sitzung vom 27. bis 29. November.)

Gleich am Tage des Wiederzusammentritts des Reichstags nach den langen Sommerferien brachte die sozialdemokratische Fraktion eine Interpellation über die Teuerungsverhältnisse im Deutschen Reiche ein. Der Begründer der Interpellation, Genosse Scheidemann, ging davon aus, daß gegenwärtig nicht mehr wie sonst die Teuerung mit irgendwelchen Ausreden bestritten werden könne. Selbst die Regierung habe zugegeben, daß wir unter schlimmen Verhältnissen leben. Deutschland habe die teuersten Lebensmittelpreise der Welt, das Fleisch sei für die Massen zum Leckerbissen geworden. Nur der preußische Landwirtschaftsminister von Schorlemer scheine eine abweichende Meinung zu haben. Die sozialdemokratische Fraktion habe schon vor Monaten an den Reichskanzler das Ersuchen gerichtet, den Reichstag einzuberufen, damit er Maßregeln zur Milderung der Teuerung beschließe. Aber der Reichskanzler habe erst drei Wochen nach Eingang des Briefes eine ausweichende Antwort gegeben. Inzwischen habe die Regierung zwar einige Maßnahmen angeordnet und auch einen Vorschlag dem Reichstage zur Zustimmung unterbreitet. Der Redner wies aber die getroffenen Maßnahmen im einzelnen als durchaus ungenügend nach. Die Zulassung der Einführung von Fleisch aus den Balkanstaaten drei Tage vor Beginn des Krieges sei entweder ein schlechter Witz, oder es verrate sich darin die Unfähigkeit unserer Diplomatie, die sich von den wichtigsten Dingen haben überraschen lassen. Die Lebensmittelzölle seien ein schreiendes Unrecht. Unser Redner forderte eine Aenderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes. Früher habe sich die Regierung gegen eine Bestimmung, wie sie § 12 enthalte, mit Händen und Füßen gewehrt, heute sträube sie sich mit der gleichen Hartnäckigkeit gegen eine Aenderung dieses Paragraphen im Sinne ihrer eigenen früheren Anschauungen. Mit dem § 12 wolle der Herr Landwirtschaftsminister, wie er erklärt habe, stehen oder fallen. „Mit dem Fall des § 12 wird es aber möglich, Fleisch in großen Mengen nach Deutschland zu schaffen. Und da sage ich: ich tausche den § 12 mitsamt dem Herrn Landwirtschaftsminister von Schorlemer gerne ein für 1000 Doppelzentner Fleisch, gefrorene Hammel und Rinder."

Der Reichskanzler beantwortete die Interpellation persönlich. An eine Aufhebung der Lebensmittelzölle sei gar nicht zu denken, die heutige Wirtschaftspolitik, für die auch Sozialdemokraten in den „Sozialistischen Monatsheften" eingetreten seien, müsse aufrecht erhalten werden. Die Teuerung beruhe auf internationalen Erscheinungen und könne daher von der Regierung nicht beseitigt werden. Mehr als die Regierung zur Milderung der Teuerung getan habe, könne sie nicht tun.

Die Debatte zog sich über drei Tage hin. Von allen Parteien kamen mehrere Redner zum Wort. Von der Regierung beteiligten sich außer dem Reichskanzler noch der preußische Landwirtschaftsminister von Schorlemer, der bei dieser Gelegenheit seine aufreizende Bemerkung von dem Eiweißgehalt des Pferdefleisches machte, an der Debatte. Ferner nahm der Staatssekretär des Innern Delbrück das Wort, der in seiner glatten, diplomatischen Art das Problem erörterte; er erwartet alles Heil von einer von ihm eingesetzten Untersuchungskommission. Wertvoll war sein offenes Zugeständnis: „Meine Herren, ich habe gesagt: es ist ein Irrtum, wenn man davon ausgeht, daß die Ursache unserer Fleischnot in der Hauptsache in der Wirtschaftspolitik zu suchen ist. Sie werden mir einwenden: jawohl, unsere ganze Zollpolitik geht doch darauf aus, die Preise zu erhöhen. (Sehr richtig! links.) Gewiß, meine Herren, das ist richtig. (Hört! hört! — Lachen rechts!) Aber, meine Herren, ich habe in meinem Leben doch noch nicht gehört, daß eine Nation sich mit einem Wall von Schutzzöllen umgibt, wenn sie nicht die Absicht hat, damit auf die inneren wirtschaftlichen Verhältnisse, die Preise, einzuwirken ... Es ist zweifellos richtig; es ist unsere Absicht und die Absicht des Reichstages gewesen, durch unseren Zolltarif unsere innere wirtschaftliche Entwickelung in dem Sinne zu beeinflussen, daß unserer einheimischen Produktion ein Vorsprung gegenüber der ausländischen gegeben wird."

Von unserer Fraktion sprachen noch die Genossen Molkenbuhr und Südekum. Molkenbuhr antwortete besonders dem preußischen Landwirtschaftsminister, dem er die „Sozialistischen Monatshefte" aus der Hand schlug. Er wies ferner an der Hand reichen Zahlenmaterials nach, daß die Maßnahmen der Regierung völlig unzureichend seien, und daß vor allen Dingen Deutschland nicht, wie es der Reichskanzler als die Hauptsache hinstellte, selbst seinen Bedarf decken könne.

Ebenfalls gestützt auf amtliche Zahlen legte Molkenbuhr sodann den Notstand der deutschen Arbeiter dar.

Genosse Südekum beschäftigte sich besonders mit dem Staatssekretär Delbrück. Herr Delbrück habe geäußert, reden nütze nichts, es komme auf Taten an. Aber wenn wir Sozialdemokraten nicht geredet, nicht hier und draußen im Lande unsere Stimme erhoben hätten: „ich bin fest überzeugt, es wäre gar nichts geschaffen worden, weder von der Regierung und noch weniger von Ihnen auf dieser rechten Seite des Hauses, um die Not des Volkes wenigstens in dem einen oder anderen Punkte etwas zu lindern. Gewiß, reden allein tuts nicht. Aber die Not des Volkes muß zum Ausdruck gebracht werden, und die politischen Machtmittel der großen Massen müssen angesetzt werden, damit sie zu einer verständigen und befriedigenden Lebenshaltung kommen, die Sie ihnen in Ihrem kapitalistischen Interesse dauernd versagen möchten." Südekum legte weiter die Mangelhaftigkeit und Unzulänglichkeit der staatlichen Maßnahmen dar, besonders so weit die Regierung die Last der Verantwortung den Städten zuzuschieben versucht. Die Unterernährung weiter Kreise des Volkes wies er u. a. aus den deutschen Schularztberichten nach.

Die Abstimmung über unsern Antrag, die Erklärung des Reichskanzlers als nicht befriedigend anzusehen, war eine namentliche. Für unsern Antrag wurden 140, dagegen 174 Stimmen abgegeben. Der Sieg der Regierung, den sie mit Hilfe der Zollwuchermehrheit erlangte, war also nicht gerade glänzend. (Siehe auch Seite 138 und 139.)

2. Der Wagenmangel.

(85. und 86. Sitzung vom 8. und 9. Januar 1913.)

Der außerordentliche Wagenmangel der preußischen Eisenbahnen, besonders im niederrheinisch-westfälischen und im oberschlesischen Industriegebiet im Spätherbst 1912 hatte unsere Fraktion gleich nach dem Zusammentritt im Dezember veranlaßt, eine Interpellation darüber einzubringen. Durch eine Reihe widriger Umstände gelangte die Interpellation erst im Januar zur Besprechung.

Genosse König, der die Interpellation begründete, gab zu, daß durch die Stillegung der Produktion an den Feiertagen der Wagenmangel ein wenig behoben sei, aber jeden Tag könnten dieselben Schwierigkeiten wie vor einigen Wochen wieder erstehen. Außerdem sei der Wagenmangel eine ziemlich regelmäßig wiederkehrende Gefahr in Preußen, so daß die Interpellation auch jetzt noch durchaus angebracht sei. Da die Gefahr nicht nur Preußen, sondern ganz Deutschland angehe, habe auch der Reichstag das Recht und die Pflicht, den Ursachen des Wagenmangels nachzugehen. Genosse König wies aus reichem Zahlenmaterial den Umfang und die Schäden des Wagenmangels nach. Es seien unerhörte Verkehrsstörungen sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr eingetreten. Vor allen Dingen hätten die Bergarbeiter durch die notwendig gewordenen Zwangsfeierschichten zu leiden. Es handele sich dabei um Hunderttausende von Bergarbeitern, die diesen Einnahmeausfall bei ihrem ohnehin schlechten Einkommen, noch dazu zur Weihnachtszeit, schwer empfinden. Auch das Eisenbahnpersonal leide unter dem Wagenmangel. Es seien zum Teil ganz unmenschliche Leistungen von dem Personal erzwungen worden. Die Ursache des Wagenmangels sei im preußischen Fiskalismus zu suchen.

Die Regierung antwortete durch den Präsidenten des Reichseisenbahnamtes Wackerzapp; der Wackere hätte am liebsten gesehen, wenn die ganze Angelegenheit als preußische angesehen worden und im Reichstage nicht zur Sprache gekommen wäre. Im übrigen suchte er zu beschönigen und zu vertuschen und der starken Zunahme des Verkehrs die Hauptschuld aufzubürden.

Selbst die bürgerlichen Redner waren von dieser Antwort nicht voll befriedigt. Von unserer Seite nahm noch Genosse Dittmann das Wort, der die Ausreden des Reichseisenbahnamts nachprüfte. Die Kompetenz des Reichstages sei unzweifelhaft, einigen hohen preußischen Herren zuliebe dürfe sich der Reichstag keinen Maulkorb umbinden lassen. Unzweifelhaft hätten auch militärpolitische Gründe vorgelegen. Es habe sich um vorbereitende Maßnahmen zu einer etwaigen Mobilmachung gehandelt, und dadurch sei das ganze ohnehin stark belastete Verkehrswesen in Unordnung geraten. Dabei habe sich auch gezeigt, daß die Zustände im preußischen Eisenbahnwesen den Anforderungen einer Mobilmachung nicht gewachsen seien. Die angekündigten Maßnahmen zur Verhinderung solcher Kalamitäten genügten nicht. Das preußische Eisenbahnwesen müsse von dem Druck des preußischen Steuerfiskus befreit werden. Die Bedürfnisse des Verkehrs, nicht der Wunsch nach hohen Betriebsüberschüssen, müßten das leitende Prinzip der Eisenbahnverwaltung sein. Es sei dringend notwendig, daß endlich ein Reichseisenbahngesetz geschaffen werde.

Ein Antrag war zu dieser Interpellation nicht gestellt worden.

3. Die Ausnahmegesetze für Elsaß-Lothringen.

(155. und 156. Sitzung vom 30. und 31. Mai 1913.)

Die dritte Interpellation brachte unsere Fraktion gegen Ende des Sessionsabschnittes, im Mai 1913, ein, als durch die französische Presse bekannt geworden war, daß die elsaß-lothringische Regierung beim Bundesrat den Antrag gestellt habe, das Reichsvereinsgesetz und das Preßgesetz in Elsaß-Lothringen einzuschränken. Genosse Emmel begründete die Interpellation. Er gab zunächst seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der Reichstag solche wichtigen Dinge erst auf dem Umwege über Frankreich erfahren müsse. Er führte dann den bündigen Nachweis, daß für die Einschränkung des Vereins- und des Preßgesetzes auch nicht der Schatten einer Notwendigkeit vorliege; dagegen schlagen die geplanten Maßnahmen der Reichsverfassung ins Gesicht und ebenso den von allen Parteien in Elsaß-Lothringen mit Eifer verfolgten Bestrebungen, das Land zu beruhigen und es innerlich an Deutschland anzugliedern. Nutzen ziehe aus den Bestrebungen der Regierung nur die kleine Gruppe der Nationalisten, obwohl sich eigentlich und angeblich gegen sie der Schlag richten solle. Wenn aber erst einmal Ausnahmegesetze beständen, so würden sie auch in weiterem Umfange angewendet werden, als zuerst geplant sei. Doch wenn sie auch nur die Nationalisten träfen, so wären wir ebenfalls aus prinzipieller Gegnerschaft gegen Ausnahmegesetze dagegen.

Der Reichskanzler, der die Interpellation beantwortete, redete angesichts der auch für ihn unrettbaren Situation um die entscheidende Frage herum. Er ließ nicht klar erkennen, ob der Bundesrat geneigt sein werde, die von der elsaß-lothringischen Regierung geforderten Ausnahmegesetze zu beschließen, suchte aber die elsaß-lothringische Regierung nach Möglichkeit zu decken. Von den bürgerlichen Parteien unternahmen nur die Konservativen einen zaghaften Versuch, die geplanten Ausnahmebestimmungen zu rechtfertigen; alle anderen Parteien lehnten einen etwaigen Gesetzentwurf im Sinne der elsaß-lothringischen Regierung schon von vornherein entschieden ab.

Von unserer Fraktion sprachen noch die Genossen Weill und Peirotes, zwei elsaß-lothringische Abgeordnete. Weill ging von der Geschichte Elsaß-Loth-

ringens aus und erklärte aus ihr die Besonderheit der Bevölkerung. „Es ist keine Frage, meine Herren, daß diese nationale Eigenart Elsaß-Lothringens entscheidend bestimmt werden mußte durch seine Geschichte, durch die Geschichte, in der Elsaß-Lothringen die größten und gewaltigsten Ereignisse der französischen Entwickelung erlebt hat. Und es ist natürlich, daß ein Land, das vorher jenes ungeheure Ereignis der großen Revolution miterlebt hat, gerade von diesen Ereignissen in seinem ganzen Charakter, in seinen ganzen Stimmungen, in seinen ganzen Anschauungen die stärksten Eindrücke empfangen hat." Auf diese geschichtlichen Ursachen führte Weill auch die Notwendigkeit zurück, daß gerade für Elsaß-Lothringen eine freie demokratische Verfassung gefordert werden müsse. Wir verlangen für Elsaß-Lothringen eine republikanische Verfassung. Aber dieser Bundesstaat werde naturgemäß Bestandteil des Deutschen Reiches sein.

Genosse Peirotes antwortete dem von Weill endlich aus seiner Schweigsamkeit herausgelockten Unterstaatssekretär für Elsaß-Lothringen, Mandel, der als der eigentliche Urheber der ausnahmegesetzlichen Pläne galt. Peirotes wies nach, daß alle Gründe der elsaß-lothringischen Regierung fadenscheinig, unhaltbar und teilweise geradezu lächerlich seien. Auch er kam zu dem Ergebnis, daß die elsaß-lothringische Frage nicht nur eine Frage des Nationalismus, sondern eine Frage der Demokratie und des Sozialismus sei.

Eine Beschlußfassung erfolgte bei dieser Interpellation nicht.

III. Die bürgerlichen Interpellationen.

1. Die Koalitionsfreiheit der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter.

(82. und 83. Sitzung vom 10. und 11. Dezember 1912.)

Die Fortschrittliche Volkspartei interpellierte die Regierung wegen der Angriffe der Regierung gegen das Vereins- und Koalitionsrecht, wobei sie besonders die Schwierigkeiten behandelte, denen der deutsche Militärarbeiterverband durch terroristische Maßnahmen des Kriegsministeriums ausgesetzt ist. Die Begründung der Interpellation zog ferner die Maßnahmen gegen den Berufsfeuerwehrverband, gegen die Eisenbahnarbeiter, gegen den Technikerverband, gegen den Bund der technisch-industriellen Beamten und gegen den deutschen Lehrerverein als Beweismaterial für die Notwendigkeit, das Koalitionsrecht zu sichern, heran.

Die Interpellation wurde vom Staatssekretär des Innern Delbrück beantwortet, und zwar lief seine Antwort auf eine völlige Negierung des Rechts auf Koalition hinaus. Er untersuchte die „Quellen der Koalitions- und Vereinsfreiheit der Arbeiter und ihre Grenzen". Angeblich lägen sie in den §§ 152, 153 und 154a der Gewerbeordnung einerseits und dem § 1 des Vereinsgesetzes vom Jahre 1908 andererseits. „Ich habe wiederholt die Ehre gehabt, von dieser Stelle aus nachzuweisen, daß die Annahme irrig ist, und daß man die Bedeutung dieser Gesetzesbestimmungen, die ich eben zitiert habe, für den Umfang und als Quelle des Vereins- und Versammlungsrechts überschätzt ... Wo in den Reichsgesetzen ist denn, abgesehen etwa von den eben von mir zitierten gesetzlichen Bestimmungen, eine Erörterung der Vereins- und Koalitionsfreiheit enthalten? Nirgends. Auch die Reichsverfassung enthält darüber keine Vorschrift." In einer langen staatsrechtlichen Darlegung suchte der Staatssekretär seine absonderliche These nachzuweisen. Durch den § 152 der Gewerbeordnung seien nur die Einschränkungen des Koalitionsrechts aufgehoben, die sich aus dem Gewerberecht der einzelnen Bundesstaaten ergeben. „Es sind aber nicht aufgehoben die zahlreichen Beschränkungen des Vereins- und Koalitionsrechts, die in fast allen anderen Zweigen des Privat- und öffentlichen Rechts liegen. Es ist nicht aufgehoben die Möglichkeit der Beschränkung des Koalitionsrechts, die sich aus der elterlichen Gewalt, aus den Rechten der Vormünder, der Lehrherren, der Meister ergibt, und es ist vor allen Dingen durch diese Bestimmung nicht die Möglichkeit beseitigt, im Wege des Privatvertrages die Koalitionsfreiheit einzuschränken." Der Staatssekretär zählte dann eine Reihe von Einschränkungen des Koalitionsrechts durch das Reichsmilitärgesetz, durch das bürgerliche Gesetzbuch und durch das Reichsvereinsgesetz auf. Der Staatssekretär rekapitulierte: „Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Leitung staatlicher Betriebe berechtigt und verpflichtet ist, die Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten und ihrer Arbeiter zu beschränken, soweit das nach den allgemeinen Grundsätzen mit den guten Sitten vereinbar ist, d. h. soweit es notwendig ist, um die betreffenden Einrichtungen schlagfertig, leistungsfähig, konform mit den Aufgaben und Zielen des Staates zu halten. Ferner: die Vorgesetzten der Beamten sind berechtigt, die Koalitions- und Vereinsfreiheit derselben insoweit zu beschränken, als es notwendig ist, um die Beamtenschaft leistungsfähig und intakt zu halten, wie es die Interessen, die Sicherheit für die Zwecke des Staates gebieten." Der Staatssekretär nahm auch zu der päpstlichen Enzyklika Stellung und bestritt, daß diese einen rechtswidrigen Eingriff in die Koalitionsfreiheit des deutschen Arbeiters bedeute; es habe also kein Grund für die Reichsleitung vorgelegen, diesen Angriff abzuwehren.

Genosse Bauer trat als erster Redner aus dem Hause dem Staatssekretär entgegen. Er nannte dessen Rede die reaktionärste, die wir seit Jahren zu hören bekommen haben. Das sei der Standpunkt der vormärzlichen Zeit, nämlich, daß alles, was im Gesetz nicht gestattet ist, verboten sei. Das Gegenteil aber sei richtig: alles, was nicht ausdrücklich verboten ist, gilt als gestattet, auch für das Koalitionsrecht und die Vereinigungsfreiheit. Die Aufhebung der Koalitionsfreiheit durch Privatvertrag verstoße nach den Grundsätzen, von denen bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches der Reichstag ausgegangen sei, gegen die guten Sitten. Unser Genosse Stadthagen habe seinerzeit bei der Beratung des § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches in der Kommission den Antrag gestellt, daß der Begriff der guten Sitten näher formuliert werden solle. Dieser Antrag wurde von den Regierungsvertretern als überflüssig erklärt, weil es ganz selbstverständlich sei, daß ein solcher Vertrag, der eine Einschränkung des Koalitionsrechts bedinge, als sittenwidrig im Sinne des § 138 angesehen werden müsse. Auch das Plenum des Reichstages habe sich dieser Ansicht angeschlossen. Jetzt vertreten hier die berufenen Vertreter der Staatsgewalt Grundsätze, die den gesetzlichen Bestimmungen ins Gesicht schlagen. Die Sozialdemokratie müsse einmal wieder das geltende Recht verteidigen. Unser Redner ging dann eingehend auf die terroristischen Maßnahmen des Kriegsministeriums gegen den Militärarbeiterverband ein. Die Leiter der Staatsbetriebe seien der Meinung, die Arbeiter müßten zufrieden sein; sei aber diese Zufriedenheit nicht vorhanden, so wolle man sie durch Kommando herbeiführen. Aber auch Vertreter christlicher Gewerkschaften hätten die Hetze gegen den Militärarbeiterverband mitgemacht. Das zeige, daß die christlichen Gewerkschaften nicht die Förderung, sondern die Zersplitterung der Arbeiterorganisationen im Auge haben. Bauer trat dann noch für die unbedingte Koalitionsfreiheit der technischen Angestellten in Staatsbetrieben ein. Auch das Recht der Arbeitseinstellung sei ihnen gesetzlich garantiert. Den vielen Beamten in Preußen könne nur durch eine Aenderung des preußischen Landtagswahlrechts wirksam geholfen werden. Die Frage des unbedingten Koalitionsrechts sei in letzter Linie eine Machtfrage. Die Arbeiterklasse werde sich über alle juristischen Defi-

nitionen hinweg aus eigener Kraft das volle Koalitionsrecht und ein freies Wahlrecht erobern.

In der Debatte stellten sich die Konservativen, Freikonservativen und ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften rückhaltlos auf den Boden der Regierung. Der nationalliberale Arbeitervertreter wehklagte über die Schwierigkeiten, die dem Militärarbeiterverband gemacht würden, obwohl dieser freiwillig auf das Streikrecht verzichtet habe. Ein Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei trat der Regierung entgegen. Ein Koalitionsrecht, wie es der Staatssekretär gestern gezeigt habe, wäre keine Interpellation, nicht einmal eine halbe Stunde Beratung wert. Im übrigen machten die christlichen Aucharbeitervertreter den Kampf um das Koalitionsrecht zu einem Kampf gegen die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie.

Von unserer Seite trat diesen Versuchen, den Streitpunkt zu verschieben, der Genosse Böhle entgegen. Bisher hätten die linksstehenden bürgerlichen Parteien den Anschlägen auf das Koalitionsrecht gleichgültig gegenübergestanden, weil es sich nur um die freien Gewerkschaften gehandelt habe. Nun auch die neutralen Verbände von dem Terrorismus der Regierung getroffen würden, rafften sie sich auch endlich auf. Das Zentrum habe seit Jahren mit aller Energie gegen das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter Front gemacht. Die Führer der christlichen Gewerkschaften wollen den Staatsarbeitern kein Streikrecht zugestehen. Den Beweis liefere das Verhalten des Zentrums in Bayern. Von dem Staatssekretär hätte man eine Stärkung des Koalitionsrechts und Vorschläge zur Regelung der Lohnverhältnisse der Staatsarbeiter erwarten dürfen. Statt dessen vertrete er einen Standpunkt, der die Vernichtung des Koalitionsrechts und eine Rechtlosmachung der organisierten Arbeiter bedeute. Und das in einem Augenblick, in dem die Regierung auf die Arbeiterschaft zur Unterstützung ihrer auswärtigen Politik rechne. Die deutsche Arbeiterklasse werde den Kampf, der ihr für das Koalitionsrecht aufgedrängt werde, mit aller Energie aufnehmen und bis zum Ende durchführen.

2. Die Enteignung polnischer Gutsbesitzer.

(100. und 101. Sitzung vom 29. und 30. Januar 1913.)

Die unerhörte Tatsache, daß die preußische Ansiedlungskommission eine Anzahl polnischer Besitzer mit allen ihren Leuten von Haus und Hof gejagt hat, um deren Land für ihre Zwecke in Besitz zu nehmen, und die Bestätigung dieser Enteignung durch das preußische Staatsministerium gab der polnischen Fraktion Veranlassung zu einer Interpellation. Die Regierung ließ durch den Staatssekretär des Reichsjustizamtes eine kurze Erklärung verlesen, daß die Maßnahmen, auf welche die Interpellation sich beziehe, zur Zuständigkeit der Landesgesetzgebung gehörten, den Reichstag also nichts angehen. Nach dieser Erklärung drehte die Regierung dem Reichstag den Rücken zu und ließ ihn für die weitere Beratung allein.

Unser Genosse Wendel kennzeichnete dies Verfahren der Regierung als einen Ausfluß der Feigheit. Im preußischen Landtag fühle sie sich mit ihrer Polenpolitik stark, im Parlament des gleichen Wahlrechts ziehe sie der Tapferkeit besseren Teil vor. Nicht ohne Schadenfreude könnten wir Sozialdemokraten feststellen, daß wir, die Umstürzler von Beruf, die Verfassung gegen die Staatsretter von Beruf schützen müßten; daß wir Internationalen uns der nationalen Rechte eines unterdrückten Stammes gegen die Bannerträger des nationalen Gedankens annehmen müßten; und daß wir, die vielberufenen Feinde des Privateigentums, das Privateigentum gegen seine fanatischsten

Anhänger zu verteidigen hätten. Das geschähe nicht der schönen Augen der Polen wegen, sondern wir Sozialdemokraten machten gegen die Polenunterdrückungspolitik Front aus dem tiefen Gefühl für Recht und Gerechtigkeit heraus, das der modernen Arbeiterklasse im Blute sitzt. Der Hakatismus verstoße gegen elementare Gebote der Ethik. Bei dem Enteignungsverfahren handele es sich um ein brutales Ausnahmegesetz und zugleich um eine eklatante Verletzung der Reichsverfassung. Das ganze Vorgehen werde erfolglos sein. Die Polen nehmen nicht nur in den eigentlichen polnischen Landesteilen, sondern auch im westlichen Preußen zu. Im übrigen schreckten wir Sozialdemokraten vor der Enteignung an sich nicht zurück. Es freue uns im Gegenteil, daß die Konservativen und Nationalliberalen durch die Enteignungen von heute unsere Enteignungen von morgen von ihrem eigenen Standpunkte aus legitimieren.

Die Polen stellten die Vertrauensfrage durch die Einbringung des folgenden Antrages:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Zulassung der Enteignung polnischer Gutsbesitzer für die Zwecke der preußischen Ansiedlungskommission durch den Herrn Reichskanzler entspricht nicht der Auffassung des Reichstages.

Den Hakatisten auf bürgerlicher Seite, besonders dem Vertreter der Nationalliberalen und der Konservativen antwortete Genosse Ledebour. Wenn behauptet werde, das Enteignungsgesetz verstoße nicht gegen die Verfassung, weil nicht drin stehe, daß es nur gegen Polen angewandt werden solle, so verberge sich hinter einer solchen Behauptung eine abgrundtiefe Heuchelei. Mit nationalen Gründen sei die Enteignung nicht zu rechtfertigen. Das deutsche Volk wolle von dem Gesetz nichts wissen. Hier im Reichstage, der eigentlichen Volksvertretung, sei eine Zweidrittel-Mehrheit gegen die preußische Polenpolitik. Wenn es im preußischen Landtag umgekehrt wäre, so beweise das, wie notwendig die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen sei. Das Zentrum und die Polen sollten ihren Einfluß in Preußen nur in diesem Sinne ausnutzen. Das sei die beste Gegenwehr gegen die hakatistische Politik der preußischen Regierung.

In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag der polnischen Fraktion mit 213 gegen 97 Stimmen bei 43 Stimmenthaltungen angenommen.

Der Herr Reichskanzler sah sich nicht veranlaßt, irgendeine Konsequenz aus diesem unverblümten Mißtrauensvotum zu ziehen. —

Kurze Anfragen.

Zu den kleinen Verbesserungen der parlamentarischen Technik, die der gegenwärtige Reichstag durchgesetzt hat, gehört die von der Sozialdemokratie vorgeschlagene Einrichtung der kurzen Anfragen. Sie haben den Zweck, die Regierung zu Auskünften und Erklärungen zu veranlassen, die für die Oeffentlichkeit größeres Interesse haben, aber auf andere Weise gar nicht oder nur umständlich und mit großen Verzögerungen zu erhalten wären. Zuerst kam die Regierung dem von ihr offenbar unangenehm empfundenen Fragebedürfnis der Abgeordneten nur widerwillig entgegen; sie hat sich aber schnell daran gewöhnt und scheint der Neuerung sogar schon einige Vorteile in ihrem Interesse abgesehen zu haben. Eine Debatte knüpft sich an die Anfragen nicht.

*

Genosse Göhre fragte nach der Stellung der verbündeten Regierungen zu den einstimmig angenommenen Resolutionen des Reichstags in der Wohnungsfrage. Er erhielt die ausweichende Antwort, daß die Schwierigkeiten, die sich besonders aus den Grenzen der Zuständigkeit von Reich und

Bundesstaat ergeben, noch nicht überwunden seien. Ob der gegenwärtigen Tagung des Reichstags noch ein Gesetzentwurf vorgelegt werden könne, lasse sich noch nicht sagen. (73. Sitzung vom 29. November 1912.)

Genosse Liebknecht wünschte Auskunft, ob von der im November auf dem Balkan ausgebrochenen Cholera Einschleppungsgefahr für das westliche Europa zu befürchten sei. Es wurde geantwortet, daß eine solche Gefahr nicht vorliege, da alle erdenklichen Vorsichtsmaßregeln getroffen seien. (76. Sitzung vom 3. Dezember 1912.)

Eine weitere Frage des Genossen Liebknecht bezog sich auf die Verunreinigung der Wasserläufe und ihre Verhütung durch ein Reichsgesetz. Die Regierung erklärte, daß sie die Gefahr anerkenne und daß „Verhandlungen schweben". (79. Sitzung vom 6. Dezember 1912.)

Genosse Herzfeld erkundigte sich, ob Aussicht vorhanden sei, daß die verworrenen mecklenburgischen Verfassungszustände durch ein Reichsgesetz geregelt würden. Die Regierung erklärte, daß sie sich zu einem solchen Eingreifen nach der geltenden Reichsverfassung nicht für zuständig halte. (79. Sitzung vom 6. Dezember 1912.)

Genosse Bernstein fragte an, ob die Regierung eine Zusammenstellung über den Anteil der Ausgaben für die Zwecke der Arbeiterversicherung an den Gesamtausgaben der europäischen Staaten geben könne. Die Regierung will die Anregung prüfen. (79. Sitzung vom 6. Dezember 1912.)

Genosse Hoch erkundigte sich, ob die Ursachen der Typhusepidemie im Hanauer Eisenbahnregiment auf Unsauberkeit in der Küche zurückzuführen seien. Die Militärverwaltung verneinte die Frage, die Keimträger seien eingeschleppt worden. (87. Sitzung vom 10. Januar 1913.) (Siehe auch Seite 111.)

Genosse Robert Schmidt wünschte Auskunft darüber, ob im Bundesrat die Absicht bestehe, die Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter in Glashütten und ähnlichen Betrieben zu erweitern. Die Regierung stellte das baldige Erscheinen einer neuen Vorlage in Aussicht. (90. Sitzung vom 14. Januar 1913.)

Genosse Henke fragte an, ob wegen der Erneuerung des 1914 ablaufenden Subventionsvertrages mit dem Norddeutschen Lloyd schon Verhandlungen eingeleitet seien und ob auch andere Reedereien als der Lloyd hinzugezogen würden. Die Regierung erklärte, daß unverbindliche Vorbesprechungen stattgefunden hätten; ob andere Gesellschaften mit zu den Verhandlungen herangezogen würden, lasse sich noch nicht übersehen. (90. Sitzung vom 14. Januar 1913.)

Genosse Giebel wollte wissen, ob die Betriebspensionskasse der Firma Krupp als Lebensversicherungsunternehmen gelte. Die Regierung gab diesen Ausnahmezustand zu und hielt ihn für gerechtfertigt. (93. Sitzung vom 17. Januar 1913.)

Genosse Dzichmann erkundigte sich, ob Maßnahmen wirtschaftlicher und gesundheitlicher Art zum Schutze der Heimarbeiter der Tabakindustrie geplant seien. Nach der Antwort der Regierung findet sich eine Vorlage in Vorbereitung. (93. Sitzung vom 17. Januar 1913.)

Genosse Baudert wünschte Auskunft, ob wegen des Gebietsaustausches zweier thüringischer Staaten auch eine Aenderung der Reichstagswahlkreise zu erwarten sei. Die Antwort lautete bejahend. (93. Sitzung vom 17. Januar 1913.)

Genosse Stolle wollte wissen, ob Oesterreich-Ungarn der Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf der Elbe zugestimmt habe. Die Antwort ergab, daß Oesterreich-Ungarn bisher nicht zugestimmt hat. (93. Sitzung vom 17. Januar 1913.)

Genosse Rühle fragte an, warum die Ergebnisse der 1904 vorgenommenen Erhebungen über die Beschäftigung von Kindern im Haushalte und in der Landwirtschaft noch nicht veröffentlicht worden seien. Es erfolgte die geradezu erstaunliche Antwort, daß noch nicht einmal alle Bundesstaaten das Material eingeschickt hätten und daß daher nicht abzusehen sei, wann dem Reichstag weitere Mitteilungen gemacht werden können. (94. Sitzung vom 21. Januar 1913.)

Genosse Ledebour fragte nach der Richtigkeit von Zeitungsmeldungen, wonach die Truppen der Balkanstaaten sich Grausamkeiten gegen die Bevölkerung der besetzten Länder haben zuschulden kommen lassen, und ob der Reichskanzler eine Untersuchungskommission der Großmächte anregen wolle. Das Auswärtige Amt erklärte, daß die meisten Schilderungen von Grausamkeiten nicht nachgeprüft werden könnten. Wo es möglich sei, werde gegen Uebergriffe eingeschritten. Die gewünschte internationale Anregung plane die Regierung nicht. (97. Sitzung vom 24. Januar 1913.)

Genosse Hoch wollte wissen, ob mit der Diamantenregie schon ein neuer Vertrag geschlossen worden sei, bevor der Reichstag zu den Bedingungen habe Stellung nehmen können. Die Kolonialverwaltung erklärte, daß sie an sich das Recht zum Abschluß solcher Verträge habe, ein Abschluß sei aber noch nicht erfolgt. Das heimische Schleifgewerbe werde dabei zu Wort kommen. (97. Sitzung vom 24. Januar 1913.) (Siehe auch Seite 105.)

Einen Auftakt zur neuen Wehrvorlage bildete eine Anfrage des Genossen Gradnauer gegen Ende Januar. Er erkundigte sich nach der Richtigkeit von Zeitungsmeldungen über neue umfassende Militärforderungen. Das Kriegsministerium ließ durch einen simplen Major antworten, daß „die verantwortlichen Stellen darüber einig sind, daß unsere Rüstung zu Lande einer Verstärkung bedarf". Ueber den Umfang der Verstärkungen könne er noch nichts sagen. (99. Sitzung vom 28. Januar 1913.)

Genosse Weill erkundigte sich, ob Verhandlungen zwischen den in Neu-Kamerun berechtigten Konzessionsgesellschaften und den verbündeten Regierungen über die zukünftige Stellung der Gesellschaften geführt worden seien. Die Kolonialverwaltung antwortete, daß Abmachungen noch nicht getroffen worden seien, Verhandlungen aber demnächst eingeleitet werden sollten. (149. Sitzung vom 25. April 1913.)

Genosse Liebknecht erkundigte sich, ob die Regierung etwas zum Schutze eines deutschen Bergmannes getan habe, der an einem russischen Grenzorte verhaftet und wegen Streikagitation zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt sein soll. Die Regierung antwortete, daß sie über den Fall nähere Erkundigungen eingezogen habe. Der Bergarbeiter habe gegen eine russische Gouvernementsverordnung verstoßen, er könne aber schlimmstenfalls aus Rußland ausgewiesen werden. (158. Sitzung vom 10. Juni 1913.)

Genosse Brey fragte nach den Ursachen einer im 8. Infanterie-Regiment zu Osnabrück ausgebrochenen epidemischen Erkrankung. Der Generaloberarzt führte die Erkrankungen auf das Fleisch einer im städtischen Schlachtviehhof geschlachteten Kuh zurück. Alle gesetzlichen Vorschriften seien beobachtet worden. Wahrscheinlich liege ein Fall vor, der nach dem Stande der Wissenschaft heute noch nicht verhütet werden könne. (171. Sitzung vom 27. Juni 1913.)

Genosse Weill wollte Auskunft, ob die in der französischen Presse verbreitete Nachricht zutreffe, daß deutsche Truppen in Kamerun ein verlustreiches Gefecht gehabt hätten. Dem Reichskolonialamte war von einem solchen Zusammenstoße nichts bekannt. (171. Sitzung vom 27. Juni 1913.)

Genosse Liebknecht fragte, was bisher zur Berufung einer Kommission für die Prüfung der Rüstungslieferungen geschehen sei, wie die Kommission zusammengesetzt werde und wann sie zusammentrete. Das Reichsamt des Innern antwortete, daß der Staatssekretär mit den Parteien des Reiches wegen der in die Kommission zu berufenden Reichstagsmitglieder Fühlung genommen habe. Die Kommission werde voraussichtlich erst im Herbst zusammentreten. (171. Sitzung vom 27. Juni 1913.)

Petitionen.

Die Petitionen sind die Stiefkinder im parlamentarischen Geschäftsgange. Von der großen Fülle der ständig eingehenden Petitionen, unter denen sich freilich oft der krauseste Unsinn und mancherlei persönliche Angelegenheiten, die sich für die parlamentarische Beratung überhaupt nicht eignen, befinden, kann nur ein Teil durch die Petitionskommission für die Beratung im Plenum vorbereitet werden. Von diesen wird wiederum nur ein kleiner Teil Gegenstand einer Diskussion, die meisten werden ohne Debatte nach den Beschlüssen der Petitionskommission erledigt. Aber auch die wenigen Petitionen, denen eine Besprechung zuteil wird, müssen sich in der Regel mit einem ungünstigen Platz in der Tagesordnung begnügen. Petitionen werden auf die Tagesordnung gesetzt, wenn kein sonstiger Beratungsstoff vorliegt, oder sie dienen als Füllmaterial bei einer Tagesordnung, deren Dauer und Verlauf vorher nicht recht abzuschätzen ist. So werden die Petitionen oft zwischen Tür und Angel erledigt.

Die sozialdemokratische Fraktion beteiligt sich eifrig an der Prüfung von Petitionen, an der schriftlichen und mündlichen Berichterstattung und an etwaigen Debatten.

*

Bei einer Petition über Irrenwesen empfahl Genosse Thiele, zugleich als Berichterstatter, die Regelung des Irrenwesens auf dem Wege der Reichsgesetzgebung. Nur so seien die zahlreichen Skandale, die über unrechtmäßige Unterbringung einzelner Personen in Irrenanstalten auf Grund mangelhafter landesgesetzlicher Bestimmungen so oft die Oeffentlichkeit beschäftigen, zu beseitigen. Die Petition wurde dem Reichskanzler als Material überwiesen. (70. Sitzung vom 26. November 1912.)

*

Einer Petition aus Unternehmerkreisen, die die reichsgesetzliche Regelung der Sonntags- und Nachtruhe in der Binnenschiffahrt verhindern wollte, trat Genosse Schumann entgegen. Seit Jahren versuche der Zentralverein für deutsche Binnenschiffahrt den Bestrebungen der Arbeiter in diesem Gewerbe auf gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse entgegenzutreten, indem er die öffentliche Meinung, die Regierung und den Reichstag über die wahren Verhältnisse der Binnenschiffahrt hinwegtäusche. Die Arbeiter wünschten, neben der Sonntags- und Nachtruhe, auch die reichsgesetzliche Regelung des Bemannungswesens. Auch Genosse Molkenbuhr trat für die in der Binnenschiffahrt beschäftigten Arbeiter ein. Ihre Gesundheit werde durch übermäßig lange Arbeitszeit auf das schwerste geschädigt. Wenn sie zu anderen Zeiten, so im Winter bei Frostwetter, lange Ruhezeiten hätten, könnten sie doch nicht durch einen langen Winterschlaf das Ruhebedürfnis für das ganze Jahr decken. Auch von den bürgerlichen Parteien trat niemand für den Wunsch der Unternehmer ein, so daß über deren

Petition mit großer Mehrheit zur Tagesordnung übergegangen wurde. (70. Sitzung vom 26. November 1912.)

*

Bei einer Petition über Aenderung der Bestimmungen der Zivilprozeßordnung über den Offenbarungseid rückte ein Zentrumsabgeordneter das Interesse der Gläubiger in den Vordergrund. Dem trat Genosse Giebel entgegen. Neben böswilligen Schuldnern gäbe es auch Schuldner, die ehrlich bestrebt seien, ihrer Schuld auf anständige Weise ledig zu werden. Manche Angehörigen des Mittelstandes kämen durch Unglücksfälle in wirtschaftliche Bedrängnis und in die Gefahr, den Offenbarungseid zu leisten. Diesen dürfe man nicht die Möglichkeit abschneiden, sich wieder emporzuarbeiten. Die Petition wurde dem Reichskanzler zur Kenntnisnahme überwiesen. (70. Sitzung vom 26. November 1912.)

*

Bei einer Petition, die eine Aenderung der Reichsversicherungsordnung (§ 1269, Heilverfahren der Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung) forderte, beantragte die Kommission Ueberweisung als Material. Genosse Hoch beantragte aber bei der Wichtigkeit der Angelegenheit Ueberweisung zur Berücksichtigung. Die sozialdemokratische Fraktion sei bei der Beratung des Entwurfs für die Reichsversicherungsordnung erheblich weiter gegangen, als der Petent wünsche. Dieser wolle, daß die Versicherungsanstalten verpflichtet sein sollten, das Heilverfahren einzuleiten, wenn es eine drohende Invalidität fernhalten oder eine bereits eingetretene Invalidität wieder aufheben könne. Wir wünschen, daß die Invalidenversicherung den Invaliden im Falle der Krankheit außer der Invalidenrente auch die Krankenpflege leisten solle. Der Reichstag habe diesen Antrag seinerzeit prinzipiell gutgeheißen und von seiner Annahme nur wegen der Kosten abgesehen. Unter diesen Umständen müsse der Reichstag nunmehr unseren Antrag auf Berücksichtigung annehmen. Leider erhielt unser Antrag nicht die Mehrheit, so daß es bei der Ueberweisung als Material blieb. (70. Sitzung vom 26. November 1912.)

*

Zu einer Petition, die Beseitigung der Zuckersteuer bei Verarbeitung von Früchten in gewerblichen Etablissements wünscht, nahm Genosse Brey das Wort. Die Kommission beantragte Ueberweisung als Material. Genosse Brey beantragte demgegenüber Ueberweisung zur Berücksichtigung. Das liege im Interesse der aufstrebenden Konserven- und Marmeladenindustrie, es würde auch zur Förderung des Obst- und Fruchtbaues beitragen, vor allen Dingen aber liege es im Interesse der mangelhaften abwechslungsarmen Ernährung weiter Schichten des deutschen Volkes. Die Petition wurde unserem Antrage gemäß zur Berücksichtigung überwiesen. (70. Sitzung vom 26. November 1912.)

*

Zu einer Petition über Wiedergewährung der Militärpension nahm Genosse Sachse das Wort, um an diesem Beispiel zu zeigen, wie rücksichtslos die Regierung mit der Entziehung einer Rente ist, wenn es sich um arme Leute handelt. Einem Invaliden, der die Feldzüge 1866 und 1870 mitgemacht hatte, war die Altersrente und später auch noch die Militärpension, die er bereits 38 Jahre bezogen hatte, entzogen worden. Er solle inzwischen wohlhabend geworden sein, habe aber sein Vermögen wieder verloren. Die Petition wurde dem Reichskanzler zur Kenntnisnahme überwiesen. (70. Sitzung vom 26. November 1912.)

In einem zweiten Falle, bei dem es sich um Gewährung der Veteranenbeihilfe an einen alten Landwirt handelte, hatte die Regierung die Petitionskommission nicht richtig informiert, so daß die Kommission zuerst Uebergang zur Tagesordnung empfohlen hatte. Genosse Thiele teilte mit, daß durch nachträgliche Information der Kommission der Fall günstiger für den Petenten lag. Gemäß dem Antrage der Kommission wurde die Petition an die Kommission zurückverwiesen. (120. Sitzung vom 26. Februar 1913.)

*

Die Vertreter der Zündholzindustrie petitionierten beim Reichstag um Schutzmaßnahmen gegen die Notlage, in die sie durch das Zündwarensteuergesetz vom Jahre 1909 geraten sind. Die Petitionskommission hatte die Notlage anerkannt und die Petition, soweit sie eine Schadloshaltung der geschädigten Arbeiter verlangt, zur Berücksichtigung, und soweit sie die Gewährung eines Kontingents an die Zündholzhilfsindustrie verlangt, zur Erwägung empfohlen. Genosse Hasenzahl trat für den Beschluß der Petitionskommission ein, da die Notlage der Industrie und ihrer Arbeiter außer Zweifel stehe. Diese Notlage aber sei eine Folge der berüchtigten Finanzreform von 1909. Es sei interessant, daß selbst die Vertreter des Zentrums in der Kommission wie hier im Plenum anerkennen müßten, daß die Notlage auf das Zündholzsteuergesetz zurückzuführen sei, an dessen Herbeiführung gerade das Zentrum eifrig mitgearbeitet habe. Das Haus trat dem Antrage der Petitionskommission bei. (120. Sitzung vom 26. Februar 1913).

*

Eine Reihe von Petitionen wünschen eine Aenderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft und Verbot des Handels der Beamten. Die Kommission beantragte Ueberweisung als Material, von unserer Fraktion wurde jedoch Uebergang zur Tagesordnung verlangt. Genosse Feuerstein deckte die scheinbar harmlose Bedeutung des Kommissionsantrages auf. Es handele sich wieder einmal darum, die Konsumvereine zu Prügelknaben für allerlei Mittelstandswünsche zu machen. Gewiß sei eine Aenderung des Genossenschaftsgesetzes wünschenswert, doch müßte diese fortschrittlicher Art sein. Die Wünsche der Petenten dagegen liefen offen oder versteckt auf ein Verbot der Beamtenkonsumvereine und Schädigung aller übrigen Genossenschaften hinaus. Dabei stelle das Genossenschaftswesen eine der besten wirtschaftlichen Organisationen dar und erziehe zur Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. Wir haben in Deutschland 33 000 Genossenschaften aller Art mit 5½ Millionen Mitgliedern und einem Jahresumtriebswert von 5 Milliarden Mark. Die Konsumvereine allein zählten davon 2500 Genossenschaften mit 2 Millionen Mitgliedern und einem Jahresumsatz von 600—800 Millionen Mark. Diese Entwickelung liege im Interesse Deutschlands und müsse von der Gesetzgebung gefördert werden. In anderen Ländern geschehe das auch, so in Oesterreich, Italien, in der Schweiz, in England, Rußland, Ungarn. Unser Redner gab zum Schluß eine Uebersicht über die Wirksamkeit und den Wert der Arbeiterkonsumvereine. Auch Genosse Sachse unterstützte unseren Antrag, indem er einem Zentrumsredner, der für den Antrag der Petitionskommission sprach, entgegentrat. Die Handwerker zäumten das Pferd am Schwanze auf, wenn sie ihre Lage durch Bekämpfung der Konsumvereine zu heben versuchten. Unser Antrag wurde abgelehnt. (120. und 126. Sitzung vom 26. Februar und 5. März 1913.)

*

Eine Petition verlangte reichsgesetzliche Regelung der Wanderfürsorge. Genosse Thöne trat für die Ueberweisung zur Berücksichtigung ein. Aber er wies zugleich darauf hin, daß die reichsgesetzliche Regelung der Wanderfürsorge allein nicht genüge, sondern daß die Arbeitslosenfürsorge überhaupt geregelt werden müsse. Ein Regierungsvertreter habe angedeutet, daß die Regelung der Wanderfürsorge vorbereitet werde. Aber wenn das ohne Einbeziehung der Arbeitslosenfürsorge geschehe, so werde nur Stückwerk zustande kommen. Die heutigen Wanderarbeitsstätten seien ungenügende Hilfsmittel. Zu einer Vorberatung des in Aussicht genommenen Gesetzes müßten auch Arbeitervertreter herangezogen werden. Genosse Bernstein ergänzte diese Ausführungen durch Mitteilungen von Maßnahmen, die andere Staaten zur Organisation der Arbeitsvermittlung durch Arbeitslosenversicherung getroffen hätten. Der Antrag auf Berücksichtigung wurde angenommen. (126. Sitzung vom 5. März 1913.)

*

Eine Reihe von Petitionen verlangten einheitliche reichsgesetzliche Bestimmungen über den Austritt aus der Landeskirche, Aufhebung des Zwanges, daß Dissidentenkinder am Religionsunterricht teilnehmen müßten, Einführung einer konfessionslosen Eidesformel, Beseitigung des Rechtes der Verwaltungsbehörden, gegen die Eintragung eines Vereins Einspruch zu erheben, wenn der Verein einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgt, und Streichung der hierauf bezüglichen Worte im § 61 des B.G.B., Aufhebung des § 61 des Strafgesetzbuches, Streichung der §§ 94—101 des Strafgesetzbuches, die von Majestätsbeleidigungen handeln, Trennung des Staates von der Kirche durch Reichsgesetz. Die Petitionskommission wollte nur die Aenderung des § 61 als Material überweisen und über die anderen Forderungen zur Tagesordnung übergehen. Genosse Thiele trat diesem Antrage entgegen und verlangte Ueberweisung aller Petitionen zur Berücksichtigung. Unser Antrag wurde abgelehnt und der Antrag der Kommission angenommen. (126. Sitzung vom 5. März 1913.)

*

Zu einer Petition, die den Reichstag gegen den geheimen Warenhandel mit Tabakfabrikaten und gegen den offenen Vertrieb von Tabakfabrikaten durch die Gast- und Schankwirte in Bewegung setzen wollte, nahm Genosse Brey das Wort. Er trat dem Wunsche der Petenten entgegen. Ihre Forderungen dienten nicht der Hebung der wirtschaftlichen Lage dieser Gewerbetreibenden, für welche die Vereine petitionieren, sondern sie bewirkten Stillstand und Rückschritt im wirtschaftlichen Leben. Die schwierige Lage des Kleinhandels sei besonders zurückzuführen auf unsere wirtschaftliche Steuerpolitik. Hier müsse Erleichterung geschaffen werden, nicht aber durch gesetzliche Maßnahmen, die eine Verminderung des Verbrauchs und damit eine Verschlechterung der Lage der Tabakarbeiter und der Gast- und Schankwirte herbeiführen würden. Unser Antrag, über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, fand nicht die Mehrheit des Reichstages. Nur die gewünschte Einschränkung des Vertriebes von Tabakfabrikaten durch Gast- und Schankwirte wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, während die Petition auf Abhilfe gegen den geheimen Warenhandel zur Berücksichtigung überwiesen wurde. (131. Sitzung vom 3. April 1913.)

*

Einer Petition auf Aenderung des Offizierpensionsgesetzes trat Genosse Noske entgegen. Wenn durch vorzeitige Pensionierung Offiziere einmal in eine Notlage gerieten, so sei das noch kein Grund, den Pensionsetat auf Kosten der breiten Masse noch mehr zu erhöhen. Der kon-

servative Antrag, die Petition zur Erwägung zu überweisen, wurde abgelehnt, der Antrag der Petitionskommission auf Ueberweisung als Material angenommen. (152. Sitzung vom 27. Mai 1913.)

*

Bei einer Petition auf Errichtung eines Reichseinigungsamtes befürwortete Genosse König die Ueberweisung zur Berücksichtigung. Es sei eine Einrichtung geplant, die ähnlich wie die Einigungsämter der Gewerbegerichte für das ganze Gebiet des Deutschen Reiches wirken solle. Zur Begründung müsse besonders auf die Entwickelung des Tarifvertragswesens hingewiesen werden. Das Einigungsamt könne nur erfolgreich wirken, wenn es vom Einfluß der Behörden freigehalten würde. Solange die Arbeiterklasse in Deutschland nicht einen bestimmenden Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung ausüben könne, hielten die Gewerkschaften jede Verstärkung des staatlichen Einflusses in der Bahn der Gewerkschaftskämpfe für nachteilig. Bei dem gegenwärtigen Einfluß der Scharfmacher auf die Regierung sei der Zeitpunkt für die Schaffung eines Reichseinigungsamtes nicht besonders günstig. Einer mißverständlichen Auslegung dieser Aeußerung durch die Redner der bürgerlichen Parteien trat Genosse Brey entgegen. Man könne den Gedanken eines Reichseinigungsamtes fördern, aber bevor es auf diesem Gebiet zur Gesetzgebung komme, müsse eine Reihe gesetzgeberischer Vorfragen erledigt werden, die allein die Grundlagen für ein Reichseinigungsamt bilden können, und zwar Fragen aus dem Gebiete des Arbeiterrechts und des Arbeiterschutzes. Vor allen Dingen müsse das Koalitionsrecht für alle Arbeiter, auch für die der Staatsbetriebe, sichergestellt werden. Der Antrag auf Berücksichtigung wurde angenommen. (152. Sitzung vom 27. Mai 1913.)

*

Bei einer Petition über Pfändbarkeit des Diensteinkommens der Beamten und des Einkommens der Privatangestellten, beantragte die Petitionskommission Uebergang zur Tagesordnung. Genosse Giebel trat diesem Antrage entgegen und beantragte Ueberweisung zur Berücksichtigung. Der Beschluß der Kommission verkenne völlig die Notlage derjenigen Arbeiter und Angestellten, deren Arbeitseinkommen über 1500 Mk. vollkommen dem Zugriff eines rücksichtslosen Gläubigers ausgesetzt sei. Seit über dreißig Jahren bestehe diese Gehaltsgrenze, bis zu der die Pfändung des Einkommens nicht statthaft ist. Inzwischen hätten sich aber die wirtschaftlichen Verhältnisse vollständig umgewälzt, die Kaufkraft des Geldes sei erheblich gesunken. Infolgedessen reiche die Grenze von 1500 Mk. heute nicht mehr aus. Genosse Hoch wandte sich gegen die Redner des Zentrums, der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei, die unsern Antrag ablehnten oder Einwendungen dagegen erhoben. Vor den Wahlen träten die Nationalliberalen für die Angestellten ein, hier im Reichstage aber gäben sie zum Schaden der Angestellten den Ausschlag. Der Reichstag habe schon das zweite Jahr seiner Tätigkeit hinter sich, für die Arbeiter sei aber noch nichts geschehen. Es werde Zeit, daß der Reichstag sich endlich seiner sozialpolitischen Aufgaben erinnere. Der sozialdemokratische Antrag auf Berücksichtigung wurde abgelehnt, angenommen wurde auf nationalliberalen Antrag die Ueberweisung des Teiles der Petitionen als Material, die eine gesetzliche Bestimmung herbeizuführen wünschen, daß bei den Privatangestellten und Arbeitern ebenfalls wie bei Beamten nur ein Teil des 1500 Mk. übersteigenden Einkommens der Pfändung unterworfen sei. (152. Sitzung vom 27. Mai 1913.)

*

Eine Petition über Arbeiterverhältnisse im Gärtnereibetriebe wollte die Kommission als Material überweisen. Der Berichterstatter beantragte dagegen die Zurückverweisung an die Kommission. Genosse Stolle trat für die Forderungen der Petition ein. Es müsse die Gewerbeordnung auf Arbeitgeber, Gehilfen und Lehrlinge in den Gärtnereien und Gartenbaubetrieben ausgedehnt werden; die landesgesetzlichen Bestimmungen über den Dienstvertrag des Gesindes und des Arbeitspersonals in Gärtnereien aller Art müßten außer Kraft gesetzt werden. Genosse Stadthagen trat der Zurückverweisung an die Kommission entgegen, da die Sache spruchreif sei. Die Mehrheit stimmte jedoch der Zurückverweisung zu. (152. Sitzung vom 27. Mai 1913.)

Gesetzentwürfe.

1. Verkehr mit Leuchtöl (Petroleum-Monopol).

a) Die erste Lesung im Plenum.

(80. und 81. Sitzung vom 7. und 9. Dezember 1912.)

Der Reichstag hatte am 15. März 1911 die Regierung durch eine Resolution aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur Einführung eines Petroleummonopols einzubringen. Die Regierung legte dem Reichstag im Herbst 1912 einen Gesetzentwurf vor, der nach der Begründung des Staatssekretärs des Reichsschatzamts Kühn zwar kein eigentliches Staatsmonopol schaffen wolle, der aber doch den Zweck habe, ein übermächtiges Privatmonopol auf dem Gebiete der Versorgung Deutschlands mit Petroleum durch die Schaffung einer Art Staatsmonopol zurückzudrängen.

Genosse Wurm ging als erster Redner unserer Fraktion davon aus, daß wir Sozialdemokraten an sich nichts gegen das staatliche Eingreifen in den freien Verkehr einzuwenden hätten; wir seien im Gegenteil grundsätzlich dafür, daß der Staat die Produktion und den Handel den Privatmachenschaften entziehe und beides im Interesse der Gesamtheit leite. Aber die Form, die bei dem vorliegenden Gesetze vorgeschlagen werde, um einer Gefahr der Verteuerung des Petroleums durch ein Privatmonopol zu entgehen, sei die ungeschickteste, die man wählen konnte. Sie gäbe dem privaten Kapital, statt es zu bändigen, noch erhöhte Vorrechte. Dadurch werde das Interesse der Konsumenten nicht geschützt. Unser Redner untersuchte in eingehender Weise, ob die amerikanische Standard Oil Company gegenwärtig schon ein unumschränktes Monopol besitzt, ob dieses Privatmonopol zur Verteuerung des Petroleums in Deutschland führt und ob durch die Maßnahmen der Regierung die Gefahr des privaten Monopols und der Ueberteuerung der Konsumenten beseitigt werden könne. Unter Vorbehalt der Tatsache, daß man auf Grund der unzureichenden Erklärungen der Regierung, die sich bei der besonderen Art des Gegenstandes in den öffentlichen Verhandlungen wohl absichtlich einer gewissen Zurückhaltung befleißige, jetzt noch nicht in allen Einzelheiten klar sehen könne, kam Genosse Wurm zu folgendem Resultat: „Wir haben jetzt nur festzustellen, daß der vorliegende Entwurf die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit in sich birgt, daß das Petroleum teurer wird als vorher, und deshalb ist der vorliegende Entwurf in der vorliegenden Form für uns unannehmbar. Wir sehen in ihm eine Gefahr für die Verbraucher, weil wir naturnotwendig eine Verteuerung durch die ganze Art der Konstruktion der Vertriebsgesellschaft, wie durch die eigentümliche Marktlage herauskommen sehen. Wir sehen darin eine Gefahr für die Angestellten, deren Entschädigung teils ungenügend, teils widersinnig und willkürlich sind. Wir sehen darin eine Gefahr für die berechtigten Interessen gewisser Zwischenhändler, denen neue Lasten auferlegt werden sollen, die nicht einmal die „Standard" ihnen bis jetzt zugemutet hat. Wir

sehen ferner in dem Entwurf eine Reihe von Bestimmungen, die den Banken Abfindungen, Entschädigungen zuweisen, wie wir sie nun und nimmermehr verantworten können. Es sollen Einrichtungen der bestehenden Petroleumgesellschaften abgelöst werden, die nur im Konkurrenzkampf gegen die Standard Oil Company geschaffen worden sind, die bei einer Beseitigung des Konkurrenzkampfes ganz überflüssig sein würden, und die doch das Reich mit außerordentlich großen Aufwendungen ablösen soll. Dann sind die Abschreibungen, die vorgesehen sind, zugunsten der Banken derart raffiniert, daß tatsächlich die Banken sehr zufrieden sein könnten, wenn der Entwurf so angenommen wird, wie er vorliegt. Meine Freunde und ich erklären, daß wir für diesen Entwurf nicht zu haben sind. . . . Wir sind bereit, an einer Konstruktion mitzuwirken, die es ermöglicht, die Interessen der Verbraucher zu schützen; wir wollen außerdem, daß eine Möglichkeit gesucht wird, Abmachungen zu treffen, Einrichtungen zu schaffen, welche eine Gefahr der Vergewaltigung durch eine Privatmonopolgesellschaft beseitigen. Wir haben aber keine Lust, an Stelle der Privatmonopolgesellschaft der Amerikaner eine Privatmonopolgesellschaft irgendwelcher Einheimischer zu setzen. Soweit reicht unser Patriotismus nicht. Dem Volk ist es ganz gleichgültig, ob es amerikanisch geschunden oder deutschbanklich geschröpft wird. Wir wollen den Gesetzentwurf sorgfältig prüfen in der Kommission, deren Einsetzung wir beantragen."

Auch die bürgerlichen Parteien sprachen sich, wenn auch aus verschiedenen und einander entgegengesetzten Beweggründen, durchweg gegen den Entwurf aus, so daß unser zweiter Redner, Genosse Frank, sie „Leichenreden" nennen konnte. Der Reichstag sei sich zwar einig, daß die Uebernacht der Standard Oil Company eine schwere Gefahr für unser Wirtschaftsleben bedeute, ebenso sei wohl auch eine Mehrheit für ein wirkliches Reichsmonopol vorhanden, wenn als sein Zweck nicht eine Bereicherung von Großbanken, sondern die Verbilligung des Petroleums außer Zweifel stehe. Aber der vorliegende Gesetzentwurf sei für die Erreichung dieses Zwecks völlig ungenügend. Erfreulich sei die Uebereinstimmung des Hauses darin, daß das schlechte Gesetz nicht dadurch besser werde, daß man etwaige Ueberschüsse für die Veteranen verwenden wolle. Eingehend behandelte Frank die Notwendigkeit der Entschädigung von Angestellten und Arbeitern, die durch Schaffung dieses Gesetzes geschädigt würden. Es müßten ferner die Arbeitsbedingungen der zukünftigen Angestellten und Arbeiter im Monopolbetriebe so gut wie möglich gestaltet werden, jedenfalls dürften sie nicht hinter den verhältnismäßig guten Arbeitsbedingungen der Standard Oil Company zurückstehen. An sich könne man bedauern, daß der erste Versuch, ein Privatmonopol zu brechen, höchstwahrscheinlich scheitern werde. Aber gerade, weil wir den Kampf gegen die Privatmonopole mit für eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart halten, müßten wir den vorliegenden unzulänglichen Gesetzentwurf entschieden bekämpfen.

b) Die Kommissionsberatung.

Der Entwurf wurde einer Kommission von 28 Mitgliedern, die den Genossen Wurm zu ihrem Vorsitzenden erwählte, übergeben. Die Kommission hat bisher zwei Lesungen abgehalten, in denen sie alle Einzelheiten des Entwurfs eingehend beraten hat. (Siehe Drucksache 1058.) Als Ergebnis der zweiten Lesung kam ein Beschluß der Mehrheit zustande, wonach als Träger des Monopols eine Aktiengesellschaft gegründet werden soll. Das Grundkapital der Gesellschaft soll zu vier Fünfteln aus Inhaberaktien, zu einem Fünftel aus Namensaktien bestehen. Letztere werden auf den Namen des Reiches ausgestellt und sind nicht übertragbar. Der Gewinn aus diesen Aktien ist in den Reichsetat einzustellen. In der Generalversammlung haben die Namensaktien 52 vom Hundert der Stimmen, so daß das Reich in jedem Falle die Mehrheit hat. Von den Inhaberaktien soll mindestens ein Fünftel den Organisationen des Kleinhandels (Detailhändlern, Konsumvereinen) angeboten werden. Jahresbericht und Bilanz sind alljährlich dem Reichstag mitzuteilen. Der Reichstag hat auch den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft dauernd prüfen zu lassen. Der Aufsichtsrat besteht aus 25 Mitgliedern, von denen fünf Reichstagsabgeordnete sein müssen; zwei weitere sollen den Organisationen des Kleinhandels und zwei den Konsumgenossenschaften angehören. Dem Aufsichtsrat sollen nur Tagegelder und Auslagen vergütet werden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats und die Mehrheit der Mitglieder des Aufsichtsrats sowie die Mitglieder des Vorstandes dürfen weder unmittelbar noch mittelbar an Unternehmungen beteiligt sein oder deren Verwaltung angehören, die sich mit der Erzeugung oder dem Vertriebe von Erdöl oder Erdölfabrikaten befassen. Der Verkaufspreis für Leuchtöl wird im Gesetze festgelegt.

Durch eine Reihe weiterer Bestimmungen werden die Funktionen der zu schaffenden Aktiengesellschaft im einzelnen noch genauer bestimmt.

Die Kommission hat sich noch eine dritte Lesung vorbehalten, deren Anberaumung dem Vorsitzenden überlassen worden ist. Das Plenum des Reichstages wird sich also erst im nächsten Winter mit den Kommissionsvorschlägen befassen.

2. Aenderung des Handelsgesetzbuches.
(Verbot der Konkurrenzklausel.)

(87. und 88. Sitzung vom 10. und 11. Januar 1913.)

Der Gesetzentwurf beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit mit kaufmännischen Angestellten sogenannte Konkurrenzklauseln vereinbart werden können, d. h. Verträge, durch die ein Angestellter sich für die Zeit nach Beendigung des Dienstverhältnisses einer Beschränkung seiner gewerblichen Tätigkeit unterwirft, insbesondere die Verpflichtung übernimmt, ein Konkurrenzgeschäft nicht zu errichten oder in ein solches als Teilhaber oder als Angestellter nicht einzutreten. Die Regierungsvorlage sieht ein Verbot der Konkurrenzklausel nicht vor, sie hat in erster Linie die Arbeitgeberinteressen im Auge.

Genosse Giebel kritisierte als erster Redner aus dem Hause die Vorlage wegen ihrer völligen Unzulänglichkeit und ihrer arbeiterfeindlichen Tendenz. Es gehöre Mut dazu, sich mit solcher kläglichen Vorlage vor die deutschen Angestellten und vor die Oeffentlichkeit zu wagen. Angeblich will man, indem man die Konkurrenzklausel nach wie vor zulassen will, Betriebsgeheimnisse, Geschäftskenntnisse und -beziehungen schützen, von denen der Angestellte während seiner Tätigkeit Kenntnis bekommen haben könnte. Das sei aber in der heutigen Zeit der aufdringlichsten Reklame nur ein Vorwand. Hauptsächlich soll die Konkurrenzklausel dazu dienen, die vorhandene Konkurrenz abzuwehren und neue Konkurrenz zu verhindern. Man mißbrauche sie ferner als Mittel der sogenannten Personalsperre. Man nütze die Notlage der Angestellten aus. Der § 138 des B.G.B. habe in der Praxis total versagt; die Angestellten hätten dadurch keinerlei Schutz erfahren. Nur durch ein glattes Verbot der Konkurrenzklausel würde es möglich sein die Schäden, die Belästigungen und das viele Unheil, das aus der Konkurrenzklausel für die Angestellten bereits erwachsen ist, völlig zu beseitigen. Da auch gegen technische Angestellte, sogar gegen gewerbliche Arbeiter die Konkurrenzklausel rücksichtslos angewandt wird, müßten auch diese neben den Handlungsgehilfen einbezogen werden. Die Kommission müsse versuchen, aus der unbrauchbaren Regierungsvorlage ein brauchbares Gesetz zu machen.

Auch die bürgerlichen Parteien waren mit der Vorlage nur zum Teil zufrieden. Auf die Zweideutigkeiten der Erklärungen der bürgerlichen Redner ging Genosse Quarck ein. Sie entsprängen daraus, daß die bürgerlichen Parteien den Handlungsgehilfen zwar helfen möchten, daß sie aber auch den Prinzipalen nicht weh tun wollten. Deshalb falle ihnen schwer, einem radikalen Verbot der Konkurrenzklausel zuzustimmen. Wer aber das Verbot nicht unterstütze, trage mit dazu bei, daß die ganze prekäre und ungeschützte Lage der Handlungsgehilfen verewigt werde.

Der Gesetzentwurf wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern übergeben. Kurz vor der Vertagung des Reichstages legte die Kommission einen von unserem Genossen Giebel erstatteten vorläufigen Bericht vor. Die Kommission hatte die Regierungsvorlage in den entscheidenden Punkten zugunsten der Angeklagten zu bessern gesucht. Ehe die Kommission in die von ihr vorgesehene zweite Lesung eintrat, äußerte sich die Regierung über ihre Stellung zu den Beschlüssen erster Lesung durch Vorlegung eines neuen Gesetzentwurfes (siehe Kommissionsbericht, Seite 99 und Anlage B.). Sie suchte darin der Kommission zwar entgegenzukommen, jedoch in völlig unzureichender Weise. In den Verhandlungen über die neuen Vorschläge der Regierung erklärten alle übrigen Parteien, sie gingen nur dann in einem Kompromiß von den Beschlüssen der ersten Lesung zurück, wenn es die sozialdemokratischen Mitglieder mit abschlössen. Die Kommission einigte sich schließlich auf einige Mindestforderungen, unter denen die Verbotsgrenze bis zu 2000 Mk. Jahresgehalt an erster Stelle stand. Die Regierung erklärte aber selbst diese bescheidenen Forderungen der Kommission, die der Staatssekretär noch dazu „übertriebene Forderungen" zu nennen wagte, für unannehmbar. In diesem Stadium der Beratungen hat die Kommission ihre Beratungen bis nach der Sommerpause des Reichstages vertagt.

3. Zollerleichterungen bei der Fleischeinfuhr.

(101., 102. und 103. Sitzung vom 30. und 31. Januar und 2. Februar.)

Die erste Lesung dieses Gesetzentwurfes war verbunden worden mit der sozialdemokratischen Interpellation (siehe auch Seite 120 bis 122). Der Gesetzentwurf der Regierung, der eine vorübergehende Zollerleichterung bei der Fleischeinfuhr vorsah, war zur weiteren Beratung einer Kommission übergeben worden. Der Berichterstatter teilte zu Beginn der zweiten Lesung mit, daß trotz der langen Debatten kein einziger der in der Kommission eingebrachten Anträge angenommen worden sei. Es sei danach nur der Entwurf der Regierung übriggeblieben, dessen Annahme die Kommission vorschlage.

Genosse Simon erklärte, daß der Gesetzentwurf nach keiner Richtung hin befriedigen könne. Was die Regierung biete und was auch der schwarzblaue Block, dem sich die Nationalliberalen in der Kommission angeschlossen hätten, vorschlügen, sei nicht einmal ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission hätten durch Stellung von Anträgen wenigstens die schlimmsten Mißstände beseitigen wollen, aber das sei nicht gelungen, und es komme wieder ein Gesetz zustande, das keinerlei Abhilfe gegenüber dem großen Notstande verspreche. Wenn ein Unbeteiligter den Verhandlungen der Kommission beigewohnt hätte, so hätte er annehmen müssen, es handle sich um eine Kommission zur Untersuchung der Rentabilität der Landwirtschaft, nicht aber eine solche zur Milderung der Fleischteuerung. Gewiß sei die Teuerung eine internationale Erscheinung, aber im Auslande seien die Preise nicht so gestiegen wie in Deutschland. An der Hand von Zahlen weist der Redner nach, wie der Fleischkonsum in den Arbeiterfamilien zurückgegangen ist. Die Ursache der besonderen Teuerungsverhältnisse in Deutschland sei die Vorherrschaft der Junker in Preußen. Aber die zunehmende Empörung des Volkes gegen die Junkerpolitik werde der Herrschaft der Junker früher oder später ein Ende bereiten.

In der Debatte wurde von den Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen und vom Zentrum das Lob der gegenwärtigen Zollwucherpolitik gesungen. Nur die Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei erklärten sich gleichfalls von den Kommissionsberatungen unbefriedigt.

Als unser zweiter Redner setzte sich Genosse Schmitt-Würzburg mit den gegnerischen Einwänden auseinander. Wenn gesagt worden sei, es bestehe keine Viehnot, sondern nur eine Fleischteuerung, so stehe diese Behauptung mit den amtlichen Zahlen in Widerspruch, wie der Redner an der Hand von statistischem Material nachweist. Die Beseitigung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, die die sozialdemokratische Fraktion beantrage, sei eine dringende Notwendigkeit. Die von den Agrariern stets an die Wand gemalte Seuchengefahr sei keineswegs so schlimm, wie sie hingestellt werde. Gegen die Schwierigkeiten, die man dem Gefrierfleisch bereite, habe sich sogar der bekannte Zentrumsagrarier Dr. Heim ausgesprochen. Dringend notwendig sei die Aufhebung der Futtermittelzölle. Alle unsere Anträge würden nicht den mittleren und kleineren Bauern schaden, sondern nur den Großgrundbesitzern. Gerade die kleinen Landwirte würden durch die heutige Zollpolitik schwer bedrückt.

Bei der Abstimmung wurden sämtliche sozialdemokratische Besserungsanträge abgelehnt. Ueber die Resolution:

> Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den (unter Aufhebung von § 12 des Fleischbeschaugesetzes) die Einfuhr von frischem und gefrorenem Fleisch aller Art ohne anhängende innere Organe aus dem Auslande gestattet wird.

hatte die Fraktion namentliche Abstimmung beantragt, sie wurde mit 109 gegen 229 Stimmen abgelehnt.

Bei der dritten Lesung der Vorlage vertrat Genosse Quarck den Standpunkt der Fraktion. Das Ergebnis der Beratungen und Abstimmungen sei ein sehr trauriges. Es bleibe nicht nur alles beim alten in bezug auf die Fleischteuerung, sondern die Politik des höchsten Profits auf Kosten der Volksgesundheit habe bei dieser Beratung neue Triumphe gefeiert. Die Regierung, die sich vorübergehend unter dem Druck der Fleischteuerung von dem eisernen Handgriff der Bündler frei gemacht habe, sei inzwischen vor den Junkern wieder zu Kreuz gekrochen. Um eine Machtprobe handle es sich, die Fleischversorgung stehe bei den Herren in Preußen nicht in erster Linie, sondern die Aufrechterhaltung ihrer Macht gegenüber Regierung und Volk.

Auch in der dritten Lesung wurde das Gesetz von der Zollwuchermehrheit in Bausch und Bogen angenommen.

Eine von unserer Fraktion zur dritten Lesung eingebrachte Resolution,

> daß in derselben Weise wie für die großen Städte die Einfuhr von frischem Fleisch und Schlachtvieh in allen Gemeinden zugelassen wird, in denen die erforderlichen Schutzeinrichtungen gegen Verbreitung der Viehseuchen vorhanden sind

wurde in namentlicher Abstimmung (109. Sitzung vom 11. Februar 1913) mit 173 gegen 162 Stimmen abgelehnt.

4. Reichs- und Staatsangehörigkeit.

(153., 154., 155., 169. Sitzung vom 28., 29., 30. Mai und 25. Juni 1913.)

Die erste Lesung der Gesetzesvorlagen hatte schon im ersten Sessionsabschnitt stattgefunden. (Siehe darüber und über den Inhalt des Gesetzes den vorjährigen Fraktionsbericht.) Die Kommission, die zur weiteren Beratung des Entwurfs eingesetzt worden war, überreichte ihre Vorschläge noch kurz vor Schluß des zweiten Sessionsabschnittes dem Plenum, so daß das ganze Gesetz noch verabschiedet werden konnte.

In der zweiten Lesung nahm als erster Redner zur Eröffnung der Generaldebatte über § 1 Genosse Landsberg das Wort. Der Reichstag sei in der günstigen Lage gewesen, der Regierung als Gebender gegenüberzustehen. Sie hätte dringend eine Aenderung des bisherigen Zustandes gewünscht, daß ein Deutscher nach zehnjährigem Aufenthalt im Auslande die Staats- und Reichsangehörigkeit verliert. Das sei in der heutigen Zeit der Weltwirtschaft ein unhaltbarer Zustand. Weil die Regierung die Zustimmung des Reichstages zur Abänderung dieser Bestimmung brauche, hätte der Reichstag seinerseits die Situation dadurch ausnutzen müssen, daß er ebenfalls Forderungen auf notwendige Abänderungen gestellt hätte. Die Kommission habe aber diese Situation nicht ausgenutzt, sie habe sogar eine direkte Verschlechterung des bisherigen Zustandes gutgeheißen, indem sie den einzelnen Bundesstaaten das Recht genommen habe, selbständig Ausländer einzubürgern. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission hätten überall die bessernde Hand anzulegen gesucht. So hätten sie sich bemüht, die Frau von der heutigen Abhängigkeit vom Mann in der Frage der Staatsangehörigkeit zu befreien, den Erwerb einer deutschen Staatsangehörigkeit durch einen Deutschen zu erleichtern, die Anerkennung des Staatsbürgerrechts mit dem Erwerb des Unterstützungswohnsitzes durchzusetzen, die Einbürgerung von Ausländern zu erleichtern und dadurch für die Staatlosen mehr Schutz zu schaffen und sie von den heutigen konfessionellen und politischen Schwierigkeiten, denen sie ausgesetzt sind, zu befreien. Leider sei die Kommission den sozialdemokratischen Anregungen nicht gefolgt, hoffentlich stimme das Plenum unsern Anträgen zu.

In der besonderen Beratung brachte unsere Fraktion die Anträge zu den einzelnen Paragraphen erneut ein. Die Genossen Landsberg, Bernstein, Quarck, Brühne, Molkenbuhr, Sachse und Liebknecht begründeten die Anträge und treten den gegnerischen Eingriffen entgegen. Aber sämtliche Anträge wurden abgelehnt.

In der dritten Lesung kritisierte Genosse Landsberg noch einmal das ganze Gesetz und seine Mangelhaftigkeit, sowie die ablehnende Haltung der bürgerlichen Parteien gegenüber unseren Anträgen. Die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zur Endabstimmung kennzeichnete er durch folgende Worte: „Wir haben am Schlusse der Kommissionsverhandlungen die Hoffnung gehabt, daß diese wirklich bescheidenen Anträge im Plenum dennoch Annahme finden werden und haben uns deshalb in der Kommission die endgültige Stellungnahme vorbehalten. Wenn wir mit diesen Anträgen auch heute in der dritten Lesung keinen Erfolg haben, so lehnen wir das Gesetz ab, und wenn Sie dann wieder das alte Lied anstimmen, wir leisteten keine positive Arbeit, so werden wir das zu ertragen wissen. Wir haben — dessen sind wir uns bewußt — bei der Beratung dieses Gesetzes unsere Schuldigkeit in vollem Maße getan, wir haben positiv gearbeitet, und wenn wir jetzt das Gesetz ablehnen, so arbeiten wir wiederum positiv; denn die Ablehnung eines schlechten Gesetzes ist positive Arbeit, weil sie die Bahn frei macht für ein besseres."

Auch in der dritten Lesung wurden alle von uns noch einmal eingebrachten Anträge von der geschlossenen bürgerlichen Mehrheit niedergestimmt. Unsere Fraktion lehnte deshalb bei der Endabstimmung in der dritten Lesung das ganze Gesetz ab.

5. Postscheckgesetz.

(74. Sitzung vom 30. November 1912.)

Der Gesetzentwurf will eine Ausgestaltung des Postscheckverfahrens auf Grund der bisherigen Erfahrungen der Reichspostverwaltung und der Wünsche der am Postscheckverkehr beteiligten Kreise.

Genosse Südekum erklärte namens der sozialdemokratischen Fraktion, daß sie jede Hebung des Postscheckwesens begrüße, weil die Erleichterung des barlosen Geldverkehrs im Interesse unserer Volkswirtschaft liege. Den selbstzufriedenen Aeußerungen des Staatssekretärs des Reichspostamts könne man aber nicht zustimmen. Der Postscheckverkehr in Deutschland habe keineswegs die Entwickelung genommen, die man hätte erwarten können. Das liege daran, daß der Postscheckverkehr nicht einfach und billig genug sei. Die Verwaltung hätte von Anfang an nicht wieder fragen dürfen: Was bringt die Sache ein? Sie hätte auch nicht Bestimmungen schaffen dürfen, durch die sie eine große Ausdehnung des Postscheckverkehrs geradezu verhindert, wie dies durch die Strafsteuer für Buchungen über 600 geschehe. Jetzt wolle man auch noch die bisher gebührenfreien Einzahlungen allgemein mit einer Gebühr von 10 Pfennigen belasten.

Auf unseren Antrag wurde der Gesetzentwurf der Budgetkommission zur weiteren Beratung überwiesen.

6. Abänderung des Besoldungsgesetzes.

(150. Sitzung vom 26. April 1913.)

Der Reichstag hatte bei der zweiten Lesung des Postetats auf Antrag der Budgetkommission Erhöhungen im Etat zugunsten der Postunterbeamten und Assistenten vorgenommen. (Siehe auch Seite 99.) Die Regierung hatte gegen diese Erhöhungen Bedenken erhoben, denen sich die Parteien nicht anschlossen. Sie glaubten es aber in diesem Falle nicht auf einen Kompetenzkonflikt mit der Regierung ankommen lassen zu sollen, um die bedürftigen Postbeamten nicht noch länger leiden zu lassen. Aus diesem Grunde brachten sämtliche Parteien des Reichstages den Entwurf eines Gesetzes ein, das unter Umgehung der etatsrechtlichen Schwierigkeiten die Vorteile einer baldigen Besoldungsverbesserung für die bestimmten Gruppen der Postbeamten möglich machen soll.

Die Regierung ließ ihre Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf durch den Staatssekretär des Reichsschatzamts erklären. Da niemand widersprach, wurde der Gesetzentwurf sofort in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

7. Kindersaugflaschen.

(74. Sitzung vom 30. November 1912.)

Nach dem Gesetzentwurf sollen Kindersaugflaschen mit Rohr oder Schlauch sowie Teile zu solchen Flaschen weder gewerbsmäßig hergestellt, noch verkauft oder aus dem Auslande eingeführt werden. Die Begründung ging von der zunehmenden Säuglingssterblichkeit aus, die in erster Linie auf Krankheiten der Verdauungsorgane zurückgeführt wurde. Hieran sollten hauptsächlich die Kindersaugflaschen mit Rohr oder Schlauch schuld sein.

Genosse Rühle nahm von unserer Fraktion das Wort und wies die völlige Unzulänglichkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen nach. Es gäbe kaum einen aufreizenderen Gegensatz als den zwischen dem Inhalt und Umfang dieses Gesetzentwurfes und dem Umfange und der Größe des Elends, das durch diesen Gesetzentwurf bekämpft werden solle. Die Säuglingssterblichkeit gehöre mit zu den beschämendsten Kapiteln der deutschen Zustände. Die Säuglingssterblichkeit sei fast zehnmal so groß wie die Gesamtsterblichkeit in Deutschland, und die Ziffern der deutschen Säuglingssterblichkeit gingen über die Ziffern beinahe sämtlicher Staaten der Welt hinaus. Aber die ganze Frage der Säuglingssterblichkeit sei nicht aus dem Ernährungsproblem allein heraus zu verstehen, sondern aus dem ganzen Komplex der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. So spiele die Wohnungsfrage eine sehr wichtige Rolle; in den Proletariervierteln sei die Sterblichkeit erheblich größer als in den Wohnvierteln der Wohlhabenden. Die abnehmende Stillfähigkeit der Mütter sei gleichfalls auf die sozialen Verhältnisse zurückzuführen. Das vorgeschlagene Gesetz wirke im Verhältnis zu der furchtbaren Gefahr und ihren tiefgehenden gesellschaftlichen Ursachen wie ein verspäteter Scherz aus einer politischen Fastnachtszeitung. Das Gesetz sei nichts anderes als weiße Salbe, als eine Verschleierung, um draußen den Glauben zu erwecken, es sei etwas getan worden, während in Wirklichkeit nichts geschähe.

Die Regierung und die bürgerlichen Parteien suchten sich dem Eindrucke der von unserem Redner vorgetragenen Tatsachen und Schlußfolgerungen durch faule Ausreden und durch Angriffe auf die Sozialdemokraten zu entziehen.

Der Gesetzentwurf wurde einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Aus dieser Kommission ist der Entwurf nicht wieder herausgekommen.

8. Das Verfahren gegen Jugendliche.

(89. Sitzung vom 13. Januar 1913.)

Der Gesetzentwurf will in Uebereinstimmung mit den Entwürfen zur Strafprozeßordnung das Strafverfahren gegen Jugendliche einer besonderen Regelung entgegenführen.

Genosse Stadthagen bedauerte, daß die Vorlage für den von ihr selbst aufgestellten Zweck außerordentlich wenig tue. Die Notwendigkeit, zugunsten der Jugendlichen gründlich zu reformieren, bedürfe keiner Debatte mehr. Der Hauptgrundsatz müsse sein, daß die Jugendlichen nicht dazu da sind, um bestraft, sondern um erzogen zu werden. Dieser Grundsatz werde im Entwurf zwar teilweise anerkannt, aber doch nicht durchgeführt. An der Kriminalität der Jugendlichen ist die heutige Gesellschaftsordnung mehr schuld als die Jugendlichen selbst. Die Jugendgerichte müßten obligatorisch eingerichtet werden. Ebenso müßten für die Heranziehung von Schöffen einheitliche Grundsätze aufgestellt werden. Es dürften nicht wie bisher Arbeiter, Volksschullehrer und Frauen vom Schöffenamt ausgeschlossen werden. Die Behörde, die einzugreifen habe, dürfe nicht die Staatsanwaltschaft, sondern müsse die Vormundschaftsbehörde sein. Solange kein Reichserziehungsgesetz bestehe, dürften Jugendliche nicht einer landesrechtlich geregelten Zwangserziehung überwiesen werden, da sie dadurch vielleicht noch schlechter werden. Sollte das Strafverfahren bestehen bleiben, so wäre eine Heraufsetzung des Strafmündigkeitsalters bis auf das 18. Lebensjahr erforderlich. Er hoffe, daß die Kommission, deren Einsetzung er beantrage, die Regierungsvorlage in der notwendigen Weise verbessere.

Die Kommission hat den Gesetzentwurf in zwei Lesungen durchberaten. Der Bericht der Kommission nebst den von ihr beschlossenen Aenderungen ist dem Reichstage kurz vor der Vertagung übergeben worden. (Siehe Drucksache 1054.)

9. Aenderung zweier Reichstagswahlkreise.

(157. Sitzung vom 9. Juni 1913.)

Einer durch den Gebietsaustausch zweier thüringischen Staaten notwendig gewordenen Aenderung zweier Reichstagswahlkreise stimmte die Fraktion zu. Genosse Baudert brachte bei dieser Gelegenheit den Jammer der Thüringer Kleinstaaterei zur Sprache. Trotz dieses Austausches gäbe es in den neun Thüringer Kleinstaaten immer noch 40 Gemeinden mit Doppelherrschaft. Daraus entständen viele Unzuträglichkeiten. Ebenso entstehe viel Aerger durch ungleiche Verhältnisse in der Gerichtsbarkeit, im Zollwesen, in der Steuergesetzgebung. Wir wünschten eine Zusammenfassung der vielen Kleinstaaten zu kultureller und wirtschaftlicher Gemeinsamkeit.

Genosse Leutert ging von dem besonderen Kleinstaatenjammer in Thüringen über zu dem allgemeinen deutschen Jammer der ungleichen Einteilung der Reichstagswahlkreise. Er verlangte die Neuregelung der Wahlkreise im Sinne der Verfassungsbestimmungen.

Das Gesetz gelangte ohne weitere Debatte zur Annahme.

10. Aenderung des Schutzgebietsgesetzes.

(157. Sitzung vom 9. Juni 1913.)

Der Gesetzentwurf wünscht für Vereine in den Schutzgebieten, die die Rechtsfähigkeit erlangen wollen, eine Erleichterung des Verfahrens. Entscheidungen, die bisher lange verzögert wurden, weil sie durch den Bundesrat gefällt wurden, sollen dem Kolonialamt übertragen werden.

Genosse Noske erklärte, daß wir bereit gewesen wären, den Gesetzentwurf ohne Kommissionsberatung zu verabschieden, weil wir der Erleichterung des Vereinslebens und damit auch des wirtschaftlichen Lebens in den Kolonien zustimmen. Da aber von nationalliberaler Seite eine Abänderung des Entwurfs beantragt wurde, stimme unsere Fraktion der Kommissionsberatung zu. Sie werde sich aber bemühen, nach Möglichkeit zu verhindern, daß das Kapital sich infolge der nationalliberalen Anregung noch ungehemmter und beutegieriger auf die Kolonien stürzen könne als bisher.

Der Entwurf wurde einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

11. Entschädigung der Schöffen und Geschworenen.

(157. Sitzung vom 9. Juni 1913.)

Der Gesetzentwurf will den Schöffen und Geschworenen, die bisher nur einen Anspruch auf Gewährung von Reisekosten hatten, für jeden Tag der Dienstleistung Tagegelder gewähren.

Genosse Peus sprach die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu diesem kleinen aber immerhin wichtigen Gesetzentwurf aus. Was heute komme, hätte schon lange kommen können. Wir Sozialdemokraten hätten es schon stets verlangt. Aber es sei doch nur eine Abschlagzahlung. Wenn bisher Arbeiter und andere Unbemittelte nicht zur Mitwirkung an der Strafrechtspflege herangezogen worden seien, so seien daran nicht wirtschaftliche Rücksichten, sondern gesellschaftliche und politische Vorurteile schuld gewesen.

Wir Sozialdemokraten hielten an dem Ziel einer wirklichen objektiven parteilosen Rechtsprechung fest, und zwar durch unsere Forderung, daß die Richter durch das Volk gewählt werden müßten.

Auf eine Frage unseres Genossen, ob die Tagegelder für alle gleichmäßig normiert werden sollten, ohne Rücksicht auf Stand und Rang, antwortete der Staatssekretär in bejahendem Sinne.

Der Gesetzentwurf wurde ohne Kommissionsberatung in allen drei Lesungen angenommen.

12. Die Folgen der Verhinderung wechsel- und scheckrechtlicher Handlungen im Ausland.

(157. Sitzung vom 9. Juni 1913.)

Während des Balkankrieges sind in Griechenland, Serbien und Montenegro sogenannte Moratoriengesetze erlassen worden, durch die der Zahlungstermin für Schulden hinausgeschoben worden ist. Um dem Wechselinhaber, der infolge der Balkanmoratorien in der rechtzeitigen Vorlegung und Protesterhebung verhindert war, seine Rückgriffsrechte zu wahren, haben im letzten Winter Oesterreich und Ungarn besondere Gesetze erlassen. Auf Anregung der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin schlägt die Regierung ähnliche gesetzliche Bestimmungen für das Deutsche Reich vor.

Genosse Landsberg sprach die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem Gesetzentwurf im großen und ganzen aus, obwohl zu einem gesetzgeberischen Eingreifen kaum ein unmittelbarer Anlaß vorgelegen haben könne, da der Wechselverkehr zwischen Deutschland und den Balkanstaaten nur gering sei. Wenn das Reichsjustizamt aber so fleißig sei, daß es sich selbst durch die theoretische Möglichkeit einer Schädigung von Inländern durch ausländische Gesetze zu gesetzgeberischem Einschreiten veranlaßt fühle, wollten wir diesen Fleiß nicht tadeln. Aber wir wünschen dringend, daß die Reichsämter ebenso rasch arbeiten möchten, wenn nicht die Aeltesten der Kaufmannschaft, sondern andere Organisationen, so die Arbeiterorganisationen mit ihren viel wichtigeren und dringlicheren Wünschen an sie heranträten. Mit einer sofortigen Verabschiedung des Gesetzes könnten wir nicht einverstanden sein. Die Regierung wolle, daß ihr für zukünftige Fälle von vornherein das Recht eingeräumt werde, kaiserliche Verordnungen mit Zustimmung des Bundesrats zu erlassen. Der Reichstag solle also auf alle Mitwirkung in Zukunft verzichten. Dem könne die sozialdemokratische Fraktion nicht zustimmen. Sie könne es nicht der Regierung überlassen, sich in Zukunft lediglich mit den großen Banken zu verständigen. Der Entwurf müsse deshalb in der Kommission gründlich umgearbeitet werden.

Unserem Antrage, den Entwurf an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen, stimmte der Reichstag zu.

13. Zusammenstoß von Schiffen, Bergung und Hilfeleistung in Seenot.

(74. und 81. Sitzung vom 30. November und 9. Dezember 1912.)

Der Gesetzentwurf will die Vorschriften der inneren deutschen Gesetzgebung mit den Bestimmungen, die auf Grund der Staatsverträge künftig für den internationalen Rechtsverkehr zur Anwendung kommen werden, in Einklang bringen.

Genosse Herzfeld erklärte die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion ohne Kommissionsberatung. Es sei erfreulich, daß hier ein Glied

in der Kette eines einheitlichen internationalen Rechts auf dem Gebiete des Seerechts zustande komme. Das Gesetz sei die Wirkung des gewachsenen Warenaustausches zwischen den Nationen. Wir hätten gewünscht, daß in diesen internationalen Verträgen auch Vereinbarungen über das Recht der seemännischen Arbeiter getroffen worden wären. In diesem Punkte stehe Deutschland hinter anderen Kulturvölkern zurück. Die Regierung möge eine Abänderung der Bestimmungen der deutschen Seemannsordnung vorbereiten. Das Gesetz wurde ohne Kommissionsberatung in allen drei Lesungen angenommen.

14. Vereinheitlichung des Wechselrechts.

(169. und 172. Sitzung vom 25. und 28. Juni 1913.)

Durch ein internationales Abkommen soll das Wechselrecht vereinheitlicht werden. Die Vertragsstaaten verpflichten sich zur Einführung einer einheitlichen Wechselordnung, die sich somit auf dem Gebiete des Privatrechts als das erste internationale Gesetzbuch darstellt.

Genosse Landsberg begrüßte das Abkommen, wie wir jede Annäherung der Nationen begrüßen, denn jede derartige Annäherung müsse eine Steigerung der Kultur zur Folge haben. Hoffentlich sei das vorliegende Abkommen der Vorläufer vieler anderer, die auch noch auf anderen Gebieten zu einheitlichem Recht führen könnten. Die sozialdemokratische Fraktion verzichte auf Kommissionsberatung. Aber er müsse doch dem Bedauern Ausdruck geben, daß der Reichstag von der Mitwirkung im einzelnen bei diesem Abkommen vollständig ausgeschlossen worden sei. Das Abkommen sei das Ergebnis zweier Konferenzen, zwischen denen zwei Jahre gelegen hätten. Dazwischen hätten auch wohl die Abgeordneten informiert und um ihre Meinung befragt werden können. Bedauerlich sei, daß England und Amerika sich der internationalen Vereinbarung nicht angeschlossen hätten. Hoffentlich könnten die zwei Staaten durch entsprechende Konzessionen noch zur Mitarbeit herangezogen werden. Notwendig sei auch die Einsetzung eines gemeinsamen höchsten Gerichtshofes.

Der Gesetzentwurf wurde in allen drei Lesungen unverändert angenommen.

15. Beihilfen an Kriegsteilnehmer.

(150. Sitzung vom 26. April 1913.)

Dem steten Drängen des Reichstags, besonders der sozialdemokratischen Fraktion, die dürftigen Bezüge der Kriegsteilnehmer zu erhöhen, hat die Regierung endlich insoweit nachgegeben, als sie eine Erhöhung der Veteranenbeihilfe um 30 Mk. jährlich vorschlägt.

Genosse Schöpflin bedauerte, daß die Erhöhung sich in so bescheidenen Grenzen halte und begründete einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Beihilfe von 120 auf 300 Mk. zu erhöhen. Bei der enormen Steigerung der Lebensmittel- und Mietpreise sei das das mindeste, was verlangt werden müsse. Daß der Gesetzentwurf endlich die schikanöse Prüfung der Bedürftigkeit beseitige, sei anzuerkennen.

Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt; die Kriegsteilnehmer müssen sich also leider dank der „Sparsamkeit" der bürgerlichen Parteien mit einer Erhöhung von 30 Mk. begnügen. Der Gesetzentwurf wurde in allen drei Lesungen angenommen.

16. Kleinere Gesetzesvorlagen.

Einer Uebereinkunft zwischen Deutschland und Rußland zum **Schutz von Werken der Literatur und Kunst** stimmte der Reichstag ohne Debatte zu. Rußland hatte sich bisher allen Versuchen, zu Verträgen zum Schutze deutscher Urheber herangezogen zu werden, abgeneigt gezeigt. Nach langwierigen Beratungen ist es endlich gelungen, gemeinsame Bestimmungen zu vereinbaren. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte dem Gesetzentwurf ohne Debatte zu.

*

Ein von allen Parteien eingebrachter Gesetzentwurf verlangt die **Gleichstellung der privaten Einzelunterricht erteilenden Lehrer und Erzieher**, soweit sie bei öffentlichen Pensionsanstalten für Lehrer und Erzieher versichert sind, mit den in § 14. Nr. 1, 2 des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 20. Dezember 1911 aufgeführten Lehrern und Erziehern an nicht öffentlichen Schulen oder Anstalten.

*

Zum **Schutz des gewerblichen Eigentums** bestehen seit dem Jahre 1883 internationale Vereinbarungen, die von Zeit zu Zeit revidiert werden. Bei den letzten Verhandlungen der Regierung ist eine redaktionelle und sachliche Neuordnung der Vereinbarungen beschlossen worden, zu der die deutsche Regierung die Zustimmung des Reichstags nachsucht. Bei der notwendig werdenden Aenderung des inneren Rechts ist die wichtigste Neuerung die Einführung sogenannter Verbandszeichen, die bestimmte wirtschaftliche Verbände zur Kennzeichnung ihrer Produkte wünschen. Die Fraktion stimmte dem internationalen Abkommen ohne Debatte zu.

Die Wehrvorlage von 1913.

I. Die Vorlagen und ihre Begründung.

Am 22. April 1912 begründete der Reichskanzler im Reichstage die vorletzte Wehrvorlage; er wandte sich dabei gegen „lärmende und fanatisierte Minoritäten", durch die die Völker vielfach in Kriege hineingetrieben worden seien. Nach ihm sprach der Kriegsminister von Heeringen und gab als Grund für die Wehrvorlage militärisch-organisatorische Notwendigkeiten an. „Nicht eine übergroße, rein ziffernmäßige Verstärkung des deutschen Heeres ist nach der pflichtmäßigen Ueberzeugung der deutschen Heeresverwaltungen in erster Linie anzustreben. Auch nicht ein Ueberbieten lediglich an Zahl gegenüber allen unseren etwaigen Gegnern kommt hierbei lediglich in Betracht."

Noch kein Jahr später stand der Reichskanzler als das Opfer der erfolgreichen Hetze einer fanatisierten Minorität wiederum vor dem Reichstage, um eine Wehrvorlage zu vertreten, als deren eigentlichen Urheber sich die lärmenden Wortführer des Wehrvereins offen rühmten. Und neben ihm stand der Kriegsminister, um eine „übergroße, rein ziffernmäßige Verstärkung des deutschen Heeres" zu fordern, eine Heeresvergrößerung, wie sie Deutschland und die Welt noch nie zuvor gesehen hatte, und wie sie der Kriegsminister selbst wenige Monate vorher wahrscheinlich als Ausgeburt der überhitzten Phantasie eines lärmenden und fanatisierten Militärschwärmers zurückgewiesen hätte.

Die geforderte Vermehrung belief sich auf rn

4 000 Offiziere,
15 000 Unteroffiziere,
117 000 Gefreite und Gemeine,
27 000 Pferde.

Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres sollte dadurch von 544 221 Gemeinen und Gefreiten auf 661 176 erhöht werden.

Dieser ungeheuren Forderung war eine Begründung beigegeben, die qualitativ und quantitativ im genau umgekehrten Verhältnis zu den Riesenmaßen der Wehrvorlage stand. Auf knapp 20 Zeilen — nicht Seiten! — waren die Gründe angeführt: der Balkankrieg, die langgestreckten Grenzen Deutschlands und der Ausbau der allgemeinen Wehrpflicht. Was Reichskanzler und Kriegsminister mündlich hinzufügten, stand sachlich auf der gleichen Höhe wie die mühsam herbeigesuchten Plattheiten der Begründung.

Nicht besser stand es um die Begründung der Gesetzesvorlagen, durch die die Deckung der Ausgaben für die neuen Heeresvermehrungen beschafft werden sollte. Die Regierung war sich zwar darüber klar, daß sie diese ungeheure Belastung nicht abermals durch indirekte Steuern direkt den breiten Massen aufladen durfte, besonders nicht in der Jubelstimmung der Erinnerung an das Opferjahr 1813. Zur Schaffung der „außergewöhnlich hohen Summen", wie selbst die Begründung der Regierungsvorlage sich ausdrückte, zur Deckung der einmaligen Kosten der Wehrvorlage schlug sie daher einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag von dem Vermögensbesitz vor, von dem sie sich nach ihren Berechnungen eine Einnahme von 975—1000 Millionen Mark versprach. Für die Deckung der fortlaufenden Ausgaben wünschte sie eine Art Besitzsteuer, eine Vermögenszuwachssteuer, die jedoch auf dem Umweg über die Bundesstaaten in Form sogenannter „veredelter" Matrikularbeiträge aufgebracht werden sollte. Aber gerade dadurch wurde sie als Steuermaßnahme des Reiches vollkommen unbrauchbar. Daneben sollten noch dauernde Einnahmen durch Aenderung des Reichsstempelgesetzes und durch das Erbrecht des Staates geschaffen werden.

Die schriftlichen und mündlichen Begründungen der Vorlagen waren auf den Grundton gestimmt, daß dieses Mal zwar der Besitz herangezogen werden müsse, daß man aber versuchen wolle, die Besteuerung möglichst gnädig für den Besitz zu machen.

II. Die erste Lesung der Vorlagen im Plenum.

(133. bis 138. Sitzung vom 7. bis 12. April 1913.)

1. Die Wehrvorlagen.

Unser erster Redner bei der ersten Lesung der Wehrvorlage im Plenum des Reichstages, Genosse Haase, wies sofort mit Schärfe und Nachdruck auf die unglaubliche Dürftigkeit der Begründung hin. Mit den allgemeinen Redewendungen des Reichskanzlers und des Kriegsministers hätte ebensogut jede andere Militärvorlage, die vielleicht 10 000 statt 100 000 gefordert hätte, begründet werden können. Die äußere politische Lage gäbe keinen Grund für die Vorlage. Unsere Beziehungen zu England seien gut. Die Balkanvölker bildeten keine Gefahr für uns, unter den jetzigen Verbündeten würden bald die gegenseitigen Reibereien beginnen. Der Hinweis des Reichskanzlers auf die slawische Gefahr sei ein rassentheoretisches Hirngespinst. Den französischen Chauvinisten gäben die Alldeutschen nichts nach. Das eigentliche Volk diesseits und jenseits der Grenzen wolle den Frieden, wie klar aus dem

gemeinsamen Manifest der deutschen und französischen Sozialisten vom 1. März dieses Jahre hervorgehe. Rußland habe mit seinen eigenen Sorgen im Innern und im Osten genug zu tun. Der eigentliche Grund für die neue Aufrüstung werde verschwiegen. „Es soll Ellbogenfreiheit geschaffen werden für die imperialistische Weltpolitik .... es sollen die Rüstungen bis aufs äußerste getrieben werden, damit wir ein Gewicht in die Wagschale werfen können, wenn etwa das türkische Reich sich in Kleinasien nicht regeneriert, und wenn es zu seiner Aufteilung kommt. Es handelt sich also nicht um den Schutz unserer Grenzen, sondern um die Einschüchterung der anderen, die ebenso wie unsere Imperialisten Eroberungspolitik treiben." Haase zeigte die Richtigkeit dieser Annahme im einzelnen auf, indem er aus der Entstehungsgeschichte der Vorlage den Nachweis führte, daß Reichskanzler und Kriegsminister sich vor den weltpolitischen Treibereien des Wehrvereins und der hinter ihm stehenden imperialistischen Kreise gebeugt haben. Im zweiten Teile seiner Rede kritisierte Haase das heutige Militärsystem und legte dar, wo und wie überall reformiert werden müsse. Das Ziel der militärischen Zukunft sei die Miliz, die von der Sozialdemokratie geforderte Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

Die Wortführer der großen bürgerlichen Parteien gingen der Erörterung der eigentlichen Triebkräfte der neuen Aufrüstung Deutschlands vorsichtig aus dem Wege. Sie variierten das alte Thema, daß die Waffen schärfen müsse, wer den Frieden wolle, und schmückten ihre Betrachtungen durch kriegervereinsmäßigen Hinweis auf 1813. Allerdings fühlten sie sich — in der ersten Lesung ist man weit vom Schuß entfernt — bis auf die Konservativen auch zu bescheidenen Gegenfragen an den Militarismus gemüßigt, um dadurch den murrenden Spießbürger zu besänftigen. Nur der Zentrumsabgeordnete Haeusler, ein ehemaliger bayerischer Artilleriegeneral, hob sich von seinen bürgerlichen Kollegen vorteilhaft durch eine mutige Rede ab, in der er das heutige Heeressystem im großen wie im kleinen einer scharfen Kritik unterzog. Der offizielle stenographische Bericht verzeichnet bei der Rede Haeuslers fast nur Zustimmung auf den Bänken der sozialdemokratischen Fraktion. Dem Kriegsminister, der wiederholt in die Debatten der ersten Lesung eingriff, entglitt bei seiner parlamentarischen Ungeschicklichkeit die interessante Wendung, daß die Heeresvorlage das Ergebnis der unzureichenden Diplomatie sei, mit anderen Worten: daß durch Heeresverstärkungen gutgemacht werden müsse, was unsere Herren Diplomaten verdorben haben.

Von sozialdemokratischer Seite beteiligten sich noch die Genossen Scheidemann und Frank an der Debatte. Scheidemann unterzog die Gründe, die die auswärtige Lage für die Wehrvorlage hergeben mußte, einer Nachprüfung er wies noch einmal nach, daß die angebliche panslawistische Gefahr nichts als ein leeres Schreckgespenst ist. Genosse Frank erörterte vorzugsweise die militärpolitische Seite und stellte den bürgerlichen Rednern, die mit Militärreformen kokettiert hatten, in sichere Aussicht, daß sie durch sozialdemokratische Anträge vor die Entscheidung gestellt werden würden, aus ihren Worten Taten zu machen. Beide Redner verwiesen die bürgerlichen Parteien nachdrücklich auf die bevorstehende Verständigungskonferenz französischer und deutscher Abgeordneter in Bern.

Nach einer Debatte, die drei Tage in Anspruch genommen hatte, wurde die erste Lesung der Wehrvorlage geschlossen und der Gesetzentwurf der Budgetkommission zur weiteren Beratung übergeben.

2. Die Deckungsvorlagen.

Im unmittelbaren Anschluß an die Wehrvorlagen wurden die Deckungsvorlagen in erster Lesung behandelt. Der Hauptredner unserer Fraktion war Genosse Südekum. Er zeigte, daß das Sammelsurium an Steuern und Deckungsvorschlägen, das dem Reichstag von der Regierung vorgelegt worden ist, weder in das System der Reichsfinanzen hineinpaßt noch in der richtigen Weise der Leistungsfähigkeit des Volkes angepaßt sei. Der Mahnung des Reichskanzlers, daß das deutsche Volk nicht in Luxus und Wohlleben aufgehen dürfe, hielt er zahlenmäßige Beweise von der Notlage und dem Elend der breiten Volksmassen entgegen. Bei den jetzigen Steuervorschlägen herrsche der Gedanke vor, die Sozialdemokratie auszuschalten. Aber wie wenig das angehe, zeige die Tatsache, daß die schüchternen Versuche der Regierung, mit Besitzsteuern einen Anfang zu machen, lediglich auf die Sozialdemokratie und ihre Stärke im Reichstage zurückzuführen seien. Der Wehrbeitrag, auf den sich die Regierung besonders viel einzubilden scheine, sei in seinem Prinzip, nicht allerdings in seiner jetzigen unzureichenden Form, zum ersten Male von sozialdemokratischer Seite gefordert worden. Zwar sähe die Vorlage anders aus als die Vorlagen von 1908 und 1909. Aber sie müßten noch gründlich geändert und gebessert werden, und zwar im Sinne wirklicher direkter Reichssteuern. Eine gründliche Reform unseres Reichsfinanzwesens, die eine dringende Notwendigkeit sei, könne nicht von der Regierung ausgehen, wie die bisherigen mißglückten Versuche bewiesen hätten, sondern es sei Sache des Reichstages, die neuen Grundlagen zu schaffen.

Die bürgerlichen Parteien suchten sich mit süßsauren Mienen mit den Ueberraschungen, Unbequemlichkeiten und Unzulänglichkeiten, die die Deckungsvorlagen für sie je nach ihren Parteiinteressen verschieden brachten, auf ihre Weise abzufinden. Alle heuchelten Opferbereitschaft, aber alle mit der stillen Hoffnung, daß der andere die Last des Opfers tragen möge. Als schweren Block wälzten Zentrum und Konservative der weiteren Erledigung der Deckungsvorlagen die Forderung in den Weg, daß Heeres- und Deckungsvorlagen gleichzeitig zur Verabschiedung kommen müßten. Durch diese Verkoppelung wollten sie von vornherein eine etwaige Geneigtheit der bürgerlichen Linken erschweren, gemeinsam mit der Sozialdemokratie die Deckungsvorschläge zu direkten Reichssteuern umzuwandeln.

Die Genossen Emmel und Segitz traten den bürgerlichen Rednern entgegen. Emmel stellte die Steuerscheu der Besitzenden, besonders der Konservativen, in das rechte Licht. Er trat energisch dem Konservativen Westarp entgegen, der törichte Bemerkungen über die Beiträge der Arbeiter an ihre Partei- und Gewerkschaftsorganisationen gemacht hätte. Er ging ferner auf die Steuerpflicht der Fürsten, auf die Abgabe der „toten Hand" und auf andere finanzpolitische Einzelheiten ein. Genosse Segitz und später auch noch Genosse Südekum beschäftigten sich besonders mit einer Rede des Reichskanzlers, durch die dieser die bürgerlichen Parteien vor direkten Reichssteuern, besonders vor der Erbschafts- und vor der Vermögenssteuer warnen zu müssen für nötig gehalten hatte. Segitz betonte, daß gerade der jetzige Zeitpunkt geeignet sei, endlich Ordnung in die Reichsfinanzen zu bringen. Wenn den Bundesstaaten derartige Neuerungen unbequem seien, so hätten sie durch größeren Widerstand gegen die militärischen Ansprüche Preußens verhindern sollen, daß das Reich fortgesetzt finanziellen Schwierigkeiten ausgesetzt werde. Es sei im übrigen bezeichnend, daß neuerdings kein Bundesstaat den preußischen Wünschen gegenüber gefügiger sei, als Bayern unter dem Regime Hertling.

Auch die Deckungsvorlagen wurden nach dreitägiger Beratung im Plenum zunächst der Budgetkommission überwiesen.

III. Die Vorlagen in der Budgetkommission.

1. Taktisches.

Die Budgetkommission beschloß, zwei Lesungen der Wehr- und Deckungsvorlagen abzuhalten. Die Konservativen und das Zentrum verlangten, daß zunächst die erste Lesung der Wehrvorlagen und im Anschluß daran die erste Lesung der Deckungsvorlagen erfolgen sollte. Man wollte dadurch die Vorlagen im Sinne der Ankündigung im Plenum sachlich als eine einheitliche Vorlage behandeln und dadurch die bürgerliche Linke in die Enge treiben.

Es wurde zunächst unentschieden gelassen, in welcher Reihenfolge die Vorlage beraten werden sollte. Erst bei der Beendigung der ersten Lesung der Wehrvorlagen kam es darüber zu geschäftsordnungsmäßigen Erörterungen, die den Interessengegensätzen in der Steuerfrage entsprangen. Die Konservativen und das Zentrum verlangten die gleichzeitige Verabschiedung von Wehr- und Deckungsvorlagen, die Nationalliberalen und die Freisinnigen wollten das zwar in der Sache ebenfalls, wünschten aber vorherige Verabschiedung der Wehrvorlagen, um die Entscheidung über die Militärforderungen von der Entscheidung über die Form der Deckung zu trennen und sich dadurch freie Hand für die Mehrheitsbildung bei der Deckung zu wahren.

Die sozialdemokratische Fraktion gab den Ausschlag, ob zunächst die Beratung der Wehrvorlagen in beiden Lesungen vorgenommen werden, oder ob nach der ersten Lesung der Wehrvorlagen zunächst die erste Lesung der Deckungsvorlagen erfolgen sollte. Die Fraktion war sich darüber einig, daß es sich hierbei lediglich um eine taktische Entscheidung handelte. In den Beratungen der Fraktion standen sich zwei Meinungen gegenüber.

Von der einen Seite wurde geltend gemacht, daß uns unsere prinzipielle Stellung zum Militarismus daran hindern müsse, durch Zustimmung zur sofortigen Beratung der Wehrvorlage in zweiter Lesung die Verabschiedung dieser Vorlagen in irgendeiner Weise zu beschleunigen. Würden wir mit den Konservativen und dem Zentrum gegen die Weiterberatung der Wehrvorlagen stimmen, so würden wir dadurch die Schwierigkeiten auf bürgerlicher Seite erhöhen, damit auch die Verabschiedung der Wehrvorlagen erschweren und, falls über die Deckungsvorlagen keine Einigung zustande kommt, die Möglichkeit einer Auflösung schaffen.

Von der Gegenseite wurde dagegen erklärt, daß unsere prinzipielle Stellung zum Militarismus bei der Entscheidung dieser rein taktischen Frage nicht mitspreche. Die Wehrvorlagen würden auf jeden Fall im Reichstage eine Mehrheit finden, auch die Fortschrittler und die Nationalliberalen würden Mann für Mann dafür stimmen. Würde die Verkuppelung der Wehr- und Deckungsvorlagen im Sinne der Konservativen und des Zentrums beschlossen, so würden darunter nicht die Wehrforderungen, wohl aber die Deckungsvorschläge leiden. Die bürgerliche Linke, besonders die Nationalliberalen, würden im Interesse der Wehrforderungen schnell mürbe werden und in der Deckungsfrage den konservativen Wünschen nachgeben. Das könnten wir leichter verhindern, wenn wir bewirkten, daß die Deckungsgesetze, wenn auch in zeitlicher Nachbarschaft, so doch in der parlamentarischen Erledigung formell und völlig getrennt von den Wehrvorlagen und erst nach ihnen beraten würden. Gerade dadurch würden auf bürgerlicher Seite die Schwierigkeiten für die Verabschiedung der Vorlage wachsen. Außerdem würde bei der Verquickung beider Vorlagen in der Kommission das Plenum nichts zu tun haben, während es im anderen Falle ausgiebig die Wehrvorlagen beraten könne. Würden aber beide Vorlagen erst später gleichzeitig an das Plenum gelangen, werde die Beratung der Vorlagen überstürzt und zur Kritik des Militarismus keine Zeit gelassen werden.

Die Fraktion hat sich mit großer Mehrheit auf diesen letzteren Standpunkt gestellt und dadurch nach der Beendigung der ersten Lesung der Wehrvorlagen bewirkt, daß sogleich mit der zweiten Lesung der Wehrvorlagen in der Kommission begonnen werden konnte.

2. Die Wehrvorlagen in der Kommission.

Im ganzen sind in zehn Sitzungen der Budgetkommission (86. bis 95. Sitzung in der Zeit vom 28. April bis zum 28. Mai 1913) die Wehrvorlage und der damit zusammenhängende Ergänzungsetat beraten worden. Davon gingen 9 Sitzungen auf die erste Lesung. Unsere Fraktion war meistens durch die Genossen Frank, Haase, Ledebour, Lensch, Noske, Scheidemann, Schöpflin und Südekum vertreten. Gelegentlich trat ein Wechsel der Personen ein, wie es bei der Besetzung der Budgetkommission auch sonst aus sachlichen oder persönlichen Gründen gelegentlich geschieht.

In der ersten Lesung fand zunächst eine Generaldebatte statt, in der von unserer Seite ausführlich die auswärtige Lage erörtert und dabei nachgewiesen wurde, daß sie auch trotz der sogenannten vertraulichen Mitteilungen des Kriegsministers und des Staatssekretärs des Auswärtigen keinerlei Anlaß für die Begründung der Wehrvorlage gebe. Auch die allgemeine Wehrpflicht des Volkes, die wir im Prinzip durchaus anerkennen, könne nicht als Argument für die Vorlage angeführt werden. Sie sei mit dem stehenden Heer und seinem Charakter als Instrument der herrschenden Klassen unvereinbar. Was zur Begründung der Vorlage gesagt worden sei, die vertraulichen Mitteilungen mit einbegriffen, sei das unzulänglichste, das man sich nur vorstellen könne. Wenn es nur auf die Verteidigung des Vaterlandes abgesehen sei, so sei das Milizsystem das beste Mittel, die Defensivkraft des Volkes bis auf den höchsten Stand zu bringen. Man solle eine Verständigung mit Frankreich anbahnen. Das sei das beste Mittel, internationale Beruhigung zu schaffen.

Die weitere Beratung erfolgt in der Weise, daß zunächst die sämtlichen Etatserhöhungen, dann die neuen Truppenteile, sodann das Gesetz der Reihe nach und hiermit der Ergänzungsetat beraten wurde. Bei passenden Positionen veranlaßten unsere Genossen Debatten, in denen sie Mißstände des heutigen Heeressystems erörterten. So veranlaßten sie bei den Etatserhöhungen eine ausgiebige Besprechung der Militärtauglichkeit, wobei sie auf die Gefahr hinwiesen, daß durch die zahlreichen Neueinstellungen von Rekruten auch minderataugliche eingestellt werden würden. Die Forderung von 6 neuen Kavallerieregimentern bekämpften sie mit motivierten Zweifeln über die Verwendungsmöglichkeit der Kavallerie im modernen Kriege. Eingehende Debatten fanden bei der Frage der Dienstzeit statt. Unsere Fraktion verlangte Verkürzung der Dienstzeit auf ein Jahr, Abschaffung des Exerzier- und Drilldienstes, Beseitigung des heutigen Einjährig-Freiwilligen-Vorrechts. Für die Uniformierung verlangten unsere Genossen Einheitlichkeit und dadurch Verbilligung. Beim Gardekorps verlangten sie Beseitigung seiner Ausnahmestellung. Weitere Debatten fanden statt über die kleinen Garnisonen, über die Verringerung der Zahl der Burschen, über die Militärkapellen, über Urlaubserteilung, über Aufhebung des strengen Arrests, über den Militärboykott, über Einschränkung des Parademäßigen und des Luxus, über die Militärdisziplinarstrafordnung und das Ehrengerichtsverfahren, über die Militärstrafgerichtsordnung, über das Militärstrafgesetzbuch, über Schießfertigkeit, über Krankenpflege, über Vergebung von Arbeiten und Lieferungen, über Verabschiedung von Offizieren, über militärische Bedeutung von Kanälen, über die Armeeinspekteure und das Inspizierungsfieber, über die Beförderung im Heere und das Aufrücken von Unteroffizieren in Offizierstellen, über das Sanitätswesen,

über die Dienstprämien für Unteroffiziere, über Aufwandsentschädigungen für soldatenreiche Familien, über Löhnungszuschüsse für Unteroffiziere und andere Militärpersonen in Elsaß-Lothringen (Westmarkenzulage) und zahlreiche sonstige militärische Fragen, die mehr technischer Natur waren.

Mit dem tatsächlichen Ergebnis der Beratungen konnte die Regierung zufrieden sein. Die bürgerlichen Parteien hatten nicht gewagt, an den maßlosen Forderungen der Heeresverwaltung irgendwelche nennenswerten Abstriche zu machen. Nur 3 Kavallerieregimenter von den geforderten 6 wurden der Regierung abgelehnt. Daneben wurde eine Anzahl Resolutionen, in denen Heeresreformen gewünscht wurden, angenommen. Aber die Militärverwaltung hielt es nicht der Mühe wert, diese Resolutionen ernstlich zu prüfen und verbindliche Erklärungen dazu abzugeben. Die sozialdemokratischen Anträge, durch die die notwendigsten Heeresreformen in die Militärvorlage hineingearbeitet werden sollten, wurden sämtlich abgelehnt.

Die Wehrvorlage ging dann wieder zur zweiten Beratung ans Plenum, während die Budgetkommission inzwischen die Deckungsvorlagen vornahm. Da deren Beratung sich der Gegensätze auf bürgerlicher Seite wegen sehr in die Länge zog, konnte das Plenum um so gründlicher an der Hand unserer Anträge die Heeresreformen erörtern. (Siehe Seite 153 bis 164.)

3. Die Deckungsvorlagen in der Kommission.

Die Deckungsvorlagen beriet die Budgetkommission in 18 Sitzungen (96. bis 113. Sitzung vom 29. Mai bis 24. Juni.) Unsere Vertreter in der Kommission waren; von dem gelegentlichen Wechsel abgesehen, die Genossen David, Emmel, Frank, Haase, Lensch, Noske, Südekum, Wurm.

In den ersten 8 Sitzungen wurde über den einmaligen Wehrbeitrag beraten. Unsere Genossen sprachen sich im Prinzip für den Wehrbeitrag aus und wirkten bei der Beratung der einzelnen Paragraphen im Sinne der Heranziehung der großen Vermögen und Einkommen zugunsten der Entlastung der kleineren mit. Besonders suchten sie dies zu erreichen durch die Heranziehung von Schmuck und Kunstwerken an den versteuerbaren Gütern, durch die Durchsetzung der Steuerpflicht der Fürsten und der „toten Hand", durch die ausreichende Heranziehung der Aktiengesellschaften und durch die richtige Bemessung der Steuersätze bei der Besteuerung des Vermögens und des Einkommens. Durchgesetzt wurde im Sinne unserer Anträge die progressive Gestaltung der Steuersätze, wobei der Satz für die kleinsten Vermögen auf ein Drittel des in der Regierungsvorlage vorgesehenen ermäßigt, der Satz für die größten Vermögen dagegen nahezu verdreifacht wurde. Außerdem wurden die unfundierten Einkommen statt erst von 50 000 Mk., wie die Vorlage wollte, bereits von 5000 Mk. zur Steuer herangezogen und die Sätze ebenfalls progressiv gestaltet. Auch unser Antrag, der die Steuerpflicht der Fürsten im Gesetz festlegte, fand nach einer zweitägigen Debatte in der Kommission Annahme.

Der Gesetzentwurf über das Erbrecht des Staates erforderte zwei Beratungstage. Unsere Genossen überschätzten den Wert dieser Vorlage nicht, traten aber für den Grundgedanken ein, die Einnahmen der Allgemeinheit auf Kosten des Portemonnaies der Leistungsfähigen zu stärken und dadurch indirekte Steuern zu verhindern. Die Beratung des Besitzsteuergesetzes, für das Genosse Südekum zum Berichterstatter eingesetzt wurde, erfolgte in 6 Sitzungen. Unsere Genossen standen dem Entwurf kühl gegenüber, da er bei den unzulänglichen Bestimmungen im einzelnen große Unzuträglichkeiten im Gefolge haben müßte. Besser sei eine Reichsvermögens- und als Ergänzung eine Erbanfallsteuer gewesen. Sie arbeiteten aber eifrig

an dem Gesetz mit, um aus dem vollständig unzulänglichen Regierungsentwurf ein einigermaßen brauchbares Gesetz zu machen. Zu diesem Zwecke trugen sie mit dazu bei, daß die bedenklichsten Bestimmungen in den §§ 1 und 2, wonach eine Vermögenszuwachssteuer nur in Form veredelter Matrikularbeiträge erhoben werden sollte, beseitigt und eine direkte Reichssteuergesetzgebung beschlossen wurde. Sie halfen ferner mit daran, daß die Besteuerung des Kindeserbes, die die Konservativen als den springenden Punkt, der für sie das Gesetz unannehmbar mache, erklärt hatten, in das Gesetz aufgenommen wurde. Bei dem Gesetzentwurf zur Aenderung des Reichsstempelgesetzes traten unsere Genossen für Erleichterungen zugunsten der kleinen Leute ein.

Bei den zweiten Lesungen der Steuergesetze wandten sich unsere Genossen gegen die Vorschläge der Kompromißparteien, die inzwischen hinter dem Rücken der Kommission vereinbart worden waren. Durch diese Vereinbarungen wurden zum Teil ganz erhebliche Verschlechterungen der Beschlüsse erster Lesung herbeigeführt. Besonders hatte man die kleinen und kleinsten Einkommen, die durch die Gesetze zur Besteuerung herangezogen wurden, gegenüber den Beschlüssen erster Lesung erheblich stärker belastet, um dadurch die großen und größten Vermögen und Einkommen zu entlasten.

IV. Die zweite Beratung im Plenum.

1. Die Generaldiskussion der Wehrvorlagen.

(158. bis 161. Sitzung vom 10. bis 13. Juni 1913.)

Am 10. Juni begannen die zweiten Beratungen der Gesetzentwürfe im Plenum. Die Beratung der Wehrvorlagen dauerte bis zum 24. Juni und nahm 10 Verhandlungstage (158. bis 168. Sitzung) in Anspruch. Die geschäftliche Behandlung wurde so geregelt, daß über den entscheidenden Artikel I in seiner Gesamtheit und über die dazu gestellten Anträge eine Generaldebatte stattfand. Mit dieser Diskussion wurden die Resolutionen verbunden, zu denen keine besonderen Anträge vorlagen, oder die nicht mit Anträgen zu verbinden waren. Die übrigen Resolutionen und Anträge kamen bei den Artikeln, zu denen sie gehörten, zur Verhandlung.

Den ersten Verhandlungstag füllte fast ausschließlich eine 4½stündige Rede unseres Genossen Noske. Die Ereignisse auf dem Balkan hätten eine Wendung genommen, durch die Deutschlands Stellung in keiner Weise bedroht werde. Der deutsch-englische Gegensatz habe eine Milderung erfahren. Die russische Gefahr sei bei den inneren Zuständen Rußlands nicht so groß wie sie äußerlich erscheine. Die chauvinistischen Strömungen in Frankreich seien nur Rückwirkungen der deutschen Militärpolitik. Eine ernstgemeinte Annäherung beider Länder werde die Völker wie von einem Alpdruck befreien. Die sozialdemokratische Forderung der Erziehung zur Wehrhaftigkeit und der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere beweise, daß die Sozialdemokratie dem Vaterlande den denkbar größten Schutz gewähren wolle. Aber alle Bestrebungen der Arbeiter auf Hebung ihrer Lage, also damit auch zur Stärkung der Wehrfähigkeit Deutschlands, werden von der Regierung und den bürgerlichen Parteien bekämpft. Mit der Etatsstärke der einzelnen Truppenteile mache die Heeresverwaltung fortgesetzt die merkwürdigsten Experimente. Was im vorigen Jahre als der Weisheit letzter Schluß hingestellt worden sei, werde heute schon zum alten Eisen geworfen. Auch in anderer Beziehung leiste die Heeresverwaltung Erhebliches an Widersprüchen. Handele es sich um die Kavallerie, so sei diese ein unentbehrliches Mittel für den Aufklärungsdienst, sie werde als Auge und Arm des Feldherrn bezeichnet; die Flugzeuge und Lenkballons könnten gegen sie nicht aufkommen: Sobald aber die Forderungen

für militärische Luftfahrt zur Erörterung ständen, würden die Vorzüge dieser neuesten militärischen Waffe für den Aufklärungsdienst wieder begeistert gepriesen. Die neuen Kavallerieregimenter seien für den Grenzschutz nicht notwendig. Man brauche nur vorhandene Kavallerieregimenter aus dem Innern an die Grenze zu verlegen. Aber dagegen sträubten sich die adligen Offiziere in den Reiterregimentern. Für die Anschaffung von Lenkballons seien nicht nur militärische Gründe entscheidend, sondern Rücksichten auf die Industrie, die solche Fahrzeuge herstelle. Den Aktiengesellschaften, die neuerdings zahlreich gegründet würden, gehörten bekannte Namen, besonders auch Reichstagsabgeordnete an. Für die Wehrvorlagen sprächen auch die Interessen hochgestellter und hochbezahlter Offiziere mit, da viele neue Stellen geschaffen werden sollten. Dadurch würden die Avancementsverhältnisse gebessert, was zwar den Offizieren viel Vergnügen bereite, den Steuerzahlern aber weniger angenehm sei. Durch die neuen Unteroffizierstellen würde auch das Zivilleben beeinflußt, weil wieder mehr Militäranwärter geschaffen würden. Den Unteroffizieren dürfe auch nicht die Freiheit der politischen Gesinnung geraubt werden. Das Sanitätswesen im Heere sei ungenügend. Zur Besserung der Zustände im Militärlieferungswesen sei notwendig, die Rüstungsindustrie zu verstaatlichen. Unerhört sei, daß die Heeresverwaltung allen Anregungen der Kommission auf Heeresreformen hartnäckigen Widerstand entgegensetze. Dem Könige von Preußen wolle man als Jubiläumsgabe die Wehrvorlage darbringen, die Gegengabe aber sei das uneingelöste Wahlrechtsversprechen des Königs von Preußen.

Dieser schneidenden Feststellung trat der Staatssekretär Delbrück mit dem geistvollen Argument entgegen, daß erstens der König von Preußen den Reichstag nichts angehe, und daß außerdem das Versprechen des Königs durch eine Wahlrechtsvorlage eingelöst worden sei. Wenn der preußische Landtag die Vorlage abgelehnt habe, sei das nicht die Schuld der Regierung.

Am zweiten Verhandlungstage kamen nur Vertreter der bürgerlichen Parteien und der Reichskanzler zum Wort. Letzterer sprach nach dem Redner der Fortschrittlichen Volkspartei, und zwar fuhr er diesen in einer auffallenden und herausfordernden Weise an. Am dritten Tage sprach der Kriegsminister, der befriedigt die Bereitwilligkeit der bürgerlichen Parteien in der Bewilligung seiner enormen Militärforderungen konstatierte, mit kühler Gelassenheit aber auch noch die von der Budgetkommission gestrichenen drei Kavallerieregimenter forderte. Dann kam als unser zweiter Redner Genosse Ledebour zu Wort, der einleitend auf die geradezu unglaubliche Dürftigkeit der Argumente des Reichskanzlers und des Kriegsministers und auf den sonderbaren Ton des Reichskanzlers, der im auffälligen Gegensatz zu seinem Mangel an geistiger Anstrengung stehe, hinwies. Es scheine, als wolle der Reichskanzler mit einer Auflösung drohen. Uns Sozialdemokraten schrecke er damit aber nicht, wir würden sie mit Freuden begrüßen. Ledebour ging dann auf die auswärtige Lage ein und wies im einzelnen nach, daß sie in keiner Weise eine Begründung der Wehrvorlage liefere. Mit Schärfe wandte sich Ledebour gegen den Versuch des Staatssekretärs Delbrück, die Rechte des Reichstages zu beeinträchtigen. In der Thronrede, deren entscheidenden Absatz Ledebour wörtlich verlas und damit den Akten des Reichstages einverleibte, stehe ganz klar und unzweideutig: „Es ist mein Wille", daß das Landtagswahlrecht in Preußen „eine organische Fortentwickelung" erfahre. „Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart." Diese wichtige Aufgabe sei aber noch immer nicht erfüllt. Das preußische Volk werde alle Mittel, wenn nötig auch den Massenstreik, anwenden, um ein volkstümliches Wahlrecht zu erlangen.

Bei der namentlichen Abstimmung wurde ein konservativer Antrag, der der Regierung zu den von ihr geforderten 6 Kavallerieregimentern noch weitere 6 hinzubewilligen wollte, mit 302 gegen 67 Stimmen, ein nationalliberaler Antrag auf Bewilligung der drei von der Budgetkommission gestrichenen Kavallerieregimentern mit 203 gegen 159 Stimmen abgelehnt. Ein sozialdemokratischer Antrag:

> Die Uebungszeiten müssen so gelegt werden, daß die Einberufenen die Möglichkeit haben, an den Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen teilzunehmen,

wurde in einfacher Abstimmung abgelehnt. Dagegen wurden alle Resolutionen der Budgetkommissionen angenommen. Auch die sozialdemokratische Fraktion stimmte für die meisten der Resolutionen. Wenn sie sich auch über den Erfolg der papiernen Wünsche des Reichstages keinen Illusionen hingab, hielt sie es doch für notwendig, die Wünsche der Budgetkommission, soweit sie zur Verbesserung des heutigen Heeressystems Anregungen geben, zu unterstützen.

Die Resolutionen verlangten: rücksichtsvolle Anwendung der Bestimmung der Wehrordnung über Befreiung vom Heeresdienst infolge bürgerlicher Verhältnisse; jährlichen Urlaub für die Soldaten von 4 Wochen; Hebung des Trains; Erhöhung der Familienunterstützung für Reservisten; Hebung der Schießfertigkeit bei Reservisten und Landwehrmännern; Fürsorge für Militäranwärter; Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der freiwilligen Krankenpflege für den Mobilmachungsfall; Ersparnisse durch Einführung einer einfachen und einheitlichen Uniform, durch Verwendung inaktiver Offiziere für geeignete Stellen, durch Einschränkung der Offizierspensionierung, durch Einschränkung des Parademäßigen; Vergebung von Staatsaufträgen nur an solche Arbeitgeber, die den Arbeitern das Koalitionsrecht unangetastet lassen, die keine geringeren Löhne zahlen und keine schlechteren Arbeitsbedingungen stellen wie gleichartige Staatsbetriebe oder private Unternehmungen, die eine Einigungs- und Schiedsinstanz bezeichnen oder schaffen, welche berechtigt und verpflichtet ist, bei ausbrechenden Differenzen die Vermittelung zu übernehmen; Berücksichtigung des ortsansässigen Gewerbes bei Vergebung von Arbeiten; Beschaffung des Kriegsmaterials möglichst durch die reichseigenen technischen Institute.

2. Die Einzelberatung der Wehrvorlagen.

(161. bis 168. Sitzung vom 13. bis 24. Juni 1913.)

Nach der Generaldebatte zu Artikel I kamen eine Reihe sozialdemokratischer Anträge zur Erörterung, die unsere Fraktion eingebracht hatte, um dadurch zur tatsächlichen Verbesserung des heutigen Heeressystems beizutragen. Wenn dieser Zweck auch durch Ablehnung der Anträge durch die kompakte bürgerliche Mehrheit praktisch nicht erreicht wurde, so boten die Anträge doch eine vortreffliche Gelegenheit, die sozialdemokratische Militärpolitik durch eine gründliche Kritik der herrschenden Mißstände und durch weitsichtige Forderungen für eine gründliche Heeresreform vor der Oeffentlichkeit praktisch zu betätigen.

a) Die Verkürzung der Dienstzeit und das Einjährig-Freiwilligen-Vorrecht.

(161. und 163. Sitzung vom 13. und 17. Juni 1913.)

Unser erster Antrag, der zur Beratung gelangte, hatte folgenden Wortlaut:

> Während der Dauer der Dienstpflicht im stehenden Heere sind die Mannschaften ein Jahr zum ununterbrochenen Dienst bei den Fahnen verpflichtet. Diese Bestimmung tritt vom 1. Oktober 1915 ab in Kraft.

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages verlangte unsere Fraktion folgende Fassung des Artikels Ia:

> Die Bestimmungen der Reichsmilitärgesetze, welche die besonderen Vorrechte der Einjährig-Freiwilligen in der Ableistung der Dienstpflicht betreffen, werden mit Inkrafttreten dieses Gesetzes aufgehoben.

Genosse Gradnauer begründete den Antrag. Die sozialdemokratische Fraktion sei sich wohl bewußt, daß ihre Forderung noch keine Mehrheit finde. Aber es solle mit dem Antrag ein Signal gehißt werden, das draußen im Lande schon verstanden werde. Die Verkürzung der Dienstzeit auf ein Jahr sei ebenso sehr eine Forderung der Gerechtigkeit wie der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit. Eine Gefährdung der Interessen des Vaterlandes bedeute sie nicht. Das Volksheer sei die beste Verteidigung des Vaterlandes. Die Verlängerung der Dienstzeit in Frankreich sei nur eine Gegenwehr gegen die deutsche Aufrüstung. Militärische Gründe könnten gegen die Verkürzung nicht ins Feld geführt werden. Wenn die Verkürzung Hand in Hand mit einer wirksamen Hebung der Jugenderziehung gehe, so lasse sich die Ausbildung der Soldaten in viel kürzerer Zeit als heute herbeiführen. Es sei ferner der unnötige Ballast in der Ausbildung zu vermeiden. Das heutige Exerzierreglement atme rückständigen Geist. Für eine gute soldatische Disziplin sei eine lange Dienstzeit nicht nötig, man wolle durch Drill und Kadavergehorsam die Soldaten nur zu willfährigen Werkzeugen gegen den inneren Feind erziehen. Wenn die jungen Leute der wohlhabenden Klassen in einem Jahre ausgebildet werden könnten, so müsse das auch bei den Kindern des Volkes möglich sein. Wolle man aber die allgemeine Verkürzung auf ein Jahr nicht, so müsse um so entschiedener die Beseitigung des Einjährig-Freiwilligen-Vorrechts gefordert werden.

Die bürgerlichen Redner wandten sich gegen unseren Antrag. Ihnen und dem Kriegsminister trat Genosse Schulz entgegen. Der Standpunkt des Kriegsministers sei der des Zunftmilitärs. Ihn würden wir nicht überzeugen. Darauf komme es auch nicht an, denn die Frage der Verkürzung der Dienstzeit sei weniger eine militärische als eine politische. Wenn die Politik zugunsten der einjährigen Dienstzeit entschieden habe, würden die Militärs bald umlernen. Darum sei die Aufklärung der Wähler wichtiger als die Aufklärung der Heeresverwaltung. Der Drill, der noch auf den Exerzierplätzen herrsche, werde gleichfalls seinen Teil zur Aufklärung des Volkes beitragen. Die jungen Rekruten erlägen wohl anfangs dem starken, die Persönlichkeit auslöschenden Einfluß der Kaserne. Nach den ersten Monaten aber würden sie kritisch und sehr bald erwache in ihnen auch die Erbitterung über die Zeitverschwendung, die ihnen in den Kasernen zugemutet würde. Vor allem peitsche die Heeresverwaltung die Unzufriedenheit der Soldaten durch das Einjährig-Freiwilligen-Vorrecht auf. Redner entwickelt dann die Grundzüge der sozialdemokratischen Forderung auf Erziehung zur Wehrhaftigkeit, die er der Militärspielerei des Jungdeutschlandbundes entgegenstellt.

Genosse Quarck trat gleichfalls den bürgerlichen Argumenten entgegen und wies durch eine Reihe von Gründen die Durchführbarkeit der einjährigen Dienstzeit nach. Klassenunterschiede gäbe es im Heere, wenn sie auch der Herr Kriegsminister geleugnet habe. Allenfalls in Kriegszeiten würden sie etwas gemildert. Die bürgerliche Jugendbewegung sei durch und durch politisch. Die zweijährige Dienstzeit solle nur der Heranbildung einer eisernen Disziplin zur Bekämpfung demokratischer Regungen im Volke dienen. Genosse Zubeil bestätigte als Kriegsteilnehmer, daß die Offiziere nur solange freundlich mit den Gemeinen verkehrt hätten, wie der eigentliche Krieg dauerte.

Der sozialdemokratische Antrag nebst dem Eventualantrage wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Eine fortschrittliche Resolution, wonach eine Erleichterung und Abkürzung der Dienstzeit in die Wege geleitet werden möge, wurde angenommen, ebenso eine Resolution auf Reform des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes und auf Erweiterung der Zulassung durch Berücksichtigung von Fachausbildung und turnerischen Leistungen.

b) Die Abschaffung des Burschenwesens.

(163. Sitzung vom 17. Juni 1913.)

Ein sozialdemokratischer Antrag forderte:

Die zum Militärdienst eingezogenen Mannschaften dürfen nicht zu häuslichen Dienstleistungen verwendet werden.

Den Antrag begründete Genosse Stücklen. Eine Resolution zu fassen habe keinen Zweck. Das sei schon oft geschehen, ohne daß sich die Heeresverwaltung darum gekümmert habe. Nahezu 30 000 Soldaten würden dem eigentlichen Dienste entzogen, weil sie bei den Offizieren Dienstmädchen zu ersetzen haben. Das verstoße gegen die Reichsverfassung Artikel 63. Eine Kabinettsorder, durch die man das Burschenwesen rechtfertigen wolle, liege 100 Jahre zurück. An der Hand einer Schrift, die im Verlage des Deutschen Offiziersblattes erschienen ist, zählt Stücklen die zahlreichen lächerlichen Bestimmungen auf, die einem Offiziersburschen heute zugemutet werden.

Genosse Schöpflin wandte sich gegen die bürgerlichen und kriegsministeriellen Verteidiger des Burschenunwesens. Es könne nicht bestritten werden, daß 10 bis 12 Prozent der Armee nicht in der angeblich notwendigen Weise in zweijähriger Dienstzeit ausgebildet würden.

Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt, dagegen wurde eine Resolution, die eine Verringerung der Zahl der Burschen verlangt, angenommen.

c) Die Beseitigung des Gardevorrechts.

(164. Sitzung vom 18. Juni 1913.)

Ein sozialdemokratischer Antrag fordert:

Bestimmungen, durch die das Gardekorps und die sonstigen Eliteformationen sich von den übrigen Truppenteilen unterscheiden, sind unzulässig; bestehende Bestimmungen dieser Art werden aufgehoben.

Genosse Lensch begründete den Antrag. Für die Existenz eines Gardekorps oder sonstiger Eliteformationen fehle jede gesetzliche Grundlage. Nur Erlasse und das Herkommen seien dafür maßgebend. Bei der Mobilmachung sei die Ausnahmestellung der Garde ein Hindernis, da sich die Mannschaften der Elitetruppen aus ganz Preußen rekrutierten. Nur Berliner finde man wenig in der Garde. Um so charakteristischer sei es, daß der Kriegsminister erklärt habe, wenn die Garde gestrichen würde, fiele das ganze Gesetz. Also erst die Garde, dann das Vaterland. Das sei nur dadurch zu erklären, daß die Garde nichts weiter sei als das persönliche Werkzeug des deutschen Absolutismus. Darauf seien auch die Uniformierung und besondere Präsentiergriffe der Garde zurückzuführen. Auch schon 1813 sei die Garde hauptsächlich zum Renommieren dagewesen. Die feudalen Regimenter hätten besonders in den letzten 25 Jahren zugenommen. Soldatenmißhandlungen kämen bei der Garde oft vor, würden aber lässiger bestraft als bei anderen Regimentern. Die Garde solle hauptsächlich dem Kampfe gegen den inneren Feind dienen, sie sei eine ständige Bedrohung der Verfassung.

Von den bürgerlichen Rednern hielt der Konservative Graefe, der Sohn eines wegen seiner wissenschaftlichen Verdienste in den Adelsstand erhobenen Augenarztes, eine herausfordernde Rede für Adel und Garde und gegen die Juden. Der Kriegsminister suchte seine für ihn reichlich peinliche Bemerkung, daß die Annahme der Gardeanträge das Gesetz unannehmbar mache, einzuschränken.

Beiden Rednern trat unser Genosse Schöpflin entgegen. Er verlas aus dem amtlichen Protokoll die Aeußerung des Kriegsministers: „Er sei der

Ansicht, daß die Annahme des sozialdemokratischen Antrages das Gesetz für die Regierung unannehmbar mache." Das heiße nichts anderes als: erst die Garde, dann das Vaterland. Die Garde sei nicht aus monarchischen Gründen notwendig, ebensowenig wie das sonstige Heer der Monarchie wegen da sei. Die Interessen des Volkes seien die Hauptsache, nicht die der Monarchie. Daß die Mobilmachung bei der Garde erschwert sei, habe der Kriegsminister ebenfalls in der Budgetkommission zugegeben. Genosse Zubeil stellte fest, daß beim Feldzug 1870-71 Offiziere von ihren Regimentern versetzt worden seien, ehe es ins Feld ging, weil sie zu unbeliebt waren.

Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt, ebenso ein ähnlicher Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei. Angenommen wurden Resolutionen der Budgetkommission, in denen der Reichskanzler ersucht wurde,

1. der Entwickelung in der Armee, die in wachsendem Maße zu Regimentern mit ausschließlich oder überwiegend adeligen Offizierkorps geführt hat, entgegenzuwirken,
2. dahin zu wirken, daß ein ständiger Austausch zwischen den Offizierkorps der Grenzregimenter sowie den unter ungünstigen Lebensbedingungen stehenden Garnisonen und den in großen Städten oder unter bevorzugten örtlichen Verhältnissen garnisonierenden Truppenteilen stattfindet,
3. dahin zu wirken, daß keinerlei Privilegierung einzelner bestimmter Truppenkörper nach Garnisonsort, Avancement und Aushebung stattfindet.

d) Die Freiheit der politischen und religiösen Gesinnung.

(165. Sitzung vom 19. Juni 1913.)

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion,

den Angehörigen der Armee wird die Freiheit der politischen und religiösen Gesinnung und ihrer außerdienstlichen Betätigung gewährleistet;
die Bekundung oder Betätigung der politischen oder religiösen Gesinnung unterliegt nicht der militärischen Disziplin

und ein weiterer Antrag

den Zivil- und Militärbehörden ist die Auskunfterteilung über die politische Gesinnung oder Betätigung der Dienstpflichtigen untersagt,

wurde vom Genossen Heine begründet. Der Antrag wolle nicht, daß in der Armee oder gar während des Dienstes politisiert werde, es solle im Gegenteil dem heutigen Mißbrauch der Armee zu politischen Zwecken ein Ende gemacht werden. Der Reichstag habe schon öfter gegen die Drangsalierung von Offizieren des Beurlaubtenstandes und von Offizieren a. D., die oppositionellen Parteien angehören, Protest erhoben. Redner erinnert an die Fälle Gaedke, Czerny, Kaufmann, Liliencron. Wenn Sozialdemokraten keine guten Soldaten sein könnten, so solle man sie überhaupt nicht einstellen. Das würde nebenbei ein gutes Mittel sein, um der Sozialdemokratie viele neue Mitglieder zuzuführen. Aber die Sozialdemokratie lehnt es ab, aus solchen Gründen von der Wehrpflicht befreit zu werden. Sie lege Wert auf das Recht des Staatsbürgers, seine Freiheit in der Stunde der Gefahr selbst zu verteidigen. Aber die Wehrpflicht dürfe niemals die politische Pflicht beeinträchtigen, für das Beste des Volkes seiner innersten Ueberzeugung gemäß einzutreten. Was Reichskanzler und Kriegsminister als Geist der Armee ausgeben, sei der Geist einer Prätorianergarde. Wirkliche Disziplin werde nicht erzeugt, wenn die Wehrpflichtigen in ihrer Ueberzeugung und Ehre vergewaltigt würden, sondern nur, wenn sie mit Bewußtsein für ihre heiligsten Güter kämpfen. Dazu gehöre auch die politische und religiöse Ueberzeugung.

Als zweiter Redner unserer Fraktion sprach Genosse Vogtherr, der besonders die Freiheit der religiösen Betätigung begründete. Er zeigte, wie Soldaten, die einer oben nicht genehmen oder überhaupt keiner Religionsgemeinschaft angehören, mancherlei Schikanen im Heere ausgesetzt sind. In Oesterreich sei es anders, dort würde jedem Soldaten und Offizier volle Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleistet. Die uneingeschränkte Freiheit der politischen Betätigung für den Soldaten sei keine neue und auch keine sozialdemokratische Forderung. Selbst in Deutschland sei dem Soldaten bis 1848 vollkommen freie politische Betätigung möglich gewesen, bis 1867 besaßen die Soldaten noch das aktive und passive Wahlrecht. Wenn man heute den Soldaten das Wahlrecht vorenthalte, so sei dies ein Schlag gegen das allgemeine Wahlrecht.

Genosse Giebel sprach als unser dritter Redner. Er erörterte besonders das Kapitel der Auskundschaftung der Zugehörigkeit von Soldaten zu politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Die Polizei leiste hierbei bereitwillig Hilfe. Wenn ein Arbeiter einmal Streikposten gestanden habe, genüge das, um ihn für die Militärbehörde als Sozialdemokraten zu kennzeichnen. Die Instruktionsstunden würden zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Lehren benutzt, wobei ein schöner Unsinn herauskomme. Die Beseitigung des Wahlrechts der Soldaten hätten die Nationalliberalen 1874 veranlaßt.

Die sozialdemokratischen Anträge wurden natürlich abgelehnt, Resolutionen lagen zu dieser Frage nicht vor.

e) Der Militärboykott.

(165. Sitzung vom 19. Juni 1913.)

Unser Antrag lautete:

Die militärische Sperre (das Militärverbot) darf gegen Gewerbetreibende oder Angehörige anderer Berufe wegen Zugehörigkeit zu einer Partei- oder Religionsgemeinschaft oder wegen Hergabe von Räumen zu Veranstaltungen einer Partei, eines Vereins oder einer Gewerkschaft nicht verhängt werden.

Den Betreffenden steht gegen jede an dem Erlaß oder der Durchführung des Militärverbots beteiligte Behörde oder Person Klage auf Unterlassung und Schadenersatz bei den ordentlichen Gerichten zu.

Genosse Frank begründete den Antrag. Zwar schade uns der Militärboykott nicht, die Warnungen der Kaserne vor den Lokalen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften bewirkten eher das Gegenteil, sobald die Soldaten entlassen seien. Auch die sozialdemokratische Bewegung werde durch die Vorenthaltung von Sälen nicht mehr in ihrem Fortgang gehindert, da sie längst Gegenmittel gegen diese Beeinträchtigung gefunden habe. Aber der Militärboykott sei immer mehr zu einem Mittel der Schikanierung des gewerblichen Mittelstandes geworden. Außerdem verletze der Militärboykott die Verfassung. Er bedeute die reine Militärdiktatur und passe deshalb nicht in ein Land der allgemeinen Wehrpflicht und des allgemeinen Wahlrechts. Mit der Aufrechterhaltung der Disziplin habe der Militärboykott nichts zu tun; in den wenigen Städten, in denen es einen Militärboykott nicht gebe, sei die Disziplin nicht schlechter als anderswo. Nicht nur Wirte, sondern Angehörige aller Berufsarten, selbst Rechtsanwälte und Aerzte, würden boykottiert. Der Redner führte zum Beweise seiner Behauptungen eine Anzahl charakteristischer Fälle an. In Sachsen gelte eine mildere Praxis, aber auch sie sei noch schlimm genug.

Vom Kriegsministerium stammelte der Generalleutnant Wandel einige Ausflüchte, gab aber auf die bestimmten Fragen Franks keine bestimmten Antworten. Er zitierte eine Eingabe eines Gastwirteverbandes, der sich angeblich mit den Boykottgrundsätzen des Kriegsministeriums einverstanden erklärt hätte.

Ihm traten die Genossen Peirotes und Frank entgegen. Peirotes schilderte eingehend die Zustände in Straßburg und Colmar, Frank stellte fest, daß das Kriegsministerium nicht nur keine klare Antwort gegeben, sondern auch kein Wort der Entschuldigung für die skandalösen Zustände gefunden habe. Auch die bürgerlichen Parteien hätten versagt. Die Fortschrittler hätten zwar den Boykott kritisiert, aber an der Form unseres Antrages Anstoß genommen. Die Nationalliberalen und das Zentrum hätten überhaupt kein Wort des Protestes gefunden. Das sei besonders bezeichnend für das Zentrum, das stets mit Empörung gegen die Verfolgung einiger Jesuiten loslege, in diesem Falle aber, wo es sich um zahlreiche Gewerbetreibende handele, keinen Finger rühre.

Die Abstimmung war auf unseren Antrag eine namentliche. Sie erfolgte erst am nächsten Tage. Genosse Frank wollte vor der Abstimmung noch eine Depesche verlesen, in der eine Reihe von Gastwirtsverbänden gegen die Aeußerung des Generalleutnants Wandel protestierten; aber durch konservativen Einspruch wurde die Verlesung nach einer hitzigen Geschäftsordnungsdebatte verhindert. Für unseren Antrag stimmten außer unserer Fraktion die Polen und Elsässer, ferner einige Freisinnige, ein Nationalliberaler und ein Zentrumsmitglied, insgesamt 127 Abgeordnete, dagegen stimmten 201 Abgeordnete. Mit großer Mehrheit wurde eine Resolution der Kommission angenommen:

> Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß seitens der Militärverwaltung Soldaten der Besuch einer Räumlichkeit nicht verboten werden darf, weil der Inhaber eine bestimmte politische Ueberzeugung hat oder Angehörigen einer politischen Partei seine Räume zur Verfügung stellt, es sei denn in der Zeit, in der politische Versammlungen in dem Anwesen abgehalten werden.

f) Die Beförderung in der Armee.

(165. und 166. Sitzung vom 19. und 20. Juni 1913.)

Unser Antrag hatte folgenden Wortlaut:

> Die Beförderung innerhalb der Armee darf nur von der persönlichen Tüchtigkeit abhängig gemacht werden. Auf die gesellschaftliche Stellung oder die Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft oder politischen Partei darf keine Rücksicht genommen werden.

Genosse Bernstein wies in der Begründung darauf hin, daß auch dieser Antrag nicht sozialdemokratischen Ursprunges sei, sondern schon ein ehrwürdiges Alter habe. Man könne nicht vom Volk in Waffen sprechen, solange der wirkliche Mann aus dem Volke nicht höher als bis zum Feldwebel steigen könne. Auch religiöse Vorurteile hindern die Beförderung nach der Tüchtigkeit. Wir aber verlangten gleiches Recht für alle, namentlich auch für diejenigen, die den Mut hätten, frei zu bekennen, daß sie keiner Religionsgemeinschaft angehören. Dem konservativ-antisemitischen Graefe hielt Redner eine Aeußerung Eugen Dührings entgegen, worin der Vater Graefes als Judenmischling und Begünstiger der Juden angegriffen wurde.

Auf eine wüste judenfeindliche Rede eines der wenigen Antisemiten im Reichstage antwortete Genosse Schöpflin mit einigen kräftigen Sätzen. Er wußte auch die Depesche des Gastwirtsverbandes zur Verlesung zu bringen, die eine Stunde vorher Genosse Frank wegen konservativen Einspruches nicht hatte vorlesen können. Unser Antrag wurde abgelehnt; eine Resolution lag nicht vor.

g) Soldaten als Polizeigehilfen und Streikbrecher.

(166. Sitzung vom 20. Juni 1913.)

Unser Antrag lautete:

> Die zum Militärdienst eingezogenen Mannschaften dürfen nicht verwendet werden:
>
> 1. zu polizeilichen Zwecken im wirtschaftlichen oder politischen Kampf;
> 2. als Ersatz für streikende oder ausgesperrte Arbeiter.

Genosse Liebknecht, der den Antrag begründete, ging von der Kaiserrede aus, in der seinerzeit den Soldaten gesagt worden war, „bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben" müßten sie auf Befehl auch die „eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederschießen". Zwar streite der Kriegsminister immer ab, daß das Militär auch in die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe eingreife. Aber die Tatsachen redeten eine andere Sprache. Redner führte einige Beispiele, besonders die Vorgänge im Ruhrgebiet 1889 und 1912 als Beweise an. Bei großen politischen Demonstrationen der Arbeiter werde das Militär in den Kasernen bereitgehalten. Nach dem bekannten Bissingschen Korpsbefehl sollten im Ernstfalle alle sozialdemokratischen Führer, selbst die Reichstagsabgeordneten, trotz ihrer Immunität verhaftet werden. Den Kampf gegen den inneren Feind betrachte der Militarismus als eine seiner wichtigsten Aufgaben. Ernst Moritz Arndt habe vor 100 Jahren in seinem Soldatenkatechismus andere Grundsätze gepredigt.

Der Kriegsminister bestritt abermals, daß das Heer hauptsächlich für den Kampf gegen den inneren Feind bereitgehalten werde, verwies aber im gleichen Atemzuge auf die „eindringliche Sprache der blitzenden Bajonette" und schloß mit der Versicherung, daß das Heer nötigenfalls auch „im Frieden" seine Schuldigkeit tun werde. Genosse Sachse trat seiner Behauptung entgegen, daß das Erscheinen von Soldaten bei wirtschaftlichen Kämpfen zur Beruhigung beitrage, im Gegenteil führe das gerade zu Krawallen und Verwicklungen. Sachse wandte sich ferner gegen die Verwendung von Soldaten als Streikbrecher.

Unser Antrag wurde abgelehnt; eine Resolution lag nicht vor.

h) Aenderungen des Militärstrafrechts.

(166. und 167. Sitzung vom 20. und 21. Juni 1913.)

Zur Abänderung des Militärstrafgesetzbuches beschränkte sich die Fraktion, indem sie sich einen Antrag auf völlige Reform des heutigen Militärstrafrechts für später vorbehielt, auf die vier dringlichsten Punkte:

a) Zulassung von mildernden Umständen in den Fällen, in denen sie heute versagt werden.
b) Aufhebung des strengen Arrests.
c) Aufhebung der Strafbestimmungen über verspätete oder unrichtige Beschwerdeeinlegung.
d) Zulassung des Notwehrrechts für Untergebene.

Genosse Stadthagen begründete die Anträge. Sie hätten den Zweck, die Soldaten vor Mißhandlungen zu bewahren und sie in ihrem Recht zu schützen. Alle vier Punkte seien auf Grund jahrzehntelanger Erfahrungen und Erörterungen im Reichstage spruchreif und könnten sofort durch Aufnahme in die Wehrvorlage verwirklicht werden. Stadthagen wies die Notwendigkeit der gewünschten Aenderungen durch eine Reihe von Beispielen und an der Hand richterlicher Erkenntnisse, aus denen die ganze Grausamkeit des heutigen Militärrechts hervorging, nach. Auch den bekannten Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen führte er zur Bekräftigung seiner Ausführungen an.

Die bürgerlichen Parteien erklärten sich gegen unsere Anträge, teils aus sachlicher Gegnerschaft, teils wegen der Form der Anträge. Sie stellten unseren Anträgen eine Resolution gegenüber. Von unserer Fraktion sprachen noch die Genossen Kunert und Peus. Genosse Kunert wies dem nationalliberalen Redner, dem Straßburger Rechtslehrer van Calker, aus seinen früheren Schriften nach, daß er einst für ein bedingtes Notwehrrecht der Soldaten eingetreten sei, für das heute noch zahlreiche, selbst konservative Rechtslehrer seien. Im übrigen umschließe der § 2 des Militärstrafrechts in Verbindung mit den §§ 53 und 54 des Reichsstrafgesetzbuches schon jetzt das uneingeschränkte Notwehrrecht, und zwar das militärische Notwehrrecht. Unsere Anträge seien eigentlich selbstverständlich, wir wollten angesichts der neuen drückenden Lasten den Soldaten einige kleine Erleichterungen verschaffen und ihre Menschenwürde besser als bisher schützen.

Genosse Peus trat den bürgerlichen Rednern entgegen, die die sozialdemokratische Kritik maßlos genannt hatten. Wenn die Mißhandlungen in der Armee zurückgegangen seien, so sei das in erster Linie das Verdienst der sozialdemokratischen Kritik. Dadurch erst sei der Heeresverwaltung das Gewissen geschärft worden. Der strenge Arrest sei eine barbarische Strafe, die dadurch für den Soldaten um so entwürdigender werde, als sie über Vorgesetzte nicht verhängt werde. Alle notwendigen Militärrechtsreformen durch ein Gesetz zu regeln, sei zwar der beste Weg. Aber darauf könne man noch zwei bis drei Jahrzehnte warten. Darum müsse man die dringendsten Reformen durch Annahme unserer Anträge sofort herbeiführen.

Unsere Anträge wurden abgelehnt. Angenommen wurde die folgende Resolution der Budgetkommission:

> Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, baldtunlichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das Militärstrafgesetzbuch im Sinne moderner Rechtsanschauungen reformiert und namentlich eine Herabsetzung des Strafmaßes, insbesondere Einführung von Strafmilderungsgründen vorgesehen werde.

i) Turnunterricht und Wehrpflicht.

(167. Sitzung vom 21. Juni 1913.)

Von der Fortschrittlichen Volkspartei, die sonst alle sozialdemokratischen Anträge aus angeblicher grundsätzlicher Gegnerschaft gegen das Hineinarbeiten von Militärreformen in die Wehrvorlage durch Anträge bekämpfte, wurde selbst der folgende Antrag eingebracht:

> Die Verbündeten Regierungen sorgen dafür, daß die männliche Jugend im schulpflichtigen Alter Turnunterricht erhält.
>
> Der Bundesrat erläßt die nötigen Vorschriften über diesen vorbereitenden Turnunterricht und über die Veranstaltung von Vorturnerkursen.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragte dazu die Ergänzung:

> Alle landesrechtlichen Vorschriften, durch welche die Erteilung des Turnunterrichts von der politischen oder religiösen Gesinnung des Lehrers oder der Schüler abhängig gemacht wird, werden aufgehoben.
>
> Aufgehoben werden ferner alle landesgesetzlichen Vorschriften, durch welche Gemeinden beschränkt werden in der Ueberlassung der Turnhallen an Vereine, die Turnunterricht erteilen oder Turnübungen abhalten.

Von unserer Seite nahm Genosse Heine das Wort, um gestützt auf reiches Tatsachenmaterial die unerhörten Schikanen und Verfolgungen zu besprechen, denen die Arbeiterturnvereine ausgesetzt sind. Man berufe sich dabei auf eine alte Kabinettsorder aus dem Jahre 1834, worin die Erlaubnis zur Erteilung von Unterricht von der politischen Zuverlässigkeit desjenigen, der den Unterricht geben will, abhängig gemacht wird. Diese Order richtete sich damals gegen die turnerischen Bestrebungen, die heute in der deutschen Turnerschaft gepflegt werden. Heute wird die reaktionäre Verfügung aber nicht mehr gegen die bürgerlichen Turnvereine, sondern nur noch gegen die Arbeiterturnvereine angewandt. Man spreche Sozialdemokraten die sittliche Tüchtigkeit zur Erteilung von Unterricht ab; man entziehe ihnen die Turnhallen, man maßregele die Gastwirte; man verhänge Geldstrafen gegen Turnleiter, Eltern und Kinder; man vergewaltige die Logik, um die Arbeiterturnvereine zu politischen Einrichtungen zu stempeln. Um so schlimmer sei diese Verfolgungssucht, als der Jungdeutschlandbund, der ganz offenbar politische Zwecke verfolge, nicht nur unbehelligt gelassen werde, sondern sich weitherzigster Begönnerung durch die Behörden erfreue.

Der Lizentiat Mumm benutzte diese Gelegenheit, um seinem christlichen Hasse gegen die moderne Arbeiterbewegung und besonders gegen die proletarische Jugendbewegung Ausdruck zu geben. Ihm traten die Genossen Stadthagen, Liebknecht und Sachse entgegen. Stadthagen erörterte außerdem die rechtliche Seite der Turnfrage auf Grund zweier sich widersprechender Erkenntnisse des Reichsgerichts. Liebknecht ging auf die Maßregelungen der proletarischen Jugendbewegung ein und stellte ihnen die Begünstigungen des Jungdeutschlandbundes gegenüber. Genosse Sachse wies nach, daß sich auch die gelben Jugendvereine direkt und bewußt parteipolitisch betätigen, während man den freien Gewerkschaften künstlich politische Tendenzen unterstellt, um ihnen die Fürsorge für die jugendlichen Arbeiter unmöglich zu machen.

Der freisinnige Antrag und der dazu gestellte sozialdemokratische Abänderungsantrag wurden abgelehnt, dagegen wurde die folgende Resolution angenommen:

> Der Reichstag wolle beschließen:
> den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Verbündeten Regierungen sich über einheitliche Vorschriften über diesen Turnunterricht für die männliche Jugend im schulpflichtigen Alter einigen.

k) Der Ergänzungsetat.

(168. Sitzung vom 24. Juni 1913.)

Zum Ergänzungsetat nahm Genosse Büchner das Wort, um für die Arbeiter in den Staatsbetrieben bessere Verhältnisse zu fordern. Die in der Heeresverwaltung neugeschaffene Fabrikabteilung möge beachten, daß nicht militärischer Geist in den Militärwerkstätten die Hauptsache sei, sondern sozialpolitisches Verständnis und soziale Fürsorge. Das Lohnklassen- und Ueberstundensystem in den Staatsbetrieben müsse beseitigt werden, die Löhne der ungelernten Arbeiter müßten aufgebessert werden, die Zahl der Unfälle müßte vermindert werden, eine neue Arbeitsordnung sei notwendig, dem Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten dürften keine Schwierigkeiten gemacht werden.

Genosse Zubeil erhob Einspruch gegen die Konkurrenz, die den zivilen Musikern durch die Militärkapellen entsteht, und die durch die neugeforderten Kapellen noch verstärkt werde. Die Militärmusiker könnten billiger arbeiten, weil sie aus den Mitteln der Gesamtheit Wohnung, Kleidung, zum Teil auch Beköstigung erhielten und mancherlei sonstige Ausgaben nicht zu machen brauchten. Unser Antrag, wonach den Militärmusikern verboten werden sollte, gegen Entgelt zu spielen, wurde abgelehnt.

Genosse Albrecht wandte sich gegen die Mehreinstellung von Oekonomiehandwerkern. Das ganze System müßte längst beseitigt sein. Der Reichstag hätte sich auch schon öfter in diesem Sinne ausgesprochen, und das Kriegsministerium habe Beschleunigung des Ueberganges der Bekleidungs-

ämter vom Betrieb mit Oekonomiehandwerkern zum Betrieb mit Zivilarbeitern zugesagt. Neuerdings scheine aber der Kriegsminister wieder anderer Meinung geworden zu sein, er scheine die Mehrkosten zu scheuen, die die Umwandlung zweifellos verursache. Aber das sei eine falsche Ersparnispolitik.

3. Die Einzelberatung der Deckungsvorlagen.

(169. bis 178. Sitzung vom 25. bis 30. Juni 1913.)

Die Deckungsvorlagen kamen so spät aus der Kommission an das Plenum, daß für ihre ruhige, eingehende Beratung keine Stimmung mehr vorhanden war. Die bürgerlichen Kompromißparteien, Fortschrittliche Volkspartei, die Nationalliberalen und das Zentrum, waren sich einig geworden, so daß die öffentlichen Verhandlungen fast nur noch dekorative Bedeutung hatten. Die sozialdemokratische Fraktion dämpfte allerdings den Eifer der bürgerlichen Parteien, schnell nach Hause zu kommen, indem sie bei allen wichtigen Fragen mit ihrer Kritik und mit Anträgen einsetzte. Dennoch wurden die neuen Gesetze in knapp fünf Sitzungstagen, von denen einige noch durch andere parlamentarische Aufgaben zum Teil in Anspruch genommen wurden, in zweiter und dritter Lesung erledigt.

Unserer Fraktion stehen nur recht bescheidene geschäftsordnungsmäßige Mittel zur Verfügung, um solchen parlamentarischen Eilmärschen die notwendigen Schwierigkeiten zu bereiten.

a) Der einmalige außerordentliche Wehrbeitrag.

(169. und 170. Sitzung vom 25. und 26. Juni 1913.)

Genosse David ging als erster Redner davon aus, daß der Wehrbeitrag durch die Kommissionsberatungen zwar besser geworden sei, als er nach der Regierungsvorlage aussah. Aber nach wie vor verurteilten wir den besonderen Zweckgedanken des Gesetzes, unsere prinzipielle Ablehnung der Rüstungsverstärkung bleibe unerschüttert. Durch die neue Rüstung und die ungeheuren Kosten, die sie verschlinge, wäre die Sicherheit des Vaterlandes nicht erhöht worden, sondern die allgemeine Unsicherheit werde nur vermehrt werden. Aber nachdem wir die Wehrvorlage nicht verhindern konnten, werde es jetzt unsere Absicht sein, die Deckungsvorlagen in einer Weise zu verabschieden, daß die wirtschaftlich Schwächeren geschont werden. Die Regierungsvorlage wollte schon die Vermögen von 10 000 Mk. heranziehen, unbeschadet, ob der Betreffende ein großes Einkommen hat. Sie wollte dagegen Leute mit Einkommen bis 50 000 Mk., also mit Summen, die doch schon ein beträchtliches Vermögen darstellen, freilassen. Und endlich sollte der Prozentsatz an Steuern allgemein ½ Proz. betragen. Die sozialdemokratische Fraktion hat demgegenüber daran gearbeitet, daß der Steuersatz gestaffelt wurde, daß auch das Einkommen von 5000 Mk. an zur Steuerzahlung herangezogen wird, und daß auch diese Einkommensteuer gestaffelt wird. Leider sind aber die in der ersten Lesung der Kommissionsberatung beschlossenen Steuersätze und Staffelungen in der zweiten Lesung wieder verschlechtert worden, weil die Besitzenden, die durch die Steuer erfaßt wurden, ein großes Geschrei erhoben. Man habe von Vermögenskonfiskation gesprochen. Wenn aber den Arbeitern durch die indirekten Steuern insgesamt jährlich an 20 bis 30 Proz. ihres Einkommens genommen werde, so rede man nicht von Konfiskation. Wenn wirklich der Vermögensertrag der Reichen mit 20 bis 30 Proz. Wehrsteuer belegt werde, so verteile sich die Summe auf drei Jahre, mache also für das einzelne Jahr nur den dritten Teil aus. Dadurch werde der Wehrbeitrag erfreulicherweise für die nächsten drei Jahre beiläufig auch zu einer direkten Reichseinkommen- und Vermögenssteuer. Er

werde sich ferner als ein Lehrbeitrag für die reichen Leute erweisen, so daß sie bei neuen Rüstungsforderungen vorsichtiger mit ihrem Beifall werden dürften. Das Gesicht, das die Vorlage habe, verdanke sie in den Hauptzügen der Tatsache der 4¼ Millionen sozialdemokratischer Wähler und der 110 Abgeordneten. Daran könne nicht gerüttelt werden, wenn man auch die sozialdemokratische Fraktion bei den Kompromißverhandlungen formell ausgeschaltet habe.

Außer unserem Redner sprach zum § 1, der die Grundlage für eine Generaldebatte bildete, neben dem Staatssekretär des Reichsschatzamts nur noch ein Freikonservativer. Die großen bürgerlichen Parteien schwiegen. Sie waren sich einig geworden und wollten schnell nach Hause.

Bei der besonderen Beratung beantragte unsere Fraktion, daß Schmucksachen im Werte von mehr als 1000 Mk. von der sonst für Möbel und andere bewegliche körperliche Gegenstände vorgesehenen Steuerfreiheit ausgenommen werden sollten. Genosse David wies darauf hin, daß die Vermögenswerte der Schmucksachen, Edelsteine und Perlen reicher Leute oft bis in die Hunderttausende gingen. Es läge kein Grund vor, sie der Besteuerung zu entziehen, werde doch schon ein Betriebskapital unter Umständen mit 30 000 Mk. herangezogen. 1813 seien Schmucksachen auf dem Altar des Vaterlandes niedergelegt worden. Es sei ein schöner Opfersinn, wenn man sie heute sogar der Besteuerung vorenthalten wollte.

Kein bürgerlicher Redner nahm das Wort, unser Antrag wurde einfach niedergestimmt.

Ein weiterer Antrag unserer Fraktion, die „tote Hand" (Kirchen, Religionsgemeinschaften, Stiftungen, Orden und Anstalten) mit demjenigen Teil des Vermögens heranzuziehen, der nicht ausschließlich der Armen-, Waisen-, Kranken-, Krüppel-, Arbeitslosen- und Obdachlosenfürsorge diene, wurde vom Genossen Wurm begründet. Das Vermögen der Kirche sei außerordentlich groß, selbst in der Beschränkung, in der es durch die Statistik erfaßt werden könne. In den zehn Jahren 1898 bis 1908 sind in Preußen den Kirchen allein 181 Millionen an Schenkungen zugeflossen, und zwar nur von solchen, von denen jede einzelne über 3000 Mk. betrug. In einzelnen Fällen werde auch heute schon vor den Vermögen der Kirche nicht Halt gemacht, so erhebe das Erbschaftssteuergesetz des Reiches schon 5 Proz. von Schenkungen und Erbschaften an die Kirche. Da die Wohlfahrtspflege der Kirche nach unserem Antrage ausgenommen werden solle, könne der Antrag unbedenklich angenommen werden.

Nur ein Nationalliberaler gab eine kurze Erklärung ab, in der er vergeblich versuchte, die ablehnende Haltung seiner Partei zu rechtfertigen. Dann wurde unser Antrag niedergestimmt.

Bei der Steuerpflicht der Aktiengesellschaften hatte die Budgetkommission den Regierungsentwurf zugunsten der großen Aktiengesellschaften und auf Kosten der Kleinen verschlechtert. Genosse Südekum begründete unseren Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage, die alle Aktiengesellschaften gleichmäßig treffen wollte. Unser Antrag wurde abgelehnt.

Die Staffelung der Steuersätze war von der Budgetkommission in der zweiten Lesung gegen ihre eigenen Beschlüsse in der ersten Lesung verschlechtert worden. Sie hatte zuerst beschlossen, daß ein Einkommen von 5000 Mark mit 30 000 Mk. Vermögen und ein Einkommen von 3000 Mk. mit 50 000 Mark Vermögen die Grenze der Steuerfreiheit bilden sollte. In der zweiten Lesung wurden die Sätze verändert auf 2000 zu 50 000 und auf 4000 zu 80 000 Mark. Genosse Emmel widersprach dieser stärkeren Heranziehung der kleineren Einkommen, die nur den Zweck habe, die Staffelung für die großen

Vermögen und Einkommen herabzusetzen. Auch die Genossen David und Wurm traten der geplanten Verschlechterung entgegen. Wurm wies nach, daß nach der ersten Lesung die Einkommen über 50 000 Mk. einer Steuer bis zu 14 Proz. unterliegen sollten, während sie jetzt als Ergebnis der Kompromißverhandlungen nur bis zu 8 Proz. herangezogen werden sollten. Die treibende Kraft, die die Verschlechterung der Beschlüsse herbeigeführt habe, sei die Großfinanz gewesen, die sich vor größeren Abgaben auf Kosten der kleineren Kapitalien drücken wolle. Die sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt.

Eine längere Debatte entfesselte die Frage, ob zur Feststellung des Vermögens bei land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken auch der gemeine Wert oder ob in diesem Falle ausnahmsweise der Ertragswert zugrunde zu legen sei. Unsere Fraktion verlangte durch den Genossen Emmel, daß die Berechnung auch in diesem Falle nach dem gemeinen Wert zu erfolgen habe, weil der Ertragswert und die Methoden seiner Feststellung lediglich auf eine Begünstigung der Grund- und Bodenbesitzer hinausliefen. Der Antrag der Konservativen, bei der Berechnung des Ertragswertes nur das Zwanzigfache statt des Fünfundzwanzigfachen, wie es die Kommission verlange, in Ansatz zu bringen, bedeute noch eine außergewöhnliche Bevorzugung des Agrariertums. Genosse Ulrich trat der Behauptung entgegen, daß sich in Hessen die Berechnung nach dem gemeinen Wert nicht bewährt habe. Eine neuerliche teilweise Abkehr von diesem Modus sei nur auf den verstärkten Einfluß der Agrarier in der hessischen Kammer zurückzuführen. Man würde in Hessen bedauern, wenn an Stelle des gemeinen Wertes der Ertragswert gesetzt werden würde. Unser Antrag wurde abgelehnt.

Ein letzter sozialdemokratischer Antrag zum Wehrbeitrag wollte etwaige Mehreinnahmen des Wehrbeitrages einem Fonds zufügen, der nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes zur Fürsorge für Veteranen, Arbeitslose, zum Säuglings- und Mutterschutz, zur Bekämpfung von Volkskrankheiten und für ähnliche Zwecke dienen sollte. Genosse Hofrichter begründete diesen Antrag. Bei richtiger Deklaration des Vermögens und Einkommens werde der Wehrbeitrag die vom Reichsschatzamt berechnete Summe erheblich übersteigen. Die Budgetkommission wolle, daß solche Ueberschüsse zunächst zur Deckung der fortlaufenden Ausgaben und zur Kürzung des letzten Drittels des Wehrbeitrages verwandt werden. Der sozialdemokratische Antrag wolle solche Ueberschüsse statt dessen für wichtige Kulturaufgaben, besonders für die Förderung der Volksgesundheit verwenden, für die sonst angeblich nie Geld vorhanden sei. Einer der üblichen hochfahrenden Reden des Konservativen Westarp trat Genosse David entgegen; er wies zugleich darauf hin, daß die von uns vorgeschlagene Verwendung der Ueberschüsse durchaus in innerem Zusammenhange mit der Wehrhaftigkeit stehe. Unser Antrag wurde abgelehnt.

b) Die Aenderung des Reichsstempelgesetzes.

(170. Sitzung vom 26. Juni 1913.)

Genosse David begründete einen Antrag, wonach für jedes Feststellungsverfahren eine Registriergebühr von 20 Pf. pro 1000 Mk. erhoben werden solle. Durch diese Steuer werde dem Reiche eine jährliche Einnahme von ungefähr 40 Millionen Mark zugeführt. Dafür könne dann das Versprechen der Regierung endlich eingelöst werden, die Zuckersteuer aufzuheben.

c) Das Besitzsteuergesetz und die Aenderungen im Finanzwesen.

(171. Sitzung vom 27. Juni 1913.)

Eine Art Generaldebatte entspann sich über den Antrag der Konservativen, der die Wiederherstellung der von der Budgetkommission gestrichenen §§ 1 und 2 und damit die Einführung veredelter Matrikularbeiträge an Stelle direkter Reichssteuern verlangte.

Genosse Südekum stellte es demgegenüber als einen Fortschritt hin, daß durch die Ablehnung der §§ 1 und 2 und durch die Verneinung der veredelten Matrikularbeiträge endlich die Bahn zu einer wirklich direkten Besitzbesteuerung im Reiche frei sei. Allerdings sei die im Gesetze gefundene Lösung vorläufig noch völlig unbefriedigend. Unsere Forderung direkter Reichseinkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern seien durch die Vorlage nur in sehr mangelhafter Form erfüllt worden. Daß die Besteuerung des Kindeserbes einen integrierenden Bestandteil des Gesetzes bilde, sei allerdings ein Vorteil; zu danken sei er der Tatsache der 4¼ Millionen sozialdemokratischer Wähler. Die Lösung durch die Zuwachsbesteuerung sei auch ungenügend. Aber die sozialdemokratische Fraktion könne mit Recht feststellen, daß alles Unsoziale und Schlechte in dem Gesetze nicht der Sozialdemokratie zur Last falle. Dagegen käme alles, was an der neuen Steuergesetzgebung grundsätzlich gut sei, auf ihr Konto.

Die Konservativen lehnten durch den Grafen Schwerin feierlich jede Verantwortung für das Gesetz, das so ganz gegen ihre Wünsche zustande gekommen sei, ab. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts gab demgegenüber zu verstehen, daß er sich mit der Verantwortung, die die Kompromißparteien zu übernehmen bereit seien, begnüge; für die Vorlage seien wohl soziale, aber nicht sozialistische Zwecke entscheidend gewesen. Der Redner der Fortschrittlichen Volkspartei sah einen Wendepunkt der Finanz- und Steuerpolitik des Deutschen Reiches in dem Gesetz; während bisher die Herren auf der Rechten dieser Politik ihren Stempel aufgedrückt hätten, fingen jetzt die Herren auf der Linken damit an, ihren Stempel aufzudrücken. Ein freikonservativer Redner stöhnte schmerzerfüllt: „In Wirklichkeit ist die Sozialdemokratie die Siegerin, die Siegerin auf der ganzen Linie."

Von unserer Seite antwortete Genosse Südekum. Er sprach nochmals ausdrücklich aus, daß der Grundgedanke der Besitzbesteuerung allerdings von der Sozialdemokratie ausgehe, die mangelhafte Durchführung des Gedankens in dem vorliegenden Gesetze, die auch wir bedauern, liege daran, daß wir Sozialdemokraten ihn nicht allein durchführen konnten. Der Frontwechsel der Steuerpolitik des Deutschen Reiches im Vergleich zu der Steuerpolitik von 1909 sei die Folge der Wahlen von 1912.

In namentlicher Abstimmung wurde der konservative Antrag mit 272 gegen 91 Stimmen abgelehnt; damit war die direkte Besteuerung durch das Reich beschlossen.

Bei der Einzelberatung entstand zunächst eine längere Debatte darüber, daß die so lange versprochene Aufhebung der Zuckersteuer abermals hinausgeschoben werden solle. Genosse Wurm wies darauf hin, daß die Zuckersteuer, die früher 20 Pf. pro Kilogramm betrug und heute noch 14 Pf. beträgt, wie alle indirekten Steuern in erster Linie die ärmere Bevölkerung treffe. Eine Arbeiterfamilie zahle jährlich etwa 10 Mk. Zuckersteuer. Es liege aber im gesundheitlichen Interesse des Volkes, daß der Zucker verbilligt werde. Durch Aufhebung der Zuckersteuer würde der Inlandsmarkt in größerem Maße gewonnen und dadurch die Zuckerindustrie gehoben. Dreimal sei bereits gesetzlich festgelegt worden, daß zu einem bestimmten Termin die Zuckersteuer aufgehoben werden solle; zuerst zu 1907, dann zu 1909, dann zu 1914. Jetzt wolle die Regierung, ohne irgendwelche Versprechungen zu geben, von ihrer Verpflichtung für 1914 befreit werden. Darauf lasse sich die sozialdemokratische Fraktion nicht ein. Der sozialdemokratische Antrag, wonach die Zuckersteuer von 1914 an ermäßigt werden solle, wurde abgelehnt.

Gegen die Erhöhung des Reichskriegsschatzes wandte sich Genosse Molkenbuhr. Die geplante Maßnahme sei eine direkte Schädigung unseres ganzen Wirtschaftslebens. Wenn wir unsere an und für sich solide Währungspolitik aufrechterhalten wollten, dürften Einbrüche in diese Politik, wie sie durch die §§ 4 und 5 geplant seien, nicht zugelassen werden.

Eine längere und politisch interessante Debatte entspann sich über den Antrag der Konservativen, der das Kindeserbe aus der Vermögenszuwachssteuer heraus haben wollte. Genosse David nannte die Besteuerung des Kindeserbes einen der empfindlichsten Punkte für die Herren auf der Rechten. Sie schienen angesichts der geplanten Gesetzesbestimmungen sogar schon wehmütig und reuevoll auf das Gesetz von 1909, das sie dem Reichskanzler Bülow aus der Hand geschlagen hätten, zurückzuschauen. Auch der Gedanke der Besteuerung des Kindeserbes sei sozialdemokratischen Ursprunges. 1906 sei zum erstenmal als Erfolg unserer Erbschaftsanträge ein Erbschaftssteuergesetz beschlossen worden. Allerdings habe jenes Gesetz das Kindeserbe nicht enthalten. 1909 habe die Regierung selbst den 1906 noch abgelehnten sozialdemokratischen Antrag als Regierungsgesetzentwurf eingebracht. Die Rechte hätte ihn aber abgelehnt. Nunmehr aber sei die Entwickelung so weit vorwärtsgeschritten, daß der sozialdemokratische Gedanke von einer großen Mehrheit verwirklicht werde. Noch andere unserer Anträge aus den Jahren 1906 und 1909 kämen heute zur Anerkennung. Das sei auch die Folge der rücksichtslosen Steuerpolitik, die die Mehrheitsparteien der Reichstagswahlen von 1907 getrieben hätten. Die Wähler hätten die Rechte auf die Knie gezwungen. Diese sozialdemokratischen Forderungen hätten sich ferner Anerkennung und Durchsetzung erzwungen, weil sie der Sache nach gerecht und notwendig sind.

Der konservative Antrag auf Auslassung des Kindeserbes wurde in namentlicher Abstimmung mit 207 gegen 150 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt.

Nach den Beschlüssen der Budgetkommission soll das erst im Februar 1911 beschlossene Wertzuwachssteuergesetz wieder beseitigt werden. Genosse Haase führte aus, daß die sozialdemokratische Fraktion dem Gesetz seinerzeit die Zustimmung versagt habe, obwohl sie den gesunden Grundgedanken dieses Gesetzes anerkenne. Wenn jetzt diesem Gesetze von hinten herum das Genick abgedreht werden solle, wenn es der Landesgesetzgebung, ja sogar den Ortsstatuten der einzelnen Gemeinden überlassen sein solle, dieses Reichsgesetz außer Kraft zu setzen, so könne die Sozialdemokratie einer solchen Gesetzmacherei keinen Geschmack abgewinnen. Dadurch, daß der Reichsanteil der Wertzuwachssteuer außer Hebung gesetzt werde, werde Unruhe und Verwirrung in das Finanzgebaren unserer Gemeinden gebracht. Wir haben jetzt wie 1911 den Wunsch, daß den Gemeinden der Wertzuwachs durch ein Reichsgesetz gewährleistet werde, und daß nicht durch die Wirtschaft in den einzelnen Gemeinden auf Grund des Hausbesitzerprivilegs dieser gesunde Gedanke vernichtet werde. Es handele sich bei dem Vorgehen der Budgetkommission um eine ganz krasse Begünstigung des Spekulantentums.

Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt, und damit das Wertzuwachssteuergesetz seines eigentlichen Rückgrats beraubt.

Unsern Antrag auf Steuerpflicht der Fürsten begründete Genosse Haase. Bei der ersten Lesung des Gesetzes sei vom Zentrum, der nationalliberalen Partei, von der Volkspartei und von den Konservativen zugegeben worden, daß die Steuerpflicht der Fürsten auch im Rahmen dieses Gesetzes bestehe. Es könnte deshalb eigentlich vielleicht auf den formellen Antrag verzichtet werden. Aber besser sei es doch, ausdrücklich auch den Fürsten zu sagen, welche Behörden sie zu veranlagen hätten.

Nach einer kurzen Diskussion wurde der sozialdemokratische Antrag: „Der Bundesrat bestimmt die für die Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer der Bundesfürsten zuständigen Behörden" angenommen.

V. Die Stellung der Fraktion zu den Abstimmungen.

Nachdem die Wehr- und Deckungsvorlagen in zweiter Lesung vom Plenum erledigt worden waren, stand die Fraktion vor der Frage, wie sie sich bei den entscheidenden Abstimmungen in der dritten Lesung verhalten sollte. Die Fraktion war sich in Anbetracht der ganzen politischen Situation der Wichtigkeit dieser Entscheidung voll bewußt; sie hat in zwei Sitzungen, von denen die eine über sechs Stunden gedauert hat, die Stellung der Fraktion und die Bedeutung der Abstimmung über die einzelnen Deckungsvorlagen in eingehenden, gründlichen und bei aller Leidenschaftlichkeit doch sachlichen Debatten untersucht.

Die Abstimmung der Fraktion über die eigentliche Wehrvorlage stand selbstverständlich von vornherein fest. Sowie die Fraktion die neuen Militärforderungen von Anfang an durch alle Stadien der parlamentarischen Beratung hindurch im ganzen und in allen Einzelheiten auf das nachdrücklichste bekämpft hatte, so war es auch für sie bei der endgültigen Schlußabstimmung ein einfaches Gebot der Selbstverständlichkeit, gegen die ebenso unnötige wie gefährliche Wehrvorlage zu stimmen. Die sozialdemokratische Fraktion verneint damit nicht die Notwendigkeit der Wehrhaftigkeit des Volkes, die gerade sie erst mit allen Mitteln herbeizuführen bestrebt ist, sondern sie lehnt damit lediglich das heutige stehende Heer als das Instrument des kapitalistischen Klassenstaates ab.

Nicht so einfach war dagegen die Frage zu beantworten, wie sich die Fraktion bei der Abstimmung über die Deckungsvorlagen verhalten sollte. Daß sie gegen das Gesetz über die Aenderungen im Finanzwesen und gegen die Aenderung des Reichsstempelgesetzes zu stimmen hatte, darüber war von vornherein nur eine Meinung in der Fraktion. Die Meinungsverschiedenheiten erhoben sich bei der Frage der Abstimmung über den Wehrbeitrag und über das Besitzsteuergesetz. Es wurden hierbei verschiedene Ansichten geltend gemacht.

Eine Gruppe der Fraktion vertrat die Ansicht, daß die Fraktion für den Wehrbeitrag und für das Besitzsteuergesetz stimmen müsse. Der Wehrbeitrag sei in seinem innersten Wesen eine auf drei Jahre beschlossene direkte Reichseinkommen- und Vermögenssteuer, also die — wenn auch nicht genügende — Erfüllung einer sozialdemokratischen Forderung. Aehnlich sei es mit dem Besitzsteuergesetz. Zwar sei der Weg der Vermögenszuwachssteuer ebenfalls mangelhaft, aber trotz aller Verschleierungen und trotz vieler Unzulänglichkeiten enthalte auch das Besitzsteuergesetz ganz unverkennbar die Anfänge zur direkten Reichseinkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer. In unserem Programm forderten wir aber gerade diese Steuern. Dagegen stehe nicht im Programm, daß der Verwendungszweck der Steuern für ihre Annahme oder Ablehnung entscheidend sein müsse. Man würde es deshalb im Lande nicht verstehen, daß die sozialdemokratische Fraktion direkte Reichssteuern abgelehnt habe, als sie zum ersten Male in der Lage gewesen sei, sie mit ihren Stimmen durchzusetzen. Dadurch werde auch unsere Agitation sehr erschwert werden, denn bei der Bekämpfung neuer indirekter Steuern hätten wir bisher stets die Einführung direkter Steuern verlangt. Es zwinge uns ferner die unmittelbare Situation im Reichstage zur Annahme der Gesetze. Wenn auch der Wehrbeitrag vielleicht trotz unserer Stimmen angenommen werden würde, so sei dies doch zweifelhaft bei dem Besitzsteuergesetz. Wahr-

scheinlich stimmten die Konservativen, die Polen und verschiedene Zentrumsmitglieder gegen die Besitzsteuern, so daß sie dann abgelehnt werden würden. Dann seien zwei Möglichkeiten gegeben: entweder Auflösung des Reichstages oder Vertagung der Steuerfrage bis zum Herbst. Gewiß würde jeder an sich gern zu Reichstagsneuwahlen ins Feld ziehen. Aber unsere Kampfesbedingungen würden dann doch sehr ungünstig sein. Man könne uns mit Recht entgegenhalten, daß gerade wir direkte Reichssteuern zu Fall gebracht hätten, während wir sonst immer direkte Steuern gefordert hätten. Wahrscheinlich werde die Fraktion auch einen nennenswerten Mandatsverlust erleiden, was angesichts der bevorstehenden Revision des Zolltarifs von besonderem Nachteil für die deutsche Arbeiterklasse sein würde, während den Zollwucherparteien eine geschwächte sozialdemokratische Fraktion gerade recht sein könnte. Erfolge aber keine Auflösung, so würde die Regierung im Herbst neue Steuervorlagen einbringen. Da dann aber nicht mehr die Pression der Wehrvorlage hinter der Regierung und den bürgerlichen Parteien stehe, so sei nicht daran zu denken, daß dann wieder direkte Steuern wie dieses Mal vorgeschlagen werden würden. Wir würden also neue indirekte Steuern verhindern, wenn wir jetzt den direkten zustimmten. Der Verwendungszweck könne nicht in Frage kommen. Wenn die Steuervorlagen zur Abstimmung kämen, sei die Entscheidung über die Wehrvorlage schon gefallen. Wir könnten also die Gesetzwerdung der neuen militärischen Forderungen durch eine Ablehnung der Deckungsvorlagen nicht verhindern. Nachdem aber die Wehrvorlage in dritter Lesung und damit endgültig angenommen worden sei, trotz unseres Kampfes und gegen unsere Stimmen, müsse es unser Bestreben sein, die Steuerlast für die Deckung der neuen Militärvorlage von den Schultern der Arbeiter fernzuhalten. Das sei nur möglich durch Zustimmung zum Wehrbeitrag und zum Besitzsteuergesetz. Die deutsche Sozialdemokratie verstoße damit nicht gegen die internationale Solidarität, sondern sie erfülle damit gerade die Aufforderung des gemeinsamen Manifestes der sozialdemokratischen Fraktionen der französischen Deputiertenkammer und des Deutschen Reichstages vom 1. März 1913, wonach die finanziellen Lasten auf die Schultern der Wohlhabenden zu legen seien, falls die Bekämpfung der Wehrvorlagen erfolglos sein sollte.

Von der Gegenseite wurde demgegenüber verlangt, daß die Fraktion gegen beide Gesetze stimmen solle. Diese Genossen bildeten in der Begründung ihrer Forderung zwei Gruppen. Die eine Gruppe erkannte an, daß wir für Besitzsteuern stimmen können, wenn die Militärvorlage ohne Rücksicht auf die später zur Deckung der Ausgaben zu beschließende besondere Art der Steuern bereits angenommen worden ist, die Zustimmung zu einer bestimmten Steuer in keiner Weise den bürgerlichen Parteien die Annahme der Militärvorlage erleichtern kann, und daher für uns nur die Entscheidung über eine mehr oder weniger ungünstige Steuer in Betracht kommt. In dem vorliegenden Falle aber haben sich die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei trotz des entgegengesetzten Beschlusses des Reichstages dennoch mit dem Zentrum dahin verständigt, daß die entscheidende Abstimmung über die Militärvorlage, also die Gesamtabstimmung in der dritten Lesung erst stattfindet, nachdem zwischen ihnen eine Verständigung auch über die Steuern erreicht worden ist. So sei es auch gekommen; und die zwischen diesen Parteien vereinbarten Besitzsteuern seien die Voraussetzung dafür, daß auch das Zentrum für die Militärvorlage stimmen, die Mehrheit für die Vorlage gesichert werde. Für uns müsse aber der Kampf gegen die Militärvorlage entscheidend sein. Wir müssen in diesem Zusammenhange der Dinge gegen die Besitzsteuern stimmen, um nicht mitzuhelfen, die Voraussetzung für die Annahme der Militärvorlage zu schaffen. Die zweite Gruppe berief sich auf den alten

Grundsatz der Partei: diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Der Verwendungszweck sei die Hauptsache. Wenn auch die Wehrvorlage formell vor den Deckungsvorlagen zur Abstimmung gelange, so sei der innere Zusammenhang der Wehr- und Deckungsvorlagen doch nicht zu leugnen. Wir würden deshalb die Mittel für die Durchführung der neuen Militärvorlagen bewilligen, wenn wir für die beiden Gesetze stimmten. Gerade eine solche Abstimmung werde im Lande nicht verstanden werden. Unsere bisherige Stellung gegen den Militarismus sei den Massen vertraut und werde von ihnen gebilligt, wie unsere ständigen Wahlerfolge zeigten. Die neue Taktik aber werde Verwirrung schaffen. Die Programmforderung der direkten Steuern sei nicht so aufzufassen, daß wir dem Klassenstaat in jedem Falle ohne jede Rücksicht auf den Verwendungszweck solche Steuern zu bewilligen hätten. Wir dürften sie nur bewilligen, wenn dadurch indirekte Steuern beseitigt würden. Solcher Fall liege aber nicht vor, es würden im Gegenteil die von der Regierung vorgeschlagenen indirekten Steuern auch dann bewilligt werden, wenn wir dagegen stimmten. Die Haltung der bürgerlichen Parteien könne für uns nicht entscheidend sein. Sie ließen sich von Augenblickserfolgen beeinflussen, für uns dagegen seien unsere Grundsätze und die Wirkung unserer Haltung auf die Massen und auf die zukünftige Entwickelung maßgebend. Aus diesem Grunde brauche uns auch eine etwaige Reichstagsauflösung nicht zu schrecken. Die Wähler würden es verstehen, wenn wir auch diesmal wieder keinen Mann und keinen Groschen bewilligt hätten. Sollten wir wirklich Mandate verlieren, so würden wir doch sicherlich keine Stimmen einbüßen. Bei der Agitation würde uns die Tatsache von Nutzen sein, daß wir durch unsere Stärke die Regierung gezwungen hätten, die vorliegenden Steuergesetze einzubringen, und man würde unserer Auffassung zustimmen, daß wir durch eine weitere Verstärkung unserer Position nicht nur die Einführung neuer indirekter Steuern verhindern, sondern bessere Steuergesetze als die jetzigen erzwingen könnten. Das gemeinsame Manifest vom 1. März verpflichte uns nicht für die neuen Steuergesetze zu stimmen, es verlange nur entschiedenen Kampf für Besitzsteuern. Wenn wir für die beiden Vorlagen stimmten, würde das zu heftigen Erörterungen in der Partei führen. Das Wohl der Partei müsse für uns aber wichtiger sein, als die scheinbar geschickte Ausnutzung einer parlamentarischen Konstellation.

Eine dritte Gruppe schloß sich im wesentlichen diesen Argumenten an. Dagegen wollte sie nicht Ablehnung der beiden Gesetze, sondern höchstens Ablehnung des Wehrbeitrages, sonst aber Stimmenthaltung. Die sozialdemokratische Fraktion habe im Interesse des arbeitenden Volkes verhindert, daß neue indirekte Steuern beschlossen werden würden; weiter gehe ihr Interesse an den Deckungsvorlagen nicht, sie müsse es den Parteien, die die Wehrvorlagen beschlossen hätten, überlassen, die Deckung zu beschließen. Sollte aber bei der entscheidenden Abstimmung die bürgerliche Mehrheit für das Besitzsteuergesetz in Gefahr geraten, so könne die Fraktion dann immer noch einspringen und verhindern, daß das Besitzsteuergesetz abgelehnt würde und an dessen Stelle im Herbst indirekte Steuern vorgelegt würden.

Die Fraktion schloß sich mit 52 gegen 37 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen den Argumenten der ersten Gruppe an. Als am nächsten Tage von einem Teile der Fraktion eine nochmalige Erörterung der Frage und nötigenfalls auch eine nochmalige Abstimmung verlangt wurde, lehnte die Mehrheit der Fraktion diese Anregung nach einer lebhaften Debatte ab und bekräftigte dadurch noch einmal ihre Abstimmung vom Tage zuvor.

Einmütig war die Fraktion der Ansicht, daß die unterlegene Minderheit sich dem Mehrheitsvotum zu fügen habe, daß also nicht ein Teil der Fraktion

anders stimmen oder auch nur der Abstimmung fernbleiben dürfe. Einmütig wurde ferner beschlossen, unsere Abstimmung durch eine vorbereitete Erklärung zu motivieren. Die Abfassung dieser Erklärung wurde einer Kommission, der Mitglieder aller drei Gruppen angehörten, übertragen. (Den Wortlaut der Erklärung siehe Seite 174.)

VI. Die dritte Lesung der Vorlagen.

(172. und 173. Sitzung vom 28. und 30. Juni 1913.)

1. Die Generaldiskussion.

Die dritte Lesung der Wehrvorlage erhielt dadurch ein besonderes Gepräge, daß am Morgen des Beratungstages durch den „Vorwärts" die erste Nachricht über das furchtbare Urteil des Erfurter Kriegsgerichts bekannt geworden war und die Entrüstung über solche Grausamkeit unserer Militärrechtspflege im Reichstag einen starken Widerhall fanden.

Genosse Scheidemann faßte als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion noch einmal unsere Ansichten über die Wehrvorlage zusammen. Ueber die Aussichtslosigkeit unseres monatelangen Kampfes seien wir uns zwar nicht im unklaren gewesen, aber wir hätten trotzdem im Interesse und zur Aufklärung derer, die draußen stehen, unermüdlich gekämpft, und wir würden diesen Kampf außerhalb des Hauses fortsetzen. Ein System, das Urteile, wie das des Erfurter Kriegsgerichts möglich mache, müsse auf Leben und Tod bekämpft werden. Die diesmalige Wehrvorlage habe die Parteien wie ein Blitz aus heiterem Himmel getroffen, besonders die Freisinnigen und das Zentrum. Noch Ende Januar habe Erzberger einen Artikel veröffentlicht, in dem er die Möglichkeit einer neuen Wehrvorlage mit größtem Hohne behandelt hätte. Um so lächerlicher sei jetzt die Geschwindigkeit und Gewandtheit, mit der er und andere umgelernt hätten. Die aus der äußeren politischen Lage entnommenen Gründe für die Wehrvorlage hätten sich sämtlich als unhaltbar erwiesen. Scharnhorst, dessen hundertster Geburtstag heute sei, würde schöne Augen machen, wenn er die Militärvorlage zu Gesicht bekäme. Das Volk gehe leer aus. Mit dem Berg Resolutionen sei kein Staat zu machen, die Heeresverwaltung habe einen großen Papierkorb. In der Frage der Deckung sei der sozialdemokratische Einfluß allerdings zur Geltung gekommen. Darin zeige sich die Fortentwickelung der deutschen Politik seit 1909.

In der Diskussion nahm außer einem Freikonservativen nur der Reichskanzler das Wort, um in der von ihm beliebten Weise die Sozialdemokraten zu schulmeistern. Er leistete sich bei dieser Gelegenheit die brüske Herausforderung, daß die Sozialdemokraten nicht kritisierten, um Abhilfe zu schaffen: „Ihnen ist es ja gar nicht darum zu tun, zu bessern". Ihm trat Genosse Scheidemann entgegen. Der Reichskanzler scheine gar nicht zu wissen, wie viele Anträge die Sozialdemokratie schon eingebracht habe, und wie viel sie durch ihre Kritik und durch ihre positive Tätigkeit schon gebessert habe. Der Reichskanzler habe im Namen des Volkes gesprochen. Dazu habe er, der seine Stellung lediglich dem Vertrauen eines einzelnen verdanke, kein Recht. Wir Sozialdemokraten seien die wirklichen Vertreter des Volkes.

2. Das Erfurter Urteil.

Obwohl es in der Regel nicht üblich ist, in der dritten Lesung einer Vorlage noch Anträge einzubringen, entschloß sich unsere Fraktion noch in aller Eile, auf Grund des Erfurter Schreckensurteiles von unseren Anträgen zur Reform der Militärrechtspflege denjenigen erneut einzubringen, der die Zu-

lassung mildernder Umstände für eine Reihe von Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches verlangt.

Genosse Schulz begründete diesen Antrag. Er konnte dem Reichstage ein genaues Bild der Vorgänge, die zu der Erfurter Kriegsgerichtsverhandlung geführt hatten, an der Hand von brieflichen und telephonischen Berichten und nach einem Bericht eines Erfurter Amtsblattes geben. Aus den Tatsachen gehe klar hervor, daß es sich um eine gewöhnliche Wirtshausrauferei gehandelt hatte, die unter normalen Verhältnissen mit einigen Wochen Gefängnis bestraft worden wäre, und bei der nur deshalb auf insgesamt mehrere Jahrzehnte Zuchthaus erkannt worden sei, weil sich der Vorgang zufällig am Tage der Kontrollversammlung abgespielt habe. Unser Redner betonte, daß die bürgerlichen Parteien hier den Beweis liefern könnten, daß es ihnen mit dem Bessern unhaltbarer Zustände von heute ebenso ernst sei wie den Sozialdemokraten.

Auf einige Ausflüchte des Kriegsministers antworteten die Genossen Frank und Stadthagen. Die Ausrede des Kriegsministers, daß die Akten dieses Falles noch nicht vorlägen, könne man nicht gelten lassen. Es seien zahllose Fälle aktenmäßig bekannt, aus denen die Notwendigkeit der von uns beantragten Reform ebenso klar hervorgehe wie aus dem vorliegenden Falle. Der Reichstag könne noch in dieser letzten Minute diese notwendige Reform beschließen. Man könne der Regierung ruhig überlassen, ob sie daraufhin das Gesetz scheitern lassen wolle.

Die erschütternden Tatsachen des Erfurter Falles und die leidenschaftliche Empörung der sozialdemokratischen Fraktion bei dem Bekanntwerden dieses Falles im Reichstag wirkten so stark auf die bürgerlichen Parteien, daß sie der sozialdemokratischen Anregung, wenn auch mit einigem Wenn und Aber, zustimmten. Man einigte sich, daß man in der nächsten Sitzung über die Angelegenheit weiter beraten und dabei zu einem geeigneten Beschluß gelangen wolle. Eine freiwillige Kommission beriet sofort die Angelegenheit und unterbreitete dem Reichstage nach Zustimmung der Fraktionen ein Notgesetz, durch das das Militärstrafgesetzbuch in folgender Weise abgeändert wird:

1. Als § 110a wird folgende Vorschrift eingestellt:
   Liegt in den Fällen der §§ 100, 106, 107, 110 ein minder schwerer Fall vor und ist die Tat nicht im Felde begangen, so kann die Strafe in den Fällen der §§ 100 Abs. 1 und 106 bis auf 6 Monate Gefängnis, in den Fällen der §§ 100 Abs. 2, 107 und 110 bis auf ein Jahr Gefängnis ermäßigt werden.
2. Im Abs. 2 des § 109 wird das Wort „zwei" durch das Wort „einem" ersetzt.

Dieser Antrag entsprach nicht ganz den sozialdemokratischen Wünschen. Da er aber als Kompromißantrag aller Parteien eingebracht wurde, und der Reichskanzler sich außerdem feierlich vor dem Reichstage verpflichtete, im Bundesrat für ihn einzutreten, erklärten auch wir uns mit ihm einverstanden.

So war in letzter Minute dank der sozialdemokratischen Initiative und Tatbereitschaft eine erhebliche Besserung des Militärstrafgesetzbuches erreicht worden. Der Reichskanzler, der erst zwei Tage zuvor der Sozialdemokratie den ernsthaften Willen zum Bessern abgesprochen hatte, stand bald darauf vor dem Reichstage, um sich zur Durchsetzung eines sozialdemokratischen Besserungsvorschlages im Bundesrate zu verpflichten.

3. Die letzten Abstimmungen.

In der dritten Lesung war von den Nationalliberalen noch ein Antrag auf Bewilligung der gestrichenen drei Kavallerieregimenter

eingebracht worden. Obwohl dieser Antrag in allen vorhergegangenen Stadien der Beratung stets mit großen Mehrheiten abgelehnt worden war, wurde er bei der entscheidenden Abstimmung in der dritten Lesung doch noch angenommen. In der Zwischenzeit war eine genügende Anzahl von Mitgliedern des Zentrums und der Freisinnigen für den Umfall willig gemacht worden.

Bei der Gesamtabstimmung über das ganze Gesetz, betreffend die Friedenspräsenzstärke, die eigentliche Wehrvorlage, nahmen die bürgerlichen Parteien das Gesetz an, die sozialdemokratische Fraktion stimmte dagegen.

Als die Deckungsvorlagen zur Abstimmung standen, gab Genosse Haase die folgende von der sozialdemokratischen Fraktion vorbereitete Erklärung ab:

„Die Mehrheit dieses Hauses hat eine neue, ungeheuerliche und völlig unbegründete Steigerung der Heeresrüstung beschlossen. Wir haben den Nachweis erbracht, daß dies nicht der Weg ist, unser Land vor Kriegsgefahr zu schützen und den Frieden zwischen den Kulturvölkern zu sichern. Nachdrücklich haben wir betont und wiederholen es in dieser Stunde: die fortgesetzten Rüstungstreibereien steigern das Mißtrauen zwischen den Völkern, stören die internationalen Beziehungen und beschwören schließlich trotz aller Friedensversicherungen die Gefahr eines Weltkrieges herauf, entgegen den Interessen und Wünschen des werktätigen Volkes aller Länder.

Zugleich ist der Militarismus als Instrument der Klassenherrschaft auch eine stete Bedrohung der Freiheit im Innern.

Unsere Anträge, die darauf gerichtet waren, schwere Mißstände dieses Systems zu beseitigen und seine Umbildung zur Volkswehr vorzubereiten, sind abgelehnt worden. Die Wehrvorlage ist Gesetz. So stehen wir nun noch vor der Frage: Wer soll die Kosten tragen? Wir haben stets gefordert, daß die Rüstungslasten nicht den Besitzlosen aufgebürdet werden. Damit stehen wir in vollem Einklang mit der internationalen Sozialdemokratie und namentlich mit unseren Parteifreunden in der französischen Deputiertenkammer. Gemeinsam mit ihnen haben wir dies noch am 1. März d. J. in einem Manifest zum Ausdruck gebracht und erklärt: „Wenn trotz unseres entschlossenen Widerstandes den Völkern neue militärische Ausgaben auferlegt werden, so wird die Sozialdemokratie beider Länder mit aller Energie dafür kämpfen, daß die finanziellen Lasten auf die Schultern der Wohlhabenden und Reichen abgewälzt werden." — Von diesem Grundsatz ausgehend, stimmen wir gegen das Gesetz über die Aenderungen im Finanzwesen, obwohl einige Verbesserungen erreicht wurden; denn in ihm wird unter Bruch des wiederholt gesetzlich festgelegten Versprechens die Ermäßigung der Zuckersteuer dem Volke vorenthalten und der Kriegsschatz erhöht, der eine politisch und wirtschaftlich verhängnisvolle Maßregel ist.

Wir stimmen ferner gegen die Aenderung des Reichsstempelgesetzes, weil dadurch der Mittelstand in ungerechter Weise belastet wird.

Die Gesetze über den einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag und über eine Besitzsteuer haben zwar auch viele Mängel, für deren Beseitigung wir vergeblich gekämpft haben, trotzdem bilden sie den Anfang der von uns stets geforderten Reichseinkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Zu unserer Genugtuung wurde der Plan durchkreuzt, den auf rückständigen Wahlgesetzen beruhenden Landtagen der Einzelstaaten die Möglichkeit zu geben, daß die Kosten dieser Rüstungssteigerung wiederum den minderbemittelten Schichten aufgebürdet werden.

Um zu verhindern, daß an ihre Stelle andere, die ärmeren Volksschichten belastende Steuern treten, sind wir bereit, diesen beiden Vorlagen unsere Zustimmung zu geben. Dabei gehen wir von der Ueberzeugung aus, daß die damit eingeleitete schärfere Heranziehung der Besitzenden zu den Rüstungskosten dazu beitragen wird, die Sympathie dieser Kreise für eine Fortsetzung der Rüstungstreibereien abzukühlen und uns dadurch den Kampf gegen den Militarismus zu erleichtern."

Das Gegenstück dazu bildete eine Rede des Konservativen Grafen von Westarp, der erklärte, daß es den Konservativen ihre grundsätzlichen Auffassungen nicht gestatten, für das Vermögenszuwachssteuergesetz zu stimmen. Das Gesetz enthalte eine Vermögens-, eine Einkommens- und eine Erbschaftssteuer und greife damit materiell in das Finanzgebiet der Einzelstaaten ein. In dieser Auffassung seien die Konservativen noch bestärkt durch die Haltung der sozialdemokratischen Partei. „Die Herren Sozialdemokraten haben es deutlich bekundet und werden es heute durch ihre Abstimmung festlegen, daß dieses Gesetz Geist von sozialdemokratischem Geiste ist". —

Bei der Einzelberatung begründete Genosse Ledebour einen Antrag, durch den die Besitzsteuer variabel gemacht und dadurch dem Reichstag das Recht der alljährlichen Festsetzung der Steuerquote gegeben werden sollte. Der Antrag wurde abgelehnt.

Aus der Einzelberatung ist noch eine Debatte zu erwähnen, die sich über den sozialdemokratischen Antrag über die Steuerpflicht der Fürsten erhob. Die Genossen Haase und David begründeten noch einmal die Notwendigkeit dieses bisher von der Mehrheit des Reichstages angenommenen Antrages. Da der Reichskanzler aber angedeutet hatte, daß das Zustandekommen des Gesetzes von der Ablehnung dieses sozialdemokratischen Antrages abhänge, so fiel die bürgerliche Mehrheit um. In namentlicher Abstimmung lehnten 195 Abgeordnete die Steuerpflicht der Fürsten ab, während nur 169 mit Ja stimmten und 8 sich der Stimme enthielten.

Bei den Gesamtabstimmungen wurden der Wehrbeitrag, die Aenderungen im Finanzwesen und die Aenderung des Reichsstempelgesetzes in einfacher Abstimmung angenommen. Ueber das Besitzsteuergesetz wurde namentlich abgestimmt. Mit Ja stimmten 280, mit Nein 63 bei 29 Stimmenenthaltungen und einer ungültigen Stimme. (Der authentische Text der neuen Gesetze ist in Nr. 41, Jahrgang 1913, des Reichsgesetzblattes veröffentlicht.)

Damit war die Wehrvorlage mit samt den Deckungsvorlagen unter Dach und Fach gebracht. Die Abstimmungen vollzogen sich dieses Mal ohne die sonst übliche Hurrabegeisterung der bürgerlichen Parteien. Der Verlauf der Dinge hatte sich in vielen Punkten bis zum Schlusse so sehr von dem sonst üblichen Verlauf unterschieden, daß keiner der bürgerlichen Parteien so recht wohl ums Herz war. Und das hat mit ihren 4¼ Millionen Stimmen die Sozialdemokratie getan!

Schluß.

Zum zweiten Male steht die Reichstagsfraktion seit den Januarwahlen 1912 vor ihrem obersten Richter, dem deutschen Parteitag. Wenn man ihre Tätigkeit nur an der Hand der tatsächlichen Ergebnisse des Sessionsabschnittes bemessen wollte, so könnte sie mit wenig Zuversicht vor den Parteitag treten. Die Tätigkeit des Reichstages war unbedeutend, sofern es sich um sozialpolitische Maßnahmen für die Arbeiterklasse und um die Förderung der politischen Freiheiten handelte; geradezu maßlos verschwenderisch aber war der Reichstag in seinen Leistungen für den Militarismus.

Aber man kann die sozialdemokratische Fraktion mit ihren 110 Stimmen nicht für die Taten einer bürgerlichen Mehrheit von 287 Stimmen verantwortlich machen. Der imperialistische Taumel der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, aufgestachelt durch die kriegerischen Verwickelungen der letzten

Jahre, besonders durch den Balkankrieg, schließt für eine Reihe von Fragen, und zwar gerade für die wichtigsten Fragen des bürgerlichen Parlamentarismus, alle bürgerlichen Parteien zu einer festen Einheit zusammen.

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion kann demgegenüber nur darauf gerichtet sein, wo immer sich eine Gelegenheit bietet, den Widerstreit der bürgerlichen Interessen und ihrer politischen Parteien im Reichstage zugunsten der Arbeiterklasse auszunutzen. Hierzu haben sich auch in dem verflossenen Sessionsabschnitte in den Kommissionsberatungen und im Plenum des Reichstages, besonders auch bei der Wehrvorlage, mannigfache Handhaben geboten, die die Fraktion nach bestem Können benutzt hat. In den Fraktionssitzungen ist über taktische Erwägungen oft und eingehend diskutiert worden. Ob die Entscheidungen, zu denen die Fraktion dabei gekommen ist, immer die richtigen waren, das nachzuprüfen, ist die Aufgabe der Parteigenossen und des Parteitages.

Daneben hat die sozialdemokratische Fraktion die wichtige Aufgabe und die politische Pflicht, von der Tribüne des Reichstages aus an die Oeffentlichkeit, an die Wählerschaft, zu appellieren. Auch dieser Aufgabe hat die Fraktion dieses Mal wie in früheren Jahren gerecht zu werden versucht.

Endlich aber bieten sich bei der Beratung einzelner Gesetzentwürfe und im regelmäßigen Ablauf des parlamentarischen Geschäftsganges zahlreiche Möglichkeiten, für Kulturaufgaben, für einzelne Volksgruppen und für einzelne Personen zu wirken. Inwieweit die Fraktion in dieser Beziehung ihre Schuldigkeit getan hat, geht aus manchen Seiten des vorstehenden Berichts, besonders auch aus den Abschnitten: Interpellationen, Petitionen, Kurze Anfragen hervor.

So wenig der Parlamentarismus überhaupt, am allerwenigsten der durch reaktionäre Fesseln an Händen und Füßen gebundene Deutsche Reichstag imstande ist, die Befreiung des Proletariats herbeizuführen, so sehr kann er bei richtiger Anwendung an diesem Werke mitarbeiten. Dazu gehört in Deutschland freilich in erster Linie eine Befreiung des Parlaments vom Drucke einer übermächtigen Regierungsbureaukratie einerseits und von den hemmenden Schwergewichten andererseits, die mangelnde Initiative, ängstliche Rechnungsträgerei und grundsatzlose Opportunitätspolitik des bürgerlichen Liberalismus für einen tätigen und fortschrittsfreudigen Parlamentarismus bedeuten. Dem Deutschen Reichstage diese Befreiung zu bringen, gehört mit zu den Aufgaben der sozialdemokratischen Fraktion.

Diese Aufgabe so gut wie irgendeine andere kann sie nur leisten, wenn sie in engster Fühlung mit ihren Auftraggebern, mit den organisierten Arbeitern und den Wählermassen, steht. Der verflossene Abschnitt gibt eine Reihe lehrreicher Beispiele dafür, wie die Tatkraft und die unmittelbare Wirkung der Fraktion im Parlamente wächst, so oft das lebendige Interesse der Massen anspornend und fordernd hinter sie tritt.

Die Anteilnahme der Massen an der Tätigkeit der Fraktion und — wo es nötig ist — die Korrektur der Fraktion durch die Genossen ist es, was die Fraktion ihrerseits fordern muß, wenn sie ihre wichtigen Aufgaben im Gesamtorganismus des klassenbewußten Proletariats als dienendes Glied richtig und erfolgreich erfüllen soll.

Anträge.

Tagesordnung des Parteitages.

1. 13., 16. sächsischer Wahlkreis, München I und II, Hamburg II, Weimar, Breslau, Pforzheim: Die staatliche Arbeitslosenfürsorge auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen.

2. Niederbarnim, Berlin I, Halle a. S., Bochum, Crefeld: Der Parteitag möge die Massenstreikfrage behandeln.

3. Berlin IV: Auf die Tagesordnung zu setzen: Der Wahlrechtskampf in Preußen und seine Taktik.

4. Teltow-Beeskow, Köln a. Rh.: Auf die Tagesordnung zu setzen: Massenstreik und Wahlrechtsfrage.

5. Lennep-Remscheid-Mettmann: Auf die Tagesordnung zu setzen: Der Landtagswahlkampf in Preußen und welche Mittel sind in Anwendung zu bringen, um ein Wahlrecht zu erringen, das dem Volkswillen und den demokratischen Grundsätzen entspricht?

Agitation.

6. Magdeburg: Angesichts der immer drohender auftretenden Zeichen der beginnenden Wirtschaftskrise, die eine massenhafte Beschäftigungslosigkeit und infolgedessen unbegrenztes Massenelend zur Folge hat, das durch die der Zollpolitik geschuldete allgemeine Teuerung noch verschlimmert wird; angesichts ferner der empörenden Untätigkeit der Reichs-, Landes- und Kommunalverwaltungen gegen diese die Arbeiterschaft bedrohenden Gefahren möge der Parteitag beschließen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen eine nachhaltige Massenbewegung zugunsten der Einführung der Arbeitslosenversicherung durch das Reich einzuleiten.

7. Halle a. S.: Der Parteitag bestätigt die Parteitagsbeschlüsse von 1905 und 1906 (Jena und Mannheim) zum Problem des politischen Massenstreiks. Der Parteitag empfiehlt dazu dringend die weitere Stärkung und Ausbreitung aller Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen.

Er erwartet neben der Propagierung der Idee des Massenstreiks, daß die Partei in allen ihren Teilen und Instanzen — im Falle des Ernstes und der zwingenden Notwendigkeit einer kommenden politischen Gesamtsituation — alle vorbereitenden und ausführenden Maßnahmen mit den Gewerkschaften und den Genossenschaften ergreifen wird, um eine Generalstreiksaktion zielsicher und erfolgreich zur Förderung höchster Lebensinteressen des Proletariats

durchzusetzen. Der Parteitag rechnet also unbedingt darauf, daß die sozialdemokratische Partei einer solchen historischen Aufgabe und kritischen Situation unter keinen Umständen ausweicht, sondern tatbereit sein wird, alle erforderlichen Konsequenzen daraus zu ziehen.

8. Kottbus-Spremberg: Da die bisherigen Kampfesmittel der Arbeiterklasse zur Erreichung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle öffentlichen Körperschaften allein nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt haben, soll der Parteitag beschließen, die planmäßige Erziehung der Arbeiterklasse zum politischen Massenstreik in die Wege zu leiten.

9. Teltow-Beeskow: Trotz des großen moralischen Erfolges, den die Sozialdemokratie bei den letzten Landtagswahlen erzielt hat, zeigt sich immer deutlicher die Unmöglichkeit, mit den bisher angewandten Kampfesmitteln, insbesondere auf dem rein parlamentarischen Wege, das freie Wahlrecht für Preußen zu erringen. Deshalb mögen der Parteitag und die Organisation beschließen, in eine systematische Propaganda für den politischen Massenstreik einzutreten.

10. Kassel-Melsungen: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Kassel-Melsungen ist angesichts des völlig unbefriedigenden Ausfalls der letzten Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus mehr denn je der Meinung, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts erstrebt werden muß.

Als solche Mittel sind anzusehen: Stärkung unserer Organisationen durch Ausbau, sowie Bildung unserer Mitglieder, Aufklärung der Massen durch Verbreitung von Flugblättern bei besonders wichtigen Anlässen, Veranstaltung von Demonstrationsversammlungen, Straßendemonstrationen, parlamentarischen Aktionen unserer Reichs- und Landtagsfraktionen, selbständig und in Verbindung mit den linksstehenden Parteien, stärkere Beteiligung an den zukünftigen Landtagswahlen, gleichviel, unter welchen Bedingungen diese stattfinden, Bildung eines besonderen preußischen Wahlrechtsfonds.

Die Generalversammlung ist der Meinung, daß alle diese Mittel erneut und viel systematischer als seither zur Anwendung gebracht werden müssen. Da jedoch damit gerechnet werden muß, daß selbst die volle Erschöpfung aller dieser Mittel nicht zur Erringung des gleichen Preußenwahlrechts führt, erscheint es der Generalversammlung zeitgemäß, über die Anwendung schärferer Kampfesmittel zu beraten.

Die Generalversammlung erwartet daher vom Parteitag, daß er beschließt: Der Parteivorstand und die preußische Landeskommission haben gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu erwägen, ob der von den Parteitagen Jena 1905, Mannheim 1906 in die proletarischen Kampfesmittel aufgenommene politische Massenstreik bei der Frage des preußischen Wahlrechtskampfes als letztes Mittel in Anwendung gebracht werden kann.

Inzwischen ist es Pflicht aller Parteigenossen und -genossinnen, mit verdoppelter Energie für den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Organisationen tätig zu sein, da die erfolgreiche Durchführung eines politischen Massenstreiks die denkbar beste politische und wirtschaftliche Organisation des Proletariats zur Voraussetzung hat.

11. Frankfurt a. M., Wirges, Hanau: Der Sozialdemokratische Verein zu Frankfurt a. M. (bzw. die Kreisgeneralversammlungen zu Wirges und Hanau) begrüßen die Stimmung im Lande, die eine Erörterung der Frage der Massenaktionen des Proletariats zur Erringung des allgemeinen

und gleichen Wahlrechts in Preußen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation verlangen. Eine gründliche Behandlung dieser Fragen durch den Parteitag und die Organisationen ist daher dringend geboten.

12. Niederbarnim: Der Parteitag begrüßt das wiedererwachte Interesse weiter Parteikreise für die Frage des Massenstreiks als ein Zeichen der Kampfesstimmung der Massen und ihres richtigen Gefühls für die Tatsache, daß die Sozialdemokratie auf die Dauer mit den parlamentarischen Mitteln allein nicht auskommen kann.

Der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden. Er kann sich nur aus der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Situation ergeben, als Steigerung einer bereits in Fluß befindlichen Massenaktion.

Eine solche Situation ist in Deutschland in naher Zukunft unvermeidlich. Die Versumpfung der preußischen Wahlrechtssache, die Vorstöße des Imperialismus mit der ständigen Kriegsgefahr, der Stillstand der Sozialreform, die immer dringendere Notwendigkeit, das Koalitionsrecht zu verteidigen und es für die Landproletarier und die Arbeiter und Angestellten der Staatsbetriebe zu erobern, endlich das völlige Versagen der bürgerlichen Parteien machen das kräftige Eingreifen der arbeitenden Massen zur gebieterischen Pflicht, soll die Reaktion auf der ganzen Linie nicht triumphieren.

Als Antwort auf die Uebergriffe der Reaktion wie als erste Voraussetzung erfolgreicher Massenaktionen ist gegenwärtig eine offensive, entschlossene Taktik der Partei auf allen Gebieten unbedingt erforderlich, so auch im Reichstag und namentlich im preußischen Wahlrechtskampf.

Nur eine solche scharfe revolutionäre Taktik, die den Schwerpunkt des Kampfes bewußt in die Aktion der Massen verlegt und die vor keiner Konsequenz zurückschreckt, ist geeignet, in den Reihen der Organisierten die Kampfenergie und den Idealismus wachzuhalten, sowie die Unorganisierten in wichtigen Augenblicken mitzureißen und für die gewerkschaftliche und politische Organisation dauernd zu gewinnen.

13. Harburg: Es soll eine Studienkommission eingesetzt werden, die sich mit der Agrarfrage zu beschäftigen hat. Die Ergebnisse sind dem nächsten Parteitage zu unterbreiten.

14. Königsberg i. Pr.: Eine Kommission zum Studium der Agrarfrage einsetzen und sie ermächtigen, auch besoldete Mitarbeiter zur Erledigung ihrer Aufgaben heranzuziehen.

15. 20. sächsischer Wahlkreis: Mehr Wanderlehrer in der Partei für Bildungs- und Unterrichtskurse einzustellen.

16. Spandau: In Anbetracht dessen, daß die herrschende Klasse unter Zuhilfenahme aller ihr zu Gebote stehenden Machtmittel die denkbar größte Anstrengung macht, um die Jugend für ihre reaktionären Zwecke einzufangen, erscheint es notwendig, daß die Partei mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit auf die Aufklärung der weiblichen Jugend richtet. Der Parteitag fordert deshalb den Parteivorstand auf, die Aufklärung der weiblichen Jugend über den künftigen Beruf als Mütter und Erzieherinnen ihrer Kinder im sozialistischen Sinne vorzubereiten.

17. Hannover: Der Parteivorstand wird beauftragt, nach jedesmaligem Schluß einer Reichstagssession die in dieser vorgenommenen gesetzlichen Maßnahmen, soweit sie für die Allgemeinheit von Wichtigkeit sind, in Gestalt leichtverständlicher Agitationsbroschüren herauszugeben, unter Berück-

sichtigung der Stellung unserer Fraktion zu den betreffenden Gesetzen. Die Broschüre wird den Wahlkreisorganisationen zum Zwecke der Verteilung gratis zur Verfügung gestellt.

Der Parteitag beauftragt den Vorstand, eine Broschüre herauszugeben, die den Kampf um die Heeresvorlagen und die Deckungsvorlagen behandelt.

18. Duisburg: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine die Ursachen, den Umfang und die politischen Zwecke der gelben Werkvereinsbewegung darlegende billige Agitationsschrift herauszugeben.

19. Duisburg: Sämtliche in Parteibetrieben anzustellenden sowie für die Partei sonstwie tätigen Personen, wie auch die Abgeordneten usw. haben sich den für sie zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen.

Parlamentarisches.

20. Magdeburg, Breslau: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg (Breslau) erkennt an, daß die Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den Besitzsteuern nicht im Widerspruch zum Parteiprogramm steht, sondern den Beschlüssen der internationalen Kongresse und den Interessen des arbeitenden Volkes entspricht.

21. Kassel-Melsungen: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins von Kassel-Melsungen erklärt:

Der Kampf gegen den kulturfeindlichen Militarismus, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei Beratung der unerhörten Rüstungsvorlagen in der schärfsten Weise geführt hat, darf nicht ruhen, sondern muß von allen Parteigenossen schärfer denn je geführt werden, denn die wahnsinnigen militärischen Rüstungen bedrohen immer mehr den Frieden der Völker, und der Militarismus enthüllt sich mehr denn je als Instrument der kapitalistischen Klassenherrschaft zur Niederhaltung der nach Freiheit und Kultur strebenden Arbeiterschaft.

Es ist Pflicht aller Parteigenossen, immer weitere Schichten der Bevölkerung darüber aufzuklären, daß es allein dem riesenhaften Wachstum der Sozialdemokratie zu danken ist, wenn die enormen Lasten der neuesten Rüstungsvorlage nicht wieder durch Steuern auf den Konsum der Massen gedeckt werden, sondern durch direkte Steuern, die im wesentlichen die Wohlhabenden und Reichen treffen.

Durch erhöhte Werbetätigkeit müssen alle Parteigenossen dazu beitragen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei den nächsten Wahlen noch viel stärker in den Reichstag wiederkehrt.

Nur dann ist damit zu rechnen, daß der Ausbau der unter Mitarbeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion geschaffenen Besitzsteuern zu dauernden durchgreifenden Reichseinkommens-, Reichsvermögens- und Reichserbschaftssteuern erfolgt, die sobald als möglich an Stelle der die ärmeren Volksschichten in der skandalösesten Weise belastenden indirekten Steuern treten müssen.

Die Generalversamlung erkennt an, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch ihre Zustimmung zum Wehrbeitrag und zur Reichsvermögenssteuer, die die Besitzenden belasten, im Interesse des arbeitenden Volkes gehandelt und zur Stärkung des Vertrauens der Massen zur sozialdemokratischen Partei mit Erfolg beigetragen hat.

22. Hessische Landeskonferenz: Der Parteitag stellt sich auf den Boden der von der Reichstagsfraktion zu den Deckungsvorlagen abgegebenen Erklärung und billigt ausdrücklich die Zustimmung der Fraktion zu den beiden Besitzsteuergesetzen.

23. Niederbarnim: Die Generalversammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern aus über die Stellungnahme der Reichstagsfraktion in der Deckungsfrage und erwartet, daß der Parteitag Richtlinien schafft, die in Zukunft eine Stellungnahme gewährleisten, welche mit unseren Grundsätzen in Einklang steht.

24. 13. sächsischer Wahlkreis: Die Versammlung billigt aus programmatischen Gründen die Abstimmung der Reichstagsfraktion für die Steuervorlagen, die zur Deckung der Militärvorlage dienen, nicht; sie erwartet daher vom Parteitag eine dem Parteiprogramm entsprechende klare und entschiedene Anweisung für die Stellung der Reichstagsfraktion bei künftigen Steuervorlagen.

25. Halle a. S.: Der Parteitag bedauert die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem einmaligen Wehrbeitrag sowie zu dem Vermögenszuwachssteuergesetz als einen Verstoß gegen einen fundamentalen sozialdemokratischen Grundsatz, als einen schweren politischen Mißgriff. Er erwartet unbedingt, daß die Anwendung einer besseren Taktik in Zukunft die Fraktion vor ähnlichen Entgleisungen bewahren wird.

26. Niederbarnim, Nürnberg: Die Fraktion wird beauftragt, im Reichstage einen Antrag auf Schaffung einer Reichs-Arbeitslosenversicherung einzubringen.

27. Breslau: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, unverzüglich die Regierung zu veranlassen, Maßnahmen gegen die kapitalistischen Manipulationen zu ergreifen, die Heilmittel (wie neuerdings Mesothorium) für Volkskrankheiten erheblich verteuern.

28. Hamburg I: Die Parteigenossen sehen in dem Fehlen unserer Abgeordneten bei der Abstimmung über den von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage eingebrachten Antrag betreffs Einführung des Proportionalwahlrechts eine schwere Schädigung des parlamentarischen Ansehens der Partei.

Es bleibt den Parteigenossen unverständlich, daß auch bei der notwendig gewordenen zweiten Abstimmung die Genossen in der Fraktion abermals ihre Pflicht nicht erfüllten. Die Parteigenossen des I. Hamburger Wahlkreises verlangen vom Parteitag, daß derselbe die fehlenden Abgeordneten zur Rechenschaft zieht.

29. Hamburg II: In Anbetracht der Beschlußunfähigkeit des Reichstags und der darauf erfolgten Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der Proportionalwahl zum Reichstage verurteilt der Parteitag auf das entschiedenste die Nachlässigkeit derjenigen Abgeordneten, die aus nicht erklärlichen Gründen der Abstimmung ferngeblieben sind.

Gleichzeitig spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß in Zukunft bei allen prinzipiellen Abstimmungen im Reichstage die Fraktion möglichst in ihrer vollen Stärke vertreten sein muß, um dadurch den Interessen ihrer Mandatgeber mehr Rechnung zu tragen.

30. Schwarzburg-Sondershausen: Die Reichstagsfraktion ist verpflichtet, bei wichtigen Abstimmungen im Reichstag und bei Beratung von Anträgen, die von unserer Fraktion gestellt sind, möglichst vollzählig anwesend zu sein.

31. Schwarzburg-Rudolstadt: Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten haben während der Tagung des Reichstags, wenn nicht durch Krankheit verhindert, vollzählig zur Stelle zu sein, damit nicht, wie geschehen, bei sehr wichtigen Abstimmungen durch das Fehlen unserer Vertreter die Vorlage zu Fall kommt.

32. Essen: Der Parteitag möge beschließen: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, einen Antrag auf Aufhebung der Zwangsimpfung im Reichstage einzubringen.

33. München I und II: Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Laufe der nächsten Reichstagssession einen Antrag auf Verbesserung und Ausdehnung des Kinderschutzgesetzes einzubringen.

Es wolle beantragt werden, daß jede Erwerbstätigkeit der Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre, ohne Unterschied, ob diese eigene oder fremde Kinder sind, verboten ist. Es soll unberücksichtigt bleiben, ob die Beschäftigung der Kinder im Gewerbe, in der Heimindustrie oder im Botendienst erfolgt.

Das verbesserte, eventuell das bestehende Gesetz wird auf die in der Land- und Forstwirtschaft, sowie die im Boten- und Gesindedienst beschäftigten Kinder ausgedehnt.

34. Kolmar i. Els.: Der Parteitag spricht seine Freude über das Zustandekommen der Berner Konferenz deutscher und französischer Parlamentarier aus, in der er den ersten Schritt zu einer sympathischen und direkten Verständigungsaktion der europäischen Parlamente erblickt.

Der Parteitag erwartet, daß die äußerst zahlreiche Beteiligung französischer Parlamentarier beider Kammern und aller republikanischen Parteien an der Berner Konferenz von dem deutschen Volke ihrer Bedeutung entsprechend als Beweis für die Friedensliebe und den Willen der Verständigung des französischen Volkes gewürdigt wird. Er hofft deshalb, daß Regierung, Bundesrat und Reichstag Elsaß-Lothringen endlich die von seiner Bevölkerung verlangte volle republikanische Autonomie und staatsrechtliche Gleichberechtigung mit den übrigen Bundesstaaten gewähren und dadurch die im Interesse des Weltfriedens notwendige Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland erleichtern.

35. Hamburg III: Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion aufzufordern, im Reichstag einen Antrag auf Einführung der direkten Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechts einzubringen. Gleichzeitig ist im ganzen Reiche eine lebhafte und intensive Propaganda für diese Programmforderung einzuleiten.

36. Breslau: Die preußische Landtagsfraktion möchte darauf hinwirken, daß der Austritt aus der Landeskirche kostenfrei ist.

37. Berlin VI: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, in den nächsten Tagungen einen Antrag einzubringen, wonach eine Neueinteilung der Wahlkreise nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung vorzunehmen ist.

Organisation.

38. Hamm i. W.: Der Parteitag möge beschließen: Es ist unzulässig, daß in einer zusammenhängenden kleinen Stadt mit weniger als 600 Mitgliedern zwei Filialen bestehen. Wo in solchen Fällen zwei Filialen bestehen, sind diese zu verschmelzen. Ob eine Teilung einer Filiale erforderlich ist, entscheidet unter Hinzuziehung des Kreisvorstandes die Filialversammlung.

39. Beuthen O.-S., Posen: Der Parteitag wolle beschließen: Der vom Parteitag in Mannheim (1906) gutgeheißene Einigungsvertrag mit der P. P. S. wird aufgehoben. Sonderorganisationen innerhalb der Partei sind unzulässig. In sogenannten gemischtsprachigen Gegenden ist die Agitation nach dem Sprachbedürfnis einzurichten und diesem möglichst Rechnung zu tragen.

40. Elberfeld-Barmen: (Abänderungsantrag zum § 27, Absatz 2 des Statuts.) An Stelle der Worte: „Unterläßt es der Angeschuldigte usw." zu setzen: . . . „Unterläßt es eine Partei, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so ernennt der Parteivorstand für diese Partei die Beisitzer."

41. Köln a. Rh.: An den § 27 des Organisationsstatuts ist hinter Absatz 4: „so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen", anzufügen: „In diesem Falle muß das Schiedsgericht gegen alle Angeschuldigten verhandeln, wenn einer der Angeschuldigten Beisitzer ernennt."

42. Breslau: Der Parteitag möge den Beschluß des Nürnberger Parteitages (betreffend Sonderorganisation, Lokalverein) aufheben.

43. Kiel-Ost: Der Parteitag möge beschließen: Die Wahlen zum deutschen Parteitag werden in Urwahlen, die in bestimmten Stunden an einem Sonntage stattzufinden haben, vorgenommen.

44. Breslau-Land, Neumarkt: Der Parteivorstand übernimmt die Kosten des Wahlkreises, die für die Beschickung des deutschen Parteitages durch einen Delegierten entstehen. Zur Beschickung sind nur diejenigen Wahlkreise berechtigt, die mehr als 100 Mitglieder haben.

45. Parteivorstand: Personen, die aus einer dem Internationalen Sozialistischen Bureau angeschlossenen Bruderpartei aus Gründen, die auch in der deutschen sozialdemokratischen Partei zum Ausschluß führen, ausgeschlossen worden sind, können in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ohne Zustimmung der Partei, die den Ausschluß vollzogen hat, die Mitgliedschaft nicht erwerben.

46. Parteivorstand: Hat eine der im Ausschlußverfahren nach §§ 26 und 27 des Organisationsstatuts vorgesehenen Instanzen gegen ein Mitglied der Partei auf Ausschluß aus der Partei erkannt, so ruhen die Rechte und Pflichten dieses Mitgliedes bis zur endgültigen Entscheidung.

Steuerfrage.

1. Leitsätze zur Steuerfrage.

In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Verteilung der Steuerlast eine politische Machtfrage: Die politisch stärkere Klasse legt die Steuern auf die politisch schwächere und vergrößert dadurch noch die im Wesen des Kapitalismus liegende Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Die Sozialdemokratie fordert die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhende Gesellschaft wird gebildet durch die drei großen Klassen:

Die Eigentümer von bloßer Arbeitskraft, die Lohnarbeiter,
Die Eigentümer von Kapital, die Kapitalisten,
Die Eigentümer von Grund und Boden, die Grundbesitzer.

Demgemäß entstammen die Einkommen aus Lohnarbeit, Profit und Grundrente.

Die Erhebungsform der Steuer, ob direkt oder indirekt, ist nicht entscheidend für ihre Wirkung, das heißt für die Frage, wen die Last der Steuer tatsächlich trifft.

Steuern, die der Besteuerte tragen muß, sind direkte; Steuern, welche die Produktionskosten in gleichförmiger Weise so beeinflussen, daß dadurch die Warenpreise erhöht werden, sind indirekte, sie werden vom Besteuerten auf einen Dritten überwälzt.

Ob eine Steuer direkt oder indirekt wirkt, steht daher nicht ein für allemal fest, sondern wechselt je nach den wirtschaftlichen Machtverhältnissen der verschiedenen Bevölkerungsschichten.

Ausschließlich der Mehrwert (Grundrente, Leihzins, Unternehmergewinn) darf besteuert werden.

Der Mehrwert wird unmittelbar getroffen durch Steuern auf Einkommen und Vermögen. Soweit diese nur aus Arbeitslohn stammen, müssen sie steuerfrei bleiben, und zwar weit über das von der heutigen Steuergesetzgebung freigelassene Existenzminimum hinaus.

Die aus Mehrwert stammenden Einkommen und Vermögen sind verhältnismäßig um so höher zu besteuern, je größer sie sind (progressive Besteuerung).

Einkommen aus Vermögen (fundiertes Einkommen) ist höher zu besteuern als nicht fundiertes (Ergänzungssteuer). Besitz, der zum Erwerb des Lebensunterhaltes erforderlich ist, muß steuerfrei bleiben.

Steuern auf Einkommen aus bestimmten Quellen (Lohn, Gehalt, Besoldung, Beruf u. a.), Arbeitsertragssteuern, sind kein Ersatz für eine allgemeine Einkommensteuer, zumal da sie gerade den Mehrwert, den Unternehmergewinn, freilassen und nur ertragreich sind, wenn sie auch das Arbeitseinkommen treffen; das gilt auch für die Wehrsteuer auf Dienstuntaugliche.

Direkt wirkt als Besitzsteuer, trotz indirekter Erhebung, die Kapitalrentensteuer, die die Erträge gewinnbringender Kapitalsanlagen trifft: Leihzins von Schuldverschreibungen, private und öffentliche (Staat und Gemeinde usw.), Dividenden von Aktiengesellschaften (Dividenden- oder Kuponsteuer), Tantiemen (Vergütungen der Aufsichtsratsmitglieder von Aktiengesellschaften).

Diese Steuern können aber nur eine Ergänzung der Einkommen- und Vermögenssteuer sein, zumal sie das immobile Kapital (Grundbesitz) völlig freilassen.

Eine direkte Besitzsteuer ist auch die Vermögenszuwachssteuer, doch muß sie sowohl das mobile als auch das immobile Kapital (Grundbesitz) treffen, progressiv sein und ein Zuwachsminimum, soweit es aus Arbeitseinkommen entstanden ist, freilassen.

Die Vermögens- und Güterübertragung (der Rechtsverkehr) wird durch die Verkehrssteuern getroffen, die ihrer Erhebungsart nach indirekte Steuern sind.

Stets direkt wirkt aber die Erbschaftssteuer, eine unpersönliche Vermögenssteuer, die nicht von der Person des Erblassers, sondern aus der Hinterlassenschaft (also indirekt) erhoben wird.

Als Erbanfallsteuer, bei der der Anteil jedes einzelnen Erben besonders besteuert wird, bleibt ein größerer Teil des Erbes als Erbschaftsminimum steuerfrei. Einträglicher ist die Erbschaftssteuer als Nachlaßsteuer, bei der die Hinterlassenschaft als Ganzes besteuert wird.

Durch die Erbschaftssteuer kann auch die Hinterziehung von Einkommen- und Vermögenssteuern aufgedeckt werden.

Ergänzt wird die Erbschaftssteuer durch die Besteuerung der Schenkungen an Lebende, da sie die Hinterziehung der Erbschaftssteuer verhindert.

Nicht immer überwälzbar ist die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Gebäuden und Bauplätzen, da diese Steuer ungleich die Objekte trifft, je nach der wechselnden Höhe des Gewinns.

Leichter auf Pächter oder Mieter überwälzbar ist dagegen die Grundstücksumsatzsteuer, die gleichmäßig vom Verkaufspreis eines Grundstückes erhoben wird.

Entscheidend sind also die örtlichen Verhältnisse. Mithin muß den örtlichen Verwaltungen (Gemeinden) die Einführung oder Aufhebung dieser Steuern zustehen, allerdings unter der Voraussetzung, daß nicht die Interessen der Hausbesitzer in den Gemeindeverwaltungen maßgebend sind.

Umsatzsteuern auf das mobile Kapital werden in Form von Stempelsteuern erhoben. Sie sind abzulehnen, soweit sie Handel und Verkehr erschweren, störend auf den Arbeitsmarkt wirken oder vom Besteuerten auf Dritte überwälzt werden, die die wirtschaftlich Schwächeren sind, oft sogar sich in Notlage befinden. So sind z. B. abzulehnen die Stempelsteuern auf Kaufverträge, Darlehen, Quittungen, Wechsel, Schecks, Frachturkunden, Fahrkarten. Dagegen können Steuern auf Spekulations- und Gründergewinne zulässig sein.

Sehr wechselnd in ihren Wirkungen, je nach den wirtschaftlichen Machtverhältnissen der verschiedenen Bevölkerungsschichten, sind diejenigen Ertragssteuern, die auf den Ertrag einzelner Arten der Einkommensgewinnung gelegt sind, und zwar die Anknüpfung an die Mittel (Objekte) zur Einkommensgewinnung: Grundbesitz, Gebäude, Leihkapital, Handel und Gewerbe (Objekt- oder Realsteuern). Sie können nur zur Ergänzung der Einkommen- und Vermögenssteuer dienen, niemals diese ersetzen; vielfach kann sie der Besteuerte auf Dritte überwälzen.

Die landwirtschaftliche Grundsteuer wirkt nur dann direkt auf den Besitzer, wenn das Angebot von Bodenprodukten größer ist als die Nachfrage, so daß die Steuer nicht auf den Preis der Produkte geschlagen werden kann.

Dies ist der Fall, seitdem der Weltmarkt die Preise festsetzt, soweit nicht durch Grenzsperren Grundbesitzmonopol erhalten bleibt.

Die Grundsteuer wirkt jetzt als Besteuerung der Grundrente, also direkt auf den Grundbesitzer, der sie nicht abwälzen kann; mithin, da die Grundsteuer die Grundrente vermindert, also auch den Preis des Bodens, bewirkt die Grundsteuer die Uebertragung der Grundrente auf die Gesamtheit.

Umgekehrt: jede Ermäßigung oder Aufhebung der Grundsteuer wirkt als ein Geschenk an die Grundeigentümer.

Die Veranlagung zur Grundsteuer muß nach dem gemeinen Wert (Verkehrswert, Marktwert) erfolgen, nicht nach dem Ertragswert, weil dieser nur in größeren Zwischenräumen festgestellt wird, daher oft weit hinter dem wirklichen Ertrage zurückbleibt.

Solange die Grundsteuer nach dem Ertragswert erhoben wird, bedarf sie der Ergänzung durch die Boden-Wertzuwachssteuer, die aber nicht erst beim Verkauf eines Grundstücks, sondern regelmäßig in bestimmten Zwischenräumen erhoben werden muß. Auch sie wirkt bei landwirtschaftlichen Grundstücken direkt als Besteuerung des Mehrwerts.

Die Gebäudesteuer und die Steuer auf unbebautes Baugrund (Bauplatzsteuer) dagegen wird nicht stets vom Besitzer der Gebäude und Bauplätze getragen, so daß sie direkt als Besitzsteuer wirkt, sondern: Wenn die Nachfrage nach Wohnungen größer ist als das Angebot, kann sie zuletzt auf die Mieter überwälzt werden. Aufhebung der Gebäudesteuer aber wirkt dann doch nur zugunsten der Hausbesitzer.

Die Wohnungssteuer oder Mietssteuer kann auf den Vermieter zurückfallen, wenn das Angebot von Wohnungen größer ist als die Nachfrage. Zu-

meist aber muß sie der Mieter tragen, dem dadurch ein notwendiges Bedürfnis besteuert wird ohne Berücksichtigung seines allgemeinen Einkommens und Vermögens, da gerade die ärmere Bevölkerung verhältnismäßig mehr für Miete zahlen muß, als die wohlhabende, und kinderreiche Familien eine größere Wohnung brauchen als kinderlose.

Deshalb kann der Mietspreis auch nicht zur Grundlage für eine Einkommenbesteuerung dienen.

In gleicher Weise wirkt die Fenster- und Türensteuer, die auch gesundheitliche Nachteile für die Mieter bringt.

Eine direkte Steuer ist die Gewerbesteuer, die den Reinertrag der gewerblichen Tätigkeit erfassen soll, ihn aber, da sie nach äußeren Merkmalen veranlagt wird (Anlage- und Betriebskapital, Umsatz) nicht richtig treffen kann, so daß die Schwächeren meist zu hoch besteuert werden.

Sondergewerbesteuern, durch welche die wirtschaftlich starken Gruppen getroffen werden, wie durch die Wanderlagersteuer, Warenhaussteuer, Warenumsatzsteuer, werden auf die Konsumenten und Lieferanten abgewälzt, während die Besteuerung der wirtschaftlich Schwachen, wie bei der Hausiersteuer und vielfach bei der Konzessionssteuer für Gast- und Schankwirtschaften, diese mit voller Wucht trifft.

Die Aufhebung der Gewerbesteuer ist aber, solange nicht durch genügende Einkommen- und Vermögenssteuer mit Deklarationszwang Ersatz geschaffen ist, oft ein Geschenk an die Gewerbetreibenden, ohne Nutzen für die Konsumenten.

Indirekt nach Erhebungsform und Wirkung sind die Verbrauchsabgaben (Aufwandsteuern), die Steuern auf den Verbrauch von Salz, Bier, Branntwein, Tabak, Zucker u. a. m. Der Produzent läßt sich nicht allein den Betrag dieser Steuern, sondern meist noch einen Aufschlag von dem Verbraucher der Produkte wiedererstatten, da dieser zumeist der wirtschaftlich Schwächere gegenüber dem Produzenten ist.

Damit nicht der Konkurrenzkampf der Produzenten die Ueberwälzung der Steuer auf die Konsumenten aufhebt oder einschränkt, wird oft noch durch die Steuergesetze die Produktion niedriger begrenzt als die Nachfrage (kontingentiert) und gleichzeitig die über die Begrenzung hinaus produzierte Ware, das Ueberkontingent, mit einer höheren Steuer belegt, so daß die Nachfrage auch die höher besteuerte Ware benutzen muß.

Das hat zur Folge, daß die gesamte Ware, auch die niedriger besteuerte, mit dem höheren Steuersatz verkauft wird, mithin der Unterschied zwischen der höheren und niederen Steuer dem Produzenten zugute kommt (Liebesgabe). Die scheinbare Strafsteuer für die Ueberproduktion ist also in Wirklichkeit eine Strafsteuer für die Konsumenten und eine Fürsorgegesetzgebung für die Produzenten, zumal sie gleichzeitig deren Kartellierung begünstigt und dadurch noch weitere Preissteigerungen ermöglicht.

Die Verbrauchsabgaben belasten den Aermeren im Verhältnis zu seinem Einkommen stärker als den Wohlhabenden und Reichen.

Verbrauchsabgaben auf den Luxus der reichen Leute, Luxussteuern, bringen auch bei hohem Steuersatz verhältnismäßig nur geringe Einnahmen, während sie auf die Produktion der Luxuswaren und damit auf die Lage der Hersteller derselben, wie auf den auswärtigen Handel schädigend wirken können.

Wie die Verbrauchsabgaben wirken auch die Zölle auf Nahrungs- und Genußmittel und auf Verbrauchsgegenstände als indirekte Steuern, welche die ärmsten Konsumenten verhältnismäßig am schwersten belasten.

Wie eine indirekte Besteuerung wirken auch Staats- oder Gemeindemonopol, sofern sie auf ihre Waren mehr als den üblichen Gewinn aufschlagen, also in verkappter Form Steuern erheben.

2. Resolution zur Steuerfrage.

46a. Der Parteitag fordert gemäß Punkt 10 des Parteiprogramms:

Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind; Selbsteinschätzungspflicht; Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Ferner erklärt der Parteitag:

Der Bedarf der Bundesstaaten ist durch Zuschläge zu den direkten Reichssteuern zu decken.

Für die Deckung des Bedarfs der Gemeinden ist gemäß den Beschlüssen des Parteitags zu Bremen zu fordern:

Staatliche Zuschüsse für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens, der Armenpflege, des Wegebaues.

Zuschläge zu den staatlichen Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern. Wo derartige staatliche Steuern nicht existieren, soll den Gemeinden das Recht zustehen, besondere kommunale Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern auszubilden.

Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden.

Der Parteitag erklärt weiter:

Für die Bewilligung von Steuern in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden ist aber nicht allein maßgebend die Art der Steuern, sondern auch ihr Verwendungszweck.

Gemäß dem Beschluß von Nürnberg 1908 ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.

In gleicher Weise ist auch jede direkte Steuer, selbst wenn sie allein den Mehrwert trifft, von unseren Genossen abzulehnen, falls der Verwendungszweck den Interessen der Arbeiterklasse widerspricht, es sei denn, daß die Ablehnung der direkten Steuern durch unsere Genossen die Annahme der bekämpften Vorlage nicht hindert und eine für die Arbeiterklasse ungünstigere Besteuerung zur Folge haben würde.

Entsprechend unserer Programmforderung haben unsere Genossen in den Parlamenten stets darauf hingedrängt, daß bestehende indirekte, die Arbeiterklasse belastende Steuern abgeschafft und durch direkte ersetzt werden, ohne Rücksicht darauf, zu welchen Zwecken die Staatseinnahmen verwendet werden.

Demgemäß haben sie auch zu verhüten, daß neue indirekte Steuern auf die Arbeiterklasse gewälzt werden, und wenn dies nur durch Zustimmung zu direkten Steuern zu erreichen ist, haben sie dafür zu stimmen, da dann der Verwendungszweck der direkten Steuern nur noch der Ersatz indirekter Steuern ist.

Emanuel Wurm.

Presse und Literatur.

47. Frankfurt a. M.: Der Parteitag möge durch Annahme einer Resolution dahin wirken, daß in Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Flugblättern die Fremdwörter auf das Mindestmaß beschränkt werden.

48. Lübeck: Der Parteivorstand wird ersucht, dem herauszugebenden Familienblatte eine Modenbeilage anzugliedern.

49. Teltow-Beeskow: Um die Arbeiterfrauen von den heutigen Modenzeitungen, die alle mehr oder weniger gegnerische Politik treiben, unabhängig zu machen, wird der Parteitag beauftragt, einen Kostenanschlag aufstellen zu lassen, aus dem ersichtlich ist, ob die Herausgabe einer den Bedürfnissen des Arbeiterhaushaltes entsprechenden Modenzeitung ermöglicht werden kann.

50. 13. sächsischer Wahlkreis: Der Parteitag wird gebeten, einen endgültigen Beschluß zu fassen über den Antrag vom Jahre 1910, der „Gleichheit" eine praktische Modenzeitung anzugliedern, um dadurch ein neues wirksames Agitationsmittel zu gewinnen und den bürgerlichen Schundblättern auf diesem Gebiete entgegenzuwirken.

51. Teltow-Beeskow: In der „Gleichheit" sind mehr Artikel aufzunehmen, die dem Verständnis der Neueintretenden angepaßt sind. Der Raum dafür ist durch Kürzung der Agitationsberichte zu schaffen.

52. Niederbarnim: Der Parteivorstand wird beauftragt, statistisches Material über Volkswirtschaft (eventuell durch graphische Darstellung und Diagramme) in Broschürenform im Buchhandel permanent erscheinen zu lassen.

53. 13. sächsischer Wahlkreis: Um den Jugendausschüssen, Jugendbeiräten und Jugendhelfern eine ständige Belehrung über ihre Aufgaben zuteil werden zu lassen und um Erfahrungen zu sammeln und einen Meinungsaustausch zu schaffen, ist es nötig, eine besondere Zeitung zu gründen. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend wird mit der baldigen Lösung dieser Aufgabe betraut.

54. 12. sächsischer Wahlkreis: Um den in der proletarischen Jugendbewegung tätigen Parteigenossen und -genossinnen ihre bildende und erzieherische Tätigkeit zu erleichtern, ist ein pädagogisches Zentralblatt für Jugendbeiräte und Jugendhelfer zu schaffen.

55. Kiel-West: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Frage des dringend notwendigen Ausbaues der „Neuen Zeit" einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

56. Magdeburg: Der Parteitag möge darauf hinwirken, daß sogenannte Schwindelinserate in den Inseratenteil des „Wahren Jakob" nicht mehr aufgenommen werden.

57. Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach: Der Parteitag möge beschließen, daß, wie früher, die Kinderbeilage der „Gleichheit" eingebunden und zu einem mäßigen Preise in den Handel gebracht werde.

Maifeier.

Durch Beschluß des Chemnitzer Parteitags wurden folgende Anträge bis zum Jenaer Parteitag zurückgestellt:

Robert Schmidt und Genossen (Antrag 213): Daß die Angestellten der Partei und Gewerkschaften, soweit die letzteren der Partei angeschlossen, den Tagesverdienst vom 1. Mai an den Maifeierfonds abführen.

183 Genossen in Braunschweig, 29 Genossen in Kottbus, 21 Genossen in Dortmund, das Personal der Druckerei „Volksfreund" in Karlsruhe und das technische Personal der „Volksstimme" in Frankfurt a. M., 85 Genossen in Hannover (Antrag 85, Abs. 2): Zwecks Ansammlung eines Fonds zur Unterstützung wegen Feierns des 1. Mai Gemaßregelter ist von jedem eingeschriebenen Mitgliede ein Beitrag zu erheben, und zwar von den männlichen Mitgliedern 1 Mk., von den weiblichen 50 Pf. Dieser Beitrag wird nicht erhoben von den Mitgliedern, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohn erhalten.

Das Personal der Druckerei „Volksfreund" in Karlsruhe (Antrag 179): Zwecks Ansammlung eines Fonds zur Unterstützung wegen Feierns des 1. Mai Gemaßregelter ist von allen in Parteibetrieben, Arbeitergenossenschaften usw. beschäftigten Genossen ein Beitrag zu erheben, der jedoch für männliche Mitglieder nicht unter 1 Mk. und für weibliche Mitglieder nicht unter 50 Pf. betragen soll.

58. Parteivorstand: Dem Beschluß des Leipziger Parteitages vom Jahre 1909, der die Regelung der Maifeier und die Ansammlung eines Maifeierfonds anordnet, fügt der Parteitag in Jena folgende Erklärung hinzu:

Der Parteitag erwartet von den in Bureaus und Redaktionen der Partei und der Gewerkschaften angestellten Parteigenossen, daß sie im Hinblick auf die Opfer, die die Arbeiter im Kampf um die Maifeier bringen, ihren Tagesverdienst am 1. Mai an den Maifeierfonds abliefern."

59. Hamburg III: 1. Alle Genossen und Genossinnen, die am 1. Mai ohne Lohnausfall feiern, haben den Tagelohn abzuführen.

2. Der Parteitag wolle beschließen, daß der Antrag 90 vom Nürnberger Parteitag in seiner alten Fassung wieder aufgenommen wird: Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben.

60. 14. hannoverscher Wahlkreis: Alle Parteigenossen, die den 1. Mai ohne Lohnverlust feiern, sind verpflichtet, einen Beitrag in Höhe des Lohnes oder Gehalts für den Tag an den Maifeierfonds abzuführen, im Weigerungsfalle ist ein Ausschlußverfahren einzuleiten.

61. 4. sächsischer Wahlkreis: Alle Partei- und Gewerkschaftsgenossen, die am 1. Mai feiern, ohne einen Lohnausfall zu erleiden, sind verpflichtet, einen Tagesverdienst für die Maiausgesperrten abzuliefern.

62. Breslau-Land, Neumarkt: Alle die in der Partei, der Arbeiterpresse, den zentralen Gewerkschaften, den Arbeiterorganisationen und -genossenschaften und in den von Arbeitern gebildeten Sportverbänden angestellten Mitglieder unserer Partei sind verpflichtet, den dreihundertsten Teil ihres Jahresverdienstes an den zuständigen Fonds ihres Bezirks abzuliefern. Dieser Fonds darf nur für Maßregelungsunterstützung für die wegen Maifeier entlassenen Mitglieder verwendet werden.

63. Schwarzburg-Sondershausen: Die Angestellten der Parteiorganisation und die Gewerkschaftsangestellten, soweit dieselben Parteigenossen sind, sind verpflichtet, den Tagesverdienst vom 1. Mai abzuliefern.

64. Hanau: Angesichts der Opfer, die die Arbeiter um die Maifeier bringen, beschließt der Parteitag:

Alle Parteigenossen und -genossinnen, die in Vertrauensstellen der einzelnen Zweige der modernen Arbeiterbewegung angestellt sind, haben ihren Tagesverdienst am 1. Mai an den Maifeierfonds abzuliefern.

Ferner wird die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß alle übrigen Parteimitglieder, die in Betrieben der modernen Arbeiterbewegung beschäftigt sind und am 1. Mai unter Fortzahlung ihres Lohnes feiern, ebenfalls den Tagesverdienst am 1. Mai an den Maifeierfonds abführen.

65. Elberfeld-Barmen: Alle Parteigenossen, denen es möglich ist, am 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern und keinen Lohnausfall erleiden, haben den Tagesverdienst an den Maifeierfonds abzuliefern.

66. Hamburg II: Alle in der sozialdemokratischen Partei organisierten Personen, welche in dieser, in den freien Gewerkschaften, in Konsum- oder Produktivgenossenschaften und sonstigen freien Betrieben gegen Lohn oder Gehalt in Stellung sind, haben zum Maifonds einen Tageslohn bzw. einen diesem gleichkommenden Betrag abzuführen. Den vorbezeichneten Genossen gleichgeachtet sind diejenigen Genossen, die ständig oder vorwiegend für genannte Institute gegen Gehalt oder Entschädigung tätig sind, ohne bei diesen in fester Stellung zu stehen.

67. Duisburg: Es ist die Pflicht der Angestellten in Partei und Gewerkschaft, soweit sie Parteimitglieder sind, den auf den Tag der Maifeier entfallenden Gehaltsteil an die Kasse des zuständigen Maifeierfonds abzuführen.

Der Maifeierbeitrag soll den 25. Teil des Monatsgehalts bilden und nur entrichtet werden, wenn die Maifeier auf einen Arbeitstag fällt.

68. Niederbarnim: Dem Vorschlag des Parteiausschusses, betreffend die Abführung des Tagesverdienstes am 1. Mai, nicht zuzustimmen.

Den Antrag 90 des Nürnberger Parteitages wieder anzunehmen.

Der Beschluß des Parteiausschusses zur Maifondsfrage, wonach nur die in Bureaus und Redaktionen der Partei und Gewerkschaften angestellten Parteigenossen den Tagesverdienst dem Maifonds zuführen sollen, ist als verfehlt zu betrachten.

Es ist vielmehr zu erwarten, daß alle Parteigenossen und -genossinnen, welche am 1. Mai unter Fortzahlung ihres Lohnes feiern, entsprechend dem Nürnberger Parteitagsbeschluß diesen Tagesverdienst dem Maifonds zuführen.

69. Teltow-Beeskow: Alle Parteigenossen, welche den 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall haben, sind verpflichtet, den Tagesverdienst an den Maifonds abzuführen.

70. Berlin I: In bezug der Abführung des Tagelohnes der Angestellten für den Tag der Maifeier zum Maifonds ist ein präziserer Parteitagsbeschluß herbeizuführen.

71. Schleswig-Holstein: Als Konsequenz der Arbeitsruhe am 1. Mai betrachtet es der Parteitag als die Pflicht aller Parteigenossen und -genossinnen, die den 1. Mai ohne Lohneinbuße feiern, ihren Tagesverdienst an den zuständigen Bezirksmaifonds abzuführen. Die Abführung des Tageslohnes kann solchen Parteigenossen, die sich in nachweislich bedrängter Lage befinden, auf Antrag erlassen werden.

72. Magdeburg: Der Parteitag möge beschließen, daß künftig am 1. Mai für Referate Entschädigung nicht mehr gezahlt wird. Fahrgeld ist zurückzuerstatten.

73. Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach: Der Parteitag möge dafür eintreten, daß auf dem nächsten internationalen Sozialistenkongreß die Maifeier einheitlich auf den ersten Sonntag im Mai verlegt werde.

74. Berlin III: Der Parteitag möge beschließen, daß der Antrag 90 des Nürnberger Parteitages von 1908 in der Fassung wieder aufgenommen werde, daß die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, Männer sowohl als Frauen, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, verpflichtet sein sollen, an die Partei- oder Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben.

Sonstige Anträge.

75. Hamm i. W.: Der Parteitag soll zum neuen Aerztetarif Stellung nehmen, weil durch denselben die Krankenkassen und die Arbeiterschaft stark belastet werden. Es soll in Zukunft mehr wie bisher darauf hingearbeitet werden, daß die Aerzte und die Medikamente, welche immer teurer werden, von Reich, Staat und Kommune bezahlt werden.

76. Ortsgruppe Nieder- und Ober-Hermersdorf (16. sächsischer Wahlkreis): Der Parteivorstand wird beauftragt, mit den Geschäftsführern der Parteidruckereien einerseits, sowie mit dem Personal andererseits die Gründung eines Hilfsfonds in die Wege zu leiten, um für die in Parteidruckereien beschäftigten technischen sowie Hilfspersonen eine Invaliden- und Arbeiterpensionsberechtigung sowie für deren Witwen und Waisen eine Hinterbliebenenunterstützung einzuführen.

77. Weimar: Der Parteitag betont aufs neue die Notwendigkeit, der Organisierung und geistigen, sittlichen und körperlichen Ausbildung der proletarischen Jugend alle nur denkbare Förderung angedeihen zu lassen.

78. Friedberg-Büdingen: In Erwägung, daß die Parteien, die die Verteuerung der Lebensmittel durch Zölle und indirekte Steuern zum Grundsatz erhoben, diese Stellungnahme damit rechtfertigen, daß sie behaupten, die Löhne der Arbeiter seien derart gestiegen, daß die Verteuerung der Lebenshaltung mehr wie ausgeglichen sei, beantragt der Kreiswahlverein für den Wahlkreis Friedberg-Büdingen: Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, einen oder mehrere Genossen zu bestimmen, welche unter Benutzung des vorhandenen statistischen Materials und event. neu vorzunehmender Erhebungen Feststellungen darüber machen, inwieweit diese Behauptungen richtig sind.

Parteitag 1914.

79. 4. Pfälzischer Reichstagswahlkreis Zweibrücken-Pirmasens: Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitag eine Neuregelung für die Beschickung der Parteitage in Vorschlag zu bringen, wobei auch minderbemittelten Wahlkreisen bei gewisser Höhe des Mitgliederstandes die Möglichkeit einer Vertretung geboten wird.

80. Hamburg I: Der nächste Parteitag ist in Hamburg abzuhalten.

81. Halle a. S.: Im Jahre 1914 ist der Parteitag in Halle abzuhalten.

82. Görlitz: Im Jahre 1914 ist der Parteitag in Görlitz abzuhalten.

83. Würzburg: Der Parteitag ist im Jahre 1914 in Würzburg abzuhalten.

84. Hamburg I: Der Parteitag möge im Jahre 1914 das Thema: „Staat und Kirche" auf die Tagesordnung setzen.

85. 3. pfälz. Kreis: Daß der deutsche Parteitag nicht alljährlich, sondern nur alle zwei Jahre stattzufinden hat.

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlungen gestellte Anträge.

86. Berlin IV: Der Massenstreik ist als besonderer Punkt der Tagesordnung auf dem diesjährigen Parteitag zu behandeln.

87. Berlin IV: Da infolge der großen wirtschaftlichen Krise eine allgemeine große Arbeitslosigkeit besteht und demzufolge die Lebenshaltung des Arbeiters in Verbindung mit der Teuerung eine immer schlechtere wird, beantragen die Genossen des Petersburger Viertels, daß der Parteitag zur Einführung einer Arbeitslosenversicherung im Reiche Stellung nimmt.

88. Berlin IV: Da die bisherigen Kampfmittel der Arbeiterklasse zur Erreichung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle öffentlichen Körperschaften allein nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt haben, soll der Parteitag beschließen, die planmäßige Erziehung der Arbeiterklasse zum Massenstreik in die Wege zu leiten.

89. Berlin IV: Alle Parteigenossen und -genossinnen, welche den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, einen vollen Tagesverdienst abzuführen. Die auf diese Weise eingehenden Beträge sind zur Unterstützung derjenigen zu verwenden, die wegen der Maifeier gemaßregelt worden sind.

90. Berlin IV: Der Parteitag möge beschließen, daß bei Abstimmungen in größeren Körperschaften, die dem Proletariat neue Lasten aufbürden, oder bei besonderen Anlässen, wie z. B. beim Besuch des Zaren in Berlin, der Parteivorstand sofort Anordnung zu treffen habe, am selben Tage Proteststreiks oder Demonstrationen anzuordnen.

91. Berlin IV: In Anbetracht des Umstandes, daß von seiten der Deutschen Kolonialgesellschaft versucht wird, in der deutschen Arbeiterschaft durch Wanderredner sowie Lichtbilder Anhänger für die Bestrebungen der Kolonialgesellschaft zu werben, stellen wir den Antrag, daß beschlossen wird, diesen Bestrebungen durch geeignete Maßnahmen, als da sind Abhaltung von aufklärenden Versammlungen über das Wesen der heutigen Kolonialpolitik sowie Lichtbildervorträge, entgegenzutreten.

92. Berlin IV: Da der heutige Militarismus das Mittel der herrschenden Klasse ist, um das Volk niederzuhalten, bedauert der Parteitag, daß die Reichstagsfraktion die Deckungsvorlagen bewilligt hat.

93. Frankfurt a. M.-Bodenheim: Die Wahl der Delegierten zum Parteitag hat durch Urwahlen zu erfolgen. Zum § 7 des Organisationsstatuts wird deshalb zu dem Passus: „Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl" der Zusatz „und durch Urwahlen" beantragt.

94. Parteivorstand: Nach dem vom Mannheimer Parteitag (1906) bestätigten Beschluß des Jenaer Parteitages (1905) ist die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung gegebenenfalls als eines der wirksamsten Mittel zu betrachten, nicht nur um Angriffe auf bestehende Volksrechte abzuwehren, sondern um Volksrechte neu zu erobern.

Die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen Vertretungskörpern ist eine der Vorbedingungen für den Befreiungskampf des Proletariats. Das Dreiklassenwahlrecht entrechtet die Besitzlosen nicht nur, sondern hemmt sie in allen ihren Bestrebungen auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung, es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Betätigung und sozialen Fortschritts, die Junkerkaste, zum Beherrscher der Gesetzgebung.

Darum fordert der Parteitag die entrechteten Massen auf, im Kampfe gegen das Dreiklassenunrecht alle Kräfte anzuspannen in dem Bewußtsein, daß dieser Kampf ohne große Opfer nicht siegreich durchgeführt werden kann.

Indem der Parteitag den Massenstreik als unfehlbares und jederzeit anwendbares Mittel zur Beseitigung sozialer Schäden im Sinne der anarchistischen Auffassung verwirft, spricht er zugleich die Ueberzeugung aus, daß die Arbeiterschaft für die Erringung der politischen Gleichberechtigung ihre ganze Kraft einsetzen muß. Der politische Massenstreik kann nur bei vollkommener Einigkeit aller Organe der Arbeiterbewegung von klassenbewußten, für die letzten Ziele des Sozialismus begeisterten und zu jedem Opfer bereiten Massen geführt werden. Der Parteitag macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdlich für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken.

Resolution zur Agrarfrage.

96. Parteivorstand: Der Parteivorstand wird beauftragt, mit dem Parteiausschuß eine Kommission von 9 Genossen einzusetzen, die die Aufgabe haben soll, die Entwickelungstendenzen und die derzeitigen Verhältnisse der Landwirtschaft zu studieren und der Partei das gewonnene Material zu unterbreiten. Gemeinsam mit der Kommission kann der Parteivorstand besoldete Mitarbeiter zu den Arbeiten der Kommission heranziehen.

Resolution betr. die P. P. S.

97. Parteivorstand: Der Parteitag verurteilt auf das schärfste die hakatistische Politik der preußischen Regierung und der bürgerlichen Parteien. Unsere Genossen in den parlamentarischen Körperschaften werden diese Politik wie bisher mit aller Kraft bekämpfen.

Wie die Erfahrung gelehrt hat, kann diese Unterdrückungspolitik, wie überhaupt der Kampf zur Befreiung des polnischen Volkes von politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Ausbeutung, nur wirksam geführt werden, wenn das polnische Proletariat sich ebenso wie in den Gewerkschaften auch in der sozialdemokratischen Partei einheitlich organisiert und mit dem unter gleichem Joch seufzenden deutschen Proletariat gemeinsam den Befreiungskampf führt.

Der Parteitag hebt daher die Einigungsbedingungen von 1906 auf und spricht die Erwartung aus, daß alle polnischen Genossen innerhalb der deutschen Landesgrenzen sich der sozialdemokratischen Partei Deutschlands anschließen. In Landesteilen mit polnisch sprechender Bevölkerung haben die örtlichen Organisationen dafür Sorge zu tragen, daß die schriftliche und mündliche Agitation auch in polnischer Sprache betrieben wird.

Resolution zum Parlamentarischen Bericht (Steuerfrage).

98. Arnstadt: Die am 30. August in Arnstadt tagende Versammlung der Parteiorganisation, die von zirka 100 Mitgliedern besucht ist, erklärt sich mit der Stellungnahme der Reichstagsfraktion bei der Erledigung der Deckungsvorlagen für die letzte Militärvorlage einverstanden. Sie erblickt in der Erledigung der Deckungsvorlagen den wachsenden Einfluß der Arbeiterbewegung, der erreichte, daß die arbeitende Bevölkerung von neuer indirekter Belastung verschont wurde. Sie sieht in der Zustimmung der Fraktion zu den Besitzsteuern keinen Verstoß gegen das Programm, sondern erkennt an, daß durch die Zustimmung das erstemal in größerem Maßstab unsere Forderung

auf Einführung von Besitzsteuern durchgeführt werden konnte. Die Fraktion hat im Kampf gegen die Wehrvorlage ihren Mann gestanden. Wenn trotzdem die Annahme der Wehrvorlage nicht verhindert werden konnte, dann trifft daran die Fraktion nicht die geringste Schuld. Hätte sie aber bei den Deckungsvorlagen einen anderen Standpunkt eingenommen, dann hätte das nicht im Interesse der Arbeiterklasse gelegen. Der Parlamentarismus darf für uns nicht allein Mittel sein, die Klagen der Arbeiterschaft der Oeffentlichkeit zu unterbreiten, sondern muß auch dazu benutzt werden, alle ohne Verletzung des Programms zu erreichenden Vorteile für die Arbeiterklasse durchzusetzen.

99. 19. hannoverscher Wahlkreis: Der Parteitag möge den Absatz 1 in § 7 des Organisationsstatuts der Partei dahin ändern, daß in Zukunft die Zahl der Delegierten zum Parteitage um die Hälfte verringert wird.

100. Luxemburg und Genossen: Im Antrage 94 (Massenstreik) die Absätze 2 bis 4 zu ersetzen durch:

Die Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Gegensätze in Deutschland nötigt das Proletariat zur Entfaltung immer größerer Macht für die Verteidigung gegen heimtückische Anschläge der herrschenden Klassen, für die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage und die Erweiterung seiner politischen Rechte. Im Kampf gegen die politische Entrechtung ist das Proletariat immer mehr gezwungen, die höchste Energie zu entfalten. Dieser Kampf gipfelt in dem Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu allen Vertretungskörpern, dessen Eroberung eine Vorbedingung für den Befreiungskampf des Proletariats ist. Der jetzige Zustand der politischen Rechtlosigkeit des Proletariats, insbesondere in Preußen, der seinen deutlichsten Ausdruck im Dreiklassenwahlrecht findet, hemmt das Proletariat in allen seinen Bestrebungen auf Verbesserung seiner Lebenshaltung. Es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Betätigung und sozialen Fortschritts zum Beherrscher der Gesetzgebung, nicht nur in Preußen, sondern im ganzen Reiche.

Dieses schändliche Wahlrecht kann nur einem Wahlrechtssturm der großen Massen weichen, wie ihn der Preußische Parteitag vom Januar 1910 in Aussicht genommen hat.

Der Parteitag begrüßt das wiedererwachte Interesse weiter Parteikreise an der Frage des politischen Massenstreiks. Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung eines politischen Massenstreiks ist die möglichst vollkommene Organisation des Proletariats in politischer und wirtschaftlicher Beziehung und die Erfüllung dieser Organisationen mit revolutionärer Kampfbegeisterung und Opferbereitschaft. Der Parteitag macht deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdlich für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und für die Verbreitung der Partei- und Gewerkschaftspresse zu wirken. Der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden. Er kann sich nur als Steigerung einer bereits im Fluß befindlichen Massenaktion aus der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Situation ergeben.

Als Antwort auf die Uebergriffe der Reaktion wie als erste Voraussetzung erfolgreicher Massenaktionen ist eine offensive, entschlossene und konsequente Taktik der Partei auf allen Gebieten erforderlich. Nur eine solche Taktik, die den Schwerpunkt des Kampfes bewußt in die Aktion der Massen verlegt, ist geeignet, in den Reihen der Organisierten die Kampfenergie und den Idealismus wach zu halten sowie die Unorganisierten in wichtigen Augenblicken mitzureißen und für die gewerkschaftliche und politische Organisation dauernd zu gewinnen.

Der Parteitag fordert die Parteigenossen und die Parteiinstanzen auf, alle Maßregeln zu ergreifen, damit das deutsche Proletariat bei den kommenden Kämpfen für alle Fälle gerüstet dasteht.

101. Gottschalk und Genossen: Der Parteitag wolle eine Kommission zum Studium der Agrarfrage einsetzen und sie ermächtigen, auch besoldete Mitarbeiter zur Erledigung ihrer Aufgabe heranzuziehen.

Resolution zu Punkt 4: Arbeitslosenfürsorge.

102. Timm: Die zurzeit herrschende und noch ansteigende ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit erfordert schleunige Maßnahmen zur Linderung der Not der Arbeitslosen.

In allen öffentlichen Körperschaften im Reiche, in den Einzelstaaten, in den Gemeinden ist deshalb auf sofortige Ausführung noch unerledigter Arbeitsaufträge, auf planmäßige Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu tarifmäßigen Sätzen zu dringen.

Von den Organisationen wird erwartet, daß sie durch Veranstaltung von Massenversammlungen das Wirken ihrer Vertreter in den Gemeinden und den Parlamenten nachdrücklich unterstützen.

Da nun die ständige und die periodisch stärker auftretende Arbeitslosigkeit eine untrennbare Begleiterscheinung und Folge der kapitalistischen Produktionsweise ist, kann eine dauernde Hilfe für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen nur durch entsprechende Erweiterung der Sozialgesetzgebung erreicht werden.

Die öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung kann vollständig nur durch die Reichsgesetzgebung herbeigeführt werden, auf der Grundlage, wie sie die auf dem achten Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands zu Dresden 1911 einstimmig angenommene Resolution vorschlägt gemäß dem von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei Eröffnung des Reichstages 1912 gestellten Antrage.

Bis zur Verwirklichung der allgemeinen öffentlich-rechtlichen obligatorischen Arbeitslosenversicherung ist das System der Zahlung gemeindlicher Zuschüsse zu den gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen in den Gemeinden zu fordern.

Zu diesem Zwecke muß überall die Heranziehung der Einzelstaaten zu den erforderlichen Zuschußleistungen verlangt werden.

Die Förderung der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenfürsorge ist nur möglich durch die tatkräftige Stärkung unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Der Parteitag fordert daher alle Arbeiter auf, sich diesen Organisationen anzuschließen.

103. Davidsohn und 29 Genossen: Das geplante Familienblatt ist so vorzubereiten, daß die Nummer zum Preise von höchstens 15 Pf. herausgebracht werden kann.

104. Johanne Reitze und Genossen: Der Parteitag beschließt für das Jahr 1914 die Abhaltung eines Frauentages. Er gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß bei guter Vorbereitung die agitatorischen und organisatorischen Erfolge die aufgewendete Mühe belohnen werden. Außerdem darf nicht das gute Beispiel vergessen werden, daß der Frauentag der deutschen Sozialdemokratie ein ermutigendes Vorbild für andere Länder ist, wo die proletarische Frauenbewegung noch der Stärkung bedarf.

105. Hoch und Genossen: Im Antrage 102 den dritten Absatz wie folgt zu fassen:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften über ein gemeinsames Vorgehen zu ver-

ständigen, um die weitesten Kreise des arbeitenden Volkes für eine wirksame Arbeitslosenfürsorge aufzurufen, sich in Versammlungen, Erklärungen und Petitionen zu vereinigen und dadurch die Anträge unserer Vertreter im Reichstage, in den Landtagen und in den Gemeinden mehr und mehr zu unterstützen.

Abänderungsanträge zur Resolution Nr. 102.

106. Molkenbuhr und W. Bock: 1. Im Absatz 4 die Worte: „entsprechende Erweiterung der Sozialgesetzgebung" durch folgende Worte zu ersetzen: „Einführung der sozialistisch organisierten Produktion". 2. Dem Absatz 5 folgende Fassung zu geben: „Die schlimmen wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit können, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, nur durch eine alle Arbeiter umfassende wirksame Arbeitslosenversicherung gemildert werden."

Zu Punkt 6. Steuerfrage.

107. Hug und Genossen: Der Parteitag erklärt sein Einverständnis mit der Haltung der Reichstagsfraktion zu der Deckungsfrage als Folge der Heeresvorlage.

Resolution zu Punkt Arbeitslosenfürsorge.

108. Timm: Die zurzeit herrschende und noch ansteigende ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit erfordert schleunige Maßnahmen zur Linderung der Not der Arbeitslosen.

In allen öffentlichen Körperschaften im Reiche, in den Einzelstaaten, in den Gemeinden ist deshalb auf sofortige Ausführung noch unerledigter Arbeitsaufträge auf planmäßige Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu tarifmäßigen Sätzen zu dringen.

Von den Organisationen wird erwartet, daß sie durch Veranstaltung von Massenversammlungen das Wirken ihrer Vertreter in den Gemeinden und den Parlamenten nachdrücklich unterstützen.

Die ständige und die periodisch stärker auftretende Arbeitslosigkeit ist eine untrennbare Begleiterscheinung und Folge der kapitalistischen Produktionsweise; sie wird erst mit der Einführung der sozialistisch-organisierten Produktion verschwinden.

Durch eine entsprechende Erweiterung der Sozialgesetzgebung muß aber schon jetzt versucht werden, die schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit tatkräftig zu mildern.

Die öffentlich rechtliche Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter und Angestellten kann nur durch die Reichsgesetzgebung herbeigeführt werden, auf der Grundlage, wie sie die Beschlüsse des achten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands zu Dresden 1911 und des Internationalen Sozialistenkongresses zu Kopenhagen 1910 fordern.

Bis zur Verwirklichung der allgemeinen öffentlich rechtlichen obligatorischen Arbeitslosenversicherung ist das System der Zahlung gemeindlicher Zuschüsse zu den gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen in den Gemeinden zu fordern.

Zu diesem Zwecke muß überall die Heranziehung der Einzelstaaten zu den erforderlichen Zuschußleistungen verlangt werden.

Die Förderung der öffentlich rechtlichen Arbeitslosenfürsorge ist nur möglich durch die tatkräftige Stärkung unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Der Parteitag fordert daher alle Arbeiter auf, sich diesen Organisationen anzuschließen.

109. Hug und Genossen: Die Unterzeichneten ziehen den Antrag 107 zurück und unterstützen dafür den Antrag 22 der Tagesordnungsvorlage, der wie folgt lautet: 22. Hessische Landeskonferenz: Der Parteitag stellt sich auf den Boden der von der Reichstagsfraktion zu den Deckungsvorlagen abgegebenen Erklärung und billigt ausdrücklich die Zustimmung der Fraktion zu den beiden Besitzsteuergesetzen.

110. An Stelle des Antrages 45 empfehlen wir zu beschließen: Der Parteitag ersucht das Internationale sozialistische Bureau, den Fall Radek zu prüfen und zu entscheiden, eventuell ein Schiedsgericht zur Austragung der Differenzen einzusetzen.

Bis zur Entscheidung ruht die deutsche Mitgliedschaft Radeks.

Adolf Hoffmann. Kleinspehn. Max Cohen. Adolf Braun. Otto Antrick. Rosenfeld. P. Hoffmann. Karl Klingler. C. Melle. A. Fahrenwald. C. Gomoll. Wilhelm Zabel. Chr. Gudekunst. Ew. Hahn. Dr. Quarck. Peirotes. H. Krätzig. Geyer. Emmel. E. Witzler. Grenz. M. Jungnickel. B. Jungnickel. E. Hein. H. Silberschmidt.

Amendement zum Antrag 45.

111. Herm. Beims und Genossen: Die Worte: „. . . aus Gründen, die auch in der deutschen sozialdemokratischen Partei zum Ausschluß führen," zu streichen und dafür die Worte zu setzen: „wegen ehrloser Handlungen".

112. Hoch: Der Parteitag erklärt: Für Besitzsteuern, die zur Deckung von Militärausgaben dienen, können unsere Vertreter nur dann eintreten, wenn die Annahme dieser Steuern

1. nicht eine Bedingung für die Annahme der Militärvorlage ist, und
2. die Annahme einer für die Arbeiterklasse ungünstigere Besteuerung verhindert.

Abänderungsantrag zur Resolution Wurm über die Steuerfrage.

113. Geyer und Genossen: Die Worte im drittletzten Absatz von „es sei denn, daß" ab bis zum Schlusse, sowie die beiden folgenden Absätze zu streichen.

114. Resolution zur Steuerfrage. Alle öffentlichen Steuern im heutigen Klassenstaat, ob formell auf den Besitz oder auf den Arbeitsverdienst gelegt, ob als sogenannte direkte oder als indirekte Steuern erhoben, werden in letzter Linie von den arbeitenden Klassen aufgebracht, da diese es sind, die in der heutigen Gesellschaft allen gesellschaftlichen Reichtum schaffen.

Wie immer das Steuerwesen heute ausgestaltet ist, auch in dem für die Arbeiterklasse günstigsten Falle, wenn die Besitzsteuern den überwiegenden Teil der Staatshaushaltkosten decken, ändert das nichts an den Grundlagen der kapitalistischen Produktion, die auf Ausbeutung und Klassenherrschaft beruht.

Die Abwälzung des größten Teiles der öffentlichen Lasten auf die Schultern der arbeitenden Klassen durch das System der indirekten oder Verbrauchssteuern ist aber eins der wirksamsten Mittel der herrschenden Klassen, um die Lebenshaltung der Arbeiterschaft herabzudrücken und ihren sozialen und geistigen Aufstieg zu hemmen.

Der Parteitag fordert deshalb gemäß Punkt 10 des Parteiprogramms: „Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind; Selbst-

einschätzungspflicht; Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern."

Ferner erklärt der Parteitag:

Der Militarismus ist als das stärkste Machtmittel der herrschenden Klassen auf das äußerste zu bekämpfen.

Alle Gesetzesvorlagen, die zur Stärkung des Militarismus dem Reichstage vorgelegt werden, also auch Steuervorlagen, die zur Deckung der Kosten des Militarismus eingebracht werden, sind, ob sie direkte oder indirekte Steuern fordern, abzulehnen.

Für sonstige Steuervorlagen ist die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion durch Punkt 10 des Parteiprogramms vorgeschrieben: bestehende indirekte Steuern sind durch direkte zu ersetzen.

Geyer. Stadthagen. Crispien. O. Rühle. Ledebour. R. Luxemburg. Cl. Zetkin. Westmeyer. Kleinspehn. Bihlmaier. Westkamp. E. Müller. P. Berten. Krüger (Leipzig). Aug. Böhle. Herm. Müller. Fried. John. Auguste Hennig. Karl Leich. Möller. Grenz. Wittig. Baudert. Fr. Klingler. Wilh. Apel. Kunert. Zenigraf. Rich. Meier. Raute. Käppler. Jaffke. Arendsee. A. Hoffmann. P. Hoffmann. K. Klingler. G. Davidsohn. P. Reißhaus. Vogtherr. Magnus Gebhardt. Chr. Gutekunst. Stolle. Heinrich Knauf. H. Linde. Donalies. W. Ziegler. Hartung. H. Schulz. Matuszewsky. Peter. Sellin. Gottschalk. Aug. Beck. Engelhardt. Fr. Sterzel. Leuthold. Franz Hermann. Herzfeld. P. Brühl. Ostkamp. H. Lippmann. Fiedler. Aug. Horn. Horn (Sachsen). Hammer. Wicky. Artur Lindner. Aug. Kühn. E. Speich. Wilh. Göft. Büchner. Schmidt. Ad. Riesberg. L. Sperling. A. Leopoldt. A. Albrecht. W. Albrecht. K. Reiwand. Pollender. G. Menzel. Giermann. Plorin. Ryssel.

Abänderungsantrag 45.

115. Liebknecht und Genossen: 1. Den Antrag 45 dem Internationalen sozialistischen Bureau in Brüssel zur Erwägung und zur eventuellen Herbeiführung einer allgemeinen Regelung der Frage zu überweisen, ob und in welchem Umfange der Ausschluß aus einer dem Internationalen Bureau angeschlossenen Partei bindende Kraft für die übrigen angeschlossenen Parteien besitzt.

2. Für den Fall der Ablehnung des Antrages zu 1: im Antrag 45 hinter „zum Ausschluß führen" einzufügen: „und unter Rechtsgarantien, die den in der deutschen Partei vorhandenen gleichwertig sind".

Amendement zum Antrag 45.

116. R. Luxemburg: Vorbehalten bleibt dabei die Untersuchung des Falles Radek in seinem vollen Umfange durch dazu berufene deutsche Parteiinstanzen unter Wahrung einer ausreichenden Verteidigungsmöglichkeit für Radek.

Abänderungsantrag zur Resolution Wurm zur Steuerfrage.

117. Karl Liebknecht und Genossen: Hinter: „Ferner erklärt der Parteitag" einzufügen: Die Steuern sind, soweit steuertechnisch möglich, nur von Budgetperiode zu Budgetperiode in jeweils etatsmäßig festzusetzenden Quoten zu bewilligen. (Quotisierung der Steuern.)

Protokoll.

Vorversammlung.

Sonntag, den 14. September 1913, abends 6 Uhr.

Gern kommen alle, die dem Parteitag beizuwohnen haben, nach dem lieben Jena und die Jenaer Arbeiterschaft ist stolz darauf, das Parlament des deutschen Proletariats nun schon zum drittenmal unter sich zu sehen. An den Bahnhöfen bieten festlich geschmückte Pforten den Teilnehmern des Parteitags den herzlichen Willkommensgruß der Schillerstadt und die Genossen und Genossinnen, die sich nachmittags schon zur Hauptprobe der Sänger gedrängt hatten, empfinden es als ein Glück, wenn es ihnen gelang, Zutritt zur Eröffnungsfeier zu erlangen.

Und trotzdem — beklommen und bewegt streben wir dem Volkshaus zu; wie werden wir es empfinden, auf dem vordersten Platz nicht mehr August Bebel zu sehen! . . .

So stark ist der Andrang, daß man im großen Saal des Volkshauses nur Stühle, keine Tische, aufgestellt hat. Sind doch etwa 600 Delegierte, bisher schon 17 Vertreter der ausländischen Bruderparteien, eine große Anzahl von Pressevertretern des In- und Auslandes, dazu die Angehörigen mancher Parteitagsteilnehmer und alle die vielen Festgäste erschienen. Dicht gedrängt harrt die Menge, die man wohl auf 2500 Menschen schätzen kann, der Eröffnung. Natürlich sind Parteivorstand, Kontrollkommission und Parteiausschuß vollzählig anwesend, soweit nicht Krankheit das Erscheinen verbietet, wie bei unserem Parteivorsitzenden Haase. Aber Genosse Gerisch ist nach mehrjährigem Fernbleiben wieder in unserer Mitte und frisch wie einst. Unter den ausländischen Genossen erblickt man die bekannten charakteristischen Köpfe Keir Hardys, der die englische Arbeiterpartei vertritt, Pernerstorfers, der mit Volke für die Oesterreicher gekommen ist, unseres belgischen Freundes Anseele, der mit Vandervelde das Land des politischen Massenstreiks vertritt, Troelstras, des Führers der holländischen Sozialdemokratie und unseres internationalen Sekretärs Huysmans. Die Vertreter der Bruderparteien Ungarns (Genosse Buchinger), Norwegens (Ole O. Lian), der Schweiz (Genosse Platten), Portugals (Genosse Peluso) und ein Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands wohnen bereits der Eröffnungssitzung bei.

In den vordersten Reihen des Saales sieht man fast vollzählig die stärkste Fraktion des Deutschen Reichstags.

Herrlich haben die Jenaer Genossen den ideal schönen Saal diesmal geschmückt. Von der Rückwand grüßt eine große Allegorie, die Göttin der Frei-

heit zeigend, die einem Arbeiter den Weg weist. Die Zahlen „1863—1913" erinnern an das 50jährige Gründungsjubiläum der Partei und die von Julius Obst geschaffene ausdrucksvolle Büste Ferdinand Lassalles mahnt an ihn, von dem die proletarischen Gesangvereine singen, daß er Schwerter uns gab. Unter der Bühne des Saales aber erneut die ebenfalls von Obst modellierte Statue August Bebels den Schmerz um den bittersten Verlust, der uns getroffen. . . Um den stolzen Kopf leuchtet das hoffnungsvolle Grün lebender Pflanzen und wie unter dem allegorischen Bild die Tagungsorte und Daten der internationalen Kongresse uns das Weltumspannende unserer Bewegung ins Gedächtnis rufen, so begeistert uns aufs neue der grandiose Kampfruf des Kommunistischen Manifests, der von der Stirnwand des Saales herniederleuchtet: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!"

Auf der Bühne haben inzwischen das Jenaer städtische Orchester und in imposanter Zahl der Arbeitergesangverein Jena Aufstellung genommen und unter der Leitung des Dirigenten Steiniger ertönt der herrliche Chor aus Mozarts Zauberflöte, der Sarastros Lied an „O Isis und Osiris!" begleitet. Dann gesellt sich noch der Frauenchor in stattlicher Anzahl hinzu und das gewaltige Chorwerk Karl Weisers „Die Hunderthändigen", das E. Elsässer nachschaffend und mit tiefstem Empfinden in Töne gesetzt hat, durchflutet den Saal, ergreift und begeistert mit seinen zum Kampf rufenden, den Sieg ankündigenden Worten und Rhythmen alle Herzen. Die tiefe Rührung, die diese wahrhaft glanzvolle Darstellung der Jenaer Arbeitersänger und -sängerinnen auslöst, kommt in einem tosenden Beifallssturm zum Ausbruch.

Darauf begrüßt namens der Parteiorganisation in Jena Genosse

Leber den Parteitag: Werte Parteigenossinnen und -genossen! Das Parteitagskomitee hat mir auch diesmal wieder den ehrenvollen Auftrag erteilt, Sie zum dritten Male in kurzer Reihenfolge in Jenas Mauern in den luftigen Hallen des Abbeschen Volkshauses aufs allerherzlichste willkommen zu heißen. Als im ersten Viertel dieses Jahres der Parteivorstand und der Parteiausschuß beschlossen hatten, den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie 1913 in Jena abzuhalten, da haben die Jenaer Genossen in einer starkbesuchten Versammlung, obwohl sie wußten, daß eine Anzahl von ihnen wieder viel Arbeit bekommen würde, diesen Beschluß mit Freuden einmütig gutgeheißen. Und ich kann wohl im Namen meiner Kollegen im Parteitagskomitee sagen, daß wir alles aufbieten werden, damit den Auserwählten des deutschen Proletariats, die so zahlreich hierhergeeilt sind, damit unseren werten Gästen aus dem Auslande die rote Woche in Jena so angenehm wie möglich verläuft. Wir werden versuchen, nach Möglichkeit alle Wünsche zu erfüllen.

Als wir im Jahre 1905 zum erstenmal den deutschen Parteitag begrüßten, da waren wir in Jena im Gegensatz zu heute eine kleine Zahl, aber immerhin konnten wir unter Zustimmung der damaligen Parteitagsteilnehmer konstatieren, daß es 600 organisierte Genossen waren und über 1500 Gewerkschaftler, die an dem großen Kulturwerk mitarbeiteten, den Sozialismus zu verbreiten. Als der Parteitag 6 Jahre später, im Jahre 1911, zum zweitenmal in Jena stattfand, da konnten wir schon ein anderes Bild entrollen. Mit der Entwickelung Jenas hat auch die Organisation in demselben Maße sich entwickelt. Ich konnte Ihnen damals berichten, daß in Jena die politische Organisation von 600 Mitgliedern auf 2000 gewachsen war, und die gewerkschaftliche Organisation von 1700 auf 4500 Mitglieder. Weiter konnte ich Ihnen mitteilen, daß wir das Landtagsmandat der Stadt Jena erobert hatten und außerdem 9 Sitze im Gemeinderat. Wer die Jenaer Verhältnisse kennt, wer weiß, wie die Akademiker, das Bürgertum, an ihren Sitzen im Rathaus festgehalten

haben, der wird auch begreifen können, welchen Kampf es gekostet hat, den Sozialdemokraten in Jena das Gemeindeparlament freizumachen.

Wir haben nicht nur dasjenige, was wir im Laufe der Jahre erobert haben und worüber wir im Jahre 1911 berichten konnten, behalten, o nein, wir sind auf der Stufenleiter weiter nach oben gestiegen. Trotz der Fluktuation, die wir früher in Jena nicht kannten, die aber entstanden ist, weil die großen Betriebe sich zu Riesenbetrieben entwickelt haben, trotz dieser großen Fluktuation und obgleich die bürgerlichen Blätter uns in einer Weise bekämpft haben, wie es anderswo wohl kaum vorgekommen ist, haben wir unsere Erfolge errungen. Alles dasjenige, was der Reichsverband bis jetzt irgendwo gegen die Partei vorgebracht hat, das haben die bürgerlichen Blätter in Jena hier ebenfalls nachgemacht, und zwar in einer Art und Weise, die so schlimm ist, wie sie kaum vom Reichsverband selbst betrieben wird. Und trotz dieser Kampfesweise haben wir heute, 1913, eine politische Organisation von 2648 Mitgliedern. Aber auch die Gewerkschaften sind auf 5550 Mitglieder angewachsen, und die genossenschaftliche Bewegung weist gegenwärtig 8000 Mitglieder auf. (Beifall.) Sie können also sehen, daß wir auch in den letzten zwei Jahren in der Stadt Jena nicht müßig gewesen sind. Aber außerdem haben wir noch weitere Fortschritte zu melden.

Acht Wochen, nachdem im Jahre 1911 der Parteitag in Jena geschlossen war, fanden die Wahlen zum Gemeinderat statt. Es galt nicht nur, das, was wir hatten, zu halten, wir waren auch festen Willens, vorwärtszumarschieren, obwohl sich von den Konservativen bis zu den Liberalen alles gegen uns vereint hatte. Wir waren trotzdem zu neuen Siegen entschlossen und wollten neue Sitze erobern. Und wir haben im November 1911 unsere Sitze im Gemeinderat von 9 auf 14 erhöhen können. Nun standen den 16 bürgerlichen Gemeinderäten 14 sozialdemokratische gegenüber. Der Einfluß, den uns dieser Sieg im Jahre 1911 gebracht hat, machte sich schon bei der ersten Sitzung des Gemeinderats im Jahre 1912 bemerkbar, und zwar dadurch, daß das Präsidium von zwei Sozialdemokraten und einem Demokraten besetzt wurde. Der Vorstand des Gemeinderats in Jena besteht also aus einem Demokraten und zwei Sozialdemokraten. Es kommt weiter noch hinzu, daß durch die Eingemeindung von zwei Vororten die Zahl der Gemeinderäte von 30 auf 32 erhöht wurde, und daß die Vororte zwei Parteigenossen in den Jenaer Gemeinderat schickten, so daß unsere Zahl von 14 auf 16 stieg. Heute stehen also 16 bürgerlichen Gemeinderäten 16 sozialdemokratische gegenüber.

Sie sehen, daß in den letzten zwei Jahren in Jena Kämpfe stattgefunden haben, die von Bedeutung sind für unsere kommunalen Verhältnisse. In dem Augenblick, wo die Sozialdemokraten in Jena die Macht im Gemeinderat eroberten, wie unsere Gegner sagten, in diesem Augenblick mußten wir auch alles das nachholen, was unsere bürgerlichen Gegner versäumt hatten. In den letzten 1¾ Jahren, einer verhältnismäßig kurzen Zeit, haben wir in der Tat durchgreifende Reformen in der städtischen Verwaltung geschaffen. Wir haben die ganze Verwaltung, die nicht mit der Entwickelung der Stadt Schritt gehalten hatte und rückständig geblieben war, modernisiert. Wir haben weiter dafür gesorgt, daß zur Durchführung der nötigen Reformen auch die Mittel beschafft wurden durch neue Steuern. Wenn diese gerechteren Steuern heute noch nicht in voller Geltung sind, dann hat die Regierung schuld daran. Denn wir haben Steuern beschlossen, die in erster Linie die Besitzer von Grund und Boden treffen sollten. Dann haben wir die Wohnungsfrage mit aller Energie angefaßt. Eine Stadt, die sich so schnell entwickelt wie Jena, leidet unter der Wohnungsnot in ganz besonderem Maße. Wenn auch die Finanzverhältnisse

bei uns gegenwärtig wirklich nicht die besten sind, so haben wir in den 1¾ Jahren es doch möglich gemacht, daß eine Million flüssig gemacht wurde für den Bau von Kleinwohnungen. Am 1. Oktober werden die ersten 23 Häuser bezogen und nach einem Jahre werden wir wohl 100 Häuser durch die Stadt errichtet haben, die der Arbeiterschaft zugute kommen. (Bravo!) Wir sind zwar überzeugt, daß damit die Wohnungsnot noch nicht beseitigt wird, aber wir werden im Stadtparlament den Kampf in der Wohnungsfrage noch schärfer führen als bisher. In Jena bestehen zwar keine schlechten Schulverhältnisse und unsere Bürgerschulen sind vielleicht besser als wie in vielen anderen deutschen Städten; wir haben aber dafür gesorgt, daß die höheren Schulen, die Privatschulen waren, in Gemeinderegie genommen werden, und wir haben weiter dafür gesorgt, daß es auch vorwärts ging in den Bürgerschulen. Das Schulgeld haben wir nach harten Kämpfen im Gemeinderat und Schulvorstand abgeschafft. Wenn es heute noch nicht gänzlich beseitigt ist, so liegt es daran, daß die Sachsen-Weimarische Regierung unseren Beschlüssen nicht vollständig zugestimmt hat. Wenn jemand aber annimmt, daß wir wegen dieser Reformen gelobt worden wären, so irrt er sich ganz gewaltig. Ich will nur ein paar Zeilen vortragen, wie man seitens der Gegner unsere Tätigkeit im Gemeinderat beurteilt. Nachdem in dem Artikel einer gegnerischen Zeitung von der Finanznot gesprochen wird, heißt es weiter: „Dagegen hört man in bürgerlichen Kreisen immer wieder die Meinung ausgesprochen, die Schuld liegt lediglich an der Parteiwirtschaft der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokraten herrschen im Gemeinderat, und wo sie in anderen Städten herrschen, da würden die Finanzen ebenfalls ruiniert. Es mag etwas Richtiges daran sein. Haß und Neid gegen die Mehrbesitzenden und die Hoffnung, im Falle eines Bankerotts in Stadt und Staat zur Herrschaft zu kommen und den Kommunismus einzuführen, veranlaßt die Sozialdemokraten dazu." (Heiterkeit.) So also beurteilen uns die Gegner. Wenn diese Gegner schließlich Oberwasser bekommen, so liegt das an der Sachsen-Weimarischen Staatsregierung. Im Großherzogtum Sachsen-Weimar, wo die Geistesheroen Schiller und Goethe wirkten, in diesem Ländchen herrscht heute Reaktion, ist der Rückschritt maßgebend.

Der verstorbene Oberregisseur Weiser, dessen Dichtung unsere braven Sängerinnen und Sänger unter ihrem bewährten Dirigenten Ihnen heute so klangvoll vorgetragen haben, gehörte innerlich zu uns, wenn er auch nicht eingeschriebenes Mitglied der Partei war. Bis zum letzten Tage hat er in seiner Art gekämpft für die Enterbten. Hier aber im Großherzogtum Sachsen-Weimar konnte es geschehen, daß man sein Lebenswerk, die Jesusspiele, verboten hat. Wenn es dazu kommen konnte, so haben daran die Liberalen, das liberale Bürgertum, die größte Schuld. Diejenigen, die ihm näherstanden, haben es bedauert, daß er heute der Aufführung seines Werkes nicht beiwohnen konnte. Er wäre dadurch zum Teil entschädigt worden für das, was ihm die herrschende Gesellschaft, vor allem in den letzten Jahren, leider angetan hat. Aber es hat nicht sollen sein.

Wenn wir hier Umschau halten, so fehlt nicht nur der Weiser, es fehlt noch ein anderer unter uns. Als vor zwei Jahren, im Jahre 1911, der Parteitag eröffnet wurde, und in diesem Saal die Reihen sich füllten, da hieß es in dem Bericht über die Vorversammlung: „Plötzlich ertönt Händeklatschen, blitzschnell pflanzt es sich fort, der ganze Saal ruft Beifall und von den Tribünen hallt es wider — Bebel ist erschienen, und in den Ovationen, die man ihm bereitet, hört das Proletariat das gewaltige Stück Parteigeschichte, das sich in der ehrwürdigen Gestalt verkörpert." Diese ehrwürdige Gestalt ist nicht mehr unter uns. Das Parteitagskomitee und vor allem die Parteigenossen in Jena hatten den Wunsch gehegt, daß ebenso wie 1905 und 1911 auch jetzt im Jahre 1913 der Genosse Bebel nicht nur den Parteitag begrüßen, sondern ihn auch eröffnen würde. Wir drücken unseren lebhaften Schmerz darüber aus, daß es nicht sein kann. Wir wissen, daß durch den Tod August Bebels eine Lücke in die Partei gerissen ist, die so leicht nicht auszufüllen ist. Aber wir hoffen, und in diesem Sinne möchte ich den Parteitag nochmals begrüßen, daß Meinungsverschiedenheiten, die vielleicht in dem einen oder anderen Punkt bestehen, in kameradschaftlicher Weise ausgetragen werden. Der Parteitag wird jedenfalls gute Arbeit leisten für die zukünftigen Kämpfe des Proletariats. Wir werden unsere Waffen dafür schärfen und wir werden neue Richtlinien bekommen, nicht nur für das deutsche, sondern für das internationale Proletariat. Daß der Parteitag so verlaufen möge, in diesem Sinne heiße ich Sie nochmals auf das herzlichste willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Molkenbuhr: Parteigenossen, als im Jahre 1904 der Parteitag in Bremen den Beschluß faßte, einmal einen Parteitag in Jena abzuhalten, da hatte man doch einige Sorge, ob die Kleinstadt imstande sei, den Parteitag zu beherbergen. Wir waren nach Jena gegangen, weil wir wußten, daß dies herrliche Lokal der deutschen Sozialdemokratie zur Verfügung steht. Aber nachdem wir einmal in Jena waren, haben es die Jenenser Genossen verstanden, sich so in die Herzen aller Genossen einzunisten, daß jeder, der einmal hier war, immer wieder Sehnsucht hatte, nach Jena zu kommen. So ist es gekommen, daß wir jetzt zum dritten Male hier sind und alle Ursache haben, den Jenenser Genossen zu danken für den so freundlichen Empfang, den sie uns an diesem Abend haben zuteil werden lassen. Ja, sie treiben es dahin, daß, wenn später einmal die Frage erörtert wird, wo wollen wir den Parteitag abhalten, jeder, der einmal in Jena war, sagen wird wie der alte Pastor in Reuters „Hanne Nüte": „Ich würde nach Jena gehen." (Bravo! und Heiterkeit.) Also das ist etwas, was die Jenenser befürchten müssen. (Heiterkeit.)

Nun aber etwas Ernstes. Beide Parteitage in Jena, 1905 und 1911, wurden, wie bereits Genosse Leber sagte, von Bebel eröffnet. (Alle Anwesenden erheben sich.) Wir alle glaubten und hofften, daß er auch diesen Parteitag eröffnen werde. Er selbst rüstete sich zur Reise nach Jena, da riß ihn der Tod aus unseren Reihen. Es war jene Nachricht, die am 13. August über den Erdball schwirrte: August Bebel ist nicht mehr, ein Streich, der so schmerzhaft wirkte, wie selten ein Streich das Proletariat berührt hat. Bebels Tod versetzte Millionen Proletarier in Trauer. Wo auch auf dem Erdenrund klassenbewußte Proletarier zusammenkommen, da gedenkt man jenes Mannes, der als einer der besten Vorkämpfer in allen Ländern gefeiert wird. Wir sehen das an den Beileidstelegrammen. Beileidstelegramme kamen nicht nur aus allen Ländern Europas, nicht nur aus Nord- und Südamerika, ja aus Orten, die weit in der Prärie liegen, sie kamen aus Afrika, aus Australien und was namentlich etwas Ergreifendes ist, aus den russischen Gefängnissen. Wo der blutdürstige Zarismus jene Leute knechtet, die für Freiheit kämpfen, dort sind es die Gefangenen, die auch den Verlust jenes großen Vorkämpfers beklagen. Wenn Leute, die Bebel nie gesehen, Leute, die seine Sprache nicht verstehen, so in Trauer versetzt sind durch diesen Verlust, um wieviel mehr wir erst, die wir ihn in unserer Mitte gehabt haben. Auf uns wirkte unmittelbar der Feuerstrom seiner Beredsamkeit. Wir wissen, was wir an ihm verloren haben, auf uns hat der ganze Zauber seiner Persönlichkeit gewirkt. Wir waren fortgerissen, wenn er uns anfeuerte, wir waren es, die ihn täglich als Ratgeber an unserer Seite hatten. Dieser Parteitag ist der erste Parteitag der

deutschen Sozialdemokratie seit dem Jahre 1875, auf dem Bebel nicht erschienen ist. Da wäre es eigentlich unsere Pflicht, Bebels Bedeutung für die Sozialdemokratie hier voll zu würdigen. Aber dazu ist kein Mensch in der Lage. Seine Bedeutung voll zu würdigen, das bleibt dem Geschichtschreiber kommender Geschlechter vorbehalten. Wenn ich einiges sage, so sind es nur lose Blätter aus dem reichen Ruhmeskranz des Verstorbenen. Den Namen der unsterblichen Vorkämpfer des Sozialismus Lassalle, Marx, Engels können wir den Namen Bebels zur Seite stellen. Aber Bebels Feld war nicht die Studierstube, sein Feld war der Kampfplatz, die Rednertribüne. Dort war es, wo er für die Interessen des Proletariats gekämpft hat, wo er, wenn auch nicht als Theoretiker, so doch — das kann man mit Fug und Recht sagen — als der bedeutendste Taktiker sich bewährt hat, den das Proletariat kennt. Wo es galt, die Taktik der Partei festzulegen, da war es Bebel, dem es immer gelang, so zu operieren, wie es im Interesse der Partei lag. Er hat mit bewirkt, daß die kleine Sekte, in die er eintrat, zur politischen Partei wurde und er war es, der eine Taktik befolgte, welche die Partei von Sieg zu Sieg führte bis zu ihrer heutigen Größe. Wo es galt, die Taktik der Partei festzulegen, war Bebel dabei, und wenn wir seinem Rat gefolgt sind, haben wir immer das Richtige getroffen. Bebel war aber gleichzeitig der erste Sozialdemokrat, der den Parlamentarismus als proletarisches Kampfmittel anwandte. Bei ihm war alles glücklich vereint. Als Kind hatte er die Schattenseiten des Militär- und Polizeistaates kennen gelernt, als proletarischer Jüngling hat er am eigenen Leibe die Leiden der kapitalistischen Ausbeutung ertragen, wie selten ein Mensch glaubte er an den Sieg des Proletariats. Die Schaffung der sozialistischen Gesellschaft, die Verbrüderung aller Kulturvölker, das war das hohe hehre Ziel, das er sich gesteckt hatte. Ausgerüstet mit der Gabe der Beredsamkeit, wie sie wenig Menschen verliehen ist, konnte er auf dem Platz so wirken, wie er gewirkt hat; wir müssen anerkennen, daß er manche Erfolge errungen hat und daß, wenn auch sein Leitstern immer das Hinarbeiten auf die sozialistische Gesellschaft war, er doch auch aus dem praktischen Leben schöpfte und Anregungen gab, was zunächst geleistet werden muß. Bebel selbst rühmt sich, daß sein erster parlamentarischer Erfolg die Beseitigung des Arbeitsbuches war, also die Beseitigung einer Plackerei, unter der er selbst als Handwerksbursche gelitten hatte. Seine Haltung gegenüber der Kriegsanleihe 1870 und 1871, sein Eintreten für die Pariser Kommune waren Akte internationaler Solidarität, die er von der Tribüne des Reichstages herab bekundete und die dazu beigetragen haben, seinen Namen in allen Ländern bekannt zu machen.

Persönlich lernte ich Bebel 1875 auf dem Vereinigungskongreß kennen, und ich darf sagen, gerade sein Verhalten auf diesem Kongreß ist eines der schönsten der Ruhmesblätter in seiner ganzen Tätigkeit. Wir alle wissen, daß er damals nicht an der Ausarbeitung des Parteiprogramms beteiligt war, weil er seine Freiheitsstrafe von zwei Jahren neun Monaten zu verbüßen hatte, und wie er in seinen Memoiren schreibt, war fast kein Satz des Entwurfs nach seinem Sinn. Als wir das damals erfuhren, glaubten wir, er würde gegen die Vereinigung sein, aber da war es der politische Taktiker Bebel, der sich sagte, die Einigkeit des deutschen Proletariats geht über alle kleinlichen Bedenken eines Programmentwurfs (Bravo!), und er war es, der gleich am ersten Abend die begeistertste Rede hielt, die jemals für die Einigung gehalten ist. Wenn man bedenkt, mit welcher Leidenschaft er als Gegner des Programmentwurfs für die Vereinigung kämpfte, so ist das ein Beweis für seinen klaren Blick, ein Beweis dafür, daß er wußte, daß die Einigkeit des Proletariats die Vorbedingung künftiger Erfolge und künftiger Siege ist.

Das Endziel des Sozialismus war es, worauf er immer hinarbeitete, was er auch in der Agitation vertrat, und bald nach der Vereinigung hielt er ja überall Reden, worin er die Grundsätze vertrat, die er später im vierten Abschnitt seines Buches „Die Frau" niedergeschrieben hat. Aber niemals verlor er die Gegenwart aus den Augen. Schon 1873 hat er in seiner Schrift über die Tätigkeit des Reichstages uns das beste Agitationsmaterial für die Wahlagitation geliefert, welches damals, also vor der Vereinigung, viel von uns Lassalleanern benutzt wurde. 1876 war er es, der vorwiegend den Arbeiterschutzgesetzentwurf ausarbeitete, der dann 1884 wieder eingebracht wurde; 1879 forderte er bereits eine allgemeine Arbeiterversicherung. Seine Wirksamkeit im sächsischen Landtage war gewissermaßen maßgebend für die ganze Landespolitik. So war er der geschickte parlamentarische Taktiker, und als 1878 die deutsche Sozialdemokratie unter dem Schandgesetz geknebelt werden sollte, da wissen wir, daß er es war, der die Führung in der Hand hatte. Es war Neigung vorhanden, die alte Taktik aufzugeben, es war hingedrängt zum Putschismus, man wollte ungefähr die russischen Nihilisten sich zum Vorbild nehmen, aber Bebel war es, der auf dem Kongreß in Wyden dagegen Front machte und die Most und Hasselmann bekämpfte, er war es, der jene Taktik empfahl, die es ermöglichte, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht nur das Schandgesetz, sondern auch seinen Urheber überwunden hat. Die öffentliche Agitation war ja in jener Zeit in den Reichstag verlegt, und gerade Bebels Etatsreden waren die wirksamsten Agitationsschriften gegen Polizeiwillkür, gegen Militarismus, gegen Klassenherrschaft. Es waren Programmreden, die ungehindert verbreitet werden konnten, und so war er es, der damals den besten Agitationsstoff lieferte.

Welche Rolle er in jener Zeit spielte, das bezeugen nicht nur die Kongresse von Wyden, Kopenhagen und St. Gallen, sondern auch die Prozeßakten des Chemnitzer, Freiberger und Elberfelder Prozesses. Wir wissen, wie er der Reaktion mit dem ganzen Trotz des Proletariers die Stirn bot und nie erlahmte, bis das Schandgesetz und sein Urheber gefallen waren. Durch die Taktik, die er empfohlen, vermehrten wir unsere Stimmen in den 12 Jahren des Schandgesetzes von 400 000 auf 1½ Millionen, und diese 1½ Millionen Stimmen waren es, die jenes Gesetz zerrissen seinem Urheber vor die Füße warfen. In jener Zeit wurde die Taktik der deutschen Sozialdemokratie auch gleichzeitig das Signal für die Sozialdemokratie aller Länder, und wir dürfen heute mit gutem Recht sagen, daß überall dem deutschen Beispiel gefolgt wird.

Seit 1890 hatte ich Gelegenheit, im Deutschen Reichstage neben Bebel zu wirken. Ich weiß, welch große Zahl von Anträgen er entworfen und Anregungen er gegeben hat. Wollte ich auch nur den Versuch machen, einiges davon herauszugreifen, so würde viel Zeit erforderlich sein. Aber eines muß ich hervorheben. Oft ist von Gegnern, teilweise auch von Parteigenossen die Ansicht vertreten worden, daß jene Anträge lediglich aus agitatorischen Gründen gestellt worden sind. Diejenigen, welche das behaupten, vertreten eine falsche Ansicht, denn Bebel war Realpolitiker im allerbesten Sinne des Wortes. Wenn er auch fest daran glaubte, daß die Bewegung so rasch vorwärts gehen würde, daß in einem Jahrzehnt vielleicht bereits der Zukunftsstaat verwirklicht werden konnte, so wollte er doch nicht dulden, daß noch Unrecht und Not 10 Jahre weiterbestehen sollten, wenn sie vorher beseitigt werden konnten. Jede Verbesserung, welche er irgendwie für die Notleidenden erreichen konnte, jede Verbesserung für die Unterdrückten, das war es, wofür er sein ganzes Können einsetzte. Und er erkannte es auch willig an, wenn er hier und da einen Erfolg hatte. Wenn diese Anträge oft nur agitatorisch wirkten, dann lag es mehr an den Gegnern, die das wenige, was gefordert wurde, noch ablehnten.

Fast regelmäßig mußten die Gegner zugestehen, daß Uebelstände vorhanden sind. Und durch die Ablehnung der Anträge, die Besserung bringen würden, gaben sie zu, daß sie nicht den Willen hatten, die bestehenden Mißstände zu beseitigen und Besserung zu schaffen. Damit wirkten unsere Anträge lediglich agitatorisch.

Was Bebel in den 46 Jahren agitatorischer Tätigkeit geleistet hat, das ist ein bedeutendes Stück Parteigeschichte. Bis zum letzten Atemzuge hat er alle Kräfte eingesetzt, die Not der Leidenden zu lindern und die Unterdrückten zu befreien. Am 13. August schloß der Tod die scharfblickenden Augen und den beredten Mund des großen Freiheitskämpfers. Heute vor vier Wochen verzehrte die Flamme die Reste seines Körpers. August Bebel ist aber für uns nicht tot, er lebt und kämpft weiter. Die Flamme der Begeisterung, die er in den Herzen des kämpfenden Proletariats entfacht hat, wird nie erlöschen. Das Proletariat schreitet fort auf der Bahn, die er uns geführt hat, zum Siege. Wenn am Tage des Sieges die Proletarier aller Länder sich die Bruderhand reichen, dann werden sie willig die großen Verdienste dieses größten Taktikers anerkennen.

Parteigenossen! Sie haben sich von den Plätzen erhoben. Ich darf wohl in aller Namen konstatieren, daß durch das Erheben von den Sitzen nicht nur einer leeren Höflichkeitsformel genügt werden soll, sondern daß Sie auch gleichzeitig dadurch das Gelöbnis ablegen, im Sinne des Verstorbenen zu wirken, bis die letzte Schranke gefallen ist. (Stürmischer Beifall.)

Parteigenossen! Durch den Tod unseres Bebels haben die Gegner wieder einmal neue Hoffnung in sich gefressen. Sie glauben, daß nunmehr die Partei sich spalten und zerfallen wird. Das ist aber eine Hoffnung, die so alt ist, wie die Einigkeit der deutschen Sozialdemokratie. (Beifall.) Diese Hoffnung könnte etwas für sich haben, wenn Bebels Entschließungen reine Produkte seines Geistes gewesen wären. Aber sein persönliches Eigentum war doch nur sein warmes Herz für die Notleidenden, seine Begeisterung für die Befreiung der Unterdrückten, sein Gerechtigkeitsgefühl und sein Haß gegen jedes Unrecht, und die gewaltige Wucht seiner Beredsamkeit. Aber alles dieses hätte nicht so wirken können, wenn es keine Not, keine Unterdrückung, kein Unrecht gegeben hätte. Da Not, Unrecht und Unterdrückung aber in aller Schärfe fortbestehen, so sind auch die Voraussetzungen noch weiter gegeben, die das Proletariat in Einigkeit zusammenschweißen. Die Mängel der kapitalistischen Gesellschaft, das sind die Triebkräfte, die uns zu neuem Kampfe anspornen, und die die Massen in dem gleichen Streben zusammenschweißen. An einen Zerfall der Partei wäre ja nur dann zu denken, wenn Not und Elend, Unrecht und Unterdrückung aus der Welt verschwunden wären. Weil aber die Triebkräfte unseres Kampfes nicht beseitigt sind, darum dauert der Kampf fort. Es gibt keinen in unseren Reihen, der nicht die Einigkeit des Proletariats für die erste Vorbedingung des Sieges hält. Was uns alle antreibt im Kampf, das besteht fort. Das abgelaufene Jahr war reich und geradezu angefüllt mit schweren, an der Menschheit verübten Verbrechen. Der Massenmord wurde mit modernen Werkzeugen auf dem Balkan getrieben. Blühende Länderstrecken wurden verwüstet und Hunderttausende von Menschenleben wurden vernichtet. Die Leiter der Großstaaten sahen das Unheil kommen. Durch den Verlauf der Dinge wurde die ganze Erbärmlichkeit der Politik der Klassenstaaten bloßgestellt. Mehrfach standen die Großstaaten an dem Rande eines Krieges. Es war Gefahr vorhanden, daß Hunderttausende, Russen, Oesterreicher, Deutsche und Franzosen, hingeschlachtet wurden, weil man sich nicht einigen konnte, ob ein Hafenplatz, wie Durazzo, serbisch, albanisch oder montenegrinisch werden sollte. Den Krieg auf dem Balkan und die Kriegsgefahr in Mitteleuropa benutzten die Militaristen und Imperialisten zu einer Rüstungssteigerung, wie sie die Weltgeschichte noch nicht kannte. Die verheerenden Wirkungen dieses Rüstungswahnsinns werden erst in der Zukunft in Erscheinung treten. Je größer die Armee ist, um so unverschämter werden die Forderungen der Imperialisten zutage treten, indem sie glauben, in der Armee das Werkzeug zu haben, durch das eine Politik betrieben werden kann, bei der sie sich die Taschen füllen können.

Die Gegensätze zwischen den Großstaaten sind dadurch verschärft. Die Kriegsgefahr ist gesteigert. Die Mittel zum Ausbau der Kultur werden für militärische Zwecke, für Zwecke der Unkultur verschwendet. Die Kriegsgefahr kann nur gemildert werden durch die schärfere Betonung der internationalen Solidarität der Proletarier aller Länder. Nicht nur die Politik der Militaristen und Imperialisten gibt uns den Impuls zu erhöhter Tätigkeit. Nein, auch die wirtschaftliche Lage stellt uns vor große Aufgaben. Der kurzen Periode der Prosperität folgt jetzt eine Periode der Krise. Hunderttausende Arbeiter werden brotlos, und das in einer Zeit, in der die Arbeiter sowieso schon unter der Teuerung leiden. Die Perioden der Krisen werden von den Kapitalisten ausgenutzt, die Lebenshaltung der Arbeiter herabzudrücken. Da werden die wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats, die Gewerkschaften, in nächster Zeit gewiß vor schwere Aufgaben gestellt werden. In den Perioden der Krisen treten auch die Mängel sozialer Gesetzgebung schärfer zutage als sonst. Hier Besserung zu schaffen, wird zu den nächsten Aufgaben des Proletariats gehören. Die sozialpolitische Gesetzgebung stockt in Deutschland. Es ist das für die Arbeiter um so unerträglicher, weil die kapitalistische Entwickelung Riesenfortschritte macht. Die sozialpolitische Gesetzgebung von neuem in Fluß zu bringen, wird eine der nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie sein. Alle diese Aktionen vorzubereiten, für den Kampf wappnen und für die Agitation Material zu liefern, das wird eine der Aufgaben dieses Parteitages sein. In der Hoffnung, daß es uns gelingen möge, die Erwartungen des Proletariats zu erfüllen, erkläre ich den Parteitag für eröffnet. (Stürmischer Beifall.)

Ich glaube, wir folgen dem alten Brauche und wählen zwei Vorsitzende mit gleichen Rechten.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Lipinski-Leipzig: Der Parteiausschuß hat im Verein mit der Kontrollkommission und dem Parteivorstand über die Zusammensetzung des Bureaus beraten. Dem Genossen Haase ist es leider nicht vergönnt, in unserer Mitte zu weilen, weil er durch Krankheit verhindert ist. Wir schlagen Ihnen zur Leitung des Parteitages Ebert-Berlin und Bock-Gotha vor. Wir haben uns von dem Gesichtspunkte leiten lassen, einmal, daß es 50 Jahre her sind, daß die Partei gegründet worden, und 38 Jahre, daß der Einigungskongreß in Gotha stattgefunden hat, dem unser Genosse Bock vorgestanden hat. Er hat damals die schwierigen Verhandlungen geleitet. Bitte stimmen Sie unseren Vorschlägen zu.

Darauf werden Ebert-Berlin und Bock-Gotha einstimmig zu Vorsitzenden des Parteitages gewählt.

Ebert-Berlin übernimmt den Vorsitz: Wir fahren weiter fort in der Konstituierung des Parteitages, und zwar zunächst des Bureaus.

Auf Vorschlag von Linde-Königsberg werden zu Schriftführern gewählt: Dürr-München, Hanusch-Stettin, Husemann-Bochum, Kilian-Kassel, Lehmann-Niederbarnim, Leuthold-Dresden, Frau Reitze-Vegesack, Rudolph-Jena und Weinheber-Hamburg.

Vorsitzender Ebert: Ich glaube wohl im Einverständnis mit sämtlichen Bureaumitgliedern zu handeln, wenn ich Ihnen für das uns entgegengebrachte große Vertrauen danke. Wir werden uns nach besten Kräften bemühen, unserer Aufgabe gerecht zu werden. Wir bitten aber auch den Parteitag, uns bei dieser Aufgabe kräftig zu unterstützen.

Auf Vorschlag von Dißmann-Frankfurt a. M. werden in die Mandatsprüfungskommission gewählt: Blume-Hamburg, Graupe-Zwickau, Hörsing-Beuthen, Frau Kaßner-Magdeburg, Roßmann-Ulm, Schadow-Kottbus, Seel-Mainz, Sollmann-Köln und Wedemeyer-Göttingen.

In die Beschwerdekommission werden auf Antrag Scholich-Breslau gewählt: Frau Agnes-Düsseldorf, Gottschalk-Königsberg, Hutterer-Frankfurt a. M., Krüger-Rostock, Maier-Heidelberg, Paulick-Dessau, Rindfleisch-Kiel, Ryssel-Leipzig und Scholz-Neukölln.

Ebert: Genossinnen und Genossen! Der Genosse Lipinski hat schon erwähnt, daß unser Genosse Haase, der Vorsitzende unserer Partei, durch Krankheit leider verhindert ist, am Parteitage teilzunehmen. Zu meiner großen Freude und sicher auch zu der Ihrigen kann ich mitteilen, daß sich unser Genosse Haase auf dem Wege guter Besserung befindet. (Bravo!) Ich glaube Ihrer Zustimmung sicher zu sein, wenn ich namens des Parteitages zum Ausdruck bringe, daß wir alle von Herzen wünschen, daß unser Genosse bald wieder völlig hergestellt sein möge und in alter Frische seine Tätigkeit in der Parteileitung aufnehmen kann. (Bravo!) Das Bureau wird diesen Wunsch des Parteitages dem Genossen Haase telegraphisch übermitteln.

Weiter kann ich Ihnen mitteilen, daß unser verdienter Genosse Albin Gerisch, der in den letzten Jahren durch Krankheit verhindert war, an den Parteitagen teilzunehmen, zu unserer großen Freude heute wieder in unserer Mitte weilt. (Lebhafter Beifall.) Ich glaube in Ihrem Namen zu handeln, wenn ich ihn besonders begrüße und auch ihm baldige völlige Genesung wünsche. (Bravo!)

Dann haben wir die große Freude, wie in früheren Jahren, so auch auf diesem Parteitag eine stattliche Zahl lieber Gäste aus dem Ausland begrüßen zu können. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen sind als Vertreter ausländischer Parteien und Parteiinstitutionen erschienen die Genossen Huysmans, unser Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Brüssel, Pernerstorfer als Vertreter der österreichischen Partei, Polke als Vertreter von Niederösterreich, Buchinger für Ungarn, Keir Hardy für England, Anseele und Vandersmissen für Belgien, Troelstra für Holland, Ole O. Lian für Norwegen, Platten für die Schweiz, Pelusso für Portugal und ein Vertreter der sozialistischen Arbeiterpartei Rußlands.

Namens des Parteitages begrüße ich die Vertreter unserer ausländischen Bruderparteien und wünsche, daß sie sich in unserer Mitte recht heimisch fühlen werden. (Bravo!)

Pernerstorfer-Wien (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Im Namen der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs erlaube ich mir vorerst hier an dieser Stelle dem tiefen Schmerze Ausdruck zu geben, den der Verlust, den nicht Sie allein erlitten haben, der Verlust Bebels, in uns erweckt hat. Bebel hat nicht Ihnen allein gehört, er hat dem Proletariat und dem Sozialismus der ganzen Welt gehört. Wir Oesterreicher bilden uns ein, daß wir besondere Lieblinge von ihm waren. Vielleicht ist das eine Ueberschätzung, die man uns Oesterreichern ja in manchen Dingen nachsagt. (Heiterkeit.) Aber wir bilden uns das schon deswegen ein, weil die Beziehungen, die er, der unbestrittene Führer der deutschen Sozialdemokratie, zu unserem Führer, dem Genossen Viktor Adler, gehabt hat, so innig, so ganz intim waren. Nicht allein proletarische Parteisolidarität hat sich in diesen Beziehungen ausgesprochen, es waren Beziehungen der persönlichsten Art, Beziehungen der intimsten Freundschaft. Bebel hat ja Oesterreich nicht allein kennen gelernt in seinen jungen Jahren — und ich möchte ja nicht glauben, daß gerade diese Handwerksreisen durch Oesterreich ihm so tiefe Sympathie für unser Land beigebracht hätten (Heiterkeit), aber ich glaube immerhin, daß die Persönlichkeit Viktor Adlers auf ihn sehr stark gewirkt hat und daß diese persönliche Freundschaft es auch dahin gebracht hat, daß er uns Oesterreicher wenigstens immer besonders lieb behandelt hat, jedenfalls haben die Wiener Arbeiter das Glück gehabt, ihn wiederholt zu hören. Für uns war Bebel das leuchtende Vorbild eines sozialdemokratischen Parteimannes und obwohl wir wußten, so wie alle Welt, wie schwer krank er in den letzten Jahren war, so hat uns die Nachricht um so mehr erschüttert, als wir selbst ja für unseren so ausgezeichneten Viktor Adler Besorgnisse haben müssen und er gerade durch den Tod Bebels persönlich sehr schwer getroffen wurde. Er bedauert auch, dem Parteitag nicht beiwohnen zu können, er wäre so gern wieder nach Jena gekommen, aber seine Gesundheit ist sehr erschüttert. — Sie werden weder erwarten, noch ist es meines Amtes, hier über Oesterreich zu reden. Wer mich als Sänger des österreichischen Elends kennen lernen will, hat dazu Gelegenheit am Dienstag in der Versammlung, am Mittwoch in Weimar und sonst wo, da werde ich mich über diese Dinge sehr ausführlich äußern müssen — nicht zu meinem Vergnügen; vielleicht, wenn es mir gelingt, zum Vergnügen der Zuhörerschaft. (Heiterkeit.) Aber nehmen Sie die Versicherung entgegen, daß wir deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich, die wir unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen leben, der Sache des Sozialismus treu ergeben sind. Wir werden zwar manchmal verdächtigt, daß wir Opportunisten sind, aber glauben Sie das nicht. (Nein, nein! — Heiterkeit.) Wir sind sehr ernsthafte Sozialdemokraten. Diese Verdächtigungen haben ja vielleicht ihren Grund darin, daß man Oesterreich so schwer verstehen kann. Verstehen die Oesterreicher doch selber oft ihr Land nicht, wie soll der Ausländer es verstehen. (Heiterkeit.) Aber schon der Umstand allein, daß ein Mann von der Bedeutung Viktor Adlers an unserer Spitze steht und die Politik leitet, kann Ihnen die Zuversicht geben, daß wir deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich unsere internationalen Pflichten streng im Auge haben, daß wir Sozialisten sind im Sinne Bebels. Das heißt Sozialisten, die nicht allein, was selbstverständlich notwendig ist, die Pflichten des Tages immer im Auge haben und die die Arbeit des Tages nicht eine Stunde versäumen, sondern Sozialisten im Sinne Bebels, der in die Zukunft geschaut hat. Wenn irgendwelche Vorteile in der Arbeit des Tages erreicht werden können — wir bestreben uns und bemühen uns, als ob das das einzige Ziel unseres Daseins wäre. Aber unser Auge ist fest gerichtet auf die Zukunft, unser Auge läßt nicht ab von dem Flammenzeichen des sozialistischen Zukunftsstaates und wir wissen und sind uns bis in die tiefsten Fasern hinein dessen bewußt, daß nur dann, wenn wir unser Endziel erreicht haben, das in die Wirklichkeit treten wird, was wir wollen, die wahre Freiheit und Gleichberechtigung der Menschen. In diesem Sinne sind wir Schüler und Nachfolger Bebels nach unseren bescheidenen Kräften. Er leuchtet uns voran als der, dessen Kopf kühl, dessen Herz warm und brennend war. Er leuchtet uns voran als das Vorbild des Proletariers, als der Prophet, als der er so oft verspottet worden ist, als den wir ihn auf unseren Schild erheben,

denn wie er glauben wir an die Zukunft unserer Aufgaben, glauben wir an das Werden und Wachsen des Sozialismus. (Stürmischer Beifall.)

Keir Hardy (Genosse Dr. Frank gibt die Uebersetzung): Ich bringe den deutschen Genossen die brüderlichen Grüße der englischen Arbeiterpartei, also die Grüße von 2 Millionen Gewerkschaftlern und von 60 000 organisierten Sozialisten. Wir empfinden mit Euch tief den schweren Verlust, den Ihr durch den Tod von August Bebel erlitten habt. August Bebel gehörte zu Euch durch die Geburt, er gehörte uns wie der ganzen Welt durch sein Werk, durch sein Wirken für den Sozialismus. Dieses Werk trägt auch bei uns in England Früchte. Die Arbeiterbewegung ist seit einiger Zeit in kräftigem Wachstum bei uns begriffen, die Gewerkschaften haben im Laufe der letzten zwei Jahre 1 Million Mitglieder gewonnen und gleichzeitig mit der Zahl der Mitglieder wächst auch der Geist der Arbeitersolidarität. Das zeigt sich nicht bloß auf den Gebieten der gewerkschaftlichen Arbeit, sondern vor allem auch in der politischen Bewegung. Wir sind eben im Begriff, unter Führung und Mithilfe des Internationalen Sozialistischen Bureaus alle sozialistischen Gruppen Englands zusammenzuschmieden zu einer großen sozialistischen Partei. (Lebhafter Beifall.) Wir folgen dabei dem schönen Beispiel der Einigkeit, das uns von der deutschen Sozialdemokratie gegeben worden ist. Diese Einigkeit ist auch dringend notwendig, denn auf der anderen Seite sehen wir, daß die Kapitalisten ihre Reihen schließen, ihre Organisationen stärken, um die Macht der Arbeiterklasse zu brechen. Polizisten, Soldaten und Gerichte wirken in diesem Sinne zusammen. Das weckt aber wieder neue Kräfte in der Arbeiterklasse. Vor allem sehen wir, daß der Kampf gegen den Militarismus erstarkt ist. Den Völkern werden durch die Rüstungen zu Land und Wasser so gewaltige, unerträgliche Lasten auferlegt, daß der schärfste revolutionäre Kampf dagegen unvermeidlich ist. Sache der Sozialisten ist es, in diesem Kampf die Leitung zu haben. Es ist eigentlich seltsam, daß die herrschenden Gewalten dieser Gefahr sich aussetzen, denn die Entwickelung geht offenbar in anderer Richtung. Wir sehen, daß der Handel, die Industrie, die Kunst, die Wissenschaft internationale Erscheinungen sind und wir sehen gleichzeitig, wie die Solidarität der Arbeiterklasse täglich wächst. Da müßte es die höchste Aufgabe der europäischen Staatsmänner sein, nicht die Verhetzung der Völker durch die ständigen Rüstungen zu steigern, sondern den Frieden und die Versöhnung der Völker zu fördern und schließlich die Vereinigten Staaten von Europa herbeizuführen. (Beifall.) Wir sehen aber, daß die verantwortlichen Staatsmänner ihre Pflicht nicht tun, sondern auf entgegengesetzte Ziele hinarbeiten. Vor allem sehen wir, daß sie die für den Frieden fechtende Demokratie bekämpfen. Es wäre den Staatsmännern möglich, innerhalb des Lebens einer Generation auf die Rüstungen zu verzichten und den internationalen europäischen Frieden zu verankern. Wenn die Staatsmänner ihre Pflicht nicht tun, so tut eine andere Macht ihre Pflicht, das ist die internationale Sozialdemokratie. In jedem Staat, in jedem Land wächst ein Staat im Staate heran, das ist die sozialistische Partei. Dieser neue Staat, den wir keimen sehen, wird nicht gegründet sein auf die Gewalt, sondern gegründet auf Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit. (Beifall.) Ich bringe Euch wiederholt die Grüße der englischen Arbeiter und ich wünsche Euren Kämpfen und den Arbeiten Eures Parteitages den besten Erfolg. Ich schließe mit dem Rufe: Hoch die internationale Sozialdemokratie, hoch die Sozialdemokratie, in deren Reihen die deutsche Sozialdemokratie immer als Vorkämpferin sich bewährt hat! (Lebhafter Beifall.)

Troelstra-Holland (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Der freundlichen Einladung Ihres Parteivorstandes folgend, hat der Vorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands mich beauftragt, dem Parteitag der deutschen Bruderpartei die herzlichsten Grüße des kämpfenden Proletariats der Niederlande zu überbringen. Die Parteitage der deutschen Sozialdemokratie erregen immer unser höchstes Interesse, nicht nur, weil wir uns auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete als ein Zweig der Bewegung fühlen, sondern auch weil wir die hohe und immer wachsende Bedeutung der Weiterentwickelung Ihrer Partei für die ganze Internationale anerkennen. Nicht nur auf wissenschaftlichem Gebiete, sondern auch auf dem der politischen und gewerkschaftlichen Organisation, der Bildungsarbeit, der Tagespresse hat die deutsche Sozialdemokratie unbestritten die Führung der Internationale. Sie hat es verstanden, in ihren 4¼ Millionen Wählern mehr als ein Drittel des Volkes um sich zu sammeln und sich zu einer Macht zu entwickeln, auf die die stolzesten Hoffnungen des Proletariats aller Länder gebaut sind. Eben deshalb weckt der diesjährige Parteitag unser besonderes Interesse. Namentlich in Ländern, wo die Sozialdemokratie viel weniger Bedeutung im Volke hat, über soviel weniger Macht von Organisationen und Propagandamitteln verfügt, sehen wir, daß dennoch das Volk oft weit mehr Freiheiten hat als in Deutschland. Es gibt Länder, wo die Sozialdemokratie an Bedeutung der Ihrigen viel nachsteht, aber wo ein konsequent durchgeführtes parlamentarisches System die Errungenschaften unserer Wahlkämpfe zur Geltung kommen läßt in unserer Machtstellung der zentralen Regierung gegenüber. Bei Ihnen, wo eine parlamentarische Regierung fehlt, wird besonders dieser Zustand als ein Widersinn, als etwas Unerträgliches, als eine unerhörte Hemmung der sozialen Kräfte empfunden. (Sehr richtig!) Fügt man hinzu, daß von diesen und anderen Umständen, die ich hier nicht zu erörtern brauche, eine kleine Gruppe von Großgrundbesitzern Vorteil hat und Mißbrauch damit in ihrem eigenen Interesse treibt, und daß wohl in Deutschland der Gegensatz zwischen dem Friedenswillen der mächtigsten Partei und dem militärischen Streben der herrschenden Klassen so scharf zutage tritt wie nirgends, dann versteht man es, wie ein Suchen nach neuen Kampfesmitteln neben den parlamentarischen, begründet auf die soziale Stellung der Arbeiterklasse, sich mehr und mehr der Geister in Ihrer Partei bemächtigt. Eine Partei, so groß, geistig und wirtschaftlich so bedeutend wie die Ihrige, muß entweder zur vollen Geltung kommen können in der zentralen Regierung und Gesetzgebung und die so gewonnene politische Macht auch wirklich ausbeuten wollen oder sie muß durch außerparlamentarische Aktionen das Bedürfnis, die wirklich gewonnene Macht zur Erreichung neuer Positionen zu betätigen, zu befriedigen suchen. (Sehr gut!) In diesem Geist begrüßen wir die Behandlung der Frage des politischen Massenstreiks auf diesem Parteitag als ein Ereignis von großer Bedeutung, nicht nur für die deutsche Partei, sondern für die ganze Internationale. (Bravo!) Dies gilt auch für die Länder, wo wie in Holland das parlamentarische System zwar besteht, aber in seinen Folgen von uns nicht so ausgenutzt werden kann, wie eine bürgerliche Partei es zu tun vermag. Ich komme hier zu einem kurzen Bericht über die Lage unserer Partei, die geschaffen ist durch den großen, überraschenden Sieg bei den letzten Wahlen. Zuerst sei es mir gestattet, Ihrer Partei von ganzem Herzen zu danken für die moralische und materielle Unterstützung, die wir erhalten und wovon wir, wie wir hoffen, auch nach Ihrer Meinung einen guten Gebrauch gemacht haben. Hat die holländische Sozialdemokratie vieler Jahre bedurft, um sich in dem Kampf wider Anarchismus und religiöses Sektierertum zu einer Massenpartei zu entwickeln, in den letzten Jahren hat sie angefangen, die Frucht ihrer zähen Arbeit zu ernten. Die Mitgliederzahl der Partei wuchs in den letzten vier Jahren von 9000 auf 25 000, das Parteiorgan erhielt etwa 26 000 Abonnenten, die Zahl der Gemeinderats-

mitglieder verdoppelte sich, die Stimmenzahl bei den Kammerwahlen stieg von 82 000 auf 145 000, die Mandate von 7 auf 16, und die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von 36 000 auf 75 000. (Bravo!) Unser Kampf um das allgemeine Wahlrecht hatte den Erfolg, daß den freisinnigen Parteien aller Schattierungen das allgemeine Wahlrecht als erster Programmpunkt aufgedrängt wurde, daß das Verbot des Frauenwahlrechts in der Verfassung unhaltbar geworden ist und daß der Versuch, durch eine Erweiterung der Befugnisse der ersten Kammer die eventuelle Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die zweite Kammer im voraus zu einem Scheinmanöver zu gestalten, unwiderruflich gescheitert ist. Jetzt gilt es in der kommenden gesetzgeberischen Periode, diese Errungenschaften durch eine Verfassungsänderung festzulegen und damit dem siegreichen Fortschreiten unserer Partei neuen Boden zu eröffnen. Es ist Ihnen bekannt, wie der Versuch der verbündeten liberalen Parteien, im Anfang dieser neuen Periode des Wachstums unserer Partei ihren Charakter als rücksichtslose Kampfpartei dadurch zu schwächen, daß sie die Verantwortung in der Regierung mit übernehmen sollte, an unserer Weigerung gescheitert ist. In Uebereinstimmung mit der Meinung aller von uns befragten deutschen, belgischen und dänischen Genossen haben wir das Angebot von drei Ministerportefeuilles abgewiesen (Bravo!) und uns bereit erklärt, eine Regierung der verbündeten Liberalen, solange und insoweit sie als ein Ministerium des allgemeinen Wahlrechts die Verfassungsänderung in kurzer Zeit zustande bringen wollte, gegenüber den Klerikalen zu unterstützen. Diese Unterstützung war, soweit es sich um das militärische Budget handelt, an die Bedingung geknüpft, daß dem Volke keine neuen Lasten auferlegt werden dürfen. Es ist wohl diese letzte Bedingung gewesen, welche die verbündeten Liberalen veranlaßt hat, unter diesen Umständen auf eine parlamentarische Regierung zu verzichten und die Bildung eines extraparlamentarischen Ministeriums zu fördern, eines Ministeriums aber, das gleichfalls durch das Wahlprogramm gebunden ist, das uns zum Siege verholfen hat und das wahrscheinlich nur für die militärischen Forderungen sich statt auf uns auf die Rechte stützen wird, eines Ministeriums, dem gegenüber wir ebenso frei und selbständig dastehen, wie wir bis heute jeder Regierung, klerikal oder liberal, gegenüber gestanden haben. Dies würde für die Kampfesstellung und die Einheit in der Partei wohl die denkbar günstigste Lösung der parlamentarischen Krisis sein, wenn nicht die Gefahr vorhanden wäre, daß von klerikaler oder von konservativer Seite eine Kabinettskrisis herausgelockt werden würde, bevor es zu der Verhandlung über die Wahlrechtsfrage gekommen ist, wodurch eben dieser wichtigste Programmpunkt in die Brüche gehen würde. Die Weigerung der Sozialdemokraten und der verbündeten Liberalen, miteinander, sei es in einer Regierung, sei es auf Grund eines parlamentarischen Wahlrechtskompromisses, als Majorität sich gegen die Klerikalen zu konstituieren, kann dann den Vorwand bilden zu einer Kammerauflösung, die wiederum die Klerikalen als die einzig regierungsfähige Partei ans Ruder bringen würde. Um dem vorzubeugen, habe ich mich auf unserem letzten außerordentlichen Parteitag für eine Resolution erklärt, welche für den Notfall die Bildung einer sozialdemokratisch freiwilligen Regierung als notwendig erklärt. (Hört! hört!) In parlamentarischer Hinsicht wären wir bei Annahme dieser Resolution während der Kampfesperiode Herren der Situation gewesen, während die Einführung des allgemeinen Wahlrechts jetzt von dem guten Willen und dem Anstandsgefühl der Liberalen und der außerparlamentarischen Machtentfaltung des Proletariats abhängt. Die Einmütigkeit, mit der die Partei diese Resolution angenommen hat, haben wir als eine Kundgebung des proletarischen Willens begrüßt, als ein Zeichen, daß die Wurzeln der internationalen Bewegung tief

eingedrungen sind in das Fühlen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Hollands, und in der Ueberzeugung, daß, wenn die Partei einen Fehler begangen, das Heilmittel nicht in der Ursache des Fehlers selbst liegt. In dieser Ueberzeugung konnten Majorität und Minorität sich zusammenfinden in einem gemeinsamen Aufruf, sich zu sammeln um das rote Banner unserer einigen, kampfesmütigen Partei. Hiermit aber ist die Frage des politischen Massenstreiks auch für unsere Partei von aktueller Bedeutung geworden, und werden Ihre Beratungen besonders in unseren Kreisen lebhaftes Interesse finden.

Es ist jetzt 20 Jahre her, daß ich zum erstenmal einem deutschen Parteitage beiwohnte. Das war zu Köln 1893. Damals standen Ihre Parteitage unter dem großen überwältigenden Einfluß der großen Heroen des Sozialismus, die für ewig in den Herzen der Arbeiter aller Länder leben werden. Liebknecht, Auer, Singer und der größte von ihnen, Bebel, sie sind nicht mehr. Aber welch eine Veränderung in den 20 Jahren, welch ein gewaltiger Fortschritt auf jedem Gebiet! Wie groß und stark an Kopf und Gliedern ist das kämpfende Proletariat Deutschlands in den 20 Jahren geworden, wie stolz schreitet überall unsere Bewegung dahet. Die Trägerin der geistigen und kulturellen Entwickelung der Millionen, das große anschwellende Heer, das für die höchsten Ideale unserer Zeit kämpft ud dessen dröhnender Tritt wie ein schallender Siegeschor die letzten Stadien des sich überlebenden Kapitalismus durchschreitet, der neuen Zeit, dem Siege des Sozialismus, der Befreiung der Massen vor Ausbeutung, Druck und Elend entgegen!

In diesem Sinne begrüße ich Ihren Parteitag als eine neue Etappe des Kampfes, als eine erneute Bürgschaft des Sozialismus und rufe es dem Vorredner nach: Die deutsche, die internationale Sozialdemokratie lebe hoch! (Lebhafter Beifall.)

Vandersmissen-Belgien (mit lebhaftem Beifall begrüßt) spricht in französischer Sprache. Klara Zetkin (ebenfalls lebhaft begrüßt) übersetzt: Genosse Vandersmissen ist der Träger der herzlichsten Grüße und Glückwünsche der belgischen sozialdemokratischen Partei für die deutsche Sozialdemokratie und ihre bevorstehenden Beratungen. Er ist auch in gleicher Weise der Träger der Versicherung tiefster Anteilnahme der belgischen kämpfenden Arbeiterklasse an dem schweren Verluste, den die deutsche Sozialdemokratie durch den Tod unseres August Bebels erlitten hat. Die belgische Sozialdemokratie hat in Bebel nicht nur den bewunderungswürdigen Führer der deutschen kämpfenden Arbeiterklasse geschätzt und verehrt, sondern auch als hervorragende große führende Gestalt in den Reihen des internationalen Proletariats. Die Kunde von seinem Tode hat in den Herzen aller klassenbewußten belgischen Arbeiter tiefe Trauer ausgelöst. Vandersmissen versichert, daß die belgische Partei mit dem lebhaftesten Interesse das ganze Wirken der deutschen Sozialdemokratie und auch die bevorstehenden Beratungen verfolgt. Aber es gibt ein Gebiet in der Tätigkeit der deutschen sozialdemokratischen Partei, dem die belgischen Arbeiter ganz besonderes Interesse zuwenden. Das ist das Gebiet der Bildungsbestrebungen, auf dem die deutsche Sozialdemokratie in den letzten Jahren die riesenhaftesten Anstrengungen gemacht hat, um einen Ausgleich herbeizuführen mit dem, was die bürgerliche Gesellschaft an Bildung und Kultur den breiten werktätigen Massen schuldig bleibt. In Belgien bemüht man sich, soweit es die bedeutend geringeren Mittel und Kräfte erlauben, gerade das Beispiel der deutschen Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Bildungsbestrebungen nachzuahmen. Man hat seit ungefähr zwei Jahren einen Zentralbildungsausschuß konstituiert. Er soll in der nächsten Zeit 70 Bildungsanstalten in den verschiedenen Teilen des Landes einrichten, um die sozial-

demokratische Erziehung in die weitesten Kreise der Arbeiterklasse hineinzutragen und aus deren Reihen selbst führende und erziehende Kräfte allmählich heranzubilden. (Beifall.) Vandervelde hat erklärt, daß die belgische Partei mit ganz besonderem Interesse die Beratungen des Parteitages verfolge, soweit es sich um die Mittel und Wege handele, durch die das allgemeine, das demokratische Wahlrecht in den einzelnen Bundesstaaten errungen werden kann. Denn seit fast einem halben Jahrhundert steht das belgische Proletariat unter der Führung der Sozialdemokratie in einem Kampfe um die Eroberung der politischen Gleichberechtigung. In diesem Kampfe hat die Arbeiterklasse alle ihr zur Verfügung stehende Mittel angewendet. Als im vorigen Jahre Vandervelde als Vertreter seiner Partei den Beratungen des Parteitages zu Chemnitz beiwohnte, stand die belgische Partei vor den Vorbereitungen zu einem neuerlichen, große Kräfte erheischenden Vorstoße zur Eroberung dieses Wahlrechts. Und es ist als eine moralische Ermutigung, als eine Herzstärkung empfunden worden, daß die belgischen Delegierten die Versicherung nach Hause nehmen konnten, daß die deutsche Arbeiterklasse mit herzlicher Sympathie und bereit zu tatkräftiger Hilfe, neben dem belgischen Proletariat stand. Das belgische Proletariat hat nun seit einigen Monaten den großen, opferreichen Kampf hinter sich. Es ist wahr, daß er noch nicht unmittelbar und sofort zu dem erstrebten Ziel geführt hat. Aber, betont Vandervelde, dieser Kampf ist nicht umsonst gewesen, er hat eine Bresche in das Bollwerk der Reaktion gelegt. Die belgischen Sozialdemokraten sind fest entschlossen, diese Bresche immer mehr zu erweitern, bis die politische Gleichberechtigung erobert worden ist. Der Kampf hat aber in anderer Weise unmittelbare Früchte gezeitigt. Er hat die Idee des Sozialismus in weitere Kreise getragen und befestigt. Er ist dazu ausgenutzt worden, die Organisation zu befestigen. Vandervelde konstatiert mit Freuden, daß nach dem Massenstreik sowohl die genossenschaftlichen wie die gewerkschaftlichen und die politischen Organisationen zahlreicher und gefestigter auf dem Plane stehen, als vor dem großen Kampfe, und daß die sozialdemokratische Presse ganz bedeutend an Verbreitung gewonnen hat. So gekräftigt steht die Partei nach dem Kampfe da, daß das Unternehmertum nicht auszuführen wagte, was es vorher geplant und geschworen hatte, nämlich Rache zu nehmen an den entschlossenen Wahlrechtskämpfern. Vandervelde führt diese Erfolge darauf zurück, daß man gerade vor dem Kampfe und während des Kampfes nach dem Beispiel der deutschen Sozialdemokratie die Massen zur Selbstzucht erzogen hat. Ferner daß man bestrebt war, die Gesamtbewegung nicht zersplittern zu lassen, sondern diese immer mehr zu zentralisieren. Der Erfolg war andererseits zurückzuführen auf den sozialistischen Geist, der von Anfang an sowohl das Handeln der Genossenschaften, wie der Gewerkschaften und der politischen Organisation erfüllte. Dieser sozialistische Geist brachte das engste Zusammenwirken der verschiedenen Organisationen im Kampfe mit sich. Deshalb ist man durch das relativ kleine, unmittelbare, positive politische Ergebnis des Kampfes nicht entmutigt, sondern umgekehrt, das belgische Proletariat ist bereit, die bereits gebrachten Opfer von neuem auf sich zu nehmen und wieder in den Kampf einzutreten mit dem Ruf: es lebe das allgemeine Wahlrecht! So wird die Partei in Belgien die Beratungen der deutschen Sozialdemokratie in dieser Woche mit dem größten Interesse verfolgen. Vandervelde wünscht zu diesen Beratungen Glück und schließt mit dem Ruf: Es lebe das allgemeine Wahlrecht, es lebe die deutsche, es lebe die internationale Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall.)

Buchinger-Budapest: Werte Parteigenossen! Namens der ungarländischen Sozialdemokratie begrüße ich den Parteitag auf das allerherzlichste. Ich habe zunächst zu erklären, daß wir an dem großen Schmerze, den Sie durch das

Ableben unseres Genossen August Bebel erlitten haben, den tiefsten Anteil nehmen. Wir werden es August Bebel nicht vergessen, daß er, wie der ganzen Internationale, so auch der ungarländischen Arbeiterschaft zu einer Zeit der größten Bedrängnis 1905 mit gutem Rat beigestanden hat. Parteigenossen! So gern ich es möchte, bin ich leider nicht in der Lage, Ihnen über irgendwelche erfreulichen Ereignisse in Ungarn berichten zu können. Wenn das Proletariat der meisten Länder allen Grund hat, auf die Geschehnisse der letzten Zeit mit einer gewissen Traurigkeit zurückzublicken, so hat doch das Proletariat nicht jeden Landes das doppelte Unglück zu erleiden, das wir verzeichnen müssen. Wir mußten erstens hart an der Grenze jener schrecklichen, blutigen Ereignisse des Balkans leben und jeden Moment davor zittern, die Folgen der frevlerischen Dummheit der österreichisch-ungarischen Diplomatie auf uns nehmen zu müssen. Zweitens mußten wir eben zu jener Zeit es erleben, daß auf den Regierungsbänken notorische Diebe sitzen. Sie finden es vielleicht zu drastisch, wenn ich das hier sage, aber Sie müssen sich selbst dessen erinnern, daß kaum vor einigen Wochen der gewesene Ministerpräsident Ungarns von einem Königlichen Gericht als der größte Panamist Europas gebrandmarkt wurde. Und nun haben wir einen am Halse (Heiterkeit), den berüchtigten Tisza, der aus jenen gestohlenen Geldern nahezu eine Million für die Zwecke der Wahl seiner eigenen Person verwendete. Dieser „Ehrenmann", dessen Großvater schon eine Opposition ausspeitschen ließ, dessen Vater als gewesener Ministerpräsident der eigentliche Begründer der ungarischen Regierungskorruption, in jeder Beziehung also der legitime Vater des jetzigen Tisza war (Sehr gut!), dieser Ehrenmann ist der Vertrauensmann der Wiener Kamarilla und so ist es zu verstehen, wenn in Ungarn die letzten Reste, der letzte Schein eines parlamentarischen Zustandes vernichtet wurde. So ist es gekommen, daß in Ungarn durch die Etablierung einer Säbelherrschaft auch die letzten Reste der Rechtssicherheit zerstampft wurden, so ist es gekommen, daß das ungarländische Volk um die Wahlreform, die ihm in verschiedenen Thronreden so heilig versprochen wurde, betrogen wird. (Zurufe: Ganz wie bei uns in Preußen!) Es ist natürlich bei so vorgeschrittener Zeit nicht am Platze, auf die Einzelheiten jenes Schandwerkes einzugehen, das in ungarischen Regierungskreisen „Wahlreform" geschimpft wird. Ich stelle aber die Frage, ob es nicht unerhört und zugleich irrsinnig ist, wenn man ein Gesetz nach 40jährigem Bestehen „reformiert", indem man die Altersgrenze der Wähler von 21 oder 24 Jahren auf 30 Jahre erhöht, indem man den Steuerzensus bestehen läßt, indem man einen Zustand schafft, wonach der Arbeiter, wenn er wahlberechtigt werden will, zwei Jahre nicht etwa in einer Gemeinde wohnen, sondern in einem Industriefach, in einer Branche ununterbrochen beschäftigt sein muß. (Hört! hört! und Lachen.) Verehrte Parteigenossen! Dies alles ist natürlich in Ungarn möglich in erster Linie deshalb, weil die Diplomatie Oesterreich-Ungarns auf imperialistische Eroberungen und Siege ausging, dabei natürlich nichts anderes besiegte, als das Volk des eigenen Reiches, und nichts anderes tat, als unsägliches Elend und Not über das Volk zu bringen. In Budapest haben noch im September Riesenversammlungen von Arbeitslosen stattgefunden und trotz des erhöhten Rekrutenkontingents stehen die Dinge bei uns heute so, daß bei Militäraushebungen nicht einmal der alte Stand aufgebracht werden kann, weil die Flucht nach Amerika wieder so groß ist. So befinden sich denn die Arbeiter Ungarns in sehr schwerer Lage. Aber wir haben den Vorteil, daß die Zustände im Lande zu einer rücksichtslosen, zu einer revolutionären Agitation direkt herausfordern. Wir werden die Regierung an die gegen das Volk begangenen Schändlichkeiten recht oft und nachdrücklich erinnern. Ihre Beratungen werden dazu beitragen, daß wir neuen

Mut, neue Entschlossenheit bekommen. In diesem Sinne wünsche ich Ihren Beratungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Platten-Schweiz: Die Proletarier der Schweiz sind diejenigen, die vor ein paar Wochen die letzten Ueberreste, das was vergänglich war an Bebel, überführen mußten zum Krematorium, um ihn dort in Flammen aufgehen zu sehen. Die Arbeiter der Schweiz haben durch ihre Teilnahme an dem Begräbnis bezeugt, daß sie nicht nur gegenüber dem Genossen Bebel selbstverständlich die größten Sympathien empfanden, sondern daß sie auch der deutschen Partei gegenüber immer sich dessen bewußt sind, was sie ihr verdanken. Die schweizerische Partei hat ja nicht nur die Führer von der deutschen Partei bekommen. Die meisten hervorragenden Genossen, die in der Partei tätig sind, die im Anfangsstadium der Arbeiterbewegung tätig waren, waren Emigranten, waren deutsche Genossen, ich erinnere nur an einen der vielen, an den Genossen Greulich. Wir haben von der deutschen Partei auch die Methode der Arbeit übernommen. Wir brauchen uns dessen nicht zu schämen, denn immer ist die deutsche Partei auch den anderen Ländern ein Beispiel gewesen. Und uns Schweizern mußte sie es schon deshalb sein, weil wir die gleiche Sprache sprechen und vor allem in der Frühzeit der Bewegung das zur Agitation nötige Menschenmaterial nicht aufbringen konnten, weil unsere Zustände noch zu kleinbürgerlich, zu demokratisch waren. (Heiterkeit.) Gerade die Demokratie erschwert es, den indifferenten Arbeiter von der Notwendigkeit der Parteiorganisation zu überzeugen. Bei Ihnen, wo der Druck stark ist, ist das verhältnismäßig leicht. Auch bei uns setzt jetzt die Partei mit intensiver Bildungsarbeit ein. Auch da ist sie nach dem Muster der deutschen Partei verfahren. Genossen! Wir haben jetzt unter den Kapitalisten der Schweiz eine Menschensorte heranwachsen sehen, die auch den nötigen ökonomischen Druck auf die Masse ausübt. Zum Beweise dafür erinnere ich sie daran, daß vor kurzer Zeit in Zürich ein Generalstreik über Nacht ausgebrochen ist. Er ist mit elementarer Gewalt gekommen, kein Parteibeschluß hätte ihn wahrscheinlich zu verhindern vermocht, denn die Reaktion hat zu fanatisch gewirkt. Die Regierung der Demokratie hat sich zu sehr unter die Herrschaft der Kapitalisten begeben. Auch wir werden bei dem nächsten Parteitag die Frage des Generalstreiks erörtern. Wir werden sie von einer anderen Seite vielleicht beleuchten müssen. Sie betrachten sie unter dem Gesichtspunkt als aktive Kampfeswaffe, um positiv mit dem Generalstreik etwas zu erreichen. Wir sind so weit, daß wir ihn erörtern müssen unter dem Gesichtspunkt, die heute bestehenden Rechte eventuell erhalten, bewahren zu können gegen die Reaktion. Wenn wir in der Schweiz an die Beratung dieses Problems herantreten, werden wir selbstverständlich all das, was wir aus Ihren Beratungen an Gesichtspunkten entnehmen können, uns zunutze machen. Uns wird auch maßgebend sein, was hier von den ausgesprochenen Parteiführern der Internationale gesagt wird. Wir haben also das größte Interesse an Ihrer Tagung und wir wünschen, daß die Partei gestärkt und mit einheitlichem Willen aus den Beratungen hervorgeht, und daß auch fernerhin das deutsche Proletariat bahnbrechend für die Internationale vorangeht. (Stürmischer Beifall.)

Pelusio-Portugal: Es ist mir eine Ehre, im Namen der portugiesischen sozialistischen Partei und im Auftrage ihres Parteivorstandes Ihren Kongreß zu begrüßen. Auch für uns ist Bebels Tod ein großer Verlust gewesen. Wenn auch die portugiesische Partei heute zum ersten Male auf Ihrem Kongreß vertreten ist (Bravo!), so ist die deutsche Sozialdemokratie doch immer für uns ein Vorbild gewesen und wir haben Ihre Beratungen und Ihre Beschlüsse stets mit Interesse verfolgt, um von Ihnen zu lernen und aus Ihren Kämpfen Begeisterung und Zuversicht für den Erfolg unserer eigenen Aufgaben zu

schöpfen. In Portugal hat unsere Partei schwere Kämpfe gegen die gegenwärtig herrschende Regierung durchzuführen. Während der Jahre unmittelbar vor der Begründung der Republik, also vor 1910, wurde unsere Agitations- und Organisationsarbeit stark gehemmt durch die rege Propaganda der Republikaner, die im Volke große Hoffnungen erweckten. Aus der republikanischen Revolution sollte mehr als eine Aenderung der politischen Verhältnisse, ja es sollte beinahe eine soziale Reform hervorwachsen. Für diejenigen, die die bürgerlich-republikanischen Lügen glaubten, wurde die Enttäuschung nach der Proklamation der Republik sehr groß. Die bürgerliche Reaktion stieg alsbald. Die Republikaner stellten sich an die Seite der Kapitalisten und das Koalitionsrecht der Arbeiter wurde durch drückende und hemmende Bestimmungen beschränkt, jeder Streik wurde mit Gewalt unterdrückt. Die proletarischen Agitatoren wurden verhaftet, die Syndikate geschlossen, die sozialistische Presse schikaniert und unterdrückt. All dies geschah auf Grund der sogenannten Gesetze zur Verteidigung der Republik. In diesem Augenblick befinden sich in den Gefängnissen der Republik beinahe 200 Arbeiter wegen politischer Vergehen. (Pfui!) Die republikanische Regierung hat nicht die Erwartungen erfüllt, die das portugiesische Volk in sie gesetzt hat. Seit sie an das Ruder gekommen ist, hat sie ein einziges soziales Gesetz durchgeführt, nämlich ein Arbeiterunfallgesetz, das aber der Arbeiterschaft nicht genügt. Der Verdruß des Volkes gegen die Regierenden steigt. All diese Tatsachen bestätigen wieder, daß das Uebel nicht in dem politischen System liegt, sondern in der gegenwärtigen Klassenherrschaft. Trotz alledem hat die portugiesische Partei und alle Gewerkschaften, die ihr folgen, d. h. die aus dem nationalen Verband der Zentralorganisationen bestehenden 6 lokalen Föderationen und 97 Gewerkschaften mit ungefähr 12 000 Mitgliedern, alles was in ihrer Macht steht, getan, um alle Bewegungen zu vermeiden, die die Festigkeit des neuen Regiments gefährden könnten. Schon deshalb, weil die politische Lage einen sehr komplizierten Anblick darbietet. Es stoßen aufeinander die Leidenschaften der verschiedenen politischen Parteien, jeden Moment tauchen die tückischen Manöver der monarchistischen Kontrerevolutionäre auf, oder die verzweifelten Versuche der von den Anarchisten geführten Arbeiter, die von der reaktionären Regierung mit gewalttätigen Verfolgungen bestraft werden. Trotz dieser Krise, unter der ganz Portugal leidet, trotz der hohen Zahl der Analphabeten, die in Portugal 75 Proz. des gesamten Volkes ausmachen, und trotz des Verleumdungsfeldzuges aller Republikaner gegen die organisierten Sozialisten hat sich unsere Organisation mächtig entwickelt. Nach dem Bericht des portugiesischen Parteivorstandes zum letzten nationalen Kongreß, der neulich in Oporto getagt hat, hatte unsere Organisation 6 städtische Föderationen, 75 Lokalorganisationen, 12 wöchentliche Zeitungen und eine Mitgliedschaft von 4000—4500. Bei den Parlamentswahlen von 1911 hat die Partei 3308 Stimmen erhalten und unser Genosse Silva ist als Sozialdemokrat in Oporto gewählt worden. Wir haben bei dem Internationalen Bureau in Brüssel die Angliederung der portugiesischen Partei an die Internationale vorgeschlagen und erwarten dessen Entscheidung. Wie Sie sehen, schreitet unsere Partei vorwärts. Die Fehler der republikanischen Regierung, ihre reaktionäre Politik, ihr Verrat an ihrem Programm und ihren Versprechungen in der Zeit der Propaganda gegen die Monarchie haben das portugiesische Proletariat aufgeklärt, daß es von den bürgerlichen Parteien nichts zu erwarten hat und daß sein Platz in den Reihen der Sozialdemokratie ist. Obgleich das neue Gemeindewahlgesetz ein Ausnahmegesetz gegen das Proletariat ist, setzen wir doch große Hoffnungen auf die nächsten Wahlen. Seit drei Jahren haben keine Gemeindewahlen

stattgefunden und wir haben leider eine Gemeindediktatur, weil die republikanischen Parteien sich über die Beute nicht einigen können. — Das ist im kurzen, was wir über die Lage der portugiesischen Partei sagen können. Wir wollen den Schleier wegreißen, der die Verfolgungen des portugiesischen Proletariats verhüllt. Wir wollen, daß die Welt, die Internationale der Arbeiter wisse, daß gegen unsere republikanische Regierung, die eine Maskerade der Demokratie ist, im äußersten westlichen Teile Europas es ein organisiertes Proletariat und eine Partei gibt, die für die Befreiung der Arbeiter und für den Sozialismus arbeitet. Wir wiederholen, was wir in der Zeit des monarchistischen Putsches dem Internationalen Bureau mitteilten: Wir sind und bleiben Sozialisten, wir wollen keine Rückkehr zur Vergangenheit, die Republik bedeutet für uns einen Schritt vorwärts, aber wir lassen uns von der Republik nicht alles gefallen. — Zum Schluß wünschen wir Ihren Beratungen besten Erfolg. Es lebe die Internationale, deren Bannerträger die deutsche Sozialdemokratie ist. (Stürmischer Beifall.)

Camille Huysmans, Sekretär des Internationalen Bureaus in Brüssel (lebhaft begrüßt): Der Ausschuß des Internationalen Bureaus hat mich hierhergeschickt, um Sie herzlich zu begrüßen. Aber Vandersmissen und ich sind noch zu anderen Zwecken hierher gekommen. Wir wollten auf Einladung der Berliner Genossen Ihnen erzählen, wie wir es bei dem belgischen Massenstreik gemacht haben. Nur objektiv wollten wir Ihnen sagen, wie wir eine Bewegung organisiert haben. Das wurde uns nicht gestattet, aber wir trösten uns leicht. Was wir oratorisch nicht machen dürfen, können wir literarisch tun. Wir haben aber noch einen anderen Trost. Wenn es Länder gibt, wo man Sozialdemokraten die Tür weist und sie als unerwünschte Gäste behandelt, so gibt es andere, wie wir von Troelstra gehört haben, wo sie eingeladen werden, selbst in Paläste, wo sie königliche Ratgeber werden. Das ist ein Symbol der wachsenden Kraft wie auch der Varietät unserer Politik.

Im nächsten Jahre werden wir einander in Wien begrüßen. Hoffentlich sehen wir dort die Verwirklichung der sozialistischen Einheit Großbritanniens. Das wird auch noch einen weiteren Erfolg haben, nämlich die Verwirklichung der Einheit in Kanada, in Südafrika und selbst in Australien. Wir hoffen dann auch, daß wir bei einer geeinigten Sozialdemokratie in Oesterreich und Böhmen tagen können.

Seit zwei Jahren wurde unsere Bewegung gekennzeichnet durch eine Vermehrung unseres moralischen Einflusses, weil wir allein vor gewissen Ereignissen unseren Prinzipien treu geblieben sind. Als der Krieg in Italien losbrach, war die Sozialdemokratie allein gegen das ganze Bürgertum. Dasselbe geschah in Bulgarien, Serbien, in den ganzen Balkanstaaten. Wir sind also diesen Genossen unseren Dank schuldig. Heute sieht man, wie klug die Politik der internationalen Sozialdemokratie gewesen ist. (Sehr richtig!) Die Ereignisse haben das bewiesen. Neue wichtige Probleme werden vielleicht in Wien vor uns stehen. Was wir festgelegt haben für Europa, müssen wir vielleicht auch festlegen für andere Erdteile, für Asien, für Persien und für China, wo die junge demokratische Bewegung von den europäischen Geldleuten erwürgt wird.

Der Geist der Melancholie umwehte uns, als wir in den Saal traten. Wir gedenken aber des Wortes des Meisters, des Wortes der Hoffnung, wir bleiben nicht in Trauer stehen, wir gedenken des Wortes, das in allen Sprachen als Symbol erscheint: Forward! sagt der Engländer, en avant! sagt der Franzose, Vorwärts, Genossen! (Lebhafter Beifall.)

Ebert: Ich danke namens des Parteitages den Vertretern unserer Bruderparteien für die freundlichen Worte, die sie an uns gerichtet haben, ich kann wohl versichern, daß das deutsche Proletariat beseelt ist von den gleichen brüderlichen Gefühlen, und daß wir stets mit größtem Interesse den Kämpfen unserer Bruderparteien folgen werden. In tatkräftiger Erfüllung ihrer internationalen Pflichten und in guter Pflege der kameradschaftlichen Beziehungen zu allen Bruderparteien hat die deutsche Partei immer ihren Stolz gesetzt. (Beifall.)

Von einer Anzahl anderer Bruderparteien wird der Parteitag durch Telegramme begrüßt, so durch unsere italienische Bruderpartei, die schwedische Sozialdemokratie, den Vorstand der dänischen sozialdemokratischen Partei, den Kongreß des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, das Organisationskomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, das Warschauer und Lodzer Komitee der Sozialdemokratie Polens und Litauens, die ausländischen Gruppen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands in Paris.

Es wird beschlossen, die übrigen geschäftlichen Dinge, Festsetzung der Geschäftsordnung, der Tagesordnung und der Tagungszeit morgen zu erledigen.

Der Parteitag vertagt sich um 9½ Uhr auf Montag 9 Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 15. September 1913. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender Ebert eröffnet die Verhandlung um 9 Uhr mit der Mitteilung, daß von der französischen Sozialdemokratie ein Begrüßungstelegramm eingelaufen ist. Als Vertreter der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs ist Genosse Stein erschienen.

Die Geschäftsordnung ist vom Parteivorstand und vom Parteiausschuß geändert worden. Die Aenderungen sind nur formaler Natur. Sachlich ist die alte, bewährte Geschäftsordnung beibehalten.

Ohne Debatte nimmt der Parteitag dann die Geschäftsordnung unverändert an.

Vorsitzender **Ebert:** Parteivorstand und Parteiausschuß haben beschlossen, auch die Frage des politischen Massenstreiks zu erörtern, und zwar soll das in folgender Weise geschehen. Die Frage steht in gewissem Zusammenhang mit der parteipolitischen Situation und mit der Tätigkeit des Parteivorstandes. Der Referent zum ersten Punkt der Tagesordnung soll die Frage des politischen Massenstreiks ebenfalls erörtern, dann aber sollen die Verhandlungen getrennt werden, und zwar soll zunächst verhandelt werden über den Geschäftsbericht des Parteivorstandes, die hier einschlägigen Anträge, und dann soll gesondert verhandelt werden über die Frage des politischen Massenstreiks.

Darauf wird über die zur Tagesordnung des Parteitages gestellten Anträge entschieden. Die Anträge 1, 2, 3, 4, 5 und 87 werden für erledigt erklärt, Antrag 86 wird zurückgezogen.

Der Parteitag beschließt, von 9 bis 1 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags zu tagen.

Hierauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung.

Den Bericht des Vorstandes erstattet

Scheidemann: Der Parteivorstand hat schon vor zwei Monaten seinen Bericht veröffentlicht. Ich nehme an, daß Sie ihn alle kennen. An diesem Bericht hat Genosse Bebel noch mitgearbeitet. Ich verweise auf den schrift-

lichen Bericht und sehe meine Aufgabe heute nur darin, Ergänzungen zu geben, sowie auf Anregungen und Anträge einzugehen. So wie das Berichtsjahr das letzte Jahr gewesen ist mit dem Genossen Bebel, so war es das erste mit dem in Chemnitz eingesetzten Parteiausschuß. Es freut mich, ausdrücklich feststellen zu können, daß nach den bisher gemachten Erfahrungen diese Einrichtung sich gut bewährt hat; ich freue mich um so mehr, das feststellen zu können, weil vereinzelt gegen den Parteiausschuß, in Verbindung damit natürlich auch gegen den Parteivorstand, schon Vorwürfe erhoben worden sind. Es ist in einer öffentlichen Versammlung von einem Genossen in einflußreicher und verantwortungsvoller Stellung die Behauptung aufgestellt worden, anstatt den Parteiausschuß mit großen politischen Fragen zu beschäftigen, habe ihn der Parteivorstand nur zur Erledigung von Verwaltungsfragen herangezogen, die ohne ihn hätten erledigt werden können. Wenn ich sage, diese Behauptung ist irrtümlich, so trifft das daneben, denn entweder hat der betreffende Genosse nicht gewußt, was der Parteiausschuß bisher gemeinsam mit uns gearbeitet hat, dann beging er keinen Irrtum, als er die Behauptung aufstellte, oder er hat es gewußt, dann ist die Situation für ihn natürlich noch peinlicher. Ich stelle fest, daß alle unsere parteipolitischen Aktionen in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß beraten worden sind. Und mehr noch. Auch alle Aktionen, die bei dieser oder jener Gelegenheit vielleicht noch hätten in Betracht kommen können, aber nicht stattgefunden haben, sind in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß beraten worden. Zunächst nun einige Mitteilungen, die ich pflichtgemäß machen muß.

Der Chemnitzer Parteitag hat uns zahlreiche Anträge überwiesen, mit denen wir uns im Laufe des Jahres beschäftigen mußten. Wie der Parteivorstand mit allen diesen Anträgen verfahren ist, ersehen Sie aus dem schriftlichen Bericht. Ich will nur auf einige Anträge hinweisen, die uns längere Zeit hindurch beschäftigt haben und die wir auch in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß haben behandeln müssen. In Chemnitz wurde uns u. a. die Angelegenheit eines Genossen überwiesen, der aus einer ausländischen Bruderpartei ausgeschlossen war, dann die Aufnahme in die deutsche Organisation nachsuchte, jedoch an dem einen Orte abgewiesen, in einer anderen Stadt aber aufgenommen wurde. In welcher Weise der Parteivorstand im Einverständnis mit dem Parteiausschuß glaubt, diese Sache generell regeln zu können, ersehen Sie aus dem Antrag 45. — Dann ist vom Chemnitzer Parteitag uns der Antrag 219 überwiesen worden, der bestimmte Veranstaltungen für Jugendliche im Alter von 18 bis 21 Jahren wünscht. Zentralbildungsausschuß, Parteivorstand und Parteiausschuß sind sich vollkommen darin einig, daß alles geschehen muß, was irgend geschehen kann, um die Jugendbewegung zu fördern. Parteigenossen, es ist um so selbstverständlicher, daß wir alles tun, um die Jugend zu gewinnen und mit unseren Ideen zu erfüllen, weil wir genau wissen, wie außerordentlich schwer die Jugendbewegung von oben herunter bedrückt wird; weil wir wissen, wie durch einseitige Auslegung gesetzlicher Bestimmungen die unpolitische proletarische Jugendbewegung genau so gehemmt wird, wie man andererseits die offenkundig politische „patriotische" Jugendbewegung, namentlich den Jungdeutschlandbund, unter allen Umständen zu fördern sucht. Doch das ist ein besonderes Kapitel, auf das ich hier nicht näher eingehen kann. Aber das möchte ich doch feststellen: es ist unerhört, wenn man sehen muß, wie Veranstaltungen rein wissenschaftlicher und künstlerischer Art unserer Jugendbewegung unterdrückt werden, wie man gewaltsam politische Veranstaltungen konstruiert hat aus Ausflügen, aus Vorträgen über Schubert und Beethoven. (Hört! hört!) Es ist also ganz selbstverständlich,

daß wir die Jugendbewegung nach Möglichkeit fördern, daß ihr all unsere Sympathien gehören müssen. (Bravo!) Nun war beschlossen worden, besondere Veranstaltungen zu treffen für die jungen Leute im Alter von 18 bis 21 Jahren. Das ist die Altersklasse, die berechtigt ist, in politische Organisationen einzutreten, denn das ist ja „nur" denen unter 18 Jahren verboten. Wenn diese jungen Leute vollkommen unvorbereitet, politisch nicht geschult, in unsere Organisationen hineinkommen, haben wir mit ihnen und sie mit uns insofern Schwierigkeiten, als ihnen das Verständnis für die vielen rein geschäftlichen Dinge der politischen Organisation fehlt, so daß sie in diesen Versammlungen nicht finden, was sie erwartet haben, daß sie sich vielleicht langweilen usw. Um dem zu begegnen, waren eben besondere Veranstaltungen für die jungen Leute verlangt worden. Was geschehen soll, darüber herrschte vollkommene Einigkeit in den drei Korporationen. Es ist ein Zirkular ergangen an die Parteiorganisationen und alle Bildungsausschüsse, in dem bestimmte Vorschläge gemacht werden, wie man am besten die jungen Leute vorbereitet und einführt. Es wird darin gesagt, daß man für die jungen Leute besondere Veranstaltungen treffen muß, um sie zu informieren über das, was ihnen am nächsten liegt, was für sie wichtig und fesselnd ist. Es heißt da u. a.: es interessiert die jungen Arbeiter in jenen Jahren, die allgemeinen Fragen der Weltanschauung mit ihren Altersgenossen zu diskutieren. Die Organisation muß dieser Jungmannschaft deshalb Gelegenheit zu geistiger Fortbildung und zum gelegentlichen Zusammentreffen mit ihren Altersgenossen geben. Es werden dann bestimmte Vorschläge gemacht, wie die großen und wie die kleineren Organisationen arbeiten sollen, um die jungen Leute einzuführen in bestimmte Wissensgebiete. Die Einzelheiten hier zu schildern, würde zu weit führen. Jedenfalls steht fest, daß wir wie bisher schon auch künftig alles Mögliche tun werden, um die Jugendbewegung zu fördern. Ich glaube deshalb, daß Sie die auf die Jugendbewegung Bezug nehmenden Anträge, in denen gefordert wird, was in Wirklichkeit bereits geschieht, z. B. im Antrag 77 von Weimar, als erledigt ansehen können.

Der vorige Parteitag hat uns auch einen Antrag zur Erwägung übergeben, in dem die Einsetzung einer Studienkommission gefordert wurde, der die bestimmte Aufgabe gestellt werden soll, auf agrarischem Gebiet zu arbeiten — es war der Antrag 150. Wir haben uns auch mit dieser Frage sehr eingehend beschäftigt und der Parteiausschuß hat den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zugestimmt. Es ist beschlossen worden, Ihnen vorzuschlagen, daß eine agrarische Studienkommission eingesetzt werden soll. Wie die Kommission arbeiten soll, welche Aufgaben man ihr stellt, ist eingehend erörtert worden in einem Artikel, der in der neuesten Nummer der „Neuen Zeit" vom Genossen Braun veröffentlicht worden ist. Dieser Artikel entspricht einer Rede, die Braun in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Parteiausschuß gehalten hat. Parteiausschuß und Vorstand schlagen Ihnen vor, die Wahl der Studienkommission diesen Korporationen zu überlassen. Es empfiehlt sich das, weil man die Zusammensetzung einer solchen Arbeitskommission, die ein ganz bestimmtes Gebiet beackern soll, nicht einer Zufallsmehrheit überlassen soll. Es ist vielmehr notwendig, daß die Genossen, von denen man bestimmt weiß, sie bringen der Agrarfrage Interesse entgegen, sie bringen schon bestimmte Kenntnisse auf diesem Gebiet mit, mit Sicherheit in die Kommission hineinkommen. Es soll diese Kommission auch das Recht der Kooptation haben. Es ist wohl selbstverständlich, daß sie die Möglichkeit haben muß, sachverständige Berater hinzuzuziehen. Ich hoffe, daß Sie diesen Vorschlägen zustimmen werden. Dadurch würden sich die Anträge 13 und 14 erledigen.

In der Vorlage finden Sie auch in diesem Jahre wieder einige Anträge, ich will nur den Antrag Teltow-Beeskow 49 erwähnen, in denen verlangt wird, daß eine Modenzeitung herausgegeben wird. Wir haben uns im Parteivorstand mit diesem Vorschlag, der gewiß nichts Revolutionäres an sich hat (Heiterkeit), lebhaft beschäftigt. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, es empfiehlt sich nicht, die Angelegenheit weiter auf einem Parteitag zu erörtern. (Sehr richtig!) Wir haben wiederholt in langen Sitzungen mit sachverständigen Leuten darüber beraten und sind nach Einholung von Gutachten zu dem Ergebnis gekommen, daß es für einen Privatkapitalisten, der in ein solches Unternehmen mindestens eine Million hineinstecken kann, eine sehr riskante Sache ist, bei der Konkurrenz und gewissen monopolartigen Unternehmungen auf diesem Gebiet einen solchen Versuch zu wagen. Für eine politische Partei erscheint die Ausführung eines solchen Unternehmens absolut unmöglich. (Sehr richtig!) Wir treten aber nicht mit leeren Händen vor Sie hin. Wir haben während der Beratungen einen Beschluß gefaßt, zu dem wir die Zustimmung des Parteiausschusses erhalten haben und zu dem wir auch Ihre Zustimmung erhoffen. Wir haben nämlich beschlossen, ein Illustriertes Familienblatt für die Partei herauszugeben, das alle 14 Tage erscheinen soll. Es soll in Großquartformat auf gutem Papier gedruckt werden, bis zu 40 Seiten stark sein und 25 Pf. pro Nummer kosten. Es soll beste Unterhaltungsliteratur geboten werden; es soll Wichtiges aus den Gebieten der Kunst, Wissenschaft und Technik gebracht werden; weiter soll den Wünschen, die wir in den Anträgen von Teltow-Beeskow und anderen Organisationen finden, Rechnung getragen werden, indem auch Hauswirtschaftliches gebracht werden soll, Rezepte für Küche und Keller, Muster einfacher Kleider, namentlich Kinderkleider und dergleichen mehr. Ich hoffe, daß Sie das Unternehmen mit Freude begrüßen werden. Es wird leider nicht möglich sein, die erste Nummer vor dem nächsten Parteitag herauszubringen. Es sind doch erhebliche Schwierigkeiten damit verknüpft. Wir haben schon viele Versuche gemacht, eine Redaktion zusammenzubringen, die der großen Aufgabe gewachsen ist. Wir sind mit der Zusammensetzung dieser Redaktion noch nicht zu Ende gekommen. Es kommen auch Schwierigkeiten hinzu bei der Beschaffung der Maschinen, denn wir wollen auch hier das denkbar Beste liefern, so soll das Tiefdruckverfahren von vornherein eingeführt werden, um die denkbar besten Illustrationen bringen zu können. Ich hoffe, Sie werden einverstanden sein mit der Schaffung eines solchen Unternehmens und Sie werden alles tun, um der Einführung des neuen Blattes die Wege zu ebnen, damit wir die Schundliteratur, die sich vielfach noch in Arbeiterwohnungen findet, durch ein wirklich gutes sozialdemokratisches Blatt verdrängen. (Beifall.)

Ich komme auf den schriftlichen Bericht zurück. Begreiflicherweise hat es unangenehm überrascht, daß die Fortschritte unserer Organisation hinsichtlich der Mitgliederzahl nicht den Fortgang genommen haben, den wir allgemein erwünschten. Und doch, wenn man den Dingen auf den Grund geht, ist die Ursache sehr leicht zu finden. Wenn in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Krise hereinbricht, Tausende und Abertausende arbeitslos werden und ihren Arbeitsort verlassen müssen, ohne daß neue Arbeiter dafür hinzukommen, so ist das schon ein sehr plausibler Grund für den Rückgang oder den Stillstand der Organisation in vielen Orten. (Sehr richtig!) Ich will auf die Einzelheiten nicht näher eingehen, das wird Kollege Braun nachher tun.

Ich habe mich zunächst zu befassen mit eigenartigen Schlüssen, die aus dem geringen Fortgang der Organisation gezogen worden sind und die darauf hinauslaufen, Vorwürfe gegen den Parteivorstand zu erheben. Unsere Gegner

haben ja von jeher gesagt, daß die Sozialdemokratie anfange stillzustehen, sie haben von einem Krebsgang gesprochen und wir kennen ja das Wort von der „vorübergehenden Erscheinung". Das alles sind trügerische Hoffnungen der Gegner, die sich an Strohhalme klammern. Es steht fest, daß die Entwickelung unserer Organisation sich keineswegs in gerade aufsteigender Linie vollzogen hat. Im vorigen Jahre beim Bericht über das Wahljahr 1911/12, also über das Jahr der denkbar größten Agitationsentfaltung, mußte Genosse Ebert in seinem Geschäftsbericht leider feststellen, daß wir auch damals in nicht weniger als 71 Wahlkreisen einen absoluten Rückgang in der Organisation zu verzeichnen hatten. Das hat nichts Beängstigendes an sich, da kommen Ursachen in Betracht, die uns nicht zu schrecken brauchen. Uebrigens kann ich hier vielleicht einfügen — ich bitte aber, mich nicht mißzuverstehen —, daß jetzt vielleicht diejenigen Parteigenossen zufrieden sind, die früher bei dem schnellen Wachstum gesagt haben: wir wachsen zu schnell in die Breite, aber nicht in die Tiefe. (Sehr gut!) Der Vorwurf kann jetzt nicht erhoben werden. Im vorigen Jahre ist alles Erdenkliche geschehen, dafür zu sorgen, daß die sozialistischen Lehren mehr in die Tiefe dringen. Wir haben im vorigen Jahre eine Arbeitsleistung zu verzeichnen, die sich sehen lassen kann. In der inneren Organisations- und Aufklärungsarbeit sind wir vorgegangen, wie selten vorher. Besonders auf den Gebieten der Jugendbewegung und der Frauenbewegung haben wir fleißig gearbeitet. Einige tatsächliche Angaben über die Arbeit des Vorjahres will ich vortragen, weil sie interessant sind für die eigenen Genossen, aber auch die hämisch über den „Stillstand" sich freuenden Gegner interessieren dürften. Zu beachten ist, daß die Vergleichszahlen für 1911/12 ein volles Jahr treffen, während das Berichtsjahr 1912/13 diesmal bekanntlich nur 9 Monate umfaßt. Das ist zur Würdigung der Zahlen wohl zu beachten. Jugendausschüsse hatten wir im Jahre 1912: 574, im Jahre 1913: 655. Abonnenten der „Arbeiter-Jugend" waren 1912: 80 086, 1913: 99 540. Ich zähle nun die Bildungsveranstaltungen für die Jugend auf: Da hatten wir Einzelvorträge 1912: 3474, 1913: 3309, Unterrichtskurse 1912: 103, 1913: 206, künstlerische Darbietungen 1912: 1648, 1913: 2405. Was den Zentralbildungsausschuß betrifft, so betrug die Zahl der Ausschüsse 1912: 327, 1913: 364. Vortragskurse wurden gehalten im Jahre 1912: 243, 1913: 420. Künstlerische Veranstaltungen hatten wir 1912: 451, 1913: 668, wissenschaftliche Wanderkurse 1912: 654, 1913: 941. Das läßt einen schönen Rückschluß auf die wohlorganisierte Bildungsarbeit der Partei zu. (Sehr richtig!) Die Zahl der täglich erscheinenden Parteiblätter ist gestiegen von 86 im Jahre 1912 auf 90 im Jahre 1913, die Zahl der Ortsvereine von 4827 im Jahre 1912 auf 4978 im Jahre 1913, die Zahl der verbreiteten Flugschriften usw. betrug 1912: 107,3 Millionen, 1913: 47,2 Millionen, die Zahl der Mitgliederversammlungen 1912: 42 241, 1913: 36 393, die Zahl der öffentlichen Versammlungen 1912: 29 685, 1913: 11 415. Jugend- und Frauenversammlungen hatten wir im Berichtsjahre außerdem 1671.

Ich weise hin auf die Vertretung im Reichstag: 110 bezw. 111 Abgeordnete. In den Landtagen Deutschlands haben wir 231 Vertreter. Die Vertretungen in den Gemeindeverwaltungen sind gestiegen von 7589 in 1912 auf 8928 in diesem Jahre; in den städtischen Verwaltungen von 2581 in 1912 auf 2753 im Berichtsjahre. Ich weise besonders darauf hin, was auf dem Gebiet der Frauenbewegung geleistet worden ist. Wie unsere Agitatorinnen gearbeitet haben, das läßt sich schwarz auf weiß nicht nachweisen, aber jeder kann feststellen, daß auf diesem Gebiete geschieht, was geschehen kann. Unsere Frauen gehen mit einem Eifer an die Arbeit, der Anerkennung verdient.

Wir sind den sozialdemokratischen Frauen, die mit hinausgehen, um die sogenannte Kleinarbeit zu verrichten, alle Dankbarkeit schuldig. (Sehr richtig!) Ich will noch darauf hinweisen, daß die Einrichtung der Leseabende, die sich außerordentlich bewährt hat, jetzt in 162 Kreisen in 339 Orten besteht. Wir haben 722 Genossinnen in 228 Kreisen als Vorstandsmitglieder. Das alles gibt doch ein Bild fleißiger Arbeit.

Ich wollte dieses Bild skizzieren, bevor ich zu den Vorwürfen übergehe, die gegen die Parteileitung erhoben worden sind. Zunächst muß ich noch einen kleinen Druckfehler berichtigen. In dem schriftlichen Bericht über die Frauenbewegung wird gesagt, daß eine Parteisekretärin in Hamburg tätig sei. Es muß heißen: in Harburg.

Wenn ich nun übergehe zu einem anderen Teil meiner Aufgabe als Referent, so bin ich genötigt, eine Anzahl von Aeußerungen mehr oder weniger bekannter Genossinnen und Genossen anzuführen. Ich will ausdrücklich feststellen, daß ich in indirekter Rede zitieren und Namen nicht nennen will. Es kann uns gar nicht darauf ankommen, an einzelne Namen anzuknüpfen, wir wollen uns mit den sachlichen Ausführungen beschäftigen. Jede Voreingenommenheit gegen irgend jemand liegt mir und den übrigen Parteivorstandsmitgliedern fern. Jeder, der in der Partei das Wort nimmt oder zur Feder greift, von dem müssen wir annehmen, daß er es tut in der festen Ueberzeugung, der Partei damit nutzen zu wollen. Wenn bei diesen Auslassungen schriftlicher oder mündlicher Art über die Stränge geschlagen wird, so ist das kein Unglück, aber doch sehr bedauerlich. Ich möchte immer wieder den Wunsch aussprechen, daß alle Genossen, die öffentlich reden und schreiben, sich jederzeit der vollen Verantwortlichkeit bewußt sein möchten, die auf ihnen ruht. (Sehr richtig!) In einer sächsischen Versammlung hat ein bekannter Parteigenosse gesagt: „Der Mißerfolg in der Agitation und Organisation ist dem Schwinden des Vertrauens der Massen zur Leitung zuzuschreiben!" (Hört! hört!) Das wird hinausgeschleudert in die Welt und wirkt dann fort in der Masse, nicht zum Vorteil der Partei, nicht zum Nutzen des Proletariats. (Lebhafte Zustimmung.) Was soll das heißen: Der Mißerfolg in der Agitation und Organisation? Wo sind denn diese Mißerfolge überhaupt? Ich habe absichtlich das Bild der Parteiarbeit und der Parteierfolge hier gezeigt, um Sie daran zu erinnern, was an Parteiarbeit erfolgreich geleistet worden ist. Es ist falsch, wenn man mir nichts dir nichts von Mißerfolgen spricht. Davon kann keine Rede sein für denjenigen, der die Dinge objektiv betrachtet. Wer glaubt, imstande zu sein, den Beweis dafür erbringen zu können, daß die Massen das Vertrauen zu ihrer Leitung verloren haben? (Sehr richtig!) Traurig wäre es, wenn das der Fall wäre. Dann brauchten wir uns nicht zu wundern, wenn die Organisationen, statt Fortschritte zu machen, rückwärts gehen würden. Es ist weiter von einem Genossen — es war auch ein Sachse (Heiterkeit), dem das Verhalten der Reichstagsfraktion nicht gepaßt hat — die Fraktion scharf kritisiert worden. Ich gehe nicht darauf ein, was er gesagt hat, das wird wohl beim parlamentarischen Bericht vorgebracht werden. Er kritisiert also die Fraktion in Grund und Boden wegen ihres Verhaltens in einer bestimmten Frage und macht dem — Parteivorstand Vorwürfe. Das Verhalten der Fraktion sei die Folge davon, daß der Parteivorstand nicht auf dem Posten gewesen sei. (Heiterkeit.) Was soll man dazu sagen? Von anderer Seite ist in temperamentvoller Weise gesprochen worden von einer „greisenhaften Ermattungsstrategie" (Hört! hört! und Heiterkeit), von dem „Organisationshochmut", und die Nichtorganisierten werden hingestellt als Wunderknaben, die dereinst alles Gute — der Partei voran! — schaffen wer-

den. (Lebhaftes Hört! hört! und Zustimmung.) Wer wird sich wundern können, wenn nach solchen Redewendungen in der Organisations- und Agitationsarbeit Schwierigkeiten entstehen? (Sehr richtig!)

Gegenüber den Andeutungen, wie in der Partei eigentlich hätte gearbeitet und gewirkt werden müssen, sehe ich mich gezwungen, einen kurzen Abriß der parteipolitischen Situation zu geben. Das Geschäftsjahr begann mit einer sehr lebhaften Bewegung gegen die Agrarpolitik. Die Bewegung ist mit großer Schneidigkeit durchgeführt worden. Wir haben Versammlungen gehabt bis in die kleinsten Dörfer. Und die Bewegung war so groß, herausgewachsen aus dem Bedürfnis der Massen, Protest zu erheben, daß die Verbündeten Regierungen sich gezwungen sahen, wenigstens kleine Konzessionen zu machen. Wir waren noch in der Protestbewegung gegen die Agrarpolitik begriffen, als der Balkankrieg ausbrach. Die Kriegsgefahr rückte näher. Wir haben gegen den Krieg, der eine Gefahr wurde für die ganze westeuropäische Kultur, in der lebhaftesten Weise gekämpft. Das deutsche Proletariat hat damals im Kampfe gegen den Imperialismus und die Kriegsgefahr seine volle Schuldigkeit getan. Das gleiche gilt von den Genossen in Oesterreich und Frankreich, die vor allem mitbedroht waren. Bis ins kleinste Dorf hinein ist von den Sozialdemokraten gegen den Imperialismus gesprochen worden, ist den Leuten, die das Wort noch nie gehört hatten, plausibel gemacht worden, was der Imperialismus bedeutet für das Proletariat. Wir haben damals gemeinsam mit den Franzosen ein Manifest gegen den Krieg herausgegeben, das in Millionen von Exemplaren in Frankreich und Deutschland verbreitet wurde, und zwar in beiden Ländern in beiden Sprachen. Wir hatten besondere Demonstrationsversammlungen in allen westeuropäischen Hauptstädten, wir hatten eine Bewegung, wie wir sie selten zuvor im Reiche bis dahin erlebten, wir haben — das darf ich wohl sagen, ohne zu übertreiben — in Deutschland den Vogel abgeschossen, sowohl in bezug auf die Zahl, als auch auf die Wucht unserer Demonstrationsversammlungen. Wir können stolz bekennen, daß wir alles getan haben, was in unseren Kräften stand. Aber nicht nur das deutsche Proletariat, sondern auch die deutsche Polizei schoß damals den Vogel ab. (Heiterkeit.) So stolz wir auf das sind, was wir geleistet haben, so groß war die Blamage der Polizei, die unserem französischen Genossen Compère-Morel verboten hat, in Magdeburg gegen den Krieg in seiner Muttersprache zu reden.

Es kam die Krönung der ganzen Protestarbeit durch den Internationalen Kongreß in Basel. So waren wir in einer großen Volksbewegung, die jeden von uns mit Freude und Stolz erfüllen konnte, als die neue Militärvorlage im Reichstag eingebracht wurde. Die imperialistischen Politiker suchten das Eisen zu schmieden, solange auf dem Balkan Dörfer brannten und Menschenblut rauchte. Die Heeresvorlage kam, ein neuer Schrei der Empörung ging durch die Reihen des deutschen Proletariats. So wie wir bis dahin allgemein gegen den Imperialismus gearbeitet hatten, so richtete sich nun die ganze Stoßkraft der Partei gegen die Militärvorlage im besonderen. Wir unterrichteten zunächst die Massen durch Flugschriften, es folgten Versammlungen. Die Bewegung nahm einen mächtigen Aufschwung, wir erlebten aber leider, daß sie nach und nach abflaute. Das muß ausdrücklich festgestellt werden. Die Bewegung flaute ab. Warum? Weil der Parteivorstand versagt hatte? Nein, sie flaute ab, weil den schon seit vielen Monaten in der Protestbewegung gewesenen Massen allmählich überall bekannt geworden war, daß die Annahme der Vorlage absolut sicher war, nachdem die Vertreter aller bürgerlichen Parteien bekundet hatten, daß sie mit Ja stimmen würden. (Sehr

richtig!) Sie flaute weiter ab, weil allgemein bekannt wurde, daß dank der sozialdemokratischen Parteiarbeit die Regierung nicht gewagt hatte, neue Steuern auf Lebensmittel zu fordern, daß sie vielmehr mit direkten Steuern kam, die den Besitz belasten sollten. Dieser sozialdemokratische Erfolg kann nicht aus der Welt gestritten werden. Es wurden Steuern verlangt, die nicht in erster Linie die Massen treffen konnten, sondern durch die der Besitz herangezogen wurde. (Sehr richtig!) Aber da mußten wir erleben, daß klügere Taktiker der Partei kamen und sagten: das ist ja gar nicht wahr! Das ist mir immer das Unbegreiflichste gewesen, daß es Parteigenossen gibt, die nicht zugeben wollen, daß die Sozialdemokratie doch schon mancherlei erreicht hat. (Heiterkeit und Sehr gut!) Es wurde gesagt: die Regierung würde es auch dann nicht gewagt haben, neue Steuern auf Lebensmittel zu fordern, wenn die Sozialdemokratie nicht ihre jetzige Stärke erreicht haben würde. Ja, ich weiß nicht, was das heißen soll, offenkundige Erfolge der Sozialdemokratie einfach aus der Welt weghiskutieren zu wollen.

Es sind uns gegenüber mancherlei Vorwürfe erhoben worden. So hat ein Genosse in der „Neuen Zeit" sich über die Situation ausgesprochen und zu erklären gesucht, warum die Bewegung abflaute. Er sagt unter anderem, die Parteipresse hat versagt. In dieser Allgemeinheit unterschreibe ich den Satz nicht, aber ganz aus der Luft gegriffen ist er auch nicht. (Sehr richtig!) Es ist uns sehr verübelt worden, daß in dem schriftlichen Bericht des Vorstandes gesagt ist: Wir wollen es ununtersucht lassen, ob die Parteipresse alles getan hat, um an die indifferenten Massen heranzukommen. Wir haben angedeutet, daß manche unserer Blätter fast ausschließlich für die eigenen Parteigenossen schreiben und dabei vergessen, daß das Parteiorgan das wichtigste Werbemittel der Partei sein soll (Sehr richtig!), d. h. daß die Presse so geschrieben sein muß, daß der Indifferente nicht davor steht, wie vor einer Sache, von der er absolut kein Verständnis hat. (Sehr gut!) Manche Parteizeitungen — ich betone ausdrücklich, daß ich nicht verallgemeinern will — sind geradezu nur für die eingeschriebenen Parteimitglieder gemacht; unsere ganze Terminologie, alle die Wendungen, die jedem von uns geläufig sind wie das ABC, sind doch für die Massen, an die wir herankommen wollen, vielfach unverständlich, die lesen aus den ihnen unbekannten Worten oft etwas ganz anderes heraus, als was gemeint ist. Es wird zu untersuchen sein, ob nicht da und dort unsere Parteiredaktionen sich etwas mehr bedenken müssen, was für große, wichtige Aufgaben ihnen zukommen. Ich sage also: die allgemeine Behauptung, die Parteipresse habe versagt, unterschreibe ich nicht. Nun heißt es aber weiter bei dem Genossen in der „Neuen Zeit": „Auch der Parteivorstand hat wahrscheinlich nicht aktiv genug eingegriffen." Wahrscheinlich nicht! Das ist wohl ziemlich selbstverständlich. (Heiterkeit.) In den Parteivorstand wählt man wohl grundsätzlich nur solche Genossen, von denen man annimmt, sie werden unter allen Umständen in allen Situationen versagen. Deshalb ist es mindestens „wahrscheinlich", daß der Parteivorstand auch in der Situation versagt hat, über die der betreffende Genosse geschrieben hat. (Große Heiterkeit und Sehr gut!)

Wahrscheinlich hat der Parteivorstand versagt. Genaueres weiß man nicht. (Heiterkeit.) Ob überhaupt ein Flugblatt über die Rüstungsskandale, die Enthüllungen des Genossen Liebknecht herausgegeben worden ist, das ist dem Artikelschreiber unbekannt. Aber sicher ist für ihn, daß ein solches Flugblatt nicht verbreitet ist! Als die betreffende Nummer der „Neuen Zeit" herauskam, hatte der Parteivorstand über die speziellen Fragen bereits vier Flugschriften herausgegeben. (Hört! hört!) „Ein ernstes Wort in ernster Zeit", „Kampf gegen die Kriegshetze", „Gegen den Rüstungswahnsinn", „Auf, zum Kampf gegen die Militärvorlage". Von diesen vier Flugblättern waren schon vor dem Erscheinen des erwähnten Artikels 2 850 000 Exemplare von uns in Berlin abgefordert worden. (Hört! hört!) Dabei will ich ausdrücklich betonen, daß das gar keinen Maßstab dafür bietet, was im Lande an Flugblättern wirklich verbreitet worden ist. (Sehr richtig!) Unsere Flugblätter werden doch nicht so, wie wir sie herausgeben, überall verbreitet. Ich habe in meiner früheren Praxis wohl in keinem Wahlkreise ein solches Flugblatt unverändert übernommen, und ich weiß, daß das andere auch nicht getan haben. Man nimmt die Musterflugblätter als Manuskriptmaterial und spitzt sie für die betreffenden Wahlkreise lokal oder provinzial, je nach Bedarf, ganz besonders zu. (Sehr richtig!) In Wirklichkeit sind also viel mehr solcher Flugblätter verbreitet. Wir haben sofort eingegriffen, aber trotzdem ist es „wahrscheinlich", daß wir versagt haben, und sicher ist, daß kein Flugblatt verbreitet wurde. (Große Heiterkeit.) Ich wünsche, daß diese Art der Kritik nicht Schule macht, dabei können wir unmöglich gewinnen. (Sehr richtig!) Wir müssen uns freuen, wenn wir mit der Nase darauf gestoßen werden, wie wir dieses oder jenes hätten machen müssen. Wir nehmen gute Lehren gern an und versuchen, es das nächste Mal besser zu machen. Aber das Kritisieren, wie ich es soeben geschildert habe, ist nicht angebracht. Wir haben getan, was wir nach bestem Wissen tun zu müssen glaubten. Uns ging es sehr gegen den Strich, daß die Bewegung abflaute, wir haben versucht, sie auf der Höhe zu halten. Vergeblich! Wir haben dann in einer Sitzung des Parteiausschusses am 9. Juni ausdrücklich die Frage erörtert: soll jetzt noch während oder nach der zweiten Lesung der Militärvorlage eine Bewegung im Lande entfacht werden? Es wurde im Parteiausschuß von allen Rednern, die dazu sprachen — von der äußersten Linken bis zu denen, von denen man sagt, sie stehen auf der äußersten Rechten — allgemein gesagt: „Laßt das sein, es geht nicht, eine Bewegung künstlich zu entfachen. (Sehr richtig!) Das Volk ist aus den Bewegungen seit langer Zeit nicht herausgekommen. Erst die Teurungsprotestversammlungen, dann der Balkankrieg, dann die Militärvorlage usw. Und", so wurde im Ausschuß verschiedentlich ausgeführt, „nachdem feststeht, daß die Annahme der Militärvorlage absolut sicher ist und daß die Steuern nicht dem arbeitenden Volke aufgeladen werden sollten, jetzt ist es unter keinen Umständen mehr möglich, die Bewegung künstlich wieder auf die Höhe zu bringen. Das Hauptinteresse habe sich zuletzt eigentlich nur noch der Deckungsfrage zugewandt. Leider! Und nun atmen viele erleichtert auf, weil sie im Hinblick auf die starke Reichstagsfraktion neue Steuern nicht befürchten."

Also der Parteiausschuß war einmütig der Auffassung, daß eine neue allgemeine Aktion gegen die so gut wie beschlossene Heeresvorlage gar nicht noch versucht werden sollte, weil sie aussichtslos sei. Wenn die Situation sich ändere, sollte der Parteivorstand entsprechende Weisungen geben. Sie sehen, daß wir alles getan haben, was möglich war, daß aber mehr nicht gemacht werden konnte, als ihrerseits geschehen war. Ich habe schon darauf hingewiesen, wie töricht es war, zu sagen, es käme kein Erfolg der Sozialdemokratie in der Steuerfrage in Betracht. Der beste Beweis für das Interesse der Massen an der Art der Steuern war das Abflauen der Bewegung: die Massen sagten sich, als die sogenannten Besitzsteuern gesichert schienen: nun ist das Schlimmste überwunden! Diese Stimmung der Massen kam im Parteiausschuß zum Ausdruck. Und da sitzen die Genossen, die mit den Massen leben. Es war auch in der Masse eine gewisse Müdigkeit eingetreten.

Es fanden mittlerweile auch die preußischen Landtagswahlen statt. Sie schlossen ab mit einer großen Zunahme der Stimmen. Wir haben nach allgemeinen gegnerischen Schätzungen schon gleich nach dem Abschluß der Wahlen gehört, daß mindestens eine Million sozialdemokratische Stimmen öffentlich abgegeben worden sind. Aber trotz dieser kolossalen Zunahme der Stimmen hatten wir aus eigener Kraft nur ein einziges Mandat zu den schon innegehabten sechs gewonnen. Drei Mandate bekamen wir noch, so daß wir auf zehn stiegen, dadurch, daß wir uns über das Verhalten in einigen Wahlkreisen mit der Fortschrittlichen Volkspartei verständigt hatten. Und doch hatte eigentlich keiner von uns ein anderes Resultat der Wahl erwartet. Das Resultat ist geradezu empörend. Man sollte annehmen, daß es die Massen aufpeitschen muß, wenn sie sehen, wie erbärmlich das preußische Wahlsystem beschaffen ist; daß eine Partei, die im Reichstag so stark vertreten ist und die in Preußen bei der öffentlichen Stimmabgabe mehr als eine Million Wähler an den Wahltisch gebracht hat, sage und schreibe sieben Abgeordnete bekommen hat! Es genügt, tausende abkommandierte Wähler, Landarbeiter und Beamte zu haben, um einen ausgemachten Reaktionär in den Landtag zu bringen, man braucht aber weit mehr als hunderttausend Mann, die oft unter den schwierigsten Umständen, so unter der Gefahr der Maßregelung, an den Wahltisch treten, um öffentlich zu sagen, ich wähle einen Sozialdemokraten — ich sage, daß man mehr als hunderttausend Wähler haben muß, um einen einzigen Sozialdemokraten in den Landtag hineinzubekommen! Das ist geradezu zum Himmel schreiend und man muß sich wundern, daß nicht das ganze Volk in Empörung gerät über derartige Zustände. (Sehr wahr!) Bei den Betrachtungen über die Wahlen und bei den Auseinandersetzungen über die Behandlung der Militärvorlage und der Steuerfragen im Reichstag, bei den Erörterungen des geringen Fortschritts in den Organisationen macht sich ganz naturgemäß in den Reihen der Genossen, die mit der Partei leben und weben, das Gefühl des Unbehagens geltend. Es wurde debattiert über alles mögliche. Da endlich fiel, meines Erachtens zur unrechten Zeit, das Stichwort: Massenstreik.

Parteigenossen, als das Stichwort gefallen war, entwickelte sich eine merkwürdige Debatte, eine Debatte, von der ich sagen möchte, daß sie in ihrem Verlauf wenig erbaulich war (Sehr richtig!) und daß ihre bisherigen Ergebnisse mindestens keine große Freude bereiten können. Was war denn das Endergebnis der Auseinandersetzungen? Alle Redner, die sich über den Massenstreik öffentlich ausgesprochen haben — ich habe nicht von einer einzigen Ausnahme gehört oder gelesen — kamen zu dem Ergebnis: jetzt ist an einen Massenstreik nicht zu denken. (Sehr richtig!) Genossinnen und Genossen, das haben wir uns im Parteivorstand vor dem Beginn der Debatte auch schon gesagt und deshalb haben wir den Mund gehalten (Heiterkeit und lebhaftes Sehr gut!), weil wir uns sagten, warum brauche ich denn dem Gegner, meinem Todfeinde, zu sagen, was ich jetzt nicht machen kann. (Sehr richtig!) Wir sind der Meinung gewesen, daß man dem Gegner nicht zu sagen braucht: „Du, ich habe noch eine Waffe, wenn ich die benutze, dann bist Du verloren. Aber Du kannst ruhig sein, ich kann sie augenblicklich nicht benutzen." (Große Heiterkeit und Sehr gut!) Es ist mehrfach gesagt worden, die ganze Debatte entspreche der Stimmung der Massen. Das bestreite ich. (Sehr richtig!) Das, was wir an Reden gehört und gelesen haben, entsprach in den meisten Fällen nicht der Stimmung der Massen. (Sehr richtig!) Ich gehe allerdings nicht so weit, wie vielfach gegangen worden ist, daß man gesagt hat, die Debatte sei nur das Werk einiger Akademiker. Es ist schon richtig, daß die Unzufriedenheit und der Unwille in den Massen von Tag zu Tag wachsen. Es ist selbstverständlich, daß die Massen von Tag zu Tag empörter werden über die Zustände, unter denen sie leiden. Aber wer die Massen kennt, und in dieser Masse leben doch die meisten von uns, der weiß, daß heutzutage die klassenbewußten Arbeiter viel zu gut den Arbeitsmarkt kennen, viel zu gut wissen, wie die Gelben, die Christlichen, die Nichtorganisierten beschaffen sind. Und deshalb sagen sie sich, wenn auch zähneknirschend: „Noch ist's nicht Zeit." (Sehr richtig!)

Parteigenossen, ich will Ihnen von vornherein klaren Wein einschenken über die Stellung des Parteivorstandes zu dieser Frage. Der Parteivorstand steht auf dem Boden der Beschlüsse von Jena und Mannheim. Da ist u. a. beschlossen worden: „Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat er sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen." Sie dürfen sich darauf verlassen, daß der Parteivorstand entschlossen ist, diese Entschließung früherer Parteitage unter allen Umständen zu respektieren, danach zu handeln. (Sehr richtig!)

Parteigenossen! Was ist bisher in dieser Frage versäumt worden? Es sind auch gegen uns, wenn auch mehr in indirekter Weise, Vorwürfe erhoben worden. Aber davon will ich ganz absehen. Der Parteivorstand darf und wird nicht alles tragisch nehmen. Aber eins nehme ich freilich sehr tragisch: daß man in einer Weise, die ich als unverantwortlich bezeichnen muß, gegen die vielen Hunderte von braven Arbeitern, die als Parteisekretäre, Gewerkschaftssekretäre usw. tätig sind, namentlich während der Massenstreikdebatte in der schlimmsten Weise Verdächtigungen erhoben hat. (Sehr richtig!) Diese Genossen sind geradezu charakterisiert worden als Bremser der Bewegung, als diejenigen, die da wünschen, daß nichts geschieht. Das ist der denkbar schwerste Vorwurf. Wer die Arbeit dieser unserer Agitatoren kennt, dieser Vertrauensleute der Arbeiter — das sage ich ausdrücklich, denn keiner kommt auf seinen Posten, der sich nicht das Vertrauen der Massen, die ihn zu wählen haben, im vollen Maße erworben hat —, wird zugeben: das sind wirkliche Kulturpioniere, die das ganze Jahr schwer arbeiten müssen. Und man sollte ihnen deshalb das Leben nicht noch schwerer machen, als es ohnedies bereits ist. Sie sind auch nicht Bremser. Mir ist nicht ein einziger von diesen Parteigenossen bekannt, der ein prinzipieller Gegner des Massenstreiks wäre. Aber sie sind Gegner der Rederei über eine Tat, die man ausführt, wenn man kann, über die man aber nicht redet, wenn man sie noch nicht ausführen kann. (Lebhafter Beifall.)

Bei den Auseinandersetzungen über den Massenstreik ist vielfach hingewiesen worden auf Rußland, Belgien und Schweden. All diese Vergleiche hinken. Wir sind genau informiert worden über die Streiks in Schweden und Belgien und über die geradezu bewundernswerte Vorarbeit, die namentlich unsere belgischen Genossen geleistet hatten. Die breiteste Oeffentlichkeit ist jetzt auch genauer informiert worden durch die von unseren Genossen Huysmans und Vandervelde gegebenen Erklärungen, die in der Berliner Versammlung, wo man den beiden Genossen das Reden verboten hat, vorgelesen wurden. Aber, Parteigenossen, eins wird bei der Schilderung der Bewegungen in Schweden und Belgien immer vergessen, ein Imponderabile, von dem man niemals redet, das man aber nicht außer acht lassen sollte. Ohne daß unsere belgischen und schwedischen Genossen auch nur ein Wort über den beabsichtigten Massenstreik mit uns hätten zu sprechen brauchen — sie konnten ihren Streik beginnen, wann sie wollten, sie brauchten sich gar nicht vorher mit uns zu verständigen — sie konnten in den Kampf hineinziehen mit dem beruhigenden Gefühl, jenseits der Grenzen wohnt ein großer Bruder, der mir im schlimmsten

Falle helfen wird! Parteigenossen, wir haben einen größeren Bruder jenseits der Grenzen nicht. Jede Hilfe, moralischer oder sonstiger Art, die uns in einem schweren Kampfe zuteil werden würde, wird uns hochwillkommen sein. Aber wir werden zugeben müssen: die vielfach gezogenen Vergleiche hinken! Dann die Vergleiche mit Rußland. Ich will nicht bestreiten, daß wir in Deutschland, besonders in Preußen, Zustände haben, die den russischen verzweifelt ähnlich sind. Aber es wird niemand bestreiten, daß in Deutschland doch auch manches anders aussieht als in Rußland. Deshalb ist es total verkehrt, wenn man die deutschen Verhältnisse durch eine russische Brille ansieht und nach russischen Rezepten heilen will. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Daß es in Preußen manchmal sehr russisch zugeht, haben wir erst in den letzten Tagen erlebt durch die unwürdige Behandlung der Genossen Huysmans und Vandervelde. Das sind Vorkommnisse, die den russischen ähnlich sehen. Aber im übrigen vergleichen sie doch den russischen Arbeiter mit dem deutschen Arbeiter! Was für Rechte hat denn der russische Arbeiter? Gar keine. Er hat nur das Recht auf die Knute und auf Sibirien. Er spürt daher ganz andere Triebkräfte in sich, um sich gegen solche Zustände zu wehren. Das läßt sich ohne weiteres erklären.

Bei aller Entschlossenheit, bei dem unerschütterlichen Willen, dem Volke die Rechte zu erkämpfen, die ihm unter allen Umständen zuteil werden müssen, dürfen wir eins nicht vergessen: wir müssen klaren Verstand bewahren und müssen uns bewußt sein, daß man nicht mit dem Kopf durch die Wand rennen kann. (Beifall.) Es sind merkwürdige Vorschläge gemacht worden in bezug auf das Arrangement des Massenstreiks. Einer unserer Freunde hat gesagt, es sei gar nicht notwendig, daß ein Massenstreik im ganzen Reiche gleichzeitig ausbricht. Er könne bald im Westen, im Osten und im Süden, im Norden losbrechen — er könne sein wie ein fliegendes Feuer. (Heiterkeit.) Was heißt denn das? Das heißt, daß der Massenstreik ungefähr so organisiert wird wie die Kaiserreisen: Trari, trara, bald hier bald da! (Heiterkeit.) Der Massenstreik ist nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich: wenn die Empörung im ganzen Volke herrscht. Dann aber kann man die Streikbewegung nicht in Sektionen teilen, darüber läßt sich im Ernste nicht reden.

Von anderer Seite kündigt man eine merkwürdige Methode an, um die Massen für den Massenstreik zu begeistern. Was kommt denn bei einem Massenstreik für uns zunächst in Frage: ein scharf umrissenes Ziel, die Eroberung des Wahlrechts in Preußen. Was heißt das? Wir wollen die Möglichkeit haben, Vertreter ins Parlament zu schicken, damit sie dort für uns arbeiten. Um nun die Massen für diesen Kampf zu begeistern, setzt man zunächst den Parlamentarismus herab. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Parlamentarismus ist gleich Kretinismus! Man fragt weiter: Ist denn im Parlament heutzutage noch ein Vorteil für das Proletariat zu erringen, Nein, sagt man. Aber die Massen sollen in den Massenstreik treten, um das Wahlrecht zum Parlament, in dem nichts zu holen ist, das zum Kretinismus geworden ist, zu erobern. Das ist eine Logik, die mir unverständlich ist. (Sehr richtig!) Man beginnt nicht den Massenstreik, um ein wertloses Werkzeug zu erkämpfen! Man sagt also, im Parlament ist nichts mehr für das Proletariat zu erringen, deshalb müssen die Massen selbst auf dem Schauplatz erscheinen. Sie sollen sich in Bewegung setzen, sollen auf die Straße gehen, „direkte Aktion" wird das genannt. Was heißt denn das, und wozu führt das? Wenn man solche Redensarten gebraucht, dann muß man sich auch etwas darunter vorstellen. (Beifall.) Was soll das heißen: direkte Aktion? Was sollen wir uns dabei denken? Man hat lesen können: Warum sind nicht bei dem Besuche des Blutzaren in Berlin republikanische Aktionen gemacht worden? Haben wir vier

Millionen Sozialdemokraten, damit wir ins Mauseloch kriechen, wenn der Blutzar kommt? Wir hätten viele Anhänger gewinnen können, wenn wir das und jenes gemacht hätten! Ich kann feststellen, daß ich in meiner Bekanntschaft keinen Menschen habe, von dem ich annehmen dürfte, daß er eine so feige Memme wäre, irgendwo ins Mauseloch zu kriechen; aber auch keinen, der sich durch jemand einschüchtern ließe, der es liebt, blutrünstige Redensarten zu führen. (Beifall.) Was heißt das: unter Hinweis auf den Zarenbesuch in Berlin eine „republikanische Aktion" machen? Das hört sich vielleicht harmlos an für diejenigen, die sich im Augenblick nicht überlegen, was es bedeutet. Das würde geheißen haben, daß wir von den Massen verlangt hätten, auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren. Was hätte das bedeutet? Daß Tausenden von Arbeitern die Köpfe eingeschlagen worden wären. (Lebhafte Zustimmung.) Eine solche sinnlose Demonstration hätte uns keine neuen Freunde zugeführt, wahrscheinlich aber eine große Anzahl von Leuten, die auf der Parteigrenze stehen, die wir erst noch ganz gewinnen müssen, weggetrieben. Ich kann mir keinen so skrupellosen Menschen denken, der die Arbeiter zu einer ganz aussichtslosen Demonstration, die zu Blutvergießen führen muß, auf die Straße hetzen will. Dazu ist mir das Blut der Arbeiter zu kostbar. (Lebhafter Beifall.)

Merkwürdig ist auch über den Wert der Parteiorganisation gesprochen worden. Der Stolz unserer Partei sind unsere Organisationen. Alle unsere Bruderparteien beneiden uns darum. Und wie hat man über diese Organisation gesprochen? Man hat so geredet, als ob man sie zu Bremsplätzen der Revolution machen könnte. Es käme nicht darauf an, wie stark wir sind im Vergleich zu den Nichtorganisierten, sondern darauf, daß die Partei „kühn die Initiative" ergreife, dann würden die unorganisierten Massen begeistert uns folgen! „In jedem Fall versagt aber dann, wenn ein politischer Feldzug scheitert, nicht die unorganisierte Masse, sondern die organisierte Partei und ihre Führung!" Derartiges muß sich die deutsche Sozialdemokratie ins Gesicht sagen lassen. (Hört! hört!) Kautsky hat zutreffend bemerkt: für Abenteuer und Uebertreibereien wird die wachsende Organisation immer mehr ein Hindernis, aber dieser Nachteil ist zu ertragen. (Sehr gut!) Damit sind 99,99 Prozent der Parteigenossen einverstanden. (Beifall.)

Der Parteivorstand steht auf dem Boden der Beschlüsse von Jena und Mannheim. Mit der Drucklegung jener Resolution ist für ihn diese Frage ebensowenig erledigt wie mit der Drucklegung der Resolution, die dieser Parteitag beschließen wird. In den früheren Resolutionen ist gesagt worden, daß der Massenstreik nicht nur anzuwenden ist, um drohende Attentate auf bestehende Rechte abzuwenden, sondern gegebenenfalls neue Rechte zu erobern. Darauf beziehen wir uns ausdrücklich. Es kann sich, wie die Dinge im Reiche liegen, zunächst nur um einen Massenstreik handeln im Hinblick auf das preußische Wahlrecht. Wir haben, nachdem wir von der Abstinenz bei der Wahl abgekommen waren, uns an den Landtagswahlen beteiligt. Wir haben das Volk für den Landtag zu interessieren versucht, das an den Verhandlungen dieses merkwürdigen Parlaments bisher kein Interesse genommen hatte. Wir haben Flugschriften verteilt und in ganz Preußen Versammlungen abgehalten; wir haben imposante Straßendemonstrationen erlebt. Die Arbeit ist nicht ganz vergeblich gewesen. Wir haben nicht nur die Arbeitermassen interessiert, wir haben auch höher hinauf aufmerksam gemacht auf Verhältnisse, die sehr bedrohlich geworden sind für Leute, die sich weigern, dem Volke die ihm zustehenden Rechte zu geben. Wir haben die Thronrede von 1908 erlebt, in der die Wahlreform angekündigt wurde als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Wir haben die verunglückte Wahlrechtsreform von 1910 erlebt

und schließlich den Ausgang der letzten Landtagswahlen. Es scheint in der Tat aussichtslos, daß auf dem Boden des Dreiklassenwahlrechts die Frage gelöst werden kann. Eben deshalb unsere Parteitagsbeschlüsse von Jena und Mannheim. Wir werden gegebenenfalls den Massenstreik haben, aber wir wollen uns an das halten, was Bebel gesagt hat: Der Massenstreik ist die Ultima ratio der Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Alles zu seiner Zeit!

Wir müssen uns auch klar sein, daß von der Frage, die uns jetzt beschäftigt, unter allen Umständen geschieden werden muß die Frage des Massen- oder Generalstreiks, der bezeichnet worden ist als ein aus dem Volke herauswachsendes Elementarereignis, das zu weiteren, immer schärferen Zusammenstößen und schließlich zu einer allgemeinen Entscheidung führen soll. Wir wollen nicht vergessen, daß wir eine Partei sind, die demokratisch ist, eine Partei der Minderheit, wenn auch einer sehr großen. Keiner wird verlangen, daß die Mehrheit die Politik der Minderheit machen soll; daß wir durch den Massenstreik der Minderheit die Mehrheit zwingen wollen, sozialdemokratische Politik zu machen. Das wäre undemokratisch. Nein, wir verlangen nur gleiche Rechte. Trennen wir diesen merkwürdig definierten Massenstreik völlig von dem, den wir diskutieren, da kommt es an auf eine scharf abgegrenzte, selbstbewußte, auf ein bestimmtes Ziel gerichtete politische Aktion. In einem solchen Kampfe könnten wir uns auch auf den von mir schon angerufenen König von Preußen beziehen. Ihm könnten wir zurufen: wir kämpfen für ein Wahlrecht, von dem du selbst gesagt hast, daß es dringend reformbedürftig ist. Wir könnten auch den Ministern zurufen, daß es sich um ein Wahlrecht handelt, das die Minister von der Schmach befreit, daß sie bei der Dreiklassenwahl in der dritten Klasse wählen, Bordellwirte aber in der ersten.

Wir könnten dem Bürgertum zurufen: Wir machen jetzt Ernst mit dem, was Ihr angeblich auch wollt, mit dem Kampf für das gleiche Recht, dem Kampf für das freie Wahlrecht! Wir könnten dem ganzen Volke zurufen: Wir kämpfen hier nicht nur für etwas, was der Sozialdemokratie nutzen soll, sondern wir kämpfen für das ganze Volk, für die Freiheit aller, für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller! Selbstverständlich müßten wir in einem solchen Kampfe, der aus der Situation herauswächst und herauswachsen muß, drei Viertel des deutschen Volkes hinter uns haben. Aber sind wir heute schon soweit, daß wir einen solchen Kampf wagen können? Heute noch nicht, werden Sie sagen. (Sehr richtig.) Nun ist gesagt worden, ja wann denn? Wenn wir heute noch nicht soweit sind, so werden wir niemals dazu kommen! Das ist eine unbegreifliche Verkennung der Tatsachen. (Sehr richtig!) Das setzt voraus, daß man das deutsche Volk und die deutschen Arbeiter so niedrig einschätzt, wie man sie nicht einschätzen darf. Ich sage: Wir werden den Massenstreik haben in der Stunde, die es uns gebietet, den Kampf zu führen! Keiner kann glauben, daß sich das deutsche Volk, das preußische Volk auf die Dauer alles gefallen lassen wird. (Sehr richtig!) Ich habe schon gesagt, wie wenig zeitgemäß die Debatte über den Massenstreik war. Noch schlimmer erscheint mir allerdings die geflissentliche Angstmacherei und Bangemacherei (lebhafte Zustimmung), dazu ist gewiß keine Ursache vorhanden. Diese Bangemacherei könnte schließlich nur zur Hoffnungslosigkeit oder zur Anarchie führen — dazu liegt gar kein Grund vor. Wenn wir angewiesen wären auf die Gnade und Barmherzigkeit unserer großmächtigen Herrschaften, unserer Minister, der Bethmann und Dallwitz, dann wären wir schon längst erledigt. Davon kann keine Rede sein. Die Herrschaften wissen, daß sie mit uns zu rechnen haben, als mit einer ganz realen Macht. Daß wir uns kräftig rühren, daß unsere Partei gedeiht, das ist ein Zeichen unserer wachsenden Macht, das legt uns aber auch die Verpflichtung auf, die Augen offen zu halten, die Volksstimmung

nicht gegen uns aufzubringen, sondern sie mehr für uns zu gewinnen. Wir dürfen also keine Dummheiten machen, keine unüberlegten Handlungen begehen. Die beste Vorarbeit für entscheidende Kämpfe im Interesse der Demokratie und des Sozialismus ist Aufklärungsarbeit und Organisationsarbeit. Ich halte es für falsch, für den Massenstreik besondere Propaganda zu treiben. Ich halte es für richtig, den Sozialismus zu lehren, grundsätzliche sozialdemokratische Agitation zu betreiben, die Arbeitermassen zum Klassenbewußtsein zu führen. Dann erübrigt sich das andere ganz von selbst. Was heißt denn das, die Arbeiter zum Klassenbewußtsein bringen? Das heißt, daß sie die Notwendigkeit des Klassenkampfes erkennen lernen. Der klassenbewußte Arbeiter weiß, daß wir schweren Kämpfen entgegengehen, daß es schwerer Kämpfe bedürfen wird, bis dem Sozialismus zum Heile der Völker der Sieg errungen werden kann. Der klassenbewußte Arbeiter weiß aber auch, daß man nicht mit dem Feuer spielen darf. Er weiß, daß er in der Stunde der Not, in der Stunde der Notwendigkeit, mit seiner ganzen Existenz, mit Leib und Leben einzutreten hat für das, was er für richtig hält, was seine Ueberzeugung ist.

Je kritischer die Situation, um so klarer muß die Erkenntnis sein von der Notwendigkeit unerschütterlicher Disziplin. Wir haben mehrfach Situationen gehabt, namentlich in Preußen, die kritisch genug gewesen sind, wo man von oben herunter brutal eingegriffen hat. Wenn es bisher nicht zu Blutvergießen gekommen ist, dann ist das der deutschen Sozialdemokratie, der Disziplin ihrer Anhänger zu danken. Daran will ich absichtlich erinnern, um die Bedenken derjenigen zu zerstreuen, die da glauben, daß ein Massenstreik nicht denkbar sei ohne Blutvergießen. Davon braucht meines Erachtens keine Rede zu sein. Daß man große Streiks durchführen kann ohne Zusammenstöße und ohne Blutvergießen, das haben uns die Kämpfe in Belgien mit aller Deutlichkeit gezeigt. Da war von einem Zustand der Verwirrung und Disziplinlosigkeit keine Rede. Aber der friedliche Verlauf setzt musterhafte Disziplin voraus. Der irrt, der da glaubt, man könne den Massenstreik vorbereiten durch die Lockerung der gewerkschaftlichen Disziplin, durch das Ausspielen der Massen gegen die Führer, durch die Verherrlichung der unorganisierten Masse, die bestimmt sei, alles Große in der Welt zu erreichen. Wo Disziplin und Ordnung vorhanden sind, wo das Zusammenwirken aller in Betracht kommenden Faktoren gesichert ist, da nur können solche großen Kämpfe erfolgreich sein. Es ist selbstverständlich notwendig, daß die Massen einig sind mit den Führern.

Es wäre traurig um die Partei bestellt, wenn bei der jetzigen Situation nicht immer wieder aus den Massen heraus der Ruf käme: Gibt es keine Möglichkeit, wie wir schneller aus diesen Zuständen herauskommen können? Kein Zweifel, daß der Unwille, die Empörung der Massen wachsen. Sie werden um so schneller wachsen, je hartnäckiger man dem Volke die Rechte verweigert, die ihm zustehen. Nichts anderes verlangen wir ja zunächst, als die Gleichberechtigung aller. Deshalb rufe ich den herrschenden Gewalten zu, sie sollen nicht ihre Hoffnung setzen auf die Langmut des preußischen und deutschen Volkes. Damit werden sie eine Verantwortung auf sich laden, die sie unter keinen Umständen tragen können. Wenn wir in allen diesen Auseinandersetzungen hinweisen auf die Hauptschuldigen in Preußen, auf die Junkerkaste, so ist das gewiß berechtigt. Aber ziemlich das gleiche gerüttelte Maß von Schuld liegt auf dem deutschen Bürgertum. (Sehr richtig!) Eine Bourgeoisie wie die deutsche, die eine solche Fülle von wirtschaftlicher Macht repräsentiert, hat kein Recht zu heulmeiern und zu sagen: ach, wir möchten ja auch gern Reformen, aber wir sind nicht imstande, sie durchzusetzen. Ein

Bürgertum, das in Preußen-Deutschland gleiche Rechte haben will, hätte die Möglichkeit dazu. Woher kommt der ganze erbärmliche Zustand, unter dem wir leiden? Er kommt daher, daß die Bourgeoisie jahrzehntelang die Junker hat wirtschaften lassen, daß sie den Kampf für die von ihr angeblich vertretenen Grundsätze nicht durchgeführt hat. Und dafür gibt es eine plausible Erklärung. Wir wissen ja, daß schließlich die Kerntruppe der Bourgeoisie viel lieber mit den Junkern zusammen geht, als daß sie der anwachsenden Sozialdemokratie, den Proletariermassen, gleiche Rechte einräumen will. (Sehr richtig!) Wenn das deutsche Bürgertum schweren Kämpfen, die es weit schwerer treffen würden als das Junkertum, aus dem Wege gehen will, dann soll es sich darauf besinnen, was seine Pflicht und Schuldigkeit ist. Dann soll es helfen, daß wir das gleiche Wahlrecht in Preußen erkämpfen.

Daß wir in dem Wahlrechtskampf siegen werden und siegen müssen, das wissen wir. Das wissen aber auch unsere Gegner. Wir können Fehlschläge, wir können Niederlagen erleiden, aber die Sache, die wir vertreten, wird sich durchsetzen, weil sie sich durchsetzen muß. An uns ist es, alle Kraft daran zu setzen, uns so stark zu machen, daß wir vor keinem Kampfe zurückzuschrecken brauchen. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen auch die Resolution zur Annahme, die Ihnen der Parteivorstand vorgelegt hat. Diese Resolution ist scharf angegriffen worden. Das haben wir vorausgesehen, damit haben wir von vornherein gerechnet. Ich will Ihnen aber sagen, daß es uns nicht auf große Worte, nicht auf drohende Gesten ankommt, sondern auf die Möglichkeit, das in die Tat umzusetzen, was wir zu Papier gebracht haben. (Sehr richtig!) Wuchtige Anklagen haben wir gehört in Verbindung mit den Angriffen auf die Resolution. In den Artikeln schwirrte es nur so von Worten wie Kapitalismus und Sozialismus, Imperialismus, Konzentration, Akkumulation, Wahlrechtsräubereien usw. Ich bitte die Genossen, die das geschrieben haben: halten Sie uns denn wirklich, um das Wort einer Genossin auf einem früheren Parteitage zu gebrauchen, für sozialdemokratische Säuglinge, daß wir nicht auch wissen, was auf dem Spiele steht? Daß wir nicht auch die politische Situation kennen und sehen, wie sich der Kapitalismus konzentriert und die Absicht wächst, die Arbeiterklasse niederzuhalten! Das haben wir auch gewußt und ich spreche in dieser Versammlung kein Wort darüber. Ich halte es für deplaciert, das ABC der Sozialdemokratie auf einem Parteitag vor sozialdemokratischen Vertrauensleuten der Arbeiterschaft zu erörtern. Selbstverständlichkeiten brauchen wir uns gegenseitig nicht zu sagen. (Sehr richtig!) Es ist gesagt worden, die Resolution sei weiße Salbe, sie sei das Produkt mangelnder Fühlung der Parteileitung mit den breiten Massen der Parteigenossen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. (Sehr richtig!) Ueber Massenstreiks und Massen haben am meisten diejenigen geredet und geschrieben, die mit den Massen die wenigste Fühlung haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wer uns nachsagt, daß wir mit der Masse keine Fühlung haben, der sollte den Nachweis dafür versuchen. Wir sind das ganze lange Jahr nicht nur in der Masse selber drin, sondern haben fortlaufende Verbindung mit ihr auch durch die Vertrauensleute. Wer sagen will, wir wüßten nicht, wie es im Volke und in den Organisationen aussieht, dem sagen wir, wir haben doch auch den Parteiausschuß, den Sie uns als treuen Ratgeber an die Seite gestellt haben. Mit solchen Redensarten soll man uns gefälligst vom Leibe bleiben. Wir kennen die Massen besser als diejenigen, die die revolutionärsten Artikel schreiben, mit denen man aber keine Massenbewegung machen kann. Ich kann Ihnen sagen, daß die Resolution, die als weiße Salbe bezeichnet worden ist und als Produkt einer mangelnden Fühlung mit den Massen, daß diese Resolution das Produkt ernster Beratungen nicht nur des Parteivorstandes und Parteiausschusses war, sondern das Produkt ernsthafter Beratung aller der in Frage kommenden Körperschaften. (Hört! hört!) Deutlicher will ich nicht werden, aber ich hoffe, daß mich die Genossen verstehen, wenn ich sage, alle Körperschaften stehen dahinter, die bei einem Massenstreik in Betracht kommen. Das bitte ich zu berücksichtigen, und wenn Ihnen das bekannt ist, so glaube ich, dürfen Sie auch mit Vertrauen dieser Resolution zustimmen. Es kommt nicht an auf klingende Worte, vielmehr auf entschlossene Tat. Dazu sind wir bereit, aber nicht dazu, etwas zu unternehmen, wenn wir es für Torheit halten. Ich bin der Meinung, daß man entscheidende Taten am besten durch praktische Arbeiten vorbereitet. (Sehr gut!) Das heißt arbeiten an der immer größeren Festigung unserer Organisation und durch Erziehung unserer Genossen zu zielklaren, klassenbewußten Sozialdemokraten. So wollen wir weiter arbeiten wie bisher, systematisch und zäh, den Blick fest auf das Ziel gerichtet, in Einigkeit und Kampfbereitschaft. (Lebhafter Beifall.)

Otto Braun erstattet den Kassenbericht: Auch auf dem Gebiete des Kassenwesens ist das verflossene Geschäftsjahr mehr ein Jahr der inneren Ruhe und der inneren Festigung gewesen. Wir haben Ihnen den Kassenbericht gedruckt vorgelegt, und ich hoffe, daß Sie alle das reiche Zahlenmaterial durchgearbeitet haben werden. Das Ergebnis des Kassenberichts haben wir als nicht ungünstig bezeichnet, wir haben abgeschlossen mit einem Ueberschuß von 394 166,45 Mk. und haben 315 048,45 Mk. zum Vermögen legen können. Es gibt sicherlich in der Partei weite Kreise, die der Ueberzeugung sind, daß das ein sehr hoher Ueberschuß ist. Dem möchte ich doch entgegentreten. Den Ueberschuß kann man nicht als zu hoch bezeichnen, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Anforderungen in Wahljahren und in Zeiten großer politischer Aktionen an die Hauptkasse gestellt werden. Machen Sie sich nur folgendes Exempel auf. Angenommen, wir würden in vier Jahren der Ruhe, in denen wir keine Reichstagswahlen haben, wirklich alljährlich den gleichen Ueberschuß erzielen, so würden wir für die nächste Wahl etwa 1 260 000 Mk. zurückgelegt haben. Wenn Sie sich demgegenüber vor Augen halten, daß die Anforderungen in bezug auf die Wahlkosten an die Hauptkasse von Wahl zu Wahl ganz ungemein gestiegen sind, dann werden Sie mir recht geben, daß diese Rücklagen kaum reichen werden, um den Anforderungen an die Hauptkasse bei künftigen Wahlen gerecht zu werden. Im Jahre 1903 haben wir aus der Hauptkasse 282 058,05 Mk. zugezahlt, im Jahre 1907 waren es bereits 459 501,60 Mk. und im Jahre 1912 sogar 910 977,82 Mk. Wenn die Steigerung der Wahlkosten in dem gleichen Verhältnis weiter fortschreitet, dann ist es klar, daß Rücklagen in der Höhe, wie wir sie in diesem Jahre gemacht haben, nicht ausreichen werden. Dazu kommt, daß wir auch mit Reichstagsauflösungen und sonstigen großen politischen Aktionen zu rechnen haben, und denen würden wir dann nicht im entferntesten finanziell gewachsen sein. Es wird jetzt so viel von revolutionären Aktionen geredet, bei denen die Massen in Bewegung gesetzt werden sollen. Es wird auf das Ausland hingewiesen, wir sollten uns die dortigen Genossen zum Beispiel nehmen. Aber gerade die Erfahrungen im Ausland haben gezeigt, daß man nicht nur mit Begeisterung und Elan die Kämpfe führen kann, sondern daß auch ein voller Geldbeutel dazu gehört. (Sehr richtig!) Die Abführung an die Hauptkasse, über die früher vielfach geklagt wurde, ist im letzten Jahre etwas besser geworden, aber es gibt doch immer noch einige Wahlkreise — ich habe Ihnen eine Tabelle vorgelegt, aus der Sie ersehen können, welche das sind —, es gibt noch immer einzelne Wahlkreise, die es noch nicht fertig bekommen können, die im Statut vorgeschriebenen 20 Proz. abzuführen. Es sind, wenn ich die Kreise in Betracht ziehe, die mit mehr als 10 Mk. unter dem Pflichtsatz geblieben sind, noch immer 63, und darunter sind gut organisierte

Kreise, von denen man wohl erwarten könnte, daß sie ihrer Pflicht nachkommen. Als wir diesen Kreisen zum Bewußtsein brachten, daß sie, wenn sie ihre Pflicht nicht erfüllten, auch kein Recht auf eine Vertretung auf dem Parteitag hätten, haben sie sich beeilt, schnell eine kleine Summe einzuschicken, um wenigstens einen Delegierten hier zu haben. (Hört! hört!) Ein solches Verfahren ist ganz unzulässig, und ich möchte an die Genossen dieser Kreise die Aufforderung richten, in Zukunft ihr Finanzgebaren so einzurichten, daß sie ihren Pflichten der Hauptkasse gegenüber in vollem Umfange nachkommen können. (Sehr gut!) Den 63 Kreisen, die weniger abgeführt haben, stehen nur 15 gegenüber, die mehr als 10 Mk. über den Pflichtbeitrag abgeführt haben. Darunter stehen, wie alljährlich, an der Spitze die acht Berliner Kreise mit insgesamt 66 000 Mk. mehr. Dann folgt Hamburg, das für seine drei Kreise allein 48 000 Mk. über den Pflichtbeitrag abgeführt hat. Auch Leipzig und Chemnitz haben erheblich über den Pflichtbeitrag abgeführt. Aber ich möchte nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß sich in diesen Wahlkreisen, besonders in Berlin und Hamburg, unter den Genossen Strömungen bemerkbar machen, die dahin gehen, in Zukunft der Hauptkasse auch nur die 20 Proz. zu zahlen. Wenn Sie die letzten Beitragsquittungen im „Vorwärts" durchgelesen haben, werden Sie konstatieren können, daß die Beiträge, die von Berlin in den letzten Monaten abgeführt sind, schon beinahe unter 20 Proz. der Beiträge bleiben, und in Hamburg wurde auch vor kurzem in einer Generalversammlung in der Debatte über eine vom Vorstand beantragte Beitragserhöhung darauf hingewiesen, daß es ratsam sei, die Beiträge an die Hauptkasse bis auf die Pflichtbeiträge einzuschränken. Ich bemerke, daß dem energisch widersprochen ist und daß die Versammlung sich in der Tat nicht auf diesen Standpunkt gestellt hat. Aber wir werden in Zukunft doch bis zu einem gewissen Grade, wenn das auch nicht erwünscht ist, damit rechnen müssen, daß die Zahl der Kreise, die mehr als 20 Proz. abführen, geringer wird, und wir müssen deshalb das Hauptgewicht darauf legen, daß alle Kreise ihren vollen Pflichtbeitrag abführen. (Sehr richtig!)

Die gesamten Kreisorganisationen haben im Geschäftsjahr 1911/12 an Mitgliederbeiträgen eingenommen 3 080 365,86 Mk., im Berichtsjahre 1912/13 2 754 072,85 Mk. Da das Berichtsjahr sich nur auf neun Monate erstreckt, müßten wir ein Drittel zu dieser Summe hinzufügen, so daß sich eine Gesamteinnahme von 3 672 097,13 Mk. ergibt, d. h. eine Steigerung um 591 731,27 Mk. oder um 19,2 Proz. Halten Sie dagegen, daß wir nur eine Mitgliederzunahme von 1,3 Proz. haben, so ergibt sich daraus, daß die tatsächliche Mitgliederzunahme, an der Hand der Beiträge berechnet, doch eine größere ist, als aus den Angaben über die Mitgliederzahl in den Fragebogen hervorgeht. Gewiß ist bei dieser Steigerung der Einnahmen aus Beiträgen darauf Rücksicht zu nehmen, daß einzelne Kreise ihre Beiträge erhöht haben. Wenn ich aber darauf hochgerechnet die Hälfte rechne, so kommen noch immer etwa 10 Proz. Steigerung in Frage, die sich zum Teil aus der besseren Einkassierung der Mitgliederbeiträge ergeben, aber auch eine Steigerung der Mitgliederzahl erkennen lassen. Es muß weiter erwähnt werden, daß in der Beitragssumme, die ich genannt habe, nicht die volle Beitragseinnahme steckt, da einzelne Wahlkreise sich noch immer nicht daran gewöhnen können, ihre vollen Beitragseinnahmen im Bericht an den Parteivorstand anzugeben. Einzelne Kreise geben nur den Betrag an, den die Kreiskasse erhält, während die Prozente, die den Ortskassen verbleiben, einfach ausfallen. Es ist deshalb nicht möglich, aus der Beitragssumme die genaue Mitgliederzahl zu berechnen. Nur an einem Beispiel will ich zeigen, daß, wenn wir unsere Mitgliederbewegung nach der Beitragseinnahme berechnen, vielleicht ein viel günstigeres Resultat

herauskommt. Der Kreis Niederbarnim hat nach den Fragebogen einen Mitgliederverlust von 84, nach der Beitragseinnahme berechnet hat er dagegen eine Zunahme von 1403 Mitgliedern. Daraus können Sie ersehen, daß die zahlenmäßigen Angaben über die Mitgliederbewegung die volle Steigerung der Mitgliederzahl nicht zum Ausdruck bringen.

Aber alles das darf uns gleichwohl nicht darüber hinwegsehen lassen, daß die Mitgliederzunahme tatsächlich viel zu gering ist. (Sehr richtig!) Die Hauptursache ist zweifellos in der wirtschaftlichen Krise zu erblicken, die jetzt im Anzug ist und die in den Industriezentren und in den Großstädten heute schon mit großer Wucht eingesetzt hat. Es liegt nahe, einen Vergleich mit der vorhergehenden Krise der Jahre 1907 und 1908 zu ziehen. Von 1907 auf 1908 sind wir von 530 466 auf 587 336 Mitglieder gestiegen. Darunter waren allerdings 18 515 weibliche, die damals infolge Aenderung des Vereinsgesetzes zum erstenmal unserer festen Organisation zugeführt werden konnten. Zieht man die weiblichen Mitglieder ab, so bleibt nur ein Zuwachs von 38 355 oder 7,2 Proz., also ein Prozentsatz, der viel geringer ist als der in der Statistik angegebene. Aber man darf nicht vergessen, daß das Jahr 1907/08 das zweite Jahr der festen Vereinsorganisation war, daß da eine ganze Anzahl Genossen, die früher lose organisiert waren, der festen Organisation zugeführt wurden. Es handelt sich da um Genossen, die vorher bereits einer anderen Form der Parteiorganisation angehört hatten. Zieht man die ab, dann wird der Prozentsatz noch viel niedriger. Aber nehmen wir das folgende Jahr, wo die Wirkungen der Krise mit voller Wucht in die Erscheinung traten, das ist das Jahr 1908/09. Damals stieg unsere Mitgliederzahl um 45 973. Davon waren 32 801 weibliche Mitglieder, die früher schon Genossinnen, nunmehr infolge der neuen Gesetzesbestimmung der Organisation beigetreten waren. Nehmen wir nur die männlichen Mitglieder, so hatten wir eine Zunahme von 13 172 oder 2,2 Proz. in 12 Monaten. Bei der Krise 1907/09 haben wir also bei der Mitgliederbewegung dieselbe Erscheinung zu verzeichnen, die jetzt wieder zutage tritt. Es ist dabei noch zu bemerken, daß wir damals das Wahljahr 1907 hinter uns hatten mit seiner aufpeitschenden Wirkung. Sie wissen, daß damals das Wahlresultat die Genossen nicht befriedigte und sie anfeuerte, mit aller Macht sich der Organisationsarbeit zuzuwenden. Wir wissen weiter, daß das Wahljahr 1912, das mit einem so riesigen Erfolg endete, doch bis zu gewissem Grade auf die organisatorische Arbeit etwas lähmend wirkte. Wenn Sie das bedenken, kann man ohne weiteres erklären, wir haben jetzt dieselbe Erscheinung, wie sie die frühere Krise gezeitigt hat, und unsere Gegner, die sich wie 1907 wieder anschicken, über Rückgang der Sozialdemokratie zu phantasieren, werden ebenso wie sie in bezug auf die Reichstagswahl nach 1907 ein 1912 erlebten, jetzt in bezug auf die Organisation dasselbe Resultat erleben. (Bravo!) Allerdings ist dazu notwendig, daß wir alle Kraft einsetzen und jeder in der Organisationsarbeit seinen Mann stellt.

Wir haben noch weiter untersucht, ob das Verwaltungssystem, das in unseren Organisationen zur Anwendung kommt, vielleicht hier und da die geringe Zunahme an Mitgliedern erklärt. Wir haben durch einen Fragebogen zu ermitteln versucht, in welcher Form in den einzelnen Wahlkreisorganisationen die Beiträge eingezogen werden, wo Hauskassierung besteht und gleichzeitig wie in den einzelnen Kreisen die Mitgliederfluktuation im letzten Berichtsjahre gewesen ist. Diese Fragebogen sind leider nicht alle prompt eingegangen. Soweit sie eingegangen sind, sind sie in der Tabelle, die ich hier habe verteilen lassen, berücksichtigt worden. Die Zahl der Kreise, die Hauskassierung eingeführt haben, ist wider Erwarten groß, größer als wir in der Zentrale angenommen haben. Wir haben 265 Kreise ermittelt, die Haus-

kassierung haben. Das sind, wie gesagt, nicht alle, da nicht alle Fragebogen beantwortet sind. Von diesen 265 haben 104 gleich 39,2 Proz. Mitgliederverlust zu verzeichnen. Von den Kreisen, die die Beiträge in Zahlabenden kassieren und die nur von den Restanten zum Teil durch Hauskassierung die Beiträge einziehen, kamen 35 in Frage; von denen hatten 18 gleich 51,4 Proz. Mitgliederverlust. Die Mitgliederfluktuation in der ersten Gruppe mit Hauskassierung war folgende: Sie gewannen 113 941 = 15,4 Proz. der alten Mitgliederzahl und verloren 93 843 = 12,5 Proz. der alten Mitgliederzahl, so daß sich in diesen Kreisen ein absoluter Gewinn von 20 600 = 2,7 Proz. ergibt. In den Kreisen mit Zahlabenden und teilweiser Hauskassierung der Restanten ergibt sich ein Gewinn von 16 Proz. und ein Verlust von 18 Proz., ein absoluter Verlust von 3 Prozent. Wir können aus den Zahlen also ersehen, daß bis zu gewissem Grade auch im Verwaltungssystem Maßnahmen getroffen werden können, um eine größere Stabilität in der Mitgliederzahl herbeizuführen, die Fluktuation zu verringern und dadurch die Mitgliederzahl zu erhöhen. Aber das alles darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Hauptursache der geringen Mitgliederzunahme zweifellos in der wirtschaftlichen Krise zu suchen ist. Ich kann dem nur zustimmen, was Kollege Scheidemann schon sagte, daß es ganz abwegig und irreführend wäre, wenn man die Dämpfungspolitik und wie sonst die Ausdrücke in den Versammlungen und in der Presse gelautet haben, als Grund des geringen Zuwachses annehmen wollte. Daß die wirtschaftliche Krise die Hauptursache ist, erhellt auch daraus, daß sich bei dem Abonnentenstand der Presse eine ähnliche Erscheinung wie bei der Mitgliederzahl gezeigt hat. Die Abonnentenzahl hat, wie Sie aus dem schriftlichen Bericht ersehen, absolut abgenommen. Wir hatten 1911/12 89 Blätter, 1912/13 92 Blätter. Die Zahl der Abonnenten aber, die im vorhergehenden Berichtsjahr 1 478 042 betrug, ging im Berichtsjahr auf 1 465 212 hinunter. Wir haben also einen Verlust von 12 830 Abonnenten zu verzeichnen gehabt. Wer die Verhältnisse im Arbeiterleben kennt, weiß, daß, wenn es infolge des wirtschaftlichen Niederganges in der Arbeiterfamilie knapp wird, man bei solchen Dingen zu sparen sucht, die nicht zum unmittelbaren Lebensunterhalt gehören. Da wird zuerst die Zeitung abbestellt, zwei Familien behelfen sich oft mit einem Blatt. Darauf ist wohl zum großen Teil der Rückgang der Abonnentenzahl zurückzuführen. Wir haben weiter in diesem Jahr Erhebungen angestellt darüber, wieviel Beschäftigte unsere Zeitungs- und Druckereibetriebe aufzuweisen haben. Die Zahl der in Parteibetrieben Beschäftigten stellt sich danach auf 11 089. Dies große Heer von Beschäftigten zeigt, welchen Umfang unsere Parteibetriebe angenommen haben. Der Parteivorstand hat, was die Förderung der Presse anbelangt, es im Berichtsjahre nicht fehlen lassen. Wir haben 72 804,92 Mk. an direkten Pressezuschüssen gezahlt, d. h. in 9 Monaten mehr als in 12 Monaten des verflossenen Berichtsjahres, wo wir nur 70 000 Mark bezahlt haben. Auch auf dem Gebiete der Darlehnsgewährung für den Ausbau von Parteigeschäften haben wir ganz erhebliche Summen ausgegeben. Während wir 1911/12 nur 225 600 Mk. an solchen Darlehen ausgegeben haben, haben wir in den neun Monaten des Berichtsjahres 396 543,58 Mk. solcher Darlehen gewährt. Und ich kann darauf hinweisen, daß wir gerade für diesen Zweck schon in den ersten fünf Monaten des laufenden Geschäftsjahres fast ebensoviel aufgewandt haben wie in den ganzen neun Monaten des vorhergehenden Jahres, so daß im Laufe dieses Jahres dieser Ausgabeposten noch erheblich steigen wird. Trotz dieser hohen Aufwendungen für den Ausbau der Presse wird uns von verschiedenen Parteigenossen der Vorwurf gemacht, daß wir auf diesem Gebiete noch nicht genügend getan hätten. So hat auf dem Bezirksparteitag für die Pfalz, der in der letzten Woche tagte und

wo der Parteivorstand sich infolge wichtiger Geschäfte vor dem Parteitage leider nicht vertreten lassen konnte, der Vertreter des bayerischen Landesvorstandes erklärt, daß auf dem Gebiete des Ausbaues der Presse von dem Parteivorstand zu wenig geschehe, mit der Aengstlichkeit in bezug auf Neueinrichtungen müsse gebrochen werden. Angesichts der erwähnten Zahlen ist dieser Vorwurf zweifellos unberechtigt. Es ist nicht Aengstlichkeit, die uns davon abgehalten hat, gewissen Neugründungen von Geschäften zuzustimmen, sondern Gewissenhaftigkeit, zu der wir der Gesamtpartei gegenüber verpflichtet sind. (Sehr richtig!) Worum handelte es sich dort in der Pfalz? Es war der Antrag gestellt, für Kaiserslautern ein selbständiges Blatt mit selbständigem Druckereiunternehmen zu schaffen. Nach Würdigung aller Verhältnisse kamen wir zu dem Schluß, daß die Voraussetzungen für ein selbständiges Blatt noch nicht beständen. Wir haben deshalb den Genossen geraten, erst durch ein Kopfblatt von Ludwigshafen den Weg zu einem selbständigen Blatt zu ebnen. Die Genossen glauben aber, daß die Voraussetzungen gegeben sind, und bestehen noch bis heute darauf, ein selbständiges Blatt zu haben. Mit ihnen werden wir uns kaum einigen können, wie mit vielen anderen Genossen, die ähnliche Anträge gestellt haben, die wir gleichfalls ablehnen mußten, weil schließlich nicht die ganzen Einnahmen der Partei zu Geschäftsdarlehen ausgegeben werden können. Gerade die Genossen in Bayern haben am allerwenigsten Grund, über mangelhaftes Entgegenkommen des Parteivorstandes zu klagen. Wir haben 1911/12 über 151 000 Mk. für Bayern gegeben, wovon allerdings 123 000 Mk. für die Wahlen waren. Wir haben aber auch im Berichtsjahre 76 020,30 Mk. nach Bayern gegeben, darunter 57 000 Mk. Darlehen zum Ausbau der Presse. Also die Genossen in Bayern sollten wahrlich uns nicht den Vorwurf machen, daß wir zu ängstlich Neugründungen gegenübergestanden hätten. Auf dem Gebiete der Presse geht es genau wie auf allen anderen. Wollten wir alle Wünsche, die von Parteischriftstellern, von Redakteuren, von Jugendbildnern und Bildungsförderern erhoben werden, deren Durchführung vielleicht erwünscht wäre im Interesse der Partei, erfüllen, dann würden nicht nur unsere ganzen Einnahmen, sondern auch die ganzen Reserven dabei draufgehen, und Sie müßten sich dann zum Kassierer ein wahres Pumpgenie wählen. Die „Bureaukraten" im Parteivorstand haben eben die undankbare Aufgabe, all diese hochfliegenden Wünsche auf das vernünftige oder sagen wir höflicher auf das realisierbare Maß zurückzuführen. (Sehr gut!) Wenn wir überhaupt auf diesem Gebiete von Aengstlichkeit reden wollen, dann können wir es mit mehr Recht tun. Zum Beispiel besteht bei verschiedenen Geschäftsführern von Parteigeschäften, die erhebliche Darlehen von uns haben oder früher durch erhebliche Darlehen des Parteivorstandes erst hochgekommen sind, eine übergroße Aengstlichkeit in bezug auf die Verzinsung und die Rückzahlung dieser Darlehen. (Heiterkeit.) Ueber diese Aengstlichkeit haben wir in der Tat sehr zu klagen. Was bekommt man da alles für Antworten, wenn man Geld verlangt. Die Verzinsung, das sei eine ganz bureaukratische Einrichtung, wie kommt der Parteivorstand dazu, so etwas von den Geschäften zu verlangen! Und die Rückzahlung gar, wie kann der Parteivorstand Rückzahlung verlangen! Darunter waren oft Parteigeschäfte, die das Geld, das zur Rückzahlung notwendig war, bereits auf die hohe Kante gelegt hatten und sich einfach sagten, wir zahlen keine Zinsen und lassen das Geld lieber auf unserer Bank, wo es uns Zinsen trägt. Sie werden mir zugeben, daß ein derartiges Verfahren ganz unzulässig ist. Ein Geschäft schrieb uns z. B., als wir Rückzahlung verlangten, wir sollten uns doch freuen, daß unser Geschäft sich so vorzüglich entwickelt hat, und nun verlangen Sie noch das Geld zurück. (Heiterkeit.) Ja, Parteigenossen, wir freuen uns ja, wenn sich

die Geschäfte durch diese Hilfe vorzüglich entwickeln, aber die in Frage kommenden Geschäfte sollten auch der Amme gedenken, an deren Brüsten sie in der Säuglingszeit ihres Betriebes gelegen haben (Heiterkeit), und sollten auch etwas von dem zurückgeben, was sie bekommen haben. Ja, es wäre ihre moralische Pflicht, darüber hinaus etwas der Parteikasse zuzuführen. Solange der Gebärstreik noch nicht auf die Gründung von Geschäften übergegriffen hat (Heiterkeit), werden wir damit rechnen müssen, daß die Genossen noch immer weiter selbständige Parteigeschäfte in die Welt setzen und es dann schließlich der Hauptkasse überlassen, sie zu ernähren. Es ist zu natürlich, daß, wo die genügenden Voraussetzungen für die Existenz eines Blattes nicht gegeben sind, diese Geschäfte mangels genügender Nahrung sofort wieder gierig zu den Brüsten der altbewährten Amme, der Hauptkasse, greifen und da die Nahrung suchen, die ihnen mangelt. Da ist es selbstverständlich, daß die Hauptkasse entsprechende Auffüllung verlangen muß, wenn sie diesen Anforderungen gerecht werden soll. Wir werden über kurz oder lang einmal ganz ernstlich zu erwägen haben, ob nicht gut prosperierende Parteigeschäfte, die oft erst durch die tatkräftige Hilfe der Gesamtpartei auf den jetzigen Stand gebracht worden sind, ob man denen nicht wenigstens die moralische Pflicht auferlegen sollte, einen Teil ihrer Ueberschüsse der Hauptkasse zuzuführen. Denn es wird immer weniger möglich, mit den laufenden Beitragseinnahmen die fortgesetzt steigenden Anforderungen an die Hauptkasse zu befriedigen. Im übrigen werden wir bei der Gesundung unserer Finanzen das Hauptaugenmerk zweifellos darauf verlegen müssen, die regelmäßigen Beitragseinnahmen zu erhöhen. Diese können wir nur erhöhen, wenn es uns gelingt, die Mitgliederzahl zu vermehren. Deshalb ist es notwendig, mit aller Kraft an dem Ausbau der Organisation, an der Werbung neuer Mitglieder zu arbeiten. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß wir weit über 2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder haben, denen kaum 1 Million Parteimitglieder gegenüberstehen. Da ist noch ein großes, dankbares Feld für die Werbung von Parteimitgliedern vorhanden. Wird dies Feld entsprechend beackert, dann, glaube ich, werden wir die Scharte vom Berichtsjahre auswetzen. Dazu ist aber notwendig, wie bereits Kollege Scheidemann betonte, daß die werbende Kraft, die den Erfolgen unserer Genossen im Parlament innewohnt, nicht verkleinert, nicht herabgesetzt, sondern in den Dienst der Mitgliedergewinnung gestellt wird. Wir sollten uns deswegen vor Aeußerungen hüten, aus denen nicht nur die Organisierten, sondern auch die Unorganisierten leicht eine Herabsetzung des Wertes der Organisation herauslesen können. Der Fortbestand und die Entwickelung unserer Organisation sind nur gesichert durch die Arbeit der Tausende von Parteigenossen, die als Funktionäre tagaus tagein, jahraus jahrein, durchdrungen von der Siegessicherheit des Sozialismus, die mühsame Kleinarbeit leisten, ihre kärglichen Mittel, die wenigen Mußestunden, die ihnen die kapitalistische Fron läßt, ja einen großen Teil ihres Familienglücks opfern, um die so wichtige Kleinarbeit zu leisten, um die Organisation auszubauen und vorwärts zu bringen. Gerade dieser großen Zahl von Mitarbeitern sind wir Dank schuldig, dadurch, daß wir ihre Arbeit ins rechte Licht stellen, daß wir sie nicht in ihrem Werte irgendwie herabmindern. Diese große Zahl der kleinen Funktionäre, der Tag für Tag in zäher Arbeit für den Ausbau der Organisation tätigen Genossen, beweist mindestens ebensoviel Idealismus, ebensoviel Opferfreudigkeit, ebensoviel Begeisterung für unsere Sache, wie jene Parteigenossen, die in großen Massenversammlungen, umbrauft von jubelndem Beifall, die Massen gegen die Führer aufrufen oder in wohlstilisierten Artikeln den Wert der Organisationsarbeit herabmindern und Hoffnungen auf den revolutionären Tatendrang der Unorganisierten und der gegnerisch Organisierten wecken, denen bittere Enttäuschungen folgen müssen. (Sehr wahr!) Wir wollen uns nicht durch Ungeduld von den alten Bahnen ablenken lassen. Wir wollen unsere Organisation weiter ausbauen und die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse durch doppelte Kraftanstrengung wettmachen. Die Parole für das laufende Jahr muß heißen: Auf! Der ersten Million Parteimitglieder entgegen! (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag Eberts wird mit dem Geschäftsbericht des Parteivorstandes auch zugleich der Bericht der Kontrollkommission erstattet.

Referent ist Genosse

Brühne: Parteigenossen und -genossinnen! Die Kontrollkommission hat im letzten Jahre einen sehr schweren Verlust erlitten. (Der Parteitag erhebt sich von den Sitzen.) Am 21. Juni starb im Krankenhause in Dresden unser Genosse August Kaden. Die Reihen unserer alten Genossen lichten sich immer mehr. Kaden gehörte zu den Genossen, die von der Pike auf gedient haben. Er hat die schweren Zeiten des Sozialistengesetzes mitgemacht und allen Anfeindungen und Verfolgungen getrotzt. Kaden war seit 1890 Mitglied der Kontrollkommission und seit dem Tode Meisters deren Vorsitzender. Alle, die Kaden gekannt haben, liebten ihn wegen seiner geraden, offenen Ansichten. Seine Freunde wußten, daß er schon lange krank war. Sein goldener Humor hat ihn viele Leiden und Schmerzen vergessen lassen. Kaden war in der Hütte der Armut geboren, er hat arm gelebt und ist arm gestorben. Unsere Parteigenossen in Dresden können das Andenken Kadens nicht besser ehren als dadurch, daß sie seinen alten Wahlkreis mit großer Mehrheit bei der nächsten Nachwahl zum Reichstage wieder erobern. Wir werden unserem verstorbenen Mitkämpfer ein treues Andenken bewahren. Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen erhoben, ich danke Ihnen.

Die Kontrollkommission hat auch im letzten Jahre ihre Tätigkeit gemäß den Bestimmungen des Organisationsstatuts ausgeübt. Dieses entspricht den Grundsätzen, welche Genosse Kaden in einer Erklärung in Jena 1911 im Namen der Kontrollkommission abgegeben hat. Die Kontrolle erstreckt sich selbstverständlich auf die gesamte Tätigkeit des Parteivorstandes. In gemeinschaftlicher Sitzung der Kontrollkommission und des Parteivorstandes hat der Parteivorstand der Kontrollkommission bei jeder vierteljährlichen Tagung einen Bericht gegeben über die wichtigsten Vorgänge und Entscheidungen seiner Tätigkeit. In gemeinsamer Aussprache haben die Mitglieder der Kontrollkommission ihre Wünsche und Anregungen begründet. Die Kontrollkommission hat im letzten Jahre die Kassengeschäfte des Parteivorstandes, des „Vorwärts" (Zeitungsverlag und Buchhandlung), des Pressebureaus, der Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz, des Archivs, des Bildungsausschusses, der Parteischule und der Jugendzentrale vierteljährlich geprüft. Verlag und Druckerei J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart, sowie das Rheinisch-Westfälische Bureau sind im Laufe des Jahres einmal durch einige Mitglieder der Kontrollkommission revidiert worden. Zu Beanstandungen lag kein Grund vor. Die Geschäfte sind alle in guter Ordnung gefunden worden. Die Kontrollkommission hat sich bei ihrer Revision selbstverständlich nicht darauf beschränkt, nur die finanzielle Seite der Parteigeschäfte zu prüfen. Sie hat vielmehr der gesamten Tätigkeit der Parteiinstitute und Einrichtungen ihre Aufmerksamkeit zugewendet, und der dadurch gewonnene Einblick hat Anlaß zu eingehendem Meinungsaustausch mit dem Parteivorstand und zu mancherlei Anregungen der Kontrollkommission gegeben.

Das Versicherungsgesetz für Privatangestellte, das am 1. Januar 1913 in Kraft trat, hat die Fürsorge für diese Berufsschichten und ihre Angehörigen

nur äußerst mangelhaft im Vergleich zu den zu leistenden Beiträgen geregelt. In Verbindung mit dem Parteivorstand wurde von der Kontrollkommission die Frage beraten, wie für unsere an der oberen Grenze der Versicherungspflicht befindlichen Angestellten im Parteivorstande eine bessere Regelung geschaffen werden könne. Zu erwägen war dabei auch, daß mehrere der in Frage kommenden Genossen bereits das versicherungspflichtige Alter überschritten hatten. Man kam zu dem Entschluß, alle gleich zu behandeln und diesen Genossen durch eine entsprechende Zulage eine bessere Fürsorge anderer Art zu ermöglichen. Den Genossen wurde zur Pflicht gemacht, durch den Abschluß einer privaten Versicherung für sich und ihre Angehörigen entsprechend zu sorgen.

Die Kontrollkommission hatte sich im Laufe des Jahres mit zwei Beschwerden gegen den Parteivorstand zu beschäftigen. Die erste war die des Genossen Mehring-Berlin-Steglitz, die sich gegen den Parteivorstand richtete, und die er in seiner schriftlichen Begründung auch auf den Genossen Kautsky ausdehnte. Genosse Mehring versandte am 10. Februar dieses Jahres durch das Pressebureau drei Artikel, die den wesentlichen Inhalt eines von der Genossin Luxemburg im Verlage des Vorwärts veröffentlichten wissenschaftlichen Werkes zusammenfaßten.

Der Parteivorstand erklärte in einem Rundschreiben an die Redaktionen der Parteiblätter die Veröffentlichung dieser Artikel durch das Pressebureau als eine unzulässige mißbräuchliche Benutzung des Pressebureaus. Gegen diese Erklärung des Parteivorstandes erhob Genosse Mehring Beschwerde bei der Kontrollkommission. Mehring begründete seine Beschwerde damit, daß er sich für berechtigt hielt, seine Artikel durch das Pressebureau zu veröffentlichen, da der Parteivorstand im vorigen Frühjahr sogar genehmigt hatte, daß persönliche Angriffe Kautskys gegen ihn durch das Pressebureau verbreitet wurden. Dann beschwerte sich Genosse Mehring darüber, daß der Parteivorstand nicht gemäß der ihm vom Jenaer Parteitag im Jahre 1905 auferlegten Pflicht gegen den Artikel eingeschritten ist, den Genosse Kautsky in Nummer 23 der „Neuen Zeit" unter dem Titel „Parteipolemik" veröffentlicht hatte.

Die Kontrollkommission hat, um Klarheit in dieser Angelegenheit zu haben, Kläger, Angeklagte und Zeugen vernommen. Sie hatte über folgende Fragen zu entscheiden.

I. Mehring verlangt von der Kontrollkommission

1. den Vertrieb seiner Artikel über das Buch der Genossin Rosa Luxemburg für zulässig zu erklären;

2. für den Fall, daß die Kontrollkommission in dem Vertrieb der Artikel eine mißbräuchliche Benutzung des Pressebureaus erblicken sollte, dem Parteivorstande einen Tadel auszusprechen, weil er im vorigen Jahre die Verbreitung der Kautskyschen Erklärung und der Mehringschen Erwiderung durch das Pressebureau genehmigt hat.

II. Mehring ersucht die Kontrollkommission, den Parteivorstand zu einer unzweideutigen Erklärung darüber zu veranlassen, ob er es gebilligt hat, daß Kautsky, nachdem Mehring einige dem Parteivorstand mißfällige Artikel veröffentlicht hat, von Mehring eine Einschränkung der publizistischen Befugnisse beanspruchte.

III. Mehring beschwert sich darüber, daß der Parteivorstand nicht gemäß dem Jenaer Beschluß gegen den Artikel Kautskys: „Parteipolemik", eingeschritten ist.

In der Beschwerdesache des Genossen Mehring gegen den Parteivorstand, die er in seiner schriftlichen Begründung auch auf den Genossen Kautsky ausgedehnt hat, hat die Kontrollkommission folgende Entscheidung getroffen:

I. Der § 5 Abs. 2 der Bestimmungen über die Einrichtungen des Pressebureaus der Partei lautet nach dem Essener Parteitagsprotokoll 1907: „Ausgeschlossen von der Tätigkeit des Pressebureaus ist die Lieferung politischer Leitartikel, sowie die Behandlung parteitaktischer und partei-theoretischer Fragen."

Die Kontrollkommission verurteilt auf Grund dieser Bestimmungen jede Benutzung des Pressebureaus zur Versendung der oben gekennzeichneten Artikel. Somit hält die Kontrollkommission sowohl die Versendung der Artikel der Genossen Kautsky und Mehring im vorigen Jahre als derjenigen Mehrings in diesem Jahre für unzulässig.

Aus den vorliegenden Feststellungen ergab sich, daß Genosse Mehring die Versendung seiner Artikel über das Buch der Genossin Rosa Luxemburg durch den Leiter des Pressebureaus nicht als eine mißbräuchliche Benutzung dieser Institution betrachtet hatte. Diese Auffassung wird auch dadurch bestätigt, daß der Parteivorstand seinen Tadel nicht gegen Genossen Mehring gerichtet hat.

Die Kontrollkommission bedauert im übrigen, daß die Redaktion des „Vorwärts" in dieser Sache ohne Wissen des Parteivorstandes ein Zirkular des Parteivorstandes zum Abdruck gebracht hat, das nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt war, denn dadurch verschärfte sie den an sich geringfügigen Streit ganz erheblich.

II. Die Kontrollkommission hat von der Erklärung des Genossen Haase als Vorsitzenden des Parteivorstandes Kenntnis genommen, daß der Parteivorstand seinerseits nicht daran gedacht hat, die publizistische Befugnis des Genossen Mehring in der „Neuen Zeit" einzuschränken, daß er aber auch in der vom Genossen Kautsky vorgeschlagenen Neuregelung des Redaktionsverhältnisses betreffend Mitarbeit des Genossen Mehring, keine solche Einschränkung erblicken konnte.

Die entgegenstehende Auffassung des Genossen Mehring darüber erklärt sich wesentlich dadurch, daß seine Stellung, die bisher auf „freundschaftlichem Verstehen" mit der Redaktion beruhte, eine Aenderung erfahren sollte, die er als eine Beeinträchtigung seiner bisherigen Stellung betrachtete, wie sie sich durch ein langjähriges, niemals beanstandetes Gewohnheitsrecht gebildet hatte.

Nachdem der Parteivorstand auf Grund der geschehenen Aussprache erklärt hat, eine Regelung des Verhältnisses zwischen dem Genossen Mehring und der „Neuen Zeit" in Aussicht zu nehmen, kann die Kontrollkommission der Entscheidung des Parteivorstandes nicht vorgreifen.

III. Die Kontrollkommission ist der Anschauung, daß die Beschlüsse des Jenaer Parteitages 1905 dem Parteivorstand nicht das Recht gaben, gegen den Genossen Kautsky wegen seines in Nummer 23 veröffentlichten Artikels „Parteipolemik" einzuschreiten. Diese Beschwerde ist daher unbegründet.

Eine weitere Beschwerde lag vor von dem Genossen Julian Borchardt in Groß-Lichterfelde. Er führte Beschwerde gegen den Parteivorstand, weil dieser in dem gegen Borchardt schwebenden Schiedsgerichtsverfahren den dritten Berliner Wahlkreis mit der Ernennung der drei Beisitzer zum Schiedsgericht beauftragt hat. Borchardt verlangt in seiner Beschwerde, die Kontrollkommission solle den Beschluß des Parteivorstandes aufheben und die Ernennung der Beisitzer durch die beiden beteiligten Kreise, den dritten und vierten Wahlkreis, vornehmen lassen.

Nach unserem Organisationsstatut kann jede Parteiorganisation die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen. Im Falle Borchardt hatte der dritte Berliner Wahlkreis am 28. Mai, der vierte am 11. Juni ein Schiedsgerichtsverfahren gegen den Genossen Borchardt beantragt. Der Parteivorstand be-

antragte, den dritten Wahlkreis als denjenigen, welcher zuerst die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragt hatte, die drei Beisitzer zu ernennen. Die Kontrollkommission schloß sich einstimmig diesem Beschluß an und wies die Beschwerde des Genossen Borchardt als unbegründet ab.

Nach dem Tode unseres unvergeßlichen Genossen August Bebel hätte nach § 15 unseres Organisationsstatuts die Kontrollkommission nach Anhörung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses das Recht gehabt, eine Ersatzwahl zum Parteivorstand an Stelle des Genossen Bebel vorzunehmen. Wegen der kurzen Zeit, die uns noch von dem Parteitage trennte, hat die Kontrollkommission einstimmig von einer Ersatzwahl Abstand genommen und überläßt die Wahl dem Parteitage.

Die Kontrollkommission beantragt einstimmig, der Parteitag wolle beschließen, daß dem Parteivorstand für das abgelaufene Geschäftsjahr die Entlastung erteilt werde. (Beifall.)

Vorsitzender **Ebert** schlägt vor, beim Geschäftsbericht des Parteivorstandes auch alle Anträge zu behandeln, die sich beziehen auf Agitation, Bildungsbestrebungen, Jugendbewegung, Agrarfrage, Presse und Literatur. Damit ist der Parteitag einverstanden. Genügend unterstützt werden die Anträge 13, 14, 15, 16, 17, 47, 51, 52, 53, 54, 55, 57, 77 und 96. Antrag 56 wird zurückgezogen. Die Anträge 18, 19, 48, 49, 50, 91 finden nicht die genügende Unterstützung.

Von den Anträgen zum Massenstreik werden die Anträge 7, 11, 12 und 88 genügend unterstützt. Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 8, 9, 10 und 90. Zu dem Antrage 96 ist folgender Abänderungsantrag eingegangen:

Im ersten Satz soll für die ersten sieben Worte gesetzt werden: „Der Parteitag beschließt . . .“

Dann wird in die Diskussion eingetreten und zwar zunächst über den allgemeinen Teil des Geschäftsberichts.

Sollmann-Köln: Scheidemann hat in seinem Bericht die Hauptursache des Stillstandes in der Organisation auf die Krisis zurückgeführt. Ich kann diesen Grund nicht vollständig unterschreiben. Ich weise darauf hin, daß in der Zeit, in der die hauptsächlichste Agitation gefallen ist, zahlreiche Industrien noch voll beschäftigt waren und daß in den Krisenzeiten 1908 und 1909 unsere Organisationen bedeutende Fortschritte erzielt haben. Ich warne davor, daß man den Stillstand lediglich auf die Krisis zurückzuführen sucht. Ich glaube, der Parteivorstand hat in seinem Geschäftsbericht mit erfreulicher Deutlichkeit eine der Ursachen genannt, die uns nicht mehr so leicht in die indifferenten Massen eindringen läßt, indem er darauf hinweist, daß unsere Parteipresse sündigt und nicht allgemeinverständliche Propaganda treibt. Ich habe in Arbeiterkreisen im Rheinland Ermittelungen angestellt und überall Zustimmung gefunden, wenn auf die unverständliche Schreibweise zahlreicher Parteiblätter hingewiesen wurde. Ein Teil unserer Parteizeitungen scheint anzunehmen, daß das Feuilleton überhaupt nicht mehr der Unterhaltung zu dienen hat. Gerade die Frauen bestellen die Zeitung ab, weil das Feuilleton mancher unserer Zeitungen für weite Arbeiterkreise ungenießbar ist. Diese Zeitungen glauben, daß jeder Arbeiter ein Theaterabonnement in der Tasche hat und sämtliche Klassiker gelesen hat. So sehr wir dafür eintreten müssen, daß unsere Genossen zum Kunst- und Literaturverständnis erzogen werden, so unverständig ist es, anzunehmen, daß die großen Massen tief in diese Frage eingedrungen sind. Ich habe das Gefühl, daß viele Redakteure unter den Journalisten glänzen wollen und nicht bedenken, daß es darauf ankommt, daß die Massen den Inhalt der Zeitung verstehen. Der Parteivorstand wird

gut tun, dieses wichtige Problem recht bald einer Redakteurkonferenz vorzulegen.

Nun die Jugendbewegung. Der Bericht des Parteivorstandes behauptet, daß unsere Jugendbewegung sich den Angriffen der Gegner gegenüber glänzend behauptet hat und daß wir gute Fortschritte gemacht hätten. Ich halte es für meine Pflicht, gegen diese Schönfärberei ganz entschieden zu protestieren. (Rufe: Oho!) Es ist nicht wahr, daß unsere Jugendbewegung im vergangenen Jahre gute Fortschritte gemacht hat. Gerade in hervorragenden Parteiorten ist sie zurückgegangen; z. B. in Braunschweig, Bremen, Breslau, Burg b. Magdeburg, Köln, Dresden, Elberfeld, Frankfurt, Hannover, Leipzig und in zahlreichen anderen Orten. Das sind Dinge, die wir nicht mit der Krisis erklären können, sondern wir müssen uns selber an die Brust klopfen und fragen, ob wir wirklich unsere Pflicht getan haben. Ich habe den Eindruck, daß in weiten Parteikreisen die bedeutende Gefahr der bürgerlichen Jugendbewegung unterschätzt wird. Sie dürfen nicht vergessen, daß die bürgerliche Jugendbewegung in den letzten Jahren ganz andere Formen angenommen hat und zu einer gewissen Gefahr für unsere Bewegung geworden ist. Die Agitation, das Werbematerial, das uns geboten wird, entspricht in bedauerlicher Weise nicht dem Empfinden der Jugend. Wir schicken eine Unmenge von Schriften ins Land, die die Jugend gar nicht fesseln können, weil die Jugend nicht versteht, was darin steht. Bis auf den heutigen Tag haben wir noch keine Agitationsbroschüre, die wir innerhalb der weiblichen Jugend verbreiten können. Es ist eine Schrift herausgegeben worden, aber so glänzend sie geschrieben ist, damit kann man nicht die heranwachsende weibliche Arbeiterjugend gewinnen. Wie redet man da zu 14jährigen Arbeiterinnen. Auf der ersten Seite heißt es da z. B.: „Weder die gewaltigen Errungenschaften der modernen Naturforschung, wie sie von Charles Darwin eingeleitet wurden, die dich befähigen würden, in dem großen, prächtigen Buche der Natur zu lesen, noch jene grandiosen Ergebnisse der Chemie, der Physik, ja nicht einmal die der Technik, wie sie im modernen Arbeitsprozeß Anwendung finden, sind im einzelnen wie in ihrem Zusammenwirken in einem großen übersichtlichen Bilde dir vermittelt worden. Noch weniger aber wurde dir die Entwickelung der Menschheit, ihrer Kultur geschildert oder gar die Kämpfe um Freiheit, um wirtschaftlichen und geistigen Aufstieg, wie sie von den Unterdrückten immer und immer wieder in heldenhafter Weise geführt wurden. Nichts hast du erfahren von den großen, herrlichen Idealen, die, dem Polarsterne gleich, der Menschheit bei ihrem Aufwärtsstreben voranleuchteten und glühende Sehnsucht nach Freude und Freiheit in ihre Herzen gossen.“

Das sind wunderbare Worte, aber wenn sie jungen, unaufgeklärten Arbeiterinnen in die Hand gegeben werden, dann laufen diese davon wie vor einer aufgescheuchten Maus. Keine Werbebroschüre hat auch nur entfernt bei der arbeitenden Jugend die Beliebtheit gefunden wie die, die ein junger Arbeiter, Peters, herausgegeben hat. Unsere „Arbeiter-Jugend“, so glänzend sie als Bildungsorgan geschrieben ist, vermodert in den Schränken. Sie wird von der Jugend nicht gelesen, weil sie zu schwer ist für junge Leute von 14 bis 16 Jahren. Müssen wir nicht unsere Jugendagitation teilen? Wollen wir vielleicht eine besondere Zeitung schaffen für die Jugend von 17 bis 21 Jahren und für die jungen Leute, für die Kinder von 14 Jahren, die zu uns kommen? Wir müssen dazu kommen, daß wir, wenn nicht eine besondere Organisation, so doch eine besondere Beilage für die weibliche Jugend schaffen. Ich warne Sie vor der Anregung der „Neuen Zeit“, eine besondere sozialdemokratische Organisation für die jugendlichen Arbeiter von 18 bis 22 Jahren zu schaffen, weil wir ja bei der Jugend von 14 bis 18 Jahren noch nicht

aus dem Experimentieren herausgekommen sind. Solange wir nicht auf sicherem Boden stehen, warne ich davor, neue Dinge zu schaffen, die neue Kräfte erfordern, die wir zunächst bei der Jugend von 14 bis 18 Jahren anzuwenden haben. Wir müssen unser Augenmerk darauf richten, die jungen Leute von 14 bis 18 Jahren zusammenzubringen. Sie sind in höchster Gefahr, von der mächtig anschwellenden Jugendbewegung des Bürgertums ergriffen zu werden. Hier muß unsere Arbeit einsetzen. (Beifall.)

Strengele-Hamburg: Einwendungen gegen den Vorstandsbericht vorzubringen, erscheint mir im großen und ganzen nicht notwendig. Die Tätigkeit des Parteivorstandes war sicherlich vollständig anzuerkennen. Was den Parteivorstand als Verwaltungskörperschaft anbetrifft, so kann ihm das Zeugnis ausgestellt werden, daß er ganz ausgezeichnet gearbeitet hat. Das beweist die Gewissenhaftigkeit der statistischen Denkschrift. Aber auch in Beziehung auf Initiative, die das Jahr hindurch zu entwickeln war, darf ihm kein Vorwurf gemacht werden. Natürlich ist die Initiative mitunter nach einer anderen Richtung gegangen, als der eine oder andere vielleicht gern gesehen hätte. (Heiterkeit.) Vielfach hat es einen gewissen Pessimismus erregt, daß die Mitgliedschaft teilweise stabil geblieben ist und die Abonnentenzahl da und dort zurückgegangen ist. Das wurde von manchem Genossen so aufgefaßt, als sei eine Periode des Unglücks und des Niederganges über die Sozialdemokratie hereingebrochen. Ich bin nicht derart pessimistisch gerichtet, ich glaube vielmehr, daß sich bei solchen Klagen derselbe Ueberschwang der Gefühle geäußert hat, der sich seinerzeit nach anderer Richtung hin äußerte, als unsere Wählerstimmen bedeutend zunahmen. In dem großen Zuwachs der Wählerstimmen sahen einzelne eine Weltenwende und in einem kleinen Rückgang der Organisation sehen sie wieder die Weltkatastrophe, sozusagen die Götterdämmerung der Sozialdemokratie. Wir sind wahrscheinlich, weil wir eine verhältnismäßig junge Partei sind, diesem Ueberschwang unterworfen, wir sind den einen Tag himmelhoch jauchzend, den anderen zu Tode betrübt. Bei diesen Klagen kommt aber auch etwas zum Ausdruck, was ich in der Partei auch auf anderen Gebieten schon bemerkt habe, und was Caprivi nannte „Le rage des nombres". Wir operieren immer mit den Zahlen als mit etwas Absolutem und ihr Aufstieg oder Rückgang macht uns optimistisch oder pessimistisch. Man darf nicht so viel Gewicht darauf legen, ob hier oder dort aus bestimmten Gründen die Organisation stärker geworden ist oder etwas abgenommen hat. Da kommen mehr oder minder Zufälligkeiten in Betracht und die Hauptrolle spielt dabei die allgemeine wirtschaftliche Lage. Worüber wir aber ein Recht haben, etwas pessimistisch zu sein, das ist der Umstand, daß das innere Leben der Partei unbefriedigend geworden ist. Das ist meiner Ansicht nach der Kernpunkt des Ganzen. Wenn man hört, wie sich die Parteiversammlungen mit Quisquilien befassen, wie im größten Parteiort, in Berlin, über die Frage des Gebärstreiks, die wirklich alles andere, nur nicht eine sozialdemokratische Angelegenheit ist (Sehr richtig!), große Versammlungen abgehalten werden und wie unsere Genossinnen, die den sozialdemokratischen Standpunkt ganz richtig vertraten, von einer nun einmal für irgendeine Phantasie fanatisierte Menge sozusagen niedergebrüllt werden, dann muß man sich allerdings die Frage vorlegen: Sind wir in unserer ganzen Organisation, sind wir im Parteileben auf der richtigen Bahn? Es ist dies ein Symptom, daß wir in den letzten Jahren es allzu sehr unterlassen haben, die Bewegung zu vertiefen. Ich messe die Schuld nicht einzelnen Körperschaften und nicht einzelnen Menschen zu, wir werden wohl ziemlich alle etwas schuld daran sein. Man wird sich aber über diese Sachen offen aussprechen müssen. In der „Neuen Zeit" hat ja dankenswerterweise in den letzten Wochen eine Diskussion über

Organisations- und Parteiverhältnisse stattgefunden, auf die ich nicht eingehen will. Ich möchte aber meine eigenen Gedanken darüber wiedergeben, weswegen wir gewissermaßen oberflächlich geworden sind. Sie werden auf Widerspruch stoßen, aber das ist man ja gewöhnt. Ich glaube nämlich, daß für unser Parteileben gefährlich ist die Mechanisierung der Partei, wie sie mehr und mehr stattgefunden hat, das Bestreben, alles nach bestimmten Regeln und Schablonen einzurichten in dem einen Ort genau wie in dem anderen, in Schlesien wie an der Wasserkante, in Schleswig-Holstein wie in Oberbayern. Dieses Streben des Schablonisierens, diesen hierarchischen Aufbau der Partei halte ich in der Tat für eine Gefahr für das innere Leben der Partei. Selbstverständlich muß bei einem derartigen Aufbau die Bureaukratie eine bedeutende Macht erlangen ohne die Schuld der betreffenden Personen. Verwaltungsbeamte brauchen wir selbstverständlich in unserer Organisation, aber man soll wohl erwägen, ob man mit der Vermehrung dieser Verwaltungsbeamten in demselben Tempo fortfahren soll wie bisher. Durch das Zusammenfassen der Organisation, durch die Zentralisierung, die wir den Gewerkschaften abgesehen haben, geht naturgemäß für den einzelnen Genossen die Uebersicht verloren und mehr und mehr wird der angestellte Beamte und Sekretär derjenige sein, der allein den ganzen Mechanismus beherrscht; dadurch wird er eine autoritäre Person. Er gelangt zu großem Einfluß und weil er notwendigerweise in der Organisationstätigkeit seine Hauptaufgabe sieht, so unterbleibt vielfach das tiefere Eindringen der Parteigenossen in die sozialdemokratische Prinzipien. Dazu kommt noch, daß die einzelnen Genossen sich darauf verlassen, daß ihr Beamter schon alles zum Besten leiten wird und daß sie sich nicht zu sehr um die Dinge bekümmern brauchen. Man wartet die Ordre des Bezirkskommandos ab, und wenn die erfolgt ist, wird mobil gemacht, vorher nicht. Durch das Verlassen auf die Initiative der Verwaltungsbeamten und des Parteivorstandes wird die Initiative der einzelnen Organisationen und der einzelnen Mitglieder beschränkt. Ich gebe dies zu bedenken, ohne bestimmte Anträge zu stellen. (Die Redezeit ist abgelaufen. — Vorsitzender Ebert bittet die folgenden Redner, die Redezeit besser einzuhalten.)

Kirschbaum-Bonn: Ich möchte das Wort nehmen zu dem Bericht des Vorstandes über die Jugendbewegung. Es häufen sich immer mehr die Klagen, daß zu wenig getan wird zur pädagogischen Schulung der Funktionäre. Ich will die Anträge unterstützen, in denen gefordert wird, das Rundschreiben der Zentralstelle sollte sich die Aufgabe stellen, die Funktionäre fortgesetzt über ihre Aufgaben als Erzieher zu unterrichten. Die Jugend bilden und schulen kann nur derjenige, der zu erziehen versteht. Unsere Mitarbeiter sind aber fast ausschließlich Laien, die von der Zentralstelle sich selber überlassen werden. Wir werden als Jugendhelfer wohl belehrt, wie wir agitieren sollen; durch die Agitation jedoch können wir Jugendliche zwar gewinnen, aber sie nicht festhalten. Das vermögen wir nur, wenn wir sie richtig zu behandeln verstehen. Dazu gehört, daß wir die Mittel der Erziehung beherrschen und die Erkenntnisse und Erfahrungen der modernen Pädagogik zu verwerten verstehen. Es ist notwendig, daß das Rundschreiben der Zentralstelle für die Funktionäre redigiert wird von einem pädagogisch geschulten Redakteur oder daß wenigstens solche Mitarbeiter dafür gewonnen werden. Ich glaube nicht, daß die Kosten das vom Genossen Braun gewünschte realisierbare Maß überschreiten werden. Jetzt säen und pflanzen wir, ohne genügend zu wissen, wie wir das Wachstum fördern und Früchte gewinnen können. Hier muß etwas geschehen. Die paar pädagogischen Vorträge auf den Jugendleiterkursen genügen nicht. Das Rundschreiben muß ausgebaut werden zum Ratgeber auf erzieherischem Gebiete. Ich hoffe, daß der nächste Geschäftsbericht des Vor-

standes sich einmal über diesen wunden Punkt aussprechen und daß er feststellen wird, daß etwas auf diesem wichtigen Gebiete geschehen ist.

Heilmann-Chemnitz: Genosse Scheidemann hat die Freundlichkeit gehabt, einen Artikel, den ich für die „Neue Zeit" geschrieben habe, von dieser Stelle aus zu kritisieren. Ich hätte gedacht, daß dieser Artikel, der sich mit der Haltung der Fraktion zur Heeresvorlage beschäftigt, besser dann zu erörtern sei, wenn wir über dieses Thema sprechen; aber da Scheidemann mit seiner Kritik nicht hat warten können, so muß ich auch an dieser Stelle darauf antworten. Scheidemann hat zunächst angeknüpft an meine Bemerkung, daß die Parteipresse im Kampfe gegen die Militärvorlage vielfach versagt habe. Ich habe das so gemeint und meine es auch heute noch so, daß wir nicht wie früher beim Kampf um große Vorlagen — ich denke z. B. an die Zuchthausvorlage — Tag für Tag die Parteipresse mit nichts anderem angefüllt haben, als mit diesem einen Thema und alle Energie der Parteigenossen auf diesen einen Punkt konzentriert haben. Ich glaube, wir haben während des Kampfes um die Militärvorlage unsere Kräfte viel zu sehr zersplittert, um eine große Bewegung der Massen gerade gegen dieses eine Gesetz herbeiführen zu können. Noch mehr hat dem Genossen Scheidemann mißfallen meine Bemerkung, daß der Parteivorstand wahrscheinlich auch versagt habe. Auf diesem Wort „wahrscheinlich" ist er herumgeritten, wie jeder geschickte Redner auf seinem Steckenpferd. Das Wort „wahrscheinlich" bedeutet einfach, daß ich nicht in der Lage war, es mit aller Sicherheit zu behaupten. (Heiterkeit.) Es ist Sitte, daß den Parteiredaktionen die Flugblätter zugestellt werden, die der Parteivorstand herausgibt, irgendein Flugblatt über den Liebknecht-Skandal (Heiterkeit), ich meine die Liebknechtschen Enthüllungen über den Krupp-Skandal, haben wir vom Parteivorstand nicht bekommen. Ich habe aber die Möglichkeit in Betracht gezogen, daß diese Flugblätter erschienen sein könnten und daß es bloß an irgendeinem technischen Versehen liege, daß sie uns nicht zugestellt worden sind. Weil ich diese Möglichkeit dem Parteivorstand zugute hielt, darum habe ich das mildernde „wahrscheinlich" hinzugefügt. Wenn diese Flugblätter erschienen sind, so haben nicht nur die Redaktionen, sondern eine ganze Anzahl der Wahlvereine unseres Bezirks, selbst in großen Orten, es nicht gewußt. Mir ist es sehr zweifelhaft, ob sie die Wirkung gehabt haben, die sie bei rechtzeitigem Erscheinen und bei größter Verbreitung auf Anregung der Zentralstelle hin hätten haben müssen. Ich glaube, es liegt hier das vor, was eben Genosse Stengele berührt hat. Wir sind wohl in der Zentralisation etwas zu weit gegangen. Die Flugblätter bekommen bloß noch die Bezirksvorstände, von denen werden sie weiter geleitet an die Kreisvorstände und ehe die Genossen in den einzelnen Orten erfahren, daß die Flugblätter erschienen sind, ehe sie ihre Verbreitung beschließen und ausführen können, ist soviel Zeit vergangen, daß die Flugblätter längst ihre Wirkung eingebüßt haben.

Dann zu etwas anderem. Genosse Braun hat gemeint, wenn alle Vorschläge der Enthusiasten für Neugründungen von Preßunternehmungen erfüllt würden, so müßte man ein Pumpgenie zum Parteikassierer machen. Es handelt sich aber bei den Vorschlägen zur Verbesserung der Parteipresse vielfach nicht um Aufgaben, die Mittel erfordern, sondern nur um Unternehmungen, die kühnen Wagemut erfordern und dann in absehbarer Zeit sogar Ueberschüsse einzubringen geeignet sein sollen. Scheidemann hat die Familienzeitschrift angekündigt. Wie wäre es, wenn der Parteivorstand daran dächte, die große Anschaffung neuer Maschinen gleichzeitig dazu auszunutzen, um eine Zehnpfennigzeitschrift nicht nach dem Muster der „Berliner Illustrierten Zeitung", aber in diesem Stile als eine aktuelle Illustrationszeitung herauszugeben, und wenn er mit diesem Unternehmen eine Illustrationszentrale für die Parteipresse verbinden würde. Es ist schon von mehreren anderen Seiten darauf hingewiesen worden, daß eine ganze Reihe von Möglichkeiten für die Zentrale vorhanden sind, das Zeitungswesen besser zu fördern, als es bisher durch das Pressebureau geschehen ist. (Sehr richtig!) Ich halte es nicht für angängig, an dieser Stelle in eine Kritik der Parteipresse einzutreten, zumal ein Mitglied des Parteiausschusses gesagt hat, daß demnächst dort diese Frage angeschnitten werden solle. Ich muß doch sagen, daß auf dem Gebiete des Zeitungswesens der Parteivorstand einmal ein Gesamtprogramm aufstellen sollte, was von der Zentrale aus unternommen werden kann. Ich denke z. B. an eine gemeinsame Inseratenzentrale, die sehr gut durchführbar ist.

Dann noch eine kurze Anfrage an den Parteivorstand: Es ist unangenehm aufgefallen, daß in den Anträgen zum Parteitag, die in der Presse veröffentlicht wurden, die Anträge des Parteivorstandes gefehlt haben. Nicht nur die zum Massenstreik, bei denen möglicherweise erst noch Vereinbarungen mit anderen Instanzen abzuwarten waren, sondern auch die zum Fall Radek, die sehr wohl rechtzeitig den Parteigenossen hätten unterbreitet werden können. Welche unangenehmen Aktionen diese späte Veröffentlichung nach sich gezogen hat, ist Ihnen allen bekannt. Gern ist es jedenfalls von keiner Seite geschehen, daß man in außerorganisatorischer Form vor die Partei getreten ist. Im Hinblick auf den Fall Radek wird man Scheidemann nicht zu warnen brauchen: „Sei nicht allzu gerecht, damit du nichts verderbest!" Aber er sollte sich hüten, die Debatten dadurch zu verderben, daß er allzu witzig sein will.

Lüth-Hamburg: Als wir vor zwei Jahren uns an dieser Stelle über Organisations- und Agitationsfragen unterhielten, da wurde die Notwendigkeit betont, daß dem Parteivorstand neues Blut zugeführt werden müsse. Wir haben das getan, indem wir Scheidemann und Braun hinzugewählt haben, wir haben auch den Parteiausschuß geschaffen, der ausschließlich aus Praktikern der Organisation und Agitation besteht und der ja auch nach dem Bericht Scheidemanns in vielen Fällen gemeinschaftlich mit dem Vorstand getagt hat. Trotz alledem ist das Resultat der Entwickelung unserer Organisation so, daß es eigentlich einer Stagnation der Organisation gleichkommt. Die Kritiker suchen die Gründe dafür in der Handhabung des Organisationswesens. Bei dem jetzigen Ausbau der Organisation muß man aber zugeben, daß alles getan worden ist, was geschehen konnte und daß auch Parteivorstand und Parteiausschuß ihre Schuldigkeit getan haben. In Nr. 47 der „Neuen Zeit" führt ein Berliner Genosse die Schuld auf die Gliederung der ganzen Organisation und auf den Bureaukratismus in der Partei zurück. Er meint, die Massen fühlten sich nur als Statisten. Ja, was hat denn der gute Mann eigentlich für eine Ahnung vom Aufbau der Organisation? (Sehr wahr!) Ich weiß, daß die Berliner Organisation ebenso demokratisch aufgebaut ist wie die Parteiorganisation überhaupt. Ich habe mich gewundert, daß dieser Artikel nicht rechtzeitig in der „Neuen Zeit" zurückgewiesen und widerlegt worden ist. Mein Genosse Stengele hat ja auch etwas vom Bureaukratismus gesprochen, aber doch in seiner bescheidenen Weise, wie das seinem Naturell entspricht. Der Rückgang der Organisation ist zurückzuführen auf wirtschaftliche Verhältnisse, speziell auf die ungeheuer große Arbeitslosigkeit in der Baubranche. Andere Faktoren haben dabei nicht mitgewirkt, nicht der Bureaukratismus und nicht die angebliche Verknöcherung der Beamten. Die Gegner haben ja schon 1907 derartiges behauptet, aber in der eigenen Partei sollte man solcher Kritik entschieden entgegentreten.

Gehrmann-Zeitz: Wenn dem Parteivorstand der Vorwurf gemacht wird, daß er daran etwas mitschuldig ist, daß unsere Organisation nicht die nötigen

Fortschritte gemacht hat, so kann dieser Vorwurf nicht ganz von der Hand gewiesen werden. Der Vorstand hat aber nicht darin gesündigt, daß er nicht genügend Massenaktionen inszeniert oder die Initiative verloren hätte, sondern es sind bei der Bearbeitung der Jahresberichte vom Parteivorstand Fehler gemacht worden, die nachher zum Schaden für die Organisation wenigstens nach außen hin ausgeschlagen sind. So wird nach dem Bericht des Vorstandes festgestellt, daß im Kreis Zeitz-Weißenfels ein Mitgliederrückgang von 19 Proz. zu verzeichnen ist. Zahlenmäßig sei die Mitgliederzahl von 6805 auf 5501 gefallen. Tatsächlich ist aber im vorjährigen Bericht die Mitgliederzahl mit 6805 zu hoch angegeben worden, man hat nämlich die Mitgliederzahl der Frauen noch einmal zu der Gesamtmitgliederzahl hinzugerechnet. Wir haben gleich gebeten, daß dieser Irrtum im Chemnitzer Parteitagsprotokoll berechtigt werde, das ist aber nicht geschehen und auch in dem diesjährigen Jahresbericht ist leider die Richtigstellung nicht erfolgt. In Wirklichkeit hatten wir 1912: 5668 Mitglieder, in diesem Jahre haben wir 5501, der Rückgang an Mitgliedern beträgt also nur 167 oder 9,76 und nicht 19 Proz., wie der Geschäftsbericht angibt. Dieser Rückgang ist nicht darauf zurückzuführen, daß bei uns der Klassenkampf nicht gepflegt wird. Daß der nicht erlahmt, dafür sorgt schon bei uns die ungeheure Entwickelung des Kapitalismus. Es handelt sich bei uns nur darum, daß viele Mitglieder und gerade die ältesten die Arbeit verlieren und durch Kroaten und Polen ersetzt werden, die für die Organisation schwer zu haben sind. Wir haben auf diese Weise über 2700 Abgänge zu verzeichnen. Die Anregung Scheidemanns, ein neues Familienblatt zu begründen, ist an sich zu begrüßen, aber der Preis von 25 Pf. ist viel zu hoch. Wir müssen ein Familienblatt zu einem solchen Preise herausgeben, daß es auch von den Arbeiterfamilien bezahlt werden kann.

Clajus-Berlin: Dem Rückgang in der Organisation müssen wir dadurch entgegenwirken, daß wir uns mehr auf den eigentlichen Grund und Boden jeder Organisation zurückbegeben und das ist die Familie. Wir müssen in erster Linie die Frauen und die Jugend zum Sozialismus erziehen. Bei uns in Berlin haben sich die Frauen-Leseabende als ausgezeichnetes Mittel zur Erziehung der Proletarierfrauen zum Sozialismus bewährt. Wenn der Mann im Kampfe für die Ziele der Partei Verständnis und Unterstützung in seiner Familie und bei seiner Frau findet, so wird das der Organisation zu großem Vorteil gereichen. Dann werden solche Fälle nicht vorkommen können, wie ich sie in Leipzig erlebte, wo bei einem Buchbinderstreik zwei Mädchen von 18 und 20 Jahren Streikbruch gegen ihren eigenen gemaßregelten 60jährigen Vater begingen. Ich möchte bitten, alles daran zu setzen, daß die Frauen besser aufgeklärt werden als es heute der Fall ist. Dazu ist freilich die Popularisierung der Parteipresse vor allem notwendig. Unsere Zeitungen müssen so gemeinverständlich sein, daß sie auch von den Arbeiterfrauen verstanden werden. Was die Jugendbewegung betrifft, so braucht uns nicht bange zu sein um die jungen Leute von 14 bis 18 Jahren. Sie sind schon in anderer Form organisiert durch den Fortbildungsschulzwang usw. Aber wenn die Leute von 18 Jahren in das öffentliche Leben treten, dann kommen sie in das gefährliche Alter, wo ihnen jede Organisation fehlt. Da müssen wir mit unserer Organisationsarbeit ganz energisch eingreifen und darum sind die Anträge, die die Jugend von 18 bis 20 Jahren organisieren wollen, durchaus berechtigt. Das ist unsere heiligste Pflicht, gerade die Militärpflichtigen aufzuklären, und ich verlange vom Parteivorstand, daß er mehr Propaganda treibt unter den Militärpflichtigen vor der Einziehung zum Militär und nach der Entlassung vom Militär. Gerade diese Leute müssen wir gewinnen, wenn

wir einmal einen Kampf durchführen wollen, bei dem es aufs Ganze geht. Nehmt Euch der Frauen, nehmt Euch der Jugend an und folgt nicht den Spuren des Kassierers, der meint, man könne nicht allen Wünschen Rechnung tragen. Für diese Zwecke wird der Parteivorstand seinen gutgespickten Geldbeutel schon offen halten können.

Dürr-München: In bezug auf das Wochenblatt für die Frauen soll eine Neueinrichtung geschaffen werden. Nachdem wir die Modenzeitung, wie sie zum Teil gewünscht wurde, aus den angeführten Gründen nicht erhalten können, möchte ich dazu etwas sagen. Es ist betont worden, daß dies Blatt mit den neuesten technischen Hilfsmitteln durchgeführt werden soll. Man hat vom Tiefdruckverfahren gesprochen. Ich bin der Auffassung, daß, wenn wir die Illustrationen haben wollen, man dabei sachkundige Männer zu Rate ziehen sollte. Gerade in letzter Zeit ist ein Blatt erschienen, von dem ich fast sagen möchte, daß es beleidigend für den wirkte, zu dessen Gedenken es erschienen ist, ich meine die Bebel-Extranummer, die im Verlage des „Vorwärts" erschienen ist, die in einer Weise ausgestattet war, daß man sie mit Beschämung zurücklegen mußte. (Sehr richtig!) So jämmerliche Illustrationen, wie die von dem Leichenbegängnis in Zürich, finden wir in dem kleinsten Winkelpresse-Verlag Deutschlands nicht. (Sehr richtig!) Ich möchte also die Parteiinstanzen ersuchen, sich in solchen Fällen mit sachkundigen Leuten in Verbindung zu setzen. Ueber die neuesten graphischen Verfahren ist man sich auch in graphischen Kreisen noch nicht klar. Auf dem letzten Verbandstag der Lithographen ist z. B. die Frage verhandelt worden, ob das Tiefdruckverfahren oder das Offsetverfahren den Vorzug verdient. In bezug auf die Ausstattung der „Neuen Welt" hätte schon längst eine Aenderung herbeigeführt werden können. So ist das Papier, auf dem die dem Parteitag vorliegende Nummer der „Neuen Welt" gedruckt ist, recht teuer und dazu nicht haltbar.

In der Frage der Jugendbewegung darf keine Schönfärberei getrieben werden. Wir sollten uns nicht selbst täuschen. Der Grund des Auf- und Abgehens der Jugendbewegung liegt in erster Linie darin, daß wir nicht genug Parteigenossen und -genossinnen haben, die das nötige pädagogische Geschick haben, mit der Jugend umzugehen. (Sehr richtig!) In Berlin werden jetzt zwar zentrale Jugendleiterkurse abgehalten. Aber das genügt nicht. In Großstädten wie Berlin, Hamburg, München usw. müssen wir einen Stab von über hundert Jugendleitern haben, wenn wir praktisch wirklich etwas erreichen wollen. Es muß also dafür gesorgt werden, daß in den einzelnen Orten sowie Bezirken Jugendleiterkurse abgehalten werden, damit den Parteigenossen, die der Jugendbewegung Interesse entgegenbringen, die dazu nötigen pädagogischen Kenntnisse beigebracht und das dazu gehörige Material zur Verfügung gestellt wird. Dazu ist im weiteren Sinne die Jugendfrage eine Geldfrage. Wenn wir diesen Unterbau haben, werden wir mehr und mehr die Jugend für uns gewinnen und sie bei uns halten können. (Bravo!)

Stubbe, Heinrich, Hamburg: Genosse Braun hat nicht mit Unrecht betont, daß der Parteivorstand unter den gegebenen Umständen der Parteipresse höhere Zuschüsse nicht zuweisen konnte, aber vielleicht hätte nach einer anderen Richtung mehr getan werden können. Tatsache ist doch, daß wir einen Rückgang von 12 000 Abonnenten zu verzeichnen haben und nur rund 1½ Millionen Leser der Parteipresse haben. Das sind nur etwa 35 Proz. unserer Wähler, zweifellos ein ungünstiges Resultat. Keiner wird behaupten wollen, daß die anderen 65 Proz. keine Zeitung lesen. Es ist Tatsache, daß ein großer Teil davon bürgerliche Blätter liest. Das beweist uns, daß unsere Parteipresse nicht ihre Aufgaben voll erfüllt, daß die Einrichtungen nicht den Ver-

hältnissen angepaßt sind. Es ist unmöglich, jetzt in der Diskussion auf die einzelnen Dinge einzugehen. Ich verweise nur darauf, daß wir in Hamburg bei den letzten Reichstagswahlen rund 58 000 Abonnenten hatten, Stimmen haben wir erhalten rund 138 000. Dabei ist das prozentuale Verhältnis in Hamburg noch am günstigsten. Bei den bürgerlichen Parteien ist es umgekehrt. Wir haben in Hamburg rund 200 000 Abonnenten bürgerlicher Blätter, denen nur etwa 87 000 bürgerliche Stimmen gegenüberstehen. Daraus ergibt sich die große Zahl sozialdemokratischer Wähler, die bürgerliche Zeitungen lesen. Wie können wir nun erreichen, daß unsere Presse mehr Eingang findet, zunächst bei unseren eigenen Wählern? Da glaube ich, daß für eine ganze Reihe von Organen das Verbreitungsgebiet mit der Zeit zu groß geworden ist. Es ist Tatsache, daß mit der wachsenden Entfernung vom Erscheinungsort die Zahl der Abonnenten geringer wird. Deshalb muß versucht werden, nachdem die Ausdehnung der Großstädte immer mehr Fortschritte macht, ob hier nicht eine Teilung eintreten kann, um den Lesern in den entfernt liegenden Orten mehr Rechnung tragen zu können. Die Ausgaben für die Presse werden dadurch kaum merklich steigen; bei einer gewissen Höhe der Auflage tritt ein Stillstand ein und es werden bei einer Teilung der Verbreitungsgebiete die Kosten kaum wesentlich steigen. Die kleinen Orte haben das Bedürfnis, auch ihre lokalen Angelegenheiten in der Presse behandelt zu finden. Dem kann aber die Presse der Großstädte gar nicht Rechnung tragen; die kleinen Notizen über lokale Angelegenheiten genügen nicht. Die großen Verbreitungsgebiete sollten also verkleinert werden durch Gründung von neuen Organen. Was die geringe Mitgliederziffer anbelangt, so muß ernstlich geprüft werden, ob unsere Organisationseinrichtungen vollständig genügen. Wenn gesagt worden ist, daß wir zu viel zentralisieren, so glaube ich, daß das Gegenteil der Fall ist. Doch darauf kommt es nicht allein an, sondern auf die inneren Einrichtungen. Da finden wir, daß dort, wo die Abholung der Beiträge eingeführt wurde, der Stand der Organisation am besten ist. Gewiß kann diese Einrichtung nicht auf alle Wahlkreise übertragen werden, jedenfalls aber müssen die Parteigenossen sich in den einzelnen Orten eingehend mit dieser Frage beschäftigen. Gerade mit dieser Einrichtung wird es zweifellos möglich sein, in der schweren Zeit der Krise uns einen großen Teil der Mitglieder zu erhalten. Wenn wir gerade in der bevorstehenden Zeit nicht einen noch weiteren Rückgang erleiden wollen, müssen wir darauf sehen, unsere Einrichtungen auszubauen. Vor allem werden wir auch dafür sorgen müssen, daß sich die Mitgliederversammlungen auch wirklich mit sozialdemokratischen Angelegenheiten beschäftigen. Gehen wir so vor, dann werden wir treue Kämpfer für die Organisation gewinnen und werden erreichen, daß wir uns auf unsere Mitgliedschaft im gegebenen Falle vollständig verlassen können. (Bravo!)

Hierauf tritt um 1 Uhr die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Ebert** eröffnet die Verhandlungen.

Dißmann-Frankfurt a. M.: Wenn der Bericht des Parteivorstandes erscheint, dann ist es nur zu begrüßen, wenn ein lebhaftes Echo im Lande geweckt wird. Es wäre traurig für die Millionenpartei, wenn es nicht so wäre. Es ist selbstverständlich, daß die Genossen im Lande bei dem Bericht die Frage erörtern, ob der Erfolg das gebracht hat, was der Aufwand der Kräfte versprach, ob die Situation richtig ausgenutzt worden ist. Diese Aussprache

im Lande ist nur zu begrüßen. Wenn bei dieser notwendigen Kritik in Einzelfällen über das Ziel geschossen wird, darf das nicht so tragisch genommen werden. Darum hätte ich gewünscht, daß heute morgen Genosse Scheidemann gegenüber der angeblichen Kritik mit etwas weniger Aufwand an Kraft und Witz vorgegangen wäre. Wer in der Partei erkennt wohl nicht die Kleinarbeit an, die von uns allen tagtäglich geleistet wird. Wer erkennt nicht die Bedeutung der Organisation an, und wer wollte etwa ihre Erfolge schmälern, die wir im Tageskampfe, in mühseliger Arbeit zu verzeichnen haben. Darin sind wir uns wohl alle einig, die mit ihrem ganzen Selbst jahraus, jahrein schaffen. Wir würden uns mit einer abfälligen Kritik doch selbst ins Gesicht schlagen. Es ist durchaus am Platze, wenn man hier die Stagnation der Mitgliedschaft behandelt. Hier wurde die wirtschaftliche Krise als die Hauptursache des gegenwärtigen Stillstandes der Mitgliederbewegung bezeichnet. Das trifft nur ganz bedingt zu. Ich fürchte vielmehr, daß uns die wirtschaftliche Krise erst in den nächsten Jahren in den Organisationen zu schaffen machen wird. Ich bestreite nicht, daß ein Teil der Städte bereits in der Krise steht. Aber das letzte Geschäftsjahr, das am 1. April abgeschlossen ist, hat nur bedingt eine Einwirkung der Krise auf die Mitgliederbewegung zu verzeichnen. Es kommt ein ganzer Komplex von Fragen zur Erläuterung dieses Zustandes in Betracht. Die Tatsache, daß nach den gewaltigen Anstrengungen der letzten Jahre, besonders nach den Reichstagswahlen, die Mitgliedschaft in der fortgesetzten Anspannung der Kräfte etwas erschlafft ist, hat zweifellos etwas mitgewirkt. Nach den jahrelangen fortgesetzten Arbeiten der Kleinagitation, der ungeheuren Werbung neuer Mitglieder, der Massen von Hunderttausenden ist es begreiflich, wenn diese Massenaufnahme nicht mehr so rasch erfolgen kann wie im Laufe der letzten vier, fünf Jahre. Das Reservoir, wo wir in leichterer Form gewaltige Massen von Mitgliedern gewonnen haben, ist zwar nicht erschöpft, aber die Gewinnung neuer Mitglieder ist schwieriger geworden. Die Anstrengungen müssen größer werden. Wir haben ja noch Reservoire, wo Hunderttausende, ja Millionen von Arbeitern in Frage kommen, aber in schwierigeren Gegenden. Dort wird der Aufstieg langsamer sein als in den Großstädten, wo die Massen in der Idee längst für uns gewonnen waren. In diesen schwierigen Gebieten müssen die einzelnen Zweige der Arbeiterbewegung mit gemeinsamer Kraft alles versuchen, neue Erfolge zu gewinnen. Niemandem kann es einfallen, irgendwie das gemeinsame Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft zu trüben. Im Gegenteil, je enger und besser dieses Verhältnis ist, desto erfreulicher sind für die Arbeiterbewegung die Erfolge. Und wenn von einer Beamtenhetze gesprochen wurde, so ist das eine Frage, die ernsteste Beachtung verdient. Einer solchen Stimmung in der Masse hätten wir uns mit aller Kraft entgegenzustemmen, wenn diese Stimmung dahin gehen sollte, die Beamten in der Achtung und im Vertrauen herunterzusetzen. (Sehr richtig!) Das ist selbstverständlich und kann nicht anders sein. Das hindert uns nicht, wenn bei der gewaltigen Entwickelung sich einzelne Mißstände in der Organisation gezeigt haben, diese in der Organisation selbst sachlich zu besprechen und auf Abhilfe zu bringen. Das haben wir den einzelnen Gewerkschaften zu sagen, das sagen wir auch der Partei.

In der Frage der Ausnutzung der Situation müssen wir in Zukunft ein Stück weiter kommen. Scheidemann sagte, die Begeisterung der Massen flaute im Kampfe gegen die Militärvorlage bald ab, die Massen hätten das Empfinden gehabt, daß die Militärvorlage gesichert sei, und daß, nachdem der Besitz die Deckung zahlen müßte, das Schlimmste überwunden wäre. Das

ist das Schlimmste, was in der Agitation vorkommen kann. Die Massen dürfen nicht erlahmen, indem sie glauben, die neuen Lasten treffen sie nicht, denn sie übersehen, daß es das Schlimmste ist, daß der Militarismus weiter gestärkt wird. Bei Aktionen wie im Kampfe gegen die Militärvorlage müssen wir in Zukunft die Zentrale mit den Organisationen und der Presse etwas näher zusammenbringen. Es wäre durchaus notwendig gewesen, daß Fraktion, Parteivorstand und Organisationskörper mit den Vertretern der Presse sich von vornherein zusammengefunden und verständigt hätten über den Rahmen des Kampfes, der einzusetzen hat, damit mit dem Moment, wo im Parlament selbst der Kampf einsetzte, nicht nur sofort das Echo der Massen gefunden wurde, sondern auch die Organisationen auf dem Sprunge standen, um sofort die gewaltigsten Massenbewegungen in Szene zu setzen. Ich hoffe, daß wir darüber in den nächsten Sitzungen des Parteiausschusses sprechen können. Das gilt auch besonders für die Frage der Gelben. Ich bitte Sie vor allen Dingen, daß wir in Zukunft den parlamentarischen Kampf, den Kampf, den uns der Parteivorstand und die Generalkommission vorschlagen, stets in der engsten Verbindung halten mit den Massen im Lande, damit wir im gemeinsamen Zusammenstehen unseren Kämpfen den größten Nachdruck verleihen können. (Beifall.)

Klara Zetkin: Genossinnen und Genossen! Ich will einige Ausführungen machen zu den Anträgen, die sich auf die Ausgestaltung der „Gleichheit" beziehen. Nicht nur in diesen Anträgen, sondern auch sonst ist der Wunsch laut geworden nach einer populäreren Ausgestaltung dieser Zeitschrift. In diesem Ruf vereinigen sich verschiedene Strömungen, von denen mir die eine volle Beachtung zu verdienen scheint. Niemand weiß besser als ich, daß der Ruf nach Popularität bei einigen auf ganz falscher Einschätzung des Populären, des Volkstümlichen beruht. Als volkstümlich stellt man sich verworrene, seichte Gedankengänge vor, die in einem mangelhaften Deutsch vorgetragen werden. (Lebhafter Widerspruch.) Warten Sie doch erst ab. Ich sage, es gibt einige, die sich Populärsein so vorstellen. Als Redaktrice habe ich die Beweise dafür und bekomme sie oft genug zugeschickt. Jeder Redakteur wird mir bestätigen, daß die gekennzeichnete schiefe Auffassung vorhanden ist. Aber es liegt auch heutigentags bei dem Ruf nach Popularität ein sehr tief begründetes und wichtiges Bedürfnis vor. Die Verhältnisse haben sich gegen früher geändert. Früher war die „Gleichheit" ausschließlich das Organ der Genossinnen, die von vornherein eine Elite des weiblichen Proletariats darstellten, die zum Teil schon in der allgemeinen Bewegung eine größere Schulung erhalten hatte. Diese geschulte Elite zusammenzuhalten und noch weiter zu erziehen, war die vornehmste Aufgabe der „Gleichheit". Aber gerade das opferfreudige und verständnisvolle Wirken dieser Hunderte, die zu Tausenden von Genossinnen geworden sind, hat dazu geführt, daß unsere proletarische Frauenbewegung verhältnismäßig rasch einen sehr großen Umfang erreicht hat. Wir erhalten heute in unseren Organisationen einen Zustrom von proletarischen Frauen, die zwar mit ihrem ganzen Herzen instinktiv mit uns fühlen, die aber infolge ihrer ganzen Lebensumstände, infolge des Erbteils, das sie als Angehörige des weiblichen Geschlechts für ihre geistige Physiognomie mit sich bringen, und das durch soziale und politische Minderberechtigung erhalten wird, noch nicht das ABC unserer Auffassungen kennen und nun das ganz berechtigte Bedürfnis danach haben, daß ihnen dies ABC beigebracht wird. (Sehr richtig!) Man hätte vielleicht denken können, daß die Tagespresse der geeignetste Platz wäre, um diesem täglichen Bedürfnis zu genügen. Es ist aber nicht so, und vielleicht kann es gar nicht so sein. In dem Maße, als das Gebiet

der Betätigungen der Partei nach den verschiedensten Richtungen hin sich verbreitert und bereichert, wird unsere Tagespresse von den Tagesaufgaben in wachsendem Umfang in Anspruch genommen. Dazu kommt, daß unsere Tagespresse in erster Linie, wie Scheidemann ganz richtig betonte, vielleicht zu viel das Organ der bereits geschulten Genossen ist und zu wenig werbendes Organ für die Ideen der Sozialdemokratie außerhalb dieses Kreises. Hier liegt meiner Ansicht nach eine Aufgabe vor, die die „Gleichheit" künftig erfüllen muß. Sie muß sich in einem Teil wenden an die Genossinnen, die ganz ungeschult zu uns kommen, die zuerst die Elemente unserer Auffassungen, unserer Ueberzeugungen lernen müssen. Ich meine, die Genossinnen müssen zugunsten dieser Nachrückenden, die morgen oder übermorgen an unserem eigenen Platz stehen werden, auf einen Teil des Raumes der „Gleichheit" verzichten, damit für entsprechende Artikel Raum geschaffen wird. An dem Gehalt und dem Charakter des übrigen Teiles wird nichts geändert. Uebrigens will ich dieses bemerken: Was Sie an der „Gleichheit" meinen tadeln zu müssen, die angeblich unpopuläre Schreibweise, unterscheidet sich im allgemeinen in nichts von der Schreibweise unserer übrigen Parteipresse. Es sind die nämlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die auch dort das Wort führen, und ich kann hinzufügen, daß wir vielleicht kein Organ in unserer Partei haben, daß daneben in so großer Zahl Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus den erwachenden Schichten des Proletariats zählt, wie gerade die „Gleichheit". Meinen Sie, ich würde in ausgesuchter Bosheit und Dummheit gute, populäre Artikel über unsere sozialistischen Ideen nicht annehmen, wenn ich sie bekäme? Nicht mit einer, nein mit zwei Kußhänden würde ich sie veröffentlichen. (Große Heiterkeit.) Aber das Pech ist eben, ich warte und warte, jedoch solche Artikel gehen mir äußerst selten einmal zu. Wenn wir den Genossinnen, die erst anfangen, sich für unsere Theorien zu begeistern und zu interessieren, unsere Ideen nahebringen wollen, so darf das meines Erachtens zunächst gar nicht in Artikeln über die sozialistischen Theorien selbst geschehen. Nach langer Ueberlegung scheint es mir weit zweckmäßiger, mit einer Artikelserie über die Geschichte der Sozialdemokratie zu beginnen. Ich habe mich nämlich überzeugt — und gerade das 40jährige Jubiläum der Partei vor einigen Monaten hat es mir bestätigt —, daß breitesten Schichten der jüngeren Genossen unsere Parteigeschichte noch ziemlich fremd ist und den Genossinnen erst recht. Ich habe mir gesagt, wenn ich in einzelnen Artikeln die Parteigeschichte behandele — selbstverständlich in einfacher Weise —, so gibt das Gelegenheit, in konkreter, leicht faßlicher Art gerade die lernbedürftigen Anfänger auch in wichtige Grundfragen unserer Ideenwelt einzuführen. Ich meine, durch eine Einführung in die Geschichte der Sozialdemokratie wird auch das Interesse an dem geistigen Leben, an dem Handeln unserer Partei gerade in den Kreisen von neuen Bekennerinnen erweckt werden. Das, was letzten Endes jenen einfachen proletarischen Frauen fremd ist, ist viel weniger die Schreibweise unserer Presse als die Dinge, um die es geht. Und ich glaube, daß sie durch eine geschichtliche Darstellung in konkreter Form ihnen zuerst nahegebracht werden können. Wenn ich aber diesen Plan durchführen will, so werden sich die Genossinnen damit bescheiden müssen, daß der Raum, der ihnen jetzt für Agitationsberichte usw. zur Verfügung steht, ein wenig geschmälert wird. Ich meine die landläufigen Agitationsberichte, wie sie jetzt überall in unserer Tagespresse erscheinen. Ich begreife darunter nicht eine Einschränkung der Berichte, die von der Tätigkeit unserer Genossinnen in den Kinderschutzkommissionen, von ihrer Mitarbeit in Gemeindeinstitutionen usw. handeln, mit einem Worte, Berichte, die ein Bild geben

von der ganzen großen praktischen Betätigung unserer Genossinnen auf so vielen Gebieten und Anregungen dafür. Es kann auch notwendig werden, daß ich gelegentlich den einen oder anderen Artikel ausfallen lasse, wie sie in der „Gleichheit" jetzt erscheinen. Zumal Artikel sozialpolitischer Materie, da ja dieses Gebiet in umfangreicher Weise in unserer Tagespresse bearbeitet wird und das in einer Weise, die für die vorgeschrittenen Genossinnen durchaus verständlich ist, die als Lehrerinnen, Agitatorinnen unter die breiten Massen hinausgehen. Ich hoffe, daß Sie mit dieser Art und Weise, dem Bedürfnis entgegenzukommen, wohl einverstanden sein werden. Ich habe für später auch andere Artikelserien in Aussicht genommen, die vielleicht zusammengefaßt auch als Broschüren erscheinen können. Ich will in Verbindung mit meinen sonstigen Ausführungen sagen, daß unseren Genossen und Genossinnen die erste Schulung dadurch erschwert wird, daß wir im allgemeinen keine in die breitesten Massen dringende einfache Agitationsliteratur über unsere Grundsätze haben. Die alten Broschüren, wie „Unsere Ziele", „Nieder mit der Sozialdemokratie", „Zu Schutz und Trutz" usw. sind gewiß volkstümlich, knüpfen aber zum Teil an Verhältnisse und Fragen an, die heute längst für das Proletariat in den Hintergrund des Interesses getreten sind. Deshalb wirken diese Broschüren nicht mehr aktuell und packend.

Nun zu dem Wunsch, die Kinderbeilage der „Gleichheit" möge als Buch erscheinen. Soweit es auf die Redaktion ankommt, die würde ihn sofort erfüllen. Die Redaktion der „Gleichheit" kann sich das Zeugnis ausstellen, daß sie noch nie mit ihrer Arbeit gespart hat, wenn es das Interesse der Partei erforderte. Aber hinter mir steht der Verlag, und Genosse Dietz erklärt, er hätte mit der Herausgabe des früheren Kinderbuchs der „Gleichheit" gar keine guten Erfahrungen gemacht. Es hätte so lange gedauert, bis er die Auflage abgesetzt hatte, daß ihm die Lust nach einer neuen Auflage vergangen sei, auf die ich — ich bin ja nun einmal ein unruhiger Drängler — seit Jahren hingedrängt habe. Genosse Dietz meint, der Wunsch sei dadurch erfüllt, daß Einbanddecken für die Kinderbeilage — wie für das Hauptblatt — zu einem ganz mäßigen Preise vom Verlag herausgegeben werden. Jede Mutter kann sich die Blätter sammeln, in den Einband legen und hat auf diese Weise ein hübsches Buch für ihre Kinder. Ich muß mich mit diesen Ausführungen begnügen, so gern ich noch auf eines hingewiesen hätte, nämlich auf die Notwendigkeit, an unsere Frauenbewegung mehr und mehr unsere Jugendbewegung anzugliedern. Das ist die beste Lösung der Wünsche, die heute morgen hier laut geworden sind. (Großer Beifall.)

Braun-Nürnberg: Genossin Zetkin hat eine wichtige Frage der Parteipresse erörtert. Aber dort, wo sie kritisiert hat, ist gar nicht der wichtigste Anlaß zur Kritik. Gerade in der Parteipresse haben wir leider vielfach Veranlassung zur Unzufriedenheit. Ein großer Teil unserer Parteipresse hat eine überaus bedauerliche Uniformität, und diese Uniformität hat im letzten Jahrzehnt Formen angenommen, daß wir es als einen Mangel an Sparsamkeit des Parteivorstandes bezeichnen müssen, daß er keine Plattenfabrik eingerichtet hat. Eine Plattenfabrik würde — es ist ja sehr traurig, daß ich das als Redakteur sagen muß — eine große Menge Kosten ersparen, namentlich an Redakteurgehältern. (Heiterkeit.) Eine solche Fabrik würde an dem Zustand einer großen Anzahl unserer Blätter auch außerordentlich wenig ändern. Die Genossen würden die Unterschiede gar nicht bemerken. (Sehr gut.) Von den 90 täglich erscheinenden Parteizeitungen sind sich heute 78 ungeheuer ähnlich, es macht gar keinen Unterschied, ob sie im äußersten Nordosten oder im äußersten Nordwesten erscheinen. Es ist genau der gleiche Inhalt, nur

durch den Kopf und den lokalen Teil unterscheiden sich viele Parteizeitungen. Es ist leider noch kein ingeniöser Mann aufgetreten, der auch eine Korrespondenz für den lokalen Teil macht, der dann in Königsberg in Ostpreußen und in Straßburg im Elsaß der gleiche sein könnte. Dann hätten wir die vollendete gleichmäßige Zeitung. (Heiterkeit.) Heute sich über die Stimmungen in der Partei klar zu werden, ist außerordentlich schwierig, weil die Parteizeitungen eine uniforme Meinung zum Ausdruck bringen, die man eventuell auf telephonische Anfrage in Berlin schon am Abend vorher erfahren kann. Über die Korrespondenzen unterstehen nicht der Aufsicht des Parteivorstandes und des Parteitages, mit Ausnahme des Pressebureaus und des Rheinisch-westfälischen Bureaus.

Zu meinem größten Bedauern muß ich sagen, daß das Pressebureau in keiner Weise den Anforderungen der Redakteure und der Leser entspricht. (Sehr richtig!) Es ist eine außerordentlich peinliche Sache für einen Mann wie mich, der kollegiale Gefühle hat, das sagen zu müssen, aber ich bin hier nicht als Kollege, sondern als Delegierter, als Parteigenosse und ich glaube, die Verpflichtung zu haben, das einmal offen auszusprechen. Wenn wir uns das immer wieder verhehlen, dann ist keine Aussicht, Besserung zu schaffen. Der Nachrichtendienst des Pressebureaus ist vollkommen unzulänglich. (Sehr richtig!) Die Möglichkeit, auf telephonischem Wege Auskunft zu bekommen, schafft nur dem Reiche Geld in Form von Telephongebühren, aber den Redaktionen keine Nachrichten. Das Material selbst der Berliner Zeitungen wird von dem Pressebureau leider fast gar nicht richtig ausgenutzt. Es sind das sehr bedauerliche Verhältnisse, und ich glaube, daß das Geld, das das Pressebureau kostet, in ganz anderer Weise nutzbringend verwendet werden könnte. (Sehr gut!) Das Pressebureau leidet an Haupt und Gliedern, an Inhalt wie an Form. Nicht viel besser ist es mit dem Rheinisch-westfälischen Bureau. Das, was das Rheinisch-westfälische Bureau bringt, entspricht auch nicht den Bedürfnissen der Partei.

Auf der einen Seite haben wir zu viele Korrespondenzen und auf der anderen Seite haben wir zu wenig Redakteure. Eine ganze Reihe unserer Kollegen wollen in Berlin wohnen, wollen nicht in der Provinz als Parteiredakteure wirken, sie glauben, wenn sie für 90 Zeitungen das gleiche schreiben, sich mit wenig Arbeit ein leichtes Leben schaffen zu können. (Sehr richtig!)

Wir Redakteure sind vollständig machtlos dem Pressebureau gegenüber, die Kosten des Bureaus werden einfach auf unsere Verlage umgelegt. Wenn uns eine andere Korrespondenz nicht paßt, kündigen wir sie, dem Pressebureau können wir nicht kündigen, da ist uns eine Kopfsteuer aufgelegt (Heiterkeit), da müssen wir bezahlen, gleichviel, ob wir die Mitteilungen des Bureaus benutzen oder nicht. Würde der Parteitag beschließen, daß wir kündigen dürfen, dann könnten wir sofort Besserung schaffen, dann würden wir sofort einen Gebärstreik machen, der sehr gut wirken wird. (Große Heiterkeit und Sehr gut!) Wir können das Bureau nicht boykottieren. Ich betone übrigens ausdrücklich, daß ich das, was ich hier gesagt habe, auch den Kollegen vom Pressebureau telephonisch und mündlich, telephonisch sogar in der gründlichsten Weise gesagt habe. (Heiterkeit.) Ich bin sehr gern bereit, dem Parteivorstand Einzelheiten mitzuteilen, aus denen er ersieht, wie das Pressebureau arbeitet.

Der erste Redner in dieser Diskussion hat gesagt, daß wir den Ton nicht treffen, wie wir uns an die Jugend zu wenden haben; er hat ein glänzendes Beispiel angeführt, indem er aus einer Broschüre eine für junge Mädchen völlig unverständliche Stelle zitiert hat. Wir treffen aber häufig den Ton der Jugend auch dann nicht, wenn wir zu der Jugend sprechen. Wir begreifen die

Jugend nicht, wir sind eben leider alle alte Knaben geworden. (Zustimmung und Widerspruch.) Wir reden uns ein, daß die Jugend ebenso verständig, klug und nüchtern sein soll, wie wir nun leider schon geworden sind. (Große Heiterkeit.) Ich habe unlängst einmal Gelegenheit gehabt, einen alten Berliner Freund zu sprechen über die Berliner Jugendbewegung, und der sagte, Liebknecht ist an allem schuld. Ich sagte: Was fällt Ihnen ein, in Nürnberg ist Helene Grünberg an allem schuld. (Heiterkeit.) Der Liebknecht und die Helene Grünberg sind zwei ganz verschiedene Leute (Große Heiterkeit), es ist nicht die Helene Grünberg und es ist nicht der Liebknecht schuld, daß unsere Jugendbewegung nicht vorwärtsgeht. Wir wollen uns doch nicht täuschen lassen durch den offiziellen Bericht; es geht nicht vorwärts, die bürgerliche Jugendbewegung dagegen geht vorwärts. Die Jungen in der bürgerlichen Jugendbewegung haben das Gefühl viel größerer Freiheit und Selbständigkeit, viel geringerer Bevormundung als bei uns. Sie werden vielleicht dort mehr bevormundet und gegängelt als bei uns, aber sie merken es nicht so. Bei uns aber merken sie, daß sie so abgeklärt und diszipliniert gemacht werden sollen; nicht so gescheit, wie der Frank war, sondern so gescheit, wie er jetzt ist, will man bei uns die Jungen machen. (Heiterkeit.) Wir verstehen nicht, die Jugend zu behandeln, weil wir sie ebenso machen wollen, wie wir sind, weil wir vergessen haben, wie wir im Alter von 18 Jahren waren. Mancher von uns wäre wohl dankbar, wenn er heute ein Viertel so gescheit wäre, wie er sich mit 18 Jahren eingebildet hat, es zu sein. Wir müssen uns in das Denken und Fühlen der Jugend hineinversetzen können, wenn wir die Jugend erziehen und mit ihr Erfolge erreichen wollen, die nicht nur gedruckt zu lesen sind. (Beifall.)

Heinrich Schulz: Es gehört erfreulicherweise zu den regelmäßigen Erscheinungen unserer Parteitage, daß wir beim Vorstandsbericht eine Bildungs- und Jugenddebatte haben. Wir begrüßen diese Entwickelung der Dinge, wir halten eine solche Debatte nicht nur für notwendig, sondern auch für selbstverständlich. Selbst solche Kapuzinerpredigt, wie wir sie eben gehört haben (Rufe: „Rabbinerpredigt"! — Heiterkeit) ist durchaus erfrischend und erfüllt zu ihrem Teile auch ihren Zweck. Braun hat durchaus recht, wenn er einem großen Teil der Genossen Vorwürfe gemacht hat, aber glücklicherweise treffen sie allgemein nicht mehr zu, denn das, was Braun bei der Behandlung der Jugend wünscht, das haben wir auch schon früher als Wunsch des Parteitages einmütig festgestellt, und in diesem Sinne werden auch die Jugendleiterkurse gehalten. Wir wünschen, daß die Jugendleiter sich in die Stimmung der jungen Leute hineinfinden. Ich unterstütze deshalb auch durchaus die ernste Mahnung, die Genosse Sollmann gegenüber der bürgerlichen Jugendbewegung ausgesprochen hat. Sie ist groß und stark und wächst überall und fortgesetzt. Alle Mittel des herrschenden Staates, von der Schule bis zur Kaserne, stehen ihr zur Verfügung. Gerade in diesen Tagen ist vom Kriegsministerium eine Kundgebung herausgegeben worden, in der alle die Vergünstigungen zusammengefaßt werden, die der Jugendbewegung vom Kriegsministerium eingeräumt worden sind. Alles ist genau geregelt, selbst Kleinigkeiten sind genau erwogen bis auf die wollenen Schlafdecken, die die Jugendlichen beim Uebernachten in den Kasernen erhalten sollen. Ich will dabei gar nicht auf die Unterstützungen eingehen, die der bürgerlichen Jugendbewegung von den Kommunal- und Landesbehörden zuteil werden. Gerade, weil der bürgerlichen Jugend alle Mittel zur Verfügung stehen, auch alle persönlichen Mittel, gerade weil die Autoritäten der bürgerlichen Gesellschaft sich nicht scheuen, in dem Kampfe um die Jugend praktisch mitzuarbeiten, darum haben wir um so mehr Ursache, unsererseits

alles zu tun, was nur für die Jugend zu tun möglich ist. Und da geschieht leider noch nicht alles, was geschehen könnte.

Allerdings sind auch wir an Grenzen gebunden. Schon früher ist die Klage erhoben worden, daß es an Kräften fehlt. Wir können die geeigneten Kräfte nicht an den Haaren von irgendwoher heranziehen, sie müssen erst allmählich heranwachsen. Diejenigen jungen Leute, die durch unsere Jugendbewegung hindurchgegangen sind, werden später auch die geeigneten Pfleger für unsere Jugend sein. So kann erst langsam bei uns die Führerschaft heranwachsen, die in der bürgerlichen Jugendbewegung schon da ist in den Lehrern und anderen Persönlichkeiten, die sich ihr zur Verfügung stellen. Wenn wir sagen: Nehmt euch der Jugend an!, so heißt das nicht, daß wir die Jugend umschmeicheln und sie durch weichliche pädagogische Mittel aufpäppeln wollen. Es wäre ganz falsch, wenn wir den jungen Leuten die Meinung beibringen wollten, sie seien die Blüte der ganzen Gesellschaft, um sie müsse sich alles drehen. Das geschieht aber auch bei uns nicht. Andererseits besteht aber die Notwendigkeit, daß wir für die Jugendpflege alles aufwenden müssen, was möglich ist. Es ist durchaus falsch, wenn manchmal noch die Ausrede gebraucht wird, wir haben es ja auch nicht so gut gehabt, wie die Jungen von heute, und wir sind trotzdem auch etwas geworden! Die Zeiten haben sich geändert. Wir sind jetzt verpflichtet, Aufgaben zu erfüllen, die früher von uns nicht geleistet worden sind. Unsere Bewegung ist gewachsen an moralischer Kraft, an materiellen Mitteln, und die müssen wir in den Dienst unserer Jugendbewegung stellen.

Die Kritik an der Jugendbewegung begrüßt die Zentralstelle durchaus, wir wünschen, daß Mängel der Zentralstelle kritisiert werden. Wir haben das ehrliche Bestreben, zu verhindern, daß unsere Jugendarbeit zur Schablone erstarrt. Aber es ist natürlich auch nicht alles richtig, was zur Kritik der Jugendbewegung gesagt wird. Wenn Sollmann einige unserer Schriften herausgegriffen und sie vor dem Parteitag kritisiert hat, so kann ich ihm auf diesem Wege nicht folgen. Aus einer Schrift von 32 Seiten einige Sätzlein herauszugreifen, die vielleicht zufällig nicht so populär gehalten sind wie die übrigen, das ist keine richtige Methode. Wenn Sollmann ernste Bedenken gegen diese oder jene Schrift der Zentralstelle hat, dann soll er das der Zentralstelle mitteilen, und es wird für Abhilfe gesorgt werden, wenn seine Beschwerden berechtigt sind. Ebenso falsch ist es, wenn er mit einer Handbewegung zu verstehen gab, die „Arbeiter-Jugend" sei nicht das, was sie sein sollte. Dagegen möchte ich mich mit größter Entschiedenheit wenden. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß sie ein Blatt ist, auf das die Arbeiterbewegung stolz sein kann (lebhafte Zustimmung), daß sie das bisher noch nicht vorhandene Familienblatt in denkbar bester Weise ersetzt hat. Es ist ein Blatt, in das ruhig auch die erwachsenen Arbeiter ihre Nasen stecken können. Ein solches Blatt, das für die 14- bis 20jährigen jungen Leute redigiert wird, kann natürlich nicht in jeder Zeile dem geistigen Niveau des 14jährigen angepaßt sein. Ich glaube aber, daß bisher die „Arbeiter-Jugend" die richtige Mischung gefunden hat. Daß sie ein vortreffliches Blatt ist, geht auch aus der Tatsache hervor, daß sie es bisher schon auf beinahe 100 000 Abonnenten gebracht hat.

Es ist auf M.-Gladbach verwiesen worden. Ich unterschätze die Jugendarbeit der Gegner, besonders der Katholiken, gar nicht. Ich weiß, daß es unter den katholischen Jugendpflegern eine Reihe vorzüglicher Pädagogen gibt. Wir können auch manche pädagogische Erfahrungen dieser Leute für uns nutzbar machen. Es ist jedoch keineswegs alles richtig, was die München-

Gladbacher machen. Ihre Methode können wir nicht einfach übernehmen, sondern wir können sie nur prüfen, um das daraus für uns zu verwenden, was geeignet ist.

Im Antrag 15 werden Wanderlehrer für die Bildungsarbeit verlangt. Der Antrag rennt offene Türen ein, denn der Zentralbildungsausschuß stellt Wanderlehrer nach dem Bedürfnis und nach der Möglichkeit an, sie zu bekommen. Antrag 16 verlangt mehr Tätigkeit für die weibliche Jugend. Ich empfehle, ihn der Zentralstelle zu überweisen, obwohl diese auch bisher in der Aufklärung für die weibliche Jugend nichts unterlassen hat. Es kommt dabei auch noch der Wunsch zum Ausdruck, die weiblichen Jugendlichen für ihre spätere Wirksamkeit als Hausfrauen und Mütter vorzubereiten. Ich unterstütze diese Anregung und möchte die Gelegenheit benutzen, um die Aufmerksamkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen auf die wachsende Verpflichtung hinzuweisen, für die schulpflichtigen Kinder durch Ferienspiele und auf andere geeignete Weise etwas zu tun. Wir müssen uns dieser jüngsten Generation annehmen. Diese Forderung erhebe ich hier auf einem sozialdemokratischen Parteitag. Aber nicht um sie zu Sozialdemokraten zu machen, sondern um unsere erzieherischen Pflichten in gemeinsamer Arbeit gegenüber den Kindern noch besser und wirkungsvoller zu erfüllen als bisher. Die Anträge 43 und 44 verlangen ein pädagogisches Zentralblatt für die Jugendpfleger. Ueberweisen Sie auch diese Anträge der Zentralstelle, wir sind Anregungen zugänglich und greifen zur richtigen Zeit ein, besonders, wenn erst die richtigen Personen da sind. Es ist angeregt worden, den Jugendleiterkursus nicht nur in Berlin abzuhalten, sondern auch in der Provinz. Die Zentralstelle wird das ernstlich erwägen.

Die Pflicht den Achtzehn- bis Einundzwanzigjährigen gegenüber lege ich Ihnen dringend ans Herz. Wir haben ein Zirkular entworfen, das inzwischen wohl schon in die Hände der Bildungsausschüsse und Parteibeamten gelangt ist. Aber entgegen einem Diskussionsredner bin ich nicht der Meinung, daß diese Maßnahmen für die Achtzehn- bis Einundzwanzigjährigen in erster Linie zu einer antimilitaristischen Propaganda benutzt werden sollen, sondern um aus ihnen klare, bewußte Sozialdemokraten zu machen. Dann ergibt sich ihre Stellung zum Militarismus und als spätere Soldaten von selbst. (Sehr richtig!) Wie wichtig diese Frage ist, beweist ein Artikel Erzbergers „Jungzentrum". Er will für das Zentrum das schaffen, womit wir uns schon seit längerer Zeit beschäftigt haben, er will eine junge Generation der Zentrumsanhänger für die politischen Zwecke des Zentrums ins Leben rufen. Wir sollen vom Gegner lernen, auch vom Zentrum. Schönfärberei wollen wir nicht treiben, aber wir haben auch keinen Grund zum Pessimismus. Die Jugendbewegung wächst mit unserer Bewegung. Je mehr die jungen Leute aus der Jugendbewegung in die maßgebenden Körperschaften der Partei hineinkommen, desto mehr wird die Partei für die Jugendbewegung tun. (Beifall.)

Davidsohn-Berlin: Der leitende Redakteur eines kleineren Blattes als das des Genossen Braun hat mich gebeten, hier auch eine Angelegenheit, die die mittlere und kleinere Parteipresse betrifft, zur Sprache zu bringen: Es ist nicht möglich gewesen, trotz mehrfacher eifriger Anregungen, für die mittlere und kleine Presse über eine Sache von so ungeheurer Bedeutung wie die Dubliner Angelegenheit aus dem Pressebureau irgendwelche eigene Notizen, Artikel oder Depeschen zu bekommen. Eine Institution der Partei, die mit einem Soll und Haben von rund 90 000 Mk. jährlich arbeitet, sollte wirklich solchen berechtigten Wünschen nachkommen können.

Antrag 47 (Frankfurt a. M.) will nicht die Ausmerzung der Fremdwörter überhaupt aus der Parteipresse, er will die Beschränkung der Fremdwörter auf das Mindestmaß. Das ist ein ungeheurer Unterschied. Vielleicht kommt einmal eine Zeit, in der man von einer Feier wie von der gestrigen, einer Feier, in deren Vordergrund die Erinnerung an unseren Bebel stand, nicht mehr als von einem „Kommers" redet. Ich hoffe, daß Sie den Antrag annehmen werden. Es kommt in der Parteipresse nicht auf die Popularität an, wie die Genossin Zetkin in den Vordergrund gestellt hat, sondern auf die Verständlichkeit. Was in den Parteiblättern steht, kann, ja muß unter Umständen sehr wenig „populär", aber es muß verständlich, begreiflich sein. Wenn nur eine von unseren 90 Redaktionen den Antrag berücksichtigen würde, dann hätte es sich gelohnt, ihn anzunehmen.

Das Familienblatt ist von Gehrmann und Heilmann erwähnt worden. Diesen zwei „Männern" schließe ich mich als „Sohn" an. (Heiterkeit.) Ein solches Familienblatt zum Preise von 25 Pf. hat von vornherein nicht übermäßige Aussichten, Eingang in die breiten Massen zu finden. Wir hofften auf ein Organ, das in einer Massenauflage ins Volk gebracht werden kann. Das ist aber ausgeschlossen bei einem Blatte, das alle 14 Tage erscheint und 25 Pf. kostet. Das wird wieder ein Eliteblatt mit einer derartig geringen Auflage, daß die Institutionen der Partei, die sich mit der Schaffung des Blattes befassen, nicht auf die Kosten kommen werden, wenn sie nicht etwa eine Art Scherlscher Inseratenplantage daraus machen möchten, was wir nicht hoffen wollen. Heilmann schlug vor, man solle neben der 25-Pf.-Ausgabe eine gute 10-Pf.-Wochen-Ausgabe machen. Warum beides? Man sollte sich auf die 10-Pf.-Ausgabe beschränken oder höchstens 15 Pf. fordern. Die billigere Ausgabe würde der teuren Ausgabe ja ohnehin den Garaus machen. Bedenken Sie, wie es schon in ruhigen Zeiten aussieht mit unseren Abonnementsverhältnissen. Wie soll das erst in Krisenzeiten sein? Und doch muß auch solchen Anstürmen standgehalten werden. Der „Wahre Jakob", der 10 Pf. kostet, ist im letzten Jahre um 9500 Stück in der Auflage zurückgegangen! Bedenken Sie, wie groß der Rückgang bei dem 25-Pf.-Blatt gewesen wäre. Heilmann sagte, wir wollen keine „Berliner Illustrierte Zeitung". Sehr richtig, aber die Auflage der „Berliner Illustrierten" könnten wir durchaus gebrauchen. Ullstein hätte sie mit 25 Pf. nie und nimmer erzielt. Bedenken Sie, daß die Groß-Berliner Genossen eben daran sind, alle Parteiinstitutionen zu bestürmen, daß der „Vorwärts" bei siebenmaliger Ausgabe in der Woche nur 25 Pf. kosten soll, während er jetzt 1,10 Mk. den Monat kostet. Da wollen Sie der Provinz mit diesem 25-Pf.-Blatt kommen? Das kann unter Umständen 75 Pf. den Monat ausmachen, da zweimal im Jahre im Monat drei Nummern erscheinen würden. Aus dem Berichte geht hervor, daß 216 Kreise mit 200 570 Mitgliedern, also beinahe 25 Proz. unserer sämtlichen organisierten Genossen, noch mit 30 Pf. Monatsbeitrag arbeiten. Und nun wollen Sie mit einem Blatte kommen, das mit jeder Nummer fast diesen selben Monatsbeitrag noch einmal erheischt? Die Berechnung muß noch einmal überprüft werden. Das Lehrgeld, das die Partei sonst zahlen könnte, würde unter Umständen sehr teuer sein. (Sehr richtig!)

Ryneck-Berlin: Genossin Zetkin hat den Wünschen, die ich im Namen meiner Genossinnen vorbringen sollte, schon Rechnung getragen. Sie sagte, das populäre Schreiben sei nicht so einfach. Ich hatte Gelegenheit, einige Nummern der österreichischen Arbeiterinnenzeitung durchzublättern und ich hatte das Gefühl, als wenn eine liebevolle Freundin unsere Frauen an die Hand nimmt, um sie so in die sozialistische Zukunftsgesellschaft einzuführen.

Wir vermissen in unserer Zeitung auch die Angabe und Besprechung der populären Broschüren für die Frauen. Seit einigen Jahren wird vom Vorstande die Sozialdemokratische Frauenbibliothek herausgegeben, die in einzelnen Broschüren wertvolles Material enthält. Die „Gleichheit" hat nicht eine einzige dieser Broschüren empfohlen und besprochen. (Hört! hört!) Die Worte der Genossin Zetkin haben bestätigt, daß unsere Wünsche berechtigt waren und hoffentlich auch berücksichtigt werden. (Sehr richtig!)

Dittmann-Solingen: Scheidemann hat heute morgen gegen den Genossen Heilmann polemisiert und es ihm übel genommen, daß Heilmann behauptet hatte, der Parteivorstand hat seinerzeit gegen die Militärvorlage anscheinend nichts unternommen und habe keinerlei Flugblätter herausgegeben. Scheidemann hat demgegenüber festgestellt, daß der Parteivorstand, als diese Kritik erfolgte, tatsächlich bereits vier Flugblätter herausgegeben hatte. Der Fall ist mir ein Symptom dafür, daß es in der Partei für das Gros unserer Vertreter in den Gesetzgebungs- und Verwaltungskörperschaften und für unsere Vertrauensmänner an einem laufenden Mittel der Orientierung und Informierung fehlt. Wenn wir plötzlich auf dem Parteitage mit jedem von uns ein Examen vornehmen würden, darüber, ob der einzelne informiert ist, was gegenwärtig eingeleitet worden ist von der Gesamtpartei, vom Bildungsausschuß, von der Jugendbewegung, der Frauenbewegung usw., unter hundert würden 95, 96 die Prüfung nicht bestehen. Das sagt nichts gegen den einzelnen. Es ist gar nicht möglich, wie die Dinge heute beschaffen sind, orientiert zu sein über alles. Die Bewegung ist derartig vielseitig geworden, daß der einzelne sich notgedrungen auf ein einzelnes Arbeitsgebiet beschränken muß. Das bringt die Gefahr der Einseitigkeit mit sich. Der einzelne verliert den Ueberblick über die Gesamtbewegung. Es gibt eine Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß dem einzelnen, selbst wenn er sich vornehmlich nur auf einem Arbeitsgebiet betätigt, der Gesamtüberblick im allgemeinen erhalten bleiben kann. Wir haben auch in unserer deutschen Partei ein Beispiel dafür, auf welche Weise eine derartige laufende Orientierung und Informierung der in Frage kommenden Funktionäre in der Partei möglich ist. Unsere Parteigenossen in Groß-Berlin haben für ihre Organisationen seit 8 Jahren ein Mitteilungs- und Verwaltungsblatt. Die letzte Ausgabe vom 10. September ist 12 Seiten stark und bringt eine Reihe von interessanten Artikeln und Mitteilungen all der verschiedenen Organisationsinstanzen Groß-Berlins. Das ist natürlich zugeschnitten auf Groß-Berlin. Aber denken Sie sich die Sache einmal übertragen auf das Reich, auf unsere gesamte Parteiorganisation, stellen Sie sich vor, daß wir ein vielleicht 14tägig erscheinendes ähnlich gehaltenes Mitteilungs- und Verwaltungsblatt erhalten, in dem der Parteivorstand die Aktionen der nächsten Zeit, soweit sie nicht dringender und vertraulicher Natur sind, den Vertrauensleuten draußen im Lande zur Kenntnis bringen würde, in dem von der Jugendzentrale, von dem Bildungsausschuß, von der Zentrale der Frauen usw. Mitteilungen gemacht würden über das, was in der nächsten Zeit erfolgen wird, dann wären die Funktionäre im Reich informiert und es wäre auch möglich, daß die heute so vielfach vorkommenden Kollisionen zwischen den einzelnen Arbeitsgebieten vermieden werden. Ich sehe davon ab, hier einen formellen Antrag zu stellen, sondern begnüge mich mit der Anregung, bin aber gern bereit, mit den Mitgliedern des Parteivorstandes einmal die Sache in allen Konsequenzen durchzusprechen. Vielleicht genügt das schon, um sie zu verwirklichen, und es bedarf nicht erst eines Beschlusses eines späteren Parteitages.

Dann zu einer Sache, bei der ich besonders die vornehmlich in unseren Gewerkschaften an führender Stelle stehenden Parteigenossen einen Augenblick um ihr geneigtes Ohr bitten möchte. Es ist viel geredet worden von dem Rückgang unserer Parteipresse. Man hat nach Gründen dafür gesucht. Nun scheint es mir angebracht, auf einen Grund dafür hinzuweisen, der als eine Rückwirkung gewerkschaftlicher Taktik anzusehen ist. Wie lagen die Dinge vor 10 und mehr Jahren? Da waren wir Redakteure der Parteiblätter die Berater und Helfer der gewerkschaftlichen Filialleitungen in den einzelnen Orten in den gewerkschaftlichen Nöten, bei Lohnbewegungen usw. Das alles hat sich gewandelt im Laufe der Zeit. Die Gewerkschaften haben sich konsolidiert, haben einen großen Beamtenapparat geschaffen, die Art der Verhandlungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen hat sich geändert. Es geht — darüber ist sich jeder, der die Dinge kennt, einig — nicht mehr an, daß etwa die Gewerkschaftsleitungen ihre Taktik auf offenem Markte auskramen können. Aber das hat leider dahin geführt, daß heute weit über das Ziel hineingeschossen wird. Heute gehen die großen Gewerkschaften bei großen Lohnbewegungen so weit, daß sie so gut wie keine einzige Zeile in die Parteipresse hineingeben. Das hat zur Folge, daß die Generalanzeigerpresse sich der Dinge bemächtigt, überall verjucht, herumzuhorchen, und in den meisten Fällen sowohl auf Unternehmer- wie auf Arbeiterseite von dem Stand der Dinge etwas erfährt und daß dann unsere gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aus der parteilosen Generalanzeigerpresse ihre Informationen über den Stand der Bewegung schöpfen müssen. Das ist in vielen Fällen eingetreten und die weitere Folge ist, daß sich eine Mißstimmung gegen die Parteipresse in den Kreisen der gewerkschaftlichen Mitglieder festgesetzt hat und daß gerade diejenigen, die für die Ausbreitung unserer Parteipresse in den Gewerkschaften arbeiten sollten, die aufgeklärten gewerkschaftlichen Arbeiter, auf unsere Parteipresse schimpfen, anstatt daß sie die Kollegen, die unser Blatt noch nicht lesen, ermuntern, es zu abonnieren. Dadurch wird unserer Parteipresse zu einem guten Teil der Boden abgegraben, und es ist nicht möglich, dann in den Kreisen der Gewerkschaften Abonnenten zu werben. Es liegt mir fern, hier zu verallgemeinern, oder gegen irgend jemand einen persönlichen Vorwurf erheben zu wollen. Aber die Dinge liegen tatsächlich so, daß es dringend notwendig ist, zwischen den leitenden Kreisen unserer Partei und den großen Gewerkschaften über diese Frage einmal eine Rücksprache vorzunehmen, ob diesem Uebermaße von Zurückhaltung nicht ein Ende gemacht und dafür gesorgt werden kann, daß unsere Parteipresse auch bei großen Bewegungen die Mitglieder auf dem laufenden hält über die Dinge, die sich vielleicht im geheimen Zirkel abspielen. Ich möchte deshalb bitten, daß man in der Parteiausschußsitzung, in der man, wie vorher mitgeteilt wurde, über die Parteipresse reden will, auch dieser Frage die ernsteste Beachtung entgegenbringt. Das ist dringend notwendig, sowohl für das gute Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, wie auch für die Ausbreitung der Parteipresse und das Gedeihen unserer Gesamtbewegung. (Bravo!)

Westkamp-Düsseldorf: Dem vorjährigen Parteitag hat von Düsseldorf ein Antrag vorgelegen, der von dem Parteigenossen verlangte, daß er eine besondere Literatur für die taubstummen Parteigenossen schreiben solle. Damals versprach der Parteivorstand, diesem Antrage gerecht zu werden und im Laufe des Jahres eine solche Literatur erscheinen zu lassen. Wir haben aber weder im Laufe der verflossenen Zeit noch aus den Ausführungen des Genossen Scheidemann heute morgen gehört, daß der Parteivorstand seinem Versprechen nachgekommen wäre. Da ich wohl annehmen darf, daß einmal gegebene

Versprechungen seitens des Parteivorstandes nicht nur Geltung haben für die Zeit von einem Parteitage zum anderen, sondern auch noch darüber hinaus, so dürfen wir wohl den berechtigten Wunsch hegen, daß der Parteivorstand in allernächster Zeit diesem seinem Versprechen nachkommen wird. Es erübrigt sich wohl, einen besonderen Antrag nach dieser Richtung zu stellen, weil ja auch das notwendige Material dem Parteivorstand übermittelt worden ist. In letzter Zeit sind besonders von der Parteisektion der taubstummen Parteigenossen in Hannover an den Sektionsleiter in unserem Wahlkreise wiederholt Anfragen gestellt worden, ob nicht die beiden Sektionen unter Hinzuziehung der von Hagen selbständig dazu übergehen sollten, Flugblätter zur Agitation unter den taubstummen Parteigenossen herauszugeben. Es mag sonderbar erscheinen, wenn man einer solchen besonderen Literatur das Wort redet. Wenn wir aber sehen, wie von seiten der Protestanten sowohl wie der Katholiken, von seiten der Nationalliberalen wie anderer Parteien die regsten Anstrengungen gemacht werden, unter diesen Kreisen Anhänger für ihre Ideen zu finden, dürfen wir ebenfalls nicht tatenlos dem zusehen, sondern haben alle Veranlassung, auf diesem Gebiete tätig zu sein.

Zu der allgemeinen Agitation ist schon viel gesagt worden. Fest steht, daß ein großer Teil der Parteigenossen von dem Ausfall der preußischen Landtagswahlen nicht allzusehr erbaut, sondern vielmehr enttäuscht war, und ich glaube auch, daß es diese Parteigenossen zum größten Teil sind, die in der letzten Zeit besondere Vorschläge gemacht haben, wie die Agitation im allgemeinen gefördert werden soll. Mit Recht hat Scheidemann heute morgen die verschiedenen Artikel, die in letzter Zeit in der „Neuen Zeit" erschienen sind und sich mit der Organisationsfrage beschäftigt haben, kritisiert. Es kann jedenfalls nicht angehen, daß solche Artikel unwidersprochen in die Oeffentlichkeit gelangen. Aber ich meine auch, daß die Redaktion der „Neuen Zeit" alle Ursache hätte, wenn solche Artikel an sie gelangen, sie einmal kritisch unter die Lupe zu nehmen. Jeder Redakteur würde sich dafür bedanken, einen Artikel, wie den heute morgen erwähnten, in einem Parteiblatt aufzunehmen. Nun könnte gesagt werden, daß die „Neue Zeit" nicht für die Allgemeinheit bestimmt ist, daß ihr Leserkreis ein kleiner ist und aus Parteigenossen besteht, von denen man annehmen muß, daß sie mit unseren Organisationsverhältnissen vertraut sind. Aber man sagt doch auch immer, daß die „Neue Zeit" in weiteren Kreisen verbreitet werden soll. Die Redaktion hätte es sich also zweimal überlegen müssen, ehe sie einen solchen Artikel aufnahm. Bei dieser Gelegenheit noch ein paar Worte zum Antrag 55, der verlangt, daß die „Neue Zeit" mehr ausgebaut werde und leichter verständliche Artikel bringen soll. Es kann jedenfalls nicht dazu dienen, der „Neuen Zeit" neue Abonnenten zuzuführen, wenn Polemiken in diesem unseren wissenschaftlichen Organ geführt werden, wie in der letzten Zeit zwischen zwei unserer hervorragendsten Schriftsteller. Solche Polemiken dienen nicht dazu, dem Gedanken des Sozialismus zur weiteren Ausbreitung zu verhelfen. Ueber den Antrag 51 brauche ich nichts weiter zu sagen, nachdem wir gehört haben, daß die Genossin Zetkin sich eines besseren hat belehren lassen und daß sie von ihrem früheren Standpunkt, nur die wissenschaftliche Seite in der „Gleichheit" zu behandeln und immer zu betonen, daß wir nicht zu den Massen heruntersteigen können, sondern daß wir die Massen durch den Inhalt der „Gleichheit" heraufziehen müssen, abgekommen ist. (Genossin Zetkin: Absolut nicht!) Das soll kein Vorwurf sein, Genossin Zetkin, aber Sie haben bisher immer gesagt, es sei nicht möglich, die „Gleichheit" populärer zu gestalten, heute haben Sie zugestanden, daß Sie eines besseren belehrt werden. Ich hoffe also, daß in Zukunft eine Besserung in dieser Hinsicht in die Erscheinung tritt.

Dann noch einiges zu dem Familienblatt. Man hat gesagt, es sei nicht möglich, ein solches Blatt erscheinen zu lassen, weil der Preis von 25 Pf. dafür zu hoch sei. Ich bin der Ansicht, daß der Gedanke, ein besonderes Familienblatt, das in unserem Geiste redigiert wird, herauszugeben, schon früher hätte kommen müssen, um den bürgerlichen Familienblättern den Boden abzugraben. Ist doch ein großer Teil von Parteiverlagen dazu übergegangen, Literatur unter den Genossen zu verbreiten, deren Inhalt dem Geist des Sozialismus nicht entspricht. Daß der genannte Preis für unsere Genossen unerschwinglich sei, kann ich nicht zugeben. Gewiß gibt es viele Parteigenossen, denen es äußerst schwierig werden wird, noch das Geld für ein solches Blatt aufzubringen. Aber mit diesen Kreisen dürfen wir nicht unbedingt rechnen, sondern müssen dem Rechnung tragen, was von dem größten Teil der Parteigenossen verlangt wird, und das ist die Schaffung eines besonderen Familienblattes, welches von sozialistischem Geiste durchweht ist.

Dr. **Rosenfeld**-Berlin: In bezug auf die Jugendbewegung möchte ich gegenüber den pessimistischen Ausführungen einiger Vorredner meiner Ueberzeugung dahin Ausdruck geben, daß gar kein Grund vorliegt, die Ansicht der Zentralstelle zu bekämpfen, daß wir mit den Erfolgen unserer Jugendbewegung recht zufrieden sein können. Zahlen beweisen, und man kann doch nicht von Schönfärberei sprechen, wenn die Tatsache vorliegt, daß die Zahl der Leser der „Arbeiter-Jugend" gestiegen ist, noch dazu in einer Zeit, wo die Parteiorganisation einen Stillstand erlebt hat, und wo die Arbeiterjugendbewegung verfolgt wird, fast wie die Partei zur Zeit des Sozialistengesetzes. An der Erstarkung der proletarischen Jugendbewegung zweifeln nicht einmal unsere Gegner. Sie sind von Befürchtungen erfüllt über das Wachstum unserer Jugendbewegung. Herr Oertel schrieb in der „Deutschen Tageszeitung" gerade im Anschluß an den diesjährigen Bericht der Zentralstelle: „Auch im letzten Berichtsjahr hat die sozialdemokratische Jugendbewegung sehr erhebliche und sehr bedenkliche Fortschritte gemacht", und er sagte weiter: „Das äußere und innere Anwachsen der sozialdemokratischen Jugendbewegung birgt große und bedenkliche Gefahren." Ich glaube, wir können uns in dieser Beziehung auf Herrn Oertel schon verlassen. Seine Aeußerung beweist uns doch, daß wir auf dem richtigen Wege sind, und daß der Weg bergan führt. Nun verkenne ich nicht, daß durch die Zentralstelle die Arbeiterjugendbewegung eine reiche Förderung erfahren hat, insbesondere durch das ausgezeichnete Organ „Arbeiter-Jugend". Aber ich glaube, daß die Zentralstelle noch viel mehr tun kann, besonders, um mehr Verständnis für die Notwendigkeit der Jugendbewegung unter der Parteigenossenschaft zu verbreiten. Da bedaure ich sehr, daß der Bericht der Zentralstelle nur in der Weise den Parteigenossen gegeben wird, daß er gedruckt den Delegierten der Partei vorgelegt wird. Ich würde wünschen, daß unsere Parteitage in der Lage sind, durch einen ausführlichen, auf dem Parteitag vorgetragenen Bericht eingehender als bisher sich über die Jugendbewegung zu informieren. Ich möchte weiter wünschen, daß die Zentralstelle mehr als bisher auch durch materielle Beihilfe die Jugendbewegung insbesondere in kleineren Städten unterstützt. Darüber ist schon in Chemnitz geklagt worden, und auch heute müssen wir sehen, daß die Ausgaben der Zentralstelle doch nur verhältnismäßig gering sind im Vergleich zu den in die Zehntausende gehenden Summen, die einzelne Städte schon jetzt für die Jugendbewegung aufbringen. Was will es besagen, daß die Zentralstelle in diesem Jahre noch nicht einmal 14 000 Mk. für die Jugendbewegung ausgegeben hat. Auf einer Konferenz der Jugendausschüsse in Thüringen z. B. ist darüber geklagt worden, daß die

Zentralstelle kein Geld dafür hat, in Thüringen einen Jugendsekretär anzustellen. Hoffentlich ermöglicht die Zentralstelle bald, daß dies Jugendsekretariat eingerichtet werden kann. Auch das Rundschreiben, das die Zentralstelle herausgibt, müßte mehr ausgestaltet werden. Dann würde mancher Fehler in der Jugendbewegung vermieden werden. Freilich die Bekämpfung der Jugendbewegung durch unsere Behörden würde auch dann bleiben. Davon können wir gerade in Berlin ein Lied singen, wo wir das Vergnügen haben, unter Herrn v. Jagow für die Berliner Arbeiterjugend zu arbeiten. Wir halten von der Jugendbewegung streng die Politik fern, teils weil wir aus pädagogischen Gründen es nicht für richtig halten, der Jugend die Tagespolitik zu bringen, dann aber auch, weil das Reichsvereinsgesetz, und zwar der Jugendparagraph, den wir dem Block der Konservativen und Liberalen verdanken, jede politische Betätigung der Jugendlichen unmöglich macht, ganz abgesehen von all den übrigen Schlingen, die unsere Behörden für die Jugendbewegung bereit halten. Darüber, daß unsere Jugendbewegung unpolitisch sein muß, besteht heute keine Meinungsverschiedenheit mehr. Ich möchte es aber doch auf unserem Parteitag besonders betonen, weil die Behörden immer der Ansicht sind, wir meinen es gar nicht ernst mit dem Fernhalten der Tagespolitik von der Jugendbewegung. Aber anders als die Jugendlichen unter 18 Jahren sind diejenigen über 18 Jahre zu behandeln. Gegen ihre politische Erziehung bestehen keine pädagogischen und keine juristischen Bedenken. Schon der letzte Parteitag hat besondere Maßnahmen zur Aufklärung der Jugend über 18 Jahre gefordert. Auch Genosse Scheidemann hat heute die Notwendigkeit solcher Maßnahmen anerkannt, und Genosse Schulz von der Zentralstelle hat eine ähnliche Erklärung abgegeben. Aber ich muß sagen, es hat reichlich lange gedauert, bis unsere leitenden Genossen sich auf diesen Standpunkt gestellt haben. Seit dem vorigen Parteitag ist fast ein Jahr verflossen, und erst jetzt hören wir, daß besondere Maßnahmen für diese Jugendlichen getroffen werden sollen. Sie reichen auch nicht aus und sind dem Parteitag ausführlich gar nicht mitgeteilt worden. Ich halte das eigentlich für keine Erledigung des Parteitagsbeschlusses vom vorigen Jahre, daß lediglich ein Zirkular herausgegeben wird mit gewissen Anregungen. Dadurch ist dem Parteitag die Möglichkeit genommen, die Pläne zu verändern, die der Parteivorstand ausgearbeite hat. Nach dem Zirkular soll den über 18 Jahren Alten lediglich Gelegenheit gegeben werden zur geistigen Fortbildung und zum gelegentlichen Zusammentreffen mit ihren Altersgenossen. Das reicht nicht aus. Mindestens muß die Möglichkeit gegeben werden, daß Jugendsektionen der Wahlvereine für die über 18 Jahre Alten gegründet werden. Es ist ein Bedürfnis für diese jungen Leute, gesondert zusammenzukommen und Diskussionen zu pflegen, und ich bedaure, daß diesem Bedürfnis in den Anregungen des Parteivorstandes nicht hinreichend Rechnung getragen worden ist. Freilich wünscht niemand, daß den Parteiorganisationen irgendwelche Schwierigkeiten damit bereitet werden. Der politischen Organisation, was der politischen Organisation gebührt. Aber deren Gebiet kann respektiert werden, und doch bleibt den Jugendsektionen noch Spielraum genug. Sie müssen geschaffen werden, wenn wir nicht unsere ganze bisherige Jugendarbeit geradezu herabdrücken wollen bis zu einem gewissen Grade zu einer Sisyphusarbeit. Erst lockern wir mit großen Schwierigkeiten das Terrain, auf dem wir die Jugendbewegung unpolitisch treiben können, und wenn die Jugend herangewachsen ist, dann versagen die Einrichtungen der Partei. Darum sollte, schon um unsere unpolitische Jugendbewegung zu fördern, die Möglichkeit geschaffen werden, in Form von Jugendsektionen die Aelteren nun auch politisch aufzuklären und an uns heranzuziehen. Ich möchte deshalb wünschen, daß der

Parteivorstand im folgenden Jahre mehr noch sein Augenmerk auf die Agitationsarbeit unter den über 18 Jahre Alten richtet. Das wird zur Stärkung der gesamten Jugendbewegung und damit zur Stärkung unserer Partei dienen. (Bravo!)

Birckholtz-Hamburg: Ich will mich in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit auf ein paar Worte beschränken. Es scheint mir aber notwendig zu sein, gegen die Forderungen, die mein Vorredner zuletzt vertreten hat, Stellung zu nehmen. Ich freue mich, daß der Bildungsausschuß in Verbindung mit dem Parteivorstand eine Resolution vorschlägt, die die Organisationen verpflichtet, für die Achtzehnjährigen etwas zu schaffen, aber Forderungen, die darüber hinausgehen, die z. B. bezwecken, innerhalb der politischen Organisationen besondere Jugendsektionen zu gründen, sind entschieden verfehlt. Jedenfalls muß diese Frage noch gründlich erörtert werden. Dringend notwendig aber ist es, daß den Achtzehnjährigen die Möglichkeit gegeben wird, in einer ihrem Verständnis angepaßten Weise sich wissenschaftlich zu betätigen und wissenschaftlich zu schulen. Braun meinte, es fehle den jungen Leuten in der Jugendorganisation das Gefühl, daß sie in ihrer persönlichen Freiheit nicht beschränkt seien. In der bürgerlichen Jugendbewegung dagegen habe die Jugend in viel höherem Grade das Gefühl, daß ihren persönlichen Wünschen Rechnung getragen werde. Tatsächlich sind unsere Leute auch in kleinen Städten so weit, den Jugendlichen das Selbstbetätigungsrecht zu gewährleisten. Darin liegt ja die Technik der proletarischen Jugendorganisation, daß sie die jungen Leute in die Lage versetzt, klar zu überlegen und nachzudenken, und ihr Organisationsinteresse zu vertreten. Aber der Fehler liegt auf einem anderen Gebiet. Fast so alt wie die Zentralstelle für die arbeitende Jugend ist, so alt sind schon die Forderungen, ein Blatt herauszugeben, das den Jugendhelfern die Möglichkeit einer besseren Schulung bietet. Es fehlt namentlich in den kleinen Städten an pädagogisch vorgebildeten Jugenderziehern und es freut mich, daß Genosse Schulz auch in der Provinz eventuell solche Kurse veranstalten will. Aber vor allem möchte ich die Herausgabe einer Zeitung empfehlen. Deshalb bitte ich dringend um die Annahme der Anträge 53 und 54, die sich darauf beziehen. Das Allerwichtigste aber, was die Jugendzentrale tun könnte, ist die Anstellung von Kräften für die Jugendbewegung. Wir können nicht lange darauf warten, daß sich Kräfte finden, die ehrenamtlich die Bewegung in den größeren Städten leiten können. Dazu gehört viel Zeit und auch die Möglichkeit, sich für die pädagogische Praxis zu schulen. In der bürgerlichen Jugendbewegung versteht man es ja gar nicht, daß so große Vereine von mehreren tausend Mitgliedern ohne angestellte Beamte geleitet werden können. Jedenfalls ist es ein unhaltbarer Zustand, daß in Großstädten wie Leipzig, Hannover, Dresden, Köln u. a. noch nicht Kräfte angestellt sind, die dasselbe leisten können, wie die bestorganisierten bürgerlichen Jugendvereine.

Wittig-Leipzig: Nach dem Verlauf der bisherigen Diskussion wird es mir leicht, die Anträge 53 und 54 von Leipzig zu begründen. Es besteht wohl kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber, wie notwendig es ist, daß die Partei die notwendigen Mittel ausgibt für einen Zweck, der sich schon in wenigen Jahren hundert- und tausendfach bezahlt machen dürfte. Bisher konnte gegen einen solchen Antrag eingewendet werden, es seien die geeigneten Persönlichkeiten dafür nicht vorhanden. Die Personenfrage dürfte aber jetzt wohl als gelöst zu betrachten sein, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß, wenn ein derartiges Blatt erscheint, es auch aus den Reihen solcher Lehrer bereitwillige Unterstützung findet, die jetzt öffentlich ihre Meinung nicht sagen dürfen, obwohl sie mit unserer Bewegung sympathisieren. Darüber sind wir uns klar, daß es notwendig ist, größere Mittel bereitzustellen, wenn unsere Jugend-

bewegung sich weiter entwickeln soll. Wir müssen eine größere Zahl von Jugendheimen schaffen und für die Entschädigung derjenigen sorgen, die als Jugendhelfer und Beiräte in Frage kommen. Viele sind in dieser Frage berufen, aber wenige sind auserwählt. In vielen ist Lust und Liebe für die Sache vorhanden, aber es muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden, sich auszubilden und vertraut zu machen mit den Fragen, die auf dem Gebiete der allgemeinen Erziehung liegen. Wenn so schnell wie möglich an die Einführung der Zeitung gegangen wird, dann wird auch manche Klage der Jugendbeiräte verschwinden. Wir werden dann erfolgreicher für die Jugend arbeiten können und ich bitte deshalb um einstimmige Annahme des Antrages.

Gottschalk-Königsberg: Ich habe nur zu den Anträgen zu sprechen, welche sich mit der Einsetzung einer Agrarstudienkommission beschäftigen. Diese Anträge sind im wesentlichen alle gleich. Ein Unterschied besteht nur insofern, als der Antrag des Parteivorstandes wünscht, daß die Kommission von Parteivorstand und Parteiausschuß gewählt werden soll, während die Anträge 14 und 101, die ich vertrete, die Wahl der Kommission durch den Parteitag fordern. Die Kommission muß von dem Vertrauen der Gesamtpartei und ihrer berufenen Vertretung, d. h. vom Vertrauen des Parteitages, getragen werden, ebenso wie sie auch dem Parteitag Rechenschaft abzulegen hat. Es liegt kein Grund vor, in diesem Falle nicht ebenso zu handeln, wie bisher in zahlreichen ähnlichen Fällen und wie 1894 in Frankfurt bei der Einsetzung der Agrarkommission, die bekanntlich auch vom Parteitag gewählt wurde. Unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet die Wahl durch den Parteitag nicht. Wird sie heute beschlossen, so können wir die Wahl selbst ja auf einen der letzten Tage der Parteitagswoche zurückstellen und inzwischen haben wir reichlich Zeit zu sorgfältiger Vorbereitung der Wahl. Der Parteitag würde ohne Not ein ihm zustehendes Recht preisgeben, wenn er die Wahl der Kommission dem Parteivorstand und -ausschuß überließe. Bei allem Vertrauen, das beide Körperschaften für sich in Anspruch nehmen mögen, hat doch der Parteitag ein noch größeres Vertrauen zu sich selbst zu hegen. Ich bitte daher, dem Antrag 96 in der vorliegenden Form nicht zuzustimmen, sondern seine einleitenden Worte zu ändern. Ich bringe das Amendement ein, daß im ersten Satz die ersten Worte lauten sollen: „Der Parteitag beschließt". Gleichzeitig ziehe ich die Anträge 14 und 101 zurück.

Panzer-Bayreuth: Wenn unsere Jugendbewegung nicht die erwünschten Fortschritte macht, so muß man auch beachten, daß die Maßnahmen, die gegen die Arbeiterjugend getroffen werden, geradezu ins Ungeheuerliche steigen. In unserem Wahlkreise Bayreuth bestehen rein russische Verhältnisse in bezug auf die Arbeiterjugendbewegung. Man hat auf Grund einer Schulordnung den Jugendlichen überhaupt verboten, das Arbeiterjugendheim zu besuchen und sich an den Veranstaltungen zu beteiligen. Man hat ihnen auch verboten unter Androhung von Strafen, an dem Stenographieunterricht teilzunehmen, den unser Jugendausschuß veranstaltet hat. Die Jugendlichen, die dennoch so mutig waren, den Unterricht zu benutzen, erhielten Karzerstrafen und wurden von Schutzleuten aus den Betrieben in den Karzer weggeführt, wenn sie sich nicht freiwillig einfanden. Diese Treibereien sind ausschließlich zurückzuführen auf die geradezu infame Agitationsweise und Hetze unserer Liberalen in Oberfranken, mit denen wir noch dazu in wilder Ehe zu leben gezwungen sind. Ebenso wird auch im allgemeinen gegen die Arbeiterschaft die Hetze bei uns betrieben. Es wurde vorhin gesagt, der Parteivorstand habe nicht genug Massenaktionen entfaltet. In solchen Fällen nützen aber Massenaktionen nichts. Hier gilt zunächst zu beachten, welche neuen Mittel und Wege unsere Gegner einschlagen, um uns die Arbeiterschaft abtrünnig zu machen. Hier

sind wiederum die reichsverbändlerischen Liberalen bahnbrechend vorgegangen. Sie haben versucht, sich in die Betriebe einzudrängen und die Arbeiter zu zwingen, in ihre Unterstützungsvereine einzutreten. Diese haben sich zu einer wahren Landplage entwickelt. Man hat die Kühnheit, selbst Sektionsleiter in die Kontore zu holen und von ihnen zu verlangen, daß sie sich in den liberalen Unterstützungsverein eintragen lassen, falls sie nicht bei passender Gelegenheit aufs Pflaster geworfen werden wollen. Die Liberalen haben bei ihrer Agitation den Unternehmern versprochen, daß sie ihnen möglichst zu Diensten sein wollen, wenn diese den liberalen Wahlkreissekretär, der aus Bochum in unseren Wahlkreis importiert wurde, bezahlten. Man hat auch versucht, die Arbeiterschaft zu knebeln und besonders den gewerkschaftlichen Kampf zu erschweren. Dafür müssen die Unternehmer ihre Beiträge zur Erhaltung der liberalen Arbeitersekretariate bezahlen. In einem Rundschreiben, das weit über die bayrischen Grenzen hinaus großes Aufsehen erregt hat, haben die Liberalen bei Handel, Industrie und Gewerbe um Geld gebettelt und versprochen, daß dieses Geld in eine rentable Kapitalsanlage umgewandelt werde. Mit anderen Worten, sie verpflichten sich, die Arbeiter niederzuknebeln, die der Sozialdemokratie angehören. Diese Ausnahmegesetze und Treibereien werden noch ergänzt durch ein Vorkommnis der letzten Tage. Der maßlosen Hetze unserer Liberalen ist es gelungen, daß unsere Parteizeitung in den letzten Tagen vom Staatsanwalt konfisziert wurde, weil wir ein Klischee vom „Vorwärts" über die Jubelfeier in Kelheim abdruckten. Dieses Bild wurde in Preußen nicht beanstandet, in Bayern aber auf Grund der liberalen Hetze konfisziert!

Wenn unter solchen Umständen die Organisationsarbeit und die Agitation erschwert wird, so wissen wir wenigstens die Gründe, warum es nicht immer möglich ist, in Oberfranken das zu erreichen, was wünschenswert wäre. Es werden naturgemäß alle Anstrengungen gemacht, in der Kleinarbeit das wieder gut zu machen, was durch die Ruppigkeit der Liberalen uns abzujagen versucht wird. Noch ein Wort zu dem illustrierten Wochenblatt, das herausgegeben werden soll. Ich bezweifle, daß es eine Zukunft hat, wenn der Preis von 25 Pf. bestehen bleiben soll. Wir haben in der Partei eine ganze Reihe illustrierter Zeitschriften, die sehr gut wirken könnten, aber sie haben alle den Fehler, daß sie zu teuer sind. Wenn unser Blatt auch in die ärmsten Arbeiterfamilien hineindringen soll, dann muß in erster Linie Wert darauf gelegt werden, auf einen billigen Preis, der durch die Massenauflage leicht wieder ausgeglichen werden kann. Das Zentrum hat in Bayern gerade durch seine billigen Familienblätter großen Erfolg. Wenn nach meinem Vorschlag der Preis unseres Blattes billiger gesetzt wird, dann wird die Partei auf ihre Rechnung kommen und das neue Unternehmen wird seinen Zweck erfüllen, den es eigentlich erfüllen soll und muß.

Stahl-Spandau: Ich hatte die Absicht, den Antrag 16 eingehend zu begründen, nachdem aber Genosse Schulz in liebenswürdiger Weise beantragt hat, den Antrag zur Berücksichtigung zu überweisen, nehme ich davon Abstand. Ich hoffe aber, daß der Zentralausschuß in weitgehendster Weise dem Antrag Rechnung tragen wird, weil wir alle Ursache haben, auch die weibliche Jugend aufzuklären über ihren Naturberuf als Erzieherin der Kinder und als Mutter. Ich bitte Sie, dem Antrag Schulz Rechnung zu tragen.

Schrader-Hannover begründet den Antrag 17. Nehmen Sie den Antrag an oder überweisen sie ihn wenigstens dem Parteivorstand zur Berücksichtigung. Veranlassung zu dem Antrag haben die mancherlei Erörterungen in der Parteipresse und in Versammlungen aus Anlaß der Militär- und Deckungsvorlagen gegeben. Wenn über die Gründe der Stellungnahme der Fraktion gleich nach Abschluß der Verhandlungen Bericht erstattet wird, dann wird manchen zu

weitgehenden Kritiken der Boden entzogen werden. Anläßlich der Militärvorlage hat ja der Parteivorstand eine kleine Broschüre nachträglich herausgegeben, es wäre zweckmäßig gewesen, sie auch auszudehnen auf die Stellungnahme der Fraktion zur Deckungsvorlage, bezw. die Gründe anzugeben, die die Fraktion zu dieser Stellungnahme veranlaßt haben. Eine weitgehende Kritik innerhalb der Partei soll stattfinden. Es soll aber auch ein Rahmen gezogen werden, über den nicht hinausgegangen werden sollte. Wenn man Aeußerungen hört wie heute von Heilmann, der sagte: Ja, ich bin darüber nicht informiert gewesen!, so beweist das einen Mangel an Verantwortungsgefühl. Es geht zu weit, wenn in dem Maße Kritik geübt wird, wie es verschiedentlich der Fall gewesen ist. Damit wird uns die Agitation im Lande unendlich erschwert. (Sehr richtig!)

Ein Antrag Wuschick-Berlin, die Aussprache über den ersten Punkt der Tagesordnung zu schließen, wird, nachdem Auer-München dagegen gesprochen hat, abgelehnt.

Jungnickel-Annaberg: Schulz sagte, der Antrag 15 renne offene Türen ein, Lehrer für die Unterrichtskurse würden nach Bedürfnis eingestellt. Wir haben aber einen gewissen Mangel an Lehrern bemerkt. Es ist uns beinahe unmöglich, in entlegenen Orten Kurse abzuhalten. Der Zentralbildungsausschuß kommt uns in der Ermäßigung der Kosten weitgehend entgegen. Der Ausschuß sollte aber versuchen, innerhalb der einzelnen Provinzen Lehrer zu gewinnen, die noch billiger arbeiten. Im Erzgebirge z. B., wo wir mittellos sind, sollten diese Lehrer etwas reduzierte Kurse von vier bis sechs Abenden ganz umsonst abhalten, dann würden wir besser für die Verbreitung des Sozialismus auch in den entlegensten Dörfern sorgen können.

Fries-Köln: Nachdem soviele „Kulturpioniere" gesprochen haben, sei es auch einmal einem einfachen Arbeiter gestattet, das Wort zu nehmen. Was mir an den Worten Scheidemanns am meisten mißfallen hat, war, daß er glaubte betonen zu müssen, daß sämtliche Angestellte Kulturpioniere seien. Ich möchte das stark bezweifeln. Ich protestiere dagegen, daß die Genossen, die an den Angestellten Kritik üben, von Scheidemann und anderen als Beamtenhetzer hingestellt werden. Die Genossen, die sich eine Kritik der einzelnen Angestellten gestattet haben, haben die hauptsächlichste Parteiarbeit geleistet. Darunter sind nicht wenige Kulturpioniere. Wenn sie das Verhalten einzelner Angestellten kritisiert haben, die oft ein Hemmnis sind und nicht Pioniere, dann werden sie als Hetzer hingestellt. Das ist verkehrt. Die Genossen im Lande werden diese Redewendung Scheidemanns nicht verstehen. Durch diese Kritik wird das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Partei nicht getrübt. Wollten wir diese Trübung, dann brauchten wir diese Angestellten, die manchmal nicht vom sozialistischen Geiste erfüllt sind, nicht hinüberziehen, sondern ließen sie abseits beiseite stehen. Dadurch, daß wir Kritik üben, zeigen wir, daß wir Partei und Gewerkschaft immer fester zusammenschmieden wollen. Bei der Maifeierfrage wird noch genug Gelegenheit sein für die Angestellten, zu beweisen, daß sie wirklich Kulturpioniere des Sozialismus sind. Beweisen sie es, dann treffen Scheidemanns Ausführungen zu. Sonst weise ich sie als übertrieben zurück.

Auer-München: Braun hat in seinen Ausführungen auch der Bayern gedacht. Er hat angegeben, welche großen Summen unsere Parteizentrale in diesem Jahre nach Bayern geschickt hat, hat es allerdings unterlassen, die Gründe anzugeben, die das notwendig gemacht haben. Was die Gründung des Parteiblattes in Kaiserslautern angeht, so nehme ich an, daß er nur seiner persönlichen Meinung Ausdruck gegeben hat, daß er aber nicht den Parteivorstand binden wollte, denn die Verhandlungen über diese Sache sind noch nicht abgeschlossen und über nicht abgeschlossene Verhandlungen sollte nicht in dieser Weise gesprochen werden. Nach unserer Meinung dürfen bei Pressefragen nicht lediglich fiskalische Gründe für den Vorstand entscheidend sein, sondern er muß sich bei der Frage, ob eine Zeitung gegründet werden soll, auch von anderen Momenten leiten lassen, von dem agitatorischen Wert und der politischen Notwendigkeit. Wenn ich auch erkenne, daß der Vorstand die Pflicht hat, genau zu prüfen, wie Gelder verwendet werden, und obgleich ich gerne zugebe, daß der Göppinger Fall ihn zur Vorsicht veranlassen müßte, so warne ich doch auf der anderen Seite davor, in den Fehler zu verfallen, nach rein fiskalischen Gesichtspunkten zu entscheiden und die politischen Notwendigkeiten zu übersehen.

Im Bericht des Parteivorstandes heißt es auf Seite 10:

„Danach haben wir im letzten Geschäftsjahr, das sich allerdings nur auf 9 Monate erstreckt, eine so geringe Mitgliederzunahme zu verzeichnen, wie nie zuvor, eine Zunahme, die in ihrer Geringfügigkeit an Stagnation grenzt."

Ich verstehe es wohl, daß der Vorstand in seinem Bericht die Genossen anzufeuern sucht und daß er sich bemüht, wenn er glaubt, daß hier und da ein Mangel ist, diesen Mangel zu beheben. Aber das Ergebnis dieser Feststellung des Vorstandes ist ein anderes. Es kümmert mich nicht, wenn die bürgerliche Presse auf Grund dieser Feststellung des Vorstandes die Sozialdemokratie wieder einmal totsagt. Bedenklicher ist die Wirkung auf die eigenen Parteigenossen, und wenn derartige Feststellungen gemacht werden, dann muß man doch auch die Ursachen berücksichtigen und sie erwähnen. Für jeden, der unsere Organisation kennt, steht doch fest, daß wir heute bei Zählung unserer Mitglieder einen viel strengeren Maßstab anlegen als früher. Unsere Organisation ist eine viel straffere geworden, die Uebersicht ist viel besser. Früher haben wir Tausende von Mitgliedern geführt, die keine Beiträge gezahlt haben, während jetzt eine viel größere Durchsiebung, eine viel größere Uebersicht auf Grund unserer straffen Organisation gegeben ist. Dieses Moment müssen wir berücksichtigen, wir dürfen nicht nur flau machen. Was für die Organisation im allgemeinen gilt, gilt auch für die Jugendorganisation und die Jugendbewegung. Es geht vorwärts. Wir haben doch mit unserer Jugendbewegung viel größere Schwierigkeiten zu überwinden und mit viel größeren Hemmungen zu kämpfen, als die Bürgerlichen. Schon bei der Frage der Jugendleiter fällt es schwer, die geeigneten Leute zu finden. Die Arbeiter, die diese Jugendleitung übernehmen, müssen sich ihre Zeit stehlen, um tätig sein zu können, während den bürgerlichen Kreisen eine ganze Reihe von Leuten zur Verfügung steht. Wir wissen ja, daß sogar Offiziere dazu verwendet werden. Ein weiteres Hemmnis für uns bildet die Frauen- und Kinderarbeit. Und auch die von Tag zu Tag stärker werdenden behördlichen Schikanen bereiten uns Schwierigkeiten. Alles das muß berücksichtigt werden, wenn wir über diese Fragen sprechen. Die unermüdliche Kleinarbeit, das harmonische Zusammenarbeiten und der unerschütterliche Glaube an den Sieg unserer Sache sind die Dinge, die uns zum Ziel führen. Den Kopf hängen zu lassen, dazu haben wir aber gar keine Ursache. (Bravo!)

Helene **Grünberg**-Nürnberg: Die Jugend wird heute von vielen Vereinigungen umgarnt, nicht nur von bürgerlichen, sondern auch von sehr vielen Vereinen aus unseren eigenen Reihen. Da sind die Arbeiterturnvereine, die Arbeiterschwimmvereine, die Arbeitergesangvereine, die Arbeiterstenographen-Klubs, kurz, alles bemüht sich um die Jugendlichen, und dadurch kommt die freie Jugendbewegung, der doch vor allem die Jugend zugeführt werden soll, in eine

schwierige Lage. Auch die Geldfrage spielt eine Rolle, die Arbeiterbewegung braucht viel Geld und da bleibt für die Jugend nicht allzuviel übrig. Mit dem wenigen Geld, was den einzelnen Orten heute zur Verfügung steht, wird gearbeitet, wie es nur möglich ist. Der Bericht über die Jugendbewegung hat uns doch gezeigt, daß es nicht nur in größeren, sondern auch in kleineren Orten vorwärts geht. Wenn es nicht so geht, wie es gewünscht wird, so liegt das an den geschilderten Umständen. Es kommt nicht darauf an, daß man recht radikal vorgeht und immer Tamtam schlägt, sondern es spielen hier andere Fragen mit. In Nürnberg haben wir im verflossenen Jahre einen Zuwachs von 800 Jugendlichen gehabt, und so wird es auch in anderen Städten sein. Man darf aber nicht vergessen, daß die Jugendbewegung nur eine Durchgangsstation ist. Nun soll die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend" maßgebend sein. Wenn das der Fall sein soll, dann müßten wir auch darauf schauen, daß die „Arbeiter-Jugend" so ist, daß die jungen Leute sie auch lesen. Die 80 000 Exemplare werden heute zum großen Teil nicht gelesen. Wir haben die Jugend von 14 bis 18 Jahren, aber die „Arbeiter-Jugend" ist geschrieben für junge Leute von 18 bis 21 Jahren. Wenn wir uns bemühen, durch leicht verständliche Vorträge die Jugend zu gewinnen, und wenn wir uns freuen, daß die Jugend dazu so zahlreich erscheint, so können wir doch aber dadurch allein die Führung nicht übernehmen. Wir wollen doch die jungen Leute zu selbständig denkenden Menschen erziehen. Das ist unsere Hauptaufgabe mit, und wenn uns da die „Arbeiter-Jugend" etwas mehr zur Seite steht, wäre das nur zu begrüßen. Aber die Artikel in der „Arbeiter-Jugend" sind sehr schwer verständlich, und dazu kommt, daß der kleine Druck auch nicht zur Lektüre anfeuert. Lieber halb soviel Stoff und das, was im Blatt steht, mit größerer Schrift und mehr dem Verständnis der Jugend angepaßt! Dann wird die „Arbeiter-Jugend" das bewerkstelligen, was sie bewerkstelligen soll, d. h. mit zur Bildung der Jugendlichen beitragen. Alle Anträge betreffend Unterstützung der Jugendbewegung in finanzieller Hinsicht kann man zustimmen. In einer Stadt wie Nürnberg stehen uns für die Jugendbewegung gerade 2000 Mk. zur Verfügung. Davon muß das Jugendheim bezahlt und die ganze Agitation bestritten werden. Kleine Orte haben sogar nur ein paar Pfennige übrig. Wie soll man davon auch noch die „Arbeiter-Jugend" bezahlen? Die Jugendzentrale kann die Jugendausschüsse am besten unterstützen durch Verbilligung der „Arbeiter-Jugend". Könnten wir die Nummer für 3 Pf. anstatt für 5 Pf. erhalten, dann könnten wir besser arbeiten. Etwas populärer und weniger Inhalt, aber das Wenige so geschrieben, daß die Jugend es liest! Dann werden die jungen Leute auch die „Arbeiter-Jugend" lesen und dann wird es auch mit der Jugendbewegung besser vorwärts gehen.

Stücklen-Berlin: Ich gebe dem Genossen Braun darin recht, daß man, wenn man drei oder vier Parteiblätter gelesen hat, annähernd alles weiß, was in der Parteipresse steht. Das liegt aber wesentlich daran, daß das Nachrichtenwesen mehr und mehr zentralisiert wird und daß immer mehr Korrespondenzen entstehen. Teilweise mag es vielleicht auch daran liegen, daß die Redaktionen nicht so besetzt sind, wie es wünschenswert wäre. Wenn aber Braun sich so sehr aufgehalten hat über die Uniformierung der Parteipresse, so möchte ich schon sagen, so ganz sündenfrei ist er auch nicht. (Hört! hört!) Ich weiß, daß die „Fränkische Tagespost" auch ziemlich viel aus dem verpönten Pressebureau bringt, genau wie andere Blätter auch. Alle schimpfen, alle drucken ab, aber keiner sagt, wie man es besser machen soll. Wir wären sehr froh, wenn uns einmal brauchbare Vorschläge gemacht würden. Es ist aber nicht angebracht, fortwährend auf das Pressebureau loszuschlagen. Die Tätigkeit der Kollegen im Pressebureau ist keineswegs eine beneidenswerte, es ist

nicht angenehm, für die ganze Parteipresse den Prügelknaben abzugeben und für alles mögliche verantwortlich gemacht zu werden. (Sehr richtig!) Daß das Pressebureau mangelhaft ist, das wissen wir vielleicht am allerbesten, und wenn uns ein gangbarer Weg gezeigt würde, würden wir keinen Augenblick zögern, ihn zu beschreiten. Auch Braun hat nicht gesagt, wie man es anders machen soll, und ich hoffe, daß er dem Parteivorstand vielleicht demnächst einmal einen Vorschlag unterbreitet, der eine Besserung herbeiführen soll. Bei der Gründung entstand der Gedanke, das Pressebureau solle „politisch geschlechtslos" sein (Heiterkeit), es solle eine eigene Meinung überhaupt nicht haben. Nun ist das an sich sehr schwer. Wir haben radikale und nicht radikale Blätter, und so zu schreiben, daß es allen paßt, ist doch auch eine Leistung, die man nicht allzu gering anschlagen sollte. (Heiterkeit.) Kurz, ich konstatiere, daß radikale und nicht radikale Blätter gemeinsam sündigen. Ich habe schon, als das Pressebureau geschaffen wurde, in das ich gegen meinen Willen hineinkam — ich wurde dazu gedrängt und werde mit Vergnügen wieder herausgehen —, darauf hingewiesen: Wo sollen wir denn die Nachrichten hernehmen? Wir können doch nicht in den einzelnen Ministerien und Reichsämtern vorsprechen. Vielleicht würden wir dort Nachrichten bekommen, aber jedenfalls doch nur solche, an deren Verbreitung die Regierung ein großes Interesse hat, und sobald wir eine ablehnende Kritik daran knüpften, würde man uns die Tür von draußen zumachen. Also wir können unmöglich in der Weise uns Nachrichten besorgen wie die bürgerlichen Blätter. Nun sind wir auf die bürgerliche Presse angewiesen und wir müssen das, was sie bringt, mit entsprechenden Bemerkungen begleiten. Man hat uns vorgeworfen, daß die Schwänze zu lang sind, die wir den Nachrichten anhängen (Heiterkeit), wir haben dafür gesorgt, daß sie kürzer werden (Erneute Heiterkeit), und ich bedaure nur, daß wir immer noch nicht das Vergnügen haben, uns allen Wünschen anpassen zu können. Wir haben einmal einen Genossen, der als Schriftsteller einen guten Ruf genießt, gebeten, in das Pressebureau zu kommen und zu zeigen, wie es zu machen ist. Er hat sich den Betrieb angesehen und gegen 8 Uhr vormittags meinte er: Jetzt müssen doch eigentlich die Nachrichten kommen! Ja, was nicht kam, das waren die Nachrichten. Wenn das Bureau nicht so funktioniert, wie es sein sollte, dann tragen die Genossen an der Parteipresse schuld daran; entweder sie geben uns überhaupt keine Nachrichten oder Nachrichten, die bereits in ihrem Blatt erschienen sind. Wenn wir etwas, was am Dienstag im „Hamburger Echo" stand, am Mittwoch bekommen und hinausgeben und die Parteipresse bekommt es am Donnerstag von uns, dann schreibt man uns: Was fällt Euch denn ein, das stand ja schon vorgestern im „Echo". Es war vorgesehen, daß die politischen Redakteure der Parteipresse das Pressebureau bedienen sollen, aber statt dessen haben die Redaktionen der Parteipresse die Mitarbeiter vielfach ausgewählt nach dem Gesichtspunkt: Wer kann am notwendigsten das Honorar gebrauchen! (Zuruf: Das können alle gebrauchen! Heiterkeit.) So kommt es, daß wir Mitarbeiter haben, die uns erst ein bis zwei Stunden, nachdem das Blatt erschienen ist, bedienen. Darunter leidet die Berichterstattung. Wir haben alles getan, was wir tun konnten, wir haben höfliche Briefe geschrieben, wir haben Briefe geschrieben, die das Gegenteil von Höflichkeit waren. (Heiterkeit.) Gerade aus dem Wirkungskreis von Braun-Nürnberg kriegen wir gar nichts, wir werden mangelhaft bedient aus München, aus Hamburg, trotz aller Mühe, die wir uns gegeben haben. Soll das Pressebureau besser funktionieren, dann müssen in allen politischen Zentren im Inland und Ausland fest besoldete Berichterstatter angestellt werden. Aber das würde mit enormen Kosten verknüpft sein, und vor allem wird ja immer verlangt, daß es möglichst wenig kosten soll. Davidsohn hat bemängelt, daß wir

über Dublin so wenig berichtet haben. Soviel mir bekannt ist, hat die Generalkommission sich um Nachrichten bemüht, aber es ist ihr nicht gelungen und wir haben uns damit geholfen, daß wir Auszüge aus den Berichten des „Vorwärts“ telephonierten. Was geschehen konnte, ist im Pressebureau tatsächlich geschehen. Aber wir können keine Nachrichten geben, die wir uns selber gar nicht beschaffen können. Die Berichte über die Kommissionsberatungen im Reichstage will das eine Blatt ausführlich haben, das andere nur ganz kurze Auszüge. (Die Redezeit wird verlängert.) Nun könnte man sagen, es sollen zwei oder drei verschieden umfangreiche Berichte hergestellt werden. Im Pressebureau sitzen aber nur drei politische Redakteure. Die Arbeitszeit im Pressebureau, die in zwei Schichten geteilt ist, beträgt 13 Stunden, wir haben auch Sonntags zu arbeiten und im Sommer, in der Ferienzeit, haben die Redakteure nur alle 15 Tage einen Tag frei! Es kann also nicht der Vorwurf gemacht werden, daß wir nicht mit dem nötigen Eifer bei der Sache sind. Es ist eine glatte Unmöglichkeit, mit drei politischen Redakteuren Berichte von verschiedener Länge herzustellen. Es wäre uns sehr angenehm gewesen, wenn positive Vorschläge für den weiteren Ausbau des Pressebureaus gemacht worden wären. Wir haben einen Beirat für das Pressebüreau, in dem fünf leitende Redakteure sitzen. Diese werden bestätigen, daß wir uns seit Jahren um den weiteren Ausbau bemühen, um eine Verbesserung des Nachrichtendienstes, damit die Berichterstattung prompter wird. Bisher ist alles fehlgeschlagen. Wir konnten es nicht erreichen, daß wir von den Parteigenossen besser unterrichtet wurden. Und was wir nicht haben, können wir nicht herausgeben. Die einzige Möglichkeit wäre, in den größeren Orten festangestellte Korrespondenten zu beschäftigen, die uns über alles Wichtige aus ihrem Bezirk rasch berichten. Wenn man aber meint, daß das Pressebureau in keiner Weise seine Aufgaben erfüllt, dann wäre die einfachste Lösung die, daß man eine solche Institution, wenn sie sich als vollkommen verfehlt erwiesen hat, beseitigt. Ich weise die Vorwürfe gegen das Pressebureau zurück, wenn nicht nachgewiesen wird, daß die Redakteure nicht ihre Pflicht erfüllt haben, und solange nicht ein anderer Weg gezeigt wird, auf dem eine Behebung der Uebelstände zu erreichen ist.

Bromme-Lübeck: Wir begrüßen es, daß die Agrarfrage endlich wieder in den Kreis der Erörterung gezogen wird. Hängen doch mit ihr die Lebensmittelpreise, Getreidezölle, Gewinnung der Landarbeitermassen, die Frage der inneren Kolonisation und andere Dinge, die demnächst im Brennspiegel der Tagespolitik stehen werden, zusammen. Trotzdem bitte ich Sie, den Zusatzantrag Gottschalk auf Einsetzung einer Studienkommission durch den Parteitag abzulehnen. Bei der Hast, mit der der Parteitag die Tagesordnung erledigen muß, würde die richtige Zusammensetzung aus Fachmännern, Theoretikern und Praktikern, vielleicht nicht getroffen werden. Schon die Absicht, daß besoldete Mitarbeiter von der Kommission angestellt werden sollen, rechtfertigt es, daß die Zusammensetzung der Kommission ernsthaft vom Parteivorstand und Parteiausschuß geprüft wird. Nun noch eine Bemerkung zu dem angekündigten Familienblatt, mit dem wir uns auch in Lübeck beschäftigt haben, wie der — allerdings nicht unterstützte — Antrag 48 beweist. Den Preis von 25 Pf. für das Familienblatt halte auch ich für zu hoch. Selbst wenn es noch so gut ausgestattet ist, wird es große Schwierigkeiten machen, eine nennenswerte Auflage zu erzielen. Wir sollten uns da das Schicksal der „Hütte“ zur Warnung dienen lassen. 15 Pf. ist meines Erachtens das Höchste. Dafür kann schließlich auch etwas Gediegenes geschaffen werden. Schaffen müssen wir etwas, denn mit den „Freien Stunden“ können wir wahrlich keinen Staat mehr machen. Nun ist gesagt worden, wir wollen keine zweite „Berliner Illustrierte Zeitung“ haben. Um eine ähnliche Aufmachung wird man aber nicht gut herumkommen, denn es wird wohl niemand bestreiten, daß in den breiten Volksschichten — namentlich bei den Arbeiterfrauen — ein gewisses Sensationsbedürfnis vorhanden ist. Es wird natürlich von der Geschicklichkeit der Redaktion abhängen, wie das Blatt aufgemacht wird. Im übrigen kommen wir mit dem Unternehmen reichlich spät. Ullstein hätte nicht so hohe Abonnentenzahlen und so hohe Gewinne aus der Arbeiterschaft herausgeholt, wenn wir damit früher auf dem Plane erschienen wären.

Vorsitzender Ebert: Redner sind nicht mehr gemeldet, die Debatte ist geschlossen. (Beifall.) Die Schlußworte der beiden Referenten für den jetzt abgeschlossenen Teil des Vorstandsberichtes schlage ich vor morgen entgegenzunehmen. Damit ist der Parteitag einverstanden.

Genosse Haase dankt herzlich für die ihm übermittelten Wünsche. Er bedauert, daß er noch nicht imstande ist, an den Geschäften des Parteitages teilzunehmen. Er wünscht den Verhandlungen einen erfolgreichen Verlauf. (Beifall.)

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Hollands hat den Genossen Ravenstein als Vertreter entsandt. Glückwunschtelegramme sind eingegangen von der britischen sozialdemokratischen Partei, von dem Landeskomitee des jüdischen Arbeiterbundes in Rußland, vom Auslandskomitee der Sozialdemokratie Lettlands, von der polnischen sozialdemokratischen Partei Rußlands, ferner von den Frauen Halberstadts.

Dann vertagt sich der Parteitag um 6 Uhr auf 9 Uhr vormittags.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 16. September 1913. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender Ebert eröffnet die Verhandlungen um 9 Uhr. Begrüßungstelegramme sind eingegangen vom Exekutivkomitee der rumänischen sozialdemokratischen Partei und von der sozialdemokratischen Partei Finnlands.

Das Schlußwort zum allgemeinen Geschäftsbericht erhält

Scheidemann: Ich muß mit einigen Worten auf den Bericht unseres Genossen Brühne zurückkommen, den er im Namen der Kontrollkommission erstattet hat. Brühne hat eine Sachdarstellung in der Beschwerde des Genossen Mehring gegeben und dann gesagt: „Nachdem der Parteivorstand auf Grund der geschehenen Aussprache erklärt hat, eine Regelung des Verhältnisses zwischen dem Genossen Mehring und der „Neuen Zeit“ in Aussicht zu nehmen, kann die Kontrollkommission der Entscheidung des Parteivorstandes nicht vorgreifen.“ Diese Annahme der Kontrollkommission stützt sich auf eine mißverstandene Aeußerung des Genossen Haase. Der Parteivorstand hat dann auch sofort die Kontrollkommission darauf aufmerksam gemacht und Einspruch erhoben. Damit die Angelegenheit klar im Parteitagsprotokoll zum Ausdruck kommt, verlese ich aus einem Briefe vom 20. Juni 1913, den der Parteivorstand an die Kontrollkommission geschrieben hat, nur einen Satz: „Der Parteivorstand hat nicht erklärt, eine Regelung des Verhältnisses zwischen dem Genossen Mehring und der „Neuen Zeit“ in Aussicht zu nehmen, nachdem im vorigen Jahre die Regelung entsprechend dem Wunsche des Genossen Mehring vorgenommen worden ist.“

Den breitesten Rahmen in der gestrigen Debatte hat wohl die Aussprache über die Parteipresse eingenommen. Meine Einwendungen der Presse gegenüber und die Befürchtungen, daß die Presse nicht in dem Maße, wie es notwendig ist, ihre propagandistischen Aufgaben erfüllt, um die breiten Massen

zu gewinnen, sind mehrfach unterstrichen worden. Es ist über den Nachrichtendienst und über die Berichterstattung geklagt worden. Da will ich feststellen, daß auch ich, gestützt auf einen mangelhaften Zeitungsbericht, mich auf eine Aeußerung eines Genossen in Sachsen bezogen habe, die nach dem „Vorwärts" vom 10. August folgendermaßen lautete: „Der Mißerfolg in der Agitation und Organisation des letzten Jahres sei dem Schwinden des Vertrauens der Massen zur Leitung geschuldet." Der betreffende Genosse, der nach dem „Vorwärts"bericht diese Aeußerung getan haben soll, hat mir versichert, daß davon keine Rede sei. Er hätte sich so, wie es da steht, nicht ausgesprochen. Ich freue mich, feststellen zu können, daß keine Rede davon sein kann, daß ein Genosse sich so geäußert hat. Diese Richtigstellung zeigt, wie gut es war, daß ich von der Nennung von Namen gestern ausdrücklich Abstand genommen habe.

Der erste Redner in der gestrigen Debatte, Genosse Sollmann, hat meine Ausführungen über die Parteipresse als richtig anerkannt. Ich will des Näheren darauf nicht eingehen, auch nicht auf die Einwendungen gegen das Pressebureau. Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich ausdrücklich feststelle, daß der Parteivorstand mit den Leistungen des Pressebureaus auch nicht ganz einverstanden ist, und daß auch er wünscht, daß die Leistungen besser wären. Ich will nicht näher auf die Debatte eingehen, ich weise nur hin auf Ausführungen Stücklens von gestern und gebe Ihnen von neuem die Versicherung, daß wir alles versuchen werden, um auch das Pressebureau etwas leistungsfähiger zu gestalten. Ob es gelingen wird, ist eine andere Frage.

Es sind gestern harte Worte gefallen über verschiedene unserer Parteiunternehmungen und verschiedene Erzeugnisse unserer Literatur. Es ist unter anderem hingewiesen worden auf die „Arbeiter-Jugend", die nicht so redigiert sein soll, wie es gewünscht wird. Ich glaube, daß ich es dem hier nicht anwesenden Genossen, der sie redigiert, wirklich schuldig bin, festzustellen, daß die „Arbeiter-Jugend" tatsächlich eine der besten unserer Zeitungen ist. (Sehr richtig!) Wenn hier und da Artikel abgedruckt worden sein sollten, die nicht allen Wünschen entsprechen, so ist das ganz begreiflich. Eine Zeitung, die es allen recht macht, gibt es nicht. Auch von der „Arbeiter-Jugend" kann man Unmögliches nicht verlangen. Im allgemeinen darf ich wohl mit Ihrer Zustimmung feststellen, daß sie sich allgemeiner Sympathie erfreut und ein sehr gut redigiertes Blatt ist. (Sehr richtig!) Es sind nun verschiedene Anregungen gegeben worden, wie man die Parteipresse reformieren müsse. So ist z. B. die Abgrenzung der Gebiete angeregt worden. Stubbe hat angeregt, daß man die Verbreitungsgebiete größerer Blätter teilen und mit eigenen Blättern versehen könne. Das ist ein Plan, der sehr alt ist und von dem ich wünschen möchte, daß er realisierbar wäre. Ich glaube aber nicht, daß es möglich ist. Wir dürfen nicht vergessen, daß eine Anzahl großer, sehr leistungsfähiger Blätter besteht. Die Parteigenossen auch in den entfernteren Orten lesen diese Zeitungen und würden sich kaum mit einem Blatt abfinden, das im Umfang auf die Hälfte oder ein Drittel reduziert wird. Das Ideal wäre, daß wir statt der größten Zeitungen eine vier- oder fünffache Anzahl weniger umfangreicher Blätter über das ganze Land verteilt hätten. Das würde der Agitation wesentlich bessere Dienste leisten können, als es jetzt die großen Zeitungen vermögen. Ich will es feststellen, daß man bis zu einem gewissen Grade den geäußerten Wünschen Rechnung tragen kann dadurch, daß man Kopfblätter einführt.

Nun zu einem anderen Abschnitt. Da verlangt der Antrag 17 von Hannover jedesmal nach Schluß einer Reichstagssession eine Agitationsbroschüre. Ich bitte Sie, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Antrag 52 verlangt statistisches Material über Volkswirtschaft in Broschürenform. Ich bitte, auch

diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Ebenso den Antrag 55, der vom Ausbau der „Neuen Zeit" handelt. Wir haben alle die Ausführungen der Genossin Zetkin mit Freuden begrüßt, die darin gipfelten, daß sie in Aussicht gestellt hat, in populärer Darstellung in der „Gleichheit" eine Geschichte der Parteibewegung zu geben, wobei sie allerdings gleich darauf aufmerksam machte, daß dann die Agitationsberichte wesentlich gekürzt werden müssen. Ich glaube, die Partei wird es vertragen, wenn diese Berichte gekürzt werden. Ich habe den Eindruck, daß vielleicht nur die betreffenden Berichterstatter das schmerzlich empfinden werden. (Sehr gut!) Es ist dann geklagt worden über die aufgestellte Kalkulation in bezug auf das angekündigte illustrierte Familienblatt; der Preis von 25 Pf. sei zu hoch. Es liegt ein Antrag vor, wonach das geplante Blatt zum Preise von höchstens 15 Pf. herausgebracht werden soll. Das geplante Familienblatt ist natürlich zu einem so niedrigen Preise nicht herauszubringen. Nach den aufgestellten genauen Berechnungen ist es ganz unmöglich, ein wirklich gutes Blatt mit Illustrationen auf anständigem Papier zum Preise von 15 oder gar 10 Pf. zu liefern. Dann würde ein Blatt herauskommen, auf das nachher allgemein geschimpft wird. (Sehr richtig!) Es kommt vor, daß etwas Gutes auch billig sein kann. Aber gerade auf dem Gebiete der Druckerzeugnisse im Preise knickern zu wollen, ist sehr unangebracht. Mit einem Blatt, das wir für 15 Pf. herausbringen, würde kein Mensch zufrieden sein. Man sagt, warum können es denn andere und weist auf die „Berliner Illustrierte" hin. Aber andererseits hat man gestern ausdrücklich gesagt, wir wollen keine Inseratenplantage machen (Sehr richtig!), wie das jene Zeitungen sind. Wir wollen ein gut geleitetes illustriertes Familienblatt, das das Unterhaltungsbedürfnis befriedigt und die Wünsche der Proletarier, die unterrichtet sein wollen über neue Errungenschaften der Wissenschaft usw., erfüllen. Diese Zeitung hat ganz andere Aufgaben, als die heute noch vielfach in den Massen verbreiteten Blätter. Ich bitte also diesen Antrag glatt abzulehnen. Wenn Sie eine gute Zeitung haben wollen, muß man auch etwas dafür ausgeben. Die Befürchtungen, daß die Arbeiter 25 Pf. für ein wirklich gutes Blatt alle 14 Tage nicht opfern würden, sind nach unseren Erfahrungen unbegründet.

Es ist dann über die Jugendbewegung Klage geführt worden, man hat von Schönfärberei gesprochen; es ginge nicht so voran, wie es dargestellt würde. Auf mein Referat trifft dieser Vorwurf jedenfalls in keiner Weise zu. Ich habe lediglich gesagt, eine wie große Bedeutung wir der Jugendbewegung zumessen und daß wir es für ganz selbstverständlich halten, alles zu tun, was die Jugendbewegung vorwärts bringen kann. Aber die Schönfärberei, von der man sprach, ist auch gar nicht vorhanden. Wir haben aus den Ausführungen Sachverständiger, die einen großen Teil ihrer Arbeitskraft der Jugendbewegung widmen, der Genossen Schulz und Rosenfeld, gehört, daß es vorangeht. — Im engen Zusammenhang mit diesen Ausführungen standen die Ausführungen über die Bildungsveranstaltungen. Da ist geklagt worden über die Höhe der Kosten, die Preise sollten ermäßigt werden. Das geschieht jetzt schon. Für die finanzschwachen Kreise wird der sonst allgemein festgesetzte Preis bis zur Hälfte nachgelassen. Noch weiter heruntergehen kann der Bildungsausschuß nicht. Hier ist es einfach Pflicht der betreffenden Wahlkreise, einzutreten. Diese sollen nicht vergessen, daß die Bildungsvorträge in der Hauptsache doch konzentrierte Parteiarbeit sind.

Sehr erhebliche Auseinandersetzungen hat es dann gegeben über die Fragen, die sich auf die Organisation und Agitation beziehen. Genosse Heilmann hat sich sehr aufgeregt über die von mir gegebenen Zitate aus einem Artikel, den er in der „Neuen Zeit" veröffentlicht hat. Er hat dann zu seiner

Rechtfertigung gesagt, er hätte keine Kenntnis gehabt von den Flugblättern, und er führte das darauf zurück, daß der Parteiapparat zu schwerfällig arbeite. Die Sachen kämen an die Redaktionen gar nicht oder zu spät. Wir schickten die Flugblätter erst an die Bezirke, die sie dann erst wieder an die Kreise abgeben usw. Das sei ein zu schwerfälliger Apparat. In dasselbe Horn hat auch Genosse Stengele von Hamburg geblasen. Er meinte, es gehe alles schablonenmäßig. Genau das Gegenteil davon hat dann Stubbe vorgetragen, der noch eine schärfere und straffere Zentralisation wünschte, meines Erachtens mit Recht. Die Mängel liegen in der Tat nicht an der Art unserer Organisation. Es kommt auf die Menschen an, die in unserem Organisationsapparat arbeiten. Wenn der eine oder andere Sekretär die Sachen liegen lassen sollte, so ist das ein Verschulden, für das man die Organisation als solche unter keinen Umständen verantwortlich machen darf. — Dißmann hat, unter Hinweis auf Erfahrungen bei der Agitation im Kampf gegen die Militärvorlage, ein besseres Zusammenarbeiten der Fraktion und des Parteivorstandes mit dem Parteiausschuß vermißt. Mir ist nicht recht verständlich, was er damit meint. Meines Wissens hat es an engster Fühlung zwischen diesen drei Körperschaften in keinem Stadium der Bewegung gemangelt. Wir haben fortwährend in innigster Fühlung miteinander gestanden. Die Vorstandsmitglieder sind ja zum großen Teil Mitglieder der Reichstagsfraktion, sind über alles unterrichtet und der Ausschuß ist auch unterrichtet gewesen. So war es auch bei sämtlichen Verhandlungen über die Militärvorlage. Dißmann gehört ja selbst dem Ausschuß an, und es wird ihm bekannt sein, daß Haase als Vorsitzender ausdrücklich in der Ausschußsitzung, als wir uns beschäftigt haben mit den Maßnahmen, die eventuell noch getroffen werden könnten . . . (Zuruf: Da war es zu spät!) . . . vorher ist doch die Bewegung im besten Gange gewesen, niemand wird bestreiten, daß zunächst mit großem Elan, mit erfreulicher Schneidigkeit der Kampf geführt worden ist. Dann hat Haase einen ausführlichen Bericht gegeben, das Verhalten der Fraktion hat er bis aufs kleinste geschildert und hat dann die Frage gestellt: Was soll nun geschehen? Uebrigens hatte Dißmann als Ausschußmitglied Gelegenheit genug, uns rechtzeitig Anregungen zu geben, wenn er meinte, daß etwas versäumt worden sei. Sein Vorwurf ist also unberechtigt.

Dittmann hat einige Anregungen gegeben in bezug auf bessere Ausgestaltung unseres inneren Nachrichtendienstes. Er wies hin auf das Berliner Mitteilungsblatt und wünschte etwas ähnliches für die Gesamtpartei. Da er keinen bestimmten Antrag gestellt hat, will ich hier auf seine Anregung nicht näher eingehen, wir werden uns aber im Parteivorstand damit beschäftigen.

Heilmann beklagte sich darüber, daß wir die Anträge des Parteivorstandes zu spät veröffentlicht hätten. Das erklärt sich ganz natürlich. Wir wollten unsere Anträge erst dem Parteiausschuß vorlegen, und als der zusammentrat, waren natürlich die übrigen Anträge längst veröffentlicht. So löst sich auch diese Angelegenheit in Wohlgefallen auf.

Einer der gestrigen Diskussionsredner glaubte meine Inschutznahme der Partei- und Gewerkschaftsangestellten zurückweisen zu sollen. Er meinte, nicht alle Angestellten verdienten, daß ich sie in so energischer Weise verteidigt habe, und er wies dabei hin auf Angestellte der Gewerkschaften. Ich habe nicht übertrieben in bezug auf die Angriffe, die gegen die angestellten Genossen gerichtet worden sind. Wenn ich gestern dafür keine Beispiele brachte, so muß ich das heute doch tun, um nicht den Anschein zu erwecken, als ob ich übertrieben hätte. Darum will ich einen einzigen Satz aus einer Rede vorlesen, die von den Gegnern schon weidlich ausgeschlachtet worden ist. In einer Berliner Versammlung sagte ein Genosse: „Unsere Angestellten sind eben nur Geschäftsmenschen, sie besitzen keinen Idealismus mehr!" Wenn man so etwas liest, so muß man in so energischer Weise dagegen Stellung nehmen, wie ich es gestern getan habe. Ich habe mich noch bei Genossen, die jener Versammlung beiwohnten, hier auf dem Parteitag erkundigt, und sie haben mir bestätigt, daß der Redner leider wirklich diesen Satz ausgesprochen hat. Die Leute, die so sprechen, bringen das, was andere, redegewandtere und schreibgewandtere Genossen in feinerer Form und weniger deutlich ausführen, nachher nur in „populärerer" Form so in den Versammlungen vor, wie sie es verstanden haben und wahrscheinlich auch verstehen sollten. (Sehr richtig!) Man muß die angestellten Genossen, die schwer zu arbeiten haben, gegen solche Angriffe in Schutz nehmen, die nur unsern Gegnern Material liefern. Die gehen damit hausieren und verschweigen natürlich, daß die Angriffe von ganz unbekannten Genossen stammen und daß diese Genossen von allen wirklich gut Unterrichteten stets energisch abgeschüttelt worden sind.

Ich kann feststellen, daß die Kritik am Parteivorstand sehr sachlich gewesen ist. Sie haben uns Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ich danke für die Anregungen, die wir genau prüfen werden, wie wir gewöhnt sind, alle guten Lehren, die Sie uns auf den Weg mitgeben, immer zu beachten. (Beifall.)

Braun: Heilmann meinte gestern, die Anregungen, deren Verwirklichung nach meiner Meinung zu viel Geld kosten würde, könnten im Gegenteil bei ihrer Ausführung der Partei Ueberschüsse liefern. Solche Anregungen hatte ich natürlich bei meinen Ausführungen nicht im Auge, denn Einrichtungen, die Ueberschüsse bringen, sind einem Kassierer meist willkommen. Er sprach von einer Inseratenzentrale. Die würde doch aber nicht direkt dem inhaltlichen und agitatorischen Ausbau unserer Presse dienen, sondern lediglich eine Geschäftsmaßnahme sein. Wir haben uns damit schon vor längerer Zeit im Parteivorstand beschäftigt. Es haben sich der Sache aber soviel Schwierigkeiten persönlicher Natur in den Weg gestellt, daß wir bisher nicht zur Verwirklichung dieser Einrichtung gekommen sind. Wir behalten die Angelegenheit aber im Auge, und wenn die Schwierigkeiten sich überwinden lassen, werden wir auch über kurz oder lang eine solche Einrichtung schaffen können.

Auer erblickte in meinen Ausführungen über Bayern einen Vorwurf gegen die Bayern. Ich habe aber ausdrücklich erklärt, daß ich die Aufwendungen für Bayern nur erwähnt habe in Abwehr von Ausführungen, die von einem Mitglied des bayerischen Landesvorstandes auf dem Pfälzer Parteitag gemacht worden sind. Dort wurde dem Parteivorstand vorgeworfen, daß er nicht genügend Mittel für den Ausbau der Presse zur Verfügung stelle und eine gewisse Aengstlichkeit bei Neugründungen an den Tag lege. Demgegenüber habe ich betont, daß wir für den Ausbau der bayerischen Presse 57 000 Mk. an Darlehen im letzten Jahre gegeben haben. Ich habe also nicht die Gründe verschwiegen, die uns dazu veranlaßt haben. Auer meinte, die Kaiserslauterner Angelegenheit sei noch nicht erledigt. Für uns ist die Sache vorläufig erledigt. Wir haben den Standpunkt vertreten, daß in Kaiserslautern die Voraussetzung für ein selbständiges Blatt noch nicht gegeben sei, und daß man sich mit einem Kopfblatt vorläufig begnügen müsse. Wenn die Sache aber wieder an den Parteivorstand kommt und neue Momente ins Feld geführt werden, dann werden wir erneut die Sache ernstlich prüfen. Ich möchte Auer bemerken, daß uns in solchen Dingen nicht rein fiskalische Gründe leiten, sondern daß wir auch die agitatorische Bedeutung solcher Gründungen berücksichtigen. Freilich muß auch darauf geachtet werden, daß die Ausgaben, die der Hauptkasse zugemutet werden, mit den Einnahmen in Einklang stehen.

Noch einige Worte zu der Anregung von Dittmann. Man soll sich von derartigen schematischen Einrichtungen doch nicht gar zuviel für den Ausbau der Organisation versprechen. Ob wirklich eine solche Art Mitteilungs- oder Verwaltungsblatt oder so eine Art Partei-Reichsanzeiger unsere Organisation wesentlich vorwärts bringen wird, das möchte ich bezweifeln. Die Mitteilungen werden doch meist in Form von Zirkularen an die Stellen herausgegeben, die die Aktionen auszuführen haben, und wer sich dafür interessiert, kann es stets von den Bezirks- und Kreisvorständen erfahren. Genossen, die nicht mitarbeiten, die sich um die Ausführungen solcher Aktionen nicht kümmern, die sich lediglich hinterher auf die Hosen setzen und Artikel schreiben, wie es hätte gemacht werden sollen, ohne sich an den zuständigen Stellen zu erkundigen, denen alles in einem Mitteilungsblatt klarzulegen, dazu liegt keine Veranlassung vor. Dazu kommt, daß wir oft Mitteilungen herausgeben — und das sind die wichtigsten —, die wir der Oeffentlichkeit nicht unterbreiten wollen. Es kommt lediglich darauf an, daß die Funktionäre Kenntnis davon erlangen.

Dann hat Auer bemängelt, daß wir im Bericht gesagt haben, daß die geringe Mitgliederzunahme an Stagnation grenzt. Er meint, man hätte den Eindruck nach außen bedenken sollen. Wir haben es bisher stets so gehalten, daß wir vor offenbaren Tatsachen die Augen nicht verschließen, und daß wir auch den Mut haben, Ungünstiges in bezug auf unsere Organisation festzustellen und auszusprechen. Wir haben ja gehört, daß einzelne Diskussionsredner dem ersten Referenten den Vorwurf machten, er habe in bezug auf die Fortschritte der Jugendbewegung Schönfärberei getrieben. Stellen wir auf der anderen Seite fest, daß die Mitgliederzunahme an Stagnation grenzt, dann heißt es wieder, wir haben schwarz gemalt. Ich bin überzeugt, wir haben das richtige getroffen; eine solche Feststellung kann auf die Genossen nicht entmutigend wirken, eher tritt das Gegenteil ein. 1907 haben wir offen konstatiert, daß der Erfolg der Wahlen unseren Erwartungen nicht entspricht. Und das hat die Genossen erst recht angefeuert zur intensiven Agitationsarbeit, die vorbereitet hat den großen Sieg von 1912. Ich bin überzeugt, auch jetzt wird unsere Feststellung die Genossen anfeuern zu neuer Agitations- und Organisationsarbeit. (Sehr richtig!)

Noch einige Worte zum Antrag 96. Ueber die Notwendigkeit der Einsetzung einer Studienkommission zu Agrarzwecken besteht kein Zweifel. Darüber sind wir alle einig. Auch die Bestimmungen über die Art der Zusammensetzung, sowie der Vorschlag, daß die Kommission das Recht erhalten soll, gemeinsam mit dem Vorstand besoldete Mitarbeiter zur Ausführung der umfangreichen Studienarbeiten anzustellen, sind nicht angefochten worden. Eine Differenz besteht nur insofern, als Gottschalk gestern den Vorschlag gemacht hat, den Antrag 96 dahin abzuändern, daß nicht der Parteivorstand und der Parteiausschuß die Kommission einsetzt, sondern daß die Mitglieder sofort vom Parteitag gewählt werden. Gottschalk meint, es komme darauf an, daß die Kommission vom Vertrauen der Gesamtpartei getragen wird. Ich halte die Art, wie und wo die Kommission gewählt wird, nicht für so außerordentlich wichtig. Auch wenn sie der Parteivorstand und der Parteiausschuß wählt, besitzt sie doch zweifellos das Vertrauen der Parteigenossen, denn diese Körperschaften haben doch auch das Vertrauen der Partei. (Sehr richtig!) Es handelt sich weniger um eine Vertrauensfrage, als um eine Frage der Zweckmäßigkeit. Es kommt darauf an, sachkundige Genossen in die Kommission zu bringen, und ich glaube, das gelingt dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß besser als dem Parteitag, wo leicht eine Zufallswahl zustande kommen kann. (Sehr richtig!) Zur Ausführung der Arbeiten wird man ja doch besoldete Arbeiter zuziehen müssen. Es kommt aber darauf an, daß die Kommission die Grenzen für das Studium absteckt, die Dispositionen trifft, und dazu ist eine gewisse Sachkunde notwendig.

Sie können das Vertrauen zum Parteivorstand und Parteiausschuß haben, daß er die geeigneten Personen wählt, um so mehr, da ja diese Kommission nicht wie die frühere vor Breslau gewählte ein Agrarprogramm auszuarbeiten, sondern lediglich Material zu sammeln hat, damit die Partei später die Richtlinien für ein Agrarprogramm, oder, wenn ein solches als überflüssig erachtet wird, die Grundlagen für die Tätigkeit unserer Genossen in den Parlamenten und bei der Agitation schaffen kann. Ich bitte deshalb den Antrag Gottschalk abzulehnen und den Antrag 96 unverändert anzunehmen.

Brühne: Wie gut die Kontrollkommission im letzten Jahre gearbeitet hat, ergibt sich am besten daraus, daß nicht ein einziger Delegierter ihre Tätigkeit angefochten hat. (Heiterkeit.) Zu der Erklärung von Scheidemann betreffend die Entscheidung der Kontrollkommission im Fall Mehring muß ich im Namen der Kontrollkommission erklären, daß wir nach der bestimmten Erklärung von Haase in der betreffenden Sitzung zu dem Entschluß kommen mußten. An unserem Urteil wird dadurch nichts geändert; die Sache ist durch die beiderseitigen Erklärungen vom Parteivorstand und von der Kontrollkommission erledigt.

Hierauf wird dem Parteivorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Vorsitzender **Ebert:** Ich darf wohl annehmen, daß der Parteitag dem Bericht der Kontrollkommission auch im übrigen seine Zustimmung gibt.

Antrag 14 ist zurückgezogen.

Antrag 17 wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Antrag 96 wird unter Ablehnung des Abänderungsantrages Gottschalk unverändert angenommen. Dadurch erledigt sich der Antrag 13.

Die Anträge 15, 16, 53, 54 und 77, die die Jugendbewegung und das Bildungswesen betreffen, werden dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Der Antrag 47 wird abgelehnt.

Weiter werden dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen die Anträge 51, 52, 55, 57.

Antrag 103 wird abgelehnt.

Es folgt die

Diskussion über den Massenstreik.

Hierzu liegen vor die Anträge 7, 11, 12, 88, 94, 100.

Ein genügend unterstützter Geschäftsordnungsantrag wünscht, daß dem ersten Redner für die Resolution 100 eine Redezeit von einer halben Stunde gewährt wird.

Gottschalk-Königsberg: Scheidemann hat in seinem Referat die Gegner der Auffassung des Parteivorstandes in der Massenstreikfrage ausführlich und scharf zugespitzt bekämpft. Es entspricht daher wohl ebenso der Billigkeit, als der hohen Bedeutung dieses Beratungsgegenstandes, auch der Gegenseite Gelegenheit zu geben, im Zusammenhange und mit gebührender Gründlichkeit ihren Standpunkt vor dem Parteitage zu vertreten. Diese Parteigenossen stehen trotz Meinungsverschiedenheiten in untergeordneten Einzelfragen auf dem Boden des Antrags 100. Ich bitte, unserem Geschäftsordnungsantrage zuzustimmen.

Noske-Chemnitz: Es handelt sich bei dem Antrag, für den Gottschalk eine halbstündige Redezeit zur Begründung beantragt, um ein Amendement zur Resolution des Parteivorstandes. Die meisten Redner, die auf dem Parteitag das Wort nehmen, haben es in der Regel sehr unangenehm empfunden, daß sie nur 10 Minuten sprechen dürfen. In der Regel haben die Parteigenossen, die eine Frage zu erörtern haben, das Gefühl, daß sie noch eine Menge sehr

Wichtiges, Unaufschiebbares zu sagen haben, und immer empfinden sie die Störung durch den Großglockner in der unangenehmsten Weise. (Heiterkeit.) Wir haben es schon auf mehreren Parteitagen ausgesprochen, daß wir es für unzulässig halten, einzelnen Rednern Extrawürste zu braten. (Sehr richtig!) Wenn Gottschalk und die Unterzeichner des Antrages der Ueberzeugung sind, daß es sich bei der Diskussion über die Massenstreikfrage um ein Problem von ganz besonderer Bedeutung für die Partei handelt, dann sollten sie konsequent sein und gleiches Recht für alle und unbeschränkte Redezeit verlangen, oder für alle Redner eine halbstündige Redezeit. (Sehr richtig!) Redner der Gewerkschaften, die sich bei dieser Diskussion bisher in charakteristischer Weise stark im Hintergrund gehalten haben, werden ein lebhaftes Bedürfnis haben, ebensolange zu reden. (Sehr richtig!) Gottschalk begründet seinen Antrag damit, daß die Gegner der Vorstandsresolution von Scheidemann scharf angegriffen seien. Das heißt doch die Dinge auf den Kopf stellen. Der Vorstand hat eine Resolution vorgelegt, die in der Presse in schärfster Weise kritisiert worden ist. Es war selbstverständlich, daß sich der Vorstand mit Nachdruck dagegen zur Wehr setzt. Wenn zur Begründung des Abänderungsantrages die üblichen 10 Minuten Redezeit nicht genügen, dann müssen die Unterzeichner sich damit trösten, daß es ihnen nicht anders geht wie vielen anderen Antragstellern, und daß die Möglichkeit besteht, daß das, was der eine nicht sagen kann, von anderen Mitunterzeichnern des Antrages gesagt wird, oder das einer sich zweimal zum Worte meldet. Wenn Sie nicht Extrawürste braten wollen, müssen Sie den Antrag Gottschalk ablehnen. (Beifall.)

Katzenstein: Ich begreife nicht, wie man den Antrag Gottschalk bekämpfen kann. Es handelt sich um zwei Auffassungen, die in einer aktuellen Frage einander gegenüberstehen. Da ist, abgesehen von persönlichen Angriffen, ein sachliches Bedürfnis vorhanden, die Sache gründlich zu erörtern. In vielen Parlamenten werden Generalredner mit längerer Redezeit gestellt. So sollen wir es auch hier machen.

Dr. **David:** Gottschalk hat bei der Begründung seines Antrages den Namen des betreffenden Redners nicht genannt. Der Sinn des Antrages ist, der Genossin Rosa Luxemburg eine halbstündige Redezeit zu bewilligen. Ich empfinde diesen Antrag als eine Ungerechtigkeit. (Zuruf: Aus Angst!) Ach nein, nicht aus Angst! Aber wenn einem Redner gestattet wird, die dreifache Redezeit in Anspruch zu nehmen, so ist das ungerecht. Die Dinge werden auf den Kopf gestellt, wenn gesagt wird, Scheidemann sei der Angreifer. Der Angriff in dieser ganzen Sache geht von den Begründern des Antrags 100 und von der Genossin Luxemburg aus. (Sehr richtig!) Genossin Luxemburg hat ausgiebig Gelegenheit gefunden, ihren Standpunkt in den schärfsten Angriffen in der Presse zu vertreten. Es kann also gar nicht die Rede davon sein, daß hier ein Angriff vom Vorstand aus erfolgt ist, und daß man nun nicht die Möglichkeit habe, sich zu verteidigen. Wenn es sich um persönliche Angelegenheiten handelte, haben wir die Redezeit verlängert. Hier handelt es sich um eine sachliche Frage. Da müssen für beide Seiten die Waffen gut und gleich sein.

Hoch-Hanau: Wenn wir dem Antrag Gottschalk Rechnung getragen hätten, dann wäre das, was wir verlangt hatten, schon erledigt, dann hätten wir die halbe Stunde schon der Förderung der sachlichen Aussprache gewidmet. Es ist ständige Praxis gewesen, daß, wenn zwei Meinungen einander gegenüberstanden, ein Referent und ein Korreferent aufgestellt waren. Weiter nichts wird hier verlangt. Wir haben das in der allerbescheidensten Form verlangt. Das ist nichts Außergewöhnliches, nichts Unberechtigtes. Es entspricht der Natur der Sache. Aber nicht der Natur der Sache entspricht es, daß Genosse

David die Frage aufwirft: wer ist es denn, der zum Worte kommen sollte. (Sehr richtig!) Ob das die Genossin Luxemburg oder David ist, ist ganz gleichgültig. Wir sind hier gleichberechtigte Parteigenossen und was wir verlangen, ist kein Vorrecht für die Parteigenossin Luxemburg, sondern nur die einfache Gerechtigkeit, die verlangt, nachdem die Vertreter der Vorstandsresolution im Zusammenhang ihre Ansicht eingehend dargelegt haben, auch der anderen Seite Gelegenheit zu geben, wenigstens im engsten Rahmen ihre Ansicht im Zusammenhang dem Parteitag vorzutragen. Darüber beschweren wir uns selbstverständlich nicht, daß Scheidemann in seinem Referat sich gegen die der Vorstandsresolution entgegengesetzte Anschauung gewendet hat. Das war seine Pflicht, das mußte er als Referent tun. Aber dann muß auch uns auf der anderen Seite Gelegenheit gegeben werden, unsere Ansicht entsprechend darzulegen. (Sehr richtig!) Wenn gesagt wird: der und der hat schon in der Presse darüber geschrieben, so kommt es gar nicht in Betracht. Hier ist das Parlament, in dem beide Parteien ihre Ansichten vertreten sollen. Wir sollten uns doch nicht über solche — da muß ich Katzenstein recht geben — wenn wir ruhig urteilen, ganz selbstverständliche Forderungen herumstreiten. Man kann stehen, auf welchem Standpunkt man will, man braucht doch nicht der einen Seite das Wort abzuschneiden in dem Sinne, wie es der Sache nicht entspricht. (Große Unruhe.) Seien Sie doch nicht so aufgeregt, ich habe nur gesagt in dem Sinne, in dem es der Sache nicht entspricht. Daß wir zum Worte kommen sollen, ist selbstverständlich, das steht nicht in Frage. Es handelt sich aber darum, den Genossen des Antrages 100 die Möglichkeit zu geben, im Zusammenhang auf die Sache einzugehen. Deshalb bitte ich, nehmen Sie den Antrag an.

Gottschalk-Königsberg: Genosse David sagte, wenn es sich um persönliche Auseinandersetzungen handeln würde, würde er eher dafür zu haben sein, eine verlängerte Redezeit zu bewilligen. Diesen Standpunkt kann ich nicht teilen. Gerade wenn es sich um persönliche Auseinandersetzungen handeln würde, würde ich vorschlagen, unter keinen Umständen die kostbare Zeit des Parteitages mit solchen Auseinandersetzungen zu vertrödeln. Aber gerade weil es sich nicht um persönliche Auseinandersetzungen, sondern um tiefgreifende sachliche Meinungsverschiedenheiten handelt, deshalb muß auch die Gegenseite einigermaßen zu ihrem Recht kommen. Das erfordert ebenso die Billigkeit wie die hohe Bedeutung dieses Beratungsgegenstandes. Ich erwarte vom Gerechtigkeitsgefühl des Parteitages wie von dem Interesse, daß er diesem Beratungsgegenstand entgegenbringt, daß er unserem Antrag zustimmt.

Schumann-Berlin: Auch ich bin der Meinung, daß wir dem Antrag Gottschalk und Genossen nicht zustimmen dürfen. Sollte aber der Parteitag in seiner Mehrheit dafür sein, dann würde ich es für unbedingt notwendig halten, daß auch einem der Redner, der die gewerkschaftliche Auffassung (Lebh. Zustimmung) zu dieser Frage vertritt, dieselbe verlängerte Redezeit zugestanden wird. (Lebh. Sehr richtig! und Unruhe.)

Vorsitzender Ebert: Parteigenossen! Wir haben eine sehr lange Rednerliste zu dieser Frage und ich halte es für recht bedauerlich und recht zwecklos, daß wir die wertvolle Zeit nun mit einer so ausgesponnenen Geschäftsordnungsdebatte vergeuden. (Sehr richtig!) Es ist leider nach unserer Geschäftsordnung keine Handhabe gegeben, um eine solche Debatte in gewissen Grenzen halten zu können. Ich appelliere aber an die noch gemeldeten Redner, sich auf das allernotwendigste zu beschränken. Die Genossen auf dem Parteitage werden gewiß klar darüber sein, wie sie über diesen einfachen Antrag zu entscheiden haben.

Dr. David: Wenn der zuletzt gemachte Vorschlag, auch einen Vertreter des gewerkschaftlichen Standpunktes die gleiche Redezeit zuzubilligen, dem Mehrheitswillen des Parteitages entspricht, wie ich annehme, dann betrachten auch wir die Sache als erledigt.

Ledebour (zur Geschäftsordnung): Ich hatte mich nur gemeldet, um diesen Antrag zu stellen, daß nämlich außer dem ersten Befürworter der Resolution 100 auch einem Vertreter der Gewerkschaften — welchem ist uns selbstverständlich gleichgültig — die gleiche Redezeit bewilligt wird.

Damit schließt die Geschäftsordnungsdebatte. Die Anträge Gottschalk und Ledebour werden angenommen.

Jaffke-Niederbarnim (Zur Geschäftsordnung): Ich möchte bitten, daß für die fernere Tagung des Parteitages die Geschäftsordnung so gehandhabt wird, daß wir erst den Begründern der gestellten Anträge das Wort erteilen und dann erst in eine allgemeine Diskussion eintreten. Nach der bis jetzt geübten Praxis ist es sehr fraglich, ob die Antragsteller überhaupt ihren Antrag begründen können. Auf diese Weise kommen wir nicht zu unserem Recht, und die Diskussionsredner können auch gar nicht auf die Anträge so eingehen, wenn sie noch nicht begründet sind.

Vorsitzender **Ebert:** Nach der Praxis der Parteitage ist immer so verfahren worden, daß, wenn Anträge in größeren Gruppen zur Verhandlung kamen, die eingezeichneten Redner der Reihe nach sprachen. Wenn einer der Redner einen selbständigen Antrag zu begründen hatte, so bekam er die in der Geschäftsordnung vorgesehene verlängerte Redezeit. Es handelt sich doch hier nicht um spezifische Wahlkreisfragen, sondern um Fragen, die die Gesamtpartei gleichmäßig interessieren. Es wäre wirklich unverständlich, wenn wir nun einer Reihe Vertreter der Wahlkreise 20 Minuten Redezeit geben und dann erst in die Diskussion eintreten wollten. (Sehr richtig!) Ich bitte den Genossen Jaffke, sich auch mit dieser Praxis einverstanden erklären zu wollen. Wenn er keinen Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß er einverstanden ist. (Große Heiterkeit.)

Als erster Redner in der Debatte erhält das Wort

Bernstein: Ich bin einer der ersten gewesen, der in der deutschen Partei den Standpunkt vertrat, daß es zweckmäßig und unter Umständen sogar unabweisbar für uns sein werde, die Waffe des Massenstreiks zu ergreifen. Der Meinung bin ich noch, und ich werde in dieser Ueberzeugung für die Resolution des Parteivorstandes stimmen. Weiter zu gehen bin ich mit Rücksicht auf die Verhältnisse, wie sie sich in Deutschland entwickelt haben, nicht in der Lage, Verhältnisse, die sehr davor warnen, uns in romantische Anschauungen über die Möglichkeit des Massenstreiks hineinzurennen. Es ist in Berliner Versammlungen viel davon gesprochen worden: wir wollen „belgisch" reden. Wir alle sind erfüllt von Bewunderung für das, was unsere belgischen Genossen in ihrem großen politischen Streik geleistet haben. Wir haben auch einen außerordentlich instruktiven Bericht gehört über ihre Organisation zu diesem Zweck. Was aber den meisten Parteigenossen unbekannt ist und was sehr wichtig ist, gewürdigt zu werden, das sind die ganz anderen politischen Verhältnisse, die diesen Streik möglich gemacht haben, und die es möglich gemacht haben, daß er zu einem wenigstens relativen Erfolg vorläufig geführt hat, zu dem ich unseren belgischen Genossen von ganzem Herzen gratuliere.

Was haben unsere belgischen Genossen erreicht? — Daß ihnen die vorläufige Erklärung vom Ministerium abgegeben worden ist, daß eine Kommission, welche die Wahlrechtsfrage prüfen soll, auch die Frage des Kammerwahlrechts beraten und Vorschläge machen darf. Die belgische Verfassung

schreibt vor, daß eine Revision des Wahlrechts nur dann erfolgen darf, wenn zunächst die Kammer prinzipiell einen Beschluß dafür gefaßt hat, daß dann eine Neuwahl stattfinden muß und erst das neue Parlament das Recht hat, die Revision vorzunehmen. Nur um dieses Recht zu erkämpfen, haben unsere Genossen diesmal gestreikt, und sie haben die Erklärung erwirkt. Bei uns liegt das ganz anders. In Preußen, um das es sich hier ganz besonders handelt, wird die Frage, ob eine Wahlrevision stattfinden soll, eigentlich von niemand als den Konservativen verneint. Die Regierung hat sie bejaht, und die übrigen Parteien haben sie bejaht. In Belgien stehen sich zwei Parteien gegenüber. Die Mehrheit aus Konservativen und Klerikalen, die die Wahlreform verneinen, und auf der anderen Seite die Sozialdemokraten und Liberalen, die sie erreichen wollen. Wie stellt man sich denn aber bei uns die Sache vor, aber will man ins Blaue hinein einen Massenstreik inszenieren, ohne zu wissen, womit er enden soll? Wie man ihn anfängt, das wissen wir, aber wie er enden soll, darauf kommt es an, und ich möchte von der Genossin Rosa Luxemburg hören, wie sie sich das vorstellt. In Belgien haben an dem Streik, der lange vorbereitet war, 370 000 bis 450 000 Arbeiter teilgenommen. Wenn wir eine entsprechende Beteiligung in Preußen haben wollen, so müssen wir 2½ bis 3 Millionen Arbeiter zum Streik bewegen. Ich möchte fragen, ob (zu Rosa Luxemburg gewandt) Sie glauben, daß das so ohne weiteres geht, und wie es durchgeführt werden soll ohne gewaltsame Zusammenstöße und ohne ein nach kurzer Zeit eintretendes Abflauen eines großen Teils der Streikenden? Wenn aber ein solcher Streik abflaut, dann ist er verloren. Heute liegen hierüber Erfahrungen vor. Wir wissen, wie verschieden von Land zu Land je nach den Traditionen des Landes und nach dem Stande der Parteiorganisationen die Aussichten eines solchen Streiks sind. Liebknecht hat in der „Neuen Welt" in Berlin hingewiesen auf Schweden. Auch dort sei gezeigt worden, wie ein Streik zu machen sei. (Liebknecht widerspricht.) Im „Vorwärts"bericht stand es so. Wir haben in Schweden den Großstreik von 1909 gehabt, der zwar kein politischer, aber doch ein Massenstreik der schwedischen Arbeiter war. Da wollen wir fragen, mit welchem Resultat er ausgegangen ist, und ich könnte auch fragen, was ihm vorausgegangen ist, welche Illusionen, namentlich bei der schwedischen Jugendbewegung in bezug auf Streiks bestanden haben. 1907 und 1908 hatte der schwedische Gewerkschaftsbund 180 000 Mitglieder. Das entspricht für Deutschland einer Zahl von über 2 Millionen. Dann kam der Großstreik, und Ende 1909 und heute hat der schwedische Gewerkschaftsbund nur noch zwischen 80 000 und 90 000 Mitglieder. (Hört! hört!) Ich bedauere sehr, daß wir keinen schwedischen Genossen hier haben, der uns von den Wirkungen erzählen könnte, die der Streik gehabt hat für die Organisation der Arbeiter. Wenn wir solche Erfahrungen vor uns sehen, dann nötigt uns das, sehr sorgfältig mit uns zu Rate zu gehen, ehe wir in eine Bewegung eintreten, von der wir zwar wissen, wie wir hineinkommen, aber nicht wissen, wie wir aus ihr herauskommen. Unser Land hat ganz besondere Verhältnisse mit den starken Organisationen des Unternehmertums und den Gegenorganisationen gegen diejenigen Gewerkschaften, die mit uns auf gleichem Boden kämpfen. Damit müssen wir rechnen. Und dann — wann wollen Sie, wiederhole ich, mit dem Generalstreik aufhören, vielleicht erst, wenn uns das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht bewilligt wird? Dann könnt Ihr gleich sagen: Wir hören erst auf, wenn die rote Fahne über dem Schloß von Berlin weht. (Ströbel: „Schwarzseher werden nicht geduldet!") Ein Schwarzseher bin ich nicht, aber der preußische Staat gibt uns nicht mit einem Hieb das gleiche Wahlrecht. (Sehr richtig!)

Wegen einer Teilreform, von der wir gar nicht wissen, wie sie gestaltet, möchte ich es aber auf eine so schwere Sache nicht ankommen lassen. Ich verstehe vollständig die Stimmung, die sich eines großen Teils unserer Genossen bemächtigt hat nach dem Ausfall der Landtagswahlen. Ich habe sie selbst empfunden und würde gern die Hand bieten zu irgendeiner Aktion, die dem Willen der Arbeiterschaft für eine Wahlreform in entschiedenerer Weise als bisher Ausdruck gibt. Es werden sich dazu vielleicht auch Mittel und Wege finden lassen. Aber die Anträge, die heute gestellt werden, sind geeignet, bei einem Teil der Arbeiter falsche Auffassungen über die Situation und Illusionen über unsere Möglichkeiten zu wecken, die uns den Kampf schwer machen, der heute zu führen ist. Man muß sich in jedem Lande an das halten, was den Traditionen und dem Geist der Bewegung des Landes entspricht. Wir haben keine großen Revolutionen bei uns zu verzeichnen, aber wir haben doch auf Großes zu verweisen. Die deutsche Sozialdemokratie darf für sich in Anspruch nehmen, daß sie die erste gewesen ist, die die internationale Arbeiterbewegung durch die Ausnutzung des Wahlrechts den Kampf im Parlament und in der Gesetzgebung gelehrt hat. Wir haben auf den verschiedensten Gebieten Organisationen aufgebaut und vervollkommnet, die in langsamer Arbeit unsere Bewegung zu einem Staat im Staate gemacht haben (Sehr richtig!), der unseren Gegnern viel unbequemer ist, als wenn wir es auf ein Glücksspiel ankommen lassen dürfen. Wir dürfen nicht mit der Bewegung Spiel treiben, wir haben zu viel gebaut und das, was gebaut worden ist, ist zu wertvoll dazu. Genossen, ich rufe Ihnen ein Wort zu, das in schwerer Situation einmal Auer uns zugerufen hat: „Bleiben wir uns selbst treu!" Wir haben nicht alles erreicht, was wir wollten, aber wir haben Großes geschaffen. Halten wir daran fest, bauen wir darauf weiter und lassen wir uns nicht in eine Situation, wie die gegenwärtige, in eine Bewegung hineindrängen, die, wenn sie einen Sinn haben soll, uns davon abbringt, unseren Feinden zur Freude, zum Schaden des Ganzen. (Beifall.)

Clajus-Berlin: Ich will mich nur mit den Ausführungen Scheidemanns über den Massenstreik beschäftigen, auf die Vorstandsresolution und auf den Antrag 100 brauche ich nicht einzugehen. Scheidemann hat ebenso wie Bernstein ausgeführt, daß der Massenstreik eine sehr scharfe, aber auch sehr zweischneidige Waffe ist. Das ist richtig, es ist auch richtig, wenn Scheidemann ausführte, daß im jetzigen Moment das deutsche Proletariat für einen Massenstreik nicht reif genug ist. Anders ist es aber, wenn er sagte, es wäre falsch, daß man jetzt wieder die Massenstreikfrage auf dem Parteitag und in der Organisation erörtere. Diese Erörterung ist eine unbedingte Notwendigkeit. Ueber die Waffen, mit denen man event. zuschlagen will, muß man sich rechtzeitig unterhalten. Die Krieger müssen mit ihren Waffen vertraut sein, und aus diesem Grunde begrüßen wir es alle, daß die Massenstreikfrage hier zur Sprache kommt. Es ist ferner falsch — und ich möchte das feststellen, weil ich nicht als Angestellter oder Theoretiker dastehe, sondern aus der Werkstatt komme —, daß die Propagierung des Massenstreiks die Schuld der Akademiker und Literaten sei. (Hört! hört!) Wenn man in den Werkstätten sitzt, Tag für Tag, so hört man, wie die Arbeiter bei den Agitationsversuchen immer sagen: Was nützen alle die Resolutionen und Versammlungen! Es ist ein der Tat so. Die Genossen in den Werkstätten begrüßen die Anregungen zur Frage des Massenstreiks. Die Debatte darüber ist nicht das Werk der Literaten, sondern sie entspringt der wachsenden Unzufriedenheit der Massen. (Hört! hört!) Unsere Bewegung ist in die Größe und Breite gewachsen, und sie fängt an, jetzt still zu stehen. Wenn aber ein großer Teich keinen Abfluß hat, so fängt er an zu gären und zu brodeln. Bei uns zeigt sich das in der Unzufriedenheit der Massen. Ich betrachte die Führer und Angestellten nicht als Popanze oder Bremsklötze. Aber in den Werkstätten und Fabriken da heißt es: unsere Führer haben sich den bürgerlichen Idealen schon zu sehr genähert, sie versuchen zu bremsen. Ich teile diese Ansicht nicht, aber ich bringe damit die Meinung der meisten Genossen zum Ausdruck. (Unruhe und Widerspruch.) Es ist nicht der böse Wille der Massen, sondern es ist einfach ein Naturgesetz, das Verlangen, daß die Entwickelung immer weiter fortschreitet. Ich will nicht auf alles eingehen, weil ja noch kenntnisreichere Genossen zu Worte kommen werden. Aber darauf möchte ich hinweisen, daß schon Bebel an dieser Stelle 1905 gesagt hat, daß es nichts Schlimmeres gibt, als eine Stagnation, daß es nichts Schlimmeres gibt, als wenn man zuviel Rücksicht auf die Gegner nimmt. Scheidemann sagte gestern: Trari, trara, bald hier, bald da. Das sage ich auch. Es ist verkehrt, immer zu fragen, was sagt der und was sagt jener. Nein, wir müssen geradeaus vorwärts schreiten. Das verstehen die Massen, aber dieses bange Umsichsehen, das verstehen sie nicht. Auch die Arbeiter in Fabriken und Werkstätten sind überzeugt, daß es noch ganz anderer und festerer Organisationen bedarf, um einmal die Waffe des Massenstreiks und vielleicht noch ganz andere Waffen zur Anwendung zu bringen. (Zuruf: Aha!) Das stelle ich ausdrücklich fest. Wir haben noch große Massen zu bearbeiten, aber das schließt nicht aus, daß wir heute schon den Massen sagen, daß wir sie dazu nehmen. Wir wollen den Massen keine paradiesischen Friedenszustände schildern, sondern ihnen sagen, wir organisieren Euch zu dem großen Befreiungskampf. Das allerschlimmste ist eine Stagnation. Der 10. März 1910, wo Jagow durch die kluge Taktik des Berliner Zentralvorstandes vor aller Welt blamiert wurde, das war ein Zeichen des Aufschwungs für uns. Da hätten Sie einmal sehen sollen, als die Polizei herumgejagt wurde, wie froh und lustig die Stimmung der Massen war. Ich begrüße es, daß die Frage des Massenstreiks jetzt ausgiebig diskutiert wird. (Bravo!)

Henke-Hamburg: Nachdem wir bei den Reichstagswahlen 1912 nicht nur eine so große Anzahl von Stimmen, sondern auch von Mandaten bekommen hatten, hat eine große Anzahl von Genossen erwartet, der Reichstag würde nunmehr im Interesse des Proletariats etwas zustande bringen, was unter den gegenwärtigen Umständen einfach nicht möglich ist, denn unsere Fraktion bildet noch die Minderheit, und wir sind nicht nur eine solche im Reichstage, sondern auch im deutschen Volke. Der Umstand, daß unsere Fraktion nicht das erreicht hat, was viele von ihr erwarteten, ist auch der Grund dafür, daß die Frage des Massen- oder Generalstreiks wieder in die Debatte geworfen wird. Es sind nicht die Massen der deutschen Parteigenossen, die diese Frage wieder angeschnitten haben, sondern es sind einige Literaten und Akademiker (Lachen), die meiner Ansicht nach nichts Besseres zu tun haben, als derartige Fragen aufzuwerfen. (Große Unruhe.) Nun wird immer gesagt, wenn wir sehen, daß auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung nicht mehr soviel erreicht wird wie früher, dann müssen wir nach neuen Kampfmitteln suchen, und eines dieser neuen Kampfmittel ist der Massenstreik. Man sagt dann weiter, wenn er inszeniert wird, dann werden die Regierung und die bürgerlichen Parteien sagen: was wollen denn diese Leute; und wenn man hört, sie wollen keine Lohnerhöhung, sondern nur das allgemeine Wahlrecht, dann wird man sagen: warum macht man ihnen denn keine Konzessionen? So hat Pannekoek in Hamburg geredet. Glauben Sie, daß die Kreise, die uns keine wirtschaftlichen Zugeständnisse machen, politische Zugeständnisse machen werden, daß sie Preußen, den Hort der Reaktion aufgeben werden? (Sehr richtig!) Um

das allgemeine Wahlrecht in Preußen zu erlangen, wird es eine Reihe von schweren Kämpfen geben, bei denen alle Glieder der Arbeiterbewegung mitwirken müssen. Sie ist nicht abgetan damit, daß man sagt: das macht die politische Organisation. Genossin Zetkin hat erklärt, daß die Frage der Unterstützung gar nicht in Betracht kommen könne, daß eine Kette von Streiks stattfinden müsse. Es wird Ihnen einmal gelingen, die Massen in einen Streik hineinzubekommen, vielleicht auch noch das zweite Mal, aber beim dritten Mal locken Sie keinen Hund hinter dem Ofen hinweg, wenn Sie nicht für die Folgen und Opfer dieses Massenstreiks aufkommen wollen. Die Reden dieser Genossen stimmen wirklich nicht mit der Wirklichkeit überein. Nun sagen die Genossen, daß der Massenstreik heute zwar nicht in Anwendung kommen kann, daß man ihn aber diskutieren muß, um die Massen vorzubereiten. Ich bedaure die ganze deutsche Sozialdemokratie, die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung, wenn wir eine Frage jahrelang vorher diskutieren müssen, um sie eventuell einmal in Szene zu setzen. (Sehr richtig!) Wenn die Zeit gekommen ist, eine solche Sache durchzuführen, dann müssen wir dazu in der Lage sein, ohne jahrelange Vorbereitung. Ich bestreite, daß die Erörterung dieser Frage aus den großen Massen herausgekommen ist. Ich stehe auch unter den Massen und verurteile es entschieden, wenn von einzelnen Personen versucht wird, eine Disharmonie zwischen denen, die im Dienste der Partei und der Gewerkschaften arbeiten, und den Massen zu schaffen. Dadurch untergräbt man das Gefühl der Zusammengehörigkeit zum Schaden der Partei. (Beifall.)

Rosa Luxemburg: Als ich gestern die große Rede des Genossen Scheidemann hörte, da beschlich mich ein wehmütiger Gedanke an unsere Eröffnungsfeier am Sonntag und an die dort gehaltenen Begrüßungsreden unserer ausländischen Gäste. Da sind die Vertreter unserer Bruderparteien aus Holland, aus Belgien, aus der Schweiz gekommen, und sie haben uns einer nach dem anderen erklärt: Was uns als das wichtigste in Eurer Tagung erscheint, ist die Debatte über den Massenstreik; für uns alle in Holland, Belgien, der Schweiz und anderen Ländern war diese Frage schon brennend. Aber wir sind eingedenk dessen — obwohl bei uns die Massenstreikfrage schon praktisch geworden ist —: dort, wo es gilt, eine tiefgründige, ernste theoretische Behandlung dieser Frage zu erreichen, da muß man zur deutschen Sozialdemokratie gehen, die die Vorhut der Internationale ist. — Dann kam die Rede Scheidemanns über den Massenstreik. Ich befürchte, wenn unsere auswärtigen Gäste von der obersten Leitung unserer Partei eine großzügige, tiefeindringende sachliche Behandlung dieses hochwichtigen Problems erwartet haben, wenn sie sich der Hoffnung hingaben, von dem Vertreter des Parteivorstandes eine weitblickende Analyse der politischen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland und innerhalb der Partei zu hören, die im Zusammenhang mit dem Massenstreik in Betracht gezogen werden muß, wenn sie erwarteten, feste, klare Richtlinien in bezug auf die nächste Zukunft, über unsere taktischen Aufgaben gezogen zu sehen, so fürchte ich, sie sind nicht auf ihre Kosten gekommen. Denn die Rede Scheidemanns in bezug auf den Massenstreik war alles andere, als eine ernste sachliche Betrachtung dieses Problems. Diese ganze Rede war gestimmt auf zwei Noten, erstens auf den Ton des Faustschen Famulus Wagner: Seht, wie herrlich weit wir es auf allen Gebieten gebracht haben, und zweitens auf einen Kampf gegen die Nörgler, gegen die unzufriedenen Kritiker in der eigenen Partei. Wenn man die Ausführungen Scheidemanns hörte, so ist ja der Parteivorstand mit allem in der Partei höchst zufrieden, er findet alles im höchsten Glanze. Ich glaube, die erste Voraussetzung für ernste politische Führer, die dieses Namens wert sind, die Führer einer Millionenpartei, einer Massenpartei wie die unsrige sind, ist ein überaus empfindliches Ohr für alles, was sich regt in der Seele der Massen. (Sehr richtig!) Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß wir jetzt eine tiefgreifende Unzufriedenheit in den Reihen der organisierten Parteigenossen haben. (Sehr richtig!) Sie brauchen nur in die Versammlungen zu gehen, um das zu hören. Man braucht auch nur die Berichte von den Parteiversammlungen vor dem Parteitag in allen Gegenden Deutschlands zu verfolgen, um zu sehen, daß Redner aus der Masse hier heraustreten und bekunden, daß die Massen der Organisierten förmlich nach einem frischen Luftzug im Parteileben lechzen, daß sie einen frischen scharfen Ton in unseren Kampf hineingetragen haben wollen, daß sie es satt haben, den Nichts-als-Parlamentarismus als das alleinseligmachende Mittel immer angepriesen zu sehen. Aber der Parteivorstand weiß von alledem nichts, und Scheidemann sagt: Ihr sprecht von Unzufriedenheit? Wo sind die Beweise des fehlenden Vertrauens der Massen zu ihren Führern? Solche Unzufriedenheit können ja nur Schwarzseher erblicken, und Schwarzseher duldet der Parteivorstand nicht. (Heiterkeit.) Der Parteivorstand war selbst gezwungen, in seinem offiziellen Bericht und in der Rede Scheidemanns eine ganze Reihe von betrübenden Tatsachen festzustellen. Es wird festgestellt, daß unsere Mitgliederzahl nicht in dem gewünschten Maße wächst, daß wir einen teilweisen Stillstand und sogar stellenweise einen Rückgang der Abonnentenzahl unserer Blätter haben. Scheidemann sagte uns, daß jeder verständige Mensch angesichts der Zustände in Preußen, des preußischen Wahlrechts und des schmählichen Ausfalls der letzten preußischen Landtagswahlen erwarten mußte, die Massen würden nun in gewaltigem Zorne sich aufbäumen und zum Kampfe herausrücken. Und Scheidemann sagte: man muß sich wundern, daß die Massen das nicht tun. Und schließlich hat Scheidemann selbst feststellen müssen ein bedauerliches Abflauen der Bewegung in unserer Partei gegen die Militärvorlage. Auf alle diese Tatsachen, die jedem ernsten Parteiführer ein Anlaß sein mußten zur ernsten Analyse der Zustände, zur Erörterung, wie und wo man die eigentlichen Wurzeln dieser Erscheinungen suchen muß und wie Remedur zu schaffen ist — auf alle diese Tatsachen findet der Parteivorstand nur die leichteste und bequemste Erklärung: Stillstand der Organisation und der Presse? Ei, die Krise ist es, die schuld ist! Und dabei sollen wir uns beruhigen, daß jede Krise wieder die Mauern erschüttert, die wir in der Zeit der Prosperität mit solcher Mühe aufgebaut haben. Der preußische Wahlrechtskampf ist nicht aufgebraust, wie Scheidemann es für selbstverständlich hielt nach dem schmählichen Ausfall der Wahlen. Aber das einzige, was der Vorstand, unsere oberste Behörde, zu sagen hat, ist, daß Scheidemann sich wundern muß darüber. Es würde näher liegen, zu fragen, ob denn nicht unsere Taktik selbst ein bißchen dazu beigetragen hat und ob wir keinen Grund hätten, uns nicht zu wundern, sondern uns zu fragen, was zu tun wäre, um solche Erscheinungen abzuwehren. Und endlich das Abflauen der Massenbewegung gegen die Militärvorlage, gegen die unerhörteste Zumutung des Imperialismus, die wir erlebt haben. Auch dafür hat unsere oberste Behörde sehr ausreichende Erklärungsgründe: erstens war ja die Annahme der Militärvorlage sicher, und zweitens: nachdem die Besitzsteuern schon feststanden, da mußten sich die Massen sagen, so hat Scheidemann wörtlich gesagt: nun war das schlimmste überwunden! Ich mußte mich wundern, daß unsere höchste Parteibehörde eine solche Auffassung hier zum Ausdruck bringen konnte. Wenn es zuträfe, wenn die Massen sich sagen konnten, daß nach der Annahme von Besitzsteuern das schlimmste bei der Militärvorlage überwunden war, so haben wir uns damit ein Armutszeugnis für die

Resultate unserer Agitation und unserer Erziehungsarbeit ausgestellt. (Sehr richtig!) Wenn das zutrifft, so war der Parteivorstand als erster verpflichtet, zu alarmieren, die ganze Partei mit der Frage zu beunruhigen; wenn wir so wenig erreicht haben, dann ist es höchste Zeit, daß wir nach Mitteln und Wegen suchen, um die Massen endlich zur sozialistischen Auffassung zu erziehen. (Sehr richtig!) Statt dessen haben wir Beruhigungsgründe auf allen Gebieten. Soweit die Zustände innerhalb der Partei. Nun gibt es aber eine ganze Reihe von Momenten in der politischen und wirtschaftlichen Situation, die wirklich dazu angetan sind, Führer einer 4-Millionen-Partei zum ernsten Nachdenken über die Taktik und zur Nachprüfung unserer bisherigen Taktik zu veranlassen. Da macht der Imperialismus einen gewaltigen Vorstoß mit der letzten Militärvorlage, wie wir ihn seit Jahrzehnten nicht gehabt haben. Da ist das Verhalten der bürgerlichen Parteien — eine neue Konstellation — gegen uns zu verzeichnen. Denn was haben wir erlebt? Während der Kämpfe gegen die Wehr- und die Deckungsvorlagen haben sich diejenigen Liberalen, auf die viele Hoffnungen während der letzten Reichstagswahlen in unseren Reihen wachgerufen wurden, nicht etwa unserem Kampfe angeschlossen, um eine gründliche Finanzreform durchzusetzen und den schwarzblauen Block zu bekämpfen, sondern sie haben sich mit dem famosen schwarzblauen Block zusammengefunden. Sie sind uns in den Rücken gefallen und haben sich mit dem Zentrum verbunden. Ernste Politiker mußten diese neue Situation in der Kombination der Parteien verfolgen. Ich weise darauf hin, daß in den letzten Tagen ein Leitartikel der „Vossischen Zeitung" über die preußische Wahlreform gesagt hat: Die einzige Hoffnung auf die Wahlreform — das schreibt ein freisinniges Blatt — liege jetzt beim Zentrum. Mit diesem zusammen sollten die Liberalen jetzt eine Wahlreform machen. Und was für eine Wahlreform? Nicht etwa die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts, sondern eine bessere Verteilung der Abteilungen in diesem Dreiklassenwahlrecht. Was bedeutet denn diese neue Kombination? Sie zeigt, daß der Liberalismus, nachdem er sich vor einigen Jahren durch die Paarung mit den Konservativen bis auf die Knochen blamiert hat, jetzt die letzte von der Geschichte gebotene Möglichkeit, noch mehr in der Gesinnung zu verlumpen, ergreifen will, um mit dem Zentrum eine Paarung gegen uns einzugehen. (Sehr richtig!) Was ist das anderes, Genosse Scheidemann, als der schmähliche Zusammenbruch Eurer ganzen Dämpfungstaktik seit den letzten Reichstagswahlen. (Zuruf vom Parteivorstand: Ach, Unsinn!) Parteigenossen, wenn unsere oberste Parteibehörde aus solchen Tatsachen nicht Anlaß nimmt, eine ernste Prüfung der bisherigen Richtlinien der Taktik vorzunehmen, dann sieht es traurig um die Sicherheit in der Vorzeichnung der Linien, auf denen die Politik geführt werden soll. — Dazu kommen ja noch höchst beunruhigende wirtschaftliche Momente. Wir stehen am Anfang einer Krise, die Arbeitslosigkeit wird immer größer, und da haben wir allen Anlaß, als weitblickende Politiker uns zu sagen, daß unsere Politik, unsere Taktik so gestaltet werden muß, daß wir die unvermeidliche Entmutigung und Verzweiflung, die in den Massen immer in den Zeiten der Krise Platz greift, daß wir diese Gärung, diese Unzufriedenheit in das Bett einer zielklaren Kampfstimmung leiten und nicht in eine dumpfe Stagnation ausarten lassen. Parteigenossen, nur durch eine zielklare, scharfe, revolutionäre Taktik kann man den Mut der Massen stählen (Sehr richtig!), die durch die Krise niedergedrückt werden. Anstatt alles dessen hielt es Genosse Scheidemann für die dringendste Aufgabe auf diesem Parteitag, den Kampf gegen die Nörgler in den eigenen Reihen, gegen die Kritiker, die angeblich künstlich die Unzufriedenheit schüren und an die Wand malen, zu führen. Und diesen Kampf gegen den inneren Feind hat sich Genosse Scheidemann wahrhaftig leicht gemacht. Er hat nicht etwa in Wirklichkeit gegen die vorgebrachten Kritiken und Ansichten gekämpft, er hat es vorgezogen, als ein zweiter Ritter St. Georg den Drachen siegreich zu erlegen, den er selbst erst ausgebrütet hatte. (Große Heiterkeit.) Das, wogegen Genosse Scheidemann hier als gegen die angebliche Auffassung der Verteidiger des Massenstreiks sich gewandt hat, war ein Zerrbild der wirklichen Ansichten, die wir vertreten. (Sehr richtig!) Speziell was meine Wenigkeit anbetrifft, wenn Genosse Scheidemann auch ohne Namensnennung vielfach mich zu treffen wähnte mit seiner Kritik, so kann ich ihm mit Goethe zurufen: Du gleichst dem Geist, den Du begreifst, nicht mir. (Große Heiterkeit, Unruhe und teilweise Zustimmung.)

Parteigenossen, einige Beispiele für die Verzerrung der Ansichten, die man bekämpft hat. Wenn wir in der Presse und in Versammlungen auf Unterlassungen in unserer jüngsten Politik hinwiesen, wenn wir betonen, daß z. B. eine Partei von unserer Stärke und unserer oppositionellen, revolutionären Stellung bei solchen erstklassigen politischen Begebenheiten wie das Kaiser-Regierungsjubiläum, wie den Zarenbesuch in Deutschland nicht ruhig zusehen durfte, sondern irgendeine Protestaktion ins Leben rufen mußte, da kommt Genosse Scheidemann und sagt: Was, Ihr wollt die Leute auf die Straße treiben, Ihr wollt Tausende von Menschenleben gefährden, und man sah förmlich eine rote Blutlache auf den Straßen Berlins entstehen, bei der bloßen Anregung gegen den Zarenbesuch eine Demonstration zu machen, wie es der Sozialdemokratie gebührt. Als wenn wir nicht schon in Berlin selbst und in Deutschland vor drei Jahren gewaltige Straßendemonstrationen erlebt hätten, bei denen nicht Tausende von Menschenleben zum Opfer gefallen sind, als wenn wir nicht schon in verschiedenen Ländern und zuletzt auch in Belgien, wie das Genosse Scheidemann 10 Minuten später so schön ausmalte, einen völlig friedlichen Massenstreik hätten entstehen sehen! Parteigenossen! Wenn Sie sich auf die Weise die Entschuldigung dafür leicht machen wollen, daß überhaupt nichts getan wurde, nicht einmal gewöhnliche Versammlungen zum Zarenbesuch, nicht einmal ein anständiger Leitartikel im Zentralorgan, dem „Vorwärts" (Heiterkeit), so steht es schlimm um Ihre Gründe.

Ein zweites Beispiel: wenn wir davon sprechen, daß wir in Deutschland wie in allen anderen Ländern mit der eventl. Anwendung des Massenstreiks durchaus nicht darauf zu warten brauchen, bis der letzte Mann und die letzte Frau ihren Beitrag als organisierte Mitglieder eines Wahlvereins gezahlt haben, wenn wir darauf hinweisen, daß, wo die revolutionäre Situation da ist, wo große historische Aufgaben vor uns stehen, die Organisation der Partei wohl die Kraft und den geistigen Einfluß besitzen wird, um auch unorganisierte Massen mitzureißen, wenn wir darauf hinweisen, daß es verkehrt und falsch ist, das Mitgliedsbüchlein als die ausreichende Legitimation für Klassenkämpfer, für eine revolutionäre Aktion des Proletariats zu betrachten, wenn wir erklären: Die Politik, die Taktik der Partei muß danach angetan sein, um die nötige Begeisterung und Opferfreudigkeit in den großen Volksmassen auch außerhalb der Organisierten zu wecken, denn nur auf diese Weise können wir die gewaltige Schar der Unorganisierten mitreißen und für die Organisation gewinnen, — dann kommt Genosse Scheidemann und sagt: das heißt ja die Organisation herunterreißen. (Sehr richtig!) Das heißt ja die Disziplinlosigkeit, das heißt das Mißtrauen gegen die Funktionäre hervorrufen. Genosse Scheidemann hat in seinen Attacken gegen uns ein paarmal von mangelndem Verantwortlichkeitsgefühl und von Skrupellosigkeit gesprochen. (Sehr wahr!) Ich will solche Ausdrücke nicht gebrauchen, aber ich erlaube mir

zu sagen, daß eine solche Art und Weise der Bekämpfung der Ansichten des Gegners haarscharf an Demagogie grenzt. (Müller [Parteivorstand]: Und das sagen Sie!) — Ein drittes Beispiel für die völlige Verständnislosigkeit unserer obersten Behörde gegenüber dem, was wir wirklich anstreben und fordern. Man sagt uns: wenn Ihr hier mit Gewalt eine Diskussion über den Massenstreik und die Bedingungen seiner Anwendung in Deutschland heraufbeschwört und durchsetzt, so zwingt Ihr ja uns nur sozusagen, daß wir heutzutage noch nicht imstande dazu sind, so zwingt Ihr uns, die Schwäche unserer Position vor den Gegnern preiszugeben (Sehr wahr!) und wie verkehrt ist die Politik eines Menschen, der da sagt: Ich habe ein mächtiges Schwert gegen Dich in der Tasche, aber ich kann es heute noch nicht gebrauchen. Ei, Parteigenossen, das sind Gesichtspunkte, mit denen man die größte Volksbewegung der Weltgeschichte meistern will! Redet ja nicht zu laut, ich bitte Euch, daß wir noch eine gewaltige Schar Unorganisierter haben, sonst könnten es unsere Gegner erfahren, redet ja nicht laut, daß wir gelbe Gewerkschaften haben, denn das ist ja unser Geheimnis. (Heiterkeit und Lachen.) Parteigenossen! Die Schwächen unserer Position sind kein Geheimnis für unsere Gegner (Sehr richtig!) und es ist lächerlich, sich einzubilden, daß man das Für und Wider, daß man die gesamte Situation, wie sie vom Standpunkt des Massenstreiks besprochen und erwogen werden muß, im geschlossenen Stübchen unter Instanzen geheim behandeln soll. Man wirft uns vor, sowohl in der „Neuen Zeit" wie auch hier in der Rede des Genossen Scheidemann, wir seien ja beinahe Putschisten (Sehr richtig!), wir seien Verschwörer. Das sagen Leute, die die typische Verschwörertaktik auf den modernen Massenstreik anwenden wollen, indem sie sich einbilden, der Ausbruch des Massenstreiks muß eine Ueberraschung sein, er muß im geheimen, im geschlossenen Stübchen von einer Handvoll Mitglieder der Instanzen ausgeklügelt werden. (Lachen.) Diese Frage ist bereits hier auf derselben Tribüne im Jahre 1905 mit aller erwünschten Klarheit festgelegt worden. Ich zitiere die entsprechenden Worte des Referenten für den Massenstreik auf dem Parteitag in Jena, des Genossen Bebel. Er sagte: „Hier ist nun der Vorschlag des politischen Massenstreiks gemacht worden. Da sagt man uns, den politischen Massenstreik macht man, aber man spricht nicht davon!" Und darauf antwortet Bebel: „Es ist eine Torheit, zu glauben, eine solche Diskussion dadurch beseitigen zu können, daß man so tut, als höre man sie nicht. Das ist Vogel-Strauß-Politik. Wenn diese Frage uns an allen Ecken und Enden entgegentritt, muß, gleichviel ob es nun in richtiger oder verkehrter Weise geschieht, sich jeder aufmerksame Mann, besonders aber jeder Führer einer Partei, der diesen Namen verdient, sich fragen, ob es nicht an der Zeit sei, daß die Partei den Vorschlag einmal diskutiert." (Sehr richtig!) „Lebhafte Zustimmung" heißt es im Protokoll. (Scheidemann: Das ist auch damals geschehen!) „Wenn große Massen in Frage kommen, kann man die Maßregeln, bei denen die Massen eine Rolle zu spielen haben, vor den Massen nicht unbesprochen lassen. (Sehr richtig!) Wollen die Massen mit Begeisterung für eine bestimmte Handlung eintreten, dann verlangen sie auch die Wirkung und den Zweck der Maßregel zu erkennen. (Sehr richtig!) Das ist ihr gutes Recht. Außerdem folgen aufgeklärte Massen nicht blind einem gegebenen Befehl. Das wäre eine erbärmliche Partei, die sich durch den Staatsanwalt und durch die Strafgesetze einschüchtern ließe, ihre Menschen- und Bürgerrechte zu verteidigen." Natürlich, zu den Worten, die Bebel gesprochen hat, müssen Sie rufen: „Sehr richtig". (Unruhe.)

Vorsitzender Ebert: Ich kann nicht zulassen, daß den Mitgliedern des Parteitages eine solche Unterstellung gemacht wird. (Zuruf: Es kommt auf eine Handvoll nicht an! — Rosa Luxemburg: Das war gar keine Unterstellung.)

Wer zu den Worten von Bebel „Sehr richtig" ruft, der tut das aus voller Ueberzeugung. (Lebhafte Zustimmung.)

Rosa Luxemburg (fortfahrend): Ich glaube ja, daß Sie die Worte von Bebel unterschreiben. Sie vergessen bloß — und hier haben Sie mich unterbrochen —, daß diese Worte auch heute noch genau die Bedeutung haben wie 1905. Denn es ist eine völlig verkehrte Auffassung, zu glauben, nachdem nun einmal auf einem Parteitag prinzipiell der Massenstreik angenommen worden ist, sei es für die Massen draußen auch schon erledigt. Ja, wie stellen Sie sich die Sache vor? Sie rufen „Sehr richtig", wenn ich lese, daß Bebel sagte, wenn der Massenstreik zustande kommen soll, müssen sich die Massen damit befassen. Ja, glauben Sie, daß es für die Massen, für die Millionen schon erledigt ist, wenn Sie 1905 auf dem Parteitag mal eine Resolution angenommen haben? (Sehr gut!) Verstehen Sie denn nicht, daß die Massen sich als solche in Massenversammlungen damit befassen müssen? (Sehr richtig!) Denn wir sprechen hier nicht zu den Massen, wir formulieren hier nur Dinge, die von den Genossen draußen durchdacht, verdaut und akzeptiert werden müssen. Also, wenn Sie „Sehr richtig" rufen zu dem, was Bebel 1905 gesagt hat, dann ist es eine Inkonsequenz und eine verkehrte Auffassung von der Taktik des Massenstreiks, wenn Sie glauben: Roma locuta causa finita! Ein Parteitag hat gesprochen, damit ist die Sache erledigt. Gewiß, der Massenstreik in Deutschland, wie überall, wenn er Aussicht auf Erfolg haben soll, muß aus den Massen heraus kommen, und deshalb sagen wir in unserer Resolution, der Massenstreik kann nicht, wie es sich manche Instanzen heute einbilden, auf Kommando von den Führern der Gewerkschaften und der Partei von heute auf morgen bestellt werden. (Sehr richtig!) Er kann aber ebensowenig von den Führern abkommandiert werden, wenn er historisch reif geworden ist. (Sehr richtig!) Aber mit dieser Erkenntnis ist doch unsere Aufgabe nicht erschöpft, wenn wir wollen, daß der Massenstreik, wenn er zustande kommt, auch erfolgreich verläuft, daß er uns das Maximum an positiven Erfolgen und Vorteilen, an politischer und sozialistischer Erziehung und Aufrüttelung der Massen einbringt. Dazu ist es notwendig, daß die Massen auf der Höhe stehen und daß die Partei auf der Höhe steht, wenn die historische Situation kommt; d. h., daß wir uns auf diese historischen Ereignisse bewußt vorbereiten und die Massen erziehen müssen. Gewiß, die Partei muß an der Spitze der Bewegung stehen, aber damit sie an der Spitze steht, darf sie nicht ruhig abwarten die revolutionäre Situation, um von den Massen geschleift zu werden, sondern sie muß durch die Gestaltung der ganzen Taktik und Kampfesweise nach der revolutionären Seite hin in scharfer Offensive die Massen darauf vorbereiten, daß sie uns in vollem Vertrauen folgen. Und wenn Scheidemann seine Resolution mit gehobener Stimme damit empfahl, daß dahinter Instanzen stehen, so glaube ich, der Parteitag ist nicht dazu da, um zu dem Willen und den Ansichten der Instanzen Hurra zu rufen, sondern er ist dazu da, damit die Instanzen lernen, was die Massen wollen. (Sehr richtig!) Und was diese wollen, läßt sich in das eine Wort zusammenfassen: Wir antworten auf alle Uebergriffe der Reaktion damit, daß wir klar und offen auf dem Parteitag sagen: Wir schärfen unsere Waffen, und wir sind bereit! (Stürmischer Beifall.)

Bauer-Berlin: Ich glaube, die Rede der Genossin Luxemburg hat den besten Beweis dafür erbracht, wie unnötig es war, die Redezeit zur Begründung der Resolution 100 auf eine halbe Stunde zu verlängern. (Sehr richtig!) Ich habe vergeblich gewartet, ob sie auch nur einen Satz zur Begründung bringen würde. Sie ist darauf gar nicht eingegangen, sondern hat sich weitschweifig mit dem Parteivorstand über die Taktik der Partei auseinandergesetzt. Das ist doch aber nur eine Nebenfrage. Wir wollen uns heute

doch darüber unterhalten, unter welchen Voraussetzungen der Massenstreik durchgeführt werden kann. Genossin Luxemburg ist es ja, die mit großer Emphase darauf hinwies, daß wir eine tiefe Analyse dieses Problems vornehmen müßten. Wo ist denn in ihren Ausführungen die tiefe Analyse geblieben? (Sehr gut!) Ich habe begierig darauf gewartet, endlich aus diesem berufenen Munde belehrt zu werden, wie der Massenstreik analysiert und durchgeführt werden soll, das ist aber ein Geheimnis, das diese guten Genossinnen und Genossen nicht von sich geben. (Sehr richtig!) Sie behalten das in ihrem Herzen und jeder denkt sich die Analyse und Durchführung auf eine andere Art. Soviele Reden wir darüber gehört haben, soviele verschiedene Ansichten über die Art und Möglichkeit der Durchführung sind schon laut geworden. Da wäre es allerdings sehr verständig gewesen, wenn uns Genossin Luxemburg eine authentische Interpretation gegeben hätte. Sie ist dazu nicht gekommen, und wir müssen uns damit abfinden. Es wird fortgesetzt betont, und auch Genossin Luxemburg hat es wieder betont, daß gegenüber den Versumpfungstendenzen in der Partei und in den Gewerkschaften eine eingehende Diskussion des Massenstreikproblems notwendig sei. Ich habe mein Urteil über den Wert dieser Diskussion schon in wenigen Worten geäußert, aber ich möchte die Frage aufwerfen: Was kommt denn nur heraus bei dieser Diskussion, was haben wir bisher an positiven Ergebnissen zu verzeichnen? Eine große Menge von Redereien, allgemeine Redewendungen und Gemeinplätze, revolutionäre Phrasen, an denen einige Genossen sich gern berauschen, aber sonst nichts. (Sehr richtig!) Der Massenstreik wird durch diese Diskussion, das unterstreiche ich besonders, lediglich diskreditiert. (Sehr wahr!) Wenn wir einmal die Waffe des Massenstreiks brauchen und unsere Massen soweit sind, dann garantiere ich Ihnen, geht der Streik auch ohne diese lange Diskussion vonstatten. Die jetzt geübte Art der Strategie widerspricht der gewerkschaftlichen Taktik und Erfahrung auf das allergröblichste. Ich glaube, die Gewerkschaftsführer haben auch ein klein wenig Verständnis von Streiks und Massenaktionen. Dort bereitet man den Streik nicht vor, indem man auf den Markt tritt und fortgesetzt schreit, demnächst werden wir etwas machen! Man arbeitet in den Gewerkschaften vielmehr in aller Stille und wenn die Zeit gekommen ist und die Karrees geschlossen sind, dann geht man zum Angriff vor auf den unvorbereiteten Gegner. Sonst verliert der Gegner allmählich die Angst und er sagt sich, die brüllen zwar viel, aber es steckt nichts dahinter. (Lebhafte Zustimmung.) Die Gegner wissen aus der Diskussion vor und auf dem Parteitag, daß einstweilen an einen Massenstreik in Deutschland nicht zu denken ist. Das ist das ganze Ergebnis. Deshalb glaube ich mit Recht sagen zu können, der Massenstreik wird durch diese Diskussion nur diskreditiert.

Es ist hervorgehoben worden, daß die Gewerkschaften sich charakteristischerweise an dieser Diskussion bisher gar nicht beteiligt haben. Die ganze Frage ist ja auch keine Gewerkschaftsfrage. Auch ich spreche hier nicht als Gewerkschaftler, sondern ich sage meine Meinung als Parteigenosse. Die Gewerkschaften hatten keine Veranlassung, sich mit dieser Diskussion zu beschäftigen. (Hört! hört!) Wenn einige Genossen, die ewig unzufrieden sind mit der Entwicklung der Partei und der Tätigkeit der leitenden Instanzen, wenn es denen gefällt, irgendein neues Mittel zu entdecken, mit dem endlich die Taktik in wirklich revolutionäre Bahnen geführt werden soll, dann soll natürlich sofort alles hinterher sein und sich an der Diskussion beteiligen. Genossin Luxemburg war ja sehr enttäuscht darüber, daß in ihrer Versammlung in Berlin IV keine anderen Gegner auftraten als schlichte Arbeiter. Wenn die Genossin sich einbildet, daß die Gewerkschaftsführer in die Luxemburg-Versammlung gehen und dort mit ihr über ihre Theorien streiten, dann kann sie lange warten. (Sehr

richtig!) Die Gewerkschaften haben ein bestimmtes Signum für solche Redner: „R. S." — Laßt schwätzen! — (Heiterkeit.) Solche Debatten fortgesetzt zu treiben, bedeutet nicht eine Förderung, sondern eine Schädigung der Organisation, und dazu haben natürlich die verantwortlichen Leiter der Organisationen nicht die geringste Veranlassung. Ich glaube, daß die Gewerkschaften dabei getragen werden von dem Gefühl der Stärke. Wei sie sich ihrer Macht bewußt sind und die Führenden ihre Verantwortung kennen, deshalb machen sie derartige allgemeine Redereien nicht mit, bei denen nichts Positives herauskommen kann. Genossin Luxemburg gibt ja selbst zu, daß die Möglichkeit, den Massenstreik zu machen, jetzt nicht vorliegt. Wenn wir zur Frage des Massenstreiks Stellung nehmen, so fragt es sich, ob denn für absehbare Zeit das Objekt des Kampfes die Opfer, auf die wir mit Bestimmtheit dabei rechnen müssen, wert ist. Es soll der Kampf geführt werden, wie jetzt allgemein betont wird, zur Erringung des preußischen Wahlrechts. Das preußische Wahlrecht ist zweifellos eine außerordentlich wichtige politische Frage, aber ist sie denn jetzt wirklich so brennend geworden, daß es zu einem Stillstand der Bewegung kommen würde, wenn es uns nicht gelingt, das freie Wahlrecht für Preußen zu erringen? Ich sage nein. Und da halte ich auch ein wenig fest an der Erziehung, die wir erhalten haben, als wir als junge Leute in die Partei traten. (Sehr richtig!) Damals war es ja ein Verbrechen, wenn wir nur für die Beteiligung an den Landtagswahlen eintraten. Viele der Genossen und Genossinnen, die damals diejenigen als Parteiverräter brandmarkten, die für eine Landtagswahlbeteiligung eintraten, die sind es, die jetzt nicht stürmisch genug den Massenstreik zur Erringung des gleichen Wahlrechts für Preußen fordern. (Sehr gut!) Das zeigt, wie wenig gefestigt die Ansichten dieser Kreise sind.

Ich gehe den Mittelweg. Ich sage, das Wahlrecht ist zwar außerordentlich wichtig, aber bei uns in Deutschland ist es keine Frage, die zu einer Lebensfrage des Proletariats in der Gegenwart geworden ist. Wir haben durchaus die Möglichkeit, uns organisatorisch zu stärken, unsere wirtschaftlichen und politischen Kämpfe zu führen. Das Reichstagswahlrecht bietet auch ein ausreichendes Ventil und ermöglicht dem Proletariat, seine Kräfte zu zählen und sich politisch zu betätigen. Wir haben in einer ganzen Reihe von Einzellandtagen doch ein einigermaßen freies Wahlrecht. Es liegt deshalb kein Grund vor, alles auf eine Karte zu setzen, geradezu va banque zu spielen, um mit dem Massenstreik das freie Wahlrecht für Preußen zu erkämpfen. Wenn wir der bisherigen Taktik weiter folgen, am Ausbau der Organisation arbeiten, Schritt für Schritt den Feind zurückdrängen, dann kommt der Zeitpunkt, an dem die Erfüllung unserer Wünsche einfach unausbleiblich ist. Darin werden wir wohl alle übereinstimmen mit Ausnahme derjenigen, die gern schöne revolutionäre Reden halten. Arbeiten wir doch zunächst erst an der Stärkung unserer Vertretung in den Landtagen, die ein freies Wahlrecht haben, sorgen wir dafür, daß eine viel stärkere Vertretung der Partei in den Reichstag einzieht. Dann erst werden andere politische Vorbedingungen geschaffen sein, dann erst wird man zu der Frage Stellung nehmen können, ob man bei der offenkundigen Machtstellung der Arbeiterklasse auf politischem Gebiet nicht irgendwelche Schritte unternehmen kann, um den Widerstand der herrschenden Klassen zu brechen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Einfluß der organisierten Arbeiterschaft wächst von Tag zu Tag. Wir haben gar keinen Grund, verzweifelt zu sein. Rosa Luxemburg machte sich allerdings darüber lustig, daß der Parteivorstand alles so rosig gefärbt hätte. Sie sieht alles mit einer anderen Brille an, aber diese Brille paßt nicht für deutsche Verhältnisse. Wir können zufrieden sein mit den bisherigen Erfolgen unserer Arbeit. Die Organisationen haben eine glänzende

Entwickelung genommen, und wer die Lage der deutschen Arbeiterschaft ohne Voreingenommenheit betrachtet, wird zugeben müssen, daß wir überall gute Fortschritte gemacht haben, daß die deutsche Arbeiterklasse heute einen großen wirtschaftlichen Einfluß ausübt durch ihre Gewerkschaften und sich eine Erhöhung der Lebenshaltung erkämpft hat, die man früher nicht für möglich gehalten hätte. Daß auch der politische Einfluß der Arbeiterklasse dank der organisatorischen Tätigkeit ständig im Wachsen begriffen ist, kann niemand mehr bestreiten. Um so weniger brauchen wir uns in Klagen zu ergehen, wenn einmal in der Organisation ein Rückschlag eintritt. Rosa Luxemburg sagt, wir dürften uns nicht damit zufrieden geben, daß die Krisen fortgesetzt unsere Organisation schwächen. Sie hätte uns lieber sagen sollen, was wir zu tun haben, um diese Schwächung unserer Organisation durch die Krisen zu verhüten. (Lebhafte Zustimmung.) Solange wir aber in der kapitalistischen Gesellschaft leben, wird es immer unausbleiblich sein, daß durch die Krisen auch die Organisationen der Arbeiterklasse geschwächt werden. Wenn Genossin Luxemburg etwas tiefer in unsere Gewerkschaftsverhältnisse hineinblicken könnte, dann würde sie wissen, daß gerade die festgefügten zentralistischen Gewerkschaften die Krise von 1907 bis 1909 verhältnismäßig günstig überstanden haben, und daß kaum eine Erschütterung eingetreten ist. (Sehr richtig!) Das war nur möglich durch gute organisatorische Arbeit und vor allem durch die Unterstützungseinrichtungen in den Organisationen. Dadurch, daß man die Massen mit schönen Worten begeistert, bekommt man allerdings Beifall in den Versammlungen, aber wenn am nächsten Tage das graue Elend wieder an sie herantritt, dann laufen sie auseinander. Das wichtigste ist, daß ihnen materielle Hilfe zuteil wird. (Sehr richtig!) Da steht in erster Linie die Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit. Das ist eine viel dringendere Aufgabe, als alle Diskussionen über Massenstreiks. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn wir die Möglichkeit des Massenstreiks und seine Wirkungen untersuchen wollen, dann müssen wir die Erfahrungen aus denjenigen Ländern betrachten, in denen der Massenstreik bereits zur Tatsache geworden ist. Aus diesen Erfahrungen müssen wir lernen. Der erste Massenstreik von größerer Bedeutung wurde in Holland geführt. In der „Frankfurter Volksstimme" haben sich eine Reihe von Kennern über seine Wirkung ausgesprochen und Ankersmith-Amsterdam erklärt ausdrücklich, daß der Streik keine andere Wirkung gehabt hat, als eine verstärkte Hetze gegen die Arbeiter herbeizuführen. Der Streik wurde geführt zur Abwehr der Verschlechterung des Koalitionsrechtes der Eisenbahner und Staatsarbeiter; er blieb erfolglos, und die Folge war, daß 1906 in die Gewerbeordnung außerordentlich reaktionäre Bestimmungen gegen die Arbeiter aufgenommen wurden, u. a. auch ein Verbot des Streikpostenstehens. (Hört! hört!) Eine weitere große Massenstreikbewegung hatten wir in Schweden. Die schwedischen Gewerkschaften, die durch das Unternehmertum in den Kampf hineingedrängt wurden, verfügten damals über ausgezeichnete organisatorische Einrichtungen. Es war ein heroischer Kampf, der dort geführt wurde, der aber nur geführt werden konnte, weil diesem kleinen Lande die Solidarität des Auslandes zur Seite stand, vor allem die Solidarität der deutschen Arbeiter. Ohne die Millionen ausländischer Unterstützung wäre der Streik längst zusammengebrochen und geradezu zu einem Debakel für die schwedischen Arbeiter geworden. Wie wird es nun aber in Deutschland in gleicher Situation gehen, von wem haben wir Unterstützung zu erwarten? Deutschland ist das Land, das in der gewerkschaftlichen Internationale an praktischer Solidarität an der Spitze steht. Außer von Oesterreich und Skandinavien hätten wir in einem solchen Kampf keine weitere Unterstützung zu erwarten, als die berühmte Depesche aus Frankreich, die alle

Sympathien ausdrückt und dann noch 20 Frank beifügt. (Heiterkeit.) In Schweden war die Folge des Massenstreiks die Dezimierung der gewerkschaftlichen Mitgliederzahl um mehr als die Hälfte. Auf Jahre hinaus ist dadurch jede größere gewerkschaftliche Aktion unmöglich gemacht und die besten Kräfte der schwedischen Arbeiter sind zur Auswanderung gezwungen worden. Wenn wir diese Verhältnisse uns zur Lehre dienen lassen, dann werden wir nur mit aller Vorsicht daran gehen können, ein solches Kampfmittel in ernsthafte Erwägung zu ziehen. In Belgien ist der Generalstreik verhältnismäßig günstig verlaufen. Er ist auch keineswegs über die Köpfe der Führer beschlossen, sondern sorgfältig vorbereitet worden. Er war eine wohldisziplinierte Bewegung, die dem belgischen Proletariat nur zur Ehre gereichen kann. Die Genossen, die im Vordertreffen der Partei in Belgien stehen, bezeichnen den Erfolg im allgemeinen als günstig. Die Meinungen darüber gehen aber auseinander. Wir haben von einem Dutzend der hervorragendsten belgischen Gewerkschaftsführer Informationen eingeholt, und die urteilen ganz anders als die Parteiführer. Der Genosse Schneider vom Deutschen Fabrikarbeiterverband, der in Belgien selbst den Streik beobachtet hat, kommt zu einem noch ungünstigeren Urteil, als die belgischen Gewerkschaftsführer. Diese Gewerkschaftsführer erklären, daß die Zahl der Maßregelungen noch jetzt eine so große ist, daß der Zweck der gewerkschaftlichen Organisationen auf lange Zeit hinaus lediglich die Unterstützung der Gemaßregelten sein kann und daß durch den Massenstreik für die Gewerkschaften ein Rückschlag auf viele Jahre hinaus eingetreten ist. (Hört! hört!) Zu bezweifeln ist, daß der Erfolg eines Massenstreiks in Deutschland irgendwie in Einklang zu bringen sein würde mit den Riesenopfern, die er fordern würde. Die Erfahrungen in anderen Ländern sprechen nicht dafür, daß wir in Deutschland ohne weiteres dieses Experiment nachmachen können. Rosa Luxemburg und andere Genossen operieren gern mit dem Hinweis auf Rußland. Ja wenn wir russische Zustände, nichts zu verlieren und alles zu gewinnen hätten, dann würde es wohl keinen unter uns geben, der nicht für einen Massenstreik wäre, auch wenn er nur einen Schein von Erfolg versprechen würde. Aber in Deutschland liegen die Dinge doch wesentlich anders. Wir haben ungeheuer viel zu verlieren, eine Arbeit von Jahrzehnten, in der eine Menge von Werten steckt. (Sehr richtig!) Da wäre es geradezu verbrecherisch, wenn man fortgesetzt die Arbeiter in eine Stimmung hineinreden wollte, die den Verhältnissen nicht angepaßt ist, wenn man Wünsche erweckt, die gegenwärtig nicht erfüllbar sind. Die fortgesetzte Organisationsverachtung, die aus den Reden der Genossin Luxemburg herauszuhören ist, schädigt unsere organisatorische Tätigkeit außerordentlich. Damit wird nur die Unzufriedenheit der Massen mit den Führern gefördert. (Sehr richtig!)

Da wird gesagt: wenn Ihr etwas erreichen wollt, dann laßt diese Bremser nicht weiter wirken, dann überrennt sie einfach, der Massenwille muß zur Herrschaft kommen! Der kommt immer zur Herrschaft, nur in organisierter, demokratischer Form, nicht durch wilde Geschichten und dadurch, daß man die Empörung eines kleinen Häufleins als berechtigt anerkennt. Nein, innerhalb der Grenzen der Organisation wird das erledigt. (Hoch: Wer will etwas anderes?) Sie, der Sie die Resolution unterschrieben haben. (Hoch widerspricht.) Wenn Sie nichts anderes wissen wollen, dann nehmen Sie die Resolution des Parteivorstandes an, dort ist alles gesagt, was zu sagen ist. (Sehr richtig!) Ihre Resolution bringt nichts anderes zum Ausdruck als die Resolution des Parteivorstandes. Sie unterscheidet sich nur durch eine starke revolutionäre Phraseologie (Sehr richtig!), das ist alles. Der Schlußsatz ist interessant. Er stimmt mit einer Resolution überein, die die Genossin Luxem-

burg in einer Generalversammlung des Kreises Niederbarnim vorgelegt und zur Annahme gebracht hat. Dort steht aber noch ein anderer revolutionärer Satz darin, der hier weggeblieben ist. In diesem Satz wird eine Kampfestaktik gefordert, die vor „keiner Konsequenz zurückschreckt". (Hört, hört!) Das ist ja erschrecklich, diese Konsequenzen, die die Genossin Luxemburg ziehen wird. Was ist das anders als eine Wortspielerei? (Sehr richtig!) Damit machen wir keinen Eindruck. Unsere Arbeiter sind in ihrer Mehrheit viel zu vernünftig, um auf diese Phraseologie, auf dieses Phrasengeklingel Wert zu legen. Genossin Luxemburg sagte, der Parteivorstand wisse nichts von der Unzufriedenheit, die in zahllosen Parteiversammlungen zum Ausdruck gekommen sei. Wenn Genossin Luxemburg nicht bloß die Berichte lesen, sondern häufig solche Versammlungen auch besuchen würde, dann müßte sie wissen, daß diese „revolutionären" Versammlungen oft in Orten, wo mehrere tausend Organisierte vorhanden sind, nur von 100 Männern und Frauen besucht werden, und daß dort einige Phraseure, die von der Partei nicht ernst genommen werden, Reden halten. (Lebhafte Zustimmung.) Da stellt sich der eine dann hin und verlangt, daß fünf Jahre lang keine Kinder gemacht werden sollen. (Große Heiterkeit.) So ungefähr sehen diese Geister aus, die sich an der Luxemburgschen revolutionären Phraseologie berauschen. Es sind nicht die Massen. Daß die Massen in Deutschland diszipliniert sind, daß sie völliges Verständnis für einen organisierten Kampf haben, beweisen die Vorgänge beim Werftarbeiterstreik. Das hat auch ungeheure Erregung bei einzelnen Parteigenossen hervorgerufen, daß die Werftarbeiter die Unterstützung der Organisation nicht fanden. Aber die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit 600 000 organisierten Arbeitern hat nahezu einstimmig die Maßnahmen des Vorstandes gutgeheißen. Damit sind Organisationsgrundsätze festgelegt, die längst in unseren Organisationen verankert sind. Diese 40 000 Werftarbeiter sind nach demokratischen Grundsätzen verpflichtet, ihre 560 000 Kollegen zu fragen, die die Opfer für den Kampf aufzubringen haben. Die Gesamtlage des Berufs muß berücksichtigt werden. Solche wilden Kämpfe lehnen wir ab. Genossin Luxemburg propagiert den Syndikalismus, fortgesetzte Putsche, Aufregung, bald hier ein wilder Streik, bald dort. Diese Dinge sind in Deutschland unmöglich. Dafür haben die Gewerkschaften gesorgt. Wohin hat die syndikalistische Taktik in Italien geführt? Die gewerkschaftlichen Zentralverbände sind desorganisiert, die Arbeiter sind machtlos geworden und in Frankreich, wo man auch den Generalstreik propagiert und so oft als möglich anwendet, sind sie ganz unschädlich den Unternehmern gegenüber. Diese Putsche haben gar keinen praktischen Wert. Die führen nur eine Verschärfung der Gesetze gegen die Arbeiter herbei. Bleiben wir auf dem Boden, auf dem wir bisher gearbeitet haben. Wir halten fest an dem methodischen Ausbau der Organisationen. Wir lehnen jede revolutionäre Projektenmacherei ab. Lediglich die Disziplin und die Schulung der Massen in festgefügten Organisationen kann dazu führen, die Lage der Arbeiterklasse wirtschaftlich wie politisch zu verbessern, und den endgültigen Sieg herbeiführen. Von dieser alten Kampfmethode abzuweichen, liegt nicht die geringste Veranlassung vor. (Lebh. Beifall.)

Schreck-Bielefeld: Genosse Scheidemann hat sich nach seiner Erklärung: „Wir sind nicht hierher gekommen, um Selbstverständlichkeiten auszusprechen" selbst nicht gerichtet. Es muß ja auch gestattet sein, auszusprechen, was viele für selbstverständlich ansehen. Auf die Betonung einer Sache kommt es an. Ich kann nicht zugeben, daß das Aussprechen von dem, was wir im Augenblick nicht können, falsch ist und unsere Position schwächt. Wir haben seit den Anfängen unserer Bewegung das immer getan. Das Eingeständnis der augenblicklichen Schwäche hat noch immer dazu gedient, energischer vorwärts zu bringen und so unsere gesteigerte Stärke und Größe mit herbeizuführen. (Sehr richtig!) Die Ankündigung von anzuwendenden Mitteln, wenn das Proletariat zu größerer Macht gekommen ist, wirkt doch nicht nur erzieherisch auf die Massen, sondern auch auf unsere Gegner.

Die gesamten Verhältnisse verweisen auf den politischen Massenstreik als eines der Kampfmittel. Auf seine Anwendung — ob zum Angriff oder zur Abwehr — müssen wir die Massen vorbereiten. Der politische Massenstreik ist gegebenenfalls nicht nur nötig zur Abwehr seitens der Reaktion versuchter Attentate, er ist auch unter Umständen eines der wirksamsten Mittel zur Eroberung von politischen Rechten. Gerade unter Berücksichtigung unseres zunehmenden Einflusses auf den Reichstag und damit auf die Reichspolitik kann der Zustand der erbärmlichen politischen Rechtlosigkeit in den einzelnen Bundesstaaten, besonders aber in Preußen, unmöglich noch allzulange ertragen werden. (Sehr richtig!) Den Machthabern darf kein Zweifel darüber gelassen werden, daß das Proletariat letzten Endes bereit ist, alles einzusetzen, um der schmachvollen politischen Knechtschaft in Preußen ein Ende zu bereiten. (Sehr richtig!) Betrachten die Herrschenden Preußen als das festeste Bollwerk ihrer Macht, gut, dann gilt es auch für uns, hier alle unsere Kräfte einmal zu konzentrieren und den entscheidenden Schlag zu führen.

Das rückständige Preußen bildet tatsächlich durch seine Vormachtstellung im deutschen Staatenbunde den Hemmschuh für jede freiheitliche Entwickelung, auch im Reiche. In Preußen selbst muß darum nicht zuletzt um die Demokratie gerungen werden. Die Erringung des freien Wahlrechts bildet eine wichtige Voraussetzung hierfür, und es lohnen sich die Opfer in diesem Kampfe. Reichen Petitionen, Versammlungen, Straßendemonstrationen nicht hin, um die von den Junkern und Kapitalisten beeinflußte Regierung in der wichtigsten Frage der Gegenwart vorwärts in freiheitlichem Sinne zu treiben, dann bleibt doch nichts anderes übrig, als eben schärfere Mittel anzuwenden. (Sehr richtig!)

Wird so die Notwendigkeit des politischen Massenstreiks anerkannt, seine Möglichkeit zugegeben, dann muß er auch propagiert werden. Das bedeutet dann nicht eine Preisgabe unserer bisherigen Tätigkeit, sondern deren gesteigerte Fortsetzung. Die Anwendung des politischen Massenstreiks hat — abgesehen von der politischen Situation — gerade die Kleinarbeit, die Aufklärung und Erziehung, kurzum, die Organisation des Proletariats zur unbedingten Voraussetzung. Nicht nur von der Quantität, sondern auch von der Qualität der Massen hängt der Erfolg ab. Darum würde beispielsweise die konsequentere Durchführung des Schnapsboykotts eine gute Ouvertüre zur Erringung einer gesteigerten Energie für die kommenden Kämpfe bedeuten. (Sehr richtig!)

Falsch ist es, zu glauben, daß bei einem politischen Massenstreik etwa die „Christlichen" mitmachen würden. Ebenso aber auch, sich auf die Unorganisierten zu verlassen. Von dem in unseren Organisationen herangebildeten Heerbann hängt das Gelingen kommender revolutionärer Erhebungen ab. Alles Schildern und Hervorkehren der Schwierigkeiten, der Hinweis auf die uns sicher gegenübertretende brutale polizeiliche und militärische Gewalt ist keineswegs dazu angetan, unsere Position zu schwächen; wohl aber die Behauptung, der Massenstreik sei unmöglich. Schwierigkeiten können und müssen durch gesteigerte Energie überwunden werden. Für den Sozialisten darf es ein Unmöglich nicht geben. (Sehr richtig!) Was uns ferner schädigt, ist die Herabsetzung unserer bisherigen Tätigkeit und unserer erzielten Erfolge. Bei aller Selbstkritik sollten wir die Tatsache unseres Fortschreitens zu betonen niemals unterlassen. Die

Arbeitsfreudigkeit, die Kampfeslust der Massen wird damit gesteigert und die Erfüllung schwerer Pflichten unseren tätigen Genossen nur erleichtert.

Die deutsche Arbeiterklasse verdankt die Besserung ihrer Lebenshaltung, ihren geistigen und kulturellen Aufstieg ihrer gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Organisation. Das waren die Wurzeln ihrer Kraft, in ihnen liegt auch die Gewähr für die Durchführung großer politischer Massenstreiks. Strategische Fragen haben wir heute nicht zu entscheiden. Darum sollte man das „fliegende Feuer" auch nicht mit einer Handbewegung abtun. Von der Disziplin hängt die Form mit ab. Hier muß betont werden, daß es gilt, in erweitertem Maße zu rüsten: mehr Zusammenschluß der Massen, strengste Selbsterziehung zur Tatbereitschaft, Opferwilligkeit und Disziplin! Schlägt dann die Schicksalsstunde in Preußen oder im ganzen Deutschland, dann ist das Proletariat kampfbereit, und es wird seine Mission erfüllen. (Bravo!)

Peus-Dessau: Es ist niemand unter uns, der nicht an die Möglichkeit der Notwendigkeit eines Massenstreiks in Zukunft glaubt. Etwas anderes aber ist es, ob wir selbst alles tun müssen, um einen solchen Massenstreik herbeizuführen, nicht etwa überhaupt in irgendwelcher Zukunft, sondern jetzt. Ich sehe einen Massenstreik unter allen Umständen, zumal bei uns im Deutschen Reich, wo es sich um Millionen Arbeiter handelt, als eine Katastrophe an. Wir können aus dieser Katastrophe genau so wie aus der Katastrophe eines Krieges auf die Dauer trotzdem als Sieger hervorgehen. Aber unter allen Umständen können wir durch eine solche Katastrophe auch auf Jahrzehnte ganz außerordentlich geschädigt werden. Ich erblicke in den Reden der Massenstreikenthusiasten eine schädliche Ungeduld und eine Ueberschätzung der Macht, über die wir schon verfügen. Es ist sehr charakteristisch, daß es vor allem auch solche Genossen sind, die in großen Städten in Massenversammlungen zu reden gewohnt sind, die aber nicht in die kleinen Orte gehen, die nicht die Verhältnisse draußen auf dem Lande kennen lernen. Diese Ueberschätzung der Macht ist schädlich, weil sie dazu führt, daß nicht die systematische Arbeit, die wir bisher geleistet haben, in aller Mühsamkeit fortgesetzt wird. Wir haben doch schon manche Beschlüsse gefaßt, die durchführbar wären, aber doch noch nicht durchgeführt sind, die viel weniger im einzelnen erfordern und doch noch an der Indifferenz der Massen scheitern. Sie werden vielleicht denken, wie kann man das in Zusammenhang bringen, wenn man daran erinnert, daß der Schnapsboykott tatsächlich heute schon vollkommen abgeflaut ist, und daß wir nicht davon reden können, daß wir in dieser verhältnismäßig unbedeutenden Frage einen wirklichen Erfolg erzielt hätten. Und dann sehen Sie sich die Massen an, wie sie in bezug auf die uns doch gewiß feindlich gegenüberstehende reaktionäre Macht der Kirchen stehen. Machen wir einen Massenstreik in möglichen Dingen! Machen wir einen Massenstreik wahrhaft mal gegen den Schnaps, aber nicht nur in Redensarten, sondern mit der Tat, und machen wir einen Massenstreik gegen die Kirche, soweit wir innerlich mit der Kirche zerfallen sind! (Sehr gut!) Unbedingt notwendig ist, daß wir unsere Taktik so einrichten, daß sie paßt für die Partei, für die Gewerkschaften und für die Genossenschaften. (Sehr richtig!) Wir haben in unzähligen Resolutionen unsere Solidarität mit den Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht, wir haben auf dem Magdeburger Parteitag auch zum Ausdruck gebracht, daß wir uns mit der Genossenschaftsbewegung solidarisch fühlen. Da ist eine Taktik erforderlich, die auch diese mitmachen können. Nun sehen Sie, wie die beiden Bewegungen sich verhalten haben. Die Gewerkschaften haben geschwiegen, und der Ausspruch von Bauer „Laßt schwatzen" deutet darauf hin, wie die Gewerkschaften urteilen. Die Genossenschaften sagen, wir gehen unsere Wege. Die Partei hätte aber Schaden, wollte sie eine Politik treiben, die mit der der Genossenschaft unvereinbar ist.

(Sehr richtig!) Ich habe mich gewundert, eines Tages hat jemand gemeint, man müsse mit den Gewerkschaften und Genossenschaften in Verbindung treten, um den Massenstreik recht erfolgreich zu gestalten. Kommen Sie zu den Genossenschaften, dann bekommen Sie heute eine Absage so kräftig wie nur möglich, die lachen Sie einfach aus. Der Massenstreik wäre das sicherste Mittel, viele Genossenschaften mit einem Schlage zum Bankerott zu bringen. Wenn Sie meinen, was hat das damit zu tun, wenn Sie dem immer noch die verächtliche, geringschätzige Auffassung über die Konsumvereine entgegensetzen wollen, dann schlagen Sie der Magdeburger Resolution ins Gesicht, dann erkennen Sie nicht die gewaltige Macht gerade dieser Bewegung an. (Sehr richtig!) Was an der ganzen Debatte das Schädliche ist, das ist, daß die Arbeit für die Gewerkschaften, für die Genossenschaften und auch die Kleinarbeit für die Partei selbst auf das allerschwerste gehemmt wird. Zwar wird in der Resolution, die als Amendement gestellt ist, gesagt, es muß das alles auch geschehen. Man will sich decken. Daß man aber immer wieder in den Massen den Gedanken hervorruft, ein Tag muß es bringen, das ist das falsche. Nie wird es ein Tag bringen. Wenn man sich aber sonst fragt, was steht denn in der Resolution? Nichts als starke Ausdrücke und Superlative: „Höchste Energie, entschlossene Taktik, konsequente Taktik, Kampfesmut, Idealismus." Ja, muß man uns das erst empfehlen? Ist das etwas Neues? Liegt das nicht ganz von selbst in allen unseren Bewegungen? Aber außerdem, ist es denn damit getan, daß man solche Worte gebraucht? Wir sollten vor allem dafür sorgen, daß hinter den Worten Taten stehen, wirtschaftliche Taten. Wir haben heute ein erhebliches Stück politischer Macht. Aber der schwerste Mißstand ist, daß dieser politischen Macht nicht entspricht ein gleiches Stück wirtschaftlicher Macht. Ich empfehle gegenüber dem Massenstreik, von dem wir hier reden, den Massenstreik der Konsumenten, mit dem man ja in Berlin z. B. auch bereits angefangen hat. Heute produziert man in Berlin für 3 Millionen Mark Brot, im nächsten Jahre werden es 6 Millionen sein, 100 Millionen aber können es werden. Das liegt in unserer Macht. Und welche Macht wird sich ergeben, wenn eine gleiche Entwickelung auch sonst Platz greift. Erst dann, wenn wir dafür sorgen, daß unserer politischen Macht auch eine entsprechende wirtschaftliche Macht zugrunde liegt, dürfen wir hoffen, daß auch der dauernde Erfolg sich an unsere Fahnen heften wird. Ich wundere mich, daß man das unter Sozialdemokraten noch so stark betonen muß. Wir haben doch immer gesagt, politische Macht ist eine Widerspiegelung der wirtschaftlichen Macht. Ich glaube, wenn wir den sukzessiven Weg der systematischen Organisation weitergehen und auf diesem Wege jeden Tag, jedes Jahr neue Macht erringen, und man wollte dann eines Tages diesen Weg organischer Entwickelung seitens der Gegner mit Gewalt hemmen, dann würde der Massenstreik angebracht sein, dann fehlt es auch nicht an dem durchschlagenden Motiv, dann stehen wir in diesem Kampfe auch nicht allein, dann wird der Kampf zugunsten der gesamten Bewegung erfolgreich sein. (Beifall.)

Liebknecht: Parteigenossen, ich rufe Erinnerungen wach. Nicht allen fällt es leicht, so rasch umzulernen. Im Jahre 1910, als der preußische Parteitag über die Wahlrechtsfrage beriet, da waren nicht nur die Delegierten, da war die ganze Partei der Auffassung: die Erringung eines freien Wahlrechts für Preußen ist kein Pappenstiel, ist keine Nebensächlichkeit, sondern ist und bleibt die brennendste, dringendste, die zentrale politische Frage in Deutschland. In diesem Sinne haben sich auch deutsche Parteitage festgelegt. Wer sich der Stimmung auf den Preußentagen erinnert, wer weiß, mit welcher Leidenschaftlichkeit der preußische Wahlrechtssturm propagiert worden ist, wer weiß wie im Jahre 1910 in einer glorreichen Epoche des proletarischen Kampfes die deutsche, die

preußische Sozialdemokratie auf die Straße gegangen ist und im Handumdrehen, was man für unmöglich gehalten hatte, sich das Recht auf die Straße eroberte, in der Ueberzeugung, es handle sich hier um eine Lebensfrage, um einen unaustilgbaren Kampf bis aufs letzte, wer sich dessen entsinnt und nun heute hier hört, daß das preußische Wahlrecht eigentlich gar nicht so wichtig ist, daß es eigentlich einen allzu ernsten Kampf gar nicht lohnt — ja, Parteigenossen, ich kann nicht so rasch umlernen, und ich weiß, daß draußen von den Genossen viele auch nicht so rasch umlernen können. (Sehr richtig.) Das ist der Grund, weshalb, nachdem die letzten Landtagswahlen alle Hoffnungen auf eine anderweitige Regelung der preußischen Wahlrechtsreform vernichtet haben, der Ruf nach dem Massenstreik spontan aus den Massen herausgekommen ist, aus den Massen trotz alledem. Es kommt wahrlich nicht darauf an, wer das erste Wort gesprochen hat in einer solchen Sache, es kommt auf die Resonanz an. Wenn manche Massenstreikversammlungen nicht so besucht gewesen sind, so beweist das nichts. Das Bedürfnis, sich über das Problem auszusprechen, war über das ganze Land verbreitet. Der Gedanke, daß man sich überlegen muß, daß man zu energischen Mitteln greifen muß, wenn es darauf ankommt, beherrscht die weitesten und gewiß nicht die schlechtesten Kreise der Arbeiterschaft. Es ist nicht gut, wenn man heute die Sache so hinstellt, als seien diejenigen, die nach dem Massenstreik rufen, Revolutionsphraseure. Die ganze Situation, wie sie sich nach dem resultatlosen Verlauf der letzten Landtagswahlen ergab, forderte geradezu eine ausführliche Diskussion über die nunmehr noch möglichen und nötigen Mittel heraus. Und nicht aus irgendeiner Laune irgendeines Akademikers, sondern aus dieser Gesamtsituation heraus ist der Ruf nach dem Massenstreik ertönt. Allerdings ist die Diskussion in eine unglückliche Zeit gefallen. (Sehr richtig!) Aber sie mußte kommen, ist mit Naturnotwendigkeit gekommen. Daß sie in die unglückliche Zeit der Krise gefallen ist, darf keinen Grund abgeben, diese aus den innersten Bedürfnissen des proletarischen Kampfes herausgewachsene Diskussion so zu verhöhnen, mit solcher Wollust geradezu zu diskreditieren, wie das systematisch geschehen ist und geschieht. Das muß ich auch den Genossen Scheidemann und Bauer zum Vorwurf machen. Ich weiß ganz genau, daß über die Schnur gehauen worden ist auch von solchen, die man hier als Massenstreikfanatiker verschrien hat. Ich unterschreibe gewiß nicht alles, was da geredet und geschrieben worden ist. Aber wie konnte Genosse Scheidemann in seiner gestrigen Rede in so unfreundlichen Tönen, um mich sehr zart auszudrücken, gegen die Anhänger einer Diskussion des Massenstreiks polemisieren! Wie ist es möglich, daß er die begeisterten Befürworter einer Fortführung und Steigerung des preußischen Wahlrechtskampfes, die in erster Linie das Wort geführt haben in der Diskussion über den Massenstreik, als Phraseure verspottet und nach allen Regeln heruntergerissen hat. (Scheidemann: Ist mir gar nicht eingefallen!) Schon diese Diskreditierung der Massenstreikanhänger durch die Genossen Scheidemann, Bauer und andere Diskussionsredner müßte dazu Veranlassung geben, sich die Parteivorstandsresolution genau anzusehen und mit einem gewissen Mißtrauen zu interpretieren. Die Parteivorstandsresolution soll angeblich das Bekenntnis zum Massenstreik erneuern. Dies Bekenntnis zum Massenstreik braucht an und für sich nicht erneuert zu werden. Das Bekenntnis zum Massenstreik ist abgelegt in Jena und in Mannheim. Die Resolution des Parteivorstandes enthält aber etwas, was sie durchaus ungenießbar macht, das ist der Hinweis auf die Notwendigkeit einer vollkommenen Einigung aller Organe der Arbeiterbewegung. (Hört! hört!) Eine solche vollkommene Einigung wird sich schwerlich jemals durchführen lassen. Wenn das Voraussetzung für den Massenstreik wäre, dann

hätte es noch niemals einen Massenstreik gegeben. Es liegt in dieser Formulierung erkennbar die Tendenz, den Massenstreikgedanken zu lähmen, nicht aber zu fördern. Ebenso verstehe ich nicht, wie in der Resolution des Parteivorstandes gerade hier besonders prononciert gefordert werden können „für die letzten Ziele der Sozialdemokratie begeisterte, zu jedem Opfer bereite Massen". Das muß gerade bei diesem Anlaß höchst verwunderlich erscheinen, wo es sich um eine demokratische, noch keine rein proletarische Forderung handelt, bei der in gewissem Umfange auf Sukkurs sogar von nicht proletarischer Seite zu rechnen ist. Diese beiden Stellen der Vorstandsresolution zeigen deutlich genug, daß man der Massenstreikdiskussion Handschellen anlegen will, nicht nur für heute, sondern auf die Dauer. Diese Tendenz ist in den Ausführungen von Scheidemann und Bauer deutlich hervorgetreten. Wenn diejenigen, die sagen, wir wollen den Massenstreik, andererseits sagen, wir wollen nicht Worte, sondern Taten, was wollt Ihr mit Euren Worten — nun ich behaupte, daß sowohl Genosse Scheidemann wie auch andere, die sich als angebliche Anhänger des Massenstreiks bezeichnen, nur mit dem Worte Anhänger, aber im tiefsten Innern Gegner des Massenstreiks sind. Ihre Polemik richtet sich durchaus gegen den Massenstreikgedanken an sich. Wenn die Bedenken, die Scheidemann und Bauer haben, alle zutreffen, und ebenso die Bedenken Bernsteins, den ich heute gar nicht wiedererkenne (Sehr wahr!), dann ist ein Massenstreik innerhalb der Gesamtentwickelung auf alle absehbare Zeit hinaus überhaupt ein Unsinn, ein Unding, und wir brauchen überhaupt keine Resolution zu fassen. Unsere Resolution ist keineswegs nur eine Zusammenstellung von klingenden Redensarten. Sie unterscheidet sich von der Parteivorstandsresolution einmal dadurch, daß jene bedauerlichen Wendungen der Parteivorstandsresolution fehlen, sodann dadurch, daß sie zu der Erörterung über den Massenstreik eine freundliche Haltung einnimmt, sie begrüßt, weil sie hervorgegangen ist aus dem revolutionären Bedürfnis der Massen, aus ihrem treuen Glauben an die Stetigkeit des taktischen Willens der Partei, der noch vor zwei Jahren heilig gehalten wurde innerhalb der ganzen Partei, aus dem Verlangen nach dieser Stetigkeit im rücksichtslosen Kampf — bis zur Niederzwingung des Feindes. Es wird die Popularität dieses Gedankens begrüßt, weil wir darin die Gewähr erblicken, daß der Massenstreik mehr und mehr lebendig wird. Resolutionen allein genügen nicht. Es ist ganz verkehrt, wenn Bauer sagt: wozu reden wir über dergleichen Sachen, der Massenstreik wird schon im rechten Moment von uns gemacht werden. Nein, damit der Massenstreik in diesem Sinne „gemacht" werden kann, und wenn er nicht als wilder Streik zum Ausbruch kommen soll, dann muß er vorher in den Massen in seiner ganzen Bedeutung mit der vollen Verantwortung verstanden werden. (Sehr richtig!) Deshalb bedarf es der Diskussion. Der Gedanke muß lebendig werden in den Massen, und er kann nur lebendig werden im lebendigen Fluß der Diskussion innerhalb der Massen selbst. Ob der heutige Zeitpunkt geeignet ist oder nicht, das kann dabei keine Rolle spielen. Der Vergleich Scheidemanns von der nicht anwendbaren Waffe paßt durchaus nicht. Niemand sagt ja, heute soll der Massenstreik angewandt werden. Die Gegner der Arbeiterbewegung wissen genau, daß die Arbeiterschaft auch in der Zeit der Krise Waffen genug in der Hand hat, um sich zu helfen, gegen die feindlichen Anschläge zu helfen und zu wehren. Aber auch in einer Zeit der Not wie gegenwärtig dürfen und müssen wir neue Waffen bereiten für die Zukunft, und diese neuen Waffen im Wahlrechtskampfe vor allem können nicht anders sein als schärfere Waffen. Denn die Waffen, die wir bisher angewandt haben, haben nicht genügt. Derjenige, dem es Ernst ist mit dem Massenstreik, kann nicht eine solche Hemmungsresolution annehmen, wie sie der Parteivorstand vorschlägt. Er muß eine Resolution annehmen, die

auf die Förderung des Massenstreikgedankens hinzielt. In der preußischen Wahlrechtsfrage gibt es für uns auch heute und für alle Zukunft kein Halt, auch kein Zurück, sondern nur ein Vorwärts. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Frank-Mannheim**: Parteigenossen, da sind wir nun glücklich so weit, daß wir nicht die große Frage diskutieren, ob wir den Massenstreik zum Angriff benutzen wollen, sondern die kleine Frage, ob wir über den Massenstreik reden dürfen. Der Parteivorstand möchte am liebsten ein Schweigegebot haben. Das ist überraschend für mich. Es wäre recht belehrend, wenn wir für die Delegierten des Parteitages zusammenstellen wollten, was in den letzten drei Jahren im „Vorwärts", in allen Parteiblättern, in Flugblättern der Partei an offenen und versteckten Drohungen mit dem Wahlrechtsstreik geleistet worden ist. (Sehr richtig!) Es wäre sehr belehrend, wenn wir zusammenstellen wollten, was noch in diesem Jahre bei der Maifeier in tausenden Versammlungen in dieser Richtung gesagt worden ist, was auch im Reichstag darüber gesprochen worden ist, ohne daß ein einziges Mal der Parteivorstand die alte Weisheit ausgegraben hätte: „Lieber Ede, so was tut man, so was sagt man nicht." Ich will nicht prüfen, inwieweit diese Lebensregel, die seinerzeit unser alter Auer an Eduard Bernstein geschrieben hat, für das Verhalten des einzelnen eine richtige Lehre ist. Aber darüber ist doch kein Zweifel: Wenn wir wirklich ernstlich wollen, daß Millionen von Arbeitern und Angestellten einmal Opfer, schwere Opfer bringen, nicht für ein paar Pfennige Lohnerhöhung oder für Verkürzung der Arbeitszeit, sondern Opfer bringen für etwas, was ihnen keinen unmittelbaren persönlichen Vorteil bringt, dann kann man sich — darin stimme ich der Genossin Luxemburg bei — nicht darauf verlassen, daß die nötige Stimmung und Begeisterung über Nacht wie der Tau vom Himmel fällt, sondern dann ist notwendig — darüber war bis vor wenig Wochen in der Partei nur eine Meinung —, daß wir den Massen sagen, was wir wollen, daß wir die Millionen erziehen und begeistern für dieses große Ziel. Das heißt, lieber Genosse Scheidemann, nicht mit einer Waffe spielen, das heißt, die Waffe erst schärfen. (Sehr richtig!) Wenn also der eine oder der andere unserer Parteigenossen daran Aergernis genommen hat, daß ich in einer Versammlung in Berlin-Wilmersdorf offen ausgesprochen habe: Wir kommen in Preußen, wie die Dinge jetzt liegen, nicht weiter ohne die Waffe des Massenstreiks, so habe ich von dem, was ich dort gesagt habe, keine Silbe zu bedauern und kein Wort zurückzunehmen. (Bravo!) Damals war in den weitesten Kreisen der Partei tiefe Mißstimmung, eine trostlose Hoffnungslosigkeit über das Ergebnis der preußischen Wahlen. (Widerspruch und Sehr richtig!) Darüber wollen wir uns nicht täuschen. Ich sage Ihnen ganz rückhaltlos und scheue mich nicht, das auszusprechen: ich will jetzt dahingestellt sein lassen, ob nicht durch eine andere Taktik bei den preußischen Landtagswahlen vielleicht die Wahlreform auf einem anderen Wege hätte ein Stück vorwärts geschoben werden können. (Sehr richtig!) Ich habe darüber meine Meinung; aber darüber zu sprechen, ist jetzt nicht der Ort und die Zeit. Nachdem einmal dieser andere Weg nicht beschritten war, und nachdem dann die Wahlen das bekannte Ergebnis hatten, nachdem es also aussichtslos geworden war, innerhalb des Parlaments einen Schritt vorwärts zu kommen, da war es Sache der Partei, sich darüber klar zu werden, daß jetzt nur der andere Weg übrig blieb, das ist der Weg außerhalb des Parlaments, der Weg des Massenstreiks. Das damals zu sagen, hielt ich für mein Recht und für meine Pflicht, weil ich glaubte, es sei nicht gleichgültig, ob die Regierung und die gegnerischen Parteien sich einbilden, es hänge jetzt nur von ihrem Belieben, von ihrer Gnade ab, ob sie dem Proletariat in

Preußen das geforderte Recht geben wollen. Ich glaubte auch, es sei nicht ganz wertlos, wenn in jenem Augenblick in recht augenfälliger, deutlicher Weise allen klar gemacht würde, daß es in der Frage des preußischen Wahlrechts innerhalb unserer Partei kein Nord und Süd, kein Rechts und Links gibt, sondern eine einheitliche Schlachtlinie zur Erkämpfung unseres Rechtes. Das sagte ich damals, weil ich noch der Meinung war, daß in dieser Vorfrage zweierlei Ansichten bei Sozialdemokraten überhaupt nicht vorhanden sind. Ich scheue mich aber nicht auszusprechen, daß einzelne Wendungen, die heute dem Genossen Bauer unterlaufen sind, mit das Bedauerlichste sind, was ich auf einem sozialdemokratischen Parteitage je gehört habe. (Lebhafte Zustimmung.) Genosse Bauer hat, darin stimme ich ihm bei, gewarnt vor der Berauschung an revolutionärer Phraseologie. (Sehr richtig!) Noch gefährlicher aber wäre es, wenn die revolutionäre Phraseologie verdrängt würde durch eine konservative Phraseologie. (Bravo!) Daß wir in Preußen und in Deutschland solange keine Ruhe geben dürfen, solange nicht das jetzige Wahlrecht aus der Welt geschafft ist, daß das eine Ehrensache für uns ist, darüber dürfen wir nicht streiten, wir machen uns sonst lächerlich vor der ganzen Welt. (Bravo!) Wie der Massenstreik, wenn er zur Tat wird, aussehen soll, darüber gibt es ja zwei Gruppen von Meinungen. Ich kann mich da in allen wesentlichen Punkten dem anschließen, was Genosse Scheidemann erklärt hat. Ich bin allerdings der Meinung, wir müssen vom Ausland lernen in diesen Dingen. Aber wir sind gezwungen, bei der Ausführung so großer Aktionen uns der Kräfte zu bedienen, die wir nun einmal im Lande haben. Wir haben bei unseren Arbeitern nicht den revolutionären Schwung romanischer Länder, aber wir besitzen gewaltige Organisationen, die in der Welt vielleicht nicht ihresgleichen haben und um die wir beneidet werden. Wenn der Massenstreik kommt, muß er sich stützen auf diese großen Organisationen, er muß planmäßig vorbereitet sein und er kann und wird bei der Disziplin der deutschen Arbeiter friedlich durchgeführt werden. Der Genosse Scheidemann hat sich in ein paar Worten auch beschäftigt mit einer Anregung, die ich in der Versammlung zu Wilmersdorf in die Debatte geworfen habe. Ich habe dort gesagt, es wäre möglich, wenn der Massenstreik kommt, daß er nicht im ganzen Reich auf einen Schlag losbricht, sondern von Industriegebiet zu Industriegebiet sich fortpflanzt. Ich sagte das im Anschluß daran, daß ich zur Aufgabe stellte, wir dürften die herrschenden Gewalten nicht zur Ruhe kommen lassen (Sehr richtig!) und müßten deswegen die Aktion wie ein fliegendes Feuer von einem Industriegebiet zum anderen mit disziplinierten Massen, die dazu bereit sind, durchführen. Man kann darüber streiten, aber ich meine, daß man jedenfalls diesen guten Vorschlag nicht mit einem schlechten Scherz abtun kann, wie das Scheidemann versucht hat. Ich nehme an, daß er einen guten Witz nicht zur Verfügung hatte. (Heiterkeit.)

Was soll nun in diesem Augenblick geschehen? Wir haben die Resolution des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind viel zu kluge Politiker, um nicht zu wissen, daß an diesem Ding eigentlich kein Mensch eine rechte Freude hat. (Sehr richtig!) Ich glaube, nicht einmal der Parteivorstand selbst. Es ist eine merkwürdige Sache, wenn wir diese Resolution ansehen: es ist kaum ein unrichtiger Satz darin. (Heiterkeit.) Wer hat etwas dagegen einzuwenden, daß wir mit allen Mitteln die Organisation stärken? Wer ist nicht überzeugt, daß für eine solche Massenaktion all die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen gegeben sein müssen, von denen die Rede ist? Aber wenn ich sagen sollte, was darin fehlt, — ich kann es schwer in Worte fassen, ich habe das Gefühl, es fehlt darin der Ausdruck eines starken poli-

tischen Wollens. (Sehr richtig!) Es wird mir zugerufen, es habe drin gestanden, ich weiß nicht, wer stark genug ist, diesen diktatorischen Parteivorstand zum Verzicht auf das wichtigste zu bringen. (Zuruf: Die Instanzen!) Es ist dann noch eine Resolution da, die den Namen Luxemburg trägt. Es ist eine lange Resolution (Heiterkeit) und ich kann nicht finden, daß diese vielen Worte das, was der Parteivorstand mit wenigen Worten nicht sagt, besser ausdrücken. (Heiterkeit.) Ich habe aber ein Bedenken gegen diese Resolution. Genosse Bauer hat schon angedeutet, daß die Resolution in direkter Linie abstammt von der Resolution 12 aus Niederbarnim. Das wäre an sich kein Unglück, es kann auch aus Niederbarnim einmal was Gutes kommen. (Heiterkeit.) Aber die Resolution ist im wesentlichen wörtlich abgeschrieben von der Resolution Niederbarnim, es sind nur einige nicht bedeutungslose Aenderungen, seltsame Aenderungen vorgenommen worden. Es ist dort die Rede davon, man müsse eine „scharfe revolutionäre" Taktik anwenden. In der Resolution Luxemburg sind die Worte „scharfe revolutionäre" gestrichen. Die Niederbarnimer Resolution verlangt eine Taktik, „die vor keiner Konsequenz zurückschreckt". Auch diese Worte sind von Ihnen gestrichen. Ja, liebe Genossin Luxemburg, wenn auch Sie zu dämpfen anfangen! (Stürmische Heiterkeit.) Ich meine, wenn ich eine gedämpfte Resolution haben will, dann nehme ich lieber die des Parteivorstandes. Der versteht das Dämpfen besser als Sie. (Heiterkeit.)

Ich komme zu dem Ergebnis: die entscheidende politische Wirkung unserer heutigen Verhandlungen wird nicht davon abhängen, ob ein Wort mehr oder weniger in der Resolution steht, sondern sie wird davon abhängen, welchen Eindruck draußen die Massen und die Regierungen gewinnen, von dem Geist und dem Willen, der hinter unseren Beschlüssen steht. Da ist von allergrößter Wichtigkeit, was Sie auch beschließen mögen, daß draußen nicht der Irrtum entsteht, als wolle die Sozialdemokratie in dieser Frage bloß auf der Stelle treten oder sich gar rückwärts drängen lassen. Ich verstehe ganz gut, daß die Genossen vom Parteivorstand und von der Generalkommission von einem starken Verantwortlichkeitsgefühl beseelt sind und geneigt sind, zu bremsen. Aber es müssen auch Kräfte da sein, die vorwärtstreiben. Wenn alle bremsen, dann kommt eine Bewegung heraus, die nicht vorwärts führt. Wir müssen darüber Klarheit schaffen, dafür sorgen, daß darüber kein Zweifel besteht: es bleibt dabei, in Preußen kommt entweder eine Wahlreform oder es kommt ein Massenstreik. Das muß die Losung bleiben. (Stürmischer Beifall.)

Lebedour: Ich freue mich, zum größten Teil mit den Ausführungen des Genossen Frank durchaus einverstanden zu sein. In allem, was er zur Rechtfertigung der Notwendigkeit eines Vorwärtsschreitens zu Massenaktionen sagte, hat er durchaus meinen Anschauungen entsprochen. Auch darin, was er an kritischen Bemerkungen einflocht gegenüber den Vertretern der Anschauungen des Vorstandes und einer anderen Instanz, der Genossen Scheidemann und Bauer, hat er durchaus das richtige getroffen. Aber ich war doch höchst überrascht, als er, nachdem er die Vorstandsresolution in Grund und Boden kritisiert hatte, dann wider alles Erwarten erklärte: Ja, die andere Resolution taugt auch nichts. Die sei ja gedämpft, und das verstehe der Parteivorstand besser, daher sei es ratsamer, seine Resolution anzunehmen. (Scheidemann: Sehr richtig!) Dieses Sehr richtig! des Genossen Scheidemann bezeugt besser die Deduktionen des Genossen Frank, als ich es vermöchte. Ich möchte ihm gegenüber mich einer Wendung bedienen, die er selber gegenüber Scheidemann gebraucht hat: er wollte des Antragstellers wegen nicht gern der Resolution, die wir eingebracht haben, zustimmen, und war in tötlicher Verlegenheit nach seinen sonst trefflichen Ausführungen, einen Grund dafür zu finden. Er suchte nach einem Witz, um sich aus der peinlichen Situation zu retten, und da er keinen guten fand, griff er nach einem schlechten. (Große Heiterkeit.) Um seinen Quersprung zu motivieren, konstruierte er sich, daß unsere Resolution aus dem Niederbarnimer Embryo durch Dämpfung entwickelt sei. Das ist ein Irrtum. Es ist begreiflich, daß dieselben Personen in Niederbarnim, die hier mitgearbeitet haben, daß in beiden Resolutionen gleiche Wendungen wiederkehren. Es ist überhaupt sehr schwierig, über diese Frage sich so auszudrücken, daß man nicht Worte und Wendungen nimmt, die andere Leute, die im Grunde dasselbe wollen, auch schon gebraucht haben. Aber es ist nicht etwa die Niederbarnimer Resolution genommen und dann irgendwie gedämpft oder geändert, sondern nach einer Aussprache haben einige Genossen die Ausarbeitung dieses Dinges übernommen und die Genossin Luxemburg ist ganz unschuldig an dem, was sie eine Dämpfung nennen. Es ist gar keine Dämpfung beabsichtigt, es sind nur im Zusammenhang, im logischen Aufbau vielleicht andere Wendungen für denselben Gedanken gebraucht worden. Ich mußte darauf eingehen, da die ganzen Versuche des Genossen Frank, seine Ablehnung unserer Resolution zu motivieren, ausschließlich auf dieser völlig künstlich konstruierten Behauptung basieren.

Es ist in der Hauptsache meine Absicht, auf einen Gesichtspunkt Ihre Aufmerksamkeit zu lenken. Ich sehe ab von der Erörterung von Aeußerungen einzelner Personen in der Presse und Versammlungen; es läßt sich natürlich kritisch gegen einzelne solcher Aeußerungen immer etwas sagen. Aber das trifft nicht den Kern der Sache. Was ist denn letzten Endes der Grund, daß wir überhaupt jetzt in dieser Zeit, in diesem Jahre, dazu gedrängt werden, einen energischen Schritt vorwärts zu gehen zu dem Mittel des Massenstreiks? Parteigenossen, dazu drängt nur das kolossale Anwachsen unserer Bewegung, das zum Ausdruck gekommen ist in den enormen Erfolgen bei den Reichstagswahlen, die den Gegnern einen Schreck in die Glieder gejagt haben, nicht weil wir 110 Männer in den Reichstag gebracht haben, sondern weil wir 4¼ Millionen Männer aufgebracht haben auf dem Kampfplatz des öffentlichen Lebens, die für die sozialistischen Ziele eintreten. Die Wirkung dieser Tatsache auf die Gegner ist die, daß sie sich enger zusammenschließen, daß auch im Parlament eine Annäherung der bürgerlichen Parteien erfolgt ist, die zusammengescheucht sind durch das bedrohliche Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung. Gerade daraus resultiert der scheinbare Widerspruch, daß die starke sozialdemokratische Fraktion an positiven Erfolgen, um diesen oft zitierten Ausdruck zu gebrauchen, im Reichstag gegenwärtig weniger erreichen kann, als zu gewissen Zeiten, wo sie schwächer gewesen ist. Wir nähern uns der Zeit, in der in Wirklichkeit der Sozialdemokratie eine geschlossene Phalanx der bürgerlichen Parteien gegenübersteht. Bei dieser Entwickelung der Partei zu ihrer gewaltigen Stärke wird es eine Aufgabe von gebieterischer Notwendigkeit auch aus dem Grunde, daß wir mit Massenaktionen einsetzen, um dadurch erst in der gegenwärtigen Lage parlamentarisch erfolgreiche Tätigkeit für uns zu ermöglichen.

Parlamentarismus und Massenaktionen sind richtig verstanden keine Widersprüche, sondern sie müssen sich gegenseitig ergänzen. (Sehr richtig!) In den Jugendzeiten der Partei, solange die Bewegung schwach ist, kann man auf Massenaktionen verzichten. Da kann die parlamentarische Kritik allein die Wirkung ausüben, die Bewegung vorwärts zu treiben und zu festigen, was heute nur noch durch große Erfolge erreicht werden kann. Wir lassen es nicht fehlen an parlamentarischer Kritik, und Sie werden mir aufs Wort

glauben, wenn ich sage, daß ich der Allerletzte bin, der die parlamentarische Kritik unterschätzt. Es ist mir sogar von Parteigenossen schon vorgeworfen, daß ich die Gegner, Minister und Generäle, zu scharf angreife, indem ich sie behandle wie gewöhnliche Menschen. Gerade im Interesse der parlamentarischen Tätigkeit müssen wir zu Massenaktionen kommen. Die Zeit ist gekommen in der Partei, wo um ein Wort von Engels anzuwenden, die Quantität umschlagen muß in die Qualität. Je mehr wir der Durchsetzung unseres Endziels uns nähern, können wir nur noch durch Massenaktionen überhaupt etwas erreichen. Wenn die Gegner sich darauf verlassen können, daß die gegen die Massenaktionen gerichteten Worte von Bauer der Ansicht der Partei entsprechen, dann brauchen sie die Partei nicht zu fürchten (Sehr richtig!), dann könnten sie sich alles erlauben, dann würden wir die wunderbarsten Dinge erleben. Nur dadurch, daß den Gegnern durch unser Auftreten, durch unser Vorgehen die Ueberzeugung sich einprägt, daß es unter Umständen zu den gewaltigsten Massenaktionen, Massenstreiks und Massenkämpfen kommen wird im Fortlauf der Bewegung, nur dadurch können wir heutigentags noch einen Druck auf die gewaltig zusammengeballten Gegner ausüben. Nehmen Sie unsere Resolution an. Sie werden dadurch der Bewegung der sozialdemokratischen Partei den besten Dienst in der Gegenwart erweisen. (Lebhafter Beifall.)

Pannekoek-Bremen: Sie werden es verstehen, daß ich auf das, was Hense über meine Ausführungen in Hamburg gesagt hat, hier nicht eingehe. Ich kann um so leichter darüber hinweggehen, weil ich nächster Woche Gelegenheit habe, in Hamburg mich mit Hense darüber auseinanderzusetzen. Es ist von verschiedenen Seiten gesagt, daß die Diskussion, das Gerede über den Massenstreik zwecklos sei, er wird von selbst kommen, wenn die Verhältnisse da sind. Gewiß, er wird dann kommen, aber bei der festgegliederten Organisation, die gerade die deutsche Arbeiterklasse sich geschaffen hat und die ihre Kraft bildet, wird es ein starkes Hemmnis sein und die Bewegung erheblich schwächen, wenn innerhalb der Organisation nicht möglichste Klarheit über die Frage besteht. Und wie nötig eine Klärung über diese Frage ist, das zeigt gerade eine Aeußerung von Scheidemann, eine Aeußerung, die man zwar öfter in Versammlungen hört, aber über die man sich wundern muß, wenn man sie hier aus dem Munde eines Mitgliedes des Parteivorstandes erfährt. Scheidemann hat als Vorwurf gegen uns gesagt: Um die Massen für das allgemeine Wahlrecht zu begeistern, setzt man zuerst den Parlamentarismus herab. Das erscheint dem Genossen Scheidemann als Widerspruch, daß man die Unzulänglichkeit des vom allgemeinen Wahlrecht gewählten Reichstags betont und dennoch das allgemeine Wahlrecht für den preußischen Landtag erobern will. Dieser Widerspruch ist nur scheinbar. Die Macht des Reichstags wird beschränkt durch den Bundesrat, der als selbständige Macht neben ihm steht und über die Machtmittel des Staates verfügt. Der Bundesrat aber ist die preußische Regierung, und sie stützt sich auf das Dreiklassenhaus. Bestände für den preußischen Landtag das allgemeine Wahlrecht, dann wäre die Regierung viel machtloser gegenüber dem Reichstag. Der Kampf für das preußische Wahlrecht ist also ein Kampf für die Macht des Reichstags. Daraus ergibt sich, daß erst durch Massenaktionen, die imstande sind, für Preußen das Wahlrecht zu erobern, der Wert des Parlamentarismus verwirklicht werden kann.

Wichtiger ist noch eine andere Aeußerung Scheidemanns. Er hat betont, daß wir noch eine Minderheit sind und daß unser demokratisches Empfinden sich dagegen sträuben müsse, daß wir als Minderheit unseren Willen der

Mehrheit aufdrängen. Damit wären wir wieder angelangt auf dem Standpunkt der Diskussion in 1903, als die Frage international diskutiert wurde: solange man eine Minderheit ist, ist der Massenstreik nicht möglich, und sobald man eine Mehrheit ist, ist er nicht mehr nötig.

Wie liegt die Sache? Ziele für Massenaktionen sind immer nur solche, die direktes Interesse für die Mehrheit der Bevölkerung haben; nicht in dem Sinne, wie auch der Sozialismus ein Interesse der Mehrheit ist, sondern in dem Sinne, daß die Massen selbst dieses Interesse empfinden. So etwas ist das allgemeine Wahlrecht, die Verhinderung eines Krieges, die Verhinderung neuer Wucherzölle. Das sozialdemokratische Proletariat kann in solchen Fällen ruhig zu Massenaktionen greifen in dem Bewußtsein, daß es sicher die Mehrheit der Bevölkerung mitbekommt, wenn diese nur erst genügend aufgerüttelt ist. Auch Scheidemann hat gesagt, daß wir bei einer solchen Aktion sicher drei Viertel des deutschen Volkes hinter uns haben. Damit hat Scheidemann den bündigsten Beweis geliefert, daß die Resolution des Parteivorstandes unhaltbar ist. Denn dort steht im Schlußsatz, daß der politische Massenstreik nur ausgeführt werden kann von klassenbewußten Massen, die für die letzten Ziele des Sozialismus begeistert sind. Das ist absolut unrichtig; wäre es richtig, dann könnte man bei einer solchen Massenaktion auch sofort den Sozialismus selbst als Ziel aufstellen. Das wäre nichts als die alte katastrophale Auffassung, daß wir mit einer großen Aktion den Sozialismus erobern müssen. Dieser Schlußsatz bedeutet, daß ein Massenstreik nur für das allgemeine Wahlrecht unmöglich ist. Wenn weiter gefordert wird die volle Uebereinstimmung aller Instanzen bei der Durchführung eines Massenstreiks, so bedeutet das, daß der Massenstreik nie stattfinden wird. Daher ist die Resolution des Parteivorstandes unannehmbar. Nehmen Sie also unseren Abänderungsantrag an. (Bravo!)

Dr. David: Die Diskussion hat durch die Ausführungen **Franks** eine Wendung bekommen, die sie vorher nicht hatte. Sie ist aus der Sphäre der prinzipiellen Diskussion in die Sphäre der aktuellen getreten. Die Frage lautet nicht mehr: sind wir im Prinzip dafür, daß unter gegebenen Umständen auch einmal das Mittel des Massenstreiks zur Anwendung zu bringen hätten. Sondern die Frage lautet jetzt: sind wir entschlossen, in der Frage des preußischen Landtagswahlrechts zum Massenstreik zu greifen? Damit hat die Frage ein ganz anderes Gesicht bekommen. In der prinzipiellen Frage waren wir einig. Auf dieser Einigung beruhen die Beschlüsse von Jena und Mannheim. Diese Einigung wurde wiederum durch die Resolution des Parteivorstandes dokumentiert. In der Frage der aktuellen Anwendung des Massenstreiks in Sachen des preußischen Wahlrechts sind wir nicht einig.

Auch ich teile nicht die Auffassung Bauers, daß die preußische Landtagswahlreform eine Frage sekundärer Bedeutung sei. (Sehr richtig!) Auch ich bin der Meinung, daß das die Zentralfrage der innerdeutschen Politik ist. (Sehr richtig!) Wenn ich nun der Meinung wäre, wie Frank, daß diese Zentralfrage nur durch das Mittel des Massenstreiks in unserem Sinne gelöst werden könnte, so würde ich an seine Seite treten und für den Massenstreik eintreten. Da ich aber die tiefe Ueberzeugung habe, daß das nicht der Fall ist, daß der Massenstreik in Preußen zu diesem Zweck in den nächsten Jahren — und wir müßten doch eine sichtbare Zeit stecken — nicht zur Eroberung des preußischen Wahlrechts, sondern zu einer furchtbaren Katastrophe für die moderne Arbeiterbewegung führen würde, deshalb erhebe ich die Stimme, um Sie vor diesem Wege zu warnen. Es ist ein Wahnglaube, daß man mit diesem Mittel den preußischen Militär- und Polizeistaat aus den

Angeln heben könne. Soweit sind wir noch nicht. Wir sind eine Minderheitspartei in Preußen wie in Deutschland. Nicht auf unserer Seite stehen die größeren Massen, die stehen noch drüben im gegnerischen Lager. (Hört! hört!) Wir sind stolz auf unsere 4¼ Millionen Stimmen. Gewiß, aber die Gegner haben 8 Millionen Stimmen. Meinen Sie, das wären lauter Kapitalisten? Davon sind Kapitalisten und kapitalistisch Interessierte sicherlich noch keine 2 Millionen. Ich greife hoch. Die anderen 6 Millionen, und das sind mehr wie wir, die gehören der arbeitenden Volksmasse an, und die stehen gegen uns. (Hört! hört!) Der Massenstreik ist unmöglich für absehbare Zeit, weil die Massen dagegen sind. Auch auf der Straße können wir als eine Minderheit gegen eine Mehrheit nichts ausrichten. Und die Mehrheit auf der anderen Seite ist besser organisiert als wir. Sie hat den Polizeiapparat und die Militärmaschinerie auf ihrer Seite. Ihr sind wir nicht gewachsen. Es sei denn, daß wir erst zur Mehrheitspartei im Deutschen Reiche und in Preußen würden. Dazu braucht es aber noch Zeit und viel Arbeit. Und darum ist die Aufrührung der aktuellen Frage, ob wir einen Massenstreik inszenieren sollen zur Eroberung des preußischen Wahlrechts, das Verkehrteste, was wir tun können.

Freilich, diejenigen, die auf dem Standpunkt der Taktik von Rosa Luxemburg stehen, können dem Gedanken einer solchen Massenbewegung mit Seelenruhe gegenüberstehen. Wer der Meinung ist, daß man unsere Armee durch blutige Niederlagen an einen zukünftigen Sieg gewöhnen müßte, der mag diese Taktik verfolgen. Das ist die Taktik, die den Massenstreik als Einleitung zu einer Kette von Revolten ansieht, die es als eine, wenn auch nicht beabsichtigte, so doch unvermeidliche Folge ansieht, daß die streikenden Arbeiter in Konflikte geraten. Und das wäre in der Tat die unvermeidliche Folge, solange wir nicht den Massen, die auf die Straße gehen, die nötige Munition mitgeben können, nicht eine Munition im Sinne des Militarismus, sondern den wirtschaftlichen Rückhalt, daß sie mindestens zwei bis drei Wochen ohne Arbeitsverdienst ihr Leben fristen können. Was für den Kampf im militärischen Sinne das Pulver ist, das ist für den Kampf in Sachen der Arbeitsverweigerung das Brot. (Sehr richtig!) Ehe wir die Brotfrage nicht gelöst haben, ehe Sie nicht die Garantie geschaffen haben, daß die Arbeiter in der Zeit des Ausstandes ruhig spazieren gehen können, solange ist unsere Armee nicht imstande, den Massenstreik siegreich durchzuführen. Zwei Gefahren würden mit dem Hunger auftauchen: die panikartige Flucht zurück zu den Werkstätten oder die Hungerrevolte. Und das ist es ja, worauf unsere schlimmsten Gegner, die Heydebrand und Genossen, warten, daß es bald einmal „hart auf hart geht".

Das ist die Taktik, die die Genossin Luxemburg auch beim Zarenbesuch empfohlen hat. Sie hat ihre in Niederbarnim gesprochenen Worte heute abzuschwächen gesucht, sie hat gemeint, man habe nicht einmal eine kleine Gegendemonstration, eine Protestversammlung, einen scharfen Leitartikel gewagt. Das ist eine Verschleierung. Sie sagte damals in der Versammlung folgendes: „Vor kurzer Zeit war aus Anlaß einer Familienfeier der Blutzar in Berlin. Nicht eine Hand hat sich gerührt. Der Blutzar konnte in den Straßen Berlins in viel größerer Ruhe fahren als in Petersburg. (Hört! hört!) Wäre es nicht Pflicht der sozialdemokratischen Partei gewesen, eine Demonstration zu veranlassen, daß der Zar an seinen Aufenthalt in Berlin zeitlebens zu denken hätte und es ihm nicht noch einmal gelüsten würde, nach Berlin zu kommen?" (Hört! hört!) Das wäre wohl dadurch erreicht worden, daß die Partei eine Protestversammlung in der Hasenheide abgehalten hätte? (Heiterkeit.), oder daß ein „Vorwärts"-Leitartikel im Sinne der Rosa Luxemburg gebracht wäre? (Heiterkeit.) Dann wäre der Zar wohl in den Straßen Berlins mit einer ungeheuren inneren Unruhe umher gefahren. (Heiterkeit.) Dann hätte er wohl gesagt: Nie mehr komme ich nach Berlin, denn da machen die Sozialdemokraten Demonstrationsversammlungen in allen größeren Lokalen der Stadt. (Große Heiterkeit.) Sollten die Worte der Genossin Luxemburg diesen Sinn nicht haben? Dann frage ich: Welchen Sinn hatten sie? Da, wo die Polizei in Haufen stand, wo das Militär Spalier bildete, wo die Hunderte von Geheimpolizisten im Publikum verteilt waren, wo die Massen auf dem Damme waren, die noch nicht in unserem Lager sind, wo diese Massen gegen die Massendemonstrationen von unserer Seite gewesen wären, was wäre dort die Folge unserer Demonstration gewesen? Ich will das nicht aussprechen. Jeder, der gesunde Sinne hat, weiß das! Und auch die Genossin Luxemburg weiß es! Wer diese Taktik im Auge hat, darf freilich aufs Blinde hinaus den Massenstreik propagieren. Denn das macht „Stimmung", wenn Arbeiterblut das Pflaster färbt. Dann kommen wir „vorwärts". Einmal nur in der Geschichte sind durch akustische Effekte Mauern umgestürzt worden, in alten Jericho; und auch das wird neuerdings von der Wissenschaft bestritten. (Große Heiterkeit.) Mit Mutgeheul erobern wir die Bastionen des preußischen Polizei- und Militärstaates nicht! Und auch mit Blut setzen wir die Regimenter in Berlin nicht außer Aktion. Ich dächte, das hätten wir eigentlich längst in der Bewegung gewußt und längst unsere Taktik auf die Revolutionierung der Köpfe eingerichtet (Sehr gut!) und nicht auf Demonstrationen, die den nicht ausgesprochenen Zweck zu Zusammenstößen haben, um dadurch die nötige Stimmung zu erzeugen.

Wenn wir einmal die Frage der Arbeitsverweigerung ins Auge fassen, dann müssen wir so gerüstet sein, daß ausreichende Munition vorhanden ist. Da werden die großen Glieder der Bewegung, die politischen und wirtschaftlichen Organisationen stark genug sein müssen, auch die genossenschaftlichen. Die Genossenschaften als solche können sich natürlich nicht an einer solchen Aktion beteiligen. Aber das genossenschaftliche Blatt hat mit Recht ausgeführt: so gut wie jede öffentliche Sparkasse den Einlegern, wenn sie es in der Not verlangen, die Groschen herausgeben muß, so gut muß die Genossenschaft bereit sein, jedem einzelnen ihrer Mitglieder, wenn er in wirtschaftliche Not kommt, die ihm zustehenden Ansprüche zu leisten. Der Anschluß an die Genossenschaft ist also eine gute Rüstung, und es steht dem nichts im Wege, daß jeder Arbeiter sich diese Munition in den Tornister packt. Für die ersten zwei bis drei Wochen eines Massenstreiks dürfen die Partei- und Gewerkschaftskassen gar nicht in Anspruch genommen werden. Nur mit solcher wirtschaftlichen Rüstung ist der Sieg an unsere Fahnen zu ketten.

Wir können die politische Macht nur erobern, wenn wir die Mehrheit des Volkes für uns gewinnen. Auf diesem Wege liegt auch die Eroberung des preußischen Wahlrechts. Wir haben hier einen Ruf von neuem aufgenommen, der vor 20 Jahren zum erstenmal in Köln erscholl: Hinaus aufs Land! Wir fassen von neuem die Agrarfrage an. Nur wenn wir die Massen auch auf dem Lande für uns gewinnen, in Preußen und im Reiche, kann uns politische Macht zufallen. Dann sind wir da, wo wir sein wollen. Die Arbeit in derselben Richtung wie seither mit aller Macht fortzusetzen, und uns nicht einzulassen auf eine Taktik, die zu schweren Niederlagen führen muß, das ist unsere Pflicht. Deshalb verzweifele ich durchaus nicht, sondern sage: Auch ohne Massenstreik vorwärts zum Sieg! (Lebhafter Beifall.)

Hierauf tritt um 1 Uhr die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Ebert leitet die Verhandlungen.

Fortsetzung der Debatte über den Massenstreik.

Grumbach: Wenn wir kurz zusammenfassen, was in der bisherigen Diskussion gesagt wurde, so ist es vor allem folgendes: Niemand hat gesagt „sofort" und niemand hat gesagt „nie". Alle Redner, sowohl die, die man als Massenstreikfanatiker bezeichnet hat, wie die anderen, haben schließlich den Eindruck erweckt, daß sie sich der ungeheueren Schwierigkeiten, die gerade in Deutschland ein Massenstreik finden würde, vollauf bewußt sind. Ich habe bei keiner Rede die Empfindung gehabt, daß revolutionäre Phraseologie in allzu übertriebener Weise gebraucht wurde. Selbst dort, wo die Forderung ihre schärfste Formulierung fand, hatte ich das starke Gefühl, daß man sich sehr wohl bewußt blieb, daß es gilt, in Deutschland ungeheure Arbeit durchzuführen, ehe wir wirklich einen Massenstreik beginnen können mit der Ueberzeugung, daß irgendein Sieg moralischer oder praktischer Art dadurch errungen wird. Es gibt in dieser Frage noch so tausendfach Verschiedenes zu erörtern, daß es mir beinahe leid tut, daß dieser Parteitag schon wieder nach Mannheim und nach Jena einen neuen Beschluß fassen will. Wir müssen uns noch über gar viele Dinge klar werden, über die wir uns noch nicht klar geworden sind. Es gab eine Zeit, da wurde ein Artikel von Rudolf Hilferding, den auch die Genossin Roland-Holst in ihrem Buche über den Generalstreik zitiert, in Deutschland begrüßt, in dem erklärt wurde, daß in Deutschland der Massenstreik nur ein direkter Zusammenstoß und zwar der letzte entscheidende zwischen Bourgeoisie und Proletariat sein könne. Heute steht wohl niemand mehr auf diesem Standpunkt, denn ständen wir noch darauf, dann allerdings wäre es ein Verbrechen, jetzt schon in die aktive Propaganda für den Massenstreik eintreten zu wollen. Die ernsten Mahnungen Dr. Davids waren an sich tief berechtigt, wenn ich auch seinen allzuweit nach rechts gehenden Schlußfolgerungen nicht beipflichte. Diese ernsten Mahnungen tragen aber alle in sich, auch diejenigen, die in dieser Frage auf der äußersten Linken stehen. Wir sehen sicher alle ein, daß der Massenstreik eventuell ein Mittel sein kann, um Reformen durchzubringen. Hüten wir uns aber, zu rasch vorgehen zu wollen. Wir haben die Erfahrungen anderer Länder, die wir nicht vergessen dürfen. Nun klingt es zweifellos direkt ironisch, wenn man in Deutschland ruft: „Hüten wir uns, zu rasch vorzugehen!" Wir gelten in den Augen der Bruderparteien anderer Länder dafür, daß wir zu schwerfällig sind, daß unsere Partei einem gewaltigen Dynamo gleicht, dessen elektrischer Strom immer nur in sich selbst herumsurrt, statt nach außen zu gehen. Ich glaube, die Ansicht ist falsch. Wäre es aber so, so hätten wir bisher Veranlassung gehabt darüber glücklich zu sein. Wir müssen achtgeben, daß wir diesen Strom der Energie nicht zu früh und nicht zu stark loslassen, damit er keine wichtigen Leitungen verbrennt. Wir müssen darauf achten, daß wir eines der kostbarsten Güter, die wir haben, die Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften, in keiner Weise schädigen. In Frankreich ist die Spaltung zwischen Gewerkschaften und Partei u. a. gerade auch im Zusammenhang mit der Frage des Generalstreiks entstanden. Nur war es dort umgekehrt. In Frankreich wollte die Partei den Generalstreik als Tageskampfmittel nicht, aber die Gewerkschaften waren unbedingt dafür. Diese Spaltung ist die Quelle für vieles Unseliges geworden. Jetzt ist sie im Schwinden begriffen und zwar in dem Augenblick, das ist symbolisch, in dem die syndikalistischen, die nicht sozialistischen, aber freien Gewerkschaften von ihrer alten Taktik des Repetiergeneralstreiks abkommen.

Unsere Verhältnisse in Deutschland lassen sich nicht vergleichen mit denen in Frankreich. Es gibt drei Faktoren in Deutschland, die wir in Betracht ziehen müssen. Erstens die allgemeinen politisch-konstitutionellen Verhältnisse: sie sind zu unseren Ungunsten. Zweitens der persönlich-politische Charakter des einzelnen deutschen Arbeiters. Er ist zu unseren Ungunsten, wenigstens heute noch, in dem Augenblick, in dem wir schon in die Aktion eintreten möchten. In Deutschland haben selbst die gewaltigen wirtschaftlichen Umwälzungen nicht vollbracht, was in anderen Ländern auf Grund von revolutionären Ereignissen und daraus entstandenen Traditionen gelungen ist: die Revolutionierung der einzelnen Geister, in dem Sinne, daß sie nicht zum Ausdruck kommt in dieser wunderbaren Organisation, sondern in einem persönlichen politischen Selbständigkeitsgefühl, das unbedingt die Basis abgeben muß, sowohl zur wahren bürgerlichen, als vor allem zur sozialistischen Demokratie. Wir haben zu unseren Gunsten den dritten Faktor: Unsere Organisation und ihre Disziplin. Man könnte eventuell wünschen, den Massenstreik zu benutzen — fälschlicherweise nach meiner Ansicht, um die Revolutionierung der Köpfe herbeizuführen, während er doch nur das Resultat der erfolgten Revolutionierung sein dürfte und sein kann. Deshalb müssen wir vorsichtig sein, gerade weil es im Grunde niemand gibt, der diese Waffe a priori ablehnt, und weil es unsere schärfste Waffe im Tageskampfe bei außerordentlichen Gelegenheiten werden kann. Zuerst heißt es, die notwendigen Vorbedingungen zu schaffen. Natürlich muß man den Wunsch haben, daß irgend etwas geschieht, damit die Lahmheit, in der die Massen Deutschlands stecken, auf irgendeine Weise beseitigt wird: nicht die Lahmheit des Parteivorstandes, der Führer oder der Gewerkschaftsleitungen ist an ihr schuld. Wenn die Massen wirklich den Generalstreik wünschten, dann würde kein Bremsen von oben helfen. Das hat das belgische Beispiel gezeigt. Es gilt daher, die Massen reif zu machen, um es zu ermöglichen, in Preußen möglichst bald eine Umwälzung herbeizuführen durch die Verwirklichung der preußischen Wahlreform. Wir müssen es uns hundertfach überlegen, ehe wir das Schwert des Massenstreiks ziehen, aber wenn wir es ziehen, dann müssen wir von der Ueberzeugung durchdrungen sein, daß wir den sicheren Sieg erringen können. (Beifall.)

Schumann-Berlin: Wer die bisherige Diskussion genau verfolgt hat, der ist sicherlich erstaunt über die völlige Verkennung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation, sowie des gesamten Kräfteverhältnisses der sich in Preußen-Deutschland gegenüberstehenden Parteigruppen, die in den Reden der Befürworter des Massenstreiks zum Ausdruck gekommen ist. Aus der Art, wie manche Genossen sich geäußert haben, geht hervor, daß sie sich recht wenig Mühe gegeben haben, den Arbeiter, auch den organisierten Arbeiter genau kennen zu lernen, daß sie recht wenig Kenntnis haben von den Schwierigkeiten, die sich unserer organisatorischen Arbeit entgegenstellen. Die Massenstreikdiskussion ist erst in die Massen hineingetragen worden. Frank versuchte die Notwendigkeit der Behandlung dieser Frage aus der Mutlosigkeit zu erklären, die sich der organisierten Arbeiterschaft nach seiner Ansicht bemächtigt habe. Ich habe von einer so umfassenden allgemeinen Mutlosigkeit nichts verspürt, obgleich ich mit den Arbeitern in engster Fühlung bei den wirtschaftlichen Kämpfen stehe. Es ist nur das in Erscheinung getreten, was bei jeder Krise in Erscheinung tritt, und zwar in verschärfter Form, weil unsere politischen Erfolge nicht die Wirkung gezeigt haben, die man sich versprochen hat. Wir haben das Richtige getan, indem wir den Massen auseinandersetzten, daß wir eben trotz dieser Erfolge noch nicht imstande sind, unseren Willen durchzusetzen, daß wir eben noch nicht die Macht haben,

weder auf wirtschaftlichem noch politischem Gebiete. Es ist tief bedauerlich, feststellen zu müssen, daß schon heute mit der ganzen Massenstreikdiskussion großes Unheil in den Organisationen angerichtet worden ist (Hört! hört!), weil den mißmutigen Arbeitern, die wenig verdienen, zum Teil arbeitslos sind, die Lust an der einzigen vernünftigen und Erfolg versprechenden Organisationsarbeit zum großen Teil genommen worden ist (Hört! hört!). Das sagen uns die Leute in den Versammlungen, wenn wir sie auffordern, die jetzt mehr denn je notwendige Kleinarbeit zu leisten, um unseren Organisationsgebildes über die Zeit der Krise ohne nennenswerte Opfer und ohne Rückgang hinwegzuhelfen.

Ich sage, es ist ein großer Erfolg unserer organisatorischen Arbeit, daß es uns gelungen ist, während der letzten beiden Krisen den Stand der Organisation aufrechtzuerhalten. Es verspricht das das beste für den Wiedereintritt der wirtschaftlichen Prosperitätsperiode. Was ist die Folge von Ausführungen, wie sie die Genossin Luxemburg gemacht hat, die darin gipfeln, nicht die organisierten, sondern die unorganisierten Massen würden uns gegebenenfalls zum Siege führen. Die ganz natürliche Folge muß sein, daß unsere werbenden Kräfte in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erlahmen und daß diejenigen, die noch nicht fest zu uns gehören, sagen, ja, wenn wir ein solches Allheilmittel haben, dann brauchen wir ja die ungeheure Kleinarbeit, diese Energievergeudung gar nicht, dann gehen wir eben bei und lösen die ganze Frage mit einem Schlage, hauen den Gordischen Knoten durch und brauchen uns nicht Tag für Tag von früh bis spät in den Werkstätten und auf den Arbeitsplätzen zu bemühen, die Indifferenten von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Daß Rosa Luxemburg der Meinung ist, daß die festgefügten Organisationen nicht unbedingtes Erfordernis zur Erringung von Erfolgen sind, geht aus ihrem Artikel in Nr. 49 der „Neuen Zeit" hervor, worin sie auf einen Kampf der Metallarbeiter in Hagen hinweist, wo von 20 000 kämpfenden Arbeitern rund 17 000 unorganisiert waren. Sie führt aus, daß der Kampf 17 Wochen tadellos geführt wurde und nicht nur Erfolge gebracht, sondern auch die Zahl der Organisierten verdoppelt hat. Sie spricht selbst von einer Aussperrung und ich hätte nicht geglaubt, daß sie auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes so wenig erfahren ist, um nicht zu wissen, daß die 17 000 unorganisierten Arbeiter sich wahrscheinlich gehütet hätten, in den Kampf zu treten, wenn sie nicht vom Unternehmertum durch die Aussperrung dazu gezwungen worden wären. (Sehr richtig!) Ueber solche Dummheiten der Unternehmer brauchen wir uns wirklich nicht zu ärgern. Das ist nicht nur in Hagen vorgekommen, sondern auch anderswo und manche Organisation ist eben auf Grund dieser ungeschickten Taktik der Unternehmer gewachsen. Wer den Arbeitern einzureden sucht, daß sie die festgefügten Organisationen im Kampf gegen das Unternehmertum nicht brauchen (Zuruf: Wer sagt denn das?), der versündigt sich schwer an der Arbeiterbewegung. Ob das nun wörtlich gesagt ist, darauf kommt es wenig an, es kommt darauf an, daß sich diese Tendenz wie ein roter Faden durch die Ausführungen mancher Befürworter des Massenstreiks zieht. Die Wirkungen der bisherigen Massenstreikdiskussion ist eine äußerst unangenehme und es wäre dringend zu wünschen, wenn mit diesem Parteitag der Sache ein Ende gemacht und wir uns wieder zusammenfinden würden auf der bisherigen bewährten Grundlage der unermüdlichen intensiven Agitations- und Organisationsarbeit.

Die Ausführungen von Bauer sind so gedeutet worden, als ob uns ein freies Wahlrecht in Preußen nicht des Kampfes wert erschiene. Ich möchte diese Ansicht nicht aufkommen lassen, weil wir alle wissen, wo der Widerstand gegen die freiheitliche Entwickelung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete in Deutschland liegt, weil wir alle wissen, daß Preußen der Hort der Reaktion ist. Es fragt sich nur, ob wir die preußische Wahlrechtsfrage als eine Lebensfrage betrachten müssen, und da bin ich der Meinung, wenn es auch eine wichtige Frage ist, eine Lebensfrage in dem Sinne, daß man Jahrzehnte lange Erfolge auf eine Karte setzt und einen Kampf führt, dessen Ausgang recht zweifelhaft ist, ist es nicht. Wir sind im Moment nicht so stark, um den Kampf gegen die preußische Reaktion wagen zu können, und deshalb bleibt uns nichts weiter übrig, als nach dem bisherigen Rezept dafür zu sorgen, daß die Zahl der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ständig gesteigert und dadurch die Phalanx für einen zukünftigen Kampf mehr und mehr geschlossen wird. Wenn wir diese Arbeit leisten, dann haben wir durch gleichzeitige Stärkung unserer Kassen und Entwickelung der Genossenschaften, um mit David zu reden, auch die Munition geschaffen, die wir gebrauchen, wenn es einen solchen entscheidenden Kampf gilt, dann haben wir den Erfolg vorbereitet. (Bravo!)

Klara Zetkin: Zu den Zöllnern und Sündern, die Genosse Scheidemann gestern wegen unberechtigter Kritik an den Schandpfahl angenagelt hat, gehöre auch ich. (Heiterkeit.) Zwei Aeußerungen, die er zitiert hat: die von der „greisenhaften Ermattungsstrategie" und von dem „Organisationshochmut" stammen von mir her. Ich halte sie durchaus aufrecht in dem Zusammenhang, in dem sie gefallen sind. Von der Ermattungsstrategie habe ich in einem Artikel gesprochen, und das im Zusammenhang mit der Tatsache, daß meines Erachtens die ganze geschichtliche Entwickelung in Deutschland uns allmählich zwingt, herauszugehen aus der Defensive, die nach dem Fall des Sozialistengesetzes erklärlich und vielleicht notwendig war, überzugehen zu einer kraftvollen, immer schärfer vorwärts drängenden Angriffspolitik auf der ganzen Linie, nach dem altbewährten Grundsatz: der Hieb ist die beste Verteidigung. Meines Erachtens zwingt uns die im Zeichen des Imperialismus stehende wirtschaftliche und politische Situation zu einer solchen scharfen Angriffstaktik. Nicht nur, um den Gegnern im Kampfe gewachsen zu sein, sondern auch um in immer größerem Maße die noch schlafenden Massen zu wecken, zu sammeln und zu organisieren und mit vollstem Vertrauen zu uns zu erfüllen. Es ist nicht das sanfte Säuseln einer nach Konzessionen lüsternen Politik und Taktik, das die schlafenden Massen weckt, vielmehr die schärfste proletarisch-revolutionäre Taktik, die wir anwenden müssen. (Sehr richtig!) Denn die weckt das Klassenbewußtsein und schult es dort, wo es bereits wach zu werden beginnt. Eine solche Taktik wendet die Massen immer mehr von allen bürgerlichen Parteien ab und sammelt sie um das eigene stolze Banner der Sozialdemokratie. In diesem Zusammenhang habe ich darauf hingewiesen, daß meines Erachtens sowohl der Kampf gegen Militär- und Deckungsvorlagen wie auch die preußische Wahlbewegung nicht den vollen Erfolg gebracht haben, den wir gerade auf Grund der mühe- und opferreichen Kleinarbeit erwarten durften. Von Organisationshochmut habe ich wortwörtlich so gesprochen: ich begreife nicht nur, sondern ich finde den Stolz der deutschen Arbeiterklasse auf ihre machtvollen Organisationen gerechtfertigt. Die Theorie ihres Befreiungskampfes hat sie zum größten Teil von Klassenfremden erhalten. Die Organisation dagegen ist ihr eigenes stolzes Werk. Und sie hat ihre Organisationen aufgebaut unter Mühen und Opfern, unter wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, wie sie vielleicht kaum das Proletariat anderer Länder kennt. Ich habe ferner erklärt: das Proletariat braucht notwendiger als jede andere Klasse, die empor ans Licht drängte, eine feste und umfassende Organisation. Dem Proletariat steht in seiner Gesamtheit in der bürgerlichen

Gesellschaft mit ihren Gewalten eine stärkere organisierte Macht gegenüber als anderen sozialen Klassen, die früher für ihre Befreiung kämpfen mußten. Der einzelne im Proletariat aber ist schwach. Diese Umstände bewirken, daß wir die Organisation nie genug schätzen können. Sie legen uns die Pflicht auf, bis zum letzten Atom unserer Kraft so zu arbeiten, als könnten wir den letzten Mann, als müßten wir die letzte Frau in die Organisation hineinziehen. Aber wir dürfen uns nicht entmutigen lassen, daß uns das nicht gelingt, und wir dürfen uns nicht hochmütig gegen die Unorganisierten draußen abschließen. (Unruhe.) Das dürfen wir um so weniger, weil die Krise uns immer daran erinnert, daß es nicht eine dicke Mauer ist, sondern gleichsam nur ein dünnes Blättchen Papier, was die Organisierten von den Unorganisierten trennt. Ich habe an diese Ausführungen die Mahnung geknüpft, unermüdlich an der Stärkung der Organisation zu arbeiten. Des weiteren betonte ich, trotz allem dürfe die Organisation sich nicht der Erkenntnis verschließen, daß die organisierte Elite nicht allein die schweren bevorstehenden Kämpfe siegreich durchzuführen vermöge. Sie bedürfe der freudigen, vertrauensvollen Mitwirkung der Unorganisierten. Und ich sagte dazu dieses: Bei den künftigen Massenbewegungen wird die organisierte Elite das denkende, leitende Gehirn der Bewegung sein, das feste organisatorische Rückgrat. Heißt es, die Organisation in ihrer Bedeutung unterschätzen, wenn man so spricht? Wenn man so spricht, dann nutzt man meines Dafürhaltens der Organisation mehr, als wenn man ihr rechts und links Komplimente über das bereits Erzielte macht. (Lebhafte Zustimmung.) Ich stelle fest, daß in der geschlossenen Mitgliederversammlung, in der ich das Zitierte ausführte, mit einer einzigen Ausnahme anwesende Gewerkschafts- und Parteibeamte erklärt haben, daß sie meinen Standpunkt teilen. Was würde unser Freund Scheidemann sagen, wenn ich nach seiner Methode aus seinen verschiedenen Reden, gestützt auf unvollständige Berichte, Worte herausgreifen würde und sagte: hier hat Genosse Scheidemann gesprochen als ein Verfechter der allerplattesten Opportunitätspolitik! Und morgen würde ich urteilen: Genosse Scheidemann war nach seinen Ausführungen der feurigste Verfechter einer proletarisch aggressiven Klassenpolitik! Ein Dritter würde dann vielleicht erklären: der Genosse Scheidemann ist ein ganz Schlauer, ein ganz Geschickter. Seine Hand rührt weise die Trommel der Dämpfung, aber sein Mund bläst kräftig die Revolutionsfanfare. (Große Heiterkeit.) Gerade darin stimme ich Genossen Frank zu, m. E. gilt für die Schwäche und das Wesen der Resolution des Parteivorstandes diese Charakteristik. Da wird auch unter Hinweis auf die früheren Resolutionen von Parteitagen die Revolutionstrompete geblasen, aber gleichzeitig auch die Trommel der Dämpfung kräftig gerührt. Als Genosse Frank mit Recht bemängelte, in dieser Resolution finde er nicht den Geist der Sympathie für den Massenstreik, nicht den Willen zur Tat, da antwortete Genosse Scheidemann durch einen Zwischenruf: „Das ist eben herauszukommen!" Es heißt ja, die Frauen seien besonders neugierig. So wird man mir die bescheidene, diskrete, ganz leise Frage erlauben: wie ist es denn gekommen, Genosse Scheidemann, daß aus der Resolution das herauskam, was Frank darin vermißt hat? (Sehr gut!) Man vergesse nicht, daß es sich um die Resolution handelt, die das Werk des Parteivorstandes ist, die Frucht einer Verständigung mit allen führenden Instanzen der organisierten klassenbewußten Arbeiterschaft. Nun einige Worte zu den Ausführungen der Genossen Bauer und Schumann, die insofern große Bedeutung beanspruchen müssen, als beide der Generalkommission der Gewerkschaften angehören. Genosse Bauer hat begonnen mit einem Bekenntnis zu der Vorstandsresolution, d. h. zu den Resolutionen von Jena und Mannheim, er hat aber damit geendet, den Massenstreik überhaupt abzulehnen und ihn in das Altenstübchen

zu verweisen. (Sehr wahr!) Ich stelle fest, daß das, was er hier über die Folgen des Massenstreiks in Belgien erklärt hat, den lebhaften Widerspruch der belgischen Delegierten hervorgerufen hat. (Hört! hört!) Sie haben bereits eine offizielle Erklärung gegen seine Behauptungen beim Bureau eingereicht. (Hört! hört!) Wenn Sie ferner den Bericht über den Generalstreik in Holland nachlesen — in dem Dokument, das der Parteivorstand zu unserer Information verteilen ließ —, so steht dort etwas ganz anderes, als was Genosse Bauer uns hier erzählt hat. Dort heißt es, daß die politische Entwickelung des kämpfenden Proletariats nicht unter den Folgen des Generalstreiks gelitten habe. Dort lesen wir, daß die gewerkschaftliche Bewegung durch den Streik den Anstoß erhalten hat zu einer ersprießlichen Auseinandersetzung mit den Anarchisten und zur Bildung zentralisierter Gewerkschaften. Genosse Bauer hat auch nicht die gute gesetzgeberische Folge des Generalstreiks erwähnt, von der Ankersmith berichtet. Die Arbeitsbedingungen der Eisenbahnbediensteten — die Privatangestellte sind — werden gesetzlich festgelegt. Im ganzen lautet der vorliegende holländische Bericht durchaus nicht entmutigend über die Folgen des Streiks, und er hebt seinen guten Einfluß auf die Entwickelung des Klassenbewußtseins hervor. Genosse David hat beweglich von dem Hunger der Arbeiter gesprochen. Müssen die Arbeiter in der Krisenzeit nicht unfreiwillig hungern? (Sehr wahr!) Er malte auch Blutvergießen an die Wand. Eine gut disziplinierte Organisation wird wahrhaftig auch Massenbewegungen ohne Blutvergießen durchführen können. Allein wenn die schon es anders wollen, wenn sie befinden, dann denken Sie daran, daß in 26 Jahren reichlich 10% Millionen Proletarier auf dem Schlachtfelde der Arbeit verwundet worden und daß mehr als 190 000 gefallen sind. So komme ich zu dem Schluß, lehnen Sie die Resolution des Vorstandes ab, stellen Sie sich auf den Boden der Gegenresolution unter der Losung: Vorwärts immer, rückwärts nimmer! (Lebhafter Beifall.)

Klingler-Berlin: Daß jetzt die Frage des Massenstreiks aktuell geworden ist, hat meiner Ueberzeugung nach seinen Grund darin, daß sich die Partei in den letzten Jahren viel zu sehr mit der sogenannten Gegenwartsarbeit beschäftigt hat. Die Gesamtagitation der Partei stand zu sehr unter dem Einfluß derjenigen, welche positive Arbeit verrichten und auch positive Erfolge erringen wollten. Aber diese positiven Erfolge sind leider ausgeblieben und darum der Ruf nach schärferen Kampfmitteln, nach dem Massenstreik. Was die Frage der Erringung des preußischen Wahlrechts durch den Massenstreik anlangt — Genossen, an diesen Massenstreik glaube ich einstweilen noch nicht. Jeder von Ihnen, der schon einmal in einem größeren Betriebe einen Streik vorbereitet und durchgeführt hat, wird wissen, was für Mühe, was für Arbeit notwendig ist, um die Mehrheit der Arbeiter von der Notwendigkeit einer Lohnerhöhung, einer Verkürzung der Arbeitszeit zu überzeugen. Aber viel schwerer ist es, eben diese Massen von der Notwendigkeit eines gerechten preußischen Wahlrechts zu überzeugen. (Liebknecht: Das ist falsch!) Sie dürfen versichert sein, die große Masse der Arbeiter wird, wenn wir an sie herantreten mit der Aufforderung: Ihr sollt streiken zur Erringung des Reichstagswahlrechts in Preußen, fragen: Sagt uns doch einmal, was hat denn das Reichstagswahlrecht schon gebracht, daß wir einen Kampf aufnehmen sollen, bei dem es sich um Sein oder Nichtsein handelt. So werden die Massen, die wir brauchen, um den Massenstreik zu führen, fragen. (Katzenstein: Wir können doch auch darauf antworten!) Gewiß, aber da muß gesagt werden, daß trotz des Reichstagswahlrechts dem Volke eine indirekte Steuerlast von 2 Milliarden und eine Wirtschaftspolitik aufgezwungen ist, die ihm jedes Jahr 2½ Milliarden kostet. Glauben Sie, daß für ein solches

Wahlrecht die Masse begeistert in den Kampf zieht? Ich glaube nicht daran. Man hat noch auf andere Kampfmittel hingewiesen: Austritt aus der Landeskirche, Steuerverweigerung. Nun, wie wäre es, wenn wir zur Erringung des Wahlrechts in Preußen in einen Mietestreik eintreten würden? Wenn wir einmal beschließen würden: von einem gewissen Zeitpunkt an bezahlen alle diejenigen, die ein anderes Wahlrecht wollen, keine Wohnungsmiete mehr. (Große anbauernde Heiterkeit.) Sie lachen darüber (erneute Heiterkeit), aber die Frage ist gar nicht so von der Hand zu weisen. Das wäre ein Streik, bei dem die Streikenden, je länger er dauert, um so stärker werden, und die Gegner werden immer schwächer. Ein Viertel, mindestens ein Fünftel des gesamten Arbeitsverdienstes muß für Wohnungsmiete ausgegeben werden. Wenn diese Summen dem Wirtschaftsleben entzogen werden (anbauernde Unruhe), wird das gewiß auch eine Wirkung ausüben. Es wäre das eine Frage, die einmal unsere Nationalökonomen untersuchen können. Ich bin der Meinung, daß gerade dieser Gedanke eines Mietestreiks bei dem künftigen Kampf um das Wahlrecht nicht außer acht gelassen werden darf.

Ebert: Ehe ich weiter das Wort erteile, habe ich eine Erklärung der belgischen Delegierten zur Kenntnis des Parteitags zu bringen. Sie lautet:

1. Die belgischen Gewerkschaften haben im allgemeinen an Mitgliedern infolge des Generalstreiks nichts verloren. (Hört! hört!) Die Zahlen der organisierten Arbeiter drei Monate vor und drei Monate nach dem Streik beweisen dies vollständig. Wenn man von Verlusten in gewissen Gegenden oder Organisationen spricht, so muß man auch die Gewinne in anderen Gegenden und anderen Organisationen nicht vergessen. (Hört! hört!) 100—10 ist 90, aber 90 + 10 ist wiederum 100. (Heiterkeit.)

2. Es ist unrichtig zu behaupten, daß heute die Gewerkschaften in Belgien den größten Teil ihrer finanziellen Kraft zur Unterstützung der Opfer des letzten Generalstreiks aufwenden müssen. (Hört! hört!) Die Rechnungen zur Unterstützung der Opfer sind seit mehr als zwei Monaten geschlossen. (Hört! hört!) Wie wir auch der klerikalen Presse gegenüber bewiesen haben, hat der Generalstreik die Gewerkschaften finanziell nicht gefährdet und noch weniger gelähmt. (Hört! hört!) In Brüssel allein brachte die vom „Peuple" Sonnabend abgedruckte Subskription für die ausgesperrten Wagenmacher (welche 6 Wochen ausschließlich aus der eigenen Kasse unterstützt wurden und seit mehr als drei Monaten ausgesperrt sind) mehr als 100 000 Frank an freiwilliger Unterstützung auf. Geschwächt sind also die belgischen Gewerkschaften keineswegs und sie bereiten sich zu neuen Kämpfen vor. (Hört! hört! und Bravo!)

3. Die Konflikte bei den Brüsseler ausgesperrten Wagenmachern, bei den Brüsseler ausgesperrten Hutmachern und bei den Antwerpener Metallarbeitern (deren 2000 ohne Arbeit sind, weil die Industrie schwer unter der Krise leidet) sind rein ökonomischer Natur. Die zwei ersten entstanden schon vor dem Generalstreik, und was die Metallarbeiter betrifft, so nahmen sie im Einverständnis der Arbeitgeber an dem Generalstreik teil. Es kann also von keiner Maßregelung die Rede sein.

Diese Berichtigung bedeutet keineswegs, daß die belgischen Delegierten zu deutschen Angelegenheiten irgendwie Stellung nehmen wollen. Jede Nation hat ihre eigene Taktik zu bestimmen, aber es war die Pflicht der hier anwesenden belgischen Delegierten, einer Legendenbildung über den belgischen Massenstreik entgegenzutreten. (Bravo!)

Rosde-Chemnitz: Parteigenossen, daß es noch als nützlich empfunden werden konnte, Kurse zur prinzipiellen Aufklärung von Parteitagsdelegierten zu veranstalten, habe ich bis vor wenigen Minuten nicht geglaubt. In der Beziehung bin ich eines Besseren belehrt worden. — Die Genossin Luxemburg hat vorweg die Frage gestellt, weshalb wir in dem Kampf gegen die Militärvorlage so gar keine Erfolge davon getragen hätten, und hat uns dann versichert, daß sie gewöhnt sei, auf die feinen Regungen der Volksseele aufmerksamer zu achten, als diejenigen, die anderer Meinung sind, als sie. Wenn die Genossin Luxemburg so scharf auf die Regungen der Volksseele geachtet hätte, würde sie z. B. u. a. einen sehr wichtigen Grund für die Erfolglosigkeit unseres Kampfes gegen die Militärvorlage in den außerordentlich rückständigen russischen Verhältnissen erblicken, die dazu geführt haben, daß während der Balkankriege monatelang große Heere von russischen Soldaten nicht weit von der deutschen Grenze kriegsbereit gestanden haben, und daß die Folge davon förmliche Kriegspaniken in einem großen Teil der Grenzprovinzen gewesen sind und ein rasches Zusammenraffen von Geldern auch in den Arbeiterkreisen, weil man fürchtete, jeden Tag mit Krieg überzogen zu werden. (Zuruf.) Ich stelle Tatsachen fest und rede nicht etwa für die Militärvorlage. Der Hauptgrund ist im übrigen der gewesen, daß wir leider nur ein Drittel der Wählerschaft Deutschlands bei der letzten Reichstagswahl hinter uns hatten, in Preußen sogar nur 24 Proz. Die Genossin Zetkin meinte, es fließe soviel Arbeiterblut Jahr für Jahr, daß wir vor blutigen Zusammenstößen nicht zurückzuschrecken brauchen. Ich bin allerdings der Meinung, daß, wenn es an Kopf und Kragen geht, die Arbeiterklasse auch ihr Leben, wenn es notwendig ist, in die Schanze schlagen muß. Aber das soll nicht geschehen, wie es etwa der Fall gewesen wäre, wenn die Berliner Arbeiter Unter den Linden gegangen wären, um gegen den Zarenbesuch zu demonstrieren. Nämlich, daß sie dann ruhig den Buckel hätten hinhalten müssen, damit er von Schutzmannssäbeln zerfetzt wurde. Wenn Blut fließt, ist es der deutschen Arbeiterklasse unwürdig, daß sie sich nicht zur Wehr setzen kann, und daß diese Möglichkeit, gegen Schutzmannssäbel andere Waffen anzuwenden, vorläufig nicht vorhanden ist, darüber brauche ich hier nicht weitere Ausführungen zu machen. Ich möchte das Schauspiel nicht wiederholt sehen, daß ich bei Wahlrechtsdemonstrationen sehen mußte, daß sonst aufrechte deutsche Arbeiter wie eine Schar gescheuchter Hammel haben davon laufen müssen vor Schutzleuten, die den Säbel geschwungen haben. — Die Begründer der Resolution Luxemburg rennen im übrigen mit einer ganzen Anzahl ihrer Argumente offene Türen ein. Eine grundsätzliche Ablehnung des Massenstreiks als politisches Kampfmittel erfolgt durch die deutschen Parteigenossen schon seit einer ganzen Reihe von Jahren nicht mehr. Allgemeine Uebereinstimmung herrscht darüber, daß sie zur Abwehr von Angriffen auf Volksrechte — und wir haben erfreulicherweise in Deutschland einige Rechte nicht nur zu erkämpfen, sondern auch schon zu verteidigen (Sehr richtig!) — entschlossen sind, vor den äußersten Konsequenzen nicht zurückzuschrecken. Das wissen auch unsere Gegner, zum Teil wenigstens. Der Haß gegen das Reichstagswahlrecht ist zweifellos bis weit in bürgerliche Kreise hinein außerordentlich groß, aber es war sehr charakteristisch, daß bei der Tagung des Verbandes der Industriellen ein Redner ganz offen aussprach, daß er deswegen von einem Angriff auf das Reichstagswahlrecht nichts wissen wolle, weil das die Entfesselung der Revolution in Deutschland bedeuten würde. Darüber wollen wir unsere Gegner nicht im Zweifel lassen, daß diese Auffassung des nationalliberalen Redners durchaus zutreffend ist und daß alles darangesetzt werden würde, wenn die Reaktionäre versuchen werden, eine solche Attacke zu unternehmen. (Bravo.) Die Genossin Zetkin will mehr Willen zur Tat in der deutschen Sozialdemokratie entfesseln. Andere Redner sprachen von Mangel an Offensive. Ich verstehe nicht, wie solche Vorwürfe gegen und unter deutschen

Sozialdemokraten erhoben werden können. Ist denn unsere ganze Parteibewegung etwas anderes gewesen, als eine fortgesetzte Offensive, ein fortgesetztes Vorgehen zur Tat selbst unter den allerschwierigsten Verhältnissen? Ein großer Teil der Aelteren unter uns hat diesen offensiven Geist mehr oder weniger schwer mit Nachteilen bezahlen müssen und uns da fortgesetzt damit zu öden, daß es uns an Offensive fehlt, ist eine Kränkung aller derjenigen, die bisher jahraus, jahrein ihre Kraft in den Dienst der Partei gestellt haben. — Daß die besonderen Befürworter des Massenstreiks oder diejenigen, die uns andere Bahnen in der Taktik weisen wollen, in ihren Reden gegenüber dem, was sie vorher in Versammlungen und Zeitungsartikeln zum Ausdruck gebracht haben, eine Dämpfung vorgenommen haben, darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Ich erinnere an die Artikel Liebknechts im „Vorwärts", aus denen gar nichts anderes gefolgert werden konnte, als die Propagierung der Idee, daß in sehr kurzer Zeit losgeschlagen werden könne. Dagegen Stellung zu nehmen, ist nach meiner Ueberzeugung eine Pflicht aller derjenigen, die auf Grund jahrzehntelanger Arbeit gründlich Gelegenheit gehabt haben, die deutschen Verhältnisse und auch die deutsche Volksseele kennen zu lernen. — Die Erfahrungen, die in anderen Ländern bisher mit dem Massenstreik gemacht worden sind, locken uns nicht. Ganz mit Recht haben die belgischen Genossen in ihrer Erklärung gesagt, daß sie es ablehnen, sich in deutsche Verhältnisse einzumischen. Daher vermeide ich es, mich mit der belgischen Erklärung zu beschäftigen. Ich will nur der Anschauung Ausdruck geben, daß sie reichlich vorsichtig abgetönt worden ist. Notwendig war, daß in der Debatte auch klargestellt wurde, um welche Dinge denn eigentlich ein Massenstreik in Deutschland propagiert werden soll. In einer ganzen Anzahl von Preßauslassungen ist nicht nur von dem Kampf um das preußische Wahlrecht die Rede gewesen, sondern auch darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, den Massenstreik zu propagieren, um rascher wirtschaftliche Vorteile für die Arbeiter herauszuholen. Der Vergleich zwischen den Massenstreiks anderer Länder und dem, den wir erstreben, ist nicht angebracht. In Belgien haben die Genossen gekämpft um die Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für ihr Land. Dies Wahlrecht haben wir. Es haften ihm noch eine Anzahl Mängel an, aber die Grundforderungen auf dem Gebiete des Wahlrechts sind in Deutschland durchgeführt. Das macht erklärlich, daß die ganze Stimmung des Volkes, daß die Voraussetzungen für die Führung eines politischen Massenstreiks zum Zweck der Erringung eines anderen Wahlrechts in einem Einzellandtag anders ist, anders sein muß als in anderen Ländern. Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß vorläufig noch das Reichstagswahlrecht für eine große Menge von Leuten das große Ventil ist, durch das die Unzufriedenheit, die Empörung abzieht, so daß die Stimmung für einen großen Massenstreik nicht vorhanden ist. Soviel wie die Genossin Luxemburg komme ich auch in Deutschland herum und nehme Gelegenheit, die Kenntnis der Volksseele, die ich als Proletarierjunge und Arbeiter jahrzehntelang habe sammeln können, immer wieder aufzufrischen. Ich kann mir nicht denken, daß ausgerechnet in den Versammlungen, in die ich komme, eine so ganz andere Stimmung sein soll, als sie Genossin Luxemburg beobachtet hat. Tatsache ist, daß das Interesse für die preußischen Landtagswahlen in breiten Bevölkerungskreisen außerordentlich gering ist, und daß noch sehr breite Kreise der Arbeiterschaft wenig Neigung zeigen, sich für eine Aenderung des Landtagswahlrechts Hals über Kopf in schwere Kämpfe zu begeben. Daß diese Stimmung, die wir beklagen, nicht anders ist, ist ja auch ganz erklärlich. Liebknecht sprach davon, daß er nicht rasch umlernen könne. Er ist ein hochgebildeter Mann von großer geistiger Regsamkeit. Die Millionen Arbeiter lernen natürlich viel schwerer um. Ein schärferes Umlernen kann ja

gar nicht von der deutschen Arbeiterklasse gefordert werden, der man noch vor gar nicht langer Zeit immer wieder die Neigung für die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen dämpfte, der man sagte, man solle den Landtag verfaulen lassen, während man ihr heute klarmachen will, daß sie sich unter Darbringung kolossaler Opfer für die Erringung eines anderen Wahlrechts ins Zeug legen muß. Darin sind wir absolut einig, daß wir es notwendig haben, einen weiteren Ausbau der Organisation und Agitation zu betreiben mit höchster Begeisterung und stärkster Willensanstrengung. Aber ich behaupte, das ist bisher schon geschehen. Wenn uns die Massenstreikanhänger nichts weiteres empfehlen wollen, dann haben sie, wie gesagt, im Grunde nur offene Türen eingerannt.

Berten-Düsseldorf: Der Parteitag für den Niederrheinischen Agitationsbezirk hat am 28. Juni d. J. eine Resolution zur Frage des politischen Massenstreiks angenommen, die die Erwartung ausspricht, daß der Parteivorstand mit der Generalkommission in Verbindung treten soll, um eine die Propagierung des Massenstreiks betreffende Entschließung dem allgemeinen deutschen Parteitage vorzulegen. Die erste Erwartung des niederrheinischen Parteitages ist ja nach den Ausführungen Scheidemanns in Erfüllung gegangen. Es ist hier erklärt worden, daß der Parteivorstand in dieser Frage in Uebereinstimmung mit allen in Betracht kommenden Faktoren handele. Aber die zweite Forderung, daß die Frage des politischen Massenstreiks propagiert werden soll, ist nicht erfüllt worden. Scheidemann hat ausdrücklich erklärt, daß er es für das beste halte, wenn diese Frage möglichst wenig diskutiert werde. Mit der Forderung der Propagierung des politischen Massenstreiks kann sich diese Erklärung Scheidemanns freilich nicht decken. Nach der Begründung Scheidemanns für die Resolution des Parteivorstandes ist der Parteivorstand praktisch auf dem Standpunkt angekommen, den der Kölner Gewerkschaftskongreß vertreten hat, der ebenfalls die Frage in dem Sinne behandlet hat, daß möglichst wenig von politischen Massenstreiks gesprochen werde und daß eine Propagierung des politischen Massenstreiks unterbleiben müsse. Wir sind aber der Meinung, daß, wenn man ein Kampfmittel verwenden will, das die Beteiligung der Massen zur Voraussetzung hat, die Diskussion darüber nicht unterbunden werden darf. Gerade auch vom Standpunkt derjenigen Genossen, die in dieser Frage eine zurückhaltende Stellung einnehmen, ist die Diskussion des politischen Massenstreiks erforderlich, da nur hierbei die Schwierigkeiten aufgezeigt werden können, die einer Anwendung dieses Kampfmittels im Wege stehen, und die Notwendigkeit der Stärkung der Organisation betont werden kann. — Man ist im Irrtum, wenn man glaubt, daß die neuerliche Diskussion über den Massenstreik das Werk einzelner Personen sei. Bei uns wurde gerade von den Fabrik- und Werkstättenarbeitern die Behandlung dieses Themas verlangt. Ich wurde überrascht von der Begeisterung für den Massenstreik bei Genossen, von denen ich es am wenigsten erwartet hätte. Wenn man diese Zeichen sieht, dann kann man sich diesem Verlangen nicht entgegenstellen. Die organisierten Arbeiter verlangen eine verschärfte Aktion. Dann darf man sie nicht mit nichtssagenden Resolutionen hinhalten. Für die Arbeiter handelt es sich dabei um mehr als das preußische Wahlrecht: um die Erringung der politischen Gleichberechtigung, der politischen Macht, um die Niederringung des Kapitalismus im allgemeinen. Wir müssen den Arbeitern zeigen, welch wichtige Etappe die Erringung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen auf dem Wege der Niederringung des Kapitals ist. Es ist schädlich, diese Aeußerungen der Parteigenossen zu unterbinden, ihnen den Mund verbieten zu wollen.

Eine solche Haltung wird nur verständlich, wenn man die Frage von dem Gesichtspunkt aus betrachtet, daß jede Aktion von den Führern sorg-

fältig vorbereitet werden muß. Es scheint, als ob der Parteivorstand von der Generalkommission beeinflußt worden ist. Es ist charakteristisch, daß hier aus dem Munde Scheidemanns als offizielle Meinung des Parteivorstandes dringend gewarnt worden ist, allzuviel im radikalen Sinne über den Massenstreik zu diskutieren, damit nicht das Vertrauen zu den Führern erschüttert werde. In Magdeburg wurde von einem Mitgliede des Parteivorstandes gesprochen von einem gesunden Mißtrauen der Massen gegen die Führer. Ich will mich weder für die eine noch für die andere Fassung wörtlich erklären. Ich möchte es aber als einen großen Unfug bezeichnen, wenn man jede Kritik, die an den Führern geübt wird, als einen Versuch hinstellt, die Massen gegen die Führer aufzuhetzen. Auch die Führer stehen nicht über der Kritik. Es ist eine Ueberempfindlichkeit, wenn bei jedem scharfen Worte derartige Unterstellungen gemacht werden. David hat in grellen Farben die Gefahren des Massenstreiks gemalt. Wenn man seinen Kassandrarufen folgen wollte, dann wären überhaupt keine wirtschaftlichen oder politischen Kämpfe mehr möglich. Ich erinnere an die Vorgänge in Moabit und im Ruhrrevier, wo bei wirtschaftlichen Kämpfen die militärische Macht aufgeboten worden ist. Nehmen Sie die Resolution Luxemburg an, sie ist die einzige, die Konsequenzen zieht. (Bravo!)

Silberschmidt-Berlin: Die Ausführungen meines Kollegen Bauer lassen den Schluß zu, als ob er und die Freunde, die ihm nahe stehen, die Erringung des Wahlrechts für Preußen nicht sehr hoch bewerten. Ich bin zu der Erklärung ermächtigt, daß Bauer diese Auffassung durchaus nicht hat, sondern daß er genau so, wie wir alle, die Erringung des Wahlrechts für Preußen als eine der wichtigsten und nächsten Aufgaben ansieht. Er steht allerdings nicht auf dem Standpunkt, daß man wegen dieser Frage in sehr zweifelhaften Fällen die ganze Arbeiterbewegung aufs Spiel setzen soll. Weiter geht aus den Ausführungen von Genossin Zetkin und aus der Erklärung der belgischen Genossen hervor, daß die Auffassung von Bauer, die sich auf Mitteilungen stützt, die ihm aus Belgien gekommen sind, nicht richtig ist. Es verbietet mir die Sympathie für unsere internationalen Freunde, an ihrer Erklärung Kritik zu üben, aber die Form der Erklärungen in Verbindung mit dem, was uns mitgeteilt ist, muß dem objektiven Beurteiler doch sagen, daß die Auffassungen über die Ergebnisse bei den Nächstbeteiligten recht verschieden sind. (Sehr richtig! — Anseele: Nein!) Auch über die Erfolge unserer Massenstreiks in Holland und in Schweden herrschen unter denen, die sich sehr eingehend um die Verhältnisse kümmern müssen, sehr verschiedene Ansichten, und wir können sehr wohl auch für die der Genossin Zetkin entgegengesetzte Ansicht Beweise bringen. Noch heute gibt es in Holland Organisationen, die für die Durchsetzung eines Massenstreiks in allererster Linie in Betracht kommen und die nach den vorhergehenden Streiks zur Machtlosigkeit verdammt sind. (Oho.) Bei der Kürze der Zeit kann ich nicht mehr darauf eingehen. Mit aller Entschiedenheit muß ich mich gegen die Darstellung der Genossin Zetkin wenden, es klinge aus den Worten der Redner der gewerkschaftlichen Richtung der Gedanke heraus, daß ihre Erklärungen für den politischen Massenstreik mehr platonischer Art seien. Nein, nachdem die Partei in Mannheim und Jena den Massenstreik diskutiert, und nachdem die Partei dieses Kampfmittel in ihr Waffenarsenal aufgenommen hat, ist der Parteitagsbeschluß für alle maßgebend, die dieser Partei angehören, und ich glaube, wir alle hier auf dem Parteitag stehen einmütig zu den Beschlüssen von Mannheim und Jena. Die deutsche Arbeiterschaft ist einig, daß im Falle der Not und Gefahr das Mittel des Massenstreiks nicht etwa ein Prunkstück im Silberschrank bleiben darf, sondern daß es zu gegebener Zeit auch seine Anwendung findet. (Bravo!) Worüber wir uns streiten, ist, ob die gegenwärtige Diskussion angebracht und notwendig war. Darüber dürfte wohl kein Zweifel mehr bestehen, daß es nichts unzeitgemäßeres gegeben hat, als in diesem Moment diese Frage so zu diskutieren, als ob sie im Mittelpunkt unserer politischen Aufgaben stände, als ob es sich im nächsten Moment darum handelte, den Massenstreik anzuwenden oder nicht. Wie verschiedene Auffassungen darüber herrschen, das sieht man, wenn man unsere Hohepriester und Schriftgelehrten gehört hat. Es gibt drei Richtungen. Die einen sagen aus dem Gefühl der Ohnmacht und Bangigkeit heraus: da der Mitgliederschwund eintritt, da uns das Ergebnis der preußischen Landtagswahlen nicht befriedigt hat, sind alle unsere Kampfmittel erschöpft; was sollen wir nun tun im Augenblick der Gefahr? Her mit dem Massenstreik als letztem Mittel, um die Menge zu begeistern und zusammenzuhalten! Die zweite Gruppe sagt: die Diskussion soll nur den Zweck haben, den Massenstreik vorzubereiten und die Massen zu erziehen. Aber dann kommt als dritte sofort unsere liebe Freundin Rosa Luxemburg und sagt: nein, die Diskussion darf nicht so aufgefaßt werden, als ob es sich darum dreht, jetzt die Massen zu erziehen, der Zweck muß vielmehr die Erziehung der Sozialdemokratie zur politischen Offensive sein. Nicht Vorbereitung des Massenstreiks ist die Aufgabe der Diskussion, sondern die Vorbereitung zur Tauglichkeit unserer Organisationen für die großen politischen Kämpfe überhaupt.

Die erste Ansicht, die geboren ist aus dem Gefühl der Schwäche und Ohnmacht, zu widerlegen, dazu glaube ich die Zeit des Parteitages nicht mehr benutzen zu dürfen. Die Ansicht aber, als ob wir die Massen mittels der Organisationen für den politischen Massenstreik zu erziehen haben, die erscheint mir aus der Praxis — ich habe im Leben doch auch schon mit Vorbereitungen von Bewegungen etwas zu tun gehabt — vollständig irrig. Wenn uns eine Frage jahrelang vorher beschäftigt hat, ohne daß wir vor konkrete Tatsachen gestellt waren, wenn uns nicht das eherne Maß zur Stellungnahme zwang, dann hat es bisher, solange der Augenblick zum Losschlagen nicht gekommen war, nur Streit und unangenehme Diskussionen gegeben. Solange wir keinen praktischen Untergrund hatten, führte das höchstens dazu, daß sich die leitenden Kollegen und Genossen Liebenswürdigkeiten oder vielmehr wenig Liebenswürdiges an den Kopf warfen. (Sehr richtig!)

Wäre unsere deutsche Arbeiterbewegung nicht imstande, in einem Zeitabschnitt von wenigen Monaten, sobald sie vor das eherne Muß gestellt sein wird, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, dann wäre es schlimm bestellt um diese Arbeiterbewegung. (Sehr richtig!) Im Augenblick der Gefahr haben wir in allen Lagen, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis, jederzeit den richtigen Weg gefunden, den wir einzuschlagen hatten. Wir sollen uns also vorher nicht mit unnützen Diskussionen aufhalten, die nicht an konkrete Tatsachen anknüpfen, sondern nur Verwirrung in die Menge tragen und von der unerläßlichen dauernden Aufklärungs- und Organisationsarbeit ablenken. Die Verwirrung können sie beobachten, wenn sie Arbeiter draußen fragen, was sie unter der Diskussion über den Massenstreik verstehen. Alle die Befürworter dieser Aktion reterieren jetzt mit Eleganz auf den bequemen Standpunkt, daß sie gar nicht daran dächten, jetzt schon einen solchen Kampf vorbereiten zu wollen. Fragen Sie aber einmal, ob die Massen das auch so verstanden haben. (Sehr gut!) Diese Massen sind durch die Diskussion verwirrt und beunruhigt worden. Den gewünschten Erfolg hat diese Diskussion durchaus nicht gehabt. Keiner von uns ist dagegen, daß nicht je nach Bedürfnissen in den Organisationen auch Vorträge über den Massenstreik gehalten werden können, wogegen man sich aber wenden muß, ist, daß

die Frage als die nächste politische Aufgabe in den Mittelpunkt der Bewegung gestellt wird. Zur Kennzeichnung unserer Stellung zum politischen Massenstreik reichen die Resolutionen von Mannheim und Jena vollkommen aus, wenn es aber nicht ohne eine neue Resolution abgeht, dann ist schon die Resolution des Parteivorstandes diejenige, die der gegebenen Situation am meisten entspricht. Sie hat noch das gute, daß sie klar ausspricht, daß wir einen Massenstreik im syndikalistischen Sinne nicht haben wollen und daß es organisierte Kämpfe sein sollen, die auch zu diesem Zwecke geführt werden. Bei der kurzen Redefrist ist es mir nicht möglich, noch ein Wort gegen die Art auszusprechen, wie im Laufe der Diskussion viele Hunderte treuer Arbeiter in der Stellung von Funktionären oder Gewerkschaftsbeamten auf das schmählichste angegriffen worden sind. (Unruhe.) Sie wurden angegriffen, nicht weil sie zuviel geredet hätten, sondern weil man ihnen das Wenigreden übelgenommen hat. Ich bitte Sie, lesen Sie Bebels Aussprüche, die er anläßlich eines großen Berliner Bauarbeiterstreiks über die Verantwortung der Führer gemacht hat, dann urteilen Sie darüber, ob die Personen mit Verantwortlichkeitsgefühl der Partei in diesem Falle nicht mehr gedient haben als die, welche diese unzeitgemäße Diskussion heraufbeschworen und geführt haben. (Beifall.)

Dr. **Laufenberg**-Hamburg: Es ist zweifellos, daß sich in der politischen Konstellation gewisse Verschiebungen vollziehen, daß vor allem zwischen den Liberalen und dem Zentrum sich eine nähere Waffenbrüderschaft anbahnt. Wenn dies im Sinne der Entwickelung des deutschen Liberalismus liegen mag, so liegt es allerdings nicht im Sinne der bisherigen Entwickelung des Zentrums, das groß geworden ist durch den scharfen Kampf gegen den Liberalismus. Andererseits fangen die Vertreter der sogenannten kartellierten Industrien, die bisher in der nationalliberalen Fraktion den Ton angegeben haben, an, sich von den Nationalliberalen abzuwenden, weil sie andere Wege der Beeinflussung der Regierung sich geschaffen haben, als den bisherigen parlamentarischen Weg. Die Verschiebung, die sich hier im deutschen Parteileben anbahnt, wird von tiefgreifenden Folgen sein. Inwieweit hieraus sich die Notwendigkeit ergibt, zu schärferen Massenaktionen zu kommen, zu einer agressiveren Politik, das kann ich in der kurzen Redezeit nicht darlegen. Aber wenn ich die Frage, ob wir zu einer aggressiveren Politik kommen müssen, mit einem offenen Ja beantworte, so kann ich mich auf der anderen Seite nicht dafür erklären, daß der Ausgangspunkt dieser schärferen Politik die Frage des preußischen Wahlrechts sein soll. Diese Frage wirft unmittelbar die Machtfrage im Reiche auf. Die Stellung des Bundesrats ist im wesentlichen bedingt durch die preußische Verfassung und wer die Wahlrechtsfrage in Preußen aufwirft, der wirft damit nach meiner Ueberzeugung die Frage der Reichsverfassung überhaupt auf. Die Forderung der preußischen Wahlrechtsänderung ist nichts anderes als die Forderung der Umwälzung der Reichsverfassung. Man spricht von der Unzufriedenheit der Massen. Sie ist zweifellos vorhanden, aber man wird bei der Frage, ob daran die Führer die Schuld tragen, zum mindesten vorsichtig urteilen müssen. Die Unzufriedenheit der Massen im gegenwärtigen Augenblick kommt daher, daß Not, Hunger und Elend unter den Massen im Wachstum begriffen sind. Gerade deshalb ist mir die Stellung der Vertreter der Gewerkschaften zur Massenstreikfrage nicht recht verständlich. Ihre Vertreter, die dazu gesprochen haben, fassen die Sache so auf, als ob der politische Streik in meilenweiter Ferne läge. Liegen denn die Dinge nicht so, daß die gewerkschaftlichen Kämpfe in Deutschland mehr und mehr Kämpfe gegen geschlossene kartellierte Industrien werden? Bei der größeren Ausdehnung dieser Kämpfe gewinnen sie auch immer mehr politischen Charakter und bei vielen Gewerkschaftskämpfen der letzten Zeit konnte man doch förmlich von politischen Streiks reden. Die Bedrohungen des Koalitionsrechts nehmen ebenfalls fortgesetzt zu und es ist wirklich nicht leicht zu nehmen, wenn die Verkümmerung, die Vernichtung des Koalitionsrechts, wie sie von den Scharfmachern gefordert wird, in der künftigen Justiznovelle Aufnahme finden sollte. Die Verstaatlichung von Gewerben, mit der in der Kaliindustrie ein gewisser Anfang gemacht worden ist, berührt die Stellung der Gewerkschaften auf das allertiefste. Sie kann die Gewerkschaften förmlich zu Kämpfen zwingen auf Leben und Tod um den Einfluß auf die Arbeitsgelegenheit. Wir haben zu rechnen mit der Revision des Zolltarifs in diesem Reichstag. Die Belastung des Arbeiterhaushalts durch die gegenwärtige Zollpolitik ist enorm; ich brauche das nicht zu schildern. In irgendeiner Form müssen wir dazu kommen, daß die heutige Belastung, das heutige Zoll- und Steuersystem abgeschüttelt wird. Der Kampf um die kommende Revision des Zolltarifs ist in ähnlicher Weise wie 1902 im Parlament gar nicht mehr möglich. (Sehr richtig!) Täuschen wir uns doch nicht darüber, daß die parlamentarische Situation eine völlig andere geworden ist. Wenn aber die Dinge so liegen und wenn wir diesen Kampf notwendig in die Massen hinaustragen müssen, wenn weite Kreise des Bürgertums dabei das gleiche Interesse haben wie die Arbeiter, wenn weite Kreise der Fertigindustrie auf unserer Seite stehen, ist es dann so töricht, zu fragen, ob sich derartige Massenaktionen nicht auch zu förmlichen Streiks und politischen Pressionen ausbilden lassen! (Sehr richtig!) Es ist allerdings mit Recht gesagt worden, man kann derartige Bewegung nicht machen. Gewiß muß die politische Erregung gegeben sein. Aber wo wird der Schwerpunkt dieser Bewegungen liegen? Was sollen Generalstreiks etwa in Buxtehude und Polzin denn entscheiden? Der Schwerpunkt dieser Aktionen ist von vornherein gelegt in die großen Zentren unseres Wirtschaftslebens und Verkehrs. Da sind doch aber unsere Organisationen gefestigt und da haben wir nachhaltigen Einfluß auf die Arbeiterschaft. So ganz aussichtslos und so ganz in der Ferne, wie hier behauptet wird, liegt die Sache also keineswegs. Die Initiative dabei gebührt freilich unbedingt den Organisationen. Es wäre eine eigenartige Partei, eine eigenartige Gewerkschaftsbewegung, die, wenn wir zu derartigen Kämpfen kämen, sich die Führung dabei von vornherein nehmen ließe. Man hat mit Recht gesagt, daß Bebel der größte Taktiker der Sozialdemokratie gewesen sei. Der Grundzug Bebels war aber die ständige Selbstkritik, die bei ihm identisch war mit einer fortgesetzten Kritik der Machtmittel, die der Partei zur Verfügung standen. Da begreife ich nicht, wie man der Auffassung sein kann, als ob durch die Erörterung der Machtmittel, die wir anwenden könnten, die Bewegung geschädigt würde. Auch auf dem Gebiete unserer Taktik muß nach wie vor der revolutionäre Grundsatz Lassalles „Aussprechen was ist!" gelten. Der zweite Grundzug Bebels war das revolutionäre Vorwärtsdrängen; eben deshalb ja hat er das Ziel ständig in der nächsten Nähe gesehen. Wenn auch der große Marschall Vorwärts nicht mehr in unseren Reihen ist, in dem Geiste, in dem er hier 1905 seine Resolution vertreten hat, wollen wir die Frage ansehen und behandeln. Kühl wägen, aber wenn die Zeit gekommen ist, auch entschlossen handeln. (Beifall.)

Husemann-Bochum: Nach den trefflichen Ausführungen Silberschmidts hätte ich aufs Wort verzichtet, wenn es nicht notwendig wäre, daß eine Arbeitergruppe zu Worte kommt, die bei der Durchführung des politischen

Massenstreiks sicherlich eine große Rolle spielen wird. Das sind die Bergarbeiter. Wir haben ja einige Erfahrungen im Massenstreik auf wirtschaftlichem Gebiete hinter uns, so 1889, 1905 und 1912 im Ruhrgebiet. Dort kommen jetzt über 400 000 Bergarbeiter in Frage. In ganz Deutschland zählen wir über 900 000 Bergleute. Wenn diese Massen in Bewegung gesetzt werden, dann haben wir einen Massenstreik, der auf die wirtschaftlichen Verhältnisse einen ungeheuren Einfluß ausüben muß. Das ist aber nur möglich, wenn es gelingt, auch wirklich die Massen hineinzubekommen und Einmütigkeit auf der ganzen Linie zu erzielen. Zwei Arbeiterkategorien kommen bei einem solchen Massenstreik in erster Linie in Betracht, die Verkehrsarbeiter und die Bergarbeiter. Sind nun die Verhältnisse dem Massenstreik günstig? Da müssen wir gestehen, daß es nicht besonders gut aussieht. (Hört! hört!) Wenn man der Genossin Luxemburg und der Genossin Zetkin glauben könnte, dann hätten wir ja die Fühlung mit den Massen verloren. Das ist aber nicht richtig. Wir stehen täglich mit den Massen in Berührung und kennen ihre Leiden und da kann ich ruhig erklären, daß im Bergbau die Vorbedingungen für die Durchführung eines Massenstreiks nicht gegeben sind. (Sehr richtig!) Genossin Zetkin sagte, wir dürften uns von den Unorganisierten nicht abschließen, es trenne uns nur ein Blättchen Papier von ihnen. Schließen wir uns denn von ihnen ab? Gehen wir nicht täglich in ihre Reihen, um sie zu uns herüberzuziehen. Sie zu gewinnen, ist aber schwieriger, als hier über die Massenstreikfrage zu diskutieren. (Sehr richtig!) Da gehört etwas mehr Geduld und Ausdauer dazu. Ich bin seit 21 Jahren im Ruhrgebiet tätig. Ich glaube, meine Pflicht und Schuldigkeit stets getan zu haben, und weiß, wie schwer gerade die Agitationsarbeit bei uns im schwarzen Ruhrgebiet ist. Wenn man davon redet, daß es möglich sei, die Massen Unorganisierter einfach mitzureißen, so hätten diejenigen, die das behaupten, einmal vor 1½ Jahren im Ruhrgebiet beim Märzstreik Wohnung nehmen müssen, da hätten sie Studien sammeln können über das Verhalten der Massen und der Gegner. Damals stellte sich heraus, daß auch die Einmütigkeit eines größeren Teils der Bergarbeiter nicht vermochte, Einfluß zu gewinnen. Genossin Zetkin meinte, unsere gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter müßten die Truppe abgeben, die für Ruhe und Ordnung zu sorgen hat. Das sollte so sein, aber man muß doch bedenken, daß die Gegner bestrebt sein werden, es zu Putschen zu treiben und die Arbeiter zu reizen, damit dann die Flinten schießen und der Säbel hauen kann. So wird es beim politischen Massenstreik sein. Wenn die politischen Organisationen nicht stärker geworden sind, so werden die Gegner alles versuchen, den Kampf im Blute zu ersticken. Also im Bergbau, da fehlt es. Von den 900 000 Bergarbeitern sind 100 000 bis 120 000 bei uns organisiert, ein Teil der anderen gehört zu den Gegnern, den Christlichen, Hirsch-Dunckerschen, Polnischen und den Gelben. Der größere Teil gehört zu keiner Organisation. Diese Massen hätten wir gegen uns, und dazu die ganze Oeffentlichkeit. Dadurch würde unser Kampf von vornherein vergeblich. Auch diese Diskussion hier wird uns die Agitationsarbeit bei den Unorganisierten erschweren, wenn sie erfahren, daß sie eine große Rolle spielen. Nein, nicht ein Blättchen Papier trennt uns von den Unorganisierten, sondern die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des wirtschaftlichen und politischen Kampfes, daß man nicht nur in einem Augenblick mal einen Stimmzettel abgibt, sondern daß man durch zähe andauernde Arbeit dem Gegner etwas abzwingt. Lassen wir es bei der Resolution des Parteivorstandes. Darüber hinaus können wir als gewissenhafte Menschen nicht gehen. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, der von Vetters-Gießen empfohlen und von Ledebour bekämpft wird, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Bauer-Berlin bemerkt persönlich: Gegenüber den Erklärungen der belgischen Genossen stelle ich fest, daß das, was ich gesagt habe, den Mitteilungen einer Reihe belgischer Gewerkschaftsführer entspricht. Auch in Belgien gehen die Meinungen über die Wirkungen des Generalstreiks erheblich auseinander. Ich habe darüber nichts zurückzunehmen. Genossin Zetkin hat mir vorgeworfen, daß ich bezüglich des Ausgangs des Streiks in Holland nur das Ungünstige betont und das Günstige verschwiegen habe. Das Günstige besteht darin, daß die Verhältnisse der Eisenbahner gesetzlich geregelt sind. Ob das gegenüber dem Verbot des Koalitionsrechts als ein Erfolg anzusehen ist, möchte ich bezweifeln. Dann sind meine Ausführungen vielfach so verstanden, als ob ich gewissermaßen in der Frage des preußischen Wahlrechts eine abweichende Stellung einnehme. Wer meine Ausführungen objektiv prüft, wird diese Auffassung nicht haben können. Ich erklärte, die preußische Wahlrechtsfrage ist gegenwärtig keine Lebensfrage für die organisierte Arbeiterschaft in dem Sinne, daß sie in der jetzigen Situation zu Maßregeln greifen müßte, die schließlich Kopf und Kragen kosten könnten. Damit habe ich nicht andeuten wollen, daß die preußische Wahlrechtsfrage nicht eine der wichtigsten Fragen ist, die die preußische Arbeiterschaft zu lösen hat. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß alles, was in unseren Kräften steht, getan werden muß, um sobald als möglich die preußische Wahlrechtsschmach zu beseitigen. Darin sind alle organisierten Arbeiter einig. (Bravo!)

Das Schlußwort erhält

Scheidemann: Ich habe in meiner Rede gestern die Befürchtung ausgesprochen, daß die Aussprache über den Massenstreik in der jetzigen Zeit dem Massenstreikgedanken selbst nicht förderlich sein werde. Ich habe mit meiner Befürchtung recht gehabt. Einer meiner Freunde, der Genosse Liebknecht, der mich natürlich in dieser Frage für einen Bremser hält, hat mir nach meiner Auffassung ja durchaus zugestimmt in der Anschauung, daß die Debatte tatsächlich unzeitgemäß gewesen ist und das ist es, was der Kernpunkt meiner Ausführungen war. Die Debatte ist vom Zaun gebrochen worden in einer Zeit, wo sie nicht am Platze gewesen ist. (Sehr richtig!) Ich habe darauf hingewiesen, daß alle Redner, die sich mit der Frage des Massenstreiks beschäftigt haben, zu dem übereinstimmenden Ergebnis gekommen sind: jetzt können wir an einen Massenstreik nicht denken. Ich habe auf die Massen verwiesen, in denen die Empörung lebt, auf die Massen, die gewillt sind, aus der Dreiklassenschmach herauszukommen. Ich habe aber auch gesagt, daß die Massen, die die Gelben, die die Christlichen, die die Nichtorganisierten aus nächster Nähe kennen, zähneknirschend sagen: Noch ist es nicht Zeit! (Sehr wahr!) Klar und deutlich habe ich gesagt, daß der Parteivorstand und der Parteiausschuß auf dem Boden der Beschlüsse von Jena und Mannheim stehen. Ich habe gesagt: Ein Narr, der sich einbildet, wir würden niemals einen Massenstreik machen können; ein Narr, der sich einbildet, das Volk werde sich alles Unrecht auf die Dauer gefallen lassen. Ich habe gesagt und wiederhole es: Wir werden den Massenstreik haben, wenn die Stunde es gebietet. (Sehr richtig!) Trotz dieses klaren Bekenntnisses aber bin ich hier ganz gehörig gezupft worden. (Heiterkeit.) Genossin Luxemburg hat mich geschildert als roten Struwwelpeter, der einen Drachen ausgebrütet hat, um ihn dann zu töten. (Heiterkeit.) Ich kann beschwören, daß ich niemals einen Drachen aus-

gebrütet habe. (Erneute große Heiterkeit.) Sie wollte damit sagen, ich hätte mir den Drachen künstlich konstruiert, ich hätte mich also an Dinge geklammert, die nicht vorhanden sind. Das stimmt nicht. Rosa Luxemburg war natürlich heute die lilienweiße Unschuld und vor allem die große Weisheit, ich war die menschgewordene Unwissenheit. (Große Heiterkeit.) „Du gleichst dem Geist, den Du begreift, nicht mir." Genossin Luxemburg, das haben Sie mir gesagt. Ich will Ihnen antworten mit einem andern Wort von Goethe aus dem „Tasso": „Ich freue mich, wenn kluge Männer sprechen, daß ich verstehen kann, wie sie es meinen." Und daran will ich die Bemerkung knüpfen: Ich freue mich aber nicht, wenn kluge Frauen sprechen, und zwar so, daß man nicht verstehen kann, wie sie es meinen. (Große Heiterkeit und Sehr gut!) Und dann noch ein Wort über die Art der Rosa von oben herunter über alle diejenigen zu urteilen, die nicht mit ihr einer Meinung sind. (Sehr gut!) Ich mache gar kein Hehl daraus, daß ich immerhin klug genug bin, zu wissen, daß ich lange nicht so klug bin, wie Rosa Luxemburg. (Große Heiterkeit.) Ich kann auch gar nicht so klug sein, denn Ihr alle wißt, daß ich ein ganz einfacher Arbeiter gewesen bin, der sich sein bißchen Wissen, über das Genossin Luxemburg spottet, in durchwachten Nächten erst hat aneignen müssen. (Bravo.) Das wollte ich Ihnen sagen, Genossin Luxemburg, weil Sie nicht allein mir gegenüber in dieser Art operiert haben, sondern auch anderen Genossen, ja sogar ganzen Versammlungen gegenüber. Sie sagt, ich hätte meine ganze Rede auf zwei Töne gestimmt. Erstens: wie herrlich weit wir es in der Partei gebracht hätten, und zweitens hätte ich gekämpft gegen die Nörgler in der Partei. Wie liegt es in Wirklichkeit? Gegenüber den Klagen über den Stillstand in der Organisation, über die mangelhafte Agitation, die geringen Ergebnisse usw. und gegenüber den Angriffen, die im Zusammenhang damit gegen den Parteivorstand erhoben wurden, hielt ich es für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß diese Schwarzseherei falsch und unangebracht ist, und deshalb habe ich nachgewiesen, was die Partei im letzten Jahre alles geleistet hat. Ich will allerdings nicht verhehlen, daß ich dabei eine gewisse Nebenabsicht hatte. Ich hatte die Nebenabsicht, den einen oder den anderen, der glaubt, daß der Parteivorstand wirklich das Schreckgebilde ist, als das er vielfach dargestellt wird, zu der Ueberzeugung zu bringen, daß der Parteivorstand einen bescheidenen Anteil an dieser geleisteten Arbeit doch für sich in Anspruch nehmen kann. Gegen die Nörgler soll ich den Kampf geführt haben. Natürlich habe ich den Kampf geführt, nicht gegen die Nörgler der Partei im allgemeinen, dazu würde die Zeit eines Parteitages nicht ausreichen (Große Heiterkeit), sondern gegen die Nörgler, die dem Parteivorstand und der Partei offenkundiges Unrecht getan haben, die bemüht sind, die Partei in andere Bahnen zu drängen (Sehr richtig!), die uns abbringen wollen von einer Taktik, die wir 40 Jahre lang mit glänzendem Erfolg beobachtet haben; gegen die Nörgler, die sich einbilden, die berufenen Schulmeister der ganzen deutschen Sozialdemokratie zu sein. (Lebhafte Zustimmung. — Ruf: Namen nennen!) Ich bin gern bereit dazu! das war speziell auf Rosa Luxemburg zugespitzt. (Sehr gut!) Was ich gesagt habe, war doch klar und deutlich genug. Ich meinte die Genossin Rosa Luxemburg, die alle Welt schulmeistert und damit der Partei schon erhebliche Schwierigkeiten bereitet hat. (Starker Beifall und Unruhe.) Genossin Luxemburg ist heute außerordentlich milde gewesen. Ganz anders ist es von ihren Lippen und aus ihrer Feder geflossen vor dem Parteitag. Was wir von ihr vor dem Parteitag gehört haben, mußte jeden empören, der da weiß, daß die Dinge anders sind, als sie sie darstellt. Heute hätte ich erwartet, daß Genossin Luxemburg z. B. mit etwas größerer Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht hätte, was sie unter der „neuen Taktik",

unter der „kühnen Initiative" und wie die schönen Worte alle heißen, sich eigentlich vorstellt. Vor dem Parteitag haben wir hören und lesen können, wie die Partei und namentlich die Parteiorganisationen von ihr eingeschätzt werden, heute hat sie versucht, das alles abzuschwächen. Jetzt klingt es ganz anders, jetzt soll nichts gesagt worden sein, was irgendwie anfechtbar wäre. Ich will Ihnen einige Sätze vorlesen. Gestern bin ich darauf nicht eingegangen, denn ich hätte nicht geglaubt, daß Genossin Luxemburg — ich will nicht sagen: wie die Katze um den heißen Brei, aber doch immerhin um das herumgehen würde, was man ihr vorwirft. Sie schreibt:

„Je mehr unsere Organisationen wachsen, Hunderttausende und Millionen umfassen, um so mehr wächst notgedrungen der Zentralismus. Damit geht aber auch das geringe Maß an geistigem und politischem Inhalt, an Initiative und Entschluß, das im alltäglichen Leben der Partei von den Organisationen aufgebracht wird, gänzlich auf die kleinen Kollegien an der Spitze, auf Vereinsvorstände, Bezirksvorstände und Parlamentarier über. Was für die große Masse der Mitglieder übrig bleibt, sind die Pflichten zum Beitragzahlen (Lachen), zum Flugblätteraustragen, zum Wählen und zu Wahlschlepperdiensten, zur Hausagitation für das Zeitungsabonnement." (Hört! hört!)

Ist das die Art, wie man die Partei in neue Bahnen und zu neuer Taktik führt, wenn man das, was bisher das Rückgrat der Partei gewesen ist, in dieser Weise verspottet? (Sehr gut!) Weiter:

„Es ist aber eine wunderliche Idee, dauernd Millionen von Menschen nur mit Erfüllung laufender Pflichten, mit Erörterungen über eine Erhöhung der Beiträge, über die Anstellung neuer Zeitungsausträgerinnen, die Wahlen des ersten und zweiten Vorsitzenden und des Kassierers, oder zur Abwechslung mit allerlei örtlichen kleinen Reibereien unter den Funktionären zu beschäftigen, wie sie nun einmal nicht zu vermeiden sind, wo viele Menschen zusammen arbeiten. Es ist eine wunderliche Vorstellung, man brauche diesen bureaukratischen Kleinkram nur mechanisch ins Riesenhafte zu steigern, um mit der Zeit zwei Millionen, drei Millionen, vier Millionen Mitglieder usw. in die Parteiorganisationen hineinzukriegen und sie dort halten zu können."

Dann wird gewissermaßen alles gekrönt durch folgende Sätze:

„Als Beweis diene dasselbe belgische Beispiel, das vielfach von verkehrter Seite auf unsere Genossen so faszinierend wirkt. Das Wichtigste, was sich als positive Lehre aus dem belgischen Experiment ergibt, ist gerade die Tatsache, daß die unorganisierten Massen in wichtigen Momenten nie versagen und daß jede ernste Aktion der Sozialdemokratie ohne diese Massen ganz undenkbar wäre. In Belgien lassen die gewerkschaftlichen wie die politischen Organisationen so ziemlich alles zu wünschen übrig, auf jeden Fall können sie sich mit den deutschen nicht entfernt messen. Und doch kommt seit 20 Jahren ein imposanter Wahlrechtsstreik nach dem andern zustande. Allerdings können die Massen nur dann Erfolge erzielen, wenn die Führung der Partei konsequent entschlossen und durchsichtig klar ist. Wird auf zwei Schritte vorwärts stets ein Schritt zurück gemacht, dann werden schließlich auch die Massenaktionen verpuffen. In jedem Fall versagt aber dann, wenn ein politischer Feldzug scheitert, nicht die unorganisierte Masse, sondern die organisierte Partei und ihre Führung." (Hört! hört!)

Und noch einen Satz will ich Ihnen vorlesen:

„Die Sozialdemokratie ist historisch dazu berufen, die Vorhut des Proletariats zu sein, sie soll als Partei der Arbeiterklasse führend voranstürmen.

Bildet sie sich aber ein, sie allein, die Sozialdemokratie, sei berufen, die Geschichte zu machen, die Klasse selbst sei nichts, sie müsse erst ganz in Partei verwandelt werden, ehe sie handeln darf, dann kann sich leicht ergeben, daß die Sozialdemokratie zum hemmenden Moment im Klassenkampf wird und daß sie, wenn die Zeit reif ist, der Arbeiterklasse nachlaufen muß, von ihr wider Willen zu Entscheidungsschlachten geschleift." (Hört! hört!)

Ist das die Art und Weise, wie man der Partei nützen kann? (Zurufe: Nein! nein!) Kann man damit unsere Partei vorwärts treiben? Ist das die Einleitung zu der neuen Aktion, zu der kühnen Initiative, daß man zunächst unsere Organisationen derart schildert? Ich glaube, ein ganz anderer Weg muß beschritten werden, wenn man vorwärts kommen will, so schnell, wie wir es alle wünschen. Jedenfalls dürfen wir nicht damit beginnen, die Organisationen zu diskreditieren und es so hinzustellen, als ob uns von den Unorganisierten nur ein Stück Papier trennt. Ist denn das Mitgliedsbuch, ist denn der Schein, auf dem der Beitrag quittiert wird, alles, was uns von den Unorganisierten trennt? Solche Worte beweisen, daß diejenigen, die so reden, weder die Organisierten noch die Unorganisierten kennen. (Lebhafte Zustimmung.) Dann hat Genossin Luxemburg gesagt, sie habe in ihren Versammlungen bemerkt, wie die Massen nach der neuen Taktik lechzen. (Lachen.) Ich will Ihnen sagen, wie die Massen lechzen. Die Genossin Luxemburg sprach am 22. Juli in einer Berliner Versammlung in sehr energischer Weise. Das ist ja selbstverständlich. In der Diskussion sprachen im ganzen drei Redner gegen sie. Das waren allerdings Leute, die das Arbeiterleben kannten, denn es waren selbst Arbeiter, und denen sagte Genossin Luxemburg im Schlußwort: „Es ist beschämend, daß nicht andere Gegner aufgetreten sind." (Hört! hört!) Das ist dieselbe Nichtachtung, dieselbe Geringschätzung der Arbeiter, wie sie Genossin Luxemburg mir gegenüber heute hier bekundet hat. (Unruhe und lebhafte Zustimmung.) Ich frage Sie, ob der Vorgang in der Berliner Versammlung aussieht wie das Lechzen der Massen nach einer neuen Taktik. (Sehr richtig!) Nein, das ist nicht das Lechzen nach einer neuen Taktik, sondern die Bestätigung dessen, was ich vorher behauptet habe: des hochmütigen Aburteilens von oben herunter. (Erneute Unruhe und erneute lebhafte Zustimmung.)

Es ist überhaupt interessant, wie die Massen verschiedenartig eingeschätzt werden. Die Masse trifft immer das Richtige; die Masse muß die Führung übernehmen; die Masse muß den Führern den Korporalstock aus der Hand schlagen, die Führer beiseite schieben oder vorwärts drängen; die Masse führt und die Führer haben nur auszuführen, was die Masse will. Schön. Die Masse war es auch, die in Steglitz in einer Versammlung einer unserer temperamentvollen Genossinnen jubelnd zustimmte, als sie einen Vortrag hielt, worin sie die Massen in der Weise schilderte, wie ich es eben angedeutet habe. 48 Stunden später fand in Berlin in der „Neuen Welt" eine Versammlung statt, dort waren noch größere Massen anwesend als in Steglitz, aber dort waren die Massen — es handelte sich um den Gebärstreik — anderer Meinung als eine auch führende Genossin. Und als da die Meinung der Massen gegen die Rednerin in sehr drastischer Weise zum Ausdruck kam, da waren auf einmal die dort versammelten Massen nicht mehr die zur Führung berufenen Menschen, sondern da sagte man ihnen auch wieder sehr schulmeisterlich: Ihr wollt sozialistisch durchgebildet sein? Euch muß man erst zum Sozialismus erziehen. (Stürmische Heiterkeit und Sehr gut!) Ja, wer soll denn die Massen, deren Werkzeug die Führer nur sind, erziehen? Sollen die Massen, die erst zum Sozialismus erzogen werden müssen, ihre Führer erziehen oder sollen die Führer die Massen erziehen? Ich will nicht sagen, daß die Führer klüger wären als die Massen. Die Summe der Intelligenz, die in den Massen steckt, ist zweifellos größer, als die gesamte Intelligenz der paar Führer. Aber in kritischen Situationen kommt es doch darauf an, daß die Führer, auf denen ein kolossales Maß von Verantwortlichkeit liegt, den Mut haben, auch gegen die Massen zu sprechen. (Sehr richtig.) Das deckt sich vollständig mit dem, was Bebel gesagt hat. Es gibt Zusammenstellungen aus Bebelschen Reden, die sehr geschickt gemacht sind für bestimmte Zwecke, aber es gibt auch Aeußerungen von Bebel, die wesentlich anders lauten. (Sehr richtig!)

Silberschmidt hat schon auf den Ausspruch Bebels in einer Berliner Versammlung hingewiesen: „Das wäre ein trauriger Kerl von Führer, der nicht den Mut hat, seiner besseren Ueberzeugung den Massen gegenüber Ausdruck zu geben." (Lebhafte Zustimmung.)

Dann ist hier, nachdem ich gesagt habe, wer hinter der Resolution des Parteivorstandes steht, sehr höhnisch von „Instanzen" gesprochen worden. Es ist ja jetzt überhaupt üblich — allerdings erst seit ganz kurzer Zeit — und es kommt aus bestimmter eng umrissener Quelle, ganz systematisch die „Instanzen" zu verhöhnen. (Sehr richtig!) Man spricht von „Parteibehörden", man spricht von unserer „obersten Parteibehörde". Ach, das sollte man doch bleiben lassen. Wir haben keinen Anlaß, in dieser ernsten Zeit uns selbst das Leben sauer zu machen, wir haben allen Anlaß, das Vertrauen zueinander zu stärken, denn das ist die Voraussetzung, wenn wir den kommenden Kämpfen gewappnet gegenüberstehen und nicht den Gegnern unterliegen wollen. (Sehr richtig!) Genosse Liebknecht hat in gewisser Beziehung die Rosa noch übertrumpft. (Geht das?) Genossin Luxemburg hat mich nur als einen unwissenden Menschen hingestellt, aber Liebknecht weiß es besser. Er hält mich nicht für einen so ganz unwissenden Menschen, er sagt sich vielmehr: das ist ein ganz boshaftes Luder! (Große Heiterkeit.) Er schaut in mein Inneres und glaubt zu sehen, daß ich im Grunde genommen gar nichts vom Massenstreik wissen will. Ich weiß nicht, wie er dazu kommt. Ich bin kein Gegner des Massenstreiks, ich bin nur ein Gegner unzeitgemäßer Erörterungen über den Massenstreik. Ich stimme ganz mit Frank darin überein: entweder werden wir das Wahlrecht in Preußen bekommen oder wir werden den Massenstreik haben. (Sehr richtig!) Ja, ich gehe noch weiter als Frank. Der hat gesagt, es ist eine Ehrensache, für das deutsche Proletariat das gleiche Wahlrecht in Preußen zu erobern. Ich sage, es ist nicht nur eine Ehrensache, es ist eine unbedingte Notwendigkeit, wir müssen unter allen Umständen das gleiche Wahlrecht erobern (Lebhaftes Bravo!) Wenn Sie genauer nachsehen, werden Sie bemerken, daß das auch in unserer Resolution steht. Genosse Frank hat gesagt, der Parteivorstand möchte wohl am liebsten ein Schweigegebot erlassen. Dazu hatte Genosse Frank keinen Anlaß, das ist ganz unberechtigt. Wir wären Toren, wenn wir verbieten wollten, daß über den Massenstreik geredet wird. Wir haben gar nichts dagegen einzuwenden, wenn in den Organisationen, die das Bedürfnis dazu fühlen, über den Massenstreik gesprochen wird. Aber wir haben es für unzeitgemäß gehalten, daß man gewissermaßen in den Mittelpunkt der Parteitagsverhandlungen und aller sonstigen parteipolitischen Erörterungen jetzt eine Frage rückt, deren Lösung eine ganz andere Erregung und Empörung in den Volkskreisen voraussetzt und eine ganz andere wirtschaftliche Konjunktur als wir sie jetzt haben. (Sehr richtig!) Darauf kommt es doch im wesentlichen an. Ihre Resolution setzt im Eingang breitspurig auseinander, was in Jena und Mannheim in prägnanter Form gesagt worden ist. In sehr weit auseinandergezogener Weise wird das alles noch einmal

gesagt. Darauf haben wir verzichtet. Wir haben klar und deutlich auf Jena und Mannheim hingewiesen und berufen uns darauf. Weiter sagt Ihre Resolution — das ist ein wesentlicher Punkt —, „der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden". Daß wir einen Massenstreik nicht künstlich herbeiführen können, darüber sind wir uns wohl alle einig. Es wird keiner hier sein, der sich einbildet, man brauche in Berlin nur auf den Knopf zu drücken und der Massenstreik geht los. Aber es liegt auch in dem zitierten Satz wieder ein gewisser Hohn, ja geradezu ein Frontmachen gegenüber den Beschlüssen von Mannheim und Jena. Wie hieß es denn dort? „Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines Massenstreiks für gegeben erachtet, hat er sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen." Das heißt doch, daß die erwähnten Körperschaften der Partei und Gewerkschaften nach den früheren Beschlüssen berufen sein sollen, entscheidende Maßnahmen zu treffen. Hier aber heißt es: „nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen". Parteigenossen, ich will Ihnen sagen, was meiner Ansicht nach der wesentliche Unterschied zwischen den Resolutionen des Parteivorstandes und der Genossin Luxemburg ist. Wir wollen gegebenenfalls den Massenstreik, der gemacht wird von einer wohldisziplinierten, gut geschulten klassenbewußten Arbeiterschaft, die auf das Signal, das gegeben werden muß, hört. Ihr Vorschlag aber läuft darauf hinaus, wilde Streiks zu machen, also das zu machen, was man unter syndikalistischer Aktion versteht. Anders kann die Resolution kaum verstanden werden. (Ledebour: Verdrehung!) Ja, Parteigenossen, wenn sie in dieser Weise nicht gemeint ist, warum schreiben Sie dann diesen Satz hinein, warum akzeptieren Sie nicht, was wir früher beschlossen haben, warum beschränken Sie sich nicht darauf, zu bestätigen, was wir in Jena und Mannheim beschlossen haben, daß beide Körperschaften berufen sein sollen, im richtigen Augenblick einzugreifen. Nein, die Resolution Luxemburg ist für diejenigen, die unsere altbewährte Taktik weiter verfolgen wollen, die entschlossen sind, auf den Bahnen weiter zu wandeln, die wir bisher gewandelt sind, die den Kampf in derselben Weise weiterzuführen und gegebenenfalls auch in den Massenstreik einzutreten gewillt sind, für alle, die unseren alten Beschlüssen treu bleiben wollen, absolut unannehmbar. (Lebhafte Zustimmung.)

Was steht nun in unserer Resolution? Sie ist gegliedert in vier Absätze, im ersten Absatz wird, wie gesagt, hingewiesen auf die Beschlüsse von Jena und Mannheim, nach denen die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung gegebenenfalls als eines der wirksamsten Mittel zu betrachten ist, nicht nur um Angriffe auf bestehende Volksrechte abzuwehren, sondern um Volksrechte neu zu erobern. Parteigenossen, ist das nicht deutlich genug? Kann jemand im Zweifel darüber sein nach unserer ganzen Debatte, daß in allererster Linie dabei das Wahlrecht in Preußen in Betracht kommt? Das ist doch selbstverständlich! Dann haben wir im zweiten Absatz gesagt: „Die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen Vertretungskörpern ist eine der Vorbedingungen für den Befreiungskampf des Proletariats." Zu allen Vertretungskörpern! Wir haben in unserem Jahresbericht geschrieben, die preußische Wahlrechtsfrage sei zur Zentralfrage der deutschen Politik geworden. Ist es da nicht selbstverständlich, daß alles, was hier gesagt worden ist, in erster Linie Bezug hat auf den Kampf in Preußen? Dann heißt es: „Das Dreiklassenwahlrecht entrechtet die Besitzlosen nicht nur" — auch hier wieder ein deutlicher Hinweis auf Preußen. — Weiter heißt es: „Es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Betätigung und sozialen Fortschritts, die Junkerkaste, zum Beherrscher der Gesetzgebung." Ist das nicht deutlich genug? Natürlich zum Beherrscher der Gesetzgebung nicht nur in Preußen, sondern im ganzen Reich. Das steht wohl auch wörtlich in Ihrer Resolution. Aber das braucht man doch nicht alles bis ins kleinste hinein in die Resolution zu schreiben. Eine Resolution ist kein Leitartikel, sondern soll in prägnanten Sätzen klipp und klar sagen, was man will oder nicht will. (Sehr richtig!) Im dritten Absatz der Resolution steht auch ganz klar: „Darum fordert der Parteitag die entrechteten Massen auf, im Kampfe gegen das Dreiklassenunrecht alle Kräfte anzustrengen in dem Bewußtsein, daß dieser Kampf ohne große Opfer nicht siegreich durchgeführt werden kann." Läßt das etwa an Deutlichkeit zu wünschen übrig? Es ist doch selbstverständlich, daß auf Grund dieser Resolution keinem Menschen verboten sein kann, den Massen zu sagen, was auf dem Spiele steht, sie auf die Wichtigkeit der Wahlrechtsforderung hinzuweisen. Das ist doch alles ganz klar.

Einwände sind gemacht worden gegen den vierten Absatz, in dem Verwahrung eingelegt wird gegen die Putschisten, die wilde Streiks fordern, unüberlegte törichte Streiks, die zu nichts führen können als dazu, daß es uns selber an den Kragen geht. Diese Verwahrung war absolut notwendig. Weiter heißt es: „Der politische Massenstreik kann nur bei vollkommener Einigkeit aller Organe der Arbeiterbewegung usw. geführt werden." Da ist bemängelt worden: was heißt bei „vollkommener" Einigkeit? Ich will Ihnen eine Szene aus dem Ausschuß erzählen. Diese Resolution lag vor. Ich habe Ihnen gesagt, daß sie das Werk langer Verhandlungen gewesen ist, daß wir froh waren, als wir sie glücklich zusammen hatten. Als dann im Ausschuß von einem Genossen Einspruch erhoben wurde, der meinte, man solle das Wort „vollkommen" streichen, weil es gedeutet werden könne, als wenn der letzte Mann dieser oder jener Körperschaft einverstanden sein müsse, ehe man überhaupt etwas unternehmen könne. Darauf habe ich erklärt: daran kann natürlich nicht gedacht werden. Das ist unter vollkommener Einigkeit nicht zu verstehen. Die Hauptsache ist, daß die Mehrheiten der Körperschaften einig sein müssen. Wir konnten einseitig Aenderungen an der Resolution nicht vornehmen. Das „vollkommen" ist also nicht so zu verstehen, als wenn nur ein einziger nein zu sagen brauche, damit alles in die Brüche geht.

Unsere Resolution schließt dann: „Der Parteitag macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdlich für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken." Das ist eine Antwort an diejenigen, die, wie ich vorgetragen habe, die Organisationsarbeit diskreditiert haben. Das mußten wir sagen. Und daß wir schließlich nicht daran den Satz gefügt haben, daß diese Organisationen mit revolutionärem Geiste erfüllt werden müssen, liegt einfach daran, weil wir auch das längst beschlossen haben. Wir brauchten doch in unserer Resolution nicht zu wiederholen, was bereits beschlossen ist, zumal in deutlicher Weise gleich im Eingang auf die Beschlüsse von Jena und Mannheim hingewiesen ist. Mit der vorgeschlagenen Resolution wird der Parteitag der gegenwärtigen Situation gerecht. Es kann jeder für sie stimmen, dem es ernst darum ist, im gegebenen Augenblick in den Massenstreik einzutreten.

Keiner braucht davor zurückzuschrecken, keiner kann sagen, daß in dieser Resolution etwas steht, das wie eine Bremse aussieht. Davon kann keine Rede sein. Die Resolution bestätigt, daß wir gewillt sind, den Kampf zu führen. Sie können uns nicht den Vorwurf machen, daß wir darauf hingearbeitet hätten, auf hinterlistigem Wege frühere Parteitagsbeschlüsse außer Kraft zu setzen. Selbstverständlich kann kein Parteivorstand, mag er zusammengesetzt sein wie er will, einen Parteitagsbeschluß außer Kraft setzen.

Wir müssen uns klar darüber sein, was es bedeutet, in ernster Stunde in einen Massenstreik einzutreten. Dabei dürfen wir nicht leichtfertig vorgehen, das muß wohl überlegt sein. Dem wird in dieser Resolution Rechnung getragen. Nun wird gesagt, mit der bisherigen Methode kommen wir nicht weiter. 40 Jahre lang hat sich diese Methode bewährt. Wie soll denn die neue Taktik beschaffen sein? Man sagt, die Massen müßten selbst mehr in Bewegung sein. Gibt es denn einen Menschen in der Partei, der diesem Wunsche nicht freudig zustimmen wird? Aber glaubt denn irgend jemand, daß man durch aufgeregte Reden oder durch Leitartikel die Massen in Bewegung setzen kann? Nein, das setzt Tatsachen voraus, die den Massen an die Nieren gehen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Massen müssen aus innerer Empörung heraus selbst zu der Einsicht kommen, daß eine solche Aktion einsetzen muß. Sie müssen sich sagen: Jawohl, jetzt müssen wir dem Signal folgen. Jetzt ist's Zeit. Merkwürdige Vorschläge sind gemacht worden. Kurz bevor ich in den Saal kam, wurde mir eine „Bremer Bürgerzeitung" in die Hand gedrückt. Da wird u. a. empfohlen, daß wir dadurch besser auf die Massen wirken sollen, daß wir im Reichstag aufreizende Reden halten und stärkere Worte anschlagen. Diese Mahnung kann, um nur einige zu nennen, an Ledebour, Liebknecht und mich nicht gerichtet sein. (Heiterkeit.) Wir haben unser möglichstes getan, um den Massen vom Reichstag aus klar und deutlich zu sagen, was auf dem Spiele steht, worauf es ankommt. Ich habe den „Volksvertretern" ja einmal ganz offen gesagt: „Ich rede zum Fenster hinaus, über Ihre Köpfe hinweg!" (Sehr gut!) Wir werden auch in Zukunft kein Blatt vor den Mund nehmen.

Die Mitglieder des Parteivorstandes und wir haben dabei den Ausschuß völlig auf unserer Seite, wollen eine energische tatkräftige Taktik. Wir wollen alles tun, was wir zu tun vermögen, um die Massen in Bewegung zu bringen. Aber ich will hier einen Satz von Kautsky zitieren: „Man kann nicht in ununterbrochener Erregung sein, wenigstens bei einem gesunden Organismus kommt das nicht vor." (Sehr gut!) Das mögen sich die merken, die es angeht. Wir wollen nicht verkennen, daß die große Masse des arbeitenden Volkes naturgemäß nicht unausgesetzt in Erregung sein kann. Die Arbeiter wollen auch mal Luft schnappen, sie wollen sich einmal Frau und Kindern widmen und wollen auch mal eine Nachtruhe haben. Vergessen Sie nicht, wie das deutsche Volk monatelang in Erregung gewesen ist bei den imposanten Kundgebungen zur Teuerungsfrage, zum Balkankrieg und bei der Einbringung der Militärvorlage. Kein Mensch denkt daran zu bremsen. Tatkräftig wollen wir arbeiten, aber wir wollen uns dabei den klaren Blick nicht trüben lassen für das, was notwendig und was möglich ist. Wir wollen kein unüberlegtes Handeln, keine Politik der Nervosität. Wir sind uns unserer eigenen Kraft bewußt, aber kennen auch die Kraft unserer Gegner. Wir wollen kein Spiel mit dem Feuer, wir wollen unser Pulver trocken halten, damit wir in dem Augenblick, wo es ernst wird, tun können, was wir für richtig und notwendig halten. In diesem Sinne bitte ich Sie, unsere Resolution zu beurteilen. Dann wird jeder ihr zustimmen, der ernsthaft will, daß die Partei vorwärts kommen soll, der aber nicht will, daß wir planlos handeln und der Partei Aktionen zumuten, die augenblicklich nicht am Platze sind oder von denen wir uns im voraus sagen, sie können nicht unternommen werden, weil die Voraussetzungen dazu fehlen. Ein jeder wird wünschen, daß die Partei vorankommt und daß wir wohlerwogenen Beschlüssen treu bleiben. Wer das aber will, der kann mit gutem Gewissen der Resolution des Parteivorstandes zustimmen, von der ich gesagt habe, daß die bei Massenbewegungen in Betracht kommenden Körperschaften dahinter stehen. (Lebhafter Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Dr. Liebknecht-Berlin: Gegenüber Scheidemann möchte ich folgendes feststellen: Ich habe nicht gesagt, daß die Massenstreikdebatte unzeitgemäß vom Zaun gebrochen sei. Ich habe vielmehr darzulegen versucht, daß sie unumgänglich war, mit psychologischer Notwendigkeit aus der ganzen Situation heraus zum Ausbruch kommen mußte, ich habe aber gleichzeitig mein Bedauern ausgesprochen, daß diese so notwendig entstandene Debatte allerdings in eine ungünstige Zeit gefallen ist, in eine Zeit der wirtschaftlichen Depression. Scheidemann behauptet weiter, ich hätte ihn als ein boshaftes Luder (Heiterkeit) bezeichnet, wenn auch mit etwas anderen Worten. Davon ist gleichfalls nicht die Rede. Ich habe nur aus der ganzen Art seiner Ausführungen, die auf eine Art Miesmachen gegen den Massenstreik, auf ein Massenstreikmiesmachen (Heiterkeit) hinausliefen, geschlossen, daß, obwohl sein Mund sich zum Generalstreik bekennt, sein Geist unterhalb der Bewußtseinsschwelle und sein Herz nicht beim Generalstreik sind, daß er innerlich ein Feind des Massenstreiks sei. Ich bekenne, daß die letzten Ausführungen Scheidemanns in dieser Beziehung etwas erfreulicher gelautet haben. Nach der Schamade hat er jetzt eine Fanfare ertönen lassen, aber ich bin nicht in der Lage, das, was ich vorher gesagt habe, zurückzunehmen. Wenn Scheidemann gesagt hat, wir forderten mit dieser Resolution den wilden Massenstreik (Unruhe und Rufe: Das ist nicht persönlich!), so habe ich ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Diskussion notwendig sei, um wilde Massenstreiks zu verhüten. In unserer Resolution sollen die Instanzen nicht ausgeschaltet sein, sondern sie sind ausdrücklich in ihrer Kompetenz erwähnt.

Ledebour-Berlin: Scheidemann hat in seinen Ausführungen den Satz unserer Resolution „Der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden" so ausgelegt, als ob damit gegen den Mannheimer Beschluß, der diesen Parteiinstanzen bestimmte Aufträge erteilt, demonstriert werden soll. (Unruhe und Zurufe.)

Vorsitzender **Ebert**: Das ist zwar streng genommen keine persönliche Bemerkung, aber ich möchte bitten, Ledebour diese Erklärung abgeben zu lassen. Liebknecht hat sie zwar auch schon abgegeben.

Ledebour (fortfahrend): Das stimmt nicht, Genosse Ebert. Liebknecht hat etwas anderes gesagt. Ich habe ausdrücklich von Ihnen die Ermächtigung erbeten, als Mitantragsteller gegen diese Auslegung, die einen schweren Vorwurf enthält, zu protestieren. Scheidemann hat leider diese Auslegung nicht in der Debatte vorgebracht, sondern im Schlußwort, und uns dadurch die eingehende sachliche Widerlegung unmöglich gemacht. Wir haben mit dem Satz der Resolution bezweckt, den Vorwurf zu entkräften, der den Freunden des Massenstreiks vorher und auch hier wiederholt gemacht worden ist, als ob sie künstlich einen Massenstreik herbeiführen wollten. Wenn in der Resolution gesagt wird, der Massenstreik kann jedoch nicht auf Kommando von Partei- und Gewerkschaftsinstanzen künstlich herbeigeführt werden, so bezieht sich das darauf, daß diese Instanzen zwar den Auftrag haben, den wir billigen, aber wir bestreiten, daß sie künstlich so etwas machen können oder machen würden. Ebenso protestieren wir dagegen, daß in irgendeiner Weise uns der Gedanke einer künstlichen Inszenierung eines Massenstreiks unterschoben werden könnte. Das war der ganze Zweck dieses Satzes. In diesem Sinne haben wir der Resolution unsere Unterschrift gegeben und damit fallen alle die Schlußfolgerungen zusammen, die Scheidemann daran geknüpft hat.

Klara Zetkin: Ich habe zu erklären, daß Genosse Scheidemann falsch berichtet worden ist, wenn ihm gesagt wurde, nach meiner Auffassung trenne nur das Mitgliedsbuch die Organisierten von den Unorganisierten. Ich habe erklärt, die Krise, die Arbeitslosigkeit beweise, daß nicht eine feste Mauer, sondern gleichsam nur ein dünnes Blatt Papier Organisierte und Unorganisierte trennt. Was ich nicht hinzugefügt habe, was aber jeder verstehen konnte, war dieses: daß die Organisierten im Handumdrehen durch die Notlage in Unorganisierte verwandelt werden können. Zweitens nahm Genosse Scheidemann Bezug auf meine Ausführungen in einer Mitgliederversammlung in Steglitz. Dort waren von vielen Diskussionsrednern Vorwürfe gegen die Beamten der Partei und Gewerkschaften erhoben worden. Vorwürfe, die meiner Meinung nach nicht gerechtfertigt waren. Angesichts dieser Ausführungen nahm ich Bezug auf das Wort Bebels, daß die Proletarier die demokratische Tugend des Mißtrauens üben müßten. Ich fügte aber hinzu: Hütet Euch, Euren Beauftragten mit einem persönlichen Mißtrauen zu begegnen, das sie nicht verdienen. Setzt Eure Lust zur Selbstbestimmung in anderer Weise durch. Lernt, seid tätig und bleibt alle Zeit ein mitbestimmender und mitentscheidender Faktor im Leben der Organisation. Ich habe nicht mit einem Wort in der Versammlung in der „Neuen Welt" irgendwie geringschätzend über die Massen gesprochen. Wenn ich es für notwendig hielt, in jener Versammlung zu betonen, daß angesichts der Redereien von der „revolutionären Waffe" des Gebärstreiks die Durchdringung der Massen mit sozialistischer Erkenntnis notwendig sei, weil wir schweren Kämpfen entgegengehen, so bin ich jetzt, in diesem Augenblick, mehr als je dieser Ueberzeugung. Die „Leipziger Volkszeitung" meldet, daß in Gegenwart des sächsischen Königs und des Ministers die Vertreter des Verbandes der Industriellen ein Zuchthausgesetz gefordert haben, und daß der König ihnen versicherte, „die Ziele des Verbandes würden sich immer mit Tatkraft durchsetzen".

Vorsitzender **Ebert:** Ich bitte, doch nicht in eine sachliche Erörterung des Gebärstreiks einzutreten. (Heiterkeit.)

Scheidemann: Ich gehe auf die sachlichen Ausführungen der Vorredner nicht ein. Ich will nur erklären: Ich habe in dem einen Fall gar nicht an die Genossin Zetkin gedacht; nicht sie hat in einer Versammlung gesagt, was ich zitiert habe. Ich habe absichtlich keinen Namen genannt. (Das ist eben das Schlimme!) Es ist doch wahrhaftig nicht notwendig, jeden hier mit Namen zu nennen. Ich habe den Verlauf zweier Versammlungen geschildert. In der Steglitzer Versammlung hat Klara Zetkin geredet, in der Berliner Rosa Luxemburg. Wenn ich mich gegen die Aeußerung von dem Blatt Papier, das die Unorganisierten nur von uns trennen soll, wandte, so war ich dazu veranlaßt nicht durch die Rede der Genossin Zetkin, die ich leider gar nicht gehört habe, sondern durch einen Debatteredner, der die Aeußerung anführte, ohne daß ich wußte, daß sie von Genossin Zetkin stammt. Wenn mir Ledebour zum Vorwurf macht, daß ich auf die Resolution, die den Namen Luxemburg trägt, in meiner ersten Rede nicht eingegangen bin, so will ich ihm sagen, warum: Als ich meine Rede am Montag früh hielt, lag die Resolution ja noch gar nicht vor.

Vorsitzender **Ebert:** Wir kommen zur Abstimmung. Ein von Hoch und Genossen gestellter und ausreichend unterstützter Antrag verlangt namentliche Abstimmung über den Antrag 100. Wir schlagen vor, zuerst abzustimmen über den Antrag 100 namentlich, dann über die Resolution des Parteivorstandes, Antrag 94, und dann eventuell, falls keine dieser Resolutionen angenommen werden sollte, über die übrigbleibenden Anträge 7, 11, 12 und 88.

Kunert-Halle: Da ich durch den angenommenen Schlußantrag verhindert wurde, zu unserer Resolution 7 zu sprechen, ziehe ich sie im Auftrage der Organisation Halle zugunsten des Antrags 100 zurück, um einer Zersplitterung der Stimmen vorzubeugen.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag 100.

Mit ja haben gestimmt: Agnes, Albrecht-Halle, Albrecht-Könnern, Antrick, Apel, Arendsee, Baudert, Beck, Bellert, Berten, Bihlmeier, Blumöhr, Bock, Böhle, Brandenburg, Braun-Nürnberg, Brühl, Büchner, Buhl, Bühler, Burckhardt, Busold, Cohen, Crispien, Dr. Oskar Cohn, Dißmann, Dittmann, Donalies, Emmel, Engelhardt-Helmstedt, Engelhardt-Cannstatt, Fauth, Felgentrebe, Fiedler, R. Fischer-Meiningen II, Fries, Fromhold, Fröhlich, Fuchs, Funke, Gebhardt, Gehrmann, Geyer, Gottschalk, Göpt, Götz, Granz, Graupe, Grenz, Gutekunst, Hammer, Hanisch, Hartmann, Hartung, Henke, Hennig-Neustadt, Herzfeld, D. Hoch, Gustav Hoch, Adolf Hoffmann-Berlin, Hofrichter, Horn-Dresden, Hugel, Jaffke, Jungnickel-Annaberg, Käppler, Katzenstein, Kilian, Kleinspehn, Klingler-Coburg, Krüger-Königsberg, Kniep, Kretzschmar, Kunert, Kurt, Leber, Ledebour, Lensch, Leopoldt, Leutert, Leuthold, Levi, Lewerenz, Liebknecht, Linde, Lippmann, Ludwig-Hagen, Luxemburg, Marxhausen, Meier-Zwickau, Menzel, Mucker, Müller-Mörs-Rees, Müller-Düsseldorf, Müller-Leipzig, Naumann, Ostkamp, Pannekoek, Panzer, Peter, Pinkau, Plorin, Raute, Reißhaus, Reitze, Ring, Rosenfeld, Roth, Rühle, Ryssel, Schindler, Schnabrich, Schinkel, Heinr. Schulz-Berlin, Schwartz, Schwarzburger, Schweida, Seip, Sollmann, Süßheim, Speich, Sperling, Stadthagen, Sterzel, Stolle, Karl Stubbe, Vogtherr, Voigt, Walther-Dresden, Wasser, Wellmann, Westkamp, Westmeyer, Wicky, Windau, Wittich, Wittig, Wünschmann, Zentgraf, Zetkin, Ziegler, Zubeil.

Mit nein haben gestimmt: Abele, Ahlemeier, Arzberger, Auer, Bahrdt, Bartels, Barth, Bauer, Beckmann, Beims, Bender, Berla, Bernstein, Birkholz, Birnkammer, Blume, Bolzmann, Böhle, Börner, Böske, Böttger, Brandes-Magdeburg, Brandes-Cuxhaven, Braun-Berlin, Brühne, Brecour, Brey, Bromme, Brückner, Bruns, Bullmer, Buch, Clajus, Darf, David, Davidsohn, Deck, Demtröder, Dengel, Deutsch, Diefenbach, Dommershausen, Dreßcher, Dröner, Dubber, Dürr, Eberle, Ebert, Eckardt, Edlich, Erdmann, Erckrath, Ernst, Ewald, Fahrenwald, Faulian, Feldmann, Felber, Felsmann, Fielitz, Edmund Fischer-Briesnitz, G. Fischer-Hannover, Richard Fischer-Berlin, G. Fischer-Cannstatt, Paul Fischer-Glauchau, Frank-Mannheim, Frank-Berlin, Frenzel, Friedrich, Fritsch, Frohme, Galke, Gebhardt-Burg b. Magdebg., Gehl, Gerisch, Glauche, Gomoll, Göhring, Göhre, Gradnauer, Graf, Grauer, Große, Grumbach, Gruber, Grünberg, Günther, Haberland-Düsseldorf, Haberland-Vohwinkel, Hahn, Hansen, Hansmann, Hartwig, Haß, Hasenzahl, Hasselbach, Haupt, Heilmann, Hein, Heitmann, Hengsbach, Henkel, Henning-Magdeburg, Hense, Herrmann, Herzog, Hetzschold, Heugel, Heymann, Hierl-Rosenhain, Hierl-Schwabach, Hildenbrand, Hörsing, Gottl. Hoffmann-Berlin, Herm. Hoffmann-Neundorf, Johannes Hoffmann-Iserlohn, Josef Hoffmann-Traunstein, Johann Hoffmann-Kaiserslautern, Karl Hoffmann-Bielefeld, Paul Hoffmann-Berlin, Hofmann-Saalfeld, Horn-Stettin, Hoßbach, Hüffmeier, Hünicke, Hug, Huhnfleisch, Husemann, Hutterer, Hüttmann, Jäckel, Jakobsen, Jantzen, Jasper, Jeckstadt, Jentzsch, John-Leipzig, John-Dresden, Jordan, Juul, Jülich, Jungnickel-Dresden, Kahmann, Kahnt, Kaßner, Keidel, Keil, Keller, Kern, Kiel, Kirschbaum, Klingler-Berlin, Klügel, Klüß, Klotzsch, Knapper, Knauf, Knieriem, Knoche, Knor, Koch, Köhler, Kohnen, König, Königshoff, Köpke, Kratsch, Krauß, Krause-Hamburg, Krause-

Elmshorn, Kretzig, Kröger, Krüger-Altona, Krüger-Leipzig, Kühn, Kurtzer, Lange, Langer-Chemnitz, Langer-Striegau, Lau, Laufenberg, Lehmann, Leibrecht, Leich, Leid, Lieser, Lindermeier, Lindner, Ludwig-Reichenbach, Lüth, Lüthje, Lutz, Maier, Marhenke, Matuszenski, Mehrlein, Meier-Oberzwehren, Melle, Michel, Michelsen, Molkenbuhr, Möller-Harburg, Moltmann, Müller-München, Müller-Groß-Dobritz, Müller-Berlin (Parteivorstand), Müller-Chemnitz, Munzel, Neumann, Neumeier, Neupert, Nespital, Nimmerfall, Nitsch, Noske, Obst, Oehme, Oppermann, Pagels, Paulick, Pawlitzki, Paetzel, Peirotes, Peus, Pfannkuch, Pflüger, Pigusch, Polmer, Poling, Porstendorfer, Preßmar, Quarck, Quessel, Raab, Rauch, Reichert, Reimers, Rennert, Reppenhagen, Riesberg, Rindfleisch, Rößler, Roßmann, Roth-Hamburg, Röttgen, Rudolph, Rynek, Sachse, Sailer-Luckenwalde, Sailer-Kempten, Schadow, Scheidemann, Phil. Schmid-Ingolstadt, Karl Schmidt-Rathenow, Ed. Schmidt-München, Fritz Schmidt-Berlin, Rich. Schmidt-Berlin, Rich. Schmidt-Meißen, Franz Schmitt-München, Johann Schmitt-Neustadt a. d. H., Schneider-Hannover, Schneider-Dresden, Schön, Schönfeldt, Schöpflin, Scholich, Scholz, Schrader, Schreck, Schröder, Schüning, Schulz-Witten, Schulz-Elbing, Schuhmacher, Schumann, Seel, Seifert, Sellin, Senkpeil, Siering, Silberschmidt, Simon, Süß, Spiegel, Sprenger, Stahl, Stäffler, Staimer, Steffen, Stengele, Stephan, Stirius, Striebing, Strohhecker, Struve, Heinrich Stubbe, Stuckenbrok, Taubadel, Thiele, Thielecke, Timm, Thöne, Thomas, Töneböhm, Treu, Ulrich, Undeutsch, Vesper, Vetterlein, Vetters, Vogel, Wagner-Neustädtel, Wagner-Mölln, Walter-Höchst, Wedemeyer, Wegener, Weill, Weinheber, Wels, Wengels, Werner, Wettermann, Wiezorek, Wiesner, Winkelmann, Winnig, Wißler, Wuschick, Wurm, Zabel, Zielke, Zietz, Zorn.

Vorsitzender **Ebert** erklärt, daß das Bureau heute abend das Resultat feststellen und morgen mitteilen wird. Darauf vertagt sich der Parteitag auf Mittwoch 9 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 17. September 1913. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Ebert** eröffnet um 9 Uhr die Verhandlungen. Ein Begrüßungstelegramm ist eingegangen vom Komitee der Auslandsorganisation Rußlands in Paris. Der Parteitag beschließt, den Donnerstagnachmittag nicht freizuhalten, wie ursprünglich beabsichtigt war. Eventuell soll die Freitagssitzung früher schließen.

Vorsitzender **Ebert** teilt dann das Resultat der gestrigen namentlichen Abstimmung über den Antrag 100 mit. Der Antrag wurde mit 333 gegen 142 Stimmen abgelehnt.

Darauf wird die Resolution des Parteivorstandes Nr. 94 gegen 2 Stimmen angenommen.

Emmel (zur Geschäftsordnung): Eine Anzahl meiner Kollegen haben nicht für die Resolution gestimmt, aber auch nicht dagegen, weil die Resolution von Niederbarnim noch ausstand, und die die wichtigere gewesen wäre.

Vorsitzender **Ebert** stellt fest, daß mit dieser Abstimmung die Anträge 11, 12 und 88 erledigt sind.

Pollender-Leipzig, **Müller**-Schönefeld und **Reiwand**-Halle erklären, daß sie verhindert waren, gestern an der namentlichen Abstimmung teilzunehmen und daß sie für den Antrag 100 gestimmt hätten.

Dietz und **Giermann** erklären, daß sie an der Abstimmung nicht teilnehmen konnten, aber gegen den Antrag 100 gestimmt hätten.

Damit sind Punkt 1 und 2 der Tagesordnung erledigt.

Es folgt der

Bericht der Reichstagsfraktion.

Vorsitzender **Bock** schlägt vor, bei der Erörterung dieses Punktes die Stellung der Fraktion zu den Deckungsfragen abzutrennen und mit der Steuerfrage zu verbinden. Damit ist der Parteitag einverstanden.

Die zu diesem Punkt gehörigen Anträge 27 bis 35 und 37 werden genügend unterstützt.

Berichterstatter **Heinrich Schulz**: Durch den Beschluß des Parteitags, von dem Bericht der Reichstagsfraktion die Stellung der Fraktion zur Deckungsfrage abzutrennen, ein Beschluß, der einem gemeinsamen Wunsche des Parteivorstandes und Parteiausschusses entspricht, und dem auch ich mich aus sachlichen Gründen anschließen kann, ist meine Aufgabe als Berichterstatter noch einfacher geworden, als sie sonst ohnehin gewesen wäre. Ich hätte auch im anderen Falle als Berichterstatter heute nicht allzuviel zu sagen gehabt. Die Stellung des Berichterstatters der Reichstagsfraktion unterscheidet sich von der Stellung z. B. des Berichterstatters des Parteivorstandes oder des Berichterstatters für eine bestimmte Frage, zu der durch Thesen Stellung genommen werden soll. Es handelt sich bei der Reichstagsfraktion nicht wie etwa beim Parteivorstand um eine geschlossene Gemeinschaft, die ihre Beschlüsse in der Regel einmütig faßt und für die der Berichterstatter einzutreten hat. Die Reichstagsfraktion bestimmt wohl die Redner für die einzelnen Fragen, aber sie schreibt den Rednern nicht vor, wie sie sie zu behandeln haben. Sie überläßt dem Redner das in seiner Eigenschaft als Sozialdemokrat in der Voraussetzung, daß jeder sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete selbstverständlich imstande sein muß, zu der Frage, die ihm übertragen wird, selbständig die sozialdemokratische Auffassung zu vertreten. Das entspricht ja auch der Stellung, die bisher der Parteitag in immer wiederholten Beschlußfassungen zum Ausdruck gebracht hat, indem er allen Reichstagsabgeordneten die Berechtigung eingeräumt hat, auf dem Parteitag zu erscheinen. Sicherlich doch nur aus der Erwägung heraus, daß jeder Abgeordnete imstande sein soll, vor dem obersten Forum der Partei, vor dem Parteitage seine Tätigkeit als Abgeordneter zu rechtfertigen. Es gibt natürlich auch Fragen, über die die Fraktion abstimmt, Fragen, bei denen die Meinung der Mehrheit als die Meinung der Fraktion im Plenum des Reichstages vertreten wird. Sie wissen, daß eine dieser Fragen gerade die Deckungsfrage ist. Aber gerade bei solchen Fragen, bei denen es sich um Differenzen innerhalb der Fraktion handelt, bei denen eine Mehrheit einer kleineren oder größeren Minderheit gegenübersteht, hat der Referent der Reichstagsfraktion nur ein Amt, aber keine Meinung — als Referent! Er hat natürlich auch das Recht der freien Meinungsäußerung wie jeder andere Abgeordnete und jedes Mitglied des Parteitages und kann seine Meinung in der Debatte zum Ausdruck bringen. Aber als Vertreter der gesamten Fraktion darf er seine persönliche Auffassung nicht vermengen mit dem Bericht, den er zu erstatten hat. Es geht auch gar nicht anders. Sie können keinem Abgeordneten zumuten, daß er etwa, wenn er zur unterlegenen Minderheit gehört hat, dennoch mit innerer Ueberzeugung und Wärme für die Auffassung der Mehrheit eintreten soll. Noch weniger wäre es zulässig, wenn er als Vertreter der gesamten Fraktion seine Auffassung, die in der Minderheit geblieben ist, als Berichterstatter Ihnen empfehlen würde. Sie können auch

nicht verlangen, daß, wenn der Berichterstatter etwa seine persönliche Meinung nicht vereinbaren kann mit der der Mehrheit der Reichstagsfraktion, er sein Amt niederlegen soll. Denn wenn vielleicht am Ende der Session eine ganz wichtige Frage entschieden wird, und der Referent würde dann auf Grund der ihm nicht genehmen Entscheidung auf die Berichterstattung verzichten, so würde die Fraktion in die größten Schwierigkeiten kommen. Ich habe also meine Aufgabe darin gesehen, so objektiv wie möglich zu berichten. Diesen objektiven Bericht habe ich auch in der Deckungsfrage so ausführlich wie möglich niedergelegt. Der Bericht ist allen Mitgliedern der Fraktion zugegangen, es haben ihn Mitglieder der Rechten und Linken noch ergänzt, so daß ich annehmen darf, daß das, was dort über die Stellung der Fraktion zur Deckungsfrage niedergelegt ist, der wirklichen Situation, wie sie damals vorhanden war, entspricht. Es kann sich für mich heute nur um Erklärungen, Erläuterungen und Richtigstellungen gegenüber der erfolgten Kritik und den vorliegenden Anträgen handeln.

Abgesehen von der Abstimmung bei der Deckungsfrage ist die Fraktion wenig angegriffen worden. Die Abstimmung der Fraktion am allerletzten Tage der Session hat das Interesse der Parteigenossen am meisten in Anspruch genommen, so daß für die sonstige Tätigkeit der Fraktion kaum noch Interesse übriggeblieben zu sein scheint. Der Reichstag hat 104 Tage getagt. Ueber die Tätigkeit am 104. Tage ist sehr viel geredet und geschrieben worden, über die Tätigkeit an den anderen 103 Tagen fast gar nicht. Wenn wir daraus schließen dürfen, daß das, was die Fraktion an den anderen 103 Tagen getan hat, gut ist, könnten wir ja mit einer solchen Kritik zufrieden sein.

Ich habe mich bemüht, in dem schriftlichen Bericht die sozialdemokratische Arbeit aus der gesamten parlamentarischen Arbeit auf allen Gebieten herauszuheben. Darum ist der Bericht auch so ausführlich geworden, daß z. B. das Breslauer Parteiorgan mit Entsetzen feststellte, er umfasse 173 Seiten. Das stimmt nicht ganz, das ist eine optische Täuschung. Von diesen 173 Seiten kommen nämlich 73 auf den Bericht des Parteivorstandes und es bleiben für den Fraktionsbericht nur 100 Seiten übrig. (Rufe: „Nur!") Das ist immer noch genug, wie ich gern zugeben will. Ueber die Form des parlamentarischen Berichts gab es bisher in unserer Partei keine festen Normen. Während der Session, oft erst gegen den Schluß der Session wurde der Berichterstatter ernannt und ihm wurden noch niemals Vorschriften über die Art und Weise des Berichts gemacht. So hat der Bericht zwar in jedem Jahr ein besonderes individuelles Gepräge bekommen, aber seine Verwendbarkeit für die Praxis der Parteiarbeit hat nicht dadurch gewonnen, daß jeder Berichterstatter seinen besonderen parlamentarischen Neigungen und Interessen freien Lauf lassen konnte. Ich habe — gegen meine schriftstellerischen Neigungen — auf jedes persönliche Gepräge des Berichts verzichtet und versucht, alles sachliche Material so zusammenzustellen, daß es leicht auffindbar und verwendbar ist. Wir haben ein Fraktionssekretariat, in dem alles Material gesammelt wird. Ich wollte den Weg von dem Bericht zu den Akten des Sekretariats so kurz und einfach wie möglich machen und von dort den Weg zu den Akten des Reichstags überhaupt. Ich gebe zu, daß ein solcher Bericht keine amüsante Lektüre für Zeitungsleser bildet. Aber ich möchte fragen, ob wir überhaupt an der Tradition festhalten sollen, daß der ganze Bericht in der Parteipresse abgedruckt wird. Die meisten Parteiblätter tun es schon seit Jahren nicht mehr. Selbst das große „Hamburger Echo" hat in diesem Jahre darauf verzichtet. Ich möchte anregen, daß in Zukunft nicht mehr irgendein Mitglied der Fraktion im Laufe der Session den Auftrag erhält, den Bericht anzufertigen, sondern daß diese Arbeit dem Fraktionssekretär übertragen wird, der ja an sich schon mit der

Sammlung des Tatsachenmaterials beschäftigt ist, und dem es deshalb viel leichter wird, den Bericht zusammenzustellen. Dann kann der Fraktionsbericht wenige Wochen nach Schluß der Session erscheinen, nicht in der Parteipresse, sondern als ein selbständiges Buch, von dem im Interesse der Agitation eine billige Ausgabe hergestellt werden kann. Der Bericht erscheint dann früher, und er wird auch ein brauchbares Nachschlagewerk für die Genossen, die sich dauernd oder vorübergehend mit der Tätigkeit des Reichstags beschäftigen. Wenn ein alphabetisches Stichwortregister dazu gegeben wird, wie ich es in diesem Jahre noch nachholen will, so ist man imstande, schnell und zuverlässig irgendeine Handlung oder Abstimmung der Fraktion festzustellen. Am Schluß der Legislaturperiode hat man dann durch ein Generalregister für die Neuwahlen sofort eine Uebersicht über die ganze Fraktionstätigkeit.

Mein Vorschlag ist das Ergebnis recht bitterer Erfahrung. Es mag ja ein außerordentlicher ästhetischer Genuß sein, in den Ferien alle sozialdemokratischen Reichstagsreden nochmals durchzulesen und daraus das Wesentliche festzuhalten; aber diese Tätigkeit erfordert eine ungeheure Zeit, und ich wünsche keinem Nachfolger, diese quantitativ ungeheure Arbeit in Zukunft auch wieder nach Schluß der Session machen zu müssen. So schwer die Arbeit für jeden einmaligen Berichterstatter ist, so leicht ist sie für den Fraktionssekretär, der laufend daran tätig sein kann. Da ja leider durch den Tod des Genossen Zietsch, des bisherigen Fraktionssekretärs, der seine Arbeit außerordentlich gewissenhaft geleistet hat, die Stellung frei geworden ist, so könnte man bei der Wahl des Nachfolgers meine Anregung gleich berücksichtigen. Man könnte fragen, warum denn alles so ausführlich gebracht worden ist, und warum man nicht nur das wichtigste zusammengefaßt hat. Bei der Frage, was als das Wichtigste anzusehen ist, gilt aber das alte plattdeutsche Sprichwort: „Wat den eenen sin Uhl is, is den annern sin Nachtigall!" Für die Binnenschiffer und Transportarbeiter sind z. B. die Beratungen des Reichstags über die Arbeitsverhältnisse in der Binnenschiffahrt von großem Interesse. Andere mag das nicht interessieren. Für die Binnenschiffer ist es aber von Wert, wenn sie unter dem Stichwort „Binnenschiffahrt" schnell feststellen können, was dazu gesprochen worden ist, sei es beim Etat des Reichsamts des Innern, bei einer Interpellation, bei einer Petition oder auch nur bei einer kurzen Anfrage. Das gleiche gilt für alle anderen politischen Angelegenheiten. So hat man, wenn es nötig ist, schnell das ganze Material beieinander. Ich habe mich bei Abfassung des schriftlichen Berichts von diesem Grundsatz leiten lassen, ich war deshalb nicht in der Lage, ihn kürzer zu gestalten.

Soviel über die Form des Berichts. Nun lassen Sie mich zu einigen sachlichen Einzelheiten übergehen, die in der Diskussion vor dem Parteitag eine Rolle gespielt haben. Es liegen auch einige Anträge vor, zu denen ich ebenfalls gleich Stellung nehmen will. Die Anträge 27, 32, 33, 35 und 37 wünschen, daß die Fraktion im Reichstag Anträge gegen die Verteuerung der Heilmittel, gegen die Zwangsimpfung, für die Ausdehnung des Kinderschutzgesetzes, für die direkte Gesetzgebung durch das Volk und für eine Neueinteilung der Wahlkreise einbringen soll. Ich bitte Sie, alle diese Anträge der Fraktion zur Erwägung zu überweisen. Sie müssen es schon der Fraktion überlassen, in welcher Weise sie den Anregungen Folge gibt. Mit der Einbringung von Anträgen hat es seine geschäftsordnungsmäßigen Schwierigkeiten. Initiativanträge müssen innerhalb der ersten 10 Tage einer neuen Session eingebracht werden, und da die ersten 10 Tage dieser Session schon seit geraumer Zeit vorüber sind, können wir jetzt überhaupt keine Initiativanträge mehr stellen. Aber vielleicht kann man diese Anregungen bei der Etatsberatung berücksichtigen. Zu der Resolution 34, die zur Berner Verständigungskonferenz

Stellung nimmt, habe ich als Berichterstatter nichts zu sagen, die Fraktion hat die Entsendung von Delegierten nach Bern beschlossen und die Entscheidungen der Konferenz gutgeheißen.

Die Anträge 28 bis 31 rügen das Fehlen der Abgeordneten bei wichtigen Abstimmungen. Die Anträge haben einen bestimmten Fall im Auge, der in der letzten Session vorgekommen ist und wie ich zugeben will, hier und da unliebsames Aufsehen erregt hat. Zum Etat des Reichskanzlers hatten wir eine Resolution auf Einführung des Proportionalwahlsystems eingebracht. Für diese Resolution wurden 90, dagegen 88 Stimmen abgegeben, sie wäre also mit zwei Stimmen Mehrheit angenommen gewesen, wenn nicht durch den sich notwendig machenden Hammelsprung die Beschlußunfähigkeit festgestellt worden wäre. Am nächsten Tage mußte die Abstimmung wiederholt werden. Auch da war wieder ein Hammelsprung nötig und nun wurden 139 Stimmen dafür und 140 dagegen abgegeben, die Resolution wurde also mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt. Wir haben das bedauert, aber es gibt doch eine Reihe von Entschuldigungsgründen. Am ersten Tage, am Mittwoch, konnte niemand voraussehen, daß es noch zur Abstimmung kommen würde, am nächsten Tage fand die Abstimmung zu Beginn der Sitzung statt, so daß nicht alle auswärtigen Kollegen telegraphisch herangeholt werden konnten. Wer gefehlt hat, läßt sich heute nicht mehr feststellen. (Adolf Hoffmann: Ihr müßt Euch solidarisch erklären!) In der Fraktion des preußischen Landtages ist es natürlich leichter. (Hoffmann: Wir sind immer da!) Ich glaube sogar, es gibt Abgeordnete, die heute nicht mehr genau wissen, ob sie anwesend gewesen sind oder nicht. (Große Heiterkeit.) Ja, Genossen, die einzelnen Abstimmungen sind doch nicht mit so viel Feierlichkeiten umgeben, daß sich jeder genau merkt — und noch monatelang später weiß, ob er bei einer der vielen Abstimmungen dabei-gewesen ist oder nicht. Unsere Genossen sind doch schließlich nicht nur Parlamentarier, glücklicherweise nicht. Sie haben schließlich auch noch ihren Beruf auszuüben und können nicht täglich von 1 bis 7 Uhr und noch länger im Reichstag sitzen. Die Gewerkschaftsbeamten haben oft Pflichten gewerkschaftlicher Art, die wichtiger sind, denn als einer der 110 im Reichstag anwesend zu sein. Andere sind Rechtsanwälte, Kaufleute, Redakteure, Schriftsteller, die unter Umständen auch wichtigere Pflichten als die parlamentarischen haben. Verlangen Sie etwa, daß jeder Reichstagsabgeordnete in jeder Sitzung von Anfang bis zu Ende im Reichstag anwesend sein soll? So grausam können Sie nicht sein! Dann hätten wir den ersten Massenstreik. (Heiterkeit.) Dann würden die Reichstagsabgeordneten ihre Mandate niederlegen. (Rufe: Na! Na!) Das hält kein Mensch aus. Soweit die Anträge nur wünschen, daß jeder Abgeordnete bei wichtigen Parteiinteressen nach Möglichkeit und nach den Vorschriften seines parteigenössischen Gewissens anwesend sein muß, so haben sie selbstverständlich recht. Das geschieht aber auch heute schon. Kein Abgeordneter versäumt leichtsinnig seine Pflicht. Ich empfehle Ihnen den Antrag 30 und bitte, die anderen Anträge abzulehnen.

Lebhafte Debatten gab es über die Haltung der Partei zur Wehrvorlage. Bei diesen kritischen Bemerkungen hat es sich aber mehr um allgemeine Sentiments gehandelt als um durchschlagende Gründe. Die Einwendungen haben zum großen Teil nicht den parlamentarischen Geschäftsgang berücksichtigt, über den wir Sozialdemokraten auch nicht hinwegkönnen. Im allgemeinen wird die Haltung der Fraktion während der zweiten Lesung im Plenum anerkannt, sogar mit sehr schmeichelhaften Worten. Die „Gleichheit", die sonst die Fraktion hie und da zupft, sagt darüber: „Erst bei der zweiten Lesung stand die sozialdemokratische Reichstagsvertretung auf der Höhe der Situation. Hier rang sie 10 Tage lang Brust an Brust mit dem tückischen gewalttätigen Feind des Proletariats und riß ihm durch ihre gutgewählten und meist schneidig begründeten Anträge die Maske vom Gesicht." Nun soll die Fraktion bei der ersten Lesung, in der Kommission, und bei der dritten Lesung ihre Schuldigkeit nicht getan haben. Daß die Fraktion in der ersten Lesung in grundsätzlicher Beziehung etwas außer acht gelassen hätte, behauptet niemand, „aber", sagt die „Gleichheit", „im ganzen hat es an dem Ton gefehlt, der die Musik macht. Die Wucht und Großzügigkeit war nicht da." Ich gebe zu, daß das Unbehagen, dem die „Gleichheit" Ausdruck gibt, von einer Reihe von Parteigenossen auch innerhalb der Fraktion empfunden worden ist. Aber lag die Schuld an der Fraktion? Nein, die Fraktion hat in der ersten Lesung getan, was möglich war. Der volle Ton konnte nur durch die Resonanz der Massen erzielt werden. Die Massen hatten aber leider bei der ersten Lesung nicht das genügende Interesse, um den Kampf der Fraktion in ausreichender Weise zu unterstützen. Darunter hat der erste Akt des Rüstungsdramas im Parlament gelitten, darüber gehen die Meinungen auf der rechten und linken Seite der Partei nicht weit auseinander. Auch Genossin Luxemburg vertrat in der „Leipziger Volkszeitung" diese Ansicht. Ueber die Kommissionsberatung sagt die „Gleichheit": „Es ist nicht unerbittlich genug der trügerische Schein zerstört worden, als ob die dort ausgekramten politischen und militär-technischen Gründe für die ungeheure Heeresverstärkung die Unbeugsamkeit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu mildern vermocht hätten." Dieser Vorwurf ist nicht genügend substantiiert. Wir haben in der Kommission das Kampffeld vorbereitet, auf dem dann in der zweiten Lesung der Kampf geführt worden ist, den auch die „Gleichheit" anerkannt hat. Die Berichte über die Kommissionsberatungen geben kein solches Spiegelbild wie die über die Plenarverhandlungen. Sie vollziehen sich nicht öffentlich, ein großer Teil der Kommissionsverhandlung ist überhaupt geheim, so daß darüber nicht berichtet werden kann. Vor allem aber begnügen sich unsere Parteigenossen in der Kommission sehr oft absichtlich mit irgendeiner Feststellung, zu der sie die Regierung zwingen, und behalten sich vor, die Schlußfolgerungen erst in der Plenarverhandlung auszusprechen. Trotzdem hat unsere Haltung in der Kommission nichts zu wünschen übriggelassen. Die dritte Lesung hat dann durch das Erfurter Urteil eine ganz besondere Färbung erhalten.

Ich bin weit davon entfernt, alles für gut zu halten, was die Fraktion getan hat. Im Gegenteil, manches hätte besser gemacht werden können. Kritik soll sein und muß sein, es soll keine beschauliche Selbstzufriedenheit bei unseren Parlamentariern einreißen. Sie sollen immer wieder genötigt werden, ihre Haltung mit der der Massen zu vergleichen, und mit den Massen Fühlung halten. Soweit die Kritik aber zu irrigen Schlüssen kommt, muß sie auf das berechtigte Maß zurückgeführt werden. Es fehlte dem Kampfe gegen die Heeresverstärkung das notwendige Echo in den Massen. Die Schuld daran lag nicht in erster Linie an der Fraktion, sondern an den Gründen, die gestern schon dargelegt worden sind. Sobald die Massen sich rührten, wurde der Kampf der Fraktion im Reichstag unmittelbar belebt und verstärkt, und als durch das Erfurter Urteil die Massen zu zorniger Empörung aufgepeitscht wurden, da konnte die Fraktion in kühner Initiative und mit schnellem Zupacken auch einen unmittelbaren Erfolg erreichen. Dieser Erfolg wäre ohne die Massen nicht möglich gewesen. Dieser kleine parlamentarische Erfolg hat aber andererseits wieder aufrüttelnd auf die Massen gewirkt. Die Versammlungen waren gefüllt, die Massen waren begeistert, überall war eine lebhafte Stimmung, volle Häuser, Begeisterung, Zorn und Empörung. Vielleicht haben die Organisationen hinterher das Eisen, als es nach den Militärdebatten recht heiß war, nicht in genügendem Maße geschmiedet. Ich hätte auch gewünscht,

daß nach Schluß der Reichstagsverhandlungen im Hinblick auf den aufregenden und für die Partei ehrenvollen Ausgang die Parteigenossen im Lande sich mehr darum gekümmert und in Versammlungen dazu Stellung genommen hätten. Das Erfurter Urteil gibt ein Schulbeispiel dafür, wie sich der prinzipielle Kampf und der praktische Erfolg gegenseitig in die Hände arbeiten können und müssen.

Ich komme nun auf ein Urteil über die Fraktion zu sprechen, das, glaube ich, allein steht. Die „Düsseldorfer Volkszeitung" schreibt über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion: „Wie sehr wir die Kritik von der Reichstagstribüne aus zu schätzen wissen, ja sie gewissermaßen als die Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Fraktion betrachten, so haben uns doch manche Anträge und Ausführungen unserer Genossen, die bei dieser Gelegenheit im Reichstag gemacht wurden, seltsam anmutet. Wir halten es nicht für die Aufgabe unserer Fraktion, durch Anträge und Reden Zustände im militärischen System beseitigen zu wollen, wodurch der Militarismus wohl den Kreisen des Bürgertums schmackhafter gemacht werden könnte, am System des Militarismus als Herrschaftsmittel der herrschenden Klassen aber nichts geändert werden würde. Wir meinen, daß wohl das Bürgertum ein großes Interesse an Anträgen hat, die das Einjährig-Freiwilligen-System, die Abschaffung des Burschenwesens, die Beseitigung des Gardevorrechts, die Freiheit der politischen und religiösen Gesinnung für alle Angehörigen der Armee, die Beförderung in der Armee nach der persönlichen Tüchtigkeit betreffen, aber für das Proletariat ist die Beseitigung oder Nichtbeseitigung dieser Schönheitsfehlerchen am Militarismus wirklich von untergeordneter Bedeutung." (Hört! hört!)

Ich glaube, daß diese Auffassung vollkommen unsere Stellung zur Wehrfrage verkennt. (Sehr richtig!) Wir bekämpfen den heutigen kapitalistischen, imperialistischen Militarismus als die Waffe der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, wir bekämpfen aber nicht die Wehrhaftigkeit des Volkes. Wir wollen ja gerade nach unserem Parteiprogramm die Volkswehr, die Miliz an Stelle des stehenden Heeres, wir wollen gerade die möglichst gute körperliche und geistige Ausbildung von frühester Jugend an, die zugleich auch die denkbar größte Wehrhaftigkeit des Volkes gewährleistet. Wir können nicht durch Parlamentsbeschluß das stehende Heer von heute auf morgen abschaffen. Wir können auch nicht in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft unsere ideale Forderung der Volkswehr restlos durchsetzen. Aber wir haben doch die Verpflichtung, dem heutigen Militarismus durch Kritik, durch Anträge so zuzusetzen, wie es nur immer angeht, und diese Kritik und die Reformen, die wir von der heutigen bürgerlichen Gesellschaft auf dem Gebiete des Militarismus erlangen, erhalten ihre Ziele und Richtlinien durch unsere programmatische Volkswehrforderung, durch unser militärisches Endziel. Dies Endziel muß uns befähigen und befähigt uns, zu den verschiedensten Einzelfragen des heutigen Militärsystems Stellung zu nehmen, Forderungen zu erheben, die eine Besserung in der Richtung zu unserem Endziel darstellen. Ist es denn richtig, wie das Düsseldorfer Blatt schreibt, daß das Bürgertum ein Interesse an der Beseitigung des Einjährig-Freiwilligen-Privilegs hat? Nein, wir haben ein Interesse daran. Wir wollen die Beseitigung dieses Klassenunterschiedes im heutigen Militär. Auch hat nicht das Bürgertum ein Interesse an der Verkürzung der Dienstzeit, die es sich ja selbst für seine Klassengenossen durch die einjährige Dienstzeit verschafft, die für die meisten jungen Leute des Bürgertums eine angenehme Abwechslung bringt. Nein, im Interesse des Proletariats fordern wir die Verkürzung der Dienstzeit. Ebenso liegt natürlich die Abschaffung des Burschenwesens im Interesse der Proletarier. Wir wollen, daß alle Soldaten gleich

sind, daß nicht ein Soldat der Bursche des andern ist. In dem Wort „Bursche" liegt schon eine Herabsetzung des Arbeiters, der den bunten Rock anziehen muß. Ist es nicht etwas Entwürdigendes, wenn ein Arbeiter genötigt wird, als Bursche bei einem blutjungen Leutnant Stellung zu nehmen? Und dient ferner nicht gerade das Gardevorrecht als Stütze des Imperiums unserer imperialistischen Gesellschaft? Sollte es da nicht im Interesse der Arbeiter liegen, daß wir die Beseitigung dieser Dekoration verlangen? Ebenso ist die Freiheit der politischen und religiösen Gesinnung eine Forderung, die gerade wir Sozialdemokraten stellen, genau so wie die Forderung der Beförderung nach der persönlichen Tüchtigkeit. Ich könnte begreifen, wenn man sagt, Ihr habt diese Forderungen nicht ausreichend genug vertreten. Aber wenn wir darauf verzichten wollten, sie überhaupt zu erheben, würden wir unserer ganzen Militärpropaganda das Rückgrat brechen. Gerade auch die vielen Indifferenten spitzen in der Regel sehr aufmerksam die Ohren, wenn ein parteigenössischer Redner über das heutige stehende Heer redet, wenn er aus eigener Sachkenntnis heraus erinnert an die Dinge, die sich heutzutage der Soldat beim stehenden Heer gefallen lassen muß. Gerade bei dieser Kritik können wir an persönliche Erfahrungen anknüpfen, und das ist bekanntlich die beste Anknüpfung, um zu theoretischen Auffassungen hinüberzuleiten. Ich möchte im Gegensatz zu den Parteigenossen in der „Düsseldorfer Volkszeitung" sagen: Wir müssen viel mehr als bisher unsere volkstümlichen Militärforderungen propagieren.

Zum Schluß möchte ich noch kurz auf das Erfurter Urteil zurückkommen, welches mir ein Schulbeispiel zu sein scheint für die Bedeutung des Parlaments für die Massen und umgekehrt der Massen für das Parlament. Jene Vorgänge in den letzten Tagen der Session haben aufgedeckt, daß selbst der deutsche Parlamentarismus mehr durchzusetzen vermöchte, wenn er nur den entscheidenden Willen zeigte, wenn die bürgerlichen Parteien das nötige Maß von Mut aufbringen würden. Vor dem einmütigen Willen des Reichstags beugte sich die Regierung, weil sie sich in einer Zwangslage befand. Die Konsequenzen aus diesem Vorgang lägen für ein willensstarkes Bürgertum auf der Hand. Ich fürchte allerdings, wir werden in der Beziehung nicht viel Freude erleben. Wichtig ist ferner für uns, daß die Fraktion bei dieser Frage das ganze Bürgertum mit verschwindenden Ausnahmen zur Gefolgschaft gezwungen hat. Unsere wochenlangen Reden vorher fanden taube Ohren. In diesem Einzelfalle rissen wir die ganzen bürgerlichen Parteien ohne weiteres mit uns. Aber ich behaupte, daß das nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht durch wochenlange Debatten vorher, durch unseren jahrelangen Kampf gegen den Militarismus der Boden vorbereitet gewesen wäre. Das eine ist nicht ohne das andere denkbar. Der grundsätzliche Kampf muß innerhalb und außerhalb des Parlaments geführt werden, aber daneben hat die Reichstagsfraktion die Pflicht, jede parlamentarische Situation und Konstellation zur Erringung von Vorteilen auszunutzen. Diese Vorteile wirken dann wieder aufrüttelnd und belebend auf die Massen. In diesem Falle war es ja leider nur ein kleiner Erfolg. Den besten Beweis liefert das neue Urteil. Der Parteitag wird sich, ohne daß wir eine besondere Resolution dazu zu fassen brauchen, doch einig sein in der schärfsten Verurteilung dieses neuen Erfurter Urteils. (Sehr richtig!) Absolut genommen ist es zwar milder, denn zwei Jahre Gefängnis sind weniger als fünf Jahre Zuchthaus. Aber relativ genommen ist es schärfer, denn während bei dem ersten Urteil die Mindeststrafen zugrunde gelegt waren, ist man bei dem zweiten Urteil um das Doppelte über die Mindeststrafe hinausgegangen. Es ist geradezu unerhört, daß wegen eines erbärmlichen Wirtshauskrakeels so namenloses Unglück über zahlreiche brave Menschen gebracht worden ist, nur

weil wir in Deutschland ein rückständiges Gesetz und rückständige Bestimmungen über die Kontrollversammlung mit uns schleppen müssen, und weil in einigen Bundesstaaten zufällig die Gendarmen als militärische Vorgesetzte gelten.

Also die Gegenleistung für das Volk für die ungeheuren Opfer, die ihm bei der Militärvorlage auferlegt sind, ist sehr gering, wenn wir auch stolz darauf sein dürfen, daß dieser Erfolg durch unsere Fraktion erzielt worden ist.

Aber auch er wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht die Massen hinter der Fraktion gestanden hätten. Freilich war das Urteil, als es im Reichstag zur Sprache kam, den Arbeitermassen noch nicht bekannt. Aber trotzdem standen die Massen hinter der Fraktion. Die Fraktion lehnte sich an jenem Sonnabend mit geradezu elementarer Leidenschaftlichkeit gegen dies Urteil auf, verschwunden war die Müdigkeit, die sonst bei dritten Lesungen im Reichstag Platz greift. Verschwunden waren all die Aeußerlichkeiten eines letzten Verhandlungstages im Reichstag. Unmittelbar drang an jenem Tage die Stimme des Volkes in den Reichstag hinein. Das wußten auch die bürgerlichen Parteien. Sie wußten genau, wie dies Urteil, wenn es in den nächsten Stunden durch Deutschland eilte und den Massen bekannt wurde, auf die aufgeklärten Massen des klassenbewußten Proletariats wirken mußte. Die ganze gewaltige organisierte Kraft und Wucht des deutschen klassenbewußten Proletariats, die die Gegner so oft krampfhaft hinwegzuleugnen suchen, und die ihnen doch ständig wie ein Alp auf der Brust liegt, daran an jenem Sonnabend gleichsam wie eine körperliche Macht in den Reichstag ein und diktierte diese Gesetzesreform. Daraus dürfen wir den Schluß ziehen, daß ein Parlament, dem die Massen gleichgültig gegenüberstehen, ein müßiger Zeitvertreib ist, daß aber ein Parlament, hinter dem der geschlossene Wille des Proletariats antreibend und aufpeitschend steht, ein wertvolles Hilfsmittel im Klassenkampf sein kann. So darf die Fraktion von den Parteigenossen verlangen, daß die Massen Anteil nehmen an dem Kampf der Fraktion. Dann müssen aber auch die Massen über das Wollen der Sozialdemokratie unermüdlich von den Parteiorganisationen aufgeklärt werden. Umgekehrt können aber die Genossen von der Fraktion verlangen, daß die Fraktion sich lediglich als ein dienendes Glied des großen Ganzen ansieht und ständig die innigste Fühlung mit den Wünschen der Masse aufrecht erhält. Ich spreche den Wunsch aus, daß die Debatte dieses Parteitages über den parlamentarischen Bericht diese wertvolle und notwendige Gegenseitigkeit stärken und festigen wird. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Rosenfeld-Berlin: Aus dem ausführlichen Bericht der Fraktion ergibt sich, welche gewaltige Arbeit unsere Abgeordneten im Reichstag geleistet haben, wie sie mit unermüdlichem Eifer und tatkräftiger Energie die Interessen des Proletariats wahrgenommen und sich von neuem als die einzigen wahrhaften Volksvertreter erwiesen haben. Wenn die Fraktion nicht mehr greifbare positive Erfolge aufweisen kann, so liegt das nicht an unseren Genossen im Reichstag, sondern daran, daß infolge des Wachstums der Partei und unserer Fraktion, daß infolge der immer größeren Zuspitzung der Klassengegensätze die gegnerischen Parteien sich immer mehr zusammenschweißen und immer häufiger unseren Abgeordneten gegenüber die Abgeordneten fast aller bürgerlichen Parteien eine geschlossene Phalanx bilden. Insbesondere wird es immer weniger möglich, auf sozialpolitischem Gebiet etwas zu erreichen. Mit Recht hat Genosse Molkenbuhr bei Eröffnung des Parteitages erklärt, daß die sozialpolitische Gesetzgebung augenblicklich stockt. Das Wohnungsgesetz ist noch nicht da, die Konkurrenzklauselfrage ist noch nicht gelöst und das Fehlen der Arbeitslosenfürsorge ist in der jetzigen Zeit der Krise besonders zu bedauern.

(Sehr richtig!) Es wird große Anstrengungen kosten, die sozialpolitische Gesetzgebung vorwärts zu bringen. Auf das Verhalten der Fraktion bei den Deckungsvorlagen kann ich hier nicht eingehen, weil dies getrennt behandelt werden soll. Im übrigen hat die Tätigkeit der Fraktion wenig Kritik gefunden. Ueber die Wehrvorlage möchte ich nur sagen, ich erkenne gern an, daß die Fraktionsmitglieder ausgezeichnete Reden gegen den Militarismus gehalten haben, und ich bin mit Schulz der Ansicht, daß eine Kritik der Art, wie sie in der Düsseldorfer Parteizeitung geübt ist, verfehlt ist. Als besonders erfreulich möchte ich es bezeichnen, daß es der Fraktion möglich war, wenigstens eine kleine Milderung des brutalen Strafsystems des Militärstrafgesetzbuches zu erreichen, wenn diese Milderung auch nicht ausreichend ist, wie das Urteil des Oberkriegsgerichts im Erfurter Fall bewiesen hat. Wenn aber Schulz sich dann gegen die „Gleichheit" gewandt hat, so folge ich ihm nicht. Ich stimme der „Gleichheit" insofern bei, als sie gesagt hat, ein schärferes Auftreten der Fraktion bei den Wehrvorlagen wäre durchaus möglich gewesen. Freilich bin ich auch der Meinung, daß Obstruktion auf Grund der geltenden Geschäftsordnung im Reichstag nicht möglich ist; aber was unseren 6 Parteigenossen im preußischen Landtag möglich war, müßte auch den 110 Abgeordneten im Reichstag möglich sein, die dort einen ganz anderen Resonanzboden haben, als die 6 im Landtag. Etwas mehr Offensive wäre in der Tat der Fraktion möglich gewesen. Befremden hat es erregt, daß bei wichtigen Abstimmungen unsere Genossen in größerer Zahl fehlten. Die Genossen in Schwarzburg-Sondershausen haben daher den Antrag 30 gestellt, der dahin geht: der Parteitag möge aussprechen, daß die Fraktion verpflichtet ist, bei wichtigen Abstimmungen möglichst vollzählig anwesend zu sein. Dieser Antrag geht nicht so weit wie die Resolution 29, in der die Nachlässigkeit der unentschuldigt ausgebliebenen Abgeordneten verurteilt wird. Die von mir vertretenen Antragsteller glauben nicht, daß bei den fehlenden Abgeordneten Nachlässigkeit vorliegt, sondern daß Ueberbürdung mit anderen wichtigen Geschäften oder andere wichtige Gründe das Fehlen verursacht haben. Die Genossen wünschen aber, daß der Parteitag wenigstens die dringende Aufforderung an die Abgeordneten richtet, wenn irgend möglich, bei solchen Abstimmungen vollzählig zu erscheinen. Wenn nun aber Schulz in der Bekämpfung des Antrages 29 gesagt hat, wir könnten nicht verlangen, daß alle unsere Abgeordneten alle Tage im Reichstag sind, dies Verlangen würde einen Massenstreik der Abgeordneten zur Folge haben, so möchte ich demgegenüber sagen: auf den Massenstreik können wir es ruhig ankommen lassen. (Sehr wahr!) Wenn auch gestern in der Massenstreikdebatte gesagt wurde, daß der Massenstreik in absehbarer Zeit nicht möglich sei, so glaube ich doch gegen die gestrigen Beschlüsse nicht zu verstoßen, wenn ich sage: auf den Massenstreik können wir es schon heute ankommen lassen. („Es finden sich genug Streikbrecher!") Noch ein anderer Vorfall hat Befremden hervorgerufen in weiten Parteikreisen, nämlich das Verhalten der Fraktion in der sogenannten Festsitzung des Reichstages aus Anlaß des Jubiläums Wilhelms II. Nach dem Bericht des „Vorwärts", auf den ich mich stütze, sollte der Reichstag auf Beschluß des Seniorenkonvents am 14. Juni eine Jubiläumsfeier haben: Der Präsident des Reichstages sollte beim Eintritt in die Tagesordnung eine feierliche Ansprache halten und dann sollten die Beratungen in der zweiten Lesung der Wehrvorlage fortgesetzt werden. Unsere Fraktion hielt sich von diesem höfischen Eröffnungsakt fern. Die leeren Plätze sollten, wie der „Vorwärts" sagt, eine stumme und doch beredte Demonstration sein. Unsere Genossen blieben also außerhalb des Saales als Herr Kaempf seine Rede hielt. Bevor sie aber

wieder den Saal betraten, spielte sich ein programmwidriger Vorfall ab: Der Reichsparteiler Schulz beantragte, zur höheren Ehre des Tages die Sitzung zu vertagen und im Nu war die Sitzung geschlossen, bevor unsere Genossen den Saal betraten. Ich kann der Fraktion wegen dieses Vorganges einen Vorwurf nicht ersparen. Ueber die Stellung der Partei zu dem kaiserlichen Regierungsjubiläum besteht natürlich keine Meinungsverschiedenheit unter uns. „Vernunftmonarchisten", die die bürgerliche Presse, besonders das „Berliner Tageblatt" häufig genug in unseren Reihen sucht, finden sich bei uns wohl nicht. Als Republikaner hätten unsere Genossen im Reichstage der monarchischen Kundgebung eine kräftigere Demonstration entgegensetzen müssen, als lediglich die: ostentativ dem Saal fern zu bleiben. Wilhelm II. hat die Mitglieder unserer Partei wiederholt auf das schärfste angegriffen und geradezu beleidigt. Er hat die Rücksichtnahme auf die Gefühle anderer in großem Maße vermissen lassen, und die Vertreter unserer Auffassung brauchten deshalb keine übertriebene Schonung der Gefühle der Gegner zu üben. In dieser Absicht verletzt man oft genug die Gefühle der Parteigenossen. Man widerspricht geradezu den Anschauungen der Partei, auf die in erster Linie Rücksicht zu nehmen ist. Ich wäre vielleicht nicht darauf zurückgekommen und hätte über diese Vorgänge den Mantel der christlichen Nächstenliebe gebreitet, aber diese Dinge haben über den Einzelfall hinaus allgemeinere Bedeutung. Das Verhalten unserer Parlamentarier gegenüber höfischen Kundgebungen müßte einmal gründlich behandelt und generell geregelt werden. Es scheint mir nicht richtig, daß die Fraktion den Sitzungssaal nicht betritt oder ihn schleunigst verläßt, wenn solche Kundgebungen erfolgen. Wir wählen unsere Abgeordneten nicht dazu, daß sie in gewissen Fällen außerhalb des Sitzungssaales sich betätigen, sondern wir wählen sie, damit sie im Sitzungssaal unsere Auffassung vertreten, insbesondere auch dann, wenn höfische Kundgebungen vor sich gehen sollen. (Sehr richtig!) Ich will hier nicht näher auf das Verhalten unserer Parlamentarier in Württemberg, Baden und Bayern eingehen. Sie wissen, daß dort oft genug die Gefühle der Parteigenossen in hohem Maße bei höfischen Kundgebungen verletzt worden sind. Ich möchte nur noch unsere Parlamentarier dringend ersuchen, unserer grundsätzlichen Gegnerschaft gegenüber der monarchischen Regierungsform so scharf wie irgend möglich bei jeder Gelegenheit Ausdruck zu geben. Etwas mehr Offensive kann der Partei nur nützlich sein. (Bravo!)

Weinheber-Hamburg: Genosse Schulz hatte die undankbare Aufgabe, ein Verhalten der Fraktion zu beschönigen oder zu erklären, nämlich das Fehlen bei der Abstimmung über eine von ihr selbst eingebrachte Resolution. Es war dieses ein Akt der Solidarität seinen Fraktionskollegen gegenüber. Die Parteigenossen im Lande sind unzufrieden darüber, daß bei Anträgen oder Resolutionen, die die Fraktion selbst einbringt, die vorher von der Fraktion beraten und zu denen auch die Redner bestimmt wurden, die Fraktion bei der Beschlußfassung im Reichstage nicht vollzählig oder möglichst vollzählig vertreten war.

Wenn man von den Parteigenossen erwartet, daß sie durch Veranstaltung von Massenversammlungen das Wirken ihrer Vertreter in den Gemeinden und den Parlamenten nachdrücklich unterstützen sollen, dann ist es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Parlamentarier, auch auf dem Posten zu sein und die Interessen des Proletariats nachdrücklich zu vertreten. Wir nageln ja die bürgerlichen Abgeordneten fest, wenn sie wichtige Abstimmungen versäumen oder sich davon drücken. Es ist blamabel, wenn wir feststellen müssen, daß auch unsere Abgeordneten nicht zur Stelle gewesen sind. Es ist ja nicht das

erstemal, daß so etwas gerügt wird. Denken Sie an die Interpellation über das Unglück auf der Grube „Borussia". Da fehlten auch viele Parteigenossen, so daß der Antrag auf Besprechung der Interpellation nicht genügend unterstützt wurde. Wir hoffen, daß wir beim nächsten Parteitag nicht wieder solche Beschwerden vorbringen müssen. Ich empfehle Ihnen den Antrag 35 auf Einführung der direkten Gesetzgebung durch das Volk. Ich bin damit einverstanden, daß er dem Parteivorstand und der Fraktion überwiesen wird. Wir müssen die Genossen mehr zur direkten Anteilnahme für die großen Fragen zu interessieren suchen. Damit wird gute Arbeit geleistet. (Beifall.)

Stengele-Hamburg: Es ist am ersten Tage soviel von den parlamentarischen Erfolgen der Partei gesprochen worden, daß es jetzt vielleicht als Schwarzseherei betrachtet wird, wenn man sagt: Die Erfolge sind gar nicht so nennenswert. Einzelne Erfolge auf parlamentarischem Gebiete sind ja da, z. B. in der Frage des Kindersaugflaschengesetzes. (Große Heiterkeit.) Aber in einer etwas wichtigeren Angelegenheit, bei der Militärvorlage, ist von einem Erfolge gar nicht zu sprechen. Im Gegenteil, der ganze Verlauf der Dinge und des Eingreifens der sozialdemokratischen Fraktion erscheint mir höchst unbefriedigend. Nun ist gesagt worden, der Fraktion hätte der notwendige Antrieb aus der Masse heraus gefehlt. Der Ausdruck fiel, man habe angenommen, weil die Deckung durch Besitzsteuern erfolgen müsse, sei das schlimmste nun überwunden, und es sei weiter nichts zu tun. Das schlimmste ist aber nicht überwunden worden, auch wenn die Besitzsteuern wirklich Besitzsteuern wären und wenn sie nicht tatsächlich zum guten Teil auf die Arbeitermassen abgewälzt würden. Das schlimmste ist die Blutsteuer, die das Volk zu tragen hat. Ich bin der Ueberzeugung, daß es unter Aufbietung aller Kräfte vielleicht möglich gewesen wäre, wenigstens die Rate der Blutsteuer, die in diesem Herbst fällig ist, zu verhindern, daß es möglich gewesen wäre, die Entscheidung über die eigentliche Militärvorlage so weit hinauszuschieben, daß die diesjährige Rekrutenaushebung sich auf das bisherige Maß hätte beschränken müssen, so daß 60 000 junge Menschen vor der Kaserne bewahrt geblieben wären. (Sehr richtig!) Vielleicht wäre das möglich gewesen. Jedenfalls war es Pflicht der Fraktion, alle Kraft einzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen. Wäre es nicht erreicht worden, dann hätte man ihr wenigstens keine Vorwürfe machen können.

Warum ist keine Obstruktion getrieben worden? Da wird uns die hochheilige Geschäftsordnung entgegengehalten und der noch viel heiligere parlamentarische Brauch. Aber, zum Teufel, man muß sich bei derartigen wichtigen Sachen über diese papierenen und sonstigen Schranken hinwegsetzen. Die Geschäftsordnung bietet übrigens Gelegenheit, Obstruktion zu treiben, wenn auch nicht in der lärmenden Weise wie in anderen Ländern, so z. B. durch die Stellung von Anträgen und das Verlangen von namentlichen Abstimmungen. Es ist schon schwer vermißt worden, daß die Fraktion nicht eine namentliche Abstimmung in der dritten Lesung bei der Wiederherstellung der von der Budgetkommission gestrichenen drei Kavallerieregimenter verlangt hat. Wir wissen nicht einmal, welche Fortschrittskavalleristen hier wieder umgefallen sind. Wir können ihnen also gar nicht entgegentreten, weil sie sich immer ausreden können, sie seien es nicht gewesen. Als Beispiel, wie die Obstruktion hätte getrieben werden können, verweise ich auf die Tätigkeit der sozialistischen Gruppe in der französischen Kammer. Dort wurde Obstruktion getrieben, wenn es auch öffentlich nicht so erklärt wurde. Ich wurde, wie wohl andere auch, informiert, daß man sich über auffällige Anträge nicht wundern solle; sie seien nur gestellt als Mittel der Verschleppung der Sache, bis man in eine günstige Situation hineinkäme. Etwas Aehnliches wäre auch bei uns möglich gewesen. Dann hätte sich die Fraktion mit vollem Recht sagen können: Wir

haben unser möglichstes getan. Dagegen hat sie sich die Anerkennung des waschlappigsten Teils des Freisinns gewonnen, wie der „Vossischen Zeitung", die nach Schluß der Session ihre Befriedigung darüber aussprach, daß die Sozialdemokratie von dem Mittel der Obstruktion gar keinen Gebrauch gemacht hätte. In diesen Worten liegt, daß die „Vossische Zeitung" selbst die Möglichkeit der Obstruktion zugibt, daß aber die Sozialdemokratie zur großen Befriedigung des jämmerlichen Freisinns auf dieses Mittel verzichtet hatte. Die Chemnitzer „Volksstimme" hat darauf hingewiesen, wie gerade die Obstruktion hätte einsetzen sollen, nachdem die letzte Diätenrate fällig gewesen sei. Denn nach diesem Zeitpunkt waren die bürgerlichen Abgeordneten von einer förmlichen Wut gegen jeden Redner erfüllt, der die Verhandlungen verlängerte und sie so zwang, länger in Berlin zu bleiben, so daß die auf den Tag fallende Diätenrate ihnen verringert wurde. Die unselige Erbschaft Bülows, das Diätenpauschale, hat uns überhaupt schon sehr geschadet. (Sehr richtig!) Das muß hier einmal ausgesprochen werden.

Mir hat es weiter auch nicht gefallen, daß unsere Parteigenossen sich an den geheimen Sitzungen der Budgetkommission beteiligt haben. Weshalb haben Sie da mitgemacht? Wollten Sie etwa von Bethmann Hollweg und seinen Gesellen Aufschluß haben über die weltpolitische Situation, von Leuten, deren Unkenntnis in diesen Dingen sich doch glänzend gezeigt hat in den letzten Jahren? Ich glaube kaum, daß die Sozialdemokraten in dieser Hinsicht der Belehrung von diesen Leuten bedurft hätten. Oder dachte man, da große Geheimnisse zu erfahren über die militärischen Vorbereitungen anderer Länder? Ach, was die Spionenberichte über dergleichen Dinge wert sind, das wissen wir. Sie werden zurecht gemacht je nach dem Bedürfnis. Dann kam als Folge der Beteiligung an den geheimen Sitzungen die Tatsache, daß einzelnen unserer Genossen von dem Allerwelts-Müller-Meiningen vorgeworfen wurde, sie hätten in der Oeffentlichkeit anders gesprochen als vorher im Dunkel der Geheimsitzung. (Zuruf: Das war Schwindel.) Gewiß, aber man mußte darauf gefaßt sein, daß mit solchem Schwindel gekrebst werden würde. Daher liegt die Teilnahme von Sozialdemokraten an geheimen Beratungen nicht in unserem Interesse, und ich möchte anregen, daß das in Zukunft unterbleibt. Daß die Debatte schließlich noch einen gewissen guten Abschluß gefunden, ist dem Zufall zu verdanken, daß das Urteil in Erfurt gerade auf die letzten Tage gefallen ist. Wenn der Referent davon sprach, daß die Fraktion sich dabei auf die Empörung des ganzen Volkes gestützt hätte, so ist das ganz richtig, wenn auch die Empörung ja noch nicht in Volksversammlungen zum Ausdruck hatte kommen können, weil das Urteil eben erst gerade gefällt worden war. Die Fraktion wußte aber, daß sie hier von dem Vertrauen des Volkes getragen war. Das mußte sie aber bei der ganzen Militärvorlage wissen. Bei einem forschen Vorgehen hätte sie das Vertrauen gestärkt, während jetzt die Flauheit oder, um preußisch zu sprechen, die Schlappheit große Unzufriedenheit erregt hat. (Beifall.)

Lüth-Hamburg begründet den Antrag 33, wonach im Laufe der nächsten Reichstagssession ein Antrag auf Verbesserung und Ausdehnung des Kinderschutzgesetzes eingebracht werden soll. Als Vorsitzender der Kinderschutzkommission für Hamburg und Umgegend empfehle ich Ihnen den Antrag dringend zur Annahme. Wir haben jetzt zehn Jahre lang das Kinderschutzgesetz, es hat uns aber nicht das gebracht, was die Gesetzgeber sich davon versprochen haben. Die Kinderarbeit steht heute noch in schönster Blüte; das liegt zum Teil am Gesetz, zum Teil an seiner Durchführung. An dem Gesetz insoweit, weil es nicht wie das Gesetz in England und in einem Teil der Vereinigten Staaten die Kinderarbeit völlig verbietet. In dieser Richtung ist ja Deutschland nicht in der Welt voran. Das Kinderschutzgesetz in Deutschland kennt nur ein völliges Verbot für einzelne Betriebe: Bauten, Werkstätten, Bergbau usw. In verschiedenen Berufen ist nur die Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren verboten und die Beschäftigung der Kinder über 12 Jahren nur beschränkt. Ganz unantastbar läßt aber das Gesetz die schamlose Ausbeutung in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft und die häuslichen Dienstleistungen. Das ist um so mehr zu bedauern, als hier gerade Hunderttausende von Kindern in Frage kommen. Das Statistische Jahrbuch für 1910 besagt, daß im Jahre 1907 700 000 Kinder unter 14 Jahren ermittelt wurden. Davon kamen auf die Landwirtschaft, Gärtnerei und Viehzucht 217 592, auf häusliche Dienste 3229. Bei 406 430 Kindern fehlten die Berufsangaben. Sie sehen daraus, daß den Agrariern billigere Arbeitskräfte geliefert werden. Eine der allerschlimmsten Bestimmungen im Gesetz ist die Unterscheidung zwischen fremden und eigenen Kindern. So dürfen in einzelnen Gewerben fremde Kinder erst vom 12. Jahre an, eigene Kinder aber bereits vom 10. Jahre an beschäftigt werden. Zum Austragen von Waren und zu Botengängen dürfen Geschäftsinhaber ihre eigenen Kinder ohne Rücksicht auf das Alter, bei Tag und Nacht beschäftigen. Wir sind in Hamburg auf die regelmäßige Beschäftigung eines vierjährigen Kindes bei der Kolportage gestoßen. Das heißt doch, daß man die Frucht bereits auf den Halmen vernichtet. Eine der schlimmsten Bestimmungen ist es, daß die Durchführung des Gesetzes der Polizeibehörde und der Gewerbeinspektion übertragen ist. Das beste Gesetz kann nichts nutzen, wenn seine Durchführung nicht gesichert ist. (Sehr richtig!) Es ist doch ganz unmöglich, daß die Gewerbeinspektion das Gesetz durchführen kann, und was die Polizeibehörden betrifft, so herrscht bei den unteren Organen der Polizei eine ungeheure Unkenntnis über das Gesetz. So gleicht dies Gesetz in der Tat einem durchlöcherten Mantel. Wir müssen dagegen Sturm laufen und ein Gesetz schaffen, das allen Anforderungen genügt, ein Gesetz, das der Vernichtung von Glück und Jugendfreude, von Leben und Gesundheit ein Ende macht. Ich bitte Sie deshalb dringend um Annahme des Antrages 33. (Bravo!)

Heilmann-Chemnitz: Die Taktik der Fraktion im Kampf gegen die Militärvorlage hat im allgemeinen auch meine volle Anerkennung. Nur in einem Punkt unterscheide ich mich von der Auffassung, die in der Mehrheit der Fraktion geherrscht hat. Es handelt sich um die Stellungnahme in der Kommission zu der Frage, ob sofort in die zweite Lesung der Wehrvorlagen eingetreten oder zunächst die Deckungsfrage in Angriff genommen werden sollte. Die Fraktion hat dafür gestimmt, daß sofort in die zweite Lesung der Wehrvorlage eingetreten wird. Und diese Entscheidung erscheint mir prinzipiell bedenklich und taktisch unrichtig. (Zustimmung.) Die Fraktion hat ihr Verhalten damit begründet, daß sonst nachher in den Beratungen des Plenums eine Pause hätte eintreten müssen, daß sonst die große Kritik am Militarismus, wie sie in der zweiten Lesung geübt worden ist, nicht genügend Zeit gefunden hätte und daß die allgemeine Bewegung gegen die Militärvorlage doch schon so abgeflaut gewesen sei, daß ein weiteres Herumreiten auf diesem Punkt keinen Zweck gehabt hätte, man sich vielmehr vernünftigerweise auf die Deckungsvorlage hätte zurückziehen müssen. Was das letztere betrifft, so kann ich nur bedauern, wenn Scheidemann sich gestern eine Aeußerung von Kautsky zu eigen gemacht, ein gesunder Organismus könne nicht dauernd in Aufregung sein. Ein gesunder Parteiorganismus muß dauernd in Bewegung sein. (Zuruf: In Bewegung!) Er muß auch dauernd in Aufregung sein — wir wollen doch nicht mit Worten spielen. Es handelt sich darum, daß in dem Augenblick, wo eine große Vorlage zur Beratung stand, die Bewegung vollständig abflaute. In

diesem Fall ist Bewegung und Aufregung ganz dasselbe (Sehr richtig!), und wenn man sagt, ein gesunder Organismus könne nicht fortwährend in Aufregung sein, so entschuldigt man eine Lauheit der Genossen, die nicht zu entschuldigen ist und mit der sich die Fraktion nicht leichthin abfinden durfte. Ein gesunder Parteiorganismus kann dauernd in Aufregung sein, und einen Genossen, der sich angesichts der gegenwärtigen sozialen und politischen Verhältnisse in Deutschland nicht aufregt, den beneide ich nicht um seine Ruhe. (Sehr wahr!) Man hätte, so wendet man ein, wenn die Fraktion sich anders verhalten hätte, uns in der zweiten Lesung nicht die Zeit zur ausgiebigen Kritik des Militarismus gelassen. Ich halte eine Obstruktion nicht für möglich, so bemerkenswerte Talente dafür Genosse Schulz auch heute zweifellos an den Tag gelegt hat. Aber wenn die Fraktion von 110 Mann nicht wenigstens die Macht und Möglichkeit hätte, zu erzwingen, daß ihre Anträge sachlich begründet werden können, dann wäre es schlimm um sie bestellt. Die Gegner haben ja sowieso schon geschwiegen und während der ganzen zweiten Lesung kaum ein einziges Mal auf unsere Kritik geantwortet. Aber es ist mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß das Diätengesetz es außerordentlich erschwert, eine sachliche Kritik bis zum Ende durchzuhalten. Es kommen sehr oft gegen Ende der Session geradezu beschämende Sitzungen, in denen eine ganze Reihe wichtiger Fragen im Ramsch erledigt werden (Sehr richtig!), und ich glaube, unsere Fraktion hat die Aufgabe, auf eine Reform des Diätengesetzes mit allem Nachdruck zu drängen. (Sehr wahr!) Eine andere Frage ist die der Wahlprüfungen. Die Kritik unserer Gegner, die schon zur Forderung der Einsetzung eines besonderen Gerichtshofes für die Wahlprüfungen geführt hat, nehme ich gar nicht ernst. Sie haben keinen Grund, heuchlerisch über die Ungerechtigkeit zu klagen; man braucht ja nur daran zu erinnern, wie 1909 bis 1911 alle bürgerlichen Parteien sich gegenseitig ihre wurmstichigen Mandate gerettet haben. (Sehr gut!) Aber ich möchte, daß unsere Fraktion bei den Wahlprüfungen auch den kleinsten Schein vermeidet, als ob sie aus Fraktionsinteresse und nicht aus Gerechtigkeitsgründen handle. Ich habe bei der Prüfung der Wahl von Haupt — er selbst ist nicht daran schuld, er hat ja die große Zurückhaltung geübt, sich in einer entscheidenden Frage, bei der es auf ihn ankam, der Stimme zu enthalten, weil seine Wahl angefochten war — den Eindruck gehabt, als ob wir vielleicht ein klein wenig zu weit gegangen sein könnten in der Wahrnehmung des Parteiinteresses und nicht scharf genug den reinen Rechtsstandpunkt betont hätten. Ich sage wieder „wahrscheinlich", denn mit voller Gewißheit kann ich das nicht behaupten. (Stadthagen: Ganz irrig!) Wenn ich recht unterrichtet bin, sind unsere Genossen in der Wahlprüfungskommission darüber nicht ganz einig. (Widerspruch von Stadthagen.) Jedenfalls bleibt die prinzipielle Bemerkung bestehen, daß wir so reich sind, daß wir uns den Luxus der Gerechtigkeit leisten können oder, um es richtiger auszudrücken, daß es dem Wesen unserer Partei entspricht, in solchen Fragen nicht Parteipolitik zu treiben, sondern uns ausschließlich als Anwälte des Rechts zu fühlen. Die Anträge, die die Fraktion tadeln wollen, weil sie bei entscheidenden Sitzungen nicht vollzählig genug anwesend war, scheinen mir nicht hinreichend begründet zu sein. In Fragen, wo keine namentliche Abstimmung erfolgt, ist es nicht leicht möglich, festzustellen, wie unsere Fraktion vertreten war, aber wir haben auch eine Abstimmung gehabt, wo die Entscheidung von einer Stimme abhing und wo namentlich abgestimmt wurde. Das war bei der Prüfung der Wahl von Becker-Sprendlingen. Auch da sind gegen die Fraktion Vorwürfe erhoben wegen des angeblichen Fehlens einer großen Zahl von Abgeordneten, insbesondere von Doppelmandataren. Tatsächlich haben nur zehn Mann von uns gefehlt, darunter nur zwei Doppelmandatare. Soviel werden

wahrscheinlich immer fehlen, ein Abgang von 10 Proz. wird kaum jemals zu vermeiden sein. In diesem Falle haben, obwohl es sich um einen von den Freisinnigen bestrittenen Wahlkreis handelte, die Liberalen so zahlreich gefehlt, daß das Mandat des Reichsverbändlers für gültig erklärt werden konnte. Ich habe den starken Verdacht, daß auch bei der Abstimmung über den Antrag betreffend das Verhältniswahlrecht die Schuld nicht an dem Fehlen unserer Abgeordneten, sondern an dem vielleicht absichtlichen Fehlen mancher Liberaler gelegen hat, die einer Entscheidung ausweichen wollten. Solange diese Möglichkeit vorliegt, möchte ich Sie bitten, von einem Tadel gegen die Fraktion abzusehen. (Beifall.)

Karl Stubbe-Hamburg: Es ist richtig, daß die Fraktion es bei der Beratung der Militärvorlage an der nötigen Schärfe hat fehlen lassen. Das lag daran, daß die Arbeiterschaft sich von vornherein mit der Vorlage abgefunden hatte und sagte: es hat doch keinen Zweck. Diese Auffassung hat die Reichstagsfraktion durch ihr Verhalten bei der ersten Lesung noch verschärft. Auch die Presse hat es im wesentlichen fehlen lassen. Auf eine solche Vorlage blickt die Arbeiterschaft und erwartet ein Eingreifen der Fraktion, und da das nicht geschehen ist, kann man sich nicht wundern, daß in den Kreisen der Genossen eine Müdigkeit eingerissen ist. Die Müdigkeit wäre nicht vorhanden gewesen, wenn die Fraktion anders vorgegangen wäre. Stattdessen hat man von vornherein den Gedanken propagiert, Ihr braucht ja nicht zu bezahlen. Das ist von der liberalen und zum Teil auch von der Arbeiterpresse behauptet und solch Gedanke setzt sich leicht durch. Die Liberalen haben geerntet und wir haben die Arbeit gemacht. Wenn solche Vorlagen wiederkommen, muß mit größerer Macht und Wucht eingesetzt werden. Da ist Gelegenheit gegeben, die Massen aufzurütteln. (Bravo!)

Frau **Zietz**-Berlin: Im Namen der Genossinnen möchte ich hier erklären, daß wir mit Freuden den Antrag 33 begrüßen und Sie auf das Herzlichste bitten, ihn anzunehmen. Unsere Genossinnen, die draußen in den Kinderschutzkommissionen tätig sind — wir haben gegenwärtig 162 solcher Kommissionen —, haben es schmerzlich empfunden, wie vollkommen unzulänglich das Kinderschutzgesetz ist. Das Bestreben der Genossinnen geht darauf hinaus, nicht nur den geringen Schutz, der heute möglich ist, nutzbar zu machen zum Segen der Kinder, sondern auch unseren Vertretern in den Stadtparlamenten und im Reichsparlament Material an die Hand zu geben, um für die Erweiterung des Kinderschutzes einzutreten. Dies Material hat schon einen recht großen Umfang angenommen. Das Gesetz ist unzulänglich einmal insofern, als es nicht ausgedehnt ist auf die in der Landwirtschaft und der Hauswirtschaft beschäftigten Kinder, und zweitens insofern, als für die Kinder, für die es gilt, die Altersgrenze auf 10 bezw. 12 Jahre festgesetzt ist. Unsere Genossinnen wünschen dringend, daß diese Altersgrenze ganz allgemein auf 14 Jahre erhöht wird und vor allem, daß die Unterscheidung zwischen eigenen und fremden Kindern fortfällt. Alle Genossen und Genossinnen in den Kinderschutzkommissionen wissen, wie ungeheuer ihre Tätigkeit durch diese Unterscheidung erschwert wird, und da möchte ich auf die Tatsache hinweisen, daß durch Polizeiverordnungen bestimmt werden kann, daß diese Unterscheidung fortfällt, wenn Material beigebracht ist, das beweist, daß durch die starke Verwendung eigener Kinder zur Erwerbsarbeit sich offenbare Mißstände ergeben haben. Ich möchte unsere Vertreter in den Stadtparlamenten bitten, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß, solange das Gesetz nicht geändert ist, wenigstens auf dem Verwaltungswege ein klein wenig mehr Schutz für die Kinder herbeigeführt wird. (Bravo!) Die Polizeibehörden haben weiter das Recht, wo sich Mißstände bei der gesetzlich zulässigen Beschäftigung von Kindern ergeben

haben, auf dem Verwaltungswege eine Erweiterung des Kinderschutzgesetzes herbeizuführen. Ich bitte also die in Frage kommenden Genossen, sowohl im Reichstag wie in den Stadtparlamenten in diesem Sinne tätig zu sein. (Bravo!) Sie unterstützen damit die Tätigkeit unserer Genossinnen in den Kinderschutzkommissionen, die außerordentlich segensreich gewirkt haben. Sie hat sehr viel dazu beigetragen, den bestehenden gesetzlichen Schutz auch wirksam werden zu lassen und hat weiter dahin gewirkt, daß die Kenntnis über die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes in weitere Kreise gedrungen (Sehr richtig!) und die Einsicht der Arbeiterklasse über die Schädlichkeit der Kinderarbeit gewachsen ist (Sehr richtig!), weil den Arbeitern klargemacht wurde: nicht nur Euren Kindern schadet Ihr, indem Ihr es zulaßt, daß sie erwerbstätig sind, sondern Ihr schadet auch der gesamten Arbeiterschaft dadurch, indem Ihr in den schulpflichtigen Kindern, wenn sie zur Erwerbsarbeit herangeholt werden, Euch selber Schmutzkonkurrenz großzieht. Ich bitte Sie deshalb, nach jeder Richtung unsere Genossen und Genossinnen in den Kinderschutzkommissionen zu unterstützen und im Parlament so zu wirken, wie es der Antrag 33 wünscht. Dann würden Sie dazu beitragen, daß in der Gegenwart ein klein wenig mehr Lebenssonne diesen Kindern zugänglich gemacht wird und daß die heranwachsende Generation, weil gesünder an Körper und Geist, prädestiniert wird, in unserer Arbeiterbewegung später das Werk fortzusetzen, das wir begonnen haben. (Lebhafter Beifall.)

Hammer-Essen: Die zunehmende Mißstimmung der Bevölkerung gegen das Impfgesetz rekrutiert von dem durch die Verwaltungsbehörden in Auslegung des Impfgesetzes eingeführten Impfzwang. Das Impfgesetz hat einen großen Rechtswirrwarr zur Folge gehabt. Während z. B. das Oberlandesgericht Hamm sich auf den Standpunkt stellt, daß der Betreffende, der sein Kind nicht impfen läßt, nur einmal bestraft werden kann, ist das Düsseldorfer Oberlandesgericht, das früher auf demselben Standpunkt stand, jetzt dazu übergegangen, jedes Jahr zu bestrafen. Außerdem werden im rheinisch-westfälischen Industriebezirk bei den Eltern, die ihre Säuglinge nicht impfen lassen, die Kinder vom Schutzmann abgeholt, während die Eltern so lange festgehalten werden. (Zuruf: Freiheitsberaubung!) Tatsache ist, daß die Impfung jahrelang sehr wenig sorgsam betrieben worden ist und daß die verschiedensten Krankheitsübertragungen dabei stattgefunden haben. Als noch die Impfung von Arm zu Arm stattfand, sind Uebertragungen von Syphilis und Tuberkulose gerichtlich festgestellt worden. Auch seitdem wir Kälberlymphe haben, ist die Gefahr der Krankheitsübertragung noch nicht behoben. Das gibt z. B. auch Professor Fürbringer in einem wissenschaftlichen Werk zu. Wenn der Staat ein derartiges Gesetz im Interesse der Hygiene durchführt, so ist er selbstverständlich auch verpflichtet, für dadurch entstehende Schäden aufzukommen. Hat uns denn die Impfung tatsächlich gegen die Blattern geschützt? Bei der letzten Epidemie in den 70er Jahren sind 1 Million Menschen erkrankt. 96 Proz. davon waren geimpft und wiedergeimpft. Da fragte es sich doch, ob nicht die Verbesserung der Hygiene im allgemeinen es gewesen ist, die die Blatterepidemien hat verschwinden lassen. Andere Kulturstaaten, wie England, Oesterreich und die Schweiz haben auch den Impfzwang abgeschafft. Daher sollte die Reichstagsfraktion im Sinne der Wünsche der Impfgegner wirken, vor allem dahin, daß die Gewissensklausel eingeführt wird.

Darf-Breslau: Zur Tätigkeit der Fraktion habe ich wenig zu sagen. Wir in Breslau sind auch in der übergroßen Mehrheit einverstanden mit der Taktik, die die Fraktion in der Behandlung der Wehrvorlage eingeschlagen hat. Ich habe mich nur zum Wort gemeldet, um zum Fraktionsbericht selbst einiges zu sagen. Genosse Schulz hat schon darauf hingewiesen, daß im

Breslauer Parteiorgan der Bericht als zu lang bezeichnet worden ist, und ich muß auch nach den Ausführungen von Schulz diese Kritik aufrechterhalten, deren Berechtigung schon dadurch anerkannt ist, daß viele andere Parteizeitungen den Breslauer Artikel abgedruckt haben. Schulz meint, man sollte von der Tradition abkommen, daß der Fraktionsbericht in der Parteipresse vollständig abgedruckt wird. Der Abdruck des Fraktionsberichts hat aber doch einen gewissen Wert, zumal er im Sommer erfolgt, wo die Zeit politisch wenig bewegt ist. Schulz regte an, daß künftig der Fraktionsbericht gewissermaßen ein Reichstagshandbuch in jährlichen Lieferungen darstellen soll. Damit wäre ich einverstanden, aber es sollte trotzdem daneben ein kurzer Fraktionsbericht alljährlich in der Form gegeben werden, wie es bisher üblich war. In diesem Jahre war er zu lang. Dann könnte auch der Bericht vollständig in der Presse abgedruckt werden und das ist notwendig, damit die Genossen von Zeit zu Zeit einen Ueberblick darüber gewinnen, was die Fraktion bisher gearbeitet hat.

Noske-Chemnitz: Ich bin der Ueberzeugung, daß es der Werbearbeit der Partei keineswegs förderlich ist, wenn so, wie es heute von einigen Rednern, besonders von Stengele, geschehen ist, auf dem Parteitag zum Ausdruck gebracht wird, aus der Arbeit der 110 im Reichstag sei so gut wie gar nichts herausgekommen. Das ist total falsch. Richtig ist nur, daß sich nicht im Handumdrehen grundstürzende Reformarbeiten ermöglichen ließen. Wer aber wie wir das halbe Jahr recht harte Arbeit im Reichstag zu leisten hat, der merkt, daß es vorwärts geht und daß bei den verschiedensten Gelegenheiten kleinere oder größere Vorteile herausgeholt werden, die sich mit der Zeit summieren. Als bürgerliche Zeitungen beim Abschluß der Etatsberatung in üblicher Weise darauf hingewiesen hatten, daß von den Sozialdemokraten keine positiven Leistungen erzielt worden seien, da nahm ich mir die Mühe, zusammenzustellen, daß wir allein bei der Beratung des Kolonialetats ungefähr ein Dutzend praktische Reformen in unserem Sinne durchgesetzt haben. Das was ich in einem einzelnen Falle gelegentlich festgestellt habe, kann sicherlich auch von der Arbeit anderer Kommissionsmitglieder unserer Partei in gleichem Maße gesagt werden. Deshalb muß ich mit allem Nachdruck betonen, daß es eine total irrige Taktik ist, wenn so wie das Braunschweiger Parteiblatt es kürzlich getan hat, von den Ergebnissen der Reichstagsfraktionsarbeit und unserer sonstigen Tätigkeit als von einem „Quark" gesprochen wird. Dagegen muß mit allem Nachdruck protestiert werden. Ich würde mich dafür bedanken, meine Lebensarbeit für einen Quark herzugeben. — Vom Recht der Kritik auch an der Fraktion ist sehr viel geredet worden, als zu der Arbeit der Fraktion zur Deckungs- und Wehrvorlage in Versammlungen und in der Presse Stellung genommen worden ist. Kein Mensch wird dieses Recht den Parteigenossen beeinträchtigen wollen. Ich glaube aber, wir Abgeordneten sollen nicht nur dazu auf den Parteitag kommen, um den Prügelknaben abzugeben, sondern ich nehme für mich das Recht in Anspruch, auch an der Kritik, die an der Fraktion geübt wird, wiederum Kritik zu üben und festzustellen, daß sie in vielen Fällen weit über das Ziel hinausgegangen ist. (Sehr richtig!) Solche Kritik, wie sie der Hamburger Genosse Karl Stubbe vorhin geübt hat, hört sich ja sehr laut an, aber anfangen können wir damit nichts. Es waren leere Redensarten, aus denen wir nicht lernen können, wie es besser gemacht werden soll. Wenn wir eine halbjährige angestrengte Arbeit geleistet haben, so wird die Arbeitsfreudigkeit nicht dadurch gehoben, wenn hinterher in unangemessener und ungerechtfertigter Weise diese gute und fleißige Arbeit herabgesetzt wird. Wir brauchen aber Arbeitsfreudigkeit bei der Tätigkeit im Reichstag, die den Außenstehenden offenbar vielfach angenehmer erscheint, als sie wirklich ist.

Schulz ist zufrieden damit, daß die „Gleichheit" anerkannt hat, daß in der zweiten Lesung die Fraktion gutgearbeitet hat. In dieser Anerkennung liegt aber ein herber Tadel, als ob bei der ersten Lesung und in der Kommission ungenügend und mangelhaft gearbeitet worden wäre. Die „Gleichheit" hat getadelt, daß wir in der Kommission nicht genügend die Begründung zerfetzt haben, die die Regierung für ihre Vorlage gebracht hat. Schulz hat schon darauf hingewiesen, daß zu einem erheblichen Teil diese Kommissionsverhandlungen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattgefunden haben. Deshalb wissen ja die Kritiker, die an der Kommissionsarbeit herumgenörgelt haben, gar nicht, was wir eigentlich getan haben. Diejenigen, die sagen, wir hätten die Begründung nicht genügend widerlegt, setzen damit unbewußt die letzte politische Arbeit Bebels herab, denn in geradezu ergreifender Weise hat Bebel in der Kommission in einer Rede die Scheingründe Bethmanns abgetan. Wiederholt ist von unseren Genossen der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes genötigt worden, in der Kommission zu erscheinen, und wir haben in Tönen mit ihm geredet, die an Derbheit wirklich nichts zu wünschen übrig ließen. In langen Verhandlungen ist der Kriegsminister v. Heeringen gebimst worden, in einer Weise, wie noch niemals einem Minister zugesetzt worden ist. Unserer Tätigkeit in der Kommission waren aber Grenzen dadurch gesetzt, daß die bürgerlichen Abgeordneten nicht reden wollten. Deshalb hat Stengele auch durchaus unrecht, wenn er sagt, wir hätten die Verhandlungen durch eine Art stiller Obstruktion hinausziehen sollen. Ich war wiederholt in der Kommission genötigt, von dem Kriegsminister und seinen Räten Auskünfte darüber zu fordern, wie Dutzende von Millionen verwendet werden sollten, weil die bürgerlichen Redner nicht das Bedürfnis fühlten, solche Informationen zu verlangen. Immer wieder haben wir in tagelangen Verhandlungen anbohren müssen, um die nötigen Auskünfte zu erlangen. Der einzige Vorwurf, den man den Kommissionsmitgliedern machen kann, ist der, daß sie davon Abstand genommen haben, lauter ihr eigenes Lob in die Presse zu bringen, denn der Reichstag hat ja während eines größeren Teils der Kommissionsverhandlungen gar nicht getagt. Wenn Stengele meint, daß es möglich gewesen wäre, die Entscheidung hinauszuziehen, dann kennt er die Stimmung nicht, die bei den bürgerlichen Parteien geherrscht hat. Die Leute waren ja mit dem, was die Regierung gefordert hatte, gar nicht zufrieden. Sie drängten die Regierung zu Mehrforderungen, besonders die Abgeordneten aus den Grenzbezirken wollten noch mehr Kavallerie. Auf diese Bewilligungskunst der bürgerlichen Parteien ist es zurückzuführen, daß sie in der Kommission den Mund vielfach gehalten haben. Wir redeten, stellten unsere Fragen, erhielten vom Kriegsminister eine knappe Antwort, und damit war die Sache erledigt. Man kann Verhandlungen nicht wochenlang hinziehen, wenn man die Wände anreden soll, man muß Gegner haben, mit denen man diskutiert. Stengele bemängelte, daß wir an den vertraulichen Kommissionssitzungen teilgenommen haben. Wir hätten keine größere Eselei machen können als da nicht mitzumachen. (Sehr richtig!) Es wäre verkehrt gewesen, wenn wir beiseite gestanden und die bürgerlichen Abgeordneten erfahren hätten, was angeblich los war. Gerade auf Grund der Kenntnisse der vertraulichen Mitteilungen in der Kommission haben wir im Plenum dargelegt, daß besondere Gründe für die Heeresverstärkung gar nicht vorlagen. Heilmann gegenüber stelle ich fest, daß uns die Tatsachen recht gegeben haben, daß durch die von ihm bemängelte Taktik wir Zeit gewonnen haben in wochenlanger Arbeit dem Militarismus zuzusetzen. Rosenfeld sagt, wir hätten in bezug auf die Reform des Militärstrafrechts nicht viel erreicht. Da hat er recht. In wenigen Monaten tritt aber der Reichstag wieder zusammen und so wie Heeringen und andere Minister von

uns vorgenommen und gedrängt worden sind Zugeständnisse zu machen, so wird es auch weiter geschehen. Wir sind unermüdlich tätig, uns durch unsere Arbeit weitere Konzessionen herauszuholen und Fortschritte zu erzielen. Selbstverständlich können wir diese Arbeit besser leisten, wenn wir wertvolle Anregungen aus den Reihen der Parteigenossen erhalten. (Beifall.)

Ledebour: Unter den Anträgen befindet sich auch der Antrag 37, der eine Neueinteilung der Reichstagswahlkreise fordert. Ich habe schon vor mehreren Jahren einen solchen Antrag im Reichstag ausführlich begründet und es liegen auch jetzt wieder Anträge dieser Art vor. Die Fraktion hat also in dieser Hinsicht ihre Schuldigkeit erfüllt. Es ist trotzdem wünschenswert, daß auch aus der Mitte der Parteigenossen auf das ungeheure Unrecht hingewiesen wird, das gerade der Sozialdemokratie durch die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen auf der Volkszählung von 1864 beruhenden Wahlkreiseinteilung zugefügt wird.

Wir begrüßen es mit Freuden, daß die Fraktion kritisiert wird. Wenn manchmal dabei übers Ziel hinausgeschossen wird, so erklärt sich das daraus, daß die Genossen die allgemeine Empfindung haben, daß da etwas faul ist. Da sie aber nicht selber in den Dingen stecken, suchen sie die Ursachen hin und wieder an der falschen Stelle. Ich stimme Rosenfeld zu, daß die Frage der Taktik gegenüber monarchischen Kundgebungen künftig geändert werden muß. Wir haben in der Fraktion schon bei zwei Gelegenheiten die Frage erörtert. Wenn eine Aenderung bei jenen beiden Gelegenheiten noch nicht eine Majorität gefunden hat, so lag das daran, daß damals eine große Anzahl Parteigenossen einwandten: wir können nicht eine alte bewährte Taktik ohne weiteres ändern auf Grund einer augenblicklichen Situation. Aber bei Beginn der nächsten Session wollen wir die Sache gründlich von neuem vornehmen. Ich hoffe, daß dann der Beschluß gefaßt wird, daß wir künftig bei den fraglichen Anlässen im Saale bleiben, selbstverständlich sitzen bleiben, nicht stehen. Ich muß das betonen, weil vielleicht sonst infolge eines früheren Vorkommnisses Mißverständnisse bei einzelnen Genossen entstehen könnten.

Heilmann hat gerügt, daß bei den Wehr- und Deckungsvorlagen eine Trennung vorgenommen wurde. Ich stimme ihm darin durchaus zu. Ich habe ja selbst über diese Frage in der Presse mich ausgesprochen.

Dann zu einem wichtigen Punkt. Verschiedene Parteigenossen haben instinktiv gefühlt, daß wir doch trotz unserer 110 Mann im Reichstag das nicht haben erreichen können, was man eigentlich von einer so starken Fraktion erwarten konnte. Noske hat sich zum Teil darauf beschränkt, die Tätigkeit der einzelnen gebührend hervorzuheben, mit Recht. Ich stimme ihm durchaus zu, daß die einzelnen es nicht haben fehlen lassen. Wenn das aus den Kommissionsverhandlungen nicht so bekannt geworden ist, so liegt das daran, daß notwendigerweise über die Kommissionsverhandlungen nur ganz kurze sachliche unausgeschmückte Berichte gegeben werden können. Ein Nichtteilnehmer kann daher keine Vorstellung davon haben, wie sich unsere Kämpfe dort abgespielt haben. Noske hat auf dem Gebiete des Militäretats dort Vorzügliches geleistet. Den geheimen Sitzungen können wir nicht fern bleiben, wenn wir uns auch einig sind, daß sie an sich eine unangenehme Sache sind, weil wir das, was wir dort erfahren haben, nicht wiedergeben können. Wenn wir aber nicht daran teilnehmen würden, dann würden wir nicht erfahren, wie die Regierungsvertreter die bürgerlichen Abgeordneten eingeseift haben. Da haben dann die bürgerlichen Abgeordneten renommiert: wir haben da Dinge erfahren, wenn die Oeffentlichkeit das wüßte, dann würde man noch mehr Kavallerieregimenter bewilligen! Das war alles blühender Unsinn. Ebenso war es Schwindel, wenn Müller-Meiningen behauptet, daß wir in den geheimen Sitzungen uns anders ausgedrückt haben, als im Plenum. Es war übrigens an sich eine

Illoyalität, sich auf die geheimen Sitzungen zu beziehen. Als Müller-Meiningen jene ungeheuerliche Behauptung mir gegenüber aufstellte, da habe ich in öffentlicher Reichstagssitzung in einer meine gewohnheitsmäßige Höflichkeit (große Heiterkeit) weit übersteigenden Schärfe, wie ich sie gar nicht gewöhnt bin (Heiterkeit), ihn mir vorgenommen. (Sehr gut!) Und da hat der Mann, dem sonst die Rede wie Wasser aus dem Munde läuft, nicht darauf zu antworten gewagt. Trotzdem ist dann in der freisinnigen Presse dieselbe Behauptung wiederholt worden. Wir haben uns natürlich im Plenum genau so ausgesprochen wie in der Kommission. Wenn wir im Plenum nicht so haben wirken können, wie wir gerne wollten, so liegt das daran, daß seit Jahren, seit dem Zollkampfe von 1903 die bürgerlichen Parteien, die Freisinnigen voran, das System des Totschweigens uns gegenüber befolgen. Bei der dritten Lesung z. B. ließ man nur unseren Genossen Keil zu Worte kommen. Es ist skandalös, wie diese Gesellschaft das parlamentarische Leben zusammenschrumpfen läßt aus Angst vor der Sozialdemokratie. Je stärker wir werden, desto mehr arbeiten die bürgerlichen Parteien auf die Verkümmerung des Parlamentarismus hin. Und diese Verkümmerung, die gegen unseren Willen geschieht, das ist es, was sie peinlich empfunden haben. Eines der wesentlichen Verschärfungsmittel aber für diese Verkümmerung des Parlamentarismus ist das infame Diätengesetz, das einen Korruptionsfonds liefert, der darauf berechnet ist, den Abgeordneten eine Prämie dafür zu zahlen, daß sie sobald wie möglich die Verhandlungen abbrechen. (Sehr richtig!) Das ist der Zweck des Diätengesetzes, wir sind dumm genug gewesen, damals diesem infamen Gesetz unsere Zustimmung zu geben, weil wir die raffinierten Wirkungen des Gesetzes nicht durchschaut haben. Da sehen Sie, was wir manchmal für naive Menschen sind. (Heiterkeit.) Ich habe mich gefreut, daß aus dem Parteitag heraus an diese schwärende Wunde gerührt wurde. Ich werde eine Reform des Diätengesetzes in der nächsten Session anregen. (Bravo!) Denn die 1000 Mark, die letzte Rate, können vom 1. Mai an gezahlt werden, ob die Abgeordneten nun noch einen Tag, noch eine Stunde oder hundert Tage sitzen. Und da sagt sich jeder von den anderen Abgeordneten (Heiterkeit) oder wenigstens eine große Anzahl von ihnen, die plumpe schwere Masse der bürgerlichen Abgeordneten, die den Ausschlag geben: wenn wir die anderen noch einen Tag länger sitzen lassen, dann müssen wir es mit unserem Gelde büßen, weil wir die Aufenthaltskosten haben und uns obendrein unsere schöne Zeit verloren geht. Deshalb wird systematisch darauf hingearbeitet, wenn der 1. Mai gekommen ist, möglichst bald Schluß zu machen. Das ist die Maifeier der bürgerlichen Abgeordneten, daß sie möglichst rasch die parlamentarische Arbeit einzustellen versuchen. (Beifall.)

Adolf Hoffmann-Berlin: Ich will versuchen, dem Wunsche des Genossen Ledebour, der im Gegensatz zu Noske, aus dessen Rede der Wunsch hervorklang: seid doch nicht so grob gegen uns, die wir so ordentlich und artig waren (Heiterkeit), damit einverstanden war, daß die Fraktion anständig verhauen wird, soweit es in meinen schwachen Kräften steht, willfahren. (Heiterkeit.) (Noske: Wir revanchieren uns bei dem Preußentag! Heiterkeit.) Gewiß, tun Sie das, Sie brauchen wirklich nicht so empfindlich zu sein, Sie haben ja an Kritik das möglichste geleistet. Aber es sind ja außer Ihnen noch andere Genossen dagewesen, vielleicht manchmal auch nicht dagewesen. (Heiterkeit.) Darin stimme ich Ledebour bei: Es wäre eine Torheit, an geheimen Sitzungen nicht teilzunehmen, weil wir sonst nicht wissen, wie die Regierung die bürgerlichen Vertreter eingeseift hat, und dann können wir sie nachher auch nicht formgerecht rasieren. (Heiterkeit.) Aber die Tatsache, daß ein Teil unserer Abgeordneten bei der Abstimmung über die Resolution in bezug auf das Proportionalwahlrecht gefehlt hat, so daß sie mit 1 Stimme abgelehnt wurde, ist doch

außen als Blamage empfunden worden. Wenn Schulz meint, es sei begreiflich, daß sich um 7 Uhr die Reihen schon gelichtet hätten, so war es aber doch unbegreiflich, daß die Leute nicht wußten, was eventuell noch kommen konnte. Dann wäre es ja ein Glück, daß keine namentliche Abstimmung beantragt war, denn dann könnte Schulz nicht sagen: es ist nicht mehr festzustellen, wer gefehlt hat. Natürlich will ich auch von keinem Fraktionsmitglied verlangen, daß es nachher etwa den Angeber macht; soviel Solidarität muß man schon haben. Wenn aber Schulz auf einen Zuruf von mir antwortete, er glaube, in der Landtagsfraktion wäre es ebenso, so muß ich konstatieren, daß das bis heute glücklicherweise noch nicht der Fall ist. Wenn Sie nur immer prozentual so anwesend wären, wie wir. (Große Heiterkeit.) Wir sind mit wenigen Ausnahmen immer alle da. Es kommt allerdings vor, daß einer in der Bibliothek nach Material sucht, der andere im Schreibzimmer etwas vorbereitet, einer auf Agitation ist, einer redet und dann einer an der Tribüne steht, so daß im Bericht stehen müßte: Beifall bei dem Sozialdemokraten. (Heiterkeit.) Das ist aber bei 6 Mann erklärlich. Wir sind so eifrig, daß einer von uns sogar in dem Eifer, dort anwesend zu sein, versäumt hat, zur Wahl zu gehen. (Heiterkeit.) Wenn Schulz meinte, ein Zwang, immer da zu sein, würde zum Massenstreik führen, indem die Fraktionsgenossen die Mandate niederlegen würden, so habe ich vor diesem Massenstreik keine Angst. Wir brauchen gar nicht an Arbeitswillige dabei zu denken. (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, daß für diesen Massenstreik die Massen dort noch nicht reif sind. (Heiterkeit.) Vielmehr besteht eine Furcht davor, daß die Parlamentskinder, die mit Hilfe der Dämpfung geboren sind (Heiterkeit), vor einem Verlust des Mandats Angst haben könnten, und man muß die Stimme des Volkes beachten, die meint, daß es eine Folge der Dämpfung ist, daß solche Abgeordnete erwägen könnten, ob sie auch wiedergewählt werden, wenn etwa eine Auflösung erfolgt. — Mit dem Genossen Ledebour bin ich der Meinung, daß die jetzigen Diäten wie Sprengpulver wirken. Das war auch die Absicht bei Einbringung des Diätengesetzes. (Sehr richtig!) Der Antrag 30, wonach die Abgeordneten nach Möglichkeit anwesend sein sollen, bringt uns gar nicht vorwärts. Er ist erstens selbstverständlich, denn es müßte doch ein Abgeordneter ein recht unfähiger Mensch sein, der nicht nachher begründen könnte, daß es ihm „nicht möglich" war, anwesend zu sein. (Heiterkeit.) Mir scheint weit richtiger der Antrag Hamburg. Zur Frage der Wehrvorlage sind die Massen im Recht, wenn sie meinen, daß die Fraktion etwas aggressiver hätte vorgehen müssen. Dann hätte sie auch die Massen auf die Beine gebracht. Wir haben so oft erklärt, daß der Parlamentarismus allein uns nicht zum Ziele führen könne, daß er dazu dienen müsse, die Massen in Bewegung zu setzen. Und nun sagt man umgekehrt, die Massen hätten nur ihre Schuldigkeit tun müssen, um die Abgeordneten vorwärts zu schieben. Auf die höfischen Feste, auf das Wilhelmsjubiläum, kann ich leider nicht mehr eingehen; jedenfalls sollten wir da eine strenge Grenze ziehen, um so unerquickliche Debatten ein für allemal zu beseitigen. Noske meinte, die Werbearbeit wird durch die Kritik nicht gefördert. (Noske: Das habe ich nicht gesagt!) Jedenfalls ist der Beweis durch die Kritik erbracht, daß die Genossen ein schnelleres Tempo haben wollen. Da sollte man nicht so empfindlich, sondern froh sein, wenn aus den Massen gedrängt wird. Ich meine nicht, wie Noske, die Fraktion soll weiter arbeiten mit „unermüdlicher Geduld", sondern wir bitten sie, mit recht großer Ungeduld weiter zu arbeiten. (Bravo!)

Grumbach-Kolmar: Ich spreche zum Antrag 34, der die Berner Konferenz und Elsaß-Lothringen betrifft. Die Ereignisse des letzten Jahres und die inneren Veränderungen in der Konstellation der Mächte in Europa, die dadurch hervorgerufen wurden, haben eine Frage wieder sehr aktuell werden lassen,

die von jeher von größter Wichtigkeit war: die der deutsch-französischen Beziehungen. Angesichts der Art, wie von beiden Seiten mit unerhörter Skrupellosigkeit gehetzt wird, um das Verhältnis zwischen diesen beiden Ländern immer schlimmer zu gestalten, müssen wir jedes Mittel ergreifen, um dagegen zu kämpfen. Wie die Stimmung gefälscht wird, dafür eine kurzes Zitat aus einer Schrift, die scheinbar als Satire in deutscher Sprache veröffentlicht wurde, die aber heute schon auf allen Boulevards in Paris und ganz Frankreich in französischer Sprache zu haben ist, so daß die französische Bevölkerung glauben muß, daß darin die Meinung des deutschen Volkes zum Ausdruck komme. In dieser Schrift „Frankreichs Ende im Jahre 19??" finden sich folgende ganz unfaßbare Sätze, die unerklärlicherweise von französischen Blättern ernst genommen worden sind: Es werden da die Zustände geschildert, nachdem der Krieg zu Ende, Frankreich vernichtet ist, Deutschland gesiegt hat, und dann heißt es: „Selbst Frauen und Kinder beteiligen sich an dem Verzweiflungskampfe zur Abschüttelung des fremden Joches, und da man die weiblichen und unmündigen Verteidiger heimatlicher Erde nicht erschießen konnte, deportierte man sie zu Tausenden nach Cayenne und anderen Verbrecherkolonien. Endlich war Frankreich verblutet, das Land entvölkert, die Saaten vernichtet, Hungersnot und Elend überall die entsetzlichen Folgen eines mörderischen langen Krieges, und kein Franzose vermochte mehr sein Haupt zu erheben. Die Stätten der Kunst und Wissenschaft wurden wieder geöffnet, die leeren Kasernen mit deutschen Truppen belegt, und die Franzosen selbst von jeglichem Kriegsdienst befreit. Französische Soldaten und Matrosen gab es nicht mehr. . ."

Solche Dinge werden ins Französische übersetzt und von französischen Blättern besprochen.

Wieweit die Angst in französischen Kreisen verbreitet ist, infolge dieser Hetze und der ganzen deutschen Militärpolitik, geht auch daraus hervor, daß eine so außerordentlich bedeutende Persönlichkeit in Frankreich, wie George Clemenceau, der Ministerpräsident war und es jeden Tag wieder werden kann, in seinem Blatt „L'Homme Libre" vom 27. Juli 1913, folgendes Bild davon gibt, wie er annimmt, daß die Massen der deutschen Bevölkerung Frankreich gegenüberstehen: „Die Deutschen vermehren sich fortwährend und sie hassen uns zynisch und im geheimen, sie hassen uns so, daß sie es an allen Ecken ihrer Presse hinausschreien, daß man sich zum Vernichtungskriege gegen uns vorbereiten muß, daß wir ausgerottet werden müßten und wir haben mit einem plötzlichen Angriff stets zu rechnen." Das steht in dem Blatte eines früheren Politikers, der zur äußersten bürgerlichen radikalen Linken gehört. Da kann man sich vorstellen, wie die wahre Situation auf beiden Seiten entstellt wird. Angesichts dessen ist es absolut notwendig, daß wir gegen eine solche Hetze Stellung nehmen. Ebenso auch gegen die Hetze, die von einem Teil der deutschen Presse neuerdings gegen die Fremdenlegion betrieben wird. Wir haben gewiß keinen Grund, die Fremdenlegion zu verteidigen, Im Gegenteil. Auch wir sollen rufen: Geht nicht zur Fremdenlegion! Aber was in der deutschen pangermanistischen Presse gegen die Fremdenlegion zusammengelogen wird, hat seinen Grund nicht in einem ehrlichen Interesse für diejenigen, die sich verleiten lassen könnten, dorthinzugehen, sondern in dem Wunsch, auf den Scheiterhaufen der Hetze gegen Frankreich neues Brennmaterial zu tragen. (Sehr richtig!) Deshalb müssen wir uns gegen diese Hetzer in der schärfsten Weise wenden.

Aus dem Wunsche heraus, die beiden Völker Deutschlands und Frankreichs, die sich kulturell und wirtschaftlich so wunderbar ergänzen, einander näher zu bringen, entstand die Berner Konferenz, auf der Bebel jubelnden Beifall fand, als er im Namen der gesamten deutschen Delegierten in der Plenarsitzung

ausrief: „Diese Konferenz war eine Notwendigkeit. Man rief förmlich nach ihr."

Nach der Konferenz hat man die deutsche Delegation in einem Teil der französischen Presse zu diskreditieren versucht mit der Behauptung, daß die 25 sozialdemokratischen Delegierten nicht die Gesamtfraktion hinter sich hätten. Es war ohne weiteres feststellbar, daß die ganze Fraktion die Delegierten nach Bern entsandt hat. Heute gilt es, zu zeigen, daß auch unsere 4¼ Millionen sozialistischer Wähler, daß die Million Organisierter der Partei hinter den Delegierten stehen, die auf zukünftige Berner Konferenzen gehen werden.

Wenn diese Konferenzen aber wirklich, wie es notwendig und möglich ist, praktische Arbeit leisten sollen, so muß ein inneres deutsches Problem gelöst werden: die elsaß-lothringische Frage. In der letzten Zeit wird in Elsaß-Lothringen wieder eine ganz unbegreifliche Politik getrieben, die den Anschein erweckt, als ob die Regierung systematisch darauf hinarbeite, daß eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich nicht erfolgt. Und gerade weil wir Gründe zur Annahme haben, daß die deutsche Regierung sich mit der französischen ernsthaft verständigen möchte, steht einem der politische Verstand still, wenn man sieht, wie jetzt jeder Hund, der französisch zu bellen scheint, verhaftet wird (Heiterkeit), wie in einem Park von Metz es den Frauen deutscher Offiziere plötzlich verboten wird, französisch zu sprechen, wie elsaß-lothringische Soldaten ohne weiteres in die zweite Klasse versetzt werden. Wir verlangen nichts Hochverräterisches, wenn wir die vollste Gleichberechtigung mit allen deutschen Bundesstaaten fordern. Wir elsaß-lothringischen Sozialisten bekämpfen den Nationalismus bei uns mit aller Schärfe, aber die deutsche Regierung irrt sich, wenn sie glaubt, daraus schließen zu dürfen, daß wir nur eine Sekunde unsere Forderungen auf republikanische Autonomie, auf volle Gleichberechtigung im Deutschen Reich, zurückstellen.

Deshalb bittet Sie der elsaß-lothringische Wahlkreis Kolmar, der Resolution zuzustimmen, die einerseits eine Demonstration nach Frankreich hinüber ist und die sagt: „Alles was an Hetzworten zu Tisch kommt, ist verbrecherische Entstellung. Alles was in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" und ähnlichen Organen zu lesen steht, ist von Leuten geschrieben, die eigentlich wegen systematischer Anreizung zum Massenmord ins Zuchthaus gehörten. (Sehr gut!) Alles was Ihr hört vom Haß der Massen in Deutschland, ist beispiellose Lüge und Verdrehung. Auch ein großer Teil des Bürgertums denkt so, aber er hat nicht die Möglichkeit, diesem Massengefühl einen solchen Ausdruck zu geben, wie wir es auf unserem Parteitag können." Die Resolution ist ferner ein Protest gegen die Schandpolitik, wie sie in den letzten Monaten wieder getrieben wird und gegen die Ankündigung gewisser Regierungsblätter, daß man trotz der scharfen und in Elsaß-Lothringen mit Freuden begrüßten Ablehnung der Ausnahmegesetze solche Gesetze vielleicht in veränderter Form wieder über den Bundesrat an den Reichstag bringen will. Wir bitten den Parteitag, uns zu unterstützen in unserem Kampf für unsere Rechte gegen die elsaß-lothringische und gegen die preußisch-deutsche Regierung! (Lebhafter Beifall.)

Fritsch-Liegnitz: Heilmann hat schon darauf hingewiesen, daß die Abstimmung im Reichstag über die Gültigkeitserklärung des Mandats von Becker-Sprendlingen draußen von den Massen sehr bedauert worden ist, ebenso die Abstimmung über die Einführung der Proportionalwahl. In beiden Fällen handelt es sich nur um eine einzige fehlende Stimme. Diese Abstimmungen werden der Fraktion die Lehre geben, daß so etwas in Zukunft nicht mehr vorkommt. Bei der Beratung der Wehrvorlage ist seitens der Reichstagsfraktion in der Sitzung vom 21. Juni auch ein Antrag eingebracht worden, alle landes-

rechtlichen Vorschriften, durch welche die Erteilung von Turnunterricht von der politischen oder religiösen Gesinnung der Lehrer und Schüler abhängig gemacht wird, aufzuheben. Leider ist dieser Antrag nicht angenommen worden, aber es muß die Aufgabe unserer Reichstagsfraktion sein, da die Landtagsfraktion dazu zu schwach ist, gegen die königliche Kabinettsorder von 1834 energisch Sturm zu laufen. Wir haben in Liegnitz ein geradezu erschreckendes Vorkommnis zu verzeichnen und ich bedauere, daß Genosse Heine bei Beratung des erwähnten Antrags im Reichstag diesen Fall nicht hat vorbringen können. Unser Arbeiterturnverein Liegnitz bekam eines schönen Tages in der Turnstunde den Besuch der Polizei. Wenige Tage darauf kam von der Regierung ein Strafmandat gegen den Turnwart und den Gastwirt des Gewerkschaftshauses über je 150 Mark Geldstrafe oder drei Wochen Haft. Gegen diese Strafverfügung wurde Beschwerde erhoben, denn ein gerichtliches Urteil ist dazu nicht zu ermöglichen. An den folgenden Turntagen kam aber wieder Besuch der Polizei und so ging es sieben Tage in jeder Turnstunde fort. Es kamen sieben Strafmandate von je 150 Mark, ehe die erste Beschwerde erledigt werden konnte. Die Strafmandate machten zusammen also 21 Wochen Haft aus. Inzwischen wurde auch noch ein weiterer Turnwart bestraft, so daß in kurzer Zeit erlassen wurden 16 Strafmandate, immer mit der Höchststrafe von 150 Mk., zusammen also 2300 Mark Geldstrafe oder 48 Wochen Haft. (Pfui-Rufe.) Der erste Turnwart, der natürlich die Strafe nicht bezahlen konnte, mußte 6 Wochen im Gefängnis sitzen. Der zweite hatte sieben Strafmandate abzusitzen, zusammen also 21 Wochen Haft. Als der Mann vier Wochen im Gefängnis saß und der erste bereits seine 6 Wochen herunter hatte, haben wir in öffentlicher Versammlung protestiert gegen eine derartige, geradezu brutale Handlungsweise und die Folge war, daß selbst der Stadtrat von Liegnitz ins Gefängnis ging und zu dem übrigens verheirateten Inhaftierten sagte, ob er nicht ein Gnadengesuch um Verkürzung der Haft einreichen wolle. Ich fragte persönlich den Regierungsrat, der die Strafmandate unterzeichnet hatte, ob der Mann seine 21 Wochen Haft absitzen solle. Da sagte er mit der größten Gemütsruhe: Jawohl, dagegen ist nichts zu machen! (Lebhafte Pfui-Rufe.) Dieser Fall hätte im Reichstag zur Sprache gebracht werden müssen und ich will hoffen, daß der Liegnitzer Vorgang der Fraktion einen Anstoß gibt, nochmals einen energischen Vorstoß gegen die Kabinettsorder von 1834 zu unternehmen, die längst ins Altertumsmuseum gehörte. (Bravo!)

Sollmann-Köln: Schulz hat einen wesentlichen Teil seines Berichts der Entschuldigung der Reichstagsfraktion wegen der Abstimmung über die Proportionalwahl gewidmet. Jeder ist wohl der Ansicht, daß die Entschuldigungsgründe von Schulz nicht ausreichend waren und daß Heilmann, der nicht im Reichstag sitzt, die Fraktion eigentlich hier besser verteidigt hat. Besonders hat mich gewundert, daß Schulz sagte, manche Abgeordneten wüßten heute vielleicht gar nicht mehr, ob sie an der Abstimmung teilgenommen hätten oder nicht. Ich glaube, jeder wird doch wohl noch seine Mitwirkung bei der so wichtigen Abstimmung im Gedächtnis haben. Man soll die Bedeutung dieser Dinge nicht unterschätzen. In den Massen hat dieser Vorgang große Mißstimmung erregt und selbst in London, wo ich einen Vortrag hielt, haben in der Diskussion die dortigen deutschen Genossen die Abstimmung scharf kritisiert. Mit solchen Anträgen aber wie sie vorliegen, kann man nichts erreichen, das würde den Eindruck erwecken, als sei ein allgemeines Mißtrauen gegen die Fraktion vorhanden. Ich betone ausdrücklich, daß das nicht der Fall ist, sondern daß die Genossen und die Wählermassen mit geradezu rührendem Vertrauen an der Fraktion hängen. Dieses Vertrauen kann von der Fraktion nicht besser vergolten werden, als wenn sie dafür sorgt, daß solche Vorkommnisse sich nicht

wiederholen. Mit diesem Wunsch können wir es aber bewenden lassen und wir brauchen nicht Anträge anzunehmen, die als Mißtrauensvotum betrachtet werden könnten. In der Frage der Taktik hatte Schulz leichtes Spiel. Gegen die Reden unserer Genossen zur Wehrvorlage läßt sich nichts einwenden. Dennoch hat jeder draußen im Land das Gefühl gehabt, daß schärfer hätte aufgetreten werden müssen. Bei keiner Gelegenheit empfinden wir das Fehlen Bebels stärker, als wenn es sich um Militärfragen im Reichstag handelt. Niemals sind wieder ähnliche Reden erreicht worden, wie sie Bebel zu diesen Fragen gehalten hat. Erst durch das Schreckensurteil von Erfurt hat die Fraktion den Ton gefunden, den sie schon hätte finden müssen, als die Militärvorlage über uns hereingebrochen war. Die Rede Scheidemanns in der dritten Lesung hat gezeigt, daß man auch schon früher hätte schärfere Töne finden können. Den Wunsch nach einer besseren Erziehung der Massen in der Frage des Militarismus muß ich unterstützen. Es ist beschämend, daß selbst bei den Funktionären der Partei vielfach eine viel zu geringe Aufklärung über das Wesen des Militarismus vorhanden ist. Unsere Genossen versäumen auch viel bei der Erziehung der Kinder in dieser Richtung. Viel zu wenig wird beachtet, daß unsere Gegner eine Organisation geschaffen haben, die nicht bezweckt die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit, sondern zum Militarismus. Ich denke dabei nicht nur an den Jungdeutschlandbund, sondern daran, daß unsere Gegner der Rekrutenfürsorge ein großes Interesse zuwenden. Die jungen Leute werden vor dem Eintritt ins Militär ganz im Sinne der Kriegervereine bearbeitet. Wir haben dagegen noch nicht genug getan und unsere Instanzen müssen prüfen, was dagegen getan werden kann. Wir müssen unter den organisierten Gewerkschaftlern und Parteigenossen, ehe sie zum Militär eingezogen werden, eine Aufklärung schaffen, die jenen Bestrebungen entgegenwirkt. Da fehlt es auch an geeigneten Broschüren. In Düsseldorf ist ja kürzlich eine Broschüre in dieser Sache erschienen, die aber beschlagnahmt wurde, ein deutlicher Beweis für die Angst der Gegner vor unserer Aufklärungsarbeit. Ich denke gar nicht daran, den jungen Leuten den Militärdienst direkt zu verekeln. Wir wollen nur den Veranstaltungen der Kirchen, der Kriegervereine, der städtischen Behörden, die alle unter dem Begriff Rekrutenfürsorge zusammenfallen, entgegentreten. Ich habe keineswegs die „Arbeiter-Jugend" herabgesetzt, wie behauptet wurde. Sie ist glänzend redigiert, aber nicht geeignet für die Kinder von 14 bis 16 Jahren. Wir sollten bei der Rekruteneinstellung massenhaft besondere Nummern der „Arbeiter-Jugend" verteilen. Jetzt werden die jungen Leute schon vor dem Militärdienst zu Mitgliedern der Kriegervereine gepreßt. In Süddeutschland sind noch ganze Kolonnen von Parteigenossen Mitglieder der Kriegervereine. Sie beschweren sich noch, wenn sie aus den Kriegervereinen ausgeschlossen werden. Wir müssen die grundsätzliche Erziehung zum Sozialismus schon bei der Jugend anfangen. (Bravo!)

Vorsitzender **Bock**: Ich habe dem Parteitag folgende traurige Mitteilung zu machen. (Der Parteitag erhebt sich von den Plätzen.) Soeben erhalten wir die Nachricht, daß in London ein uns allen bekannter und beliebter Führer der englischen Sozialistischen Partei, Genosse Quelch, verstorben ist. Quelch ist Ihnen allen wohlbekannt. Er war ein steter Gast unserer Parteitage und wir konnten ihn noch in Chemnitz freundlichst begrüßen. Ihnen allen ist weiter bekannt, daß er Mitglied des Internationalen sozialistischen Bureaus war und daß er auf dem Stuttgarter internationalen Kongreß seinerzeit ausgewiesen wurde, weil eine seiner Reden nicht nach dem Sinne der Regierung war. Wir haben der englischen Bruderpartei unsere herzlichste und innigste Teilnahme bei diesem schweren Verlust zu erkennen gegeben. Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen erhoben. Ich stelle das fest.

Berten-Düsseldorf: In einem Punkt war der Bericht der Fraktion sehr dürftig, und zwar bezüglich ihrer Stellung zum Petroleummonopol. Wir hätten da mehr Aufklärung gewünscht. Im Wahlkreise Düsseldorf wurde am 27. April in einer Kreiskonferenz eine Resolution angenommen und an die Fraktion geschickt, in der sie aufgefordert wurde, schärfere Mittel bei der Bekämpfung der Wehrvorlage zur Anwendung zu bringen. Weil wir nun einmal in Düsseldorf außerordentlich höflich sind, haben wir die Resolution so verfaßt, daß sie niemanden verletzen konnte. Es wurde hervorgehoben, daß die Reden bei der ersten Lesung sehr gut und eindrucksvoll gewesen seien, daß wir aber eine schärfere Kampfesweise gegen die Wehrvorlage wünschen. Später hörten wir, daß in der Fraktion gesagt wurde, die Düsseldorfer seien ja mit der Haltung der Fraktion zufrieden und man brauche daher nicht länger zu raten, was weiter geschehen solle. Bei der Wehrvorlage hätte allerdings das Mittel der Obstruktion angewendet werden müssen. Man sagte nun, aus Gründen der Geschäftsordnung sei das nicht möglich gewesen. Aber ebenso wie 1902 die bürgerlichen Parteien sich von den Zwirnfäden der Geschäftsordnung nicht abhalten ließen, ihren Willen durchzudrücken, ebenso durfte für unsere Parteigenossen die Geschäftsordnung nicht ein unüberwindliches Hindernis sein, für die Interessen des Proletariats energisch einzutreten. Man sagt, der mangelhafte Versammlungsbesuch habe der Fraktion den Elan genommen. Die fortwährende Wiederholung dieses Entschuldigungsgrundes wirkt nicht sehr imponierend. Der Eifer bei der Reform des Militarismus war nicht sehr angebracht. An dem heutigen System des Militarismus kann eine Umwandlung nicht vorgenommen werden, es muß beseitigt werden. Was wir verlangen zur Verteidigung des Vaterlandes, die Miliz, das Volksheer, das ist etwas wesentlich anderes als der heutige Militarismus. Aus der häßlichen Raupe des Militarismus wird sich nie der schöne Schmetterling Miliz entwickeln. Der Militarismus gehört zu jener Sorte von blutsaugerischen Insekten, die keine Metamorphose durchmachen, die man vernichten und totschlagen muß, wenn man sie loswerden will. (Sehr richtig!) Dieser prinzipielle Kampf gegen den Militarismus durfte auch bei der Wehrvorlage nicht vernachlässigt werden. Ich kann es verstehen, wenn die Fraktion versucht, das Los unserer Klassengenossen, die ja den Hauptbestandteil des Heeres ausmachen, zu erleichtern. Wir begrüßen da die scharfe Kritik an den Soldatenmißhandlungen, die Herbeiführung von Milderungen der Strafbestimmungen, die Erhöhung der Löhnung der Soldaten. Aber alle anderen Reformwünsche wären nur eine Erleichterung des Militarismus für die bürgerliche Gesellschaft, an dem Wesen des Militarismus würde nichts geändert werden. Deshalb mußte bei der Wehrvorlage hervorgehoben werden, daß der Militarismus im ganzen zu bekämpfen ist, daß alle Mittel darangesetzt werden mußten, die Wehrvorlage zu Fall zu bringen. Die Fraktion hat da nicht das geleistet, was verlangt wurde. (Sehr richtig!)

Darauf werden um 1 Uhr die Verhandlungen auf 3 Uhr nachmittags vertagt.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Bock** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr und gibt Kenntnis von dem Eingang folgenden Telegramms der Vertrauensleute der Hamburger Metallarbeiter auf den Werften:

„Laut Bericht des Hamburger „Echo" hat Genosse Bauer bei seinen Ausführungen über den Streik der Werftarbeiter wissentlich unwahre Ausführungen gemacht. Es muß ihm bekannt sein, daß der Verbandstag der Metallarbeiter die Resolution, durch welche unser Streik anerkannt werden

sollte, mit 76 gegen 67 Stimmen abgelehnt hat. Außerdem haben in letzter Zeit Metallarbeiterversammlungen im Binnenlande uns ihre Sympathie ausgesprochen."

Darauf erstattet

Blume-Hamburg den

Bericht der Mandatsprüfungskommission:

Die Kommission hat festgestellt, daß auf dem Parteitag anwesend sind: 15 auswärtige Gäste, 10 Mitglieder des Parteivorstandes, 7 Mitglieder der Kontrollkommission, je ein Vertreter des „Vorwärts" und ein Vertreter des Parteigeschäfts Auer u. Co., Hamburg, des „Wahren Jakobs", Stuttgart, der „Neuen Zeit", und der Kontrolleur der Parteigeschäfte. Ferner sind anwesend 387 Delegierte, darunter 28 Frauen, ferner 84 Abgeordnete zum Deutschen Reichstag, so daß zusammen 508 Personen den Parteitag besuchen, davon sind 487 stimmberechtigt. Gegen 385 Delegierte und die Mitglieder des Reichstags sind irgendwelche Beanstandungen nicht erhoben worden, dagegen aber gegen zwei Mandatsinhaber, und zwar eine aus dem Bremerhavener Wahlkreise und eine aus dem zweiten württembergischen Wahlkreise. Die übrigen Mandate bitte ich für gültig und den Parteitag für legitimiert zu erklären.

Der Parteitag erklärt diese Mandate für gültig.

Blume: Gegen 2 Mandate ist also Protest erhoben. Aus dem 19. Hannoverschen Wahlkreise, von der Ortsverwaltung Bremerhaven, wird beantragt, die Wahl des Genossen Hüneke-Lehe zu kassieren, da seine Wahl auf unlautere Weise zustande gekommen sei. Dieser Antrag wird begründet mit dem Hinweis auf § 27 des Statuts für den 19. hannoverschen Kreis. Der betreffende Passus lautet: „Das Delegationsrecht zum deutschen Parteitag, dem preußischen Landesparteitag und dem des Bezirks Nord-West steht der Kreisgeneralversammlung zu. Das Vorschlagsrecht haben die einzelnen Organisationen. Von dem Vorschlagsrecht der Nominierung der Kandidaten hat nur Bremerhaven allein Gebrauch gemacht, die übrigen Orte nicht. Am 8. Juni hat dann eine Generalversammlung stattgefunden. Vor Beginn fand eine Sitzung des Kreisvorstandes und der Vorstandsmitglieder der einzelnen Parteiorganisationen statt. In dieser Sitzung hat man sich auf 5 Kandidaten geeinigt, die der Generalversammlung in Vorschlag gebracht werden sollten. Der Vorsitzende jener Sitzung hat den Wunsch ausgesprochen, daß man in der Generalversammlung über die Kandidaten keine Reden halten solle. Damit haben sich die Anwesenden stillschweigend einverstanden erklärt. Genosse Landgraf-Lehe hat nun dem Wunsch entgegen die Kandidatur Hüneke empfohlen. In dem Protest wird nun erklärt, Landgraf sei als Delegierter in der Generalversammlung nicht zugegen gewesen, so daß er weitere Vorschläge an sich gar nicht habe machen können, außerdem sei es nicht wahr, daß aus der Leher Mitgliedschaft irgendwelche Vorschläge gemacht worden seien. Landgraf hat außer Hüneke noch Beckmann aus Basbeck empfohlen. Dadurch soll Landgraf gegen die Abmachungen in der Vorversammlung verstoßen haben und, wie es heißt, mit unlauteren Mitteln gearbeitet haben. Der Zweck soll gewesen sein, so wird behauptet, unseren alten Parteiveteranen Schmalfeld gewissermaßen um das Mandat zu bringen. Bei der Wahl selbst sind Beckmann und Brandes im ersten Wahlgang gewählt worden, während Schmalfeld und Hüneke in Stichwahl kamen, bei der Hüneke gewählt wurde.

Die Kommission ist der einstimmigen Meinung, daß die Protestgründe als unbeachtlich und unzureichend bezeichnet werden müssen, da sie nicht ausreichen, das Mandat zu kassieren. Es ist aber nicht gerade besonders taktvoll, wenn man gegen Beschlüsse und Wünsche, gegen die man sich nicht gewendet

hat, handelt und für andere Personen agitiert. Aber es muß jedem einzelnen Mitgliede freistehen, seine Meinung über die geeigneten Kandidaten in der zuständigen Versammlung zum Ausdruck zu bringen. Es liegt also kein Verstoß vor. Auch die Delegierten zur Generalversammlung konnten andere Vorschläge machen. Wir bitten also den Protest zurückzuweisen und das Mandat Hünekes zu bestätigen. Gleichzeitig weist die Kommission derartige Ausdrücke, wie sie in dem Protest enthalten sind, zurück, da sie den parlamentarischen Anstand verletzen.

Der Protest wird zurückgewiesen und das Mandat für gültig erklärt.

Blume: Ein weiterer Protest liegt vor von dem Kreisvorstande des zweiten württembergischen Wahlkreises, und zwar gegen das Mandat des Genossen Sprenger-Kornwestheim. Der Kreisvorstand beantragt, die in Kornwestheim abgegebenen Stimmen für ungültig zu erklären, dadurch würde das Mandat nicht mehr von genügender Stimmenzahl getragen werden, sondern der Genossin Talheimer zufallen. In diesem Kreise ist zum ersten Mal mittels Urwahl gewählt worden. Die Wahl hatte nach einem bestimmten Wahlreglement zu erfolgen. Einheitliche Stimmzettel mit den in Vorschlag gebrachten 15 Kandidaten wurden nach allen Orten versandt. In dem Reglement wird darauf hingewiesen, daß in den größeren Parteiorten mit Bezirkseinteilung in jedem Bezirk, in den übrigen Orten nur an einer Wahlstelle gewählt werden könne. In Kornwestheim ist, obgleich eine Bezirkseinteilung dort nicht besteht, an 4 verschiedenen Wahlstellen gewählt worden. Ferner sollen am Abend der Wahl auf mehreren Tischen neben den ungestrichenen Stimmzetteln auch solche gelegen haben, auf denen alle Namen, bis auf die Namen Sprenger, Pflüger, Engelhardt, Frau Schütz zusammengestrichen waren. Ferner ist auf Beschluß des Parteiausschusses in Kornwestheim ein Flugblatt herausgegeben zu dem Zweck, lediglich die genannten vier Genossen zu wählen. Auch eine Annonce soll im Lokalblatt zu dem Zweck aufgegeben worden sein. Auch soll erlaubt worden sein, daß eine Frau, die selbst Mitglied ist, auch noch auf das Buch ihres nicht anwesenden Mannes gewählt hat. Die Erhebungen haben ergeben, daß es wahr ist, daß in Kornwestheim an vier statt an einer Stelle gewählt wurde, und daß in der Nähe der Wahlurne zusammengestrichene Stimmzettel vorhanden waren. Der Vorsitzende für Kornwestheim gibt zu, daß solche Zettel zur Ansicht ausgelegt gewesen sein sollen. Es ist auch richtig, daß mittelst Flugblattes für die vier Kandidaten Propaganda gemacht wurde. Das Resultat der Abstimmung ist dementsprechend ausgefallen. Von 297 Zetteln bei etwa 400 Mitgliedern haben die vier genannten erhalten 297, 292, 291 und 286 Stimmen. Gegen den Antrag des Kreisvorstandes ist von Kornwestheim ein Gegenantrag eingelaufen. Darin wird behauptet, daß es unwahr ist, daß ein großer Teil der Zettel durchstrichen war. Es habe sich nur um einige Probezettel gehandelt. Es sei möglich, daß in Ermangelung eines Bleistifts einige gestrichene Zettel abgegeben worden seien. Der Kreisvorsitzende Fischer sagt aus, daß Kornwestheim in Bezirke geteilt sei, aber die Bezirke seien ohne besondere Leitung. Darauf wird von seiten der Protesterheber behauptet, daß Kornwestheim nicht berechtigt gewesen sei, an vier verschiedenen Stellen wählen zu lassen. Fischer gibt aber zu, daß die Kornwestheimer sich im guten Glauben befunden haben, weil das Reglement nicht klar genug gewesen sei. Seiner Meinung nach hätte aber der Umstand der vier Wahlstellen keinen Einfluß auf das Wahlresultat gehabt. Die Kornwestheimer haben als weiteren Gegenprotest erklärt: wenn die Stimmen aus ihrem Ort in Abzug gebracht werden sollten, dann müßten sie auch aus vier anderen Orten abgezogen werden. Denn in Felbach seien die Stimmzettel in einem Gesangverein am Sonnabend

verteilt worden. In Münster fand die Wahl zu anderer Tageszeit statt. In Zuffenhausen hätten die Mitglieder ihre Namen nicht selbst in die Liste eingetragen. In Stammheim habe man vielfach ohne Legitimation wählen lassen.

Die Kommission hat einstimmig beschlossen, dem Parteitag die Gültigkeit des Mandats von Sprenger zu empfehlen. Der Kommission scheint, daß die erstmalige Urwahl im Kreise noch nicht zur völligen Uebung ausgewachsen ist. Dann haben auch nicht nur die Kornwestheimer gesündigt, Sünder hüben und drüben. Die Kommission ist ferner der Ansicht, daß es kein Verstoß ist, wenn man für bestimmte Genossen agitiert. Es muß aber entschieden zurückgewiesen werden, wenn mittelst zusammengestrichener Zettel gewählt wird und den Mitgliedern die Meinung anderer aufgedrängt und die freie Wahl so beeinflußt wird. Trotzdem ersucht die Kommission den Parteitag, die Wahl für gültig zu erklären und den Kreisvorstand zu beauftragen, bei der nächsten Wahl das Reglement klar und deutlich zu fassen.

Der Parteitag erklärt darauf das Mandat für gültig.

Blume: Ich habe dann noch einige Wünsche gegenüber dem Parteivorstand im Auftrage der Kommission vorzubringen. Wir haben bei dem eingesammelten Material insofern bittere Erfahrungen machen müssen, als die jetzigen Formulare keineswegs für die Zusammenstellung der Liste geeignet sind. Es fehlt darin die Angabe darüber, wo der Delegierte wohnt. So haben wir vielfach erst nach dem Betreffenden suchen müssen, um seine Wohnung zu ermitteln. Also die Mandatsformulare sollten für das nächste Mal praktischer gestaltet werden. (Zuruf vom Parteivorstand: wird gemacht!) Ferner sollte das Formular von allen Teilnehmern des Parteitages, auch von den Reichstagsabgeordneten ausgefüllt werden. Das würde uns die Arbeit der richtigen Zusammenstellung der Liste wesentlich erleichtern.

Vorsitzender **Bock:** Genosse Geck, Mitglied der Kontrollkommission, der schwer erkrankt war, teilt mit, daß er auf dem Wege der Genesung ist und dem Parteitag zu seinen Arbeiten gutes Gedeihen wünscht. (Bravo!)

Die Debatte über den Bericht der Fraktion wird fortgesetzt.

Knieriem-München: Es hat mich gefreut, daß der Antrag 33 von München so warm von verschiedenen Seiten befürwortet worden ist. Das ist ein Beweis der großen Liebe und Sympathie, die die proletarische Jugend bei den Vertretern des Proletariats genießt. Die Reichsstatistik versagt auf diesem Gebiete vollständig. Es werden schon seit 20 Jahren Erhebungen über die Ueberanstrengung der Jugend von 8 bis 12 Jahren gepflogen, ohne daß sie bis heute ein greifbares Resultat gebracht hätten. Dabei steht fest, daß mehr als eine halbe Million von Kindern im Alter von 8 bis 12 Jahren und 146 000 Kinder unter 8 Jahren in Deutschland gewerblich beschäftigt sind. Es berührt jeden Kinderfreund schmerzlich, wenn er auf der einen Seite liest, daß die deutsche Reichsregierung in Asien und Afrika einen Kampf gegen die Sklaverei führt und daß wir in Deutschland selbst große Kindersklavenmärkte haben. (Sehr richtig!) Ich möchte sie ersuchen, einmal an unseren schönen Bodensee zu gehen: in Friedrichshafen, in Wangen werden jährlich Tausende von Arbeiterkindern von der Geistlichkeit auf den Sklavenmarkt geführt und im schlimmsten Sinne des Wortes verschachert. (Hört! hört!) Und dann erklärt man noch, es sei eine große Wohltat, daß es den Kindern möglich sei, zum Unterhalt der Familie etwas zu verdienen. Daß die Kinder, die auf 6 bis 7 Monate an die Bauern verschachert werden, an Leib und Seele ungeheuren Schaden erleiden, wenn sie von früh 5 Uhr bis abends 8, 9 Uhr auf dem Felde arbeiten müssen, ist klar. Und das nennt man eine Wohltat! Als wir den vorliegenden Antrag auf unserer Generalversammlung in München angenommen hatten,

haben sich die Christlichen, die frommen schwarzen Blätter, darüber hergemacht, und haben, da gerade in zwei ländlichen Kreisen Wahlen stattfanden, diesen Antrag benutzt, um die Bauern scharf zu machen gegen die Sozialdemokraten, weil, wie man es fälschlicherweise hinstellte, die Sozialdemokraten nicht mehr wollten, daß die eigenen Kinder durch die eigene Familie in der Landwirtschaft beschäftigt werden dürften. Ich muß diese Behauptung als Verleumdung und Irreführung zurückweisen. Wir Sozialdemokraten haben nichts dagegen, wenn die eigenen Kinder im eigenen Haushalt eine kurze Zeit in den kleinen Gärten der kleinen Landleute beschäftigt werden. Aber wir müssen uns dagegen wenden, daß die Kinder an gefährliche Maschinen bei zu langer Arbeitszeit gestellt werden. Hunderte von armen kleinen Geschöpfen werden jährlich an den landwirtschaftlichen Maschinen zu Krüppeln gemacht. (Sehr wahr!) Gegen diese Ausbeutung der Kinder im allgemeinen Erwerbsleben wehren wir uns. In der Industrie liegt es genau so. Es ist erst vor kurzem von unseren Genossen in Salzburg festgestellt, daß in 25 Branchen Tausende von Kindern unter 8 Jahren in der Industrie beschäftigt werden. (Hört! hört!) Für 8 bis 10 Mk. vierteljährlich müssen diese armen Kinder sich von früh bis spät ausbeuten lassen. Es ist das eine Schmach für das 20. Jahrhundert. (Sehr wahr!) Unsere herrschende Gesellschaft schreit Zeter und Mordio über den Gebärstreik der Arbeiterfrauen, aber sie rührt keinen Finger, wenn die Geborenen verstümmelt und verkrüppelt werden. (Sehr wahr!) Wenn unsere herrschende Gesellschaft einen gesunden Volkskörper will, dann soll sie sich um die Geborenen und die Erziehung der Jugend kümmern. Ich freue mich, daß Sie erkannt haben, daß der papierne Kinderschutz, den wir jetzt haben, nicht genügt. Es ist ein verwerflicher Zustand, wenn in Ostpreußen die Kinder von früh 6 bis abends 7, 8 Uhr zum Rübenzupfen benutzt werden, daß die Schulen deshalb geschlossen werden. Rückenverkrümmungen sind die Folge davon und durch den Umgang mit den Knechten und Mägden werden die Kinder auch moralisch geschädigt. Ist es doch vielfach vorgekommen, daß Mädchen von 15 Jahren aus Vorarlberg und Tirol geschwängert aus Deutschland in die Heimat zurückgekommen sind. Solche Vorkommnisse schreien zum Himmel. Die Kreise, die die christliche Liebe in Erbpacht genommen zu haben behaupten, sollten, anstatt hier den Leithammel der armen Kindersklaven zu machen, in ihren Gemeinden, wo sie Einfluß haben, dafür sorgen, daß die Kinder geschützt und nicht ausgebeutet werden. Tragen Sie durch Annahme unseres Antrages dazu bei, daß der Staat gezwungen wird, unsere Kinder zu schützen, dann werden wir ein geistig und körperlich kräftiges Volk bekommen. (Bravo!)

Dr. **Frank**-Mannheim: Die Fraktion wird es sicher als eine ihrer ersten Pflichten ansehen, den geäußerten Wünschen Rechnung zu tragen und energisch verstärkten Kinderschutz verlangen. Es ist überhaupt anzunehmen, daß im nächsten Winter nicht wieder alle Kräfte der Fraktion in Anspruch genommen werden für die Abwehr neuer Forderungen des Militarismus, sondern daß die sozialpolitische Arbeit den Hauptteil ihrer Tätigkeit in Anspruch nehmen wird. Was die Kritik an der Arbeit oder Nichtarbeit der Fraktion angeht, so kann im allgemeinen die Fraktion zufrieden sein, denn der Ton der Kritik war durchweg mit wenigen Ausnahmen nicht unfreundlich. Für berechtigt halte ich den Wunsch, daß unsere Reichstagsabgeordneten in Berlin anwesend sein sollen. Ich halte das für selbstverständlich und aus den geäußerten Wünschen und gestellten Anträgen wird sicherlich die Fraktion die Pflicht ableiten, künftig noch mehr darauf zu achten, daß keiner fehlt. Damit aber keine Irrtümer entstehen und namentlich nicht die Gegner aus der hier geübten Kritik schließen, wir hätten eine Fraktion von Schwänzern, will ich feststellen, daß wir den Vergleich mit anderen Fraktionen auf jeden Fall aushalten können und daß beim

Besuch der Sitzungen im Vergleich zu den bürgerlichen Fraktionen die sozialdemokratische an erster Stelle steht. Uebrigens sollten die Kritiker keine Pharisäer sein. Es ist vielleicht mehr als einer darunter, der sich an die Brust schlagen und fragen könnte, ob er als Stadtverordneter oder als Mitglied einer Parteikörperschaft niemals eine Sitzung versäumt hat. (Sehr richtig!) Wir haben in der Fraktion nicht lauter Leute ohne Beruf, sondern der weitaus größte Teil der Mitglieder hat noch eine geschäftliche Tätigkeit auszuüben, sei es im Dienste der Arbeiterbewegung oder sonstwo. Die meisten Kritiker richteten ihre Angriffe gegen die Haltung der Fraktion bei der Militärvorlage. Es ist nicht leicht, aus der geübten Kritik zu lernen; denn die geäußerten Wünsche sind manchmal direkt entgegengesetzter Natur. (Sehr richtig!) Stengele möchte, daß wir bei der Militärvorlage *mehr* Anträge gestellt hätten, und die Genossen aus Düsseldorf hätten *weniger* Anträge gewünscht. Das, was die Düsseldorfer zur Begründung ihres Antrages vorgebracht haben, hat recht seltsam und veraltet geklungen. Gewisse irrtümliche Anschauungen, die man für tot hält, tauchen alle paar Jahre wieder auf wie Wasserleichen. Man sollte es nicht für möglich halten, daß Genossen glauben, es stehe im Widerspruch mit unserer grundsätzlichen Stellung zum Militarismus, wenn wir Reformanträge stellen. Das ist die alte Anschauung, die früher nicht begriffen hat, daß wir trotz unserer grundsätzlichen Bekämpfung des Kapitalismus sozialpolitische Anträge stellen müssen, die scheinbar die Stellung des kapitalistischen Systems stärken, in Wirklichkeit aber gleichzeitig und vor allem die Arbeiterklasse stärken. (Sehr richtig!) Die Beispiele, die der Vertreter aus Düsseldorf gebraucht hat, zeigen doch klar, wie tiefgehend der Irrtum ist. Er hat bemängelt, daß wir die Abschaffung der Garde verlangt haben. Ich glaube, darüber würde man den Kopf schütteln, wenn wir die Durchführung der Verfassung, die Durchführung des gleichen Rechts auf allen Gebieten, die Abschaffung der Adels- und Standesvorrechte, aber nicht auch die Abschaffung der Garde gefordert hätten. (Sehr richtig!) Soll das in Widerspruch stehen zu unserer grundsätzlichen Bekämpfung des Militarismus? Gegen unseren Antrag auf Aufhebung des Einjährigenvorrechts kann doch auch ein Sozialdemokrat nichts sagen. Ich glaube, es hat mehr gewirkt als tausend aufreizende Reden, als die Leute draußen hörten, daß die bürgerlichen Parteien, die unseren Antrag auf Verkürzung der Dienstzeit auf ein Jahr ablehnten, einige Stunden darauf von der Aufhebung des Sondervorrechts des Einjährigendienstes für die Söhne der Besitzenden nichts wissen wollten. (Sehr gut!) Wir wollen auf diesem Gebiet nicht Halt machen, sondern mit unserer Tätigkeit im Winter dort fortfahren, wo wir im Sommer aufgehört haben. Dazu ist es allerdings nötig, daß wir von den Genossen im Lande besser unterstützt werden. So werden im Herbst die Debatten über den Militärboykott wiederkommen, wir werden von der Regierung Auskunft verlangen, inwieweit sie hier der Resolution des Reichstages stattgegeben hat. Da wäre es eine gute Unterstützung für uns, wenn nicht bloß in Volksversammlungen, sondern auch auf den *Rathäusern* die Genossen, die unter dem Militärboykott zu leiden haben, energische Vorstöße gegen diese Schande des Militärverbots unternehmen würden. (Sehr richtig!) Endlich ist gerügt worden, daß wir keine Obstruktion getrieben haben; man hat gesagt, wir hätten von den „Zwirnsfäden der Geschäftsordnung" uns nicht hindern lassen dürfen. Man vergißt aber, daß die Geschäftsordnung wohl von der *Majorität* als Zwirnsfaden behandelt werden kann, daß sie aber für die Minorität mehr als Zwirnsfäden ist, daß sie da zum eisernen Hindernis werden kann. (Sehr richtig!) Im allgemeinen glaube ich, daß die Vorwürfe, gegen die Haltung der Fraktion zur Militärvorlage zurücktreten müssen hinter der nicht zu bestreitenden Tatsache,

daß diesmal der Kampf in einem Punkt besser und planmäßiger geführt worden ist als in früheren Jahren. (Sehr richtig!) Wir haben diesmal vom ersten Tage an Wert darauf gelegt, Hand in Hand mit unseren französischen Kameraden den Kampf zu führen. Der Aufruf, der in Gemeinschaft mit den Franzosen verfaßt und veröffentlicht wurde, war eine ganz ausgezeichnete Waffe gegen den Militarismus hüben und drüben. Die sonst immer bei jeder Militärvorlage auftauchende Behauptung, daß die französischen Genossen bessere Patrioten seien als wir, oder die sonst in Paris geäußerte Meinung, daß die deutschen Sozialdemokraten bessere Patrioten seien als die Franzosen, wurden diesmal nicht vorgebracht, sie wurden unmöglich gemacht durch das gemeinsame brüderliche Vorgehen der deutschen und französischen Sozialdemokraten. (Sehr richtig!) Auf derselben Linie bewegt sich auch der Versuch, durch die Berner Konferenz zu demonstrieren zugunsten einer Verständigung der beiden großen Völker, und es wird die Genossen vielleicht interessieren zu hören, daß diese Konferenz nicht die letzte gewesen ist. Die Fraktion hat bereits die Erweiterung des ständigen Ausschusses vorgenommen, und es besteht der Plan, aufs neue die Parlamentarier der beiden Länder zusammenzurufen, soweit sie der Ueberzeugung sind, daß das Interesse der beiden Nationen streng und unabweisbar die Verständigung verlangt. Streitfragen, über die eine Verständigung nötig und möglich wäre, wie z. B. die Frage der Fremdenlegion, sind genug vorhanden und ich bin überzeugt, daß das, was in Bern unter Mitwirkung Bebels geschaffen wurde, sich zu einer wertvollen internationalen Neubildung entwickeln wird. (Beifall.)

Cohen-Reuß: Neben einer Reihe von sehr beachtenswerten Anträgen an die Fraktion hat diese auch herben Tadel erfahren wegen der Fehler, die sie begangen haben soll oder begangen hat. Zweifellos hat die Fraktion manchen Fehler begangen, und das ist auch nicht gar so schlimm, die Genossen hätten allen Anlaß, einer Fraktion besonders auf die Finger zu sehen, die sich einbildet keine Fehler zu machen. Eine Reihe von Fehlern müssen Sie der Fraktion schon zugestehen. Erst wenn die Fehler das Maß des Erlaubten überschreiten, haben Sie das Recht, ihr so den Kopf zu waschen, wie es einige Hamburger heute schon getan haben. Stubbe meinte, an der Müdigkeit der Genossen im Lande sei die Fraktion schuld, und Stengele sagte, die Haltung der Fraktion zur Militärvorlage sei recht unbefriedigend, und mit Aufwendung aller Kräfte hätte man schon mehr erreichen können. Wenn Begriffe fehlen, dann stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein. (Sehr gut!) Was heißt es, mit Aufwendung aller Kräfte arbeiten? Was versteht Stengele darunter? Die bloße Phrase besagt nichts und dann befindet er sich auch im Widerspruch selbst mit einer so scharfen Kritikerin wie Rosa Luxemburg, die in der „Leipziger Volkszeitung" darauf aufmerksam gemacht hat, daß es nicht Schuld der Fraktion sei, wenn so wenig geschehen ist, sondern Schuld der Gesamtpartei, die in dem Baseler Kongreß den Höhepunkt des Kampfes gegen den Militarismus erblickt hat, anstatt das umgekehrt der Kampf von dort seinen Ausgang nimmt. Das mag ja richtig sein, aber die Genossin Luxemburg hat unrecht, wenn sie die französischen Genossen uns als Vorbild hinstellt. Die Einführung des dritten Dienstjahres in Frankreich ist doch wohl etwas mehr als die Anforderung von 136 000 Mann, und ich glaube, wenn man bei uns die dreijährige Dienstzeit wieder einführen wollte, dann würden Sie wohl etwas ganz anderes erleben. Dann aber muß auch einmal ausgesprochen werden, daß wir uns täuschen, wenn wir glauben, daß die Massen der Arbeiter solche Antimilitaristen sind, wie wir es wünschen. (Sehr richtig!) Das ist bedauerlicherweise nicht der Fall. Ich gebe zu, das mag ein Mangel an sozialistischer Erziehung sein, aber der Mangel liegt nun einmal vor, und es ist etwas Wahres an dem, was Noske

gesagt hat, in den Grenzbezirken fürchten sich die Leute vor dem Feind, und unter denen, die sich fürchten, sind auch Arbeiter, die zu uns gehören. Wenn die Frage in den Volksversammlungen so gestellt wird, dann gibt es eine ganze Menge sozialistischer Agitatoren, die hier nicht ganz sattelfest sind und oft nicht das Richtige zu sagen wissen. Genosse Hoffmann wollte die Fraktion einmal gründlich verhauen. Nach dem Ruf, den er genießt, hatte ich mir allerdings etwas anderes darunter vorgestellt. (Adolf Hoffmann: Daran ist Bock seine Klingel schuld!) Ich bin etwas enttäuscht. Aber wenn Sie sagen, es fallen so oft Aeußerungen, daß Genossen, die durch die Dämpfungspolitik in den Reichstag gewählt sind, manches Mal in ihren Abstimmungen geneigt seien, sich nach dieser Dämpfungsmethode zu richten, dann muß ich dagegen auf das schärfste protestieren. (Sehr gut!) Das muß ein komischer Sozialdemokrat sein, der glaubt, daß ein Abgeordneter so etwas täte. (Lebhaftes Sehr richtig!) Heilmann hat zu meinem größten Erstaunen seine Befriedigung über die Haltung der Fraktion ausgesprochen. Ich dachte wirklich, daß von der Seite etwas ganz anderes kommen würde, nach dem, was ich in der „Chemnitzer Volksstimme" gelesen habe. Den einzigen Tadel, den er der Fraktion hat zuteil werden lassen, kann ich als berechtigt nicht anerkennen; er sagt, wenn wir nicht für die sofortige zweite Lesung gestimmt hätten, wäre der Kampf viel schärfer gewesen. Nein, die Tatsachen haben das Gegenteil bewiesen. Höchstens hätte man vielleicht die Entscheidung um zwei Tage hinausschieben können. Soll das etwa das A und O der Bekämpfung des Militarismus sein? Aehnlicher Ansicht scheint Ledebour zu sein, der in der „Weimarer Volkszeitung" davon spricht, daß das Mantelgesetz die Bekämpfung der Militärvorlage erleichtert haben würde. Kann man eine Militärvorlage nicht ebenso scharf bekämpfen, wenn sie von der Deckungsvorlage getrennt ist? Ich habe das nicht verstanden und hoffe, daß Ledebour den Schleier seines Geheimnisses lüften wird. Heilmann hat aber auch deshalb unrecht, weil ja die zweite Lesung bewiesen hat, wie scharf der Kampf geführt werden kann. Ich bin fest überzeugt, daß anfangs eine ganze Reihe bürgerlicher Abgeordneter sich vorgenommen hatte, auf unsere Angriffe überhaupt nicht zu reagieren, aber die Wucht der Angriffe war so groß, daß die bürgerlichen Befürworter der Militärvorlage gar nicht anders konnten, sie mußten erwidern. Die Zustimmung zur sofortigen Vornahme der zweiten Lesung gab uns eine Frist für den Kampf. Ich sehe also nicht ein, inwiefern unsere Taktik falsch gewesen sein soll. Ich stimme auch Frank zu, wenn er unser Eintreten für Reformen verteidigt. Seit wann hätten wir denn Grund, nicht für demokratische Reformen einzutreten? Nützt denn z. B. die Beschränkung der Dienstzeit nicht auch den Arbeitersöhnen? Sogar Genossin Luxemburg gibt zu, daß die Beschränkung der Dienstzeit auf ein Jahr auf dem Wege unserer Milizforderung liegt. Mehr kann man doch wahrhaftig nicht wünschen.

Ich würde es allerdings für richtig gehalten haben, daß die Fraktion alles aufgeboten hätte, wenn es möglich gewesen wäre, wegen der Heeresvorlage eine Reichstagsauflösung herbeizuführen. Ich weiß sehr wohl, daß mancher für diese Auffassung nicht zu haben gewesen wäre, aber ich glaube nicht, daß es sozialdemokratische Abgeordnete gegeben hätte, die die Auflösung aus Angst um ihre Mandate vermeiden wollten. (Sehr richtig!) Das ist ganz ausgeschlossen, aber es lag wohl keine Möglichkeit vor, die Auflösung herbeizuführen. Die Genossin Rosa Luxemburg, deren unerbittliche und mir oft erfreuliche Kritik keine Institution verschont, hat auch die Reichstagsfraktion scharf angegriffen in einer Polemik gegen den „Vorwärts". Sie hat darin die Behauptung aufgestellt, daß die Miliz zu den Minimalforderungen, also zu den Mindestforderungen gehört, die wir innerhalb der kapitalistischen Gesell-

schaftsordnung aufzustellen haben. Dieser Meinung bin ich allerdings nicht. Ich meine, daß die Verwirklichung der Miliz überhaupt nicht im kapitalistischen Staate möglich ist. Ich finde diese Ideologie gar nicht luxemburgisch, nicht einmal offiziös, sondern sie nähert sich bedenklich der von Genossin Luxemburg bekämpften Ideologie von Jaurès. Ich will daran nur beweisen, wie sich auch eine sehr kluge Frau irren kann, aber die Reichstagsfraktion hat gerade in dieser Frage das menschenmöglichste geleistet. (Beifall.)

Wicky-Mülhausen: Es war erfreulich, daß Schulz heute morgen sagte, die Fraktion habe selbst ein gewisses Unbehagen gehabt nach der Erledigung der Militärvorlagen. Er sagte weiter, die Fraktion konnte nicht schärfer vorgehen, weil in der Volksmasse nicht die genügende Bewegung gewesen sei. Ich glaube, da hat Schulz Ursache und Wirkung nicht genügend unterschieden. Wir müssen uns fragen, warum die Volksmasse nicht genügend aufgerüttelt war, und da kommen wir auf einen sehr wichtigen Punkt. Frank sagte vorhin, verschiedene Reformanträge zum Militarismus dienten auch dazu, den Militarismus zu bekämpfen. Ich gehe nicht so weit wie die Düsseldorfer Parteizeitung, aber ihre Ausführungen haben doch einen richtigen Kern. Wir haben jahrelang zu sehr nur immer einzelne Uebelstände im Militarismus hervorgehoben und die grundsätzliche Bekämpfung des Militarismus dabei nicht genug in den Vordergrund geschoben. Das ist aber notwendig. Es besteht darin bei uns eine gewisse Unklarheit und die Masse ist dafür sehr empfindlich. Noske führte z. B. gestern als Ursache für das Fehlen einer Volksbewegung an, daß die Volksmassen gewußt hätten, daß russische Soldaten an der Grenze stehen. Wenn dieser Grund zutrifft, dann ist das ein Beweis dafür, daß wir nicht genügend Erziehungsarbeit geleistet haben. Man sagt, es sei in der Kommission alles geschehen, was geschehen konnte, ich kann aber nicht verstehen, daß in der Kommissionsverhandlung der Regierungsvorschlag auf Stärkung des Kriegsschatzes in der ersten Sitzung die Zustimmung der Genossen Südekum und Noske fand. Das wird auch in der Masse nicht verstanden, und deshalb hat die Fraktion keinen Anklang in der Masse gefunden. Den Herrschenden muß gesagt werden, daß wir die Massen so erziehen, daß, wenn die herrschende Klasse Putsche veranstalten will, die Arbeiterklasse mit allen Mitteln diesen Putschen entgegentreten wird. Was die Regierungsjubiläumsfeier im Reichstag betrifft, so meine ich, die Höflichkeit ist etwas Schönes, aber man darf sie nicht zu weit treiben. Ich bin mit Rosenfeld darin vollständig einig, daß wir auch in solchen Dingen der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber eine klare Stellung einnehmen müssen. Es wurde schon früher betont, daß wir den Parteien anderer Länder gegenüber der große Bruder sind. In Deutschland hat allerdings das Proletariat die höchsten und heiligsten Aufgaben zu erfüllen. Mein Vorredner führte an, daß sogar Parteigenossen in Versammlungen sich für eine eventuelle Stärkung des Militarismus ausgesprochen haben. Wenn das geschehen kann, so ist noch viel mehr Aufklärungsarbeit nötig. Es ist für die deutsche Partei eine Lebensfrage, daß wir auch dem Ausland gegenüber keinen Zweifel lassen über unsere unbedingte Gegnerschaft zum Militarismus. (Bravo!)

Stäffler-Berlin: Ich will den Antrag 37 begründen, der von der Reichstagsfraktion verlangt, daß sie in den nächsten Tagen einen Antrag einbringt, wonach eine Neueinteilung der Wahlkreise nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung vorzunehmen ist. Ledebour ist aber im Irrtum, wenn er vermutete, daß ich das ganze Material vorbringen würde, das die Ungerechtigkeit der Wahlkreiseinteilung illustriert. Es wäre absurd, wenn ich das vor dem Parteitag tun würde, von dem ich voraussetze, daß er diese Ungerechtigkeit kennt. Die Veranlassung zu unserem Antrag gab uns der Antrag der Fraktion auf

Einführung der Verhältniswahl im Reichstag. Daß der Antrag eine so große Stimmenzahl erreichen würde, hatte wohl unsere Fraktion selbst nicht vermutet. Hätte sie aber einen Antrag auf Neueinteilung der Wahlkreise gestellt, so wäre er wohl mit ungeheurer Mehrheit angenommen worden, weil er leichter durchführbar und infolgedessen zweckmäßiger ist. Deshalb sollte die Fraktion zunächst im Sinne unseres Antrages 37 vorgehen, um das Nächstliegende zu erreichen. Das Fehlen der Reichstagsabgeordneten ist auch bei uns sehr bemängelt worden. Schulz entschuldigt es damit, daß viele unserer Genossen außerhalb des Reichstags im Dienste der Arbeiterbewegung tätig sein müßten. Wenn man diesen Gedanken weiter verfolgt, dann kommt man zu Konsequenzen, die sehr bedenklich sind. Wenn wir in Deutschland den Massenstreik inszenieren wollen, dann wird er sich auf der einen Seite in den Massen selbst entwickeln, andererseits muß der Kampf aber dann auch in den Parlamenten mit aller Schärfe geführt werden, dann kann es so kommen, daß der größte Teil der Abgeordneten durch die wirtschaftlichen Kämpfe draußen verhindert ist, an den Sitzungen teilzunehmen. Man wird in Zukunft dafür Sorge tragen müssen, daß die Reichstagsabgeordneten nicht außerhalb des Parlamentes zuviel beschäftigt sind in den Organisationen. Ich will damit nicht sagen, daß wir die Angestellten der Gewerkschaften und Genossenschaften nicht mehr mit Mandaten betrauen sollen, wir müssen aber dafür sorgen, daß durch die Häufung von Aemtern nicht entweder der wirtschaftliche Kampf oder der politische im Parlament leidet. Es wurde auch angeführt, daß die Bummelei in den Stadtparlamenten ebenso groß sei. Es ist eben eine Schwäche unserer Bewegung, daß wir einzelne Personen mit zu vielen Arbeiten belasten. Manche Abgeordnete haben so viele Arbeiten für unsere Bewegung zu erledigen, daß sie naturgemäß irgendwo schwänzen müssen. Deshalb möchte ich Sie ersuchen, in Zukunft bei der Aufstellung von Kandidaten die Genossen vorsichtig darauf anzusehen, ob sie Zeit genug haben, die Aufgaben zu erfüllen, die wir ihnen anvertraut haben. (Bravo!)

Vorsitzender **Bock:** Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen. Der Antrag wird ausreichend unterstützt.

Schrader-Hannover: Der Vorsitzende hat uns heute morgen die Disposition für die weiteren Verhandlungen unterbreitet. Ich glaube, es ist zu dem jetzigen Punkt der Tagesordnung so hinreichend diskutiert worden, daß der Schluß der Debatte begründet erscheint. Ich bitte, den Antrag anzunehmen.

Gegen den Antrag nimmt niemand das Wort.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Klara Zetkin: Hier sind wiederholt Ausführungen von mir angegriffen worden, die sich gegen das Verhalten der Genossen in der Kommission zur Beratung der Militärvorlage gewendet hatten. Ich will erklären, daß ich meine Ausführungen nicht leichtfertig gemacht habe, sondern auf Grund der vorliegenden Berichte. Wenn die Ausführungen nicht stimmen, so möchte ich der Reichstagsfraktion nahelegen, für gute Berichte zu sorgen, so daß man nicht den Eindruck der Schwäche ihres Verhaltens gewinnt, sondern einen klaren Blick erhält über ihre Tugenden, die nicht wie die Veilchen im Verborgenen blühen und duften sollen. (Heiterkeit und Beifall.)

Adolf Hoffmann-Berlin: Dr. Cohn hat sich darüber beklagt, daß ich die angekündigte Verhauung der Fraktion nicht so vorgenommen hatte, wie er erwartet habe. Ich war ebenso überrascht durch die Glocke des Präsidenten wie Cohn, und da ich auf zarte Rücksichtnahme beim Präsidenten nicht so rechnen zu können glaubte, habe ich zeitig Schluß gemacht, hatte mich aber noch einmal

gemeldet und wollte das Versäumte nachholen. Dazu bin ich durch Schluß der Debatte nicht mehr gekommen. Dann soll ich gesagt haben, durch die Dämpfung seien Abgeordnete zu einer anderen Haltung bestimmt worden. Ich habe gesagt, die Meinung habe sich außen breitgemacht, daß man eher als vor dem hier angedrohten Streik Furcht davor haben müsse, daß die durch die Dämpfung Gewählten nicht in der radikalen Weise zustimmen. Es ist auch in den Berichterstattungs-Versammlungen gesagt worden, daß wir bei einer Auflösung vielleicht nicht denselben Erfolg gehabt hätten, sondern wahrscheinlich in derselben Zahl nicht wiedergekommen wären. Das bestätigt also, was ich gesagt habe. — Dann ist noch gesagt worden, es wäre keine Möglichkeit gewesen, die Abstimmung über die Verhältniswahl an dem Tage zu verhindern. Wenn aber die Fraktion einen Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt hätte, wäre die Abstimmung an dem Tage nicht vorgenommen worden, schon im Interesse der auch fehlenden bürgerlichen Abgeordneten.

Vorsitzender **Bock**: Wenn Genosse Hoffmann meinte, daß er nicht auf die Sympathie des Vorsitzenden rechnen könnte, so muß ich feststellen, daß von hier aus alle Delegierten mit gleicher Liebe behandelt werden. (Heiterkeit. — Adolf Hoffmann: Die Botschaft hör ich wohl!)

Heinrich Schulz (Schlußwort): Der Verlauf der Debatte hat bewiesen, daß es sehr zweckmäßig gewesen ist, daß wir die Deckungsfrage abgeteilt haben. Sonst würden wir wahrscheinlich lediglich eine Debatte über die Deckungsfrage gehabt haben, während wir jetzt eine an Kritik, aber auch an Anregungen reiche Debatte hinter uns haben, die zweifellos für die weitere Tätigkeit der Fraktion förderlich sein wird.

Wenn der Genosse aus Liegnitz betonte, daß ein krasser Fall über die Behandlung der Turnvereine im Reichstag nicht zur Sprache gekommen wäre, so möchte ich die Genossen bitten, daß sie aktuelles lokales Material, das die Abgeordneten nicht kennen können, uns übermitteln. Hätte es Genosse Heine gekannt, hätte er es sicher vorgebracht. — Die reiche Unterstützung, die der Antrag 33 gefunden hat, wird den Eifer der Fraktion in dieser Richtung beflügeln. Vielleicht läßt sich der Wunsch am besten in Form einer Resolution beim Reichsamt des Innern zur Erledigung bringen. — Ein Genosse bemängelte, daß der Bericht über das Petroleummonopolgesetz zu dürftig sei. Den Vorwurf begreife ich nicht, denn über dies Gesetz ist ausführlich auf zwei Seiten berichtet. Ich glaube, darin alles gesagt zu haben, was zur Aufklärung der Genossen über den jetzigen Stand der Frage zu sagen nötig war. Allerdings steht nicht darin, welche endgültige Stellung die Fraktion zu dieser Frage einnimmt. Das konnte aber auch nicht darinstehen, weil die Kommission sich noch eine dritte Lesung vorbehalten hat und die Fraktion erst danach ihre Stellung nehmen wird. — Genosse Hoffmann meinte beiläufig, Noske habe genug geredet. Er könne ihm deshalb keinen Vorwurf machen. Gewiß, Genosse Noske hat im Reichstag genug geredet, aber ich möchte doch dringend darum bitten, daß Sie deshalb nicht etwa umgekehrt die Genossen tadeln wollen, die nicht soviel oder gar nicht geredet haben. Ich sehe mich auf Grund einer besonderen Anregung, die an mich gekommen ist, ausdrücklich veranlaßt, festzustellen, daß es gar nicht möglich ist, daß in jeder Session jeder Abgeordnete einmal zum Worte kommt. (Sehr richtig!) Man soll also den Genossen, die nicht zum Reden gekommen sind, daraus nicht den Vorwurf machen, sie hätten ihre Schuldigkeit nicht getan. Das muß ausdrücklich ausgesprochen werden, weil es vorkommt, daß in ihren Wahlkreisen den betreffenden Parteigenossen unterstellt wird, sie hätten ihre Schuldigkeit nicht getan. Es wird der Reichstagsfraktion nicht immer durch lange Reden genützt, sondern unter Umständen auch durch Schweigen. (Sehr richtig!)

Zum Punkte Wahlprüfungen ein kurzes Wort. Heilmann knüpfte an den Antrag der Nationalliberalen an, wonach die Wahlprüfungen in Zukunft einem außerparlamentarischen Gerichtshof übergeben werden sollen. Soweit ich ihn verstanden habe, ist er nicht für diese nationalliberale Anregung. (Heilmann: Nein! nein!) Aber im Anschluß daran meinte er doch, der Fraktion dringend ans Herz legen zu müssen, sie möge bei Prüfung angefochtener Mandate von Parteigenossen möglichst gewissenhaft vorgehen. Ich glaube, ich darf im Namen der ganzen Fraktion sagen, daß diese Mahnung vollkommen überflüssig gewesen ist und nicht nur überflüssig, sondern im gewissen Sinne sogar schädlich (Sehr richtig!), indem dadurch nach außen der Eindruck erweckt wird, als ob die sozialdemokratische Fraktion bei Prüfung der Mandate ihrer eigenen Parteigenossen nicht die nötige Gewissenhaftigkeit beobachtet. Dieser Vorwurf ist ganz und gar unbegründet und insbesondere in dem Falle Haupt. Es ist gerade in diesem Falle von unserer Seite alles mögliche versucht worden, um den Rechtsstandpunkt zu wahren. (Sehr richtig!) Ungerechtigkeiten sind vorgekommen im Fall Haupt. Aber sie sind nicht von uns begangen, sondern von gegnerischer Seite. Heilmann sprach von einem Luxus der Gerechtigkeit, den wir anwenden sollten. Ich muß allerdings mit ihm bedauern, daß einmal dieser Luxus an falscher Stelle ausgeübt worden ist, und gerade von Haupt im Falle Becker. Im übrigen möchte ich die Mitglieder des Seniorenkonvents aufrufen, ob nicht gerade sie dringend verlangt haben, daß die Wahlprüfungen zur Entscheidung kommen müßten, während die bürgerlichen Abgeordneten erklärt haben, im Hinblick auf die Militärvorlage könnten sie sich damit nicht mehr aufhalten.

Die Fraktion wird bei ihrem nächsten Zusammentreten Gelegenheit nehmen, in Ruhe und Gründlichkeit die Frage der monarchischen Kundgebungen zu erörtern. Wir haben eine Reihe von Uebelständen feststellen können, besonders bei der Sitzung, in der keiner von uns anwesend war, weil der Fraktionsbeschluß vorlag, und in der dann ohne unsere Anwesenheit Beschlüsse gefaßt wurden. Sie waren harmloser Art, aber es kann auch einmal etwas Ernsteres beschlossen werden. Die Fraktion wird also ihre Stellung zu dieser Frage revidieren und vielleicht zu einer anderen Auffassung als der bisherigen kommen.

Manche Parteigenossen haben verlangt, daß die Fraktionsmitglieder stets vollzählig anwesend sein sollen. Niemand hat aber verlangt, daß sie anwesend sein sollen, wenn ernste gewerkschaftliche und parteigenössische Pflichten sie zum Fernbleiben zwingen, oder wenn ihr bürgerlicher Beruf oder eine Krankheit sie an dem Besuch des Reichstags hindert. Nach den Listen über die namentlichen Abstimmungen waren unsere Genossen fast immer vollzählig vertreten. Das beweist also, daß bei wichtigen Angelegenheiten unsere Abgeordneten ihre Pflicht erfüllen. Andererseits verlangen aber die Parteigenossen im Lande, daß ihre Abgeordneten sich auch um ihren Wahlkreis kümmern. Wenn ein Abgeordneter die Aufforderung, eine Versammlung abzuhalten, im Hinblick auf den Reichstag ablehnt, sagt man: „Ach, was braucht ihr 110 alle im Reichstag zu sein!" Weigert man sich also, in den Wahlkreis zu kommen, so werden einem von den Wählern Vorwürfe gemacht, geht man aber in den Wahlkreis und versäumt den Reichstag, so wäscht einem der Parteitag den Kopf. Da ist es schwer, das Richtige zu treffen. Ich bitte Sie dringend, den Bogen nicht zu überspannen und von den Abgeordneten nicht zu verlangen, daß sie in dem Maße im Reichstag anwesend sein sollen, wie manche hier gefordert haben. Sie wissen gar nicht, was für ein Opfer es ist, wenn man von der ersten bis zur letzten Minute im Reichstag sein soll! Kennen Sie Erzberger, den knarrenden und rasselnden Nimmersatt im Reden? Oder den

polizeipräsidialen Ton, wie er dem Grafen Westarp beliebt? Oder die schleimigen Witze Oertels, bei denen man den Schleim beinahe an den Fingern zu fühlen glaubt? Oder die Redereien eines Werner-Hersfeld und Mumm oder das pastorale Pathos eines Wiemer? Ja, wenn es sich nur um die Reden von Parteigenossen handeln würde! (Heiterkeit.) Das wäre etwas anderes! Sie brauchen ja nur hier im Saale sich umzuschauen. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokraten dauert nur 6 Tage und die Delegierten haben keine anderen Pflichten nebenbei, sie brauchen hier nur die wohlüberlegten glänzenden Reden von Sozialdemokraten anzuhören. (Heiterkeit.) Wenn ich da diejenigen zählen wollte, die hier heute nicht anwesend sind, ich glaube, da hätte sich mancher den Vorwurf zu machen, daß er seine parteigenössischen Pflichten nicht erfüllt. Wir aber sollen im Reichstag 6 bis 8 Monate die Reden von Bürgerlichen anhören! Das hält kein „Vieh" aus. (Heiterkeit.)

Eine Meinung herrscht in den Reihen der Fraktion über das ganz unwürdige Diätengesetz. Wir müssen alles tun, um es zu beseitigen und es zu reformieren. Die sozialdemokratischen Abgeordneten lassen sich natürlich durch dieses korrumpierende Gesetz in keiner Weise beeinflussen. Uebrigens hat Ledebour sich geirrt, es handelt sich dabei nicht um eine „Maifeier" der bürgerlichen Parteien, sondern um eine „Aprilfeier", da die vorletzte Rate am 1. April gezahlt wird.

Dann noch ein Wort über die Taktik bei der Wehrvorlage. Man sprach von Lauheit und Schlappheit. Ich bestreite das eine wie das andere. Die Kritiker haben ihre Urteile nicht begründet. Wir sollten Obstruktion treiben? Das ist von der Fraktion selbstverständlich auch erwogen worden. Gerade bei dieser Frage ist noch unser verstorbener Genosse Bebel von entscheidendem Einfluß gewesen. Aus seiner reichen parlamentarischen Erfahrung, aus seiner genauen Kenntnis der Geschäftsordnungsbestimmungen heraus hat er den Beweis geliefert, daß an eine Obstruktion nicht zu denken sei. Stengele meinte, wir hätten namentliche Abstimmung über die Wiederherstellung der drei Kavallerieregimenter beantragen sollen. Das hätte die Entscheidung doch nur um eine einzige Stunde hinausgeschoben. Es sind lange Reden verlangt worden, aber die Fraktion hat getan, was sie konnte. Noske hat sich eine Rede von 4½ Stunden geleistet. Das ist keine Kleinigkeit. Wir sollen die Zwirnsfäden der Geschäftsordnung zerreißen wie 1902? Damals hat eine bürgerliche Mehrheit die Geschäftsordnung geändert. Wir aber sind eine Minderheit, was sollen wir 110 gegen 287 machen!

Berten hat den Reformeifer der Fraktion gerügt. In grundsätzlicher Beziehung sind wir uns über die Bedeutung des Militarismus einig. Unsere Reformanträge haben wir aber so einzurichten, als ob wir am morgigen Tage unsere Forderungen durchzusetzen vermöchten. Auch die grundsätzliche Kritik kann nur an das Vorhandene anknüpfen und dann sagen, wie es besser sein soll. Heilmann hat unsere Haltung nach Beendigung der ersten Lesung der Wehrvorlage in der Budgetkommission kritisiert und in der „Chemnitzer Volksstimme" seine Stimme gegen die Fraktion erhoben. (Ledebour: Mit Recht!) Darüber gehen die Meinungen auseinander. Ledebour gehörte in dieser Frage zu einer unbedeutenden Minderheit in der Fraktion. Heilmann hat vorsichtigerweise — Vorsicht ist der bessere Teil der Tapferkeit — gemeint: „Wenn die Fraktion durch ihre Taktik den kleinen Gewinn macht, die Regierung zur Annahme einer Reichserbschafts- oder Reichsvermögenssteuer zu veranlassen, dann mag der Erfolg der Taktik ihr Verhalten rechtfertigen." Damit hat Heilmann seine Kritik selbst desavouiert. Die taktische Entscheidung ist der Fraktion nicht leicht gefallen, sie hat stundenlang sehr heiß diskutiert, aber vollkommen sachlich. Es handelte sich dabei nicht um die alten Richtungsstreitigkeiten, die sonst wohl eine Rolle gespielt haben. Die Ansichten gingen über die Richtungsgrenzen hinweg und durcheinander. Ledebour meinte, es bestehe das Gefühl in der Partei, es sei etwas faul. Aber auch Ledebour hat zugegeben, daß diese Mißstimmung nicht auf die Fraktion zurückzuführen ist, sondern daß sie eine Folge der Verkümmerung des bürgerlichen Parlamentarismus sei. Das können wir anerkennen. Aber damit ist auch zugegeben, daß die Fraktion nicht die Schuld an dem „Faulen" trägt und durch sie allein dieser Mißstand nicht zu bessern ist. Durch unsere ganze Parteitätigkeit muß die Besserung versucht werden. Die Fraktion hat für ihre zukünftige Tätigkeit durch die Diskussion reiche Anregungen erhalten. Sie wird ihre Arbeit mit verstärktem Eifer fortsetzen. (Beifall.)

Heilmann-Chemnitz bemerkt persönlich: Schulz hat übersehen, wie außerordentlich vorsichtig ich das formuliert habe, was ich über die Haltung der Fraktion zu den Wahlprüfungen gesagt habe. Es ist mir gar nicht eingefallen, der Fraktion den Vorwurf zu machen, daß sie sich irgendeine Ungerechtigkeit hätte zuschulden kommen lassen. Ich habe als bekannt vorausgesetzt, daß eines schönen Tages mitten in einer anderen Debatte die Konservativen beantragten, die Prüfung der Wahl Haupts auf die Tagesordnung zu setzen. Dagegen haben wir gestimmt, mit Recht, weil wir gar nicht verpflichtet waren, mitten in einer anderen Debatte den Gegnern einen solchen Gefallen zu tun. Aber das konnte den Schein erwecken, als ob auch wir uns einer Verzögerung der Wahlprüfungen schuldig machen könnten, und ich habe deshalb in Anknüpfung daran gesagt, wir sollten sorgfältig darauf achten, auch den Schein der Ungerechtigkeit zu vermeiden. Ich kann nicht finden, daß eine solche Mahnung geeignet sein könnte, unsere Fraktion irgendwie zu diskreditieren. In meiner Absicht hat das jedenfalls nicht entfernt gelegen.

Birkholz-Hamburg zieht den Antrag 28 zurück und bittet, für den Antrag 29 zu stimmen.

Die Anträge 27, 32, 33, 35 und 37 werden der Fraktion zur Erwägung überwiesen. Die Anträge 29 und 30 werden abgelehnt, die Anträge 31 und 34 werden angenommen.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Auf Vorschlag des Bureaus wird unter Umstellung der Tagesordnung jetzt der Antrag 104 zur Debatte gestellt.

Reitze-Vegesack: Die internationale Frauenkonferenz in Kopenhagen hat den Wunsch geäußert, alljährlich in den Ländern, wo von einer proletarischen Frauenbewegung gesprochen werden kann, einen Frauentag abzuhalten. Die Delegierten waren von dem Wunsche durchdrungen, dadurch die Aufmerksamkeit aller Länder auf die proletarische Frauenbewegung zu lenken. Deutschland hat diesem Wunsche Rechnung getragen, und wir können wohl ohne Ausnahme zugeben, daß der proletarische Frauentag in Deutschland nicht nur das gehalten hat, was wir uns von ihm versprochen haben, sondern daß Deutschland auch vorbildlich auf alle anderen Länder gewirkt hat. Wo der Frauentag gut vorbereitet war, haben wir nicht nur neue Mitglieder gewonnen, sondern wir haben auch die bereits gewonnenen und organisierten Genossinnen besser diszipliniert. Allerdings muß man ohne weiteres zugeben, daß das nicht nur auf die Arbeit der Genossinnen zurückzuführen ist, sondern wenn wir die Unterstützung unserer Genossen nicht gehabt hätten, dann hätten wir solche Resultate nicht verzeichnen können. Also es soll ausdrücklich festgestellt werden, daß durch die gemeinsame Organisation, durch die Unterstützung der Genossen die Fortschritte erzielt sind, die ganz besonders die deutsche proletarische

Frauenbewegung in den letzten Jahren zu verzeichnen hat. Auch die Genossinnen in Deutschland halten an der alljährlichen Wiederholung des Frauentages nicht unbedingt fest, aber die 27 weiblichen Delegierten sind der Ueberzeugung, daß wir 1914 den Frauentag abhalten müssen, damit wir unseren Genossinnen im Lande die Ueberzeugung beibringen können, daß auf der internationalen Frauenkonferenz in Wien auch eine internationale Verständigung des Frauentages stattfinden muß. Wir halten nicht unbedingt daran fest, daß an allen Orten der proletarische Frauentag abgehalten wird, wir verlangen auch nicht, daß er an ein und demselben Tage abgehalten wird, wir sind vielmehr der Meinung, daß uns eine ganze Woche dazu zur Verfügung stehen muß, denn wir wissen, welche Schwierigkeiten uns die Referentenfrage, die Lokalfrage und sonstige örtliche Verhältnisse bereiten. Ich bitte Sie, unserem Antrage Ihre Zustimmung zu geben. (Bravo!)

Helene Brandenburg-Hamburg: Es wird Ihnen befremdlich erscheinen, daß wir jetzt erneut mit einem Antrage hervortreten, nachdem der Parteiausschuß beschlossen hat, den Frauentag nicht stattfinden zu lassen. Wir haben uns gefragt, welche Gründe ihn bewogen haben, uns den Frauentag, der so gute Früchte gezeitigt hat, nicht zu gewähren. Wir sagen uns, daß die Jugendbewegung von den Frauen unterstützt werden muß, daß sie ohne unsere Unterstützung nicht die Fortschritte machen kann, die sie notwendig hat. Wir wissen ja nicht, vor welche Notwendigkeiten wir vielleicht schon in baldiger Zukunft gestellt werden, wie nötig wir die Jugend für die Verwirklichung unserer Ziele brauchen müssen. Jedenfalls müssen wir die Frauen über ihre speziellen Aufgaben aufklären und deshalb müssen wir sie zunächst einmal für den Hauptgedanken, für den Gedanken der Organisation, begeistern. Wir ersuchen Sie, uns für das kommende Jahr den Frauentag zu gewähren, schon deshalb, weil Deutschland doch als der große Bruder im internationalen Bunde vorangeht. Mögen wir als Deutsche auch in bezug auf den Frauentag vorangehen, das liegt im Interesse der gesamten Parteibewegung, im Interesse der Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte. Es ist erwiesen, daß unser Frauentag demonstrativ gewirkt, vor allem, daß er agitatorisch nachgewirkt hat. Auch ich sage, der Frauentag braucht nicht an einem Tage stattzufinden. Es kommt nicht darauf an, unser Grundprinzip, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, an einem Tage zu vertreten, sondern es kommt darauf an, daß wir mit dieser Idee an alle Frauen herankommen. Konzentrieren wir zunächst die Werbearbeit für unsere Forderung auf die Großstädte und auf die Industriezentren. Wir bekommen dadurch weibliche agitatorische Kräfte frei für die kleineren Orte und für das Landgebiet. Nehmen Sie unseren Antrag an, kommen Sie uns so, wie wir es von Ihnen gewohnt sind, entgegen. (Bravo!)

Auer-München: Es ist zweifellos richtig, daß in bezug auf Aufklärung und Werbung unter den Frauen innerhalb unserer Partei noch bedeutend mehr geschehen muß, als wir bis jetzt tun konnten. Die Agitation unter den Frauen und unter der Jugend muß bedeutend mehr gefördert werden. Aber ich halte es für verkehrt, wenn wir uns heute schon durch einen Beschluß festlegen und binden sollen auf einen Frauentag, also auf etwas, das wir auszuführen schließlich nicht in der Lage sind. Ich halte es für zweckmäßig und der Frauenagitation dienlicher, wenn wir den Antrag 104 dem Parteiausschuß und Parteivorstand zur Berücksichtigung überweisen. Es geht nicht an, daß wir heute beschließen, es müsse der Frauentag unter allen Umständen stattfinden und wenn wir unter Umständen heute schon die Zeit dafür angeben. Es kann bei den unruhigen politischen Verhältnissen gerade zu der Zeit irgendeine Aktion der Partei notwendig sein, die es unmöglich macht, sich mit dem Frauentag so zu beschäftigen, wie es die Sache erfordert. Ich beantrage

deshalb, daß der Antrag 104 dem Parteiausschuß und Parteivorstand überwiesen wird, und ich bitte Sie um Ihre Zustimmung dazu.

Minna Reichert-Berlin: Ich bitte, daß Sie dem Antrag, diese Frage dem Parteiausschuß zu überweisen, nicht stattgeben. Mit solchen Ueberweisungen haben wir nicht allzu gute Erfahrungen gemacht. Woran hat der Mißerfolg des Frauentages im vorigen Jahre gelegen? (Zuruf: Wo war denn ein Mißerfolg?) Ich meine den Mißerfolg, von dem immer gesprochen wird. Wir Funktionärinnen sind alle der Meinung, daß es kein Mißerfolg war. Aber er lag hauptsächlich daran, daß der Frauentag zu spät bekannt wurde und daß ihn die Genossinnen nicht genügend vorbereiten konnten. Man sagt, wir Frauen brauchen keine Extrawurst gebraten. Ich aber sage, solange die Frauen noch unter einem Ausnahmerecht in der bürgerlichen Gesellschaft leben, brauchen sie allerdings Extrawürste. Es ist unbedingt notwendig, daß den Frauen immer und immer wieder vorgehalten wird, wie notwendig es ist, daß sie ihre Menschenrechte fordern. Wir brauchen einen Tag im Jahre, um diese Forderung zu erheben. Es kommt immer mehr vor, daß die Genossen beschließen, daß die Genossinnen nicht Extraversammlungen haben, sondern sich an den allgemeinen Versammlungen beteiligen sollen. Ich bin auch zum großen Teil dafür. Aber den einen Tag sollen Sie uns gönnen, wo wir unsere Forderungen erheben können. Schon im Hinblick darauf, daß immer geklagt wird, daß die Jugendbewegung nicht genügend Fortschritte macht, ist es notwendig, die Frauen viel mehr für die Jugendbewegung zu interessieren. Glauben Sie, daß wir Frauen über diese Fortschritte in einem Jahre der Stagnation in den Organisationen berichten könnten, wenn wir nicht den einen Tag gehabt hätten zur Vertretung unserer Forderungen? Die Frauen sind einstimmig der Ansicht, daß uns dieser Tag erhalten wird. In diesem Sinne bitte ich Sie, für den Frauentag 1914 zu stimmen. (Bravo!)

Ludwig-Hagen: Ich habe mich zum Worte gemeldet, weil ich glaube, daß unsere Genossinnen, unsere Frauen hier auf dem Parteitag der kräftigsten Unterstützung bedürfen. Ich bin fest überzeugt, daß mindestens zwei Drittel der Delegierten gar nicht wissen, was die Frauen hier auf der Tribüne gesprochen haben. Es wäre sehr zweckmäßig, wenn die Genossen sich ein klein wenig die Philisterhaftigkeit der Bürgerlichen abgewöhnen und die Frauenbewegung etwas anders beachten würden. (Sehr gut!) Mancher von uns, der sich mühselig mit den Genossen abquält, weiß gar nicht, welche Hilfe er bekommen würde, wenn er der Jugend- und Frauenbewegung mehr Aufmerksamkeit widmen würde. (Sehr richtig!) Es wird vielleicht jedem von Ihnen gegangen sein wie mir, als 1908 die Genossinnen zu uns als Mitglieder in die Vereine kamen, waren wir kurze Zeit später fast kuriert von ihnen. Wir sagten uns, na, die ärgern uns noch halb tot. (Heiterkeit.) Diese Scheu scheinen sehr viele Genossen noch nicht überwunden zu haben. Ich bin darüber hinweg (Heiterkeit) und kann Ihnen nur gestehen, daß mir der Antrag der Frauen sympathisch erscheint. Es haben Frauenkonferenzen stattgefunden in Nürnberg und vor zwei Jahren hier in Jena. Nur wenige Genossen waren es, die dort Zuhörer spielten. Dort aber hätten Sie manches lernen können an der Art, wie die Frauen, die man so sehr der Schwatzhaftigkeit bezichtet, debattiert und die Parteifragen erörtert haben. Das war sehr interessant zu sehen (Heiterkeit) — zu hören. Daher wäre es unsere Pflicht, der Bewegung mehr Aufmerksamkeit entgegenzubringen, zumal wir bedenken müssen, daß dort, wo die Frauen Versammlungen besuchen, wo sie schon einmal die Scheu abgestreift haben vor der Beteiligung am öffentlichen Leben, auch der Mann viel leichter zu organisieren ist, daß er nicht so leicht davonläuft wie anderwärts, wo die Frauen immer nörgeln und krakeelen, daß der Kerl in

Versammlungen läuft. Ferner ist auch die Förderung der Jugendbewegung viel leichter, wenn die Frauen für uns gewonnen sind. Davon ist jeder überzeugt, es spricht jeder davon, aber keiner denkt daran, zuerst die Frauenbewegung zu unterstützen. Aus dem Grunde bitte ich, alles zu unterstützen, was darauf hinzielt, die Selbständigkeit der Frauen im politischen Leben zu stärken. (Bravo!)

Louise Zietz: Ich möchte einiges richtigstellen, was in der Diskussion behauptet worden ist. Es wurde gesagt, an vielen Orten und von vielen Genossen würde die Frauenbewegung nicht genügend unterstützt. Ich glaube zu einem Urteil darüber ist diejenige am kompetentesten, in deren Hand alle Fäden der Bewegung zusammenlaufen, und da muß ich hier sagen, daß ich bei meiner Tätigkeit, wenn ich Anregungen gegeben habe, in den verschiedensten Bezirken bis heute noch nirgends auf Widerstand gestoßen bin. (Hört! hört!) Ich muß erklären, daß im Gegenteil überall die Genossen in der bereitwilligsten Weise den Anregungen Folge gegeben und unsere Bewegung unterstützt haben, — wenn ich den Ausdruck „unsere Bewegung" gebrauchen darf, denn unsere Bewegung ist Ihre Bewegung. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben eine gemeinsame allgemeine Parteibewegung. Wie könnte das auch anders sein unter Sozialdemokraten? Sozialdemokraten wissen, daß sie nicht nur theoretisch für die Gleichberechtigung der Frauen einzutreten haben und daß seit jeher unsere Vertreter im Parlament und draußen im Volke dafür eingetreten sind, sondern sie wissen auch, daß es dringend notwendig ist, in Zukunft auch weiter so zu verfahren, womöglich unter Einsetzung noch größerer Kräfte als bisher. Es ist ganz richtig von Ludwig angeführt worden, daß unsere Bewegung gewinnen wird, je mehr wir die Frauen für unsere Interessen gewinnen und in unsere Organisation einreihen. — Wenn nun darauf Bezug genommen wird, daß der Ausschuß sich gegen die Abhaltung des Frauentages im nächsten Jahre ausgesprochen hat, so möchte ich darauf verweisen, daß dort folgender Grund dafür angeführt wurde, den ich allerdings nicht für stichhaltig erachte. Der Ausschuß befürchtet, wenn alljährlich der Frauentag wiederholt wird, daß er dann schließlich an Zugkraft und Elan einbüßen könnte und das Interesse an dieser Demonstration schwinden müßte, weil man dieselbe Tagesordnung immer wieder auf jedem Frauentag behandle. Dieser Grund hat gewiß so obenhin betrachtet etwas für sich. Aber die Genossen mögen doch nicht vergessen, daß wir auf unseren Frauentagen bisher schon — und bei künftigen Frauentagen wird das noch mehr der Fall sein — nicht nur die Forderung des Frauenwahlrechts erörtert haben, sondern in Verbindung damit immer die politische Situation mit berücksichtigt und gerade an der Hand der politischen Situation gezeigt haben, wie wertvoll es wäre, wenn neben den Männern die proletarischen Frauen stehen würden, ausgerüstet mit der Waffe des Wahlrechts, um an dem Kampf des Proletariats weit wirksamer teilnehmen zu können als bisher. Wenn also auch der Frauentag in der Hauptsache eine Demonstration für die Forderung des Frauenwahlrechts bleiben soll, so brauchen wir doch nicht zu befürchten, daß in den Referaten immer schablonenmäßig das gleiche wiederholt wird. Das ist auch bisher nie geschehen. Der ganze Komplex der Frauenfrage wird auch in Zukunft nicht nur erörtert, und es wird auch immer in Verbindung mit der politischen Situation die praktische Bedeutung des Frauenwahlrechts beleuchtet werden. Ohne Zweifel haben unsere Frauentage außerordentlich gut agitatorisch und demonstrativ gewirkt. (Sehr richtig!) Demonstrativ für die Forderung des Frauenwahlrechts, agitatorisch in dem sie auch unendlich zur Aufrüttelung der Indifferenten beigetragen haben. Wie könnte es auch anders sein, wenn an einem bestimmten Tag im Jahre eine bestimmte Programmforderung in den Vordergrund der Agitation gerückt, im

ganzen Reiche eine lebhafte Propaganda entfaltet und der Blick der Frauen, die wir gewinnen wollen, auf ein großes Ziel gelenkt wird. Das muß begeistern und anfeuernd wirken, die Arbeitsfreudigkeit unserer Genossen stärken und die Aufrüttelung der Indifferenten in höchstem Maße fördern. Auch organisatorisch haben wir guten Erfolg gehabt mit den Frauentagen. Darum möchte ich Sie bitten, beschließen wir heute im Prinzip, daß der Frauentag im nächsten Jahre wieder abgehalten wird, daß dem Ausschuß und dem Parteivorstand aber die praktische Durchführung überlassen wird. Er wird prüfen müssen, ob wir den Frauentag wieder im Frühling abhalten wollen oder zu einer anderen Jahreszeit. Im Ausschuß ist nämlich der Einwand gemacht worden, daß für manche Gegenden die Veranstaltung im Frühling nicht geeignet sei. Ferner wird zu prüfen sein, ob wir überall einen Tag wählen wollen oder ob wir an den Orten, wo am Sonntag schwer große Lokale zu bekommen sind, auch den Sonnabend oder Montag nehmen wollen. Ueberhaupt wird die praktische Ausgestaltung dem Parteivorstand überlassen bleiben müssen. Damit wird auch den Bedenken meines Freundes Auer Rechnung getragen, daß der Frauentag durch eine notwendige politische Aktion der Partei verhindert werden könnte. Beschließen Sie heute: Der Frauentag findet im nächsten Jahre statt. Die praktische Ausführung überlassen Sie dem Parteivorstand und Parteiausschuß. Wenn wir alsdann alle mit Einsetzung unserer ganzen Kraft daran arbeiten, den Frauentag noch wuchtiger und wirksamer zu gestalten als bisher, dann wird er nicht nur eine wirksame Demonstration für das Frauenwahlrecht, nicht nur ein Bekenntnis zum Sozialismus sein, sondern auch außerordentlich werbend im Lande wirken. (Beifall.)

Vorsitzender **Bock:** Es ist ein Antrag Auer eingegangen, die Angelegenheit dem Parteivorstand und Parteiausschuß zu überweisen.

Der Antrag Auer wird ausreichend unterstützt.

Klara Zetkin: Ich möchte der Anregung beitreten, die von Genossin Zietz bereits ausführlich begründet worden ist. Nämlich daß der Parteitag sich heute lediglich im Prinzip für die Veranstaltung eines Frauentages im Jahre 1914 ausspricht, daß er aber die Festsetzung des Datums, überhaupt die Durchführung des Beschlusses Parteivorstand und Parteiausschuß überträgt. Warum wollen wir hier nicht einen für längere Zeit unbedingt bindenden Beschluß des Parteitags herbeiführen? Wir Genossinnen in Deutschland stehen der sozialdemokratischen Partei anders gegenüber als die Genossinnen anderer Länder. Wir sind hier vollständig in den Rahmen der allgemeinen Partei eingegliedert, wir nehmen teil mit unserer ganzen Kraft an allen Arbeiten und Kämpfen der Sozialdemokratie. Wir wissen sehr genau, daß in den nächsten Monaten und Jahren wirtschaftliche und politische Situationen eintreten können, die es vielleicht unmöglich machen, daß jetzt schon beschlossen wird, einen bestimmten Tag für unsere Frauendemonstration festzusetzen und zu erklären, daß diese alljährlich sich erneuern muß. Deshalb wollen wir nur im Prinzip den Frauentag für 1914 beschließen, aber dem Vorstand und Ausschuß es überlassen, die Situation dahin zu prüfen, in welchem Umfange, unter welchen Bedingungen und in welcher Art die Durchführung möglich ist. Wenn die Dinge sich so ernst gestalten sollten, daß die Abhaltung eines Frauentages überhaupt unmöglich wäre, weil die ganze Kraft der Partei auf die Ausnutzung einer bestimmten Situation konzentriert werden müßte, so sind wir Genossinnen in Deutschland wahrhaftig politisch reif genug, um die Lage vollauf würdigen zu können. Wir sind aber andererseits der Ueberzeugung, daß eine ganze Reihe von Ereignissen und Aufgaben, die an die Sozialdemokratie herantreten können, gerade in Verbindung mit einer Demonstration und Agitation der Frauen erst im vollsten Umfange der Partei nutzbar gemacht werden können. Es kann z. B. sehr wohl

der Fall sein, daß im nächsten Jahre das deutsche Proletariat Stellung nehmen muß zu der bevorstehenden Reform des Strafgesetzes. Dann treten zahlreiche und wichtige Forderungen und Interessen in den Vordergrund des politischen Lebens, die die proletarischen Frauen in erster Linie angehen, und die sehr wohl auch in den Vordergrund des Frauentags gerückt werden können. Uns liegt auch deshalb sehr viel daran, daß der Parteitag im Prinzip sich für den Frauentag im nächsten Jahre ausspricht, weil wir 1914 die internationale sozialistische Frauenkonferenz in Wien zu erwarten haben. Vor diese Konferenz wollen wir mit dem Erfolg in den Händen treten, daß wir seit Kopenhagen jedes Jahr einen Frauentag abgehalten haben. Das, was die Genossinnen in Deutschland organisatorisch und agitatorisch erreicht haben, ist unzweifelhaft von großem dauernden Einfluß auf die Entwickelung der sozialistischen Frauenbewegung in anderen Ländern. Gerade dort, wo vielfach die proletarische Frauenbewegung noch schwächer ist als bei uns, ist das Beispiel der sozialistischen Frauenbewegung Deutschlands außerordentlich wichtig und maßgebend. Wir sind ferner der Ansicht, daß der Frauentag so ausgestaltet werden muß, daß auch die kleineren Orte von unserer Agitation erfaßt werden können. Das kann dadurch geschehen, daß wir nur in den großen Städten und Industriezentren den Frauentag einheitlich, womöglich an einem Sonntage durchführen, daß aber in kleineren Orten je nach dem Bedürfnis eine ganze Woche für die Demonstration zur Verfügung gestellt wird. Dann wird die Veranstaltung dazu beitragen, nicht nur die Forderung des Frauenwahlrechts, sondern vielmehr die ganze Frauenfrage vom sozialistischen Standpunkt aus in Orten und vor Arbeiterschichten zu behandeln, die bis dahin von unserer Bewegung noch nicht erfaßt wurden. Ich verweise auf die Tatsache, daß gerade in diesem Jahre, wie man so oft Klagen gehört hat über die geringe Zunahme der männlichen Mitglieder, der Löwenanteil des Zuwachses an Parteimitgliedern auf die neu gewonnenen Genossinnen entfällt. Wer aber die Frauenbewegung verfolgt, der weiß auch, daß ein außerordentlich hoher Prozentsatz der neugewonnenen weiblichen Mitglieder gerade durch unseren Frauentag geworben worden sind. Der Frauentag ist ein Tag der Agitation, der Organisierung und gleichzeitig auch ein Tag der Demonstration, der den breitesten Massen zeigt, daß in Deutschland die Sozialdemokratie bis heute immer noch die einzige große Partei ist, die sich nicht bloß mit den Lippen widerwillig zu einem bißchen mehr Gleichberechtigung für das weibliche Geschlecht bekennt, wie es die Fortschrittliche Volkspartei tut, sondern die in Theorie und Praxis voll auf dem Boden der Gleichberechtigung beider Geschlechter steht. Beweisen Sie das, indem Sie der Anregung der Genossin Zietz zustimmen. (Beifall.)

Vorsitzender **Bock**: Es ist folgender Antrag von Helene Grünberg eingegangen:

„Unterzeichnete beantragt, daß der Parteitag im Prinzip der Abhaltung des Frauentages im Jahre 1914 zustimmt, die praktische Durchführung aber dem Parteivorstand und Parteiausschuß überläßt."

Der Antrag wird ausreichend unterstützt.

Arendsee-Lichtenberg: Es ist von Genossin Zetkin schon auf die Zunahme der weiblichen Mitglieder hingewiesen worden, die zum großen Teil überhaupt die Zunahme unserer Partei in diesem Geschäftsjahre bewirkt hat. Der Parteiausschuß hat nun den Frauentag mit der Begründung abgelehnt, daß durch die wiederholte Abhaltung seine Wirksamkeit abgeschwächt würde. Das ist ein ganz verkehrter Standpunkt. Die Forderung des Frauenwahlrechts kann dadurch nur wirksamer vertreten werden, wenn wir öfter einen Frauentag abhalten. Wir haben wirklich alle Ursache, daß wir in dieser Richtung nicht

dämpfen und zurückhalten, sondern daß wir alles tun, um den Frauentag zu fördern, damit wir vorwärtskommen. Was ist denn eigentlich der Frauentag? Er ist die Forderung des Frauenwahlrechts. Sie soll an diesem Tage erhoben werden. Sie kann nur gewinnen, wenn sie recht oft erhoben wird. Denn die Zunahme unsere weiblichen Mitglieder ist nur begründet in der Zunahme der weiblichen Erwerbsarbeit. Nehmen Sie jegliche Gelegenheit wahr, die die Frauenfrage erfordert, nehmen Sie also unseren Antrag an. (Bravo!)

Roßmann-Ulm: Ich bin nicht dafür, daß für irgendwelche Gruppen in unserer Partei Extrawürste gebraten werden, am wenigsten für das weibliche Geschlecht, das ja sehr leicht geneigt ist, gleich die ganze Hand zu nehmen, wenn man den kleinen Finger bietet. (Heiterkeit und Widerspruch.) Ich verurteile alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, innerhalb unserer Organisation eine Sonderorganisation der Genossinnen zu schaffen. Ich kann mich trotzdem des Eindrucks nicht erwehren, daß der Beschluß des Parteiausschusses von einer ziemlich weitgehenden Engherzigkeit Zeugnis ablegt. Die Abhaltung eines Frauentages weckt keinerlei Befürchtungen in der von mir erwähnten Richtung. Vergessen Sie nicht, daß der Beschluß, einen Frauentag abzuhalten, die Organisation bis zu einem gewissen Grade verpflichtet, der Frauenbewegung unausgesetzte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Man soll sich auch nicht nur auf große Orte beschränken. Ich kenne eine ganze Reihe von kleinen Orten, in denen man mit der Abhaltung von Frauenversammlungen die größten Erfolge erzielt hat. Man sollte diesen Orten aber auch die nötigen Referentinnen zur Verfügung stellen. Ich habe mich an eine sehr bekannte württembergische Genossin gewendet, sie möchte in einem kleinen Orte eine Agitationsversammlung abhalten, die Genossin hat es aber nicht einmal für nötig gehalten, mir zu antworten. (Hört! hört!) Dann möchte ich warnen, daß bei der Abhaltung des Frauentages schablonisiert wird, daß eine gleichlautende Tagesordnung aufgestellt wird. Jede Schablone ist der Tod einer wirksamen Agitation. Den Antrag 104 halte ich in der vorliegenden Fassung nicht für übermäßig glücklich. Wenn wir einen Frauentag im Prinzip beschließen wollen, dann genügt es vollständig, wenn wir den ersten Satz oder aber den Antrag Grünberg annehmen. Die übrigen Sätze sind überflüssig und erwecken nur den Eindruck, als wollten wir die ausländischen Genossen in einer uns nicht zukommenden Weise beeinflussen. Einen solchen Eindruck müssen wir aber unter allen Umständen vermeiden. Im übrigen bitte ich Sie der Abhaltung eines Frauentages für das Jahr 1914 Ihre Zustimmung zu geben.

Adolf Hoffmann-Berlin: Nach den Ausführungen von Frau Zietz und Frau Zetkin, die in treffenden und begeisterten Worten für die Sache der Frauen eingetreten sind, habe ich nicht nötig, dazu noch etwas zu sagen. Ich will nur auf einen Mißstand aufmerksam machen, der uns schwer schädigt, weil er viele Frauen, die wir sonst gewinnen könnten, zurückhält. Sie werden es vielleicht als kleinlich empfinden, wenn ich hier darauf hinweise. Aber wenn der Anteil der Frauen an dem Wachstum der Partei den Löwenanteil bildet, so wäre dieser Anteil doch weit bedeutender, wenn die Männer etwas mehr Rücksicht auf die Frauen nehmen würden. Bei den Zahlabenden und sonstigen Zusammenkünften wären sie in viel größerer Zahl anwesend, wenn sie nicht mittels des Rauchens geradezu herausgeräuchert würden. (Lachen.) Regen Sie sich doch nicht auf, Genossen, Sie bringen es ja nicht einmal fertig, trotz der vielen Aufforderungen, hier auf dem Parteitage das Rauchen zu lassen. (Sehr richtig!) Hier hat man noch die Ausrede, daß man den ganzen Tag im Saale sitzt, aber die Zahlabende und die Zusammenkünfte dauern doch nur einige Stunden. Da könnte man das Rauchen wirklich lassen. Ich würde es auch für einen großen Vorteil halten, wenn auch in den öffentlichen Versammlungen

das Rauchen nicht erst dann verboten würde, wenn der Saal voll Dampf ist, sondern wenn überhaupt von vornherein nicht geraucht würde. (Sehr richtig!) Wir hätten unsere Redner länger. Den Frauen bleibt der Tabakduft tagelang in den Haaren und Kleidern sitzen. (Zustimmung und Lachen.) Fragen Sie doch Ihre eigenen Frauen. Ein ganz Teil von Indifferenten kommt deshalb in unsere Zahlabende und Versammlungen einmal und nicht wieder. In Berlin habe ich es erlebt, daß in städtischen Deputationen, in die es uns gelungen ist Frauen hineinzubringen, die Gegner aus Bosheit rauchten, um mittels starken Rauchens die Frauen hinauszuräuchern. Das ist ja nicht gelungen, weil wir da überzeugte Genossinnen hineinschicken, aber bei den Indifferenten, die das erstemal in unsere Zahlabende oder Versammlungen kommen, ist das durch das gedankenlose Rauchen leichter. Im Interesse der Sache sollte man wirklich darauf Rücksicht nehmen. Wir würden viel mehr Frauen in unsere Versammlungen bekommen, wenn die Männer sich nach dieser Anregung richten würden. (Sehr wahr!)

Helene Grünberg: Wenn der Parteiausschuß beschlossen hat, daß ein Frauentag im kommenden Jahre nicht stattfinden soll, dann weiß ich nicht, welche Gründe dazu geführt haben. (Zuruf: Das stimmt ja nicht!) Ich habe das jedenfalls hier auf dem Parteitag gehört. (Zuruf: In diesem Jahre!) Nun ja, 1914, es handelt sich doch um den kommenden Frauentag. (Zuruf: Im Ausschuß handelte es sich um 1913.) Wir haben in Nürnberg keine Veranlassung, mit dem Frauentag 1913 unzufrieden zu sein. Der Frauentag hat bei uns zum dritten Male stattgefunden, das erstemal fand die Versammlung am Sonntagvormittag in einem Saale statt, der 2500 Personen faßt. Der Saal war gestopft voll Frauen, im zweiten Jahr fand die Versammlung wieder am Sonntagvormittag statt, da hatte der Besuch etwas nachgelassen. Im dritten Jahre haben wir beantragt, es sollten 10 Versammlungen stattfinden, und zwar am Montagabend. Die Parteigenossen waren zum Teil dagegen. Der Vorsitzende meinte: Na laßt doch, laßt sie sich doch blamieren, so gut sie können. Genossen, wir haben uns nicht blamiert, sondern die 10 Versammlungen am Montag waren alle überfüllt. Die Arbeiterinnen waren demonstrativ erschienen. Wie in Nürnberg war es auch in anderen Städten und auch in kleinen Orten haben die Frauentage Erfolge zu verzeichnen gehabt. Darum möchte ich Sie doch ersuchen, dafür einzutreten, daß 1914 wieder ein Frauentag abgehalten wird und meinem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt

Klara Zetkin: Genosse Roßmann hat mitgeteilt, daß eine württembergische Parteiagitatorin auf das Ersuchen, in einem kleinen Orte zum Frauentage zu sprechen, bis heute nicht geantwortet hätte. Da ich die Betreffende bin, stelle ich hier fest, daß der hier anwesende Vorsitzende des Kreisvorstandes, der in Betracht kommt, bestätigen kann, daß ich umgehend geantwortet habe, ich wäre an dem Tage nicht frei, daß ich jedoch jederzeit später einmal bereit sei, in dem Ort zu sprechen. Dies zur Steuer der Wahrheit.

Roßmann: Die betreffenden Genossen hatten sich an mich persönlich gewandt, weil der Kreisvorsitzende verreist war, an einer Verbandstagung teilnahm. Ich habe persönlich an die Genossin Zetkin geschrieben, sie hat mir persönlich nicht geantwortet. Von der Antwort an den Kreisvorsitzenden ist mir heute die erste Mitteilung zugegangen. Genossin Zetkin hätte korrekter gehandelt, wenn sie an mich persönlich geschrieben hätte. (Unruhe.) Ich halte aber trotzdem meinen Vorwurf nicht aufrecht.

Antrag 104 wird zurückgezogen. Antrag Grünberg wird angenommen. Damit ist der Antrag Auer erledigt.

Vorsitzender **Bock** verliest dann folgende Erklärung des Genossen Bauer:

Den in einem Telegramm aus Hamburg gegen mich erhobenen Vorwurf, daß ich über die Vorgänge auf der letzten außerordentlichen Generalversammlung der Metallarbeiter „wissentlich unwahre Ausführungen" gemacht habe, muß ich entschieden zurückweisen. Ich habe erklärt, daß die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes nahezu einstimmig die Maßnahmen des Vorstandes gutgeheißen habe. Dabei kommt nicht in Frage die Abstimmung darüber, ob der Streik an sich genehmigt werden sollte, sondern die Resolution Buhse, die ausdrücklich die Maßnahmen des Verbandsvorstandes billigt und die Streikenden auffordert, zur Arbeit zurückzukehren. Diese Resolution ist gegen etwa ein Dutzend Stimmen angenommen worden.

Darauf vertagt der Parteitag die Verhandlungen auf Donnerstag. Schluß 6 Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 18. September 1913. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Bock** eröffnet die Verhandlungen um 9 Uhr. Zur Verhandlung kommt Punkt 4 der Tagesordnung:

Arbeitslosenfürsorge.

Die dazu vorliegenden Anträge 6, 26, 102 und 106 werden zurückgezogen. Es stehen zur Debatte die Anträge 105 und 108. Berichterstatter

Timm-München: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Wenn der diesjährige Parteitag zu der Frage der Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenfürsorge erneut Stellung nimmt, so deshalb, weil der Umfang der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit das Schlimmste für den kommenden Winter befürchten läßt. Für uns handelt es sich nicht mehr darum, uns erst über die Frage und ihre Lösung klar zu werden. Unsere sozialpolitische Pflicht ist es vielmehr, von dieser Stelle aus die Oeffentlichkeit und die herrschenden Gewalten auf die zunehmende Not hinzuweisen und Abhilfe von ihnen zu fordern.

Das soll einleitend unseren sozialpolitischen Gegnern gegenüber hervorgehoben werden, die, wie besonders das Zentrum, uns anzurempeln versuchen, weil wir wieder diese bedeutsame sozialpolitische Angelegenheit auf unserem Parteitag verhandeln. Das führende Organ der Zentrumspartei in Bayern, die „Augsburger Postzeitung", schreibt von einer Verfahrenheit der Sozialdemokratie in dieser Frage. Gerade das Zentrum, das bisher in dieser wichtigen Frage vollständig versagt hat, hat es nötig, solche Vorwürfe gegen uns zu erheben! (Sehr richtig!)

Die Sozialdemokratie ist sich theoretisch und praktisch völlig klar über das Problem der Arbeitslosigkeit und seine Lösung. Die Sozialdemokratie vertritt die Auffassung, daß die wirtschaftlichen Krisen untrennbar mit der kapitalistischen regellosen Produktionsweise verbunden sind. Die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums und der Produktionsmittel in Gesellschaftseigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird auch die Ursache des Elends der Arbeitslosigkeit beseitigen. Die Arbeitslosigkeit als das notwendige Produkt der kapitalistischen Gesellschaft wird endgültig erst mit der Umwandlung dieser Gesellschaft in die sozialistische verschwinden.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die gegenwärtig im Anzug befindliche Wirtschaftskrise diesmal eine ungewöhnlich große Ausdehnung annehmen wird.

Ueber die Ursachen der niedergehenden Konjunktur sind wir uns gleichfalls klar. Die Ueberproduktion der vorhergegangenen Jahre, der Balkankrieg und andere wirtschaftliche Erschütterungen haben die Arbeitslosigkeit erzeugt. Wie die angrenzenden Länder des Balkans darunter zu leiden haben, hat uns in bewegten Worten der Genosse Buchinger-Budapest bereits geschildert. Durch die Presse geht eine Notiz, wonach in Budapest zurzeit nicht weniger als 60 000 Arbeitslose vorhanden sind, während die Zahl der Arbeitslosen in ganz Ungarn auf 200 000 angegeben wird. Die Massenabwanderung der Arbeitslosen aus Oesterreich-Ungarn in die angrenzenden Länder trägt wesentlich auch zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit in Deutschland bei. Das führende Organ des Zentrums, die „Kölnische Volkszeitung", hebt hervor, daß zurzeit zirka eine Million ausländischer Arbeiter in Deutschland beschäftigt sind. Wir wissen ja, daß der Kapitalismus überall die billigen und in Not befindlichen Arbeiter heranzieht, um die einheimische Arbeit zu drücken. Dazu kommt, daß einzelne Industrien, so das Baugewerbe, vollständig darniederliegen. Besonders in den deutschen Großstädten ist wohl selten eine solche Wirtschaftskrise im Baugewerbe vorhanden gewesen wie gegenwärtig. Das hängt mit dem Tiefstand des Baukredits, mit den wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen zusammen.

Wenn ich Ihnen ein kurzes Elendsbild über die Arbeitslosigkeit in München gebe, so ist hervorzuheben, daß die Verhältnisse im Baugewerbe dort zurzeit geradezu trostlos sind. Eine Arbeitslosenzählung, die wir vom 1. bis 15. Juli veranstaltet haben, hatte das Ergebnis, daß von den 70 000 Mitgliedern der freien Gewerkschaften 6034, gleich 8,5 Proz., arbeitslos waren, davon 1624 bereits über 6 Wochen. (Hört! hört!) Von den gesamten Arbeitslosen entfällt wiederum die Hälfte, zirka 3000, auf das Baugewerbe und davon ist eine große Anzahl bereits seit dem 1. Oktober 1912 arbeitslos, ohne daß es ihnen mit der größten Anstrengung gelungen ist, nur irgendwie Arbeit zu erhalten. Die trostlosen Verhältnisse im Münchener Baugewerbe drücken sich übrigens auch aus in dem Mitgliederstand der größten Münchener Kasse, der Münchener Ortskrankenkasse. Verzeichnete das Baugewerbe Anfang Juli 1911 noch einen Mitgliederstand von 25 226, so ging er in der gleichen Zeit 1912 auf 20 352 zurück und erreichte Anfang Juli 1913 einen Tiefstand von 15 065. (Hört! hört!) Also im Baugewerbe ging die Mitgliederzahl der Ortskrankenkasse München in zwei Jahren um 10 161 zurück. (Hört! hört!) Trotzdem der Bauarbeiterverband, der bekanntlich die Arbeitslosenunterstützung noch nicht eingeführt hat, seinen in München arbeitslosen Mitgliedern aus lokalen Mitteln eine Unterstützung von 31 284 Mk. seit dem 1. Dezember 1912 gewährte, war dies nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die Stadt München gewährte den Arbeitslosen in der Zeit vom 20. Januar bis 15. März 1913 eine Unterstützung im Betrage von zirka 90 000 Mk. Allein auch diese Summe erwies sich gegenüber dem Massenelend als viel zu gering.

Das Arbeitslosenelend in München wird auch beleuchtet durch einen Bericht, den der Rechtsrat Grieser vor dem Armenpflegschaftsrat in München erstattete. Danach stieg die Zahl der dauernd unterstützten Erwachsenen in den letzten 10 Jahren halbjährlich um 65, im Jahre 1913 bis 1. Juli aber um mehr als 100. Die Zahl der Empfänger von Erziehungsbeiträgen war früher halbjährlich 89, im Jahre 1913 bis 1. Juli mehr als 300. Schon jetzt erreicht die Zahl der Kinder in fremden Familien beinahe die Höhe des ganzen Jahres 1912. Aus allgemeinen Mitteln wurden im ersten Halbjahr 1912 vorübergehend 3530 Personen, im gleichen Abschnitt dieses Jahres aber 5447 Personen unterstützt. Bis Juli d. J. gab die Armenpflege 260 000, in der gleichen Zeit des vorigen Jahres 198 000 Anweisungen auf die Mittagskost der städtischen Suppenanstalten aus. Gegen das erste Halbjahr 1912 wuchs die dauernde Geldunterstützung für Erwachsene um 35 000 Mk., für Kinder im Elternhause um 16 000 und für vorübergehende Geldunterstützung um fast 23 000 Mk. So ungünstig waren noch in keinem Jahre die Abrechnungen. Rechtsrat Grieser, der politisch dem Zentrum angehört, wirft in der Besprechung dieser Zustände in einer bürgerlichen Zeitung die Frage auf: Was bedeuten diese Zahlen? und er beantwortet diese Frage dahin: „Die Steigerung der Armenziffer ist niedrig im Verhältnis zur gesamten Bevölkerung und die Mehrung der Armenlasten mäßig im Verhältnis zum Gesamteinkommen der Stadt. Auf der Schattenseite liegen aber die Not, das Elend und die Entartung, die in jenen Zahlen nach Ausdruck ringen. Wieviel Hunger und Entbehrung ging der Armenunterstützung voraus, wieviel Kummer und Verzweiflung starrt der Zukunft entgegen. Das läßt sich nur ahnen, nicht zählen."

Rechtsrat Grieser ist nun einer der wenigen Zentrumsmänner, die nicht bloß schöne Sprüche für die Arbeitslosen haben, sondern ehrlich helfen wollen. Er erklärt: „Wer ohne sein Verschulden arbeitslos ist, verdient eine wirtschaftlich und sozial höherstehende Hilfe, als das karge Brot der Armenpflege darstellt, zumal der Genuß die öffentlich-rechtliche Stellung beeinträchtigt. Die Kosten für die Erhaltung der Arbeitslosen gehören zu den „faux frais" der Wirtschaftsordnung. Ueber die Art der Einführung sind die Anhänger der Arbeitslosenversicherung noch nicht einig, die Lösung der Frage im großen Stil darf aber nicht mehr verschoben werden. Die Armenpflege kann nicht länger bluten wegen der Wunden, die der Arbeitsmangel der Volkswirtschaft schlägt."

Diese Worte eines Zentrumsmannes wollen wir uns im Kampfe um die Arbeitslosenversicherung im großen Stile, wie wir sie wollen und erstreben, merken. Ich besorge, ehe wir zum Ziele gelangen, werden wir diese Worte den politischen Freunden des Rechtsrats Grieser sehr oft in die Ohren rufen müssen. (Sehr richtig!)

Wenn ich das Münchener Arbeitslosenelend in kurzen Ausführungen beleuchtet habe, so ist das selbstverständlich nur ein Beispiel; nicht minder wie in München besteht das Arbeitslosenelend gegenwärtig in allen deutschen Großstädten. (Sehr wahr!) So wird in Nürnberg in vielen Betrieben seit Monaten mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Selbst die Siemens-Schuckert-Werke haben seit langem keinen so schlechten Geschäftsgang gehabt wie zurzeit. Die Zahl der Arbeitslosen in Nürnberg wird gegenwärtig bereits auf über 6000 geschätzt, soweit die Gewerkschaften in Betracht kommen. Aehnlich bedenklich wie in München und Nürnberg steht es in Berlin, Frankfurt a. M., Breslau usw.

Bei dem paritätischen Arbeitsnachweis der Berliner Holzindustrie waren Anfang August 5000 Arbeitsuchende vorgemerkt, 1500 mehr als in der schlimmsten Zeit des Jahres 1908. In 10 Krankenkassen für die Holzarbeiter in Berlin und Neukölln waren im Juni 1913 39 137 Versicherte gegen 43 141 im Juni 1912. Wenn wir die Lage des deutschen Arbeitsmarktes verfolgen, so deutet sie auf eine schnelle Entwickelung der Wirtschaftskrise hin. Während im Januar 1913 die Andrangziffer an den berichtenden Arbeitsnachweisen um 21 Punkte geringer war als 1912, steht sie im Mai 1913 bereits um 10 Punkte höher als im Vorjahre. Auf 100 offene Stellen kamen im Juni 127 Arbeitsuchende gegen 118 und 110 in den beiden Vorjahren. Im Juli 1913 stieg die Ziffer bereits auf 135,7. Die Ziffern des Eisenbahngüterverkehrs weisen gleichfalls auf eine allgemeine Stockung hin. Nehmen wir dazu die Ziffern

der Krankenkassen und die Berichte der Industriellen, so deutet alles auf eine hereinbrechende große Wirtschaftskrise hin. Eine Wirtschaftskrise, wie wir sie außer im Baugewerbe auch in der Textilindustrie, in der Metallindustrie und in anderen Branchen schon drohend sich nahen sehen. Dem Proletariat steht Schlimmes bevor und das Elend wird um so drückender werden, als die Arbeitslosigkeit in eine Zeit der außerordentlichen Teuerung aller Lebensmittel, der Mieten und aller Gebrauchsgegenstände der Arbeiter fällt. (Sehr richtig!) Als die berufenen Vertreter der Interessen der gesamten deutschen Arbeiterschaft fordern wir daher von dieser Stelle erneut von den herrschenden Gewalten wirksame Hilfe gegen das Massenelend der Arbeitslosigkeit. (Beifall.)

Worin soll diese Hilfe bestehen? Wir Sozialdemokraten fordern zunächst Arbeit, wir verlangen die Vergebung aller Arbeiten, soweit das bis jetzt noch nicht geschehen ist, und wir verlangen, daß alle dazu berufenen Stellen diejenigen Arbeiten vorbereiten, die sich irgendwie nur vorbereiten lassen, um die Arbeitslosen mit Arbeit zu versehen. Wir verlangen keine Notstandsarbeiten in dem Sinne, daß die öffentlichen Gewalten das Recht haben sollen, billigere Löhne zu zahlen und Lohndrückerei zu treiben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen nicht den Teufel Arbeitslosigkeit durch den Beelzebub Lohndrückerei ausgetrieben wissen. (Sehr gut!) Wir verlangen, daß bei den zu vergebenden Arbeiten die Arbeiter nicht unter den tariflich festgesetzten Löhnen, in Orten oder Gewerben, wo Tarife nicht bestehen, nicht unter den üblichen Berufslöhnen entlohnt werden. (Sehr richtig!) Es muß das gegenüber jenen bürgerlichen Vertretern hervorgehoben werden, die meinen, daß die Zeit der Arbeitslosigkeit dazu da ist, die Löhne außerordentlich zu drücken und die Arbeitslosen, wenn ihnen Arbeit gewährt wird, mit geringen Löhnen abzufertigen. Auf diesem Standpunkt stehen wir nicht und wir können ihn deshalb nicht vertreten, weil das ja wiederum zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit und zur Herabdrückung der sozialen Lage des deutschen Proletariats führen würde.

Die Beschaffung von Arbeit so weitgehend wie nur möglich ist selbstverständlich nicht imstande, alle Arbeitslosen unterzubringen. Hier muß eine öffentlich-rechtliche, auf breiter Basis aufgebaute Arbeitslosenunterstützung sozial ausgleichend das Uebel einzudämmen versuchen. Bisher hat man die Arbeitslosenversicherung fast ausschließlich der Selbsthilfe der Arbeiter überlassen und bisher waren es besonders die freien Organisationen der deutschen Arbeiter, die Bedeutendes auf diesem Gebiete geleistet haben. Es muß auch von dieser Stelle wieder hervorgehoben werden, daß seit dem Jahre 1891 die deutschen freien Gewerkschaften für ihre arbeitslosen Mitglieder 68 Millionen Mark an Unterstützungen aufgewendet haben. (Hört! hört!) Allein im Jahre 1912 erreichte die Arbeitslosenunterstützung der deutschen freien Gewerkschaften die Höhe von 8 920 342 Mk. Aber auch das muß hervorgehoben werden, daß gegenüber einer solchen wirtschaftlichen Krise, wie es die gegenwärtige ist, die Hilfe der deutschen Gewerkschaften allein versagt. Die Gewerkschaften, die so Außerordentliches geleistet haben, können verlangen, daß endlich das Reich, die Einzelstaaten und die Gemeinden ihre Pflicht den Arbeitslosen gegenüber tun. (Sehr richtig!) Die Gewerkschaften sind außerstande, die Opfer der heutigen regellosen Wirtschaftsordnung allein zu tragen. Wir verlangen deshalb eine öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung im Zusammenwirken mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter.

Hier zeigt sich aber so recht deutlich der Tiefstand unserer deutschen Sozialgesetzgebung. Wir haben zwar eine Fürsorge für Kranke, Unfallverletzte, Invalide, aber die Opfer der Arbeitslosigkeit sind sich bisher selbst überlassen.

Und doch war es kein geringerer als Bismarck, der 1884 im Reichstage ausführte: „Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gesund ist.“ Das war damals, als die soziale Gesetzgebung zur Eindämmung der Sozialdemokratie dienen sollte. Als Eugen Richter Bismarck mit der Bemerkung gegenübertrat, diese Sozialreform sei eine Einmischung in das freie Spiel der Kräfte, da erwiderte Bismarck: „Dem Staat kommt es zu, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die ihren Unterhalt nicht selbst verdienen können.“ (Hört! hört!) Wie weit sind wir heute noch von der Durchführung dieser Idee entfernt! Die leitenden Personen ergehen sich darin, fortgesetzt alle möglichen Schwierigkeiten gegenüber unseren Forderungen vorzuschützen.

Der Vertreter der deutschen Regierung auf der kürzlich in Genf abgehaltenen Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Dr. Zacher vom Kaiserl. Statistischen Amt, machte dort eingehende Vorschläge zur Arbeitslosenversicherung. Er meinte, das Problem könne nur durch eine nationale Zwangsversicherung nach beruflicher Gliederung gelöst werden. Zu gleicher Zeit aber verkündete die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, daß die bisherigen Versuche, die Arbeitslosen vor der äußersten Not zu schützen, mehr oder weniger versagt haben. Gemeinden und sonstige Verbände bemühten sich schon jahrelang um die Lösung dieser Versicherungsfrage, sie hätten aber vorwiegend nur Mißerfolge erzielt.

Wo immer es gilt, den kapitalistischen Profit zu wahren, da tritt die Raubtiernatur des Kapitalismus kraß in die Erscheinung. Das Scharfmachertum will sich die Arbeitslosen als willige Lohnsklaven sichern. Die kapitalistische Presse schreibt deshalb von einem übertriebenen Arbeitslosengeschrei, von einer Vermehrung der Simulanten, Arbeitslosenfürsorge sei ein heller Wahnwitz. (Hört! hört!) Die Arbeitslosigkeit ist immer die Zuchtrute gewesen, um die Arbeiter willfährig und hörig dem Unternehmertum gegenüber zu machen. Das Unternehmertum will nicht, daß die ungeheuren Gewinne, die es mühelos einheimst, irgendwie geschmälert werden. Das Scharfmachertum der deutschen Industrie hat sich mit den Agrariern verbunden, um den deutschen Arbeitern aufs neue die Lebensmittel unerhört zu verteuern. (Hört! hört!) Das Scharfmachertum weiß ganz genau, daß, um nur einen mäßigen Ausgleich zu finden, die Arbeiter sich rühren müssen, und um die Arbeiter vollständig in die Hand zu bekommen, ertönt der Ruf nach Zuchthausgesetzen. (Hört! hört!) Eine sachliche Notwendigkeit hierfür liegt nicht vor, im Gegenteil, wir müssen verlangen, daß die jetzt noch bestehenden Klassensonderrechte gegen die Arbeiter endlich beseitigt werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Unternehmer aber wollen ein Zuchthausgesetz haben, damit die Arbeiter gehemmt werden. Sie wehren sich gegen die Unterstützung der Arbeitslosen, weil sie willige und billige Lohnsklaven haben wollen. (Sehr richtig!) Und die Vertreter des heutigen Klassenstaates erklären dann: Die Ziele des Zentralverbandes werden stets mit Tatkraft durchgeführt werden. Wir Sozialdemokraten wissen es — für uns bedeuten diese Worte nichts neues —, daß die ganze bisherige Gesetzgebung darauf zugeschnitten ist, in erster Linie die Interessen der Industriellen und des Agrariertums in Deutschland zu wahren. Wir wissen deshalb auch, daß wir in der Frage der Erreichung einer ausreichenden Arbeitslosenversicherung noch einen ungeheuren Kampf in Deutschland auszufechten haben.

Wo die industriellen Scharfmacher sich rühren, da dürfen selbstverständlich die Agrarier nicht fehlen, und sie spotten in ihren Zeitungen über des Proletariers Recht auf Arbeit, das mit ihm geboren sei. Sie sprechen von Arbeitsscheue der Großstadt, die „Deutsche Tageszeitung“ regt an, den Rücklauf

arbeitswilliger Arbeitsloser auf das Land zu organisieren. Wie steht es damit in der Praxis? Gegenwärtig, wo in ganz Bayern die große Arbeitslosigkeit vorhanden ist, mußte die bürgerliche Presse Notizen bringen, daß auch die Landwirtschaft keine Arbeitslosen mehr aufnehmen könne. Man hat darauf hinweisen müssen, daß auch in der Landwirtschaft bereits in diesem Sommer ein Ueberangebot von Arbeitskräften war. Und wie liegt es denn übrigens mit der Arbeitslosigkeit im Winter, soweit die Landwirtschaft in Frage kommt? Die Landwirtschaft kann einen größeren Zustrom von Arbeitskräften nur in den wenigen Sommermonaten aufnehmen. Im Winter ist auch in der Landwirtschaft eine große Arbeitslosigkeit vorhanden. Die Landwirtschaft braucht im Winter keine Kräfte.

Die Berufszählung vom 14. Juni 1895 und die Volkszählung vom 2. Dezember 1895 versuchten zum erstenmal den Umfang der Arbeitslosigkeit im Deutschen Reiche festzustellen. Die amtliche Statistik scheidet dabei die Arbeitslosigkeit nach den einzelnen Berufsgruppen. Wir finden dabei, daß die Landwirtschaft bereits am 14. Juni einen Arbeitslosenstand von 0,66 Proz. hatte. Am 2. Dezember waren in der Landwirtschaft sogar 3,62 Proz. Arbeitslose vorhanden, ein Arbeitslosenstand, der höher war, als beispielsweise im Verkehrsgewerbe, im Versicherungsgewerbe, in der Papierindustrie, in der Textilindustrie, in der chemischen Industrie, in der Metallverarbeitung und im Bergbau und Hüttenwesen. (Hört! hört!) Das Geschrei der Agrarier von der Landflucht der Arbeiter ist daher mit der nötigen Vorsicht aufzunehmen. Wenn sich die Agrarier gegen die Arbeitslosenversicherung wenden, so aus dem Grunde wie die Industriellen, um sich billige und willige Arbeitskräfte auf dem Lande zu erhalten. Die Großgrundbesitzer und die Großbauern beschränken stets die Zahl der ständig Beschäftigten. Sie brauchen Saisonarbeiter, die sie im Winter fortschicken können. Durch diese Arbeiter, die vom Lande zuströmen, wird selbstverständlich das Heer der Arbeitslosen in den Städten vermehrt. Die Arbeitslosenversicherung wird sogar eindämmend auf den Zuzug wirken. Sie wird das Gegenteil von dem erreichen, was die Agrarier als Grund gegen die Arbeitslosenversicherung immer hervorheben.

Allein für die Reichsregierung sind bekanntlich die Gründe der industriellen und der agrarischen Scharfmacher ausschlaggebend. Die Regierung drückt sich um die Lösung der Arbeitslosenfürsorge herum. Das geht klar noch aus den Ausführungen hervor, die der Staatssekretär Delbrück am 29. Februar 1912 bei der Etatsberatung im Reichstag machte. Er wies es zurück, daß das Reich die Aufgabe habe, die Arbeitslosenversicherung einzuführen und vorzubereiten, natürlich mit den üblichen Gründen. Es fehle die erforderliche Grundlage; ehe die Kommunen die Dinge nicht weiter gefördert haben, sei das Reich völlig außerstande, der Frage im Wege eines Reichsgesetzes irgendwie näher zu treten. — Das gleiche Gaukelspiel erhebt sich in den Einzellandtagen und in den Gemeinden. Jede Körperschaft will die Lösung der Frage auf die andere schieben. Wir Sozialdemokraten können keinen dieser Einwände gelten lassen. Wir erheben die klare Forderung, daß gleichzeitig und sofort sowohl das Reich wie die Einzelstaaten und die Gemeinden einen organischen Angriff auf das Massenelend der Arbeitslosigkeit unternehmen müssen. (Beifall.)

Während bei uns in Deutschland von den herrschenden Gewalten über den Instanzenzug gestritten wird, hat uns das Ausland in dieser wichtigen Frage bereits bedeutend überholt. Am vollständigsten ist die Frage zweifellos in dem kleinen Dänemark und in England — um nur diese beiden Länder zu nennen — zu lösen versucht worden. Nach dem Gesetz von 1907 müssen in Dänemark Arbeitslosenkassen, wenn sie gewisse Bedingungen erfüllen, vom

Staate, und sie können von den Gemeinden unterstützt werden. Die Gemeindebeiträge dürfen nicht ein Drittel des Betrags der Mitgliederbeiträge übersteigen. Die Staatsunterstützung beträgt die Hälfte des Gesamtbetrages der Mitglieder- und Gemeindebeiträge. Obwohl Dänemark nur halb soviel Einwohner hat wie Bayern, zahlte der Staat 1910/11 766 834 Mk., die Gemeinden 349 948 Mk. an Arbeitslosenunterstützung aus. Von den erwachsenen männlichen Industriearbeitern sind gegenwärtig 59 Proz., von den weiblichen 21 Proz. in Dänemark gegen Arbeitslosigkeit versichert. Der Erfolg war nur möglich durch die starke Entwickelung der Arbeiterorganisationen in Dänemark. Die Mitglieder der Gewerkschaften sind den Arbeitslosen-Versicherungskassen, die sie beherrschen, beigetreten.

In wahrhaft großzügiger Weise, das sage nicht ich, sondern das sagt ein Mitglied der ersten Kammer des bayerischen Landtags, der Professor Ritter v. Schanz, hat England die Frage der Arbeitslosenversicherung gelöst. In England wurde 1911 eine Zwangsversicherung gegen die Arbeitslosigkeit geschaffen, die im Juli 1912 in Kraft trat. Sie umfaßt 2½ Millionen Personen, hauptsächlich Bau- und Maschinenarbeiter. Der Versicherte und sein Arbeitgeber zahlen wöchentlich je 20 Pf. Beitrag, der Staat 15 Pf., aber auch mehr, wenn die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung hoch sind. Die Unterstützung beträgt 6—7 Mk. pro Woche auf die Längstdauer von 15 Wochen im Jahre. Die Gewerkschaften verwalten die Versicherung für ihre Mitglieder. In der Zeit vom Januar bis Juni 1913 wurden 559 000 Arbeitslosenansprüche erhoben und dafür 4,7 Millionen Mk. Unterstützungen ausgezahlt. Die Einnahmen aus den Beiträgen der Arbeiter und Unternehmer betrugen 18 Millionen Mark. Das Beispiel Englands zeigt, wie der Gedanke der Zwangsversicherung sich vorzüglich mit dem gewerkschaftlichen Prinzip der Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherungs-Körperschaften verträgt.

Deutschland ist bisher nicht bloß im Reiche, sondern auch in den Einzelstaaten unfruchtbar auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge gewesen. Die Verantwortung hierfür tragen die bürgerlichen Parteien, besonders das Zentrum, das sich stets rühmt, die Sozialpolitik in Deutschland vorbereitet zu haben. Unsere Betrachtungen wären unvollständig, wenn nicht die Haltung des Zentrums in dieser Frage beleuchtet würde. Im Reichstage war es der Zentrumsabgeordnete Pieper, der 1909 bei der Besprechung der Arbeitslosenversicherung hervorhob, die Frage sei noch nicht geklärt. Das Reich könne ohne genaue Grundlagen nicht an die Lösung solcher Fragen herantreten. Das war zu gleicher Zeit, wo das Zentrum die ungeheuerliche Reichsfinanzreform im Galopp und im Handumdrehen im Reichstag durchgebracht, wo das Zentrum mit den Konservativen zusammen die ungeheure Belastung der deutschen Arbeiterklasse durchgesetzt hat. Da gab es für das Zentrum keine Schwierigkeiten, obwohl keine Grundlagen vorhanden waren. Die Belastung der Arbeiter konnte im Handumdrehen gemacht werden. Als es sich aber darum handelte, eine Arbeitslosenversicherung zu schaffen, da erhob das Zentrum die üblichen Einwände von den fehlenden Unterlagen, der mangelnden Statistik und dergleichen mehr. Diese Schwierigkeiten wurden vorgeschoben, um nur nicht eine Arbeitslosenversicherung machen zu müssen. Wenn wir jetzt die Zentrumspresse lesen, dann wird gesagt: Ja, es fehlt uns ja in Deutschland die Hauptgrundlage, nämlich ein paritätisch geleiteter Arbeitsnachweis; wenn wir wenigstens den hätten, dann könnte man eher an die Regelung der Arbeitslosenversicherung herantreten. Wie war denn die Haltung des Zentrums, als es sich darum handelte, den paritätischen Arbeitsnachweis durch Reichsgesetz herbeizuführen. Bei der Beratung des Gesetzes über die gewerbsmäßige Stellenvermittlung, 1910, stellte die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag

den Antrag, daß jede Stellenvermittlung, die nicht einer paritätischen Verwaltung unterstellt sei, verboten werden solle. Die Wirkung dieses Antrages wäre gewesen, daß der Arbeitsnachweis im ganzen Reiche, auch in den Einzelstaaten, auf paritätischer Grundlage eingeführt worden wäre. Auch die Gewerkschaftsarbeitsnachweise hätten aufgegeben werden müssen, genau so wie die Unternehmerarbeitsnachweise. Der Antrag der Sozialdemokraten wollte also den Zustand herbeiführen, von dem das Zentrum jetzt behauptet, er sei notwendig, um die Arbeitslosenversicherung einzuführen. Wie war damals aber die Haltung des Zentrums? Das Zentrum hat damals geschlossen gegen den sozialdemokratischen Antrag gestimmt und es trägt die Verantwortung, wenn wir in Deutschland noch keinen einheitlichen Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage haben. (Sehr richtig!) Das Zentrum hat gar kein Recht, die Nichtlösung der Arbeitsnachweisfrage als Grund zur Nichteinführung einer Reichsarbeitslosenversicherung ins Feld zu führen. (Sehr richtig!)

Wie das Zentrum in den Einzelstaaten gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung wirkt, dafür muß ich Ihnen einige interessante Belege aus Bayern, dem klassischen Lande der Wirksamkeit des Zentrums, anführen. Die vom Zentrum angewendete jesuitische Taktik, um in Bayern die Einführung der Arbeitslosenversicherung zu verhindern, ist so verschlagen, daß sie öffentlich gebrandmarkt werden muß. Im Jahre 1908 hatten wir Sozialdemokraten wiederholt im bayerischen Landtag den Anstoß zu einem Vorgehen in der Arbeitslosenunterstützung durch den Staat gegeben. Das Ergebnis war schließlich ein Kommissionsantrag, in dem gefordert wurde, eine Arbeitslosenstatistik, eine Zentralisation der Arbeitsnachweise und bei den größten bayerischen Stadtgemeinden die Einführung einer Arbeitslosenversicherung anzuregen. Ein liberaler Redner verlangte damals überdies noch eine Denkschrift über den Umfang der Arbeitslosigkeit. Darauf erklärte der Zentrumsabgeordnete Graf von Pestalozza als Referent: „Es muß betont werden, wenn heute der deutsche Arbeiter in Not ist, hat er gar nichts von einer Denkschrift, und wenn sie noch so schön ist, sondern nur von klingender Münze." Im gleichen Jahre wurde dann eine Konferenz nach München einberufen. An dieser Konferenz nahmen Vertreter aller politischen Parteien des Landtages, der größten Städte, der Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern sowie Vertreter der Gewerkschaften teil. Die Konferenz, die zweimal tagte, nahm nach langen Verhandlungen schließlich am 2. April 1909 einen Antrag des Zentrumsabgeordneten Oswald, eines Arbeitervertreters, an, der in seinem ersten Teile verlangte, daß die Gemeinden veranlaßt werden sollen, an alle Körperschaften, welche ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung zahlen, einen Zuschuß zu leisten. In seinem zweiten Teil wollte der Antrag auch Unorganisierten eine Unterstützung von den Gemeinden in gleicher Höhe wie den Organisierten zugebilligt haben. Zu diesem Zweck sollten die Gemeinden eine Arbeitslosenversicherung einführen. Endlich verlangte der Antrag Oswald, daß der Staat den Städten 50 Proz. der für Arbeitslosenunterstützung aufgewandten Summe zurückerstatten solle. Im Jahre 1909 stellten wir Sozialdemokraten nun den Antrag, zu diesem Zweck 150 000 Mk. in den Etat von 1910/11 einzustellen. Als unser Antrag am 3. November 1909 zur Verhandlung kam, erklärte derselbe Zentrumsabgeordnete Oswald, der auf der Konferenz den Antrag auf Zurückerstattung von 50 Proz. an die Gemeinden gestellt hatte: „aber die Sache bezüglich der Unterstützungen an die Gemeinden hat doch einige Bedenken." (Hört! hört!) Das hatte er sich mittlerweile überlegt. Um die Erledigung unseres Antrages hinauszuschieben, wurde er einem Ausschuß überwiesen. Wir wandten uns dagegen. Indem wir nachzuweisen versuchten, die Sache sei geklärt, verlangten wir, der Staat müsse eingreifen. Aber der

Antrag des Zentrums wurde angenommen und dementsprechend unser Antrag auf Einstellung von 150 000 Mk. in den Etat einem Ausschuß überwiesen; später wurde dann im Plenum unser Antrag einstimmig vom Zentrum, mit Einschluß des Arbeitervertreters Oswald, abgelehnt. (Hört! hört!) Es wurde gesagt, eigentlich müßten die Gemeinden erst vorgehen, der Antrag sei verfrüht, der Staat könne nicht eingreifen, die Frage sei nicht genügend geklärt.

Wie nun die Haltung des Zentrums, d. h. der gleichen Personen, die im Landtag ein Vorgehen der Gemeinden wünschen, in den Gemeindevertretungen war, dafür folgendes lehrreiche Beispiel. In Regensburg beschäftigte man sich im Dezember 1910 im Gemeindekollegium mit einem Magistratsbeschluß, der dahin lautete, die Arbeitslosenversicherung vorerst abzulehnen. Diesem Magistratsbeschluß wurde einstimmig zugestimmt. — Unsere Genossen waren damals noch nicht in der Gemeindevertretung. Interessant sind die Ausführungen des Landtagsabgeordneten und Gemeindebevollmächtigten Held, die er in dieser Sitzung des Gemeindekollegiums machte. Nach dem „Regensburger Anzeiger", dessen Chefredakteur Herr Held ist, sagte er: „Meine Freunde und ich stehen auf dem Standpunkt, daß die Arbeitslosenunterstützung prinzipiell zu vertreten ist. Es handelt sich in erster Linie um die Frage: wer soll anfangen. Als die Sache im Landtag zur Sprache kam, stellte man sich auf den Standpunkt, daß nicht der Staat die Versicherung in Angriff nehmen sollte. Ich bin der Ansicht, daß dies die Gemeinden tun müssen und daß der Staat entsprechende Mittel zur Verfügung stellen soll. Wir sind nicht in der Lage, uns die Unterlagen für die Versicherung zu verschaffen. Bisher ist das Problem noch nicht geklärt. Die Hauptsache wird sein, in welchem Maße und in welcher Weise die Arbeiter zur Versicherung herangezogen werden sollen. Man kann uns keinen Vorwurf machen, wenn wir eine abwartende Stellung einnehmen." Das war der Zentrumsabgeordnete Held, der im Landtag die Auffassung vertrat, die Gemeinden müßten auf diesem Gebiete vorgehen und der sich innerhalb der Gemeinde, wo er wirkte, zu drücken suchte mit dem eigentümlichen Vorwand, die Frage sei noch nicht geklärt. Und so hat denn auch tatsächlich die zwiespältige Haltung des Zentrums in Bayern bisher jeden Erfolg verhindert. (Sehr wahr!) Alle sozialdemokratischen Anträge, die Sache vorwärts zu treiben, wurden niedergestimmt. Der frühere Minister Brettreich wäre bereit gewesen, in dieser Frage etwas zu tun. Allein das Zentrum hat konsequent alle Mittel für die Arbeitslosenversicherung im bayerischen Landtag verweigert. (Hört! hört!)

In nächster Zeit wird das Zentrum bei uns in Bayern neuerdings Farbe zu bekennen haben. Sie wissen, daß der Prinzregent Ludwig, der neue Herrscher in Bayern, sich in einem Handschreiben vom 27. Juli d. J. an den Minister von Soden über die Frage der Arbeitslosigkeit geäußert hat. Das Schreiben lautet: „Mit lebhaftem Bedauern habe ich Ihrem Bericht entnommen, daß die mir von verschiedenen Seiten zugegangenen Mitteilungen über die herrschende Arbeitslosigkeit leider zutreffend sind. Ich habe aus dem Bericht aber auch mit Befriedigung ersehen, daß bereits Anordnungen zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit getroffen sind und daß sonstige Maßnahmen, darunter die viel erörterte Frage der Arbeitslosenversicherung, in Erwägung gezogen wurden. Durchdrungen von der Wichtigkeit der Sache und von dem Wunsche nach tunlichster Hilfe, beauftrage ich Sie, der Arbeitslosenfürsorge auch ferner Ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden und geeignete Maßnahmen im Benehmen mit den übrigen beteiligten Staatsministerien einzuleiten und mir von Zeit zu Zeit weiter Bericht zu erstatten." Es wird interessant sein, zu verfolgen, wie sich die Vollstrecker des Herrscherwillens in Bayern mit dem Auftrag des Prinzregenten abfinden werden. An der Spitze des Ministeriums

steht bekanntlich Freiherr von Hertling, der früher Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages war, und es wird ja einige Schwierigkeiten haben, bis das Zentrum den Boden findet, auf dem es sich vielleicht neuerdings von der Verpflichtung, die Arbeitslosenversicherung einzuführen, drücken wird. Es darf der Vollständigkeit wegen vielleicht hervorgehoben werden, daß der bayerische Ministerpräsident von Hertling in seinen früheren Schriften auch zu der Frage der Arbeitslosenversicherung Stellung genommen hat. In seinen kleinen Schriften „Zur Zeitgeschichte und Politik", die 1897 erschienen sind, sagt er über die Arbeitslosenversicherung kurz, daß es als ein Mangel empfunden wird, daß in der staatlichen Arbeiterversicherung die Versicherung gegen die aus der Lage des Marktes stammende Arbeitslosigkeit, die sogenannte „Krisenversicherung", fehlt. Man darf daraus entnehmen, daß Freiherr von Hertling ein gewisses Bedauern darüber empfindet, daß die Arbeitslosenversicherung noch nicht eingeführt ist. Nun hat er ja nächstens Gelegenheit, seine Kraft dafür einzusetzen, und wir werden sehen, was dabei herauskommt. Der Unterstützung der Sozialdemokraten ist er selbstverständlich sicher, ob er sich hierbei auf seine Parteianhänger stützen kann, das werden wir ja bei der schwankenden Haltung des Zentrums nicht voraussagen können. Aber das eine wissen wir alle, daß die Sozialdemokraten in der Frage der Arbeitslosenfürsorge die Anwälte aller Arbeiter, auch der christlichen, sein werden. (Sehr gut!) In der christlichen Gewerkschaftspresse werden gegenwärtig sehr bewegliche Klagetöne über die zunehmende Arbeitslosigkeit laut. Die politische Haltung des Zentrums ist jedoch zu unterscheiden von dem, was die christlichen Arbeiter wollen. Die christlichen Arbeiter gehen mit uns einig, daß auch sie eine ausreichende Arbeitslosenfürsorge fordern. In Nummer 37 der „Gewerkschaftsstimme", dem Organ des Zentralverbandes christlicher Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter Deutschlands, wird ausgeführt: „Die Statistik der deutschen Arbeitslosigkeit ruft auch immer dringlicher das Verlangen nach einer Arbeitslosenversicherung hervor." Nur müssen die christlichen Arbeiter sich darüber klar sein, daß sie von ihren Vertretern die Arbeitslosenversicherung nicht erhalten werden. Mögen die christlichen Arbeiter aller Schattierungen von dieser Stelle die Versicherung hinnehmen, daß sie sich auf die deutsche Sozialdemokratie in dieser Frage verlassen können. Während die Vertreter der christlichen Arbeiter in den Parlamenten die Interessen ihrer Angehörigen preisgegeben haben, hat die deutsche Sozialdemokratie unausgesetzt für eine durchgreifende Arbeitslosenfürsorge gekämpft. (Lebhafte Zustimmung.) Wir werden diesen Kampf mit allen Waffen und mit aller Schärfe weiter führen und neidlos werden wir uns freuen, daß die Früchte unseres Kampfes allen Arbeitern, auch den christlichen, zugute kommen werden. (Sehr richtig!) Wir freuen uns darüber, trotzdem wir wissen, daß wir gerade wegen dieses Kampfes von den Vertretern der christlichen Arbeiter am schärfsten angegriffen werden. (Sehr wahr!)

Lassen Sie mich noch kurz registrieren, daß der Kampf um die Heranziehung der Einzelstaaten zu den Lasten der Arbeitslosenversicherung auch in den übrigen süddeutschen Bundesstaaten bisher keinerlei Erfolg gehabt hat. In Baden haben unsere Genossen den Antrag auf Gewährung von 100 000 Mk. zur Arbeitslosenversicherung gestellt. Das Zentrum hat gegen diesen Antrag gestimmt (Hört! hört!), der aber mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Liberalen eine Mehrheit fand. Die badische Regierung hat bis jetzt noch nicht die finanziellen Konsequenzen aus dem Antrag gezogen. Wenn die Wahlen in Baden beendet sein werden, so werden sicher unsere Genossen einen erneuten Vorstoß zum Vollzug des Mehrheitswillens der badischen Kammer machen.

In Württemberg stellten unsere Genossen 1907 einen Antrag im Sinne des sogenannten Genter Systems. Der Antrag kam nicht zur Verhandlung. 1909 kam von unseren Genossen ein neuer Antrag, der die Regierung ersuchte, durch einen Nachtragsetat Mittel bereitzustellen, um den Gemeinden, die den Gewerkschaften Unterstützung gewähren, einen Zuschuß zu geben. Das Zentrum änderte den Antrag dahin um, es sollten Mittel bereitgestellt werden für die Gemeinden, die die Arbeitslosenfürsorge in geeigneter Weise organisieren. In dieser Form wurde der Antrag angenommen, von der Regierung geschah aber nichts. Im Jahre 1911 hierüber von unseren Genossen zur Rede gestellt, erklärte die Regierung, daß noch keine Gemeinde etwas getan hätte. Darauf wurde ein gemeinsamer Kommissionsantrag angenommen, der erstens die Einberufung einer Konferenz des Stuttgarter Bezirks verlangte, und zweitens forderte, daß, sobald Gemeinden Unterstützung gewähren, ihnen staatliche Zuschüsse gegeben werden sollen. Inzwischen führte Gmünd eine dürftige, Stuttgart eine etwas bessere Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System ein, Stuttgart mit einem jährlichen Zuschuß von 10 000 Mk. Die Regierung gewährte aber trotzdem keine Zuschüsse. Als im Frühjahr 1913 von unseren Genossen die Regierung hierüber zur Rede gestellt wurde, kam sie mit der üblichen Phrase, es müßten erst Erfahrungen abgewartet werden, die Frage sei noch ungeklärt, man könne noch nichts tun und so fort.

In Sachsen haben unsere Genossen gleichfalls 200 000 Mk. für die Arbeitslosen verlangt. Der Antrag wurde glattweg abgelehnt. Ich glaube, dafür eine besondere Begründung nicht geben zu brauchen. Wenn Sie den Kongreß der Schwerindustrie verfolgen und die Versprechungen beachten, die das sächsische Staatsoberhaupt den Scharfmachern gegeben hat, dann ist uns alles verständlich, ohne daß weiteres darüber gesagt zu werden braucht. (Sehr wahr!)

Soweit mir bekannt, ist überhaupt bisher in keinem deutschen Bundesstaat ein Erfolg auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung erreicht worden. Hier ist also noch ein großes Feld der Betätigung für unsere Genossen, und wir dürfen sicher annehmen, daß unsere Vertreter in den Einzelstaaten überall ihre Pflicht tun werden. Wir können den Einwand nicht gelten lassen, daß die Bundesstaaten kein Geld haben. Bei der letzten Militärvorlage hat sich ja gezeigt, wie bewilligungslustig die Bundesstaaten waren, als es galt, für unproduktive Zwecke Millionen und Abermillionen zur Verfügung zu stellen. (Sehr gut!) Wir werden also diesen Einwand um so weniger gelten lassen, als wir wissen, daß die Regierungen für alle möglichen sonstigen Zwecke Geld genug haben. So sind z. B. in Bayern von 1898 bis 1907 rund 2 Millionen an Zuschüssen und 10 Millionen an Vorschüssen den ländlichen Genossenschaften zugeflossen, der landwirtschaftliche Verein erhielt einen Staatszuschuß von 200 000 Mk., für Pferdeversicherung sind in 10 Jahren 600 000 Mk. bewilligt (Hört! hört!), das gleiche gilt für die übrige Viehversicherung, und dabei sind kaum 9 Proz. des Viehbestandes versichert. Es wird ja bei der Arbeitslosenversicherung immer geltend gemacht, sie käme hauptsächlich den Gewerkschaften zugute, und diese umfassen nicht alle Arbeiter. Aber das eine steht fest. Ueberall in Deutschland sind mehr als 9 Proz., sind beinahe die Hälfte aller Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Was bei der Viehversicherung möglich ist, kann also bei der Arbeitslosenversicherung nicht unmöglich sein.

Betrachten wir nur kurz die Entwickelung der Arbeitslosenversicherung in den Gemeinden; es würde zu weit führen, wollte ich an dieser Stelle auch nur registrieren, was in den verschiedenen Gemeinden geschehen und wie der Kampf um die Arbeitslosenversicherung geführt worden ist. Das Material darüber ist in der sozialistischen Literatur vorhanden, erst in der letzten Nummer der „Neuen Zeit" hat Kleeis in einem Artikel eine zusammenfassende Darstellung

über die Fortentwickelung der öffentlichen Arbeitslosenversicherung gegeben. Ich erwähne deshalb nur kurz, daß bisher 11 deutsche Städte eine Arbeitslosenunterstützung in Anlehnung hauptsächlich an das sogenannte Genter System eingeführt haben. Den Anfang machte 1906 Straßburg i. E., dann folgten Mülhausen, Erlangen, Nürnberg, Freiburg i. B., Köln, Mannheim, Stuttgart, Kaiserslautern und in den letzten Wochen sind Offenbach a. M. und Fürth hinzugetreten. In einer Reihe von größeren Städten beschäftigt man sich gegenwärtig sehr intensiv mit dem Problem der Arbeitslosenversicherung, man ist bemüht, veranlaßt durch den Anstoß der Gewerkschaften überall praktische Unterlagen zu schaffen. In neuerer Zeit ist eine interessante Denkschrift des Magistrats von Neukölln bekannt geworden, die darlegt, daß es Aufgabe der Gemeinden ist, auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung voranzugehen. In der Tat haben die Städte die Pflicht, hier etwas zu tun. (Sehr richtig!) Wir können den Einwand nicht gelten lassen, daß die Städte zu warten haben, bis die anderen Körperschaften vorangegangen sind. Nach der amtlichen Zählung von 1895 kamen auf 100 der Bevölkerung Arbeitslose in den Großstädten am 14. Juni 1,65 und am 2. Dezember 2,43, in den Gemeinden von 10 000 bis 100 000 Einwohnern am 14. Juni 0,79 und am 2. Dezember 1,59, in den Gemeinden unter 10 000 Einwohnern am 14. Juni 0,32 und am 2. Dezember 1,26. Bloß auf die Zahl der Arbeiter berechnet, betrug in den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern die Arbeitslosigkeit Mitte Juni 1895 4,85 Prozent und Anfang Dezember 7,42 Proz. Wir sehen hieran, daß die Arbeitslosigkeit eine hauptsächlich großstädtische Erscheinung ist und daß deshalb auch die Städte zum Eingreifen verpflichtet sind. Wir können auch den Einwand nicht gelten lassen, als hätten die Städte keine Mittel. Gewiß haben die Städte manchmal große Schwierigkeiten, ihre Finanzen zu ordnen, aber sie haben doch die Möglichkeit, durch eine Erhöhung der Umlagen das Elend der Arbeitslosigkeit soweit als möglich zu mildern. (Sehr richtig!) Wir treten dafür ein, daß auch die Städte verpflichtet werden, auf dem Gebiet der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit Entschiedenheit voranzugehen. Wenn wir diese Forderung aufstellen, dann selbstverständlich mit dem Vorbehalt, daß irgendwelche Hemmungen für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und ihre Bewegung nicht eintreten dürfen. Solche Versuche sind mehrfach gemacht worden. So wollte man in Mannheim zuerst eine Sparversicherung einführen, weil diese den Unternehmern am sympathischsten war und weil die stille Absicht bestand, die Gewerkschaften auszuschalten. Unsere Genossen haben sich auf den klaren Standpunkt gestellt, eine solche Arbeitslosenversicherung nehmen wir nicht an, sie haben das ganze System einfach beiseite liegen lassen, mit dem Erfolg, daß am 1. Juli d. J. Mannheim eine Arbeitslosenversicherung auf der Grundlage des Genter Systems eingeführt hat. Diese Versicherung trägt auch den Wünschen der Gewerkschaften Rechnung. Eine besondere Entrüstung ging kürzlich durch die bürgerliche Presse, als es hieß, in Charlottenburg hätten die Sozialdemokraten die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung verhindert. Wie lagen die Verhältnisse? Nach etwa zehnjährigem fortgesetzten Drängen der sozialdemokratischen Fraktion brachte endlich der Magistrat auf Grund der Vorberatungen in einer gemischten Deputation eine Vorlage auf Grund des Genter Systems ein. Die Vorlage sah außerdem die Unterstützung von Inhabern von Sparkassenbüchern vor, und daneben noch die Gesamtversicherung für bestimmte Kreise. Sowohl Gewerkschaften konnten alle ihre Mitglieder gemeinsam versichern, als auch Arbeitgeber konnten für alle ihre Angestellten die Versicherung eingehen. Diese vernünftige Vorlage lehnte die liberale Mehrheit ab. Auf seiten des Magistrats stand im wesentlichen nur die Sozialdemokratie. Einige Monate später brachte der Magistrat eine neue Vorlage ein, aus der aber die Zuschüsse für die Gewerkschaften herausgestrichen waren. Der Magistrat erklärte selbst, daß dies der wichtigste Teil seiner ersten Vorlage war, daß er aber dem Drängen der Mehrheit nachgegeben habe. Auch diese Vorlage wurde abgelehnt, und zwar vereinigten sich hier diejenigen, die überhaupt nichts von einer kommunalen Arbeitslosenversicherung wissen wollen, mit den Sozialdemokraten, die um so weniger Grund hatten, der Vorlage zuzustimmen, als sie durch einige andere Bestimmungen direkt zu einer Vorlage gegen die Gewerkschaften gestaltet war und die Gefahr bestand, daß durch die Gesamtversicherung die Gelben gezüchtet werden könnten.

Man wollte dann die Gelben gegen uns ausspielen. (Hört! hört!) Wo solche Bestrebungen vorhanden sind, wo man nicht bemüht ist, das Problem in neutraler Weise unter Berücksichtigung der Gewerkschaften zu lösen, wo man so vorgeht, wie ursprünglich in Mannheim und jetzt in Charlottenburg, werden wir natürlich dagegen stimmen. (Sehr richtig!) So liegen die Dinge denn doch nicht, daß man über die organisierte Arbeiterklasse einfach hinweggehen kann. (Sehr wahr!) Bei unserem Einfluß und bei den finanziellen Leistungen der freien Gewerkschaften für die Arbeitslosenunterstützung werden wir uns selbstverständlich das Recht sichern, jedes Projekt genau zu prüfen. Richtet sich ein Projekt gegen die organisierte Arbeiterschaft, dann werden wir dagegen Stellung zu nehmen haben, wie wir ja überhaupt mit dem Widerstand der gesamten bürgerlichen Parteien in dieser Frage zu rechnen haben. Wenn ich besonders die jesuitische Taktik des Zentrums in dieser Frage angenagelt habe, so nicht etwa deshalb, um die anderen Parteien zu schonen. Wie der Liberalismus zu der Frage steht, wie die Unternehmer dazu stehen, das wissen wir. Wenn ich das Zentrum besonders hervorgehoben habe, so deshalb, weil es seine eigenen Anhänger über seine jesuitische Taktik zu täuschen sucht. (Sehr wahr!) Würde das Zentrum ebenso offen wie die Scharfmacher auftreten und sagen, wir wollen keine Arbeitslosenversicherung, dann wäre die Sache klar, aber es verschachtelt seine Einwände so, daß die Arbeiter nichts merken sollen, man stellt sich dann in Versammlungen hin und sagt: Da und dort haben wir Anträge gestellt, aber die Regierung hat uns Schwierigkeiten gemacht. (Hört! hört!)

Die Frage ist geklärt. Ich habe einleitend betont, für uns Sozialdemokraten ist die Frage längst entschieden. Es ist über die Frage der Arbeitslosenfürsorge eine so ungeheure Literatur vorhanden, daß nur zugegriffen zu werden braucht. (Sehr wahr!) Ich wende mich entschieden dagegen, wenn man sagt, wir müssen erst statistische Erhebungen veranstalten. Die Grundlagen sind vorhanden in den gewerkschaftlichen Organisationen. Ich erinnere nur an die Denkschrift der Generalkommission vom Jahre 1911, die ein ungeheures Material enthält.

Könnte die Wucht der sittlichen Gründe eine Sache durchsetzen, dann müßte das Problem der Arbeitslosenversicherung bei uns schon längst überall im weitgehendsten Umfange gelöst sein. (Lebhafte Zustimmung.) Aber wir sehen hier gerade den Widerstand, der von allen Seiten erwächst, und wir sehen, wie notwendig es ist, alle Kräfte zusammenzufassen, um den Widerstand zu brechen. Die Sozialdemokratie, die stets den sozialpolitischen Fortschritt am wirksamsten gefördert hat, wird auch hier die Aufgabe übernehmen, weiterzuarbeiten und die Widerstände zu beseitigen.

Glauben Sie nicht, Genossen, daß dieser Kampf aussichtslos ist! Die sieghafte Kraft des Sozialismus hat schon mannigfache Schwierigkeiten überwunden und werden wir auch die Schwierigkeiten zu überwinden suchen, die uns hier entgegengestellt werden. (Sehr wahr!) Vereinigen wir unseren

Willen dahin, daß wir geschlossen daran arbeiten, für unsere Arbeitslosen die Fürsorge zu schaffen, die sie notwendigerweise von der heutigen Gesellschaft beanspruchen können. Arbeiten wir daran, daß das Ziel erreicht wird! Die gemeinsame Taktik für diesen Kampf werden wir hier auf dem Parteitag nicht im einzelnen festlegen können, wohl aber werden wir unseren Willen dahin ausdrücken, daß die Aktion der Massen hinter den Forderungen unserer Vertreter im Reich, in den Einzelstaaten und in den Kommunen zu stehen hat. Als selbstverständlich nehme ich an, daß unser Parteivorstand, als Vollstrecker des Willens des Parteitages, überall die Aktionen einleiten wird, und daß alle unsere Organisationen die Pflicht in sich fühlen, diese Bewegung zu unterstützen. Ich denke nicht bloß an Arbeitslosenversammlungen. Die große Masse der gesamten Arbeiter ist zurzeit an keiner Frage so sehr interessiert wie an dieser. (Lebhaftes Sehr richtig!) Die Arbeitslosen sind daran interessiert, weil sie sich wehren müssen, um nicht ins Elend zu versinken, die in Arbeit stehenden sind daran interessiert, weil sie jederzeit dem gleichen Schicksal ausgesetzt sind, aber auch deshalb, weil sie bisher die großen Lasten für ihre arbeitslosen Kollegen auf sich nehmen mußten. Haben doch allein die Holzarbeiter in München in neuerer Zeit sich einen Extrabeitrag von 20 Pf. auferlegt, um ihre ausgesteuerten arbeitslosen Kollegen weiter zu unterstützen. (Bravo!) Das haben die Holzarbeiter getan, obwohl auch die, die in Arbeit stehen, schon verkürzt arbeiten müssen. (Hört! hört!) Es handelt sich also nicht bloß um eine Frage der Arbeitslosen, sondern um eine Frage der gesamten Arbeiter. (Sehr richtig!) Der Kampf muß planmäßig organisiert werden. Was von unserer Seite getan werden kann, ist niedergelegt in der Resolution, die Ihnen neuerdings unterbreitet ist. Wir haben den Wünschen verschiedener Genossen auf Ergänzung und Klarstellung einzelner Punkte meiner früheren Resolution Rechnung getragen, so daß diese Resolution zurückgezogen werden kann. In der neuen Resolution ist alles Erforderliche gesagt. Selbstverständlich ist nicht im einzelnen ausgeführt, wie die Organisationen den Kampf unterstützen sollen, aber wir sind überzeugt, mit Eifer und Energie werden überall die Massen in den Kampf gegen das Elend eintreten. (Bravo!) Wir verlangen eine allgemeine, alle Arbeiter und Angestellten umfassende Arbeitslosenversicherung, wir verlangen aber auch, daß die Gewerkschaften berücksichtigt werden. Wir sind nicht gewillt, die Lösung der Frage dem bureaukratischen Apparat allein zu überlassen. Unsere Gewerkschaften haben ein großes Interesse daran, soweit Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, ihre Mitglieder in Arbeit zu bringen, sie haben das allergrößte Interesse, die Arbeitslosigkeit soweit als möglich zu mildern. (Sehr wahr!) Es wird keine Simulation auf diesem Gebiet geben, die Gewerkschaften selbst werden dafür sorgen, daß eine unrechtmäßige Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung verhindert wird. In der Resolution wird weiter gesagt, daß die Arbeitslosenversicherung sich aufbauen soll auf den Beschlüssen des achten Gewerkschaftskongresses in Dresden 1911 und des internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen 1910.

Die Resolution des Dresdener Gewerkschaftskongresses lautet:

„Die Arbeitslosenfürsorge ist eine öffentliche Pflicht, die das ungesäumte und tatkräftige Eingreifen von Reich, Staat und Gemeinde im Wege der Gesetzgebung und Verwaltung erfordert.

Eine umfassende Arbeitslosenfürsorge ist nur möglich auf der Grundlage ständiger Einrichtungen der Arbeitslosenstatistik, der Arbeitsvermittelung und der Arbeitslosenversicherung und im Zusammenwirken mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse.

Die Arbeitslosenstatistik ist dauernd mit Hilfe der Gewerkschaften aufzunehmen.

Die Arbeitsvermittelung ist durch das Verbot der privatgewerblichen Stellenvermittelung und durch Errichtung öffentlicher, gemeinnütziger und gebührenfreier Arbeitsnachweise unter paritätischer Leitung zu fördern. Bei Streiks und Aussperrungen ist jede Vermittelung von Arbeitskräften desselben Berufs an bestreikte oder aussperrende Arbeitgeber einzustellen. Den Gewerkschaften wird empfohlen, ihre Arbeitsnachweise als „Facharbeitsnachweise" der öffentlichen Arbeitsvermittelung anzuschließen.

Die Arbeitslosenversicherung ist auf der bewährten Grundlage der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung dergestalt zu organisieren, daß das Reich den Gewerkschaften einen Teil der für die Arbeitslosenfürsorge gemachten Aufwendungen zurückvergütet, ohne sie in ihrer freien Selbstverwaltung zu beeinträchtigen. Der Kongreß empfiehlt erneut allen Gewerkschaften den Ausbau ihrer Einrichtungen zur Unterstützung der Arbeitslosen.

In staatlichen und gemeindlichen Zuschüssen zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge erkennt der Kongreß einen geeigneten Weg zur Verallgemeinerung der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge im Sinne einer reichseinheitlichen Regelung."

Die Resolution des Internationalen Kongresses in Kopenhagen, wo in der Kommission Molkenbuhr und im Plenum Dr. Adolf Braun Bericht erstatteten, lautet:

„Der Kongreß fordert von den öffentlichen Gewalten: Die von den Arbeiterorganisationen verwaltete, allgemeine, obligatorische Arbeitslosenfürsorge, deren Kosten die Besitzer der Produktionsmittel zu tragen haben. Die Vertreter der Arbeiterklasse sollen fordern: 1. Genaue und regelmäßige statistische Feststellungen der Arbeitslosigkeit. 2. In ihrem Umfang ausreichende Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen mit Bezahlung der tarifmäßigen oder sonst von den Gewerkschaften anerkannten Löhne. 3. Außerordentliche Unterstützung der Arbeitslosenkassen während der Krise. 4. Leistungen an Arbeitslose dürfen nicht eine Minderung der politischen Rechte zur Folge haben. 5. Errichtung und Unterstützung von gewerkschaftlichen oder paritätischen Arbeitsnachweiseinrichtungen, in denen die Wahrung der Freiheiten und Interessen der Arbeiter den Gewerkschaften übertragen werden muß. 6. Verkürzung der Arbeitszeit durch gesetzgeberische Maßnahmen. 7. Bis zur Verwirklichung der allgemeinen öffentlich-rechtlichen obligatorischen Arbeitslosenunterstützung haben die öffentlichen Gewalten die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung finanziell zu fördern. Diese Unterstützung darf die Unabhängigkeit der Gewerkschaften in keiner Weise hindern."

Auf dem Boden dieser Resolutionen ist unsere neue Resolution aufgebaut. Wir glauben, daß damit alles gesagt ist. Wenn wir zum Schluß betonen, daß durch den Beitritt der Arbeiter zu den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter am wirksamsten der Kampf unterstützt wird, so müssen wir diesen Appell erneut an alle uns noch fernstehenden Arbeiter richten. Aus dem planmäßigen Kampf der Sozialdemokratie haben die Arbeiter gesehen, wie ihre Interessen gewahrt werden. Und in dem Augenblick, wo sie diese Kräfte vermehren, werden sie immer machtvoller ihre Forderungen durchsetzen können. Wenn wir vereint im Sturm und mit unserer ganzen Kraft den Ruf nach Brot und Arbeit für das Proletariat erheben, und wenn

wir diesem Kampf eine planmäßige Richtung geben, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Wir alle aber, die wir die Führer dieser Bewegung sein werden, haben das stolze Bewußtsein, eine wichtige Kulturtat für die Arbeiterbewegung zu leisten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Bock** teilt mit, daß ein Antrag Katzenstein-Berlin eingegangen ist: „Dem Parteivorstand wird empfohlen, das Referat des Genossen Timm im Sonderabdruck herauszugeben."

Darauf wird in die Diskussion eingetreten.

Fritz Zubeil-Berlin: Als wir im Januar 1902 im Reichstag eine Interpellation einbrachten, um Mittel zu ergreifen, die damalige Arbeitsnot zu mildern, verlangten wir den 10stündigen Maximalarbeitstag mit der Verkürzung auf acht Stunden, die Schaffung eines Reichsarbeitsamtes, die Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetzgebung und die Einführung einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenunterstützung. Wir wissen, daß diese Einrichtungen bei der heutigen anarchistischen Produktionsweise des Kapitalismus selbstverständlich die Krise nicht aus der Welt schaffen. Aber es liegt auf der Hand, daß das Reich die Not wenigstens dadurch mildern kann. Dazu wollten wir das Reich zwingen. Der Staatssekretär Posadowsky stellte sich aber auf einen vollkommen ablehnenden Standpunkt. Er erklärte, daß eine derartige Einrichtung nicht Sache des Reiches sei, sie gehöre in das Gebiet der Einzelstaaten und der Kommunen. Er sagte weiter, daß eine Arbeitslosenzählung in Deutschland das schwierigste Werk sei, das überhaupt durchgeführt werden könnte, und er gab den Arbeitern den Rat: Zurückzukehren aufs platte Land und dort ihren Wohnsitz zu nehmen. Dann würde die Arbeitslosigkeit zu einem großen Teile verschwinden. Auch die bürgerlichen Parteien nahmen fast ausnahmslos einen ablehnenden Standpunkt ein. Daher sind meine Hoffnungen nicht sehr stark, daß wir im Reichstage eine Mehrheit finden werden, wenn wir ein entsprechendes Gesetz in der nächsten Session einbringen. Die Arbeitslosigkeit hat sich im Sommer in einer Weise ausgedehnt, wie wir das seit 10 Jahren nicht erlebt haben. Die Krise ist im Anmarsch. Der Krieg auf dem Balkan, die dadurch erzeugte Unsicherheit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete, die damit verbundene Steigerung des Zinsfußes haben in vielen Industriezweigen eine kolossale Arbeitslosigkeit herbeigeführt. Wie soll das erst im Winter werden, wo die Arbeitslosigkeit naturgemäß ohnehin größer ist. Es sieht geradezu trostlos aus in der Textilindustrie und noch trostloser auf dem Baumarkt. Unser Kollege Glocke hat vor ungefähr 14 Tagen im Berliner Rathaus bei Beratung dieser Frage ausgeführt, daß die Gewerkschaften festgestellt haben, daß allein in Berlin 25 000 organisierte Arbeiter zurzeit arbeitslos sind. Mindestens ebenso viel unorganisierte und in anderen Organisationen befindliche Arbeiter kommen hinzu, so daß die Zahl der Arbeitslosen in Berlin mit 50 000 nicht zu hoch anzunehmen ist. Allein 23 Proz. der Bauarbeiter in Berlin sind arbeitslos, in anderen Berufen 10 bis 16 Proz. Der größte Teil dieser Arbeitslosen ist schon 10 bis 40 Wochen ohne Beschäftigung. Im „Grundstein" wird ausgeführt, daß die Lage im ganzen Reiche sehr trostlos ist, daß in Breslau im August 10 000 Arbeitslose gezählt wurden. Wenn das im ganzen Reiche so ist, dann gehen wir einem Winter entgegen, dem wir nicht gleichgültig gegenüberstehen können. Wir haben schon einmal in Berlin bei einer starken Arbeitslosigkeit kennen gelernt, was geschieht, wenn die Not im Volke so groß ist. Auf das Reich, auf die Einzelstaaten können wir nicht warten. Unsere Parteigenossen müssen ihren ganzen Einfluß in den Kommunen geltend machen. Diese müssen in erster Linie gezwungen werden, die Not zu lindern und gezwungen werden, eine Arbeitslosenversicherung nach dem Genter

System einzuführen. Unsere Parteigenossen in Groß-Berlin sind mitten in der Arbeit und haben die Gemeindebehörden gezwungen, auf diesem Gebiet vorzugehen. Der Oberbürgermeister von Berlin hat eine Vertreterkonferenz aller Gemeinden einberufen. Dort mußten auch diese Herren zugeben, daß eine Arbeitslosigkeit existiert und im Winter noch zunehmen wird, der auch sie mit Schrecken entgegensehen. Wenn diese Auffassung, wie in Berlin, so in einer Reihe von anderen Magistraten Platz greift, daß wir dann zu Einrichtungen kommen, die Besserung bringen, und die für die Arbeiterschaft von Segen sind. Deshalb bitte ich alle Parteigenossen, ihr ganzes Augenmerk auf die Kommunen zu richten. (Beifall.)

Klühs-Magdeburg: Wir können dem Parteivorstand dankbar dafür sein, daß er noch vor dem Zusammentritt des Parteitages diese wichtige soziale Frage auf die Tagesordnung zu setzen beschlossen hat und daß er wenigstens in diesem Falle das Ohr für die feinen Regungen der Volksseele bewiesen hat, das gestern noch an ihm vermißt wurde. Ich bin überzeugt, daß wir in der gegenwärtigen Situation einen unverzeihlichen Fehler begangen hätten, wenn wir nicht die Frage der Arbeitslosigkeit und der Fürsorge für die Opfer der kapitalistischen Gesellschaft gewissermaßen in den Mittelpunkt unserer Diskussion gestellt hätten. (Sehr richtig!) Wie dem Parteivorstand muß ich aber auch einer hier viel angegriffenen Einrichtung meine Anerkennung aussprechen, das ist die Zeitungskorrespondenz des Genossen Stampfer, der zur richtigen Zeit die Wichtigkeit dieser Diskussion erkannt und dafür gesorgt hat, daß auch in den Parteiblättern neben den Diskussionen über den Massenstreik und die Steuerfragen die Frage der Arbeitslosenfürsorge in aller Ausführlichkeit zur Besprechung gelangte. Wir haben hier und vor dem Parteitag wiederholt von der Notwendigkeit der Massenaktionen gesprochen. Ich glaube, wir sind alle über die Notwendigkeit der Massenaktionen vollkommen einer Meinung und Sie werden mir zweifellos zustimmen, wenn ich sage, daß jede Massenaktion ein scharf umrissenes festes Ziel haben muß. Hier ist uns ein solches Ziel gesteckt. In dieser gegenwärtigen Situation läßt sich am besten, am einleuchtendsten nachweisen, welche Schäden die kapitalistische Produktionsweise für all die Arbeitsbienen nach sich zieht. In der Zeit der Teuerung, in der Zeit des Zollwuchers, in einer Zeit, wo immer neue Millionen und Milliarden in den Rachen des Militarismus geworfen werden, läßt sich an diesem einen Beispiel ganz besonders und immer aufs neue nachweisen, daß die kapitalistische Gesellschaft zwar Reichtümer auf Reichtümer häuft, aber daß diejenigen, die die Reichtümer schaffen, unter einem ständigen Druck leben müssen, daß sie ständig bedroht sind von dem Gespenst der Arbeitslosigkeit. Ich halte es für zweckmäßig, wenn Sie zu dem Antrag des Genossen Timm den Antrag Hoch annehmen, weil ich es für wünschenswert halte, daß unseren Genossen im Lande eine Richtschnur für die Art ihrer Agitation gegeben wird, daß wir uns nicht auf Massenversammlungen beschränken, sondern mit unserer Agitation für die Arbeitslosenfürsorge hineingehen in die weitesten Kreise des Volkes, nicht nur in die Kreise, die wir gewöhnlich in unsere Versammlungen bekommen. Ich schlage deshalb vor, daß der Parteivorstand in Gemeinschaft mit der Generalkommission besonderen Wert darauf legt, daß wir durch Flugschriften mannigfacher Art auch in jene werktätigen Kreise des Volkes hineinkommen, die nicht unmittelbar zur Lohnarbeiterschicht gehören. An den Schäden der Arbeitslosigkeit sind nicht allein die Arbeitslosen, nicht allein die arbeitenden Kollegen beteiligt, es sind daran auch beteiligt alle kleinen Geschäftsleute, alle Handwerker, deren Geschäft nachläßt, wenn der Arbeiter nicht mehr zahlungsfähig ist. Ich möchte dem Parteivorstand ans Herz legen, daß er bei diesen Flugschriften und Flugblättern von unserer gewohnten Schablone ein wenig

abweicht. Die Frage der Arbeitslosigkeit und der Not, die durch sie herbeigeführt wird, ist nicht eine solche, die lediglich mit verstandesmäßigen Gründen behandelt werden kann. Da kommt es darauf an, vor allen Dingen das Gefühl zu wecken, an die Seele der Mitmenschen zu appellieren. Soweit die Worte dazu nicht ausreichen, möchte ich dringend bitten, den Zeichenstift unserer größten und besten Künstler für diese Sache dienstbar zu machen. Eine Künstlerin von den Fähigkeiten und dem Ruf einer Käthe Kollwitz darf für diesen Zweck für uns nicht unerreichbar sein. (Sehr wahr!) Ich bitte dringend, daß wir die Not der Arbeitslosen bildnerisch darstellen lassen, um so einen größeren Eindruck durch unsere Schriften herbeizurufen. Wenn wir, vorübergehend natürlich, alle Kräfte anspannen und auf diese eine Forderung konzentrieren, dann beweisen wir damit aufs neue und aufs beste, daß wir nicht nur eine Partei der Massenstreikler sind, sondern eine Partei der Arbeitswilligen für des Volkes Wohlfahrt und den Fortschritt der Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Bock** teilt mit, daß es in dem Antrag Hoch in der ersten Zeile jetzt „Antrag 108" heißen müsse.

Eduard Schmid-München: Wir Münchener danken dem Parteivorstand, daß er der Anregung, die Arbeitslosenversicherungsfrage auf die Tagesordnung zu setzen, die von München ausgegangen ist, Rechnung getragen hat. Aus den Daten, die Timm vorgetragen hat, können Sie ersehen, daß in München-Capua nicht alles schwimmt in Bürgerglück und Wohlstand und daß die sogenannte große Gemütlichkeit die Gegensätze sehr wohl aufkommen läßt zwischen Kapital und Arbeit. (Sehr richtig!) Die gegenteiligen Behauptungen, wie sie leider auch in der Parteipresse sehr oft zu finden sind, können nur zurückgeführt werden auf die sogenannten Nudelmeierbriefe, die den Anschein erwecken, als ob in München alles in Bier schwelgt und Weißwürste verzehrt werden von früh bis abends. Unter diesen falschen Darstellungen über die Verhältnisse in München auch in der Parteipresse leidet zu einem guten Teil das Ansehen des Schaffens und Wirkens unserer Parteigenossen drunten an der Isar. Wie schlimm es in München zum Teil bestellt ist und was uns veranlaßt hat, in der „Münchener Post" diese Anregung zu geben, hat Timm vorgetragen. Im Hochsommer 1913, in einer Zeit der sonst günstigsten Arbeitsgelegenheit, zählten wir 7000 organisierte Arbeitslose! Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsorganisation in München wurden freilich durch diese Zustände keineswegs überrascht. Wir haben darauf zur rechten Zeit hingewiesen. Schon im Winter 1905 wurde auf Drängen der sozialdemokratischen Rathausfraktion Hand in Hand mit den Gewerkschaften eine Aktion zugunsten der Arbeitslosen im Münchener Rathaus eingeleitet. Es wurden Notstandsarbeiten in Angriff genommen und 100 000 Mk. an die Arbeitslosen verteilt. Dabei haben die Gewerkschaften die Hauptarbeit geleistet, es zeigte sich auch da, daß die Gewerkschaften die Träger der Arbeitslosenversicherung sein müssen. Es ist damals im Magistrat offiziell den Münchener Gewerkschaften die Anerkennung für ihr opferfreudiges, geschicktes Wirken im Dienste der Arbeitslosen ausgesprochen worden. (Hört! hört!) Zugleich mit jener Aktion wurde von den Sozialdemokraten im Münchener Rathaus der Antrag eingebracht auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Es wurde auch ein Entwurf ausgearbeitet nach dem Genter System. Er war durchberaten, die Satzungen waren fix und fertig zur Einführung, aber dem Widerstand der bürgerlichen Parteien ist es geglückt, die Durchführung der Arbeitslosenversicherung zu hintertreiben. Der Winter 1908 brachte wiederum große Arbeitslosigkeit. Wieder mußten auf Drängen der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften von der Stadtverwaltung zirka 100 000 Mk. zur Verfügung gestellt werden, um die Not zu lindern. Wir haben unsere Anträge auf Einführung der Arbeitslosenversicherung wiederholt, aber die Sache ist nicht weitergekommen. Dann setzte die Krise ein und es wurde immer schlimmer. Es folgte dann der Vorstoß im bayerischen Landtag, den Timm beleuchtet hat. Die bayerische Staatsregierung arbeitete ein Musterstatut für die Arbeitslosenversicherung aus, die in den bayerischen Gemeinden einzuführen wäre, alles fix und fertig, wunderbar dargestellt. Allein die bayerische Regierung gab Papier, wir brauchten aber Geld! Der bayerische Städtetag, der um jene Zeit versammelt war, erklärte: Jawohl, wir Gemeinden sind schließlich bereit, eine Arbeitslosenversicherung einzuführen, aber das kann nicht an den einzelnen Orten geschehen, es muß ein größerer Verband, zum mindesten der Staat sein, er muß sich auch dazu verpflichten, wenigstens 50 Proz. uns von dem zu ersetzen, was wir für die Arbeitslosen ausgeben. In diesem Sinne ist ja auch im bayerischen Landtag ein Antrag gestellt worden. Aber daraus wurde nichts. Der Amtsschimmel zwischen Gemeinden und Regierung wurde hin und her getrieben bis zur Bewußtlosigkeit. Praktisch wurde aber nichts erreicht. Dann setzte auch in München 1912/13 die Krise in erhöhtem Maße ein und zeitigte die allerschlimmsten Wirkungen. Erneut brachten wir Sozialdemokraten in München es so weit, daß die Stadtgemeinde eingriff mit der Unterstützung der Arbeitslosen. Abermals wurden aus öffentlichen Mitteln etwa 100 000 Mk. aufgewandt. Wäre die Sache richtig organisiert worden, hätte mit dem gleichen Betrage natürlich viel besseres geleistet werden können. (Sehr richtig!) Dabei ist aber zu bemerken, daß die 100 000 Mk. pro Jahr nicht alles waren, was in München an die Arbeitslosen gegeben wurde. Die Ziffern Timms haben bewiesen, daß mehr als das Dreifache von den organisierten Arbeitern Münchens an ihre arbeitslosen Kollegen gegeben worden ist. Sonst wäre die Not und das Elend noch viel größer gewesen. Um jene Zeit war es, als im bayerischen Landtag der Minister des Innern von Soden, ein Zentrumsminister von reinstem Wasser aufstand und vor dem ganzen Volke das traurige Geständnis ablegte, er wisse nichts von der Arbeitslosenversicherung, er sei auf die Rindvieh-, Maul- und Klauenseuche heute präpariert. Ueber die Arbeitslosenversicherung könne er nicht sprechen, das falle nicht in sein Gebiet. Das sei eine Angelegenheit des Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hertling. Diese Säule der bayerischen Regierungskunst mußte sich darauf von den Volksvertretern sagen lassen, daß er doch heimgehen und seine Schulaufgabe besser lernen solle. Die Arbeitslosenversicherung falle tatsächlich in sein Ressort, er solle nur in seine Amtsstube schauen, dort müßten die Akten über die Arbeitslosenversicherung turmhoch aufgehäuft liegen. Im Ministerium des Innern, dessen Chef er zurzeit markiere, sei reiches Material. Geschehen ist natürlich auch durch diesen Hinweis nichts. Inzwischen wurde die Not in München gesteigert. Sie wäre noch viel schlimmer, wenn nicht ebenfalls auf Drängen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Rathausfraktion im vergangenen Winter von der Gemeinde Kartoffeln bezogen und Fleisch eingeführt worden wäre, um die ärgsten Mängel in der Nahrungsmittelversorgung zu lindern. Das gleiche ist auch in anderen Orten Bayerns geschehen. Erneut ist die Forderung auf Einführung der Arbeitslosenversicherung erhoben worden. Und sie muß eingeführt werden, entweder durch das Reich, durch den Staat oder die Gemeinden. Die Affenkomödie des Zentrums muß ein Ende nehmen. Früher sagte das Zentrum, der Staat muß die Sache in die Hand nehmen, dann hieß es, die Gemeinde muß die Sache machen, und jetzt, wo es die Mehrheit im Landtag hat, heißt es, das Reich muß die Arbeitslosenversicherung einführen, um die dringende Hilfe noch weiter zu verschleppen. Nein, es ist Aufgabe aller in Betracht kommenden Faktoren angesichts der

Krise die Opfer der kapitalistischen Produktionsweise über Wasser zu halten. (Sehr richtig!) All die vielen Arbeitslosen und auch die Parteigenossen, die in den Rathäusern mühsam tätig sind, werden es dem Parteitag danken, wenn die Resolution Timm einhellig angenommen wird. (Lebhafter Beifall.)

Barth-Wilkau: Ich habe mich gefreut über die umfassenden Ausführungen des Genossen Timm über die Arbeitslosenversicherung, aber ich bedaure zugleich, daß er alle die anderen Dinge, die geeignet sind, nicht nur die Folgen der Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosigkeit selbst zu mildern, so ganz beiseite gestellt hat. In dieser Beziehung sind die Resolutionen der Kongresse von Kopenhagen und Dresden bedeutend tiefer in die Materie eingedrungen. Ich möchte besonders die Aufmerksamkeit hinlenken auf einen Punkt, der auf der jüngst in Gent abgehaltenen Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sehr ausführlich behandelt und in einer Resolution des neuen holländischen Arbeitsministers Treub dahin zusammengefaßt worden ist: man sollte die öffentlichen Arbeiten dazu verwenden, die Arbeitslosigkeit in den Depressionsperioden einzudämmen. Jetzt geht die Vergebung der öffentlichen Arbeiten in der Hauptsache völlig planlos und ohne Berücksichtigung des Arbeitsmarktes vor sich. Dagegen steht fest, daß ein sehr großer Teil der öffentlichen Arbeiten genügend Elastizität besitzt, so daß diese Arbeiten von vornherein auf eine längere Reihe von Jahren vorbereitet werden und erst in dem Augenblick in Ausführung gegeben werden können, wo sich auf dem Arbeitsmarkt eine Erschütterung bemerkbar macht. Wir haben von Timm gehört, daß der Arbeitsmarkt im Baugewerbe außerordentlich trübe Bilder zeigt, jetzt in einer Zeit, die gestatten würde, alle erdenklichen öffentlichen Arbeiten in Angriff zu nehmen. Es ist berechnet worden, daß wir in Deutschland 5—6 Milliarden Mark für öffentliche Arbeiten alljährlich ausgeben. Wenn man nur 5 Proz. dieser Arbeiten planmäßig zu einer zielbewußten Arbeitsmarktpolitik verwenden, sie planmäßig hinausschieben wollte für Depressionszeiten, dann würde man damit eine ganz erhebliche Wirkung erreichen. Wir haben ja in einzelnen deutschen Städten jetzt bereits diese Praxis, aber die Mehrzahl der Kommunen und auch der Staatsbehörden vergeben ihre Arbeiten ohne alle Rücksicht auf den Arbeitsmarkt. In der Resolution des Herrn Treub wird ausgeführt, man müsse versuchen, in den einzelnen Nationen Aemter zu schaffen, die planmäßig den Arbeitsmarkt verfolgen und registrieren, gewissermaßen Krisenbarometer aufstellen, und die dann in der Lage sind mitzuteilen, wann eine Krise in Erscheinung tritt, und dadurch die Kommunal- und Staatsbehörden auffordern könnte, die vorbereiteten Arbeiten ausführen zu lassen. Mit Notstandsarbeiten allein kommen wir nicht durch. Die kommen meist nur für die ungelernten, nicht aber für die gelernten Arbeiter in Frage. Es gibt eine Menge Arbeiten, die auch im Winter ausgeführt werden und den gelernten Arbeitern des Baugewerbes Beschäftigung verschaffen können. Man wird sagen, das sei kein geeignetes Mittel, die Arbeitslosigkeit zu lindern, denn es würden damit nur Löcher im Sommer aufgemacht. Indessen, wenn wir im Sommer ohne Rücksicht auf den Arbeitsmarkt die öffentlichen Arbeiten vergeben, so zeigt sich, daß das in der Hochkonjunktur ohnehin bedenklich gesteigerte Produktionstempo dadurch noch mehr in die Höhe getrieben wird, daß Ueberstunden und Nachtschichten in großem Umfange eingelegt werden und das Hetztempo gesteigert wird. Durch die Zurückhaltung der Arbeitsvergebung könnte man das Hetztempo vermindern und damit zugleich eine Milderung der Arbeitslosigkeit im Winter herbeiführen. Auch die Arbeitsnachweisfrage, die namentlich in Dresden sehr eingehend erörtert wurde und ebenso in Kopenhagen eine große Rolle gespielt hat, ist in der Resolution Timm leider nicht berührt. Aber im Hinblick darauf,

daß die Hälfte der deutschen Arbeitsvermittlung in den Händen der Unternehmer liegt und in erster Linie einer Kontrolle der politischen und gewerkschaftlichen Gesinnung der Arbeiter dient, daß die Unternehmernachweise eine frevelhafte Verfälschung des Gedankens des Nachweises darstellen, wäre es notwendig, daß auf die Schaffung öffentlicher paritätisch geleiteter neutraler Arbeitsnachweise hingewirkt wird, daß alle einseitigen Kampfzwecken dienenden Nachweise, freilich fallen darunter auch die der Gewerkschaften, ebenso wie die privaten beseitigt werden. Es liegt eine sehr große Gefahr darin, daß die Hälfte der Arbeitsnachweise in den Händen der Unternehmer liegen, zumal die großen Unternehmerverbände in der Berg- und Metallindustrie systematisch darauf ausgehen, die schwarzen Listen zu zentralisieren und damit das ganze Gewerbe im Reich zu informieren. Es ist in Breslau auf der Arbeitsnachweiskonferenz mitgeteilt worden, daß der Zechenverband mit seiner Kartothek mehr als eine halbe Million Arbeiter umfaßt und darin die gewerkschaftliche oder politische Photographie aller Arbeiter besitzt. Die Unternehmernachweise stellen das verschärfte System der schwarzen Listen dar. Sie geben die schwarzen Listen auch an die Staats- und Gemeindebehörden. Es wird also versucht, die in der freien Industrie geächteten Arbeiter auch von den Staats- und Gemeindebetrieben fernzuhalten. Planmäßig will man die Arbeiter aushungern, die in irgendeiner Beziehung gegen den Willen des Unternehmers gehandelt haben. Ich bitte Sie, auszusprechen, daß die Arbeitsnachweisfrage und Vergebung der öffentlichen Arbeiten als Mittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit aufzufassen sind. (Beifall.)

Winnig-Hamburg: Der Kampf für die Arbeitslosenfürsorge ist eine gute und große Sache und er ist eine edle Sache. Das wird uns besonders augenfällig, wenn wir uns die zerstörenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit vor Augen führen, die die Arbeitslosigkeit auf ungezählte Tausende von Arbeitern ausübt. Es ist ein Ruhmestitel der Arbeiterbewegung, durch solidarische Selbsthilfe für Hunderttausende eine Hebung der Lebenshaltung erreicht zu haben. Wir nehmen jedenfalls das Verdienst in Anspruch, daß wir für die Arbeiter viel erreicht haben, indem es uns gelang, ihr Leben reicher und sonniger zu gestalten. Alles das, was den einzelnen gestattet, mehr Mensch zu sein, seine Lebenshaltung mehr der Lebenshaltung eines Kulturmenschen anzunähern, wird im einzelnen Falle und in vielen Tausenden von Fällen dadurch zerstört, daß der einzelne Arbeiter, wenn er sich herausgearbeitet hat aus dem Schlamme des Elends, durch die Arbeitslosigkeit wieder heruntergestoßen wird in den tiefsten Sumpf der Not und Entbehrung. Ungeheuer viel Kulturwerte gehen dadurch verloren. Es steht fest, daß wir zur Sicherung der Früchte unserer Tätigkeit, zur Sicherung dessen, was wir durch die Selbsthilfe im schweren Kampfe erreicht haben, der Fürsorge für die Arbeitslosen bedürfen. Wir werden den Gegnern nachweisen müssen, daß dieser Kampf für Arbeitslosenfürsorge ein Kampf für das Wohl des ganzen Volkes ist. Die alljährlich wiederkehrende große Arbeitslosigkeit führt zur Entartung des Volkes. Viele Arbeiter können sich nicht so ernähren, wie sie es müßten, um ihrem schweren Berufe gewachsen zu sein. Das kann auch der Wehrkraft des Volkes nicht zum Vorteil sein. So können wir unsere Gegner mit guten Gründen zwingen, dieser Frage ernsthaft näher zu treten. Allerdings sind wir als Vertreter der Arbeiter besonders daran interessiert. Die höchste Errungenschaft, die die Arbeiterbewegung aller Länder erzielt hat, ist, daß sie in dem Arbeiter das Selbstbewußtsein gestärkt hat, daß Bewußtsein, daß er seinem Unternehmer als Gleicher gegenübersteht, daß er im Staate das gleiche Recht verlangen kann, daß er weiß, daß er eine Menschenwürde zu wahren hat. Aber dies Selbstbewußtsein wird immer wieder untergraben durch die Furcht,

arbeitslos zu werden. Es ist keine Frage, daß der Arbeiter, der weiß, daß er, wenn er hier an einer Stelle entlassen wird, wochenlang, vier, fünf, sechs Monate herumlaufen muß, ehe er eine andere Beschäftigung findet, nicht imstande ist, seine Würde als Mensch und Arbeiter gegenüber den Zumutungen der Unternehmer so zu wahren, wie wir es wünschen, und wie es für den Fortschritt unserer Bewegung notwendig ist. Ich gebe mich nicht der Illusion hin, als wäre eine Arbeitslosenfürsorge der Zauberstab, der mit einem Schlage aus Knechtsseelen Männer schaffen könnte. Aber eine Stärkung ist es, wenn der Arbeiter weiß, daß er auch im Falle der Entlassung den Strudeln des Lebens nicht ganz preisgegeben ist.

In Ermangelung einer ausreichenden Statistik fehlt uns eine genaue Uebersicht über den Grad der Arbeitslosigkeit. Es steht aber fest, daß die Kurve der Konjunktur sich gegenwärtig wieder entschieden nach unten senkt. Jede Industrie steht entweder mitten drin in der Krise oder sie ist nahe daran. Besonders trifft das für das Baugewerbe zu, für das die Frage der Arbeitslosenfürsorge eine größere Rolle spielt als für die meisten anderen Gewerbe. Die Bauarbeiter waren infolge der Eigenart ihres Berufes bisher zum größten Teil nicht in der Lage, durch Selbsthilfe eine Sicherung gegen die zerstörende Wirkung der Arbeitslosigkeit zu schaffen. Sie sind jetzt aber auf dem besten Wege dazu, allerdings durch Auferlegung sehr großer Opfer.

Aus den Konjunkturberichten, die wir im Bauarbeiterverband aus etwa 120 Orten eingefordert haben, schließen wir, daß gegenwärtig in dieser Zeit, die sonst eine Zeit gesteigerter Bautätigkeit ist, wo die Herzbelebung eintritt, 18 bis 20 Prozent der ganzen deutschen Bauarbeiter ohne Beschäftigung sind. (Lebhaftes Hört! hört!) In Hamburg, wo man in der Bauarbeiterorganisation eine gute Kontrolle über die Arbeitslosen führt, haben sich in den letzten Monaten von 11 000 Arbeitern im Durchschnitt 2700—3000 pro Monat arbeitslos gemeldet. (Lebhaftes Hört! hört!) In Berlin sind die Zustände nicht besser, ebenso sind sie in Kiel, Lübeck, Hannover, Breslau, München, Nürnberg, Regensburg und vielen anderen Städten. Ueberall herrscht eine Arbeitslosigkeit von einer Wucht, wie wir sie seit 1908 nicht gehabt haben, um nicht in spätere Zeiten zurückzugehen. Bei uns an der Zentralstelle im Bauarbeiterverbande kommen manchmal Briefäußerungen ergreifender Art, herzrührender Verzweiflung an, die uns an das Wort erinnern: „Wenn ihr wüßtet, was ich weiß, dann würdet ihr viel weinen und wenig lachen!“ Viele Zehntausende leben in bitterer Not, während die herrschenden Klassen in Jubelfeiern schwelgen. (Sehr richtig!) Ueber die Art der Abhilfe sind wir uns klar. Bei dem Kampfe in den Parlamenten dürfen wir uns nicht dadurch beirren lassen, daß die Gegner die Frage der Arbeitsnachweise in die Diskussion werfen. Diese Frage muß davon ganz getrennt bleiben. Verknüpfen wir erst die Arbeitsnachweisfrage mit dieser Frage, dann können wir die Erfüllung unserer Wünsche auf den Sankt-Nimmerleinstag hinausschieben. Das Genter System ist anzustreben, d. h. die Einrichtung der Arbeitslosenfürsorge in Anlehnung an die Gewerkschaften, die die Gewißheit bieten, daß die Arbeitslosenhilfe in die richtigen Hände kommt. Die Gewerkschaften sind ja gezwungen, eine gute, ausreichende Kontrolle zu führen. Darin sollten auch die Behörden, die Gemeinden, die Städte eine ausreichende Gewähr sehen, daß nicht Leute der Arbeitslosenfürsorge teilhaftig werden, denen sie in Wirklichkeit nicht zukommt. Wenn wir die Arbeitslosenfürsorge erst einmal im großen Umfange haben, dann wird auch das Interesse der herrschenden Gewalten an der Regelung der Arbeitsnachweisfrage ganz andere sein. Wenn die Arbeitsnachweise der Großindustriellen, der Metallindustriellen, die empörendsten Dinge verüben können, ohne daß eine Staatsgewalt einschreitet, dann wird es von dem

Augenblick an, wo die öffentlichen Haushalte für die Opfer der Arbeitslosigkeit aufkommen müssen, etwas anders werden. Dann wird dort das Interesse an einer öffentlich-rechtlichen Regelung der Arbeitsnachweisfrage lebendig werden, weil dann ein materieller Druck dahintersteht.

Ich sehe eine gewisse Gefahr darin, daß die Gegner, in dem Bestreben, unseren Kampf zu vereiteln, wieder zu dem Mittel greifen werden, unsere Bestrebungen als parteipolitisch zu verdächtigen. Daß sie sagen werden: das ganze ist nur eine Agitationsmache, es fehlt der Sozialdemokratie wieder einmal an einem guten, zündenden Agitationsstoff, deshalb beschäftigt sie sich jetzt mit den Arbeitslosen. Wir dürfen diesen Bestrebungen keinen Vorschub leisten. Wir müssen in der Agitation alles vermeiden, was den Gegnern ein Recht geben könnte, unsere Bestrebungen in dieser Weise zu diskreditieren. Wir müssen vor allen Dingen immer betonen, daß es sich gar nicht um eine Parteisache handelt, daß die Linderung der Not eine Sache des ganzen Volkes ist, die hoch über allem Parteigetriebe steht. Wir appellieren nicht an die politische Ueberzeugung des einzelnen, sondern an das Kulturgewissen und das menschlich-sittliche Empfinden. Dort, wo überhaupt ein Funken von sozialem Verständnis ist, wo man sich durchgerungen hat zu der Erkenntnis, daß der Staat die Pflicht hat, für die Opfer der Wirtschaftsordnung aufzukommen, dort hoffen wir Unterstützung zu finden. Wir allein können es ja nicht machen. Wir sind meist eine Minorität und sind darauf angewiesen, unsere Bestrebungen den Angehörigen anderer Parteien mitzuteilen. Es kommt nicht darauf an, Agitationsstoff zu schaffen, sondern Brot für die vielen Tausende von Arbeitslosen. (Lebhafter Beifall.)

Böttger-Mannheim: Zu den wenigen Landesregierungen Deutschlands, die in der Arbeitslosenfrage aus dem Stadium theoretischer Erwägungen zur praktischen Betätigung übergegangen sind, gehört neben Bayern bekanntlich auch Baden. Diese Feststellung soll kein Kompliment sein, es handelt sich nur um eine selbstverständliche Tatsache. Die badische Regierung hat vor etlichen Jahren eine Denkschrift herausgegeben, die das Produkt einer Konferenz der verschiedenartigsten Interessengruppen ist. Als charakteristisches Merkmal kann festgestellt werden, daß darin eine Verbeugung der badischen Regierung vor dem sozialdemokratischen Parteiprogramm enthalten ist. Es ist keine Verbeugung etwa in einem Winkel von 45 Grad, aber es ist immerhin eine Anerkennung dessen, was wir theoretisch in unserem Parteiprogramm festgelegt haben. Ein wohltuender Gegensatz zur Haltung anderer Landesregierungen in dieser Frage. Es wird, wenn auch nicht mit offener Gradheit, zugegeben, daß die Ursachen der periodisch auftretenden Arbeitslosigkeit zum Teil in der privatkapitalistischen Produktionsweise begründet sind. Wir sind dazu übergegangen, uns in der Arbeitslosenfürsorge praktisch zu betätigen. Der letzte Landtag hat der Regierung den Auftrag gegeben, in den neuen Etat 100 000 Mk. einzustellen, die als Zuschuß für solche Gemeinden gedacht sind, die bereits die Arbeitslosenfürsorge eingeführt haben. Neben dem politischen Eiertanz, den das Zentrum bei der Beratung dieses Antrags aufgeführt hat, haben die politischen Vertreter der christlichen Gewerkschaften mit einer einzigen Ausnahme und die wenigen Konservativen im badischen Parlament geschlossen gegen diesen Antrag gestimmt. (Hört! hört!) Aehnliche Beispiele bieten sich in den verschiedensten Städten des badischen Landes. Man hätte eigentlich annehmen sollen, daß angesichts eines immerhin akzeptablen Standpunkts der Landesregierung eine Reihe von Städten doch dazu übergehen würden, eine Arbeitslosenfürsorge einzuführen. In Wirklichkeit sind es nur Freiburg und Mannheim, die eine Arbeitslosenfürsorge in halbwegs modernem Sinne besitzen. Unsere Vertreter

auch der anderen Stadtverwaltungen haben entsprechende Anträge gestellt, das Zentrum hat aber ihre Annahme zu verhindern gesucht. Aber auch unsere Blockbrüder, die Nationalliberalen und Fortschrittler haben sich zum größten Teil gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung erklärt. Besonders wir in Mannheim können ein Lied von den Schwierigkeiten und Widerständen unserer Gegner singen. Trotz des Widerstands der Arbeitervertreter im Mannheimer Stadtparlament sollten wir uns mit einer sogenannten Spareinrichtung begnügen, die außerdem noch verlangte, daß die Arbeitslosen sich unter die Zuchtrute des industriellen Arbeitsnachweises beugen sollten. Wir haben unseren Arbeitslosen dagegen nicht nur passive Resistenz empfohlen, sondern sind auch zum offenen Protest übergegangen. Die Folge war, daß die Stadtverwaltung in bezug auf Unterstützung der Arbeitslosen in dem betreffenden Budgetjahr nur ganze 8 Mk. auszugeben hatte. Damit war die Niederlage des Mannheimer Sparsystems begründet und die Bahn für die Einführung einer modernen Arbeitslosenfürsorge, die sich eng an das Genter System anschließt, frei. Das Genter System birgt allerdings auch eine Reihe von Nachteilen. Es hört sich schön an, wenn man sagt, daß die Stadtverwaltungen den Berufsvereinen Zuschüsse leisten müssen. Da sind aber gewisse Bedingungen zu erfüllen. Die Stadtverwaltungen verlangen, daß ihren Organen die Kontrolle darüber eingeräumt wird, ob der Arbeitslose bezugsberechtigt ist oder nicht, ebenso sollen diese darüber entscheiden, ob die Arbeitslosigkeit verschuldet oder unverschuldet entstanden ist. Das war ein reaktionärer Pferdefuß, der neben anderen Mängeln aus der jetzigen Mannheimer Arbeitslosenfürsorgeversicherung herausgeguckt hat. Wir haben uns bemüht, alle diese Nachteile zu beseitigen, und es ist uns glücklicherweise auch gelungen, indem die Kontrolle mehr und mehr in die Hände der Gewerkschaftsfunktionäre gelegt werden dürfte. Die Mannheimer Industriellen und ihre Sprecher im Stadtparlament verlangten als Vorbedingung zur Einführung der Arbeitslosenfürsorge eine einheitliche Arbeitsvermittelung. Das ist absolut genommen aber gar nicht notwendig, so wünschenswert und vorteilhaft ein zentralisierter paritätisch geleiteter Arbeitsnachweis auch sein mag. Ueber solche Schwierigkeiten kommen wir nur hinweg, wenn wir so stark sind, daß wir den Gegnern unseren Willen aufzwingen können. Ich empfehle Ihnen die Resolution und den Antrag Hoch zur Annahme. Die Massen müssen, wenn Resolutionen und Petitionen keine Beachtung mehr finden, gegebenenfalls mit schwieliger Faust an die Türen der Rathäuser pochen, um dort ihr soziales Recht zu verlangen. (Beifall.)

Treu-Nürnberg: Der Parteitag dürfte wohl einig sein darin, daß die endgültige Lösung der Arbeitslosenversicherung nur Sache der Reichsgesetzgebung sein kann, und daß die bürgerlichen Parteien im Reichstage gezwungen werden müssen, in der Frage endlich einmal Farbe zu bekennen. Vorläufig weiß man nur, daß bei ihnen große Neigung besteht, überhaupt nichts zu tun. Jetzt wird mit den Interessen der Arbeitslosen geradezu Schindluder getrieben durch die fortwährende Verschiebung der Sache von einer gesetzgebenden Körperschaft zur anderen. Aber selbst wenn es gelingen sollte, im Reichstage die bürgerlichen Parteien für die Arbeitslosenfürsorge zu gewinnen, so ist damit gegenwärtig den Arbeitslosen noch sehr wenig gedient. Soweit wir unsere Reichsregierung kennen und ihre Tatkraft in der sozialen Gesetzgebung beurteilen können, wissen wir, daß bei ihr alles nur im Schneckentempo erfolgt. Die Regierung würde lange Zeit brauchen, ehe sie praktische Arbeit leisten würde. Gegenwärtig aber handelt es sich darum, möglichst schnell Hilfe für unsere arbeitslosen Kollegen zu schaffen. Das kann geschehen mit Hilfe der Gemeinden. Selbstverständlich kann dadurch die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt, aber die Folgen derselben können gemildert werden. In einer

Reihe von Städten sind Anfänge vorhanden, in einzelnen Staaten sind Mustersatzungen ausgearbeitet. Es handelt sich also nur noch lediglich darum, die nötigen Mittel flüssig zu machen. Freilich wird es auch in den Gemeinden harte Kämpfe geben. Es ist schwer festzustellen, wer in dieser Frage jesuitischer ist, die Liberalen oder das Zentrum. (Sehr richtig!) Unsere Liberalen sind im allgemeinen keine großen Freunde eines weiteren Ausbaues der Sozialgesetzgebung. Das gilt auch von dem sogenannten Linksliberalismus, dem Freisinn. Das zeigt sich am deutlichsten in den Orten, wo der Freisinn dominiert. Hat doch in Nürnberg so ein Freisinnsheld, ein früherer Reichstagskandidat, zu dieser Frage erklärt, daß es Sache der Armenpflege sei, für die Arbeitslosen zu sorgen. (Hört! hört!) Echt freisinnig! Man will also die bedauernswerten Opfer unserer heutigen Gesellschaftsordnung auf die Einrichtungen der Armenpflege verweisen, um ihnen die wenigen politischen Rechte noch vollends zu rauben. Ein anderer freisinniger Führer und gegenwärtiger Landtagsabgeordneter erklärte: „Warum verwenden denn die Gewerkschaften ihre Millionen nicht dazu, die Arbeitslosen zu unterstützen?“ Also, die Freisinnigen wieder Hand in Hand mit der „Kreuz-Zeitung“, die dasselbe verlangt hat. Trotzdem ist es gelungen, in Nürnberg 30 000 Mk. in den städtischen Etat für Zwecke der Arbeitslosenversicherung, als Grundstock, einzustellen. Wenn die Liberalen teilweise ihre Zustimmung dazu gegeben haben, so nur unter der Bedingung, daß die Summe nur dann verwendet werden darf, wenn auch der bayerische Landtag die gleiche Summe zur Verfügung stellt. Nun liegt die Kundgebung des bayerischen Prinzregenten vor. Hoffentlich sorgt nun das Ministerium dafür, daß der Wille des Herrschers in die Tat umgesetzt wird. Unsere Prozentpatrioten stehen ja sonst auf dem Standpunkt, daß an einem Königswort nicht gedreht und nicht gedeutelt werden darf. Jetzt haben sie ja die beste Gelegenheit dazu, dafür zu sorgen, daß das Königswort eingelöst wird. Unsere bürgerlichen Parteien, Liberale und Zentrum, müssen hier einmal zeigen, daß man bei solchen Dingen nicht nur den Mund spitzen, sondern auch pfeifen muß. (Beifall.)

Dr. Quarck-Frankfurt a. M.: Mein Wahlkreis Frankfurt a. M. ist keine ausgesprochene Fabrikstadt, er wird von industriellen Krisen mehr indirekt berührt. Aber er hat um sich einen Kranz von Fabrikstädten, die in der Zeit der Krise ihre Arbeitslosenelemente nach Frankfurt a. M. schicken und dort die Arbeitslosigkeit so steigern, daß es früher bereits zu den großen Arbeitslosenkundgebungen gekommen ist, die Ihnen wohl ja allen in Erinnerung sind. Trotzdem hat die Stadt nichts getan, um sich dem Problem der Arbeitslosenversicherung auch nur zu nähern. Da haben wir nun aus der neuesten Zeit ein sehr interessantes Urteil zu verzeichnen, das selbst Staatsbehörden jetzt gezwungen sind, über diese Untätigkeit der Gemeinde abzugeben. Natürlich sammeln sich die Arbeitslosen in solchen Verkehrszentren mit Vorliebe in den Wartesälen der Bahnhöfe. Sie kennen ja wohl die herrlichen Hallen des Frankfurter Bahnhofs. Diese Hallen sind freilich nicht für Arbeitslose gebaut, sondern sollen in erster Linie den Passagieren zur Verfügung stehen. Als sich die Arbeitslosen mehr und mehr in den Sälen anhäuften, hat die staatliche Eisenbahnbehörde eine Vereinbarung mit der Frankfurter Polizei dahin getroffen, daß, wer zum zweitenmal arbeitslos ohne Fahrkarte in den Hallen angetroffen wird, ohne weiteres wegen Hausfriedensbruchs angezeigt werden soll. (Hört! hört!) Leute, die kein Haus, die keine Wohnung haben, werden von vornherein zu Hausfriedensbrechern gestempelt. (Erneutes Hört! hört!) Das hat mir Veranlassung gegeben, mich an die Eisenbahnverwaltung zu wenden und nach dem Grund für dieses rigorose Vorgehen zu fragen. Da bekam ich nun die bezeichnende Antwort, daß man

nur ungern zu diesem Mittel gegriffen habe, aber der Zusammenstrom sei zu groß, und im übrigen sei es doch auffällig, daß ein großer Teil dieser Arbeitslosen (es handelt sich nicht etwa bloß um arbeitsscheue Elemente) als direkten Grund ihres Aufenthalts angebe, daß die Stadt keine Vorkehrungen für Arbeitslose getroffen habe. (Hört! hört!) Hier haben wir also aus dem Munde einer preußischen Behörde die denkbar schärfste Kritik einer Kommunalverwaltung. Ich bitte Sie, das in der Agitation nach Gebühr zu benutzen. Wir werden es natürlich auch im Reichstag verwenden, um dem Staat zu sagen, daß er nicht in denselben Fehler verfallen darf, wie die Gemeinden. (Sehr richtig!) Es ist natürlich sehr leicht, wenn der Staat sich darauf herausredet, daß in den Gemeinden nichts geschieht. Aber der Staat hat auch allen Anlaß, die Gemeinden anzufeuern. Er ist ja auf anderen Gebieten nicht so zimperlich, wenn es sich um die Gemeinden namentlich in Preußen dreht. (Sehr gut!)

Die Behandlung der Arbeitslosenunterstützungsfrage durch unsere Partei hat eine außerordentlich große prinzipielle Bedeutung. Es steht fest, daß sich die Arbeitslosenversicherung nicht durchführen läßt ohne Mitverwaltung der freien Gewerkschaften. (Sehr richtig!) Das zeigt die Mitteilung unseres Mannheimer Freundes über die Vorgänge in Mannheim, das zeigt der große Versuch, der jetzt in England gemacht ist, das beweist Dänemark, das zeigt nebenbei das Fiasko aller Versuche, die ohne die Gewerkschaften unternommen werden sollten. Man kann eben die Entscheidung über so tief in das Arbeiterleben einschneidende Dinge wie die Arbeitslosigkeit nicht treffen ohne Mitverwaltung derer, die selbst davon getroffen werden, und da vollzieht sich nun hoffentlich eine Entwickelung, wie sie sich vollzogen hat auf dem Gebiet der Rechtsprechung. Auf diesem Gebiet haben wir ja glücklicherweise unter reger Mithilfe unserer Partei die Arbeitsgerichte gegen die Justizbureaukratie durchgesetzt. Nun wohl, greifen wir auch hier auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung mit verdoppelter Kraft ein, denn gerade dieses Gebiet verspricht die Möglichkeit, mit der Versicherungsbureaukratie in Deutschland wenigstens zu einem kleinen Anfang aufzuräumen. Mit der Versicherungsbureaukratie, die darin besteht, daß die ganze Organisation unserer Arbeiterversicherung — am krassesten tritt das ja bei der Unfallversicherung hervor — wenn nicht gegen, so doch mindestens neben den freien Organisationen der Arbeiter organisiert ist! Im ursprünglichen Bismarckschen Sinne ist sie direkt gegen die Arbeiter organisiert. Die Arbeitslosenversicherung aber kann nicht gemacht werden ohne die Zuziehung der Arbeiterorganisationen, sie wird also zu einem Element der Umwälzung unserer ganzen Versicherungsorganisation, wenn wir sie richtig anfassen. Die Arbeitslosenversicherung drängt angesichts der ungeheuren industriellen Entwickelung. Die Arbeitslosigkeit wird in diesem Winter wie ein Sturm durch die deutschen Gaue jagen, wie wir es noch nicht erlebt haben. Benutzen wir diesen Wind und benutzen wir die Tatsache, daß durch die Arbeitslosigkeit die herrschenden Gewalten zwischen Scylla und Charybdis kommen, sie müssen helfen, ob sie wollen oder nicht, und wenn sie helfen wollen, müssen sie die Berufsorganisationen der Arbeiter zuziehen. Sorgen wir dafür, daß die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland aus diesem Druck nicht ohne Erschütterung ihrer bureaukratischen Sozialgesetzgebungen, und nicht ohne wesentliche Zugeständnisse an die Arbeiterschaft herauskommt. (Bravo!)

Molkenbuhr: Mit wenigen Worten will ich mich zunächst gegen den Antrag 105 wenden. In der Resolution Timm ist bereits gesagt, daß die Organisationen alles aufwenden sollen, was auf dem Gebiet der Agitation getan werden kann. Einer besonderen Vereinbarung mit der Generalkommission bedarf es darum nicht. Es ist nicht Aufgabe der Generalkommission, bei der Agitation der sozialdemokratischen Partei mitzuwirken. Das ist eine unpolitische Organisation, die wohl die Aufgabe hat, die Gewerkschaften zu beraten, wie sie die Arbeitslosenunterstützung ausbauen sollen, aber zum Sturm auf die Gesetzgebung ist die politische Partei da, und ich darf wohl versichern, daß seitens des Parteivorstandes nichts versäumt wird, die Agitation so nachdrücklich und nachhaltig zu gestalten wie es möglich ist.

Dann zur Frage selber. Die Frage der Arbeitslosenversicherung ist nicht mehr neu, sie ist schon sehr viel diskutiert worden und wird immer akuter, da die Arbeitslosigkeit Erscheinungen hervorruft, gegen die sich ein moderner Kulturstaat auf die Dauer nicht passiv verhalten kann. An und für sich ist es aber nicht lediglich eine Kulturfrage, wie Genosse Winnig meinte, sondern eine Frage, die einen Widerstreit der Klassen hervorruft, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann. (Sehr richtig!) Gewiß geht die Arbeitslosigkeit nicht lediglich die Arbeiterschichten an, aber ein besonderes Interesse daran, daß die Arbeitslosenversicherung nicht eingeführt wird, haben die Kapitalisten, die alle Mittel anwenden, die Löhne zu drücken. Für sie ist eine Arbeitslosenarmee das eigentliche Werkzeug, die Arbeiter in ihrer Lebenshaltung herunterzudrücken. Sie brauchen den Hunger der Arbeitslosen, weil das für sie ein Mittel ist, sich selbst die Taschen zu füllen. Umgekehrt hat die Arbeiterklasse das entgegengesetzte Interesse, das dahingeht, all diejenigen Dinge zu beseitigen, die ein furchtbares Machtmittel in den Händen der Kapitalisten sind. Also hier ist ein eigentlicher Klassengegensatz gegeben. Nebenbei besteht natürlich auch ein allgemeines Kulturinteresse, daß nicht viele Menschen verhungern. Die kapitalistischen Staaten selbst hätten eigentlich ein sehr großes Interesse daran, diesem Elend, diesem Hunger entgegenzuwirken, denn die Arbeitslosigkeit kommt ja den Staaten und Gemeinden usw. gar nicht ganz billig zu stehen. Der Arbeitslose setzt sich doch nicht in irgendeinen Winkel, um zu verhungern, er sucht sich mit irgendwelchen Mitteln über Wasser zu halten. Er zieht entweder als Bettler auf der Landstraße umher — und es ist ungeheuerlich, wie da mit dem Menschenmaterial, das die Gesellschaft benutzen könnte, gewüstet wird, wieviel Menschen im Kot der Landstraße zugrunde gehen. Der Bettler kostet aber der Gesellschaft nicht nur das, was er sich zusammenbettelt, sondern Sie wissen, daß er als Angeklagter vor Gericht geschleppt, in Korrektionshäuser gebracht, vielfach auf die Bahn des Verbrechens getrieben wird. (Sehr wahr!) Wenn man einmal all die Kosten zusammenrechnen könnte, die so die Arbeitslosen der Gesellschaft kosten, das, was erbettelt wird, die Unterhaltung in Gefängnissen, in Korrektionshäusern, so würden sicher Summen herauskommen, die, wenn man sie zur rechten Zeit anwenden würde, so manchen davor bewahren würden, ein überflüssiges Glied der Gesellschaft zu werden. (Lebhafte Zustimmung.) Früher angewandt, würden die Kosten vielleicht gar nicht mal viel teurer werden. Ich bin fest überzeugt, man würde sich sehr leicht entschließen, diesen Weg zu beschreiten, wenn dem nicht das Interesse der mächtigen Kapitalisten entgegen stände, die Vorteile aus dieser Not haben. (Sehr richtig!) — Falsch ist es auch, wenn man die Arbeitslosenversicherung und -fürsorge als eine reine Krisenfrage behandeln will. Das ist sie ebensowenig, wie die Krankenversicherung eine Epidemiefrage ist. Krisen lassen das Uebel ja allgemeiner in die Erscheinung treten, aber wir haben doch eine chronische Arbeitslosigkeit, die sich überall bemerkbar macht. Viele Ursachen bewirken ständig eine gewisse Arbeitslosigkeit. Bei Landarbeitern, Schiffern, Erd- und Bauarbeitern die Witterungsverhältnisse, in anderen Gewerben kommt wieder die Saisonarbeit in Betracht wie bei den Schneidern, Kürschnern usw., dann wirkt auch die Mode mit, z. B. wenn es Mode wird, mit einem Male weniger Samt zu

verwenden, so stehen die Samtwebereien still usw. Also, an der einen oder anderen Stelle ist immer Arbeitslosigkeit vorhanden und in Zeiten der Krise tritt sie dann akut, namentlich in einzelnen Gewerben auf. Ich will Sie nicht mit langen statistischen Zahlen belästigen und nur auf die Statistik unserer Unfallversicherung hinweisen, wo die Zahl der Vollarbeiter ergibt, wieviel Arbeitstage von den Versicherten geleistet werden. Da haben wir im Jahre 1908 einen Rückgang gegen 1907 von hunderttausend Vollarbeitern. Das scheint gering, aber man muß bedenken, daß allein die zwölf Baugewerksberufsgenossenschaften schon einen Rückgang von etwa 116 000 Vollarbeitern aufweisen. Da kommt wieder in Betracht, daß einzelne Baugewerksberufsgenossenschaften sogar Steigerungen hatten, daß die Krise in einzelnen Gegenden in ganz furchtbarer Schärfe hervortrat.

Es ist im wesentlichen betont worden, daß man in den Gemeinden vorgehen soll. Wir haben das bei uns in Schöneberg auch gemacht. Wir haben einen kleinen Anfang von Arbeitslosenversicherungen, indem Zuschüsse aus städtischen Mitteln an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die Arbeitslosenunterstützung erhalten, gezahlt werden. Wir haben auch nebenbei einen Zuschuß für Sparer, der der Gemeinde so gut wie gar nichts kostet, weil die Sparer fast gar nicht vorhanden sind, und haben außerdem noch Speisemarken für solche, die weder organisiert noch Sparer sind. Aber das hat uns bis jetzt nicht viel Geld gekostet. Jetzt haben wir angeregt, die Sache für Groß-Berlin einheitlich in Fluß zu bringen, und der Magistrat hat erklärt, daß er sich unserem Antrag anschließt und gleichzeitig mit den anderen Städten von Groß-Berlin eine Petition an den Reichstag vorbereiten will. Auf die Dauer kann die Reichsregierung sich dieser Forderung der Arbeitslosenversicherung nicht widersetzen. Bisher hat Deutschland immer geprahlt mit seiner Arbeiterversicherung, jetzt aber hat das auf diesem Gebiete junge England Deutschland schon so in den Schatten gestellt, wie man es vor wenigen Jahren kaum für möglich hielt. (Sehr richtig!) Während Deutschland, selbst wenn die Hinterbliebenenversicherung voll in Wirksamkeit getreten sein wird, höchstens auf 120 Millionen Mark Zuschuß kommt, zahlt England bereits das Dreifache bei geringerer Bevölkerung. Da ist bewiesen, daß mehr gegeben werden kann aus öffentlichen Mitteln. England ist so als Pionier auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung vorangegangen, man kann jetzt nicht mehr sagen, wie bisher immer, es geht nicht, deshalb heißt es, nachdrücken, und ich glaube auch, wir werden Erfolg damit haben. (Lebhafter Beifall.)

Boehle-Straßburg: Timm hat angeführt, daß in Straßburg schon 1906 die Arbeitslosenunterstützung eingeführt wurde. Das war nur dadurch möglich, daß wir damals eine starke sozialdemokratische Fraktion auf dem Rathaus hatten, und sie war es, die einen Antrag nach dieser Richtung stellte. Wir verlangten damals, daß nach dem Genter System das Schwergewicht auf die Gewerkschaften gelegt werde, daß nur gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Beihilfe der Stadt zugute kommen solle. Dieser Antrag wurde angenommen, und ich kann feststellen, daß bis zum heutigen Tage ernsthafte Differenzen zwischen den Gewerkschaften und der Stadtverwaltung nicht in die Erscheinung getreten sind. (Hört! hört!) Die Kontrolle liegt in den Händen der Gewerkschaften, die Stadtverwaltung nimmt nur eine Ueberprüfung vor und zahlt anstandslos die damals bewilligten Beträge aus. Natürlich stehen wir im Elsaß nicht auf dem Standpunkt, daß nur die Städte Mittel zur Arbeitslosenunterstützung bereitstellen, sondern wir gehen weiter, und ich glaube im Namen der gesamten sozialdemokratischen Landtagsfraktion Elsaß-Lothringens erklären zu können, daß wir in diesem Winter mit aller Energie an diese Frage herangehen werden. Wenn wir es bisher noch nicht getan haben, so einfach aus dem Grunde, weil wir noch ein ganz junges Parlament sind, erst zwei Winter parlamentarisch tätig sind. Daher war es bei der Fülle des Materials nicht möglich, zu dieser wichtigen Frage Stellung zu nehmen. Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß, wenn diese Frage bei uns aufgerollt werden wird, es lediglich auf das Zentrum ankommen wird, das mit uns in der zweiten Kammer des Landtags die Mehrheit hat, ob die Frage so weit gebracht werden kann, daß Mittel seitens des Staates zur Unterstützung der Arbeitslosen zur Verfügung gestellt werden. Es wird also eine Belastungsprobe für die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums sein, und wir werden im nächsten Jahre Gelegenheit haben, zu berichten, ob das Zentrum wirklich den ernsten Willen gezeigt hat, seine Arbeiterfreundlichkeit in die Tat umzusetzen. Ein Wort zum Antrag Hoch. Auch ich halte ihn für überflüssig, weil nach meiner Auffassung, wenn die Resolution des Referenten einstimmig angenommen wird, woran ich nicht zweifele, die Richtlinien gegeben sind. Es ist selbstverständlich, daß alle Mittel zur Anwendung gebracht werden müssen, um die weitesten Kreise der Arbeiterschaft für diese Frage zu interessieren. Man wird sich nicht darauf beschränken dürfen, in den Parlamenten und Gemeindekörperschaften diese Frage aufzurollen, sondern auch in öffentlichen Versammlungen, und so wird dafür gesorgt werden müssen, daß die Arbeiterschaft im allgemeinen für diese Frage interessiert wird. (Bravo!)

Silberschmidt-Berlin: Wenn in der Resolution des Referenten gesagt ist, daß die Arbeitslosigkeit eine ständige und periodisch immer stärker auftretende Begleiterscheinung und Folge unserer kapitalistischen Produktionsweise ist, so deckt sich diese Auffassung durchaus mit den tatsächlichen Verhältnissen. Genosse Molkenbuhr hat sehr treffend gezeigt, daß die kapitalistische Produktion, die Kapitalisten selbst ein starkes Interesse an der Reservearmee der Arbeitslosen haben, und daß von ihnen aus daher eine der hauptsächlichsten Gegenwirkungen gegen eine Beseitigung oder Linderung der Arbeitslosigkeit zu erwarten ist. Ich möchte noch einige Worte sagen, um zu zeigen, daß die allgemein auftretende Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Staaten ungleichmäßig ist. Nicht auf dem ganzen europäischen Kontinent tritt gegenwärtig die Arbeitslosigkeit in gleichem Maße auf, sondern ihre Stärke wird von der jeweiligen Reichspolitik stark beeinflußt. Wir finden in der Nähe des Balkans die ungeheuerlichsten Wirkungen der Arbeitslosigkeit und können beobachten, daß Staaten mit etwas vernünftigerer Reichspolitik von der Arbeitslosigkeit weniger erfaßt werden. Wir können in England zurzeit noch eine mäßige, fast gute Beschäftigung feststellen, und können in Dänemark, in einem Teil Schwedens und anderen Ländern nicht diese krassen Wirkungen der Arbeitslosigkeit beobachten, wie sie die Folge der gegenwärtigen Zoll-, Handels- und Auswärtigen Politik usw. im Deutschen Reiche sind und die Situation für das deutsche Volk außerordentlich gefährlich machen. Also, nicht nur der allgemeine Grundsatz, der in der Resolution ausgesprochen ist, ist richtig, sondern unter Umständen kann dies Uebel, das am Marke des Volkes zehrt, auch durch ungeschickte und unzeitgemäße politische Maßnahmen der jeweiligen Regierung erheblich verschärft werden. Als deutsche Reichsbürger haben wir in dieser Hinsicht schwere Anklagen gegen unsere Staats- und Reichsregierung zu erheben. (Sehr wahr!)

Die Vertreter der verschiedenen Landesteile haben sich über die in ihrer Heimat herrschende Arbeitslosigkeit ausgesprochen. Wir als Berliner haben besonders schwer unter dieser Arbeitslosigkeit zu leiden. Ist doch in Berlin seit einer Reihe von Jahren eines der wichtigsten Gewerbe, das Baugewerbe,

besonders schwer bedrängt. In einer Zeit, wo sonst die Arbeitslosigkeit am niedrigsten ist, zählte der Deutsche Bauarbeiterverband über 23 Proz. seiner Mitglieder als Arbeitslose. (Hört! hört!) Die Holzarbeiter haben über 5000 Arbeitslose, und die anderen damit in Verbindung stehenden Gewerbe haben ähnlich unter diesen schrecklichen Zuständen zu leiden. Die Wirkungen, die diese Arbeitslosigkeit auf einen Stamm von Arbeitern, die mit zu denen gehören, die ein ziemlich hohes Lebensniveau erreicht haben, ausübt, sind geradezu verheerend. Eine große Summe von Lebensglück und Familienglück geht dabei verloren. Die Unsicherheit der Existenz des einzelnen Arbeiters beeinträchtigt außerordentlich stark sein Gemüts- und Seelenleben. Es wird die Widerstandskraft der Arbeiter im Kampfe geschwächt, ihr Trachten ist naturgemäß zuerst auf die Befriedigung des Hungers gerichtet. Wie unter der Einwirkung der Arbeitslosigkeit das Seelenleben der Arbeiter, ihre Kampfesfähigkeit, die Freude am Leben, an der Schaffung neuer Güter teilzunehmen, leidet, muß den, der dazwischen lebt, mit tiefem Weh erfüllen. Müssen wir doch beobachten, daß sonst kräftige, mutige, kampfeslustige Männer durch den Hunger und die Entbehrungen das Vertrauen in die eigene Kraft und unter Umständen auch auf anderen Gebieten verlieren. Hier handelt es sich um hohe ethische und moralische Werte, die unbedingt wach und lebendig erhalten werden müssen, wenn die sonstigen Aufgaben der Arbeiterbewegung nicht leiden sollen. In der Berliner Stadtverwaltung herrschen nicht die hier treffend gezeichneten Anhänger der Zentrumspartei oder Konservativen, wir haben ein anderes Kaliber wirtschaftlicher und politischer Gegner. Aber glauben Sie nicht etwa, daß unser Kommunalfreisinn besseres Verständnis der Situation entgegengebracht hat, daß etwa von ihm eine weitausschauende Politik zu erwarten wäre, die in Voraussicht kommender Dinge vorbeugend gewirkt hätte. Die Rückständigkeit, Zünftlertum, Angst vor der Belastung des Portemonnaies, können Sie bei der Beurteilung so wichtiger Fragen in der Berliner Stadtverwaltung ebenso antreffen, wie in anderen Kommunen. (Sehr wahr!) Es sind eben die ökonomischen Ursachen, die den Menschen bei seinen Handlungen leiten, und als ökonomische Gegner sind Freisinn, Zentrum und Konservative im Grunde genommen gleich. Darum sind wir nicht glücklicher daran, trotzdem wir eine freisinnige Stadtverwaltung haben. — Als Berliner gehören wir ja zu Preußen. Aber im preußischen Landtag werden nicht einmal jene Fragen mit Verständnis erwogen, die unsere Freunde aus Süddeutschland hier vorgetragen haben, obwohl dieser große in der Wirtschafts- und sonstigen Politik einflußreiche Staat Preußen vorangehen könnte. Wir müssen deshalb die dringende Erwartung aussprechen, daß auch im preußischen Landtag die Frage der Linderung der gegenwärtigen Not mit größerem Verständnis behandelt wird. Unsere kleine Fraktion wird sich das insbesondere angelegen sein lassen. Es gäbe da manches zu tun, um die preußische Regierung vorwärts zu treiben. Die Inangriffnahme umfangreicher Arbeiten im Baugewerbe und anderen Industriekreisen, insbesondere die Beschleunigung der in Aussicht genommenen Arbeit und die Verhinderung von Bevorzugung von ausländischen Arbeitern. (Sehr richtig!) Zunächst haben die eigenen Landeskinder Anspruch auf Beschäftigung. Ferner muß die Förderung des Kleinwohnungsbaus verlangt werden und es muß dafür gesorgt werden, daß in diesen Zeiten der äußersten Not und Bedrängnis des Volkes die Verteuerung der Lebensmittel nicht weiter vor sich geht. Es muß auf Herabsetzung der Zölle, auf Beseitigung der Einfuhrerschwernisse hingedrängt werden. Die Agitation wird nicht der Hauptzweck sein bei dieser ganzen Aktion. Aber es wird doch eine der wesentlichsten Aufgaben sein, auf die Kreise derer einzuwirken, die in der Zeit der Arbeitslosigkeit am ehesten geneigt sind, mutlos

in die Zukunft zu blicken und sie aufzurufen, mitzuarbeiten, und ihnen klar zu machen, wer auch auf diesem Gebiete der getreue und zuverlässige Vertreter ihrer Interessen ist, nämlich die sozialdemokratische Partei, und die mit ihr in gleicher Richtung wirkenden Körperschaften und Organisationen. Es wird unsere Aufgabe sein, die Massen aufzurufen und ihnen auch bei dieser Gelegenheit zu zeigen, wer ihr Freund und wer ihr lauer Bruder ist. (Bravo!)

Giebel-Berlin: Wenn es schon richtig ist, daß die Frage der Arbeitslosenfürsorge keine Krisenfrage ist, so unterliegt es doch gar keinem Zweifel, daß gerade im Augenblick der Krise, wenn diese unglücklichen Folgen der kapitalistischen Produktion den Massen besonders auf den Fingernägeln brennen, auch das Verständnis, das Interesse und die Anteilnahme an dieser Frage sehr viel größer ist. Der gegenwärtige Augenblick muß deshalb ganz besonders ausgenutzt werden für die Förderung der Arbeitslosenversicherung, die Massen müssen mobilisiert werden, um der bürgerlichen Gesellschaft das Gewissen zu schärfen. Für solchen konzentrierten Kampf muß der Parteitag der Ausgangspunkt sein. Gewiß haben wir schon bislang praktisch in Gemeinden, Staat und Reich gearbeitet. Namentlich auch in Gemeinden sind aber doch erst recht kümmerliche Ansätze erzielt. Und doch müßte sich unser Kampf vornehmlich auch auf die Gemeinden lenken. Schon um jetzt für die vorhandene Not der Arbeitslosen noch Hilfe zu beschaffen; denn es wird durch einen scharfen heftigen Kampf, durch eine Konzentration der deutschen Arbeiterbewegung auf diese Frage, den Gemeinden leichter etwas abgerungen werden, als der schwerfälligen Staatsbureaukratie. Dadurch erreichen wir ein zweites: in den Gemeinden bekommen wir einen Bundesbruder für die Forderung nach reichsgesetzlicher Lösung. Unsere Reichsarbeiterversicherung kam erst dann zur Einführung, als in den Gemeinden die Ausgaben für Erkrankte und zu Unfall gekommene Arbeiter im Armenetat ganz gewaltig anschwollen. Da drängten die Stadtverwaltungen auch ihrerseits energisch nach gesetzlichen Maßnahmen. Wenn wir jetzt den Gemeindeverwaltungen zu kosten geben, in welchem Maße sie bei einer ausreichenden Fürsorge für die Arbeitslosen in den Säckel greifen müssen, dann werden sie genau wie bei der Arbeiterversicherung in den 70er Jahren, auf die reichsgesetzliche Regelung der Frage mit uns gemeinsam hindrängen. Aus diesen beiden Gründen möchte ich, daß mit den Mitteln der Resolution Hoch, die ich an sich für überflüssig halte, Sturm gelaufen werde gegen unsere Gemeindeverwaltungen, als erster Schritt zur reichsgesetzlichen Regelung der Arbeitslosenfürsorge. Ich glaube, dann wird es möglich sein, die Sache wesentlich schneller zu fördern.

Wir sollen aber auch bei dieser Angelegenheit die weiten Schichten der Privatangestellten nicht übersehen. Es muß die Aufgabe unserer Funktionäre und unseres Organisationsapparates sein, die Privatangestellten mit heranzuholen für den Kampf um die Lösung der Arbeitslosenfrage, ihnen das Verständnis einzuhämmern, daß auch sie in gleicher Weise wie die Handarbeiter interessiert sind an der Lösung dieser Frage. Die Verhältnisse liegen bereits gegenwärtig nicht minder schlimm für die vielen, über hunderttausend hinausgehenden Arbeitslosen unter den Angestellten. Es ist der Ausdruck des entsetzlichsten Elends, wenn man fast täglich in Zeitungen liest, daß Angestellte aus Verzweiflung über die häufig monatelange Stellenlosigkeit zum Selbstmord greifen, weil sie keinen anderen Ausweg mehr sehen aus diesem kapitalistischen Jammertal. Angesichts dieser Notlage und der Tatsache, daß die Klassenlage der Angestellten nicht anders ist als die der Handarbeiter, daß sie nicht imstande sind, von ihren kargen Gehältern für die Zeit der Stellenlosigkeit vorzusorgen, muß es möglich sein, auch die Angestellten für den Kampf um die Arbeitslosenversicherung aktiv zu interessieren. Wir haben

leider kein authentisches statistisches Material über den Umfang der Arbeitslosigkeit bei den Angestellten; aber das dürftige Material aus den Stellennachweisen größerer Angestelltenverbände zeigt schon, in welch erschreckendem Maße in den letzten Monaten dieses Jahres diese Arbeitslosigkeit um sich gegriffen hat. Allein im zweiten Vierteljahr dieses Jahres sind 93 000 stellensuchende Mitglieder der verschiedenen Angestelltenverbände hinzugekommen zu den rund 30 000, die arbeitslos geblieben sind aus dem ersten Quartal. (Hört! hört!) Wenn Sie berücksichtigen, daß das nur die Zahlen der Organisationen mit etwa 600 000 Mitgliedern sind, und daß diese 600 000 höchstens 30 Proz. der Angestellten ausmachen, so werden Sie einen Begriff bekommen von dem Umfang der Arbeitslosigkeit. Etwa 60 000 Stellungsuchenden standen nur etwa 25 000 Stellen zur Verfügung. Auch diese Ziffer hat sich stark gesenkt und beweist daher ebenfalls die stark gestiegene Arbeitslosigkeit der Angestellten. Wenn man berücksichtigt, daß die Massen der unorganisierten Angestellten in der Regel auch die wirtschaftlich Schwächeren sind, darf man annehmen, daß der Umfang der Arbeitslosigkeit ein viel größerer ist, als es aus diesen Zahlen ersichtlich wird.

Ich möchte dann noch die Aufmerksamkeit unserer Gemeindevertreter besonders in Anspruch nehmen für eine Frage, die in Angestelltenkreisen recht übel empfunden wird. Es besteht nämlich ein sogenannter Verband deutscher gemeinnütziger Schreibstuben, der sich angeblich die Versorgung der Angestellten bei Arbeitslosigkeit zur Aufgabe gemacht hat. Er wirkt aber nur lohndrückend für die Angestellten im Interesse der Prinzipale. Vielfach genießt dieser Verband aber Unterstützung von den Kommunen, und ich bitte die Gemeindevertreter darauf Rücksicht zu nehmen, daß der Passus der Resolution Timm, daß auf tarifmäßige Bezahlung geachtet werden soll, auch auf diese Einrichtungen anzuwenden ist. Wenn so Hand- und Kopfarbeiter gemeinsam für die Lösung der Frage kämpfen, dann wird es damit auch vorwärts gehen. (Beifall.)

Vorsitzender **Bock**: Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingelaufen.

Der Schlußantrag wird ausreichend unterstützt.

Brückner-Berlin: Der Umstand, daß wir mit unserer Zeit haushälterisch umgehen müssen, und daß nach meinem Gefühl die Frage der Arbeitslosenfürsorge auch genügend und mit größter Gründlichkeit debattiert worden ist, veranlaßt mich, Sie zu bitten, den Antrag auf Schluß der Debatte Ihre Zustimmung zu geben. Unzweifelhaft dürften neue Momente in der Debatte nicht mehr zutage gefördert werden, um so weniger, als ja fast aus allen Bezirken des Deutschen Reiches Vertreter der Arbeiterschaft zu Worte gekommen sind und ihre Ansicht zum Ausdruck gebracht haben.

Pflüger-Württemberg: Ich möchte Sie bitten, den Antrag auf Schluß der Debatte abzulehnen. Wir haben noch eine ganze Reihe von Fragen zu behandeln, und ich verweise namentlich darauf, daß wir aus Württemberg auch noch einiges zu sagen haben. Wir kommen aus einem Lande, wo die Regierung in der Frage der Arbeitslosenversicherung keinen Zug tut, aber gleichzeitig gewaltige Mittel zur Erhöhung der Zivilliste zur Verfügung stellt. Sie sehen also, daß sehr wohl noch neue Momente in die Debatte hineingetragen werden können. Ich bitte Sie deshalb, den gemeldeten Rednern die Möglichkeit zu gewähren, in dieser wichtigen Frage das zu sagen, was notwendig ist.

Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Timm (Schlußwort): Die Debatte hat eine wertvolle Ergänzung zur Behandlung der Frage der Arbeitslosenversicherung gegeben. Alle Redner haben betont, daß es notwendig ist, gegenwärtig diese Frage in den Vordergrund des ganzen öffentlichen Interesses zu stellen. Zu einigen Ausführungen in der Debatte nur noch wenige Bemerkungen.

Wenn ich insbesondere die Haltung einer bürgerlichen Partei, des Zentrums kritisiert habe, so bin ich mir doch auch darüber klar, daß die übrigen bürgerlichen Parteien in gleicher Weise innerlich gegen eine ausreichende Arbeitslosenfürsorge sind. Aber das Zentrum nimmt bekanntlich für sich in Anspruch, auf dem Gebiet der Sozialpolitik voran zu marschieren. Es rühmt sich in seinen Flugblättern, daß ihm der ganze Arbeiterschutz, die Versicherungsgesetzgebung, die Sozialreform in Deutschland zu danken sei. Da muß einmal öffentlich klar gestellt werden, wie gerade das Zentrum in der wichtigen Frage der Arbeitslosenfürsorge vollkommen versagt hat (lebhafte Zustimmung), daß das Zentrum durch seine Haltung es mitverschuldet hat, wenn praktische Ergebnisse im Reich, in den Einzelstaaten und in den Gemeinden, wo es ausschlaggebend ist, nicht erzielt sind. (Sehr richtig!) Wir haben gehört, daß in den Gemeinden dagegen, wo die Sozialdemokraten eine ausschlaggebende Bedeutung haben, auch die bürgerlichen Parteien auf die Dauer sich gegen unsere Forderungen nicht sträuben können. (Sehr richtig!) Das bietet eine Aussicht für die Zukunft. Wenn wir geschlossen unsere Aktion führen, dann werden wir sicherlich noch weitere Erfolge erkämpfen. Ganz mit Recht hat Treu die Haltung der Liberalen in Nürnberg kritisiert, ganz mit Recht hat Silberschmidt die Gegnerschaft des Berliner Kommunalfreisinns in der Arbeitslosenfürsorge beleuchtet; ich könnte noch hinzufügen, daß ein liberaler Gemeindevertreter in Augsburg das krasse Prinzip aufgestellt hat, es müsse immer eine genügende Anzahl von Arbeitslosen für die Industrie vorhanden sein. (Hört! hört!) Er hat also rücksichtslos den Standpunkt betont, daß Arbeitslose als Lohndrücker vorhanden sein müssen. (Erneutes Hört! hört!) Der politischen Gerechtigkeit wegen aber möchte ich doch erwähnen, daß die Liberalen des bayerischen Landtages unseren Anträgen ihre Zustimmung gegeben haben, natürlich nicht aus gutem Herzen, sondern weil die Verhältnisse sie dazu zwangen. Der Liberalismus ist unter dem allgemeinen Wahlrecht auf weite Kreise des Volkes angewiesen, so werden die bürgerlichen Parteien durch uns mehr und mehr zur Sozialpolitik gezwungen. Das habe ich gegenüber Winnig betonen wollen.

Er meinte, daß die Frage der Arbeitslosenfürsorge hoch über allem Parteigetriebe stehen soll. Wie macht sich denn die Sache praktisch? Kürzlich tagte bekanntlich eine internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es ist selbstverständlich, daß wir Sozialdemokraten alle Bestrebungen begrüßen, die darauf hinausgehen, das Elend in der heutigen Gesellschaft zu mildern; aber über die praktische Wirkung wollen wir uns doch auch klar sein. Auf den bürgerlichen Kongressen werden tiefgründig theoretisch alle möglichen Probleme erörtert. Es werden immer neue Schwierigkeiten aufgerichtet. Ich habe noch niemals auf einem solchen Kongreß eine Verdichtung zu einer gemeinschaftlichen Aktion wahrgenommen. (Sehr richtig!) Wenn die Tagungen vorbei sind, hört man nach einigen Monaten schon nichts mehr davon. Ich habe noch kein organisiertes Vorgehen gegen die Widerstände vernommen, die innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu überwinden sind. Statt dessen werden immer neue Wälle aufgetürmt. Herr Dr. Freund behandelte die Frage der paritätischen Organisation des Arbeitsnachweises. Ich weiß nicht, ob er übersehen hat, daß es gerade die Sozialdemokraten waren, die im Reichstag den paritätischen Arbeitsnachweis gefordert haben.

Politische Parteien müssen Stellung nehmen. Ich hätte es begrüßt, wenn die katholischen Arbeiter auf dem Katholikentag in Metz eine einheitliche Aktion zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung unternommen hätten. (Sehr gut!) Aber vorsichtigerweise hat man die Frage auf diesem wichtigen Kongreß gar nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Und so wird die Sozialdemokratie diejenige Partei sein, die den geschlossenen Kampf gegen das Elend in seiner ganzen Gestalt führen wird, um die bürgerlichen Parteien zu zwingen, auch etwas zu tun. (Sehr richtig!) Da genieren wir uns garnicht, und wenn man uns angreift und uns bekämpft, so werden wir den Kampf aufnehmen. Hüten wir uns elegisch zu werden, sonst kommen wir in falsche Bahnen. (Sehr richtig!)

Barth hat in meinen Ausführungen Vorschläge zur Milderung der Arbeitslosigkeit vermißt, er kritisiert es, daß in meiner Resolution nicht von einer planvollen Organisierung und guten Vorbereitung öffentlicher Arbeiten und auch nichts von der Arbeitsnachweisfrage enthalten ist. Wer aufmerksam zugehört hat, wird wissen, daß ich gerade betont habe, wie wichtig die Arbeitsnachweisfrage ist, aber ich will diese Frage nicht als Hindernis gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung auftürmen, und ich sehe keinen Grund ein, daß wir in dasselbe Fahrwasser geraten wollen, wie die bürgerlichen Parteien, die es immer verkehrt anpacken, indem sie neue Schwierigkeiten aufhäufen. (Sehr richtig!) Daß die planvolle Organisation der Arbeiten überall verlangt werden muß, ist selbstverständlich. Aber das Wichtigste in diesem Augenblick erscheint mir eine großzügige Organisation zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung im Reich, in den Einzelstaaten und den Gemeinden. (Sehr wahr!) Wenn irgenein praktischer Erfolg vorliegt, dann sind die bürgerlichen Gewalten schon aus sich selbst heraus gezwungen, die Organisierung der Arbeiten planmäßig zu betreiben, sie werden dann Statistiken aufnehmen, um die Arbeitslosigkeit festzustellen. Und sie werden auch die Frage des Arbeitsnachweises zu regeln suchen. Das kommt dann alles von selbst, das ist eine notwendige Mitbedingung. (Sehr richtig!)

Molkenbuhr hat recht, daß die Arbeitslosenfrage keine Krisenfrage ist. Wenn wir sie jetzt in den Vordergrund schieben, so nur deshalb, weil wir das Interesse der gesamten Oeffentlichkeit darauf konzentrieren wollen. Wir wissen aber, daß mit der heutigen bürgerlichen Ordnung die Arbeitslosigkeit untrennbar verbunden ist. Sie ist eine chronische Erscheinung, die wir durch Einführung der Arbeitslosenversicherung nach Möglichkeit gemildert wissen wollen. Darüber sind wir uns vollständig klar. Wir sind uns auch darüber klar, daß alle Instanzen mitzuwirken haben. Das ist genügend betont in meiner Resolution, die im übrigen von dem Gesichtspunkt aus gestellt ist, daß wir uns auf diesem Parteitag möglichst zu einer einheitlichen Aktion vereinigen wollen. Theoretisch und praktisch sind wir uns über diese Frage klar. Wir brauchen nur zu handeln, und ich halte es für selbstverständlich, daß wenn der Absatz III meiner Resolution angenommen wird, der Parteivorstand die Aktion einleiten wird. Deshalb habe ich gedacht, Hoch würde seinen Antrag zurückziehen. Vielleicht wartet er vorher noch auf eine bestimmte Erklärung des Parteivorstandes, so daß dann nur noch meine Resolution vorliegt, die uns die Bahn zu einer einheitlichen Aktion ebnen wird. Wir verkünden der halben Million Arbeiter, die gegenwärtig arbeitslos sind, wir verkünden den Arbeitern, die verkürzt arbeiten müssen, und die in der nächsten Zeit das gleiche Schicksal erleiden wie ihre arbeitslosen Brüder, wir verkünden sämtlichen Angestellten, daß die Sozialdemokratie es ist, die mit voller Wucht und mit voller Kraft, wie in allen anderen Fragen, so auch in dieser, das Interesse der gesamten Arbeiterschaft wahrnimmt. Wenn Sie dies durch Annahme der Resolution

bekunden, dann haben wir unsere Pflicht getan, unsere Pflicht im Dienste der deutschen Arbeiterbewegung. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Bock**: Ich kann erklären, daß der Parteivorstand gewillt ist, im Sinne der Resolution zu wirken. (Bravo!)

Infolge dieser Erklärung wird die Resolution 105 zurückgezogen, es liegt also nur noch die Resolution 108 vor, die einstimmig angenommen wird.

Auch der Antrag Katzenstein, der dem Parteivorstand empfiehlt, das Referat von Timm als Sonderabdruck herauszugeben, wird angenommen.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Schluß 1¼ Uhr.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Ebert** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr und schlägt vor, nicht den nächsten Punkt der Tagesordnung, die Maifeier, zunächst zu verhandeln, sondern die wichtige Steuerfrage, der ein möglichst großer Raum in den Verhandlungen gewidmet werden soll.

Damit ist der Parteitag einverstanden.

Vorsitzender **Ebert**: Es ist folgender Antrag von Dr. Rosenfeld und Genossen eingegangen, der noch vor Eintritt in die Verhandlung über die Steuerfrage erledigt werden soll. Der Antrag lautet: „Der Parteitag wolle beschließen, den Antrag 45 und alle zum Fall Radek vorliegenden Anträge der Beschwerdekommission zu überweisen mit dem Auftrag, dem Parteitag Bericht zu erstatten." — Parteigenossen! So wie ich die Auffassung der Parteigenossen auf dem Parteitag kenne, bestehen über diese Frage große Meinungsverschiedenheiten. Man kann auch nicht eo ipso den Fall Radek der Beschwerdekommission zur Berichterstattung überweisen, sondern man muß der Beschwerdekommission sagen, ob sie den Streitfall formell oder materiell prüfen soll. (Sehr richtig!) Wir haben also mit einer längeren Debatte zu rechnen. Ich bitte daher die Antragsteller dringend, sich damit zufrieden zu geben, daß wir heute gegen Schluß der Sitzung den Antrag erörtern, jetzt aber an die Steuerfrage herangehen.

Dr. **Rosenfeld**-Berlin (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, daß Ebert unseren Antrag nicht so aufgefaßt hat, wie wir ihn verstanden wissen wollten. Die Behauptungen der Parteien im Fall Radek stehen sich strikt gegenüber. Wie soll der Parteitag in den wenigen Stunden am Sonnabend ohne weiteres ein Urteil fällen. Vor allem handelt es sich um eine wichtige Frage des Parteirechts, die wohl eine Kommission prüfen, aber nicht der Parteitag ohne weiteres entscheiden kann. Wir glauben auch, daß eine sehr geringe Neigung besteht, die kostbare Zeit des Parteitags mit persönlichen Debatten zu verbringen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben wichtigeres zu tun. (Sehr richtig!) Das Ziel unseres Antrages ist aber nicht, eine Debatte zu verhindern, sondern eine gute Debatte vorzubereiten. Der Bericht der Beschwerdekommission kann erst eine Grundlage schaffen, auf der eine richtige Behandlung der Angelegenheit möglich ist.

Der Parteitag beschließt, den Antrag zunächst zurückzustellen.

Es folgt

die Steuerfrage.

Dazu liegen vor die Anträge 20 bis 25, 92, 98, 107, 109, 112 bis 114, 117 und die Leitsätze und die Resolution Wurm.

Berichterstatter **Wurm**-Berlin: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Der Parteitag zu Jena 1911 und der Parteitag zu Chemnitz 1912 haben beschlossen, die Steuerfrage auf die Tagesordnung eines Parteitages zu setzen. Parteivorstand und Parteiausschuß haben mich beauftragt, die Stellung der Sozialdemokratie zur Steuerfrage und zu den Deckungsfragen vom theoretischen grundsätzlichen Standpunkt aus zu betrachten, während Südekum über die Entwicklung der Steuern im Reiche und die Stellung der Sozialdemokratie zur letzten Steuervorlage referieren wird. Ich habe die Grundzüge meines Referats in Form von Leitsätzen, welche unsere theoretische Stellungnahme zu den Steuern skizzieren, vor 3 Wochen im „Vorwärts" veröffentlicht und gleichzeitig eine Resolution — früher war mir das nicht möglich gewesen, denn erst 11 Wochen vor dem heutigen Tage sind wir aus dem Reichstage sehr ermüdet weggegangen und in der nächstfolgenden Zeit war ich durch andere unaufschiebbare Parteiarbeit in Anspruch genommen. Trotzdem hat eine rege Diskussion eingesetzt. Ich hoffe, daß wir zu einer Klärung der Frage gelangen, die uns auf das Tiefste berührt, eine Klärung, die um so notwendiger ist, als wir in unserer Parteiliteratur bis heutigen Tags eine nur ganz spärliche theoretische Erörterung der Steuerfrage besitzen. Das ist um so wunderbarer, als jetzt seit 50 Jahren unsere praktische Tätigkeit im Lande und in den Parlamenten bei der Agitation begründet ist auf den theoretischen Untersuchungen, die Ferdinand Lassalle 1862 in seinem „Arbeiterprogramm" veröffentlicht hat, Gedanken, die dann in das Gothaer Einigungsprogramm 1875 und erweitert in das Erfurter Programm 1891 übergegangen sind. Sonst besitzen wir theoretische Untersuchungen über unsere Stellung zur Steuerfrage nur sehr wenig. Kautsky hat 1899 in seiner „Agrarfrage" einen kurzen Abriß unserer Stellung zu den Steuern vom Marxistischen Standpunkt aus gegeben. Ich bedaure lebhaft, daß bei der Debatte in der Presse darauf nicht eingegangen wurde, wahrscheinlich aus Unkenntnis, sonst wären manche schiefen Urteile unterblieben. Auch 1902 hat Kautsky in seiner „Sozialen Revolution" auf einige Punkte der Steuerfrage hingewiesen. Eine zusammenhängende größere Arbeit über Steuern rührt vom Genossen Karl Renner-Wien her: „Das arbeitende Volk und die Steuern." Im ersten Teil behandelt Renner allgemein die Steuern, im zweiten Teil speziell die österreichischen Steuerverhältnisse. Aber er kommt dabei zu Schlußfolgerungen, die mit dem, was wir bisher festgelegt haben und was ich darlegen will, in Widerspruch stehen, es ist aber immerhin eine beachtenswerte theoretische Untersuchung vom marxistischen Standpunkt aus. Dann kommen noch in Betracht: Stellen in dem Buch von Rosa Luxemburg: „Die Akkumulation des Kapitals" (1912) und in dem Buche von Rudolf Hilferding: „Das Finanzkapital" (1910), ferner die Broschüren von Eduard Bernstein: „Die indirekten Steuern" (1906), Karski: „Die Brandschatzung des Volkes durch die indirekten Steuern" (1909) und von mir: „Finanzgeschichte des Deutschen Reichs" (1909). Auch das Kommunalprogramm, mit dem wir uns in Bremen 1904 beschäftigt haben, behandelt Steuerfragen, ebenso der von Paul Hirsch 1910 herausgegebene „Kommentar zum preußischen Kommunalprogramm".

Es fehlt also eine zusammenhängende theoretische Untersuchung. Man könnte sich wundern, daß dem so ist. Aber es ist kein Zufall, weil für die Kämpfe, die unsere Partei bisher zu führen hatte, die von Lassalle gegebenen Grundlinien in seinem „Arbeiterprogramm" ausreichten. Der Gegensatz zwischen mobilem (Handels- und Industrie-) Kapital und dem immobilen Kapital (dem Grundbesitz) kam bis jetzt im Reichstag in bezug auf Steuerfragen nicht zum Ausdruck. Bisher vereinigte sich dort mobiles und

immobiles Kapital, um alle Steuerlasten durch Verbrauchsabgaben auf die arbeitenden Klassen abzuwälzen.

In den Landtagen, wo wir anfänglich gar nicht vertreten waren und jetzt noch mit wenigen Ausnahmen eine meist verschwindende Minderheit sind, spitzt sich der Kampf zwischen mobilem und immobilem Kapital noch mehr zu. Dort war es aber das emporkommende Bürgertum, das sich gegen Belastungen durch die Grundherren wehrte. Die Parteien, die die Gefolgschaft besonders des Kleinbürgertums brauchten, Fortschrittspartei, Teile der Nationalliberalen, Teile des Zentrums, mußten aus diesem Grunde direkte Steuern, die das Kapital trafen, in den Landtagen bewilligen, so daß wir heute die Teilung haben: im Reich fast nur indirekte Steuern, in den Bundesstaaten auch Steuern auf das mobile und immobile Kapital sowie direkte Besteuerung des Einkommens und Vermögens. Seitdem aber die Sozialdemokratie im Reichstag zu einer Stärke gelangt ist, daß sie ausschlaggebend wirken kann, kommt der Gegensatz zwischen mobilem und immobilem Kapital dort auch in Steuerfragen zum Ausdruck. Während die Vertreter des mobilen Kapitals, bisher im Reichstag die Fortschrittspartei und die Nationalliberalen, nur die ersten Jahre nach der Reichsgründung es zu einer Machtstellung gegenüber den Konservativen und dem Zentrum bringen konnten, die es ihnen ermöglichte, die Interessen ihrer Anhänger zu wahren, ist jetzt durch die Stärke der Sozialdemokratie hin und wieder, und ich glaube in immer steigendem Maße, die Sachlage dahin verschoben, daß es von uns abhängt, wer im Streit zwischen mobilem und immobilem Kapital siegt. Die bisherigen Erfahrungen bestätigen, daß das, was Lassalle in seinem „Arbeiterprogramm" vor 50 Jahren zum Ausdruck brachte, sowohl bei diesem Kampf zwischen mobilem und immobilem Kapital, wie auch bei dem vereinten Kampf beider Kapitalsarten gegen die Arbeiterklasse immer wieder zum Ausdruck kommt: das, was er in dem einen Satz zusammenfaßte und im übrigen durch viele Beispiele in der Geschichte belegte: „Jede herrschende Klasse gibt auch dem Steuersystem ihr Gepräge", d. h. die politische Macht wird ausgenutzt zur wirtschaftlichen Macht. Wer die politische Macht hat, legt die Steuerlasten auf den Machtlosen, mag es der Großgrundbesitz sein, der das Bürgertum besteuert, mögen Bürgertum und Großgrundbesitz zusammen die Arbeiterklasse belasten. Daraus folgt, daß, wenn die Arbeiterklasse die politische Macht erringt, auch für sie die Stunde kommt, wo sie bei dem unüberbrückbaren Interessengegensatz zwischen mobilem und immobilem Kapital ausschlaggebend wirken kann. Sie muß daher die Steuerfrage sehr gründlich studieren, weil ein solcher Zwiespalt, ein solches Dilemma, wie wir es soeben erlebt haben — daß wir vor scheinbar noch nicht aufgeworfenen Fragen stehen, die wir rasch lösen sollen — sich wiederholen wird, sich wiederholen muß.

Deshalb habe ich an die Spitze meiner Leitsätze den Satz gestellt:

„In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Verteilung der Steuerlast eine politische Machtfrage: die politisch stärkere Klasse legt die Steuern auf die politisch schwächere und vergrößert dadurch noch die im Wesen des Kapitalismus liegende Ausbeutung der Arbeiterklasse."

Auf diesen letzten Satz werden wir noch ein paarmal zu sprechen kommen.

Die Steuerbelastung bildet einen Teil der Ausbeutung, die die politisch und wirtschaftlich herrschenden Klassen auf die beherrschte, die Arbeiterklasse, legen. Demgegenüber fordern wir als diejenige Partei, die gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle erstrebt: nicht die Unterdrückung durch die andere, sondern gleiches Recht auch im Steuerwesen. Und da die heutige Gesellschaft wirtschaftlich ungleiche Klassen enthält, so kann die Gleichheit nur dadurch geschaffen werden, daß die Steuern sich nach der wirtschaftlichen Leistungs-

fähigkeit des Besteuerten richten, wie das der zweite Satz meiner Leitsätze besagt:

„Die Sozialdemokratie fordert die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit."

Um aber gerade diesen springenden Punkt für unsere Stellungnahme richtig beurteilen zu können, müssen wir untersuchen, wie wir Marxisten, d. h. wir Sozialdemokraten, die wir auf Marx's Anschauungen fußen — andere Sozialdemokraten gibt es ja nicht — die Einteilung der heutigen Gesellschaft erkennen. Im letzten Kapitel des letzten Bandes des „Kapital" sagt Marx:

„Die Eigentümer von bloßer Arbeitskraft, die Eigentümer von Kapital und die Grundeigentümer, deren respektive Einkommensquellen Arbeitslohn, Profit und Grundrente sind, also Lohnarbeiter, Kapitalisten und Grundeigentümer, bilden die drei großen Klassen der modernen auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden Gesellschaft."

Diesen Satz habe ich deshalb, weil er die Grundlage für unsere Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bildet, als Satz 3 in meine Leitsätze aufgenommen:

„Die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhende Gesellschaft wird gebildet durch die drei großen Klassen:

Die Eigentümer von bloßer Arbeitskraft, die Lohnarbeiter,

Die Eigentümer von Kapital, die Kapitalisten.

Die Eigentümer von Grund und Boden, die Grundbesitzer.

Demgemäß entstammen die Einkommen aus Lohnarbeit, Profit und Grundrente."

Lohnarbeit, Unternehmerprofit und Grundrente — diese drei Einkommensquellen der kapitalistischen Gesellschaft — treten im Produktionsprozeß in Erscheinung, einmal im Einkommen des Arbeiters, das zu seiner Erhaltung dient, zu seinem Verbrauch, das ist der Konsumtionsfonds der Arbeiter; zweitens als das, was die Kapitalistenklasse für ihre Erhaltung braucht, als Konsumtionsfonds der Kapitalisten und drittens als Produktionsfonds der Kapitalisten das, was über das hinausgeht, was die Kapitalisten zur Deckung ihrer Bedürfnisse brauchen.

Daß wir gegen jede Steuer auf das Arbeitseinkommen in der kapitalistischen Gesellschaft sind, daß wir nicht den Konsumtionsfonds der Arbeiter belasten wollen, ist selbstverständlich, denn in der kapitalistischen Gesellschaft ist das Einkommen der Arbeiter stets unterhalb der Grenze, die zu einer menschenwürdigen Lebensführung im weiteren Sinne als Kulturmensch notwendig ist.

Aber wenn wir auch die gesamte kapitalistische Produktionsweise beseitigen wollen, ja gerade weil wir die kapitalistische Produktionsweise beseitigen wollen, können wir keineswegs glauben, daß wir nun alles, was die Kapitalistenklasse über ihren Konsum hinaus erwirbt, das, was sie in den Produktionsfonds anhäuft, etwa ohne weiteres durch Steuern konfiszieren könnten, wenn wir die Macht dazu besäßen. Die Entwickelung der gesellschaftlichen Produktionskräfte ist nach Marx die Voraussetzung für den Aufstieg der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse kann nur dann eine Umgestaltung der Wirtschafts- und politischen Verhältnisse erreichen, sie kann nur dann, wie Marx sagt, „eine höhere Gesellschaftsform bilden, deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist", wenn eine gewisse Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte erreicht ist. Alles also, was diese Entwicklung hindert, können wir nicht billigen und gehindert wird diese Entwicklung, wenn das Kapital, das von Kapitalisten aufgewendet wird zur Erweiterung und zur

Vergrößerung des Betriebes, zur Ausdehnung der Produktion, — wenn das verbraucht wird zu Zwecken, die nicht wiederum dienen der Erweiterung der Produktion, der Entwickelung der Produktivkräfte. Der Konsumtionsfonds der Kapitalisten, das, was sie zum persönlichen Verbrauch als Klasse benutzen, könnte insofern vollständig durch Steuern aufgezehrt, konfisziert werden, als die Kapitalisten als Klasse ja selbst in der kapitalistischen Gesellschaft bereits überflüssig geworden sind. Die Produktion vollzieht sich nicht mehr durch die Kapitalisten als Leiter der Produktion, sondern nur noch kraft ihres Kapitals. Die Staatsunternehmungen und Aktiengesellschaften beweisen, daß die Person des Kapitalisten nicht erforderlich ist für den kapitalistischen Betrieb. Dagegen muß der Akkumulationsfonds, der notwendig ist, um den Betrieb zu vergrößern, um die Produktion immer mehr zu entwickeln, selbst in der sozialistischen Gesellschaft aufrechterhalten bleiben, weil sonst jede Entwickelung der Produktion, der Technik, der ganzen Distribution aufhört, welche notwendig sind, damit die menschliche Arbeit so ertragreich wird, daß sie jedem Individuum volle und freie Entwickelung gewähren kann.

Der Kapitalist aber ist, falls er nicht zugrunde gehen will, keineswegs unbeschränkter Herr über den Mehrwert, den er aus dem Unternehmen zieht. Wenn er alles verbraucht, was er an Ueberschuß herauszieht, so würde er von anderen Kapitalisten niederkonkurriert werden. Marx weist darauf im „Kapital", Band I, hin:

„Die Entwickelung der kapitalistischen Produktion macht eine fortwährende Steigerung des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals zur Notwendigkeit und die Konkurrenz herrscht jedem Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf. Sie zwingt ihn, sein Kapital fortwährend auszudehnen, um es zu erhalten, und ausdehnen kann er es nur vermittelst progressiver Akkumulation."

Also: Wieviel von seinem Profit der Unternehmer dem Konsumtionsfonds zuführt, das heißt: wie viel er persönlich verbraucht, und wie viel er durch den Akkumulationsfonds seinem Unternehmen zuwendet — das liegt nicht in seinem Belieben, sondern ist bestimmt durch die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse. Andererseits: Der Akkumulationsfonds darf nur dann durch Steuern dem Privatkapital genommen werden und für die Gemeinschaft Verwendung finden, wenn diese Gemeinschaft den Ertrag der Steuern wiederum zur Entwicklung der Produktivkräfte verwendet. Es ist das eine scheinbar uns praktisch gar nicht berührende theoretische Erwägung, aber Sie werden gleich sehen, daß wir doch in der Praxis des täglichen Kampfes damit zu tun haben. Mitunter wird nämlich gesagt: Wenn nur die Steuerlast auf die Kapitalisten fällt, dann ist es für die Arbeiter ganz gleichgültig, für welche Zwecke die Steuern Verwendung finden! Das trifft aber keineswegs zu! Und zwar weder für den Akkumulationsfonds wie für den Konsumtionsfonds der Kapitalisten. Der Akkumulationsfonds darf nur dann durch Steuern dem Privatkapital genommen und für die Gemeinschaft (Reich, Staat, Gemeinde) Verwendung finden, wenn die Gemeinschaft den Ertrag dieser Steuern nur zur Entwicklung der Produktivkräfte im Interesse der Allgemeinheit verwenden. Aber auch der Konsumtionsfonds darf nicht zu jedem beliebigen Zweck durch Steuern dem Kapitalisten genommen werden. Wenn z. B. der Konsumtionsfonds der Kapitalisten für militärische Zwecke Verwendung findet, dann wird uns oft vom Ministertisch und von Gegnern in Versammlungen gesagt: Was wollt Ihr, davon werden ja wieder die Arbeiter beschäftigt bei der Fabrikation von Kanonen, beim Bau von Schiffen, Festungen usw. Das stimmt aber nicht! Wenn Kapital für Rüstungen verwendet wird, das sonst zur Deckung der rein

persönlichen Bedürfnisse der Kapitalisten verbraucht werden würde, so wandert das Kapital von der einen Produktion zu anderen über, und zwar mit dem Erfolg, daß die Arbeiterschaft geschädigt wird. Während bei den Kunst- und Luxusgegenständen, die der Kapitalist für seinen persönlichen Bedarf erwirbt, meistens Handwerker und gelernte Arbeiter tätig sind, finden wir in der Großindustrie, in der Rüstungsindustrie vorwiegend maschinelle Kräfte mit verhältnismäßig sehr wenig Arbeitern. Es sind also große Summen als konstantes Betriebskapital, und verhältnismäßig weniger als variables Lohnkapital angelegt. Wenn nun die Summen der Wirtschaft entzogen werden, die bisher zur Deckung der persönlichen Bedürfnisse der Kapitalisten dienten, wenn sie hinwandern in die Großindustrie, so werden verhältnismäßig weniger Arbeiter beschäftigt als bisher in der Luxus- und Kunstindustrie. Und durch diese Abwanderung des Kapitals in eine andere Produktion wird Arbeitslosigkeit hervorgerufen.

Wir müssen uns also fragen: Wann überhaupt können wir Sozialdemokraten im kapitalistischen Staat Steuern bewilligen? Diese Frage haben wir uns auch volkswirtschaftlich, nicht allein politisch, vorzulegen, und die volkswirtschaftliche Antwort heißt: Wir dürfen die Steuern nur dann bewilligen, wenn sie verwendet werden zur Entwickelung der gesellschaftlichen Produktivkräfte oder zur Erhaltung der für die Gemeinsamkeit erforderlichen Arbeitskräfte, nicht aber, wenn sie für entgegengesetzte Zwecke, besonders nicht, wenn sie für arbeiterfeindliche Zwecke verwendet werden. (Sehr richtig!) Da die Sozialdemokratie als Partei der Kultur, die die Kultur allen Menschen zuteil werden lassen will, große Anforderungen an die Gesellschaft stellt, wie sie bisher noch nie gestellt worden sind, so sind wir im Gegensatz zu dem Manchestertum der Vergangenheit der Ansicht, daß wir der Gemeinschaft in reichlichster Weise alle Mittel zu bewilligen haben, wenn die Steuern in unserem Sinne volkswirtschaftlich verwendet werden. Die Sozialdemokratie muß also für die Steuerbewilligung zwei Grundforderungen stellen: 1. Verwendung der Steuern im Interesse der Arbeiterklasse, 2. Belastung der wirtschaftlich Stärkeren. Das ist die Grundlage für unser Steuerprogramm.

Hiergegen hat sich nun ein Widerspruch erhoben, der sich zu dem Antrag 114 verdichtet hat, ein Widerspruch, der in verschiedenen Versammlungsreden zum Ausdruck kam, in verschiedenen Zeitungsartikeln, z. B. in der „Gleichheit" vom 23. Juli, ein Gedanke, der da lautet: Was kümmert ihr euch denn darum, ob die Steuern so oder so sind, zuletzt tragen die Arbeiter doch alle Steuern, die Arbeiter sind es, die alle Werte schaffen. Wenn der Satz 1 der Resolution 114 einen Sinn haben soll, so kann es nur der Sinn sein, den ich mit einem negativen Vorzeichen versehen und als Unsinn bezeichnen möchte. (Sehr richtig!) Absatz 1 lautet: „Alle öffentlichen Steuern" — da stolpere ich bereits, denn geheime Steuern kennen wir nicht, selbst die Parteisteuern sind keine geheimen Steuern — „alle öffentlichen Steuern im Klassenstaat, ob formell auf den Besitz oder auf den Arbeitsverdienst gelegt, ob als sogenannte direkte oder indirekte Steuern erhoben, werden in letzter Linie von den arbeitenden Klassen aufgebracht, da diese es sind, die in der heutigen Gesellschaft allen gesellschaftlichen Reichtum schaffen." Wenn der Satz nichts weiter sagen soll, als daß der Mehrwert der unbezahlte Lohn des Arbeiters ist, dann sagt er absolut nichts Neues und gehört nicht hierher. (Sehr richtig!) Wenn er aber im Zusammenhang mit der Steuerfrage einen Sinn haben soll, noch dazu, wo gesagt wird: „ob formell auf den Besitz oder den Arbeitsverdienst gelegt", so heißt das: zerbrecht euch den Kopf nicht, denn in letzter Linie sind es ja doch die Arbeiter, von denen die Steuern aufgebracht werden, da sie ja den gesellschaftlichen Reichtum schaffen. (Sehr

richtig!) Daß die Arbeiter allen gesellschaftlichen Reichtum schaffen, darüber sind wir Marxisten uns schon lange klar. Aber es geht den Arbeitern so, wie jenem Landmann, von dem Fritz Reuter sagt: „Pflaumen und Klöße sind ein schön Gericht, doch schade nur, ick hew et nich". (Heiterkeit.) Die Arbeiter schaffen zwar den gesellschaftlichen Reichtum, aber sie haben nichts davon. Einen Teil bekommen sie als Lohn, einen anderen Teil bekommt der Unternehmer als Mehrwert, und nachdem diese Teilung vollzogen ist, nachdem an dieser Teilung nicht mehr zu rütteln ist, dann erst kommen die Steuern. (Sehr richtig!) Und da soll es gleichgültig sein, von wem sie genommen werden, ob vom Mehrwert oder vom Arbeitslohn? (Sehr gut!) Soll das aber in der Resolution 114 nicht gesagt sein, dann weiß ich nicht, was sie bedeuten soll. Soll es etwa heißen — ich wage den Gedanken kaum zu Ende zu denken — macht was ihr wollt, legt auch auf den Mehrwert die Steuern, die Unternehmer sind ja doch die Stärkeren, die zwicken euch die Steuern wieder heraus, ihr müßt bluten, es ist ganz gleich, was ihr macht?! Wenn das wahr ist, nun, dann können wir eigentlich jetzt den Parteitag schließen. (Sehr gut!)

Dann brauchen wir auch nicht in den Reichstag oder in die Landtage zu gehen (Erneutes Sehr richtig!), dann brauchen wir auch keinen Massenstreik für das preußische Wahlrecht zu machen. (Wiederholte lebhafte Zustimmung.) Denn wenn die Arbeiterklasse so bankerott ist, wenn sie so am Boden liegt, daß das Unternehmertum mit ihr machen kann, was es will, was hat dann eine Wahlreform, was hat dann ein Arbeiterschutz überhaupt für einen Sinn? Wozu dann der Lärm, wozu dann die ganzen Anstrengungen der Arbeiter? (Sehr gut!) Vielleicht müssen wir dann etwas ganz anderes machen, vielleicht müssen wir dann — ich weiß nicht — warten, bis ein fremder Zar kommt, um dann mal zu schreien, vielleicht hilft das. (Heiterkeit.) Nein, nein, daß alles Sisyphusarbeit ist, bestreiten wir, dafür sind wir Sozialdemokraten. (Sehr richtig!) Daß das Kapital die Tendenz hat, den Mehrwert ins Riesengroße zu steigern, dem Arbeiter so gut wie nichts zu geben, das wissen wir längst, das wissen wir aus der Geschichte des Kapitals, das wissen die Arbeiter, die man früher 14 Stunden in der Fabrik gehalten hat, denen man die Kinder schon im Alter von 4 Jahren genommen und in die Fabrik geschickt hat. (Sehr richtig!) Gegen die Tendenz, soviel wie möglich Mehrwert einzuheimsen, ist eben die Gegentendenz des Proletariats erwacht, ist eben der organisierte Widerstand der Arbeiterklasse da. (Sehr richtig!) Und uns heute erzählen, daß das alles nicht gilt, daß das Unternehmertum tun und lassen kann, was es will, das heißt eben den Bankrott unserer ganzen Politik erklären. (Sehr richtig!) Ich kann Ihnen einen Zeugen zitieren, der den Unterzeichnern der Resolution 114 sicherlich vollwichtig erscheinen wird, der da sagt: „Das Schröpfen der Arbeiterklasse durch den Mechanismus der indirekten Besteuerung, um daraus die Stützen der kapitalistischen Staatsmaschinerie zu erhalten, läuft einfach auf eine Vergrößerung des Mehrwerts und zwar des konsumierten Teils des Mehrwerts hinaus; nur daß diese ergänzende Teilung zwischen Mehrwert und variablem Kapital post festum, nach dem vollzogenen Austausch zwischen Kapital und Arbeitskraft geschieht." Nicht wahr, Genossin Luxemburg, so steht es geschrieben in Ihrem Buch: „Die Akkumulation des Kapitals — 1913"! (Große Heiterkeit.) Wie da der Name Luxemburg unter die Resolution 114 kommen kann, das weiß ich nicht, dazu reicht mein Verstand nicht aus. (Sehr gut! — Rosa Luxemburg: Das glaube ich!)

Genossin Zetkin hat in der „Gleichheit" das schwerste Geschütz gegen uns aufgefahren, indem sie einen der wenigen Artikel von Marx über Steuerfragen wieder zur Kenntnis brachte, den er 1849 für die „Neue Rheinische

Zeitung" geschrieben hatte. Sie beginnt ihre Ausführungen mit den Worten: „Die Mehrheit unserer Genossen im Reichstage hat sich über die sehr beschränkte praktische Bedeutung ihrer Steuerreform in der bürgerlichen Gesellschaft getäuscht." Und zur Begründung, daß wir eine Art Sisyphusarbeit verrichtet haben, zitiert sie aus Marx: „Die Steuerreform ist das Steckenpferd aller radikalen Bourgeois, das spezifische Element aller bürgerlich-ökonomischen Reformer. Von den ältesten mittelalterlichen Spießbürgern bis zu den modernen englischen Freetradern dreht sich der Hauptkampf um die Steuern. Die Steuerreform bezweckt entweder Abschaffung traditionell überkommener Steuern, die der Entwickelung der Industrie gegenüberstehen, wohlfeileren Staatshaushalt oder gleichmäßigere Verteilung. Der Bourgeois jagt dem schimärischen Ideal der gleichen Steuerverteilung um so eifriger nach, je mehr es in der Praxis seinen Händen entschwindet. Distributionsverhältnisse, die unmittelbar auf der bürgerlichen Produktion beruhen, die Verhältnisse zwischen Arbeitslohn und Profit, Profit und Zins, Grundrente und Profit können durch die Steuern höchstens in Nebenpunkten modifiziert, nie aber in ihrer Grundlage bedroht werden." Das wurde zur Begründung dafür gegeben, daß wir die Steuerfrage überschätzen, obwohl bereits in demselben Zitat der vierte Absatz lautet: „Das Proletariat wird durch jede neue Steuer eine Stufe tiefer herabgedrückt." (Hört! hört!) Dann aber hat Genossin Zetkin im Eifer des Gefechts versäumt, diesen Artikel bis zu Ende zu zitieren, sie hat sich offenbar auf einen Abdruck des Artikels in der „Neuen Zeit" beschränkt, der einmal zu ganz anderen Zwecken erfolgt ist. Jetzt aber ist der ganze Artikel im Nachlaß von Marx durch Mehring herausgegeben und da finden wir, daß Marx weiter schreibt: „Uebrigens hat die Steuer auf das Kapital als einzige Steuer ihre Vorzüge. Alle Oekonomen, namentlich Ricardo, haben die Vorteile einer einzigen Steuer nachgewiesen. Die Kapitalsteuer als einzige Steuer beseitigt mit einem Schlage das zahlreiche und kostspielige Personal der bisherigen Steuerverwaltung, greift am wenigsten ein in den regelmäßigen Gang der Produktion, Zirkulation und Konsumtion und trifft allein von allen Steuern das Luxuskapital." Also als ganz gleichgültig stellt Marx es nirgends hin, was für Steuern bestehen. Er sagt ausdrücklich, daß das Proletariat durch jede neue Steuer eine Stufe tiefer herabgedrückt wird. Die Hauptsache aber: sein Artikel ist die Rezension eines Buches eines französischen Schriftstellers Emile de Girardin „Le socialisme et l'impôt", „Der Sozialismus und die Steuern", worin Girardin den Gedanken vertrat, das ganze Elend der Menschen sei bedingt durch die Steuern; schafft die Steuer ab, dann ist alles in bester Ordnung! Gegen diesen Unsinn hat sich Marx gewendet und gesagt, die Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapital, die Ausbeutung durch den Kapitalismus ist die Ursache der Not.

So steht es mit dem Zitat von Marx, durch das wir Marxisten totgeschlagen werden sollten, die wir in Praxis und Theorie dafür eintreten, daß es unsere Aufgabe ist, genau zu untersuchen, wie wirken die Steuern wirtschaftlich auf die Kapitalistenklasse, wie wirken sie auf die Arbeiter, und wir es nicht für überflüssig halten, uns ganz sorgfältig danach zu richten und bis ins einzelne eine jede der heute bestehenden Steuerarten zu behandeln. Wenn im zweiten Satz der Resolution 114 gesagt wird: „Wie immer das Steuerwesen heute ausgestaltet ist, auch in dem für die Arbeiterklasse günstigsten Falle, wenn die Besitzsteuern den überwiegenden Teil der Staatshaushaltkosten decken, ändert das nichts an den Grundlagen der kapitalistischen Produktion, die auf Ausbeutung und Klassenherrschaft beruht", — ja, so ist das doch selbstverständlich (Sehr gut!), dazu brauchen wir doch nicht eine Steuerdebatte, um dieses A B C kennen zu lernen. Das hat sich doch nur ein bürgerlicher Sozialist vor einem halben Jahrhundert eingebildet, daß die Steuern an allem Elend schuld sind.

Nun der andere Fall, daß das Kapital die Tendenz hat, durch Steuern die Arbeiter zu belasten! Da kommt die entgegengesetzte Richtung und sagt: Das ist doch ganz gleichgültig, die Arbeiter werden sich wehren und schließlich setzen sie die Abwälzung auf den Kapitalprofit durch. Das war namentlich die Anschauung von Ricardo. Gewiß — wenn es auch möglich ist, durch politische und gewerkschaftliche Organisationen der Arbeiter mehr und mehr vom Mehrwert den Kapitalisten abzunehmen, so kostet das doch Kämpfe. Deshalb ist es doch nicht gleichgültig, ob wir die Arbeiter erst belasten, damit sie durch schwere Kämpfe sich wieder entlasten, oder ob wir sie von vornherein frei lassen. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß die Anschauung, es ist ja ganz gleichgültig, welche Steuerform, welche Steuerart existiert, gleichgültig für die Arbeiterklasse, gleichgültig für die Sozialdemokratie — ich glaube, daß diese Anschauung keinen Wiederhall auf dem Parteitag finden wird. Denn das wäre die Bankerotterklärung aller unserer Bestrebungen. Wie übrigens die beiden Vordersätze der Resolution im widersinnigsten Widerspruch zu den Nachsätzen stehen (Sehr richtig!), das werde ich nachher zeigen. Jetzt will ich, obwohl man von einer früher befreundeten Seite meine Leitsätze sehr abfällig beurteilt hat, als „ein Sammelsurium von einzelnen Steuerarten, auf die einzugehen ganz überflüssig sei", doch, soweit es die Zeit erlaubt, die einzelnen Steuerarten hier besprechen und Ihnen zeigen, welche große aktuelle Bedeutung es hat, daß wir uns über die wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Steuern klar sind. In der praktischen Agitation kann uns Unklarheit darüber manchen Schaden bringen. Wir sind z. B. von Lassalle her gewohnt, daß wir gegen indirekte Steuern sind. Das war damals voll berechtigt, weil damals alle indirekten Steuern, die nach ihrer Erhebungsart indirekt sind, tatsächlich abgeladen werden konnten auf die weniger Wohlhabenden, vor allem auf die Arbeiter. Verbrauchsabgaben, Grundsteuern wurden damals auf die Arbeiterklasse abgeladen, sie verteuerten das Brot, verteuerten alle Genußmittel. Das hat sich aber seitdem teilweise geändert und zwar durch die großen weltwirtschaftlichen Umwälzungen, und deshalb können wir nicht starr an der Formel kleben bleiben, daß wir gegen alle indirekten und für jede direkte Steuer sind, wenn wir das nur beziehen auf die Form Ihrer Erhebung, d. h. darauf, ob die Steuer von dem, der sie zahlt, auch wirklich getragen wird, oder ob er sie abwälzen kann auf die Konsumenten. Die Biersteuer z. B. ist eine indirekte Steuer, sie wird gezahlt von der Brauerei, getragen wird sie vom Konsumenten. Nur wenn es der Arbeiterklasse gelingen kann, durch einen Bierboykott, durch einen organisierten Widerstand die Ueberwälzung der Steuer sich nicht gefallen zu lassen, dann muß die Brauerei sie bezahlen. Wir werden bei der Biersteuer sehen, wie neuerdings die Gesetzgeber die Interessen der Kapitalistenklasse wahrgenommen und die Steuer so eingerichtet haben, daß die Abwälzung fast unmöglich wird und daß sie immer nur getragen werden kann von der Arbeiterklasse.

Deshalb heißt es in meinen Leitsätzen:

„Die Erhebungsform der Steuer, ob direkt oder indirekt, ist nicht entscheidend für ihre Wirkung, das heißt für die Frage, wen die Last der Steuer tatsächlich trifft.

Steuern, die der Besteuerte tragen muß, sind direkte; Steuern, welche die Produktionskosten in gleichförmiger Weise so beeinflussen, daß dadurch die Warenpreise erhöht werden, sind indirekte, sie werden vom Besteuerten auf einen Dritten überwälzt.

Ob eine Steuer direkt oder indirekt wirkt, steht daher nicht ein für allemal fest, sondern wechselt je nach den wirtschaftlichen Machtverhältnissen der verschiedenen Bevölkerungsschichten."

Also nicht danach, ob der Steuerzahler und der Steuerträger derselbe ist und ob nach der Erhebungsform die Steuer direkt ist, haben wir zu richten, sondern danach, wie die Steuern wirken, ob sie überwälzt werden können auf einen anderen, ja ob sie überwälzt werden sollen. Manchmal will der Gesetzgeber von vornherein, daß nicht derjenige, der zur Steuer herangezogen wird, sie bezahlt, also z. B. nicht der Brauer, sondern der Trinker. Diese Ueberwälzungsmöglichkeit der Steuern ist aber keine ewige, sondern ein wechselnde. Sie ist abhängig von den wirtschaftlichen Machtverhältnissen der verschiedenen Bevölkerungsklassen, so daß wir genau prüfen müssen, wie jederzeit die Wirkung einer Steuer ist. Es gibt direkte Steuern — der Erhebungsform nach —, die wir bekämpfen müssen, und es gibt indirekte Steuern — ihrer Erhebung nach —, für die wir eintreten können.

Ueber die von uns zu befürwortenden Steuern besagen meine Leitsätze:

„Ausschließlich der Mehrwert (Grundrente, Leihzins, Unternehmergewinn) darf besteuert werden.

Der Mehrwert wird unmittelbar getroffen durch Steuern auf Einkommen und Vermögen. Soweit diese nur aus Arbeitslohn stammen, müssen sie steuerfrei bleiben, und zwar weit über das von der heutigen Steuergesetzgebung freigelassene Existenzminimum hinaus."

Unmittelbar wird der Mehrwert getroffen durch Steuer auf Einkommen und Vermögen. Sie sind direkt der Form nach und ihrer Wirkung nach, weil sie nicht abgewälzt werden können. Die Einkommensteuer trifft nur die wirklichen Personen, während die nichtphysischen Zensiten (Aktiengesellschaften, Erwerbsgesellschaften) frei sind, was nach unserer Ansicht nicht zulässig ist. Die Einkommensteuer ist sogar ausgedehnt worden auf die Genossenschaften, was ein Wahnsinn ist. Denn was die Genossenschaften an Einkommen besitzen, ist nur der überzahlte Teil des Wertes, den der Arbeiter für die Waren hingibt. Besonders interessant ist es in Preußen, da wird die Rückvergütung der Konsumvereine besteuert. Der Arbeiter, der diese Rückvergütung erhält, muß sie nochmals versteuern, und da sein Einkommen ohnehin schon besteuert wird, haben wir eine dreimalige Besteuerung seines Einkommens. (Hört! hört!) Das steuerfreie Existenzminimum muß bedeutend erhöht werden. In Schwarzburg-Rudolstadt gibt es überhaupt keins, in Reuß ä. L. ist die steuerfreie Grenze 150 Mk., auf 200 Mk. steigt sie in beiden Mecklenburg, auf 300 Mk. in Koburg, Sondershausen, Waldeck, Detmold, auf 400 Mk. im Königreich Sachsen, Oldenburg, Gotha, auf 450 Mk. in Schaumburg-Lippe, auf 500 Mark in Württemberg, Weimar, Hessen, auf 600 Mk. in Bayern, Altenburg, Anhalt, Lübeck, auf 650 Mk. in Reuß j. L., auf 700 Mk. in Elsaß-Lothringen, auf 900 Mk. in Preußen, Baden, Braunschweig, Meiningen, Bremen, Hamburg. In Preußen hat sogar die Regierung selber im Jahre 1883 das Minimum auf 1200 Mk. erhöhen wollen, aber der preußische Landtag hat es abgelehnt. Das Lohnbeschlagnahmegesetz von 1869 läßt 1500 Mk. als Existenzminimum frei, was noch zu gering ist.

Ebenso ist die Progression, die stufenweise Steigerung der Steuer zu verlangen, eine Forderung, die zunächst vom Kleinbürgertum erhoben wurde (zuerst 1844 von Léon Say) und dann allgemein in die Steuergesetze hineingekommen ist, unter dem stärksten Widerspruch der Großfinanz und des Agrarkapitals. Als Miquel 1895 die preußische Einkommensteuer bis auf 5 Proz. Steigerung bringen wollte, wurde er von der Großfinanz und dem Agrarkapital sehr übel behandelt. Man bezeichnete dies als eine Konfiskation des Vermögens. Schon 1878 erklärte Graf Bethusy-Huc, die Forderung der progressiven Einkommensteuer wäre eine kommunistische Forderung, die durch das Sozialistengesetz getroffen werden müßte. Diese Auffassung ist nicht antiquiert, denn noch 1910 wurde in Halle auf der Konferenz der Vorstände der preußischen Landwirtschaftskammern „die Einführung einer direkten Einkommensteuer im Reiche als der Anfang der Expropriation des Vermögens" erklärt. Man hat also Angst, weil durch diese Steuer das Kapital wirklich getroffen wird. Dabei sind die Progressionen viel zu gering, die Höchstsätze viel zu niedrig. Wenn auch die Progression in Bremen und Hamburg bis 8 Proz. steigt, während sie in Preußen einschließlich der jetzigen Zuschlagssteuer nur 5 Proz. erreicht, so muß doch berücksichtigt werden, daß in Hamburg und Bremen keine Kommunalsteuern erhoben werden, während diese in Preußen mit meist über 100 Proz. der staatlichen Einkommensteuer hinzukommen. Tatsächlich also haben Hamburg und Bremen nur einen Höchstsatz von 4 Proz. für ihre staatliche Besteuerung.

In meinen Leitsätzen habe ich darauf hingewiesen, daß es Steuern auf besondere Einkommensquellen gibt, auf Arbeitsertrag, Lohn, Gehalt, Besoldung. Aber diese partiellen Einkommensteuern ersetzen nicht eine richtige Einkommensteuer, zumal sie den Unternehmergewinn freilassen und nur ertragreich sind, wenn sie auch das Arbeitseinkommen treffen. Wir dürfen auch nicht für die Wehrsteuer auf Dienstuntaugliche eintreten, die in Oesterreich und in der Schweiz besteht und die bei uns von den Antisemiten gefordert wurde. Wir haben sie abgelehnt, denn es ist eine brutale Steuer. Jemand, der dienstuntauglich ist, hat gewiß einen Vorteil, weil er nicht die Unkosten des Militärdienstes hat, aber ist er nicht vielleicht weniger erwerbsfähig? Durch eine gesunde Progression und besonders durch eine richtige Veranlagung zur Steuer kann man mit Hilfe der Vermögens- und Einkommensteuer genügend den Steuerertrag schaffen und braucht nicht solche Mätzchen.

In meinen Leitsätzen heißt es:

„Die aus Mehrwert stammenden Einkommen und Vermögen sind verhältnismäßig um so höher zu besteuern, je größer sie sind (progressive Besteuerung).

Einkommen aus Vermögen (fundiertes Einkommen) ist höher zu besteuern als nicht fundiertes (Ergänzungssteuer). Besitz, der zum Erwerb des Lebensunterhaltes erforderlich ist, muß steuerfrei bleiben.

Steuern auf Einkommen aus bestimmten Quellen (Lohn, Gehalt, Besoldung, Beruf u. a.), Arbeitsertragssteuern, sind kein Ersatz für eine allgemeine Einkommensteuer, zumal da sie gerade den Mehrwert, den Unternehmergewinn, freilassen und nur ertragreich sind, wenn sie auch das Arbeitseinkommen treffen; das gilt auch für die Wehrsteuer auf Dienstuntaugliche."

Das Einkommen aus Vermögen muß höher besteuert werden als die Einkommen aus Erwerb. Die Vermögenssteuer ist eine Ergänzung der Einkommensteuer. Allmählich haben sich ja die Kapitalistenklassen zu dieser Besteuerung bekehrt, bei der preußischen Ergänzungssteuer wie jetzt beim neuesten Wehrbeitrag erfolgt eine höhere Besteuerung des Einkommens aus Vermögen wie des Arbeitseinkommens. Aber es gibt unter den bürgerlichen Finanzpolitikern auch eine Gegenströmung, die in der erhöhten Vermögensbesteuerung eine große Gefahr für die ganze wirtschaftliche Entwickelung sehen.

Andere Steuern, die verschiedene Formen des Vermögens treffen, wie z. B. der Leihzins, die Dividende von Aktiengesellschaften, Tantiemen usw.

von Aufsichtsratsmitgliedern sind direkte Einkommen- und Vermögenssteuern, für die wir eintreten können. Sie können aber immer nur eine Ergänzung der allgemeinen Einkommen- und Vermögenssteuern sein. Wenn von seiten der Agrarier, des immobilen Kapitals, gerade diese Steuern so poussiert und in den Vordergrund geschoben werden, so beruht das eben darauf, daß eben diese Steuern das Agrarkapital nicht treffen, sondern nur das mobile Kapital, während wir in ausgleichender Gerechtigkeit bereit sind, sowohl das Agrarkapital wie das mobile Kapital gründlich zu packen. — Die Vermögenszuwachssteuer ist ebenfalls eine direkte Steuer, der man zustimmen kann, wenn sie sowohl das mobile wie das immobile Kapital trifft. Es ist zwar von autoritativer Seite einmal gesagt worden, daß diese Vermögenszuwachssteuer eine Prämie auf Verschwendung und Leichtsinn sei — es war der heutige Finanzminister Dr. Lentze, der das in einer Denkschrift an das Abgeordnetenhaus erklärt hat —, und wenn man will, kann man das auch annehmen. Aber wie ich vorhin ausführte: das sind Einzelfälle, wo das Unternehmertum leichtsinnig sein Kapital verschwenden wird. Im wohlverstandenen Selbsterhaltungsinteresse muß es vielmehr sein Kapital akkumulieren, um auf einer höheren Stufe seine Produktion aufrecht zu erhalten, weil es sonst zugrunde geht. Deshalb brauchen wir nicht solche Angst zu haben, daß die Kapitalisten durch diese Steuer zu Verschwendern gemacht werden und lieber 100 000 Mk. verjuxen als 1000 Mk. Steuern zahlen werden. Andererseits wenn uns der Vorwurf gemacht wird, daß wir für diese Steuer stimmen, trotzdem es eine „schlechte" Steuer sei, weil sie die Großkapitalisten zu wenig und das kleine Kapital verhältnismäßig zu viel treffe — ja, Parteigenossen, was tut denn das uns? (Sehr richtig!) Mögen sich doch die Kapitalisten gegenseitig die Haare deshalb ausreißen. Was die Kapitalisten sonst gegen die Arbeiterklasse getan haben, geschieht eben jetzt den kleinen Kapitalisten durch die großen. Wenn die Steuer noch nicht genügend ist, so mögen die kleinen Kapitalisten sich selber darum kümmern. Gewiß kann man einen wirtschaftlichen Grund anführen und kann sagen, daß das kleine Kapital am ersten gezwungen ist, zu akkumulieren und daß, wenn ihm die Möglichkeit durch diese Steuer genommen wird, der Produktionsprozeß geschädigt wird. Aber das ist übertriebene Gespensterseherei. Wir haben doch wirklich alle Ursache, dazu beizutragen, daß die verschiedenen Kapitalistenklassen untereinander uneinig werden. (Sehr richtig!) Solange wir in der Minderheit sind, können wir nur durch die Gegensätze innerhalb der Kapitalistenklasse etwas erreichen. Aus Liebe zur Arbeiterklasse wird uns nichts zuteil, sondern nur, wenn wir, die wir in der Minderheit sind, eine Macht bilden durch Koalition mit anderen. (Sehr gut!)

Ueber die Besitzsteuer sagen meine Leitsätze:

„Direkt wirkt als Besitzsteuer, trotz indirekter Erhebung, die Kapitalrentensteuer, die die Erträge gewinnbringender Kapitalsanlagen trifft: Leihzins von Schuldverschreibungen, private und öffentliche (Staat und Gemeinde usw.), Dividenden von Aktiengesellschaften (Dividenden- oder Kuponsteuer), Tantiemen (Vergütungen der Aufsichtsratsmitglieder von Aktiengesellschaften).

Diese Steuern können aber nur eine Ergänzung der Einkommen- und Vermögenssteuer sein, zumal sie das immobile Kapital (Grundbesitz) völlig freilassen.

Eine direkte Besitzsteuer ist auch die Vermögenszuwachssteuer, doch muß sie sowohl das mobile als auch das immobile Kapital (Grundbesitz) treffen, progressiv sein und ein Zuwachsminimum, soweit es aus Arbeitseinkommen entstanden ist, freilassen."

Die Besteuerung des Einkommens und Vermögens durch die Einkommen- und Vermögenssteuer und die Nebensteuern, die ich geschildert habe, langt aber nicht aus, schon deswegen nicht, weil die Veranlagung, selbst wenn sie gewissenhaft vorgenommen wird, sehr schwierig ist, weil es so schwierig durchzusetzen ist, daß wirklich das volle Einkommen und Vermögen zur Steuer angemeldet wird. Daher haben wir alle Ursache, jeden Weg zu suchen, durch den eine Kontrolle der wirklichen Einkommen und Vermögen möglich ist. Dazu dient die Erbschaftssteuer und deshalb wird sie gerade vom Großkapital bekämpft. Die Erbschaftssteuer, die Schenkungssteuern sind Ergänzungen der direkten Einkommen- und Vermögenssteuern und schon an sich wegen dieser Möglichkeit, die Steuerhinterziehung zu treffen, von großer Bedeutung. Daß die Steuerhinterziehungen kein leerer Wahn sind, wenn das auch Graf Westarp behauptet hat, ist durch die Veröffentlichungen des Professors Delbrück zur Genüge festgestellt und durch die Prozesse, die wir alle Augenblicke wieder erleben; so haben z. B. die Erben eines früheren Staatsanwalts, des Geheimen Oberbergrats Wachler, schließlich eine Drittel Million Mark Strafe für Hinterziehung für Einkommen- und Vermögenssteuer zahlen müssen — die übrigen Hinterziehungen — im ganzen eine Million Mark Steuern — waren verjährt.

Meine Leitsätze sagen darüber:

„Die Vermögens- und Güterübertragung (der Rechtsverkehr) wird durch die Verkehrssteuern getroffen, die ihrer Erhebungsart nach indirekte Steuern sind.

Stets direkt wirkt aber die Erbschaftssteuer, eine unpersönliche Vermögenssteuer, die nicht von der Person des Erblassers, sondern aus der Hinterlassenschaft (also indirekt) erhoben wird.

Als Erbanfallsteuer, bei der der Anteil jedes einzelnen Erben besonders besteuert wird, bleibt ein größerer Teil des Erbes als Erbschaftsminimum steuerfrei. Einträglicher ist die Erbschaftssteuer als Nachlaßsteuer, bei der die Hinterlassenschaft als Ganzes besteuert wird.

Durch die Erbschaftssteuer kann auch die Hinterziehung von Einkommen- und Vermögenssteuern aufgedeckt werden.

Ergänzt wird die Erbschaftssteuer durch die Besteuerung der Schenkungen an Lebende, da sie die Hinterziehung der Erbschaftssteuer verhindert."

Die Steuer auf Wertzuwachs — nicht an mobilem Kapital, sondern an Gebäuden und Bauplätzen — ist eine Steuer, die in den letzten Jahren vielfach gefordert worden ist. Aber gerade bei dieser Steuer ist es sehr notwendig, daß wir eine genaue Untersuchung über ihre Wirkung vornehmen. Wir dürfen nicht nach der äußeren Etikette eine Steuer beurteilen, sondern dieselbe Steuer kann zu der einen Zeit günstig für die Arbeiterklasse wirken, zu einer anderen Zeit ungünstig. Gerade die Steuer auf den unverdienten Wertzuwachs, die von den Bodenreformern eine Zeitlang als Allheilmittel gepriesen wurde, bekommt durch die Konzentration des Baukapitals, des Kapitals in den Terraingesellschaften an vielen Orten ein ganz anderes Gesicht wie früher. Wo Terraingesellschaften das Monopol haben, wo sie über Kapitalien verfügen, die ihnen die Möglichkeit geben, durchzuhalten in Zeiten schlechter Wohnungsverhältnisse, wo das Angebot größer ist als die Nachfrage, da werden diese Gesellschaften die Steuer einfach mit auf die Geschäftsunkosten schreiben und bei der nächsten günstigen Konjunktur mit daraufschlagen auf die Preise der Grundstücke und Gebäude, die ihnen gehören. Die Terraingesellschaften wie die Großfinanz spielen ja bei uns eine außerordentlich wachsende Rolle. Sie wissen, daß die Großfinanz, das Bankkapital, eng liiert ist auch mit dem städtischen Bodenkapital. Wenn wir erfahren, daß nach der letzten Zusammen-

stellung des „Reichsanzeigers" heute 86 deutsche Banken 2¼ Milliarden Aktienkapital besitzen, davon aber die Hälfte auf 8 große Banken entfällt, die auch wieder untereinander kartelliert sind und meist noch über kleinere Banken das sogenannte Kontrollrecht ausüben, daß ferner wieder diese Großbanken mit den Terraingesellschaften in Verbindung stehen, dann muß man sehr gründlich prüfen, ob die Steuer auf den unverdienten Wertzuwachs an Grund und Boden überall zu akzeptieren ist. Denn der Preis der Wohnungen richtet sich nach Angebot und Nachfrage wie jeder andere Preis, und wenn ein Wohnungsmangel besteht, dann können die Besitzer des Grund und Bodens und der Häuser die Steuern ohne weiteres abwälzen auf den Käufer, auf den Mieter, auf den Pächter. Deshalb ist es — das wurde ja auch von den Bodenreformern immer verlangt — einzig richtig, diese Steuer nur örtlich einzuführen, durch Gemeindebeschluß, wobei wir freilich in unserer kapitalistischen Gesellschaft dann wieder auf den Gegenpol stoßen, daß in vielen Gemeinden die Hausbesitzer die alleinigen Herrscher sind und gerade dort, wo es am notwendigsten wäre, die Wertzuwachssteuer einzuführen, dies verhindern. Durch diesen Zwiespalt müssen wir uns eben hindurchwinden, um immer das Richtige zu finden. Bei unserem Verhalten gegenüber Steuern ist es eben nicht so einfach, daß man nur in die Schublade zu greifen braucht, um das Richtige herauszunehmen und zu sagen, das ist die und die Steuer, für die habe ich zu stimmen und für die nicht. Das gibt es eben nicht (Sehr richtig!), weder in der Gemeinde, noch im Landtag, noch im Reichstag. (Sehr richtig!) Entscheidend sind bei dieser Steuer die örtlichen Verhältnisse. Und wenn man sagt, daß diese Steuer die Spekulation verhindert, dann muß ich doch den Bodenreformern sagen: Die Spekulation setzt erst dann ein, wenn eine steigende Tendenz für den Markt da ist. Wenn das Angebot größer ist als die Nachfrage, dann spekuliert niemand, sondern nur wenn die Nachfrage größer ist als das Angebot, dann wird diese Nachfrage künstlich noch gesteigert, dann sucht die Spekulation noch durch Zurückhalten von Werten und Angeboten größeren Profit zu machen. Aber zu glauben, daß stets allein durch die Spekulation das Schwanken der Preise hervorgerufen werden könne, ist nicht zutreffend.

In meinen Leitsätzen heißt es darüber:

„Nicht immer überwälzbar ist die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Gebäuden und Bauplätzen, da diese Steuer ungleich die Objekte trifft, je nach der wechselnden Höhe des Gewinns.

Leichter auf Pächter oder Mieter überwälzbar ist dagegen die Grundstücksumsatzsteuer, die gleichmäßig vom Verkaufspreis eines Grundstückes erhoben wird.

Entscheidend sind also die örtlichen Verhältnisse. Mithin muß den örtlichen Verwaltungen (Gemeinden) die Einführung oder Aufhebung dieser Steuern zustehen, allerdings unter der Voraussetzung, daß nicht die Interessen der Hausbesitzer in den Gemeindeverwaltungen maßgebend sind."

Die Umsatzsteuern, die wir heute auf das mobile Kapital besitzen, Stempelsteuer auf Kaufverträge, Quittungs-, Wechselsteuer, Steuer auf Frachturkunden, Fahrkartensteuer usw. sind alle, wenn sie hoch sind, Erschwerungen des Verkehrs und damit Erschwerungen der kapitalistischen Entwickelung, für die wir nicht eintreten. Deshalb lehnen wir diese Steuern ab. Dagegen können unter Umständen Steuern auf den Spekulations- und Gründergewinn in Betracht gezogen werden, was wir bisher nicht getan haben, weil eben erst jetzt in der modernen Zeit sich das Finanzkapital so gewaltig entwickelt. Es kann, wie Sie wissen, bei Umwandlung von Privatgesellschaften in Aktiengesellschaften

mit einem Schlage ein großer Wert entstehen, der sich der Besteuerung durch Einkommen- und Vermögenssteuer vollkommen entzieht. Nehmen wir an, eine Fabrik, die in Privathänden ist, repräsentiert einen Wert von einer Million, gibt aber 300 000 Mk. jährlich Verzinsung. Dann wird sie bei Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, die nicht mehr als den Durchschnittsprofit auf dem Markte gibt, 5 oder 6 Proz. höchstens, nicht mit einer Million, sondern mit 5 oder 6 Millionen Mark auf den Markt kommen, und die 4 bis 5 Millionen Mark Differenz sind der Gründergewinn, der durch Einkommen- und Vermögenssteuer sehr schwer zu treffen ist. Das sind Dinge, die öfter vorkommen und auf die wir unser Augenmerk besonders richten müssen.

Meine Leitsätze sagen:

„Umsatzsteuern auf das mobile Kapital werden in Form von Stempelsteuern erhoben. Sie sind abzulehnen, soweit sie Handel und Verkehr erschweren, störend auf den Arbeitsmarkt wirken oder vom Besteuerten auf Dritte überwälzt werden, die die wirtschaftlich Schwächeren sind, oft sogar sich in Notlage befinden. So sind z. B. abzulehnen die Stempelsteuern auf Kaufverträge, Darlehen, Quittungen, Wechsel, Schecks, Frachturkunden, Fahrkarten. Dagegen können Steuern auf Spekulations- und Gründergewinne zulässig sein."

Ein anderes Kapital der Steuern, das von großer Bedeutung für uns ist, weil unser Freund Renner in Oesterreich in ihm eine notwendige Ergänzung unseres Parteiprogramms in bezug auf Steuern sieht, sind die Ertragssteuern, die auf die Art der Einkommengewinnung Bezug haben: Grundbesitz- und Gebäudesteuer, Leihkapital- und Gewerbesteuer.

Meine Leitsätze sagen über die Ertragssteuern:

„Sehr wechselnd in ihren Wirkungen, je nach den wirtschaftlichen Machtverhältnissen der verschiedenen Bevölkerungsschichten, sind diejenigen Ertragssteuern, die auf den Ertrag einzelner Arten der Einkommensgewinnung gelegt sind, und zwar die Anknüpfung an die Mittel (Objekte) zur Einkommensgewinnung: Grundbesitz, Gebäude, Leihkapital, Handel und Gewerbe (Objekt- oder Realsteuern). Sie können nur zur Ergänzung der Einkommen- und Vermögenssteuer dienen, niemals diese ersetzen; vielfach kann sie der Besteuerte auf Dritte überwälzen."

Hauptsächlich will ich hier die Grund- und Gewerbesteuer ins Auge fassen, weil sie ein typisches Beispiel dafür sind, wie Steuern nur nach den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen beurteilt werden können. Renner meint, wenn wir Einkommen und Vermögen richtig treffen wollen, müssen wir vorwiegend Ertragssteuern erheben, besonders die landwirtschaftliche Grundsteuer. Nun ist es richtig, die Grundsteuer wirkt nur dann auf den Konsumenten der Bodenprodukte, wenn das Angebot geringer ist als die Nachfrage; wenn aber mehr Getreide auf den Markt kommt, als gebraucht wird, dann kann der Grundbesitzer nicht die Steuer abwälzen auf den Konsumenten. Die Konkurrenz zwingt ihn dann, die Steuer selber zu tragen. Solange wir eine Ueberproduktion von Getreide in Preußen hatten, solange waren die Agrarier die größten Feinde jener Grundsteuer, denn da mußten sie selber sie zahlen. Deswegen hat der Adel protestiert, als 1810 in der Zeit der höchsten Not in Preußen die Grundsteuer erhöht werden sollte. Als aber im Anfang der 60er Jahre durch die Entwickelung der Dampfschiffahrt, durch Verbilligung der Frachten der preußische Grundbesitz sein Getreide nach England schaffte und dadurch den preußischen Markt entleeren konnte, von der Zeit ab hörte der Widerstand der Agrarier gegen die Grundsteuer auf. Und jetzt, wo wir einen Weltmarktpreis für Getreide haben, wo der Weltmarktpreis plus Zoll der

Höchstpreis ist, der voll und ganz ausgenutzt wird von den Agrariern, jetzt müßte jede Grundsteuer wieder getragen werden vom Grundbesitzer und deswegen sind jetzt wieder die Agrarier die Todfeinde der Grundsteuererhöhung, der Grundsteuer überhaupt. Sie sehen, wie wechselnd die Wirkungen der Steuern sind. Bei Lassalle, der zurückgriff auf die Jahre 1856 bis 1860, ist die Grundsteuer noch eine indirekte Steuer, die abgewälzt wird auf den Konsumenten und er bekämpft sie deshalb. Wir haben heute keine Ursache mehr, die Grundsteuer und ihre Erhöhung zu bekämpfen, denn sie kann unter den obwaltenden Verhältnissen nicht abgewälzt werden auf die Konsumenten, zumal im Weltmarktpreis plus Zoll sehr wenig Grundsteuer steckt, weil die Hauptexportländer für Getreide, Nord- und Südamerika, keine Grundsteuer haben und Rußland nur eine sehr niedrige. Deshalb wäre die Grundsteuer eine Belastung der Agrarier und deshalb hat auch Fürst Salm am 8. April 1911 im Herrenhause erklärt: „Die Grundsteuer muß beseitigt werden, sie kommt einer Konfiskation des Vermögens sehr nahe!" Tatsächlich wirkt diese Steuer jetzt als eine Steuer auf das agrarische Großkapital, und da sie in Preußen nicht mehr Staatssteuer ist, sondern den Gemeinden zugewiesen wird, so geht uns die Frage noch mehr an, weil wir in den Gemeinden öfter ausschlaggebend sind als im Staat. Nur ist dabei zu beachten, daß der Grundsteuer in der heutigen Form große Mängel anhaften, so daß wir uns bedenken müssen, ob wir ihr in der jetzigen Gestalt zustimmen dürfen. Sie ist jetzt eine sehr rohe und brutale Steuer, und wo man, wie kürzlich in Bayern, die Wahl hat zwischen Grundsteuer oder Vermögens- und Einkommensteuer, muß man selbstverständlich der Einkommen- und Vermögenssteuer den Vorzug geben. Wenn es aber außerdem möglich ist, eine gerechtere Grundsteuer einzuführen, die nach dem Verkaufs- und nicht nach dem Ertragswert veranschlagt wird, dann haben wir für eine solche Steuer einzutreten, obwohl nach den Erfahrungen zu Lassalles Zeiten wir gegen sie hätten sein müssen. Sie sehen, die Bedeutung der Steuern wechselt und deshalb ist ein Eingehen auf diese Frage eine notwendige Ergänzung unseres Programms und unserer Tätigkeit in Reich, Staat und Gemeinde.

In meinen Leitsätzen habe ich unsere Stellung zur Grundsteuer in folgender Weise skizziert:

„Die landwirtschaftliche Grundsteuer wirkt nur dann direkt auf den Besitzer, wenn das Angebot von Bodenprodukten größer ist als die Nachfrage, so daß die Steuer nicht auf den Preis der Produkte geschlagen werden kann.

Dies ist der Fall, seitdem der Weltmarkt die Preise festsetzt, soweit nicht durch Grenzsperren Grundbesitzmonopol erhalten bleibt.

Die Grundsteuer wirkt jetzt als Besteuerung der Grundrente, also direkt auf den Grundbesitzer, der sie nicht abwälzen kann; mithin, da die Grundsteuer die Grundrente vermindert, also auch den Preis des Bodens, bewirkt die Grundsteuer die Uebertragung der Grundrente auf die Gesamtheit.

Umgekehrt: jede Ermäßigung oder Aufhebung der Grundsteuer wirkt als ein Geschenk an die Grundeigentümer.

Die Veranlagung zur Grundsteuer muß nach dem gemeinen Wert (Verkehrswert, Marktwert) erfolgen, nicht nach dem Ertragswert, weil dieser nur in größeren Zwischenräumen festgestellt wird, daher oft weit hinter dem wirklichen Ertrage zurückbleibt.

Solange die Grundsteuer nach dem Ertragswert erhoben wird, bedarf sie der Ergänzung durch die Boden-Wertzuwachssteuer, die aber nicht erst beim Verkauf eines Grundstücks, sondern regelmäßig in bestimmten Zwischenräumen erhoben werden muß. Auch sie wirkt bei landwirtschaftlichen Grundstücken direkt als Besteuerung des Mehrwerts."

Wechselnd in ihrer Wirkung, weil abhängig von der Marktlage, sind auch die Gebäudesteuern. Deshalb heißt es in meinen Leitsätzen:

„Die Gebäudesteuer und die Steuer auf unbebautes Bauland (Bauplatzsteuer) dagegen wird nicht stets vom Besitzer der Gebäude und Bauplätze getragen, so daß sie direkt als Besitzsteuer wirkt, sondern: Wenn die Nachfrage nach Wohnungen größer ist als das Angebot, kann sie zuletzt auf die Mieter überwälzt werden. Aufhebung der Gebäudesteuer aber wirkt dann doch nur zugunsten der Hausbesitzer."

Diesen letzten Punkt will ich noch besonders hervorheben, da er sich nicht allein auf diese Steuer bezieht: Wenn auch gewisse Steuern stets auf den Konsumenten abgewälzt werden, so dürfen wir doch nicht glauben, daß ohne weiteres die Aufhebung jeder dieser Steuern den Konsumenten zugute kommt. Das ist eine sehr wichtige Erwägung, die uns vor einigen Jahren bei der Aufhebung des städtischen Oktroi einen Streit innerhalb der Partei eingebracht hat. Wenn die Gebäudesteuer aufgehoben wird und die Marktlage unverändert bleibt, so daß also Wohnungsnot vorhanden ist und das Hauskapital die Uebermacht hat, dann wird jede Aufhebung wirken als ein Geschenk an die Hausbesitzer. Der Konsument hat nicht den geringsten Nutzen davon. (Sehr richtig!) Wer überhaupt glaubt, daß durch solche Bauplatz-, Gebäudesteuern usw. Wohnungspolitik getrieben werden kann, der befindet sich auf einem Holzwege. Wohnungspolitik kann nur getrieben werden, indem Angebot und Nachfrage, soweit das in der heutigen Gesellschaftsordnung möglich ist, durch gemeinnützige Einrichtungen von Staat und Gemeinde zum Ausgleich gebracht werden durch Bodenreform in dem Sinne, daß Staat und Gemeinde selber Terrains übernehmen, ausbauen, in Erbpacht vergeben usw. Wo aber durch Steuern Wohnungspolitik getrieben werden soll, wird man sehr bald die größten Enttäuschungen erleben.

Ueber die Wohnungssteuer sagen meine Leitsätze:

„Die Wohnungssteuer oder Mietssteuer kann auf den Vermieter zurückfallen, wenn das Angebot von Wohnungen größer ist als die Nachfrage. Zumeist aber muß sie der Mieter tragen, dem dadurch ein notwendiges Bedürfnis besteuert wird ohne Berücksichtigung seines allgemeinen Einkommens und Vermögens, da gerade die ärmere Bevölkerung verhältnismäßig mehr für Miete zahlen muß, als die wohlhabende, und kinderreiche Familien eine größere Wohnung brauchen als kinderlose.

Deshalb kann der Mietspreis auch nicht zur Grundlage für eine Einkommenbesteuerung dienen.

In gleicher Weise wirkt die Fenster- und Türensteuer, die auch gesundheitliche Nachteile für die Mieter bringt."

Eine Eigentümlichkeit derjenigen Parteien, die sich gern viel Wind in ihre Segel schaffen, um den trägen Lauf des Parteischiffes flotter zu machen, ist, daß sie die Steuerpolitik gleichzeitig zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen benutzen. Das ist z. B. der Fall bei der Gewerbesteuer, die von den Mittelstandspolitikern benutzt wird, um angeblich dem Mittelstand gegen das Großkapital zu helfen. Wir sehen, daß trotz der Gewerbesteuer, die nach der Meinung jener Mittelstandspolitiker das Großkapital am schärfsten treffen soll, das Kleingewerbe immer mehr zurückgeht, in immer größere Abhängigkeit vom Großkapital gerät oder zugrunde geht. Die Gewerbesteuern sind rohe Steuern, die nicht richtig den Unterschied zwischen Betriebskapital und Einkommen fassen können. Deshalb sind wir einig in der Partei und in unseren

Kommunalprogrammen, daß wir die Gewerbesteuern ablehnen. Zum Beweise für die Richtigkeit meiner Behauptung, daß das Großkapital auf dem Gebiete des Grund und Bodens und der Bauspekulation zwar sehr viel Geschrei erhebt gegen Bauplatz- und Wertzuwachssteuern, daß es diese Steuern aber durchaus nicht überall so sehr fürchtet, will ich nur hinweisen auf einen Artikel aus dem Handelsteil des „Berliner Tageblattes", das doch den Interessen der Kapitalisten dient. In diesem Artikel, der am 28. März 1911 erschien, heißt es unter anderem: „Soviel ist ja gewiß, daß alle diese Ertragssteuern schließlich dem Konsumenten zugeschoben werden müssen. Die höheren Lasten der Haus- und Grundbesitzer durch erhöhte Steuern und durch die Wertzuwachsabgabe fallen auf den Mieter zurück. Und der Gewerbetreibende wird nicht bloß die erhöhten Lasten selbst auf den Preis seiner Erzeugnisse zu schlagen versuchen, sondern er wird — wie es in der Natur der Sache liegt — darüber hinaus auch noch für seine größeren Spesen in einer entsprechenden Erhöhung der Preise Ersatz suchen." Es wird also hier zugegeben, daß schließlich doch der Konsument, weil das Kapital auf diesem Gebiete die Uebermacht hat, derjenige ist, der die Steuern trägt.

Ebenso liegt es bei den Sondergewerbesteuern. Wir wissen ja authentisch, wie die Warenhaussteuer abgewälzt wurde, indem die Warenhausbesitzer an die Lieferanten Rundschreiben richteten des Inhalts: von jetzt ab müßt ihr uns die Ware billiger liefern um den Betrag, den wir an Steuern aufzuwenden haben. Weil die Warenhäuser die beste Kundschaft für die Lieferanten bilden, haben diese auch die Steuer getragen, um sie dann auf die Löhne oder in anderer Weise weiter abzuwälzen. Deshalb sagen meine Leitsätze:

„Eine direkte Steuer ist die Gewerbesteuer, die den Reinertrag der gewerblichen Tätigkeit erfassen soll, ihn aber, da sie nach äußeren Merkmalen veranlagt wird (Anlage- und Betriebskapital, Umsatz) nicht richtig treffen kann, so daß die Schwächeren meist zu hoch besteuert werden.

Sondergewerbesteuern, durch welche die wirtschaftlich starken Gruppen getroffen werden, wie durch die Wanderlagersteuer, Warenhaussteuer, Warenumsatzsteuer werden auf die Konsumenten und Lieferanten abgewälzt, während die Besteuerung der wirtschaftlich Schwachen, wie bei der Hausiersteuer und vielfach bei der Konzessionssteuer für Gast- und Schankwirtschaften, diese mit voller Wucht trifft.

Die Aufhebung der Gewerbesteuern ist aber, solange nicht durch genügende Einkommen- und Vermögenssteuer mit Deklarationszwang Ersatz geschaffen ist, oft ein Geschenk an die Gewerbetreibenden, ohne Nutzen für die Konsumenten."

Seit Lassalles Zeiten sind wir uns einig, daß die Verbrauchsabgaben, die Aufwandsteuern auf Salz, Bier, Branntwein, Zucker usw. unweigerlich vom Konsumenten getragen werden müssen, weil er ihnen wehrlos gegenübersteht. Und wo dies nicht der Fall war, da hat eben die moderne Gesetzgebung schon seit Bismarck es so eingerichtet, daß durch die Begrenzung der Produktion die freie Konkurrenz der Produzenten ausgeschaltet wurde, so daß dann die gesamte Steuerlast auf den Konsumenten abgewälzt wurde. Das geschah zuerst bei der Branntweinsteuer, wo scheinbar eine Strafsteuer für Ueberproduktion eingeführt wurde, die sich in Wirklichkeit in eine Liebesgabe verwandelte. Als dann die Produzenten sich kartellierten und eine geschlossene Körperschaft gebildet hatten, als der Spiritusring entstand, da konnte 1912 die Regierung das Mäntelchen fallen lassen; die Liebesgabe fiel, die Steuer wurde um ihren Betrag erhöht, gleichzeitig aber nahm diesen Betrag, den der Konsument bisher bezahlt hatte, der Spiritusring als Extraprofit. Das ist das doppelt Verwerfliche an der modernen Gesetzgebung: nicht allein alle notwendigen Nahrungs- und Genußmittel der Massen werden verteuert, sie bemüht sich auch, Zucker, Bier, Tabak wie Zündhölzer, in der Produktion zu kontingentieren. Und sie ermöglicht damit dem Kapitalisten erst recht, die Steuern in vollem Umfange auf den Konsumenten abzuwälzen. Das hat Lassalle bereits in klassischer Weise vor 50 Jahren in seinem Arbeiterprogramm geschildert. Er schildert auch, warum aus ethisch-psychischen Gründen die herrschenden Klassen so gern diese Verbrauchssteuern sehen. Die indirekten Steuern bedrücken nicht allein die Armen am schwersten, sondern sie lassen das Volk auch im unklaren über die Höhe seiner Steuern.

Im „Arbeiterprogramm" brandmarkte Lassalle den Betrug, der mit Hilfe der indirekten Besteuerung an der ärmeren Bevölkerung verübt wird.

„Die indirekten Steuern auf den Massenverbrauch bedrücken nicht allein die Armen am schwersten, sondern lassen das Volk auch im unklaren über die Höhe seiner Steuern, die sehr häufig der einzelne in dem Preise der Dinge bezahlt, ohne zu wissen und zu merken, daß er jetzt steuert, daß es die Steuer ist, welche ihm den Preis der Dinge verteuert."

Getreu Lassalles Worten hat Bismarck, als er seine große Verbrauchsabgabenpolitik 1875 begann, im Reichstage erklärt, er wolle möglichst viel solche indirekten Steuern. Am 22. November 1875 sagte er im Reichstage:

„Das Ideal, nachdem ich strebe, ist, möglichst ausschließlich durch indirekte Steuern den Staatsbedarf aufzubringen . . . Ich halte die direkten Steuern für einen harten und plumpen Notbehelf. . . . Ich erkläre mich von Haus aus wesentlich für Aufbringung aller Mittel nach Möglichkeit durch indirekte Steuern. Was auch theoretisch dagegen gesagt werden mag, faktisch ist, daß man sie weniger fühlt. Es ist schwer zu berechnen, wieviel der einzelne zahlt, wieviel auf andere Mitbürger überbürdet wird."

Wir wissen alle aus dem praktischen Kampfe, wie es eine der schwersten Aufgaben ist, der Bevölkerung klarzumachen, wieviel sie infolge der indirekten Steuern zu zahlen hat, daß man selbst in Großstädten ein ungläubiges Staunen sieht, wenn man den Leuten vorrechnet, wie hoch jeder mit Steuern belastet ist. Eben weil sie es nicht in barem Gelde bezahlen, glauben sie es oft nicht. Einer sagte mir einmal: Keinen Pfennig bezahle er an das Reich, er habe nie eine Steuerquittung vom Reiche erhalten. Diese Abwälzung der indirekten Steuern auf die arme Bevölkerung ist typisch für die Bourgeoisie. Selbst in England machen die Verbrauchsabgaben auf Tee, Zucker, Tabak, Spiritus im Verhältnis zum Einkommen der Arbeiterklasse 9 Proz. aus, während direkte Steuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaften im Verhältnis zum Einkommen der besitzenden Klasse nur 7 Proz. ausmachen. Wenn man aber meint, wir hätten bereits so hohe indirekte Steuern, daß sie nicht mehr erhöht werden könnten, so ist das steuertechnisch nicht richtig. Auf Wein, Bier, Branntwein und Tabak kommen pro Kopf in England 24 Mk., in Frankreich 17½ Mk., in den Vereinigten Staaten 14 Mk. und in Deutschland 6 Mk. Und trotzdem wird in diesen anderen Staaten sowohl geraucht als Bier und Schnaps getrunken. Der Konsum geht wohl zurück, wenn die Steuern steigen. Durch Preiserhöhung wird aber von den Produzenten und Händlern der Profit wieder eingebracht. Manche meinen, es sei wirtschaftlich und finanztechnisch nicht möglich, neue indirekte Steuern im Deutschen Reiche zu bringen. Wer das glaubt, befindet sich auf dem Holzwege. Wenn es nicht möglich war, so nur deshalb, weil der politische Widerstand stärker geworden ist durch das Anwachsen der Sozialdemokratie, weil eben die Besteuerung abhängig ist von der politischen Macht. Wenn man mir wegen dieser meiner Meinung vorgeworfen hat, das sei ein Armutszeugnis für einen

sozialistischen Politiker, so tröste ich mich mit Lassalle, der derselben Meinung war.

Luxussteuern sind mitunter als Mittel zur Besteuerung des Reichtums vorgeschlagen worden. Für sie schwärmt Genosse Renner. Da halte ich es aber mit Lassalle, der 1863 sagte: „Entweder sind die Luxussteuern keine — das heißt, sie treffen den Aermeren — oder sie sind wirkliche, dann bringen sie nichts!" Wir haben eine wirkliche Luxussteuer, die Champagnersteuer, sie bringt gegenüber den 1820 Millionen Konsumsteuern ganze 10—11 Millionen Mark. Will man den Luxus treffen, so treffe man ihn an der Quelle, am Einkommen und am Vermögen. Wie aber Luxussteuern wirken können, dafür ist gerade die Champagnersteuer bezeichnend. In Frankreich sagte man, als sie im Reiche eingeführt wurde: Haust du meinen Champagner, so haue ich deine Spielwarenindustrie. Und die Leidtragenden wären infolge der verminderten Absatzmöglichkeit unsere Sonneberger und sonstigen thüringischen Heimarbeiter gewesen.

Das große Vermögen ist ein Luxus, den soll man treffen. Was ist übrigens Luxus? Bismarck sagte 1875: Tabak, Bier, Branntwein, Zucker, Petroleum sind die Verzehrungsgegenstände, Luxusgegenstände der großen Massen. Wo fängt der Luxus an und wo hört er auf? Nein, wir halten uns an die wirklichen Besitzsteuern, das genügt!

Eine neue Form der Besteuerung kann eintreten durch die Staatsmonopole, bei denen der Staat den Preis der Waren bestimmen, also in verkappter Form Steuern erheben kann. Daß beim Petroleummonopol dies eintreten soll, haben wir bisher in der Kommission verhindert.

Darüber besagen meine Leitsätze folgendes:

„Indirekt nach Erhebungsform und Wirkung sind die Verbrauchsabgaben (Aufwandsteuern), die Steuern auf den Verbrauch von Salz, Bier, Branntwein, Tabak, Zucker u. a. m. Der Produzent läßt sich nicht allein den Betrag dieser Steuern, sondern meist noch einen Aufschlag von dem Verbraucher der Produkte wiedererstatten, da dieser zumeist der wirtschaftlich Schwächere gegenüber dem Produzenten ist.

Damit nicht der Konkurrenzkampf der Produzenten die Ueberwälzung der Steuer auf die Konsumenten aufhebt oder einschränkt, wird oft noch durch die Steuergesetze die Produktion niedriger begrenzt als die Nachfrage (kontingentiert) und gleichzeitig die über die Begrenzung hinaus produzierte Ware, das Ueberkontingent, mit einer höheren Steuer belegt, so daß die Nachfrage auch die höher besteuerte Ware benutzen muß.

Das hat zur Folge, daß die gesamte Ware, auch die niedriger besteuerte, mit dem höheren Steuersatz verkauft wird, mithin der Unterschied zwischen der höheren und niederen Steuer dem Produzenten zugute kommt (Liebesgabe). Die scheinbare Strafsteuer für die Ueberproduktion ist also in Wirklichkeit eine Strafsteuer für die Konsumenten und eine Fürsorgegesetzgebung für die Produzenten, zumal sie gleichzeitig deren Kartellierung begünstigt und dadurch noch weitere Preissteigerungen ermöglicht.

Die Verbrauchsabgaben belasten den Aermeren im Verhältnis zu seinem Einkommen stärker als den Wohlhabenden und Reichen.

Verbrauchsabgaben auf den Luxus der reichen Leute, Luxussteuern, bringen auch bei hohem Steuersatz verhältnismäßig nur geringe Einnahmen, während sie auf die Produktion der Luxuswaren und damit auf die Lage der Hersteller derselben wie auf den auswärtigen Handel schädigend wirken können.

Wie die Verbrauchsabgaben, wirken auch die Zölle auf Nahrungs- und Genußmittel und auf Verbrauchsgegenstände als indirekte Steuern, welche die ärmsten Konsumenten verhältnismäßig am schwersten belasten.

Wie eine indirekte Besteuerung wirken auch Staats- oder Gemeindemonopol, sofern sie auf ihre Waren mehr als den üblichen Gewinn aufschlagen, also in verkappter Form Steuern erheben."

Also: jede Steuer ist nach ihrer Art der Wirkung zu prüfen. Bei jeder ist zu fragen: wer trägt die Last? Kann sie überwälzt werden oder nicht? Wie wird sie wirtschaftlich verteilt? Hindert sie durch Hemmung der kapitalistischen Entwickelung den Aufstieg der Arbeiterklasse oder nicht?

Neben diesen wirtschaftspolitischen Erwägungen bestehen aber für uns auch parteipolitische Erwägungen. Damit komme ich zu meiner Resolution. Die Leitsätze haben einen Ueberblick über die in der kapitalistischen Gesellschaft vorhandenen und möglichen Steuerarten gegeben, mit denen wir uns in der Praxis des täglichen Kampfes abzufinden haben. Es genügt eben nicht mehr für eine so große Partei wie die unsere, daß sie nur sagt: wir wollen Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern. Wir sind gezwungen, tagtäglich Stellung zu nehmen, was heute im kapitalistischen Staat an Steuern vorliegt. Was in unserem Erfurter Programm Punkt 10 steht, ist das, was wir fordern. Wenn wir die Macht haben würden, unseren Willen zum Ausdruck zu bringen, dann würden wir die in Punkt 10 vorgeschlagenen Steuerarten einführen. Hierbei will ich einen Irrtum beseitigen. Es wurde gesagt, in Punkt 10 stände schon darin, wie die Steuern verwendet werden müssen, und zwar sollten wir nur dann Steuern bewilligen, wenn wir dafür sind, daß die Steuern zur Deckung dieser Ausgaben dienen sollen. Das ist nicht richtig. Wie ich vom Vater des Erfurter Programms, Kautsky, erfahren habe — eine Meinung, die ich schon immer hatte —, sagt er, daß dieser Satz mit der Deckungsfrage Punkt 10 gar nichts zu tun hat. Der Satz: „soweit diese durch Steuern zu decken sind", bezieht sich auf die vorhergehenden Worte: „Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben" und bedeutet, daß diese Ausgaben durch Steuern zu decken sind, soweit sie nicht auf anderem Wege (etwa durch Staatsbetriebe, wie z. B. Eisenbahnen) gedeckt werden.

Ferner will ich hier darauf hinweisen, daß es im Erfurter Programm nicht heißt, wie mitunter behauptet wird: wir sind gegen alle indirekten Steuern, sondern: „Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern". Also nur diejenigen indirekten Steuern bekämpfen wir, die volksbelastend wirken. Bei den anderen, die nicht so wirken, stört uns die Etikette, die darauf geklebt ist, nicht.

Im zweiten Absatz meiner Resolution wird gesagt, daß der Bedarf der Bundesstaaten durch Zuschläge zu den direkten Reichssteuern zu decken ist. Also gerade umgekehrt, wie es bisher geschieht. Die Veranlagung und Tarifierung muß durch das Reich erfolgen, und die Bundesstaaten haben Zuschläge zu den Reichssteuern zu erheben. Der Patriotismus der Besitzenden reicht ja nur bis zum Geldbeutel. Wenn jetzt ein Staat eine höhere Progression einführen will, dann drohen die Kapitalisten, nach dem nächsten Staate auszuwandern. Ferner: wenn die Veranlagung von Reichs wegen erfolgt, würden auch die Steuerhinterziehungen mehr vermindert werden können als jetzt, wo die Großgrundbesitzer von dem ihnen gefügigen Landrat veranlagt werden.

Ferner habe ich in dieser Resolution mit Absicht das wiederholt, was wir in Bremen 1904 über Kommunalbesteuerung beschlossen haben.

„Für die Deckung des Bedarfs der Gemeinden ist gemäß den Beschlüssen des Parteitags zu Bremen zu fordern:

Staatliche Zuschüsse für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens, der Armenpflege, des Wegebaues.

Zuschläge zu den staatlichen Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern. Wo derartige staatlichen Steuern nicht existieren, soll den Gemeinden das Recht zustehen, besondere kommunale Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern auszubilden.

Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden."

Wir haben Freunde unter uns, die da meinen, daß der Gemeindesozialismus das wichtigste Tätigkeitsgebiet sei, daß man von der Gemeinde aus den Staat erobern könne und in der Gemeinde außerordentlich große Vorteile für die Arbeiterklasse erringen könne. Das muß man auf das richtige Maß zurückführen. Die Gemeinde ist ein abhängiges Glied des Staatsorganismus. Die Steuergesetze werden vorgeschrieben durch den Staat, also können wir politisch in den Gemeinden nicht über diese Grenzen hinaus, und wirtschaftlich nicht, weil die Gemeindeverwaltungen, in denen zunächst wir die Mehrheit erobern können, meist wenig wohlhabende Gemeinden sind — sonst würden eben nicht die Proletarier die Mehrheit bilden. Trotzdem wir also wissen, daß wir jetzt innerhalb der Gemeinden unsere grundsätzlichen Forderungen in vollem Umfange fast nirgends zur Annahme bringen können, beteiligen wir uns — und mit Fug und Recht — eifrigst an den Gemeindewahlen, so daß wir jetzt in 509 Städten und 2973 Landgemeinden 11 681 sozialistische Gemeindevertreter haben und in 65 Städten und in 120 Landgemeinden auch 320 Sozialisten im Magistrat, Stadtrat und Gemeindevorstand. Ueberall suchen wir für die Arbeiter zu wirken — und wir können es meist nur durch Eintreten für das kleinere Uebel!

Damit komme ich zum springenden Punkt meiner Resolution, bei dem ich hoffe, daß nicht allzu viele aus der Haut fahren, die da meinen, meine Ansichten seien absolut neu und ketzerisch. Hat man doch Ausdrücke gebraucht von schwammig und verschwommen bis zu revisionistisch. Im ersten Absatz dieses Abschnitts meiner Resolution heißt es:

„Für die Bewilligung von Steuern in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden ist aber nicht allein maßgebend die Art der Steuern, sondern auch ihr Verwendungszweck."

Darüber sind wir uns einig, bis auf einen Punkt. Es gibt allerdings eine, wenn auch ganz kleine Richtung, die sagt: Der Verwendungszweck geht uns gar nichts an, wenn nur wirtschaftlich die Steuer gerechtfertigt ist, wenn sie nur den Mehrwert trifft und direkt ist. Die Vertreter dieser Ansicht werden Eigenbrödler sein. Da die Steuern ein politisches Kampfmittel sind, muß auch die politische Rolle des Augenblicks in Betracht gezogen werden. Was in den Leitsätzen und im Erfurter Programm Punkt 10 niedergelegt ist, ist das, was wir fordern. Etwas anderes ist aber das, was wir erreichen können. Wir sind vorläufig eine Partei der Minderheit. Hier gilt das Wort: „Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen, da herrscht der Streit, und nur die Stärke siegt!" Was wir erreichen können, hängt ab von unserer politischen Macht. Wir würden gerade auf dem Gebiet der Steuern als Minderheitspartei überhaupt nichts erreichen können, wenn uns eine einheitliche geschlossene Kapitalistenklasse entgegenstehen würde oder könnte. Aber sie ist wohl einheitlich in bezug auf Schaffung des Mehrwertes auf Kosten der Arbeiter, jedoch zerrissen in bezug auf die Art der Schaffung des Mehrwertes. Ueberall zeigt sie da Gegensätze, die uns den Aufstieg ermöglichen. Dieser Zwiespalt innerhalb der Kapitalistenklasse legt uns die Pflicht auf, entscheidend zu wirken und zu erwägen, wohin wir unser Gewicht in die Wagschale werfen sollen. Wir müssen uns entscheiden zwischen dem größeren und kleineren Uebel, denn eine Minderheit kann nicht das erreichen, was sie eigentlich will. Soll sie sich auf Protestaktionen beschränken? Dann wird sie ausgeschaltet aus der Politik und aus den Parlamenten, dann brauchen wir überhaupt die Wahl nicht. Die Wege, die scheinbar neu sind, sind alte ausgefahrene Gleise, die durch die praktischen Erfahrungen eines halben Jahrhundert uns gezeigt sind. (Sehr richtig!) Zum erstenmal kamen wir in die Lage, praktisch Stellung zu nehmen, in Bayern, als es sich um die Budgetabstimmung handelte. Daher der bayerische Budgetstreit und die Nürnberger Resolution 1908, der wohl überlegte Beschluß: Wir wollen zwar der gegnerischen Regierung kein Budget bewilligen, denn sie ist arbeiterfeindlich, weil der kapitalistische Staat nicht anders als arbeiterfeindlich sein kann, aber wir wollen uns nicht ausschalten lassen, nicht mit gebundenen Händen dastehen, nicht einfach uns prügeln lassen, wo wir uns wehren können. Sondern wir wollen, wenn die Wahl zwischen einem besseren und einem schlechteren Budget in unserer Macht liegt, dafür eintreten, daß das für die Arbeiter günstigere Budget angenommen wird. Denn wenn auch in dem günstigeren Budget die Arbeiterinteressen geschädigt werden, so entsteht dadurch nicht für uns die Verpflichtung, daß wir die Arbeiterinteressen noch mehr schädigen müssen, indem wir dafür sorgen, daß das schlechtere Budget angenommen wird. (Sehr richtig!) Wir waren zuerst darin nicht ganz einig. Allmählich sind wir einig geworden. Deswegen habe ich diese Resolution als Vorbild beibehalten und gesagt: was dem Budget recht ist, ist der Steuerfrage billig! (Kautsky: Sehr richtig!) Wir haben als feststehenden Satz in Nürnberg festgelegt:

„Gemäß dem Beschluß von Nürnberg 1908 ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde."

Dieser Beschluß ist von denen, die die Resolution 114 unterschrieben haben, gelobt und gerühmt worden: „Die Erfahrung beweist uns die Notwendigkeit, eine klare Resolution zu fassen, die sich nicht wie Kautschuk dehnen läßt, diesem Bedürfnis entspricht die Resolution des Parteivorstandes." So sagte damals über die Nürnberger Resolution Klara Zetkin.

Als wir nun jetzt im Reichstag vor einer Entscheidung über Steuern standen, trat wieder die Frage auf, wie wir zu stimmen hätten. Selbstverständlich konnten nicht Steuern in Frage kommen, die die Arbeiter schädigen, sondern nur solche, die den Mehrwert erfassen. Aber der Verwendungszweck kam in Frage, der den Arbeiterinteressen vollständig entgegengesetzt war. Was hatten wir da zu tun? In der Wissenschaft sucht man neue Wege dadurch zu finden, daß man vom Bekannten zum Unbekannten übergeht. Das Bekannte war unsere Stellung zum Budget, das zu Suchende unsere Stellung zur Steuerfrage. In meiner Resolution heißt es nun als Absatz 3:

„In gleicher Weise ist auch jede direkte Steuer, selbst wenn sie allein den Mehrwert trifft, von unseren Genossen abzulehnen, falls der Verwendungszweck den Interessen der Arbeiterklasse widerspricht, es sei denn, daß die Ablehnung der direkten Steuern durch unsere Genossen die Annahme der bekämpften Vorlage nicht hindert und eine für die Arbeiterklasse ungünstigere Besteuerung zur Folge haben würde."

Also die Regel ist die Ablehnung, die Ausnahme ist die Zustimmung unter bestimmten Bedingungen: „Es sei denn . . ." Wenn also die Militär-

vorlage angenommen ist oder auf jeden Fall angenommen werden wird, dann müssen wir für diejenigen Steuern stimmen, die die Arbeiter nicht außerdem, daß sie die Militärlasten zu tragen haben durch ihre Person, auch noch mit der Steuerlast bedrücken. (Sehr richtig!) Nun sagen unsere Gegner: Nein, wir dürfen keinen Pfennig Steuern für die Zwecke des Klassenstaates bewilligen. Was bedeutet das? Wir bekämpfen die Militärvorlage, wir sind aber in der Minderheit. Die Bourgeoisie wird immer imperialistischer, bis in die Kreise des früheren Fortschritts hinein. Jede noch nicht geborene Militärvorlage ist heute von der Bourgeoisie bereits angenommen. Was tun wir nun, nachdem die Militärvorlage angenommen ist, bei der wir nichts ändern können? Wir bekämpfen den Militarismus durch Aufklärung und halten Versammlungen ab — und dann sagen wir: Geschieht mir ganz recht, wenn ich mir die Finger erfriere, warum kauft mir mein Vater keine Handschuhe nicht. (Sehr richtig!) Sollen wir dann noch etwa sagen: Nun, guter Vater Staat und Mehrheitsparteien, nun seid so gut und macht solche Steuergesetze, daß wir sie auch noch bezahlen. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Das würden wir tun, wenn Sie der Ueberzeugung wären, die ich bekämpfe, daß wir überhaupt ohnmächtig am Boden liegen, daß die ganze Sozialdemokratie ein riesiger Humbug ist, die ganze Gewerkschaftsbewegung eine leere Redensart, daß die Arbeiter sich alles gefallen lassen müssen, daß es gar keinen Widerstand gibt. Wenn Sie meinen, daß wir so ohnmächtig sind, dann zahlen Sie die indirekten Steuern. Im „Wahren Jakob" antwortet ein Kapitalist auf die Frage, wieso er sich denn für den Wehrbeitrag begeistern könne: „Ach, den hole ich aus meinen Arbeitern wieder heraus!" Wenn das im „Wahren Jakob" steht, so ist das ein schlechter Witz. (Heiterkeit.) Wenn ihn aber ein Politiker macht, so ist das eine Riesendummheit. Dadurch wahren wir nicht die Interessen der Arbeiter, daß wir sagen: Alle diese Steuern werden doch abgewälzt auf den Arbeiter. In der „Gleichheit" vom 10. Dezember wird gesagt: „Auch wenn wir die direkten Steuern abgelehnt hätten, würden doch keine indirekten Steuern gekommen sein. Parteien und Regierung müssen rechnen mit der Konsum- und Steuerfähigkeit der Massen, mit den 4¼ Millionen Sozialdemokraten, da würde nicht einmal das Zentrum sich erkühnen, die indirekte Steuerschraube anzuziehen." — In demselben Artikel aber heißt es einige Zeilen weiter: „Die von der Fraktion bewilligten Steuern sind ein ständiger Anreiz für den Kapitalismus, künftig erst recht indirekte Steuern zu machen." — Was ist nun richtig? (Heiterkeit.) Der Artikel ist vorempfunden worden. In der „Leipziger Volkszeitung" vom 26. Juli und dort mit R. L. als Verfasser unterzeichnet (Hört! hört!), heißt es ebenfalls zunächst: „Eine weitere indirekte Belastung der Massen ist vorerst einfach undenkbar." — Und dann heißt es in demselben Artikel: „Die neuen direkten Steuern sind kein Mittel, indirekte zu verhüten, sondern die sicherste Gewähr für neue indirekte Steuern in nicht ferner Zukunft." (Heiterkeit.) Da versagt freilich meine Logik, wenn in einem Artikel solche Widersprüche sich finden. Selbst angenommen, es wäre richtig, daß die jetzige Belastung des Mehrwerts durch die neuen direkten Steuern ein Anreiz wäre für kommende indirekte Steuern, müssen wir deswegen, weil wir künftig mal Prügel bekommen können, jetzt gleich den Buckel hinhalten. (Sehr gut!) Wenn direkte Steuern ohne unsere Zustimmung eine Mehrheit finden bei einer Vorlage, die wir bekämpfen, deren Zweck wir nicht billigen, dann haben wir gegen diese Steuern zu stimmen, denn dann bewilligen wir durch die Zustimmung den Zweck. Darum bin ich dagegen aufgetreten, daß der Wehrbeitrag von uns unterstützt wird, weil ich der Meinung war, daß er auch ohne unsere Stimmen angenommen wäre, während die Mehrheit der Meinung war: Nein, in dem Augenblick, wo ihr

erklärt, ihr stimmt gegen den Wehrbeitrag, dann werden Zentrum und Konservative und ein Teil der Nationalliberalen jubelnd sich die Hände reichen und sagen: Nun, wir haben die Sozialdemokratie fein hereingelegt, nun stimmen sie nicht für die direkten Steuern, nun sind die Sozialdemokraten schuld, wenn indirekte Steuern kommen. — Das ist eine Frage, die nach der jeweiligen politischen Situation entschieden werden muß! Nachdem mein Versuch, diese Stellungnahme zu Fall zu bringen, in unserer Fraktion mißglückt war, da sagte ich: Wenn es beschlossen ist von der Mehrheit, dann haben wir uns alle zu fügen, dazu sind wir demokratisch organisiert. Wir sind darum auch alle samt und sonders für den Wehrbeitrag eingetreten.

Anders lagen die Dinge bei der Besitzsteuer. Dort war sicher, daß, wenn wir gegen die Besitzsteuer stimmen würden, daß dann die anderen mit Jubel die Steuern fallen ließen; was dann gekommen wäre, kann man sich denken. Wir waren der Meinung, daß, wenn wir nicht für die Besitzsteuer stimmten, daß sie dann zu Fall kommt. Es bestand für mich kein Zweifel, daß dann eine Mehrheit für indirekte Steuern gefunden werden würde.

Aber wie dem auch sei: Es handelt sich jetzt bei meiner Resolution nicht darum, ob diese Erwägung richtig ist, denn das ist Sache der taktischen Entscheidung. Es handelt sich darum, zu zeigen, daß es nicht eine Frage des Prinzips, nicht eine Frage unserer grundsätzlichen Stellung zum Militarismus ist, wie wir uns in solchen Fällen zu verhalten haben, sondern eine Frage taktischer Erwägung gegenüber der Steuer. (Sehr richtig!) Die Militärvorlage war abgetan, war angenommen. Es handelte sich nur noch darum: Verhindern wir arbeiterbelastende Steuern oder verhindern wir sie nicht? (Sehr gut!) Eine andere Frage gab es in diesem Augenblick nicht. Darüber mag der Parteitag entscheiden nach dem Referat von Südekum, der diese Verhältnisse noch näher klarlegen wird. Für mich handelte es sich nur darum, zu zeigen, daß, nachdem einmal die von uns bekämpfte Vorlage angenommen war, wir nur noch vor der Frage standen, welches das größere oder kleinere Uebel in bezug auf die Deckung sei. Wir befinden uns, wie ich immer wiederholen muß, in allen Parlamenten vorläufig doch noch in einer Zwangslage, wir sind keine Mehrheit, sondern eine Minderheit, die in politischer Notwehr handelt, und in der Notwehr erlaubt sogar das Strafgesetzbuch, von Mitteln Gebrauch zu machen, die man sonst nicht gebrauchen darf. Wenn über einen friedliebenden Menschen ein Räuber herfällt, dann hat man in der Notwehr das Recht, ihn totzuschießen. (Sehr richtig!) In dieser Notwehr der Ausplünderung der Arbeiter durch Steuern hatten wir zu entscheiden, ob wir so oder so stimmen sollten. Und Genossen, die Sie das so nagelneu finden, soll ich Ihnen die ganze Liste vorlegen, wie die deutsche Sozialdemokratie bisher in solcher Notwehr gehandelt hat! Was haben wir denn gemacht beim Caprivischen Handelsvertrag? (Sehr gut!) Oder sind wir etwa Anhänger irgendeines Getreidezolles? Als die Streitfrage war, ob 5 oder 3½ Mk., da waren wir, obwohl wir nur 36 Mann stark waren, bei diesem Streit zwischen mobilem und immobilem Kapital die Ausschlaggebenden gewesen, und wir sind die Retter derjenigen Handelsverträge gewesen, die zum Nutzen des Proletariats einen geringeren Zoll hatten. (Sehr richtig!) Sind wir deshalb jemals angegriffen worden? Ist jemals in einer Volksversammlung darüber geredet worden? Wenn unser jetziges Verhalten ein Verbrechen ist, was für abgebrühte Verbrecher müssen dann die 110 Mann sein, welche Riesenverbrechen haben wir dann schon begangen! (Heiterkeit.) Ich will nicht im einzelnen ausführen, wie wir selbst Arbeiterschutzgesetze nur dadurch bekommen haben, daß wir den Zwiespalt zwischen mobilem und immobilem Kapital benutzten. Ich will nur sagen, daß einer von denen, die eine Gegenresolution hier eingebracht haben,

auf dem Leipziger Parteitag, als es sich um die damaligen Steuern handelte, ausgeführt hat: „Nun gebe ich ja zu, in dem Augenblick, wo wir eine große Last vom Volke abwälzen können an indirekten Steuern, werden wir natürlich für direkte Steuern stimmen." (Hört! hört!) Fritz Geyer in seiner Rede auf dem Leipziger Parteitag 1909. (Heiterkeit. Hört! hört!) Und derselbe Fritz Geyer hat im Reichstag als Fraktionsredner im Jahre 1909 gesagt: „Wir werden selbstverständlich in der Kommission den Versuch machen, das Unglück neuer indirekter Steuern von der Arbeiterklasse abzuwenden. Wir werden alles tun, um das kleinere Uebel an die Stelle des größeren zu setzen." (Hört! hört!) Ganz meine Meinung. Weiter: in einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung" von Karski wird gesagt: „Aus Anlaß eines Einzelfalles eine Resolution zu konstruieren" — das soll ich nämlich getan haben —, „die den Schwerpunkt unserer programmatischen Forderung ins Steuerwesen verschiebt, heißt unsere Haltung vollständig abhängig machen von der jeweiligen Parlamentsmehrheit, und damit verlassen wir den marxistischen Boden." Zum Trost lese ich in der soeben zur Ausgabe gelangten „Kommunalen Praxis" einen Artikel von Freund Leo Arons, von dem man doch nicht sagen kann, daß er mit Karski zu einer Gruppe gehört. Und Genosse Arons ist sehr unglücklich darüber, daß wir bei den Etatsabstimmungen unser Verhalten abhängig machen von dem größeren oder kleineren Uebel, er hält es für unwürdig, daß unsere Stellungnahme zu einem Budget beschlossen wird im Fraktionszimmer der Konservativen. Also der Marxist sagt, das ist nicht marxistisch, und der Revisionist, wenn wir ihn mal so nennen wollen, sagt, es sei unwürdig, seine Haltung abhängig zu machen von den anderen. Um Himmelswillen, seit wann wird denn Krieg geführt, ohne daß man sich um das kümmert, was der Gegner tut? Im Parlament sind wir im Kampf; in jedem Kampf hat man sich zu richten danach, welchen Schachzug macht der Gegner, und je nach der Richtung, die er einschlägt, müssen wir das tun, was nötig ist, um ihn wieder zu schlagen. Wenn der Gegner ein Budget vorschlägt, das die Arbeiter schädigt, müssen wir es ablehnen, und genau so ist es mit den Steuern. Wenn man durch Steuern die Arbeiter schädigen will, müssen wir unsere Macht einsetzen, um bessere Steuern zu erringen. Das ist der wesentliche Unterschied, der in manche Gehirne gar nicht einzuhämmern ist. Nach Annahme der Militärvorlage handelte es sich nur noch um die Verteilung der Lasten. Es handelte sich darum: Sind wir in der Lage, zum Nutzen der Arbeiter zu wirken, oder müssen wir dastehen, wie dumme Jungen, die man auslachen muß, weil sie nicht fähig sind, die Interessen der Arbeiter zu vertreten? (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn ich vorhin sagte, daß wir alle 110 — und Freund Ewald wird als 111ter sicher gleich dazu gehören — hartgesottene Verbrecher sind nach den Anschauungen derer, die meine Resolution bekämpfen, so erinnere ich Sie nur daran, daß wir am 14. Februar 1912 einen Antrag Albrecht und Genossen eingereicht haben, der zu unserem Bedauern noch nicht zur Verhandlung gekommen ist, sonst hätten Sie schon die schönsten Reden darüber gehört, daß wir bestrebt sind, die bestehenden indirekten Steuern auf Streichhölzer, Petroleum usw. durch eine Reichseinkommensteuer auf Einkommen über 6000 Mk. zu ersetzen. Liebe Freunde, was heißt denn das? Wir wollen also die Millionen, die heute durch indirekte Steuern gewonnen werden, treu unserem Programm ersetzen durch direkte Steuern. Und der Verwendungszweck?! (Lebhaftes Sehr richtig!) Neun Zehntel des deutschen Reichsetats werden für militaristische Zwecke verwandt. Indem wir sagen, nicht indirekte Steuern, sondern direkte, machen wir genau dasselbe, was wir jetzt tun, wir sagen eben: der Verwendungszweck ist eine abgeschlossene Sache, an dem können wir nichts ändern. Aendern können wir nur an der Art und Weise,

wie die Kosten bezahlt werden. Und da sind wir eben in der angenehmen Lage, daß wir versuchen, ob es gelingt — vielleicht, vielleicht auch nicht — die Kosten abzuwälzen auf die besitzenden Klassen. Das ist jedenfalls unsere Pflicht. Von dieser Pflicht waren wir alle 110 durchdrungen. Alle waren damit einverstanden. Oder etwa nicht? Und wie können Sie dann sagen, es kommt auf den Verwendungszweck an? — — Da sind Sie stumm. (Heiterkeit.) Deshalb heißt es in meiner Resolution Absatz 4:

„Entsprechend unserer Programmforderung haben unsere Genossen in den Parlamenten stets darauf hingedrängt, daß bestehende indirekte, die Arbeiterklasse belastende Steuern abgeschafft und durch direkte ersetzt werden, ohne Rücksicht darauf, zu welchen Zwecken die Staatseinnahmen verwendet werden."

Nun bin ich aber im Auftrage der Fraktion und in Uebereinstimmung mit der Fraktion (Sehr richtig!) dazu gekommen, nicht etwa einen Schritt weiter zu gehen auf neuen unbetretenen Wegen, sondern die Konsequenzen dieses Verhaltens zu ziehen. Als ich im vorigen Jahre in der Finanzkommission saß und die Branntweinsteuer wieder erhöht werden sollte, sahen wir aus der Gruppierung der Fraktionen, daß es vielleicht möglich war, statt einer Erhöhung der Branntweinsteuer eine Erbschaftssteuer zu bringen. Da sagte ich mir: nun ist unsere Stunde gekommen, denn wenn ich die Nationalliberalen und Freisinnigen fragte: wo bleibt denn eure Erbschaftssteuer, von der ihr immer redet, erwiderten sie: was nützt uns das, ihr stimmt ja doch dagegen. Nein, sagte ich, der Verwendungszweck ist ja längst erledigt, die Militärvorlage ist angenommen, und ich habe im Auftrage der Fraktion erklärt — diese Erklärung ist abgedruckt im Chemnitzer Bericht des Parteivorstandes — kein Mensch hat in Chemnitz ein Wort darüber gesagt:

„Wir Sozialdemokraten bewilligen für den Militarismus, so auch für die jetzigen Heeres- und Flottenvorlagen, deren Annahme wir leider nicht verhindern können, keinen Mann und keinen Groschen. Wenn wir aber, wie in der gegenwärtigen Situation, erreichen können, daß eine indirekte durch eine direkte Steuer ersetzt werden kann, sind wir bereit, für eine solche direkte Steuer, z. B. für die Erbschaftssteuer zu stimmen."

Auch damals handelte es sich um die Deckung einer Militärvorlage, die beschlossen war. Das ist die Konsequenz aus dem Antrag Albrecht und Genossen: bestehende indirekte Steuern können wir durch direkte ersetzen. Nun sage ich, dann können wir doch auch ebensogut solche, die noch nicht da sind, die aber sicher kommen werden, durch direkte ersetzen! Oder hole ich den Arzt erst, wenn der Kranke tot ist, und versuche ich nicht mehr, den Kranken zu heilen, bevor er gestorben ist. (Sehr gut!) Weiß nicht, was Sie an dieser Logik auszusetzen haben. (Zuruf: Seichtbeutelei ist das!) Deshalb habe ich im fünften Absatz meiner Resolution gesagt:

„Demgemäß haben sie auch zu verhüten, daß neue indirekte Steuern auf die Arbeiterklasse gewälzt werden, und wenn dies nur durch Zustimmung zu direkten Steuern zu erreichen ist, haben sie dafür zu stimmen, da dann der Verwendungszweck der direkten Steuern nur noch der Ersatz indirekter Steuern ist."

Alles andere ist ausgeschaltet, weil an der Beschlußfassung über die Verwendung nicht mehr zu rütteln ist. Mit dem, was unausbleiblich kommt, muß ich rechnen im Leben wie in der Politik, als ob es da ist. Man panzert die Schiffe gegen die Kugeln nicht erst, wenn diese fliegen, sondern ehe die Kugeln kommen. So sage ich, wir haben einzutreten dafür, daß, um die schädlichen Geschosse des Feindes abzuhalten, indirekte Steuern rechtzeitig verhindert

werden durch unser Eintreten für direkte Steuern, sobald wir an dem Verwendungszweck nichts mehr ändern können. Was nützt denn alles Versteckspielen, das gibt es in der Politik nicht. Da heißt es gerade heraus: der Verwendungszweck steht fest, wir sind ihm gegenüber machtlos. Mir kommt es vor, als ob bei dieser ganzen Aktion gegen Steuern, deren Verwendungszweck wir zwar nicht mehr hindern können, der uns aber unangenehm ist, etwas dahinter steckt, wie eine Art Möchtegern, daß man noch auf den Verwendungszweck Einfluß haben möchte. Das ist aber eben vorbei, daran können wir nichts mehr ändern, und infolgedessen müssen wir genau, wie es in meiner Resolution gesagt ist, Schritt für Schritt vorgehen. Das ist keine willkürliche Reihenfolge, in der ich das bringe, sondern wohl überlegt; vom Allgemeinen zum Besonderen, vom Bekannten zum Unbekannten, von der Nürnberger Budgetabstimmung zu der Steuerabstimmung, von dem Ersatz bestehender zu der Verhütung kommender indirekter Steuern. Die eiserne Notwendigkeit des Kampfes ist es, die unser Verhalten diktiert innerhalb und außerhalb des Parlaments. Die gesamte politische und wirtschaftliche Situation ist entscheidend für uns, nicht, was wir zu fordern und zu wünschen haben — das haben wir in unserem Programm festgelegt —, sondern was wir durchsetzen können. Deshalb muß ich mich ganz entschieden gegen die gegnerische Resolution Nr. 114 wenden. Satz 1 hat, wie ich geschildert habe, jeden Sinn verloren, wenn er sich auf die Steuerdebatte bezieht. Er ist eine allgemeine Betrachtung über die Verhältnisse im kapitalistischen Staat, sagt nicht ein Wort darüber, was mit dem Reichtum, den die Arbeiter schaffen, geschieht. Daß die Arbeiter den gesellschaftlichen Reichtum schaffen, ist selbstverständlich, daß sie ihn nicht haben, ist ebenfalls bekannt. Wir aber haben darum zu kämpfen, daß ihnen nicht von dem, was ihnen geblieben ist, noch mehr genommen wird. Das ist unsere Aufgabe. Deshalb ist diese Nr. 1 entweder ganz überflüssig oder sinnverwirrend, weil sie sagen will: gleichviel, wie die Steuern sind, Arbeiter, ihr seid ohnmächtig, ihr müßt sie doch bezahlen. Dazu steht dann der zweite bis vierte Absatz in vollständigem Widerspruch, denn wenn wir eben ohnmächtig sind, werden wir auch nichts ändern, wenn wir Verbrauchssteuern abschaffen. Dann wird das Unternehmertum dafür sorgen, wenn wir direkte Steuern statt indirekter setzen, daß das auch herausgeholt wird. Dann dürfen wir das Erfurter Programm auch nicht mehr aufrechterhalten, wo es heißt, wir wollen anstatt indirekter Steuern direkte Steuern haben. Dann sagt Absatz 6 der Resolution 114: der Militarismus ist als das stärkste Machtmittel der herrschenden Klassen auf das äußerste zu bekämpfen. — Ich will nicht darum streiten, ob er das stärkste Machtmittel ist. Staaten, die keinen Militarismus haben, wie die Vereinigten Staaten von Amerika, beuten kraft ihres Kapitals die Arbeiter noch mehr aus, weil dort die Arbeiter — weil weniger sozialdemokratisch organisiert — noch ohnmächtiger sind als bei uns. Aber der Militarismus ist selbstverständlich eines der Machtmittel. Was wird aber damit gesagt, wenn es in der Resolution 114 heißt: „Alle Gesetzesvorlagen, die zur Stärkung des Militarismus vorgelegt werden, sind abzulehnen"? Und dann kommt dahinter: „für sonstige Steuervorlagen ist Punkt 10 des Parteiprogramms maßgebend: bestehende indirekte Steuern sind durch direkte zu ersetzen". Dabei werden doch, wie ich schon sagte, alle Steuervorlagen im Deutschen Reich vom Militarismus geschluckt. Also — diese Resolution ist voller Widersprüche, sie gibt nicht den geringsten Anhalt dafür, wie wir uns in der entscheidenden Situation zu verhalten haben, weil sie durcheinander mengt den Verwendungszweck, der nicht in unserer Macht steht, mit der Verteilung der Steuerlast, über die wir zu entscheiden haben zugunsten oder ungunsten der Arbeitergroschen.

Dann ist noch ein Eventualantrag eingegangen. Ich sehe von dem Antrag Hoch ab, der eine Wortänderung bringt, weil ich einfach unfähig bin, einen Unterschied zu entdecken zwischen dem, was er will und was meine Resolution sagt. Aber er wird uns das sicher auf das schärfste zu begründen wissen. Ich kann es nicht und alle, die ich fragte, standen auch vor einem Rätsel: was will Hoch mit dieser Umstellung der Worte? Doch das ist seine Sache. Dagegen will der Eventualantrag, daß alles gestrichen wird vom dritten Absatz bis zum Schluß. Er will also, daß auch der vierte Absatz gestrichen wird, der da sagt, daß wir den Ersatz bestehender indirekter durch direkte Steuern zu fordern haben, er will also damit, daß unser Antrag Albrecht und Genossen vom Jahre 1912 wieder zurückgezogen wird. Das haben die Herren im Eifer des Gefechts übersehen. Ich gratuliere zu einer solchen Resolutionsfabrik. (Heiterkeit.) Aber ich muß sagen, es ist nicht erfreulich, wenn gegenüber einer so schwierigen ernsten Sache mit so wenig stichhaltigen Gründen gekämpft wird. Es könnte erfreulich sein für den, der die Sache zu verteidigen hat, aber es ist unangenehm, weil der Eindruck erweckt wird, als ob die Gegner ihre Einwürfe nicht genügend vorbereitet hätten. Nun wird mir entgegengehalten werden, die Leitsätze und die Resolution sind zu spät veröffentlicht worden, wir haben keine Zeit gehabt, das gründlich durchzudenken, und daher wäre es besser, wir machten jetzt gar nichts. Ich warne Sie davor. Wenn meine Resolution einmal da ist und sie wird abgelehnt oder auf die lange Bank geschoben, nicht weil man dagegen ist, sondern weil man meint, man könnte vielleicht doch noch etwas anderes herausspintisieren, so kann das von denen, die wirklich gern andere Wege wandeln, als sie bisher gewandelt sind, ausgenutzt werden, indem sie sagen: der Parteitag hat uns freien Spielraum gelassen, er hat erklärt, man kann keine Resolution schaffen, jetzt können wir machen, was wir wollen. Der Zweck meiner Resolution ist, zu zeigen, daß wir uns in der Steuerfrage genau so zu verhalten haben, wie die Sozialdemokratie von jeher sich verhalten hat, daß wir absolut keine neuen, sondern die alten Wege wandeln, die dahin gehen, alles zu tun, was die Arbeiterklasse schützt gegen Ausbeutung. Wie wir das auf wirtschaftlichem, sozialreformerischem Gebiet, in dem Kampf gegen den Militarismus tun, so auch auf dem Gebiete der Steuerfrage. Wenn die Arbeiterklasse auch durch weniger Steuern sicher nicht befreit wird vom Joch des Kapitalismus, so spielt es im Leben der Arbeiter doch eine große Rolle, ob sie mehr oder weniger Steuern zu zahlen hatten. Wir alle, die wir wissen, daß der Kampf der Zukunft nur gekämpft werden kann durch eine arbeitskräftige, lebenskräftige Arbeiterklasse, haben alles zu tun, was diese Arbeiterklasse schützt gegenüber den Ausbeutungen. Daher haben wir, wo es nicht anders möglich ist, das kleinere Uebel zu wählen, damit wir die Arbeiter vor dem größeren Uebel, vor der Verelendung schützen. In diesem Sinne bitte ich Sie, meine Resolution anzunehmen. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender **Ebert**: Sie werden wohl kaum Neigung haben, noch das zweite Referat heute entgegenzunehmen, nachdem Sie mit so großer Aufmerksamkeit den Ausführungen des Genossen Wurm gefolgt sind. Ich schlage vor, daß wir dem zweiten Referenten gleich morgen früh das Wort geben. (Dittmann: Aber nicht 2½ Stunden! — Unruhe.) Es handelt sich hier um eine so außerordentlich wichtige Frage, daß ich es nicht für richtig halte, den Referenten eine Beschränkung der Redezeit aufzuerlegen. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist auch die Meinung des Parteitages. Ich habe weiter mitzuteilen, daß bei der Unterzeichnung der Resolution 114 ein Irrtum unterlaufen ist. Der Name des Genossen Giermann-Nürnberg ist dort zu Unrecht vermerkt. Ich schlage nun vor, den Antrag Dr. Rosenfeld und Genossen, den wir heute zu Beginn unserer

Sitzung zurückgestellt haben, zu erledigen. Es haben im Laufe des Nachmittags Verhandlungen stattgefunden. Ich glaube, daß wir ziemlich schnell zu einem Ergebnis kommen. Im Einverständnis mit den Antragstellern erteile ich dazu dem Genossen Müller vom Parteivorstand das Wort.

Müller-Parteivorstand: Zu Beginn der Sitzung ist Ihnen mitgeteilt worden, daß Genosse Rosenfeld einen Antrag eingebracht hat, nach dem die Resolution 45 des Parteivorstandes und alle zum Fall Radek eingebrachten Anträge der Beschwerdekommission überwiesen werden sollen mit der Maßgabe, daß die Kommission dem Parteitag Bericht zu erstatten habe. Es handelt sich dabei um unsere Resolution 45, um die Anträge 110, 111 und 115, die Ihnen gedruckt vorliegen und um einen noch nicht gedruckten Antrag der Genossin Luxemburg, in dem gesagt wird, daß die deutschen Parteiinstanzen eine Nachprüfung des Verfahrens vornehmen sollen. Genosse Rosenfeld geht davon aus, daß durch dieses Verfahren die Debatte abgekürzt werden kann. Auch wir sind der Ansicht, daß sich eine Debatte nicht vermeiden lassen wird, daß aber durch Ueberweisung an die Beschwerdekommission vielleicht eine Abkürzung der Debatte stattfinden kann. Wir glauben deshalb, daß es zweckmäßig ist, dem Antrag Rosenfeld zuzustimmen. Im Einverständnis mit den Antragstellern stelle ich aber ausdrücklich fest, daß in unserer Resolution und in allen dazu vorliegenden Anträgen es sich nur um eine Prüfung der formellen Rechtsformen handelt, nach denen der Fall Radek evtl. erledigt werden kann. Es kann nicht unsere Aufgabe auf dem Parteitag sein und es ist auch absolut unmöglich, etwa nachzuprüfen, ob die Delikte, deren Radek bezichtigt wird, mit Recht oder mit Unrecht festgestellt sind. (Sehr richtig!) Ich bitte den Parteitag, dem Antrag zuzustimmen.

Der Antrag Rosenfeld wird ohne Debatte angenommen.

Hierauf vertagt sich der Parteitag auf Freitag 9 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 19. September 1913. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Ebert** eröffnet die Verhandlungen um 9 Uhr und verliest folgendes Telegramm: Das Altonaer Bürgertum hat heute Nacht unter Führung des liberalen Oberbürgermeisters Schnackenburg die Wahlrechtsverschlechterung, die der Arbeiterschaft die Majorität im Rathaus versperren soll, angenommen. Zu diesem mit den rücksichtslosesten Mitteln durchgesetzten Wahlrechtsattentat hat der durch Waldstein und Löwenthal vertretene Liberalismus seine Zustimmung und Hilfe gewährt. (Pfuirufe.) Möge dieser neue Beweis für die Jämmerlichkeit des Liberalismus in den Vertretern des Proletariats das Bewußtsein stärken, daß die Befreiung der Massen nur durch die Massen selbst herbeigeführt werden kann. — Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion Altona. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Ebert** macht dann den Vorschlag, die Vorschläge zur Vorstandswahl schon bis heute 10 Uhr vormittags einzureichen.

Hoch-Hanau: Ich bitte dringend, die bisherige Praxis beizubehalten und die Vorstandswahlen erst am letzten Tage vorzunehmen. Es kommt hier ein besonderer Umstand in Betracht. Es hatte sich auf einen bestimmten Vorschlag eine große Anzahl von Parteigenossen geeinigt. Soeben aber haben wir erfahren, daß der von uns aufgestellte Genosse seine Kandidatur zurückgezogen hat. (Hört! hört!) Wenn der Vorschlag des Vorstandes angenommen wird, so

ist es uns nicht mehr möglich, uns über neue Vorschläge zu verständigen, die Zeit ist zu kurz.

Vorsitzender **Ebert**: Es ist mir nicht eingefallen, ein neues Verfahren vorzuschlagen. Es sind aber hier mehr als 400 Delegierte, da müssen wir Zeit haben, das Wahlresultat festzustellen.

Auer-München: Ich verstehe nicht, warum Hoch sich gegen den Vorschlag des Vorstandes wendet. Es ist doch immer so verfahren worden. Es sollen nur einen halben Tag früher die Vorschläge gemacht werden und die Wahl wegen der großen Zahl der Delegierten einen halben Tag früher vorgenommen werden, da die Feststellung des Resultats sehr viel Zeit erfordert. Soviel ich unterrichtet bin, haben auch auf diesem Parteitag wieder gerade von Seiten der Freunde Hochs soviel Sonderkonferenzen stattgefunden (Hört! hört! und Widerspruch), daß sie sich wirklich hätten einigen können. Ich wundere mich, daß sie jetzt überrascht sein sollen, ihr habt doch alles gut vorbereitet. Wenn Ihr Kandidat seine Zustimmung zurückgezogen hat, dann müssen Sie eben einen anderen wählen. (Gelächter.) Kandidaten habt Ihr doch genug.

Vorsitzender **Ebert**: Hoch hat Bezug genommen auf eine Mitteilung, die mir gestern abend zugegangen ist. Der betreffende Genosse schreibt mir, daß er auch seinen Freunden rechtzeitig von seiner Entscheidung Kenntnis gegeben hat. (Hört! hört! und Widerspruch.)

Gottschalk-Königsberg: Es liegt nicht der geringste Grund zu einer solchen Ueberstürzung vor. Gestern abend wußte niemand von uns, daß die Vorschläge bis heute 10 Uhr einzuliefern sind und daß dann die Vorschlagsliste geschlossen werden soll. Nachdem ein Genosse, der von einem sehr großen Teil der Delegierten in Aussicht genommen war, erklärt hat, nicht anzunehmen, was wir erst jetzt vor wenigen Minuten erfahren haben, müssen wir Gelegenheit haben, uns zu verständigen. Ich bitte die Frist wenigstens bis 1 Uhr zu verlängern.

Vorsitzender **Ebert**: Dem stimmen wir ohne weiteres zu.

Hoch-Hanau: Wir wollen nur, daß das Verfahren beibehalten wird, das wir bisher geübt haben. Die Zeit ist jetzt zu kurz, um uns über neue Vorschläge zu verständigen. Es handelt sich um zwei Richtungsvorschläge. Jetzt, heute früh, erst hören wir, daß der eine der Vorgeschlagenen die Annahme des Mandats verweigert. Damit sind die, die ihn vorgeschlagen haben, ohne einen Kandidaten. Die Parteigenossen müssen doch das gute Recht haben, sich über einen Vorschlag zu verständigen. Meines Wissens hat aber nicht eine einzige Sonderkonferenz stattgefunden. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Ich erkläre das in der allerbestimmtesten Weise. Wer das Gegenteil behauptet, sagt die Unwahrheit. Wir haben es abgelehnt, irgendeine Sonderkonferenz abzuhalten. Wir haben selbstverständlich, wie Auer und Frank es auch getan haben, mit unseren Freunden Parteiangelegenheiten im engsten Kreise besprochen. Aber von einer Sonderkonferenz kann nicht die Rede sein. Wenn Genosse Auer und seine näheren Freunde aber diese Sonderkonferenzen doch für so selbstverständlich halten, dann können wir es ja auch tun. Wir haben uns genau in den Rahmen der Parteitagsbeschlüsse gehalten. Wir haben im engsten Kreise uns gefragt, wen wir aufstellen sollen, und haben das dann den Landsmannschaften unterbreitet, die dazu Stellung genommen haben. Wir müssen jetzt Gelegenheit haben, über die neue Lage der Dinge Rücksprache zu nehmen. (Sehr richtig!)

Vorsitzender **Ebert**: Ich erkläre, daß wir vom Bureau den Vorschlag Gottschalk akzeptieren und unseren Vorschlag zurückziehen.

Adolf Hoffmann-Berlin: Der Vorschlag Gottschalk geht noch nicht weit genug. Es muß heißen: 8 Uhr nachmittags Schluß der Vorstellung (große

Heiterkeit) . . . der Vorschläge. Wir haben jetzt eine sehr wichtige Sitzung und können in dieser Zeit uns nicht besprechen. Darum müssen wir mindestens bis 3 Uhr Zeit haben. Eine Ueberrumpelung darf nicht stattfinden. (Sehr richtig!)

Vorsitzender Ebert: Selbstverständlich sind wir auch mit diesem Vorschlage einverstanden.

Der Parteitag beschließt dann die Frist zur Ablieferung der Vorschläge bis 3 Uhr zu verlängern.

Miesberg-Osterode gibt folgende Erklärung ab: Meine Unterschrift zur Resolution 114 ziehe ich zurück, da ich deren Inhalt als nicht mit meiner Ueberzeugung übereinstimmend erkannt habe. (Heiterkeit.)

Vorsitzender **Ebert** teilt weiter mit, daß die Resolution von einem Genossen H. Schulz unterzeichnet ist. Genosse Heinrich Schulz legt Wert darauf zu erklären, daß nicht er das ist. (Heiterkeit.) Die Resolution ist weiter unterzeichnet von einem Genossen Hermann Müller. Auch Genosse Hermann Müller vom Parteivorstand legt Wert darauf, festzustellen, daß nicht er unterzeichnet hat. (Große Heiterkeit.) Auch Richard Schmidt-Berlin läßt erklären, daß er mit dem Unterzeichner Namens Schmidt nicht identisch ist. Ferner erklärt H. Lippmann, daß er die Resolution nicht unterschrieben habe, Matuszewski zieht seine Unterschrift zurück.

Darauf geht der Parteitag wieder zu dem Punkt

Steuerfrage

über. Der zweite Referent Genosse Dr. Südekum erstattet sein Referat.

Berichterstatter **Dr. Südekum:** Ich bin sehr erfreut, an dieser Stelle über die Haltung der Reichstagsfraktion zu den neuen Steuern sprechen zu dürfen. Denn einmal ist es an sich angenehm, über einen großen Erfolg berichten zu können, dann aber kommt noch hinzu, daß ich mit der Mehrheit der Fraktion ein lebhaftes und begreifliches Interesse daran habe, einmal vor der Gesamtpartei zu zeigen, was es denn eigentlich mit den scharfen Angriffen auf sich hat, deren Ziel sie seit Wochen ist, Angriffe, die besonders von einem Teil der eigenen Fraktionsangehörigen ausgegangen sind. Wenn nicht überall, so doch an manchen Orten gipfelten sie darin, daß sich die Mehrheit der Fraktion mit der Zustimmung zu einigen Steuergesetzen einer schweren prinzipiellen Verfehlung schuldig gemacht habe, wobei sogar gelegentliche Andeutungen nicht fehlten, daß „Schlimmeres" eigentlich nur durch das Eingreifen der, wie Rühle so geschmackvoll wie demokratisch sagte, „zähneknirschenden" Minderheit verhindert worden sei.

Ich hoffe, in der Lage zu sein, im Verlaufe meiner Darstellung den Nachweis der Grundlosigkeit dieser Angriffe liefern zu können. Aber ich möchte gleich von vornherein noch einmal ausdrücklich betonen, was sich auch ohnehin von selbst versteht, daß das Urteil über den Wert oder Unwert unserer politischen Haltung, über Richtigkeit oder Irrtum unserer Beurteilung von Tatsachen und Vorgängen nicht von der mehr oder weniger glücklichen Art ihrer rhetorischen Darstellung abhängen darf. Sie müssen bei mir überdies heute besonders den guten Willen für die Tat nehmen, und dürfen die Sache, die ich zu vertreten habe, nicht die Mängel des Redners entgelten lassen. Ich darf, auch das sei schließlich noch vorausgeschickt, kaum hoffen, Ihnen nach all den Erörterungen in Presse und Versammlungen und nach dem Referat meines Vorredners noch viel Neues sagen zu können. Das ist die größte Schwierigkeit, die ich zu überwinden habe.

Zwei Tatsachenreihen muß man sich zunächst vor Augen stellen, wenn man die Haltung der Fraktion in der Frage der Steuerbewilligung richtig beurteilen will. Einmal die Entwicklung des Reichsfinanzwesens und dann die politische

Lage, so wie sie sich nach den Wahlen von 1912 und nach der Vorlegung der gewaltigen Rüstungsvorlage von 1913 gestaltet hatte. Alsdann können wir die traditionelle Haltung berücksichtigen, die die Fraktion auf Grund unseres Parteiprogramms in gleichen oder ähnlichen Lagen bereits früher eingenommen hat, und schließlich müssen die besonderen Eigenarten der neuen Steuern beleuchtet werden und ihr Verwendungszweck. Wenn wir dies alles klar vor Augen haben, können wir daran gehen, die Summe zu ziehen, die dann das Urteil über das Verhalten der Fraktion ergibt.

Bei der Darstellung des Reichsfinanzsystems, der Geschichte der Reichsfinanzen, will ich mich kurz fassen, denn die ist schließlich, wenigstens in ihren Umrissen, aus der sozialdemokratischen Agitationsarbeit eines ganzen Menschenalters bekannt. Die Regelung des Reichsfinanzwesens war zunächst nur eine provisorische, hieß es doch in den grundlegenden Artikeln 70 und 35 der Reichsverfassung bis zum Jahre 1904, wo das geändert wurde, daß zur Bestreitung der gemeinschaftlichen Ausgaben des Reiches die Ueberschüsse früherer Jahre, die Zölle, die Verbrauchssteuern, die Betriebsüberschüsse dienen sollten und neben diesen die Matrikularbeiträge, „solange Reichssteuern nicht eingeführt sind". In dieser Regelung des Finanzwesens prägte sich der unfertige Zustand der ganzen Reichsverfassung aus. Das Reich kennt, wie Junker von Oldenburg am 25. Mai 1906 im Reichstage triumphierend bemerkte, keine von Regierung und Beamten beschworene Verfassung, kein der Volksvertretung und dem Volke verantwortliches Ministerium, kein einheitliches politisches Grundprinzip für seine Einzelbestandteile. Vielmehr sind monarchische, republikanische, feudalständische Einzelstaaten vorhanden. Das Reich baut sich also, um Bernsteins Worte zu benutzen, aus historischen Ueberbleibseln auf, und statt einer breiten Grundlage moderner Rechte hat es als politisches Fundament ein Gemisch von zeitgemäßen mit zeitwidrigen Einrichtungen. Den zentralistischen Tendenzen, die namentlich in den nord- und mitteldeutschen, durch den Kapitalismus hochgekommenen Schichten des Bürgertums vorhanden waren, standen anfangs sehr starke, erst allmählich abgeschwächte, partikularistische Strömungen entgegen, so wie auf dem Gebiete der allgemeinen Politik auch auf dem Gebiete der Finanzpolitik. Wir sehen einige Gruppen im Reichstag von Anfang an auf die Einführung von direkten, quotisierbaren Steuern für das Reich hinarbeiten, haben sogar in der ersten Zeit nach der Reichsgründung konservative Führer, wie v. Minnigerode, gehabt, die diesen Gedanken vertraten. Wir sehen aber auch Kräfte am Werke, die diese Entwicklung zu verhindern suchten. Wenn der Gedanke, direkte Steuern für das Reich einzuführen, nicht zum Siege kam, so namentlich auch deshalb, weil Bismarcks preußischer Partikularismus diese Entwicklung bewußt unterbrach. Er sah, daß die direkten Steuern auf dem Marsche waren. Direkte Steuern bedeuten aber eine Stärkung des Verantwortlichkeitsgefühls der Volksvertretung und eine Stärkung der Volksvertretung selbst. Dieser Entwicklung trat er dadurch entgegen, daß er im junkerlich-absolutistischen Interesse die Steuer- und Wirtschaftspolitik selbst zu einem Instrument der parlamentarischen Mehrheitsbildung machte.

Wenn dieser Versuch Bismarcks, die Steuer- und Wirtschaftspolitik zur parlamentarischen Mehrheitsbildung zu verwerten, so gut gelingen konnte, wie es tatsächlich der Fall war, wenn ihm der Kampf gegen die liberale Ideologie der einheitlichen Durchbildung auch des Reichssteuersystems so leicht fiel, so ist das natürlich nur zum Teil dem legendären Uebergewicht seiner Persönlichkeit zu verdanken. Betrachtet man die Dinge im Licht der ökonomisch-historischen Auffassung, so sieht man: die Vereinheitlichung des Zollwesens, die Hinausschiebung der Zollgrenzen bis an die Ränder des einheitlich gestalteten National-

staates, lag durchaus im Interesse des aufblühenden Kapitalismus; darum setzte er sie durch. Aber die Zurückhaltung der direkten Steuern für die Einzelstaaten, und damit die Verwirrung auf dem Gebiete des Reichssteuersystems, lag nicht minder im Interesse mächtiger, übermächtiger, kapitalistischer und agrarischer Kreise. Darum wurden sie nicht für das Reich freigegeben. Blieben die direkten Steuern den Einzelstaaten überlassen, dann hatten es natürlich die dort herrschenden, durch vorsintflutliche Wahlrechte zumeist privilegierten Klassen in der Hand, sie in ihrem eigenen Interesse auszubauen. Heydebrands Gedanke, der Reichstag als ein aus demokratischem Wahlrecht hervorgegangenes Parlament dürfe kein Verfügungsrecht über den Geldbeutel der Wohlhabenden bekommen, lebte schon Jahrzehnte, bevor er ihn so formulierte. Wir sehen denn auch, daß die direkten Steuern in den Einzelstaaten durchaus in einseitigstem Interesse der Besitzenden ausgebaut worden sind. (Sehr richtig!) Gegen diese materiellen, diese Bargeldinteressen konnte die Ideologie der Reichszentralisten nicht aufkommen. Die sonst sehr schwer verständliche Tatsache, daß ein Reich mit demokratischem Wahlrecht, wie Deutschland, solange ausschließlich durch indirekte Steuern seinen ganzen Bedarf befriedigte, erklärt sich daraus, daß die Steuerpolitik selbst wie gesagt zum Mittel der parlamentarischen Mehrheitsbildung verwendet wurde.

Die alte klassische bürgerliche Steuertheorie gründete sich auf wenige Sätze. 1. Der Staat soll den Privatwirtschaften nur soviel durch Steuern entnehmen, wie er selbst braucht. 2. Alles, was an Steuern erhoben wird, soll dem Fiskus möglichst rein und ohne Abzug zufließen. 3. Bei der Besteuerung soll der Grundsatz der Gerechtigkeit möglichst gewahrt werden, d. h. die Steuern sollen nach dem Maßstab der Leistungsfähigkeit umgelegt werden. Daß diese Grundsätze, die Adam Smith aufgestellt hat, auch dann und dort, wo und wann die Bourgeoisie noch am ungehemmtesten die Regierungsgewalt in ihren Händen hatte, nämlich in England, nicht rein durchgeführt worden sind, ist bekannt. In Ländern mit starkem feudalen Einschlag sind sie kaum ernstlich versucht worden. Es kann daher auch nicht wundernehmen, daß gerade in solchen Ländern eine Ergänzung dieser Grundsätze zuerst gepredigt wurde. Adolf Wagner lehrte: „Die Steuern sollen auch einen sozialpolitischen Zweck haben, nämlich in die Verteilung des Volkseinkommens und Vermögens regelnd eingreifen." Diese und ähnliche Zweckbestimmungen haben mannigfache Anfechtung erfahren. Wir brauchen uns mit ihrer theoretischen Bewertung nicht aufzuhalten. Aber festzustellen ist, daß in der Tat die von Adam Smith aufgestellten Grundsätze nur bei streng durchgeführtem Freihandel überhaupt möglich sind. Bei jedem Schutzzoll verlieren sie ihre Anwendbarkeit, denn es ist das Wesen der Schutzzölle, die Verteilung des Einkommens abweichend vom Spiel der freien Kräfte zu gestalten. Das ist der Fall in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern und in Amerika. Wenn es auch in schutzzöllnerischen Ländern einige Zölle und Steuern gibt, die als reine Finanzzölle oder sozusagen als „Finanzsteuern" anzusehen sind, z. B. der Teezoll, Einkommensteuer, Vermögenssteuer, so ist doch der Hauptteil der Zölle und Steuern mit Nebenabsichten behaftet. So die Branntweinsteuer, die Getreidezölle (diese besonders durch das System der Einfuhrscheine), die anderen Steuern mit Kontingentsvorschriften, wie die Biersteuer, die Zündholzsteuer usw.; sie alle wirken in der Weise, daß nur ein Teil der preisverteuernden Wirkung der Reichskasse zugute kommt, ein weit größerer Teil aber den inländischen Produzenten im ganzen oder einzelnen Gruppen von ihnen im besonderen. Es ist also eine Tatsache, mit der wir zu rechnen haben, daß wie in manchen anderen Ländern, so namentlich in Deutschland neben dem rein finanziellen Zweck der Besteuerung Nebenzwecke verfolgt

werden. Es ist ferner eine Tatsache, daß diese Begünstigungspolitik bisher die Arbeiterinteressen immer belastet, aber niemals gefördert hat. (Sehr wahr!) Es existieren natürlich ganz bestimmte Zusammenhänge zwischen der allgemeinen politischen Lage und diesen steuerpolitischen Erscheinungen.

Eine im wesentlichen profitlose Besteuerung, d. h. eine solche, die keine Begünstigung bestimmter Klassen oder Gruppen als Lebenszweck verfolgt, wird sich im Regelfalle nur da durchsetzen, wo wir eine starke Demokratie mit ausgebildetem parlamentarischem System haben. Wo die eine oder andere oder beide Voraussetzungen fehlen, wie z. B. bei uns in Deutschland, ist die Begünstigungspolitik als Ausdruck bestimmter politischer Kräfteverteilung technisch möglich und daher auch wirklich. Die Regierung wählt, wenn der Widerstand der breiten Massen des Volkes dagegen nicht stark genug ist, die Steuern so, daß sie dabei einen Fonds zur Gewinnung parlamentarischer Majoritäten in die Hände bekommt. Die Neigung, Steuern zu bewilligen, die andere bezahlen müssen, wird in den politischen Parteien noch erheblich verstärkt, wenn sich dabei die Aussicht öffnet, daß bares Geld für sie selbst dabei abfällt. Das Spiel kann, solange die Opposition dagegen schwach und zersplittert ist, ziemlich ausgiebig betrieben werden. Dabei gerät aber die Regierung in immer tiefere Abhängigkeit von den Begünstigten — oft mehr als ihr selbst lieb ist. Die durch die Schutzpolitik bereicherten Kreise streben selbstverständlich danach, immer an der Regierung zu bleiben oder die Regierung in der Hand zu behalten. Das geschieht im wesentlichen dadurch, daß sie die Oppositionsparteien untereinander und mit der Regierung in Konflikt bringen. Professor Walter Lotz hat alles das einmal (in Pernerstorfers „Deutschen Worten" und in: „Fiskus als Wohltäter") ausgemalt: „Die geschützten Existenzen müssen darauf hinwirken, daß maßgebende Faktoren sie stets als die „Gutgesinnten", ihre Gegner aber als „staatsgefährliche" Elemente ansehen. Wenn also ein Wahlrecht herrscht, daß den Massen politischen Einfluß gibt, müssen in einem solchen Falle in ihrem eigensten Interesse die am Schutze Interessierten auf eine Beschränkung des Wahlrechts hinarbeiten. Gelingt ihnen dieses nicht, so müssen sie sich Zugang aus breiteren Schichten schaffen. Sie müssen sich verbinden mit irgendwelchen infolge Entwickelung niedergehenden Schichten und müssen sich deren Forderungen zu eigen machen. Da die Regierung auf die Hilfe der „Gutgesinnten", der Ordnungsparteien angewiesen ist, muß sie auch die Hintermänner, die Stimmgeber (mögen sie niedergehende kleine Kaufleute oder Gewerbetreibende sein oder Bauern) berücksichtigen, selbst wenn vom Standpunkte des Gesamtwohls gegen die erhobenen Forderungen das größte Bedenken besteht. . . . Vorübergehend kann ein solcher Zustand einer Regierung erwünscht sein, die die Gedanken des Volkes von freiheitlichen Forderungen auf den wirtschaftlichen Interessenkampf abgelenkt wissen möchte. Auf die Dauer ist eine Arbeitsteilung, bei der die einen bewilligen und die anderen zahlen, eine Bedrohung der Existenzfähigkeit des Parlamentarismus. Freiheit der Stellungnahme zu dem Prinzipe, ob Begünstigungspolitik oder nicht, verbunden mit liberalen politischen Bestrebungen, erweist sich dann als ein Widerspruch, wie das Schicksal der deutschen Nationalliberalen, der französischen Opportunisten und entsprechenden österreichischen Parteien zeigt. . . . Die Regierung, die sich einmal auf Begünstigungspolitik eingelassen hat, kann sich nur sehr schwer davon losreißen. . . . Ein Staat mit verkehrter Wirtschaftspolitik, mit Begünstigungspolitik, die durch politischen Einfluß privilegierter Schützlinge beherrscht wird, endet in finanzieller Rückständigkeit infolge wirtschaftlicher Rückständigkeit. Auf die Dauer ist der Zustand, daß die einen bewilligen und die anderen zahlen nicht haltbar; bei fortdauernder Entwicklung des wirt-

schaftlichen Lebens wird eine reaktionäre Wirtschaftspolitik als Preis der Gewinnung regierungstreuer Parlamentarier unerträglich."

Seit dem Tage, wo der Junker v. Wedel mit jener Ungeniertheit, die die Herrschaften aus der östlichen Hälfte Preußens sprichwörtlich gemacht hat, für die Branntweinsteuer das Wort von der „Liebesgabe" geprägt hat, ist die Steuergesetzgebung im Deutschen Reichstage nur noch unter dem Gesichtspunkt gemacht worden, daß eine Hand die andere wäscht. (Sehr richtig.) Natürlich immer auf Kosten der an diesem Geschäfte ganz und gar unbeteiligten breiten Massen des Volkes. Zwei Gipfelpunkte hat dieses System erreicht; einmal in dem Bündnis der Schwerindustrie mit der Großlandwirtschaft bei dem Zolltarif von 1902, sodann in dem Block aller Reaktionären bei dem gewaltigen Steuerraubzug von 1909.

Die Verschuldung des Reiches, der prägnanteste Ausdruck für eine ungenügende Finanzpolitik, rührt zum Teil daher, daß es, namentlich im Jahrzehnt 1883—1893, an die Bundesstaaten Ueberweisungen zahlte, während es auf der anderen Seite selbst Schulden aufnehmen mußte. (1883—1893 erhielten zum Beispiel die Bundesstaaten 486 Millionen ausgezahlt, während auf der anderen Seite das Reich 1322 Millionen an Schulden aufnahm.) Das ist gewiß eine bedenkliche Sache, die auch wir nach Gebühr zu würdigen bei unserer Kritik der Finanzpolitik des Reiches niemals unterlassen haben: aber was wollen die Millionen, was wollte selbst eine Milliarde im Vergleich zu den gewaltigen Summen bedeuten, die durch die Begünstigungspolitik weggeschenkt worden sind? Die Einrichtung des Wechselspiels der Matrikularbeiträge und der Ueberweisungen mag bedenkliche Folgen für die Reichsfinanzen gehabt haben, wenn man alles andere, was vom konstitutionellen Standpunkt aus für dieses System zum Teil sicherlich mit Recht ins Feld geführt werden konnte, hier bei Seite läßt: aber es ist beinahe nichts, gemessen an der ungeheuerlichen Schädigung der Reichsfinanzen und der Wirtschaft unserer minderbemittelten Klassen durch die Begünstigungspolitik. Infolge der Zuckerprämien, der Branntweinliebesgaben, der durch Einfuhrscheine verschärften Kornzölle ist die breite Masse unseres Volkes um unmeßbare Summen, sind die Finanzen unseres Reiches sicherlich im Laufe des letzten Menschenalters um 5000 Millionen Mark geschädigt worden. Aus diesem Punkt stammt ein Hauptteil unseres Finanzjammers, aus diesem Punkt auch die finanzielle Möglichkeit für das Aufblühen des Militarismus.

Vom Standpunkt der Handelspolitik angesehen, bietet sich uns ganz genau dasselbe Bild. Der Zusammenhang unseres Zollsystems mit den Reichsfinanzen ist, wie erst unlängst W. Gerloff nachgewiesen hat, in der öffentlichen Diskussion im Laufe der Zeit in Deutschland etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Das bekannte Schlagwort von dem Schutz der nationalen Arbeit hat in dieser Beziehung im Bürgertum und auf dem Lande direkt verwirrend gewirkt. Höchstens als Argument gegen Zollherabsetzungen wird die Rücksicht auf die Reichseinnahmen manchmal ins Feld geführt. Sonst aber behandelt man Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik zumeist als getrennte Dinge. Eine solche Betrachtungsweise ist aber schon historisch falsch. Als Bismarck 1878 den Umschwung der Zollpolitik vorbereitete, da standen für ihn wirtschaftspolitische Ziele im Hintergrunde. Allerdings petitionierte damals die Eisenindustrie um Eisenzölle, aber die Landwirtschaft hatte noch kaum ein Interesse am Schutzzoll. Ihr mußte die Schutzzollsehnsucht vielmehr erst künstlich eingeimpft werden. Heute ist das ja anders. Bismarcks Ziel war nicht sowohl der „Schutz der nationalen Arbeit", sondern er hatte vornehmlich politische Ziele. Die Liberalen — so schildert Gerloff die Situation —

waren ihm zu mächtig, die Nationalliberalen, damals ausschlaggebende Partei, wollten nicht jedem Wunsche parieren. Sie hatten wichtige Vorlagen zu Fall gebracht, und Bismarck tobte, er wolle sich „nicht immer kastrieren" lassen. So mußte er, dem damals alles mißlang, sich eine neue Mehrheit, namentlich auch gegen die langsam aber sicher erstarkende Sozialdemokratie schaffen, und dazu boten die Zölle und die indirekten Steuern das Mittel, denn dadurch brachte er eine neue Orientierung in das Parlament und in die Parteien. An die Stelle der politischen Ueberzeugungen und Ideen setzte er den Kampf der Interessenten um den Futtertrog. Mit Hilfe der Zölle vereinigte er Großagrarier und Großindustrielle, die sich wechselseitig ihre Zölle bewilligten, zu einem Bündnis, das die Parteien zersetzte und der Regierung, die dabei den großen Interessen Sondervorteile zuführte, zum Lohne eine gefügige Gefolgschaft sicherte. Und indem er gleichzeitig den Kulturkampf preisgab und dafür das Sozialistengesetz begann, schuf er so durch Anfachung der Portemonnaieinteressen die Kartellmehrheit, die lange Zeit unser politisches Leben unter einem gefährlichen Druck gehalten hat. Das war Bismarcks politisches Ziel beim Uebergang zum Schutzzoll. Er machte sich mit Hilfe der Zölle und der indirekten Steuern eine Mehrheit, die ihm die Parteien in ihrer bisherigen Verfassung und mit ihren bisherigen politischen Idealen nicht mehr stellen wollten. Natürlich hatten die Zölle auch ein finanzpolitisches Ziel; aber diese Entwickelung brauchen wir hier nicht weiter zu verfolgen. Es genügt, festzustellen, daß sie das Reich finanziell auf eigene Füße stellen und ihm mit dem Wachsen der Bevölkerung eine ständig wachsende Einnahme sichern sollten. Eine Einnahme, die zugleich auch dem Reiche — wie in Preußen auf Grund des famosen § 109 der Verfassung — die Regierung vom Einnahmebewilligungsrecht der Volksvertretung sehr unabhängig machte.

So ist es nun seit Bismarcks Zeiten lange, lange Jahre hindurch im Reiche gegangen: Mit ohnmächtigem Grimm mußten wir zusehen, wie die herrschenden Parteien im Rohre saßen und sich Pfeifen schnitten, wie sie Hand in Hand mit der bald führenden, bald geführten Regierung die Steuergesetze immer wieder nach ihren eigenen Interessen zurechtmachten. Wer auch nur einen Teil dieser langen Zeit hindurch in den Steuerkommissionen mitzuarbeiten Gelegenheit gehabt hat, der weiß, wie sich dort, viel mehr noch als im Plenum des Reichstages, Interesse gegen Interesse regte, wie die Vertreter der verschiedenen gewerblichen oder Kapitalsgruppen da saßen und sich belauerten, wie sich auf den Gängen und in den Vorzimmern des Reichstags ganze Scharen von Wortführern der wirtschaftlichen Verbände drängten und die Gesetzgebung in der einen oder anderen Weise zu beeinflussen suchten. (Sehr richtig!) Was galten heilige Eide, was galten Programme, was Wahlversprechungen, wenn es um bar Geld ging! Aus ein und derselben Partei standen sich oft die Gegner mit funkelnden Augen gegenüber und der Schlachtruf lautete nicht etwa: „Hie Ultramontanismus! — Hie Liberalismus!", lautete nicht einmal: „Hie Kapitalismus! — Hie Sozialismus!", sondern er lautete etwa: „Hie obergäriges Bier! — Hie untergäriges Bier!", „Hie Lufthefe! — Hie Wiener Verfahren!" (Sehr gut!) Was waren die erschütternden Fragen des Arbeiterschutzes, des Strafvollzuges, was etwa die weltbewegenden Auseinandersetzungen über die Zukunft des ältesten Kulturreiches China, wenn es sich darum drehte, das Schnapskontingent festzustellen oder zu entscheiden, ob der Tabak nach Wert oder nach Gewicht verzollt werden sollte! Ich wiederhole: Diese skandalöse Zeit muß man miterlebt haben, um das ganze Elend der Reichsfinanzpolitik, das gigantische Gaukelspiel mit gekauften Mehrheiten, ermessen zu können.

Man hat oft auf die Zustände in Amerika hingewiesen, wo die Vorhallen der Parlamente den Berufs- und Beutepolitikern beinahe als Wohn- und Schlafstätten dienen. Bei uns in Deutschland fing es schon gerade so an, und während einiger Steuerkampagnen haben wir uns manchmal beinahe mit den Ellenbogen durch die Schar der Schnapphähne unseren Weg zum Beratungszimmer machen müssen. (Hört! hört!)

Die Erkenntnis, daß es doch schließlich so nicht mehr bis in die aschgraue Ewigkeit weitergehen könne, ist natürlich der Regierung eher gekommen, als den „Steuerpatrioten". Deren Sinn ist immer ganz auf das eigene Interesse abgestellt, und sie sind entschlossen, wenn nötig die schlimmsten Mittel zu gebrauchen, das Militär auf Vater und Mutter schießen zu lassen, wenn sie ihre „wohlerworbenen Rechte", d. h. letzten Endes ihr Portemonnaie ernsthaft bedroht glauben. Ich brauche nur an die wüsten Drohungen der Oldenburg, der Kröcher, zu erinnern und an das schon zitierte Wort des ungekrönten Königs von Preußen, daß ein aus allgemeinen Wahlen hervorgehendes demokratisches Parlament nicht das Verfügungsrecht über den Geldbeutel der Besitzenden erhalten dürfe, was mit anderen Worten doch heißt, daß man das Reichstagswahlrecht nötigenfalls kurz und klein schlagen solle. Die Regierung, wie gesagt, ist denn doch nicht so befangen, nicht so zur Desperadopolitik geneigt, wie diese Scharfmacher.

Wenn sie aber die Konsequenz dieser Erkenntnis zog und sich wenigstens einmal zunächst von der alten Begünstigungspolitik abwandte, so geschah das nicht aus angeborener Güte, Menschenfreundlichkeit und Reinlichkeitsgefühl, sondern aus sehr realpolitischen Gründen, die ich in das eine Wort zusammenfasse: 12. Januar 1912. (Sehr gut!)

Dieser Tag mit seinen immensen Erfolgen für die Sozialdemokratie, namentlich aber auch die Vorgänge, die sich zwischen Haupt- und Stichwahl abspielten, jene in unseren eigenen Reihen auch heute noch so kurzsichtig befehdete Dämpfungspolitik (Sehr gut!), d. h. der erste taktische Zusammengang größeren Stils zwischen Sozialdemokratie und Teilen des liberalen Bürgertums im Reiche mit dem Ziel einer Neuorientierung der inneren Politik: dieses hat der Regierung die Gewißheit gebracht, daß sie mit den alten Tricks nicht mehr weiterarbeiten konnte.

Auf dem Gebiete des Steuerwesens hat die alte Kunst, Mehrheiten aus freigebig begönnerten Interessentenkreisen zu bilden, zum erstenmal versagt; ob sie auf dem Gebiete der Handelspolitik noch aufrecht zu erhalten sein wird, ob der Versuch dazu gemacht werden wird, ist eine Frage, die die Zukunft uns beantworten wird, die aber sicherlich zu einem Teil von dem Ausgang dieser Erörterung abhängt. (Sehr richtig!)

Es ist natürlich nicht bedeutungslos, ob eine so schwankende, abhängige, in mancher Hinsicht indifferente Regierung, wie die des Deutschen Reiches, bei dem ersten Versuch, von einem alten und verderblichen System loszubrechen, im Parlament eine Mehrheit findet, die ihr dabei — natürlich nur soweit eigenes Prinzip und Interesse es zuläßt oder heischt — hilft, oder ob sie gar ins Leere fällt. (Sehr richtig!) Wird sie gleich beim ersten Versuch im Stich gelassen, findet sich niemand, der ihr einen stützenden Arm leiht, dann wird sie sich naturgemäß sofort wieder unter die Fittiche ihrer Schützlinge flüchten. (Sehr wahr!)

Das Schicksal der Regierung selbst könnte uns bei alledem gleichgültig sein, wenn und insofern nicht etwa in einem solchen Falle das Interesse unserer Massen mit dem Schicksal der Regierung verbunden ist. Die Verteidigung der Interessen unserer Massen und des Volksganzen, selbst wenn sie sich zufällig in die Form einer Unterstützung der Regierung kleidet, ist damit aber noch

lange nicht ein Vertrauensvotum für die ganze Regierungspolitik. (Sehr richtig!) Warum sollten wir auf diesem und auf anderen Gebieten in unserer Kritik der Regierung nachlassen, wenn wir einmal eine Maßnahme der Besteuerung gutgeheißen haben? Billigen wir damit Exzesse der Klassenjustiz, die Ueberhebungen einer volksfremden, zum Teil volksfeindlichen Büreaukratie? Bedeutet das etwa ein Abfinden mit der Dreiklassenschmach in Preußen? Erklären wir dadurch unsere Zustimmung zum System des Militarismus, unter dem alle Völker Europas seufzen, zu einem System, das, wenn man ihm nicht beizeiten noch durch die wachsende Kraft des Proletariats Halt gebieten kann, unser Land erschöpfen und im Verhältnis zu aufstrebenden Völkern auf der anderen Seite des Ozeans in die Rolle eines Mittelstaates etwa von der Bedeutung Hollands im Vergleiche zu Deutschland herabdrücken wird? Nein! Nur politische Kinder können aus der Zustimmung zu einem Vorschlage der Regierung die Folgerung ziehen, daß nun überhaupt und gar auch auf anderen Gebieten der Kampf eingestellt wäre. (Sehr richtig!) Wenn man sich auf diesen absurden Standpunkt stellt, dann ist übrigens gar kein zustimmendes Votum von den Bänken der Sozialdemokratie aus denkbar; denn dann wäre ja schließlich jedes Bejahen irgendeines Vorschlages ein Vertrauensvotum für die Regierung.

Man kann im Gegenteil sagen, daß durch die sachlich notwendige und gerechtfertigte Zustimmung in einem Fall die Kritik der Sozialdemokratie in jedem anderen ablehnenden Falle noch erheblich an Schärfe gewinnt. Die erste Regel der politischen Kunst besteht darin, unterscheiden zu lernen, Unterschiede zu erkennen und zu machen. (Sehr gut!) Alles Schablonisieren ist hier vom Uebel. Auch unsere Auffassung vom Klassenkampf darf man nicht in eine Schablone bringen wollen. Es ist töricht und unfruchtbar, sich den Klassenkampf als eine einfache Folge von Negationen vorzustellen. Darüber hat der alte Liebknecht manch kluges Wort geschrieben, der alte Liebknecht. (Große Heiterkeit — Dr. Karl Liebknecht: Sie kennen mich ja gar nicht!)' Lieber Karl, wenn Sie mitgehen mit dem alten Liebknecht, dann um so besser! (Erneute Heiterkeit.) Der alte Liebknecht hat also darüber manch kluges Wort geschrieben, wohl wert, von Zeit zu Zeit wieder gelesen und überdacht zu werden.

Auf unseren Fall angewendet, ergibt sich aus diesem allen, daß auch aus den im Finanzwesen liegenden politischen Gründen die Zustimmung zu den Besitzsteuern geboten erschien. Den ersten Schritt der Regierung von der Begünstigungspolitik in Steuersachen weg mußten wir unterstützen, wenn nicht die allergewichtigsten Gründe dagegen sprachen.

Den Kampf gegen die indirekten Steuern hat die Sozialdemokratie von den Tagen Lassalles her immer als einen Kampf für politische Reinlichkeit gegen politische Korruption gekämpft. Selbst wenn das Volk durch die Einführung von direkten Steuern an sich nicht wesentlich entlastet worden, so wären doch, nach dem richtigen Urteil Lassalles, die direkten den indirekten bei weitem vorzuziehen, und zwar aus politischen Gründen.

Das ist ein allgemeiner Grund, weshalb die Sozialdemokratie, einmal zur Macht gelangt, nicht versäumen durfte, unvermeidliche direkte Steuern an Stelle von drohenden indirekten durchsetzen zu helfen.

Wenn wir sagen, daß die Zeit der indirekten Steuern vorüber ist, oder wenigstens vorüber sein soll, so ist das kein steuertechnisches, sondern ein politisches Urteil. Steuertechnisch kann man die Periode der indirekten Steuern sich noch sehr erheblich verlängert denken. Aber es ist nicht unsere Aufgabe, darüber lang und breit zu reden und damit vielleicht gar dem Schatzsekretär

das Material zur Begründung seiner nächsten indirekten Steuervorlage zu liefern.

Ich breche daher diese Gedankenreihe ab, um mich der zweiten zuzuwenden, nämlich der Schilderung der politischen Lage nach den Wahlen von 1912 und namentlich bei Einbringung der Militär- und Deckungsvorlagen von 1913. Die Sozialdemokratie hatte einen großen Sieg errungen. Mit 110 Mann zog sie in den Reichstag ein. Freunde und Gegner erwarteten etwas von dieser Schar, und auch in den Reihen unserer Fraktion zeigte sich in der neuen Lage ein erheblich gesteigertes Tätigkeits- und Verantwortlichkeitsgefühl. Soviel ergab sich jedenfalls schon aus den ersten Wochen unserer gemeinsamen Tätigkeit im Reichstage, daß die überwältigende Mehrheit der Fraktion durchaus entschlossen war, das Gewicht unserer Stimme zugunsten einer unserem Programm angepaßten Politik bei jeder Gelegenheit in die Wagschale zu werfen. Wir wollten nicht zwei Reichstage haben: auf der einen Seite einen von 110 und auf der anderen Seite einen von 287 Abgeordneten, von 287, die unter sich ausmachen konnten, welcher Kurs zu steuern sei.

Diese Entschlossenheit, positiv im Sinne unseres Programms mitzuwirken, zeigte sich sehr klar bei der ersten Gelegenheit, wo wir zu Steuerfragen selbst ein Wort mitzureden hatten, nämlich im April 1912, als es Deckung für neue Militärausgaben zu schaffen hieß. Mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit, wenn nicht gar einstimmig, betraute die Fraktion ihre Vertreter in der Steuerkommission, eine Erklärung abzugeben, die Wurm am 1. Mai 1912 den darob sehr erstaunten bürgerlichen Parteien vorlegte. Es gelang uns damals nicht, unseren Willen durchzusetzen. Die Heeresvermehrung ging durch, die Kosten wurden noch einmal ausschließlich durch indirekte Steuern gedeckt. Aber war damit jene Erklärung aus der Welt geschafft, wirkte sie nicht weiter und band sie nicht die Fraktion, wie ein verpfändetes Manneswort? (Sehr richtig!)

Dann kam die neue größere Militärvorlage. Ueber die militärisch-politische Seite ist schon geredet worden, und ich brauche darauf nicht mehr einzugehen. Bevor ich die finanzpolitische Lage von unserem eigenen Standpunkte aus betrachte, möchte ich, der größeren Klarheit wegen, den Versuch machen, sie von dem Standpunkte unserer wichtigsten gegnerischen Parteien aus zu würdigen.

Vom Standpunkt der Konservativen aus sah die Sache bei der Vorlegung der Regierungsentwürfe keineswegs angenehm aus. Die Regierung hatte doch, offensichtlich aus Rücksicht auf die bei den Wahlen zutage getretene unbezweifelbare Stimmung der breiten Volksmassen und jene sozialdemokratische Erklärung vom 1. Mai 1912, ihre Steuervorschläge wesentlich anders gestaltet, als noch die vom Jahre zuvor. Namentlich der Wehrbeitrag ist vielleicht nicht direkt und unmittelbar sozialdemokratischer Anregung entsprungen, aber doch — das ist nun einmal nicht zu bestreiten — im Reichstage zuerst von einem sozialdemokratischen Abgeordneten, unserem Freunde David, wiederholt programmatisch und unter Billigung der Fraktion, auch der jetzigen Kritiker, gefordert worden. (Sehr richtig!) Die Regierung hatte damit der Sozialdemokratie eine nicht nur formale, sondern auch sachlich bedeutungsvolle Konzession gemacht. Und doch war vom konservativem Standpunkt aus gegen diesen Wehrbeitrag sehr schlecht anzukämpfen. Die Regierung hatte seine Begründung mit so vielen patriotischen Phrasen angemacht, so laut und nachdrücklich auf das Opferjahr 1813 hingewiesen, daß es den patentierten Patrioten wirklich außerordentlich schwer fallen mußte, trotz aller inneren Erbitterung gerade gegen diesen Vorschlag zu wirken. Auf geraden Wegen war es schlechterdings unmöglich, an das Ziel einer Ablehnung oder gänzlichen Verstümmelung des Wehrbeitrags zu gelangen. Also konnte nur ein Gewaltmittel, die Schaffung einer ganz neuen politischen Lage, helfen.

Dieser Weg der Schaffung einer ganz neuen Situation, wenn möglich mit wesentlicher Verminderung der sozialdemokratischen Abgeordnetenziffer, empfahl sich den Konservativen aber auch besonders noch im Hinblick auf die Entwürfe über die Deckung der dauernden Belastung. Hier war die Regierung den Männern auf der Rechten zwar weiter entgegengekommen. Sie hatte nicht nur die verhaßte Erbschaftssteuer vermieden, obschon dafür eine Mehrheit im Reichstage wohl zu haben gewesen wäre (Hört! hört!), sie hatte ferner auch ihr Versprechen der Einführung einer Besitzsteuer nicht bündig eingelöst, sondern an Stelle einer klaren Besitzsteuer ein sehr minderwertiges und gefährliches Surrogat vorgeschlagen, nämlich die „veredelten" Matrikularbeiträge, an deren Stelle erst eventuell eine Vermögenszuwachssteuer treten sollte. Aber sowohl die veredelten Matrikularbeiträge, wie die Eventualsteuern drohten immerhin den Besitz zu belasten, waren mindestens nicht so angenehm, wie indirekte Steuern. Nun liegt es auf der Hand, daß eine Steuerfrage auch für die Konservativen keine Wahlparole abgeben kann. Es mußte daher ihnen daran gelegen sein, die Gesetzesvorlagen der Regierung so zum Scheitern zu bringen, daß es möglich blieb, die Rüstungsfrage bei den dann einsetzenden Wahlkämpfen in den Vordergrund zu schieben. Mit der konnte man vielleicht den französischen und den slawischen Schrecken entfesseln, auch weite Kreise des Bürgertums in den Schlachtruf des „Schutzes nationaler Güter" mit einstimmen lassen und der Sozialdemokratie mit oder ohne Fortschrittspartei eine entscheidende Niederlage beibringen. Ein solcher Plan war nur ausführbar, wenn man die Regierung zwang, die Heeresvorlage und Deckungsvorlage aus den Händen einer und derselben parlamentarischen Mehrheit entgegenzunehmen. Da die Sozialdemokratie für eine Bewilligung der Heeresvorlage von vornherein ausschied, so mußte also die Sache so gefügt werden, daß sie auch bei den Deckungsfragen entweder freiwillig oder gezwungen in der Ecke stand. Den Kern der einheitlichen Mehrheit für Heeresvorlage und Deckung hätten dann die Konservativen abgegeben, denen sich das Zentrum und vielleicht die kleinere Hälfte der Nationalliberalen außer sonstigen kleinen Parteisplittern anzuschließen gehabt hätten. War dieser Block einmal gebildet, dann konnte er der Regierung die Steuern diktieren oder sie zu einer Auflösung des Reichstags treiben. (Sehr richtig!)

Was nun das Zentrum anbelangt, so war seine Haltung zu dem ganzen Komplex von Fragen nicht so einheitlich, wie die der konservativen Desperado-Politiker. Im Zentrum gab es wenigstens noch eine, allerdings verschwindende Minderheit, die überhaupt an der Notwendigkeit einer so außerordentlich starken Heeresverwaltung leise Zweifel zu hegen wagte; eine größere Gruppe war indessen mindestens gegen ein festes Bündnis auf Tod und Leben mit den Konservativen, durch das man doch größere Arbeiterkreise vor den Kopf stoßen mußte. Immerhin überwog aber die Zahl derjenigen, deren Pläne sich ungefähr auf der konservativen Linie bewegten: konnte die Regierung gezwungen werden, beide Teile ihrer Vorlagen nur von derselben Mehrheit anzunehmen, dann war die Gewähr einer Schonung des Besitzes bei den Steuern gegeben, eventuell ein Mittel, die Auflösung des Reichstags zu erzwingen, die dem Zentrum vielleicht keine erhebliche Mandatsmehrung gebracht haben würde, aber immerhin Aussicht auf eine starke Schwächung der Sozialdemokratie bot, und damit das Zentrum wieder in die alte Stellung hinaufgeführt hätte, als stärkste Fraktion des Reichstags eine Mehrheit sowohl nach rechts, wie auch nach links, je nach eigenem Gutdünken und nach eigenen Interessen bilden zu können. (Sehr richtig!)

Schwankend waren auch Teile der nationalliberalen Partei. Es gibt da einige Knechte des Bundes der Landwirte, einige als Liberale maskierte Konservative, die die Partei unausgesetzt nach rechts zu drängen bemüht sind. Diese Elemente waren durchaus nicht müßig und haben wenigstens zeitweise gehofft, mit den Konservativen zu einer gemeinsamen Arbeit gelangen zu können. Ihnen stand aber eine größere Gruppe entgegen, deren politisches Verständnis durch die schlechten Erfahrungen mit der Bülowschen Blockpolitik unseligen Angedenkens gewachsen war. Diese Gruppe hat schließlich in der nationalliberalen Fraktion die Oberhand gewonnen, hat ein taktisches Zusammenarbeiten mit den Linksliberalen und der Sozialdemokratie möglich gemacht, war allerdings dadurch auch in der Lage, unseren eigenen Plänen manche empfindliche Grenze zu ziehen. Die Nationalliberalen und die Fortschrittler hatten im Wahlkampf von 1912 denn doch gar zu stark die Notwendigkeit einer Reichsvermögenssteuer, zum Teil auch einer Reichserbschaftssteuer betont, als daß sie jetzt das Feld kampflos den reaktionären Parteien hätten überlassen können.

Einem Zusammenwirken der Parteien von Bebel bis Bassermann waren unter den bestehenden Verhältnissen aber sehr enge Grenzen gezogen. Wohl wäre es möglich gewesen, für die Ausgestaltung des Wehrbeitrags und auch für die Einführung einer direkten Besteuerung des Besitzes eine straffe Mehrheit, sagen wir, einen „kleinen Besitzsteuerblock" zu schaffen. Aber der Finanzplan der Regierung enthielt außer diesen beiden direkten Steuern auch noch eine Reihe von anderen Vorschlägen, wie die Verlängerung des jetzt bestehenden Satzes der Zuckersteuer, Einführung von Stempelsteuern auf Lebens- und andere Versicherungspapiere usw., die die Sozialdemokratie auf Grund ihres Programms unbedingt ablehnte. Das heißt aber mit anderen Worten, daß ein festes taktisches Abkommen ein wirklicher Steuerblock zwischen den drei Linksparteien ausgeschlossen war und blieb. Denn ein solcher hätte entweder die Bewilligung der indirekten Steuern durch die Sozialdemokratie vorausgesetzt, eine Voraussetzung, die wie gesagt unmöglich war, oder auf der anderen Seite bei gegebenem Bedarf eine so starke Erhöhung der Besitzbesteuerung, sei es nun im Wege einer Vermögenssteuer oder einer Erbschaftssteuer oder einer Verschärfung der Vermögenszuwachssteuer, daß mindestens der rechte Flügel der Nationalliberalen dabei nicht mitzumachen geneigt war, während man ihn andererseits zur Mehrheitsbildung doch nicht entbehren konnte.

Die Dinge standen also so, daß die Sozialdemokratie unter allen Umständen versuchen mußte, die Freiheit ihres Entschlusses zu bewahren, so zwar, daß sie einzelne Steuern je nachdem annehmen oder ablehnen konnte, ohne dadurch doch das Zustandekommen einer wirklichen Besitzbesteuerung zu verhindern und eine für unsere Massen ungünstigere indirekte Steuer etwa heraufzubeschwören.

Auf dieser Linie hat sich die Fraktion von allem Anfange an gehalten, und es ist mir auch nicht die kleinste Tatsache bekannt geworden, aus der zu schließen gewesen wäre, daß eine nennenswerte Minderheit in der Fraktion etwa unzufrieden damit gewesen wäre.

Im Gegenteil: Es ist ausdrücklich festzustellen, daß auch nicht ein einziges Mitglied der Fraktion das Scheitern der Besitzbesteuerung überhaupt gewünscht hätte. Vielmehr haben auch diejenigen, die nachträglich das Verfahren der Fraktionsmehrheit auf das Schroffste angriffen, immer gewünscht, daß indirekte Steuern vermieden würden, dagegen der Besitz so viel wie möglich bepackt würde. Es müßte denn sein, daß Geyer damals schon umgelernt hatte. (Heiterkeit.) Sie haben auch bis heute keinen Weg angegeben, auf dem dieses Ziel zu erreichen gewesen wäre, wenn man den von der Mehrheit gewählten

nicht einschlagen wollte. In den langen und vielen Preßerörterungen und in den Versammlungsreden, die sich an die Haltung der Fraktion angeknüpft haben, ist mir durchaus kein Vorschlag bekannt geworden, wie die Fraktion Gleiches oder Aehnliches hätte erreichen können, wenn sie anders als geschehen vorgegangen wäre.

Und weil sich viele Kritiker nicht zu helfen wissen, immerhin aber etwas vorbringen wollen, deshalb wenden sie sich gegen das Erreichte und stellen es als minderwertig dar. Das nötigt uns, nun einmal die Steuern, die am 3. Juli d. Js. publiziert worden sind, ein wenig unter die Lupe zu nehmen und damit das dritte Element zur Urteilsbildung in dieser Sache darzulegen. Die fortlaufenden Ausgaben für die Rüstungen werden sich im Beharrungszustande auf etwa 180 bis 190 Millionen Mark, diejenigen Ausgaben, die als solche einmaligen Charakters angesehen werden können, auf rund 1050 Millionen Mark belaufen. Zur Deckung der einmaligen Ausgaben schlug der Bundesrat die Erhebung eines einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrags vor. Zur Deckung der dauernden Ausgaben waren dauernde Einnahmen vorgesehen, die durch Verlängerung der Zuckersteuer, die Besteuerung von Versicherungsverträgen sowie der Gesellschaftsverträge von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften, Grundstücksumsatzstempel sowie durch die Umlage von 1,25 Mk. pro Kopf der Bevölkerung auf die einzelnen Bundesstaaten im Wege der Matrikularbeiträge aufgebracht werden sollten. Diese Matrikularbeiträge sollten indessen nicht, wie das bisher bei der Erhebung der jetzt bestehenden Matrikularbeiträge von 80 Pf. geschieht, auf den Kopf der Bevölkerung erhoben, sondern nach Maßgabe des in den einzelnen Bundesstaaten auf Grund der Veranlagung zum Wehrbeitrag festgestellten Vermögensverhältnisse umgelegt werden: also sogenannte „veredelte Matrikularbeiträge", die ihrerseits die Bundesstaaten wieder durch gesetzliche Bestimmungen im Wege einer allgemeinen Besteuerung des Vermögens, des Einkommens oder der Erbschaften bei sich aufzubringen gehabt hätten.

In der Regierungsvorlage über den einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag war ein einheitlicher Abgabesatz von ½ Prozent des Vermögens vorgesehen. Nur die Vermögen unter 10 000 Mk. sollten beitragsfrei bleiben. Ferner sollten ganz hohe Einkommen von 50 000 Mk. und darüber zum Wehrbeitrag herangezogen werden, aber nur ergänzungsweise in der Art, daß die Nutznießer solcher Einkommen, ohne Rücksicht auf Vorhandensein und Höhe des Vermögens einen Wehrbeitrag von mindestens 2 Prozent ihres Einkommens zu zahlen gehabt hätten.

In dieser Form war der Wehrbeitrag eine rohe, auf die individuelle Leistungsfähigkeit der Steuerzahler nicht im geringsten Rücksicht nehmende Abgabe. Maßgebend sollte der Vermögensstand vom 31. Dezember 1913 sein, und der Wehrbeitrag sollte zur Hälfte binnen einem Monat nach Zustellung des Veranlagungsbescheides, zur anderen Hälfte bis spätestens 31. März 1915 bezahlt werden. Die Sozialdemokratie hat sich in der Budgetkommission lebhaft um die Ausgestaltung der Vorlage bemüht und sie mit Erfolg namentlich nach drei Richtungen hin betrieben: 1. wurde der Kreis der Steuerpflichtigen erheblich weiter gezogen, als die ursprüngliche Regierungsvorlage vorsah und doch die weniger Bemittelten mehr geschont, die Reichen infolgedessen schärfer angepackt; 2. wurden die Steuersätze für die Vermögenssteuer progressiv gestaltet, gleichzeitig durchgestaffelt und 3. wurde das Einkommen in einer ganz anderen Weise progressiv herangezogen. Nach den Beschlüssen des Reichstags ist nunmehr der Wehrbeitrag, ich wiederhole zum Teil auf unmittelbare Anregung aus unseren Kreisen heraus, progressiv gestaffelt und die Freigrenze, je nach der Höhe des Einkommens des Beitragspflichtigen auf 10 000, 30 000

und 50 000 Mark festgesetzt worden. Daneben ist das Einkommen in viel weiterem Umfange als bisher zum Wehrbeitrag herangezogen worden, wobei aber auch Rücksicht darauf genommen worden ist, daß zwischen fundiertem und unfundiertem Einkommen geschieden wird. So wie der Wehrbeitrag jetzt ausgestaltet ist, stellt er für die Jahre 1914 bis 1916 eine direkte progressive Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer dar. Die Staffel der Vermögensbesteuerung beginnt mit 0,15 Prozent bei Vermögen bis zu 50 000 Mk. und steigt auf die zehnfache Höhe, d. h. auf 1,5 Prozent bei Vermögen über 5 Millionen Mark. Das unfundierte Einkommen wird gleichfalls progressiv herangezogen, aber Einkommen, soweit es im engeren Sinne des Wortes als Arbeitseinkommen oder Einkommen aus Arbeitslohn zu bezeichnen ist, bleibt frei. Unfundiertes Einkommen wird erst dann zur Abgabe herangezogen, wenn es den Betrag von 5000 Mk. übersteigt. Die Staffel dieser Einkommensteuer beginnt bei 5000 bis 10 000 Mk. mit 1 Prozent und steigt bis auf 8 Prozent bei Einkommen über 500 000 Mk.

Nun sagt man wohl: „Ja, das ist aber nur eine einmalige Abgabe; wenn es auch wahr ist, daß eine Progression bis auf 8 Prozent bei uns in Deutschland ebenso wenig wie in irgendeinem anderen Staate bei einer Einkommensteuer bisher eingeführt gewesen ist, wenn es auch wahr ist, daß die Vermögensbesteuerung in ihren höchsten Sätzen das dreißigfache der heutigen preußischen Ergänzungssteuer ausmacht, so bedeutet das doch alles nichts, denn es sei wiederholt, es ist ja nur eine einmalige Abgabe." Die sozialdemokratischen Redner im Reichstage, die zu dieser Frage gesprochen haben, ließen ohne Ausnahme erkennen, daß es nach ihrer Meinung mit der Einmaligkeit dieser Abgabe seinen Haken haben könne. Nun will ich zugeben, daß unsere eigene Ansicht darüber nicht allein maßgebend sein kann. Aber die klügsten bürgerlichen Kritiker der Gesetze schließen sich in diesem Punkte jedenfalls der Auffassung der Sozialdemokratie an. So sagt z. B. van der Borght: „Der Entwurf und das Wehrbeitragsgesetz bezeichnen ihn ausdrücklich als einen einmaligen außerordentlichen Beitrag. Man kann nur wünschen, daß es dabei bleibt; aber man darf nicht vergessen, daß es juristisch unmöglich ist, durch ein Gesetz dauernd der künftigen Gesetzgebung bestimmte Schranken aufzuerlegen. Die Deckungsvorlagen selbst bringen den Beweis dafür. . . ." Weiter: Es hat im bürgerlichen Lager nicht an Stimmen gefehlt, welche die Besorgnis erkennen ließen, daß die Umgestaltung der technischen Seite des Heerwesens in naher Zeit von neuem großen und ungewöhnlichen Bedarf hervorrufen würde, und daß man dann in Versuchung geraten würde, den jetzt betretenen Weg wieder zu gehen."

Ueber die „Einmaligkeit" des Wehrbeitrags hat auch der Göttinger Nationalökonom Gustav Cohn treffende Worte geschrieben, indem er sagte: „Der Trost der Einmaligkeit der neuen Abgabe wird nicht lange vorhalten. Er ist zu sehr im Widerspruch mit allen bisherigen Erlebnissen im Reichshaushalt und seinen ruhelosen Anforderungen an die einmaligen Deckungsmittel für einmalige Rüstungszwecke. Es ist ein Widersinn, wenn man jetzt die Behauptung der Einmaligkeit wiederholen oder besonders betonen will. Die feierliche Versicherung der Einmaligkeit in dem zu erlassenden Gesetze gegen eine Wiederholung ist staatsrechtlich hinfällig. Jedes Gesetz kann durch ein folgendes Gesetz aufgehoben werden. Nicht einmal dasselbe Parlament, geschweige denn ein folgendes, fühlt sich durch ältere Beschlüsse der Gesetzgebung gebunden."

Für den Gedanken, daß die Einführung des Wehrbeitrages der direkten Besteuerung des Vermögens und Einkommens durch das Reich die Wege öffnet, kann man ferner als Kronzeugen auch den Zentrumsabgeordneten

von Sadigny anführen, der am 16. April 1913 in einer Polemik gegen den preußischen Finanzminister im Abgeordnetenhause sagte: „Wenn man in der Weise die bisherigen Bahnen ganz und gar verläßt, daß man das Reich auf die Besteuerung des Vermögens, wenn auch nur für einmal, hinweist, wenn man außerdem in derselben Vorlage ganz ausdrücklich die Einkommensteuer mit der Vermögenssteuer verknüpft, so weist man doch ganz notwendig darauf hin: Wie läßt sich der nun einmal beschrittene Weg vielleicht auch so gestalten, daß er . . . auch weiter zum Besten des Reiches beschritten werden kann, nicht bloß für das eine Mal, sondern auch für die Zukunft. Dieser Gedanke liegt dann nicht mehr sehr fern ab, und es ist in das Prinzip auch damit gewissermaßen Bresche geschlagen, daß dies Steuergebiet nicht angerührt werden könnte vom Reiche, und dafür ist die Reichsregierung verantwortlich. Sie trägt die Verantwortung dafür, daß der Gedanke sich nun regt, und daß man überhaupt von der Möglichkeit ausgeht, daß die Verbündeten Regierungen schließlich nicht nur der einmaligen Inanspruchnahme der Einkommen- und Vermögenssteuer für das Reich, sondern auch einer dauernden nicht länger Widerstand leisten würden."

Ueber ähnliche Aeußerungen eines anderen Zentrumsabgeordneten später noch etwas mehr.

Ich verweise endlich auf die wiederholten Aeußerungen der konservativen Mitglieder der Steuerkommission und auf die Rede, mit der der Wortführer der konservativen Partei Graf v. Westarp in der dritten Lesung der Steuergesetze über die Zustimmung der Sozialdemokratie zum Wehrbeitrag quittierte, eine Rede, die jeder unserer Kritiker, bevor er den Mund öffnet oder den Federhalter ansetzt, sich jedesmal noch wieder durchlesen sollte, weil sie die beste und bündigste und schlagendste Verteidigung der Haltung unserer Fraktionsmehrheit ist.

Graf Westarp sagte nach dem stenographischen Reichstagsprotokoll: „Dadurch, daß jetzt eine Reichsvermögens-, Reichseinkommen- und Reichserbschaftssteuer in kombinierter Form durch Reichsgesetz als unmittelbare Reichssteuer eingeführt wird, rührt das nunmehr zur Beratung stehende Gesetz an die verfassungsrechtlichen und geschichtlichen Grundlagen des Deutschen Reiches, an denen wir festzuhalten fest entschlossen sind; es rührt an die Selbständigkeit und an den Bestand der Einzelstaaten, es rührt an den Bund des staatlichen Charakters des Reiches. Wenn noch irgend etwas nötig und möglich gewesen wäre, um uns in dieser Auffassung zu bestärken, so wäre es die Haltung der sozialdemokratischen Partei, so wären es die von der Sozialdemokratie vorgebrachten Argumente und die Ausführungen gewesen, die die sozialdemokratischen Herren Abgeordneten zu dieser Frage gemacht haben. Die Herren Sozialdemokraten haben es deutlich bekundet und werden es heute durch ihre Abstimmung festlegen, daß dieses Gesetz Geist von sozialdemokratischem Geiste ist. Sie haben ihrem Triumph und ihrer Freude über die Ausgestaltung des Gesetzes unverblümt Ausdruck gegeben; sie haben es ausgesprochen, daß dieses Gesetz nur ein erster Schritt sei auf dem Wege, den sie gehen wollen, und gegen den wir uns mit aller Kraft stets einzusetzen verpflichtet halten: auf dem Wege, der dahin führen soll, das Reich zu einem demokratisch regierten Einheitsstaat zu machen. Das ist der Grund, weshalb wir unmöglich diesem Gesetz die Zustimmung erteilen können."

Wir haben jedenfalls den Wehrbeitrag von Anfang an gerade in der Voraussetzung geschätzt, daß eine geordnete Finanzwirtschaft dahin streben müsse, von der Ausnahme zur Regel, von der Improvisation zur Reform zu kommen. Wir erblicken in der einmaligen Vermögens- und Einkommenssteuer den Ausgangspunkt, von dem aus man zu einer dauernden Reichsvermögenssteuer

und Reichseinkommensteuer wird vordringen müssen. Auf das Entschiedenste haben wir die Möglichkeit bekämpft, daß das einmalige Milliardenopfer etwa nur als eine Kaufsumme gedacht sei, um sich von der allgemeinen Besitzsteuer loszukaufen, die der Reichstag gefordert hatte.

Man braucht nicht anzunehmen, daß ich übersehe, was uns beim Wehrbeitrag zu erreichen leider nicht gelungen ist. Namentlich ist eine gewisse Bevorzugung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes bei der Werteinschätzung nicht zu leugnen. Erfahrene Kenner unserer staatlichen Finanzverhältnisse, wie Geheimrat Strutz, haben die von der Regierung ursprünglich vorgeschlagene Privilegierung des landwirtschaftlich genützten Bodens als eine hanebüchene Ungerechtigkeit bezeichnet und der Meinung Ausdruck verliehen, daß man ihretwegen gegen das ganze Gesetz stimmen müsse. Wie sich die Dinge letzten Endes gestaltet haben, ist jene beklagte Bevorzugung trotz unseres lebhaften Widerspruches nicht ganz vermieden worden, wenn schon die prinzipielle Gleichstellung des städtischen Hausbesitzes mit dem landwirtschaftlichen Grundbesitz annehmbar erscheint. Wenn die Frage der Weiterdauer des Wehrbeitrages einmal zur Entscheidung steht, wird hier unsere Arbeit wieder einzusetzen haben, und ich hoffe, daß dann auch die kleineren Grundbesitzer, namentlich die süddeutschen und südwestdeutschen, die bei der Einschätzung ihres Besitzes nach dem Ertragswert sehr schlecht wegkamen, auf unserer Seite gegen die Großagrarier stehen werden. In Geldsachen hört bei den Bauern die Gemütlichkeit bekanntlich sehr schnell auf. (Sehr richtig!)

Sodann hat bei der Beratung des Wehrbeitrages, noch vielmehr aber bei der der Vermögenszuwachssteuer die Frage der Fürstenbesteuerung eine sehr große Rolle gespielt. Sie ist hauptsächlich des Prinzips wegen bedeutungsvoll, nicht so sehr der finanziellen Wirkung wegen. Beim Wehrbeitrag hatten sich, wenn man der Begründung der Regierung trauen darf, die deutschen Fürsten großmütig bereit erklärt, einen Beitrag freiwillig zu leisten. Ueber die Höhe dieses Beitrages war indessen ein bezeichnendes Dunkel gebreitet, das durch einen wirklich ingeniösen Vorschlag unseres Freundes Haase, der auch in dem Gesetz aufgenommen worden ist, gelichtet wurde. Nach § 35 des Gesetzes muß nämlich das Fürstenvermögen nach denselben Regeln veranlagt werden wie das privater Personen. Keine Spitzfindigkeit kann über die prinzipielle Bedeutung dieser Vorschrift hinwegtäuschen. Beim Wehrbeitrag ist damit die Steuerpflicht der Fürsten ausdrücklich anerkannt worden. Das haben auch die Konservativen zugegeben. Bei der Vermögenszuwachssteuer ist diese Einsetzung der Steuerpflicht der Fürsten in das Gesetz bekanntlich von der Regierung mit den schwersten Geschützen bekämpft und, obgleich sie bereits angenommen war, im letzten Augenblick durch eine schwache und schwachmütige Mehrheit des Reichstages noch wieder gestrichen worden. Ohne die üble politische Seite dieses Vorganges verhüllen zu wollen, darf ich doch sagen, daß ihm auch keine übertriebene Bedeutung beigelegt werden sollte. In den Gesetzen über die Vermögensbesteuerung sind nicht nur Reichskontrollbehörden über den Vollzug vorgesehen, sondern der Reichstag hat auch ausdrücklich darauf bestanden, daß die Berichte dieser Kontrollbehörden im Parlament regelmäßig vorzulegen sind. So ergibt sich immer von neuem eine Gelegenheit, auf diese Frage zurückzukommen. Und ich darf die Vermutung aussprechen, daß diese Gelegenheit ausgiebig benützt werden wird, so ausgiebig, daß schließlich die hohen Herrschaften noch einmal kniefällig darum bitten werden, doch lieber die Besitzsteuer zahlen zu können, als das immer über sich ergehen zu lassen. (Zuruf: Abwarten!)

Nun zu der Deckung der dauernden Lasten. Nach dem Entwurf der Regierung sollte, wie ich schon sagte, die sogenannte Besitzbesteuerung in erster Linie auf dem Umwege über die Bundesstaaten vollzogen werden. Die Regelung war in der Weise gedacht worden, daß vom 1. April 1916 ab jährlich ein Betrag von 1,25 Mk. für den Kopf der Bevölkerung auf Grund der Vermögensveranlagung zum Wehrbeitrag auf die Bundesstaaten umgelegt werden sollte. Die Bundesstaaten sollten verpflichtet sein, den auf sie entfallenden Umlagebetrag durch eine landesgesetzliche Besitzbesteuerung aufzubringen. Nur in den Bundesstaaten, in denen eine solche landesgesetzliche Besitzbesteuerung nicht zustande kommen würde, sollte der erforderliche Betrag durch ein von Reichs wegen in Kraft tretendes Besitzsteuergesetz, nämlich das Vermögenszuwachssteuergesetz, aufgebracht werden. Man stelle sich einmal vor, dieser Entwurf der Regierung wäre Gesetz geworden! Was wäre die Folge gewesen? In den Einzelstaaten wäre in erster Linie das Arbeitseinkommen zur Deckung der ungeheuerlichsten Last herangezogen worden. Haben wir doch einzelstaatliche Einkommensteuer, die bereits ein Mindestmaß von 300, ja noch weniger zur Steuer heranziehen. In dem wichtigsten Bundesstaate Preußen wäre die Entscheidung über die Aufbringung der Mittel für die Deckung der dauernden Ausgaben ausschließlich in die Hände des Junkertums, in Bayern in die Hände der Ultramontanen gelegt worden. Wie ernst es den Konservativen war, die Entscheidung gerade über diesen Punkt in ihre Hände zu bekommen, haben die gesamten Verhandlungen in der Kommission, im Plenum des Reichstages, aber auch die zwischen den einzelnen Parteien gezeigt, hat namentlich auch der Versuch der Konservativen gezeigt, noch in der entscheidenden zweiten Lesung das Steuer herumzureißen und ihren Portemonnaieinteressen zum Siege zu verhelfen, die Regierungsvorlage über die veredelten Matrikularbeiträge wieder herzustellen und damit die Vermögenszuwachssteuer zu werfen. Dieser Versuch ist mit 272 Stimmen gegen 91 der Konservativen und ihrer Hilfstruppen zurückgewiesen worden, eine schwere Schlappe der Konservativen, ein unmittelbarer Erfolg der Sozialdemokratie.

So wie sich die Dinge schließlich gestaltet haben, ist der Vermögenszuwachs zum Gegenstand der Reichsbesitzsteuer gemacht worden. Der Begriff des Vermögenszuwachses ist im weitesten Sinne zu verstehen als die Summe, um die sich der Gesamtwert des Vermögens einer Person in einer bestimmten Zeit erhöht hat. Unter den Vermögenszuwachs fallen auch Spekulationsgewinne, Lotteriegewinne, fällt die Erhöhung des Vermögenswerts durch eine Wertsteigerung einzelner Vermögensgegenstände, z. B. von Grundstücken und Wertpapieren, fällt schließlich auch die Vermögensbildung aus erspartem Einkommen und aus Erbschaften. Die Vermögenszuwachssteuer enthält sonach auch eine Besteuerung des Erbschafts- und des Schenkungserwerbes. Dadurch, daß man den Erbschaftserwerb, vor allem das Kindeserbe, der Vermögenszuwachssteuer unterwirft, nähert man diese Steuer der allgemeinen Besitzbesteuerung mindestens sehr stark an. Die Vermögenszuwachssteuer ergreift auch das Vermögen, das der Besteuerung nach dem Erbschaftsgesetze vom 3. Juni 1906 bereits unterlegen hat; die Erbschaftssteuer bedeutet demnach eine reichsgesetzliche Vorausbelastung des Erbschaftserwerbes der entfernteren Verwandten und der Nichtverwandten. Neben der allgemeinen Vermögenszuwachssteuer bleibt ferner das Grundwertzuwachssteuergesetz vom 14. Februar 1911, allerdings mit den Abänderungen von 1913 weiter bestehen.

Auch die Vermögenszuwachssteuer ist progressiv ausgestaltet worden und zwar in zweifacher Hinsicht. Sie steigert sich erstens mit der Höhe des Zuwachses und zweitens mit der Höhe des Grundvermögens. Jeder Zuwachs an Vermögen von 10 000 Mk. an wird versteuert. Bei einem Vermögenszuwachs von 10 000 bis 15 000 Mk. werden 0,75 Proz. Steuern erhoben, bei einem solchen von einer Million das Doppelte, nämlich 1,5 Proz. Dazu treten

dann aber noch Zuschläge, wenn das Grundvermögen 100 000 Mk. oder mehr beträgt. Diese Zuschläge beginnen bei 100 000 Mk. mit 0,1 Proz. und steigen bei Grundvermögen über 10 000 000 Mk. bis 1 Proz. Große Vermögen mit großem Vermögenszuwachs haben also bis 2,5 Proz. Vermögenszuwachs zu zahlen.

Wenn man behauptet, daß sei zu wenig, oder es sei überhaupt wenig, dann ist das selbstverständlich Ansichtssache. Diejenigen, die diese Steuer zu entrichten haben, werden sich diesem Urteile kaum anzuschließen geneigt sein, und jedenfalls können wir feststellen, daß eine so erhebliche Heranziehung des Vermögens noch vor wenigen Jahren kaum bei uns vorauszusehen war. (Sehr richtig!) Die Hauptsache scheint mir aber bei der Vermögenszuwachssteuer, daß auch Erbschaften von Eltern auf Kinder davon getroffen werden. Wir haben seit 1906 eine Erbschaftssteuer, für die wir übrigens gestimmt haben, die aber das Kindes- und Gattenerbe frei läßt und daher verhältnismäßig geringe Beträge erbracht hat. Bei der Bülowschen Steuergesetzgebung von 1908/1909 brachten wir Anträge auf Besteuerung des Gatten- und Kindeserbes ein. Aber wir hatten damit keinen Erfolg. Am 24. Juni 1909 wurde die Besteuerung des Kindeserbes mit 195 gegen 187 Stimmen abgelehnt. Fast genau vier Jahre später wurde sie dagegen mit 207 gegen 150 Stimmen angenommen. Damals, 1909, herrschte im Reichstag eine Mehrheit, an deren Spitze die Junker standen. Damals diktierte Graf Westarp dem schwachen Schatzsekretär Sydow sein Verhalten. Jetzt aber denunzierten die in die Minderheit versetzten Konservativen den Schatzsekretär, den Reichskanzler, ja den ganzen Bundesrat in voller Oeffentlichkeit wegen allzu großer Nachgiebigkeit gegen die Forderungen der Sozialdemokratie.

Und die andere bedeutungsvolle Ergänzung der Erbschaftsbesteuerung mag hier gleich mit erwähnt werden. Dem Ansturm der Gegner der Wertzuwachsbesteuerung am Grund und Boden war es gelungen, das Gesetz von 1911 insofern zu zertrümmern, als der Reichsanteil hinfort nicht mehr erhoben werden soll, und die Entscheidung über das Weiterbestehen staatlicher oder lokaler Wertzuwachssteuern in die Landtage verlegt wird. Daraus ergibt sich eine Schwächung der Reichseinnahmen von jetzt etwa 11 Millionen Mark, für die wohl oder übel Deckung gesucht und gefunden werden mußte. Wie wurde denn diese Frage gelöst? Dadurch, daß man die bestehende Erbschaftssteuer erhöhte. Gerade dieser Vorgang zeigt vielleicht besser als irgend etwas Anderes die vollständige Veränderung der politischen Situation im Reichstage von 1908 bis 1913. Zeigt aber auch, wie recht die Sozialdemokratie hat, nachdrücklich, selbstverständlich aber auch unter Beachtung gewisser Vorbedingungen, für direkte Steuern einzutreten, die sich dem Bedürfnis viel leichter anschmiegen als die in dieser Beziehung so plumpen indirekten Steuern. Eine Erhöhung der bestehenden Erbschaftssteuern wurde dadurch herbeigeführt, daß die Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern aus der ersten Steuerklasse mit einem Steuersatz von 4 Proz. herausgenommen und in eine neue mit einem Steuersatz von 5 Proz. hineinversetzt wurden; daß weiter die Abkömmlinge zweiten Grades von Geschwistern aus der bisherigen zweiten Steuerklasse in eine andere mit einem Steuersatz von 8 Proz. statt bisher 6 Proz. versetzt wurden, und daß endlich die Steuer für weitere entfernte Verwandte von 10 auf 12 Proz. erhöht wurde. Die erwähnten Steuersätze in den einzelnen Steuerklassen sind aber nur die Anfangssätze, die nach § 10 des Gesetzes von 1906 mit wachsendem Betrage der Erbschaft eine immerhin nicht unerhebliche Steigerung erfahren. Da übrigens das aus einer Erbschaft herrührende Vermögen auch der Vermögenszuwachssteuer unterworfen bleibt, so beträgt jetzt die theoretische Höchstbelastung einer in die fünfte Steuerklasse fallenden Erbschaft 32,05 Proz. Gesetzt also den Fall,

die direkten Nachkommen der Begründer der Kruppschen Werke stürben aus und das Unternehmen nebst dem Privatvermögen — sagen wir 250 Millionen — ginge im Erbschaftswege etwa an Angehörige der österreichischen Linie der Krupp über, so hätten diese ein Drittel der gesamten Erbschaftsmasse, rund 85 Millionen, an das Reich zu entrichten. Man wird nicht sagen können, daß das eine unbedeutende Steuerbelastung sei.

Nun wollen wir uns aber auch bei dieser Steuer das Urteil ihrer schärfsten Gegner vor Augen halten. Wir finden es in der Rede des konservativen Führers Grafen von Schwerin-Löwitz vom 27. Juni 1913, wo es heißt:

„Man täusche sich doch nicht über den wahren Zustand dieses Vermögenszuwachssteuergesetzes, das uns jetzt vorliegt! Allein schon die freundliche Aufnahme, die dieses Gesetz bei meinem Herrn Vorredner Südekum und seinen Freunden gefunden hat, vermag Ihnen den wahren Charakter dieses Gesetzes scharf genug zu kennzeichnen. Aber abgesehen davon: darin hat Herr Dr. Südekum in seinen Ausführungen vollkommen recht gehabt, daß er gesagt hat, dieses Gesetz bedeute ganz einfach eine Kombination der Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf das Kindeserbe, der Reichsvermögenssteuer und der Reichseinkommensteuer. Das ist vollkommen zutreffend. Denn dieses Gesetz erfaßt allerdings das Vermögen im Augenblick der Fälligkeit der Steuer, und es erfaßt das Einkommen in der ganzen Zwischenzeit. . . . Meine Herren, deshalb, weil wir diese verhängnisvolle Entwickelung klar vor Augen sehen, sind wir entschlossen, auch fernerhin unerschüttert an den Grundlagen der Bismarckschen Finanzverfassung und der Bismarckschen Finanzpolitik (die im Eingang dieses Referats geschildert wurde!) festzuhalten. Deshalb haben wir bei diesem Paragraphen unseren Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage gestellt und bitten Sie, ihn anzunehmen. In jedem Falle aber lehnen wir hier vor dem Lande noch einmal mit allem Nachdruck jede Verantwortung für die verhängnisvollen Folgen ab, welche die Preisgabe der verfassungsrechtlichen Grundlagen unserer ganzen bisherigen Finanzpolitik mit absoluter Notwendigkeit herbeiführen muß und herbeiführen wird."

Daß außer diesen beiden jetzt erwähnten Steuern auch noch indirekte beschlossen wurden, habe ich bereits erwähnt. Ich glaube aber in Uebereinstimmung mit Ihnen nicht näher darauf eingehen zu sollen, denn unsere Haltung zu diesen Steuern ist ganz einheitlich gewesen, niemand hat sich für Bewilligung ausgesprochen und gewiß wird niemand hier seine Stimme dafür geben.

Ich wende mich nun vielmehr anderen Argumenten zu, mit denen die Kritik der Fraktionsmehrheit nicht sowohl in den Fraktionsberatungen selbst, als nachher in der Oeffentlichkeit gearbeitet hat.

Ich kann dabei einige Bemerkungen nicht vermeiden, die an das anklingen, was mein Kollege Wurm gestern mit der gebührenden Schärfe zur Rettung unseres politischen Rufs und unserer parlamentarischen Betätigungsmöglichkeit gegen die ersten Sätze der Luxemburg-Geyerschen Resolution 114 ausgeführt hat.

Ein Teil der Kritiker der Fraktion ging nämlich schon früher, nachdem er doch eingesehen hatte, daß die Wirksamkeit der neubeschlossenen Besitzsteuern an sich nicht zu bestreiten sei, zu der Behauptung über, darauf komme es ja letzten Endes auch gar nicht an, denn ob die Besitzenden mit einer Steuer belastet würden, ob diese Steuer eine direkte sei oder nicht: Des Liedes letzter Vers sei doch immer der, daß die Arbeiter die ganze Last zu tragen hätten. Wurm ist, wie gesagt, dieser absurden Idee schon entgegengetreten. Wäre die Behauptung richtig, daß es gleichgültig ist, ob direkte oder indirekte Steuern auferlegt werden, dann müßten wir durch 40 Jahre lange sozialdemokratische

Agitation und Aufklärungsarbeit einen Strich machen. (Sehr richtig!) Die auf dieser Basis aufgebaute Kritik richtet sich überhaupt nicht gegen die Fraktion, sondern gegen das Parteiprogramm. (Sehr richtig!) Ihre Anhänger müssen also eine Revision des Parteiprogramms beantragen, dürfen aber nicht der Fraktion einen Vorwurf daraus machen, daß sie gemäß dem Programm gehandelt hat. (Sehr gut!)

Was im übrigen die Ueberwälzungsfrage anbelangt, über die mein Vorredner ja auch bereits ausgiebig gesprochen hat, so ist festzustellen, daß gerade von diesem Gesichtspunkte aus die Vermögenszuwachssteuer entschieden den Vorzug vor jeder anderen Art der Besitzbesteuerung verdient.

Jedenfalls darf wohl als feststehend angesehen werden, daß eine Steuer dann am leichtesten abzuwälzen ist, wenn sie ganz gleichmäßig umgelegt wird. Nehmen wir den Fall, es sollten 100 Millionen Mark vom Besitz in Form einer Vermögenssteuer aufgebracht werden. Daß die allein von der Rente eines Vermögens Lebenden, die Angehörigen der meisten freien Berufe, die Beamten und Pensionäre, sie nicht so ohne weiteres oder vielleicht auch gar nicht abwälzen können, ist klar. Wie steht es mit den Geschäftsleuten, den Fabrikanten, den Händlern, den Transporteuren? Daß die Neigung zur Abwälzung bei ihnen insgesamt besteht, unterliegt keinem Zweifel. Wenn es ihnen möglich ist, die neue Steuer auf die Waren oder Leistungen zu schlagen, so wird das geschehen; es wird sogar der Zuschlag wenn möglich in größerer Höhe gemacht werden, als die Steuer selbst rechtfertigt. Aber das ist auch nur angängig, wenn Fabrikant A und Fabrikant B gleichmäßig belastet werden, also den gleichen Anreiz zur Abwälzung haben. Wenn A mit 10 000 Mk. Steuern belastet wird, B aber steuerfrei bleibt, dann wird B seinen Vorteil vielleicht eher in einer Ausdehnung seiner Produktion zu altem Preise finden, als darin, nach dem Muster von A seine Waren zu verteuern. Ich sehe natürlich von dem Falle einer ganz lückenlos durchgeführten Kartellierung der Industrie ab, ein Fall, der praktisch auch vernachlässigt werden kann, da solche lückenlosen Kartelle in unserer Volkswirtschaft sehr selten sind.

Wenn man die Sache so ansieht, dann ergibt sich, daß die Gefahr der Abwälzung bei der Vermögenszuwachssteuer als gering betrachtet werden kann, gerade weil sie die Steuerträger ungleichmäßig trifft. Es wird eben nicht jedes Vermögen gleichmäßig besteuert, sondern nur der Vermögenszuwachs, der keineswegs überall gleich groß ist und gleich sicher ist. Auch der Vermögenszuwachs wird übrigens ganz verschieden getroffen, je nach seiner Größe und nach der Größe des ursprünglich vorhandenen Vermögens. Also von diesem Gesichtspunkte aus ist die Vermögenszuwachssteuer sogar viel besser, als eine reine und gleichmäßig umgelegte Vermögenssteuer. Aber ich gebe zu, daß dieser Gesichtspunkt nicht allein für die Beurteilung maßgebend sein kann, sondern daß auch noch andere Momente in Betracht zu ziehen sind.

Und nun komme ich zu der letzten von mir zu entwickelnden Gedankenreihe. Nachdem es mit dem Vorwurfe, die Sozialdemokratie habe für Steuern gestimmt, die letzten Endes, wenn sie sich auch in das Gewand von direkten Abgaben hüllen, doch auf die Schultern der Arbeiter fielen, nichts ist, erhebt die Kritik die schwere Anklage einer Verletzung bewährter früherer Grundsätze. Schade nur, daß auch dieser Einwand nicht zieht, weil tatsächlich die Haltung der Fraktion in allen wesentlichen Teilen übereinstimmt mit jener, die sie in früheren Zeiten bereits innegehalten hat. Das „Hamburger Echo" hat sich das Verdienst erworben, in einigen sehr sachkundigen Artikeln die Haltung der Sozialdemokratie in Steuerfragen bis zum Jahre 1893 zurückzuverfolgen. Es ergibt sich daraus, daß die Fraktion in den Steuerfragen

unter vollständiger Billigung der Partei früher immer genau dieselbe Haltung eingenommen hat, die sie bei den Deckungsvorlagen im Jahre 1913 mit nicht zu unterschätzenden Teilerfolgen bewahrte, und die ihr jetzt als eine prinzipienwidrige und taktisch unrichtige zum Vorwurf gemacht wird. Die im „Hamburger Echo" veröffentlichten Feststellungen sind überhaupt gar nicht zu widerlegen. Besonders unangenehm müssen sie natürlich denjenigen sein, die bis zum Jahre 1913 treu und eifrig an den Steuerarbeiten der Sozialdemokratie mitgewirkt haben, ohne leider bis dahin zu erkennen, daß all ihr Wirken prinzipienwidrig und taktisch unrichtig sei. (Heiterkeit.) Ich brauche wohl nicht die Namen derjenigen zu nennen, die sich so leider jahrelang in der Wüste des Parteiunglaubens herumgetrieben haben (Heiterkeit), ohne daß sie es selbst merkten. Ohne daß sie es selbst am 1. März 1913 schon gemerkt hatten, wo wir unser internationales Manifest erließen (lebhaftes Sehr richtig!), worin zu lesen stand, daß die deutsche Sozialdemokratie wie ihre Bruderpartei jenseits des Rheins alles daransetzen würde, um die unvermeidlichen Rüstungsausgaben auf die Schultern der Besitzenden abzuwälzen. (Sehr richtig!)

Ich will auf die historischen und für viele meiner Kollegen so unbequemen historischen Reminiszenzen nicht weiter eingehen. Ich stelle nur fest, daß der Nachweis geführt worden ist, daß die Partei schon früher genau so gehandelt hat wie jetzt. Ich habe mich auf diesen Nachweis berufen, weil ich weiß, daß viele unserer Anhänger Wert auf die Kontinuität der Parteipolitik legen und immer gern sehen, wenn sich Aeußerungen und Handlungen der Partei als ganzes und einzelner Teile der Partei immer im Rahmen der Tradition halten. Aber damit will ich durchaus nicht anerkennen, daß dem erwähnten Nachweis, die Fraktion habe sich durchaus so verhalten wie schon früher in ähnlichen Fällen, irgendein entscheidender Wert beizulegen wäre. (Sehr gut!) Ich bin vielmehr überzeugt, daß die Fraktion, so wie sie gehandelt hat, hätte handeln müssen, auch wenn nie zuvor so etwas geschehen wäre, oder wenn immer in der Geschichte unserer Partei das gerade Gegenteil geschehen wäre. (Sehr gut!) Wir sind keine Partei von Antiquaren (Heiterkeit und Sehr gut!), die, wenn sie etwas tun soll, erst in alten Folianten nachschlägt, was denn geschrieben steht von der Altväter Zeit her. Wir dürfen uns in unseren Entschlüssen nicht abhängig machen von dem, was in anderen Zeiten andere Menschen unter anderen Umständen gedacht, geredet, geschrieben oder getan haben. Es ändern sich die Zeiten und wir mit ihnen. (Sehr richtig!)

Das bedeutet kein leichtfertiges Wegbrechen von der Tradition, das bedeutet nicht eine Verkennung des Wertes bestimmter fester Regeln für eine Partei. Die muß sie haben; in ihren Grundsätzen muß sie fest sein, ihre Politik muß sich auf einer geschlossenen Weltanschauung aufbauen. Aber wenn wir schon ablehnen, daß die Sätze unseres Programms oder die Erkenntnisteile, aus denen sich unsere Weltanschauung formt, Wahrheiten letzter Instanz sind, unerschütterlich für Zeit und Ewigkeit, so lehnen wir noch mehr ab, uns durch falsche Autoritäten in Einzelheiten der Taktik binden zu lassen. (Sehr richtig!) Weil etwas alt ist, ist es noch nicht richtig, und weil etwas neu ist, ist es noch nicht falsch. Wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur kritischen Wertung der Umstände und der selbständigen Formung unserer Entschlüsse. Stehen sie mit der Tradition in Uebereinstimmung, weil die Umstände es gestatten, dann wird das Gewicht unserer Argumente gewiß noch steigen; weichen wir von der Tradition ab, weil andere Umstände es so gebieten, dann wird niemand in unseren Reihen diese Abweichung an sich zum Gegenstand der Kritik machen, sondern höchstens die Ueberlegungen, die zu der Abweichung führten.

Wir müssen uns aber wie vor falscher Autorität, so auch vor krügerischen Vorurteilen hüten. Namentlich müssen wir das Vorurteil preisgeben, daß eine von der Fraktion innegehaltene Politik schon deshalb falsch sei, weil sie uns zu Erfolgen geführt hat. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Unter den Kritikern der Fraktion nehmen mit Wurm diejenigen eine besondere Stellung ein, die da behaupten, wir hätten zwar für die Besitzsteuer stimmen müssen, aber gegen den Wehrbeitrag. Denn für die Besitzsteuer sei ohne unsere Stimmen keine Mehrheit vorhanden gewesen, wohl aber für den Wehrbeitrag. Auch wenn wir den abgelehnt hätten, wäre er angenommen worden. Folglich hätte für den Wehrbeitrag jene „Zwangslage", jenes „Notwehrrecht" der Fraktion nicht bestanden, wovon Wurm in einigen Artikeln im „Vorwärts" und gestern sprach. Ja ein Notwehrrecht hätten wir nicht in Anspruch nehmen können. Wurm hat gestern ganz mit Recht gesagt, entscheidend sei das nicht, es sei eine Frage von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung. Aber die Auffassung ist vielfach verbreitet, als ob Wurm recht hätte. An seinen Darlegungen ist indessen nur soviel richtig, daß die Schlußziffern der Abstimmung allerdings eine Mehrheit auch ohne die Stimmen der Sozialdemokratie zeigen. Aber das was dadurch bewiesen werden soll, wird in der Tat nicht bewiesen. Es gab offenbar theoretisch zwei eventuell drei Möglichkeiten, den Bedarf für die einmaligen Ausgaben aus Anlaß der neuen Heeresvermehrung aufzubringen: 1. durch eine Anleihe, 2. durch neue Steuern und 3. durch einen einmaligen Wehrbeitrag vom Vermögen oder vom Vermögen und Einkommen. Der eine von diesen drei Wegen, nämlich der der bloßen Steuervermehrung, scheidet praktisch aus. Es handelt sich bei den 1000 Millionen, die für einmalige Aufwendung in Betracht kommen, um Leistungen innerhalb eines Zeitraumes von etwa drei Jahren. Es liegt auf der Hand, daß man keine Steuern für drei Jahre machen würde, namentlich, da das Steueraufkommen erst verspätet in die Kassen des Reiches gelangt, während hingegen die Arbeiten sofort ausgeschrieben werden sollten. In Wirklichkeit blieb also eigentlich nur die Auswahl zwischen Anleihe auf der einen Seite und Wehrbeitrag auf der anderen Seite. Die Neigung, nach früheren Mustern die einmaligen Heeresausgaben auf Anleihe zu übernehmen, war nicht nur bei den Parteien auf der rechten Seite des Reichstags groß, sondern fand auch ihre Wortführer in den Reihen der liberalen Bourgeoisie. Ich erinnere nur an den heftigen Feldzug, den Professor Dietzel-Bonn in der „Frankfurter Zeitung" gegen den einmaligen Wehrbeitrag führte. Man malte die volkswirtschaftlichen Folgen einer plötzlichen Kapitalsentnahme in der Höhe von einer Milliarde Mark mit recht düsteren Worten aus und behauptete, die elastische Anleihe würde diese Schäden selbst bei gleichem Verwendungszweck erheblich mildern. Daß die Regierung den Weg der Anleihe nicht gewählt hat, erklärt sich hauptsächlich aus der Besorgnis, den Markt der öffentlichen Anleihen in Deutschland ungünstig zu beeinflussen. Der Kurs unserer niedrig verzinslichen Reichs- und Staatsanleihen ist gedrückt und hat in den letzten Jahren eine nicht unerhebliche Verschlechterung erfahren. Man mußte befürchten, daß bei einer neuen Milliardenanleihe wiederum ein Kursdruck eintreten würde, zumal bei der mißlichen Lage des Geldmarktes während der zweiten Hälfte des Jahres 1912 und während des ganzen bisherigen Jahres 1913. Es wäre auch nicht angegangen, etwa eine höher verzinsliche Anleiheform zu wählen, um sich damit mehr den jetzigen Zinssätzen des Geldes anzupassen, weil dies den Kurs der vorhandenen niedrig verzinslichen Anleihen erst recht hätte drücken müssen. Entscheidend war aber zweifellos der Gedanke, daß jede neue Anleihe das Reich mit neuen und sehr hohen Zinsverpflichtungen belastet hätte. Diese Zinsverpflichtungen hätten sich

auf mindestens 40 Millionen Mark pro Jahr belaufen, zu denen nach den bestehenden Tilgungsgesetzen noch 8 Proz. jährliche Tilgung hinzugekommen wären, so daß wir mit einer Vermehrung unserer Zinsenlast um 70 Millionen Mark pro Jahr zu rechnen gehabt hätten. Ich brauche nicht auszuführen, warum eine solche Entwickelung von unserem Standpunkt aus recht starke Bedenken gegen sich hat. — Aber was uns gerade die Anleiheaufnahme am bedenklichsten macht, läßt sie vom kapitalistischen Standpunkte aus vor dem einmaligen Wehrbeitrag einen erheblichen Vorzug gewinnen. —

Das Widerstreben kapitalistischer Kreise gegen den einmaligen Wehrbeitrag hat aber auch noch andere Wurzeln, die vielleicht nirgendwo treffender, wenn auch aus deutlicher Absicht, gekennzeichnet worden sind, als in einer Schrift vom Abgeordneten Erzberger über den Wehrbeitrag. Da heißt es und das knüpft an früher Gesagtes nochmals an: „Der Wehrbeitrag ist ein Gedanke, der in seinen Konsequenzen tief und weit greifen wird. Man kann diese Folgerungen gar nicht ablehnen, wenn der Wehrbeitrag auch noch so stark als ein „außerordentlicher" gekennzeichnet wird. Wenn man seine Wiederholung allseitig für ganz undenkbar erklärt, soviel steht heute schon fest: Jede größere Rüstungsvorlage mit hohen einmaligen, schnell zu beschaffenden Ausgaben wird wiederum einen „außerordentlichen Wehrbeitrag" erheischen. Der Weg der Anleihe hierfür ist verrammelt. Man wird eben das Gesetz von 1913 wieder hervorholen und der Reichstag wird stets eine Mehrheit hierfür stellen, selbst wenn die Erfahrungen mit dem ersten Gesetze nicht die besten sein sollten. Einmal ist nicht keinmal. Gar zu schnell wird sich in unserem Zeitalter der breitesten Oeffentlichkeit auch der Gedanke festsetzen, daß man einen solchen Aderlaß der Reichen nicht für Rüstungszwecke, sondern auch für Kulturaufgaben vornehmen könne. . . . Auch noch eine zweite Folgerung wird sich früher oder später einstellen. In die Finanzhoheit der Einzelstaaten hat der Wehrbeitrag eine breite Bresche gelegt, durch die im Laufe der Zeit die Reichsvermögenssteuer trotz aller Opposition einziehen dürfte. Man mag heute eine solche Konsequenz ablehnen, morgen schon wird sie allgemein gezogen werden müssen, auch von jenen, die nicht wollen und gut begründete Bedenken tragen. Die Macht der Tatsache des Wehrbeitrags erstickt alle einzelstaatlichen Bedenken. Der Bundesrat hat sich darüber klar sein müssen, als er diesen Entwurf dem Reichstage ausarbeitete; sollte es hieran gefehlt haben, dann um so schlimmer."

Diese Zeilen Erzbergers waren geschrieben, noch ehe der Wehrbeitrag diejenige Form gewonnen hatte, in der er jetzt vor uns steht. Erzberger kannte nur den Entwurf der Regierung mit der rohen Vermögenssteuer und der lediglich aushilfsweise herangezogenen Einkommensteuer. Um wieviel mehr gilt alles das, was er gesagt hat jetzt für den verbesserten Wehrbeitrag, für ein Gesetz, das tatsächlich zunächst auf drei Jahre im Deutschen Reiche die Reichsvermögenssteuer und die Reichseinkommensteuer einführt, ein Gesetz, das, darin hat Erzberger vollständig recht, nach einer Verewigung geradezu schreit.

Gesetzt den Fall, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hätte sich auf den Standpunkt gestellt, die Aufnahme einer Anleihe sei der Erhebung eines einmaligen Wehrbeitrages vorzuziehen oder es sei gleichgültig so — oder so —: dann wäre der Wehrbeitrag nicht Gesetz geworden. So wie die Dinge aber lagen, konnte gegen die Absicht der Sozialdemokratie, die Last der einmaligen Kosten der Heeresvermehrung den Besitzenden in Form des Wehrbeitrages aufzuerlegen, die Anleihe nicht durchgedrückt werden. (Sehr richtig!) Daß aber von unserem Standpunkte aus der Wehrbeitrag, d. h. eine direkte Besteuerung des Vermögens und des Einkommens durch das Reich jeder An-

leihe vorzuziehen war, das ist mit Händen zu greifen und bedarf gar nicht erst der weiteren Auseinandersetzung. Die bloßen Schlußziffern bei der letzten Abstimmung mögen gewiß ergeben, daß auch ohne die Stimmen der Sozialdemokratie der Wehrbeitrag angenommen wäre. Wenn aber nicht die Sozialdemokratie von vornherein immer wieder scharf betont hätte, daß sie die Kosten der einmaligen Ausgaben in dieser Form einer Einkommens- und Vermögensabgabe aufgebraucht wissen wollte, wenn sie nicht von Anfang an den Mut der Konsequenz gehabt hätte, ihren eigenen Vorschlag zu unterstützen, ihre eigenen Programmforderungen anzuerkennen, ich bin fest überzeugt, daß dann letzten Endes die Schlußabstimmung anders ausgefallen wäre. (Sehr richtig!)

Bei einer weniger entschiedenen Haltung der sozialdemokratischen Fraktion, bei einem geringeren Druck von unserer Seite hätten die Gegner des Wehrbeitrages Mut gefaßt; sie hätten sich organisiert, sie, die gelähmt waren durch unsere Haltung, hätten alle Minen springen lassen, hätten alle Mann an Bord geholt. Und wie wäre es dann wohl gekommen? Die Entscheidung hätte auf Spitze und Knopf gestanden, man hätte bis zum letzten Augenblick nicht gewußt, ob eine Mehrheit vorhanden sei oder nicht. Die Spannung, rechts und links gleich groß, hätte einen Fiebergrad erreicht, wie in jener schicksalsschweren Sitzung im Juni 1909, es wäre noch der letzte Mann auf Krücken vom Krankenlager aus in den Saal geschleppt worden, um die Vorlage vielleicht zu Fall zu bringen. Dann aber — löst sich die furchtbare Spannung, ein Alp fällt dem atemlos stierenden Zuschauer, fällt dem Kanzler, fällt noch ganz anderen Leuten von der Brust. Denn jetzt marschiert die Sozialdemokratie auf und führt selbstverständlich den Gedanken, für den sie 40 Jahre lang gekämpft hat, zum Siege. Das kann sie ja auch tun, ohne Furcht vor nachträglichen Kritiken, denn jetzt hat sie ja glücklich ihr „Notwehrrecht", jetzt ihre Deckung gefunden, jetzt braucht sie nicht mehr zu befürchten, daß hinterher einer kommt und haarscharf nachweist, sie habe leider vermieden, die Vorlage, die sie wünscht, die keiner aus ihren Reihen missen möchte, erst in Gefahr zu bringen, um sie dann triumphierend retten zu dürfen. (Sehr gut!)

Selbst die Ablehnung des Wehrbeitrages, die bei einer solchen „Notwehr"-taktik immerhin nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit lag, hätte übrigens keineswegs etwa das Scheitern der Militärvorlage zur Folge gehabt (Sehr richtig!), denn wenn der Wehrbeitrag abgelehnt worden wäre, wäre ja eben der zweite Weg der Kostendeckung, der Weg der Anleihe offen gewesen. Glaubt denn ein verständiger Mensch, daß nach Annahme der Wehrvorlage der Regierung irgendwelche ernsthaften Schwierigkeiten von der Mehrheit des Parlaments in den Weg gelegt worden wären, die notwendigen Gelder im Wege des Kredits aufzunehmen? Die Frage stellen, heißt sie auch beantworten.

Nun sagen freilich wieder andere Kritiker der Fraktion, daß sie ja überhaupt auch nicht gegen den Wehrbeitrag, der dank ihrer unablässigen Bemühungen die Form angenommen, in der wir ihn heute vor uns sehen, hätte zu stimmen brauchen, sondern daß sie sich einfach der Stimme hätte enthalten können. Ich muß gestehen, daß mir für eine solche Taktik das Verständnis fehlt. (Sehr richtig!) Was soll denn damit erreicht werden? Wird denn dadurch auch nur in einem einzigen Menschen der Eindruck erweckt, daß wir diese Vorlage nicht gewollt hätten? Wenn wir sie nicht wollten, konnten wir sie ja ablehnen, dann mußten wir sie ablehnen; wollten wir sie aber (und das Bemerkenswerte ist, daß auch unsere Kritiker sie doch tatsächlich wollten), dann mußten wir dafür stimmen, so wie wir dafür gestimmt haben,

weil in diesem Wehrbeitrag ein gutes Stück unserer Programmforderungen verwirklicht worden ist. (Sehr richtig!)

Und daß auch die berühmte Zweckbestimmung hier keine Rolle spielt, das wird ja nun allmählich wohl auf allen Seiten zugegeben. Die Heeresvorlage war angenommen, daran war nichts zu ändern. Um die Deckungsvorlage allein handelte es sich. Und da hatten wir zwischen zwei Uebeln das kleinere zu wählen. Ich wollte, wir wären immer in der glücklichen Lage, von zwei Uebeln eins zu wählen, das in so hohem Maße das kleinere ist, wie diesmal der Wehrbeitrag das kleinere Uebel war. (Sehr richtig!)

Die Kritiker, die ich bisher im Laufe meiner Darlegungen erwähnt habe, bewegten sich durchgehends in den Niederungen taktischer Differenzen. Es gibt aber auch solche, die auf den steilen Firsten des Prinzips stehen, wie denn überhaupt eine nicht leicht zu beschreibende Fülle von Verschiedenheiten in den Ansichten unserer Kritiker mir nicht gerade für die Stärke ihrer Sache zu sprechen scheint. Die „prinzipiellen" Kritiker teilen sich nun auch wieder in verschiedene Gruppen und wenn man ganz genau hinsieht, dann entdeckt man, daß einige von den prinzipiellen — gar nicht prinzipiell sind. Das hängt nämlich so zusammen: Manche behaupten, für die Stellung unserer Partei zu Steuerfragen sei der Verwendungszweck der Steuer schlechthin ausschlaggebend. Die schärfste Form findet diese Lehre in der Formel: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen." Schön, das ist ein Standpunkt. Wir werden uns mit ihm auseinanderzusetzen haben. Wir sehen, daß er in dieser Schroffheit niemals bei uns aufgestellt worden ist, daß er nirgendwo in unserem Programm steht; aber immerhin, ich wiederhole: Das ist ein prinzipieller Standpunkt.

Wenn nun aber einige, die vorgeben, auf ihm zu stehen, doch wieder der praktischen Erwägung, wer denn die Steuern zu zahlen hat, Konzessionen machen, dann hören sie wie gesagt auf, prinzipielle Kritik zu treiben und sind wieder auf dem schwankenden Boden der Taktik angelangt.

Fest und unerschütterlich verharrten bis zuletzt bei dem erwähnten Wort „Keinen Mann und keinen Groschen diesem System" eigentlich nur Geyer und seine Truppe nicht von, sondern auf 114! (Heiterkeit.) Geyer aber mußte sich dafür sogar von der prinzipiengesättigten „Bremer Bürgerzeitung" die ironische Bemerkung gefallen lassen, daß seine antiparlamentaristische Haltung zwar sehr auffällig sei, aber doch nicht zu der Vermutung führen dürfe, unser braver Geyer sei nun Anarchist geworden. — Ei Herrchesis! (Große Heiterkeit.) Wer könnte das von Geyer behaupten, der doch noch 1908/09 unser Wortführer in Steuerfragen war und unter dem Beifall der Fraktion genau dieselbe Haltung eingenommen hatte, die er jetzt verdammen zu sollen glaubt!

Ueber den Verwendungszweck ist in den letzten Wochen sehr viel Tinte vergossen, sehr viel Druckerschwärze verbraucht worden. Aber schließlich haben sich, abgesehen von den paar Unerschütterlichen, alle doch auf der einzig richtigen Anschauung zusammengefunden, daß der Verwendungszweck für uns im allgemeinen natürlich Bedeutung hat, was niemals und von niemand bestritten wurde, daß aber in diesem Falle die Frage erst gar nicht bis zur Entscheidung über den Verwendungszweck getrieben wurde.

Außer den Kritikern mit den taktischen Argumenten und denen mit den prinzipiellen Argumenten ist auch gelegentlich noch ein Vertreter des dritten Geschlechts (Heiterkeit) aufgetaucht, der in mehr oder weniger geschickter Mischung bald die taktische, bald die prinzipielle Seite in den Vordergrund schob, ohne daß schließlich auch seine Freunde der eifrigen Tätigkeit zu folgen in der Lage gewesen wären. Wenn auch unser Kollege Hoch immer

neue Verfehlungen der Fraktion im Verlauf der letzten Wochen entdeckt und beschrieben hat, so beruhigt mich doch in seinem Fall die Tatsache ganz außerordentlich, daß er auch anders kann.

Ich habe nicht den Ehrgeiz zu behaupten, daß ich Zahl und Argumente unserer Kritiker in meiner Auffassung erschöpft hätte. Es ist möglich, daß ich noch einige vergessen oder übersehen habe. Ich bitte mir das schon deshalb nicht zu verübeln, weil ja jedermann in der Diskussion Gelegenheit geboten ist, seine Ansicht auch hier noch einmal darzulegen.

Wenn ich nun noch einmal zu den Steuern selbst zurücklenken darf, so liegt nahe, daß ich noch einige Vorzüge derjenigen Regelung der Deckungsfrage erwähne, der die Mehrheit der Fraktion ihre Zustimmung gab. Aber da ich fürchten muß, daß gerade diese Bemerkungen von den Vertretern der Minderheit scharf angegriffen werden, so wende ich die „Notwehrtaktik" an und helfe mir durch einige Zitate. So schreibt z. B. die „Leipziger Volkszeitung" am 4. Juli 1913, also unter dem unmittelbaren Eindruck der ganzen Ereignisse: „Durch die Wehr- und Deckungsvorlagen werden neben der Arbeiterklasse besonders die Mittelschichten belastet, und diese Belastung wird je stärker, desto mehr das enge Band lockern, daß jetzt noch die Ideologie des Mittelstandes mit dem Imperialismus verknüpft. Bisher fielen die Faustschläge der imperialistischen Entwickelung fast durchweg auf den Nacken der Arbeiterklassen, während die Mittelschichten eher Vorteile als Nachteile von ihr hatten oder zu haben glaubten." Diese Sätze deuten auf die erzieherische Wirkung der neuen Steuern hin, die man nicht zu überschätzen, ganz gewiß aber auch nicht absichtlich zu verkleinern braucht. So wie bisher geht die Geschichte ganz gewiß nicht mehr weiter und jede Ausgestaltung des Systems der direkten Besteuerung ist ein Quader im Wege des Militarismus.

In derselben Zeitung schrieb wenige Tage darauf, am 7. Juli, Karski, der ein scharfer Gegner der Fraktionsmehrheit ist: „Wehrbeitrag und Vermögenssteuer bedeuten einen Bruch mit dem bisherigen System". Ich würde mir diese Feststellung zu machen nicht mehr erlaubt haben, nachdem mich mein Fraktionskollege Hofrichter, wegen genau desselben Ausdruckes scharf angreifen zu sollen geglaubt hat. Aber Recht hat Karski, der Bruch mit dem System ist da. Eine neue Aera unseres Finanzwesens, datiert vom 3. Juli 1913. Das nicht sehen oder anerkennen zu sollen, heißt einen der größten Erfolge unserer Partei bewußt verkleinern.

Ich gehe ferner aus Mangel an Zeit über höchst bedeutungsvolle Einzelheiten, wie den Generalpardon aus § 68 des Wehrbeitragsgesetzes, die Regelung des Strafverfahrens bei Steuerhinterziehungen und manches andere hinweg.

So habe ich Ihnen denn wenigstens in großen Umrissen vorgeführt, was nach meiner Meinung zur Urteilsbildung in dieser Sache unbedingt notwendig ist: Die Tatsachen des deutschen Finanzwesens, die politische Lage nach dem 12. Januar 1912 und bei der Einbringung der Regierungsvorlagen, die Steuervorlagen selbst und was sie dank nicht zuletzt der Tätigkeit unserer Fraktion geworden sind sowie endlich die Stimmen der Kritik, soweit ich zu ihrem Verständnis vorgedrungen bin.

Das sind die Elemente, die zur Urteilsfällung notwendig und ausreichend sind. Ich glaube vertrauensvoll Ihrem Spruch entgegensehen zu können und empfehle Ihnen die Zustimmung zu den Anträgen, die der Fraktion das Vertrauen aussprechen. Ich meine aber, dieses Vertrauensvotum sollte mit einer geradezu überwältigenden Mehrheit ausgesprochen werden. Denn nur dadurch, daß sich die übergroße Mehrheit dieses Parteitages hinter

die Mehrheit der Fraktion stellt, kann der bedauerliche Eindruck der Kritik wieder weggewischt werden, die die agitatorische Bedeutung unserer Tätigkeit in der letzten Session in Frage zu stellen drohte. (Sehr richtig!) 1912 sind wir, während im Volk noch die Erregung über die Untaten der schwarzblauen Steuermehrheit von 1909 nachzitterte, mit dem Schlachtruf: „Für direkte Steuern" in den Wahlkampf gezogen. (Sehr richtig!) Mit einer nie zuvor so gewaltig offenbarten Zustimmung haben sich die Massen des Volkes uns angeschlossen. Und da hätten wir, aus nichtigen Gründen, günstigstenfalls aus einer Verkennung der Bedingungen des parlamentarischen Kampfes, die . . . . . wirklich durchgreifenden direkten Steuern ablehnen, unsere eigene Agitation Lügen strafen, unser Programm zerfetzen sollen? Das durfte die Fraktion nie und nimmermehr tun. Das Vertrauen des Volkes ist ein heiliges, gar köstlich Gut, das zu verschwenden und zu vernichten wir uns wohl hüten müssen. (Sehr richtig!) Unsere Taktik muß die der klaren Entschlüsse, der richtig erkannten Verantwortlichkeit sein. Wir haben immer so zu entscheiden, als ob von unseren Stimmen der Ausgang der Dinge abhänge. So haben wir bei den neuen Steuern entschieden, so tat die Fraktion ihre Pflicht. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender **Ebert:** Ich habe mitzuteilen, daß die Abstimmung über die Resolution 114 eine namentliche sein wird. (Bravo!) Dann müssen wir uns verständigen über die Ordnung der Rednerliste. Es haben sich bereits 52 Redner einzeichnen lassen. (Unruhe und Zurufe.) Diese Tatsache hat auch das Bureau etwas bedenklich gestimmt. Wir schlagen vor, die Rednerliste so zu ordnen, daß wir die Redner je nach ihrer Stellung für oder gegen die Resolution Wurm abwechselnd zu Wort kommen zu lassen. Es gibt dabei allerdings Auffassungen, die sich nicht ganz in dieses Schema einordnen lassen. Das Bureau wird aber den Beschluß so loyal handhaben, daß jeder zu seinem Rechte kommt.

Stadthagen: Der Antrag des Genossen Ebert ist sehr gut gemeint, aber ich bitte ihn abzulehnen, denn er ist undurchführbar oder nicht ganz gerecht. Wir haben Referat und Korreferat gehört nicht als zwei verschiedene Meinungen, sondern als eine Meinung über 4½ Stunden lang. (Sehr richtig!) Es würden alle diejenigen, die auf der andern Seite stehen und von den Referenten schwer angegriffen worden sind, noch mehr benachteiligt, wenn nun, nachdem die eine Richtung 4½ Stunden lang ihren Standpunkt vertreten konnte, wieder die Vertreter dieser selben Richtung in gleicher Weise wechseln sollen mit denen der anderen Richtung, die noch nicht zu Worte gekommen sind. (Zustimmung und Widerspruch.) Es wäre anders gewesen, wenn nicht der Referent und der Korreferent dieselben Ansichten ausgesprochen hätten, so aber ist der Vorschlag eine Unbilligkeit. (Beifall und Widerspruch.)

Bei der Abstimmung wird der Vorschlag des Vorsitzenden angenommen. Die Rednerliste wird verlesen und die Aufgerufenen erklären, ob sie für oder gegen die Resolution Wurm stimmen wollen.

Es wird in die Debatte eingetreten.

Geyer: Nicht die Rede Südekums, wohl aber die Rede Wurms hat so manchen unserer beiderseitigen Freunde, meiner und Wurms Freunde, schwer enttäuscht. Wurm hat eine Rede gehalten, über die ich mich nicht gewundert habe, denn seitdem ich seine Resolution gelesen hatte, wußte ich, daß seine Rede auf eine Rechtfertigung der Fraktionsmehrheit hinauslaufen würde. Und in der Tat ist die ganze Rede darauf zugeschnitten gewesen, wenngleich Wurm in seinen theoretischen Ausführungen glaubte, eine Richtlinie für die Partei geben zu können. Aber als eine Richtlinie in Steuerfragen kann die Rede Wurms nie und nimmer gelten. Er begann sie mit theoretischen Ausein-

anderſetzungen über die Steuerfrage, die ich zum großen Teil für unrichtig halte. Ich habe keine Zeit, in dem Rahmen meiner 20 Minuten mich auf dieſe theoretiſchen Auseinanderſetzungen einzulaſſen. Das überlaſſe ich Genoſſen, die nach mir ſprechen und die vielleicht berufener ſind, in theoretiſchen Dingen Wurm entgegenzutreten. Auch über die Kommiſſionsvorgänge, über die Südekum eingehend geſprochen hatte, kann ich mich nicht verbreiten, da ich nicht Mitglied der Kommiſſion war. Ich will auch auf Wurms Leitſätze nicht näher eingehen, ſondern nur auf eine Bemerkung, die Wurm dazu gemacht hat, die ſehr auffällig war. Er erklärte, er betrachte ſie als eine Erweiterung reſp. eine Ergänzung des Programms. Das können ſie durchaus nicht ſein und werden es auch nicht ſein. Wenn auch die Leitſätze vom Parteitag angenommen würden, könnten ſie doch nicht als Teil unſeres Parteiprogramms oder als eine Erweiterung des Programms betrachtet werden, weil erſt eine gründliche Durchberatung und eine programmatiſche Faſſung dieſer Leitſätze vorgenommen werden müßte. Wenn dieſe Leitſätze angenommen werden ſollten, dann erſt wird die programmatiſche Diskuſſion über ein etwaiges neues Steuerprogramm der Partei beginnen müſſen. Nach den bisher gemachten Ausführungen werden wir auf dieſem Parteitag kein ſolches Steuerprogramm bekommen, und ich glaube auch, in der Diskuſſion wird nicht ein einziger Redner hier ein vollendetes annehmbares Steuerprogramm der Partei vorlegen.

Ich will vielmehr auf den Kern der Sache eingehen, auf die Frage, ob wir für den Militarismus Mittel, Steuern, bewilligen dürfen — das iſt nämlich der Kern der Frage. Wurm hat das ſteuerliche Moment wohlweislich in den Vordergrund geſchoben. (Zuruf: Das war ſeine Aufgabe!) Er hat die politiſche Seite nur knapp geſtreift; er ging ihr aus dem Wege, indem er die Behauptung aufſtellte, die ganze Angelegenheit ſei keine Frage des Prinzips, ſondern der Taktik. Nun ſteht feſt: wir mögen tun und laſſen, was wir wollen, wir mögen taktiſch ſo oder ſo verfahren, ſo muß doch jede Taktik auf die Prinzipien der Partei zugeſchnitten ſein; auch die Taktik kann das Prinzip der Partei verletzen. Wurm ſagte zur Beſtätigung dieſer ſeiner Behauptung: wenn eine Militärvorlage angenommen iſt, dann iſt der Verwendungszweck vorbei, dann haben wir es nur mit der Steuer zu tun, ergo hat die Frage, ob wir dem Militarismus durch die Steuer Mittel bewilligen oder nicht, dann auszuſcheiden. (Sehr richtig!) Nein, ſo ſteht die Sache nicht. (Zuruf: Doch!) Es ſteht feſt, daß die Steuern gerade in dem vorliegenden Falle in dieſer Seſſion für den Militarismus bewilligt worden ſind. Davon beißt die Maus keinen Faden ab. Daher müſſen wir uns über die Frage verſtändigen, ob die Fraktion die Berechtigung hat, dem Militarismus Steuern zu bewilligen. Werden ſolche Steuern für den Militarismus durch uns bewilligt, dann iſt unſer Kampf gegen den Militarismus nur noch ein ſcheinbarer. (Widerſpruch und Sehr richtig!)

Wenn geſagt worden iſt: nachdem die Partei eine Macht geworden iſt, muß ſie ihren Einfluß hauptſächlich nach der Richtung geltend machen, daß die Arbeiterklaſſe entlaſtet wird, ſo verſtehe ich das wohl. Aber ſie darf es doch den Herrſchenden nicht erleichtern, ihre Machtmittel zu verſtärken, wie das durch die Bewilligung von Steuern für den Militarismus geſchieht. Wir wollen durch unſere Reſolution verhüten, daß der Partei der Vorwurf gemacht werden kann, ihr Kampf gegen den Militarismus ſei kein ernſthafter. Man hat uns doch ſchon von vielen Seiten entgegengehalten, was nützt denn dieſer Kraftaufwand in der Agitation gegen den Militarismus, wenn die Mittel für ihn durch uns bewilligt werden. Dröhnende Worte, ſelbſt die Ablehnung der Militärvorlage, nützt nichts, wenn der Militarismus durch die Bewilligung der Mittel gefördert wird. Man hat ſogar darauf hingewieſen, daß die

Proteſtaktionen gegen die Militärvorlage verpuffen müßten, wenn wir in dieſer Weiſe dem Militarismus die Mittel bewilligten. Man hat uns hier entgegengehalten, es ſei ein großer Erfolg für die Partei, daß die Regierung nun endlich direkte Steuern für den Militarismus verlangt habe. Man ſoll nur keine falſche Auffaſſung von der Macht der Partei haben. Wir haben nicht geſehen, daß die hochgeprieſene Größe und Macht der Partei verhindern konnte, daß die ungeheuerlichſte Militärvorlage vorgelegt wurde. Gerade in dieſem Reichstag mit den 110 Sozialdemokraten.

Wurm hat, als er eine Trennung des Prinzips und der Taktik vornahm, ſich in einem grellen Widerſpruch bewegt. Er ſagte: Wir bewilligen dem Militarismus nichts! Und weiter: Iſt die Militärvorlage abgelehnt, dann iſt der Verwendungszweck erledigt. Das iſt ein großer Widerſpruch. Es iſt zweifellos klar: wenn wir die Steuervorlagen zur Deckung von Militärvorlagen bewilligen, dann erleichtern wir es der Regierung, baldigſt wieder neue Militärvorlagen dem Reichstag vorzulegen. (Sehr richtig!) Dann macht es ihr gar keine Schwierigkeiten mehr, die Mittel dafür zu erlangen. (Sehr richtig!) Natürlich muß man das annehmen, wenn man uns vorredet, die Regierung hat vor der Macht der ſozialdemokratiſchen Partei ſoviel Reſpekt, daß ſie direkte Steuern verlangen wird und Militärvorlagen auf die Wirkung zuſchneiden wird, die ſie auf die ſozialdemokratiſche Partei haben. Je mehr wir für den Militarismus bewilligen, auch direkte Steuern, um ſo ſchneller gibt es neue Laſten für die Arbeiter, um ſo ſchneller folgen die Militärvorlagen. Das ſteht für mich bombenfeſt. (Sehr richtig!) Die Regierung müßte ferner töricht ſein, wenn ſie die Situation, wie ſie die Wurmſche Reſolution bringt, nicht ausnützen würde. Die Regierung wird in Rückſicht auf die Reſolution Wurm ſich künftig hüten, Steuern und Militärvorlagen durch ein Mantelgeſetz zu verbinden. Sie wäre töricht, wenn ſie es täte, denn ſie weiß ja, wenn ſie es nicht tut, dann wird die Sozialdemokratie wohl gegen die Militärvorlage ſtimmen, aber dann ſagen: nunmehr iſt der Verwendungszweck erledigt, nun wenden wir uns den Steuern zu. Und die Regierung wird ſich ſagen: wenn ſich die ſozialdemokratiſche Fraktion zur Bewilligung von direkten Steuern haben will, dann brauche ich nur eine Vorlage mit indirekten Steuern einzubringen, dann wird die Sozialdemokratie die indirekten Steuern ablehnen mit dem Hinweis darauf, daß ſie die Deckung der Laſten des Militarismus nur durch direkte Steuern vollziehen will. Dann braucht es nur einige gefällige bürgerliche Parteien zu geben, die die Regierung mit der Sozialdemokratie unterſtützen, daß an Stelle der abgelehnten indirekten direkte Steuern kommen. Wir werden ja ſehen, wie die Situation ſich geſtalten ſollte, wenn der Parteitag auf dieſe ſchiefe Ebene der Reſolution Wurm treten ſollte. Die herrſchenden Parteien und die Regierung werden das ſchon auszunutzen wiſſen.

Man darf ſich über den Verwendungszweck der Steuern für den Militarismus nicht hinwegtäuſchen. Das hat die Bewegung innerhalb der Partei doch gezeigt. In dieſer Steuerfrage ſind in der Fraktion nicht zwei Richtungen wie ſonſt; es haben Abgeordnete der ſogenannten Linken und Rechten hinübergewechſelt. Um einen Richtungsſtreit handelt es ſich alſo nicht. — Die Oppoſition in den breiten Maſſen hat ihre Berechtigung, denn die Partei war bisher noch niemals in der Lage, kurz nach einer Militärvorlage der Regierung ſofort die Steuern zu bewilligen, wie diesmal. Das war noch nicht da. Man hat auf frühere Vorgänge in der Fraktion verwieſen und geſagt, die Fraktion hat längſt darauf hingearbeitet. Es iſt aber nie zu einem Beſchluß gekommen. Wenn nun früher ähnliche Vorgänge im Reichstage ſich abgeſpielt haben, dann ſage ich, daß Fehler gemacht worden ſind, die auch

früher schon kritisiert und verurteilt worden sind. Es ist oft diskutiert worden, ob es zulässig ist, daß wir direkte Steuern für die Kosten des Militarismus bewilligen. Es ist keine Einigung erzielt worden bis auf den heutigen Tag. Es ist auch niemals zu einer wirklichen Aktion gekommen. Nun ist gesagt worden, gerade ich wäre es gewesen, der bei den früheren Vorgängen einen Standpunkt eingenommen hätte wie Wurm. Ich bestreite das ganz entschieden.

Wurm hat dann seine Resolution auf Vorgänge im Reichstag zu begründen gesucht, indem er sagte: hätten wir die direkten Steuern abgelehnt, dann wären indirekte gekommen. Das ist eine Vermutung. (Sehr richtig!) Vor setze ich die Vermutung entgegen, daß es der Regierung nicht eingefallen wäre, später mit indirekten Steuern zu kommen. (Widerspruch und Zuruf: Beweislose Behauptung.)

Ich bin dann persönlich angegriffen worden, und es wurde versucht, mir Widerspruch mit meiner Haltung im Jahre 1909 vorzuwerfen. Bei der Finanzreform 1908/09 lagen aber indirekte Steuern bereits dem Reichstag vor, diesmal nicht. Damals wurde von uns beschlossen, daß unsere Redner darauf hindrängen sollten, direkte Steuern an Stelle dieser vorliegenden indirekten zu setzen. (Zurufe: Na also!) Das habe ich als Redner getan, da wir in Rücksicht auf den Absatz 10 des Parteiprogramms in Steuerfragen so zu handeln hatten, aber damals nicht für den Militarismus irgendwelche Steuern zu bewilligen hatten. Das ist ein Unterschied. Es trifft durchaus nicht zu, wenn Wurm mir unterstellt, ich hätte ebenso gehandelt, wie die Fraktionsmehrheit gehandelt hat. Dafür rufe ich Wurm selbst zum Zeugen auf, der nach der „Leipziger Volkszeitung" auf dem Parteitag 1909 sagte: „Wenn man den Gedanken heute weiterspinnt, wenn man sagt, aus den Taschen der besitzenden Klassen mögt ihr Schiffe bauen, soviel ihr wollt, so ist das grundfalsch. (Hört! hört!) Es liegt nicht im Interesse der Arbeiterklasse, daß der Militarismus gestärkt wird. (Sehr richtig!) Bei Bewilligung der Steuern muß auch der Verwendungszweck ins Auge gefaßt werden. (Hört! hört! und Sehr gut!) Nein, für uns ist in erster Linie nicht maßgebend die Form der Steuer, sondern der Zweck, für den sie verwendet werden soll, nein, wir haben grundsätzlich alles abzulehnen, was den Klassenstaat stützt, und keinen Pfennig Steuer für diese Zwecke des Klassenstaates aufzuwenden. Wir müssen uns bekennen zum Klassenkampf, zum Kampf gegen die jetzige herrschende Gesellschaft." (Hört! hört! und Sehr richtig!) Das geht sehr viel weiter, als ich ausgeführt habe. Wurm will überhaupt diesem Klassenstaat keine Mittel bewilligen. Das steht in grellem Widerspruch zu seiner jetzigen Haltung. Und da wagt es Wurm, mir den Vorwurf der Wandlung zu machen, er, der in kurzer Zeit eine noch viel größere Wandlung durchgemacht hat. (Sehr richtig! Widerspruch.) Mein lieber Freund Wurm, erinnerst Du Dich denn gar nicht der Sitzung der Fraktion, in der Du so sehr empört warst, daß die Fraktionsmehrheit die Steuern, die gefordert wurden, die direkten Steuern, Wehrbeitrag und Vermögenszuwachssteuer bewilligt hatte? Hast Du vergessen, daß Du in vollem Zorn dort der Mehrheit entgegengerufen hast: Nun brauchen wir nur noch zu singen: Heil dir im Siegerkranz! (Heiterkeit. Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.) Lieber Freund Wurm, es ist Dir auch vom Korreferenten gesagt worden, daß es inkonsequent sei, den Wehrbeitrag abzulehnen und die Vermögenssteuer anzunehmen. Wir wollen dem Militarismus nichts bewilligen, dann dürfen wir aber weder Wehrbeitrag noch Vermögenssteuer annehmen. Wir haben wenigstens den Vorzug, konsequent in unserer Haltung zu sein. (Zustimmung und Heiterkeit.) Du

aber, lieber Freund Wurm, hast Dich nicht nur seit 1909, sondern seit der letzten Fraktionssitzung vollständig gewandelt. (Sehr wahr!) Ich könnte mich ja auch auf unseren Freund Kautsky berufen, der dieselbe Stellung einnimmt, die Wurm 1909 eingenommen hat. (Kautsky: Ich bestreite diese Auslegung!) Kautsky kennt die Zitate, er weiß, daß er auch gesagt hat: „Niemals dürfen wir dem heutigen System eine Steuer bewilligen zu Zwecken, die wir nicht billigen." Wir haben gute Kronzeugen zur Seite, die vor ein paar Jahren noch diesen Standpunkt eingenommen haben und in der Partei große Achtung genießen. Wir wollen durch unsere Resolution verhindern, daß für Militärvorlagen Steuern bewilligt werden. Das wahrt das Prinzip der Partei und stärkt damit auch die Agitation. Wir haben wohl Rücksicht zu nehmen auf Absatz 10 unseres Parteiprogramms, der indirekte Steuern durch direkte ersetzt wissen will, aber wir wissen wohl, daß bei der Aufstellung dieses Absatzes er quasi als ein Notbehelf im bürgerlichen Staate betrachtet wurde, weil im bürgerlichen Staat ein gesundes Finanzwesen nicht denkbar ist. Ich habe auch bei meiner Reichstagsrede für die Fraktion im Jahre 1909 gesagt, ich glaube niemals, daß in diesem Klassenstaat eine ehrliche, gesunde Finanzreform vorgenommen werden kann, deshalb glaube ich auch nicht an eine gerechte Steuer. Sie werden doch selbst nicht glauben, daß die Regierung und die bürgerlichen Parteien der Illusion einiger Genossen nachgehen und in Zukunft auf dem Wege der direkten Steuern weiter fortfahren werden. Daran ist nicht zu denken, und wir müssen die Massen aufklären, daß sie von diesem Staat keine Erleichterung ihrer Lage zu erwarten haben. Was die Macht der Partei betrifft, so sage ich, wir wollen die Partei noch mächtiger machen, aber diese mächtige Partei hat stark zu drängen auf die Beseitigung des jetzigen Systems, und darum diesem System keinen Mann und keinen Groschen! (Beifall.) Je mehr die Macht der Partei wächst, je näher die Partei ihrem Ziele kommt, um so reiner müssen auch ihre Grundsätze erhalten werden. Das wird die Partei stärken! (Lebhafter Beifall.)

Winnig-Hamburg: Ich kann natürlich die Dinge nur vom Standpunkt des schlichten, in Reih und Glied fechtenden Parteigenossen beurteilen. Und da gehe ich bei der Beurteilung der Reichstagsfraktion in der Steuerfrage von zwei Erwägungen aus. Einmal davon: wie wirkt die Haltung unserer Fraktion auf das Volk, nämlich auf das materielle Wohl des Volkes und auf die Stellung des Volkes zur Partei? Zweitens haben wir zu fragen: inwieweit dient die Haltung der Fraktion der Durchführung unserer Grundsätze? Nun stehen doch die Dinge so, daß Besitzsteuern, nach denen wir verlangten, und die das Volk unzweideutig wollte, nur zu erhalten waren, wenn die 110 Stimmen unserer Vertreter dafür in die Wagschale geworfen wurden. Da entstand für die Fraktion die Frage: konnte sie es verantworten, ihre Stimmen den Besitzsteuern zu verweigern, so daß dann diese abgelehnt und dafür indirekte Steuern geschaffen wurden? In welche Situation wären wir geraten, wenn wir nicht die Hand dazu geboten hätten, daß endlich die Rüstungslasten auf die Schultern derjenigen gelegt wurden, die sich bisher immer zu schonen gewußt haben! Wir hätten damit ohne weiteres eine neue Belastung der großen Massen des werktätigen Volkes herbeigeführt. Es war doch klar, die Regierung mußte Geld haben zur Deckung der Rüstungsvorlage, und wenn sie die nötigen Summen nicht durch direkte Steuern erhalten konnte, dann mußte sie mit anderen Vorschlägen kommen, für die eine Mehrheit vorhanden war. Da die Konservativen und der agrarische Flügel des Zentrums Gegner der Besitzsteuer waren, so hätte die Regierung mit Steuervorschlägen im Sinne der Bestrebungen der Junker und des Zentrums kommen müssen. Das hätte nur zu einer erneuten Auspowerung des Volkes führen können. Das ist

so klar, daß es darüber keinen Streit geben kann, und es erregt doch wohl einiges Befremden, wenn man hört, daß ein so alter Führer der Tabakarbeiter wie Geyer die Dinge so leicht nimmt. Denkt er nicht mehr daran, daß 1909 unter den Wirkungen der neuen indirekten Steuern mehr als 40 000 Tabakarbeiter drei Monate und länger unterstützt werden mußten? (Hört! hört!) Wenn man auf indirekte Steuern zurückgegriffen hätte, so wären wir natürlich auch bei unserer Agitation in eine herzlich schlechte Stellung gekommen. Im Reichstagswahlkampf haben wir fort und fort Besitzsteuern gefordert. Wenn wir nun durch unser Verhalten das Zustandekommen von Besitzsteuern verhindert hätten, so wäre ich nicht in der Lage gewesen, bei der Agitation unseren Gegnern gegenüber eine solche Haltung zu verteidigen. Die Fraktion hat das wohlweislich nicht getan; es gebührt ihr der Dank des Parteitages, daß sie es verstanden hat, in der bedenklichen Situation das herauszufinden, was dem Wohle der Partei und der Masse des Volkes dienlich war. (Sehr richtig!) Jetzt können wir sagen, wir haben einen bedeutenden Erfolg errungen. Wir können den Massen sagen, es ist nicht wahr, was die Gegner behaupten, daß wir nämlich nur negativ wirkten, sondern zum erstenmal seit Bestehen des Deutschen Reiches sind die Kosten der Rüstungen durch unsere Haltung auf die Schultern der Besitzenden gelegt worden; das, was wir euch im Wahlkampf versprochen haben, das haben wir nach unseren Kräften erfüllt. Ohne Zweifel wird uns dieser Erfolg das Vertrauen weiterer großer Schichten des Volkes zuwenden und wir werden bei allen künftigen Wahlkämpfen eine ausgezeichnete Position haben. Das Herz des Volkes wendet sich uns darum zu, weil wir uns seiner täglichen Nöte annehmen! Dies Wort August Bebels gilt auch heute noch. Wenn wir hier das Volk vor neuen Lasten bewahrt haben, so wird auch das Vertrauen zu uns weiter wachsen. Auch hinsichtlich der Durchführung unserer Grundsätze war die Haltung der Fraktion durchaus angemessen. Welcher Grundsatz wird uns in der Resolution 114 zugemutet, wenn es dort heißt: „Alle Gesetzesvorlagen, die zur Stärkung des Militarismus dem Reichstage vorgelegt werden, also auch Steuervorlagen, die zur Deckung der Kosten des Militarismus eingebracht werden, sind, ob sie direkte oder indirekte Steuern fordern, abzulehnen"! Dieser Satz bedeutet nichts anderes, als daß sich unsere Vertreter im Reichstag gerade dann ausschalten sollen, wenn ihre Wirksamkeit am meisten notwendig ist. (Sehr richtig!) Keiner unter uns ist vorhanden, dem man nachsagen könnte, er nehme den Kampf gegen den Militarismus nicht ernst. Bekämpfen wir denn aber den Militarismus dadurch, daß wir wieder und immer wieder durch unser Auftreten gegen direkte Steuern die besitzenden Klassen damit verschonen, die Kosten für den Militarismus aufzubringen? Der beste und wirksamste Kampf gegen den Militarismus ist der, daß man dafür sorgt, daß diejenigen Kreise die Lasten aufbringen, die stets neue Rüstungen fordern. Wenn wir uns auf den Standpunkt der Resolution 114 stellten, dann würden wir zwar sagen: Kampf gegen den Militarismus unter allen Umständen! Aber wir würden uns zugleich der besten Waffe für diesen Kampf berauben. Wir würden damit Grundsätze aufstellen, die ihrer eigenen Verwirklichung im Wege ständen. Nein, den Weg, den die Fraktion beschritten hat, soll sie weiter verfolgen. Sie weiß sich dabei getragen von dem Vertrauen und der Zustimmung der allerweitesten Parteikreise. Wenn wir dem Militarismus entgegenwirken, den Rüstungswahnsinn dämpfen wollen, dann müssen wir dafür sorgen, daß diejenigen die Kosten tragen, die die Träger des Rüstungswahnsinns sind. Der Weg zur Einschränkung der Rüstungen geht nicht durch den Friedenspalast im Haag, nicht durch das Baseler Münster, er geht durch die Finanzbudgets der großen Militärstaaten! (Lebh. Beifall.)

Hoch-Hanau: In dieser Versammlung sollte Einstimmigkeit darüber bestehen, daß alle Parteigenossen ohne jede Ausnahme nur das eine Bestreben haben und haben können, das Recht des arbeitenden Volkes möglichst gut zu vertreten. Deshalb kann von keiner Seite der Vorwurf erhoben werden, irgend ein Parteigenosse denke daran, die Arbeiter zu belasten und die reichen Leute zu entlasten. Streit kann unter uns nur darüber bestehen, auf welchem Wege wir den Arbeitern am meisten nützen können.

Wenn die Sache so einfach wäre, wie es aus den beiden Referaten heraustönte, dann wäre der Widerspruch schon in der Fraktion nicht so entschieden und nachhaltig gewesen. Beide Referenten haben sich ziemlich ausführlich ausgesprochen, und namentlich Südekum ist sehr ausführlich eingegangen auf die letzten Vorgänge im Reichstag. Aber beide Referenten haben auch nicht mit einem einzigen Worte die Tatsache erwähnt, die nach meiner Auffassung entscheidend ist für die Beantwortung der Frage, ob die Haltung der Fraktion richtig war oder nicht. Beide Referenten haben bei der Würdigung der Lage der Dinge im Reichstage kein Wort gefunden über den Umfall der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei in der Deckungsfrage; über einen Umfall, wie er schmählicher und arbeiterfeindlicher noch niemals im deutschen Parlament zu verzeichnen war. (Sehr richtig!)

Wir waren von vornherein bereit — und ich war es durchaus in Uebereinstimmung mit meiner Stellung im Jahre 1909 —, eine Mehrheit der Linken von den Nationalliberalen, Fortschrittlern und Sozialdemokraten zusammenzubringen, um möglichst gute Besitzsteuern herauszubekommen, Besitzsteuern, mit denen wir nicht bloß die Kosten der Militärvorlage decken, sondern auch die Sünden von 1909 gutmachen konnten durch Aufhebung der schlimmsten Verbrauchssteuern.

Das Zentrum und die Konservativen hatten natürlich das entgegengesetzte Bestreben. Sie wollten die Mehrheit der Linken sprengen. Deshalb stellten sie in der Budgetkommission den Antrag, daß Deckungs- und Wehrvorlage verkoppelt werden sollten. Damit wollten das Zentrum und die Konservativen selbstverständlich die Nationalliberalen und Fortschrittler von uns bringen und ihnen möglichst schlechte Steuern abzwingen mit der Drohung, sonst würden sie gegen die Militärvorlage stimmen.

Zunächst stellten sich die Nationalliberalen und Fortschrittler, als ob sie auf diesen Schwindel nicht hineinfallen wollten, als ob sie ebenso wie wir klar darüber wären, daß das Zentrum es gar nicht wagen durfte, gegen die Wehrvorlage zu stimmen. Deshalb stellten die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei den Antrag, den Verkoppelungsplan des Zentrums abzulehnen und die beiden Vorlagen getrennt zu behandeln. Wie gaben durch unsere Stimmen den Ausschlag dafür, daß die Vorlagen getrennt behandelt werden sollten.

Das Zentrum antwortete mit folgender Erklärung:

„Die Zentrumsfraktion hält einmütig und geschlossen an dem Grundsatz fest: „Keine Ausgabenbewilligung ohne Deckung!" Unsere Abstimmungen in der zweiten Lesung können daher nur vorläufige sein. Eine Verabschiedung der Wehrvorlage ist der Zentrumsfraktion erst möglich nach Entscheidung über die Deckungsvorlagen. Unsere Stellungnahme zur Wehrvorlage" — also die Zustimmung zur Wehrvorlage — „wird abhängen von der Art und Weise der Lösung der Deckungsvorlage."

Natürlich wollte das Zentrum diese Lösung nach dem Gesichtspunkt: möglichst schlechte Besitzsteuern. Diese Verschlechterung der Besitzsteuern durch eine Sprengung der Mehrheit der Linken wollten wir verhindern. Deshalb

stimmten wir den Zentrumsantrag auf Verkoppelung der Vorlagen nieder. Aber unmittelbar nachdem wir den angeblich so großen Wunsch der Nationalliberalen und Fortschrittler, die Vorlagen getrennt zu behandeln und mit uns die Steuern machen zu können, erfüllt hatten, sind die Nationalliberalen und die Fortschrittler umgefallen und haben trotz jenes Beschlusses durch Verhandlungen hinter den Kulissen uns ausgeschaltet. Sie haben mit dem Zentrum die Steuern fertiggemacht.

Wenn Südekum sagt: wir waren dabei, als die Steuern gemacht wurden, so ist das nur bis zu einem gewissen Grade richtig. Allerdings, wenn wir nicht die Stärke im Parlament und in der Wählerschaft gehabt hätten, die wir der Wahl vom vorigen Jahre verdanken, dann würden die herrschenden Klassen nicht daran gedacht haben, Besitzsteuern einzuführen. In dem Sinne haben wir in der Tat das Verdienst daran, daß Besitzsteuern gekommen sind. Als es aber galt, diese Lage der Dinge möglichst gut auszunutzen, eine Mehrheit zu bilden, die möglichst gute Besitzsteuern schaffen konnte, da haben uns die Nationalliberalen und Fortschrittler im Stich gelassen, uns herausgestoßen aus der Mehrheit, mit dem Zentrum hinter verschlossenen Türen die Einzelheiten der Besitzsteuern festgelegt und beschlossen, unter keinen Umständen davon abzugehen; uns ließen sie gnädigst das Recht, die von ihnen vereinbarten Besitzsteuern anzunehmen. Das ist das Ungeheuerliche, daß sie mit unseren Stimmen gerechnet haben, ohne daß wir mitreden konnten. (Sehr wahr!) Sie waren nicht stark genug, mit ihren Stimmen allein die Besitzsteuern durchzubringen; sie konnten nur die Verschlechterungen beschließen; sie haben sich aber darauf verlassen, daß die Sozialdemokratie ja doch ihre Zustimmung zu den verschlechterten Besitzsteuern geben wird. Hier ist der Punkt, bei dem ich für meine Person die Politik der Fraktion nicht als richtig anerkennen konnte.

Viele Redner führen in dieser Sache einen Kampf gegen Windmühlen. Wer von uns ist denn darüber im unklaren, daß Besitzsteuern immer viel vorteilhafter für die Arbeiter sind, als Verbrauchssteuern? Aber darum handelte es sich hier durchaus nicht allein. Hier war nicht zu wählen allein zwischen Besitzsteuern und Verbrauchssteuern, sondern diese Steuerfragen standen im engsten Zusammenhang mit dem Militarismus; und der Kampf gegen den Militarismus ist doch das Wichtigste.

Es ist ein Segen für die Partei, daß sie verschiedene Richtungen hat. Aber wir sollen das auch nicht vertuschen, sondern über die Streitfragen den Genossen klaren Wein einschenken. Das Entscheidende ist folgendes: Die Mehrheit der Fraktion sagt, die Annahme der Militärvorlage war sicher, und deshalb mußten wir nur noch sehen, was bei der Deckung der Kosten noch zu erreichen war. Diese Auffassung hat uns von dem Kampf gegen die Militärvorlage zu sehr abgelenkt. Die Minderheit steht immer vor der Tatsache, daß sie die ihr nicht genehmen Beschlüsse nicht hindern kann; aber die Minderheit, die die Welt erobern muß, und die weiß, daß die wirtschaftliche Entwickelung ihr die Wege dazu ebnet, diese Minderheit muß den Kampf gegen das, was sie für verwerflich hält, mit aller Kraft und mit allen Mitteln führen, die ihr zu Gebote stehen. Wenn sie irgendeine Möglichkeit sieht, der Mehrheit die Ausübung ihres Willens zu erschweren, dann müssen wir hier einsetzen. Wenn das Zentrum erklärte, es werde die Militärvorlage nur bewilligen, nachdem über die Steuerfrage Einigkeit erzielt worden sei (Dr. Weill widerspricht) — wenn Sie das noch nicht wissen, Genosse Dr. Weill, dann unterrichten Sie sich darüber; ich habe Ihnen die Erklärung des Zentrums wörtlich vorgelesen. Das Zentrum sagte, unsere Stellung zur Wehrvorlage wird abhängen von der Art und Weise der Deckungsvorlagen. (Dr. Weill: Das sollte heißen: „keine Erbschaftssteuer!") Ach was! Jedenfalls mußten wir darauf hinarbeiten, dem Zentrum die Möglichkeit zur Zustimmung zur Wehrvorlage nach seiner Erklärung nicht zu geben.

Was war denn die Folge, daß sich die Nationalliberalen und Fortschrittler gestellt haben, als ob sie die Drohung des Zentrums ernst nähmen? Sie haben die Besitzsteuern nach dem Wunsche des Zentrums verschlechtert. Daher durften wir es, auch um möglichst gute Besitzsteuern zu erlangen, nicht dazu kommen lassen, daß vor der endgültigen Annahme der Militärvorlagen die Besitzsteuern festgelegt wurden.

Deshalb ist es aber auch nicht richtig, was Wurm sagte, daß die Wehrvorlage schon angenommen war, als wir für die Besitzsteuern eintraten. Die bürgerlichen Parteien haben es durchgesetzt, daß die entscheidende Abstimmung über die Militärvorlage erst gekommen ist, nachdem die Gestaltung der Besitzsteuer endgültig festgelegt war. Was das Zentrum uns aufzwingen wollte mit seiner Erklärung, das hat es erreicht. (Richard Fischer: Wie konnten wir es hindern?) Das konnten wir verhindern, indem wir erklärten: wir sind für Besitzsteuern und werden, wenn die Militärvorlagen endgültig angenommen sind, für möglichst gute Besitzsteuern eintreten; aber wir lassen uns nicht möglichst schlechte Besitzsteuern vom Zentrum aufzwingen. (Zustimmung.) Die Besitzsteuern, die wir jetzt bekommen haben, sind nach der Abmachung des Zentrums mit den liberalen Parteien verschlechtert worden. (Zurufe.) Im Fraktionsbericht wird ausdrücklich gesagt, daß nach der Abmachung mit dem Zentrum die Verschlechterungen in zweiter Lesung durchgeführt wurden. Hier mußten wir die Gelegenheit ausnutzen, den Kampf gegen die Militärvorlage mit um so größerem Nachdruck zu führen. (Sehr richtig!) Sowie das Zentrum und die liberalen Parteien in Verhandlungen eintraten hinter unserem Rücken, mußten wir erklären: wir werden ihnen nicht nachlaufen und nicht gehorsam das annehmen, was sie vereinbaren; sie müssen sich darauf gefaßt machen, daß wir dagegen stimmen. Dann hätte das Zentrum umfallen müssen. Es wären dann die Militärvorlagen angenommen worden, ebenso die Verbrauchssteuern, die jetzt Gesetz geworden sind. Dann wären aber, so behauptet die Mehrheit der Fraktion, vielleicht weitere Verbrauchssteuern statt der Besitzsteuern gekommen. In dem Artikel unserer hiesigen Parteizeitung, in dem Südekum uns begrüßt, war er sehr vorsichtig und sagte, man könne ja verschiedener Meinung sein, ob Besitz- oder Verbrauchssteuern gekommen wären. Nein, für mich besteht kein Zweifel darüber, daß wir schlechter, als es jetzt geschehen ist, bei einem neuen Kampf um die Besitzsteuern gar nicht hätten abschneiden können. (Widerspruch.) Die bürgerlichen Parteien haben uns nur Besitzsteuern zugestanden, weil sie sie uns zugestehen mußten (Sehr richtig!), aus Angst vor unserer Agitation und vor der Stimmung der Massen. Wenn wir die Besitzsteuern abgelehnt hätten mit der Begründung, daß sie uns nicht genügen, daß sie die Folge sind eines Treubruchs der Liberalen und der Sprengung der Mehrheit der Linken, wenn wir das in der Agitation den Arbeitern gezeigt hätten, dann wäre unsere agitatorische Kraft dadurch nicht geschwächt, sondern gestärkt worden.

Wie kann man so kleinmütig sein? Bei keinem Kampf wissen wir, wie er ausschlagen wird; aber wenn wir die Möglichkeit haben, einen Kampf mit größerer Kraft weiterzuführen, dann dürfen wir nicht zurückbleiben.

Von diesem Gesichtspunkt aus muß Klarheit geschaffen werden. Wenn die jetzige Debatte nicht bloß eine allgemeine Aussprache sein, sondern gewisse Richtlinien festlegen soll, so müssen wir uns darüber verständigen, daß wir nie und nimmer für die Besitzsteuern stimmen durften, solange sie die Voraus-

setzung für die Annahme der Militärvorlage waren. Wurm hat seiner Resolution eine Fassung gegeben, die nicht genügt nach den Erfahrungen in diesem Jahre. Er sagt, daß dann für direkte Steuern gestimmt werden kann, wenn die Ablehnung dieser Steuern durch unsere Genossen die Annahme der bekämpften Militärvorlage nicht hindert. Dieser Wortlaut ist nicht geeignet, Klarheit zu bringen. Das sehen wir schon daran, daß die Mehrheit der Fraktion auf dem Boden dieser Resolution steht. Die in ihr gegebenen Voraussetzungen für die Bewilligung der Besitzsteuern sind nach der Ansicht dieser Genossen in diesem Reichstage immer erfüllt. Denn wir werden immer eine Mehrheit haben für Militärvorlagen; und wir werden immer fürchten können, daß für abgelehnte Besitzsteuern vielleicht Verbrauchssteuern kommen. Wurm hat sich gehütet, auf meine im „Vorwärts" gestellte Frage einzugehen, ob nach der Resolution irgendein Fall im Reichstag denkbar ist, wo wir gegen die Besitzsteuern stimmen müssen. Die Meinungsverschiedenheiten werden durch die Resolution Wurm nicht geklärt, sondern nur verkleistert; und wir werden bei späteren Steuerdebatten nur zu noch größeren Unklarheiten kommen. Deshalb bin ich überzeugt, daß die Annahme der Resolution Wurm gar keinen Zweck hat. (Beifall.)

Pflüger-Stuttgart: Der Vortrag des Genossen Wurm hat deshalb ganz besonderes Interesse beanspruchen können, weil Wurm bekanntlich ein Mitglied der Fraktionsminderheit ist, weil er im Reichstag eine andere Haltung einnahm, als die Mehrheit der Fraktion und er sich nur der Mehrheit fügte. Wir können uns eine bessere Verteidigung und Rechtfertigung der Haltung der Fraktionsmehrheit beim besten Willen nicht denken, als sie durch die Rede des Mitgliedes der Minderheit, Wurm, erfolgt ist. Er hat zweifellos den Erfolg erzielt, daß eine ganze Reihe von Delegierten, die sich bisher über ihre Stellungnahme noch nicht vollständig klar waren, nun die Haltung der Mehrheit billigen und ihre Abstimmung danach einrichten werden. Wenn irgendwo die Worte Scheidemanns zutreffen, es sei unbegreiflich, daß wir unsere eigene Arbeit, unsere eigenen Erfolge, selbst herabsetzen und herabwürdigen, dann in dieser Frage, wo man versucht, es so darzustellen, als ob die Fraktion falsch gehandelt und ungeheure Fehler gemacht hätte. Die Erkenntnis ist in weitesten Volkskreisen verbreitet, daß lediglich die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion die Schaffung neuer indirekter Steuern verhindert hat. Aber anstatt die Massen darauf hinzuweisen, daß sie der sozialdemokratischen Fraktion für diese Fernhaltung neuer Lasten zu danken haben, ist im Gegenteil erklärt worden, unsere Fraktion hat Dummheiten gemacht. Wenn gesagt worden ist, das Streben der Kapitalisten, die Lasten abzuwälzen, sei vorhanden, so bestreitet das wohl kein Mensch. Das ist ganz selbstverständlich. (Zuruf: Na also!) Wir leisten aber diesem Streben nicht etwa Vorschub, sondern wir wirken ihm entgegen, wenn wir Steuern beschließen, die nicht oder doch nur schwer abzuwälzen sind. Das ist doch viel nützlicher, als wenn Steuern zustandekommen, die ohne weiteres abgewälzt werden können. Das Wort „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen" hat man hier wieder gehört, und es ist zuzugeben, daß es einen gewissen Resonanzboden gefunden hat. Auf der einen Seite verlangt man mit Recht, daß die indirekten Steuern, die ebenfalls vorwiegend militaristischen Zwecken dienen, durch direkte ersetzt werden sollen, auf der anderen Seite wird es als Verstoß gegen Parteigrundsätze bezeichnet, wenn die Fraktion direkte Steuern bewilligt, um damit die Annahme neuer indirekter Steuern zu verhindern. Gewiß kommt der Verwendungszweck in Betracht. Nachdem die Militärvorlage aber beschlossen war, hatte die Fraktion dafür Sorge zu tragen, daß dem Volke nicht neue indirekte Steuern auferlegt wurden. In Stuttgart ist die Meinung ausgesprochen

worden, die Fraktion hätte auch dann die Besitzsteuern ablehnen müssen, wenn ihr Verhalten die Annahme neuer indirekter Steuern zur Folge gehabt hätte. Man sagte, für die neuen indirekten Steuern hätte ja nicht unsere Fraktion, sondern die bürgerlichen Parteien die Verantwortung gehabt. Die Wirkung eines solchen Verfahrens wäre doch aber die gewesen, daß die Massen die Steuer zu tragen hätten, und um das zu verhindern, mußte die Fraktion die Haltung einnehmen, die sie eingenommen hat. Wenn Geyer darauf hinwies, daß die Fraktion für den Militarismus Mittel bewilligt habe, stehe ich auf einem anderen Standpunkt. Die Fraktion hat über ihre Stellung zum Militarismus keinen Zweifel gelassen. Es handelte sich aber nur noch darum, ob wir die Einführung indirekter Steuern verhindern wollten oder nicht. Wir mußten unsere Kraft daran setzen, daß die Lasten der Militärvorlage den Besitzenden auferlegt wurden. Das hat die Fraktion durchgesetzt, und die Massen des Volkes sind ihr dafür Dank schuldig. Im letzten Wahlkampf ist immer betont worden, daß wir indirekte Steuern durch direkte ersetzen wollen. Wenn nun die Fraktion im Reichstag verschuldet hätte, daß statt direkter Steuern indirekte Steuern eingeführt wurden, so würde man draußen im Lande gesagt haben: wie stimmt das überein mit euren Versprechungen, mit euren Wahlreden, mit den Flugblättern im Wahlkampf. (Sehr richtig!) Die Gegner hätten es leicht gehabt, uns da Schwierigkeiten zu bereiten. Ich bin überzeugt, daß die bürgerlichen Parteien einschließlich des Liberalismus nur auf den Moment gewartet haben, wo unsere Fraktion die Besitzsteuern abgelehnt hätte. Das hätte man dann in der Agitation mit gutem Erfolge gegen uns ausnutzen können. (Sehr richtig!) Wenn man hört, wie in dieser Debatte unsere Abgeordneten die verschiedensten Anschauungen zum Ausdruck bringen, könnte man beinahe glauben, daß innerhalb der Fraktion über all diese Dinge gar nicht gesprochen worden wäre, trotzdem uns das Gegenteil versichert wird. Wenn wir anerkennen — und das scheint bei der Mehrheit des Parteitages der Fall zu sein —, daß die Reichstagsfraktion richtig gehandelt hat, dann haben wir auch die Pflicht, das offen auszusprechen. Das tun wir am besten, wenn wir die Resolution 114 ablehnen und möglichst einmütig den Antrag annehmen, der von der hessischen Landesversammlung gestellt ist und von Hug und Genossen unterstützt wurde. Damit nützen wir der Partei und stärken das Ansehen der Fraktion, geben ihr das, was sie braucht, um erfolgreich wirken zu können. (Bravo!)

Rosa Luxemburg: Wir haben den originellen und nach meiner Erfahrung einzig dastehenden Fall erlebt, daß in einer hochwichtigen Frage des Parteilebens, in der sich in der Fraktion zwei ausgesprochene Meinungen gegenüberstanden, wir hier zwei Referenten für eine Meinung und gar keinen Referenten für die entgegengesetzte Meinung haben hören müssen. (Sehr wahr!) Dieser Fall birgt noch eine andere Originalität, nämlich daß einer der Referenten, der der am längsten sprach, gegen die Ansicht sprach, die er vor kurzer Zeit noch selbst vertreten hatte. (Lebhafte Zustimmung.) Die Rede Wurms war nach Ansicht aller seiner jetzigen Gesinnungsgenossen geradezu vernichtend für alle Unterzeichner der Resolution 114. Es rasselten nur so Worte von politischer Unfruchtbarkeit, widersinnigen Widersprüchen, politischem Bankerott usw. auf uns nieder. Wurm hat bloß nicht bemerkt, daß er uns während 2½ Stunden zu Zeugen einer Hinrichtung gemacht hat, die er an dem Genossen Wurm vom 26. Juni vollzogen hat. (Heiterkeit und lebhafte Zustimmung.) Am 26. Juni hat in der entscheidenden Fraktionssitzung Wurm, wie mir erzählt wurde, geradezu gegen den Beschluß der Mehrheit getobt. Es sind ihm dabei von seinen jetzigen Gesinnungsgenossen Worte und Schmeicheleien an den Kopf geworfen worden, die ich nicht wiederholen will. Seitdem sind kurze 12 Wochen ins Land

gegangen, und aus einem tobenden radikalen Saulus ist ein staatsmännischer Paulus geworden. (Heiterkeit und hört! hört!) Wir haben an Gesinnungswechsel in unserer Partei schon manches erlebt. In wenigen Jahren ist schon so mancher rabiate Note in eine ganz anders gefärbte, abgeklärte Meinung hineingeraten. Aber einen so radikalen Gesinnungswechsel in 12 Wochen haben wir noch nicht erlebt. (Sehr richtig!) Wurm hat hier entschieden den Rekord geschlagen. (Zustimmung.) Wenn wir einen Wettlauf der Wandlungsfähigkeit in unseren Reihen vornehmen würden, so müßten alle umgefallenen Genossen für Wurm eine Musikkapelle bestellen und ihm aufspielen lassen: Heil Dir im Siegerkranz. (Heiterkeit und Zurufe: Zur Sache.) Zur Sache gehört es, daß die Vorwürfe Wurms gegen unsere Resolution von A bis Z beweisen, daß er sich in solch kurzer Zeit vollständig entfernt hat von dem Verständnis für die elementarsten Grundlagen unserer bisher geltenden sozialdemokratischen Taktik. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Zunächst der Vorwurf gegen die ersten zwei Sätze unserer Resolution, in denen nichts anderes steht, als eine Sache, die für jeden Sozialdemokraten eine Binsenwahrheit sein sollte, nämlich die Tatsache, daß auch durch günstig gestaltete Steuern an der Grundlage der kapitalistischen Ausbeutung auch nicht ein Jota geändert wird. (Sehr richtig!) Und aus diesen Sätzen glaubt der heutige Genosse Wurm schließen zu müssen: ja, wenn wir das sagen, dann erklären wir uns für ohnmächtig. Wenn das eine politische Bankerotterklärung der Sozialdemokratie, eine Ohnmachtserklärung ist, so hat sich auch ein besserer als wir dieses Verbrechens schuldig gemacht. Nämlich vor 50 Jahren Karl Marx. Wurm hat gewußt, daß hier etwas Unbequemes liegt und ist daher schnell über die Sache hinweggehuscht. Karl Marx sagt über Steuerfragen 1850 in der „Neuen Rheinischen Zeitung": „Die Steuerreform ist das Steckenpferd aller radikalen Bourgeois, das spezifische Element aller bürgerlich-ökonomischen Reformen. Von den ältesten mittelalterlichen Spießbürgern bis zu den modernen englischen Freetraders dreht sich der Hauptkampf um die Steuern. Die Distributionsverhältnisse, die unmittelbar auf der bürgerlichen Produktion beruhen, die Verhältnisse zwischen Arbeitslohn und Profit, Profit und Zins, Grundrente und Profit können durch die Steuer höchstens in Nebenpunkten modifiziert, nie aber in ihrer Grundlage bedroht werden. Alle Untersuchungen und Debatten über die Steuer setzen den ewigen Bestand dieser bürgerlichen Verhältnisse voraus. Selbst die Aufhebung der Steuern könnte die Entwicklung des bürgerlichen Eigentums und seiner Widersprüche nur beschleunigen." (Sehr richtig!)

Das ist alles sehr richtig, warum war es aber notwendig, jetzt zu der aktuellen Steuerfrage diese sehr richtige alte Wahrheit zu sagen? Weil mit den letzten Besitzsteuern in unseren Reihen ein Sums erhoben worden ist über die neue Epoche, die mit der Besteuerung der Besitzenden anheben sollte. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Die Arbeiter, die schlichten Leute mußten ja dabei denken, es beginne schon die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Haben Sie nicht gehört, daß sich der zweite Referent Südekum auf den Sachverständigen Grafen Westarp berief, der ja die Annahme dieser Steuer als die Verwirklichung des sozialistischen Staates hinstellen wollte. Es ist doch die erste Pflicht der Sozialdemokraten, dem entgegenzuwirken, daß bürgerliche Parteien nach Annahme dieser Besitzsteuer bei der nächsten Reichstagswahl uns entgegentreten und sagen: Nun beginnt ja die Entlastung, die Befreiung der Arbeiterklasse von dem Jammertal der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Es ist unsere elementare Pflicht, vor allem die sozialistische Aufklärung zu fördern und jeder scheinbaren Konzession der bürgerlichen Klassen unseren grundsätzlichen Standpunkt entgegenzustellen. (Sehr richtig!) An der kapitalistischen Ausbeutung ändert auch die beste Steuer nicht

das geringste. Nun arbeitet man ja hier viel mit dem Grundsatz des kleineren Uebels. Man sucht die Stellungnahme der Fraktionsmehrheit damit zu verteidigen, indem man sagt, wir waren nur vor der Wahl, entweder zuzulassen, daß die indirekten Steuern kamen oder für direkte Steuern zu Militärausgaben zu stimmen. Ich lasse dahingestellt sein, ob dieses Entweder—oder tatsächlich vorlag. Ich will nur grundsätzlich erklären, daß es allerdings sehr richtig ist, daß man von zwei Uebeln das geringere wählt. Was ist aber für Sozialdemokraten das geringere Uebel. Der Verzicht auf eine kleine positive Position oder die Preisgabe der grundsätzlichen Stellungnahme. (Sehr gut!) Ich glaube, das letztere ist unter allen Umständen das größere Uebel für Sozialdemokraten. Wir haben ja vor wenigen Tagen ein so lehrreiches Beispiel uns hier erzählen lassen. Der Genosse aus Holland hat Ihnen gezeigt, daß die Sozialdemokratie in jenem Lande vor der Wahl stand, entweder zusammen mit den Liberalen in ein bürgerliches Ministerium einzutreten oder ein klerikales Ministerium über sich ergehen zu lassen. Und die Mehrheit der holländischen Genossen hat gesagt, das größere Uebel wäre der Verzicht auf unsere grundsätzliche Ablehnung der Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung. Und deswegen haben sie sogar die Gefahr eines klerikalen Ministeriums in Kauf genommen. Wenn Sie sich nun auf den Boden des Mehrheitsbeschlusses unserer Fraktion stellen, dann kommen Sie in die Lage, wenn der Krieg ausbricht und wir an dieser Tatsache nichts mehr ändern können und wenn dann die Frage kommt, ob die Kosten durch indirekte oder direkte Steuern zu decken sind, daß Sie dann folgerichtig für die Bewilligung der Kriegskosten eintreten. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Das ist eine schiefe Ebene, wie Wurm in Leipzig gesagt hat, auf der es kein Halt mehr gibt. Deswegen wollen wir mit unserer Resolution einen Riegel vorschieben und diesen Seitensprüngen entgegenrufen: Bis hierher und nicht weiter! (Lebhafter Beifall.)

Darauf werden die Verhandlungen auf Nachmittag vertagt.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender Ebert: Der Genosse Wurm hat mich gebeten, ihm zu einer kurzen Richtigstellung von zwei bis drei Minuten vor Weiterführung der Debatte das Wort zu erteilen. Er glaubt die Debatte dadurch wesentlich abzukürzen und andererseits etwaigen Vorwürfen gegen sein Schlußwort zu entgehen. Ich muß natürlich den Parteitag darüber befragen, möchte aber befürworten, daß der Parteitag dem zustimmt. — Widerspruch erhebt sich nicht.

Wurm: Mir ist der Vorwurf gemacht worden, daß ich innerhalb 8 Wochen meine Meinung geändert hätte (Zuruf: 12 Wochen), das ist nicht richtig. Ich habe sie innerhalb 5 Minuten geändert. Der Vorgang war folgender. Am Mittwochabend hatten wir Fraktionssitzung und ich stimmte als Mitglied der Minderheit dafür, daß der Wehrbeitrag und die Besitzsteuer abgelehnt würden, weil ich annahm, daß beide Steuern von der Mehrheit des Reichstages angenommen werden würden. Am Donnerstag hat dann Graf Schwerin-Löwitz eine Erklärung der Konservativen abgegeben, daß die Konservativen für den Wehrbeitrag und gegen die Besitzsteuern stimmen würden. Darauf bin ich zu unserem Vorsitzenden, dem Genossen Haase gegangen und habe ihm gesagt: Jetzt liegt eine neue Tatsache vor, ich halte es für richtig, daß wir in der Fraktion noch einmal darüber abstimmen. Die Fraktionssitzung trat zusammen, bei Beginn derselben erbat ich das Wort zur Geschäftsordnung, wies darauf hin, daß durch die Erklärung des Grafen Schwerin eine neue Tatsache vorliege und daß ich es für notwendig hielte, daß die Fraktion noch einmal Stellung nimmt,

weil nun der Wehrbeitrag gesichert, aber die Besitzsteuer gefährdet sei und ich daher dafür sei, daß wir gegen den Wehrbeitrag, aber für die Besitzsteuer stimmen sollten. Diese Erklärung ist allerdings von vielen nicht richtig gehört worden, weil sofort in der Fraktion ein furchtbarer Lärm entstand. Meine Kollegen von der rechten Seite wollten nichts davon wissen, daß man gegen eine der Steuern stimme und meine Kollegen von der Linken wollten nichts davon wissen, daß man für eine Steuer stimme. Von beiden Seiten wurden meine Ausführungen angegriffen, von beiden Seiten wurde gesagt, Beschluß ist Beschluß, daran darf nichts geändert werden. Darauf habe ich, da wir gegenseitig in große Erregung gerieten, den Genossen zugerufen, wollt Ihr etwa, daß wir schließlich mit den Konservativen und allen anderen zusammen für den Wehrbeitrag und die Besitzsteuer stimmen, dann fehlt bloß noch, daß eine Regimentskapelle kommt und „Heil Dir im Siegerkranz" anstimmt. So haben sich die Dinge abgespielt. Die Kollegen der Fraktion, die in meiner Nähe saßen, haben mir das bestätigt. Also ich hatte meine Meinung sofort geändert, als eine neue Tatsache vorlag, welche, genau so wie es in meiner Resolution niedergelegt ist, es uns zur Aufgabe machte, dafür einzutreten, daß indirekte Steuern verhindert würden. Nachdem alles andere nicht möglich war, war ich dafür, daß wir jetzt gegen den Wehrbeitrag und für die Besitzsteuer stimmen. (Stadthagen: Aber „Heil Dir im Siegerkranz" singst Du doch!)

In der Fortsetzung der Debatte erhält das Wort

Dr. **David** (zur Begründung der Resolution 109): In den Ausführungen der Genossin Rosa Luxemburg war eine Wendung, die verdiente, herausgegriffen zu werden. Denn von ihr aus versteht man es, wie verderblich es wäre, wenn wir den doktrinären Boden betreten wollten, von dem aus sie die Haltung der Fraktion mißbilligt. Sie meinte, es sei unter Umständen, wenn das, was sie Prinzip nennt, gefährdet sei, gar nicht zu bedauern, wenn die Besitzsteuern abgelehnt und an ihre Stelle eventuell indirekte Steuern getreten wären. Denselben Gedanken hat der Genosse Geyer in Leipzig in einer Versammlung ausgesprochen, wo er nach dem „Vorwärts"-Bericht erklärte: „Würden denn die 100 Millionen neuer indirekter Steuern ein so großes Unglück gewesen sein?" (Hört! hört!) Ja, Parteigenossen, da tritt allerdings am schärfsten die verderbliche Konsequenz hervor, zu der die Genossen von dem aus kommen, was sie Prinzip nennen. Geyer vertritt als Gewerkschaftler die Tabakarbeiter; er hat erfahren, wie die letzten indirekten Steuern gerade in diesem Gewerbe Zehntausende von Arbeitern brotlos machten. (Sehr wahr!) Und hier kommt er zu dem Schluß: Wäre es ein so großes Unglück gewesen, wenn hundert Millionen neuer Steuern gekommen wären? (Geyer? Warum zitieren Sie nicht weiter?) Ich will weiter berichten, wenn Sie es wünschen. (Geyer: Jawohl, Sie müssen es!) Er meinte weiter, der Preis, um den die Besitzsteuern erkämpft wurden, sei zu hoch, denn es werde damit unser Programm, unser Prinzip verletzt, und dem Widerstand gegenüber, den er in Leipzig fand, erklärte er, selbst wenn die Stimmung der Masse hinter der Taktik der Fraktionsmehrheit stehe, müsse man dem entgegentreten, eventuell im Interesse des Prinzips eine neue, prinzipiell einwandfreie proletarisch-revolutionäre Partei gründen. (Geyer: Das ist nicht wahr!) Ich lege den betreffenden „Vorwärts"-Bericht hierher, ist er unwahr, so mag Geyer ihn berichtigen. Jedenfalls sieht man aus diesem Falle, wohin Ihre Karre gehen würde. Der Absatz 1 der Resolution Geyer-Luxemburg (Rosa Luxemburg: Geyer!) — Sie sind doch mitunterzeichnet; ich nehme an, daß Sie doch dabei auch Geburtshelferdienste geleistet haben (Heiterkeit) — dieser Antrag zieht unserer seitherigen Agitation gegen die indirekten Steuern den Boden unter den Füßen weg. (Rosa Luxemburg: Unsinn!)

Denn wenn gesagt wird, es ist schließlich einerlei, welcher Art die Steuern seien (Rosa Luxemburg: das ist nicht gesagt!), sie werden doch von der breiten Masse der Arbeiter aufgebracht, dann ist das in der Tat die schlimmste Diskreditierung unserer Agitation gegen die indirekten Steuern. Ist das nicht gemeint, dann unterschreibe ich das, was Kollege Wurm gesagt hat, — dann ist es ein Unsinn. Entweder die Bankerotterklärung unserer ganzen Steuerpraxis oder ein Unsinn, ein anderes gibt es nicht, und wenn sich das dann als die tiefgründigere wissenschaftliche Einsicht aufspielt, dann sage ich, daß diese tiefere Weisheit bei Licht besehen nichts anderes ist wie der höhere Blödsinn; es ist die Taktik politischer Waisenknaben; eine Taktik, die unserer ganzen Gegenwehr gegen die Tendenz der Kapitalisten, auf dem Wege der Steuergesetzgebung die Arbeiter um einen Teil ihres Anteils am Arbeitsprodukt nach nachträglich zu bringen, das Rückgrat bräche. Wenn man sich darüber klar werden will und einem das nicht gelingt durch tiefes Nachsinnen vor dem Studiertisch, dann soll man sich einmal die einfache praktische Frage vorlegen: was würden denn die Anwälte des Kapitalismus sagen, wenn wir in der Tat diesen Standpunkt Geyer-Luxemburg annähmen? Die würden ein helles Lachen anschlagen, denn sie würden sich sagen: in der Zukunft sind wir sicher, die Sozialdemokraten werden Arm in Arm mit uns gegen Besitzsteuern stimmen, darüber brauchen wir uns keine Sorge mehr zu machen; möglich, daß die Nationalliberalen oder die Volkspartei sich mit weiteren Besitzsteuern tragen, aber die Sozialdemokratie wird das durchkreuzen, denn sie wird in letzter Linie immer die Besitzsteuern ablehnen. Wir könnten ja da unter Umständen eine gewisse Wahlhilfe von kapitalistischer Seite bei Stichwahlen erwarten. Aber ich glaube doch, wir tun besser, darauf nicht unsere Taktik einzustellen.

Geyer meinte, auch eine Förderung des Militarismus liege in unserer Zustimmung zu den Besitzsteuern. Als ob die Kapitalisten sich danach sehnten, noch öfter den Wehrbeitrag, noch weiter verschärfte progressive Vermögenszuwachs- und Erbschaftssteuer zu bezahlen. Bisher haben wir immer im Gegenteil gesagt: Die Besitzenden sind so hurrapatriotisch gestimmt, weil die Kosten aus den Taschen der Armen gedeckt werden. Deshalb müssen wir sie zwingen, die Kosten des Militarismus aus ihrer eigenen Tasche zu bezahlen. Ist es denn den Genossen, die immer davon gesprochen haben, daß die parteigenössischen Volksmassen etwas abgeflaut seien im Kampfe gegen den Militarismus, ganz entgangen, daß auf der anderen Seite auch ein Abflauen zu bemerken war, ein Abflauen der Begeisterung für eine neue Belastung mit Wehrausgaben. Haben Sie nicht die Proteste der Handelskammern im Industriegebiet, der großen Industrieverbände gegen die Gestaltung des Wehrbeitrags und der Vermögenszuwachssteuer gelesen? Die Leute haben schon ein Haar in der Suppe gefunden. Und wenn wir auch nicht solche Optimisten sind, daß wir glauben, nun werden sie nie mehr eine Wehrvorlage erstreben, so wissen wir doch, daß jedenfalls diese unsere Taktik geeignet ist, die Begeisterung dafür ein klein wenig zu dämpfen. (Sehr richtig!)

Wenn nun Geyer weiter meinte, der Kern der Sache bleibe doch, daß wir mit der Zustimmung zu den Deckungsvorlagen für den Militarismus eingetreten seien, davon beiße keine Maus einen Faden ab — ja, Kollege Geyer, als Sie das Manifest, das wir gemeinsam mit der französischen Fraktion ergehen ließen, unterzeichnet haben, da waren Sie selbst die Maus, die nicht nur einen Faden abgebissen, sondern ihren ganzen Kern der Sache aufgefressen hat. (Heiterkeit und Sehr gut!) In diesem Manifest war ja gesagt: Wenn wir die Militärvorlage nicht zu Fall bringen können, dann wollen wir dies-

seits und jenseits der Grenze dafür sorgen, daß wenigstens die reichen Leute die Lasten zu tragen haben. (Sehr richtig!) Jetzt kommt Geyer und will das ungeschehen machen. Der Standpunkt ist so gänzlich doktrinär — ich sage nicht prinzipiell — und praktisch undurchführbar, daß darüber kein Wort mehr zu verlieren ist.

Nun hat man Wurm den Vorwurf gemacht, er sei umgefallen. Wenn jemand umfällt aus sachlichen Gründen, so ist das nur zu loben. (Sehr wahr!) Denn: „Die vom Irrtum zur Wahrheit reisen, das sind die Weisen, und die im Irrtum verharren, das sind die Narren." (Heiterkeit.) Also wenn Wurm aus sachlichen Gründen sein Referat heute vielleicht anders gestaltet hätte, als er es früher beabsichtigte, was ich nicht untersuchen will, so könnte man ihm daraus noch kein Verbrechen machen. (Sehr richtig!) Aber so wenig es meine Aufgabe ist, den Genossen Wurm im einzelnen zu verteidigen, so ist es doch ganz unrichtig, wenn Geyer und Rosa Luxemburg behaupten, Wurm habe je auf ihrem Standpunkt gestanden. Das ist nicht wahr. Schon die Abgabe der Erklärung bei der vorigen Militärvorlage, daß wir bereit seien, eine Erbschaftssteuer zu machen, entzieht dem jeden Boden, und die Haltung des Genossen Wurm dadurch, daß er gegen den Wehrbeitrag aber für die Besitzsteuer stimmen wolle, ist auch eine ganz schroffe Absage an das Verwendungsprinzip. (Sehr richtig!) Wenn man die Mittel zu Militärzwecken unter allen Umständen versagen will, dann muß man in beiden Fällen ein radikales Nein aussprechen.

Auch der Genosse Hoch ist auf diesen Boden nicht getreten. Auch er hat den „Kern der Sache", den Geyer herausgeklaubt hat, als hohle Nuß längst erkannt. Er hat im „Vorwärts" geschrieben und er erkennt das auch an durch seine Resolution, daß der Verwendungszweck, auch der militaristische, dann nicht mehr in Betracht kommen kann, wenn die Bewilligung oder Ablehnung der betreffenden Steuer auf den Verwendungszweck keinen Einfluß mehr hat. Diesen Standpunkt vertritt übrigens auch Pannekoek. In der „Dachdecker-Zeitung" hat Hoch geschrieben: „Im letzten Jahre hat die Sozialdemokratie die bürgerlichen Parteien gezwungen, die neuen großen Militärausgaben nicht wieder durch neue, für die Arbeiter sehr schädliche Verbrauchssteuern zu decken, sondern vielmehr Besitzsteuern zu beschließen, die in erster Linie die Besitzenden belasten." (Hört! hört!) Damit erkennt Hoch an, daß die neuen Steuern im wesentlichen den Besitz treffen, daß es uns gelungen ist, zu verhindern, daß neue die Massen belastende Steuern kamen. Danach wird es schon etwas schwierig, die Stellungnahme Hochs zur Abstimmung zu verstehen. Ich glaube auch, diejenigen, die scharf aufgepaßt haben, werden bei der Rede Hochs zu dem Resultat gekommen sein: ganz klar ist mir die Stellungnahme Hochs eigentlich noch nicht. (Heiterkeit.) Hoch sagt: die Sünde der Fraktion liegt nicht eigentlich in der letzten Abstimmung, sondern in dem taktischen Verhalten vorher während der ganzen Kampagne. Er sagt weiter: Hätten wir jedes Nachlassen von unseren Steuerforderungen abgelehnt und so den Kompromiß unmöglich gemacht, dann hätten wir gleich oder nach der eventuellen Auflösung in einem neuen Reichstag mehr erreicht. Dieser ganze taktische Aufbau beruht auf einem Fundament, das wir sonst nicht als sicher und tragkräftig anerkennen. Er beruht nämlich auf der Erklärung der Zentrumspartei, daß sie der Militärvorlage nur dann zustimmen wolle, wenn die Deckungsvorlage so gestaltet sei, daß sie auch ihr zustimmen könne. Hoch sagt: da hatten wir die schwarzen Brüder einmal. Er ist ein sehr gläubiger Thomas, wenn er sich auf die schwarzen Brüder, diese ausgepichten Schüler der Jesuitentaktik verlassen und darauf unser Verhalten aufbauen will. (Sehr richtig!) Wäre das Zentrum dann umgefallen, dann waren wir die blamierten Europäer. (Heiterkeit.) Hoch hätte dann wohl gerufen: Seht die Treulosigkeit des Zentrums; erst hat es das gesagt und dann hat es das getan! Aber die ganze Welt hätte uns ausgelacht, und die Parteigenossen hätten vielleicht gesagt, wir müssen es uns doch bei der nächsten Wahl sehr überlegen, ob wir so zentrumsgläubige Esel in den Reichstag schicken wollen. (Große Heiterkeit.)

Nach unserem Manifest und nach dem Artikel im „Vorwärts" vom 17. April 1913, wo erklärt wurde, daß wir nicht unter allen Umständen die Besitzsteuer ablehnen würden, vollzog sich im Reichstag eine Verschiebung der Konstellation. Da gab es einen Riß durch das Zentrum. Da sprang der rechte Zentrumsflügel ab, nahezu ein Drittel der Fraktion. Auch die Konservativen zeigten die Zähne: der schwarzblaue Block war gesprengt. Nicht die Sozialdemokraten waren ausgeschaltet, sondern die Konservativen und die konservativen Agrarier im Zentrum. (Sehr richtig!)

Den Erfolg, den wir aus dieser Situation zogen, halten wir nicht für den Zukunftsstaat, wie Genossin Luxemburg in ihren geliebten Uebertreibungen einigen unterstellt hat, aber wir haben die Regierung und die Parteien gezwungen, auf den Boden des direkten Steuerwesens in der Reichsgesetzgebung zu treten, die Verfügung über das Portemonnaie der Besitzenden im Reiche unter die Kontrolle des Reichsparlaments zu bringen. (Beifall.) Wenn Genossin Luxemburg sich bemüht, diesen Erfolg hinwegzuskamotieren, so deswegen, weil ihre ganze Tendenz dahingeht, die parlamentarische Arbeit zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Jeder parlamentarische Erfolg ist wie ein innerer Aerger, denn er geht gegen ihre Theorie. (Sehr richtig!) Darum bekämpft sie jeden Erfolg auf parlamentarischem Gebiet. Sie hat sogar in einer Versammlung erklärt: „Wir leben in einer Zeit, wo auf dem Boden des Parlaments keine Vorteile für das Proletariat mehr errungen werden können." (Genossin Luxemburg: Das ist Unsinn!) Das steht so im „Vorwärts".

Das Ziel der Konservativen und des rechten Zentrumsflügels war die Auflösung des Reichstags. Das wäre ein Wahlkampf geworden, wie wir ihn uns schlimmer nicht hätten denken können. Wir hätten erklären müssen, warum wir, die wir sonst immer statt der indirekten direkte Steuern fordern, nun auf einmal, da wir die Gelegenheit dazu hatten, gegen die direkten waren. Und wenn wir gefragt wurden: werdet Ihr denn nun, wenn wir Euch wiederwählen, für direkte Steuern stimmen, und wir hätten das verneinen müssen, dann hätten die Wähler gesagt: Dann tun wir doch besser, wenn wir Liberale und Volksparteiler wählen; denn wenn wir Euch wählen, stärken wir die Position der Rechten, die neue indirekte Steuern haben will. — So hätten die Wähler argumentiert. (Sehr richtig!) Alle, die in der praktischen Arbeit stehen, werden daher die Haltung der Fraktion billigen und das durch ein klares Votum zum Ausdruck bringen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Ebert** teilt mit, daß Genosse Quarck als Sekretär in Vorschlag gebracht worden ist, daß er aber erklärt, daß er unter allen Umständen verzichtet.

Stolle: Die Resolution Wurm und Wurms Ausführungen nötigen mich, ganz entschieden dagegen Stellung zu nehmen. In der Resolution werden Forderungen gestellt, die weit zurückstehen gegen die Forderungen, die die Sozialdemokraten schon längst vor 25 Jahren in den einzelnen Landtagen, in Hunderten von Versammlungen, in Broschüren und in der Presse vertreten haben. Sie stehen zurück gegen Forderungen, die alte Demokraten vor 45 Jahren ausgesprochen haben. Vor mir liegt ein Programm der alten sächsischen Demokraten, die 1866, noch unter der Okkupation der preußischen Bajonette, am 19. August in Chemnitz in einer Landesversammlung ein Programm entwarfen, das uns vielfach als Richtschnur gedient hat und von

dem sich viele Sätze in unserem heutigen Programm befinden. Nun verlangt Wurm in seiner Resolution für die Deckung des Bedarfs der Gemeinden: Staatliche Zuschüsse für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens, der Armenpflege, des Wegebaues. 1866 forderten nun die alten Demokraten Sachsens die Erhebung der Volksschule zu einer durch die Staatskasse zu unterhaltenden Staatsanstalt. Jetzt stellen wir also auf einmal viel weniger durchgreifende Forderungen. Wir müssen doch endlich vorwärtsschreiten und weitergehende Ansprüche stellen, wie es auf jener Versammlung in Chemnitz geschehen ist, an der Bebel, Liebknecht, Motteler, Freitag aus Leipzig, Vahlteich, Professor Wigand u. a. teilnahmen. Selbst Hochschullehrer gingen also in ihren Forderungen weiter als hier die Resolution Wurm. Als wir vor 25 Jahren mit 6 Mann in den Sächsischen Landtag einzogen, da war unsere erste Forderung die, aus der Schule eine Staatsanstalt zu machen. Wiederholt ist diese Forderung von Bebel und mir in den Kammern vertreten worden, und die Regierung war genötigt, die Hälfte der staatlichen Grundsteuer den Schulgemeinden zu überweisen. Dann dürfen wir nicht mehr mit solchen winzigen Forderungen kommen wie hier in der Resolution Wurm.

Nun die andere Frage, ob die Fraktion den richtigen Weg eingeschlagen hat. Eine Militärvorlage in dieser Gestalt war noch nie an unsere Parlamente gelangt. Die Fraktion verwarf natürlich die Begründung dieser Militärvorlage und hat natürlich keinen einzigen Mann bewilligt. Anders bei der Steuerfrage: da schlug die Fraktion um. Wir dürfen aber dieses verwerfliche System des kulturvernichtenden Militarismus nicht unterstützen, auch wenn andere Leute, die Besitzenden, die Steuern bezahlen. Leider hat sich das System umgekehrt. Früher sagten wir: diesem System keinen Mann und keinen Groschen! Jetzt aber heißt es: diesem System keinen Mann, aber jeden Groschen! (Lebhafte Oho!-Rufe und Gelächter.) Ich bewundere die Schwenkung, die Genosse Wurm gemacht hat. Er stand noch 1909 auf unserer Seite. Ich rufe ihm zu: Saul, Saul, warum verfolgst Du mich? (Heiterkeit.)

Vorsitzender **Ebert** teilt mit, daß folgender Antrag eingegangen ist: Wir unterstützen den Antrag 23 Niederbarnim, beantragen aber, an Stelle der Worte: „Die Generalversammlung des Kreises Niederbarnim" zu setzen „Der Parteitag". Ferner werden zur Debatte gestellt die Anträge 20, 21, 22, 25, 92, 107, 109, 112, 113, 114 und 117. Die Anträge 24 und 98 werden nicht genügend unterstützt.

Richard Fischer-Berlin: Mir ist nicht recht klar geworden, was Stolle mit seinen Darlegungen wollte, und wie er das Programm der sächsischen Demokraten von 1866 eigentlich mit der jetzigen Diskussion in Zusammenhang brachte. (Sehr richtig!) Wenn er nach dieser Seite Wünsche hat, so müssen sie darauf hinauslaufen, eine Aenderung unseres Programms herbeizuführen. Mit dem zweiten Teil seiner Ausführungen aber hat Stolle offene Türen eingerannt, denn niemand unter uns ist der Meinung, daß es unsere Aufgabe ist, den Militarismus zu unterstützen. In der Frage der Verwerfung des Militarismus ist sich die ganze Partei einig. Geyer hat als Mittelpunkt seiner Ausführungen und als Kernfrage hingestellt, ob wir dem Militarismus Mittel bewilligen dürfen oder nicht. Schon Hoch ist ihm darin entgegengetreten, als Geyer jede Steuerbewilligung ablehnte. Hoch hat erklärt, daß er selbstverständlich für die direkte Besteuerung eingetreten wäre, wenn sie besser gewesen wäre. Mit der Linken zusammen wollte auch Hoch die Mittel bewilligen. Geyer hat weiter geglaubt, uns warnen zu müssen: wir sollten keine falsche Auffassung über die Macht unserer Partei verbreiten. Die Macht sei gar nicht so groß, sie hätte nicht einmal das Zustandekommen der Militärvorlage verhindern können. Das letztere ist richtig. Aber sogar Hoch hat darauf hingewiesen, daß die Stellung der Partei und damit die ganze Behandlung der Steuerfrage seitens der Regierung und der bürgerlichen Parteien wegen unserer Stärke eine andere geworden sei. Glaubt denn jemand, daß ohne die 110 Sozialdemokraten und die 4½ Millionen Stimmen, die hinter ihnen stehen, die Regierungen überhaupt eine direkte Besteuerung im Zusammenhang mit der Militärvorlage gebracht hätten? Wenn aber hinter den 4½ Millionen Wählern nur 30 Abgeordnete gewesen wären, dann wäre die Stellung der Regierung wieder ganz anders gewesen. Und ebenso, wenn hinter den 110 sozialdemokratischen Abgeordneten nur eine kleine Wählerzahl gestanden hätte. Wir haben allen Grund, hier darauf hinzuweisen, wie die Macht der Sozialdemokratie ausschlaggebend ist, und wir haben auch auf den Zusammenhang zwischen Stimmenzahl und parlamentarischer Vertreterschaft der Sozialdemokratie hinzuweisen. Die ganze Frage war eine Frage der Taktik, eine Frage der Beurteilung der politischen Situation. Die prinzipielle Frage ist auf früheren Parteitagen längst gelöst worden. Als wir bei der Marinevorlage direkte Steuern vorschlugen, da hat sich kein Widerspruch aus der Partei erhoben. Ueber die Stellung der Partei waren in der Fraktion von Anfang bis zu Ende Meinungsverschiedenheiten. Und fast bis zur Stunde vor der Abstimmung wußten wir nicht, wie die Gegner stimmen würden, und auch die Gegner wußten nicht, welche Stellung wir bei der Abstimmung einnehmen würden. (Sehr richtig!) Hätten die Konservativen und die Zentrumsleute von vornherein gewußt, daß wir sowohl für den Wehrbeitrag wie für die direkten Steuervorlagen stimmen würden, dann wäre die Taktik des Zentrums und der Konservativen ganz anders gewesen. (Sehr richtig!) 110 Abgeordnete im Reichstag waren eben in dieser Frage das Zünglein an der Wage, 30 wären als bedeutungslos ausgeschieden, und wenn wir nicht 4½ Millionen Stimmen hinter uns gehabt hätten, so wäre die Regierung im ersten geeigneten Moment zur Auflösung des Reichstags geschritten.

Viele Genossen sagen nun, wir hätten es auf einen Reichstagswahlkampf ankommen lassen sollen, gestützt auf unsere grundsätzliche Ablehnung des Militarismus; wir wären dann wie früher von Erfolg zu Erfolg geschritten. Ich bin gegenteiliger Meinung. Die Wahlen vollziehen sich nicht bloß zwischen Sozialdemokraten und bürgerlichen Parteien, sondern es kommen auch Stichwahlen in Betracht, wo Parteien zusammenarbeiten, um das größere Uebel — die Wahl des dritten Gegners — zu vermeiden. Glaubt einer von uns, daß wir bei einer Reichstagsauflösung, nachdem wir gegen direkte Steuern gestimmt hatten, die Wähler aus den gegnerischen Parteien bei den Stichwahlen für uns hätten gewinnen können? (Sehr richtig!) 74 Mandate haben wir bei den letzten Wahlen im ersten Wahlgange erobert, also zwei Drittel unseres Besitzes; aber ein Drittel mußten wir uns erst aus den Stichwahlen herausholen. (Zuruf Katzenstein: Bei einer Reichstagsauflösung hätten wir keine 40 erobert.) Der Meinung bin ich auch. Wir sind in den Wahlkampf gezogen unter dem Eindruck der Finanzvorlage, der Vermehrung der indirekten Steuern, der Ausraubung der Massen. Nun hatten wir im Reichstag die Entscheidung. Auf unsere Stimmen kam es an, wie die neuen Steuern sich gestalten sollten. Das Zentrum girrte und gierte, seine alte entscheidende Stellung zurückzuerhalten. Dasselbe trifft für die Konservativen zu. Bei einer Reichstagsauflösung, die aus dem Grunde erfolgt wäre, weil wir die direkten Steuern abgelehnt hätten, hätten wir aber nicht eine nationalliberale, nicht eine freisinnige Stimme in der Stichwahl erhalten. Von den Konservativen und vom Zentrum gar nicht zu reden, die es ja auf unsere Dezimierung abgesehen hatten. Wir würden von den Arbeitern und von den Intellektuellen verlassen worden sein, dank unserer Dummheit, unserer politischen Kurzsichtig-

keit. (Sehr richtig!) Hoch glaubte ein besonderes Argument darin zu finden, daß er sagte: wie habt ihr euch auf die Liberalen verlassen können; in der ersten Stunde, als das Zentrum an sie herantrat, haben sie sich mit dem Zentrum zusammengetan! Wenn man diese Auffassung Hochs weiterführt, dann hätten wir ja, um dagegen sicher zu sein, mit den Freisinnigen und Nationalliberalen ein festes Blockabkommen treffen müssen. Aber wenn wir Sozialdemokraten in den ganzen Wehrsteuerdebatten uns die Hände freihalten, dann können wir nicht von den andern verlangen, daß sie sich uns gegenüber fest binden. Diesen Standpunkt Hochs verstehe ich nicht. Wenn wir uns die Entscheidungsfreiheit in allen Situationen vorbehalten, dann müssen wir die Gegner schon für so gescheit halten, daß sie sich ihre Aktionsfreiheit ebenfalls bewahren. (Sehr richtig!) Man muß doch auch bedenken, wie groß der Widerstand bei den nationalliberalen Wählern war, bei der Schwerindustrie, den Aktiengesellschaften usw. Gewiß, unserer Stimmen waren sie bis zu einem gewissen Grade sicher, gestützt auf unseren Programmgrundsatz, den wir verleugnet hätten, wenn wir gegen die Besitzsteuer gestimmt hätten. Geyer sagte dann weiter: „Ich vermute, daß keine indirekten Steuern gekommen wären." Ich verstehe dieses Vertrauen zu einer Regierung nicht, die den Oberbürgermeister Wermuth als Finanzminister abgeschüttelt hat, weil er nicht für die Vermehrung des Pumpes war, ich verstehe das Vertrauen zu dieser Regierung nicht, die den Reichen die Taschen mit dem Zollraube gefüllt, die die „Finanzreform" geschaffen hat! Diese Regierung soll nach dem festen Vertrauen von Geyer mit dem Gedanken der indirekten Besteuerung abgeschlossen haben! Kein Mensch kann diese Auffassung teilen. (Sehr richtig!) Man muß politisch blind, leichtgläubig bis zum Verbrecherischen sein, wenn man von dieser Regierung glaubt, sie würde künftig, ohne von uns dazu gezwungen zu sein, Steuervorlagen auf einer besseren Basis aufbauen. (Zustimmung.) Hätte das Zentrum gewußt, daß wir gegen diese Steuern stimmen, dann hätte der rechte Flügel des Zentrums in der Fraktion gesiegt. Das Zentrum hätte abkommandiert, um die Steuervorlagen zu Falle zu bringen!

Man muß, wie gesagt, politisch blind sein, wenn man auf dem Standpunkt beharrt, den Genosse Geyer einnimmt. (Lebhafter Beifall.)

Stadthagen: Die Sache, zu deren Rechtfertigung die Referenten 4½ Stunden brauchen und noch eine Menge Unterstützer für erforderlich halten, muß innerlich außerordentlich wenig gefestigt sein (Sehr richtig! und Gelächter), muß innerlich außerordentlich hohl sein. Tatsächlich liegt es so, daß alle die großen Redewendungen in den Referaten sich dahin zusammenfassen lassen: die anderen, die anderer Meinung sind, sind Idioten und Narren, und wir sind die großen bedeutenden Leute, wir haben einen großen Erfolg gehabt! (Zustimmung.) Ich schätze Bethmann Hollweg nicht allzuhoch, aber für so dumm schätze ich ihn nicht ein, daß er nicht gern die beiden Genossen, die das Referat hielten, in die Regierung einberuft, weil sie die besten Gründe, ich sage leider, für jede Militärvorlage und gegen eine Empörung der Massen, gegen eine Militärvorlage gegeben haben. (Heiterkeit und Gelächter.) Sie haben ihm das richtige Rezept gegeben, indem sie erklärten: jede Militärvorlage wird ja bewilligt von den bürgerlichen Parteien, darauf müssen wir dann alle direkten Steuern für die bewilligte Vorlage bewilligen. Es müßte die Regierung sehr töricht sein, wenn sie sich nicht auf diese Deduktionen der beiden Genossen berufen würde. Die beiden sind im übrigen außerordentlich reichhaltig gewesen mit der Austeilung von negativen Noten gegenüber denjenigen, die Anträge gestellt haben, die ihnen nicht passen, und die sie nicht verstanden haben oder nicht verstehen wollen. Die beiden Referenten und auch David besonders scheinen anzunehmen, daß für sie gilt: wenn du nicht irrst, so kommst du nicht zum Verstand.

Darum irrten sie so stark. In unserer Resolution 114 haben sie den ersten Satz getadelt. Wurm sagte erstens, es sei selbstverständlich, und zweitens sagte er: Selbstverständliches kann nicht darin stehen, also ist es Unsinn. Da soll nach David darin stehen, es sei einerlei, welche Art Steuer beschlossen wird. Das steht keineswegs darin. Es steht in dem Absatz lediglich der durchaus richtige Satz, daß letzten Endes alle Steuern von denen, die Werte schaffen, von den Arbeitern zu tragen sind. Das Mißverständnis der Genossen, ihre Mißdeutung zeigt, daß sie auf den für die Steuerfrage springenden Punkt bis heute nicht gekommen sind. Es kommt darauf an: wie haben wir vom sozialdemokratischen Standpunkt aus die Steuer zu betrachten und wie haben wir uns zu verhalten bei einer Kollision zwischen dem Kampf gegen Militarismus und dem gegen Steuern? Um diesen wichtigen Punkt, der unseres Erachtens dahin zu entscheiden ist: bei einer solchen Kollision muß der Kampf gegen den Militarismus dem gegen bestimmte Steuern vorangehen, haben die Genossen Wurm, Südekum und David herumgeredet. Die Entwicklung der Steuergeschichte, insbesondere die Betrachtung der Stellung der verschiedenen Parteien, insbesondere der Liberalen zu denselben, ist völlig bei Seite geschoben. Was unterscheidet unsere Forderungen von denen des Liberalismus auf diesem Gebiet? Diese Frage hätte erörtert werden müssen. Die Referenten, auch Südekum, sind bedauerlicherweise daran vorbeigegangen. Unsere Resolution geht in den ersten Absätzen hierauf ein. Hier besteht ein Gegensatz zwischen den Freisinnigen und uns. Professor Abbé hat hier in Jena am 7. März 1894 einen Vortrag gehalten über Steuerreform, im freisinnigen Sinne, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Es sollte nach seinem Vorschlag der Arbeitslohn völlig, also hinausgehend über die Resolution Wurms, steuerfrei bleiben und nur auf den Mehrwert eine Steuer gelegt werden. Aehnliche Vorschläge waren in den fünfziger Jahren gemacht worden. Karl Marx hat solchem Vorschlag gegenüber erklärt, daß die Steuern schließlich alle durch die Arbeiter aufgebracht werden und daß eine Befreiung der Arbeiter durch die Art der Steuer nicht geschaffen werden kann, daß das eine liberale Ideologie ist. Wenn eine Kollision kommt zwischen unserem Kampf gegen Militarismus und dem gegen indirekte Steuern, dann ist der erste der Stärkere. Darum müssen wir alles, was diesem Militarismus nützen könnte, ob durch direkte oder indirekte Steuern, verwerfen. Unsere Taktik muß hiervon beeinflußt werden. Auch ökonomisch betrachtet ist der Militarismus ein ungeheurer Nachteil für die arbeitende Klasse. Um diese für unsere Frage entscheidenden Punkte gehen die Referenten 4½ Stunden herum. Es ist behauptet worden, die Massen würden die von uns gewünschte Stellung nicht verstehen. Das wäre schlimm. Nach meiner Erfahrung steht es so, daß die Genossen sich gegen die von den Referenten verteidigte Stellung aussprachen. In meinem Wahlkreis in Lichtenberg hat, ohne daß ich zuvor das Wort ergriffen hätte, ein Redner nach dem anderen auf mir herumgehackt. Ich habe mit meinem Rücken herhalten müssen für die Dummheit — der Annahme der Steuervorlagen seitens meiner Kollegen. Einer der Genossen erklärte dort, er habe zur Zeit der Abstimmung in Tilsit eine Uebung mitgemacht. Er und seine Genossen wären über die Stellung der Fraktion empört gewesen. In einem Lokal hörte er dann, wie ein Bürgerlicher auf die Sozialdemokratie schimpfte und ein anderer ihm entgegnete: „Was willst Du denn, laß doch das Schimpfen: wir bewilligen das Militär, die Sozialdemokraten sorgen dann für die Kosten." Liegt hierin der große Erfolg, von dem Südekum spricht? Wie steht es denn mit dem Erfolg, den die Fraktion errungen haben soll? Der Erfolg, daß an Stelle indirekter teilweise direkte Steuern zur Deckung vorgeschlagen sind, ist nicht durch die Fraktion herbeigeführt, sondern durch die 4½ Millionen Stimmen. Die haben die Vorlegung

der direkten Steuern herbeigeführt. (Sehr richtig!) Uns in der Fraktion ist jeder Erfolg aus der Hand geschlagen worden, alle unsere vernünftigen Anträge wurden abgelehnt. Südekum erzählt, die Fürsten würden bei der Wehrsteuer herangezogen. Nun, wir wollen abwarten! Bei der Vermögenszuwachssteuer ist im letzten Moment die Heranziehung der Fürsten abgelehnt worden, die Reichszuwachssteuer ist ferner den Gemeinden genommen worden, 20 Millionen wurden dadurch den Großgrundbesitzern geschenkt. Ist das ein Erfolg für uns? Ist ein Erfolg für uns die Annahme der ungeheuren Heeresverstärkung? (Sehr gut!) Die Augen hätten nicht zuerst auf die Lösung der Deckungsfrage gerichtet sein müssen, sondern auf die Abwehr der enormen Stärkung des Militarismus. (Sehr richtig!) Wir hätten uns auch auf den Standpunkt stellen sollen: keine Ausgabe ohne Deckung. Wenn eine bürgerliche Partei diesen Grundsatz verfolgte, so hätten wir das unterstützen sollen. Wenn dann eine Deckung für die Militärvorlage nicht angenommen worden wäre, dann war die einzige Möglichkeit zu einer Auflösung gegeben. Auf die mußten wir hinarbeiten. Aber einige Genossen meinten wohl, daß wir mit einer Auflösung nicht viel Erfolg gehabt hätten, weil mit dem patriotischen Rummel gearbeitet worden wäre. Man muß außerordentlich wenig Vertrauen zu unseren Grundsätzen und Forderungen haben, wenn man aus solchen Erwägungen eine Auflösung und einen Wahlkampf vermeiden will. (Sehr richtig!)

Wurm sprach von Notwehr. Notwehr erfolgt, um einen rechtswidrigen Angriff von sich oder anderen abzuwehren, in diesem Falle also von der Arbeiterklasse. Die Ueberschreitung der Notwehr ist nicht strafbar, wenn der Täter in Furcht, Bestürzung und Schrecken über die Grenzen der Notwehr hinausgeht. Genossen, Ihr seid hinausgegangen über die Grenzen der Notwehr in Bestürzung, Furcht und Schrecken. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Es kommt ja aber hier gar nicht darauf an, einen Tadel oder Nichttadel auszusprechen, sondern die Grund- und Richtlinien vorzuzeichnen, wie wir künftig vorzugehen haben.

Es sind eine Anzahl Fälle angeführt, die erweisen sollen, daß wir selbst früher die eingeschlagene Taktik beobachtet hätten. Die Beispiele treffen durchweg nicht zu. Ich kann bei der beschränkten Redezeit nur auf einige Fälle eingehen. Da ist auf die Stellung bei der Marinevorlage hingewiesen worden, aber es ist vergessen, daß keiner von uns daran gedacht hat, für die Marinevorlage zu stimmen, nachdem wir sie mit direkten Steuern bepackt hatten. Wurm führt unsere Stellung zum Getreidezoll an, wo wir dafür gestimmt haben, daß der Zoll von 5 Mk. auf 3,50 Mk. herabgesetzt wurde. Wie kann man aus einer Herabsetzung einer Steuer eine Abstimmung für eine indirekte Steuer herauslesen? Auch in unserer Resolution berufen wir uns darauf, daß das Parteiprogramm die Abschaffung der indirekten Steuern, ihren Ersatz durch direkte, fordert. Dr. Südekum meinte, die Forderung, dem System „keinen Mann und keinen Groschen" sei gar nicht sozialdemokratisch, das stimmt nicht. Auch in der von Wurm und ihm verlesenen Erklärung Wurms zur Branntweinsteuervorlage in der Kommission steht ausdrücklich, daß wir dem System „keinen Mann und keinen Groschen" bewilligen. In der Resolution ist ferner von der Ersetzung der Liebesgabe durch eine Erbschaftssteuer die Rede. Damit waren alle Genossen einverstanden. Auch nach unserer Resolution wäre für solchen Ersatz einzutreten.

Die von den Referenten uns hier vorgetragenen Beispiele hinken nach allen Richtungen. Es mag in der Tat so liegen können, daß die Arbeiterklasse vorübergehend nicht so sehr geschädigt wird, wenn wir eine Steuervorlage annehmen, als wenn wir sie ablehnen. Hier aber behaupte ich und ich glaube

damit auszusprechen, was alle 37 von damals erfüllte, daß wir wegen eines Quentchens vorübergehender Vorteile, vielleicht sind es auch nur angenommene Vorteile oder erhoffte, nicht Zentner außerordentlicher Nachteile für die Zukunft auf die Arbeiterklasse wälzen dürfen. (Zustimmung.) Man übersieht in den Referaten diese Schattenseiten völlig. In dem Augenblick, wo wir so vorgehen wollten, wie es in der Resolution Wurm vorgeschlagen wurde, hätten wir den Weg frei gemacht für jede Militärvorlage und jede, noch so schlechte direkte Besteuerung. (Sehr richtig!) Wurm hat sich gewundert, daß wir die Streichung der letzten Absätze seiner Resolution verlangen. Er sagte, daß dann auch die Forderung der Ersetzung der indirekten Steuern durch direkte wegfallen würde. Aber das ist keineswegs richtig. Denn im Parteiprogramm steht ja, daß alle indirekten Steuern abgeschafft werden sollen und diese Forderung wird auch von uns ausdrücklich aufrechterhalten. Wir sind aber dagegen, daß wir ohne jede Rücksicht auf den Verwendungszweck nur sagen sollen, es kommt uns nur auf die Art der Steuer an. Tut man das nicht, so müßten ja unsere Genossen in England schließlich auch einmal für die Militärvorlage eintreten; denn in England sind ja nur direkte Steuern für diesen Zweck. Den Genossen, die darüber klagen, daß die Massen gegenüber der Militärvorlage nicht auf den Beinen gewesen seien, ist der Vorwurf zu machen: Ihr scheint die Begeisterung für den Kampf gegen die Militärvorlage nicht gehabt zu haben, denn Ihr habt ja von vornherein erklärt, daß dagegen nichts zu machen sei. Das muß ja die Begeisterung lähmen. Merkwürdigerweise konnte man sich jetzt in einigen Berliner Wahlkreisen nicht einig werden über die notwendige Stellungnahme. Und das in denselben Kreisen, die wenige Monate zuvor der Resolution zustimmten, die „keinen Mann und keinen Groschen" dem Militärsystem bewilligen wollte. Nebenbei bemerkt hatte ich aus Schönheitsgründen in meiner Resolution den Satz „keinen Mann und keinen Groschen" gestrichen.

Ich kann Sie nur nochmals bitten, unseren Antrag auf Streichung der letzten Sätze der Resolution Wurm anzunehmen. Wurm hat 1909 erklärt, daß wir selbstverständlich, wenn z. B. eine Knüppelgarde gegen Arbeiter geschaffen würde, jede Steuer für solches Gesetz ablehnen müßten. Aehnliche Fälle sind konstruiert. Nehmen Sie an, ein Gesetz wird angenommen, nach dem alle Kinder von Sozialdemokraten in Fürsorgeerziehung gebracht werden sollen. Sollen wir dann direkte Steuern für solches Gesetz bewilligen, für direkte Steuern stimmen, die ein solches Schandwerk gegen die Arbeiterklasse decken sollen? Genau so steht es bei der Deckungsfrage für die gegen die Arbeiterklasse gerichtete Militärvorlage. Wir verlangsamen und erschweren durch ein derartiges Vorgehen, wie es von der Fraktion eingeschlagen wurde, und in den letzten Sätzen der Resolution Wurm empfohlen wird, außerordentlich den Kampf gegen den Kapitalismus und Militarismus, wir hemmen ihn geradezu. Ich bitte, streichen Sie die falschen Sätze aus der Resolution Wurm und nehmen Sie den Antrag Geyer an. (Lebhafter Beifall.)

Haberland-Düsseldorf: Ich habe in der Fraktion zu der Minderheit gehört und nehme heute einen anderen Standpunkt ein. (Hört! hört! — Bravo! bravo!) Nicht deshalb, weil ich mich seit jener Zeit vom Narren zum Weisen entwickelt hätte. Ich habe vielmehr damals mit der Minderheit nicht aus prinzipiellen Gründen gestimmt, nicht weil ich die Zustimmung zu den Besitzsteuervorlagen für einen prinzipiellen Fehler gehalten hätte, sondern ich war der Meinung, daß die Entscheidung über diese außerordentlich wichtige Frage zunächst dem Gesamtparteitag vorbehalten werden sollte. Es ist schon richtig, was Wurm und Südekum ausgeführt haben, daß das Verhalten der Mehrheit der Fraktion durchaus entspricht dem bisherigen Verhalten der Fraktion im

Parlament und der Partei in den Wahlkämpfen. Aber auf der anderen Seite war es das erstemal, daß eine Belastung der Besitzenden mit positiver Hilfe der Sozialdemokraten durchgeführt werden sollte, und zwar für eine Militärvorlage, wie sie bisher gleich groß dem Deutschen Reichstage noch nicht vorgelegen hatte. Dieser Umstand erklärt auch das Zaudern mehrerer Genossen, sofort klare Stellung zu der Sache zu nehmen. Ich erinnere daran, daß ganz bedeutende Genossen damals allen Ernstes Stimmenthaltung bei der Entscheidung über die Deckungsfrage vorgeschlagen haben, ein Verfahren, von dem ich meine, daß es weder der Größe noch der Würde der Partei bei der Entscheidung einer so wichtigen Frage entspricht. (Zustimmung.) Bei der heutigen Entscheidung handelt es sich aber nicht allein um ein Urteil über Geschehenes, sondern auch um eine Marschroute für die Fraktion, wenigstens für die nächste Zukunft. Ich bin der Meinung, daß die Fraktion zukünftig, wenn sie sich in derselben politischen Lage befinden wird, genau so handeln muß, wie es die Mehrheit diesmal getan hat. (Sehr richtig! — Bravo!) Es ist unsere Aufgabe, die Arbeitermassen vor zu großem Steuerdruck zu bewahren, sofern wir in der Lage sind, es fertig zu bringen. Ich verstehe, offen gestanden, den Optimismus der Genossen nicht, die meinen, bei Ablehnung der jetzigen Besitzsteuer wäre eine bessere Steuer gekommen. Wir brauchen, wie Genosse Südekum mit Recht sagte, dem Reichsschatzsekretär wahrlich nicht ein Bukett nur indirekter Steuern entgegenzubringen, aber was sind denn schon 1909 und später alles für indirekte Steuern vorgeschlagen worden! Schon 1909 waren der Regierung weit höhere Steuern auf verschiedene Gebrauchsartikel vorgeschlagen, als selbst von den bürgerlichen Parteien dann beschlossen wurden. Auch Steuern auf Gas und Elektrizität wurden vorgeschlagen, die zweifellos zum großen Teil von der Arbeiterklasse zu tragen gewesen wären. Das Alkoholkapital schlug vor, die alkoholfreien Getränke zu besteuern; die Agrarier verlangen Zölle auf Milch, Rahm usw. Das Arsenal unserer Gegner ist also auf diesem Gebiete noch lange nicht erschöpft! — Die Ablehnung der direkten Besitzsteuern zur Deckung der Kosten der Wehrvorlage hätte die Schaffung neuer indirekter Steuern für die Massen bedeutet, das mußte verhindert werden. Ich bitte Sie deshalb, der Mehrheit der Fraktion zuzustimmen und ebenso der Resolution Wurm, wenigstens in ihrem wesentlichen Inhalte. (Beifall.)

Emmel-Mülhausen: Es ist bedauerlich, daß der theoretische Teil der Steuerfrage dieses Jahr wieder nicht in befriedigender Weise zur Verhandlung kommt, weil ein aktueller Anlaß daran hindert, genau so, wie es 1909 in Leipzig der Fall war. Das Ergebnis der Beherrschung der ganzen Diskussion durch die aktuelle Frage wird sein, daß, wenn man so sagen kann, etwas Vernünftiges überhaupt nicht zustande kommt. (Oho! — Heiterkeit.) Keine der vorliegenden Resolutionen befriedigt mich. (Zustimmung.) Am besten wäre es, wenn alle abgelehnt würden. (Sehr gut!) Dann wären wenigstens nicht der Weg für die Zukunft versperrt durch Resolutionen; es wäre in Zukunft leichter, etwas Vernünftiges auf diesem Gebiet zustande zu bringen. So aber werde ich mich auch mit der aktuellen Frage befassen. Meinem Vorredner muß ich sagen, daß es denn doch eine rein willkürliche Annahme ist, wenn er von hier aus sagt, die Regierung habe schon so viele Entwürfe für indirekte Steuern in ihren Schubfächern liegen, daß sie aller Wahrscheinlichkeit nach bei Ablehnung der Besitzsteuern schleunigst eine indirekte Steuer aus dem Schubfach an ihrer Stelle vorgeschlagen hätte. Ja, lieber Haberland, warum hat das dann die Regierung nicht sofort getan, warum hat sie überhaupt erst die Besitzsteuer eingebracht, wenn es so einfach wäre. Das widerspricht also direkt den Ausführungen Haberlands, so daß man sie damit wohl als abgetan betrachten kann, denn das, was die Regierung im Falle der Auflösung tun konnte, hätte

sie auch vorher tun können. David meinte, es sei verwunderlich, daß man auf die Worte des Zentrums irgend etwas aufbauen, sich darauf stützen wolle. Auch wenn man dem Zentrum nicht glaubt, so ist es bisher doch immer als taktisch richtig angesehen worden, daß man die gegnerischen Parteien festnagelt auf das, was sie sagen, daß man ihnen Gelegenheit gibt, umzufallen. (Sehr richtig!) Wir haben es meist für sehr nötig gehalten, ausdrücklich durch namentliche Abstimmung feststellen zu lassen, daß sie umgefallen sind. Weshalb wir hier eine Ausnahme machen sollen, sehe ich nicht ein. Wenn David die Sache so darstellt, als ob man nur den Worten des Zentrums nicht trauen dürfte, so muß gesagt werden, daß man den Worten der Liberalen mindestens ebensowenig glauben darf. Sonst hätten die Liberalen nicht die Gelegenheit benutzt, als sie merkten, daß wir geneigt waren, der Besitzsteuer zuzustimmen, um diese mit Hilfe des Zentrums noch schlechter zu gestalten als in der zweiten Lesung. (Sehr richtig!) Wenn David meint, es müßten zentrumsgläubige Esel sein, die auf die Worte des Zentrums bauten, so ist es kein Unterschied, ob man ein Zentrumsesel ist oder ein Esel, der auf den liberaldemokratischen Leim kriecht. (Heiterkeit.) Ein Esel bleibt immer ein Esel. (Sehr gut!) Festgestellt muß doch werden, wie das Hoch getan hat, daß das ganze Steuerkompromiß von Erzberger, Bassermann und Payer zusammengebraut worden ist. Erzberger hielt Fühlung mit den Konservativen und Payer, wie ich vermute, nach der anderen Seite hin; aber das eigentliche Kompromiß wurde doch von den Erzberger, Bassermann und Payer zusammengebrodelt. Wenn David meint, nicht wir, sondern die Konservativen wären ausgeschaltet gewesen, so sind wir es doch bei dem Steuerkompromiß genau so gewesen wie die Konservativen. Die Kompromißler haben nur unsere Stimmen bei der entscheidenden Abstimmung gern in Empfang genommen. Die Konservativen sind nicht darauf eingegangen, die haben gesagt: man hat uns vorher ausgeschaltet, deshalb stimmen wir auch jetzt nicht dafür. Leider haben wir nicht denselben Stolz in dieser Frage gezeigt wie die Konservativen. David und Fischer sagten, die Reichstagsauflösung hätte uns vor eine schlimme Situation gestellt. Ich begreife nicht, wie die Parteigenossen so verzagt sein können, sich vor einer Reichstagsauflösung zu fürchten. (Sehr richtig!) Ist es denn bisher bei der sozialdemokratischen Partei üblich gewesen, daß sie den ganzen politischen Kampf vom Gesichtspunkt der Erringung von Mandaten betrachtet? Das wäre durchaus falsch. Nicht die Erringung von Mandaten allein ist ausschlaggebend, sondern der politische Erfolg zeigt sich sehr oft in ganz anderer Weise. Man kann Mandate verlieren und politisch doch dabei ganz gewaltig gewinnen. (Sehr richtig!) Auch in diesem Kampfe würden wir gewonnen haben, selbst wenn wir Mandate verloren hätten. Die Reichstagsauflösung wäre auch gleichzeitig eine Hinausschiebung der Wehrvorlage gewesen. (Noske: Die war ja angenommen!) Ja, aber sie konnte nicht verwirklicht werden, ohne daß die Deckungsvorlage vorher erledigt war. (Widerspruch und Zustimmung.) Es darf nicht vergessen werden, daß durch eine Auflösung das Inkrafttreten der Vorlagen hinausgeschoben worden wäre, und das hätte für uns eine ganz andere Situation ergeben. Die Besitzsteuern bedeuten doch nur einen Teil der Deckungsvorlage. Zu dieser Vorlage gehört doch auch die Verlängerung der Zuckersteuer, für die 45 Millionen jährlich dauernd mehr erhoben werden, die Erhöhung der Stempel auf Versicherungspolicen usw. Wenn die Deckungsvorlage durch unsere Ablehnung der Besitzsteuer in ihrer Gesamtheit gefallen war, dann wäre es möglich gewesen, bei einer kommenden Vorlage dafür zu sorgen, daß die Deckung nur durch direkte Steuern erfolgte. Deshalb verurteile ich den Standpunkt, den die Mehrheit der Fraktion eingenommen hat. (Beifall.)

Molkenbuhr: Wäre unser Genosse Bebel nicht gestorben, dann würde er zu diesem Punkt der Tagesordnung das Wort ergriffen haben, wenn nicht durch Rede, so durch Schrift, und zwar aus einem ganz bestimmten Grunde. Er fühlte sich durch eine Reihe von Aeußerungen gegen die Fraktion besonders getroffen, denn wenn eine Taktik, die er seit länger als 20 Jahren konsequent verfolgt hat, als Verstoß gegen die Parteigrundsätze bezeichnet wird, dann hatte er alle Ursache, sich gegen derartige Vorwürfe zu wehren. Nun wird immer gesagt, daß die Taktik der Mehrheit der Fraktion bei der Steuerabstimmung die Taktik des Revisionismus sei. Es ist eine sehr schlaue Taktik gegnerischer Zeitungen, jede Entschließung der Partei, entweder als Sieg des Revisionismus oder des Radikalismus zu bezeichnen. Man hofft damit, die Gegensätze in der Partei zu verschärfen, denn nichts wirkt aufreizender als das Gefühl, eine Niederlage erlitten zu haben. Wird die Steuerpolitik der Fraktion vom Parteitag gebilligt, dann kann man schon mit einiger Sicherheit sagen, daß das „Berliner Tageblatt" den Beschluß als Sieg des Revisionismus feiern wird. Diesen süßen Wahn muß ich dem „Berliner Tageblatt" und den ihm nahestehenden Blättern rauben, denn die Taktik, die die Mehrheit der Fraktion bei dieser Steuervorlage befolgt hat, hat sie seit 1893 befolgt, also seit einer Zeit, wo der Revisionismus noch gar nicht erfunden war. (Hört! hört!) Bebel wollte zu dieser Frage seine Meinung sagen. In einem Brief, den ich erhielt, als er schon nicht mehr am Leben war, wahrscheinlich der letzte Brief, den er überhaupt geschrieben hat, heißt es:

„Ich bin der Meinung, daß wir der Debatte über die Fraktion den Hals umdrehen. Das können wir am besten, wenn wir das Material zusammenstellen und Stellen aus unseren Reden bei den Militärvorlagen seit dem Jahre 1893. Unsere Einkommensteueranträge bei dem Flottengesetz und den späteren Steuergesetzen von 1906, 1909 und ebenso aus den Reden zu jenen Gesetzen die einschlägigen Stellen. Den Anträgen müssen die Namen der Unterzeichner beigegeben werden. Es steht mancher Name darunter, dessen Träger sich heute auf den Hyperradikalen herausspielt. (Hört! hört!) Ferner die betreffende Stelle aus der gemeinsamen Proklamation, die wir mit den Franzosen vereinbarten. — Haben Sie nicht die Zeit, dieses Material aus den Akten zusammenzusuchen und abschreiben zu lassen? Ich bin, wenn ich dasselbe habe, bis zum 1. September bereit, dasselbe zusammenzustellen und mit einer kritischen Sauce zu übergießen, in der die verschiedenen Angriffe ihre Würdigung finden. Ich würde das Elaborat in Form einer Rede geben und wir ließen es drucken und auf dem Parteitag verteilen. Zum Reden bin ich leider unfähig."

Sie können sich nun denken, wie die Rede Bebels ausgefallen wäre, wenn ich Ihnen Stellen aus einigen Reden wiedergebe, die hier zusammengestellt werden sollten. In einer Rede vom 17. November 1893 entwickelte Bebel einen ganzen Steuerplan, um die Unkosten zu decken, die aus der Militärvorlage des Jahres 1893 hervorgegangen waren und er wollte auch noch etwas mehr haben. Er beantragte eine progressive Einkommensteuer für Einkommen von über 3300 Mk. Für die erste Stufe von 3300 Mk. bis 4800 Mk. wollte er ½ Prozent, während der Steuersatz bei den Einkommen von über eine Million auf 10 Proz. steigen sollte. Diese Einkommensteuer sollte 137 600 000 Mk. bringen.

Er führte dann noch aus:

„Des weiteren nehme ich an, daß eine Vermögenssteuer ähnlich wie in Preußen damit Hand in Hand geht. Nehme ich nun an, daß nicht, wie in Preußen, für alle Vermögen über 6000 Mk. der gleiche Steuersatz erhoben wird, sondern im Reich erst für Vermögen über 10 000 Mk. in Hebung gesetzt

wird, und zwar in der Art, daß er etwa mit ¼ Mk. von 1000 Mk. Vermögen beginnt und für die ganz großen Vermögen etwa bis 1¼ bis 1½ vom Tausend steigt, dann würden nach diesen Sätzen durch die Vermögenssteuer 60 bis 70 Millionen Mark aufgebracht werden. Das wären im Minimum zusammen 197 Millionen Mark. Wenn weiter, meine Herren, — und die würde quasi als Ergänzung der angeführten Steuern und als Kontrolle für sie gelten — eine Erbschaftssteuer eingeführt würde . . . ., so kann man auch hier annehmen, daß allermindestens per Jahr 30 Millionen herauszuholen sind. Dann haben wir eine Steuereinnahme von 227 Millionen Mark. Meine Herren, was könnten wir nun anfangen mit dieser Summe. Ich nehme zunächst einmal an: 60 Millionen gingen von vornherein ab für die Mehrforderungen des Reiches — die will ich großmütig den Herren einmal zuschreiben —. Im weiteren aber würden wir in der Lage sein, von dem Rest von 167 Millionen mit einem Schlage aufzuheben die Salzsteuer, die eine besonders drückende Steuer für die armen Leute ist, in der Höhe von 42¾ Millionen Mark, ferner den Petroleumzoll, den ich auch für sehr drückend halte, besonders für die kleinen Leute, mit 51¾ Millionen und die Zuckersteuer in Höhe von 70 Millionen.

Sie sehen also, der Zweck, daß 60 Millionen für Militärzwecke ausgegeben werden sollten, war damals kein Verstoß gegen die Parteigrundsätze, denn kein Genosse hat Bebel damals einen Vorwurf gemacht. (Hört! hört!) Dann ist der vielfach abgedruckte Antrag zu den §§ 8 und 9 des Flottengesetzes von 1898 zu erwähnen, der von Geyer, Horn, Stolle, Stadthagen und vielen anderen Genossen mitunterzeichnet ist. (Hört! hört!) Damals haben diese Genossen es noch nicht als einen Verstoß gegen die Parteigrundsätze angesehen, sie haben den Antrag ruhig mit eingebracht, und ich will aus der Begründung nur feststellen, daß Bebel wieder den alten Standpunkt von 1893 vertrat und ich will auch einen Satz von Singer zitieren, der gut zu verwerten gewesen wäre, wenn es infolge Ablehnung der Steuer zur Reichstagsauflösung gekommen wäre. Singer sagte am 26. März 1898 in der Reichstagssitzung:

„. . . . . Die Wähler können an dieser Abstimmung ermessen, welcher Partei es Ernst ist, endlich das Versprechen der Reichseinkommensteuer einzulösen und wenn die Herren da drüben, wie Herr v. Kardorff und seine Freunde, sich in den Wählerversammlungen wieder einmal für die Reichseinkommensteuer erklären, dann wird es im Volke nicht an Leuten fehlen, die auf ihr heutiges Verhalten hinweisen und sagen: wir glauben es euch nicht, daß ihr es ernsthaft mit der Reichseinkommensteuer meint, denn sonst hättet ihr sie bei der Aufbringung der Kosten für die Flottenvorlage einführen müssen. Das, meine Herren, ist der Wert der Abstimmung über unseren Antrag und daran können wir uns gewiß genügen lassen."

Wenn wir die Steuervorlage abgelehnt hätten und es wäre deshalb zur Reichstagsauflösung gekommen, dann hätte man einfach diesen Passus der Singerschen Rede groß an jeder Straßenecke anschlagen können, um uns vor den Wählern zu blamieren. (Sehr richtig!) Ich hätte denjenigen sehen mögen, der in der Lage gewesen wäre, sich gegen eine solche Waffe ernsthaft zu verteidigen. Dann kam das Jahr 1906 mit einem großen Steuerbukett, das wesentlich für militärische Zwecke verausgabt werden sollte. Damals war es Singer wieder, der eine große Rede hielt, die im wesentlichen darauf hinauslief, das ganze Steuerfoll durch eine Erbschaftssteuer aufzubringen. (Hört! hört!) Da sagte er u. a.:

„Gelingt es durch eine vernünftige Gestaltung der Erbschaftssteuer, der, wie ich wünsche, noch eine Reichseinkommen- und Vermögenssteuer beizu-

treten hat, die breiten Massen des Volkes vor weiterer Auspowerung durch indirekte Steuern und Lebensmittelzölle zu bewahren, so werden wir gern bereit sein, die Hand dazu zu bieten."

Wir stimmten 1906 für die Erbschaftssteuer und Tantiemensteuer. (Hört! hört!) 1906 war das also noch kein Verstoß gegen die Parteigrundsätze. Diese Aenderung trat dann im Jahre 1909 ein. Nun hat aber im Jahre 1909 nicht etwa ein Parteitag beschlossen, daß die bisherige Taktik aufgegeben werden soll oder daß irgendwelche Parteigrundsätze aufgestellt werden, die im Widerspruch mit der seit 1893 geübten Taktik stehen, nein, es war ein Bruchteil der Fraktion, der zusammentrat und beschloß, von der alten Taktik, die wir seit 1893 ununterbrochen beachtet hatten, abzuweichen. (Hört! hört!) Davon abzuweichen ist Ihr gutes Recht, wenn man zu besserer Ueberzeugung kommt, aber man soll dann nicht behaupten, daß diejenigen, die an der alten Taktik festhalten, es sind, die die Parteigrundsätze nicht beachten, sondern man soll offen sein und sagen: wir sind es, die abgewichen sind. (Lebhafte Zustimmung.) Erweckt man den Schein, als habe die Partei ihre alte Taktik aufgegeben, dann gibt man denen, die die Parteigenossen gegeneinanderhetzen wollen, eine Waffe in die Hand. Sie wissen es, aber sie verschweigen nicht allein, daß diese Taktik seit 1893 ununterbrochen geübt wurde, sondern wider besseres Wissen wird behauptet, daß diejenigen, die die alte Taktik beibehalten, die Parteigrundsätze verletzt hätten. (Unruhe und Beifall. — Ledebour: Wider besseres Wissen? Beweisen Sie das! Gegen wen richtet sich das?) Ich glaube nicht, daß es Leute gibt, die es völlig vergessen haben. Das Treiben der Hetzer wird erleichtert, wenn in einer Resolution gesagt wird, daß diese Taktik einen Verstoß gegen einen fundamentalen sozialdemokratischen Grundsatz bedeutet. Ich muß zum Schluß kommen. Gewiß sind meine Bemerkungen zu den betreffenden Sätzen immer recht zahm ausgefallen, aber Sie können sich lebhaft vorstellen, hätte Bebel diese Sätze noch sprechen können, die Sauce wäre wahrscheinlich viel paprizierter ausgefallen, als ich sie Ihnen vorsetzen könnte. (Lebhafter Beifall.)

Ledebour: Ich habe zunächst meinem lebhaften Befremden Ausdruck zu geben, daß in der von beiden Seiten durchaus sachlich geführten Debatte ein Parteivorstandsmitglied es fertig gebracht hat, denen, die anderer Meinung sind als er, den Vorwurf zu machen, daß sie wider besseres Wissen ihre Behauptungen aufstellen. (Hört! hört!) Ich hätte erwartet, daß der Vorsitzende nach dem in allen Parlamenten und auf all unseren Parteitagen bisher üblichen Brauch einen solch ehrenrührigen Vorwurf zurückgewiesen hätte. (Sehr richtig!) Da er das nicht getan hat, muß ich es zu meinem Bedauern selber tun.

Nun zu den Argumenten des Genossen Molkenbuhr. Wenn Molkenbuhr diese Zitatensammlung aus früheren Reichstagsdebatten bei Steuervorlagen vorgebracht und auf seine Kappe die Verantwortung dafür genommen hätte, ohne zu erwähnen, durch welchen Brief er dazu veranlaßt gewesen ist, so wäre das sein gutes Recht gewesen. Man hätte die Sache natürlich auf ihren sachlichen Wert geprüft und hätte sich wahrscheinlich gesagt, was man auch bei einigen von anderen Genossen vorgebrachten Reminiszenzen gesagt hat: das ist ja alles ganz interessant, aber es berührt nicht die gegenwärtige Frage und vor allen Dingen kann man darauf aus dem Handgelenk nicht antworten, wir können das gar nicht nachprüfen (lebhaftes Oho!) — jetzt aus der Erinnerung. Selbstverständlich können wir es nachprüfen, wenn wir zu Hause die Debatten durchlesen. Aber in diesem Moment können wir nicht feststellen, unter welchen Umständen jene Worte gefallen sind und welchen Wert sie deshalb für die jetzige Debatte haben. Deshalb bin ich fest überzeugt, daß diese ganzen Deduktionen eindruckslos vorübergegangen wären. Das hat auch wohl der Genosse Molkenbuhr gefühlt und deshalb hat er ihnen einen besonders wuchtigen Wert dadurch

zu verleihen gesucht, daß er in seiner Einleitung gesagt hat: dazu bin ich veranlaßt worden durch den Brief des Genossen Bebel. (Zuruf: Mit Recht!) Gewiß, ich bestreite ja nicht, daß Bebel den Brief geschrieben hat. (Zuruf: Das wäre auch noch schöner!) Aber was ich für unrichtig halte, ist, daß überhaupt versucht wird, in dieser schwebenden Debatte unseren verstorbenen Genossen Bebel als Autorität anzuführen (Unruhe) auf Grund eines Briefes, den Bebel in den letzten Wochen seines Krankenlagers geschrieben hat. Dagegen zu polemisieren ist uns natürlich ganz unmöglich, und ich lehne es deshalb ab, darauf einzugehen, und hoffe, daß Sie soviel natürliches Empfinden haben, daß Sie das verstehen können. (Sehr gut!)

Der Kernpunkt des Streites zwischen uns — in dieser tatsächlichen Präzisierung glaube ich mit den Vertretern aller Richtungen in dieser Frage, und es sind ja ein halbes Dutzend Richtungen, einig zu sein — ist die Frage: Hat bei den zur Ermöglichung dieser Militärvorlage bestimmten Deckungsvorlagen der Verwendungszweck den Ausschlag zu geben oder nicht? Nun stehen verschiedene Redner und ich auf dem Standpunkt, daß allerdings das, was bisher in der Debatte als Verwendungszweck bezeichnet wurde, ausschlaggebend hätte sein müssen für unsere Stellung zu dieser Vorlage im ablehnenden Sinne. Die Richtigkeit dieser Argumentation ist von der Gegenseite bestritten worden. Und besonders Genosse Wurm hat in seinem außerordentlich ausgedehnten einleitenden Referat darauf hingewiesen: Wie ist denn die Sache, wenn wir nachher vor die Frage gestellt werden, bestehende indirekte Steuern aufzuheben und dafür direkte Steuern einzuführen? Haben die nicht auch den Verwendungszweck, den Militarismus zu stützen, der den Hauptzweck unseres Budgets überhaupt bildet? Wurm klatschte über diese Entdeckung vor Freuden in die Hände, wie wenn ein kleines unschuldiges Würmchen unerwartet ein Stück Kuchen bekommt. (Heiterkeit.) Seine Beweisführung ist überhaupt nur möglich, wenn man die Bezeichnung „Verwendungszweck" für zwei ganz verschiedene Dinge in den beiden in Vergleich gebrachten Fällen anwendet. Wenn wir bei einer neu eingebrachten Militär- und Deckungsvorlage statt des Ausdrucks „Verwendungszweck" den richtigeren Ausdruck „Besteuerungsanlaß" gebrauchen würden, könnte die Uebertragung dieser Bezeichnung auf den Ersatz bestehender indirekter durch direkte Steuern niemals angewendet werden. Wenn eine neue Vorlage kommt und es werden dafür Gelder angefordert, so ist für diese Gelder der Besteuerungsanlaß die Militärvorlage; sobald aber einmal eine Steuer angenommen ist — und alle bestehenden Reichssteuern sind permanente Steuern, die nie aufgehoben werden können ohne Zustimmung der Regierung — also nachdem einmal eine Steuer in das Gebäude des Budgets eingefügt worden ist, verschwindet für sie der ursprüngliche Besteuerungsanlaß vollkommen. Wenn wir an die Wertung bestehender Steuern herantreten, ist es ganz gleichgültig, aus welchem Anlaß sie eingeführt wurden. Deshalb kommt es bei der Frage, ob wir eine bestehende indirekte durch eine direkte Steuer ersetzen wollen, nur darauf an, ob wir ein kleineres Uebel an die Stelle des größeren setzen können. Der ursprüngliche Besteuerungsanlaß kommt dabei gar nicht mehr in Betracht. Wir nehmen einen Stein aus dem Steuergebäude heraus und setzen einen anderen besseren ein. Es ist aber ein Grundirrtum, den Wiszig z. B. begangen hat, die Einbringung neuer Steuern auch nur unter diesem nämlichen Gesichtspunkt des kleineren oder größeren Uebels und nicht unter dem des Verwendungszwecks, richtiger des Besteuerungsanlasses zu betrachten. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Besteuerungsanlaß unter allen Umständen bei solchen zum Zweck der Durchführung einer Militärvorlage angeforderten Steuern den Ausschlag für die Ablehnung zu geben hat. Deshalb habe ich, um von vornherein klare Bahn zu schaffen, bereits in der Fraktion

den Standpunkt vertreten, daß die Steuervorlagen mit der Militärvorlage organischer verbunden werden sollten, damit in einer Endabstimmung über beides abgestimmt werden muß. Wenn das in Zukunft geschehen würde, würden wir immer vor eine klare Frage gestellt werden. Ich habe deshalb der Formulierung des Antrages 114 zustimmen können, weil sie die zwingende Konsequenz hat, daß wir jederzeit auf eine solche organische Verbindung dringen müssen. Dann werden wir stets in allen solchen Fällen den klaren Kampf gegen den Militarismus haben. Können wir dann die Militärvorlage samt der Deckungsvorlage zu Fall bringen und es kommt zur Reichstagsauflösung — wie ich das ausdrücklich als meinen und wie ich glaubte, auch als Wunsch der ganzen Fraktion im Reichstage ausgesprochen habe —, dann würden wir eine ganz andere Situation haben, würden den großen Kampf gegen den Militarismus in seinem ganzen Umfange, in seiner ganzen Schärfe führen können und würden nicht den Mißverständnissen ausgesetzt sein, die Richard Fischer und David an die Wand gemalt haben, würden nicht zu befürchten haben, daß irgendwo im Volke, das sehr klar diesen Zusammenhang sieht, ein Irrtum über die wirkliche Streitfrage entstehen könnte. Dann würden wir große Erfolge erzielt haben durch Gewinnung neuer Anhänger. Ob ein paar Mandate dabei flöten gingen, ist nebensächlich. Die Hauptsache ist die Gewinnung neuer Anhänger. Wenn Sie das nicht zugeben, verleugnen Sie unsere ganze bisherige Taktik. Also im Interesse des Kampfes gegen den Militarismus in seiner ganzen Wucht bitte ich Sie, unserer Resolution zuzustimmen. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender **Ebert**: Gestatten Sie mir eine Bemerkung zu den Ausführungen Ledebours. Ich hatte vorher, als Molkenbuhr sprach, nicht angenommen, daß er Teilnehmern des Parteitages den Vorwurf machen wollte, daß sie wider besseres Wissen Behauptungen aufstellen. Wenn das geschehen wäre, hätte ich allerdings diese Aeußerung rügen müssen.

Dr. **Frank**-Mannheim: Dem Genossen Ledebour möchte ich ausdrücklich erklären, und darin stimmt Molkenbuhr mir zu, daß keiner von uns glaubt, hier wären Aeußerungen wider besseres Wissen vorgetragen worden. Im Gegenteil, wir sind überzeugt, daß eine ganze Anzahl von Leuten, die Ihnen zustimmen, es nicht besser wissen. (Große Heiterkeit und Unruhe.) Nun hat der Genosse Ledebour sich darüber aufgeregt oder es bedauert, daß Molkenbuhr den Inhalt eines Bebelbriefes vorgetragen hat, der sich mit der vorliegenden Frage beschäftigt. Ich glaube der Meinung von sehr vielen Delegierten Ausdruck zu geben, wenn ich sage: der Parteitag wird nicht beeinflußt durch das, was Molkenbuhr vorgetragen hat. Wir freuen uns, wenn die Haltung der Fraktion die Zustimmung Bebels gefunden hat; aber nicht die Autorität Bebels, sondern sachliche Gründe werden die große Mehrheit des Parteitags dazu bringen, das Verhalten der Fraktion zu billigen. Im übrigen meine ich: wenn von der Gegenseite zu dieser Tagesfrage Aeußerungen von Marx aus dem Jahre 1850 vorgetragen werden, ist es auch kein Verstoß, wenn man sich auf Bebel beruft. (Sehr gut!) Ich bezweifle aber keinen Augenblick, daß den Genossen Ledebour, wenn Bebel an ihn einen Brief im gegenteiligen Sinne geschrieben hätte, das natürliche Gefühl abgehalten hätte, diesen Brief hier vorzubringen. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Nun haben Ledebour und Stadthagen sich über die Länge der Referate aufgehalten; namentlich Stadthagen meinte, es beweise, wie schwach die Position der Fraktionsmehrheit sei, wenn ihre Verteidiger 4½ Stunden reden müßten. Genosse Stadthagen, wie wird mir, wenn Sie anderen vorwerfen, daß sie lange Reden halten? (Heiterkeit.) Was würden Sie sagen, wenn nach einer Ihrer vorzüglichen Reden im Reichstag die Gegner sagen würden: Wie

schlecht muß die Sache der Sozialdemokratie bestellt sein, wenn ein so hervorragender Redner wie Stadthagen viele Stunden lang für sie reden muß. Was Stadthagen sachlich vorgetragen hat, war sehr mager und hätte auch in einer 4½stündigen Rede dem Parteitag nicht schmackhaft gemacht werden können. Er versucht, politische Fragen zu lösen durch Paragraphen des Strafgesetzbuchs. Er hat nachweisen wollen, daß die Fraktionsmehrheit in Bestürzung, Furcht oder Schrecken die Grenzen der Notwehr überschritten habe. (Heiterkeit.) Das ist ein sträflicher Versuch Stadthagens, bei dem ihm nicht einmal mildernde Umstände zugebilligt werden können. (Heiterkeit.) Eine einzige Tatsache hat Stadthagen vorgebracht: Irgendwo, ich glaube in Tilsit, soll jemand erklärt haben: „Die Bürgerlichen bewilligen die Soldaten und die Sozialdemokraten bewilligen die Mittel dazu." Ich weiß nicht, wer das gesagt hat und bei welcher Gelegenheit die Aeußerung gefallen ist. Jedenfalls ist es aber immer noch besser, als wenn gesagt werden könnte: Durch die Dummheit der sozialdemokratischen Fraktion ist es so gekommen, daß die bürgerlichen Parteien die Soldaten bewilligt haben und daß die sozialdemokratischen Arbeiter die Soldaten bezahlen müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Nun liegt ja — und ich nehme an, daraus spricht der Geist Stadthagens — aus Niederbarnim ein Antrag vor, der Fraktion einen Tadel zu erteilen, weil sie sich gegen „Grundsätze" der Partei verfehlt habe. Es ist nicht ganz einfach, zu entscheiden, ob der Vorwurf berechtigt ist. In der Regel wird man, wenn man nicht weiß, was Parteigrundsatz ist, das Programm nachschlagen. Daß aber im Programm steht, wir müßten direkte Steuern verlangen, wird nicht bestritten. Die Grundsätze der Partei aber sollen das Gegenteil verlangen? Werter Genosse Stadthagen, wie sollen wir armen Fraktionsmitglieder wissen, was die richtigen „Parteigrundsätze" sind, wenn Männer wie Hoch, Geyer, Ledebour, Wurm und Kautsky verschiedener Meinung über diese Grundsätze sind. Da müssen Sie uns schon zugute halten, wenn wir auf Grund des Parteiprogramms und unter Würdigung der politischen Situation so entschieden haben wie geschehen ist. Am meisten hat mich die Auslegung des Genossen Hoch verblüfft. Dieser Genosse hat erklärt, es wäre schon möglich und zulässig gewesen, Besitzsteuern zu bewilligen, aber nur zusammen mit den Liberalen, zusammen mit dem Block, der von Bassermann bis Bebel gehen soll, also auf Grund einer Arbeitsgemeinschaft mit den Liberalen. Hoch hat also badische Melodien gesungen. Mir kam eine Stelle aus Goethe in den Sinn: „So war mir's, als ich wundersam mein Lied aus fremdem Mund vernahm." (Heiterkeit.) Es hat so geklungen, als wenn Hoch gekränkt darüber wäre, daß es uns nicht gelungen sei, eine solche Arbeitsgemeinschaft mit den Liberalen herzustellen. So waren die Dinge nicht. Wir haben uns keinen Augenblick danach gedrängt, daß wir zu solchen Verhandlungen hinzugezogen wurden. Aber die historische Wahrheit gebietet doch, festzustellen, daß die Behauptung Hochs, es liege eine Treulosigkeit der Liberalen gegen uns vor, nicht den Tatsachen entspricht. In Wirklichkeit haben die Liberalen vom ersten Tage an uns loyal und offen über den Gang ihrer Verhandlungen mit dem Zentrum auf dem laufenden gehalten. (Sehr richtig!)

Dann hat Stadthagen noch einen Sündenfall entdeckt. Er meint, wir hätten gegen die Besitzsteuer auftreten und stimmen müssen, als das Zentrum erklärte: „Ohne Deckung keine Militärvorlage!" Wann und warum hat aber das Zentrum das erklärt? Das Zentrum hat diese Formel aufgestellt zu einer Zeit, als es mit den Konservativen zusammen fest entschlossen war, die Erbschaftssteuer abzulehnen. (Sehr richtig!) Und wenn wir in jenem Augenblick dem Zentrum geholfen hätten, hätte das bedeutet: Wir unterstützten das Zentrum im Kampfe gegen die Besitzsteuer. Nun glaubte aber Stadthagen, der

Zweck wäre doch gewesen, eine Auflösung herbeizuführen; wir hätten verhindern sollen, daß überhaupt eine Deckung gefunden würde, und dann hätte die Regierung auflösen müssen. Ich darf hier feststellen, daß die Fraktion in keinem einzigen Augenblick der Gefahr einer Reichstagsauflösung ausgewichen ist oder ausweichen wollte. Die Konstruktion Stadthagens setzt ja voraus, daß die Liberalen, wenn wir die Besitzsteuern abgelehnt hätten, festgeblieben wären und an Besitzsteuern festgehalten hätten. Wenn aber, wofür es doch in der Geschichte einzelne Beispiele gibt, die Liberalen umgefallen wären, wäre die ganze Konstruktion Stadthagens in sich zusammengesunken. Wir hätten dann nicht eine Auflösung bekommen, sondern indirekte Steuern. (Lebhafte Zustimmung.) Ich muß also den Genossen Hoch, Ledebour und Stadthagen zurufen: Ihre Taktik hat nur einen Sinn, wenn Sie unbegrenzten Glauben hatten erstens an die Versicherung des Zentrums, daß es die Militärvorlage ablehnen würde, wenn die Deckung nicht gesichert sei, und zweitens an die Liberalen, daß sie keine indirekten Steuern bewilligen würden. Ich bin überrascht, auf Ihrer Seite eine solche Fülle des Vertrauens zu bürgerlichen Parteien zu finden. (Heiterkeit.) Wir unsererseits haben dieses Vertrauen nicht gehabt und haben deshalb von vornherein unsere Politik nicht auf schwankende Erklärungen des Zentrums gegründet, und wir haben mit Erfolg verhindert, daß die Liberalen in die Arme des Zentrums und der Konservativen getrieben wurden. Das Zentrum hat sich beugen und nachgeben müssen, als es zusammen mit uns und den Liberalen Besitzsteuern bewilligen mußte. Emmel hat schließlich Schönheitsfehler der angenommenen Gesetze gerügt, die wir gar nicht bestreiten. Wir bedauern sehr, daß wir infolge der in den letzten Monaten an der Fraktion geübten Kritik gezwungen worden sind, die Gesetze zu loben, mehr zu loben, als uns lieb war (lebhafte Zustimmung), während wir sonst dem Volk gesagt hätten, was an den Gesetzen, an denen wir ja doch nur als Minderheit mitgearbeitet haben, noch zu verbessern wäre. (Beifall.)

Treu-Nürnberg (zur Geschäftsordnung) begründet einen Antrag auf Schluß der Debatte. Wir sind uns alle der Wichtigkeit der zur Behandlung stehenden Fragen bewußt, aber wir müssen auch mit der uns noch für die anderen Angelegenheiten zur Verfügung stehenden Zeit rechnen. Neues wird doch nicht mehr gesagt werden, und wir haben noch die Maifeierfrage, den Bericht der Beschwerdekommission usw. zu erledigen. Führen wir jetzt die Debatte noch weiter, dann müßten wir schließlich den Parteitag noch verlängern. Uns soll das recht sein, aber ich glaube kaum, daß der Wille dazu vorhanden ist und bitte daher um Annahme meines Antrages.

Ledebour bittet, den Antrag abzulehnen. Zweifellos gehen in dieser außerordentlich wichtigen Frage die Meinungen mannigfach auseinander; größere Klärung ist durchaus notwendig. Verschiedene Anträge sind noch nicht einmal begründet, so daß wir die Debatte noch fortführen müssen.

Vorsitzender Ebert: Bevor wir Beschluß fassen, müssen wir uns über die Geschäftslage klar werden. Wenn wir die Debatte fortführen und morgen nachmittag mit dem Parteitag fertig werden wollen, dann müßten wir heute eine Abendsitzung abhalten.

Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Dr. Weill-Metz: Genosse Hoch hat einer Bemerkung, die ich ihm im Wege des Zwischenrufs machte, eine wenig freundliche Deutung gegeben. Ich darf wohl im Rahmen einer persönlichen Bemerkung ihm versichern, daß ich lediglich meine Verblüffung ausdrücken wollte über seine waghalsige Interpretation der Vorgänge im Reichstag und über seine fabelhafte Entdeckung eines Zentrumserfolgs in der Steuerfrage, wo das Zentrum die empfindlichste Niederlage erlitten hat. (Sehr richtig!)

Eduard Bernstein-Berlin: In den Debatten, die nach dem Schluß des Reichstags über die Abstimmung der Fraktion in Versammlungen und in der Presse gepflogen wurden, ist wiederholt darauf Bezug genommen worden, daß ich mit der Minderheit gestimmt habe. Ich habe es nicht für richtig gehalten, an diesen Debatten mich zu beteiligen, nachdem die Fraktion sich auf die von Haase verlesene Erklärung geeinigt hatte, die über unseren Standpunkt zum Militarismus gar keinen Zweifel übrig ließ. Ich habe mich an diesen Debatten nicht beteiligt, in der Absicht, hier auf dem Parteitag die Gesichtspunkte zu vertreten, die mich veranlaßt hatten, mit der Minderheit zu stimmen. Das ist mir nun durch den Schluß der Debatte unmöglich gemacht worden. Unter diesen Umständen halte ich es für am Platze, wenigstens die Tatsache festzustellen, daß ich die Absicht hatte, hier das Wort zu ergreifen. (Vors. Ebert: Streng genommen war das keine persönliche Bemerkung; aber ich halte es für richtig, dem Genossen Bernstein die Möglichkeit zu geben, diese Mitteilung hier zu machen.)

Geyer-Leipzig: Mit den Worten, die mir David aus einem falschen Bericht über eine von mir in Leipzig gehaltene Rede unterstellt hat, ist man bereits mehrfach auf dem Parteitag gegen mich krebsen gegangen. Ich sehe mich daher veranlaßt, aus dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung", der meine Rede verkürzt enthielt, einige Worte darüber zu verlesen, was ich in jener Versammlung gesagt habe, damit der Wortlaut festgestellt und diesen Unterstellungen und Treibereien ein Ende gemacht wird. Ich habe dort in derselben Weise wie hier über die Fraktionsmehrheit und über die Stellung der Partei zur Steuerfrage gesprochen und habe die prinzipielle Seite der Sache ebenso hervorgehoben, wie ich es hier auf dem Parteitag getan habe, und gesagt, daß die Prinzipien der Partei unter allen Umständen gewahrt werden müssen. Dann kommt der entscheidende Satz, den David hier verlesen hat, der aber anders lautet. Es heißt da: „In dem Augenblick, wo sie (die Partei) ihre Grundsätze aufgibt, werden die Kämpfe so heftig werden, daß die Gefahr besteht, daß aus der jetzigen proletarischen Partei eine neue proletarische Partei ersteht; Aufgabe des kommenden Parteitags muß es sein, mit allen Kräften für die Reinhaltung der Prinzipien zu sorgen." Das ist alles, was ich gesagt habe und es widerspricht vollständig dem, was hier von mir behauptet wurde, daß ich nämlich aufgefordert hätte, eine neue Partei zu schaffen. Ich habe vielmehr vor der Gefahr gewarnt, die eintreten könnte, wenn die Prinzipien der Partei nicht reingehalten würden.

Stadthagen: Molkenbuhr hat mir einen Widerspruch zwischen meiner Stellung zu der Flottengesetzvorlage von 1898 oder 1899 und meiner Rede hier zur Steuerfrage vorgeworfen; damals hätte ich Anträge unterschrieben, die mit meinen heutigen Anschauungen nicht übereinstimmten. Ich habe damals gleich allen Fraktionsmitgliedern die Anträge auf Hereinbringung einer Besteuerung der Einkommen über 6000 Mk. in die Vorlage unterschrieben. Wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, habe ich sogar die Grenze von 6000 Mk. angeregt. Aber darin liegt kein Widerspruch, sondern ich wünsche vielmehr, daß wir zu diesen Ansichten von damals wieder zurückkehrten. Damals handelte es sich bei der zweiten Lesung des Flottengesetzes darum, die Besitzsteuer der Leute mit mehr als 6000 Mk. Einkommen in das Gesetz hineinzubringen und in der dritten Lesung wollten wir das auch durchsetzen, aber in der Gesamtabstimmung hätten wir dagegen stimmen müssen, weil da auch über das Flottengesetz selbst mit abgestimmt wurde. Die Möglichkeit der Wiederholung solcher Taktik beseitigt oder erschwert nicht unsere, sondern die andere Resolution.

Ledebour: Gegenüber Frank bemerke ich, daß mich der schwere Vorwurf Molkenbuhrs schon deshalb nicht berührt, weil ich bis dahin das Wort in der Debatte nicht genommen hatte und auch vorher in der Presse nur Dinge zu dieser Sache gesagt habe, die durch die Aeußerung Molkenbuhrs gar nicht berührt werden können. Aber wenn jemand einen so schweren unverantwortlichen Vorwurf gegen irgendwelche andere Genossen erhebt, und ich in der Lage bin, ihn zurückzuweisen, so tue ich es, auch wenn er sich nicht gegen mich gerichtet hat. Das tue ich hier und das habe ich auch im Reichstag oftmals getan, wenn die Gegner einen Parteigenossen — er braucht nicht einmal befreundet mit mir zu sein — gehässig angreifen. Frank hat meine Erklärung, daß ich es ablehne, auf Argumente Molkenbuhrs einzugehen, die er aus Briefen Bebels von seinem Krankenlager entnommen hat, mit einigen Witzen abtun zu können geglaubt. Ich bin ein großer Freund des Witzes und wenn ich kann, mache ich sie auch. Aber wenn es sich um Briefe eines vor kurzem Verstorbenen von seinem Krankenlager handelt, dann würde ich es unter allen Umständen verschmähen mit darauf sich beziehenden Witzchen einen Gegner zu bekämpfen und ich hoffe, daß mir hierin der ganze Parteitag bis auf Frank zustimmen wird.

Hoch-Hanau: Frank hat behauptet, ich hätte erklärt, die Partei könne für Besitzsteuern eintreten, aber nur für solche, die durch Arbeitsgemeinschaft mit den Liberalen zustande gekommen sind. Mir liegt daran, zu erklären, daß meine Ausführungen in keiner Weise eine solche Deutung zugelassen haben. In meinen Ausführungen, wie in meinem Antrag habe ich klar gesagt, daß ich solche Besitzsteuern ablehnen zu müssen glaube, die die Bedingung für das Zustandekommen einer Militärvorlage sind.

Dr. Karl Liebknecht: Als ich heute früh erklärte, für die Resolution Wurm sprechen zu wollen, erhob sich bei einem Teil des Parteitages ein Gemurmel des Erstaunens. Ich hätte gern klargelegt, daß meine Zustimmung zur Resolution Wurm mit meiner Abstimmung in der Minderheit der Fraktion wohl verträglich ist. Ich bin der Ansicht, daß noch keineswegs volle Klarheit über die Gründe herrscht, die die Abstimmung der Minderheit der Fraktion herbeigeführt haben. Insbesondere hätte ich gern dargelegt, daß die enge zeitliche und materielle Verkoppelung der Militär- und Deckungsvorlage mich und andere Genossen in ihrer taktischen Stellungnahme entscheidend beeinflußt haben. Ich bedaure sehr, infolge des Schlusses der Debatte den Quotisierungsantrag nicht begründen zu können. Indessen hat mir der Genosse Wurm versprochen, für diesen Antrag einzutreten.

Vorsitzender **Ebert** macht darauf aufmerksam, daß morgen früh bei Beginn der Sitzung die Stimmzettel zur Vorstandswahl an der Saaltür abgenommen werden.

Wurm (Schlußwort): Die Verhandlungen über die Steuerfrage haben meines Erachtens gezeigt, daß wirkliche Differenzen innerhalb unserer Partei wie innerhalb unserer Fraktion insofern nicht bestehen, als es keinem von uns eingefallen ist, durch die Steuer eine Militärvorlage zur Annahme zu bringen, wegen der Steuer eine Militärvorlage anzunehmen. Wenn von einigen meiner Gegner immer und immer wieder betont worden ist, daß meine Resolution schließlich doch dahinführen würde, daß wir durch die Zustimmung zu der Steuer eine Militärvorlage bewilligen, so kann ich mich auf den Wortlaut der Resolution beziehen, der besagt, daß wir nur dann überhaupt Steuern zur Deckung von Militärvorlagen zu bewilligen haben, wenn deren Annahme gar nicht mehr zweifelhaft ist. Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich in meinen ersten Ausführungen, in meinem Referat zu lang gewesen bin. Ich fürchte, ich bin zu kurz gewesen (Heiterkeit), denn die langen Auseinandersetzungen meines

Referats entfielen auf ein Gebiet, von dem ich in meinem Referat nachgewiesen habe, daß es bisher noch auf keinem Parteitag erörtert wurde, so daß wir darüber noch gar keine Grundlagen haben und zum erstenmal im größeren Umfang hier daran gehen, theoretische Richtungen über unsere Stellung zu den einzelnen Steuern zu ziehen. Das ist eine Aufgabe von außerordentlicher Wichtigkeit, nicht nur für unsere Tätigkeit in den gesetzgebenden Körperschaften, sondern für die Agitation überhaupt. In all den Erörterungen nach den Referaten ist auf den Inhalt der Leitsätze fast gar nicht eingegangen worden und das liegt bedauerlicherweise daran, daß diesmal mit der theoretischen Erörterung unserer Richtlinien verknüpft ist die Erörterung unserer Haltung in den Parlamenten, also einer praktischen Frage. Selbstverständlich mute ich Ihnen nicht zu, die Leitsätze, die ich Ihnen vorgelegt habe, durch ein Ja oder Nein zur Grundlage unseres ganzen künftigen Verhaltens zu machen. Das habe ich gar nicht beabsichtigt, denn ich habe die Leitsätze von der Resolution getrennt und ihren Hauptinhalt in der Resolution dadurch wiedergegeben, daß ich auf Punkt 10 des Erfurter Programms verwies, worin eben gesagt ist, wie wir uns zu den Steuern zu stellen haben. Aus meinen Leitsätzen geht hervor, daß wir im großen und ganzen diese Stellung noch einnehmen. Aber ich empfahl dringend allen Genossen diese Leitsätze zu prüfen und die Erörterung in der Parteipresse fortzuführen, damit wir künftig ein detailliertes Steuerprogramm entwerfen können.

Was nun die Debatte über meine Resolution anbetrifft, so zerfiel sie, wie üblich in zwei Teile, wie die meisten Debatten auf unseren Parteitagen, nur daß, wie ich freudig anerkenne, der eine Teil diesmal recht erfreulicherweise kurz behandelt wurde — der persönliche Teil nämlich. Es ist ja bei uns immer üblich, daß man eine entgegengesetzte Meinung dadurch zu bekämpfen sucht, daß man demjenigen, der sie vertritt, nachsagt: na ja, der Kerl, der das sagt, der ist so und so und der kann also nicht recht haben! Ich habe ja nachgewiesen, wie die von Geyer erzählten und von der Genossin Luxemburg wieder erzählten Vorgänge total falsch wiedergegeben sind, daß ich schon in der Fraktion dieselbe Stellung eingenommen habe, wie hier auf dem Parteitag. Ein Widerspruch meiner Kollegen ist nicht erfolgt, im Gegenteil, die Kollegen, die das Wort nahmen, haben bestätigt, daß sich die Dinge nicht so verhielten, wie sie hier erzählt wurden, sondern wie ich sie darstellte. Damit ist für mich die Sache erledigt.

Was den sachlichen Teil der Angriffe betrifft, namentlich die Behauptung, daß eigentlich gar nicht Referent und Korreferent vorhanden gewesen wären, sondern beide dasselbe vertreten hätten, so muß ich dem ganz entschieden widersprechen. Südekum hat einen ganz anderen Standpunkt vertreten, den er auch mit der Fraktionsmehrheit teilt, daß wir für die beiden Steuern stimmen mußten, d. h. daß wir unser Eintreten dafür nicht davon abhängig zu machen hatten, ob etwa die Gegner dieser beiden Steuern durch Absenz oder Stimmzettel in genügender Zahl den Steuern vielleicht doch zur Annahme verhelfen, sondern daß wir unter allen Umständen für diese Steuer zu stimmen hatten, wenn dadurch die Einführung indirekter Steuern verhindert wird; also gleichviel wie sich die größere oder geringere Mehrheit der Gegner dazu stellt. Dies ist der Standpunkt Südekums, während ich erklärt habe, nach wie vor müßten wir auf dem Standpunkt stehen, nur dann direkten Steuern zuzustimmen, wenn nur durch unsere Stimmen verhütet werden kann, daß sonst indirekte Steuern an ihre Stelle treten. Aus dieser Stellungnahme heraus, von der ich nachwies, daß sie die konsequente Fortsetzung unserer Haltung in früherer Zeit, z. B. beim Antrag Albrecht, bei der Erklärung in der Budgetkommission usw. ist, komme ich zu dem Schluß, daß wir den Wehrbeitrag nicht zu bewilligen hatten, der

Besitzsteuer aber zustimmen mußten. Ich habe aber erklärt und erkläre wieder, daß hier kein prinzipieller Unterschied, sondern allein ein Unterschied vorliegt, der in rein tatsächlichen Erwägungen begründet ist. Die Erwägungen der Mehrheit der Fraktion gingen dahin, daß unser Nein zum Wehrbeitrag die Folge haben konnte, daß die Gegner durch Abkommandierungen oder Gegenstimmen den Wehrbeitrag hätten zu Fall bringen können. Derartige Streitfragen werden bei jeder Fraktion Tag für Tag auftreten, im Reichstag oder sonstwo. Die politische Lage wird eben verschieden beurteilt, je nach den Erfahrungen des einzelnen und je nach seinem Temperament, nicht daß es sich hierbei um Opportunisten und Marxisten, um Radikale und Antiradikale handeln würde, sondern um Optimisten und Pessimisten, um Leute, die viel Vertrauen zur Haltung der Gegner haben und um solche, die gar kein solches Vertrauen haben. Unsere grundsätzliche Stellung kommt bei derartigen Erwägungen gar nicht in Frage und ist auch gar nicht in Frage gekommen. Um aber nachzuweisen, daß ich doch aus einem Saulus zu einem Paulus geworden bin, reitet man auf dem Parteitagsprotokoll von 1909 mir gegenüber herum, wie das Karski in der „Leipziger Volkszeitung" getan hat. Wie man durch Zitieren etwas vollständig in sein Gegenteil umstellen kann und wie das Karski mir gegenüber gemacht hat, will ich nur kurz feststellen. Er zitiert meine Rede von 1909, wonach wir niemals dem heutigen System eine Steuer bewilligen dürfen zu Zwecken, die wir verwerfen. Es wird bemerkt, daß ich das buchstäblich gesagt hätte, aber es wird verschwiegen, daß 1909 die 100 Millionen Mark Erbschaftssteuer von uns abgelehnt wurden, weil sie nur der Vorspann waren für die mit ihnen zu einem Finanzgesetz verbundenen 400 Millionen Mark indirekter Steuern! Geyer freut sich, daß er Karskis „Leipziger Volkszeitung"-Artikel über meine Stellung auf dem Leipziger Parteitag entdeckt hat. Aber ich selber habe doch vorher im „Vorwärts" auf meine Leipziger Parteitagsrede hingewiesen und erklärt, daß wir gegen die Erbschaftssteuer gestimmt haben, weil sie nicht da war, um indirekte Steuern zu verhüten, sondern als Vorspann für 400 Millionen neue indirekte Steuern. Man kann nicht nach Schema F schablonenmäßig Urteile abgeben, sondern nur aus der ganzen politischen Situation heraus. Man muß jede Steuer wirtschaftlich und politisch zu verstehen trachten. Nun fragt man: Was werden wir tun, wenn man von uns direkte Steuern zur Bezahlung von Knebelungsmitteln gegen die Arbeiterklasse verlangt. Ach, wenn es auf Biegen oder Brechen geht, dann wird die deutsche Arbeiterklasse und ihre Vertretung, die Sozialdemokratie, wissen, was sie zu tun hat und sie wird nicht für das Linsengericht einer billigeren Steuer ihr Erstgeburtsrecht der Gleichberechtigung hingeben.

Wenn ich mich gegen die Ausgrabung unseres Vorgehens von 1909 wende, so nicht vom Standpunkt Südekums aus, daß wir keine Antiquare seien, die das Alte herausholen, um zu sehen, wie es gewesen ist. Ich stehe wohl auf dem Standpunkt, wir müssen auch stets prüfen, welche Stellung wir früher eingenommen haben. Wir müssen immer wieder fragen, wie war es damals, wie haben wir damals unsere grundsätzliche Stellung zu vereinbaren uns bemüht mit den tatsächlichen Verhältnissen. Aber gerade daraus ergibt sich auch, daß wir, wenn neue politische Verhältnisse eintreten, wir dann, selbstverständlich an der Hand der alten Grundsätze, auch zu einer neuen Stellungnahme kommen müssen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Das ist der springende Punkt, den nur unbegreiflicherweise manche Kollegen hier nicht einsehen wollen. Es ist eine neue Situation und wenn auch nicht eine Weltenwende — wie Rosa Luxemburg aus den Worten Südekums herausgehört haben wollte — eine Weltenwende oder eine epochemachende Umwälzung, so ist es doch eine Wende in unserer Steuerpolitik, weil bei dem Interessengegensatz zwischen mobilem Kapital und Grundbesitz auch in den Steuerfragen der Interessenkampf zwischen beiden zum Ausdruck kommt und wir entscheidend mitzuwirken in der Lage sind, während wir früher nur daneben stehen konnten. (Sehr gut!) Wenn wir 10 Mann wären, wäre es gleichgültig, was wir tun, aber 110 Mann können in wichtigen Momenten ausschlaggebend sein und gerade meine engeren Freunde, die sich viel mit Theorie beschäftigen, wissen doch, daß Quantität in Qualität umschlägt und daß selbstverständlich es ein selbstverständlicher dialektischer Vorgang ist, daß auch in der Politik die Verhältnisse sich ganz anders gestalten, wenn wir stärker dastehen, als dann, wenn wir nicht so aktiv in die Verhältnisse einzugreifen in der Lage sind. (Zustimmung.)

Geyer sagt: Ja, wenn die Partei jetzt einen solchen Einfluß hat, daß sie das Besitzsteuerrecht erreicht hat, warum hat sie dann nicht die Militärvorlage verhindert? Das ist eben der Unterschied! In bezug auf den Militarismus ist sich der Kapitalismus einig, in bezug auf die Steuerfrage ist er uneinig; hier können wir einen Keil dazwischen treiben, in der Frage des Militarismus aber nicht, weil wir eine Minderheitspartei gegenüber dem in bezug auf den Militarismus einheitlichen Bürgertum sind. Bei der Steuerfrage aber ist unsere Minderheit stark genug, um einen Einfluß auszuüben und wir wären Narren, wenn wir diese Macht nicht ausnutzten im Interesse der Arbeiterklasse. (Lebhafte Zustimumng.) Aber als Minderheit können wir darum doch die Steuer nicht ganz so gestalten, wie wir gern möchten. Daher kommen die sogenannten „schlechten" Besitzsteuern. Es ist richtig: Die Besitzsteuer in ihrer jetzigen Form zieht immer noch den Großkapitalisten weniger stark heran wie den mittleren und kleineren. Sie trennt daher die Kapitalisten, ruft Zwiespalt unter ihnen hervor. Sollen wir uns nicht freuen, daß wir die Zwietracht hineintragen können unter die Kapitalisten und sollen wir es nicht ausnutzen im Interesse der von uns vertretenen Volksklassen? Ich wiederhole also: Wir haben nicht „einen großen Sums gemacht" über die Bedeutung dessen, was wir errungen haben, aber wir haben es in seiner Tragweite gebührend gewürdigt. (Sehr richtig!) Es ist zum erstenmal im Deutschen Reiche, im deutschen Reichstag geschehen, daß durch die starke Sozialdemokratie die Arbeiterklasse vor neuen schweren Lasten bewahrt wurde. Wer das bestreiten will, der steckt den Kopf in den Strauch hinein, der weiß nicht, was geschehen ist. Denn daß die Bourgeoisie, die Regierung die wirtschaftlich technische Möglichkeit hat, neue indirekte Steuern zu schaffen, und daß sie auch die politische Möglichkeit hat, wenn wir ablehnen, darüber kann kein Zweifel sein. Genossin Luxemburg sagte, ich hätte ein Zitat von Marx aus der „Gleichheit" nur stückweise zitiert und die mir unbequeme Stelle weggelassen. Ich habe weit mehr Stellen verlesen, als sie angeführt hat. Außerdem: gerade sie weiß doch, daß der Marx von 1850 noch nicht der Marx von 1863 ist, der das „Kapital" geschrieben hat. Auch ein Marx hat sich erst entwickelt. Wir müssen uns auch entwickeln, wenn neue Tatsachen an uns herantreten. Dann müssen wir auch die neuen Tatsachen daraufhin prüfen, ob das, was unser Endziel ist, die Befreiung der Arbeiterklasse, die Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische, auf diesem oder jenem Wege möglich ist. Aber wenn Genossin Luxemburg Zitate vermißt, wo bleibt denn das Zitat aus ihrem eigenen Buche, wo sie selbst zugibt, daß es nicht gleichgültig ist, was für Steuern eingeführt werden. (Genossin Luxemburg: Das steht in der Resolution!) Dort steht das Gegenteil, dort steht, daß es gleichgültig sei, welche Steuern in Betracht kommen. Nun hat Stadthagen die Quintessenz aller gegnerischen Anschauungen dahin präzisiert, daß er sagt: Es bleibt immer bestehen, wie dem auch sei, wir haben dem Militarismus neue Mittel bewilligt. Ganz anders, sagt er, ist es, wenn schon früher diese Steuern beschlossen sind. Ja, lieber Freund Stadthagen, wie lange Karenzzeit muß

denn gegeben sein, bis eine indirekte Steuer durch eine direkte ersetzt werden kann? Dauert das ein Jahr, oder eine Session, oder eine Legislaturperiode, oder nur eine Stunde? (Heiterkeit.) Deine Logik ist: wir machen nicht mit, mögen indirekte Steuern kommen, die Arbeiter sollen zahlen, wir bewilligen dem Militarismus keinen Groschen, wir stehen abseits, auch wenn wir indirekte Steuern verhindern können. Aber wenn nachher die Steuern beschlossen sind, wenn die Arbeiter bezahlen sollen, dann bringen wir einen Antrag ein, der vielleicht an einem der wenigen Schwerinstage verhandelt wird, und der vielleicht viele Jahre später vom Bundesrat angenommen wird — oder auch nicht —, und in diesem Antrag fordern wir die Beseitigung der indirekten Steuern, die wir hätten verhindern können, wenn wir auf dem Platze gewesen wären, und uns nicht durch ein Phantom hätten täuschen lassen, von einer angeblichen Verkümmerung des Prinzips. Stadthagen sagt, wir machen durch unsere Zustimmung den Weg für den Imperialismus frei. Nein — er ist frei, die heutige Bourgeoisie ist für alle militaristischen Ausgaben zu haben. Es handelt sich nur darum, wer sie zahlt. Der Weg ist da, wir müssen nur dafür sorgen, daß er nicht über den Leib der Arbeiter geht, sondern über den Geldbeutel der Kapitalisten. (Lebhafter Beifall.) Mehr können wir nicht tun, solange wir eine Minderheit sind. (Sehr richtig!) Wenn man aber durchaus einen solchen Unterschied macht zwischen dem ursprünglichen Verwendungszweck und dem späteren, dann erinnert mich das an die Geschichte von dem frommen Mönch, der am Freitag gern Fleisch essen wollte und sagte: Die Ente schwimmt auf dem Wasser, der Fisch schwimmt auch im Wasser, folglich ist die Ente kein Fleisch. Ich kann sie essen, denn sie ist so gut wie ein Fisch. (Heiterkeit.) Wenn wir es so wie Stadthagen spintisieren wollten, dann wäre das eine lächerliche Art, wie wir unsere Aufgaben erfüllen würden.

Meine Resolution zeigt Ihnen ganz deutlich, worauf es ankommt: festhalten an unseren Grundsätzen und erwägen, jedesmal nach der politischen und wirtschaftlichen Lage: wie haben wir uns im Einzelfalle gegenüber der Ausplünderung der Arbeiterklasse durch Steuern zu stellen? Den von Ledebour im „Weimarischen Volksblatt" angeregten Gedanken, der von Liebknecht in einen Antrag gebracht ist und der verlangt, daß die Steuern quotisiert werden, nehme ich gern an. Die Steuern sollen also nicht im vollen Umfang ein für allemal bewilligt werden, sondern in jedem Jahr soll erst festgesetzt werden, in welcher Höhe, in welchem Prozentsatz die Steuern zu erheben sind. Dadurch wird das Budgetrecht gestärkt. Das ist eine gute Anregung.

Unsere Erörterungen werden uns eine Richtschnur geben, wie wir künftig, ich glaube sehr bald, zu den schwierigen Problemen in dem Parlament uns zu verhalten haben. In den Gemeinden, Landtagen und im Reichstage wachsen wir in erfreulicher Weise durch das Vertrauen der Volksmassen. Dieses Vertrauen haben wir nicht zuletzt dadurch errungen, daß wir der Arbeiterklasse versprochen haben, alles fernzuhalten, was sie niederdrückt, ausbeutet, und voll dafür einzutreten, daß die Interessen der Arbeiterklassen Berücksichtigung finden. Dazu gehört auch, die Arbeiter vor indirekten Steuern zu bewahren. Deswegen ist der Weg meiner Resolution der einzig richtige, mit dem wir unsere Versprechen erfüllen können, die wir dem Volke gegeben haben. (Lebhafter Beifall, vereinzeltes Zischen.)

Südekum (Schlußwort): Mein Kollege Hofrichter hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß ich, getäuscht durch einen allzu kurzen Bericht über seine Rede, den ich im „Vorwärts" gelesen hatte, Aeußerungen, die er in Köln getan hat, heute morgen in meinem Referat nicht ganz richtig wiedergegeben habe. Ich habe gesagt, Hofrichter habe bestritten, daß die Regelung der Finanzfrage einen Bruch mit dem bisherigen System dargestellt habe, und ich habe dann

diese Ueberzeugung bekämpft durch ein Karski-Zitat. Hofrichter aber sagt mir nun, daß er nur vor einem übertriebenen Optimismus habe warnen wollen, sowohl in bezug auf die Einschränkung der Rüstungen wie auf die Deckung durch direkte Steuern. Das ist in der Tat etwas anderes, und ich stelle das hiermit richtig.

Parteigenossen! Nachdem nun die erweiterte Fraktionssitzung zu Ende gegangen ist, in der wir uns noch einmal über die Steuerfrage und unsere Stellung zur Deckung unterhalten haben, kann ich, vor die Aufgabe gestellt, nunmehr zusammenfassend noch einmal darzulegen, was denn eigentlich neues dabei herausgekommen ist, nur zu meinem großen Bedauern feststellen, daß ich kaum den großen Aufwand im richtigen Verhältnis sehen kann zu dem Ergebnis. Ich nannte diese Debatte eine „erweiterte Fraktionssitzung" und kann nur meinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck verleihen, daß in dieser Debatte nicht gerade das Arbeiterelement dieses Parteitags zum Worte gekommen ist, Leute mit 30, 20 und noch weniger Mark Wochenlohn, die den Hauptteil von den indirekten Steuern zu tragen haben. Diese Männer hätten hier erklären sollen, wie sie denn zu der Regelung stehen. (Zuruf: Sie haben ja Schluß gemacht!) Ich habe den Antrag nicht gestellt und nicht für ihn gestimmt. Es hat in Ihrer Hand gelegen, ihn niederzustimmen. Jene einfachen Arbeiter hätten hier erklären sollen, was sie gesagt hätten, wenn es der Fraktion nicht gelungen wäre, den Hauptteil der dauernden Lasten auf die Besitzenden abzuwälzen, so wie es geschehen ist.

Haben uns nun denn unsere verehrten Kollegen von der Minderheit der Fraktion jetzt wenigstens einen Weg gezeigt, den wir hätten gehen müssen, um dasselbe oder ähnliches zu erreichen? Keine Spur. Wer hat uns gesagt, was wir hätten tun müssen, um die Arbeiter ebensowenig zu belasten und doch zu einem Resultat zu kommen. Davon ist nichts gesagt worden. Wohlweislich haben meine Opponenten das verschwiegen. Vielleicht kommt das in einer Fortsetzung dieser Debatte auf einem späteren Parteitag noch zum Ausdruck. Stadthagen erwidere ich, es handelt sich nicht um eine Rechtfertigung, sondern um eine Klarstellung. (Sehr richtig!) In unserer Fraktion war es bisher so, daß, wenn ein Beschluß vorlag, alle nebeneinander standen, ganz gleich ob Mehrheit oder Minderheit, und daß niemand „zähneknirschend" wegging. (Sehr gut!) Die Fraktion braucht sich nicht zu rechtfertigen, sie hatte nur die Aufgabe klarzustellen und zu verhindern, daß durch Kritiken, die zum großen Teil von ganz irrigen Voraussetzungen ausgehen, Irrtümer draußen im Lande erregt werden. Ich bleibe dabei, daß der Weg, den wir eingeschlagen haben, der richtige und einzig mögliche war. Er entsprach dem Parteiprogramm, den Traditionen und der politischen Situation. In den ersten beiden Punkten herrscht allmählich volle Einmütigkeit, weil da nichts mehr zu leugnen ist. In der Beurteilung der politischen Situation freilich gehen auch jetzt noch die Urteile auseinander. Das gilt namentlich von Hoch. Mir fiel vorhin, als Hoch sprach, eine Geschichte ein, die unser längst verstorbener Freund Bamberger einmal in einer vergnügten Gesellschaft erzählt hat. In Krakau war ein berühmter Rabbi, der hatte viele Schüler, mit denen er sich eines Tages unterhielt. Plötzlich trat er ans Fenster und begann zu schluchzen. Da fragten seine Schüler: „Rabbi, warum schluchzt Du?" „Ach," sagte er, „ich sehe, wie in Kowno ein Haus brennt und nicht nur eins, zwei, drei, eine ganze Straße brennt und nichts wird gerettet, und die armen Frauen und armen, armen Kinder, wie sie schreien und jammern!" Die Schüler sagten: „Wie traurig, daß in Kowno ein so großer Brand ausgebrochen ist." Ein paar Tage darauf kam jemand aus Kowno, und die Schüler des Rabbi gingen auf ihn zu und sagten: „War es denn so furchtbar schlimm mit dem Unglück?" „Was für ein

Unglück?" fragte der Mann aus Kowno. „Nun, der Brand, die ganze Straße, die Gefahr für Frauen und Kinder." Darauf sagte der Mann: „In Kowno ist gar kein Brand gewesen." Die Schüler stürzten zum Meister und sagten: „Rabbi, es ist da in Kowno gar kein Brand gewesen." Und sie ereiferten sich und wären bald in Zorn geraten, als einer von ihnen, der Weiseste, den Bart nachdenklich strich und, seine Freunde beruhigend, sagte: „Nun, wenn schon kein Brand in Kowno gewesen ist, ja, aber was hat unser Rabbi doch für einen Kick gehabt, daß er gesehen hat soweit." (Heiterkeit.) So ungefähr kam es mir vor, als Hoch „die politische Situation" schilderte. (Erneute Heiterkeit.) Er hat erzählt, daß das Zentrum Sieger geblieben sei, hat erzählt von dem „Umfall der Liberalen". Es ist zwar nicht richtig, was er gesagt hat, es ist zwar ganz anders gewesen: das Zentrum und die Konservativen haben schwere Niederlagen erlitten; auch die Liberalen sind gar nicht umgefallen. Aber ich muß anerkennen: Was für einen „Kick" hat doch Hoch! Wie hätte es nicht sein können! (Heiterkeit.) Man darf aber seiner Phantasie nicht zu weiten Spielraum lassen.

Schon Frank hat darauf hingewiesen, daß Hoch nicht mit Recht den Vorwurf gegen die Liberalen erhoben hat, sie hätten uns hintergangen und seien illoyal gewesen. Als Berichterstatter der Fraktion halte ich mich für verpflichtet, ebenfalls zu sagen, daß die Liberalen uns von Anfang an in dieser Frage loyal unterrichtet haben, daß wir über alle Schritte vorher von ihnen unterrichtet worden sind, so wie sich das gehört. Wäre das nicht der Fall gewesen, so wären wir Manns genug gewesen, uns das nicht gefallen zu lassen. (Sehr gut!) Sie, Parteigenossen, stehen vor der Entscheidung, Sie müssen jetzt Ihr Urteil fällen über das, was die Fraktion getan hat. Sie hat ihre Pflicht getan, das kann ich, wie heute morgen, auch jetzt mit bestem Gewissen wieder versichern. Bedenken Sie, was von Ihrem Votum abhängt. Es ist nicht gleichgültig, ob die Fraktion nach einer solchen Kampagne im Zweifel sein kann, ob sie die Mehrheit Ihrer Delegationen hinter sich hat. Ich bitte Sie, mit einer überwältigenden Mehrheit der Fraktion Ihre Zustimmung zu ihrem Tun zu geben. (Stürmischer Beifall.)

Hoch bemerkt persönlich: Südekum hat mir den schweren Vorwurf gemacht: ich habe Kritik an der Auffassung der Fraktionsmehrheit geübt, obwohl ausdrücklich beschlossen sei, daß sich jeder Fraktionskollege der Kritik zu enthalten habe. Die Behauptung Südekums über den Vorgang ist nicht richtig. Es ist allerdings beraten worden, ob sich die Minderheit der Mehrheit zu fügen habe. (Zuruf: Muß das erst beraten werden?) Dabei habe ich erklärt, daß das im Interesse der Partei unbedingt notwendig sei; ich fügte jedoch ausdrücklich hinzu, daß es selbstverständlich das Recht eines jeden Genossen sei, nach der einmütigen Abstimmung der Fraktion im Reichstage seine Bedenken gegen die Stellung der Fraktionsmehrheit zu vertreten. Gegen diese Ausführungen hat in der Fraktion kein Genosse Einspruch erhoben. (Sehr gut!)

Vorsitzender Ebert: Ich schlage vor, zunächst abzustimmen über die Resolution Wurm mit den vorliegenden Abänderungsanträgen 113 und 117. 113 ist der Abänderungsantrag Geyer und Genossen, 117 der Abänderungsantrag Liebknecht und Genossen. Ueber die Resolution Wurm wird namentlich abgestimmt. Sollte sie abgelehnt werden, so ist abzustimmen über die Resolution 114, sollte auch die abgelehnt werden, dann wäre abzustimmen über die Resolution 112. Bei Annahme der Resolution Wurm erübrigt sich die Abstimmung über die Anträge 112 und 114. Außerdem wird abgestimmt über den Antrag 109, der die Haltung der Fraktion billigt, oder über Antrag 23, der sie mißbilligt. Ich habe Sie noch aufmerksam zu machen auf § 7 Abs. 2 des Organisationsstatuts. Darin wird bestimmt, daß bei allen Abstimmungen,

die die parlamentarische Tätigkeit betreffen, die Mitglieder der Reichstagsfraktion und bei allen Angelegenheiten, die die Verwaltung der Partei betreffen, die Mitglieder des Parteivorstandes kein Stimmrecht haben. Bei den Resolutionen Wurm, Geyer und Hoch handelt es sich um rein sachliche Entscheidungen. Nach Auffassung des Bureaus haben hier die Abgeordneten Stimmrecht. (Zustimmung.) Anders bei den beiden Anträgen, die die Billigung oder Mißbilligung der Haltung der Fraktion aussprechen. (Zustimmung.)

Wir kommen zunächst zur Entscheidung über die Abänderungsanträge 117 und 113. Den Abänderungsantrag 117 hat Wurm im Schlußwort ausdrücklich akzeptiert, wir brauchen darüber nicht abzustimmen. Er gilt als angenommen. Dagegen müssen wir über den Abänderungsantrag 113 von Geyer abstimmen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Geyer mit großer Mehrheit abgelehnt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über die Resolution Wurm. Das Resultat ist die Annahme mit 336 gegen 140 Stimmen.

Mit Ja haben gestimmt: Abele, Ahlemeyer, Arzberger, Auer, Bahrdt, Bartels, Barth, Bauer, Beckmann, Beims, Bender, Berka, Bernstein, Birkholtz, Birnkammer, Blume, Bolzmann, Böhle, Börner, Boeske, Böttger, Brandes-Magdeburg, Brandes-Cuxhaven, Braun-Nürnberg, Braun-Berlin, Brühne, Brecour, Brey, Bromme, Brückner, Bruns, Buhl, Bullmer, Buch, Busold, Cohen, Cohn, Darf, David, Deck, Demtröder, Dengel, Deutsch, Diefenbach, Dietz, Dommershausen, Drescher, Dröner, Dubber, Dürr, Eberle, Ebert, Eckardt, Edlich, Erdmann, Erckrath, Ernst, Faulian, Feldmann, Felber, Felgentrebe, Felsmann, Fielitz, Edmund Fischer-Briesnitz, G. Fischer-Hannover, Rich. Fischer-Berlin, G. Fischer-Cannstatt, R. Fischer-Saalfeld, Paul Fischer-Glauchau, Frank-Mannheim, Frenzel, Friedrich, Fritsch, Frohme, Fröhlich, Funke, Galke, Gehl, Giebel, Giermann, Glauche, Gomoll, Göhring, Göhre, Gradnauer, Graf, Grosse, Grumbach, Gruber, Grünberg, Günther, Haberland-Barmen, Haberland-Vohwinkel, Hahn, Hansen, Hansmann, Hartmann, Hartwig, Haß, Hasenzahl, Hasselbach, Haupt, Heilmann, Hein, Heitmann, Henning, Hense, Herzog, Hetzschold, Heugel, Heymann, Hierl-Rosenheim, Hierl-Schwabach, Hildenbrand, Hörsing, Hermann Hoffmann-Neundorf, Johann Hoffmann-Iserlohn, Josef Hoffmann-Traunstein, Karl Hoffmann-Bielefeld, Johannes Hoffmann-Kaiserslautern, Hofmann-Saalfeld, Hoßbach, Hüffmeier, Hünicke, Hüttmann, Hug, Huhnfleisch, Husemann, Hutterer, Jaeckel, Jacobsen, Jantzen, Jasper, Jeckstat, Jentsch, John-Dresden, Jordan, Juul, Jülisch, Jungnickel-Dresden, Kahmann, Kahnt, Katzner, Katzenstein, Keibel, Keil, Keller, Kern, Kiel, Kirschbaum, Klügel, Klühs, Klotsch, Knapper, Knieriem, Krüger, Knoche, Knör, Köhler, Kohnen, König, Königshof, Köpke, Kratsch, Krauß, Krause-Hamburg, Krause-Elmshorn, Krätzig, Kretzschmar, Kröger, Kurt, Kurtzer, Lange, Langer-Chemnitz, Langer-Striegau, Lau, Laufenberg, Lehmann, Leibrecht, Levi, Liebknecht, Lieser, Lindermeier, Lipinski, Ludwig, Lüth, Lüthje, Lutz, Maier, Marhenke, Martuszenski, Mehrlein, Meier-Oberzwehren, Melle, Michel, Michelsen, Molkenbuhr, Möller-Harburg, Moltmann, Mucker, Müller-München, Müller-Großdobritz, Müller-Nörs, Müller-Parteivorstand, Müller-Chemnitz, Munzel, Naumann, Neumann, Neumeier, Neupert, Nespital, Nimmerfall, Nitsch, Noske, Obst, Oehme, Pagels, Paulick, Pawlitzki, Paetzel, Peirotes, Peus, Pfannkuch, Pflüger, Pigusch, Pinkau, Pohmer, Poling, Preßmar, Quarck, Quessel, Raab, Rauch, Reinert, Rennert, Reppenhagen, Riesberg, Rindfleisch, Ring, Rosenfeld, Rösler, Roth, Röttgen, Rudolph, Ryneck, Sachse, Sailer-Luckenwalde, Sailer-Kempten, Schadow, Scheidemann, Philipp Schmid-Ingolstadt, Karl Schmidt-Rathenow,

Eduard Schmidt-München, Rich. Schmidt-Berlin, Rich. Schmidt-Meißen, Franz Schmitt-München, Joh. Schmitt-Neustadt a. d. H., Schneider-Hannover, Schneider-Dresden, Schön, Schönfeldt, Schöpflin, Scholich, Scholz, Schrader, Schreck, Schröder, Schüning, Schulz-Witten, Schulz-Berlin, Schuhmacher, Schumann, Seel, Seifert, Senkpeil, Siering, Silberschmidt, Simon, Sollmann, Südekum, Süß, Spiegel, Sprenger, Stahl, Staimer, Steffen, Stengele, Stephan, Stirius, Striebing, Strohhäcker, Struwe, Heinrich Stubbe-Hamburg, Stücklen, Stuckenbrok, Taubadel, Thiele, Thielecke, Timm, Thöne, Thomas, Töneböhn, Treu, Ulrich, Undeutsch, Vesper, Vetterlein, Vetters, Vogel, Voigt, Wagner-Neustädel, Wagner-Mölln, Walther-Höchst, Walther-Dresden, Wedemeyer, Wegener, Weill, Weinheber, Wellmann, Wels, Wengels, Werner, Wettermann, Wieczorek, Wiesner, Windau, Winkelmann, Witzler, Wittich, Wurm, Wuschick, Zabel, Zielke, Zietz, Zorn.

Mit Nein haben gestimmt: Agnes, Albrecht-Halle, Albrecht-Könnern, Antrick, Apel, Arendsee, Beck, Bellert, Berten, Bihlmeier, Blumöhr, Bock, Böhle, Brandenburg, Brühl, Büchner, Bühler, Burckhardt, Clajus, Crispien, Davidsohn, Dißmann, Dittmann, Donalies, Emmel, Engelhardt-Helmstedt, Engelhardt-Cannstatt, Ewald, Fahrenwald, Fauth, Fiedler, Frank-Berlin, Fries, Frommhold, Fuchs, Gebhardt-Burg bei Magdeburg, Gebhardt-Hof a. S., Gehrmann, Geyer, Gottschalk, Göst, Götz, Granz, Grauer, Graupe, Grenz, Gutekunst, Hammer, Hanisch, Hartung, Hengsbach, Henke, Henkel, Hennig-Neustadt, Hermann, Herzfeld, Hoch-Frankfurt a. M., Hoch-Hanau, Gottlieb Hoffmann-Berlin, Paul Hoffmann-Berlin, Hofrichter, Horn-Dresden, Hugel, Jaffke, John-Leipzig, Jungnickel-Annaberg, Käppler, Kilian, Kleinspehn, Klingler-Berlin, Klingler-Koburg, Knauf, Kniep, Krüger-Wandsbek, Krüger-Leipzig, Kühn, Kunert, Leber, Ledebour, Leich, Leid, Lensch, Leopoldt, Leutert, Leuthold, Leweretz, Linde, Lindner, Lippmann, Ludwig-Hagen, Luxemburg, Marxhausen, Meier-Zwickau, Menzel, Möller-Schönefeld, Müller-Düsseldorf, Müller-Leipzig, Oppermann, Ostkamp, Pannekoek, Panzer, Peter, Plorin, Pollender, Porstendorfer, Raute, Reißhaus, Reitze, Reiwand, Roth-Werdau (Sa.), Rühle, Ryssel, Schindler, Fritz Schmidt-Berlin, Schnabrich, Schinkel, Schulz-Elbing, Schwartz, Schwarzburger, Schweida, Seip, Sellin, Speich, Sperling, Stadthagen, Stäffler, Sterzel, Stolle, Karl Stubbe-Hamburg, Vogtherr, Wasser, Westkamp, Wesimeyer, Wicky, Wittig, Wünschmann, Zentgraf, Zetkin, Ziegler, Zubeil.

Darauf gibt **Laufenberg**-Hamburg folgende Erklärung ab: Im Namen eines Teils der Hamburger Delegierten, und zwar der Genossen Stengele, Hüffmeier, Jantzen, Stubbe, Birkholz, Blume, der Genossin Königshof und meiner selbst habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die Unterzeichneten bringen zum Ausdruck: Durch Ihre Zustimmung zur Resolution Wurm in der Steuerfrage erklären sie sich für den Grundgedanken der Resolution, wonach, nachdem über den Verwendungszweck entschieden ist, die Fraktion ihre Stellung nach Maßgabe der geringeren Belastung der Arbeiterschaft zu nehmen hat. Sie erklären sich jedoch nicht für jeden Einzelsatz der Resolution, ausgenommen den sich auf den Parteitagsbeschluß von Nürnberg beziehenden Teil.

Der Antrag 109 wird mit großer Mehrheit angenommen.

Alle übrigen Anträge zu diesem Punkt sind dadurch erledigt, ebenso dieser Punkt selbst.

Auf Antrag Weill wird am Sonnabend bereits um 8 Uhr begonnen.

Schluß 7 Uhr.

Zu Protokoll erklären, daß sie verhindert gewesen seien, an der Abstimmung teilzunehmen: Koch, Roßmann, Winnig, sie hätten für die Resolution Wurm gestimmt; Adolf Hoffmann, der gegen die Resolution gestimmt hätte; Reichert, die gegen die Resolution Wurm und gegen Resolution 114 stimmen wollte, und Baudert, der für Resolution 114 und im Ablehnungsfalle für Resolution 112 stimmen wollte.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 20. September 1913. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Bock** eröffnet die Sitzung um 8 Uhr.

Es folgt Punkt 6 der Tagesordnung

Maifeier.

Berichterstatter **Ebert**: Ich werde mich mit Rücksicht auf die Geschäftslage auf das Allernotwendigste beschränken müssen. Ich will deshalb direkt anknüpfen an unsere vorjährigen Verhandlungen über diesen Gegenstand. Sie haben sich bekanntlich fast ausschließlich mit der Frage der Abführung des Tagelohnes beschäftigt. Erhebend waren sie nicht. Die peinlichen Zwischenfälle, die sich bei der Abstimmung abgespielt haben, haben sogar recht niederdrückend gewirkt. Es ist infolgedessen im vergangenen Jahre nicht zur endgültigen Erledigung der Angelegenheit gekommen. Wohl ist in namentlicher Abstimmung der Nürnberger Beschluß mit 270 gegen 211 Stimmen aufgehoben worden. Der Antrag 213 Schmidt, Giebel und Genossen, der die Abführung des Tagesverdienstes auf die Angestellten der Partei und Gewerkschaften beschränken wollte, kam aber nicht mehr zur Abstimmung, obwohl nur unter dieser Voraussetzung der größte Teil der Anhänger dieses Antrages vorher für Aufhebung des Nürnberger Beschlusses gestimmt hatte. Der Parteitag hat schließlich die Anträge 213 und 179 Absatz 2 sowie 85 Absatz 2 dem diesjährigen Parteitag zur Erledigung übergeben. Parteivorstand und Ausschuß haben sich im Laufe des letzten Jahres wiederholt mit dieser Sache beschäftigt. Sie haben sich dabei von der Absicht leiten lassen, die Maifeier möglichst zu befreien von den deprimierenden Streitereien über die Lohnabführung. Wir haben uns weiter leiten lassen von dem Gedanken, die Sache so vorzubereiten, daß sie auf diesem Parteitag eine möglichst glatte Erledigung finden kann. Das Resultat unserer Beratungen war der vorliegende Antrag 58. Auch die Generalkommission der Gewerkschaften steht auf dem Boden dieses Antrages.

Der Antrag will gegenüber dem bisherigen Zustand den Kreis derjenigen, die zur Abführung des Tagelohnes verpflichtet sind, einschränken, und zwar aus folgenden Gründen. Bei der vorjährigen Verhandlung ist vom Referenten Pfannkuch und einer ganzen Anzahl Diskussionsredner eingehend dargelegt worden, zu welchen Unzuträglichkeiten der Nürnberger Beschluß geführt hat. Ich kann darauf heute nicht näher eingehen, will nur noch einmal die dabei in Betracht kommenden Gesichtspunkte kurz zusammenfassen. Nach vielen Klagen der Organisationen, daß der Nürnberger Beschluß undurchführbar sei, hat der Parteivorstand eine Umfrage bei den Organisationsleitungen veranstaltet, die ergeben hat, daß fast überall, wo versucht wurde, den Beschluß ernsthaft durchzuführen, die allergrößten Schwierigkeiten entstanden; Schwierigkeiten, die teilweise das ganze Parteileben erschüttert haben. Die Organisationen der großen Orte sind gar nicht in der Lage festzustellen, welche Arbeiter feiern und keinen Lohnausfall haben. Denn der Beschluß bezieht sich ja nicht nur auf die Arbeiter der Partei- und Gewerkschaftsbetriebe, sondern auch auf die Arbeiter der Genossenschafts- und der Privatbetriebe. Da fehlt uns jede Kontrollmöglichkeit. Daran hat auch die vor zwei Jahren auf dem Parteitag herbeigeführte Verschärfung des Nürn-

berger Beschlusses nichts geändert. Im Gegenteil, mit dieser Dr.-Eisenbart-Kur sind die Zustände nur noch verschlimmert worden. Das war ja auch die ausgesprochene Absicht derjenigen, die damals die Verschärfung des Beschlusses herbeigeführt haben. Die Folge war, daß sich die Ausschlußanträge geradezu angehäuft haben. Ein einziger Bezirksvorstand hat sich allein mit 82 Ausschlußanträgen wegen dieser Angelegenheit zu beschäftigen gehabt. (Hört, hört!) Und aus dem diesjährigen Bericht ersehen Sie, daß die Hälfte der Ausschlußanträge durch die Nichtabführung des Tagelohns bei der Maifeier entstanden ist. Aus der Umfrage geht auch hervor, daß eine ganze Anzahl Bezirke davon absah, den Antrag ernstlich durchzuführen, weil sie fürchteten, einen erheblichen Teil der in Betracht kommenden Arbeiter ausschließen zu müssen. Vielfach ist die Durchführung auch gescheitert an den wirtschaftlichen Verhältnissen der in Betracht kommenden Arbeiter. Wenn Krankheit in der Familie herrscht oder wenn der Arbeiter vorher arbeitslos war oder bei Arbeitern mit großer Kinderzahl war es einfach unmöglich, einen ganzen Tagesverdienst abzuführen. Denken Sie an die Witwen, die erwerbstätig sind und die Ernährer ihrer Kinder sind, denken Sie an die Arbeiterinnen, die für den Unterhalt ihrer Eltern sorgen müssen. Man hat da wohl Ausnahmebestimmungen geschaffen, aber wenn man erst dieses Gebiet betritt, dann entsteht die Frage: wo fängt man an und wo hört man auf.

Sehr große Schwierigkeiten machte uns auch das technische Personal unserer Parteibetriebe. Nach dem Buchdruckertarif muß für gesetzliche Feiertage oder für solche, die vom Arbeitgeber angeordnet werden, der Lohn bezahlt werden. Auf diese Bestimmung des Buchdruckertarifs berief sich fast überall das technische Personal. Die Gegenmaßnahmen der Parteiorganisationen, selbst Ausschlußanträge, vermochten hier nichts zu ändern. Hätten wir weiteres gegen das Personal unternommen, dann wären wir auf den Weg der tariflichen Differenzen geraten, ein Weg, den die Partei nicht betreten kann. Auch bei den Angestellten der Genossenschaften und Krankenkassen sind große Schwierigkeiten entstanden. Wir haben auf diese Körperschaften keinen direkten Einfluß, und andererseits wirken sie bei der Festsetzung der Maifeier nicht mit. Mehrfach ist es sogar vorgekommen, daß solche Körperschaften, wenn die Durchführung des Nürnberger Beschlusses verlangt wurde, von der Arbeitsruhe abgesehen haben. (Hört! hört!) Das ist höchst bedauerlich und aufs schärfste zu verurteilen, aber es ist eine Tatsache, die uns aus einer ganzen Anzahl von Bezirken berichtet worden, mit der wir also wohl oder übel zu rechnen haben. (Sehr richtig!)

Wir haben deshalb im Interesse der Partei und der Maifeier es für dringend geboten gehalten, künftig die Abführung des Tagelohns nur noch auf die Angestellten der Partei und Gewerkschaften zu beschränken. (Sehr richtig!) Partei und Gewerkschaften, das sind die Organisationen, die die Maifeier beschließen und durchführen, das sind die Kampforganisationen des Proletariats, von deren Führern man verlangen kann, daß sie wie überall auch hier mit gutem Beispiel vorangehen. (Sehr richtig!) Von einer Ausnahmebestimmung für die Angestellten kann dabei keine Rede sein. Die Partei verlangt von den Arbeitern, daß sie die Maidemonstration möglichst durch Arbeitsruhe begehen. Die Arbeiter haben ihren Lohnausfall, und viele setzen sogar mit der Durchführung der Arbeitsruhe ihre Existenz aufs Spiel. Für die Angestellten der Partei und der Gewerkschaften ist die Abführung des Tagelohns ein verhältnismäßig geringes Opfer und meines Erachtens kann man sehr wohl erwarten, daß alle die in Betracht Kommenden gern und freudig dieses Opfer auf sich nehmen. (Sehr richtig!) Wenn bisher bedauerlicherweise von einigen Gewerkschaftlern der Durchführung des Beschlusses Schwierigkeiten gemacht worden

sind, so muß in Betracht gezogen werden, daß sie sich darauf beriefen, der Beschluß sei einseitig von der Partei ohne Mitwirkung der Gewerkschaften festgesetzt und für sie daher nicht bindend. Das kann nun nicht mehr geltend gemacht werden. Unser Antrag hat die Zustimmung der Generalkommission. Sie hat uns erklärt, selbst ihren Einfluß einzusetzen, damit der Antrag glatt zur Durchführung gelange. Wir zweifeln nicht, daß uns das gelingt. Je einmütiger der Parteitag sich auf den Boden unseres Antrages stellt, desto sicherer und leichter wird das geschehen. (Sehr richtig!) Wenn sich aber trotzdem Widerstände geltend machen sollten, dann haben eben die Parteiorganisationen das Erforderliche zu veranlassen. Und da kann ich nachdrücklich erklären, daß wir in der Parteileitung einmütig der Meinung sind, daß Parteigenossen, die so wenig Pflichtgefühl haben und so wenig Opferfinn besitzen, das Vertrauen der Parteigenossen für sich nicht mehr in Anspruch nehmen können. (Lebhafter Beifall.)

Der Wortlaut unseres Antrages ist klar und unzweideutig. Selbstverständlich bezieht er sich nicht allein auf Parteigenossen, sondern auf Parteigenossinnen, und unter dem Begriff „Bureaus" sollen freilich auch Zeitungsexpeditionen, Buchhandlungen und ähnliche Institutionen verstanden werden. Unter der Bezeichnung „In Bureaus angestellte Parteigenossen" verstehen wir auch im Außendienst tätige Genossen, z. B. Akquisiteure und Beitragskassierer. Wirtschaftlich schlecht gestellte Personen, wie Laufburschen, im Nebenberuf tätige Reinmachefrauen, Zeitungsausträgerinnen, sollen von unserem Beschluß nicht getroffen werden.

Wir verkennen nicht, daß auch unser Vorschlag nicht völlig einwandfrei ist. Beurteilen Sie aber die verzwickte Sachlage, in der wir uns befinden. Unser Vorschlag ist die beste Möglichkeit, zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen. (Sehr richtig!) Es ist der beste Ausweg, um aus dieser Situation herauszukommen. (Sehr richtig!)

Der Vorschlag wird von zwei Seiten angegriffen, und zwar zunächst von denen, die den Nürnberger Beschluß völlig beseitigen wollen. Ein solcher Beschluß würde draußen große Mißstimmung auslösen. Er würde einen recht unangenehmen Ausklang unseres Parteitages bilden. (Lebhafte Zustimmung.) Da muß ich die Parteigenossen dringend bitten, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. (Beifall.) Die andere Seite, die unseren Beschluß angreift, sind diejenigen, die den Nürnberger Beschluß voll aufrecht erhalten wollen. Das Entscheidende der Differenz zwischen uns und dieser Gruppe ist im Grunde genommen nur ein gewisser Ausfall von Einnahmen für die Maifeierfonds. Nach den Berichten beträgt die Gesamteinnahme der Maifeierfonds etwa 400 000 Mark. Die Beiträge für Abführung des Tagelohns bilden vielleicht 20 Prozent der Gesamteinnahme. Wenn Sie berücksichtigen, daß auch nach unserem Antrag ein erheblicher Teil dieser Einnahmen erhalten bleibt, dann werden Sie zugeben, daß der Ausfall an Einnahmen wirklich nicht so bedeutend ist, daß wir deswegen die großen Schwierigkeiten, die wir in der Organisation haben, weiter schleppen sollten. Ich bitte Sie deshalb recht dringend, unserem Antrage zuzustimmen und alle übrigen Anträge, die sich mit der Abführung des Tagelohns beschäftigen, abzulehnen. (Beifall.)

Mit der Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai brauche ich mich nur kurz zu beschäftigen. Im vergangenen Jahre fiel der 1. Mai auf einen gesetzlichen Feiertag, ich kann deshalb über den Umfang der Arbeitsruhe nichts berichten. Es wäre lediglich zu erörtern, ob auf dem internationalen Kongresse im nächsten Jahre die deutsche Delegation zur Arbeitsruhe eine andere Stellung einnehmen soll als bisher. Ueber diese Frage hat sich im vergangenen Jahre Molkenbuhr geäußert. Er hat erklärt, der Parteivorstand stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai beibehalten werden solle. Das ist auch

heute noch die einmütige Auffassung des Parteivorstandes. Wir haben uns in diesen Tagen eingehend unterhalten über die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit von Massenaktionen. Die Maidemonstration ist eine Aktion, die ihrem ganzen Wesen nach am besten geeignet sein muß, bei den Massen Begeisterung und Entschlossenheit auszulösen. Sie gilt den Forderungen des proletarischen Klassenkampfes. Neben der Forderung des wirksamen Schutzes der menschlichen Arbeitskraft gegen kapitalistische Ausbeutung und Verwüstung gilt es einzutreten für die politische Gleichberechtigung, zu protestieren gegen den kulturfeindlichen Militarismus und den männermordenden Krieg. Die Gefährdung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, der Stillstand der Sozialpolitik, die Verweigerung des gleichen Wahlrechts in Preußen und der immer beutegieriger auftretende Imperialismus geben der Maidemonstration des deutschen Proletariats neuen Inhalt und neue Kraft. (Sehr richtig!) Eine Abschwächung der Maifeier gerade in dieser Situation wäre ein Zurückweichen, das von unseren Parteigenossen nicht verstanden würde. (Sehr richtig!) Den Treibereien der Scharfmacher und Rüstungsfanatiker muß mit steigender Wucht die Solidarität der Arbeiter aller Länder gegenübergestellt werden, dazu gibt die Maidemonstration die beste Gelegenheit. Wenn der internationale Kongreß im nächsten Jahre zusammentritt, sind 25 Jahre verflossen, seit dem die neue Internationale entstand, die als mächtiger Bund des Sozialismus die Länder des Erdballes umspannt. Auf jener imposanten Tagung vor 25 Jahren wurde die Maifeier geschaffen, die seitdem mächtig die Propagierung unserer Klassenforderungen gefördert hat. Ich glaube, niemand auf diesem Jubiläumskongreß wird Neigung haben, den Charakter der Maidemonstration abzuschwächen. Ich bitte Sie daher dringend, alle Anträge, die dahin zielen, abzulehnen. (Lebhafter Beifall.)

Fries-Köln: Der Magdeburger Antrag 72 verlangt, daß am 1. Mai die Referenten keine Entschädigung, sondern nur die Erstattung ihrer direkten Unkosten erhalten. So sehr ich diesen Antrag begrüße, so zweifle ich doch an seiner Durchführbarkeit. Wir haben einen Wahlkreis, der dasselbe schon beschlossen hatte, aber die Folge war, daß die Angestellten, die wir als Referenten brauchten, einfach streikten. (Zuruf: „Schöne Sozialdemokraten!" — Pfuirufe.) Ich kann Ihnen den Beweis dafür erbringen. Der Antrag des Vorstandes, der die Abführung des Tagesverdienstes seitens der Gewerkschaftsangestellten und Parteibeamten am 1. Mai betrifft, ist mir zwar sympathisch, aber ich kann ihm nicht zustimmen, weil er nichts Festes bringt. Es heißt nur, „es wird erwartet", daß sie den Verdienst abführen. Das ist schon früher ausgesprochen worden, aber es ist nicht geschehen. Ich fürchte, auch der neue Antrag wird nur zu Reibereien führen. Die Erklärung des Genossen Ebert könnte den Antrag ja schmackhafter machen, aber ich würde wünschen, daß auch die Generalkommission der Gewerkschaften eine Erklärung im gleichen Sinne für die Gewerkschaftsangestellten abgeben würde. Die Leute sollen doch beweisen, daß sie wirklich Kulturpioniere des Sozialismus sind. Führen sie den Verdienst nicht ab, so beweisen sie, daß sie es nicht sind. (Sehr richtig!) Es wurde gesagt, das wäre eine Ausnahmebestimmung, weil die übrigen Arbeiter den Tagesverdienst auch nicht abführen brauchten. Das ist nicht richtig, wir haben Tausende von Parteigenossen mit geringem Arbeitslohn, die im ganzen Jahre so viele Opfer für die Partei bringen, daß damit das, was die Angestellten am 1. Mai abführen sollen, hundertfach aufgewogen wird. Wir krönen die fruchtbare Arbeit des Parteitages dadurch, daß wir möglichst einstimmig beschließen: der Tagesverdienst am 1. Mai muß abgeführt werden. Nun ein Wort an die Angestellten. Als ich mich zum Wort meldete, wünschte ich die Gabe der freien Rede so zu besitzen, daß ich Ihnen zeigen könnte, wie die Massen der Arbeiter

im Lande denken. Die Mißstimmung zwischen Arbeiter und Angestellten ist vorhanden. Wer sie leugnet, hat keine Fühlung mit den Arbeitern. (Sehr richtig!) Wollen Sie den ersten großen Schritt zur Beseitigung dieser Mißstimmung tun, dann beschließen Sie einstimmig die Abführung des Tagesverdienstes der Angestellten von Partei und Gewerkschaften am 1. Mai. Beweisen Sie, daß Sie das sind, was Sie sein sollen, die Kulturpioniere der sozialistischen Bewegung! (Beifall.)

Klingler-Berlin: Eine ganze Reihe von Anträgen zur Maifeier verlangt die Wiederherstellung des auf dem letzten Parteitag aufgehobenen sogenannten Nürnberger Beschlusses. Ich bin der Ueberzeugung, daß der Parteitag am besten täte, wenn er diesen Beschluß wiederherstellt. (Sehr richtig!) Als ich im vorigen Jahre von der Aufhebung dieses Beschlusses las, hatte ich das Gefühl, als wenn ich einen Faustschlag ins Gesicht erhielte. Viele andere Genossen werden dasselbe Gefühl gehabt haben. Viele sagen, der Nürnberger Beschluß sei für die davon Betroffenen eine Ausnahmebestimmung. Er beseitigt aber im Gegenteil eine Ausnahme. Die Arbeiter und Angestellten der Partei, der Gewerkschaften und Genossenschaften befinden sich doch bei der Maifeier in einer bevorzugten Stellung und es ist nur gerecht, wenn sie einen kleinen Betrag abführen zugunsten derjenigen, die wegen der Maifeier gemaßregelt werden. Ein großer Teil dieser im Dienste der Arbeiterbewegung stehenden Arbeiter und Angestellten wird die Wiederherstellung des Nürnberger Beschlusses auch begrüßen, denn heute wird ihnen oft gesagt: Ihr habt gut feiern, Ihr braucht keine Angst vor Maßregelung zu haben und der Tag wird Euch bezahlt. Das würde aufhören mit der Wiederherstellung des Nürnberger Beschlusses. Alle diejenigen, die sich weigern, diesem Beschluß nachzukommen, beweisen damit, daß ihnen alles abgeht, was man von einem Sozialdemokraten verlangen kann. (Sehr richtig!) Und die Partei verliert gar nichts, wenn diese Verweigerer der paar Pfennige einfach aus der Partei gestrichen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir verlieren dabei nichts als die Beiträge dieser Personen. Wenn der Parteitag den Nürnberger Beschluß nicht wiederherstellt, dann können wir versichert sein, daß uns der Vorwurf gemacht wird, die Sozialdemokratie hätte damit dokumentiert, daß keine Ideale bei ihr vorhanden sind. Wenn wir solche Vorwürfe vermeiden wollen, dann müssen wir den Nürnberger Beschluß wiederherstellen und wenn möglich mit Einstimmigkeit. (Bravo!)

Fischer-Hannover: Nachdem der Chemnitzer Parteitag den Nürnberger Beschluß aufgehoben hatte, waren viele Parteigenossen der Meinung, daß damit endlich ein Buch zugeschlagen sei, das recht viele trübe Aufzeichnungen enthält. Man hoffte, daß nun definitiv mit dieser Angelegenheit der Maifeier ein Ende gemacht worden sei. Leider ist diese Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen, denn es sind 14 verschiedene Anträge eingereicht worden. Sie lassen sich einteilen in drei Gruppen. Die eine verlangt, daß alle Genossen, die am 1. Mai feiern und keine Einbuße an Lohn erleiden, ihren Obolus zahlen sollen. Daß dieser Antrag nicht verwirklicht werden kann, ergibt sich schon aus der Unmöglichkeit einer allgemeinen Kontrolle, die nur bei den Angestellten in der Arbeiterbewegung möglich wäre. Die zweite Gruppe der Anträge verlangt, daß die Arbeiter und Beamten der Parteibetriebe und die Gewerkschaftsangestellten zahlen sollen, daß also der Nürnberger Beschluß wiederhergestellt wird. Dann werden wir aber alle Jahre auf dem Parteitag wieder dieselben Klagen erleben. Die dritte Gruppe der Anträge verlangt, daß nur die Angestellten der Partei und der Gewerkschaften zahlen sollen. Ich bitte Sie, nun endlich einmal definitiv Schluß zu machen mit dieser Sache. Lehnen Sie alle Anträge ab, das ist das beste, und am konsequentesten wäre es, wenn man auch den Antrag des Parteivorstandes ablehnen würde. Nun noch ein paar Worte zur Maifeier

selbst. Die Entwicklung, die die Maifeier genommen hat, findet die Sympathie nicht eines einzigen Parteigenossen. Alle ohne Ausnahme sind der Meinung, daß die Entwicklung nicht so erfolgt ist, wie wir erhofften. (Zurufe: „Aber warum?") Die Arbeitsruhe am 1. Mai bietet jetzt ein eigentümliches Bild. Nur wenige sieht man, die gezwungen sind, am 1. Mai zu arbeiten, und die dennoch feiern. Auf diesem Gebiet haben wir wenig Erfolg zu verzeichnen und der Zustand ist ein betrübender. (Zuruf: „Ihr habt sie totgeredet!") Entweder wir setzen unsere ganze Kraft dafür ein, daß der 1. Mai wirklich ein Ruhetag aller Arbeiter wird (dann wird auch denen Rechnung getragen, die so sehr für den Massenstreik schwärmen), das wäre dann ja ein Tag, an dem wirklich die Massen die Arbeit verweigern, oder aber, wenn man das nicht durchsetzen kann, dann sollten wir mit der Maifeier in der heutigen Form überhaupt ein Ende machen. Ueber kurz oder lang muß man sich dazu doch verstehen. Wenn wir aber einsehen, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai sich nicht verwirklichen läßt, sollten wir uns dann darauf beschränken, daß der 1. Mai ein Demonstrationstag wird, an dem wir Abendversammlungen für unsere Forderungen veranstalten. (Zurufe.) Einer dieser Wege wird für die Zukunft nur gangbar sein, entweder so oder so, aber mit dem heutigen Zustand muß Schluß gemacht werden. Wir haben ja jetzt die Handhabe dazu. Im nächsten Jahre ist der internationale Kongreß in Wien, und dort kann die deutsche Delegation die Sache klären und ventilieren. Unerfreulich ist es, zu sehen, wie das große Ideal der Maifeier verhunzt worden ist. (Sehr richtig! und Zuruf: Durch die Flaumacher!) Also machen wir ein Ende damit. (Beifall und Widerspruch.)

Große-Hamburg: Ebert empfiehlt uns im Auftrage des Parteivorstandes eine Resolution, die die Erwartung ausspricht, daß die Angestellten der Partei und Gewerkschaften ihren Tagelohn am 1. Mai zum Maifeierfonds abführen, um aus dem Dilemma, in dem wir uns jetzt bezüglich der Maifeier befinden, herauszukommen. Darin stimme ich Ebert bei, daß die Schwierigkeiten besonders in den letzten Jahren seit Bestehen des Nürnberger Beschlusses sich bedeutend vergrößert haben. Ich kann aber nicht einsehen, daß wir durch den Antrag des Parteivorstandes aus diesen Schwierigkeiten herauskommen können. (Sehr richtig!) Die Schwierigkeiten liegen vornehmlich darin, daß für die Opfer der Maifeier die Unterstützung eingeführt worden ist und daß durch Parteitagsbeschluß Fonds dafür angesammelt werden sollen. Diese Fonds können nur dadurch angesammelt werden, daß alle diejenigen, welche am 1. Mai keinen Lohnausfall erleiden, dazu beitragen. Wenn das aber in das Belieben jedes einzelnen gestellt wird, dann werden wir nicht die Beiträge bekommen, um die Opfer der Maifeier zu entschädigen. Wir in Hamburg wünschen einen bestimmten Beschluß, auf den wir uns bei der Erhebung der Beiträge stützen können. Wir haben 1911 über 100 000 Mark für die Opfer der Maifeier ausgeben müssen und da kann es uns nicht einerlei sein, ob die Einnahme von 18 000 Mark durch die Beiträge von dem Belieben der einzelnen Genossen abhängen soll. Wir in Hamburg haben bei der Einziehung dieser Beiträge keine Schwierigkeiten gehabt. Das kann uns aber nicht bestimmen, hier einen Beschluß zu fassen, der weder Fisch noch Fleisch ist. Als der Nürnberger Beschluß im vorigen Jahre aufgehoben wurde, waren es die Angestellten, die im Mittelpunkt der Erörterung standen. Ich will hier keine scharfen Worte gebrauchen. Wenn man aber jahrelang in der Arbeiterbewegung angestellt ist und seine Pflicht getan hat, wie es in Hamburg schon vor der Einführung des Nürnberger Beschlusses war, so ist es ein unhaltbarer Zustand, wenn man sich dann in den Versammlungen noch beschimpfen lassen muß. Durch den Nürnberger Beschluß und durch die Einführung der Maifeierunterstützung ist die Maifeier eigentlich nicht mehr das, was sie ursprünglich gewesen ist. (Sehr richtig!) Verzeihen Sie das harte Wort, wenn man aber für die Maifeier früher alles mögliche getan hat und dann sieht, wie sie sich entwickelt hat, so kann es einem leid werden, auf die Dauer noch für die Aufrechterhaltung der Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten. (Zustimmung und Widerspruch.) In früheren Beschlüssen ist gesagt worden, daß derjenige feiern soll, der es ohne Schädigung tun kann. Mit einem solchen Beschluß kommen wir auf die Dauer nicht aus. Man muß die Arbeitsruhe erweitern, um dadurch den Zwang auf die Arbeitgeber auszuüben, daß sie den 1. Mai freigeben, sonst hat die ganze Demonstration überhaupt keinen Sinn. Das erfordert natürlich auch Opfer, nicht allein der Ausfall an Tagelohn ist dabei zu berücksichtigen, sondern wir müssen damit rechnen, daß wie in Hamburg, jedes Jahr 10 Tage ausgesperrt wird, wir müssen auch den großen Ausfall an Akkordlöhnen berücksichtigen. Dadurch werden den Arbeitern Opfer aufgebürdet, die wir gar nicht zu entschädigen in der Lage sind. Wenn solche Opfer gebracht werden, dann ist es ganz natürlich, daß diejenigen, die keinen Schaden durch die Maifeier haben, ihren Obolus zugunsten der Geschädigten opfern. Es ist aber notwendig, daß dazu ein positiver Beschluß gefaßt wird; denn die Beiträge können nicht entbehrt werden. Wenn Ebert erklärt, daß der Parteivorstand festhält an der Arbeitsruhe für den 1. Mai, so bedeutet das für uns, daß wir künftig mit größerem Nachdruck für die Arbeitsruhe am 1. Mai eintreten müssen und daß im nächsten Jahre auf dem internationalen Kongreß an der bisherigen Form der Maifeier nichts geändert werden darf. Wir werden aber auch zu festeren Beschlüssen kommen müssen, um die Opfer des 1. Mai unterstützen zu können, ob wir den jetzigen ungewissen Zustand zu einem dauernden machen können, erscheint mir sehr fraglich. Wir wissen, daß die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai eigentlich nur in Deutschland konsequent erfolgt ist. Deshalb glaube ich auch, daß der Vorstand es sich noch einmal überlegen wird, ob auf dem Internationaler Kongreß in der Form der Maifeier nicht eine Aenderung geschaffen werden kann. Ich bin auch überzeugt, daß alles, was uns bewegt am 1. Mai, auch ohne Arbeitsruhe öffentlich zum Ausdruck gebracht werden kann. (Sehr richtig!) Ich will mich nicht verbreiten darüber, ob es angebracht ist, einen Antrag zum internationalen Kongreß vorzubereiten, aber ich möchte Sie bitten, daß wir mindestens diejenigen, die keinen Lohnausfall haben, verpflichten, den Tagelohn zu opfern für die Unterstützung der Geschädigten. (Beifall.)

Vorsitzender **Bock:** Es ist ein Antrag Beims-Magdeburg eingegangen, im Antrag 58 hinter den Worten „Parteigenossen" einzufügen: „Sobald sie mehr als 2000 Mark Jahresgehalt beziehen." (Unruhe.) Ferner ist ein Schlußantrag eingegangen vom Genossen Auer.

Auer-München: Es sind über 20 Redner zu diesem Punkt zum Wort gemeldet. Ausführungen über die prinzipielle Seite der Maifeier werden nach meinem Dafürhalten nicht mehr beliebt, wenigstens entnehme ich das den vorliegenden Anträgen, die alle zur Ablieferung des Tagelohns Stellung nehmen. Die Erörterung dieser Ablieferungsfrage halte ich aber des Parteitages für unwürdig. Der Maifeier wird durch diese Auseinandersetzungen nicht gedient. (Sehr richtig!) Deshalb bitte ich, dem Schlußantrag zuzustimmen.

Beims-Magdeburg: Bei der Durchführung des Antrages des Parteivorstandes werden sich zweifellos Schwierigkeiten ergeben, die jetzt nicht zu übersehen sind. Ich möchte Sie daher bitten, die Debatte weitergehen zu lassen, damit der Antrag abgeändert oder interpretiert werden kann.

Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Ebert (Schlußwort): Es ist in der Debatte bemängelt worden, daß unser Antrag nicht in positive Form gekleidet ist. Ich habe aber bereits erklärt,

daß der Parteivorstand der Auffassung ist, daß die Parteiorganisationen auf Grund des Organisationsstatuts auch bei dieser Form des Antrages Mittel und Wege genug haben, um das Erforderliche für die Durchführung des Antrages veranlassen zu können. Ein Redner hat vermißt, daß nicht auch eine ähnliche Erklärung von der Generalkommission vorliege. Ich habe in meinen Ausführungen schon zu verstehen gegeben, daß diese Erklärung der Generalkommission bereits vorhanden ist. Die Generalkommission war immer der Auffassung, daß die Beschlüsse des Parteitages von den in den Gewerkschaften tätigen Parteigenossen zu beachten sind. Ich kann weiter erklären, daß die Generalkommission auch in bezug auf unseren vorliegenden Antrag dieser Ansicht ist. — Wenn dann weiter geltend gemacht worden ist, daß wir mit unserem Antrag aus den bestehenden Schwierigkeiten nicht herauskommen werden, so haben die Redner ganz außer acht gelassen, daß das zweifellos eintreten muß, weil der Kreis der Beteiligten erheblich eingeschränkt wird. Diejenigen, die gegen diese Einschränkung gesprochen haben, sind auf meine Darlegungen eigentlich gar nicht eingegangen. Niemand ist eingegangen auf die Schwierigkeiten, die uns beim technischen Personal entstehen, sowie darauf, daß ein großer Teil der Arbeiter in der Privatindustrie wirtschaftlich kaum in der Lage ist, dem Beschluß zu entsprechen, ebensowenig darauf, daß die Kontrollmöglichkeit für die Durchführung eines solchen Beschlusses fehlt. (Zuruf: Schlußantrag!) Die Genossen in Hamburg haben die Einrichtung schon sehr lange, und bei den an sich guten Organisationen in Hamburg ist es begreiflich, wenn dort weniger Schwierigkeiten entstehen. Aber in fast allen übrigen Bezirken des Landes sind diese Schwierigkeiten in der Tat entstanden. — Die Maifeierfonds werden bei Annahme unseres Antrages durchaus nicht gefährdet. Sie werden nicht, wie man es darzustellen versuchte, in der Hauptsache gespeist durch die Abführung des Tagelohns, sondern fast überall ist man dazu übergegangen, eine gewisse Beitragsleistung der Mitglieder der Organisationen für den Maifeierfonds durchzuführen. Man führt Ueberschüsse von Festlichkeiten usw. dem Maifeierfonds zu. Die Abführung des Tagelohnes bildet in der Regel nur einen kleinen Teil der Einnahmen. — Abzulehnen bitte ich den Antrag, der verlangt, daß nur Angestellte mit einem Gehalt über 2000 Mk. ihren Tagesverdienst abführen sollen. (Sehr richtig!) Der abzuführende Beitrag wird ja bemessen nach der Höhe des Gehalts, so daß die Belastung auch für solche, die weniger Gehalt haben, nicht zu hart ist. — Ich bitte Sie also nochmals dringend, dem Vorschlag des Parteivorstandes zuzustimmen.

Auf die Frage der Arbeitsruhe gehe ich auch jetzt nicht näher ein. Es ist in der Debatte sowohl der Abschwächung wie der Erweiterung der Arbeitsruhe das Wort geredet worden. Beide Fragen sind auf Parteitagen und internationalen Kongressen eingehend erörtert worden. Nachdem im Jahre 1904 auf dem Amsterdamer Kongreß unter allgemeiner Zustimmung eine Regelung gefunden worden ist, die unseres Erachtens die zweckmäßigste ist, bitte ich, es dabei zu belassen. (Sehr richtig!)

Thielecke (zur Geschäftsordnung) teilt mit, daß im Antrag 69 hinter „Parteigenossen" eingefügt werden muß „und Genossinnen".

In der Abstimmung werden zunächst die Anträge 66 bis 74 abgelehnt.

Vorsitzender **Bock**: Wir kämen dann zur Abstimmung über die Anträge, die vom vorigen Parteitag dem diesjährigen Parteitag überwiesen worden sind. (Widerspruch.)

Ebert: Ich bin der Ansicht, daß zuerst über den Antrag 58 abgestimmt werden muß. (Sehr richtig!) Der Antrag ist von Vorstand und Ausschuß auf seine technische Durchführbarkeit geprüft worden. Dem Parteivorstand ist ausdrücklich ein Auftrag in dieser Richtung erteilt worden. Es ist parlamentarischer Brauch, daß zunächst eine solche Vorlage zur Abstimmung gelangt. Erst wenn der Antrag abgelehnt wäre, wäre über die anderen Anträge abzustimmen. (Sehr richtig!)

Lüth-Hamburg: Es müßte erst im Prinzip darüber abgestimmt werden, ob alle Genossen einen Tagelohn abzuführen haben und dann käme der Antrag des Vorstandes zur Abstimmung. (Widerspruch.)

Der Parteitag beschließt, daß zuerst über den Antrag 58 abgestimmt werden soll.

Das dazugehörige Amendement Beims auf Einführung der 2000-Mk.-Gehaltgrenze wird abgelehnt. Der Antrag 58 wird mit großer Mehrheit angenommen. Alle übrigen zu diesem Punkte noch vorliegenden Anträge sind damit erledigt. Der Punkt Maifeier ist erledigt.

Es folgt der Bericht der Beschwerdekommission.

Berichterstatter **Paulick**-Dessau: Die Beschwerdekommission hatte sich u. a. mit einer Berufung einer Ausschlußsache aus Göppingen zu befassen. Der Genosse Julius Brückner in Göppingen ist durch Schiedsgerichtsurteil vom 8. März d. J. gemäß § 23 des Organisationsstatuts aus der Partei ausgeschlossen worden. Gegen dieses Urteil hat Brückner rechtzeitig Berufung an den Parteitag eingelegt. Das Schiedsgericht hatte sein Urteil auf Grund folgenden Sachverhalts getroffen. Am 19. Mai 1912 hat eine Bezirkskonferenz in Göppingen beschlossen, an Stelle des bisherigen Abgeordneten Lindemann den Genossen Kinkel als Kandidaten für die Landtagswahl aufzustellen. Gegen diesen Beschluß der Bezirkskonferenz wollte Brückner am 21. Mai 1912 ein Inserat in der „Freien Volkszeitung" in Göppingen veröffentlichen, in dem er sagte, daß die Aufstellung Kinkels gleichbedeutend mit dem Verlust des Mandats sei. Er beantrage deshalb beim Kreisausschuß eine Urabstimmung, ob Kinkel oder Lindemann der Kandidat sein solle. Und da er als einzelner nicht in der Lage sei, eine Urabstimmung zu verlangen, so bitte er alle Genossen, die ebenfalls für eine Urabstimmung seien, ihm ihre Adressen mitzuteilen. Die Expedition der „Freien Volkszeitung" lehnte die Aufnahme dieses Inserats ab. Es wurde ihm gesagt, er könne seine Forderung auf Urabstimmung in der am Donnerstag stattfindenden Parteiversammlung oder in der am 16. Juni stattfindenden Kreisgeneralversammlung geltend machen. Brückner ließ darauf den Text als Plakat drucken, und zwei Stunden später klebte es zur Freude unserer Gegner an den Plakattafeln. Der Kreisausschuß hat darauf am andern Tage in der „Freien Volkszeitung" erklärt, wer sich dem Beschluß der Bezirkskonferenz nicht füge, stelle sich außerhalb der Partei, und einem Antrage auf Urabstimmung könne der Kreisausschuß gar nicht entsprechen, weil er dazu nicht berechtigt sei. Daß Urabstimmung für die Aufstellung von Landtagskandidaten erforderlich ist, ist weder im Landes- noch im Kreisstatut bestimmt. Am 23. Mai fand in Göppingen eine von 200 Genossen besuchte Parteiversammlung statt, in der das Vorgehen Brückners entschieden verurteilt, als Disziplinbruch bezeichnet und ein Antrag auf Ausschluß Brückners aus der Partei gegen wenige Stimmen angenommen wurde. Darauf antwortete Brückner durch ein neues Plakat an den Plakatsäulen. Er sagt darin: „Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden, so greift er nicht nach dem Schwert, sondern nach der Plakatsäule. (Heiterkeit.) Soll man sich vergewaltigen lassen, soll man sich alles bieten lassen, ohne sich zu wehren, und vor lauter Prinzip, Dogma und Disziplin sich des Rechts der freien Meinungsäußerung begeben?" (Hört! hört!) Die Gegner nutzten die Erklärungen Brückners in ihrer Presse selbstverständlich weidlich gegen unsere Partei aus. Sie konnten die denkbar wirksamsten Flugblätter mit dem Material, das sie durch die Proteste Brückners

erhalten hatten, schreiben — und die Folge war, daß der Wahlkreis an die Gegner verloren ging, obwohl im Wahlkampf an Stelle Kinkels noch ein anderer Kandidat gesetzt worden war. Am 30. Dezember 1912 teilte der württembergische Landesvorstand der Parteileitung in Göppingen mit, daß er dem Antrage, Brückner auszuschließen, nicht beitreten könne. Er spreche aber dem Genossen Brückner für sein Verhalten seine entschiedene Mißbilligung aus. Auch in die Gemeinderatssitzungen hat Brückner den Parteistreit hineingetragen. Die bürgerlichen Gemeinderatsmitglieder erklärten, daß sie erwarten, daß Kinkel sein Gemeinderatsmandat niederlegen werde. Sollte er das nicht tun, so würden sie ihn in den Kommissions- und Gemeinderatssitzungen unberücksichtigt lassen. Schon vorher hatte Brückner auf eine Anfrage des Oberbürgermeisters, warum er die Sitzungen nicht mehr besuche, geschrieben, er komme nicht mehr in die Sitzungen, weil er Kinkel nicht als Ehrenmann betrachte und deshalb jede gemeinsame Arbeit mit ihm ablehne. (Hört! hört!) Die sozialdemokratische Fraktion erklärte in einer Parteiversammlung, daß sie der Meinung sei, daß Kinkel sein Mandat nicht niederzulegen habe. Auch bürgerliche Gemeinderatsmitglieder hätten Dreck am Stecken und legten dennoch ihr Mandat nicht nieder. Die Parteiversammlung erklärte sich mit Ausnahme von fünf Anwesenden mit dieser Auffassung einverstanden. Brückner aber erklärte, er werde sich der Auffassung der Parteiversammlung und seiner Fraktion nicht anschließen, sondern im Gemeinderat der Meinung der bürgerlichen Gemeinderatsmitglieder beitreten. Das hat Brückner dann auch in der Gemeinderatssitzung ausgeführt. Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion erklärte, es liege kein Grund vor, daß Kinkel sein Mandat niederlegen müsse, er müsse es vielmehr ferner zum Wohle der Gesamtheit ausnutzen, und Brückner erklärte, daß er anderer, entgegengesetzter Meinung sei. Weil aber auch die bürgerlichen Vertreter dächten wie er, könne er nun wieder die Sitzungen besuchen.

Das Schiedsgericht, das auf Betreiben der Göppinger Organisation eingesetzt worden ist, kam zu der Auffassung, daß Brückner, wenn er mit der Kandidatenaufstellung nicht einverstanden war, sich doch nicht durch Anschlag an die Plakatsäulen an die breite Oeffentlichkeit wenden dürfte. Wenn er eine Urabstimmung wollte und glaubte, sie im Göppinger Verein selber nicht zu erreichen, so mußte er sich an den Landesvorstand wenden. Da er nach dem ersten Anschlag durch den Kreisausschuß gewarnt war, und dennoch die scharfe Erklärung gegen den Beschluß der Kreiskonferenz anschlagen ließ, so liegt nach der Auffassung des Schiedsgerichts ein beharrliches Zuwiderhandeln gegen die Beschlüsse der Parteiorganisation vor. Auch die nach § 26 des Statuts verlangte Schädigung des Parteiinteresses, die zur Durchführung des schiedsgerichtlichen Verfahrens weiter erforderlich ist, sei gegeben. Wer an den öffentlichen Anschlagsäulen gegen die Partei, der er angehört, polemische Erklärungen losläßt, liefere den Gegnern der Partei Waffen und schädige dadurch das Interesse der Partei. Brückner habe mit den Angriffen seines zweiten Plakats auf die Partei die Grenzen dessen überschritten, was sich eine Partei bieten lassen könne. Es sei deshalb auf Ausschluß zu erkennen.

Die Beschwerdekommission hat die Auffassung gewonnen, daß die Schlußfolgerung des Schiedsgerichts richtig ist und beantragt deshalb, den Antrag Brückners, das Ausschlußurteil aufzuheben, zurückzuweisen. (Beifall.)

Maier-Heidelberg: Ich möchte den Genossen Brückner wegen seiner Handlungsweise nicht in Schutz nehmen. Auch ich verurteile sie auf das allerentschiedenste, aber man muß ihm Milderungsgründe zubilligen und nicht gleich die Todesstrafe, den Ausschluß aus der Partei, verlangen. Er hat sich gegen einen Mann gewendet, der als unsauberer Patron gekennzeichnet worden ist, und dessen Handlungsweise von allen anständigen Parteigenossen durchaus verworfen wird. Diesen Mann wollte Brückner als Kandidat beseitigen. Das Mandat ist nicht verloren gegangen, weil Brückner das Plakat angeschlagen hat, sondern weil man so töricht war, einen Kinkel als Kandidaten aufzustellen und durch ihn den Genossen Lindemann ersetzen zu wollen. (Sehr richtig!) Brückner hat also aus lauteren Motiven gehandelt. Er hat allerdings gegen die Parteidisziplin schwer verstoßen, aber er hat in gutem Glauben gehandelt, indem er einen notorischen Schädling der Partei nicht als Kandidaten dulden wollte. Man muß auch die örtlichen Verhältnisse in Betracht ziehen. Ich will den Streit, der in Württemberg seit Jahren tobt und schon zu schweren Schäden geführt hat, nicht aufrühren, aber Tatsache ist, daß es damals Brückner in Göppingen kaum möglich war, auf legalem Wege sein Recht zu suchen. Er befand sich bei der Minorität, und die persönlichen Differenzen waren so scharf geworden, daß an ein legales Vorgehen nicht zu denken war. Daher sollte man die Handlungsweise Brückners in milderem Lichte betrachten. Ich bitte daher, ihm zwar die schärfste Rüge zu erteilen, ihn aber nicht auszuschließen. Sonst sagen die Massen des Volkes: Der Kinkel, der die unsauberen Geschichten gemacht hat, bleibt in der Partei, und der Brückner, der die Sache aufgedeckt hat, der wird hinausgeschmissen. Auf das Rechtsbewußtsein des Volkes müssen unsere Urteile Rücksicht nehmen. (Bravo!)

Hildenbrand: Diese unliebsame Angelegenheit ist nur verständlich, wenn man die in Göppingen herrschende Verwirrung und Verirrung in Betracht zieht. Der Landesvorstand, der in erster Instanz den Ausschluß ablehnte, hat den Anschlag des zweiten Plakats ebenfalls als eine schwere Außerachtlassung aller unserer disziplinarischen Vorschriften anerkannt. Aber es war ihm unmöglich, einen Mann aus der Partei auszuschließen, dem es in der Tat nur darauf ankam, das Ansehen und die Würde der Partei vor Schädigung zu bewahren. Das war der einzige Grund, der ihn veranlaßt hat, in der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Brückner ist ein alter, in Göppingen seit vielen Jahren tätiger Parteigenosse. Seit langen Jahren ist er Gemeinderat, er steht allerdings seit Jahren mit Kinkel im Gegensatz. Der Hergang war folgender: Eine Wahlkreiskonferenz hatte einen Wechsel der Landtagskandidatur für das Oberamt Göppingen beschlossen, ohne daß auf diesen Kandidatenwechsel vorher in der Tagesordnung hingewiesen wurde, ohne daß in einer Mitgliedschaft eine Minute darüber diskutiert wurde. Kinkel, der im Bezirk Welzheim selbst Abgeordneter war, wurde einfach an die Stelle des seitherigen Abgeordneten für Göppingen, Lindemann, als Kandidat gesetzt. Brückner glaubte berechtigt zu sein, gegen diese Absägung Lindemanns Protest zu erheben. Man hat ihm aber die Spalten des Parteiblattes für ein Inserat verschlossen. Das veranlaßte ihn zu dem Anschlag des Inserats an der Plakatsäule. Daraufhin wurde in einer Parteiversammlung gegen ihn Stellung genommen. Darauf rechtfertigte er sein Verhalten durch Anschlag eines zweiten Plakats. Das wird niemand billigen. Aber dieses Plakat enthielt nichts, was nicht bereits öffentlich bekannt gewesen wäre und was nicht die Gegner im Wahlkampfe bereits hätten ausschlachten können. Brückner erklärte, er bringe es nicht über sein Gewissen, zu schweigen, wenn ein solcher Mann als Kandidat aufgestellt werde. Der Landesvorstand hat den Standpunkt des Schiedsgerichts geteilt, daß ein schwerer Disziplinbruch vorlag. Wir haben aber die Umstände und das Motiv berücksichtigen müssen, und daß Brückner versucht hat, den legalen Weg durch Veröffentlichung im Parteiblatt zu beschreiten. Daher hat der Landesvorstand eine Rüge ausgesprochen und vom Ausschluß abgesehen. Wie richtig die Meinung Brückners über Kinkel im Interesse der Partei war, geht

daraus hervor, daß derselbe Kreisvorstand, der diesen Kandidatenwechsel gebilligt hat, einige Monate später Kinkel veranlaßte, zurückzutreten, und daß der Landesvorstand 4 Wochen vor der Wahl gezwungen war, an Stelle von Kinkel einen neuen Kandidaten zu ernennen, nachdem Lindemann natürlich unter solchen Umständen es abgelehnt hatte, wieder zu kandidieren. Das Mandat ist dann natürlich mit Glanz verloren gegangen. Stimmen Sie dem Antrag Maier zu. (Beifall.)

Hermann **Müller** vom Parteivorstand: Gestatten Sie mir zu dem Fall Brückner auch einige Worte, weil das Urteil unter meinem Vorsitz in Göppingen gefällt worden ist. Das Schiedsgericht ist zu dem Ausschluß gekommen, weil hier in der prägnantesten Weise die Voraussetzungen vorliegen, die zu einem Ausschluß führen können und müssen. (Sehr richtig!) Es ist festgestellt, daß am 21. Mai Brückner das Plakat anschlagen ließ. Ich möchte dabei Hildenbrand gegenüber feststellen, daß nicht die Redaktion des Parteiblatts die Aufnahme einer Erklärung Brückners verweigert hat, sondern daß in der Expedition die Aufnahme eines Inserats Brückners abgelehnt worden war. Am 23. Mai hat eine Mitgliederversammlung dieses Vorgehen Brückners verurteilt und darauf hat am 24. Mai Brückner einen neuen Anschlag an den Plakatsäulen anbringen lassen, in dem er die schärfsten Angriffe gegen die Partei richtete. (Hört! hört!) Es heißt da: „Die Zeiten, in denen man das Leder stehlen, den armen Leuten Schuhe daraus machen und dann noch zum Heiligen gesprochen werden konnte, sind vorüber." Ferner: „Sind diejenigen, die das von mir verlangen, so wohl diszipliniert? Ich sage nein, denn sie sind es, die durch jahrelange raffinierte Hetz- und Wühlarbeit, Werkzeugresolution usw. es fertig gebracht haben, an Stelle eines Lindemann einen Kinkel zu setzen." Ich bringe das nur vor zur Charakterisierung des Tones, in dem dieses Plakat verfaßt war. (Sehr richtig!) Wenn in solcher Weise vorgegangen wird, dann muß von einer Parteischädigung geredet werden. (Sehr richtig!) Das Urteil ist Brückner so viel gerecht geworden, als man ihm überhaupt gerecht werden konnte. (Sehr richtig!) In dem Urteil ist ausdrücklich festgestellt: „Das Schiedsgericht glaubt dem Genossen Brückner, daß sein persönliches Vorgehen gegen Genossen Kinkel nicht durch unlautere Motive bestimmt war, sondern daß er den Genossen Kinkel sachlich als ungeeignet zum Landtagskandidaten hielt." Ueber den Fall Kinkel selbst schwebte damals noch das Verfahren. An demselben Sonnabend, als ich in Göppingen zur Schiedsgerichtsverhandlung war, haben noch vor dem Magistrat oder dem Amtsgericht Vernehmungen stattgefunden, so daß von einer restlosen Klärung des die Ortskrankenkasse betreffenden Falles nicht die Rede sein konnte. Aber auch wenn Urteile bürgerlicher Gerichte bis zur letzten Instanz vorgelegen hätten und wenn auch in Kinkels Disziplinarsache die Entscheidung getroffen gewesen wäre, so hätte doch das Schiedsgericht nicht das Recht gehabt, den Fall Kinkel zu behandeln. Das konnte nur geschehen, wenn Kinkel angeklagt war und nicht Brückner. Wenn das Verhalten Kinkels in Württemberg allgemein so verurteilt wird, dann wundert es mich, daß noch kein württembergischer Ortsverein den Ausschlußantrag gegen Kinkel gestellt hat, damit die Angelegenheiten von Partei wegen geprüft werden könnten. Jeder Ortsverein hat ja das Recht, einen solchen Antrag zu stellen. Ich ersuche Sie, gerade im Hinblick auf die schweren Differenzen, die wir seit Jahren in Württemberg haben, es bei dem Beschluß der Beschwerdekommission zu belassen. Wenn das noch System werden soll, daß jeder Genosse, der nicht recht bekommt, an den Plakatsäulen protestieren kann, dann können wir noch schöne Dinge in Württemberg erleben. Das Urteil des Schiedsgerichts war das einzig mögliche und richtige und liegt im Interesse der Partei. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Ebert: Es ist folgender Antrag Maier eingegangen: Der Parteitag gibt der Berufung statt, spricht Brückner jedoch für sein Verhalten den schärfsten Tadel aus.

Der Antrag wird abgelehnt, und der Parteitag stimmt dem Antrage der Beschwerdekommission zu.

Ryssel-Leipzig: Der sozialdemokratische Verein Nürnberg-Altdorf legt gegen das Urteil des Schiedsgerichts in Sachen des Genossen Schmucker Berufung ein. Genosse Schmucker ist als zweiter Vorsitzender der Nürnberger Hilfskrankenkasse Frauenstift angestellt und hat in dieser Eigenschaft eine Beschwerde an die Kreisregierung in Mittelfranken gerichtet, um Mißstände im Verein zu beseitigen. Die Verwaltung und der Aufsichtsrat, die mit einer Ausnahme aus Parteigenossen bestehen, sind nicht angerufen, ebenso ist die Generalversammlung übergangen worden. Die Beschwerde an die Regierung, die sich hauptsächlich gegen die Geschäftsführung des ersten Vorsitzenden, des 65jährigen Genossen Wiemer, wendet, enthält folgende Stellen:

„Wenn man bedenkt, daß der vormalige Vorstand der Kasse über 100 000 Mark unterschlagen hat und der jetzige erste Vorstand, Herr Wiemer, wegen Geldmanipulationen in obengenanntem Verein ebenfalls schon mehrere Monate Gefängnis abbüßte, so kann man es sich leicht vorstellen, wohin das jetzige Regiment führen muß." Ferner: „Die Wahl der Vorstandsmitglieder ist somit nicht legitim, weshalb ich um Nachprüfung bitte. Es wäre für sämtliche hiesigen Krankenkassenmitglieder von Vorteil, wenn das Stimm- und Vertretungsrecht genau geregelt würde; denn so, wie es jetzt ausgelegt wird, muß es zu den größten Unannehmlichkeiten führen." Am Schluß: „Soll der Verein nicht noch einmal schwer geschädigt werden, so ist es dringend notwendig, daß diesen angeführten Personen das frivole Handwerk gründlich gelegt wird."

Namentlich genannt sind in der Beschwerde folgende Genossen: Der 1. Vorsitzende, Genosse Wiemer, der Redakteur, Genosse Rösing, Birkmann und Frl. Grünberg. Die darauffolgende amtliche Revision hat Kasse und Bücher in Ordnung gefunden und keinen Grund zum Einschreiten gegeben. Der Gauvorstand für Nordbayern hat den Genossen Schmucker wegen Verstoß gegen § 26 des Statuts aus der Partei ausgeschlossen.

In der Begründung wird ausgeführt, die Verbindung des früheren Vorstandes der Kasse, der 100 000 Mk. unterschlagen hat (vor 25 Jahren), mit dem jetzigen Vorstand, Gen. Wiemer, ist eine Denunziation und ehrlose Handlung, ebenso die Erwähnung der früheren Bestrafung des Gen. Wiemer, die ebenso schon 12½ Jahre zurückliegt. Auch hat die Generalversammlung des Vereins Frauenstift den Genossen Wiemer stets wiedergewählt, und die Aufsichtsbehörde hat keinen Grund gefunden, dagegen vorzugehen und denselben von seinem Posten zu entheben. Die Aufforderung an die Behörde, das Stimmrecht der Mitglieder sämtlicher Nürnberger Krankenkassen zu ändern, ist ein grober Verstoß gegen das Prinzip der Selbstverwaltung. Schmucker ist schon lange Jahre Mitglied der Partei, so daß er sich seiner Handlungsweise bewußt war. Er war daher wegen ehrloser Handlung auszuschließen.

Das Schiedsgericht, das am 25. Mai auf Antrag Schmuckers tagte, hat ihm mildernde Umstände zugebilligt, den Ausschluß aufgehoben, ihm eine ernste Rüge erteilt und das Recht aberkannt, auf die Dauer von 2 Jahren Ehrenämter in der Partei zu bekleiden. Schmucker hat erklärt, er habe die Beschwerde an die Regierung gesandt im Interesse der Mitglieder, nicht um zu denunzieren. Der sozialdemokratische Verein legt gegen das Urteil des Schiedsgerichts Berufung ein, aus formaler und materieller Hinsicht. Schmucker durfte nicht an die Regierung schreiben, da ihm die Instanzen des Vereins Frauenstift, Auf-

sichtsrat und Generalversammlung offenstanden. Die Verbindung der Vorgänge vor 25 Jahren mit der Bestrafung Wiemers vor 12 Jahren in der Beschwerde über die Geschäftsführung jetzt ist eine offene Denunziation gegen den Genossen Wiemer, somit eine ehrlose Handlung. Die Aufforderung an die Regierung, in das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen einzugreifen, ist ein grober Verstoß gegen unser Parteiprogramm. Am Tage nach der Schiedsgerichtssitzung hat Schmucker bei der Generalversammlung der Krankenkasse, in der die Neuwahl vorgenommen wurde, durch Handzettel seinen Freispruch vor dem Schiedsgericht publizieren lassen, um dadurch den alten Genossen Wiemer von seinem Amte zu verdrängen. Das ist ihm auch gelungen, dadurch hat er am schlagendsten widerlegt, daß er nur aus Notwehr gehandelt hat, als er Wiemer bei der Regierung denunzierte. Durch dieses Manöver ist ein alter Kämpfer unserer Partei, der Genosse Wiemer, der während des Sozialistengesetzes Reichstagsabgeordneter im 20. sächsischen Wahlkreis war, brotlos gemacht worden. Die Beschwerdekommission beantragt einstimmig, das Urteil des Schiedsgerichts aufzuheben und den Genossen Schmucker nach dem Urteil der ersten Instanz aus der Partei auszuschließen.

Schmidt-München: Selbstverständlich liegt in dem Vorgehen Schmuckers ein scharfer Verstoß gegen unsere Parteiorganisation vor, und die Art seines Vorgehens grenzt auch an Ehrlosigkeit. Ich hätte mich nicht zum Wort gemeldet, wenn ich nicht Vorsitzender des Schiedsgerichts gewesen wäre. Das Schiedsgericht ist zu der Auffassung gekommen, daß Schmucker in dem Moment, wo er das Schreiben an die Regierung richtete, sich nicht völlig bewußt war, was er tat. (Lachen.) Ich verstehe Ihren Widerspruch, aber in der Verhandlung selbst sind doch Momente in Erscheinung getreten, die wenigstens einigermaßen den Glauben zuließen, daß Schmucker, als er das Schreiben an die Regierung richtete, sich in einer gewissen Notwehr befunden hat. Was nachher sich abgespielt hat, darüber kann ich nicht urteilen, diese Dinge waren dem Schiedsgericht nicht bekannt. Aber auf Grund der vorliegenden Tatsache ist das Schiedsgericht einstimmig zu der Auffassung gekommen, den Schmucker nicht auszuschließen.

Treu-Nürnberg: Schmidt hat erklärt, daß Schmucker sich in einer gewissen Notwehr befunden hat. Schmucker hat die Instanzen des Vereins, in dem sich die Differenzen abgespielt haben, vollständig übergangen. Er hatte das Recht und die Pflicht, sich an die Generalversammlung des Vereins zu wenden. Er hat das nicht getan, sondern ist über diese Instanz hinweg an die Kreisregierung gegangen. Von einer Notwehr kann also nicht die Rede sein.

Der Parteitag stimmt dem Antrage der Beschwerdekommission zu.

Ryssel-Leipzig: Eine Beschwerde ist während des Parteitags eingegangen von dem Genossen Julian Borchardt über den Beschluß der Kontrollkommission, den Brühne im Anschluß an den Geschäftsbericht des Parteivorstandes gegeben hat. Borchardt hatte beim Parteivorstand verlangt, daß in den beiden gegen ihn gestellten Ausschlußanträgen des dritten und vierten Berliner Wahlkreises der vierte Wahlkreis, der zuletzt den Ausschlußantrag gestellt hatte, die Beisitzer bestimmen sollte. Der Parteivorstand hat dem ersten Antrage des dritten Kreises den Vorzug gegeben und diesen beauftragt, die Beisitzer zum Schiedsgericht zu ernennen. Da auch die Kontrollkommission einstimmig sich dem Vorgehen des Parteivorstandes angeschlossen hat, beschwert sich Borchardt bei der Beschwerdekommission.

Diese ist zu folgendem Beschluß gekommen: Die Beschwerdekommission ersucht den Parteitag, die Beschwerde des Genossen Julian Borchardt abzulehnen, da auch die Beschwerdekommission wie die Kontrollkommission der Ansicht ist, daß der Parteivorstand richtig gehandelt hat, indem er die Organisation, die zuerst den Ausschlußantrag gestellt hat, aufgefordert hat, die Beisitzer für das Schiedsgericht zu ernennen.

Diesem Beschluß stimmt der Parteitag zu.

Berichterstatter Ryssel: Der sozialdemokratische Verein Elberfeld-Barmen legt Berufung ein gegen das Urteil des Schiedsgerichts in Sachen Schwedux. Dieser hat den 1. Mai 1911 durch Arbeitsruhe gefeiert als Angestellter des Konsumvereins, hat sich aber beharrlich geweigert, seinen Beitrag zum Maifonds abzuführen. Der Bezirksleitung hat er erklärt, daß er mit dem Nürnberger Parteitagsbeschluß nicht einverstanden sei. Auf Antrag des sozialdemokratischen Vereins wurde am 14. April 1912 von der Bezirksleitung für den Niederrhein gegen ihn der Ausschluß aus der Partei erkannt. Das von Schwedux angerufene Schiedsgericht beschloß am 29. Oktober 1912 einstimmig in Anbetracht der Erklärung Schwedux', daß er sein bisheriges Verhalten in der Angelegenheit lebhaft bedauere, das Urteil der Vorinstanz aufzuheben, erteilte ihm eine entschiedene Rüge und entband ihn mit Rücksicht auf seine Angaben über seine bedrängte persönliche Lage von der Nachzahlungspflicht. Der sozialdemokratische Verein Elberfeld-Barmen begründet seine Berufung damit, daß er nachträglich erfahren habe, Schwedux besitze ein Sparkassenguthaben von 2000 Mk., habe das aber bei der Darstellung seiner angeblichen Notlage dem Schiedsgericht verschwiegen, also das Schiedsgericht belogen. Schwedux behauptet demgegenüber, er habe dem Schiedsgericht die Wahrheit gesagt, das Sparkassenbuch sei zwar auf seinen Namen ausgestellt, gehöre aber nicht ihm; mit Rücksicht auf Familienverhältnisse dürfe er nicht sagen, wem es gehöre. Der auf dem Parteitag anwesende erste Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins Elberfeld-Barmen, Genosse Dröner, erklärt die Behauptungen Schwedux' für unglaubwürdig, aber nicht widerlegbar. Unter diesen Umständen kam die Kommission einstimmig zu dem Beschluß, dem Parteitag zu empfehlen, die Berufung zurückzuweisen und das Urteil des Schiedsgerichts zu bestätigen, da auch wir nicht in der Lage sind, dem Genossen Schwedux zu beweisen, daß ihm das Geld gehört.

Der Antrag der Beschwerdekommission wird angenommen.

Berichterstatter Ryssel: Der Genosse Hermann Schlattmann in Elberfeld wurde am 24. November 1912 durch Beschluß des Vorstandes des Bezirks Niederrhein wegen beharrlicher Zuwiderhandlung gegen den Beschluß des Nürnberger Parteitags betreffend Abführung des Tagesverdienstes an den Maifonds aus der Partei ausgeschlossen. Schlattmann legte fristgemäß gegen diesen Beschluß Berufung ein und erhielt vom Parteivorstand am 14. Januar 1913 die Aufforderung, seine drei Schiedsrichter zu ernennen. Diesem Ersuchen ist er jedoch nicht nachgekommen, und damit war der Ausschluß perfekt. Erst am 14. September 1913 traf ein Brief Schlattmanns beim Parteivorstand ein mit Angabe der drei Schiedsrichter. Die früheren Mitteilungen sollten angeblich durch die Post verloren gegangen sein. Sachlich gibt Schlattmann zu, daß er durch sein Verschulden ausgeschlossen worden sei. Die Nichtablieferung des Tagesverdienstes begründet er jedoch mit großer Not und Krankheit in der Familie, welche Angaben auch glaubwürdig erscheinen. — Die Kommission stellt fest, daß die Sache rechtskräftig abgeschlossen und daran nichts zu ändern ist und beantragt, die Berufung Schlattmanns deshalb zurückzuweisen, ihm aber zu empfehlen, auf Grund des Organisationsstatuts seine Wiederaufnahme beim Bezirksvorstand zu beantragen.

Der Parteitag beschließt gemäß dem Antrage der Kommission.

Berichterstatter Ryssel: Julius Linke-Luckenwalde legt Berufung gegen eine ihm erteilte Rüge ein. Er soll am 1. August 1912 in einem Beleidigungs-

prozeß gegen ihn vor dem Schöffengericht gesagt haben: „Meine Herren, wenn ich verurteilt werde, werden die Kläger die ganze Macht der sozialdemokratischen Partei, der Parteipresse und des Gewerkschaftskartells in Anwendung bringen, um mich aus der Verwaltung des Konsumvereins zu bringen." Linke dagegen erklärt, er habe nicht gesagt, „die Partei", sondern „man will" usw. Der Bezirksvorstand erteilte Linke eine scharfe Rüge und sprach ihm für drei Jahre die Fähigkeit ab, ein Ehrenamt in der Partei zu bekleiden. Die Organisation und auch Linke haben Berufung eingelegt, das Schiedsgericht hat aber mit 4 gegen 3 Stimmen das erste Urteil bestätigt. Die Kommission hat keinen Beweis dafür gefunden, daß mit der inkriminierten Aeußerung die ganze Partei oder die Führer im allgemeinen getroffen sind, sondern es ist dem Genossen Linke nicht widerlegt, daß er damit seine Prozeßgegner gemeint habe. Deshalb erachtet die Kommission den dreijährigen Ehrverlust für zu hart und beantragt, daß der Parteitag Linke für seine Aeußerung vor Gericht eine scharfe Rüge erteilt, ihn aber nicht für unfähig zur Bekleidung von Ehrenämtern erklärt. Ich möchte noch hinzufügen, daß die Organisationsverhältnisse dort nicht die besten sind, was für unseren Beschluß auch maßgebend war.

Sailer-Luckenwalde: Die letzte Bemerkung des Berichterstatters muß ich zurückweisen. Der Provinzialsekretär und der Reichstagsabgeordnete unseres Kreises werden bekunden, daß die Organisation in Luckenwalde sich sehen lassen kann. Im übrigen bitte ich dringend, den Antrag der Kommission abzulehnen. Zwei Instanzen haben nach eingehender Prüfung der Sachlage entschieden, daß das Verhalten Linkes vor Gericht dazu angetan war, die Partei zu schädigen und den Gegnern Material für ihre Terrorismusmärchen in die Hand zu geben. Schon aus diesem Grunde ist das Urteil des Schiedsgerichts gerechtfertigt. Es kommt aber nicht nur diese Sache in Betracht, sondern Linkes ganze Tätigkeit in der Arbeiterbewegung Luckenwaldes ist eine fortgesetzte Stänkerei gewesen von Anfang bis zu Ende. Einem Ausschluß aus dem Metallarbeiterverband ist er nur durch vorherigen Austritt zuvorgekommen. Ein Schiedsgericht des Metallarbeiterverbandes hat ihn für dauernd nicht wiederaufnahmefähig erklärt. Gegen die Verwaltung der Krankenkasse hat er intrigiert, indem er bei der Aufsichtsbehörde gegen die Delegiertenwahl Beschwerde einlegte u. a. mit der Begründung, daß der „sogenannte Arbeitersekretär" die Delegierten zur Ortskrankenkasse ernenne. Dieser Schwindel ist natürlich auch der Behörde aufgefallen, seine Beschwerde wurde zurückgewiesen. Im Interesse der Parteiorganisation in Luckenwalde bitte ich wiederholt, den Antrag der Beschwerdekommission abzulehnen. Wer Linke und seinen Herostratencharakter kennt, weiß, daß, sobald das Urteil des Schiedsgerichts aufgehoben wird, dieser Mann von morgen ab sein altes Wesen wieder beginnt. Davor bewahren Sie uns!

Ewald-Berlin: Ich habe mich über die Ausführungen des Berichterstatters gewundert, ich weiß nicht, was ihn berechtigt hat, in der Art und Weise von den Organisationsverhältnissen in Luckenwalde zu sprechen. Als Abgeordneter des Kreises kann ich konstatieren, daß wohl nirgends die Organisationsverhältnisse so gut sind wie in Luckenwalde. Es ist ein Landkreis mit 263 Ortschaften, und trotzdem sind in dem Kreise 22 Wahlvereine mit 3000 organisierten Parteigenossen vorhanden. Ich halte die Aeußerung des Referenten für eine Herabsetzung der dortigen Organisation und möchte ihn bitten, noch nachträglich seine Behauptung zu beweisen.

Berichterstatter **Ryssel**: Es war nicht unsere Absicht, die Organisation Luckenwalde herabzusetzen. Sämtliche Mitglieder der Beschwerdekommission standen den inneren Verhältnissen fern, wir konnten uns nur auf das Material berufen. Aus den ganzen Schriftstücken Linkes geht aber hervor, daß er ein ganz intelligenter Mensch ist, der nur durch die Verhältnisse auf eine falsche Bahn gedrängt worden ist und seine Fähigkeiten nicht entfalten kann. Daher glaubten wir, ihm einen Weg dafür offenhalten zu müssen.

Der Antrag der Beschwerdekommission wird mit 139 gegen 122 Stimmen abgelehnt. Es bleibt also bei dem Urteil des Schiedsgerichts.

Berichterstatter **Ryssel**: Der sozialdemokratische Verein Burgsteinfurt legt Berufung ein gegen das Schiedsgerichtsurteil in Sachen Thewes-Rheine. Die Bezirkskommission für den Agitationsbezirk des westlichen Westfalen hat unter dem 8. Juni 1912 den Genossen Anton Thewes in Rheine wegen seiner fortgesetzten parteischädigenden Tätigkeit im Wahlverein Burgsteinfurt aus der Partei ausgeschlossen. Dafür waren folgende Gründe maßgebend. Es wurde mit Thewes' Zustimmung kurz vor der Reichstagswahl 1912 in Burgsteinfurt eine Sonderkandidatur aufgestellt und für diese durch geschriebene Plakate Propaganda gemacht. Ferner habe Thewes ein Flugblatt verfaßt und dasselbe kurz vor der Wahl drucken lassen und zur Verteilung gebracht. In diesem Flugblatt ist an der Tätigkeit mehrerer Organisationsleiter öffentlich Kritik geübt worden unter Behauptung nicht bewiesener Tatsachen. Ferner soll Thewes ein weiteres Flugblatt im Manuskript angefertigt, in der Bezirkskommissionssitzung stellenweise zur Verlesung gebracht und trotz Vorhaltungen erklärt haben, dies Manuskript in Druck geben zu wollen. Außerdem könne die Art seines Auftretens in der Arbeiterbewegung dieser nicht förderlich sein, und sein Verhalten gegen die Mitgenossen sei alles andere denn kollegial zu nennen. Auf die Beschwerde Thewes' gegen den Ausschluß aus der Partei hat das als zweite Instanz geltende Schiedsgericht, das am 8. September 1912 in Burgsteinfurt tagte, beschlossen, daß dem Ausschluß nicht stattzugeben sei; dem Genossen Thewes ist für sein Verhalten die schärfste Rüge auszusprechen, weiter wird ihm auf die Dauer von zwei Jahren die Fähigkeit aberkannt, irgendein Amt in der Partei zu bekleiden. In der Begründung des Urteils wird u. a. ausgesprochen, daß dem Beschuldigten nicht bewiesen werden könne, daß er an der Aufstellung der Sonderkandidatur beteiligt gewesen ist. Fest steht aber, daß er bei dem Anheften der Plakate beteiligt war, eine Handlung, die großen Tadel verdient. Scharfe Verurteilung verdient ferner das von Thewes herausgegebene und selbst unterzeichnete Flugblatt, das die leitenden Parteigenossen in Burgsteinfurt in ihrer Tätigkeit in gemeiner Weise herabsetzt und sie persönlich verunglimpft. Die Beschwerdekommission gelangte nach reiflicher Ueberlegung zu dem gleichen Urteil wie das Parteischiedsgericht. Es ist anzuerkennen, daß in der Burgsteinfurter Organisation verbesserungsbedürftige Zustände vorhanden gewesen sind und in einigen Punkten die sachlichen Vorwürfe Thewes' berechtigt gewesen sein mögen. Durch diese unerquicklichen Verhältnisse ist Thewes in eine krankhaft nervöse Stimmung verfallen, die ihm die Ueberlegung raubte. Aus diesen Gründen ist die Berufung des sozialdemokratischen Vereins Burgsteinfurt gegen das Schiedsgerichtsurteil abzuweisen.

Der Parteitag beschließt gemäß diesem Antrage der Kommission.

Berichterstatter **Ryssel**: Es liegen dann verschiedene Sachen vor, die alle den gleichen Untergrund und auch einen gleichmäßigen Verlauf haben. Es handelt sich um Beschwerden ausgeschlossener Lokalorganisierter gegen ihren Ausschluß aus der Partei. Ich werde die Sachen gemeinsam vortragen.

Die Genossen Franz Greul, Paul Bohatsch, Paul Weber, Albin Pfretzschner, Rich. Stier, Otto Winkler, Adolf Karig und Max Roßbach in Plauen legen Beschwerde ein gegen den Ausschluß aus der Partei, der durch das Schiedsgericht der Partei am 13. Mai 1913 ausgesprochen wurde. Gegen die Beschuldigten wurde unterm 5. November 1912 Ausschlußantrag gestellt, weil sie an der Spitze der neugegründe-

len Lokalorganisation unter dem Namen „Allgemeiner Deutscher Textilarbeiterverband" standen. Mehrfache Versuche der sozialdemokratischen Bezirksorganisation, eine Verständigung herbeizuführen, scheiterten daran, daß Greul und Genossen für ihren Wiedereintritt in den Zentralverband Bedingungen stellten, die nicht akzeptabel erschienen. Die Beschuldigten geben an, sie seien zu ihrer Handlungsweise durch die in der Plauener Zahlstelle herrschenden Mißstände gezwungen worden. Sie haben die Lokalorganisation jedoch vor der Erledigung ihrer Beschwerde durch den Verbandsausschuß gegründet. Auch erklärten sie vor dem Schiedsgericht, daß sie aus der Lokalorganisation nicht austreten würden. Unterm 13. Mai 1913 bestätigte deshalb das Schiedsgericht das erstinstanzliche, auf Ausschluß lautende Urteil mit Bezug auf § 26 Abs. 1 des Organisationsstatuts und im Sinne des Antrages 6 des Nürnberger Parteitages. Die Kommission empfiehlt, die Berufung von Franz Greul und Genossen zu verwerfen und den Spruch des Schiedsgerichts vom 13. Mai zu bestätigen.

Der Eisendreher Reinhold Jantke in Breslau trat im Juni 1912 aus dem Deutschen Metallarbeiterverbande aus und in den Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband (Wiesenthaler Richtung) über. Wegen Zuwiderhandelns gegen den die Lokalisten betreffenden Nürnberger Parteitagsbeschluß wurde Jantke vom Bezirksvorstand in Breslau aus der Partei ausgeschlossen. Das auf Einspruch Jantkes eingesetzte Parteischiedsgericht bestätigt den Ausschluß mit 4 gegen 3 Stimmen auf Grund des § 26 Abs. 1 des Organisationsstatuts. Die Beschwerdekommission stellt an den Parteitag das Ersuchen, der Berufung des Jantke nicht stattzugeben.

Der Genosse Robert Lehmann in Stettin hat gegen seinen Ausschluß aus der Partei Berufung eingelegt und fordert Aufhebung des Schiedsgerichtsurteils vom 20. April 1913. Genosse R. Lehmann hat eine Zahlstelle des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes in Grabow gegründet und ist aus dem Deutschen Metallarbeiterverbande freiwillig ausgetreten, da er nach seiner Ansicht nicht genügend zu Worte kommen konnte und mundtot gemacht wurde. Nach Anhörung des Genossen Hunger-Stettin hat das Schiedsgericht festgestellt, daß Lehmann wegen seiner Quertreibereien im Deutschen Metallarbeiterverband eine Rüge erhalten habe, jedoch nicht aus dem Verbande ausgeschlossen worden sei. Lehmann erklärt dagegen, er habe nicht gewußt, daß seine Handlung ein Verstoß gegen den Parteitagsbeschluß sei, er würde aber auch jetzt, nachdem ihm dieses bekannt sei, ebenso gehandelt haben. Nach diesen Feststellungen ist diese Handlung ein Vergehen gegen den Beschluß des Parteitages in Nürnberg 1908. Die Beschwerdekommission stellt daher an den Parteitag den Antrag, das Urteil des Schiedsgerichts auf Ausschluß des Genossen R. Lehmann-Stettin aus der Partei zu bestätigen.

Die Genossen Paul Rettig-Breslau und A. Herrmann-Breslau haben gegen ihren Ausschluß aus der Partei wegen Zugehörigkeit zu einer Lokalorganisation rechtzeitig Berufung eingelegt und verlangen vom Parteitag Aufhebung des Schiedsgerichtsurteils, da sie nach ihrer Auffassung nicht gegen den Antrag 6 des Nürnberger Parteitages 1908 verstoßen hätten. Nach genauer Durchsicht der Akten über die Ausschlußverhandlungen und das Schiedsgerichtsverfahren ist in allen Instanzen statutarisch verfahren worden. Die Genossen Rettig und Hermann mußten ausgeschlossen werden, da sie Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes (Wiesenthaler Richtung) sind und jede Mitarbeit von Parteigenossen in diesem Verbande als unvereinbar mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie erklärt worden ist. Die Beschwerdekommission beantragt daher, die Berufung der Genossen gegen das Schiedsgerichtsurteil zurückzuweisen und den Ausschluß der beiden Genossen als richtig anzuerkennen.

Berufung der Genossen A. Napp, Chr. Gerbig und Karl Stamm, sämtlich in Frankfurt a. M., gegen ihren Ausschluß aus der Partei. Die Genannten traten wegen Differenzen mit der Leitung des Verbandes der Maler usw., Filiale Frankfurt a. M., aus dem Zentralverband der Maler (Sitz Hamburg) aus und wurden Mitglieder des „Neuen" Zentralverbandes der Maler (Sitz Leipzig). Die Genannten mußten daher auf Grund des Parteitagsbeschlusses von Nürnberg (Antrag 6 mit Amendement 130) aus der Partei ausgeschlossen werden. Das als Berufungsinstanz fungierende Parteischiedsgericht bestätigte mit 4 gegen 3 Stimmen das erstinstanzliche Urteil, nachdem den Betreffenden der Wunsch nahegelegt wurde, aus der Sonderorganisation auszutreten, diese aber Bedingungen stellten, die von der Partei unmöglich erfüllt werden können. Die Beschwerdekommission beantragt einstimmig aus gleichen Gründen die Berufung der Genannten zurückzuweisen.

Die Beschwerdekommission beantragt, die sämtlichen Berufungen zu verwerfen und es bei dem Ausschluß zu belassen, da wir es nicht dulden können, daß solche Außenseiter der Partei an die Rockschöße gehängt werden, und da ein grober Verstoß gegen das Parteistatut und einen Parteitagsbeschluß vorliegt.

Der Parteitag entscheidet im Sinne der Kommission.

Berichterstatter Ryssel: Eine recht kleinliche Sache umfaßt dieses große Aktenstück. Der Genosse Schmitz-Soest war 1912 Kassierer des sozialdemokratischen Vereins Hamm-Soest, Filiale in Kamen. Er war auch Delegierter auf dem Parteitag in Chemnitz. Seit dieser Zeit ist dieses Aktenstück aufgewachsen. In einer Anklageschrift von 13 Punkten fordert die Ortsgruppe Kamen im Oktober den Ausschluß des Genossen Schmitz aus der Partei. 12 Punkte der Anklageschrift fielen in der Verhandlung, die zwei Tage dauerte und stenographisch aufgenommen wurde, als unbegründet weg, übrig blieb nur die Aeußerung von Schmitz über einen anderen Genossen: „Ihr könnt froh sein, daß Ihr diesen siechen, unfähigen, rotnasigen Kerl (große Heiterkeit) aus dem Hammer Kreise quitt werdet." Der Antrag auf Ausschluß wegen dieses Punktes wurde als unbegründet von der Schiedskommission des Bezirks nach Anhörung von 20 Zeugen abgelehnt. (Ernente Heiterkeit.) Nun hat die Filiale Kamen noch einmal Berufung eingelegt und trotzdem ein Schiedsgericht verlangt, welches den Ausschluß beschließen sollte. Das Schiedsgericht hat wegen der Bemerkung über den „rotnasigen Kerl" (stürmische Heiterkeit) dem Genossen Schmitz eine Rüge erteilt. Genosse Schmitz legt nun Berufung an den Parteitag ein, da er diese Bemerkung nicht in dem angegebenen Wortlaut und auch nur privatim zu einem Bekannten geäußert habe. Die Beschwerdekommission hat festgestellt, daß Parteiinteressen, auch wenn die Bemerkung so wie angegeben gefallen wäre, nicht verletzt sind. (Heiterkeit.) Sie hält aus diesem Grunde auch die Rüge nicht für berechtigt und bittet, der Berufung des Genossen Schmitz stattzugeben. Die Kommission drückt ihr Bedauern aus, daß aus so unbegründeten und geringfügigen Ursachen der ganze Verwaltungskörper der Partei in Bewegung gesetzt, Zeit und Geld vergeudet wird. (Lebhafte Zustimmung.) Die Organisation ist in der Lage, durch sorgfältige Prüfung der Unterlagen schneller und ohne den ganzen Verwaltungsapparat in Bewegung zu setzen, derartige Vorkommnisse zu erledigen. Das Vorgehen der Ortsgruppe Kamen, nach dem Entscheid der Untersuchungskommission des Bezirks dennoch ein Schiedsgericht zu verlangen mit dem völlig unbegründeten Antrag auf Ausschluß von Schmitz, ist entschieden zu verurteilen. Es ist schade um das Papier und schade um die Arbeit. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Antrag der Beschwerdekommission wird angenommen und der Berufung des Genossen Schmitz stattgegeben.

Berichterstatter Ryssel: Bei Durchsicht der Akten sind wir auf eine Anregung des Parteivorstandes gestoßen, die ich hier im Auftrage der Beschwerdekommission zur prinzipiellen Entscheidung bringen möchte. Alle Mitglieder der Beschwerdekommission haben erklärt, daß es im Sinne des Schiedsgerichtsverfahrens liege und überall so gehandhabt werde, daß Schiedsgerichtssitzungen nicht öffentlich für die Parteigenossen abgehalten werden. In einem Falle hat nun der Angeschuldigte verlangt, daß die Genossen, die sich dafür interessieren, zugelassen werden sollen. Der Parteivorstand hat auf eine Anfrage erklärt, daß die erste Untersuchungskommission des Bezirks nicht öffentlich, dagegen das Schiedsgericht öffentlich für legitimierte Parteigenossen verhandeln sollte. Wenn Sie wissen, welcher niedrige und parteischädigende Stank in diesen Schiedsgerichten oft verhandelt werden muß, so sind Sie wohl mit der Kommission der Meinung, daß es im Interesse der Partei liegt, die Sachen nicht in weitere Kreise dringen zu lassen. Der Charakter der Schiedsgerichte liegt darin, daß die Oeffentlichkeit nicht belästigt werden soll. Es kann aber nicht angehen, daß die Sache in einem Bezirk anders gehandhabt wird wie in einem andern, und aus diesem Grunde schlägt die Kommission vor, und zwar einstimmig: Der Parteitag möge beschließen, die Verhandlungen der Schiedsgerichte sind nicht öffentlich. (Zustimmung und Widerspruch.)

Scheidemann: Ich möchte Sie bitten, in dieser wichtigen Frage augenblicklich keine Entscheidung zu treffen. Die Konsequenzen sind im Augenblick nicht zu übersehen. Ich bitte Sie, diese Frage dem Vorstand und Ausschuß zur gemeinsamen Beratung und Beschlußfassung zu übertragen.

Der Antrag Scheidemann wird angenommen.

Berichterstatter Ryssel: Als letzter Punkt ist der Beschwerdekommission in letzter Stunde noch die Angelegenheit Radek übergeben worden. Wir haben zu unseren Beratungen den Genossen Müller vom Parteivorstand und als Vertreter der Bremer Organisation den Genossen Henke mit beratender Stimme zugezogen. Die Kommission war sich darüber einig, wie auch wohl der Parteitag, daß unmöglich in dieser Angelegenheit es geschehen kann — und das Mandat hat auch nicht dahin gelautet —, daß wir sachlich auf die Angelegenheit eingehen können. Es lagen uns lediglich die dem Parteitag eingebrachten Anträge vor und die Beschwerdekommission hat nach dreistündiger Verhandlung beschlossen, sämtliche Anträge, die vorliegen, zurückzuweisen und den Antrag 45 des Parteivorstandes in Verbindung mit dem Amendement Beims zur Annahme zu empfehlen. Der Antrag lautet dann:

„Personen, die aus einer dem Internationalen sozialistischen Bureau angeschlossenen Bruderpartei wegen ehrloser Handlungen ausgeschlossen worden sind, können in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ohne Zustimmung der Partei, die den Ausschluß vollzogen hat, die Mitgliedschaft nicht erwerben."

Durch Annahme dieses Antrages würde der Fall Radek für uns als Parteitag erledigt sein, da der Parteivorstand auf dem Parteitag in Chemnitz die Angelegenheit der Beschwerdekommission zur Erledigung überwiesen erhalten hat. Auch in Chemnitz lag uns für den Fall Radek kein oder doch nur ungenügendes Material vor. Inzwischen ist nun, wie Sie wissen, ein ziemlich umfangreiches Material darüber zusammengekommen. Dem Antrag, die Angelegenheit dem Internationalen sozialistischen Bureau in Brüssel zu überweisen, konnten wir nicht folgen, da wir der Meinung waren, es sei die Aufgabe Radeks oder der daran interessierten ausländischen Gruppen, das Internationale sozialistische Bureau anzurufen. Es wäre wünschenswert, daß vom

Internationalen Bureau für alle angeschlossenen Parteien eine Regelung dieser Frage erzielt würde. Es kann aber nicht die Aufgabe dieses Parteitags sein, das Internationale Bureau anzurufen. Wie mir persönlich heute früh mitgeteilt wurde, besteht sowieso bei mehreren ausländischen Gruppen die Absicht, an das Internationale Bureau in dieser Richtung zu appellieren. Dadurch würde auch der Antrag Hoffmann sich erledigen und die Antragsteller könnten ihn ruhig zurückziehen. Ein anderes Amendement, welches forderte, daß wir nur unter der Bedingung gegen ein Mitglied vorgehen könnten, daß in den ausländischen Bruderparteien ähnliche Rechtsgarantien wie in der deutschen Sozialdemokratie bestehen, konnten wir gleichfalls nicht akzeptieren, da wir gar keinen Einfluß haben auf die Gestaltung der ausländischen Bruderparteien. Aus diesem Grunde schlägt Ihnen die Kommission vor, den Antrag des Parteivorstandes mit dem Amendement Beims anzunehmen, dann auch diesen Beschluß auf Radek mit zu beziehen und damit die Angelegenheit für uns als erledigt zu betrachten.

Vorsitzender **Ebert:** Ich bin gebeten worden, eine längere schriftliche Erklärung in dieser Angelegenheit zu verlesen. Ich will bemerken, daß uns zu dieser Angelegenheit von einer Anzahl russischer Parteigruppen schriftliche Erklärungen zugegangen sind, die ich nicht im einzelnen vortragen kann, zumal wir materiell über den Fall Radek nicht verhandeln. Ich bitte den Parteitag, damit einverstanden zu sein, daß wir auf solche Erklärungen hier nicht eingehen. (Zustimmung.) In der Diskussion hat als erster Redner das Wort Genosse Müller vom Parteivorstand.

Müller: Die Beschwerdekommission hat sich unserem Antrag mit dem von uns akzeptierten Amendement Beims angeschlossen. Ich halte es aber trotzdem für notwendig, der Begründung des Genossen Ryssel einiges hinzuzufügen. Ich möchte zunächst feststellen, wenn gegen den Antrag des Vorstandes der Vorwurf erhoben wird, er wolle ein Gelegenheitsgesetz mit rückwirkender Kraft schaffen, so ist dieser Vorwurf hinfällig, weil der Parteivorstand weiter nichts getan hat, als das, wozu ihn der Chemnitzer Parteitag beauftragt hat. Als Berichterstatter der Beschwerdekommission sagte Limbertz-Chemnitz, die Kommission schlage vor, den Protest der 15 Bremer Genossen gegen die Aufnahme Radeks in die Partei dem Parteivorstand zu überweisen, da ohnehin die Frage geprüft werden müsse, ob ein von einer ausländischen Organisation ausgeschlossener Genosse ohne weiteres aufgenommen werden kann, ob die Möglichkeit bestehe, daß das Ausschlußverfahren selbst nachgeprüft wird oder ob die Prüfung durch die Internationale erfolgen solle. Der Parteivorstand hat nun geprüft und schlägt Ihnen als Ergebnis die Resolution 45 vor. Mit der Entscheidung des Parteivorstandes war die Bremer Organisation nicht einverstanden und deshalb muß der heutige Parteitag Stellung nehmen zu dem, was wir im Falle Radek beschlossen haben. Selbstverständlich müssen wir den Fall losgelöst von den persönlichen Dingen betrachten, die Radek in Polen zur Last gelegt werden. Bis jetzt liegt nur ein polnisches Urteil erster Instanz vor, das den Ausschluß Radeks wegen ehrloser Handlungen ausgesprochen hat. Auf Grund dieses Urteils verlangte der Vorstand der S. D. P. L., daß Radek das Auftreten in der deutschen Partei unmöglich gemacht würde. Dieses Verlangen wurde am 4. Februar 1913 z. B. wie folgt formuliert:

„Es geht jedoch nicht an, daß ein wegen Diebereien aus einer Bruderpartei ausgeschlossenes Subjekt in der deutschen Partei öffentlich und ostentativ tätig sein dürfte und sich auf diese Tätigkeit öffentlich — wie er dies tut — berufen könnte, um das polnische Urteil als belanglos und jeder moralischen wie juristischen Bedeutung in den Augen der deutschen Genossen

entbehrend hinzustellen. Da müssen wir uns an Sie wenden und ersuchen Sie, diesem unerhörten und absolut unzulässigen Zustande ein Ende zu bereiten."

Wir waren also gezwungen, Stellung zu nehmen zu dieser Forderung einer Bruderpartei, wir mußten entscheiden und kamen aus ganz allgemeinen Erwägungen dazu, zu verneinen, daß wir das Recht und die Pflicht haben, das polnische Urteil nachzuprüfen. Wir können weder die Tatsachen, die dem Urteil zugrunde liegen, nachprüfen, noch die Frage prüfen, ob diese Tatsachen von dem polnischen Gericht richtig bewertet worden sind. Eine Nachprüfung der Urteile ausländischer Bruderparteien liegt außerhalb des Rahmens des deutschen Organisationsstatuts. An diesem Grundsatz müssen wir festhalten. Wir sind nicht der Obervormund und nicht der Oberrichter der Internationale. (Sehr gut!) Ich möchte kurz auf einige Konsequenzen aufmerksam machen, die sich ergeben würden, wenn wir die Urteile ausländischer Bruderparteien nachprüfen würden. Nehmen wir an: der Genosse X wird von einer der vielen Parteien, die in Rußland und Polen vorhanden sind, wegen ehrloser Handlungen ausgeschlossen. Dann geht er nach Deutschland, nach Oesterreich, nach Belgien, nach der Schweiz oder in irgendein anderes Land, um sich zur Aufnahme in die Partei zu melden. Die russische Partei beschwert sich. Das Urteil wird nachgeprüft und X wird nicht rehabilitiert. Dann geht er eben wieder in ein anderes Land und überall wiederholt sich derselbe Vorgang. Er fände bis zuletzt Gerechtigkeitsmeier, die sich seiner annähmen. Die Folge wäre, daß ein solcher Genosse jahrelang die ganze Internationale mit seinem Fall in Atem halten könnte. (Sehr richtig!) Es kommt noch weiter hinzu, daß bei einer Nachprüfung ausländischer Urteile den Urteilen der deutschen Partei von der Bruderpartei immer der Vorwurf gemacht würde, daß nicht genügend nachgeprüft worden sei. Zu einem solchen Vorgang hat schon das einseitige Verfahren der Bremer Untersuchungskommission geführt. Sie kennen aus der Presse den Brief, den Stanislaus Turski aus Paris an uns gerichtet hat, und in dem er die heftigsten Vorwürfe erhebt, weil er von der Bremer Untersuchungskommission nicht vernommen worden ist. Er verlangt von uns Genugtuung und Schutz gegen die bewußten und gewissenlosen Ehrabschneidereien, die sich Radek in Bremen gegen ihn zuschulden kommen ließ und gegen den schmählichen Verdacht, in den ihn der Bericht der Bremer Untersuchungskommission brachte. Das könnte uns in jedem anderen Falle ähnlich passieren. Gerade der Fall Turski, der sich im Anschluß an die Bremer Untersuchung ergeben hat, hat uns gezeigt, daß kein Bedürfnis vorhanden ist, diese Bremer Methode auf das ganze Reich zu übertragen. (Lebhafte Zustimmung.) Ryssel hat sich bitter beschwert darüber, daß im Falle der Filiale Kamen der deutschen Partei soviele überflüssige Kosten gemacht wurden. Zu welchen Konsequenzen würde es aber führen, wenn wir die Urteile ausländischer Bruderparteien nachprüfen müßten. Dann müßten wir Zeugen aus Paris, Kopenhagen, London, Krakau, Zürich und allen möglichen Städten vernehmen. Tausende und aber Tausende von Mark müßten verpulvert werden, damit polnische und andere Genossen ihren heimatlichen Streit in Deutschland austragen könnten. Dazu sind uns aber die Gelder der deutschen Arbeiter zu gut. Ob aber wegen eines Arbeiters, der vielleicht in Polen ausgeschlossen worden wäre, ebenso viel Wesens gemacht worden wäre? (Lebhafte Zustimmung.) Wenn in Zukunft irgendein Literat, der genügend schreib- und redegewandt ist, vor einem solchen Fall steht, dann würden wir immer wieder ähnliche Fälle, wie den Fall Radek, erleben, und dazu ist uns der deutsche Parteiapparat und das deutsche Geld zu schade. Wir haben nun nichts unversucht gelassen, was die leidige Angelegenheit schneller klären konnte. Wir haben außerhalb des Rahmens des Organisationsstatuts unsere Vermittlung zur Klärung angeboten. Diese Vermittlungsaktion scheiterte. Infolge des Einspruches der S. D. P. L. fiel die Möglichkeit einer Untersuchung des Urteils außerhalb des deutschen Organisationsstatuts mit dem evtl. Erfolg seiner Aenderung weg. Der Vorstand der polnischen Sozialdemokratie schrieb uns:

„Also nicht von einem neuen Gerichte, daß das gefällte Urteil umstoßen oder das Gerichtsverfahren unserer Parteiinstanzen annullieren könnte, kann für uns die Rede sein, sondern nur von der Lieferung des Beweismaterials an Sie, werte Genossen, des Materials zum Beweise, daß die inkriminierten Delikte tatsächlich von Radek begangen sind."

Es ist weiter der Vorschlag gemacht worden, die ganze Geschichte dem Internationalen Bureau zu überweisen. Ich warne Sie davor. Der Fall wird seit Jahr und Tag hier in Deutschland erörtert und wir werden uns hier über die Form der Erledigung einigen müssen. Wenn die russischen und polnischen Genossen an das Internationale Bureau gehen wollen, dann mögen einige der vielen Gruppen das tun, aber das ist nicht unsere Aufgabe. Nun wird gesagt, daß das Urteil in Deutschland nachgeprüft werden könnte, weil Radek in Deutschland Mitglied gewesen ist. Wie stand es mit Radeks Verhältnis zur deutschen Partei? Er hat in Leipzig 1909/10 47 Wochenbeiträge bezahlt. Im sechsten Berliner Wahlkreis hat er als Hospitant einen Beitrag gezahlt. Mir ist vom sechsten Wahlkreis ein Brief zugegangen, wo auch diese Verhältnisse klargestellt wurden. Radek hat behauptet, er hätte nicht bloß einen Beitrag bezahlt, sondern im Garten an einen Bezirksführer 3 Mk. bezahlt. (Heiterkeit.) Später korrigierte er das dahin, er hätte die 3 Mk. in drei Raten an den Kassierer gezahlt. (Erneute Heiterkeit.) Es wurde nun festgestellt, daß er überhaupt nichts bezahlt und auch keinen Zahlabend besucht hat. (Hört! hört!) Radek erklärte schließlich, dann müsse er sich geirrt haben, er habe überhaupt nur mit einem Berliner Genossen verkehrt. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Ja, das ist der Radek in Reinkultur. (Lebhafte Zustimmung.) Dann ist er auch nach Teltow-Beeskow gegangen. Der Vorstand dieses Kreises hat Widerspruch gegen die Aufnahme erhoben. Er konnte das, weil bereits seit 1911 in Polen ein Untersuchungsverfahren gegen Radek schwebte. Dann ist Radek nach Bremen gegangen. Er tat gut daran, denn ich glaube nicht, daß eine andere Organisation in Deutschland ihn aufgenommen hätte. (Lebhafte Zustimmung und Widerspruch.) In Bremen wurde die Sache „geschoben" auf Grund der Theorien, die in Bremen über den Ausschluß vorhanden sind. In Bremen löst man ja nicht bloß die großen Parteifragen theoretisch, sondern da werden auch die Flohknackereien mit einem Schuß Theorie behandelt. (Sehr gut!) So hat in einem Leitartikel der „Bremer Bürgerzeitung" vom 9. September 1912 gestanden, nachdem gesagt ist, daß man in Bremen ein Bestätigungsrecht der Neuaufzunehmenden nicht mehr kennt:

„In dem neuen Statut wird ausgesprochen, daß unsere Partei eine Partei der Massen ist, nicht ein Verein, bei dem jedes neue Mitglied daraufgeprüft wird, ob wir es auch in unseren auserwählten Kreis aufnehmen wollen. Jeder, der sich zu unseren Grundsätzen bekennt, hat das Recht, in die Partei aufgenommen zu werden, ohne daß dabei mitspricht, ob er uns persönlich gefällt oder nicht. Wenn er aber ein Schuft ist, ein Spitzel oder ein politischer Heuchler, dann ist das Ausschlußverfahren da, um unwürdige Elemente nach einer gründlichen unparteiischen Untersuchung auszustoßen. Das ist der Geist unseres Statuts." (Hört! hört! und Heiterkeit.)

Das ist der Bremer Geist! In anderen Organisationen kennt man diesen Geist und diese Grundsätze noch nicht. Da ist es nicht üblich, weil wir eine Massenpartei sind, Spitzel, Schufte und Heuchler aufzunehmen und sie erst

nachher auszuschließen. (Sehr gut!) Da hält man sich solche „Ehrenmänner" von vornherein vom Halse. Wenn man sich aber deutsche Genossen vom Halse hält, die im Verdacht stehen, ehrlose Handlungen begangen zu haben, so besteht kein Grund, Ausländern eine Vorzugsstelle einzuräumen. (Lebhafte Zustimmung.)

In dem detaillierten Urteil der polnischen Partei, das wir nicht nachzuprüfen haben, war die sachliche Unterlage für das Vorgehen des Vorstandes von Teltow-Beeskow gegeben. Es ist weiter gesagt worden, wir könnten das Urteil untersuchen auf Grund der Bestimmungen des deutschen Organisationsstatuts über das Wiederaufnahmeverfahren. Diese Bestimmungen können aber hier nicht angewandt werden. Man kann den Vorstand einer ausländischen Bruderpartei nicht ohne weiteres einem deutschen Bezirksvorstand gleichsetzen. Das würde nur dem Buchstaben gerecht werden, weil es sich in beiden Fällen um eine Wiederaufnahme handelt. Im deutschen Organisationsstatut ist diese Frage nicht geregelt. In solchen Fällen muß uns deshalb der Geist der Internationale leiten und führen. Es widerspricht aber dem Geiste der internationalen Verbrüderung der sozialistischen Parteien, daß ein Mitglied, das aus einer Bruderpartei wegen ehrloser Handlungen ausgeschlossen ist, ohne Einverständnis dieser Partei in einer anderen Bruderpartei Mitglied sein kann. Deshalb bitte ich Sie, im Interesse der deutschen Partei dem Antrag der Beschwerdekommission zu folgen. Sie können es mit gutem Gewissen, und Sie werden damit der Partei den größten Dienst leisten. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Dr. Liebknecht: Ich muß mein lebhaftes Befremden aussprechen, daß Genosse Müller in demselben Augenblick, wo er erklärte, materiell auf den Fall Radek nicht eingehen zu wollen, trotzdem Ausführungen gemacht hat, die auf einem Umwege nichts anderes bedeuten als eine solche materielle Erörterung. Er hat auf dem Umwege der Erörterung der Frage, ob Radek der Partei angehöre, Gelegenheit genommen, ihn in vernichtender Weise zu charakterisieren und dabei gleichzeitig über die Bremer Parteiorganisation ein Urteil zu fällen, wie es abfälliger nicht gedacht werden kann und nicht bedauerlicher, besonders aus dem Munde eines Parteivorstandsmitgliedes. (Lebhafte Zustimmung.) Ebenso muß ich tief beklagen, daß Müller die ruhige sachliche Behandlung der wichtigen Rechtsfrage, die wir zu entscheiden haben (Zuruf: Das ist keine Rechtsfrage, das ist eine Organisationsfrage!), dadurch erschwert hat, daß er jenes verhängnisvolle Wort in die Versammlung warf: „Wenn es sich hier um einen Arbeiter handelte, würde nicht soviel Wesens gemacht." (Zuruf: So ist das auch.) Sie kennen mich doch wohl genug, um zu wissen, daß ich meine Stellung nicht danach einrichte, ob es sich um einen Akademiker handelt oder um einen Arbeiter. Sie wissen, daß ich auf dem vorigen Parteitag Radek scharf angegriffen habe. Umsomehr fühle ich mich verpflichtet, nach Kräften dahin zu wirken, daß heute nicht persönliche Verstimmung, nicht Animosität, sondern ruhige sachliche Erwägung entscheidet. Nur so ist eine gerechte Prüfung und Beschlußfassung möglich. Gerade das ist bezeichnend und beweist die Größe der Gefahr, vor der der Parteitag bei seiner Entscheidung steht: Als ich soeben bemerkte, es handle sich um eine Rechtsfrage, wurde mir von einer ganzen Zahl von Genossen entgegengerufen, es handle sich nicht um eine Rechtsfrage, sondern um etwas anderes. (Ebert: Dieser Zwischenruf kann nur von einem einzigen Parteigenossen gekommen sein, wir haben ihn nicht gehört. — Zuruf: Es handelt sich um eine Organisationsfrage, ist gerufen worden!) Es handelt sich nicht nur um eine Organisationsfrage, sondern auch um eine Rechtsfrage. Wir müssen uns doch vergegenwärtigen, daß unser Beschluß nach dem Antrage des Parteivorstandes auch den Fall Radek mit erledigen soll! Und das Votum

der Beschwerdekommission geht geradezu dahin, noch besonders zu beschließen, daß durch Annahme des Parteivorstandsantrages mit rückwirkender Kraft auch der Fall Radek erledigt werden soll. Wir sollen also gleichzeitig ein Urteil über Radek fällen, ein Urteil über Radek — aber ohne materielle Prüfung des gegen ihn vorliegenden Tatsachenmaterials. Und eine Entscheidung über die ganz unerträgliche Forderung der rückwirkenden Kraft. Um so mehr muß ich dringend darum bitten, schon bei der Entscheidung der prinzipiellen Rechtsfrage nicht, auch nicht im Unterbewußtsein all das mitsprechen zu lassen, was Sie über Radek gelesen haben. Alles das müssen Sie schlechthin unbeachtet lassen. Wer immer Radek für einen Schuft hält, der muß das jetzt schlechterdings ausmerzen und vergessen. Sonst ist er ein ungerechter Richter. (Sehr richtig!)

Es gilt sich zuvörderst darüber klar zu sein, daß der Vorschlag des Parteivorstandes nicht etwa dahin geht, den bestehenden Rechtszustand zu deklarieren, sondern dahin, eine Neuregelung zu schaffen über einen bisher nicht geregelten Punkt. Wie steht es bisher? Wie beurteilten wir bisher das Verhältnis der verschiedenen Parteien, die dem Internationalen Bureau angeschlossen sind, in dem hier fraglichen Punkt zu einander? Diese Parteien bilden nicht eine über die Welt zentralisierte Gesamtorganisation, sondern eine Förderung an und für sich autonomer, selbständiger Organisationen. Wenn wir die Frage prüfen, inwieweit der Ausschluß aus der Partei eines Landes auf die Parteien anderer Länder wirkt, so ergibt sich aus diesem organisatorischen Charakter der Internationale, daß der Ausschluß aus einer Partei für die anderen Parteien keinerlei bindende Kraft hat. Selbstverständlich gebe ich zu, daß diese bisherige Rechtslage sehr unbefriedigend ist, daß sich die unangenehmsten Komplikationen aus ihr ergeben können. Infolgedessen muß man versuchen, einen Ausweg zu finden. Aber der Ausweg, den der Parteivorstand ad hoc sucht, ist meiner Ansicht nach nicht der geeignete. Ich möchte zunächst darauf aufmerksam machen, daß man auch bei der Prüfung, inwieweit etwas vorliegt, was nach dem deutschen Statut den Ausschluß rechtfertigt, bei der Prüfung, ob eine ehrlose Handlung vorliegt, genötigt ist, in die materielle Prüfung einzutreten. Wenn vom Parteivorstand und der Beschwerdekommission gemeint wird, wir müßten unter allen Umständen rein formal die bindende Kraft des ausländischen Beschlusses anerkennen, weil wir uns in interne Angelegenheiten der anderen Parteien nicht hineinmischen dürften, so halte ich dem entgegen, daß auch nach dem Antrag des Parteivorstandes eine solche Einmischung schlechterdings unvermeidlich sein wird.

(Die Redezeit ist abgelaufen, der Redner erklärt aber, als Begründer des Antrages 115, das Recht auf eine längere Redezeit zu haben. Der Parteitag beschließt, entsprechend der Ansicht des Vorsitzenden, daß dieses Recht erloschen ist, weil sämtliche zu diesem Punkt gestellten Anträge der Beschwerdekommission zur Berichterstattung überwiesen waren. Auf die Bitte des Redners wird ihm jedoch hierauf die Redezeit um einige Minuten verlängert.)

Dr. Liebknecht (fortfahrend): Auch nach dem Parteivorstandsvorschlag muß eine Einmischung in die internen Verhältnisse der Bruderparteien stattfinden, weil die Entscheidung, inwieweit eine ehrlose Handlung vorliegt, sich nicht ergibt aus dem Wortlaut des Urteils, sondern aus den begleitenden Umständen, die nachgeprüft werden müssen. Man kommt aber auch gar nicht um die Prüfung der Zuständigkeit des betreffenden ausländischen Parteigerichts herum. Alle die Schwierigkeiten, die sich aus organisatorischen Differenzen in Auslandsparteien ergeben können, spielen in die Prüfung dieser Frage hinein. Müller hat das Gespenst eines ewigen polnischen Juden an die Wand gemalt (Heiterkeit), der durch die ganze sozialistische Internationale streift und überall die

Aufnahme zu erzielen sucht. (Sehr richtig!) Er hat dabei vorausgesetzt, daß in Polen ein schlimmes Durcheinander der verschiedensten Parteigruppen und Fraktionen besteht. Ja, wie wollen wir denn in Deutschland nachprüfen, welches das zuständige Parteigericht in diesem Wirrwarr ist, ohne Einmischung in die internen Verhältnisse der ausländischen Partei. Ich behaupte, daß mein Eventualantrag 115, der dahin geht, daß nur unter der Voraussetzung gleicher Rechtsgarantien die Gültigkeit des Ausschlusses bestätigt werden soll, nicht wesentlich mehr eingreift in die Autonomie ausländischer Parteien als der Antrag des Parteivorstandes. Im Falle Radek wird nun — das möchte ich noch besonders ausdrücklich betonen — von polnischen Organisationen ganz offiziell bestritten, daß das Schiedsgericht, das geurteilt hat, das zuständige sei. Wenn Ebert von den Briefen Kenntnis geben würde, die ihm zugegangen sind, würde er mitteilen müssen, daß polnische Organisationen ausführliche Darlegungen gegeben haben über die Unzuständigkeit des Schiedsgerichts im Falle Radek. Daraus schon folgt die Unmöglichkeit, den Fall Radek jetzt, und noch gar unter Statuierung rückwirkender Kraft zu erledigen. Mir erscheint aber der Versuch, für Deutschland allein die prinzipielle organisatorische Frage zu regeln, überhaupt untauglich. Ich befürworte in erster Linie den Hauptantrag 115, die ganze Frage zur allgemeinen Regelung dem Internationalen Bureau zu überweisen, in zweiter Linie den Eventualantrag 115. Leider kann ich bei der kurzen Redezeit nicht alles sagen, was ich vorhatte. Ich werde mich von neuem melden. Vorläufig resumiere ich mich: Wir wollen kein Sondergesetz für Radek, aber auch kein Sondergesetz gegen Radek! (Beifall und Widerspruch.)

Vorsitzender Ebert: Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen von Fritsch-Liegnitz.

Der Antrag wird ausreichend unterstützt.

Hoffmann-Berlin: Ich mache darauf aufmerksam, daß vorhin gesagt wurde, den Antragstellern könne keine verlängerte Redezeit mehr gewährt werden, weil die Anträge durch die Beschwerdekommission erledigt seien. Es geht doch aber nicht an, nun durch einen Schlußantrag die Antragsteller überhaupt nicht zu Worte kommen zu lassen.

Fritsch-Liegnitz: Der Parteitag hat eigentlich schon viel zu viel Zeit für den Fall Radek verwendet. (Zustimmung und Widerspruch.) Draußen im Lande denkt man ganz anders. Es ist schade um die kostbare Zeit, die wir hier vertrödeln. Nach den Darlegungen der Beschwerdekommission und des Parteivorstandes glaube ich, daß für uns der Fall schon erledigt ist. Es ist schon so viel Druckerschwärze auf diesen Fall verschwendet worden, daß der Parteitag weiß, wie er zu entscheiden hat.

Katzenstein-Charlottenburg: Ich ersuche Sie dringend, den Antrag auf Schluß der Debatte abzulehnen. Es handelt sich hier um eine Rechtsfrage, die erst nach eingehender Prüfung der Verhältnisse durch eine Diskussion erledigt werden kann.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird mit 175 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

Katzenstein-Charlottenburg: Ich bedauere, daß ein Mitglied unseres Parteivorstandes von Gerechtigkeitsmeiern gesprochen hat. (Zustimmung.) Wir als Sozialdemokraten müssen immer daran denken, daß ein Zentner Gerechtigkeit zuviel besser ist als ein Gramm zu wenig. (Sehr richtig!) Gerade in einer Sache, in der unsere Empfindung nahezu einstimmig gegen die Person, um die es sich handelt, gerichtet ist, dürfen wir um so weniger unser Urteil durch eine derartige Empfindung beeinflussen lassen. (Sehr richtig!) Wer

sich von der persönlichen Animosität leiten läßt, kann nie ein gerechtes Urteil fällen. Der Parteivorstand hat in dieser Frage schon einen Standpunkt eingenommen, der ganz unhaltbar ist. Er hat im Februar verlangt, der Bremer Verein solle Radek streichen, nach Analogie der Vorschriften über Aufnahme oder Nichtaufnahme eines aus der deutschen Partei Ausgeschlossenen. Er hat also eine Bestimmung, die nicht im Statut steht, aus anderen Bestimmungen heraus folgern wollen. Das ist ein Grundsatz, den selbst unser bürgerliches Strafrecht verwirft. Jedes bürgerliche Gericht wird, wenn ihm ein ausländisches Urteil vorgelegt wird, zunächst prüfen, ob dieses Urteil auch rechtsgültig gefällt ist und die Rechte des Angeklagten ausreichend gewahrt worden sind. (Sehr richtig!) Wollen wir uns als Revolutionstribunal konstituieren, das berechtigt wäre, über alle herkömmlichen Rechtsgarantien zur Tagesordnung überzugehen? Das dürfen wir nicht tun! Ich bin selbstverständlich weit entfernt von der Theorie, die man in Bremen über das Recht der Aufnahme aufgestellt hat. Nachdem aber einmal die Aufnahme erfolgt ist, kann sie nicht durch irgendeinen Beschluß, ohne daß ihm ein ordnungsmäßiges Ausschlußverfahren vorangegangen wäre, zurückgenommen werden. Müller hat weiter versucht, es so darzustellen, als würde ein Unterschied bei der Behandlung von Literaten und Arbeitern gemacht. Diese Behauptung Müllers ist nicht wahr! (Widerspruch.) Ich erinnere Sie hier an den Fall eines anderen Polen, des polnischen Proletariers Kasprczak.

Unser Parteivorstand hat damals den von einem Londoner Konventikel als Lockspitzel verurteilten Proletarier Kasprczak geschützt, der später bei der Verteidigung einer Geheimdruckerei gegen zaristische Gendarmen sein Leben gelassen hat. Es kann sich um ehrlose Handlungen mannigfacher Art handeln, die ganze Frage ist noch ungeklärt. Tun Sie die Sache nicht so rasch ab, überweisen Sie sie mit dem Antrage Liebknecht dem Internationalen Bureau. Es handelt sich nicht um eine politische und persönliche Frage, sondern um eine Frage der Gerechtigkeit. (Sehr richtig!)

Genossin Luxemburg: Nach meiner Ueberzeugung können wir die Sache gar nicht anders erledigen, als indem wir beschließen, daß der Fall von deutschen Parteiinstanzen in vollem Umfange untersucht werden muß. (Sehr richtig!) Durch rein formelle Erläuterungen kann man die ganze Sache Radek nicht mehr von sich schieben. Wäre vor einem Jahre, als er sich zur Aufnahme in Deutschland gemeldet hatte, gesagt worden, er könne nicht aufgenommen werden, weil eine andere internationale Partei ihn ausgeschlossen hat, dann war das recht und billig gewesen. Nun hat aber Radek schon jahrelang in der deutschen Partei seine Tätigkeit geübt. Jahrein, jahraus hat sich die deutsche Parteipresse mit dem Fall Radek beschäftigt. (Pfannkuch: Schlimm genug!) Ich bedauere es auch, aber jetzt können wir die Tatsachen nicht durch eine formale Lösung von uns schieben. Wenn Sie auch die allgemeine Regelung des Parteivorstandes im Prinzip annehmen, so kann unser heutiger Beschluß auf den Fall Radek aber keine rückwirkende Kraft erhalten. Dieser Fall muß in vollem Umfange untersucht werden. Der Antrag Liebknecht, an das Internationale Bureau zu gehen, ist ganz unannehmbar. Das Internationale Bureau kann überhaupt nur dann einschreiten, wenn zwei internationale Parteien die Berufung an das Bureau vornehmen. Das liegt hier nicht vor. Die deutsche Partei muß selbst in der Lage sein, das Verhältnis mit einem Mitglied zu regeln, das sich in die deutsche Organisation hat aufnehmen lassen. Es wäre lächerlich, wenn die deutsche Sozialdemokratie deswegen an das Internationale Bureau gehen würde. Wenn Sie aus den Aeußerungen des Gen. Müller schließen würden, daß die Wünsche des polnischen Parteivorstandes dahin gingen, Sie sollen die Radek-Sache durch eine solche

formale Lösung von sich abschieben, so entspricht das nicht den Tatsachen. Ich kann mitteilen, daß der polnische Parteivorstand es mit Freude begrüßen wird, wenn Sie beschließen, den Fall Radek innerhalb der deutschen Instanzen, wie es sich gehört, in vollem Umfange zu untersuchen. Ich bitte Sie, wenigstens diesen Antrag von mir, auf diesem Parteitag anzunehmen. (Heiterkeit und Beifall.)

Oskar Cohn-Berlin: Heute hat uns nicht die sachliche Seite des Falles Radek zu beschäftigen, sondern nur die formale. Ich will mich über die Art und Weise, wie Müller geglaubt hat seine Sache führen zu sollen, nicht verbreiten, nachdem ihm Katzenstein unwidersprochen vorgehalten hat, daß er sich eines demagogischen Kniffes bedient hat. (Lebhafte Unruhe.)

Vorsitzender **Ebert**: Ich habe das nicht gehört, sonst hätte ich es gerügt. (Beifall.)

Oskar Cohn: Ich will nur feststellen, es widerstrebt meinem Gerechtigkeits- und Anstandsgefühl, auf einen, der am Boden liegt, noch herumzuschlagen. Der Antrag Liebknecht ist mißverstanden worden. Wir gehen davon aus, daß das Gerichtsverfahren in der sozialdemokratischen Partei von Russisch-Polen unseren Bedürfnissen nicht entspricht. Wir wollen der deutschen Partei nicht irgend jemanden aufzwingen, sondern wir wollen, daß Recht Recht bleibt, auch gegenüber ausländischen Genossen und solchen, die von ausländischen Organisationen ausgeschlossen wurden. Da hier eine Lücke in unserem Statut ist, muß sie ausgefüllt werden. Das kann nur durch das Internationale Bureau und dann durch den Internationalen Kongreß geschehen. Der Vorstand war klug genug, nicht etwa zu sagen, daß sein Beschluß rückwirkende Kraft habe, das hat erst der Berichterstatter der Beschwerdekommission ausgeführt. — Uns alle hat in der Oeffentlichkeit der Fall des Erfurter Kriegsgerichts beschäftigt. Es ist zwischen dem Spruche der ersten und der Verhandlung zweiter Instanz ein milderes Gesetz geschaffen worden. Wenn nun eine Straftat begangen ist, bei der sich zwischen der Begehung und der Aburteilung das Gesetz ändert, so ist das mildere Gesetz anzuwenden. Hier wollen wir aber im Fall Radek das schärfere Gesetz anwenden und sogar ein Strafgesetz zu diesem Zweck erst schaffen. Es handelt sich bei unserer heutigen Entscheidung um eine Frage der Gerechtigkeit, des Parteianstandes, die man nicht lediglich vom Standpunkt der Organisation aus betrachten kann. Wenn im Offizialverfahren ein Staatsanwalt für einen Streikbrecher eintritt, da reden Sie von Ausnahmebehandlung und nun wollen Sie selber ein solches Ausnahmerecht schaffen. (Unruhe.) Der Vorstand verteidigt eine verlorene Position. Es ist ihm selber nicht wohl dabei. Er würde gern auf den Boden der Anträge Liebknechts oder Brauns treten, er hätte gern die Sache an die Internationale verwiesen, er hat sich aber in den Akten festgelegt und will nicht davon zurück. (Unruhe und Zurufe; Unwahr.) In München hat Pfannkuch selber beim Fall Kasprzak gesagt: „Ich würde auch heute stutzen, wenn von einer ausländischen Organisation ohne Beweismittel das Verlangen gestellt würde, wir sollten einen Genossen abschaufeln. Wir müssen die Dinge doch nachprüfen können." Ich mache Sie noch auf einen besonderen Fallstrick in dem Vorstandsantrag aufmerksam: „Wer ausgeschlossen ist von einer anderen Partei, erwirbt keine Mitgliederrechte." Man kommt also zu dem unglaublichen Ergebnis, daß eine anerkannte Organisation unserer Partei jemand aufnehmen und daß dann der Parteitag bestimmen kann: dieser Mann hat keine Rechte erworben, darf bei Euch keine Rechte erwerben. 50 Jahre ist es so gegangen wie bisher, da können wir auch noch ein Jahr warten, bis sich die Internationale geäußert hat. Fällen Sie ein Urteil, das der Gerechtigkeit und der Würde unserer Partei entspricht. (Bravo!)

Ein Schlußantrag, den Schnabrich-Hanau empfiehlt, wird angenommen.

Dr. **Liebknecht** (persönlich): Genossin Luxemburg hat mich unrichtig verstanden, wenn sie meinen Antrag so auslegt, daß er in der Tat nur eine allgemeine Regelung der Rechtsfrage für alle Zukunft durch die Internationale herbeizuführen wünscht.

Vorsitzender **Ebert** schlägt vor, in der Weise abzustimmen, daß zuerst der Beschluß der Kommission zur Abstimmung gestellt wird, und daß dann darüber entschieden werden soll, ob der Beschluß nach dem Antrage der Kommission rückwirkende Kraft haben soll.

Gottschalk-Königsberg: Es liegt ein Irrtum des Berichterstatters vor. Die Beschwerdekommission hat nicht beschlossen, daß dem Antrage rückwirkende Kraft gegeben werden soll. (Hört! hört! und Widerspruch.)

Maier-Heidelberg: In der Beschwerdekommission ist mit 8 Stimmen gegen eine Stimme erklärt worden: der Vorstandsantrag wird zum Beschluß erhoben mit dem Amendement Beims. Es ist außerdem erklärt worden, daß der Fall Radek für Deutschland damit erledigt sei. (Zurufe: Na also!)

Oskar Cohn: Wir befinden uns in völliger Unklarheit über die Grundlagen der Abstimmung, da die Meinungen der Mitglieder der Beschwerdekommission auseinandergehen. (Schluß!-Rufe.)

Scholz-Neukölln: Als Mitglied der Beschwerdekommission kann ich im Namen verschiedener anderer Mitglieder nur bestätigen, daß der Antrag der Beschwerdekommission dahingeht, diesen Antrag des Parteivorstandes mit dem Amendement Beims zur Annahme zu bringen, und daß dann beschlossen worden ist, diesen Antrag auf die Angelegenheit Radek anzuwenden mit rückwirkender Kraft. (Beifall und Zurufe: Na, also!)

Es wird abgestimmt.

Vorsitzender **Ebert**: Wir stimmen also über folgenden Antrag der Kommission ab: Personen, die aus einer dem Internationalen sozialistischen Bureau angeschlossenen Bruderpartei wegen ehrloser Handlungen ausgeschlossen worden sind, können in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ohne Zustimmung der Partei, die den Ausschluß vollzogen hat, die Mitgliedschaft nicht erwerben.

Dieser Antrag wird mit übergroßer Mehrheit angenommen.

Vorsitzender **Ebert**: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Frage, ob dieser Beschluß rückwirkende Kraft haben soll auf den Fall Radek.

Der Parteitag beschließt ebenfalls mit übergroßer Mehrheit, daß der eben gefaßte Beschluß rückwirkende Kraft haben soll. Damit sind alle übrigen Anträge zur Sache Radek erledigt. (Lebhafter Beifall.)

Liebknecht (zur Geschäftsordnung): Ich wiederhole, daß auch, nachdem dieser Beschluß gefaßt ist, noch über meinen Prinzipalantrag abgestimmt werden muß. Der Antrag will nichts weiter, als daß über die Frage, die wir jetzt für Deutschland speziell geregelt haben, eine internationale Vereinbarung erfolgt.

Vorsitzender **Ebert**: Ich will mich dem Wunsche von Liebknecht durchaus nicht widersetzen, ich werde über den Antrag 115 abstimmen lassen.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages 115 mit 168 gegen 158 Stimmen.

Zu einer Erklärung erhält das Wort

Noske-Chemnitz: Ich habe in meiner Rede zum Fraktionsbericht ausgeführt, ohne wörtlich zu zitieren, das Braunschweiger Parteiblatt habe geschrieben, durch unsere Tätigkeit sowohl im Reichstage wie im allgemeinen werde für das Proletariat ein Quark erreicht. Ich habe betont, durch solche Auslassungen werde für die Partei die Werbearbeit erschwert. Das Braun-

schweiger Parteiblatt hat recht, wenn es darauf hinweist, daß ich nicht wörtlich zitiert habe. Es hat in seiner Nr. 213 vom 11. September geschrieben: „Alles, was das Proletariat innerhalb der bestehenden Ordnung erreichen kann, ist doch schließlich nur ein Dreck." (Hört! hört!) Das Urteil, das ich in meiner Rede über die Wirkung solcher Schreibweise gegeben habe, erfährt durch diesen Wortlaut keine Aenderung. (Sehr richtig!)

Es folgt die Beratung der noch vorliegenden Anträge, zunächst der Anträge 39 und 97.

Braun (Parteivorstand): Ich muß Sie noch mit einer neuen Polenangelegenheit beschäftigen. Es handelt sich um die Resolution 97 betr. die P. P. S. Sie lautet:

„Der Parteitag verurteilt auf das schärfste die hakatistische Politik der preußischen Regierung und der bürgerlichen Parteien. Unsere Genossen in den parlamentarischen Körperschaften werden diese Politik wie bisher mit aller Kraft bekämpfen.

Wie die Erfahrung gelehrt hat, kann diese Unterdrückungspolitik aber nur mit Erfolg bekämpft, wie überhaupt der Kampf zur Befreiung des polnischen Volkes von politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Ausbeutung nur wirksam geführt werden, wenn das polnische Proletariat sich ebenso wie in den Gewerkschaften auch in der sozialdemokratischen Partei einheitlich organisiert und mit dem unter gleichem Joch seufzenden deutschen Proletariat gemeinsam den Befreiungskampf führt.

Der Parteitag hebt daher die Einigungsbedingungen von 1906 auf und spricht die Erwartung aus, daß alle polnischen Genossen innerhalb der deutschen Landesgrenzen sich der sozialdemokratischen Partei Deutschlands anschließen. In Landesteilen mit polnisch sprechender Bevölkerung haben die örtlichen Organisationen dafür Sorge zu tragen, daß die schriftliche und mündliche Agitation auch in polnischer Sprache betrieben wird."

Diese Resolution hat den Parteiausschuß beschäftigt und ist dort nach eingehender Beratung, an der auch der Vertreter der polnischen sozialistischen Partei, der P. P. S., teilgenommen hat, einstimmig angenommen worden. Ich bitte Sie, der Resolution gleichfalls zuzustimmen. Das Material zur Begründung ist Ihnen gedruckt vorgelegt, ich kann mich daher kurz fassen. Auf einiges muß ich indes doch eingehen, schon um einer Ausnutzung der Behandlung dieses Gegenstandes auf dem Parteitag durch die Genossen der P. P. S. vorzubeugen. Diese Genossen haben uns mitgeteilt, daß sie von der ursprünglichen Absicht, einen Vertreter hier auf den Parteitag zu schicken, abgekommen seien, weil sie es für zwecklos halten; der Antrag werde doch angenommen. — Seit dem ersten Parteitag nach dem Fall des Sozialistengesetzes haben zahlreiche Parteitage eine Polendebatte aufzuweisen gehabt, die zweifellos nicht den erquicklichsten Teil der Verhandlungen gebildet hat. Schon auf dem Parteitag in Halle haben wir beschlossen, die polnische Agitation weitgehendst zu unterstützen, ihr entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Die „Gazeta Robotnicza" sollte einmal wöchentlich herausgegeben werden. Später erklärten die Genossen, wenn sie wirksam unter dem polnischen Proletariat agitieren sollten, wäre es notwendig, auch eine besondere polnische Partei innerhalb der deutschen Landesgrenzen zu schaffen. Auch dieser Anregung der polnischen Genossen kam die Gesamtpartei nach. Diese Sonderorganisation wurde aber zur Quelle fortgesetzter Differenzen und Zwistigkeiten. Zum Teil waren sie in dem mehr oder weniger unerträglichen Charakter der leitenden Personen der P. P. S. begründet, in der Hauptsache wohl im Wesen der Sonderorganisation selbst. Trotz reichlicher Unterstützung durch die Gesamtpartei machte die P. P. S. keine Fortschritte. Sie erschöpfte sich gewissermaßen in inneren

Zwistigkeiten. Auch machten sich innerhalb der P. P. S. nationalistische Tendenzen bemerkbar, die zu Konflikten mit den einzelnen Parteigenossen und Ortsgruppen führten. Soll doch in der letzten Zeit noch ein führender Genosse der P. P. S. erklärt haben: Polen und mein Volk ist mir das Hemd, die Partei ist mir der Rock; und das Hemd liegt mir näher als der Rock. (Hört! hört!) Diese Auffassung hat dort immer bestanden. Alle Versuche zur Einigung, die in den ganzen Jahrzehnten gemacht wurden, schlugen immer wieder fehl, bis es 1906 gelang, eine Grundlage zur Einigung zu finden, von der man erwartete, daß sie längere Zeit vorhalten würde. In diesen Vereinbarungen heißt es ausdrücklich: die polnischen Sozialdemokraten im Deutschen Reich bilden eine selbständige Organisation, deren Aufgabe darin besteht, die Organisation und Agitation unter den polnischen Arbeitern in Deutschland zu betreiben. Die polnische Organisation, die ein Bestandteil der Gesamtpartei Deutschlands ist, erkennt ausdrücklich das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands an, ebenso die Parteiinstanzen usw. Ebenso wurden Vereinbarungen getroffen über die Presse, über die Reichstagskandidaturen usw. Auf Grund dieser Einigungsbedingungen hat der Parteivorstand der P. P. S. reichlich Mittel für die Presse wie für die Agitation zur Verfügung gestellt. Die „Gazeta Robotnicza" wurde in ein dreimal wöchentlich erscheinendes Blatt umgewandelt, es wurde ein polnischer Sekretär besoldet, der lediglich der P. P. S. zur Verfügung stand. Trotzdem hat sich herausgestellt, daß es ein Irrtum war, wenn man annahm, auf Grund dieser Einigung werde ein gedeihliches und fruchtbares Arbeiten möglich sein. Die inneren Zwistigkeiten in der P. P. S. rissen auch nach 1906 nicht ab. Gegen die in der Gesamtpartei tätigen Genossen ist man allerdings in den ersten Jahren nach der Einigung etwas weniger aggressiv vorgegangen. Ich führe das darauf zurück, daß man die hohen Zuschüsse von der Gesamtpartei erhielt. Daß diese Vermutung nicht ganz unberechtigt ist, erhellt daraus, daß mit dem Augenblick, wo der Parteivorstand erklärte, er könne nicht mehr in so hohem Maße Zuschüsse gewähren, in der Presse wie in Verhandlungen der P. P. S. ein ganz anderer Ton der Gesamtpartei gegenüber angeschlagen wurde. Als wir im vorigen Jahre sahen, daß trotz der hohen Aufwendungen Erfolge nicht zu erzielen waren — es wurde festgestellt, daß jeder Abonnent der „Gazeta Robotnicza" uns jährlich 10 Mk. kostete —, haben wir den Genossen von der P. P. S. empfohlen, ihr Blatt wieder in ein Wochenblatt umzuwandeln, um die Zuschüsse auf ein erträgliches Maß herabzudrücken. Der Schriftwechsel darüber liegt ihnen vor. Die P. P. S. wandte sich dann an ihre Parteigenossen in Galizien usw., auch in Deutschland um Mittel zur Gründung eines Tageblatts. Auf ihrem Parteitag erklärten die polnischen Genossen, der geringe Erfolg ihrer Agitation und der Mißerfolg des Blattes resultiere daraus, daß sie von der deutschen Partei Subvention erhielten. Wir sagten uns, dann kann den polnischen Genossen geholfen werden und haben ihnen anheim gestellt, keine Subvention mehr zu nehmen. Allerdings erhielten wir darauf die Antwort, das habe nur ein unfähiger Uebersetzer, der die Sache nicht verstehe, geschrieben — eine Antwort, wie wir sie wiederholt von den Genossen erhalten haben. Als dann zur Gründung des Tageblattes, d. h. eines Unternehmens, das von vornherein zum Untergang verurteilt war, übergegangen wurde, haben wir die Zuschüsse eingestellt und sind aus dem Geschäft herausgetreten. Den Agitationszuschuß haben wir weiter gewährt, unter der Bedingung, daß er nicht für das neue Blatt Verwendung findet. Schon im Dezember, nachdem wir die letzte Monatsrate für die „Gazeta Robotnicza" mit 1100 Mark abgesandt hatten, zeigte sich ein ganz anderer Ton in diesem Organ gegen die Gesamtpartei, ein Ton, der erst in dem neuen Blatt, das am 1. Januar erschien, zu seiner höchsten Entfaltung kam.

Wir haben Ihnen dafür eine Reihe Beweise vorgelegt. So wurde uns in dem Blatt der wissentlich unwahre Vorwurf gemacht, daß Parteivorstand und Generalkommission Hakatismus trieben, ebenso die Reichstags- und die preußische Landtagsfraktion, die doch bei jeder Gelegenheit gegen die hakatistische Gewaltpolitik aufgetreten sind, der Heuchelei bezichtigt. Und was das schlimmste ist, man hat unsere polnischen Parteigenossen, die polnischen Arbeiter, die unserer Organisation beitraten, als Abtrünnige, als Renegaten, als Verräter an ihrem Volk, die der allgemeinen Verachtung wert sind, hingestellt. In den Versammlungen und Sitzungen der P. P. S. ist es natürlich noch viel schlimmer hergegangen. Als wir von diesen Vorgängen erfuhren, haben wir natürlich eingegriffen. Obwohl wir nach den Vorgängen früherer Jahre und im Hinblick auf die Verhältnisse, wie sie sich nunmehr wieder herausgebildet hatten, wenig Hoffnung auf ein Gelingen hegten, machten wir doch noch einen letzten Versuch, Richtlinien für ein gedeihliches Zusammenarbeiten der beiden Organisationen zu schaffen. Auf Seite 14 und 15 der Materialien sind sie abgedruckt. Der Vorstand der P. P. S. hat diese Einigungsbedingungen akzeptiert. Unsere Bezirksleitung in Oberschlesien hat sie den Organisationsleitungen und den Funktionären in einem Zirkular mitgeteilt und es ihnen zur Pflicht gemacht, sie aufs strikteste zu beachten. Die P. P. S. hat das nicht getan, aber ihr Vertreter hat erklärt, sie hätten in ihren Versammlungen ihren Genossen die größte Vorsicht geraten. Das scheint indes wenig gewirkt zu haben, denn nach ganz kurzer Zeit setzte, wie Sie aus der Drucksache Seite 16, 17, 18 und 19 ersehen können, der Kampf mit der alten Heftigkeit und Giftigkeit wieder ein. Bei diesem bedauerlichen Bruderkampf sind die bürgerlichen polnischen Parteien und ihre Presse der lachende Dritte. (Sehr richtig!) Die Leidtragenden sind die Partei und das unter dem furchtbaren Doppeljoch des preußischen Junkerregimes und der rücksichtslosen Ausbeutung der Gruben- und Hüttenbarone schmachtende und schwer leidende polnische Proletariat, wie die mit ihnen zusammenarbeitenden Klassengenossen deutscher Zunge. Mit schmatzendem Behagen kann die polnische bürgerliche Presse, gestützt auf die Auslassungen unserer Genossen aus der P. P. S., schreiben:

„Wir haben seit Jahren bewiesen und festgestellt, daß die deutschen Sozialisten die polnischen Arbeiter demoralisieren. . . . . Weg mit den roten Schwindlern, welche zum Hakatismus neigen." (Hört! hört!)

Um dieses Resultat zu zeitigen, dafür haben wir in den letzten 6 Jahren über 160 000 Mark aufgewendet. Einzig um eine selbständige polnische Partei innerhalb der Gesamtpartei zu erhalten, die es in ganz Deutschland noch nicht einmal auf 2000 Mitglieder und Abonnenten auf ihr Blatt gebracht hat, dafür aber, das ist meine Ueberzeugung, als Hemmschuh für die Bewegung in den gemischtsprachigen Gebieten gewirkt hat. (Sehr richtig!)

Es fragt sich nun, ob wir nach Scheitern des letzten Einigungsversuches noch länger die reichlichen Mittel geben sollen, nur damit man sich gegenseitig bekämpft, denn wir geben jetzt beiden Parteien Geld, und die benutzen es, um sich gegenseitig herunterzureißen. (Hört! hört!) Nur durch eine andere Regelung der Organisationsverhältnisse können die Differenzen beseitigt werden. Diese langjährigen Differenzen resultieren nicht aus dem mehr oder weniger verträglichen Charakter der leitenden Genossen hüben und drüben, sie sind vielmehr vornehmlich in dem Wesen der Doppelorganisation begründet. Eine derartige Sonderorganisation, wie die P. P. S., ohne territorielle Abgrenzung ihres Wirkungsgebietes, muß zu Reibungen und Zwistigkeiten führen, selbst wenn die leitenden Genossen Engel wären. Und das sind sie in Oberschlesien wahrlich nicht. Einzig die Einheitsorganisation kann uns aus diesen unerträglichen Zuständen befreien.

Die Einigungsbedingungen von 1906 müssen daher aufgehoben werden. Wir müssen erklären: Innerhalb Deutschlands gibt es nur eine einheitliche sozialdemokratische Partei, der jeder anzugehören hat, der sich zu unseren Grundsätzen bekennt, gleichviel welche Sprache er spricht. (Sehr richtig!) Man hat gesagt, mit diesem Beschluß wird man die Differenzen nicht beseitigen. Auch ich gebe mich nicht der Illusion hin, daß wir mit diesem Beschluß den Kämpfen mit einem Schlage ein Ende bereiten. Nein, sie werden noch einige Zeit weiter gehen, aber schlimmer als bis jetzt kann es nicht werden. Wenn Sie den Antrag annehmen, dann haben wir wenigstens für die Zukunft Aussicht auf geordnete Verhältnisse. Arbeiten dann unsere Genossen mit Takt und Geschick, machen wir den polnisch lesenden Arbeitern polnische Agitationsschriften zugänglich, sprechen wir in Versammlungen zu ihnen in ihrer Muttersprache, dann muß und wird es uns gelingen, das Mißtrauen gegen die Sozialdemokratie zu beseitigen, das man unter ihnen gesäet hat, dann werden sie sich scharen unter der Fahne der einheitlichen Parteiorganisation der Sozialdemokratie Deutschlands. Auch die Genossen der P. P. S. werden einsehen müssen, daß es ein Verbrechen an der Arbeiterschaft wäre, wollten sie in sträflicher Verblendung die Geschäfte der erbittertsten Arbeiterfeinde besorgen durch Aufrechterhaltung der organisatorischen Zersplitterung der polnischen Arbeiterschaft. Auch sie werden, soweit sie es ehrlich mit ihrer sozialdemokratischen Ueberzeugung meinen, gleich den französischen Arbeitern in Elsaß-Lothringen, den Dänen in Schleswig-Holstein und den Litauern in Ostpreußen, sich der einheitlichen sozialdemokratischen Partei Deutschlands anschließen und dort Schulter an Schulter mit der gesamten klassenbewußten Arbeiterschaft den Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung in jeder Gestalt führen. (Bravo!) Die Partei und insbesondere unsere Vertreter im Reichstage und im preußischen Landtage werden beweisen, wie verblendet und ungerecht es ist, gegen sie den Vorwurf des Hakatismus zu erheben. Wie bisher werden sie bei jeder sich irgend bietenden Gelegenheit die hakatistische Gewaltpolitik der preußischen Regierung und der bürgerlichen Parteien mit rücksichtsloser Schärfe geißeln und sie mit aller Kraft bekämpfen. Daraus wird auch das polnische Proletariat erkennen, daß seine Interessen bei der Sozialdemokratie gut aufgehoben sind, daß es keiner Sonderorganisation bedarf. Genossen! Nehmen Sie daher den Antrag 97 an und sie werden die Bahn frei gemacht haben zur Einigkeit und Geschlossenheit der polnischen und deutschen Arbeiterschaft, die allein zur Befreiung aus wirtschaftlicher Not und politischer Schmach führen kann. (Lebhafter Beifall.)

Die Verhandlungen werden unterbrochen durch die Mitteilung des Resultats der Wahl der Parteileitung.

Vorsitzender **Ebert:** Abgegeben sind 473 Stimmzettel. Die absolute Mehrheit beträgt also 237. Zu Vorsitzenden sind gewählt Haase mit 467 und Ebert mit 433 Stimmen. Zum Kassierer Braun mit 458 Stimmen. Als Sekretäre haben erhalten Bartels-Altona 269, Gerisch 466, Dißmann-Frankfurt a. M. 211, Molkenbuhr 440, Hermann Müller 442, Pfannkuch 468, Scheidemann 445, Luise Zietz 450 Stimmen, außerdem je 1 Stimme Quessel, Edmund Fischer, Stadthagen, Südekum, Wurm und andere. (Heiterkeit.) Es sind also zu Sekretären gewählt Bartels, Gerisch, Molkenbuhr, Hermann Müller, Pfannkuch, Scheidemann und Luise Zietz.

Als Beisitzer haben erhalten Brühl 232, Wels 245, Wengels 430 Stimmen. Wels und Wengels sind somit gewählt. (Ernst-Berlin hat 1 Stimme und Gottschalk-Königsberg 3 Stimmen erhalten.)

Bei der Wahl der Kontrollkommission haben erhalten Bock 378, Brey 198, Brühne 436, Ernst 427, Geck 309, Geyer 247, Helene Grünberg 158, Hengsbach

347, Löbe 191, Sindermann 247, Stubbe 315, Timm 368, Klara Zetkin 288 Stimmen. Zwischen Sindermann und Geyer, die gleichviel Stimmen erhalten haben, hat das Los zugunsten von Geyer entschieden. Die Kontrollkommission setzt sich also wie folgt zusammen: Bock, Brühne, Ernst, Geck, Geyer, Hengsbach, Stubbe, Timm, Klara Zetkin. Die Kommission hat sich bereits konstituiert und Bock zum ersten, Brühne zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

In der fortgesetzten Debatte über die Anträge 39 und 97 erhält das Wort

Katzenstein-Stralsund: Es tut mir leid, auch in dieser Frage dem Antrag des Vorstandes entgegentreten zu müssen. Ich gehöre zu den Leuten, die lieber ja als nein sagen, aber es muß eben sein. Wir sind uns wohl alle einig, daß der Vorwurf, als ob innerhalb unserer Partei irgend jemand hakatistische Ziele verfolge, völlig unzutreffend und töricht ist, aber man darf nicht aus derartigen und anderen törichten Handlungen auf polnischer Seite nun gleich diese äußersten Konsequenzen ziehen. Es heißt in der Resolution des Parteivorstandes, daß die polnischen und die deutschen Arbeiter unter dem gleichen Joch seufzen. Das ist nicht richtig. Die Polen seufzen unter einem doppelt und dreifach so schlimmen Joch. Erstens sind sie national unterdrückt, und zweitens haben sie es speziell mit der preußischen Verwaltung und Polizei in ihrer schlesisch-ostelbischen Reinkultur zu tun. Daraus ergibt sich manches, was im Zusammenhang mit den allgemeinen Eigenschaften des polnischen Volkscharakters zu Tendenzen führt, die wir verwerfen müssen, aber es sind auch unsererseits Fehler gemacht worden. Eine nationale Minderheit, noch dazu eine Minderheit von Unterdrückten, muß die Möglichkeit haben, nicht nur ihre Klasseninteressen, sondern auch ihre sprachlichen Interessen zu wahren. Ich habe bereits auf dem preußischen Parteitag erklärt, daß ich es für einen Fehler halte, daß man keinem Polen ein sicheres Reichstags- und ein Landtagsmandat angeboten hat, damit wir um so wirksamer den Kampf gegen die nationalpolnische Partei führen können. Denn wir dürfen uns nicht verhehlen, daß auch die Genossen von der polnischen Partei in schärfstem Kampf mit der polnischen Nationalpartei liegen und daß gerade der letzte Beschluß des Parteivorstandes von polnischnationalistischer Seite begrüßt wird. Das nationalpolnische Blatt in Berlin hat geschrieben, damit sei der Beweis erbracht, daß die deutschen Sozialdemokraten Hakatisten sind. Natürlich ist das nicht richtig, aber es wird damit noch nicht das richtig, was Sie beschlossen haben. Ich verweise auf den ausgezeichneten Artikel von Bruhns in der Sonntagsnummer der „Weimarischen Volkszeitung". Bruhns, der die Dinge aus persönlicher Anschauung gründlich kennt, der auch die Verbindungen aufrecht erhalten hat, warnt den Parteitag vor Annahme des Vorstandsantrages. Die besonderen sprachlichen Bedürfnisse müßten berücksichtigt werden, und das tut der Antrag nicht genügend. Wir sollten unsere polnischen Genossen, die in den deutschen Organisationen sind, veranlassen, sich zu einer Einheitsorganisation zusammenzuschließen. Das ist dann eine Organisation im Rahmen der Gesamtpartei, nur daß sie eine besondere Sprache hat. Mit Recht hat Brühns darauf hingewiesen, daß man keine Gelder sparen wird, im Gegenteil: der Kampf wird dann heftiger entbrennen, und das wird wahrscheinlich mehr kosten. Man sagt: Wir haben schon soviel ausgegeben, und was ist erreicht worden? Ja, was ist denn sonst in Oberschlesien, was ist im Saargebiet erreicht worden? Sind die Erfolge der Organisation in Elsaß-Lothringen etwa so glänzend? Nein, wo die Bedingungen besonders schwer sind, da kann natürlich das Geld sich nicht bald rentieren. Aber wir müssen diesen 4 Millionen Polen, die Hunderttausende von Proletariern in Industrie und Landwirtschaft umfassen, die Möglichkeit geben, im Rahmen der Gesamtpartei ihren nationalen Charakter zu wahren. (Sehr richtig!) Die P. P. S. hat ihre Wurzeln nicht in Schlesien, sondern in

Polen und Galizien, wo wir 6 Vertreter im Parlament zählen, darunter so glänzende wie Daszynski und Diamant. (Sehr gut!) Nicht nur die Polen, sondern auch wir haben Fehler gemacht. Wir sollten das biblische Wort beherzigen: Du sollst Deinem Bruder nicht siebenmal, sondern siebenzigmal siebenmal verzeihen! Das liegt im Interesse der Internationale wie im Interesse der deutschen Partei. Wir sollten dies kranke Kind nicht in die Wüste stoßen, und deshalb bitte ich Sie, den Vorstandsantrag abzulehnen.

Hörsing-Beuthen: Das Material des Parteivorstandes und die Ausführungen von Braun zeigen deutlich, daß das Verhältnis mit der P. P. S. nicht länger aufrecht zu erhalten ist. Woran ist nun der Erfolg der P. P. S. gescheitert? Hauptsächlich daran, daß diese Nebenorganisation gegen den Willen der polnischen Arbeiter geschaffen ist. Wir haben 1906 den Führern der P. P. S. Glauben geschenkt, und diese haben die Stimmung des polnischen Volkes entweder nicht gekannt, oder sie haben uns aus persönlichen Gründen nicht die Wahrheit gesagt. Die Tatsache, daß mehr als 50 Prozent der Mitglieder in den sogenannten „deutschen Organisationen", wie die Führer der P. P. S. sie nennen, Polen sind, beweist zur Genüge, daß die polnischen Arbeiter diese Sonderorganisation ablehnen. Der polnische Arbeiter, der den Klassenkampf erkannt hat, wird diesen Kampf gemeinsam mit seinen Arbeitsbrüdern, gleichviel welcher Zunge führen. Wie wäre es sonst erklärlich, daß z. B. in Oberschlesien die freien Gewerkschaften, die doch alles andere als den Nationalismus predigen, mehr als 12 000 Mitglieder haben! Die aber, die den Klassenkampf noch nicht erkannt haben, die kommen weder zu den freien Gewerkschaften noch zu uns, und noch lange nicht zur P. P. S. Es ist in den letzten sieben Jahren in polnischer Zunge agitiert worden einzig und allein von der P. P. S., und Braun hat ja schon gesagt, daß sie es im ganzen Reich nicht auf 2000 Mitglieder gebracht hat. Ich wage zu behaupten, daß zurzeit kaum 1200 Mitglieder innerhalb der P. P. S. vorhanden sind. (Hört! hört!) Wir verurteilen den Hakatismus, wir verurteilen aber auch das Demagogentum der Nationalpolen. Aber wir dürfen uns der Tatsache nicht verschließen, daß wir mit sprachlich getrennten Organisationen unsere Aufgabe in gemischtsprachlichen Gegenden nicht so erfüllen können, wie es möglich ist, weil wir dadurch nach beiden Seiten hin Konzessionen machen. Mir ist vorgeworfen, ich hätte den Ausdruck Wasserpolack gebraucht, das weise ich entschieden zurück. Man hat sogar behauptet, ich wäre von den Hakatisten mit 30 000 Mk. bestochen worden, um die P. P. S. zu vernichten. (Heiterkeit.) Wir wollen die einheitliche Organisation, wir wollen nicht germanisieren, sondern nach Bedarf und Notwendigkeit in deutscher und polnischer Sprache die Volksmassen aufklären. (Sehr richtig!) Katzenstein hat ja der P. P. S. ein großes Loblied gesungen. Jetzt gilt er in Oberschlesien als halber Nationalheiliger der P. P. S. (Heiterkeit.) Nun wird er wohl bald vollkommen auf den Thron als Heiliger auch von den Nationalpolen erhoben werden. Wir ziehen den Antrag 39 zugunsten der Resolution 97 des Parteivorstandes zurück und bitten Sie, diese möglichst einstimmig anzunehmen. Damit erklären wir, daß wir das Treiben der Regierung und ihrer hakatistischen Helfershelfer verurteilen und bekämpfen, daß wir aber auch das Verfahren der Führer der P. P. S. verurteilen, aus deren Verhalten nur die Nationalpolen und Hakatisten Vorteil ziehen. Die große Masse des polnischen Proletariats wird bald einsehen und zum Ausdruck bringen, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die dem polnischen Proletariat helfen will, um es aus der Lohn-, politischen und nationalen Knechtschaft zu befreien. (Beifall.)

Lebedour: Wenn man den Polen eine eigene Organisation unmöglich machen will, so wird das bei den polnischen Proletariern den Eindruck er-

wecken, daß man ihnen nicht das gleiche Recht zugestehen will wie den deutschen Genossen innerhalb der Sozialdemokratie. Wenn die Polen keinen besseren neuen Heiligen finden als Katzenstein (Heiterkeit), dann werden sie wahrscheinlich auf eine Heiligenvermehrung verzichten müssen. Katzenstein wehrt sich ausdrücklich dagegen, daß er irgendwie Lobeserhebungen für die polnischen Genossen ausgesprochen habe. Er hat durchaus anerkannt, daß sie schwere Fehler gemacht haben. Die Leute haben unverantwortliches Zeug zusammengeschwafelt. Das ist die Folge der unglücklichen Verhältnisse, unter denen diese Bevölkerung lebt. Sie steht unter dem Druck der Pfaffen. Wir deutschen Sozialdemokraten aber können wegen der fremden Sprache direkt keinen Einfluß auf sie ausüben. Die Polen kann man nicht den Dänen, den französisch sprechenden Elsaß-Lothringern und den Litauern vergleichen, das sind bei uns nur kleine Volkssprungstücke, insgesamt ½ Million Menschen, während wir 4½ Millionen Polen haben. Es wäre ein schwerer Fehler, wenn wir den Antrag annehmen würden. Die Folge wäre nicht der Eintritt der Polen in die deutsche Sozialdemokratie, sondern ein erbitterter Kampf der polnischen Sozialisten gegen unsere Organisation. Es muß versucht werden, die Leute auszusöhnen und nicht, sie in die Wüste zu stoßen. (Beifall.)

Ein Schlußantrag, den Eduard Schmidt-München empfiehlt, wird angenommen. Antrag 97 wird gegen wenige Stimmen ebenfalls angenommen.

Es folgen die Anträge über Organisationsfragen: 38, 40, 41, 42, 43, 44, 46, 79, 93 und 99.

Müller (Parteivorstand): Ich möchte Sie ersuchen, die Anträge 38, 40, 41, 43, 44, 79, 93 und 99 dem Parteivorstand zu überweisen. Wir haben bereits im vorigen Jahre erklärt, daß über die Frage der Aenderung des Delegationssystems zum Parteitag in diesem Jahre Verhandlungen stattfinden sollen. Bei dieser Gelegenheit können die in diesen Anträgen angeregten Fragen mit verhandelt werden. Es geht nicht an, daß wir alle Jahre Aenderungen am Organisationsstatut vornehmen. Vielfach ist das in Chemnitz geänderte Organisationsstatut in die Mitgliederbücher jetzt noch nicht eingeheftet. Solche Fragen können nicht aus dem Handgelenk am letzten Tage entschieden werden. Sie erfordern gründliche Vorbereitungen.

Nun haben wir den Antrag 46 gestellt, der das Ausschlußverfahren betrifft. Wir haben es vielfach erlebt, daß in Organisationen, nachdem gegen einen Parteigenossen in einer Instanz auf Ausschluß erkannt war, beschlossen wurde, nicht mehr bei dem Betreffenden kassieren zu lassen. Das Organisationsstatut trifft darüber keine Bestimmung. Hier muß eine einheitliche Regelung herbeigeführt werden. Wenn die zweite oder dritte Instanz das Ausschlußurteil aufhebt, muß dem Betreffenden selbstredend Gelegenheit gegeben werden, die Beiträge in angemessenen Fristen nachzuzahlen. Den Antrag 42 wegen der Lokalisten bitte ich abzulehnen. Hierüber haben wir uns in Essen und in Nürnberg unterhalten. Es besteht gar kein Grund, eine Aenderung an den Beschlüssen über die Lokalorganisierten vorzunehmen. (Beifall.)

Heilmann-Chemnitz: Der Antrag 46 ist in der vorliegenden Form absolut unannehmbar. Bei uns in Sachsen besteht der Bezirksvorstand aus 3 Personen. Wenn also zwei dieser Personen sich darüber einigen, auf Antrag irgendeines kleinen Bezirksvereins einen Genossen vorläufig für ausgeschlossen zu erklären, so soll dieser Genosse vor der Entscheidung des Schiedsgerichts und aller anderen Instanzen seine Mitgliederrechte verlieren?! Stellen Sie sich den ungeheuerlichen Fall vor, irgendein Abgeordneter unserer Partei würde von zwei Personen aus dem Bezirksvorstand befeindet, und diese beiden Genossen nähmen nach dem Antrag 46 einen vorläufigen Ausschluß vor und beraubten diesen Abgeordneten der Möglichkeit, weiter sein Mandat auszuüben, dann

würde in der ganzen Partei über dieses außerordentliche Standrechtsverfahren ein großer Unwille entstehen. Ich kann es nicht begreifen, wie der Parteivorstand überhaupt zu dem Antrage kommen konnte, daß vor dem Urteil des Schiedsgerichts ein Parteigenosse seine Rechte als Parteigenosse verlieren soll. Ich bitte Sie, den Antrag 46 abzulehnen. (Beifall.)

Müller (Parteivorstand): Heilmann hat eingewendet, daß in Sachsen die Bezirksvorstände aus drei Personen bestehen, und daß schon zwei dann einen Abgeordneten ausschließen könnten. Die Sache liegt doch so, daß der Bezirksvorstand in einem Vorverfahren, zu dem der Betreffende zugezogen wird und die Zeugen vernommen werden, ordnungsgemäß verfahren muß. Es ist praktisch absolut unmöglich, daß ein Bezirksvorstand gegen einen Parteigenossen oder Abgeordneten in der Weise vorgeht, wie Heilmann es konstruiert hat. Wir haben bisher auf Grund der Erfahrungen, die wir mit den Urteilen der Bezirksvorstände gemacht haben, nicht geglaubt, daß eine derartige Konsequenz gezogen werden könnte. Die Bezirksvorstände sind eine ganz objektive Instanz. Außerdem gibt es in Sachsen keinen Abgeordneten, der in Gefahr kommen könnte, so behandelt zu werden. Gerade die Erfahrungen aus Sachsen haben uns veranlaßt, den Antrag zu stellen. Evtl. könnte man unseren Antrag dahin amendieren, daß die zweite Instanz gesprochen haben muß. Aber ich halte diese Einschränkung für überflüssig.

Darauf wird der Antrag 46 angenommen, die übrigen Anträge zu diesem Punkt werden dem Parteivorstand zur Erwägung übergeben.

Vorsitzender **Ebert**: Es ist folgender Antrag eingegangen: Die Zahl der Mitglieder des Zentralbildungsausschusses wird von 7 auf 9 erhöht.

Heinrich Schulz: Der Antrag will keine grundstürzende Aenderung unseres Organisationsapparates, sondern nur die Erhöhung unseres Ausschusses um zwei Mitglieder. Unsere Aufgaben wachsen und die Leitung des Zentralbildungsausschusses kann auf den zahlreich stattfindenden Bezirkskonferenzen der Bildungsarbeit kaum noch genügend vertreten sein. Wir bitten den Parteitag, unseren Antrag anzunehmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Vorsitzender **Ebert**: Ich habe hier eine Mitteilung zu machen, die die Erledigung des Antrages 115 betrifft. Es sind nach Annahme dieses Antrags mehrfach Anfragen an mich und an das Bureau gerichtet worden, wie dieser Antrag aufgefaßt werden soll. Im Einvernehmen mit dem Genossen Liebknecht kann ich erklären: Es ist außer Zweifel, daß durch Annahme des Antrags 115 die Vertreter der deutschen Partei im Internationalen sozialistischen Bureau dahin wirken sollen, daß die Frage, die für Deutschland durch Annahme des Antrages der Beschwerdekommission zunächst erledigt ist, eine allgemeine internationale Regelung findet. (Beifall.)

Damit ist der Parteitag einverstanden.

Es folgen weitere Anträge, die Anträge 75, 76 und 78 werden nicht genügend unterstützt. Der Antrag 36 wird ohne besondere Begründung und ohne Debatte angenommen.

Es folgen die Anträge über den nächsten Parteitag. Der Antrag 85 wird nicht genügend unterstützt.

Der Antrag 84 wird ohne Debatte abgelehnt.

Heitmann-Oldenburg beantragt, die Anträge 80 bis 83, die davon handeln, an welchem Ort der Parteitag im Jahre 1914 stattfinden soll, dem Parteivorstand und Parteiausschuß zu überweisen. Bei der ständig wachsenden Zahl der Delegierten kommt es darauf an, das richtige Parteitagslokal zu finden. Das können wir hier nicht entscheiden, das müssen Parteivorstand und Parteiausschuß erwägen.

Grumbach-Colmar beantragt, den nächsten Parteitag frühzeitiger einzuberufen, damit die Punkte, die auf die Tagesordnung des Internationalen Kongresses in Wien kommen, noch diskutiert werden können. Das Internationale Bureau konnte bisher die Tagesordnung noch nicht festsetzen, aber es steht zweifellos fest, daß eine Tagesordnung festgesetzt werden wird. (Heiterkeit.) Zunächst wird der Punkt Imperialismus auf die Tagesordnung gesetzt. Der ist ja für uns durch die Chemnitzer Debatte erledigt. Es ist aber möglich, daß noch andere Punkte in Frage kommen, über die wir die Möglichkeit haben müssen, zu diskutieren. Vielleicht könnte der deutsche Parteitag drei Wochen früher stattfinden. Dann könnten wir von dort gleich nach Wien gehen. Ich bitte, meinen Antrag dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß zu überweisen, ihn aber nicht zu begraben, sondern wohlwollend zu berücksichtigen.

Der Antrag Heitmann wird angenommen, der Antrag Grumbach dem Parteivorstand und Parteiausschuß überwiesen.

Vorsitzender **Ebert**: Kontrollkommission und Parteivorstand haben nach einem früheren Beschluß die Mitglieder des Zentralbildungsausschusses gewählt, und zwar gleich unter Berücksichtigung des vorhin gefaßten Beschlusses, wonach die Zahl der Mitglieder von 7 auf 9 erhöht werden soll. Es sind in den Zentralbildungsausschuß gewählt worden: David-Mainz, Heimann-Berlin, Korn-Berlin, Laufenberg-Hamburg, Loebe-Breslau, Mehring-Berlin, Müller-München, Schulz-Berlin (als Geschäftsführer) und Genossin Zetkin-Stuttgart.

Vorsitzender **Ebert**: Wir sind damit am Schluß unserer Arbeiten angelangt.

Wie nach früheren Tagungen in Jena können wir auch diesmal wieder sagen, wir waren hier in jeder Hinsicht gut untergebracht. Dafür sind wir unseren Jenaer Genossen zu großem Danke verpflichtet. Sie hatten alles bis ins Einzelne sehr gut vorbereitet und haben während unserer Tagung in umsichtiger und liebenswürdiger Weise alles getan, um eine glatte Erledigung unserer Arbeit zu ermöglichen. Auch darüber hinaus haben die Jenaer Genossen uns den Aufenthalt hier so angenehm wie möglich gemacht. Die prächtige Aufführung der kampfesfrohen Arbeiterhymne am Sonntagabend war eine recht stimmungsvolle Einleitung unserer Arbeiten. Auf uns alle hat sie einen tiefen und bleibenden Eindruck gemacht. Ich halte es für meine Pflicht, allen Mitwirkenden auch an dieser Stelle noch besonders zu danken. (Lebhafter Beifall.) Wir alle scheiden von Jena mit den besten Erinnerungen an diesen gastlichen Ort.

Wir danken auch den Mitgliedern der Kommissionen, die in schwerer und oft nicht sehr angenehmer Arbeit dem Parteitag gute Dienste geleistet haben. (Beifall.) Dank gebührt auch den Vertretern der Presse, die eine Woche anstrengender Arbeit hinter sich haben.

Wenn wir auf unsere Verhandlungen zurückblicken, so können wir mit vollem Recht sagen, der Parteitag hat fleißige und gute Arbeit geleistet. Der Parteitag hat der Tätigkeit der Parteileitung und Reichstagsfraktion zugestimmt und beiden Körperschaften sind für ihre künftige Tätigkeit wichtige Anregungen gegeben worden, die sicher weitestgehende Berücksichtigung finden und nach Möglichkeit in die Tat umgesetzt werden.

Die überaus wichtige und sehr komplizierte Steuerfrage, die die Partei seit Jahren lebhaft beschäftigte, hat der Parteitag gründlich behandelt. Die fleißige und dankenswerte Vorarbeit unserer Referenten ermöglichte eine recht ersprießliche Behandlung dieses Themas. Die in der angenommenen Resolution festgelegten Richtlinien zeichnen scharf unsere Klassenkampfstellung und bringen klar die Grundsätze unserer Steuerpolitik zum Ausdruck. (Sehr richtig!) Diese Entschließung wird uns bei der Agitation, bei unserer Tätigkeit im Reichstage, in den Landtagen und in den Gemeinden große Dienste leisten. (Sehr wahr!)

Mit der Behandlung der Arbeitslosenfürsorge hat der Parteitag Stellung genommen zu einer Frage, die zurzeit die Lebensinteressen Hunderttausender von Arbeiterfamilien aufs engste berührt. Die mit der planlosen kapitalistischen Produktionsweise untrennbar verbundene Arbeitslosigkeit hat bereits ein Massenelend im großen Umfange hervorgerufen. (Sehr wahr!) Die Wintermonate werden sicher noch eine enorme Steigerung des Elends bringen. (Sehr wahr!) Im ganzen Reiche muß deshalb unverzüglich eine gewaltige Massenbewegung eingeleitet werden zur Propagierung und Durchsetzung der in unserer Resolution festgelegten Forderungen. (Lebhafte Zustimmung.) In den hinter uns liegenden Jahren glänzender wirtschaftlicher Prosperität, in denen der Kapitalismus ungeheure Reichtümer einheimste, waren die herrschenden Klassen zu wirksamen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit nicht zu bewegen. Jetzt gilt es einen Massensturm zu entfachen, der mit unwiderstehlicher Wucht die Herrschenden zur Abhilfe zwingt. (Stürmischer Beifall.)

Erneut hat sich der Parteitag mit dem politischen Massenstreik beschäftigt. Wie auf den früheren Parteitagen, so sind auch hier über die Art des Kampfmittels und seine Propagierung die Meinungen auseinandergegangen. Volle Einigkeit herrschte aber über das Ziel, zu dessen Erkämpfung, wenn andere Mittel versagen, eventuell der Massenstreik in Anwendung gebracht werden soll. (Lebhafte Zustimmung.) Die Dreiklassenschande in Preußen muß beseitigt werden, koste es was es wolle! (Stürmischer Beifall.) Unser Beschluß ist klar und unzweideutig, nicht nur für die Partei, sondern auch für die, die sich in kurzsichtiger Verblendung der Beseitigung der Dreiklassenschmach widersetzen. Wenn es sein muß, werden wir zum äußersten Mittel greifen. (Lebhafter Beifall.) Es ist so, wie ein Redner sagte: entweder werden wir das freie Wahlrecht in Preußen haben oder wir haben den Massenstreik. (Stürmische Zustimmung.)

Für unsere Gegner war unsere Tagung eine recht bittere Enttäuschung. Sie setzen ihre einzige Hoffnung auf die Selbstzerfleischung der Partei, und gerade an diesen Parteitag haben unsere Feinde in dieser Hinsicht besondere Erwartungen geknüpft. Mit Freuden können wir demgegenüber feststellen, daß bei aller sachlichen Schärfe, mit der wir unseren Meinungsstreit geführt haben, unsere Verhandlungen getragen waren von gutem kameradschaftlichen Geist. Ich übertreibe sicher nicht, wenn ich sage, die innere Festigkeit der Partei, der entschiedene Wille zur Einheit und Geschlossenheit der Partei sind wohl selten auf einem Parteitag stärker zum Ausdruck gekommen als auf diesem. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist auf diesem Parteitag von neuem die Erkenntnis gefestigt worden: Die Zusammenfassung aller Kräfte in der Partei zu einheitlicher Arbeit ist die Wurzel unserer Kraft und unserer Erfolge. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn wir uns nun anschicken, auf unsere heimatlichen Posten zurückzukehren, so tun wir das mit dem aufrichtigen Gelöbnis, in alter Treue unser Bestes, unser Alles einzusetzen für die Partei, für die Befreiung des Proletariats aus wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung. In all unserem Tun und Handeln, in allen unseren Kämpfen wollen wir uns leiten lassen von dem glänzenden Beispiel, das uns unser großer unvergeßlicher Meister August Bebel gegeben hat. (Stürmischer Beifall.)

So trennen wir uns frohen Mutes mit unserem alten Schlachtruf: Die deutsche, die internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch! (Die Delegierten haben sich erhoben, stimmen begeistert in das Hoch ein und singen den ersten Vers der Arbeitermarseillaise.) Schluß 1½ Uhr.

Anhang.

Wortlaut der auf dem Parteitag angenommenen Anträge.

Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten haben während der Tagung des Reichstages, wenn nicht durch Krankheit verhindert, vollzählig zur Stelle zu sein, damit nicht, wie geschehen, bei sehr wichtigen Abstimmungen durch das Fehlen unserer Vertreter die Vorlage zu Fall kommt.
(Antrag 31.)

Der Parteitag spricht seine Freude über das Zustandekommen der Berner Konferenz deutscher und französischer Parlamentarier aus, in der er den ersten Schritt zu einer sympathischen und direkten Verständigungsaktion der europäischen Parlamente erblickt.

Der Parteitag erwartet, daß die äußerst zahlreiche Beteiligung französischer Parlamentarier beider Kammern und aller republikanischen Parteien an der Berner Konferenz von dem deutschen Volke ihrer Bedeutung entsprechend als Beweis für die Friedensliebe und den Willen der Verständigung des französischen Volkes gewürdigt wird. Er hofft deshalb, daß Regierung, Bundesrat und Reichstag Elsaß-Lothringen endlich die von seiner Bevölkerung verlangte volle republikanische Autonomie und staatsrechtliche Gleichberechtigung mit den übrigen Bundesstaaten gewähren und dadurch die im Interesse des Weltfriedens notwendige Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland erleichtern.
(Antrag 34.)

Austritt aus der Landeskirche.

Die preußische Landtagsfraktion möchte darauf hinwirken, daß der Austritt aus der Landeskirche kostenfrei sei.
(Antrag 36.)

Steuerfrage.

Der Parteitag fordert gemäß Punkt 10 des Parteiprogramms:

Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind; Selbsteinschätzungspflicht; Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Ferner erklärt der Parteitag:

Die Steuern sind, soweit steuertechnisch möglich, nur von Budgetperiode zu Budgetperiode in jeweils etatsmäßig festzusetzenden Quoten zu bewilligen.

Der Bedarf der Bundesstaaten ist durch Zuschläge zu den direkten Reichssteuern zu decken.

Für die Deckung des Bedarf der Gemeinden ist gemäß den Beschlüssen des Parteitags zu Bremen zu fordern:

Staatliche Zuschüsse für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens, der Armenpflege, des Wegebaues.

Zuschläge zu den staatlichen Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern. Wo derartige staatliche Steuern nicht existieren, soll den Gemeinden das Recht zustehen, besondere kommunale Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern auszubilden.

Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden.

Der Parteitag erklärt weiter:

Für die Bewilligung von Steuern in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden ist aber nicht allein maßgebend die Art der Steuern, sondern auch ihr Verwendungszweck.

Gemäß dem Beschluß von Nürnberg 1908 ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.

In gleicher Weise ist auch jede direkte Steuer, selbst wenn sie allein den Mehrwert trifft, von unseren Genossen abzulehnen, falls der Verwendungszweck den Interessen der Arbeiterklasse widerspricht, es sei denn, daß die Ablehnung der direkten Steuern durch unsere Genossen die Annahme der bekämpften Vorlage nicht hindert und eine für die Arbeiterklasse ungünstigere Besteuerung zur Folge haben würde.

Entsprechend unserer Programmforderung haben unsere Genossen in den Parlamenten stets darauf hingedrängt, daß bestehende indirekte, die Arbeiterklasse belastende Steuern abgeschafft und durch direkte ersetzt werden, ohne Rücksicht darauf, zu welchen Zwecken die Staatseinnahmen verwendet werden.

Demgemäß haben sie auch zu verhüten, daß neue indirekte Steuern auf die Arbeiterklasse gewälzt werden, und wenn dies nur durch Zustimmung zu direkten Steuern zu erreichen ist, haben sie dafür zu stimmen, da dann der Verwendungszweck der direkten Steuern nur noch der Ersatz indirekter Steuern ist.
Emanuel Wurm. (Antrag 46a und 117.)

Der Parteitag stellt sich auf den Boden der von der Reichstagsfraktion zu den Deckungsvorlagen abgegebenen Erklärung und billigt ausdrücklich die Zustimmung der Fraktion zu den beiden Besitzsteuergesetzen.
(Antrag 22 und 109.)

Maifeier.

Dem Beschluß des Leipziger Parteitages vom Jahre 1909, der die Regelung der Maifeier und die Ansammlung eines Maifeierfonds anordnet, fügt der Parteitag in Jena folgende Erklärung hinzu:

Der Parteitag erwartet von den in Bureaus und Redaktionen der Partei und der Gewerkschaften angestellten Parteigenossen, daß sie im Hinblick auf die Opfer, die die Arbeiter im Kampf um die Maifeier bringen, ihren Tagesverdienst am 1. Mai an den Maifeierfonds abliefern. (Antrag 58.)

Massenstreik.

Nach dem vom Mannheimer Parteitag (1906) bestätigten Beschluß des Jenaer Parteitages (1905) ist die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung gegebenenfalls als eines der wirksamsten Mittel zu be-

trachten, nicht nur um Angriffe auf bestehende Volksrechte abzuwehren, sondern um Volksrechte neu zu erobern.

Die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen Vertretungskörpern ist eine der Vorbedingungen für den Befreiungskampf des Proletariats. Das Dreiklassenwahlrecht entrechtet die Besitzlosen nicht nur, sondern hemmt sie in allen ihren Bestrebungen auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung, es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Betätigung und sozialen Fortschritts, die Junkerkaste, zum Beherrscher der Gesetzgebung.

Darum fordert der Parteitag die entrechteten Massen auf, im Kampfe gegen das Dreiklassenunrecht alle Kräfte anzuspannen in dem Bewußtsein, daß dieser Kampf ohne große Opfer nicht siegreich durchgeführt werden kann.

Indem der Parteitag den Massenstreik als unfehlbares und jederzeit anwendbares Mittel zur Beseitigung sozialer Schäden im Sinne der anarchistischen Auffassung verwirft, spricht er zugleich die Ueberzeugung aus, daß die Arbeiterschaft für die Erringung der politischen Gleichberechtigung ihre ganze Kraft einsetzen muß. Der politische Massenstreik kann nur bei vollkommener Einigkeit aller Organe der Arbeiterbewegung von klassenbewußten, für die letzten Ziele des Sozialismus begeisterten und zu jedem Opfer bereiten Massen geführt werden. Der Parteitag macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdlich für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken. (Antrag 94.)

Agrarfrage.

Der Parteivorstand wird beauftragt, mit dem Parteiausschuß eine Kommission von 9 Genossen einzusetzen, die die Aufgabe haben soll, die Entwickelungstendenzen und die derzeitigen Verhältnisse der Landwirtschaft zu studieren und der Partei das gewonnene Material zu unterbreiten. Gemeinsam mit der Kommission kann der Parteivorstand besoldete Mitarbeiter zu den Arbeiten der Kommission heranziehen. (Antrag 96.)

Verhältnis zur P. P. S.

Der Parteitag verurteilt auf das schärfste die hakatistische Politik der preußischen Regierung und der bürgerlichen Parteien. Unsere Genossen in den parlamentarischen Körperschaften werden diese Politik wie bisher mit aller Kraft bekämpfen.

Wie die Erfahrung gelehrt hat, kann diese Unterdrückungspolitik aber nur mit Erfolg bekämpft, wie überhaupt der Kampf zur Befreiung des polnischen Volkes von politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Ausbeutung nur wirksam geführt werden, wenn das polnische Proletariat sich ebenso wie in den Gewerkschaften auch in der sozialdemokratischen Partei einheitlich organisiert und mit dem unter gleichem Joch seufzenden deutschen Proletariat gemeinsam den Befreiungskampf führt.

Der Parteitag hebt daher die Einigungsbedingungen von 1906 auf und spricht die Erwartung aus, daß alle polnischen Genossen innerhalb der deutschen Landesgrenzen sich der sozialdemokratischen Partei Deutschlands anschließen. In Landesteilen mit polnisch sprechender Bevölkerung haben die örtlichen Organisationen dafür Sorge zu tragen, daß die schriftliche und mündliche Agitation auch in polnischer Sprache betrieben wird. (Antrag 97.)

Arbeitslosenfürsorge.

Die zurzeit herrschende und noch ansteigende ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit erfordert schleunige Maßnahmen zur Linderung der Not der Arbeitslosen.

In allen öffentlichen Körperschaften im Reiche, in den Einzelstaaten, in den Gemeinden ist deshalb auf sofortige Ausführung noch unerledigter Arbeitsaufträge auf planmäßige Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu tarifmäßigen Sätzen zu dringen.

Von den Organisationen wird erwartet, daß sie durch Veranstaltung von Massenversammlungen das Wirken ihrer Vertreter in den Gemeinden und den Parlamenten nachdrücklich unterstützen.

Die ständige und die periodisch stärker auftretende Arbeitslosigkeit ist eine untrennbare Begleiterscheinung und Folge der kapitalistischen Produktionsweise; nur sie wird erst mit der Einführung der sozialistisch-organisierten Produktion verschwinden.

Durch eine entsprechende Erweiterung der Sozialgesetzgebung muß aber schon jetzt versucht werden, die schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit tatkräftig zu mildern.

Die öffentlich rechtliche Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter und Angestellten kann nur durch die Reichsgesetzgebung herbeigeführt werden, auf der Grundlage, wie sie die Beschlüsse des achten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands zu Dresden 1911 und des Internationalen Sozialistenkongresses zu Kopenhagen 1910 fordern.

Bis zur Verwirklichung der allgemeinen öffentlich-rechtlichen obligatorischen Arbeitslosenversicherung ist das System der Zahlung gemeindlicher Zuschüsse zu den gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen in den Gemeinden zu fordern.

Zu diesem Zweck muß überall die Heranziehung der Einzelstaaten zu den erforderlichen Zuschußleistungen verlangt werden.

Die Förderung der öffentlich rechtlichen Arbeitslosenfürsorge ist nur möglich durch die tatkräftige Stärkung unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Der Parteitag fordert daher alle Arbeiter auf, sich diesen Organisationen anzuschließen. (Antrag 108.)

Aufnahme im Ausland Ausgeschlossener.

Personen, die aus einer dem Internationalen sozialistischen Bureau angeschlossenen Bruderpartei wegen ehrloser Handlungen ausgeschlossen worden sind, können in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ohne Zustimmung der Partei, die den Ausschluß vollzogen hat, die Mitgliedschaft nicht erwerben. (Beschwerdekommission.)

Der Parteitag beschloß auf Antrag der Beschwerdekommission, daß dieser Beschluß auf den Fall Radek Anwendung findet.

Zur internationalen Regelung des Ausschlußverfahrens.

1. Den Antrag 45 dem Internationalen sozialistischen Bureau in Brüssel zur Erwägung und zur eventuellen Herbeiführung einer allgemeinen Regelung der Frage zu überweisen, ob und in welchem Umfange der Ausschluß aus einer dem Internationalen Bureau angeschlossenen Partei bindende Kraft für die übrigen angeschlossenen Parteien besitzt.

2. Für den Fall der Ablehnung des Antrages zu 1: im Antrag 45 hinter „zum Ausschluß führen" einzufügen: „und unter Rechtsgarantien, die den in der deutschen Partei vorhandenen gleichwertig sind". (Antrag 115.)

Deklaration zum Antrag 115. Vorsitzender Ebert: Ich habe hier eine Mitteilung zu machen, die die Erledigung des Antrages 115 betrifft. Es sind nach Annahme dieses Antrages mehrfach An-

fragen an mich und an das Bureau gerichtet worden, wie dieser Antrag aufgefaßt werden soll. Im Einvernehmen mit dem Genossen Liebknecht kann ich erklären: Es ist außer Zweifel, daß durch Annahme des Antrages 115 die Vertreter der deutschen Partei im Internationalen sozialistischen Bureau dahin wirken sollen, daß die Frage, die für Deutschland durch Annahme des Antrages der Beschwerdekommission zunächst erledigt ist, eine allgemeine internationale Regelung findet. — Damit ist der Parteitag einverstanden.

Rechte und Pflichten während des Ausschlußverfahrens.

Hat eine der im Ausschlußverfahren nach §§ 26 und 27 des Organisationsstatuts vorgesehenen Instanzen gegen ein Mitglied der Partei auf Ausschluß aus der Partei erkannt, so ruhen die Rechte und Pflichten dieses Mitgliedes bis zur endgültigen Entscheidung. (Antrag 46.)

Frauentag.

Unterzeichnete beantragt, daß der Parteitag im Prinzip der Abhaltung des Frauentages im Jahre 1914 zustimmt, die praktische Durchführung aber dem Parteivorstand und Parteiausschuß überläßt. (Grünberg.)

Zentralbildungsausschuß.

Die Zahl der Mitglieder des Zentralbildungsausschusses wird von 7 auf 9 erhöht.

Präsenzliste des Parteitages.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Abele, August	Karlsruhe	Karlsruhe-Bruchsal
Agnes, Lore	Düsseldorf	Düsseldorf
Ahlemeyer, Josef	Bremen	6. hannov. Wahlkreis
Albrecht, Adolf	Halle	M. d. R.
Albrecht, Wilhelm	Könnern	Halle-Saalkreis
Antrick, Otto	Braunschweig	M. d. R.
Apel, Wilhelm	Erfurt	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück-Heiligenstadt-Worbis
Arzberger, Johann	Düsseldorf	Düsseldorf
Arendsee, Martha	Lichtenberg	Niederbarnim
Auer, Erhard	München	Straubing und Kelheim
Wahrdt, Richard	Groitzsch	Borna-Pegau
Bartels, Albert	Wernigerode	Halberstadt-Oschersleben-Wernigerode
Barth, E.	Willkau	Reichenbach-Kirchberg
Baudert, Aug.	Weimar	M. d. R.
Bauer, G.	Berlin-Neukölln	M. d. R.
Beck, August	Weimar	Weimar 1
Beckmann, H.	Basbeck	Bremerhaven und 19. hannov. Wahlkreis
Beims, H.	Magdeburg	Stendal-Osterburg
Bellert, A.	Solingen	Solingen
Bender, Ferd.	Elberfeld	M. d. R.
Bérard	Hamburg	Hamburger Parteigeschäft
Berke, G.	Forst i. L.	Forst-Sorau
Bernstein, Eduard	Berlin-Schöneberg	M. d. R.
Berten, Peter	Düsseldorf	Düsseldorf
Bihlmeier, K.	Schwäb.-Gmünd	10. württembergischer Wahlkreis
Birckholz	Hamburg	Hamburg 1
Birnkammer, Jakob	München	Wasserburg i. Oberbayern
Blumöhr	Hanau	Hanau-Bockenheim-Gelnhausen
Blume, Georg	Hamburg	Hamburg 2
Bock, B.	Gotha	M. d. R. (Kontrollkommission)
Böhle, Aug.	Leipzig-Volkmarsdorf	Leipzig-Land, 13. sächs. Wahlkreis
Baltzmann, M.	Berlin	Berlin 1
Böhle, B.	Straßburg i. E.	M. d. R.
Börner, Br.	Großenhain	Großenhain, 7. sächs. Wahlkreis
Bösle, Emil	Berlin	Ruppin-Templin
Böttger, R.		Mannheim-Schwetzingen
Brandenburg, Helene	Hamburg	Hamburg 3
Brandes, A.	Magdeburg	M. d. R. (Halberstadt-Oschersleben)
Brandes, W.	Cuxhaven	Bremerhaven und 19. hannov. Wahlkreis
Braun, Dr. Adolf	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Braun, O.	Berlin	Parteivorstand
Brühl, P.	Berlin	Parteivorstand
Brühne, Friedr.	Frankfurt a. M.	Kontrollkommission
Brocour, Herm.	Kapperpahl	Kiel-Rendsburg
Bruhn, Aug.	Hannover	M. d. R.
Brownne, William	Lübeck	Lübeck

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Brückner, Eugen	Berlin	Arnswalde-Friedeberg
Bruns, B.	Berlin	Ober-Barnim
Büchner, Otto	Berlin	M. d. R.
Bühl, Karl	Leipzig	Leipzig-Stadt
Bühler, Rudolf	Remscheid	Lennep-Remscheid-Mettmann
Bullmer, H.	Stuttgart	1. württembergischer Wahlkreis
Burckhardt, R.	Eilenburg	Delitzsch-Bitterfeld
Buch, Alb.	Brandenburg	Brandenburg-Westhavelland
Busold, Heinrich	Friedberg i. H.	Friedberg-Büdingen
Clajus, Herm.	Berlin	Berlin 2
Cohen, Max	Frankfurt a. M.	M. d. R.
Cohn, Dr. Oskar	Berlin	M. d. R.
Crispien, A.	Stuttgart	1. württembergischer Wahlkreis
Darf, Reinh.	Breslau	Breslau 6 und 7
David, Eduard	Berlin-Nikolassee	M. d. R.
Davidsohn, Georg	Berlin	M. d. R.
Deck, Alois	Mörsch	9. bad. Wahlkreis, Pforzheim-Durlach
Demkröder, Ew.	Dünnen	Dortmund
Dengel, Eugen	Wiesbaden	Wiesbaden (Rheingau)
Deutsch, Hermann	Blankenese	Elmshorn-Pinneberg
Diefenbach, Wilh.	Güstrow	Güstrow-Ribnitz
Dietz, Heinrich	Stuttgart	M. d. R.
Ditzmann, Robert	Frankfurt	Montabaur-St. Goarshausen und Marburg-Kirchhain-Frankenberg
Dittmann, Wilh.	Solingen	M. d. R.
Dommershausen	Mainz	Mainz-Oppenheim
Douglies, Franz	Königsberg i. Pr.	Königsberg i. Pr.
Drescher, Reinh.	Halle	Wittenberg-Schweinitz und Mansfelder Kreise
Dröhner, Ernst	Elberfeld	Elberfeld-Barmen
Dubber, Erdmann	Hamburg	Hamburg 1
Dürr, Osk.	München	München 1 und 2
Eberle, Hugo	Görlitz	Bunzlau-Löben, Löwenberg-Schlesien, Rothenburg-Hoyerswerda, Grünberg-Freystadt.
Ebert, Fritz	Berlin	Parteivorstand
Eckardt, Aug.	Salzungen	Meiningen-Hildburghausen
Edlich, Reinh.	Kirchhain	Kalau-Luckau
Elbing, Peter	Marienwerder	Stuhm-Marienwerder
Emmel, Leopold	Mülhausen i. Els.	M. d. R.
Engelhardt, Fritz	Helmstedt	Braunschweig 2
Engelhardt, Franz	Cannstatt	2. württemberg. Wahlkreis
Erdmann, Aug.	Köln	M. d. R.
Erckrath, Peter	Mühlh. (Kr. Offenb.)	Offenbach-Dieburg
Ernst, Eugen	Berlin	Kontrollkommission
Ewald, Ferd.	Berlin	M. d. R.
Fahrenwald, Agnes	Berlin	Berlin 4
Faulian, Berth.	Eisenberg	Sachsen-Altenburg
Fauth, A.	Wetzlar	Wetzlar-Altenkirchen
Feldmann, Franz	Oberlangenbielau	M. d. R.
Felber, Robert	Fürstenwalde	Frankfurt-Lebus
Felgentreue, Max	Offenbach	Offenbach-Dieburg
Felsmann, Georg	Berlin	Berlin 8
Fiedler, Emil	Crimmitschau	18. sächsischer Wahlkreis
Fleitz, Gust.	Velten	Potsdam-Spandau-Osthavell.
Fischer, Edmund	Briesnitz b. Dresden	M. d. R.
Fischer, G.	Hannover	M. d. R.
Fischer, Richard	Berlin	M. d. R.
Fischer, G.	Cannstatt	2. württemberg. Wahlkreis

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Fischer, R.	Saalfeld	Meiningen 2
Fischer, Paul	Glauchau	17. sächsischer Wahlkreis
Frank, Ludwig	Mannheim	M. d. R.
Frank, Otto	Berlin	Berlin 6
Frenzel, Otto	Magdeburg	Magdeburg
Friedrich, O.	Zwickau	18. sächsischer Wahlkreis
Fries, Philipp	Köln	Köln-Stadt und Köln-Land
Fritsch, Otto	Liegnitz	Sagan-Sprottau
Frohme, Karl	Hamburg	M. d. R.
Frommhold, Reinh.	Halle a. S.	Halle-Saalkreis
Fröhlich, Oskar	Kiel	Kiel-Rendsburg
Fuchs, Rich.	Schiltigheim	M. d. R.
Funke, Ewald	Lennep	Remscheid-Lennep-Mettmann
Galke, Otto	Guben	Guben-Lübben
Gebhardt, Magnus	Burg b. M.	Jerichow 1 und 2
Gebhardt, Fried.	Hof a. S.	Hof-Münchberg-Naila-Rehau
Gehl, Jul.	Danzig	Danzig-Land
Gehrmann, Carl	Zeitz	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Gerisch, Albin	Berlin	Parteivorstand
Geyer, Fritz	Leipzig	M. d. R.
Giebel, Carl	Berlin	M. d. R.
Giermann, Karl	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Glauche, Herm.	Kötitz	4. sächsischer Wahlkreis
Gomoll, Karl	Nowawes	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
Gottschalk, Alfr.	Königsberg i. Pr.	Königsberg i. Pr.
Göst, Wilh.	Kirchheim	5. württemberg. Wahlkreis
Göhring, Friedr.	Ulm a. Donau	14. württemberg. Wahlkreis
Göhre, Paul	Zehlendorf	M. d. R.
Götz, Max	Eibenstock	21. sächsischer Wahlkreis
Gradnauer, G.	Dresden	M. d. R.
Graf, Hermann	Dresden	Dresden-Land
Granz, Bruno	Limbach	Limbach-Mittweida
Graner, Oswald	Berlin-Lichtenberg	Züllichau-Crossen
Graupe, Georg	Zwickau	18. sächsischer Wahlkreis
Grenz, Ernst	Leipzig	M. d. R.
Grosse, B.	Hamburg	Hamburg 3
Grumbach, S.	Kolmar	Kolmar
Gruber, Martin	München	Aichach
Grünberg, Helene	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Günther, Otto	Harburg	Harburg-Rotenburg
Gutekunst, Christian	Berlin	Berlin 4
Haberland, Carl	Barmen	M. d. R.
Haberland, Reinh.	Vohwinkel	Lennep-Remscheid-Mettmann
Hahn, Ew.	Reitzersdorf	Löbau-Ebersbach
Hammer, Artur	Essen	Essen
Hanisch, Alois	Stettin	Randow-Greifenhagen
Hansen, Fritz	Holtenau	3. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Hansmann, Heinr.	Eichlinghofen	Dortmund-Hörde
Hartmann, Emil	Rudolstadt	Schwarzburg-Rudolstadt
Hartung, Marie	Königsberg	Königsberg 3
Hartwig, Th.	Bromberg	Kolmar-Filehne
Haß, Johannes	Berlin-Treptow	Teltow-Beeskow-Storkow
Hatenzahl	Erbach	M. d. R.
Hasselbach, Paul	Unterliederbach	Höchst-Homburg-Usingen
Haupt, B.	Magdeburg	M. d. R.
Heilmann, Ernst	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
Hein, Emil	Zittau	1. sächsischer Wahlkreis
Heinrich, Otto	Berlin	Revisor
Heine, Wolfgang	Berlin	M. d. R.
Heitmann, Karl	Oldenburg	Oldenburg
Hengsbach, Klemens	Köln	Kontrollkommission
Henke, Alfred	Bremen	M. d. R.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Henkel, Richard	Berlin	Berlin 6
Hennig, Auguste	Neustadt	Leipzig-Land
Henning, Rud.	Magdeburg	Magdeburg
Hense, Karl	Hamburg	Hamburg 3
Herrmann, Franz	Dresden	4. sächsischer Wahlkreis
Herzfeld, Dr. Joseph	Berlin	Rostock-Doberan
Herzog, Hermann	Hohenölsen	Reuß ä. L.
Heyschold, Carl	Berlin	Ost-Prignitz
Heugel, Anton	Saarbrücken	Saarbrücken
Heymann, Berth.	Stuttgart	Vertreter des „Wahren Jacob“
Heymann, Franz	Sangerhausen	Sangerhausen-Eckartsberga
Hierl, Gg.	Rosenheim	Rosenheim (Bayern)
Hierl, Michael	Schwabach	Ansbach-Schwabach
Hildenbrand, Karl	Hamburg	1. württembergischer Wahlkreis
Hoch, Frau D.	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Hoch, Gustav	Hanau	M. d. R.
Hörsing, Otto	Beuthen (O.-S.)	Oppeln 2 bis 9
Hoffmann, Adolf	Berlin	Berlin 4
Hoffmann, Gotti.	Berlin	Berlin 6
Hoffmann, Herm.	Neundorf	Anhalt 2
Hoffmann, Joh.	Iserlohn	Altena-Iserlohn
Hoffmann, Joseph	München	Traunstein (Bayern)
Hoffmann, Carl	Bielefeld	Minden 3
Hoffmann, Johannes	Kaiserslautern	M. d. R.
Hoffmann, Paul	Berlin	Berlin 4
Hofmann	Saalfeld a. S.	M. d. R.
Hofrichter, Adolf	Köln	M. d. R.
Horn, August	Stettin	Köslin-Kolberg-Bublitz
Horn, Georg	Dresden-Lindenau	M. d. R.
Hotzbach, Friedr.	Eschwege a. W.	Eschwege-Schmalkalden-Witzenh.
Hüffmeier, Emil	Hamburg	Hamburg 3
Hüneke	Lehe	19. hannoverscher Wahlkreis
Hüttmann, Heinrich	Frankfurt a. M.	M. d. R.
Hug, Paul	Rüstringen	2. oldenburg. und 2. hannov. Wahlkreis
Hugel, Karl	Bayreuth	M. d. R.
Hubnfleisch, Herm.	Berlin	Berlin 5
Huisemann, Fritz	Bochum	Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten
Hutterer, Georg	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Imbs, E.	Straßburg i. E.	8. Elsaß-Lothringer Wahlkreis
Jäckel	Berlin	M. d. R.
Jaffke, Otto	Lichtenberg	Niederbarnim
Jakobsen, J. D.	Lockstedt	Elmshorn-Pinneberg
Jantzen, Ludwig	Hamburg	Hamburg 1
Jasper, Dr. Heinr.	Braunschweig	Braunschweig-Blankenburg
Jeckstat, Luise	Lübeck	Lübeck
Jentsch, Bertha	Bühlau	4. sächsischer Wahlkreis
John, Friedr.	Leipzig-Thonberg	Leipzig-Land
John, Bernh.	Dresden	Dresden-Land
Jordan, August	Delmenhorst	3. oldenburgischer Wahlkreis
Juul, Robert	Stettin	Stettin
Jüllich, Wilh.	Mülheim a. Rh.	Wipperfürth-Gummersbach
Jungnickel, Bernh.	Dresden	Dresden-Altstadt
Jungnickel, Max	Annaberg	Zschopau-Marienberg
Käppler, Hermann	Berlin	M. d. R.
Kahmann, Hermann	Dresden	6. sächsischer Wahlkreis (Dresden-Land)
Kahnt, Rich.	Gera	Reuß j. L.
Kaßner, Dorothea	Magdeburg	Magdeburg
Katzenstein, Simon	Charlottenburg	Stralsund-Rügen
Kautsky, Karl	Berlin	Redaktion der „Neuen Zeit“
Keidel, Philipp	Pirmasens	4. pfälz. Wahlkreis (Zweibr.-St. Ingbert)
Keil, Wilhelm	Ludwigsburg	M. d. R.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Keller, Louis	Nossen	10. sächsischer Wahlkreis (Döbeln-Roßwein)
Kern, Rob.	Würzburg	Würzburg-Heidingsfeld
Kiel, Ferdinand	Hannover	8. hannoverscher Wahlkreis (Hann.-Linden)
Kilian, Otto	Kassel	Kassel-Melsungen
Kirschbaum, Erich	Bonn	Aachen-Land und Eupen
Kleinspehn, Johannes	Nordhausen	Grafschaft Hohenstein-Nordhausen
Klingler, Carl	Berlin	Berlin 4
Klingler, Franz	Koburg	Koburg
Klügel, Emma	Görlitz	Wahlkreis 9 (Liegnitz-Görlitz-Lauban)
Klubs, Franz	Magdeburg	Magdeburg
Klotsch, Friedrich	Groß-Ottersleben	Magdeburg 6, Wanzleben
Knapper, Friedrich	Heilbronn	Heilbronn-Besigheim-Neckarsulm
Knauf, Heinrich	Gera	Reuß j. L.
Knietzsch, Konrad	München	München 1 und 2
Krüger, Franz	Königsberg i/P.	Königsberg 4, Königsberg-Land
Kniep, Johann	Bremen	Bremen
Knoche, Johannes	Finsterwalde	Kalau-Luckau
Knör, Simon	Pasing	Illertissen (Bayern)
Koch, Jul.	Magdeburg	Magdeburg 6, Wanzleben
Köhler, Marie	Elberfeld	Elberfeld-Barmen
Kohnen, Otto	Barmen	Elberfeld-Barmen
König, Max	Dortmund	M. d. R.
Königshof, Henry	Hamburg	Hamburg 2
Köpke, Julius	Eßlingen	Reutlingen-Tübingen
Kralsch, Hermann	Brandenburg a. H.	Brandenburg-Westhavelland
Krauß II, Balthasar	Neustadt i. Odenw.	Erbach-Bensheim
Krause, Emil	Hamburg	Hamburg 3
Krause, Herm.	Elmshorn	Elmshorn-Pinneberg
Krätzig, Hermann	Berlin	M. d. R.
Kretzschmar, Albert	Plauen i. Vogtl.	23. sächsischer Wahlkreis
Kröger, Wilhelm	Rostock	4. mecklenburgischer Wahlkreis
Krüger, Franz	Wandsbek	10. Wahlkreis (Lauenburg)
Krüger, Karl	Leipzig-Kleinzschocher	13. sächsischer Wahlkreis, 8. Wahlkreis (Alt.-Stormarn)
Kühn, August	Langenbielau	M. d. R.
Kumert, Fritz	Halle a. S.	M. d. R.
Kurt, Hedwig	Löbtau	6. sächsischer Wahlkreis (Dresden-Land)
Kurtzer, Anna	Breslau	6. u. 7. Wahlkreis (Breslau-Ost u. -West)
Lange, Martha	Ottensen	Elmshorn-Pinneberg
Langer, Albin	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
Langer, Paul	Striegau	Breslau 9 (Striegau-Schweidnitz)
Lau, Joh.	Harnover	8. hannoverscher Wahlkreis
Laufenberg, Dr. H.	Hamburg	Hamburg 3
Leber, H.	Jena	Weimar 2 (Eisenach)
Lebedour, Georg	Zehlendorf bei Berlin	M. d. R.
Lehmann, Emil	Friedrichsfelde	Niederbarnim (Potsdam 6)
Leibrecht, And.	München	München 1 und 2
Leich, Karl	Leipzig-Gohlis	13. sächsischer Wahlkreis (Leipzig-Land)
Leid, Karl	Berlin	Berlin 6
Lenk, Hermann	?	Salzau-Wehlau
Lensch, Dr. Paul	Berlin	M. d. R.
Leopoldt, Adolf	Zeitz	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Leutert, Paul	Apolda	M. d. R.
Leuthold, Rob.	Dresden-Neustadt	4. sächsischer Wahlkreis
Levi, Dr. Paul	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Lewerenz, Fr.	Krefeld	Krefeld
Liebknecht, Dr.	Berlin	M. d. R.
Lieser, H.	Homburg i. Pfalz	5. pfälzischer Wahlkreis
Lindermeier, Wilh.	Wolfratshausen	München 1 und 2
Linde, Hermann	Königsberg	Labiau-Wehlau
Lindner, Arthur	Colditz	14. sächsischer Wahlkreis (Borna-Pegau)

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Lipinski, Richard	Leipzig	Leipzig-Stadt
Lippmann, Herm.	—	Duisburg-Mülheim a. d. Ruhr
Ludwig, Heinrich	Reichenbach	22. sächsischer Wahlkreis
Ludwig, Konrad	Hagen	Hagen-Schwelm
Lüth, H.	Hamburg	Hamburg 3
Lüthje, Katharine	Kiel-Ellerbeck	Kiel-Rendsburg
Lutz, Wunibald	Worms	Worms-Heppenheim-Wimpfen
Luxemburg, Dr. R.	Berlin	Hanau-Bockenheim
Maier, Emil	Heidelberg	Heidelberg-Eberbach
Marhenke, W.	Linmer	Hameln-Springe
Marzhausen	Bilrgel	Jena-Neustadt-Weida
Matuszewski, Th.	Posen	Posen
Mehrlein, Fritz	Lübeck	Lübeck
Meier, Jacob	Oberzwehren	Kassel 2
Meier, Rich.	Zwickau	Reichenbach-Kirchberg
Melle, C.	Berlin	Berlin 4
Menzel, Gust.	Bitterfeld	Torgau-Liebenwerda
Michel, Willy	—	Minden-Lübbecke
Michelsen, Peter	Flensburg	1. und 2. schleswig-holsteinischer Wahlkreis
Molkenbuhr, Hermann	Berlin	Parteivorstand
Möller, Karl	Harburg	Harburg-Rotenburg
Möller, Ernst	Schönefeld	Leipzig-Land
Moltmann, Karl	Schwerin	2. mecklenburgischer Wahlkreis
Mucker, Max	Wurzen	Wurzen-Oschatz-Grimma
Müller, Ad.	München	München
Müller, Bruno	Großdobritz	7. sächsischer Wahlkreis
Müller, Carl	Mörs	Mörs-Rees
Müller, Emil	Düsseldorf	M.-Gladbach
Müller, Herm.	Berlin	Parteivorstand
Müller, Herm.	Leipzig-Kleinzschocher	Leipzig-Land
Müller, Max	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
Munzel, Fr.	Hannover	8. hannoverscher Wahlkreis
Naumann, Minna	Dresden	5. sächsischer Wahlkreis (Dresden-Altstadt)
Neumann, Hermann	Offenbach a. M.	Alsfeld-Lauterfeld
Neumeier, Joh.	München	München 1 und 2
Neupert, Erwin	Obergroglitz	Reuß ält. Linie
Nespital, R.	Rostock	Mecklenburg 3
Nimmerfall, Hans	Passing	Pfarrkirchen und Landshut
Nitsch, R.	Magdeburg	Wolmirstedt-Neuhaldensleben
Noske, G.	Chemnitz	M. d. R.
Obst, H.	Berlin	Berlin 6
Oehme, E.	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis (Chemnitz)
Oppermann, Rob.	Blankenburg	Braunschweig-Blankenburg
Ostkamp, Wilhelm	Essen	Essen
Pagels, A.	Berlin	Teltow-Beeskow-Storkow
Pannekoek, Dr. Anton	Bremen	Bremen
Panzer, Joh.	Bayreuth	Bayreuth-Berneck-Wunsiedel
Paulick, Rich.	Dessau	Dessau-Zerbst-Anhalt 1
Pawlitzki	Linden	Hannover-Linden
Paetzel, W.	Berlin	Landsberg-Soldin
Peirotes	Colmar	M. d. R.
Peus, Heinr.	Dessau	M. d. R.
Peter, Otto	Elbing	Stuhm-Marienwerder
Pfannkuch, W.	Berlin	M. d. R., Parteivorstand
Pflüger, Alb.	Stuttgart	2. württembergischer Wahlkreis
Pigusch, G.	Herford	Herford-Halle
Pinkau, Karl	Leipzig	M. d. R.
Plorin, A.	Jena	Jena-Neustadt-Weida
Pohmer, R.	Liegnitz	Liegnitz-Goldberg

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Poling, E.	Schiffbeck	Altona-Stormarn-Lauenburg
Pollender, O.	Leipzig	Merseburg-Querfurt
Porstendorfer, J.	Brand-Erbisdorf	Freiberg-Hainichen-Oederan
Preßmar, G.	Geislingen	14. württembergischer Wahlkreis
Quarck, Dr. Max	Frankfurt a. M.	M. d. R.
Quessel, Dr. L.	Darmstadt	M. d. R., Darmstadt-Gr.-Gerau
Raab, Georg	Pfungstadt	Darmstadt-Groß-Gerau
Rauch, Fr.	Linmer	M. d. R.
Raute, Gust.	Eilenburg	M. d. R.
Reichert, Minna	Berlin	Berlin 6
Reimers, Heinrich	Neumühlen-Dietrichsdorf	Kiel-Rendsburg
Reißhaus, Paul	Erfurt	M. d. R.
Reiße, Johanne	Vegesack	Stade-Bremervörde
Reiwand, Karl	Halle	Halle-Saalkreis
Rennert, Karl	Berlin	Berlin 2
Reppenhagen, Herm.	Berlin	Berlin 5
Riesberg, Adolf	Osterode	Einbeck-Osterode-Northeim
Rindfleisch, Dan.	Kiel	Kiel-Rendsburg
Ring, Karl	Offenbach	Offenbach-Dieburg
Rosenfeld, Dr. Kurt	Berlin	Schwarzburg-Sondershausen
Rößler, Max	Chemnitz	16. sächsischer Wahlkreis
Roßmann, Erich	Ulm	13. württembergischer Wahlkreis
Roth, Bruno	Werdau i. Sa.	18. sächsischer Wahlkreis
Roth, Johanna	Hamburg	Hamburg 1
Röttgen, P.	Hamm	Hamm-Soest
Rudolph, Albert	Jena	Jena-Neustadt-Weida
Rühle, Otto	Dresden	M. d. R.
Rueck, Frau	Treptow	Teltow-Beeskow-Storkow
Rhssel, Karl	Leipzig-Neustadt	Leipzig-Land
Sachse, Hermann	Bochum	M. d. R.
Sailer, Alex	Luckenwalde	Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde
Sailer, Hans	Kempten	Immenstadt
Schadow, Wilh.	Kolkwitz	Kothus-Spremberg
Schindler, Paul	Parlow	Niederbarnim
Scheidemann, Philipp	Berlin	Parteivorstand
Schmid, Philipp	Ingolstadt	Ingolstadt
Schmidt, Carl	Rathenow	Brandenburg-Westhavelland
Schmidt, Eduard	München	Passau-Deggendorf
Schmidt, Fritz	Berlin	Berlin 3
Schmidt, Richard	Berlin	Königsberg i. Neumark
Schmidt, Rich.	Meißen	M. d. R.
Schmitt, Franz	München	M. d. R.
Schmitt, Johann	Neustadt a. d. H.	Neustadt a. d. H.
Schnabrich, Michael	Hanau	Hanau-Bockenheim-Gelnhausen-Orb
Schneider, H.	Hannover	Celle-Peine-Gifhorn
Schneider, Joh.	Dresden	Dresden-Land
Schinkel, Heinrich	Thale a. H.	Magdeburg 7
Schneppenhorst, E.	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Schön, Ernst	Meißen	Sachsen 7
Schönfeldt, Frau	Altona	8. und 10. schlesw.-holst. Wahlkreis
Schöpflin, Georg	Leipzig	M. d. R.
Scholich, Gust.	Breslau	Liegnitz 1, Breslau 1, 2, 3, 4, 5, Oppeln 9, 11.
Scholz, Alfred	Neukölln	Teltow-Beeskow-Storkow
Schrader, Chr.	Hannover	Hannover-Linden
Schreck, Carl	Bielefeld	Minden 3
Schröder, Heinr.	Berlin	Berlin 2
Schüning, W.	Berlin	Ost- und Weststernberg
Schulz, Bertha	Witten	Bochum-Gelsenkirchen

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Schulz, Heinr.	Berlin	M. d. R.
Schulz, Herm.	Elbing	Elbing-Marienburg
Schuhmacher, Karl	Altenburg	Sachsen-Altenburg
Schumann, Oswald	Berlin	Sorau-Forst und M. d. R.
Schwartz, Theod.	Lübeck	M. d. R.
Scharzburger, Rud.	Oberschöneweide	Niederbarnim
Schweida, Helene	Bremen	Bremen
Seel, Wilh.	Mainz	Mainz-Oppenheim
Seifert, Friedrich	Harzgerode	Anhalt 2
Seib, Joh.	Bischofsheim	Hanau-Bockenheim
Sellin, Eugen	Danzig	Danzig-Stadt
Senkseil, Ernst	Schönebeck a. Elbe	Magdeburg 7
Siering, Wilhelm	Berlin	Westprignitz
Silberschmidt, Herm.	Berlin	M. d. R.
Simon, Georg	Augsburg	Augsburg
Sollmann, W.	Köln	Köln-Stadt und -Land
Südekum, Dr. Albert	Zehlendorf	M. d. R.
Süß, Heinr.	Ludwigshafen	Speyer-Ludwigshafen
Süßheim, Dr. Max	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Speich, Emil	Eßlingen	5. württembergischer Wahlkreis
Sperling, Lisbeth	Halle a. S.	Halle (Saalkreis)
Spiegel, Carl	Düsseldorf	M. d. R.
Sprenger, Karl	Kornwestheim	Württemberg 2
Stadthagen, Arthur	Berlin	M. d. R.
Stahl, Emil	Spandau	Potsdam-Spandau-Osthavelland
Stäffler, Friedr.	Berlin	Berlin 6
Stamer, Joseph	Geiselbullach	Weilheim
Steffen, Fritz	Ludwigshafen	Speyer
Stengele, Gustav	Hamburg	Hamburg 2
Stephan, Carl	Hildesheim	Hildesheim
Sterzel, C. Paul	Groß-Luga	Pirna-Sebnitz
Stirius, Gust.	Bautzen	Bautzen-Kamenz
Stolle, Wilhelm	Gesau	M. d. R.
Striebing, Aug.	Zerbst	Dessau-Zerbst
Ströbel, Heinr.	Berlin	Vorwärts
Strohhäcker, Chr.	Großsachsenheim	4. württembergischer Wahlkreis
Struve, Joh.	Kassel	Kassel-Melsungen
Stubbe, Heinr.	Hamburg	Kontrollkommission
Stubbe, Karl	Hamburg	Hamburg 3
Stücklen, Daniel	Berlin	M. d. R.
Stuckenbrok, B.	Emden	Emden-Norden
Taubadel, Paul	Görlitz	M. d. R.
Thiele, Adolf	Halle a. S.	M. d. R.
Thielecke, Karl	Schöneberg	Teltow-Beeskow-Storkow
Timm, Johannes	München	Kontrollkommission
Thöne, G.	Kassel	M. d. R.
Thomas, Hermann	Altona	Altona-Stormarn und Lauenburg
Tönebön, Heinr.	Bochum	Borken-Recklinghausen
Treu, Martin	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Ulrich, Karl	Offenbach	M. d. R.
Undeutsch, Albin	Magdeburg	Mühlhausen-Langensalza
Vesper, Otto	Osnabrück	Osnabrück (4. hannoverscher Wahlkreis)
Veltertein, Emil	Gera	Reuß j. L.
Vetters, F. A.	Gießen	Gießen-Grünberg
Vogel, Hans	Fürth	Forchheim-Kulmbach-Pegnitz
Vogtherr, E.	Wernigerode	M. d. R.
Voigt, Joh.	Bremen	Bremen
Wagner, Ernst	Neustädel	19. sächsischer Wahlkreis
Wagner, Karl	Mölln	8. und 10. schlesw.-holst. Wahlkr. Altona-Stormarn und Lauenburg

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt
Walter, Anton	Höchst	Höchst-Homburg-Usingen
Walter, Max	Dresden	6. sächsischer Wahlkreis
Wasser, Frau K.	Wald	Solingen
Wedemeyer, Fritz	Göttingen	Göttingen-Minden-Duderstadt
Wegener, Oskar	Hildesheim	Hildesheim
Weill, Dr. Georges	Metz	M. d. R.
Weinheber, Paul	Hamburg	Hamburg 2
Wellmann, Joh.	Bremen	Bremen
Wels, Otto	Berlin	M. d. R.
Wengels, Robert	Berlin	Parteivorstand
Werner, Emil	Rostock	Rostock-Doberan
Westkamp, Emil	Düsseldorf	Düsseldorf
Westmeyer, Friedrich	Stuttgart	Stuttgart
Weitermann, Edgar	Nördlingen	Donauwörth
Wicky, August	Mülhausen i. E.	Mülhausen i. E.
Wieczorek, Johann	Breslau	Breslau-Ost und -West
Wiesner, Wilh.	Hamburg	Hamburg 3
Windau, Josef	Bochum	Bochum-Gelsenkirchen
Winkelmann, Karl	Bremen	5. schlesw.-holst. Wahlkreis
Winnig, August	Hamburg	Hamburg 3
Witzler, Emil	Berlin	Teltow-Beeskow-Storkow
Wittich, Heinrich	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Wittig, Wilhelm	Leipzig	Leipzig-Stadt
Wünschmann, B.	Vegesack	Stade-Bremervörde
Wurm, Emanuel	Berlin	M. d. R.
Wuschick, Adolf	Berlin	Prenzlau-Angermünde
Zabel, Wilhelm	Berlin	Teltow-Beeskow-Storkow
Zentgraf, Hugo	Gotha	Gotha
Zetkin, Klara	Stuttgart	Kontrollkommission
Ziegler, Willy	Breslau	Breslau-Ost und -West
Zielke, Karl	Harburg	Harburg-Rotenburg
Zietz, Luise	Berlin	Parteivorstand
Zorn, Georg	Fürth	Erlangen-Fürth-Hersbruck
Zubeil, Fritz	Berlin	M. d. R.

Gäste auf dem Parteitag.

Engelbert Pernerstorfer, Oesterr. Sozialdemokratie.
E. Polke, Niederösterr. Sozialdemokratie.
L. Vandervelde, Parti ouvrier belge.
E. Anseele, Parti ouvrier belge.
Camille Huysmans, Internationales Sozialistisches Bureau.
J. Keir Hardie, Labour Party und Independant Labour Party.
Ole O. Lian, Norwegische Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Fr. Platten, Schweizerische Sozialdemokratie.
Em. Buchinger, Ungarl. Sozialdemokratie.
Edm. Peluso, Portugiesische Sozialdemokratie.
P. J. Troelstra, Sozialdemokratische Arbeiterpartei der Niederlande.
Vict. Stein, Tschechisch-sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs.
Jury, Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands.
Andreas Scheu (Weimar).
Dr. W. van Ravenstein (Rotterdam), Sozialdem. Partei Hollands.

Sprechregister des Parteitages.

Arendsee 382
Auer 270, 378, 449, 523

Barth 404
Bauer 293, 327
Beims-Magdeburg 523
Bernstein 284, 507
Berten 321, 364
Birkholz 267, 377
Blume 365
Bock 339, 346, 363, 364, 367, 373, 374, 381, 382, 385, 400, 402, 416, 419, 517, 523, 524
Boehle 412
Böttger 407
Brandenburg 378
Braun, Otto 241, 279, 546
Braun-Nürnberg 256
Bromme 274
Brückner 416
Brühne 241, 281
Buchinger-Budapest 214

Clajus 250, 286
Cohen 370
Cohn 544, 545

Darf 354
Davidsohn 260, 282, 284, 309, 488
Dißmann 252
Dittmann 262
Dürr 251

Ebert 207, 208, 219, 241, 275, 281, 283, 284, 292, 312, 318, 335, 336, 338, 419, 447, 448, 449, 450, 475, 487, 491, 504, 506, 508, 514, 517, 523, 524, 529, 537, 542, 544, 545, 549, 553, 554
Emmel 338, 498
Ewald 532

Fischer-Hannover 521.
Fischer, Richard 492.
Frank-Mannheim 304, 365, 504
Fries 270, 520
Fritsch 361, 542

Gehrmann 249
Geyer 475, 507
Giebel 415
Gottschalk 268, 281, 283, 449, 545
Große 522
Grumbach 312, 359, 554
Grünberg 271, 384

Haberland 497
Hammer 354
Heilmann 248, 351, 377, 552
Heinmann 553
Henke 287
Hildenbrand 527
Hoch 282, 448, 449, 481, 508, 514
Hoffmann, Adolf 358, 373, 383, 450, 542
Hörsing 551
Hufemann 325
Huysmans-Brüssel 218
Jaffé 284

Jungnickel-Annaberg 270

Katzenstein 282, 542, 550
Keir Hardie-England 210
Kirchbaum 247
Klingler-Berlin 317, 521
Kühs 401
Kriterium 367
Kunert 337

Laufenberg 324, 516
Leber 200
Ledebour 284, 306, 335, 357, 502, 506, 508, 551
Liebknecht 301, 335, 508, 540, 541, 545
Lipinski 207
Ludwig 379
Lüth 249, 350, 525.
Luxemburg 288, 293, 485, 543

Maier-Heidelberg 526, 545
Molkenbuhr 203, 410, 500
Müller-Parteivorstand 448, 528, 537, 552, 553

Noske 281, 318, 355, 545

Pannekoek 308.
Panzer 268.
Paulick 525.
Peluso-Portugal 216.
Pernerstorfer-Wien 208
Peus 300
Pflüger 416, 484
Platten-Schweiz 216
Pollender 338

Quarck 409

Reichert 379
Reitze 377
Reiwand 338
Riesberg 450
Rosenfeld 265, 346, 419
Roßmann 383, 384
Rynéck 261
Rysfel 529, 530, 531, 532, 533, 535, 536

Sailer-Luckenwalde 532
Scheidemann 219, 275, 327, 336, 536
Schmid, Eduard 402
Schmidt-München 530
Scholz-Neukölln 545
Schrader 269, 373
Schreck 298
Schulz, Heinrich 258, 339, 374, 553
Schumann 283, 313
Silberschmidt 322, 413
Sollmann 244, 362
Stadthagen 475, 494, 507
Stäffler 372
Stahl 269
Stengele 246, 349
Stolle 491
Stubbe, Carl 353
Stubbe, Heinrich 251
Stücklen 272
Südekum 450, 512

Thielecke 524
Timm 385, 417
Treu 408, 506, 530
Troelstra-Holland 210

Vandervelde-Belgien 213

Weill 506
Weinheber 348
Wetekamp 263
Wicky 372
Winnig 405, 479
Wittig 267.
Wurm 420, 487, 508
Wuschick 270

Zetkin 254, 315, 336, 373, 381, 384
Zietz 353, 380
Zubeil 400

Sachregister des Parteitages.

Abonnentenversicherung 95
Abstimmungen, Namentliche, im Reichstage 116
Abstimmung zur Steuerfrage 516
Agitation betr. Jahrhundertfeier 20
— betr. Lebensmittelteuerung 19
— betr. Preußenwahlen 20
— betr. Privatangestellte 8
— gegen die Heeresvorlage 20
— gegen den Krieg 20
— gegen Kriegervereine 19
— gegen Kriegshetze 5
—, Partei-Correspondenz 21
—, Rheinisch-Westfälisches Bureau 21
—, Sozialdemokratische Fachschriften 20
— unter Schiffern und Fischern 21
Agitationsbroschüren 276
Agitationskalender 21
Agrarfrage 274, 420
—, Studienkommission 221
—, Wahl der Studienkommission 221
Agrarkommission 280
Agrarpolitik, Bewegung gegen die 225
Agrarstudienkommission, Wahl durch den Parteitag 268
Aktiengesellschaften, Steuerpflicht der 165
Altersgrenze der Altersversicherung 107
Altersversicherung, Altersgrenze 107
Anfragen, Kurze (siehe auch Kurze Anfragen) 127
Angestelltenrecht, Einheitliches 88
Ansiedelungsfrage 103
Antimilitaristische Propaganda 260
Antrag betr. Ausschlußverfahren 557
— betr. Frauentag-Abstimmung 384
Antrag betreffend Veranstaltungen zur Bildung der Jugendlichen im Alter von 18 bis 21 Jahren 9
Anträge auf Ausschluß aus der Partei 12
— betr. Wehrvorlage, Abstimmung der 377
— des Parteivorstandes, Veröffentlichung der 249
—, Erledigung der vom vorigen Parteitag überwiesenen 9
Arbeiterinnen, Beschäftigung der 88
„Arbeiter-Jugend", Abonnentenstand 18
—, Behandlung auf den Werften 103
—, Behandlung der 115
—, Bedeutung der 259
—, Inhalt der 272
—, Preis der 272
—, Redigierung der 276
—, Schreibweise der 245
—, Zahl der Leser der 265
Arbeiterturnvereine 97
Arbeiterversicherung, Ausgaben für 128
Arbeitslosenelend in München 386
Arbeitslosenfürsorge 133, 385
—, Arbeitslosenunterstützung 388
—, Arbeitslosigkeit im Berliner Holzgewerbe 387
—, — in München 386
—, Armenpflege in München 387
—, Baden 407
— der Gemeinden 415
— in Frankfurt a. M. 409
— in Nürnberg 409
—, Kontrolle der Gewerkschaften 406
—, Massenaktionen für 401
—, Resolution des Dresdner Gewerkschaftskongresses 398
— und bürgerliche Parteien 417
—, Unfruchtbarkeit in Deutschland 391
Arbeitslosenfürsorge, Unterstützung der freien Gewerkschaften 388
—, Vergebung der öffentlichen Arbeiten 404
Arbeitslosenversicherung 133, 388
—, Aktionen zur Einführung der 398
— Baden 407
—, Bayerischer Städtetag 403
—, Endgültige Regelung der 408
—, Flugblätter zur 401, 402
—, Heranziehung der Einzelstaaten zur 394
— in England 391
— in Frankfurt a. M. 409
— in den Gemeinden 395
— in Groß-Berlin 401
—, Massenaktionen für 401
—, Sachsen 395
—, Standpunkt der bayerischen Regierung 403
—, Stellung des Zentrums 392
—, Tätigkeit für die, in München 402
— und Privatangestellte 415
—, Vergebung der öffentlichen Arbeiten 404
—, Verhalten der Berliner Stadtverwaltung 414
—, Württemberg 395
Arbeitslosigkeit bei den Privatangestellten 416
—, Erscheinungen der 411
— im Berliner Holzgewerbe 387
— in Berlin 401
— in München 386, 402
—, Konferenz zur Bekämpfung der 389
—, Problem der 385
—, Umfang der 390
— u. Hausfriedensbruch 409
— und Lohndrückerei 388
—, Ursachen der 385
—, Zerstörende Wirkungen der 405
Arbeitsnachweis der Berliner Holzindustrie 387

Arbeitsnachweise 91, 405
Arbeitsnachweisfrage 404
—, Oeffentlich-rechtliche Regelung der 407
—, Wichtigkeit der 418
Arbeitszeit, Gesetzentwurf zur Festsetzung der 89
Armee, Beförderung in der 160
Armenpflege in München 387
Auflösung des Reichstags 499
Ausländische Arbeiter in Deutschland 386
Ausschlußanträge 12
Ausschluß Radek 9
Ausschlußverfahren, Antrag betr. 552
Auswärtiges Amt 105, 114
—, Auslandspolitik Rußlands 106
—, Auswärtiger Dienst 106
—, Balkanpolitik 106
—, Behandlung von Schiffsjungen 106
—, Beziehungen zu Frankreich 106
—, Chauvinismus in Deutschland 106
—, Elsaß-Lothringen 106
—, Erklärung des Staatssekretärs 105
—, Flottenausrüstungen 106
—, Konsulardienst 106
—, Orientpolitik 105
—, Ostmarkenpolitik 106
—, Redeverbot gegen Compère Morel 106
—, Verhältnis zu China 106
—, — zur Türkei 106
—, Vorgang in Nancy 106
Ausweisungen ausländischer Sozialdemokraten 106

Bäckereiverordnung 87
Balkan, Deutsche Interessen auf dem 83
Balkanbund 84
Balkankrieg, Ausbruch des 5
—, Einwirkung der Sozialdemokratie 83
—, Stimmung in Wien 83
—, Ursachen des 105
Balkanpolitik 106
Balkanstaaten, Grausamkeiten in 129
Basel, Intern. Kongreß, Resolution 6
Bauarbeiter, Arbeitslosigkeit der 406
Bauausführungen, Sicherheit der 89
Baugesellschaften, Gemeinnützige 96
Baugewerbe, Arbeitslosigkeit im 406
—, Beschäftigung im 386
—, Lage des in Berlin 413
Baumwollfrage in den Kolonien 104
Bauunfälle, Zunahme der 94
Beamte, Entschädigungen an 107
—, Pfändbarkeit des Gehalts 134
Beamtenstreik 98
Bebel, Rede Molkenbuhrs über 203, 204
Begrüßungsreden 200, 208 bis 219
Beiträge, Höhe der 12
Bekleidungsämter 102, 164
—, Klagen der Arbeiter 112
—, Mißstände in 115
Bergarbeiter, Gesundheitliche Verhältnisse 94
—, Stellungnahme zum Massenstreik 326
Bergmann, Schutz eines deutschen, Kurze Anfrage betr. 129
Bern, Konferenz in 7
Berufsgenossenschaften, Dienstordnung für Angestellte 115
Beschwerdekommission, Ausschluß Lokalorganis. 534
Beschwerde Borchardt-Berlin 530
—, Fall Brückner-Göppingen 525
—, — Linke, Luckenwalde 531
—, — Radek 536
—, — Schlattmann-Elberfeld 531
—, — Schmitz-Soest 535
—, — Schmucker-Nürnberg 529
—, — Schwedux-Elberfeld 531
—, — Thenes-Rheine 533
—, Oeffentlichkeit der Schiedsgerichte 536
Besitzsteuergesetz 167
Besitzsteuern 430, 443
Besoldungsgesetz, Abänderung des 141
Bezirkseinteilung 9
Bezirksfrauenkonferenzen 15
Bezirkskommandeure 108
Bibliothekare, Wegweiser für 43
Bildungsarbeit der Gewerkschaften 44
—, Wanderlehrer für 260
Bildungsausschuß 35
— Statistische Erhebungen 37
Bildungsausschüsse, Anzahl der Vortragskurse 37
—, Behandelte Wissensgebiete 38
— der Bezirke 35
— der Kreise 35
—, Einnahmen und Ausgaben 37
—, Konferenzen 36
—, Künstlerische Veranstaltungen 38
Bildungsausschüsse, Wissenschaftliche Wanderkurse 39
—, Zahl der 12
Bildungsbestrebungen, Schwierigkeiten der 45
— unter Arbeitslosen 44
Bildungskurse, Kosten der 270
Bildungsorganisation, Ausbau der 35
Bildungsveranstaltungen für Jugendliche 18
Binnenschiffahrt, Arbeitszeit 130
—, Sonntags- und Nachtruhe 130
Binnenschiffahrtsgewerbe, Arbeitszeit im 93
Borchardt, Julian, Berlin, Beschwerde 530
Brückner, Göppingen, Fall 525
Buchhandlung Vorwärts, Geschäftsbericht 32
Bühnenwesen 87
Bundesrat, Verhältnis des Reichstags zum 105
Burschenwesen, Abschaffung des 157, 344

Chauvinismus in Deutschland 106
China, Republik, Verhältnis zu 106
Cholera-Einschleppung, Kurze Anfrage betr. 128

Dämpfungspolitik 456
Deckungsvorlage, Erhöhung des Reichskriegsschatzes 168
— in der Budgetkommission 150
Deckung der Wehrvorlage (siehe auch Wehrvorlage) 147
Deckungsvorlagen, Aufhebung der Zuckersteuer 166, 167
—, Beseitigung des Wertzuwachssteuergesetzes 168
—, Besteuerung der Schmucksachen 165
—, Besteuerung der „Toten Hand" 165
—, Einzelberatungen der 164
—, Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion bei Abstimmung 174
—, Erste Lesung im Plenum 149
—, Feststellung des Vermögens 166
—, Gesamtabstimmung über 174
— in der Kommission 152
—, Staffelung der 165
—, Stellung der sozialdemokratischen Fraktion 169

Deckungsvorlage, Steuerliche Heranziehung der kleinen Vermögen 160
—, Steuerpflicht der Aktiengesellschaften 165
—, Steuerpflicht der Fürsten 169, 175
—, Veredelte Matrikularbeiträge 167
—, Wirkung des außerordentlichen Wehrbeitrages 164
—, Wirkung des sozialdemokratischen Einflusses 172
—, Zusammenfassung der sozialdemokratischen Ansichten über 172
Delegierten, Anzahl der 199
Demonstration, Höfische, im Reichstage 372
—, Monarchistische Stellung der Fraktion 375
Diamantenfrage in Südwestafrika 105
Diamantenregie 119
Diätengesetz 86, 352
—, Wirkung des 358, 359
Dienstzeit, Verkürzung der 151, 155
Diplomatie, Leitung der 83
Dissidentenkinder, Religionsunterricht betr. 133
Dreiklassenwahlsystem 107
Duellfrage 108

Eidesformel, Konfessionslose 133
Eigentum, Schutz des gewerblichen 146
Einfuhrscheine, Wirkung der 113
Eingeborenenkultur in den Kolonien 105
Einheitsporto 98
Einjährigfreiwilligen-Privileg, Beseitigung des 151, 155
Eisenbahnarbeiter, Koalitionsfreiheit der 124
Eisenbahnfiskus, Preußischer 100
Eisenbahnverwaltung, Elsaß-lothringisch. Bahnwesen 101
—, Forderungen der Arbeiter und Angestellten 101
—, Koalitionsrecht der Eisenbahnbeamten und -angestellten 101
—, Lohnzahlung an Feiertagen 101
—, Politische Agitation in den Werkstätten 101
—, Ueberschußwesen 123
—, Wagen vierter Klasse 101
Eisenbahnwesen, Vereinheitlichung des 100
—, Verkehrsstockungen in Sachsen 100
Elsaß-Lothringen 106
—, Ausnahmegesetz 123, 361
—, —, Stellung der Sozialdemokraten 123
Enteignung polnischer Gutsbesitzer 126
Entschädigungen an Beamte 107
Enzyklika 125
— betr. Gewerkschaftsstreit 85
Erbanfallsteuer 152
Erbrecht des Staates 153
Erbschaftssteuer, Ergänzung der 468
— und „tote Hand" 165
Erbschaftssteuern 431
Erfurter Urteil 172, 345
Ergänzungsetat 163
Erkrankungen, Epidemische, in Osnabrück 129
Ernteschäden 119
Ertragssteuern 433
Erzieher, Gleichstellung der privaten 147
Etat der Heeresverwaltung (s. auch Heeresverwaltung) 108
— d. Marine (s. auch Marineetat) 102
— der Reichs-Post- u. Telegraphenverwaltung 97
— des Auswärtigen Amtes (s. auch Auswärtig. Amt) 105
— des Reichsamts des Innern 86
— d. Reichsjustizverwaltung (s. auch Reichsjustizverwaltung) 96
— des Reichskanzleramts (s. auch Reichskanzleramt) 106
— des Reichskolonialamts (s. auch Kolonialetat) 103
— des Reichsschatzamt (s. auch Reichsschatzamt) 113
— des Reichstags (s. auch Reichstagsetat) 105
— des Reichsversicherungsamts (s. auch Reichsversicherungsamt) 95
Etatsberatung, Einnahmen 80
—, Innere Politik 84
—, Unproduktive Ausgaben 84
Etatsnotgesetz 86

Familienblatt, Art des 275
—, Aussichten des 241
—, Illustriertes 222
—, Illustrierung des 251
—, Inhalt und Preis 265, 274, 277
—, Inseratenplantage 277
Festungswesen 112
Finanzwesen, Aenderung unseres 474
—, Forderungen im 166
Fischer, Agitation 21
Fischer, Interessen der 89
Fleischbeschaugesetz 121
—, Aenderung des 139
Fleischeinfuhr, Zollerleichterung bei der 138
Flößer, Agitation 21
Flottenrüstungen 102, 106
Flugschriften, sozialdemokratische 20
Flüsse, Reinhaltung der 94
Fortschritte d. Organisationen 222
Fraktion, Anwesenheit der 368
—, Gesamttätigkeit der sozialdemokratischen 175, 176
Frankreich, Beziehungen zu 106
Frauen, Aufklärung der 250
—, Tätigkeit der 379
—, Tätigkeit in Gemeinden 15
Frauenbewegung 14
—, Allgemeine Agitation 15
—, Beteiligung der Frauen an der Jugendbewegung 17
—, Diskussionsabende 15
—, Flugblätter betr. 16
—, Frauen in d. Vorständen der Organisationen 16
—, Kinderschutzkommissionen 16
—, Kurse 16
—, Leseabende 15
— und Preußenwahl 14
Frauenbibliothek, Sozialdemokratische 262
Frauentag 9, 14, 378
—, Abhaltung des 377
—, Abstimmung des Antrages betr. 384
—, Mitgliederaufnahme 382
Frauentage, Bedeutung der 380
—, Durchführung der 381
Frauenwahlrechtswoche 14
Frauen-Wahlrechtszeitung 14
Freikarten für Abgeordnete 105
Friedenskonferenz in Bern 360, 361
— — —, Vorteile der 370
Friedensübungen, Unterstützung der Familien 91
Fuhrwerksbetriebe, Arbeitszeit im 93
Funktionäre, Pädagogisches Studium 247
Fürsten, Steuerpflicht der 153, 175
Futtermittelzölle, Aufhebung der 139

Garde, Bedeutung der 157
Gardekorps, Beseitigung der Ausnahmestellung des 151
Garnisonen, Kleine 119, 151
Gärtnereien, Arbeitsverhältnisse in 135

Gastwirtsangestellte, Regelung der Arbeitszeiten für 89
Gastwirtschaften, Boykottierung der, durch Militär 159
Gebäudesteuer 435
Gemeinden, Finanzwesen der 113
Gemeindevertretungen, Sozialdemokratische 26
Generalstab, Beschwerden der Lithographen 111
Generalstabskarten, Vertrieb der 112
Generalstreik in Zürich 916
Genossenschaften, Betätigung in 9
Geschäftsbericht der Vorwärts Buchhandlung 32
Geschäftsbericht, Irrtümer im 250
Geschworenen, Entschädigung der 143
Gesetzentwurf betr. Verkehr mit Leuchtöl 135
Gesindeordnungen 89
Getreidezoll 443
Getreidezöllen, Interesse an 113
Gewerbesteuern 433
Gewerkschaften, Bildungsarbeit der 44
Glashütten, Beschäftigung in 88
—, Schutzbestimmungen in 128
„Gleichheit", Die Abrechnung 32
—, Aenderung des Inhalts 217
—, Ausgestaltung der 254
—, Kinderbeilage 256
—, Popularisierung der 264
Grosseisenindustrie, Schutz der Arbeiter 89
Grundsteuer 433, 434

Handelsgesetzbuch, Aenderung des 137
Handel und Gewerbe, Aufwendungen für 91
Handwerkerfragen 88
Heeresverwaltung 108
—, Abstimmungen 110
—, Arbeiter in den Bekleidungsämtern 112
—, Auflösung des Militärkabinetts 115
—, Behandlung der Zeug-, Feuerwerks- und Festungsbauoffiziere in Straßburg 111
—, Bekleidungsämter 115
—, Beschwerden der Lithographen 101
—, Bezirkskommandeure 103
—, Blinde Rationen 111
Heeresverwaltung, Der Fall Krupp (siehe auch Krupp) 109
—, Duellfrage 108
—, Ersparnisse 109
—, Festungswesen 112
—, Forderungen der 108
—, Freifahrt für Soldaten 108
—, Grundstücksgeschäfte der 115
—, Jüdische Soldaten 108
—, Kontrollversammlung 108
—, Kriegervereine 108
—, Kriegsministerium gegen Sozialdemokraten 115
—, Mangel an Sanitätsoffizieren 108
—, Militärboykott 109
—, Militärischer Terrorismus 112
—, Militärjustiz (siehe auch Militärjustiz) 110
—, Militärmusik 111, 115
—, Offiziere und Politik 109
—, Reform des Militärstrafgesetzes 108
—, Rücksicht bei Manöverübungen 111
—, Soldaten als Streikbrecher 109
—, Soldatenmißhandlungen 109
—, Stellung des Militärkabinetts 115
—, Streichung von Festungskommandanten 112
—, Typhusepidemie in Hanau 111
—, Umzäunungen eines Berliner Exerzierplatzes 112
—, Vergebung von Aufträgen 111
—, Vertrieb der Generalstabskarten 112
—, Wirkung der sozialdemokratischen Kritik 115
—, Wünsche der Arbeiter und Angestellten in den Militärwerkstätten 111
—, Zementsyndikat 112
Heeresvorlage, Agitation gegen 20
Heilverfahren der Versicherungsanstalten 131
—, Erlaß des Handelsministers 95
Heringszoll 89
Hinterbliebenenbezüge, Bemessung der 90

Jacob, Der Wahre, Abrechnung 31
Jahrhundertfeier 20
Jena, Entwicklung der Organisationen 200, 201
—, Gemeinderatswahlen 201
Jesuiten 85
Jesuitenfrage 107
Jesuitengesetz, Aufhebung des 118
—, Stellung d. Sozialdemokraten 118
Illustrationszentrale 248
Illustriertes Unterhaltungsblatt 222
Impfgesetz 354
Impfzwang 354
Indirekte Steuern, Wirkung der 437
Industrie, Chemische, Verhältnisse in der 88
Initiativanträge, Aufhebung des Jesuitengesetzes 118
—, Freie Fahrt für Militärurlauber 119
—, Regelung d. Submissionswesens 119
—, Schaffung kleiner Garnisonen 119
—, Schnellere Abschätzung von Ernteschäden 119
—, Soz. Wahlrechtsantrag 116
—, Verbot v. Fideikommissen 119
Inlandsweine, Besteuerung der 113
Inseratenzentrale 249
Internationale Beziehungen 46
Interpellation betr. Ausnahmegesetz für Elsaß-Lothringen 123
— betr. Enteignung polnischer Grundbesitzer, Resultat der Abstimmung 127
— — polnischer Gutsbesitzer 126
— — — Stellungnahme der Sozialdemokratie 127
— — — Verhalten der bürgerlichen Parteien 126
— — —, — der Regierung 126
— betr. Koalitionsfreiheit der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter 124
— betr. Teuerungsverhältnisse 119
— betr. Wagenmangel 123
Interpellationen 119
— betr. Teuerungsfrage, Abstimmung 122
Irrenanstalten, Unrechtmäß. Unterbringung 130
Irrenwesen, Regelung des 130
Juden u. Heeresverwaltung 108
Jugend, Behandlung der Arbeiter- 114
—, Männliche, Turnunterricht der 162
Jugendausschüsse 18

Jugendausschüsse, Zahl der 12
Jugendbewegung 245, 251, 265, 267, 271, 272
—, Anzahl der Bezirksleitungen 18
—, — der Jugendausschüsse 18
—, — der Jugendheime 18
—, Art der Vorträge 272
—, — unserer Tätigkeit 257
—, Aufklärung der weiblichen Jugend 269
—, Ausbildung von Funktionären 19
—, Ausgaben der Zentralstelle 19
—, Bedrückung der 221
—, Bekämpfung der 17
—, Beteiligung d. Frauen 17
—, Bildungsveranstaltg. 18
—, Broschüren betr. 19
—, Bürgerliche 90
—, — Gründe des Vorwärtsschreitens 258
—, Flugblätter betr. 19
—, Förderung der 220
—, — der bürgerlichen 17
—, — durch die Frauen 380
—, Fortschritt der „Arbeiter-Jugend" 18
—, Führer der 259
—, Jugendschutzkommission. 18
—, Klagen über 277
—, Maßnahmen gegen 268
—, Politische Betätigung der bürgerlichen 163
—, Tätigk. der Zentralstelle 18
—, Umfang d. Bibliotheken 18
—, Unterstützung der bürgerlichen 258
—, — durch die Frauenbewegung 378
— von 18—21 Jahren 246
Jugendheime 18
Jugendleiter 258
Jugendleiterkurse 247
Jugendleiterkursus in der Provinz 260
Jugendliche im Alter von 18—21 Jahren, Tätigkeit für 270
—, Kriminalität der 142
—, Verfahren gegen 142
Jugendpfleger, Kathol. 259
Jugendschriftenverzeichnis 44
Jugendsektionen der Wahlvereine 266
Jungdeutschlandbund 90
Justiz beim Militär 110
Justizwesen, Mißtrauen gegen 97

Kabinen, Hinausgeschmissener Pächter 107
Kaiserjubiläum, Demonstration bei dem 231, 310
Kalibergbau 92
Kaligesetz 92
Kaligesetzgebung, Reform der 92
Kaliindustrie, Börsenspekulation 93
Kamerun 104
—, Gefecht in 129
Kassenbericht 51
—, Abführung an die Hauptkasse 235
—, Abschluß der Hauptkasse 52
—, Ausgaben 51
—, Einnahmen 51
—, mündlicher 235
Kavallerieregimenter, Bewilligung der gestrichenen 174
Kinderarbeit 367
— an landwirtschaftlichen Maschinen 368
—, Kinder unter 8 Jahren 368
—, Kurze Anfrage betr. 129
—, Rübenzupfen in Ostpreußen 368
—, Umfang der 350
Kinderhandel 367
Kindersaugflaschen 141
Kinderschutzgesetz, Ausbau des 353
—, Ausdehnung des 350
—, Durchführung des 351
Kinderschutzkommissionen 106, 255
—, Tätigkeit der Genossinnen 353
Kindersklavenmärkte 367
Kindersklaverei 367
Klassenjustiz 96
Kleinwohnungen 96
Koalitionsfreiheit der technischen Angestellten 125
— in staatlichen Betrieben 124
— in Staatsbetrieben, Stellung der bürgerlichen Parteien 126
Koalitionsrecht 87, 107
— der Arbeiter und Beamten, Stellungnahme der Regierung 125
— —, Stellung der Sozialdemokratie 125
— in Staatswerkstätten 86
—, Sicherstellung des 134
— und Berufsfeuerwehrverband 124
— und Bund der technisch-industriellen Beamten 125
— und Lehrerverein 124
— und Technikerverband 124
Kolonialetat, Anzahl der Erschossenen 103
—, Diamantenfrage 105
—, Einführung von Kulis 103
—, Eingeborenenkultus 105
—, Gründungen 103
—, Kamerun 104
—, Konzessionsgesellschaften 104
Kolonialetat, Landwirtschaftsbank 105
—, Mischehenfrage 103
—, Ostafrika 104
—, Plantagenbetrieb 105
—, Praktische Reformen 355
—, Schutz wertvoller Vögel 105
—, Südwestafrika 105
Kolonialpolitik, Baumwollfrage 104
—, Reichskolonialamt (siehe auch Kolonialetat) 103
Kolonisation, Innere 90
Kommunalbesteuerung 440
„Kommunale Praxis", Abrechnung betr. 34
Konferenz in Bern 7
— zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 389
Kongreß, Internationaler, in Basel 225
Konkurrenzklausel, Verbot der 137
—, Zweck der 137
Konservenindustrie, Aufhebung der Zuckersteuer 131
Konsulardienst 106
Konsumvereine, Behandlung der 132
—, Größe der 132
—, Wirksamkeit der 132
Kontrollkommission, Bericht der 241
—, Beschwerde Julian Borchardt 243
—, — Mehring 242, 275
—, Wahl der, Nachruf für Kaden 241
Kontrollversammlung, Verhalten der Bezirkskommandeure 108
Konzessionsgesellschaften in den Kolonien 104
Krankenkassenwesen bei der Postverwaltung 99
Krankenpflegepersonal, Schlechte Lage des 94
Krieg, Agitation gegen 20
Kriegervereine, Agitation gegen 19
—, Reklame für 108
Kriegsgefahr, Demonstrationen gegen 225
Kriegsgerichte, Strafen der 111
Kriegsgerichtsurteil in Erfurt 172, 345
Kriegshetze, Agitation gegen 5
—, Deutsch-englischer Aufruf gegen 46
—, Deutsch-französ. Manifest 47
—, Internationaler Kongreß Basel gegen 5
—, Internationaler Sozialistenkongreß 47

Kriegsminister gegen Sozialdemokraten 115
Kriegsteilnehmer, Beihilfe an 145
Krise 335
Krupp 109
—, Bestechung von Offizieren und Beamten 109
—, Betriebspensionskasse 108
—, Der Fall Brandt 109
—, Einsetzung einer Untersuchungskommission 113
—, Praktiken und Schleichwege 109
—, Verdienste der Firma 109
—, Verhalten der bürgerlichen Parteien 110
—, Verwahrung des Genossen Liebknecht 115
—, Verhalten des Kriegsministers 109
Krupp von Bohlen-Halbach, Eurung des 8
Kulturkampf 85
Kundgebungen, Monarchische, Stellung der Fraktion 575
Kunst, Schutz von Werken der 146
Kurze Anfragen 127
Kurze Anfrage betr. Aenderung der Reichstagswahlkreise in Thüringen 128
— betr. Ausgaben für Arbeiterversicherung 128
— betr. Betriebspensionskasse der Firma Krupp 128
— betr. Diamantenregie 129
— betr. Epidemische Erkrankungen in Osnabrück 129
— betr. Gefecht in Kamerun 129
— betr. Grausamkeiten in den Balkanstaaten 129
— betr. Kinderarbeit 129
— betr. Konzessionsgesellschaften in Neu-Kamerun 129
— betr. Maßnahmen zum Schutz der Tabakarbeiter 128
— betr. Militärforderungen 129
— betr. Prüfung der Rüstungslieferungen 130
— betr. Schiffahrtsabgaben 128
— betr. Schutzbestimmungen in Glashütten 128
— betr. Schutz eines deutschen Bergmanns 129
— betr. Subventionsvertrag mit Norddeutscher Lloyd 128
— betr. Ursache der Typhusepidemie in Hanau 128
— betr. Verfassung in Mecklenburg 128
— betr. Verunreinigung der Wasserläufe 128
— betr. Wohnungsfrage 128
Landeskirche, Austritt aus der 133
Landtagsabgeordnete, Gesamtzahl der 26
Landtagswahlen, Gesamtzahl der Abgeordneten 26
Landtagswahl in Schwarzburg-Sondershausen 24
— in Hamburg 25
— — Lippe 25
— — Preußen, Ergebnisse der 223
— — in Sachsen-Altenburg 25, 26
— — Württemberg 24
—, Preußische 22
Landwirtschaftsbank für Südwestafrika 165
Lebensmittelteuerung, Agitation betr. 19
Lebensmittelzölle 121
—, Aufhebung der 121
Lehrer, Gleichstellung der privaten 146
Leseabende, Anzahl der 224
—, Wirkung der 250
Leuchtöl, Verkehr mit 135
Lichtbilder, Leihzentrale für 43
Linke-Luckenwalde, Fall 531
Literatur, Schutz von Werken der 146
Lohndrückerei und Arbeitslosigkeit 388
Lokalorganisierte, Ausschluß von 534
Luckenwalde, Wahlkreisorganisation 532
Luxussteuern, Steuerfrage 438

Magistratsmitglieder, sozialdemokratische, Zahl der 26
Majestätsbeleidigungen, Petition betr. 133
Maifeier 27, 517
—, Abgabe des Tagelohnes 517
—, Beteiligung an der 27
—, Beteiligung d. Frauen 15
—, Stellung der Generalkommission 517
—, Zwischenfälle 28
Maifonds 9
Mandatsprüfungen i. Reichstage 375
Mandatsprüfungskommiss., Bericht der 365
—, Protest aus Bremerhaven 365, 366
—, — — Württemberg 366
Manöver, Rücksicht auf Erwerbsleben 111
Marine 132
Marineetat, Ausgaben für die Flotte 102
—, Bekleidungsämter 102
—, Flottenrüstungen 102
—, Generaldiskussion 102
Marineetat, Kritik an den Lohn- und Arbeitsverhältnissen auf den Werften 103
Massenaktionen für Arbeitslosenversicherung 401
Massenstreik 228
—, Abstimmung der Resolutionen 336
—, Ansichten über Erfolge in Belgien 327
—, Auffassungen über die Organisationen 329
—, Bedeutung der Organisationen 231
—, Einschätzung d. Massen 330
—, Erfolg in Belgien 284
—, Ergebnisse in Holland und Belgien 322
—, Erklärung Bauer 385
—, Erklärung der belgischen Delegierten 318
—, Großstreik in Schweden 285
—, Herabsetzung des Parlamentarismus 230
— in Belgien 214, 229
— in Zürich 216
—, Namentl. Abstimmungen 337
—, Preußisches Wahlrecht 309
—, Stellungnahme d. Bergarbeiter 326
—, Vergleich m. Rußland 230
—, Verkehrsarbeiter 326
—, Wilde Kämpfe 188, 189
Massenstreikdebatte, Vorwürfe gegen Partei- u. Gewerkschaftsangestellte 229
Massenstreikresolution des Parteivorstandes, Inhalt der 332
Matrikularbeiträge 153
—, Veredelte 117
Mecklenburg, Verfassung in 128
Mietssteuer 435
Militär, Beförderung beim 160
Militärarbeiterverband, Maßnahmen d. Regierung 125
Militärboykott 108, 159, 369
Militäretat (s. auch Heeresverwaltung) 115
Militärforderungen, Kurze Anfrage betr. 129
Militarismus, Aufklärung der Jugend über 363
—, Kampf gegen den 364, 372
—, Stellung von Genossen zum 372
Militärjustiz 110
—, Strafen d. Kriegsgerichte 111
Militärkabinett 115
Militärkapellen, Konkurrenz der 163
Militärmusik 111, 115
—, Konkurrenz der 163
Militärpensionen, Wiedergewährung von 131
Militärpflichtigen, Aufklärung der 250
Militärstrafrecht, Aenderung des 161
Militärstrafgesetz, Aenderung des 173
—, Reform des 108
Militärtauglichkeit 151
Militärurlauber, Freie Fahrt 119
Militärverwaltung (s. Heeresverwaltung)
Militärvorlagen 108
Militärvorlage, Annahme der 6
Militärwerkstätten, Wünsche der Arbeiter und Angestellten 111
Mitgliederversammlungen, Behandlungsgegenstände 252
Mitteilungsblatt für d. Reich 262
Mittelstandsfragen 88
Mobilmachung, Zustände im Eisenbahnwesen 123
Modenzeitung 222

Nachrichtendienst, Ausgestaltung des inneren 278
Nachtruhe in der Binnenschiffahrt 130
Nachwahlen zum Reichstag 21
Nancy, Ursache der Vorgänge in 106
—, Vorgänge in 106
Nationalitätentoleranz 106
Nationalliberale, Politik der 107
„Neue Welt", Ausstattung der 251
„Neue Zeit", Abrechnung 31
—, Ausbau der 264
Norddeutscher Lloyd, Subventionsvertrag 128

Obstruktion bei Beratung der Wehrvorlage 349
Oekonomiehandwerker 163
Offenbarungseid, Petition betr. 131
Offiziere, Politisierende 109
Offizierspensionsgesetz, Aenderung des 133
Organisationen, Auffassungen über 329
—, Diskreditierung der 330
—, Fortschritte der 8, 9, 222, 223, 270
—, Höhe der Beiträge 12
—, Mitgliederzahl 10
—, Stillstand der 328
—, Ursachen des Rückgangs der 249

Organisationen, Zahl der 13
Organisationsstatut, Aenderung des 9
Orientpolitik der Sozialdemokratie 105
Osnabrück, Epidemische Erkrankungen in 129
Ostafrika 10, 104
Ostmarkenpolitik 106
Ostmarkenzulage 98

Parteiausschuß, Tätigkeit des 220
—, Zusammenwirken mit Parteivorstand 220
Parteidruckereien, Zahl der 28
Parteigeschichte, Behandlung der 255
Parteijubiläum 20
Partei-Korrespondenz, Sozialdemokratische 20
—, Ausbau der Parteipresse 276
Parteipresse, Abrechnung des Pressebureaus 29
—, Abrechnung des „Vorwärts" 30
—, Abrechnung der „Die Gleichheit" 32
—, Abrechnung der „Kommunalen Praxis" 34
—, Abrechnung der „Neuen Zeit" 31
—, Anzahl des Personals 29
—, Ausbau der 279, 280
—, Beschränkung der Fremdwörter 261
—, Eingegangene Blätter 28
—, Einrichtungen der 251, 252
—, Gründung neuer Blätter 252, 270, 271
—, Neue Blätter 28
—, Orientierung der, durch die Gewerkschaften 263
—, Popularisierung der 250
—, Schaffung von Kopfblättern 276
—, Schreibweise eines Teiles der 244
—, Strafen gegen die 45
—, Tätigkeit bei der Wehrvorlage in der 248
—, Uniformität der 256
—, Vorschläge zur Verbesserung der 248
—, „Wahrer Jacob", Abrechnung 31
—, Wirksamkeit der 226
—, Zahl der Abonnenten der 29
—, Zuschuß an die 51
Parteischule, Anzahl der Kursusteilnehmer 34
—, Lehrplan 34
Parteisekretäre, Zahl der 12
Parteitag, Anzahl der Delegierten 199
—, Begrüßungsrede 213
Parteitag, Leitung des 207
Parteivorstand, Wahl des 549
Parteizeitungen 28
Pensionen an Soldaten 108
Pensionsfonds 108
—, Ersparnisse bei Pensionen 108
—, Rentenbezug nach vollendetem 60. Jahr 108
Petition betr. Aenderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft 132
— betr. Aenderung des Offizierspensionsgesetz 133
— betr. Arbeitsverhältnisse in Gärtnereien 135
— betr. Aufhebung der Zuckersteuer für Konservenindustrie 131
— betr. Austritt aus der Landeskirche 133
— betr. Einführung konfessionsloser Eidesformel 133
— betr. Errichtung eines Reichseinigungsamtes 134
— betr. Heilverfahren der Versicherungsangestellten 131
— betr. Irrenwesen 130
— betr. Majestätsbeleidigungen 133
— betr. Offenbarungseid 131
— betr. Pfändbarkeit der Gehälter 134
— betr. Religionsunterricht der Dissidentenkinder 133
— betr. Sonntags- und Nachtruhe in der Binnenschiffahrt 130
— betr. Trennung von Staat und Kirche 133
— betr. Vertrieb von Tabakfabrikaten 133
— betr. Wandersfürsorge 132
— betr. Wiedergewährung von Militärpensionen 131
Petroleummonopol 135, 314
Pfändbarkeit der Gehälter 134
Pferdefleisch, Eiweißgehalt des 121
Plantagenbetrieb in den Kolonien 105
Polen 546
—, Agitation der 547
Politische Gesinnung, Freiheit der, beim Militär 158
Politische Reformen 107
Polizeigehilfen, Soldaten als 161
Portugal, Zustände in 217
Postscheckgesetz 141
Postverwaltung 97
—, Aufbesserung der Telegraphenarbeiter 99
—, Behandlung und Bezahlung der Unterbeamten 97

Postverwaltung, Besoldung der Assistenten 99
—, Einschränkung der Personalausgaben 100
—, Etat der 97
—, Freigabe der Ueberzeugung 98
—, Gratifikationen 98
—, Heranziehung weiblicher Kräfte 100
—, Mißstände 98
—, Mißstände in Braunschweig 99
—, Neuorganisation des Beamtenkörpers 99
—, Ostmarkenzulage 99
—, Reform des Krankenkassenwesen 99
—, Verkehrssteigerung 97
Präsidentenwahl im Reichstag 76
Praxis, Kommunale, Abrechnung der 34
Presse, Aufgaben unserer 8
—, Ausbau der Darlehen 289
—, Fortschritte der 223
—, Wirksamkeit der 226 (siehe auch Parteipresse)
Pressebureau, Ausgaben 29
—, Einnahmen 29
—, Tätigkeit des 257 260 272
Preußenwahlen, Agitation betr. 20
—, Tätigkeit der Frauen 14
Privatangestellte, Agitation betr. 8
—, Arbeitslosigkeit bei den 416
—, Pfändbarkeit des Gehalts 134
— und Arbeitslosenversicherung 415
Privatangestelltenrecht, Einheitliches 88
Privatversicherung 95
Proportionalwahl 342
Protestbewegung gegen die Wehrvorlagen 225
Prügelstrafe für Kuppler und Zuhälter 97

Radek-Angelegenheit 220, 536
—, Erläuterung des Vorsitzenden Ebert 553
Rationen, blinde b. Militär 111
Rauchen in Versammlung 384
Reblausgesetz 89
Rechnungshof 107
—, Entschädig. an Beamte 107
Redeverbote gegen ausländ. Sozialdemokraten 106
Reformen, politische 107
—, sozialpolitische 107
Reichseinigungsamt, Errichtung eines 134
Reichseisenbahnamt, Tätigk. des (s. auch Eisenbahnen) 100
Reichseisenbahnen, Verwaltung der 101
Reichseisenbahngesetz 123
Reichserziehungsgesetz 142
Reichsfinanzen, Geschichte der 451
Reichsfinanzsystem 451
Reichsgesundheitsamt 93
Reichshaushaltsetat, Einnahmen 80
Reichsjustizverwaltung 96
—, Reichsanwalt 116
—, Verhöhnung des Gottesglaubens durch Leipziger Volkszeitung 115
Reichskanzleramt, Dreiklassenwahlsystem 107
—, Jesuitenfrage 107
—, Innere Politik 107
—, Kadinen 107
—, Koalitionsrecht 107
—, Kritik d. Sozialpolitik 107
—, Politik der Nationalliberalen 107
—, Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokratie 107
—, Sozialpolitische und polit. Reformen 107
—, Verbesserung des Reichstagswahlrechts 107
—, Vereins- und Versammlungsrecht 107
—, Wahlurnen 107
—, Zollpolitik 107
Reichskolonialamt 103
Reichskriegsschatz, Erhöhung des 168
Reichspost- und Telegraphenverwaltung (s. auch Postverwaltung) 97
Reichsschatzamt 113
—, Besteuerung d. Inlandsweine 113
—, Finanzwesen der Gemeinden 118
—, Revision d. Zolltarifes 113
—, Veteranenfürsorge 113
—, Wirkung d. Einfuhrscheine 113
—, Wirkung d. Getreidezölle 113
Reichsschiffahrtsamt 93
Reichsschulgesetz 92
Reichsschulkommission 92
Reichssteuergesetz, Aenderung des 158, 166
Reichstag, Auflösung des 493, 499
—, Einberufung des 82
—, Etatberatung 80
—, Etat des 106
—, Nachwahlen zum 21
—, Präsidentenwahl im 76
—, Wahlprüfungen 77
Reichstagsabgeordnete, Tätigkeit der 342
Reichstagsetat, Freikarten für Abgeordnete 105
Reichstagsetat, Verhältnis zum Bundesrat 105
Reichstagsfraktion, Abschaffung des Kurschenwesens 344
—, Anwesenheit der 347, 348, 349, 353, 359
—, Beteiligung an geheimen Kommissionssitzungen 350, 356, 357
—, Einführung der Proportionalwahl 342
—, Fehler der 570
—, Fehlen von Abgeordneten bei Abstimmungen 342
—, Fraktionsbericht 355
—, Neueinteilung der Wahlkreise 372
—, Obstruktion 349
—, Praktische Reformen beim Kolonialetat 355
—, Proportionalwahlrecht 362
—, Prüfung der Mandate 375
—, Reden der 375
—, Sozialpolit. Erfolge 346
—, Stellungnahme zum Turnunterricht 312
—, Stellungnahme zu monarchischen Kundgebungen 375
—, Stellung zur Wehrvorlage 342
—, Taktik bei monarchischen Kundgebungen 357
—, Tätigkeit bei den Wehrvorlagen 347
—, — geg. d. Militarismus 344
—, — in den Kommissionen 343
—, Ungerechtigkeiten im Falle Haupt 375
—, Verhalten bei höfischen Demonstrationen 347
—, Vertrauen zur 362
Reichstagswahlen, Steigerung der Wahlkosten 235
Reichstagswahlkreise, Aenderung zweier 143
— in Thüringen, Aenderung der 128
—, Neueinteilung d. 357, 372
Reichstagswahlrecht, Verbesserung des 107
Reichs- u. Staatsangehörigkeit 140
Reichsvereinsgesetz, Behörden gegen 87
Reichsvermögenssteuer 118
Reichsversicherungsamt 94
—, Dienstordnung für Angestellte d. Berufsgenossenschaften 115
—, Vertrauen zum 94
Reichsversicherungsordnung 90
Reichswohnungsaufsichtsgesetz 96

Reinhaltung der Flüsse 94
Religiöse Gesinnung, Freiheit der, beim Militär 158
Renten, Kürzung der 94
Rentenbezug, Erschwerung des 94
Resolution, Intern. Kongreß Basel 6
Resolutionen zu den Wehrvorlagen 155
Rüstungsindustrie, Verstaatlichung der 109
Rüstungslieferanten, Machinationen der (s. auch Krupp) 109
Rüstungslieferungen, Prüfg. der 130
Rüstungsstreibereien 6

Samariterwesen 8
Sanitätsoffiziere, Mangel an 108
Säuglinge im Gefängnis 96
Säuglingssterblichkeit, Bekämpfung der 95
— durch Kindersaugflaschen 142
— und Wohnungsfrage 142
Seeberufsgenossenschaft 93
Seefischerei 89
Seemannsheime 89
Seemannsordnung, Mangelhaftigkeit der 106
Seenot, Bergung und Hilfeleistung 144
Seeunfälle 93
Soldaten als Streikbrecher 108
—, Freifahrt für 108
—, Jüdische 108
Soldatenmißhandlungen 108
Soldatenpensionen 108
Sondergewerbesteuern 436
Sonnabendnachmittag, Freigabe des 89
Sonntagsruhe in d. Binnenschiffahrt 130
Sozialdemokratie, Kampf der Behörden gegen die 45
—, Religionsfeindlichkeit der 107
Sozialdemokratische polnische Partei 546
Sozialdemokratisches Bureau für Rheinland-Westfalen 21
Sozialpolitik, Kritik der 86, 107
—, Mangelhafte 88
Sozialpolitische Reformen 107
Submissionswesen, Regelung des 119
Südwestafrika 104
—, Landwirtschaftsbank 105
Schenkungssteuern 431
Schiedsgerichte, Oeffentlichkeit der 536
Schiffahrtsabgaben, Kurze Anfrage betr. 128
Schiffe, Zusammenstoß von 144
Schifferagitation 21
Schiffsjungen, Behandlung deutscher 106
Schlothmann-Elberfeld, Fall 531
Schmitz-Soest, Fall 535
Schmucker-Nürnberg, Fall 529
Schmucksachen, Besteuerung der 165
Schöffen, Entschädigung der 143
Schmutzliteratur, Bekämpfung der 222
—, Gesetzgeberische Maßnahmen gegen 97
Schutz d. gewerblichen Eigentums 146
Schutzgebietgesetz, Aenderung des 143
Schutzzoll, Steuerfrage 412
Schwedur-Elberfeld, Fall 531
Schwereisenindustrie, Zustände in der 93
Staatsangehörigkeit 140
Staatsarbeiter, Lohnverhältnisse 126
Staatsbetriebe, Verhältnisse der Arbeiter in 113
Staatsleibeigenschaft 98
Staat und Kirche, Trennung von 133
Stadtverordneten, Zahl der sozialdemokratischen 26
Statistisches Amt 93
Steinarbeiter, Lage der 93
Steuerbewilligung der Sozialdemokratie 424
Steuerfrage 420
—, Abstimmung über 515, 516
—, Bankrott unserer Steuerpraxis 489
—, Begünstigung des Militarismus 495
—, Bekämpfung des Militarismus 480
—, Besitzsteuer 443, 486
—, Brief Bebels 500
—, Bürgerl. Steuertheorie 452
—, Die, und die Besitzenden 439
—, Einführung direkter Steuern 457
—, Einmaligkeit des Wehrbeitrages 464
—, Entscheidung durch den Parteitag 498
—, Erbschaftssteuern 433
—, Erklärung zur Abstimmung 516
—, Extrasteuern 483
—, Gebäudesteuer 435
—, Getreidezoll 443
—, Gewerbesteuern 438
Steuerfrage, Grundsteuer 433
—, Indirekte Steuern 457
—, Kommunalbesteuerung 440
—, Luxussteuern 438
—, Milchsteuer 435
—, Reichstagsauflösung 501
—, Richtlinien 475
—, Schenkungssteuern 431
—, Schutzzoll 452
—, Sondergewerbesteuern 436
—, Stellung der bürgerl. Parteien 497
—, Stellungnahme Bebel 501
—, Steuern für den Militarismus 476
—, Steuervorlage der Regierung 488
—, Tradition 463
—, Umsatzsteuern 433
— und Militarismus 444
—, Verhalten der bürgerl. Parteien 482
—, Vermögenszuwachssteuer 462
—, Verschuldung des Reiches 454
—, Verwendungszweck 440, 444, 477
—, Warenhaussteuer 436
—, Weitere indirekte Besteuerung 442
—, Wertzuwachssteuern 431
—, Wirkung der Ablehnung der Steuern 413
—, Wirkung der Steuern 479
—, Wirkungen des Wehrbeitrages 470, 471
—, Wohnungssteuer 435
—, Zweck der Steuern 473
—, Grund- und Richtlinien 496
—, Verbrauchsabgaben 438
Steuern auf Besitz 430
— auf Einkommen und Vermögen 430, 431
—, Indirekte 142
—, Indirekte Wirkung der 437
—, Wirkung der 425
Steuerpflicht der Fürsten 158, 168, 175
Steuersätze, Staffelung der 165
Steuertheorie 412
Steuerfähigkeit, Abnahme der 143
Strafgesetzbuch, Reform des 382
Strafmündigkeit, Herabsetzung der 143
Strafvollzug 96
Straßenbahner, Rechts- und Arbeitsverhältnisse der 89

Streikbrecher, Behandlung der 45
—, Soldaten als 108, 161
Streikpostenstehen, Verbot des 89
Streikpostenverbot 87
Streikvergehen, Bestrafung des 46

Tabakarbeiter, Maßnahmen zum Schutz der 128
Tabakfabrikate, Vertrieb von 133
Taubstummen, Literatur 263
Telegraphenverwaltung 97
Telephongebühren, Ermäßigung der 98
Teuerung, Abstimmung über die Interpellation 122
—, Maßnahmen gegen die 121
—, Ursachen der 119
—, Wirkung der sozialistischen Reden 122
Teuerungsverhältnisse 119
Textilindustrie, Mißstände in der 94
Theaterverhältnisse 88
Thewes-Rheine-Fall 533
Toten, Unsere 47
Tuberkulose, Bekämpfung der 95
Türkei, Verhalten der Mächte zur 105
Turnunterricht durch Sozialdemokraten 361
Turnvereine, Behandlung der 374
Typhusepidemie in Hanau 111, 128

Umsatzsteuern 432
Uniformen, Einheitlichkeit der 151

Vereins- u. Versammlungsrecht 107
Verfassung in Mecklenburg 128
Verhinderung wechsel- und scheckrechtlicher Handlung im Ausland 145
Vermögen, Feststellung des 166
Vermögenszuwachssteuer 113, 147, 462
Vermögenszuwachssteuergesetz, Urteil bei d. Gegnern 469
Versammlungen, Rauchen in 384
Versicherungsanstalten, Heilverfahren der 131
Veteranenfürsorge 113
Vogelschutz in Kolonien 105
Volkswohlfahrt, Zentralstelle der 90
Vorstandsmitglieder, Weibliche 224
Vortragskurse, Anzahl der 37
Vortragskurse, Wissensgebiete 37
„Vorwärts", Abrechnung des 30
Vorwärts Buchhandlung, Geschäftsbericht der 32

Wagenmangel, Interpellation betr. 123
—, Ursachen des 123
Wahl der Kontrollkommission 549
— des Parteivorstandes 549
Wahlkosten, Steigerung der 235
Wahlkreise, Neueinteilung der 372
Wahlkreisorganisation in Luckenwalde 532
Wahlprüfungen 77, 352
—, Vornahme durch Gerichte 165
Wahlrechtsantrag im Reichstage 117
—, Verhalten der bürgerlichen Parteien 118
Wahlrechtsfrage 85
—, Bedeutung der 309, 322, 327
Wahlrechtsversprechen 86
Wahlreform, Erfolge bei der 304
— in Preußen 285
—, Ungarische 215
Wahlurnen 80, 107
—, Bittgang Delbrücks 107
—, Einführung einheitlicher 87
Wanderarbeitsstätten 133
Wanderfürsorge 132
Wanderkurse, Wissenschaftliche 38
Wanderlehrer für Bildungsarbeit 260
Warenhaussteuer 436
Wasserläufe, Verunreinigung der 128
Wechselrecht, Vereinheitlichung des 145
Wehrbeitrag 147, 460, 461
—, Bedeutung des außerordentlichen 164
—, Einmaligkeit des 464
—, Heranziehung d. Fürsten 496
—, Wirkung d. außerordentlichen 164
Wehrvorlage, Abschaffung d. Burschenwesens 157
—, Begründung der 146, 147
—, Beseitigung des Gardevorrechts 157
—, Deckungsvorlage 147
—, Durchführung der einjährigen Dienstzeit 156
—, Erhöhung des Reichskriegsschatzes 168
—, erste Lesung im Plenum 147
Wehrvorlage, Höhe der Forderung 147
—, in der Budgetkommission 150
—, Stellung des Gardekorps 151
—, Ursachen der französischen Dienstverlängerung 156
—, Verkürzung der Dienstzeit 151
—, Vermögenszuwachssteuer 147
—, Wehrbeitrag 147
Wehrvorlagen, Abflauen der Agitation 253
—, Abschaffung der Garde 369
—, Abstimmung über die Anträge zur 377
—, Aenderung des Militärstrafrechts 161
—, Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich 153
—, Arbeiter in Staatsbetrieben 163
—, Aufhebung der Zuckersteuer 166, 167
—, Aufhebung des Einjährigfreiwilligen-Privilegs 155, 369
—, Auflösung des Reichstages 371
—, Bedeutung der Garde 157
—, Bedeutung der Kavallerie 153
—, Bedeutung der Luftschiffahrt 154
—, Bedeutung des außerordentlichen Wehrbeitrages 164
—, Beförderung in der Armee 160
—, Beseitigung des Wertzuwachssteuergesetzes 168
—, Beseitigung des Einjährigfreiwilligen-Privilegs 151
—, Besteuerung der Schmucksachen 165
—, Besteuerung der Toten Hand 165
—, Einheitlichkeit der Uniformen 151
—, Einzelberatung der 155
—, — — Deckungsvorlagen 164
—, Etatsstärke der Truppenteile 153
—, Feststellung des Vermögens 167
—, Freiheit der politischen und religiösen Gesinnung 158
—, Gemeinsamer Kampf mit den Franzosen
—, Generaldiskussion der 153
Wehrvorlagen, Gesamtabstimmung 174
— in der Kommission 151
—, Kampf gegen die 371, 372
—, Kleine Garnisonen 151
—, Massenbewegung 254
—, Mehreinstellung von Oekonomiehandwerkern 163
—, Militärboykott 159, 369
—, Militärkapellen, Konkurrenz der 163
—, Militärtauglichkeit 151
—, Resolutionen zu den 155
—, Soldaten als Streikbrecher 161
—, Staffelung der Steuersätze 165
—, Stärkung des Kriegsschatzes 372
—, Stellung der Reichstagsfraktion 342
—, Stellung der sozialdemokratischen Fraktion 169
—, Steuerliche Heranziehung der kleinen Vermögen 165
—, Steuerpflicht der Aktiengesellschaften 165
—, Steuerpflicht der Fürsten 169, 175
—, Tätigkeit des Parteitages 227
—, Turnunterricht d. männlichen Jugend 162
Wehrvorlagen, Ursachen der Abflauung der Protestbewegung 225
—, Veredelte Matrikularbeiträge 167
—, Verhalten der Fraktion 353, 364
—, Verkürzung der Dienstzeit 155
—, Wirkung d. außerordentlichen Wehrbeitrages 164
—, Zusammenfassung d. soz. Ansichten über 172
—, Zweite Beratung im Plenum 153
Weibl. Vorstandsmitglied. 224
Welteinheitsporto 98
Werften, Kritik an den Arbeitsverhältnissen 103
Wertzuwachssteuergesetzes, Beseitigung des 168
Wertzuwachssteuern 431
Wirtschaftskrise 385
Wohnungsfürsorge 95
Wohnungsfrage, Stellung d. Regierung zur 127
— u. Säuglingssterblichkeit 142
Wohnungssteuer 435

Zeit, Die Neue, Abrechnung 31
Zentralbildungsausschuß 35
—, Geschäftsverkehr des 36
Zentralbildungsausschuß, Leihzentrale für Lichtbilder 43
—, Wahl des 554
—, Wegweiser für Bibliothekare 43
Zentralisation der Partei 278
Zentralstelle der arbeitenden Jugend 247
— für Schul- und Bildungsangelegenheiten 92
— für Volkswohlfahrt 90
Zentrum, Stellung zur Arbeitslosenversicherung 392
Ziegelsteine, Herstellung von 88
Zirkus-Verhältnisse 88
Zivilberufsmusiker, Konkurrenz durch Militär 111
Zölle auf Futtermittel, Aufhebung der 139
Zollerleichterung bei der Fleischeinfuhr 138
Zollpolitik, Wirkungen der 121
Zolltarif, Revision des 113
Zoll- und Grenzsperrpolitik 107
Zuckersteuer, Aufhebung der 166
Zündholzindustrie, Petition betr. 131
Zusammenstoß von Schiffen 144

Zuschriften und Telegramme.

Bergen. (Norwegen.) Deutsch-sozialdemokratischer Verein Vorwärts. — Blankenburg (Harz). Sozialdemokratische Frauen aus Halberstadt. — Brüssel. Auslandskomitee der Sozialdemokratie Lettlands. — Constanza. Rumänische Sozialdemokratie. — Dnia. Polnisch-sozialistische Partei Russisch-Polens. — Gent. Auslandskomitee des jüdischen Arbeiterbundes Rußlands. — Hamburg. Auf der Strecke gebliebene Vertrauensleute der Werftarbeiter. — Helsingfors. Sozialdemokratische Partei Finnlands. — Kopenhagen. Vorstand der dänischen Sozialdemokratie. — Krakau. Warschauer und Lodzer Komitee der Sozialdemokratie Polens. — Labourboule. Partei der russisch-revolutionären Sozialisten. — London. Britische sozialistische Partei. — Mainz. Bezirkstag des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen. — Moelln. Versammlung des Ortsvereins. — Nynäshamn. Schwedische Sozialdemokratie. — Paris. Französische Sektion der Arbeiter-Internationale. — Auslandskomitee russischer Sozialdemokraten. Ausländische Gruppen sozialdemokratischer Arbeiterpartei Rußlands. — Pirmasens. Naturfreunde. — Rumänien. Exekutivkomitee der rumänischen sozialdemokratischen Partei. — Rom. Sozialistische Partei Italiens. — Rußland. Sozialdemokratische Arbeiterpartei. — Walsburg. Einige zur Kur weilende Jenaer Genossen. — Wien. Organisationskomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. — Zürich. Kongreß des schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

Ergebnis der Abstimmungen
über die dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 177—198. Zusammenstellung der angenommenen Anträge Seite 556—560. Die Zahlen in Klammern bezeichnen die Seitenzahlen, auf denen die Resultate der Abstimmungen zu finden sind.)

Nicht genügend unterstützte Anträge:
8, 9, 10, 18, 19 (244), **24** (492), **48, 49, 50** (244), **75, 76, 78** (553), **81, 82, 85** (553), **90, 91** (244), **98** (492).

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge:
1, 2, 3, 4, 5 (219), **6** (385), **11, 12** (338), **13** (281), **20, 21, 22, 23, 24** (516), **45** (545), **59, 60, 61, 62, 63, 64, 65** (525), **87** (219), **88** (338), **89** (525), **92** (516), **110** (545), **111** (545), **112, 114** (516), **116** (545).

Zurückgezogene Anträge:
7 (387), **14** (268), **26** (385), **28** (377), **39** (551), **56** (244), **86** (219), **101** (268), **102** (385), **104** (384), **105** (419), **106** (385), **107** (197).

Abgelehnte Anträge:
29, 30 (377), **47** (281), **66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74** (524), **84** (553), **100** (338), **103** (281), **113** (515).

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge:
15, 16, 17, 38, 40, 41, 42, 43, 44 (553), **51, 52, 53, 54, 55, 57, 77** (281), **79, 80, 83** (554), **93, 99** (553), Termin des nächsten Parteitags (554).

Der Reichstagsfraktion überwiesene Anträge:
27, 32, 33, 35, 37 (377).

Angenommene Anträge:
31 (377) Anwesenheit der Reichstagsabgeordneten, **34** (377) Berner Konferenz, **36** Austritt aus der Landeskirche, **46** (553) Ausschlußverfahren, **46** und **117, 22** und **109** (515) Steuerfrage, **58** (525) Maifeier, **94** (338) Massenstreik, **96** (281) Agrarfrage, **97** (552) Verhältnis zur P. P. S., **108** (419) Arbeitslosenfürsorge, Aufnahme im Ausland Ausgeschlossener (545), Fall Radek (545), **115** (545) zur internationalen Regelung des Ausschlußverfahrens, **46** (553) Rechte und Pflichten während des Ausschlußverfahrens, Frauentag (384), Zentralbildungsausschuß (553).

Programm
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportionalwahlsystem, und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzesperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Truecksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisationsstatut
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nach den Beschlüssen des Chemnitzer Parteitages 1912

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

Gliederung.

§ 2. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreis wohnende Parteigenosse als Mitglied anzugehören hat. Umfaßt ein Ort mehrere Reichstagswahlkreise, so kann die Zugehörigkeit zu den einzelnen Wahlkreisorganisationen mit deren Zustimmung örtlich geregelt werden. Erstreckt sich der Reichstagswahlkreis über mehrere Orte, so kann an jedem Ort ein Ortsverein des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 3. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt, diese Statuten dürfen nicht mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei im Widerspruch stehen und sind innerhalb einer Woche dem Parteivorstand einzureichen. In gleicher Frist haben die Vorstände ihre Wahl dem Parteivorstande mitzuteilen.

§ 4. Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, müssen diesen eine Vertretung im Vorstand gewähren. Die weiblichen Vorstandsmitglieder haben im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand vornehmlich die Frauenagitation zu betreiben.

§ 5. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Der monatliche Mindestbeitrag muß jedoch für männliche Mitglieder 30 Pf. und für weibliche Mitglieder 15 Pf. betragen. Parteimitglieder, die invalid geworden sind, sind für die Dauer der Invalidität beitragsfrei. Mindestens 20 Proz. der erhobenen regelmäßigen Mitgliederbeiträge sind an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand kann den Wahlkreisen mit Zustimmung des Vorstandes der Bezirks- oder Landesorganisation einen über 80 Proz. dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung überlassen.

Berichterstattung.

§ 6. Das Geschäftsjahr der Partei läuft vom 1. April bis 31. März. Die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine haben alljährlich durch Vermittelung der Bezirks- und Landesvorstände bis zum 15. Mai dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Der Bericht ist nach einem Fragebogen des Parteivorstandes zu geben und muß mindestens enthalten Angaben über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder.

Den gleichen alljährlichen Bericht über ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen vom Parteivorstande überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen zu erstatten.

Parteitag.

§ 7. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: In Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12 000 vier, bis 18 000 fünf und für jede weiteren 6000 Mitglieder ein Delegierter mehr. Die Vertretung richtet sich nach der vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliederzahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.
2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen.

§ 8. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden erforderlich.

§ 9. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand nach Anhörung des Parteiausschusses den Ort zu bestimmen.

§ 10. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge von Parteiorganisationen für die Tagesordnung des Parteitages sind dem Parteivorstande einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen hat.

§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.

3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 12. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf einstimmig gestellten Antrag der Kontrollkommission;
3. auf Antrag von mindestens 15 Vorständen der Bezirks- oder Landesorganisationen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrage stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe des Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteiorganisationen sind spätestens fünf Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen, wie für die ordentlichen Parteitage. (§§ 7 und 8.)

Parteivorstand.

§ 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern, unter denen sich eine Genossin befinden muß, und zwei Beisitzern. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf die die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und sie im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen.

§ 15. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes vorzeitig aus, so hat die Kontrollkommission nach Anhörung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses eine Ersatzwahl vorzunehmen.

§ 16. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen, deren Höhe durch den Parteitag festgesetzt wird.

§ 17. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

§ 18. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 19. Der Parteivorstand besorgt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband oder der Landesorganisation ergeben.

Parteiausschuß.

§ 20. Der Parteiausschuß besteht aus je einem Vertreter der Bezirks- und Landesvorstände. Jeder Bezirks- und Landesvorstand wählt für die Dauer eines Jahres aus seiner Mitte einen Vertreter, für den im Behinderungsfalle ein Stellvertreter zu entsenden ist. Das Ergebnis der Wahl ist dem Parteivorstand sofort mitzuteilen.

§ 21. Der Parteiausschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages sowie die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab.

§ 22. Regelmäßig alle Vierteljahre und im Bedarfsfalle auch häufiger ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirks- und Landesvorstände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Kontrollkommission.

§ 23. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von 9 Mitgliedern.

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 24. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts", Berliner Volksblatt.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

§ 25. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung

und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 26. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisation oder der Parteitage das Parteiinteresse schädigt.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirks- oder Landesorganisation.

Der Ausschluß darf nur von einer Parteiorganisation (Orts- oder Wahlkreisorganisation) — mit Zustimmung des Angeschuldigten auch vom Vorstand der Parteiorganisation — beantragt werden. Die Zustellung des Beschlusses und dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Bezirks- oder Landesvorstand.

§ 27. Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirks- oder Landesorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand. Je drei Beisitzer wählt der Angeschuldigte und die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört. Unterläßt es der Angeschuldigte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt ohne weiteres der Beschluß des Bezirks- oder Landesvorstandes. Erscheint der Angeschuldigte ohne genügende Entschuldigung nicht zu dem festgesetzten Termin, so haben die Instanzen das Recht, in Abwesenheit des Angeschuldigten zu beschließen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand.

Handelt es sich in einer Sache um mehrere Angeschuldigte aus einer Organisation, so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen.

§ 28. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein.

§ 29. Der Ausschluß aus der Partei in Fällen des § 26, Abs. 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen.

Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluß aus der Partei aussprechen, auf zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern zu erkennen und Rügen zu erteilen. Auch gegen diese Entscheidungen steht den Beteiligten das Recht der Berufung zu.

Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Gegen die Entscheidung steht den Beteiligten das Einspruchsrecht nach den Bestimmungen der §§ 27 und 28 zu.

§ 30. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§ 31. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirks- oder Landesorganisation des Wohnorts des Ausgeschlossenen zu richten. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, zu hören.

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller sowohl wie der Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann.

Abänderung der Organisation.

§ 32. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, die die §§ 10 und 13 vorschreiben, veröffentlicht worden sind.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Tagesordnung des Parteitages	3
Bureau des Parteitages	4
Vorlagen an den Parteitag	5
Bericht des Parteivorstandes	5
Bericht der Reichstagsfraktion	73
Anträge an den Parteitag	177
Protokoll des Parteitages	199
Anhang:	
Wortlaut der angenommenen Anträge	556
Präsenzliste	561
Gäste auf dem Parteitage	569
Sprechregister	570
Sachregister	571
Zuschriften und Telegramme	581
Ergebnis der Abstimmungen	582
Parteiprogramm	583
Organisationsstatut	586

Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69